



Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

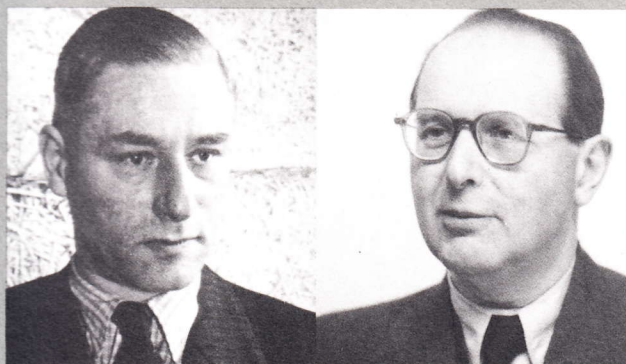
Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

HAMBURGER
BEITRÄGE
ZUR
SOZIAL- UND
ZEIT-
GESCHICHTE

Horst Sassin

Liberale im Widerstand



Die Robinsohn-
Strassmann-Gruppe
1934–1942

CHRISTIANS

Hamburger Beiträge
zur Sozial- und Zeitgeschichte
Herausgegeben von der Forschungsstelle
für die Geschichte des Nationalsozialismus
in Hamburg

Band 30

Redaktion: Ursula Büttner

Horst R. Sassin

Liberales im Widerstand

Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe

1934–1942

CHRISTIANS

*Dieser Band wurde gedruckt mit finanzieller Unterstützung
der Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft und
der Thomas-Dehler-Stiftung München*

D 61

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Sassin, Horst R. :
Liberale im Widerstand: die Robinsohn-Strassmann-Gruppe/
Horst Sassin. – Hamburg: Christians, 1993
ISBN 3-7672-1188-2

© Hans Christians Verlag, Hamburg 1993
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen
Nachdrucks und der photomechanischen
Wiedergabe, vorbehalten
Ausstattung Alfred Janietz
Printed in Germany
ISBN 3-7672-1188-2

INHALT

Vorwort	9
Einleitung	13
1. »Ohne Machtkampf dankt dieses Regime nicht ab«: Die Gründungssituation	17
<i>Die Gründergruppe Robinsohn-Strassmann-Stark 19 – Die politische Herkunft der Beteiligten: DDP und Demokratische Jugend 24 – Klub vom 3. Oktober 29 – Geistige Auseinandersetzung mit der beginnenden Diktatur 34 – Die ersten Vertrauensleute 41</i>	
2. »Eine Neufundamentierung des liberaldemokratischen Gedankengebäudes«: Die Programmatik der Gruppe	43
<i>Der Sturz des NS-Regimes 45 – Patriotismus 47 – Das Regierungssystem 50 – Abrüstung 53 – Die Wiederherstellung des Rechtsstaats 55 – Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik 58 – Europäische Verständigung 63 – Zusammenfassung 66</i>	
3. »Bildung von Charakterinseln«: Der innere Aufbau der Gruppe bis 1937	69
<i>Die Arbeitshypothesen und das Organisationsschema 69 – Die Führungsgruppe 74 – Die Berliner Gruppen 78 – Die Hamburger Gruppen 87 – Liberaldemokratische und sozialdemokratische Gruppen in Norddeutschland 95 – Liberaldemokratische und konservative Verbindungen in Mittel- und Süddeutschland 104 – Vergleich der Lokalstruktur 113</i>	

6 Inhalt

4. »Heroische Oppositionstaten sind jetzt zwecklos«:
Beziehungen zu anderen Teilen der Opposition bis 1937 119
*Sozialdemokratische Führungspersönlichkeiten 119 – Rücken-
deckung durch die Abwehr 122 – Wirtschaft: Der Reusch-Kreis
124 – Die Danziger Opposition 130 – Die österreichische Opposi-
tion 132 – Robinsohns erste Berichte an Freunde im Ausland 136 –
Verbindungen nach Schweden 138 – Hans Lachmunds Freimau-
rer-Verbindungen 139*

5. »Allererste Vorbesprechungen zwischen Offizierskreisen und
gewissen Linksgruppen«:
Ausbau der Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1938 141
*Innerer Ausbau in Berlin 142 – Franken 146 – Vorläufer des Krei-
sauer Kreises 147 – Die konservative Opposition: Carl Goerdeler
148 – Die militärische Opposition: General Ludwig Beck 150 –
Wentzel-Teutschenthal 154 – Die völkisch-monarchistische Op-
position 156 – Verbindungen zur Polizei 158*

6. »...daß in jeder Herrschergewalt eine ungeheure Dämonie
liegen kann«: Widerstand gegen die Judenverfolgung 161
*Auswirkungen der Judenverfolgung auf führende Mitglieder der
Gruppe 162 – Unterstützung verfolgter Juden 167*

7. »Hitler von innen her und ohne Krieg beseitigen«:
Die zunehmende Vernetzung des Widerstandes 1939 173
*Weiterer Ausbau der Gruppen 174 – Haubach, Leber, Leuschner
177 – Generalität und Offizierskorps 179 – Strassmanns Rücken-
deckung durch einen SS-General 182 – Kirchliche Verbindungen
184*

8. »Nach Ansicht der oppositionellen Generäle fehlen die
Voraussetzungen für einen Umsturz«:
Das Scheitern der Friedensbemühungen 187
*Einwirkung auf die Generäle 188 – Verbindungen mit britischen
Behörden vor Kriegsbeginn 190*

9. »Wenn aber Hekatomben von Menschen geschont werden können«:
Widerstandsarbeit unter Kriegsbedingungen 197

Reaktionen auf den Kriegsausbruch 198 – Erschwerung der Arbeitsbedingungen 200 – Die Intensivierung der Beziehungen in die USA 204 – Die unmittelbare Erwartung eines Staatsstreichs 1939/40 205 – Die Stenzel-Mission vom Januar 1940 211 – Umstellung auf den langen Krieg 219

10. »Organisation zu hochverräterischen Zwecken«:
Die Verhaftung Strassmanns und die Endphase der Gruppe . . . 227

Die Umstände der Verhaftung Strassmanns 228 – Strassmanns Haftbedingungen 234 – Weitere Verhaftungen 237 – Widerstandsarbeit nach Strassmanns Verhaftung 241

Schluß:

- Zusammenfassender Vergleich mit anderen Widerstandsgruppen . . . 247

- Dokumente 257

1. Der Nationalsozialismus, 1933 257 – 2. Überblick über die Lage des Nationalsozialismus in Deutschland!, 1936 275 – 3. Bericht No. 1, 1937 280 – 4. Bericht No. 2, 1937 290 – 5. Bericht No. 3, 1937 295 – 6. Bericht No. 4, 1938 298 – 7. Bericht No. 5, 1938 302 – 8. Bericht No. 7, 1939 306 – 9. Bericht No. 8, 1939 319 – 10. Handpapier vom Mai 1939 329 – 11. Bericht aus Deutschland. [Anfang] November 1939 333 – 12. Memorandum vom Herbst 1941 345

- Anhang 371

1. Kurzbiographien führender Mitglieder und Verbindungsleute der Robinsohn-Strassmann-Gruppe 371

2. Übersicht über Gruppen und Einzelverbindungen 389

- Anmerkungen 405

- Abkürzungsverzeichnis 511

- Verzeichnis der Karten 515

- Quellen- und Literaturverzeichnis 517

- Personenregister 537

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis einer zehnjährigen Beschäftigung mit der Geschichte des Liberalismus bzw. der Liberalen in der Zeit des Nationalsozialismus. Die auffällige Aussparung der zwölf braunen Jahre 1933 bis 1945 aus der Geschichtsschreibung des Liberalismus läßt sich zwar organisationsgeschichtlich ohne weiteres legitimieren, beantwortet aber nicht die Frage nach dem Denken und dem Verhalten Liberaler in der NS-Zeit. Auch wenn der deutsche Liberalismus 1933 machtpolitisch zur *Quantité négligeable* reduziert war, stellt sich die Frage, ob nicht Liberale aus ideellen oder humanitären Gründen prädestiniert waren, Gegner des NS-Staates zu werden. Dieser Annahme widerspricht allerdings die Tatsache, daß einstige Repräsentanten liberaler Parteien führend in der Hitler-Regierung mitarbeiteten.¹ Im Bemühen, mehr Klarheit zu gewinnen, galt mein besonderes Interesse bald derjenigen Gruppe, die ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus am konsequentesten in die Tat umsetzte: der Robinsohn-Strassmann-Gruppe. Sie wollte »Charakterinseln im Schlamensee des Dritten Reiches«² bilden, wie Robinsohn einmal die Voraussetzungen und die Tätigkeit der Gruppe trefflich beschrieb.

Da es sich um eine nahezu unbekannt gebliebene Widerstandsgruppe handelt, mußten zunächst elementare Voraussetzungen geschaffen werden, um ihren Umfang und ihre Tätigkeit zu ermitteln. Die mehrhundertfache Verifikation unbekannter Personen in Dutzenden Städten mit Hilfe zeitge-

nössischer Adreß- und Fernsprehbücher taucht in den Anmerkungen nicht auf, es sei denn, die Angabe wäre etwa für die Datierung wichtig. Wegen der Verzweigkeit der Gruppe und der Abschottung auch innerhalb der Gruppe war es von größter Bedeutung, die lebenden Gruppenmitglieder und die Angehörigen der verstorbenen zu befragen. Die dafür wie auch für die Archivarbeit erforderliche umfangreiche Reisetätigkeit hätte nicht ohne die Förderung durch die Friedrich-Naumann-Stiftung (1983–1987) und die Ernst-Strassmann-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung (1988–1990) durchgeführt werden können. Von Seiten der Friedrich-Naumann-Stiftung danke ich hierfür insbesondere Herrn Karl-Heinz Hense, seitens der Ernst-Strassmann-Stiftung gilt mein Dank besonders Frau Dr. Jutta-B. Lange-Quassowski. Aus dem späten Zeitpunkt der Förderung durch die Ernst-Strassmann-Stiftung wird deutlich, daß diese Arbeit nicht von der Stiftung initiiert wurde, sondern daß die Zusammenarbeit erst später zufällig zustande kam. Ohne die zahlreichen mündlichen und schriftlichen Auskünfte in den durchweg mehrstündigen Interviews, in kurzen Gesprächen und in einer umfangreichen Korrespondenz wäre diese Arbeit nur ein Torso geblieben. Den mehr als 150 Menschen, die dazu beigetragen haben, kann an dieser Stelle nur summarisch gedankt werden; stellvertretend seien die verstorbenen Informanten genannt: Herbert Böhme, Otto Eichberg, Dr. Walter Jacobsen, Hildegard Koch, Alfred Johann Levy, Carole Liston, Betty Losgar, Michael Maaß, Barbara Mendelson, Eberhard Mierendorff, Hermann Rhein, Dr. Hans Robinsohn, Kurt Schmidt. Sie haben den Fortgang meiner Arbeit mit lebhaftem Interesse begleitet. Die Ermittlung zahlloser Lebensdaten und Adressen wäre ohne die geduldige Hilfe zweier Mitarbeiter der Friedrich-Naumann-Stiftung, Herrn Karl-Heinz Hense und Frau Martina Beier, kaum zu bewältigen gewesen.

Die Unbekanntheit der Robinsohn-Strassmann-Gruppe machte umfangliche Recherchen in einer ganzen Reihe von Archiven notwendig. Hier bin ich für Rat und Anregungen besonders Frau Schöttler vom Bundesarchiv und, die Hamburger Verhältnisse betreffend, Frau Dr. Büttner von der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg sehr zu Dank verpflichtet. Herrn Professor Dr. Christoph Weber gilt mein Dank für die wissenschaftliche Betreuung dieser Arbeit.

Die Philosophische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf hat diese Arbeit als Dissertation angenommen. Herrn Professor Dr. Christoph Weber und Herrn Professor Dr. Wolfgang J. Mommsen danke ich, daß sie sich der Mühe der Begutachtung des Textes unterzogen haben.

Eine unerwartete Anerkennung erblicke ich in den Auszeichnungen meiner Arbeit durch den Wolf-Erich-Kellner-Preis 1991 für Geschichte und Grundlagen des Liberalismus und durch den zeitgeschichtlichen Carl-von-Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg 1992.

Für das kritische Lesen des Manuskripts danke ich Frau Annette Bangard, Frau Dr. Ursula Büttner, Herrn Lothar Fuhlrott und Frau Dr. Jutta-B. Lange-Quassowski.

Die Drucklegung dieser Arbeit wurde durch einen namhaften Zuschuß der Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft ermöglicht. Auch die Thomas-Dehler-Stiftung hat sich an den Druckkosten beteiligt.

Ganz besonders danke ich meiner Familie, ohne deren Unterstützung, Verständnis und Beistand die Erforschung der Widerstandsgruppe und die Niederschrift dieser Arbeit mir nicht möglich gewesen wäre. Deshalb widme ich dieses Buch meiner Frau Simone und meiner Tochter Antonia.

Solingen, im April 1993

Horst R. Sassin

Einleitung

»All die Gefahren, die damals zu bestehen waren, konnte man eigentlich nur mit einem sehr starken Fundament, wie es das Christentum ist, oder auch der Kommunismus war, ertragen. Der liberale Humanismus reichte dafür nicht aus.«¹ Dieser Satz der Witwe des Kreisauer Widerstandskämpfers Helmuth James Graf von Moltke repräsentiert die seit 1945 herrschende Auffassung über die geistigen Voraussetzungen des Widerstands.² Auf die Frage, aus welchen politischen Richtungen der Widerstand gegen den Nationalsozialismus sich rekrutierte, kann der historisch interessierte Zeitgenosse mit gutem Grund zahlreiche Antworten erhalten: von Kommunisten oder Nationalkonservativen, von Sozialdemokraten oder Unternehmern, von christlichen Kirchen oder Militärs;³ eines scheint jedenfalls klar:⁴ »... von Liberalen kam er nicht.« Vielmehr sei der Widerstand »nur als Aufstand [...] der Illiberalität«⁵ zu verstehen. Die Programmatik der verschiedenen Widerstandsgruppen weise nämlich durchgängig einen »explizit antiliberalen Grundzug«⁶ auf. Wenn diese Befunde für weite Bereiche des Widerstands auch begründet sind, stellt sich doch die Frage, ob es nicht doch einen spezifisch liberalen Widerstand gegeben hat, dessen Qualität sich auch programmatisch – und nicht nur bei der Frage des Wirtschaftssystems – niedergeschlagen hat.

Die vorliegende empirische Arbeit macht es sich zur Aufgabe, mit dem langgehegten Klischee von der liberalen Abstinenz im Widerstand⁷ zu bre-

chen. Während die Beschäftigung mit anderen politischen, gesellschaftlichen und religiösen Gruppen oder Einzelpersonen auf vielfältige Vorarbeiten zurückgreifen kann, so daß sich nur noch die Frage nach konkreten Ausformungen des Widerstands ergibt, muß in diesem Fall nachgewiesen werden, daß es überhaupt liberalen Widerstand gegeben hat. Das soll am Beispiel der von Hans Robinsohn und Ernst Strassmann geleiteten Widerstandsgruppe geschehen, die allem Anschein nach als einzige liberale Widerstandsgruppe dauerhaft und überregional aktiv war.⁸ Daran schließen sich die Fragen an, in welcher Form, mit welchem Programm, mit welchem Personal, mit welchen Methoden und mit welchen Verbindungen zu anderen Widerstandsgruppen die Robinsohn-Strassmann-Gruppe arbeitete.

Wie soll eine Widerstandsgruppe dargestellt werden, die zwar eine ausgesprochen lange Zeit, nämlich acht Jahre, unter den Bedingungen der Illegalität existierte, die aber nicht unmittelbar in die Planungen zum Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 einbezogen wurde? Wie soll sie dargestellt werden, wenn ihre Arbeit von dem Wechsel der täglichen Aktualität bestimmt war und wenn Beteiligte sich an solche kleinen Einzelinhalte verständlicherweise nicht mehr erinnern? Wie soll die Darstellung aussehen, wenn ihre Arbeit – etwa im Gegensatz zu der einseitig auf Staatsstreich ausgerichteten Planung der Militärs – die unterschiedlichsten Aufgaben umfaßte? Ein Berliner Mitstreiter der Gruppe klagte vor dreißig Jahren, er finde »keinen rechten Ansatzpunkt für die Darstellung unsres Kreises während der Nazizeit«.⁹ Dieser Schwierigkeit sieht sich auch der Autor der vorliegenden Arbeit gegenüber. Im Interesse eines möglichst genauen Nachweises des Aufbaus und der Arbeit der Gruppe wurde die chronologische Darstellungsform gewählt.

Auf eine theoretische Diskussion des Widerstandsbegriffs wird im Zusammenhang dieser empirischen Arbeit verzichtet, zumal das Thema in den letzten Jahren breit erörtert worden ist.¹⁰ Die Ergebnisse dieser Debatte werden bei der Darstellung der programmatischen Grundlagen der Gruppe und im abschließenden Vergleich mit anderen Widerstandsorganisationen berücksichtigt.

Quellen über die Robinsohn-Strassmann-Gruppe enthalten in erster Linie die Nachlässe Beteiligter oder ihrer Adressaten. Einen geschlossenen Nachlaß Strassmann gibt es nicht; Bruchstücke seines Nachlasses sind jedoch an drei Stellen konzentriert. Im Archiv der Ernst-Strassmann-Stiftung befinden sich Dokumente vorrangig über die politische und berufliche Tätigkeit Strassmanns. Ein Neffe verfügt über einen Teilnachlaß, der sich auf die Schulzeit und die ersten Haftmonate konzentriert. Der für den Widerstand wesentlichste Teil des Strassmann-Nachlasses hat Eingang in den Nachlaß seines engsten Freundes Hans Robinsohn gefunden. Strassmanns Briefwechsel, der größtenteils aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg

stammt, enthält gerade in den Jahren 1945/46 zahlreiche Informationen über den Widerstand.¹¹

Damit ist der wohl wichtigste Nachlaß bereits angesprochen. Hans Robinsohn kann als der verhinderte Historiker der Gruppe bezeichnet werden. Sein Nachlaß enthält Niederschriften für Referate, die er in der NS-Zeit vor politischen Freunden gehalten hat, sowie Berichte an politische Freunde, die er während Auslandsreisen von 1937 bis zur Reichspogromnacht 1938 und während seiner Emigration 1939 angefertigt hat. Ergänzt werden diese Berichte durch weitere Aufzeichnungen in der Kriegszeit und durch zahlreiche Briefe an Freunde im Ausland, die er sowohl vor als auch nach Kriegsende 1945 schrieb.¹² Einige wichtige Dokumente vernichtete Robinsohn jedoch bei der Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen, um seine deutschen Freunde und deren ausländische Verbindungen zu schützen. Bisher fehlende Berichte Robinsohns wurden dem Verfasser von der Familie Vagts zur Verfügung gestellt, so daß die Ausarbeitungen Robinsohns aus der NS-Zeit nun nahezu vollständig vorliegen. Es fehlen lediglich das erste Grundlagenpapier, die »Bibel« genannt, und ein Bericht vom Oktober 1938.¹³

Aufschlußreich sind auch verschiedene umfänglichere Nachlässe von Gruppenmitgliedern, die zur Leitungsebene gehörten oder mit ihr in direkter Fühlung standen. Dies sind insbesondere die Nachlässe Dehler, Lachmund, Kingma, Dudek, Wentker und Reissert. Zahlreiche weitere Nachlässe enthalten zusätzliche Details über die Betroffenen selbst, über lokale Verbindungen und Einzelaktionen. Da in der Gruppe der Grundsatz »Nichts Schriftliches!« galt, ist die Masse der Dokumente erst nach dem Ende der NS-Diktatur entstanden. Von größter Bedeutung sind daher die zeitgenössischen Berichte Robinsohns, die er aus Vorsichtsgründen nur auf Auslandsreisen anfertigte. Eine Reihe von lebenden Beteiligten stellte Materialien zur Verfügung und gab weitgehende schriftliche und mündliche Informationen.

Von den genannten Nachlässen, Materialien und Informationen abgesehen, wurde auf Archivbestände zurückgegriffen, mit deren Hilfe teils die Tätigkeit der Gruppe weiter erhellt, teils die politische Einordnung der Gruppenmitglieder näher bestimmt werden konnte. Da maßgebliche Gruppenmitglieder einstige Mitglieder der Jungdemokraten (DDJ) waren, dienten deren überregionale Periodika »Echo«¹⁴ und »Herold«¹⁵ als wertvolle Quellen.

In der Literatur ist die Robinsohn-Strassmann-Gruppe bisher stiefmütterlich behandelt worden. Insbesondere in den Biographien des Chefs der militärischen Abwehr von 1935 bis 1944, Admiral Wilhelm Canaris, ist Strassmann verzeichnet. Die erste Erwähnung findet er in Abshagens Canaris-Biographie von 1949 auf einer halben Seite, die allerdings von Fehlern

nur so strotzt.¹⁶ Die Canaris-Biographie von Brissaud schmückt Abshagens Erzählungen 1973 noch weiter aus.¹⁷ Erst Höhnes Biographie des Abwehr-Chefs (1976) vermeidet die alten Fehler, streift Strassmann aber nur in zwei Sätzen und bezieht sich nur auf eine Quelle.¹⁸ Ebenfalls zwei Sätze erübrigt Leithäusers Leuschner-Biographie (1962) für Strassmann, und zwar im Zusammenhang mit der Einbeziehung der Berliner Elektrizitätswerke (Bewag) in die Umsturzplanung.¹⁹ Doch auch das Reichssicherheitshauptamt informierte Hitler in den sog. Kaltenbrunner-Berichten nach der Verschwörung vom 20. Juli 1944 nur in einem Satz über Strassmann.²⁰

Um das Erbe der Robinsohn-Strassmann-Gruppe kümmerte sich insbesondere ihr Führungsmitglied Hans Robinsohn in der erklärten Absicht, die Konzentration auf die fast ausschließliche Berücksichtigung des konservativ-militärischen und des christlich-klerikalen Widerstands in der deutschen Nachkriegsliteratur zu brechen und mit der Stärkung der liberal-demokratischen und sozialdemokratischen Traditionslinie die Reformkräfte gegen die einsetzende Restaurationspolitik zu fördern. Um 1950 versuchte Robinsohn vergebens, Strassmann zur öffentlichen Korrektur der Auslassungen Abshagens zu bewegen.²¹ Nach Strassmanns frühem Tod rief Robinsohn die führenden Gruppenmitglieder 1960 in einem Rundschreiben mit einem kleinen Fragenkatalog zur Niederschrift ihrer Erinnerungen an die Arbeit der Gruppe auf – ohne erkennbare Resonanz. Aber im Nachlaß eines Adressaten fand sich eine Namensliste, die aufgrund des Rundschreibens angelegt worden war und insbesondere Berliner Teile der Gruppe umfaßt.²² Immerhin hat Robinsohn viele Briefe und Berichte von seinen Adressaten aus der NS-Zeit zurückerhalten. Diese Berichte, insbesondere Robinsohns große Denkschrift »Die Deutsche Opposition« von 1939, zwei kleine Niederschriften Strassmanns und Dehlers von 1948 über die Gruppe sowie mündliche Informationen Robinsohns, der zusätzlich die Witwe Strassmanns befragte, bilden die schmale Quellenbasis für die einzige nennenswerte Arbeit über die Gruppe: einen Aufsatz von Wolfgang Benz in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte (1981).²³

1. »Ohne Machtkampf dankt dieses Regime nicht ab«: Die Gründungssituation

Da es sich bei der Robinsohn-Strassmann-Gruppe um eine vorrangig aus dem liberalen Bürgertum hervorgegangene Gruppe handelt, soll zunächst ein Blick auf diese gesellschaftliche Schicht in der NS-Zeit geworfen werden. Daß die liberalen Parteien, die eher linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) bzw. ihre Nachfolgerin Deutsche Staatspartei (DStP), die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) und die demokratisch-pazifistische Splittergruppe Radikal-Demokratische Partei (RDP), 1933 organisatorisch, finanziell und gemessen an den Wahlergebnissen zur *Quantité négligeable* reduziert waren, ist hinreichend bekannt. Es ist geradezu eine Selbstverständlichkeit, daß die Gründer einer liberaldemokratischen Widerstandsgruppe nicht auf organisatorischen Voraussetzungen aufbauen konnten wie einer illegalen Parteiorganisation (KPD), einem ausländischen Führungsstab (KPD, Sopade, Internationale Transportarbeiter-Föderation), oder einer intakt gebliebenen Amtsstruktur (Kirchen).¹ Zu fragen ist jedoch, ob es neben dem proletarischen, dem sozialdemokratischen, dem katholischen und dem protestantischen auch ein bürgerlich-liberales Milieu gab, in dem die Gruppe Resonanz finden konnte.

Hierzu bemerkt Werner Jochmann, »daß sich zur ›Lebensanschauung des Liberalismus‹ [...] noch 1933 mehr Menschen bekannten, als jemals in liberalen Parteien, Verbänden oder Clubs organisiert gewesen waren«.² Dies bestätigt Robinsohn, wenn er nach zweieinhalb Jahren NS-Diktatur

»neu erweckte liberale Schichten« erwähnt.³ Jochmann nennt als Bereiche, in denen Liberale sich dem nationalsozialistischen Zeitgeist widersetzen, die Verwaltung, die Wirtschaft, die freien Berufe, die Publizistik, die Hochschulen, die Schulen und anderen Volksbildungsstätten, das Theater und die liberale Theologie.⁴ Tatsächlich unterstreichen amtliche und nationalsozialistische Quellen die Bedeutung, die der NS-Staat der Bekämpfung des Liberalismus weiterhin beimaß. So heißt es im Lagebericht der Staatspolizeileitstelle für den Regierungsbezirk Schleswig im Mai 1935, »daß teilweise in den sogenannten ›bürgerlichen‹ Kreisen eine gewisse Teilnahmslosigkeit, wenn nicht sogar versteckte Abwehr, Platz gegriffen hat, die sich rein äußerlich in dem Nichterwidern des deutschen Grußes und weiterhin in dem Bestreben äußert, sich wieder abzusondern und ›unter sich‹ zu sein«. ⁵ Dieselbe Beobachtung über die Ablehnung des Hitler-Grußes machten die Gründungsmitglieder Robinsohn und Strassmann auf einer Rundreise durch Deutschland im Frühjahr 1936.⁶ In einem Rundschreiben fordert das Gestapa 1936 die Überwachung prominenter Persönlichkeiten aus der DVP und der DDP/DStP.⁷ Im Jahreslagebericht 1938 widmet der Sicherheitsdienst (SD) der SS ein Kapitel dem Liberalismus, den er trotz der Zerschlagung seiner Organisationen lebendig und teilweise sogar gestärkt sieht;⁸ als Problembereiche werden Wissenschaft und Hochschule, Justiz, Kunst, Gemeinschaftsleben, Presse, Literatur, Lehrerschaft und Wirtschaft genannt. Dazu vermerkt der Bericht:⁹ »Die Bedeutung des Liberalismus liegt nicht in den Organisationsformen, sondern in der inneren Haltung der einzelnen Träger liberalistischen Gedankengutes.« Die aufgeführten Beispiele zeigen hinreichend deutlich, daß es auch nach Vernichtung der liberalen Parteien und Verbände ein bürgerlich-liberales Milieu gab, auf das die Gründer einer liberaldemokratischen Widerstandsgruppe sich stützen konnten. Die Ausstrahlungskraft des Liberalismus, die in der Endphase der Weimarer Republik gegen Null gesunken war, nahm angesichts der durchweg illiberalen und antiliberalen Politik der Hitler-Regierung erneut zu.¹⁰

Über die Gründung der Robinsohn-Strassmann-Gruppe sind wir nur aus nachträglichen Berichten orientiert. Der Zeitpunkt der Gründung ist klar: Pfingsten 1934.¹¹ Auch die Initiatoren sind bekannt: der Berliner Landgerichtsrat Dr. Ernst Strassmann, der Hamburger Textilkaufmann Dr. Hans Robinsohn und der Berliner Journalist Dr. Oskar Stark.¹² Damit stellt sich die Frage, wie es möglich war, aus einer so winzigen Keimzelle binnen weniger Jahre eine Gruppe zu entwickeln, die Verbindungsleute in weiten Teilen des Reiches, in der Wirtschaft, beim Militär und in den Ministerien und Behörden hatte. Um diese Frage zu klären, soll die Gründungssituation von verschiedenen Seiten her beleuchtet werden.

Die Gründergruppe Robinsohn-Strassmann-Stark

Zunächst sollen die drei Hauptbeteiligten im Hinblick auf ihre familiäre Herkunft, ihre persönlichen und beruflichen Verhältnisse, ihre Wesensart und ihre Beziehungen untereinander vorgestellt werden.

Hans Joachim Robinsohn wurde am 2. März 1897 in einer jüdischen Familie in Hamburg geboren. Sein Vater Max Robinsohn und sein Onkel Leo Robinsohn führten zusammen als selbständige Kaufleute das Textil- und Modewarenhaus Gebr. Robinsohn, das sich in seiner Branche zu einer der ersten Adressen in Hamburg entwickelte. Wie aus einem 1906 angelegten Stammbaum hervorgeht, stammt die Familie aus dem Regierungsbezirk Posen. Stammvater ist der Kaufmann Ruben Wolff aus Neustadt an der Warthe (poln. Nowemiastow), dessen Lebensdaten nicht sicher zu ermitteln sind. Jedenfalls wurde während seiner Lebenszeit 1833 in der zu Preußen geschlagenen Provinz Posen die Eindeutschung der jüdischen Namen gestattet.¹³ Die naturalisierungswilligen Juden mußten allerdings hohe Anforderungen erfüllen, zu denen insbesondere eine gesicherte wirtschaftliche Grundlage – durch Grundeigentum im Wert von 2000 Talern oder Kapitalvermögen von 5000 Talern, durch ein stehendes Gewerbe (als Gegensatz zum Hausiererhandel) o. a. – gehörte.¹⁴ Da Ruben Wolff sich naturalisieren lassen konnte,¹⁵ muß er zur jüdischen Mittelschicht der Provinz Posen gehört haben. Seine sieben Kinder wurden zwischen etwa 1780 und 1817 geboren. Die drei Jungen ergriffen bürgerliche Berufe im Regierungsbezirk Posen: Fischereibesitzer, Talmudgelehrter, Lehrer und Färber; die vier Mädchen heirateten gutbürgerlich: einen Fischereibesitzer, einen Tischler (in New York) sowie zwei auch als Kaufleute tätige Färbereibesitzer. Der jüngste Sohn des Ruben Wolff, Hermann Robinsohn (1817–1879), war der Großvater von Hans Joachim Robinsohn. Er arbeitete als Lehrer und Färber in Borek. Von seinen zwölf Kindern aus zwei Ehen starben drei schon im Kindesalter. Charakteristisch für die Posener Juden ist die Westwanderung in technisch und kulturell höher entwickelte Zentren.¹⁶ Drei Söhne zogen nach Frankfurt am Main, wo sie sich als selbständige Kaufleute niederließen;¹⁷ eine weitere Tochter heiratete einen Frankfurter Kaufmann. Die Brüder Max und Leo Robinsohn waren die einzigen aus der Familie, die nach Hamburg zogen, wo sie 1892 einen kleinen Manufakturwarenladen gründeten, aus dem sie ein zunächst exklusives Modehaus machten.¹⁸ Obwohl sie dem Ostjudentum entstammten, waren sie keineswegs orthodoxe Juden, sondern Anhänger des liberalen Judentums.¹⁹

Hans Robinsohn und seine jüngere Schwester Hilde wurden also in eine umsichtige, unternehmungslustige, aufsteigende Kaufmannsfamilie geboren. Weltoffenheit war selbstverständlich; das Modehaus unterhielt inter-

nationale Geschäftsverbindungen, so nach England und insbesondere nach Skandinavien. Seine Wirtschaftskraft bezog Hamburg ohnehin maßgeblich aus seiner Funktion als kommerzielles Tor zur Welt. Hans Robinsohn absolvierte die Schule glatt, studierte von 1915 bis 1922 Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft an den Universitäten Berlin, Göttingen, München und Hamburg und schrieb seine Dissertation über ein Thema, das mit den Geschäftsinteressen des Modehauses Robinsohn verknüpft war, die Perspektiven der Hamburger Verkehrspolitik. Daneben betätigte er sich seit November 1918 im entschieden demokratischen Sinne. Im Jahr seines Studienabschlusses heiratete er und wurde 1925 und 1927 Vater zweier Kinder. Nach dem Studium arbeitete er zunächst als Bankvolontär, trat 1923 als Angestellter in die väterliche Firma ein und avancierte 1925 zum Prokuristen.

Wegen veränderter Marktbedingungen in den zwanziger Jahren wurde das »Geschäft für hauptsächlich sehr begüterte Kreise umgestellt auf ein Modehaus« für Damen und Kinder, »dessen Qualitätswaren im Preis auch für die breiteren Schichten erschwinglich waren«. ²⁰ In den wirtschaftlich schwierigen Jahren des Ersten Weltkrieges, der Inflation und der Weltwirtschaftskrise gelang es den Inhabern, die Liquidität des Hauses zu erhalten. Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, am 12. März 1932 (also in einem Winter mit besonders hoher Arbeitslosigkeit), feierte die Firma ihr 40jähriges Bestehen, über das Hans Robinsohn in der Rückschau berichtet: ²¹ »In Hamburgs bester Geschäftsstraße zeigten über 15 Schaufenster die Angebote der Firma. Durch drei Grundstücke zogen sich bis zum zweiten Stockwerk die Verkaufsräume. In den oberen Stockwerken waren die umfangreichen Großhandels-, Ausfuhr- und Verwaltungsabteilungen untergebracht. Etwa 700 Mitarbeiter konnten das Jubiläum mitfeiern.« Alte Hanseaten erinnern sich, daß man damals so »zum Robinsohn« ging wie heute in den Kaufhof oder zu C & A. ²² Die Firma und die Familie Robinsohn waren also vor der Machtübernahme der Hitler-Regierung etabliert, sie stellten ein Stück des damaligen Hamburg dar.

Im Wesen Hans Robinsohns vereinigten sich Widersprüche im besten Sinne. Er war ein ausgesprochen brillanter Kopf, besaß Menschenkenntnis und eine profunde volkswirtschaftliche, juristische und politische Bildung, hatte außerdem, wie seine Mutter, ²³ kulturelle Interessen – insgesamt also glänzende Voraussetzungen für seine messerscharfen Analysen, durch deren gedankliche Zuspitzung er den intellektuellen Einsatz seiner Diskussionspartner herausforderte. Als fleißiger, disziplinierter, unermüdlicher Arbeiter stellte er ebensolche Anforderungen an seine Mitarbeiter und Freunde. Seiner hohen, geschulten Intelligenz steht sein Sinn für Geselligkeit, für Gemeinschaft und Freundschaft gegenüber. Auch als Kapitalist war er sozial gesinnt. Mit Verachtung blickte er auf den Teil des Mittelstan-

des herab, der in den Gewerkschaften und deren sozialen Errungenschaften das Ende der »freien Wirtschaft« winken sah. Sein ausgleichendes Temperament und sein gütiger Charakter förderten den Zusammenhalt des Freundeskreises auch bei grundsätzlichen Auseinandersetzungen. Hans Robinsohn hatte einen ausgeprägten Sinn für Humor. Ernst Strassmann, den er 1919 kennenlernte, war ihm »der liebste, treueste Freund, der geistige Bruder, der mutigste Mitstreiter, der beste Kamerad«. ²⁴

Teilweise verblüffende Parallelen weist die Familiengeschichte dieses engsten Freundes von Hans Robinsohn auf. Ernst Karl Otto Strassmann wurde am 27. November 1897 in Berlin geboren; er war also gleichaltrig wie Hans Robinsohn. Seine Herkunft väterlicherseits ist nicht mit Sicherheit zu klären, was wegen der Rassengesetzgebung im Dritten Reich Bedeutung erlangte. Strassmanns Mutter war 1897 jedenfalls einige Monate lang mit einem Kaufmann Hübner verheiratet, der aber noch vor der Geburt des Sohnes spurlos verschwand. Ein Jahr später wurde die Ehe geschieden, und nach einem weiteren Jahr heiratete die evangelische Mutter ihren Arzt, den Sanitätsrat Dr. Arnold Strassmann, der im Gegensatz zu Hübner jüdischen Bekenntnisses war. ²⁵

Ernst Strassmann kannte also von früh auf als Vater nur den Sanitätsrat; deshalb kann bei der Untersuchung der Verwandtschaftsverhältnisse und der Familientraditionen die Familie Hübner entfallen. Arnold Strassmann betrieb ein Sanatorium in Falkenhagen bei Seegefeld, westlich von Berlin. ²⁶ Wie die Robinsohns, so stammte auch die Familie Strassmann aus dem Ostjudentum in der preußischen Provinz Posen, und zwar aus derselben Gegend, dem Regierungsbezirk Posen, südlich der Stadt Posen. Ernst Strassmanns Urgroßvater trug noch den jüdischen Namen Schmuhl Molower, den er 1833 aufgrund der preußischen Eindeutschungspolitik gegenüber den Juden in Samuel Strassmann änderte, angeblich weil der damit beauftragte Beamte ihn zufällig auf der Straße antraf. ²⁷ Seine drei Söhne waren Heymann Strassmann (1797–1881), Prediger, Vorbeter und Schächter in Rawitsch, von dem die nahmhafte Ärztesfamilie Strassmann ausging, ²⁸ der Bauer Chunc (Johann) Strassmann in Borek, dessen viele Söhne Kaufleute wurden, und Eduard (oder Ephraim) Strassmann, ein angesehener Kaufmann in Raschkow (Raszkow), Vater des Sanitätsrats Dr. Arnold Strassmann. ²⁹

Im Dezember 1899 heiratete der jüdische Arzt Arnold Strassmann in Zivilehe die evangelische Christin Emilie Hübner geb. Backhausen, die in die Ehe den Sohn Ernst mitbrachte. Nach einem Zivilgerichtsverfahren adoptierte Dr. Strassmann den Jungen und erkannte ihn als seinen leiblichen Sohn an. Im Jahre 1900 wurde als zweiter Sohn Reinhard geboren. Die künstlerisch begabte, warmherzige Mutter starb schon 1920. Ernst Strassmann besuchte die Vorschule des Sophien-Gymnasiums in Berlin und die-

ses selbst, hatte dann Privatunterricht in Falkenhagen und besuchte anschließend das Friedrichs-Gymnasium in Berlin, wo er leistungsmäßig im Mittelfeld lag. Nach dem letzten vorliegenden Zeugnis war er Ostern 1914 in der Obersekunda.³⁰

Bei Beginn des Ersten Weltkrieges meldete er sich kriegsbegeistert freiwillig zu den Fahnen und wurde am 8. Oktober 1914 zum (7. Pommer-schen) Infanterie-Regiment Nr. 54 in Kolberg und Köslin eingezogen. Wann er an die Front kam, ist unbekannt; jedenfalls zeichnete er sich durch persönlichen Mut, Selbstdisziplin und Einsatzbereitschaft aus. Davon zeugen auch seine vier Verwundungen, seine Auszeichnungen und seine Beförderung zum Fahnenjunker. Nach einer schweren Verwundung im Herbst 1916 an der Ostfront wurde Ernst Strassmann, inzwischen Fähnrich, in Heimatlazarette überführt, bis er Ende November 1916 in das Sanatorium seines Vaters zur Privatpflege kam. Der Gensung folgte ein erneuter Schulbesuch in Spandau, den er am 30. Juni 1917 mit der Not-reifeprüfung beendete.³¹ Anschließend wurde er an der Westfront wieder im Feldheer eingesetzt, mit dem er bei Kriegsende als Leutnant und ge-wählter Soldatenrat zurückkehrte.³² Formal blieb er bis zum 30. August 1919 Soldat und war zuletzt dem Grenzschutz zugeteilt, wurde aber schon für das Frühjahrs-Zwischensemester 1919 zum Studium der Rechts-wissenschaft beurlaubt, das er in Berlin und ab 1921 in Breslau mit »aus-reichend« absolvierte.

Es folgte das Referendariat in Altona von 1923 bis 1927. Im Sommer 1927 heiratete er die gleichaltrige Hella Prestin, Tochter eines Wismarer Schuh-machermeisters, eine Liebesehe, die schon vier Jahre später mit dem tragi-schen Tod Hellas kinderlos endete. Inzwischen war Ernst Strassmann 1927 zum Gerichtsassessor und zum Hilfsrichter beim Landgericht Berlin II, 1929 zum ständigen Hilfsarbeiter und 1930 zum Landgerichtsrat und zu-gleich zum Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht Berlin-Neukölln ernannt worden. Aufgrund seiner überdurchschnittlichen Fähigkeiten als Richter leitete er ab 1931 Referendarkurse. Zum Jahresbeginn 1932 übernahm er zudem die Stellung als Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht Berlin-Schöne-berg. Zusätzlich zu diesen umfangreichen richterlichen Tätigkeiten publi-zierte er juristische Facharbeiten, insbesondere als Mitverfasser einen Kommentar zum BGB.³³

Hans Robinsohn hat seinen Freund in seiner Gedenkrede in ergreifender Weise charakterisiert, weshalb hier einige Passagen wiedergegeben werden sollen. Diese Worte werfen zugleich ein Licht auf Robinsohn selbst:³⁴ »Von jeher stand jeder, der ihn kennenlernte, unmittelbar unter dem Ein-druck seines starken Charakters [...] In den fast vier Jahrzehnten unserer innigen Freundschaft habe ich Ernst Strassmann in allen möglichen Stim-mungen gesehen, heiter und ausgelassen, betrübt und auch bitterböse oder

zornig. Aber ich habe ihn nie unbeherrscht gesehen. Das habe ich stets bewundert als Zeichen innerer Stärke. Aus dieser Meisterung des eigenen Temperaments, aus dieser bewußten und gewollten Selbstformung wuchs die natürliche Freiheit seines Benchmens und die unmittelbare Autorität, die er seit jeher anderen gegenüber hatte [...] Er hat nach seinen eigenen Maßstäben gelebt. Er hat nie ein Kompromiß geschlossen, das die Lauterkeit seines Charakters verletzt hätte und durch das seine Seele hätte Schaden nehmen können. Er war und blieb sich selbst treu und war unverbrüchlich den Geboten seines Wesens und Gewissens gefolgt. Da er gegen sich selbst hart war, scheute er keine Konflikte, wenn es um große und wichtige Dinge ging. Aus solchen Konflikten sauber und aufrecht hervorzugehen, war sein Ziel, und er konnte noch mit dem letzten Atemzug sagen, daß er niemals ein Mitläufer gewesen ist, niemals aus Bequemlichkeit oder gar Feigheit eine Mühe gescheut, einen Vorteil eingeheimst, auf seine innere Würde verzichtet hat. [...] Er hatte eine höchst seltene, beinahe geniale Begabung für Freundschaft. Das lag daran, daß sich in ihm menschliches Verständnis für andere – einerlei ob sie seinem Wesen entsprachen oder nicht –, eine aus tiefstem Herzen kommende Wärme und Anteilnahme mit einem kritisch realen Sinn verbanden. [...] Sein großer unerschütterlicher Humor half ihm in allen menschlichen Beziehungen und wirkte als starkes Bindungsmittel.« Robinsohn hob Strassmanns Zuverlässigkeit und Toleranz hervor und schilderte den Homo politicus. Er rühmte seinen »Sinn für alles Schöne in der Natur und in der Kunst [...], wie auch die Zartheit und Feinheit seines Empfindens, das [...] ihm eine sehr seltene Harmonie des Wesens gab.«³⁵

Während Robinsohn und Strassmann sich seit 1919 aus ihrer politischen Arbeit kannten, begegneten sie dem Journalisten Oskar Stark offenbar erst später.³⁶ Er wurde am 27. Januar 1890 in Aschaffenburg geboren, war also gut sieben Jahre älter als die beiden Mitgründer. Aufgrund seiner überragenden schulischen Leistungen wurde er ins Maximilianeum in München aufgenommen, studierte Rechtswissenschaft, fühlte sich aber zum Journalismus berufen, dem er sich ganz zuwandte. Er arbeitete durchweg an liberalen Zeitungen: 1911 bis 1920 an den (damals noch liberalen) Münchner Neuesten Nachrichten, 1920 bis 1930 bei der elitären Frankfurter Zeitung, wo er der zweite Mann des Berliner Büros neben Bernhard Guttman wurde, 1931 bis 1933 als Chef vom Dienst in der politischen Redaktion des Berliner Tageblatts, der maßgeblichen liberaldemokratischen Zeitung des deutschen Bürgertums, deren Chefredakteur von 1906 bis 1933 Theodor Wolff war. Starks Einstellung zu seinem Beruf wird in einem späten Geburtstagsartikel besonders deutlich:³⁷ Danach gehörte Stark nicht zu den wenigen bekannten Journalisten, er war »aber einer der vielleicht noch weniger, die mit der Stärke ihres Charakters und mit unbestechlicher Sach-

lichkeit mitgeprägt haben, was man, schon fast als Abstraktion, den besten politischen Stil nennen möchte. [...] Es geht [...] Oskar Stark nicht um den Journalismus der Schlagzeilen. Es geht um die Vermittlung von Informationen und um sachliches, fundiertes Urteilen in allen Dingen, die die Öffentlichkeit angehen.« Was der Autor über Starks jüngere Mitarbeiter schreibt, gilt wohl auch für Stark selbst: »In fast puritanischer Strenge hat dieser ihnen nie eine Schluderei, weder in der Sache, noch in der Sprache, durchgehen lassen.« Schließlich hebt der Verfasser des Artikels die »persönliche Toleranz und [...] das Verständnis für alles Menschliche« hervor, »das diesem knorzigen, ebenso bescheidenen wie selbstbewußten Mann eigen ist«. Wenn mit diesen Worten auch der alte Stark beschrieben wird, lassen sie doch auf den jungen schließen. Die journalistische Ader war jedenfalls eine Gemeinsamkeit der drei Gruppengründer, die bei Oskar Stark sicher am stärksten ausgeprägt war.³⁸

Durch seine Tätigkeit bei so renommierten Zeitungen schuf sich Stark nicht nur Ansehen unter seinen Mitarbeitern, sondern vielfältige Beziehungen zu Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft; so gehörte er zum Freundeskreis des DDP-Politikers und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschafters Anton Erkelenz.³⁹ Starks Spezialgebiet, die Staatsetats, lassen auf enge Verbindungen mit führenden Haushaltspolitikern schließen.⁴⁰

Die politische Herkunft der Beteiligten: DDP und Demokratische Jugend

Wichtig als Voraussetzung für den organisatorischen Aufbau und die ideologische Prägung der Widerstandsgruppe ist die gemeinsame politische Herkunft der Gründungsmitglieder. Alle drei stammten aus der Deutschen Demokratischen Partei, einer der Säulen der Weimarer Republik, deren Verfassung durch den DDP-Politiker Hugo Preuß in wesentlichen Teilen entworfen worden war. Zugleich war die DDP eine ausgesprochen heterogene Partei des liberalen Bürgertums, deren weitgespannte Flügel Unternehmer und Gewerkschafter, Nationalisten und Internationalisten, Monarchisten und Republikaner umfaßte. Aufgrund der Heterogenität der Partei läßt sich ihr Programm nur mit Einschränkungen beschreiben. Nachdem mit der Weimarer Reichsverfassung die wesentlichen liberaldemokratischen Forderungen durchgesetzt waren, identifizierte sich die DDP mit dem Staat als Repräsentanten der ungeteilten Volksgemeinschaft; sie verstand sich als *die* Staats- und Verfassungspartei. In den Krisen der Weimarer Republik stützte sie bis 1932 durchweg die verfassungsmäßigen Organe. Außenpolitisch setzte die Partei auf eine friedliche Revision der

durch den Versailler Vertrag geschaffenen Bedingungen durch internationale Verständigung; in der Grenzfrage forderte sie die Beseitigung des polnischen Korridors zwischen Pommern und Ostpreußen und andere Grenzkorrekturen nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Hierfür war eine gewisse Politik der Stärke in Form der wehrpolitischen Gleichberechtigung mit den anderen Völkern Bedingung. Innenpolitisch war die DDP Gegnerin des Klassenkampfes von oben und von unten. Sie verfocht das individualistische Prinzip, bei dem die optimale Entfaltung der Potentiale des einzelnen durch den Staat garantiert werden sollte. Obwohl der Individualismus zunächst die Unternehmer begünstigte, war die DDP ihrem Selbstverständnis nach auch eine soziale Partei. Mit bedingt durch ihre diffuse soziale Basis, definierte sie sich als Vertreterin des ganzen Volkes.

Die DDP hatte hervorragende Politiker in ihren Reihen, wie den Gewerkschafter Anton Erkelenz, den Hamburger Bürgermeister Carl Petersen, den Schriftsteller Theodor Heuss oder die Frauenrechtlerin Marie-Elisabeth Lüders. Besonders prägend und polarisierend wirkte der langjährige Wehrminister Otto Gessler, der von 1920 bis 1928 in Koalitionsregierungen aller Schattierungen mitarbeitete, an seiner eigentlichen Bewährungsprobe, der Republikanisierung der Reichswehr, aber völlig scheiterte. Die Jugendorganisation dieser Partei war der Reichsbund Deutscher Demokratischer Jugend (RDDJ), kurz Jungdemokraten genannt.⁴¹

Robinson, Strassmann und Stark⁴² standen eindeutig auf dem linken Flügel der Partei, eine Position, die sie zwangsläufig mit deren allmählicher Anpassung nach rechts in Konflikt bringen mußte. In den Familien Robinson und Strassmann gab es bereits eine demokratische Familientradition. Im Falle Robinson beschränkt diese Kenntnis sich allerdings auf die unmittelbaren Angehörigen: seinen Großvater mütterlicherseits Wilhelm Langenbach, der auf dem linken Flügel des Freisinns gestanden hatte,⁴³ seinen Vater Max, der in der Teilnehmerliste der konstituierenden Sitzung des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe der DDP genannt wird, den Onkel Leo (DDP) und den Vetter Walter (Deutsche Demokratische Jugend, DDJ).⁴⁴

Erheblich mehr läßt sich über die weitere Familie Strassmann sagen. Der Bruder von Strassmanns Großvater, Heymann Strassmann, war als »begeisterter Freiheitsmann« Mitglied des Demokratischen Klubs von Rawitsch, an dessen Sitzungen auch seine Söhne teilnahmen.⁴⁵ Ein Sohn, Wolfgang Strassmann, wirkte als Student an den Barrikadenkämpfen vom 18. März 1848 in Berlin mit und rief später vor einer Volksmenge sogar die Republik aus, woraufhin er zu einer sechswöchigen Haftstrafe verurteilt und aus Berlin ausgewiesen wurde, eine Ausweisung, die nie aufgehoben wurde.⁴⁶ Trotzdem wurde er 1863 zum Berliner Stadtverordneten der Deutschen Fortschrittspartei gewählt und war von 1875 bis 1885 Stadtverordneten-

vorsteher von Berlin und von 1877 bis 1885 preußischer Landtagsabgeordneter; in dieser Zeit arbeitete er mit prominenten Parteifreunden wie den Ärzten Rudolf Virchow und Johann Jacoby und dem Unternehmer Ludwig Loewe politisch zusammen.⁴⁷ Wolfgangs Bruder Samuel wirkte 1848 am Sturm auf das Berliner Zeughaus mit.⁴⁸ Ein dritter Bruder, Ferdinand, wurde 1889 unbesoldeter Stadtrat, 1913 Magistratsmitglied und 1928 Ehrenbürger von Berlin.⁴⁹ Der Bruder Heinrich Strassmann wurde Mitglied des Liberalen Klubs in Berlin und der Fortschrittspartei.⁵⁰ Auch andere Nachkommen des Schmuhl Molower, der den Namen Strassmann angenommen hatte, waren liberaldemokratischer Gesinnung: Der Großvater Ernst Strassmanns, Eduard (Ephraim) Strassmann, war ein Freigeist und wurde ehrenamtlicher Stadtrat in Raschkow;⁵¹ der Vater Arnold Strassmann war Mitglied der DDP, Vorsitzender des Kreisverbandes Osthaveland, Kreistagsabgeordneter in Nauen und Reichstagskandidat 1928. Den Zusammenschluß der DDP mit dem Jungdeutschen Orden, der den »Arierparagraphen« beibehielt, zur Deutschen Staatspartei machte er nicht mit.⁵² Der Schluß, den eine neue Untersuchung über den Beitrag des Ostjudentums zur deutschen Politik zieht, daß nämlich »die ostdeutschen Juden noch stärker als ihre Glaubensgenossen aus den übrigen Teilen Deutschlands nach links tendiert«⁵³ haben, wird durch die ostjüdischen Familien Robinsohn und Strassmann bestätigt. Insofern gab es bei Hans Robinsohn und Ernst Strassmann eine gewisse familiäre Disposition für das politische Engagement im linksliberalen Spektrum.

Beide lernten sich auf der reichsweiten Jugendtagung der Jungdemokraten im Juli 1919 am Rande des DDP-Reichsparteitages kennen.⁵⁴ Robinsohn beschreibt Strassmann als einen der »seltenen Menschen mit einem ursprünglichen politischen Temperament. [...] Es gab nichts, was ihn so leidenschaftlich und innerlich beschäftigte wie die Politik.«⁵⁵ Auf dem ersten Reichsjugendtag wurde er mit sieben anderen Jungdemokraten, darunter dem späteren Reichstagsabgeordneten Ernst Lemmer, in die Pressekommission gewählt, die Verträge zur Schaffung eines Verbandsorgans schließen sollte. Außerdem nahm die Jugendtagung einen Antrag Strassmanns gegen die Einflußnahme der vorgeblich unpolitischen deutschnationalen Jugendverbände in den Schulen an.⁵⁶ Auf dem zweiten Reichsjugendtag im Dezember 1920 setzte Strassmann einen Antrag durch, der die Vorbereitung »einheitlicher, geistiger Grundlinien (Ideen und kulturpolitische Ziele!)« zur Aufgabe des neuen Vorstandes erklärte, in den er als stellvertretender Schatzmeister gewählt wurde.⁵⁷ Damit hatte er ein Amt, für das ein Kandidat besonderes Vertrauen benötigt oder für das er umgekehrt als besonders qualifiziert erscheinen muß.

Zuvor war Strassmann schon führend im Landesverband Brandenburg der DDJ tätig gewesen, dessen Vorsitzender er seit der Gründung 1920/21

war.⁵⁸ Zum Wintersemester 1921/22 wechselte er an die Universität Breslau und gründete aus den verschiedenen ostdeutschen Landesverbänden der DDJ eine Arbeitsgemeinschaft Ost (Ago), zu deren Vorsitzenden er gewählt wurde. Dieses Amt, verbunden mit der gewählten oder kooptierten Mitgliedschaft im RDDJ-Vorstand, hatte er bis 1923 inne.⁵⁹ Die Ago umfaßte ein beträchtliches Gebiet, nämlich die Landesverbände »Brandenburg, Schlesien (Ober-, Mittel-, Nieder-), Ostmark«, d. h. die Reste der ehemaligen Provinz Posen, »Pommern und Ostpreußen«. ⁶⁰ Aufgabe der Ago war besonders die organisatorische Unterstützung der noch im Aufbau befindlichen sieben ostdeutschen Landesverbände. Strassmann scheute die organisatorischen Probleme und die finanziellen Schwierigkeiten der Inflation nicht, sondern bereitete überregionale Treffen der DDJ mit vor, die den Teilnehmern gerade in dieser Zeit eine besondere Motivation für die künftige politische Arbeit gaben. Ein solches Treffen war der Reichsjugendtag zu Pfingsten 1922 in Kassel, wo die schlesischen Jungdemokraten mit einem starken Kontingent vertreten waren, ein anderes die erste Schulungswoche der Ago im August 1922 in Frankfurt/Oder, wo Strassmann als Leiter sich für die Lösung der sozialen Frage durch die politische Zusammenarbeit der sozialen Schichten einsetzte – eine Tagung, für die ihm die jungdemokratische Zeitschrift »Herold« wiederholt Anerkennung zollte.⁶¹ Strassmanns Tätigkeit in der Ago endete mit seinem ersten Staatsexamen, dem der Umzug nach Altona folgte.⁶²

Aufgrund der gesellschaftlichen Stellung seines Vaters und aufgrund seiner eigenen natürlichen Autorität lernte Strassmann schon in jungen Jahren namhafte Leute kennen. So soll er im Ersten Weltkrieg auch als Regimentsadjutant eingesetzt worden sein.⁶³ In der DDP fiel der 22jährige auf, als er unerschrocken »eine klare Entscheidung anstelle der erstrebten Verkleisterung« über einen Antrag »erzwang«, dessen Behandlung die Parteiautoritäten verhindern wollten.⁶⁴ Robinsohn: »Er haßte die billige Phrase, er verachtete die bequemen Formeln von der Einigkeit um der Einigkeit willen, denn er wußte, daß der politische Fortschritt nicht ohne Härte, nicht ohne Verwundungen, nicht ohne Interessenverletzung erreicht werden kann.«⁶⁵ Der preußische Landtagsabgeordnete Grzimek setzte sich später für Strassmanns berufliches Fortkommen ein, und mit seinem Zivilkammervorsitzenden arbeitete er juristische Kommentare aus.⁶⁶

Eine ähnliche Beziehung bestand zu dem Reichsaußenminister Walther Rathenau, den die Jungdemokraten politisch als einen der ihren, als den »geistige[n] Führer des radikal-demokratischen Teiles« der DDP ansahen.⁶⁷ Strassmann veröffentlichte wenige Monate vor Rathenaus Ermordung im »Herold« den Beitrag »Ein Besuch bei Walther Rathenau«, ⁶⁸ in dem er ein mehr als einstündiges Gespräch mit dem damaligen AEG-Direktor schildert. Strassmann hatte über die noch im Aufbau befindliche

DDJ um eine Unterredung gebeten, von der er sich »mancherlei Unterstützung, Aufschlüsse und deutende Weisung in Fragen, die damals wohl für die meisten von uns irgendwie in der Schwebe waren«, versprach. Nach Strassmanns Angaben begann Rathenau das Gespräch mit den Worten: »Als ich aus Ihrem Briefe ersah, daß Sie in einer Angelegenheit der demokratischen Jugend zu mir kommen wollen, da dachte ich mir: Das müßte eine Jugend sein, die mit ihrer glühenden Begeisterung Trägerin des sozialen Ideals ist. Junge Menschen, die den Schwung ihres Herzens auf den Lippen tragen, glänzende, hinreißende Redner sollten es sein, die überall, bei jedem Anlaß, nach jeder Rede und wo es sein mag, auftreten und ihren Willen zum wahren Sozialismus verkünden. [...] Können Sie mir sagen, daß Sie solche Menschen in ihrer Bewegung haben?«

Strassmann schilderte seinem Gastgeber den Entwicklungsstand der DDJ und die Pläne für den weiteren Aufbau; obwohl Rathenaus Erwartungen damit nicht erfüllt waren – »Dann ist das noch nicht die Jugend, die ich meine« –, versprach er, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu helfen, Vorträge zu halten und zur Verfügung zu stehen. Die unmittelbar nach Rathenaus Ermordung erschienene Ausgabe des *Herold* enthält einen Nachruf aus der Feder Ernst Strassmanns, in dem er an den Menschen, den Freund und den politischen Führer⁶⁹ Walther Rathenau erinnert. Darin heißt es:⁷⁰ »Er hoffte auf uns, er glaubte an eine Zukunft von einer Jugend getragen, die mutig und stark wie er auf neuen Bahnen der Erneuerung zustrebt. Seine Gedanken umspannten die deutsche Jugend als bedeutendsten Grundstein alles Kommenden. In die Zeit, die uns gehören wird, ragt der Bau des staatsmännischen Werkes, das er begann: Für uns!«

Mit dem Referendariat in Altona begannen im Herbst 1923 einige Jahre der permanenten Zusammenarbeit zwischen Ernst Strassmann und Hans Robinsohn. Letzterer war führendes Mitglied der Jungdemokraten gewesen, für die er auch an internationalen Jugendkonferenzen teilnahm.⁷¹ Seit 1921 wurde er regelmäßig als Beisitzer in den Landesvorstand der Hamburger DDP gewählt. Dieser Landesverband stand traditionell auf dem linken Flügel des Liberalismus; schon im Kaiserreich arbeiteten die Vereinigten Liberalen mit der SPD zusammen, um etwa das ungerechte hanseatische Klassenwahlrecht zu beseitigen. Die Zusammenarbeit wurde nach der Revolution von 1918 auf Regierungsebene bis 1933 fortgesetzt, wobei zeitweise auch die nationalliberale DVP einbezogen wurde.⁷² Ein solches politisches Umfeld war den politischen Zielen der beiden Nachwuchspolitiker besonders günstig; ihr in der Zusammenarbeit noch potenziertes Engagement versprach hier lohnende Resultate.

Doch die beiden Freunde arbeiteten um höherer Ziele als um parteipolitischer Karriere willen. Ihr oberstes Gebot war der Schutz der jungen, noch instabilen, von rechts- und linksradikalen Kräften angefeindeten und bis

hin zu Aufstands- und Putschversuchen bekämpften demokratischen Republik. Mit einem ausgeprägten Realitätssinn ausgestattet, war ihnen klar, daß es nicht ausreichte, nur für eine demokratisch-republikanische Partei zu kämpfen, sondern daß die parteipolitischen Grenzen zugunsten einer breiten Zusammenarbeit der republikanischen Kräfte gesprengt werden mußten. Ein frühes Beispiel dafür ist die Mitarbeit Hans Robinsohns im Münchner Zweig des »Freiheitlichen Deutschen Wehrrings« um 1920: »Dies war eine Gründung von Heinz Pulvermann, der damit eine Art Gentleman-Spionageorganisation aufgebaut hatte, um herauszubekommen, was die Geheimorganisationen der Rechten eigentlich vorhatten. (Die Orgesch ist dann auch durch diesen Wehrring ans Licht der Öffentlichkeit gekommen).«⁷³

Einen Höhepunkt erreichte die Zusammenarbeit insbesondere mit sozialdemokratischen Jugendverbänden nach der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau durch Rechtsradikale. In Breslau wirkte Strassmann an der Organisierung einer Kundgebung der republikanischen Jugend mit, die von der SAJ, Bezirk Mittelschlesien, von der Ago und dem Landesverband Schlesien der DDJ getragen wurde.⁷⁴ Selbstverständlich schlossen sich Robinsohn und Strassmann dem im Februar 1924 gegründeten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold an, einer von SPD, DDP, Zentrum und Gewerkschaften getragenen Massenorganisation, in der sie aber schon bald den politischen Offensivgeist vermißten.⁷⁵ Unter dem Eindruck der Anfälligkeit gerade der kommenden Elite, nämlich der Studenten, für den rechtsextremen völkischen Dunstkreis gelangten Robinsohn und Strassmann gemeinsam mit anderen zu der Auffassung, daß es erforderlich sei, eine Organisationsform zu schaffen, die jenseits aller parteipolitischen Interessen der kommenden republikanischen Elite Deutschlands die Möglichkeit zur theoretischen Formulierung und zur praktischen Durchsetzung ihrer Ziele eröffnete. Dies geschah ein Jahr nach Strassmanns Übersiedlung nach Hamburg bzw. Altona am 3. Oktober 1924 mit der Gründung des »Klubs vom 3. Oktober«.

*Klub vom 3. Oktober*⁷⁶

Die sieben Gründungsmitglieder, alle zwischen 25 und 30 Jahren alt, kamen aus der Sozialistischen Arbeiterjugend SAJ (Bandmann, Dahrendorf, Haubach, Vagts), und der DDJ (Landahl, Robinsohn, Strassmann). Unter ihnen waren drei Journalisten: Egon Bandmann vom »Wirtschaftsdienst« des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs, Gustav Dahrendorf und Theo Haubach vom sozialdemokratischen »Hamburger Echo«. Der Historiker

Alfred Vagts war Assistent am Institut für auswärtige Politik der Universität Hamburg.⁷⁷ Heinrich Landahl schließlich arbeitete als Studienrat am einzigen Hamburger Reformgymnasium, der Lichtwarkschule, deren Leiter er 1926 wurde.⁷⁸ Als Motivation für die Gründung nannte Strassmann rückblickend: ⁷⁹ »Wir waren im Jahre 1924 erzürnt über den Vormarsch der Reaktion, angewidert von dem ›juste milieu‹ der Zeit Stresemanns, empört über die schwächliche und zaghafte Führung der demokratischen Parteien.« Das Gründungsverfahren des Klubs zeigt einen verschwörerischen Zug: Die sieben Jungpolitiker einigten sich am 3. Oktober 1924 auf die Form des Klubs, auf seinen bewußt nichtprogrammatischen, dafür aber Interesse weckenden Namen,⁸⁰ auf eine Satzung mit weitreichenden Vorrechten für die Gründer und forderten in der Folgezeit Freunde auf, diesem Klub beizutreten.⁸¹ Ab etwa 1926 wurde der Klub über die Großregion Hamburg hinaus ausgedehnt; auswärtige Mitglieder wurden z. B. der Schweriner Rechtsanwalt Dr. Lachmund und sein Bamberger Kollege Dr. Dehler.⁸²

Ziel des Klubs, der im wesentlichen auf Hamburg beschränkt blieb, war eine tiefgreifende Demokratisierung und Republikanisierung der Weimarer Republik:⁸³ »Die Vorbereitung des Deutschland von 1950 im Europa von 1950 ist die Aufgabe jedes Politikers, der sich mit innerem Recht so nennen will.« Dafür galt es, durch geplantes Vorgehen Einfluß zu gewinnen. Die zwanglosen Treffen dienstags und freitags sowie die größeren monatlichen Zusammenkünfte dienten nicht etwa nur dem letztlich unverbindlich bleibenden Meinungs-austausch, sondern der Festlegung einer gemeinsamen Position, die in den jeweiligen Parteien, in den Fraktionen⁸⁴ und in der Öffentlichkeit vertreten werden sollte. Diese Fähigkeit zur politischen Einigung, die eine gewisse Verwandtschaft der Grundauffassungen, eben der demokratischen Linken, voraussetzte, brachte dem Klub gewisse Erfolge in der hanseatischen Landespolitik ein. Die Einigkeit und Geschlossenheit drückte sich auch in den beiden Jahrbüchern des Klubs aus, deren Beiträge ohne Verfasserangabe erschienen.⁸⁵ Dasselbe gilt für die sporadisch erscheinenden »Bemerkungen«.⁸⁶ Das repräsentative Auftreten bei Gästeveranstaltungen im Uhlenhorster Fährhaus bzw. im Hotel Vier Jahreszeiten unterstrich den Wunsch nach gesellschaftlicher und politischer Anerkennung.⁸⁷ Wie die Jahrbücher des Klubs zeigen, bestand Einigkeit im Streben nach dem Einheitsstaat bei gleichzeitigem Ausbau der Dezentralisierung, über die Republikanisierung der Verwaltung, der Reichswehr und der Justiz, in der Befürwortung des Pluralismus und der Friedenspolitik gegenüber den europäischen Nachbarn.⁸⁸

Aufsehenerregend war das Vorgehen des Klubs gegen einen geheimen Referentenentwurf für ein Ausführungsgesetz zum Notstandsartikel 48 der Weimarer Reichsverfassung im Jahr 1926. Damals wurde im Reichsin-

nenministerium, das ausgerechnet von einem Demokraten, Wilhelm Külz, geleitet wurde, ein Ausführungsgesetz entwickelt, das die Notstands- oder, wie es damals hieß, Diktaturbestimmungen des allgemein gehaltenen Artikels 48 obrigkeitsstaatlich ausgestaltete. Neben rechtsstaatlich problematischen Generalklauseln waren zwei Bestimmungen besonders bedenklich: Zum einen sollte, entgegen dem Wortlaut der Verfassung, eine Notverordnung nach deren Ablehnung durch den Reichstag nicht binnen einer Woche aufgehoben, sondern dem Staatsgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden, was zumindest eine Verlängerung der Notstandsmaßnahme bedeutete. Zum anderen sollte der Belagerungszustand der wilhelminischen Zeit durch die verfassungswidrige Trennung in den militärischen und den bürgerlichen Ausnahmezustand wieder eingeführt werden.⁸⁹ Als der Entwurf über die Jungdemokraten Helmut Külz⁹⁰ und Hans-Hellmuth Preuß⁹¹ in die Hände eines Klubmitglieds gelangte, arbeitete der Klub eine kritische Stellungnahme aus, veranstaltete in Berlin eine interne Pressebesprechung mit Vertretern der nichtkommunistischen Linkspresse, in der das publizistische Vorgehen abgestimmt wurde, und brachte damit den Entwurf zu Fall, ohne daß die Urheber der öffentlichen Kampagne bekannt wurden.⁹² Als Folge forderte der Reichsausschuß der DDP in einer Resolution nahezu einstimmig »die volle Überordnung der bürgerlichen Gewalt über die militärische.«⁹³

Damit ist ein Problem angesprochen, das die Stabilität der Weimarer Republik belastete: die frühzeitige Entwicklung der Reichswehr zu einem reaktionär gesonnenen »Staat im Staate«. An der Analyse dieses Mißstandes und an der republikanischen Gegenwehr arbeitete im Klub vom 3. Oktober maßgeblich Ernst Strassmann. Mit seinem Referat über »Die künftige deutsche Militärpolitik« leitete er eine Diskussion ein, deren Resümee lautete: Da der moderne Krieg sich nicht nur an der Front abspielen, sondern durch die Luftwaffe und die Artillerie – und insbesondere mit Kampfgas – in die Tiefe der kriegführenden Länder getragen werde, sei ein militärischer Konflikt »um europäische Provinzen [...] nur noch als frivoles Spiel« zu werten: »Für Deutschland ist deshalb in Zukunft jede Rüstung als Mittel der auswärtigen Politik eine überflüssige und gefährliche Belastung.«⁹⁴ Die innenpolitische Polizeifunktion der Reichswehr sollte hingegen durch die Umwandlung in »eine Polizeitruppe von ausschließlich innenpolitischer Bedeutung« im republikanischen Sinne gesichert werden.⁹⁵ In der Folgezeit waren Einsprüche gegen den Reichswehretat geplant, mit dem sich der Klub intensiv auseinandersetzte, allerdings nicht rechtzeitig, um schon den Etat von 1926 zu beeinflussen.⁹⁶ In der Bewertung im Klub-Jahrbuch 1925/26 wurde »die Steigerung des Heeresetats gegenüber dem Vorjahre (ohne Marine) um rund 60 Millionen Mark auf den Riesenbetrag von rund 420 Millionen Mark« ebenso kritisiert wie die mangelnde parlamentarische

Kontrolle bei der Etatberatung.⁹⁷ Nach weiterer Kritik an überhöhten Kosten durch einen zu hohen Bestand an Offizieren, Unteroffizieren und Heeresverwaltungsbeamten, an Verpflegungs- und Bekleidungskosten, an übereilter und daher kostspieliger Bevorratung, an zu teuren Wehrübungen und am Dispositionsfond des Ministers Gessler schloß der Beitrag:⁹⁸ »Daher ist es heute, nachdem sich die politische Einstellung der Reichswehr eindeutig und häufig genug offenbart hat, keine leere Vermutung mehr, wenn nicht Unfähigkeit, sondern politisch betonte Absicht als die Hauptursache für das üppige Wuchern der Wehrausgaben hingestellt wird.«

Intensiv befaßte Strassmann sich mit der Reform des Rekrutierungssystems der Reichswehr, die die SPD seit Anfang 1926 vehement anmahnte. In der Reichswehr galt nicht nur die Selbstrekrutierung des Offizierskorps durch Zuwahl, sondern auch die Auswahl der Freiwilligen durch die Kommandeure der Kompanien, Eskadronen und Batterien, die häufig eng mit reaktionären Wehrverbänden wie Stahlhelm und Wehrwolf zusammenarbeiteten, wodurch die behauptete politische Neutralität der Reichswehr zur Fiktion wurde. Eine neue Qualität erreichte die Auseinandersetzung, als Reichstagspräsident Paul Löbe in einem Artikel über den »Heeresersatz der Reichswehr« vom 21. Oktober 1926 die Forderungen aufstellte, Bewerber sollten, ihre Eignung vorausgesetzt, nach der Reihenfolge der Anmeldung eingestellt und die korrekte Anwendung der Auswahlmethoden solle bei jeder Werbestelle von zwei Parlamentskommissaren überwacht werden.⁹⁹ Strassmann entwickelte den Plan Löbes wie folgt fort: Je etwa zwei Reichswehrkommandos sollen einen Werbeausschuß aus fünf Männern bilden, bestehend aus dem Werbeoffizier (mindestens Stabs-offizier) als Vorsitzenden und vier Beisitzern, einem vom Reichstag gewählten MdR, einem ebenso gewählten Ortsansässigen sowie zwei Vertretern des betreffenden Landes (der Polizei- bzw. Arbeitsnachweisbehörde). Um partikularistischen Bestrebungen, etwa Bayerns, vorzubeugen, seien die sechs Ausschüsse (Königsberg, Berlin, Münster, Dresden, München für das Heer, ein weiterer in Berlin für die Marine) und die Zuordnung der Landesvertreter fest zu installieren.¹⁰⁰ Hierbei handelte es sich um Vorarbeiten für die Sitzung des DDP-Parteiausschusses, der auf Antrag Heinrich Rönneburgs, MdR, Ende November 1926 mit großer Mehrheit beschloß, zur Republikanisierung der Reichswehr die Kontrolle der Einstellung von Rekruten und Offizieren zu verlangen.¹⁰¹ Die Reichstagsfraktion der DDP übernahm diese Forderung in einem Antrag vom 28. März 1927.¹⁰² Die Neuregelung des Ersatzwesens durch die Verordnung vom 9. Dezember 1927 berücksichtigte die Erwartungen der republikanischen Kräfte kaum; immerhin wurde zugestanden, daß »bei Personen, die in politischen Vereinen führend tätig sind oder staatsfeindlichen Parteien angehören«, gar

nicht erst Leumundszeugnisse über die Bewerber einzuholen seien (§ 11, Punkt 4, Abs. 2). Die eigentlichen Auswahlmotive der Kommandeure konnten durch diese Verordnung nicht angetastet werden.¹⁰³

Die Frage des Heeresersatzes war nur eine von mehreren, die die Hamburger DDP veranlaßten, den von der eigenen Partei gestellten Reichswehrminister Gessler zum Rücktritt oder zum Austritt aus der DDP zu bewegen. In einem Brief vom 9. Dezember 1926 heißt es: ¹⁰⁴ »Nach unserer von Hamburger Erfahrungen gebildeten Ansicht sind die Zustände in der Reichswehr auch für die D. D. P. nicht mehr länger zu ertragen. Die Reichswehrgeschichte der letzten 6 Jahre, beginnend mit dem Zeitfreiwilligen-system, den späteren Arbeitskommandos und den daraus erwachsenen Fememorden und endend mit den Enthüllungen der letzten Wochen über das jahrelang durchgeführte System des Mannschaftersatzes und der Offiziers-Auslese zeigt, daß die Reichswehr mit diesem Inhalt und in dieser Form nicht nur eine dauernde Quelle des Streites im deutschen Volk, sondern auch eine Gefahr für die Republik bedeutet.«

Eine schwere Belastungsprobe für den Klub vom 3. Oktober wurde die Auseinandersetzung um den Bau des Panzerkreuzers A, woran er beinahe zugrunde gegangen wäre, weil sich erstmals keine einhellige Position aller Mitglieder herstellen ließ. Erst nach einiger Zeit war das gegenseitige Vertrauen wiederhergestellt, jedoch erfahren wir aus dieser Zeit von keinerlei Zusammenkünften, Referaten oder Aktionen.¹⁰⁵ Strassmann indessen setzte sich weiterhin für die Republikanisierung der Reichswehr ein; auf einer Bundestagung der DDJ wurde er deshalb Mitte 1929 in einen fünf-köpfigen Ausschuß gewählt, über dessen Ergebnisse allerdings nichts bekannt ist.¹⁰⁶

Ein Jahr später endete die Mitgliedschaft Ernst Strassmanns, aber auch die seines Bruders Reinhard und seines Vaters, in der DDP, da sie den mit der Gründung der Deutschen Staatspartei verbundenen Rechtsrutsch nicht mitmachen wollten. Wie viele Gleichgesinnte trennte sich auch Hans Robinsohn von der Partei. Daß die Freunde nun im politisch-institutionellen Sinne heimatlos waren, ergibt sich aus dem Umstand, daß sie sich weder der SPD noch den neugegründeten Radikaldemokraten oder einer anderen republikanischen Partei anschlossen.¹⁰⁷

Geistige Auseinandersetzung mit der beginnenden Diktatur

Über die politischen Aktivitäten Robinsohns, Strassmanns und Starks in der Zeit der Präsidialkabinette (1930 bis 1933) ist fast gar nichts bekannt. Ihre entschiedene Ablehnung des nun anwachsenden Nationalsozialismus wie aller reaktionären und diktatorischen Tendenzen ergibt sich aus ihrer Grundhaltung. Stark warnte im Berliner Tageblatt, Papens Staatsstreich vom 20. Juli 1932 gegen die letzte große demokratische Bastion Preußen bereite Hitler den Weg zur Machtübernahme.¹⁰⁸ Robinsohn und Strassmann waren sich jedenfalls schon Mitte 1932 über die Unabwendbarkeit einer Hitler-Diktatur im klaren, scheiterten aber bei dem Versuch, Mitstreiter zu finden, um die Illegalität vorzuplanen.¹⁰⁹ Wie vorteilhaft eine so frühe Gruppenbildung gewesen wäre, liegt auf der Hand. Zumindest die Grundstruktur der Gruppe hätte noch unter legalen Bedingungen gebildet werden können; zeitraubende und arbeitsaufwendige Sicherungsvorkehrungen wären damit entfallen. Zu Beginn der ein halbes Jahr später einsetzenden Hitler-Diktatur hätte man auf diesem Fundament aufbauen und die Gruppe damit früher zu größerer Effektivität bringen können. Diese Chance wurde vertan.

Mit dem 30. Januar 1933 änderte sich die Situation grundlegend; der bisher nur angenommene schlimmste Fall war Wirklichkeit geworden. Es ist bis zum Überdruß bekannt, daß in der Folgezeit viele frühere Anhänger der demokratischen Parteien sich mit fliegenden Rockschoßen teils aus Überzeugung, teils aus opportunistischen Motiven als sog. »Märzgefallene« den neuen Machthabern in Deutschland anschlossen und daß es sich dabei nicht nur um politisch unbekannte, sondern auch um namhafte Persönlichkeiten handelte.¹¹⁰ Eine besondere Enttäuschung war für die demokratischen Klubmitglieder der Vorsitzende des Klubs vom 3. Oktober, Heinrich Landahl, der als einer von fünf DStP-Abgeordneten am 5. März 1933 in den Reichstag gewählt wurde, dort aber dem illiberalen und undemokratischen Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 zustimmte, obwohl es der Reichsregierung eine kaum begrenzte Diktaturgewalt gab.¹¹¹ Diese Haltung kam für die Gründer der Gruppe von vornherein nicht in Frage. Geradezu erfrischend ist die Niederschrift eines Referates von Hans Robinsohn aus der Mitte des Jahres 1933 zu lesen, in der er sich mit der politischen Lage in Deutschland auseinandersetzt.¹¹² Diese Ausarbeitung stellt einen Ausgangspunkt dar, dessen logische Konsequenz die Gründung der Widerstandsgruppe ist. Es lohnt also, sich damit zu befassen.

Zum Zeitpunkt der Niederschrift war die als Gleichschaltung bezeichnete Eroberung der staatlichen und außerstaatlichen Machtpositionen noch in vollem Gange. Politische Gegner und Juden wurden verfolgt, in die er-

sten Konzentrationslager verschleppt und gefoltert, zahlreiche Mitglieder verließen die demokratischen Parteien, ein Teil von ihnen schloß sich der NSDAP an. Von den liberalen Parteien hatten sich die Radikal-Demokratische Partei und, teils verbunden mit der Überführung in die NSDAP, viele Landesverbände der DVP bereits aufgelöst, während die Reste der DVP und die zusammengescholzene DStP noch um das Überleben rangen.¹¹³ In dieser Situation unternahm Robinsohn »die Charakterprobe [...], sich und seine eigene Überzeugung erneut darauf zu prüfen, ob man und sie auch vor den neuen Tatsachen bestehen kann«.

Seine Überlegungen gliederte er in vier Abschnitte über die Judenfrage und die Reaktion auf die »nationale Erhebung« (I), die Führerfrage (II), die NS-Ideologie (III) und die Chancen des Nationalsozialismus (IV), gefolgt von einem kurzen Schlußkapitel. Robinsohn, selbst Jude, setzte sich zunächst mit der Judenfrage auseinander, die damals mit dem Boykott jüdischer Geschäfte vom 1. April 1933 und mit den ersten rassistischen Gesetzen¹¹⁴ und Verordnungen brisant wurde. Dabei lenkte er die Aufmerksamkeit jedoch weg vom rassistisch geprägten Antisemitismus wie auch von seinem positiven Widerpart, dem humanitären Philosemitismus, denn »der Antisemitismus war und ist noch heute in seiner spezifisch politischen Bedeutung nichts anderes als eine besondere Ausprägung antiliberaler, antidemokratischer Gesinnung« (S. 2),¹¹⁵ die Rechtsungleichheit mit Pflichten-gleichheit verbinde und dem Nationalismus durch seine Simplizität entspre-che. Der Fehler, die tiefere, antidemokratische und antiliberaler Bedeutung des Antisemitismus nicht herauszustellen, sei auch in der philosemitischen Propaganda gemacht worden; das liege an der unpolitischen Haltung vieler Juden und daran, »daß ein großer Teil der deutschen Juden in ihrer Lebensform spießbürgerlich und in ihrem sozialen Denken frühkapitalistisch, d. h. reaktionär« ist (S. 3). Robinsohn sah darin, daß die Masse der deutschen Juden den liberaldemokratischen Gedanken nicht unterstützt und nicht gekämpft hatte, eine Mitschuld an der einsetzenden nationalsozialistischen Verfolgung. Diese weit überzogene Beurteilung ist offenbar durch Robinsohns Enttäuschung über den Zusammenbruch der liberaldemokratischen Säule der Weimarer Republik gespeist. Er ließ den Antisemitismus lediglich als ein Symptom für die Haltung des NS-Staates gelten, der für die weitere Erörterung nicht berücksichtigt zu werden brauchte: »Sondert man aber den Antisemitismus vom Nat[ional]-Sozialismus, so bleibt der deutsche Fascismus und als Ergebnis seines Sieges das ›Dritte Reich‹.« (S. 5)

Robinsohn wandte sich dann den Reaktionen auf die ersten Monate der Hitler-Regierung zu. Er beleuchtete die Enttäuschung und den Widerwillen der nun geschlagenen Politiker der Weimarer Republik und ihrer Anhänger einerseits, die enormen Hoffnungen verelendeter und verelendender Massen andererseits und kam zu dem Schluß, daß solche Stimmungen

nicht Grundlage für eine Beurteilung der Regierung sein dürften. Ebenso lehnte er die schematische Anwendung einer Theorie ab, z. B. die von vielen Sozialdemokraten und Kommunisten vertretene Auffassung, daß die NS-Diktatur als Vorstufe für den Sozialismus zu verstehen sei. Als beschämend wertete er die apathische Reaktion des deutschen Liberalismus, von dem keine Spur mehr zu finden sei, obwohl der Nationalsozialismus den Zusammenhang von Marxismus und Liberalismus begriffen habe und nun den liberalen Gedanken und die liberalen Institutionen bekämpfe. Robinsohns Schlußfolgerung lautete (S. 9): »Daher handelt es sich tatsächlich bei der ganzen Umformung Deutschlands viel mehr um eine antiliberalen als um eine antisozialistische Bewegung: in der Beschränkung der persönlichen Freiheit, in der antiparlamentarischen Haltung, in der korporativen Form des Wirtschaftslebens begegnen sich die deutsche fascistische Ideenwelt mit sozialistischen Vorstellungen; – eine Neufundamentierung des liberaldemokratischen Gedankengebäudes wäre also die dringendste geistig-politische Aufgabe.«

Um sich nun darüber klar zu werden, ob sein eigener politischer Standort einer Revision unterzogen werden müßte, befaßte Robinsohn sich im II. Kapitel mit den Führern des Nationalsozialismus, was er damit begründete, »daß auch sehr veränderte politische Situationen die eigentliche menschliche Substanz und politische Qualität der Akteure nicht ändern«. (S. 10) Als damals aktuelles Beispiel führte er den Herrenreitertypus Franz von Papen an, der der Komplexität der deutschen Probleme geistig nicht gewachsen gewesen sei: »Die politische Qualität Papens ist eben die gleiche geblieben, einerlei ob der Militärattaché in Washington oder Reichskanzler in Berlin war.« (S. 11) Unter den NSDAP-Führern wandte er sich zunächst Hitler zu, dessen demagogische Begabung, Führercharisma und Propagandainstinkt er ausdrücklich anerkannte. Was er vermißte, waren eigene politische Ideen, Konzepte oder Programme.¹¹⁶ Zwar wachse Hitler mit seinen Aufgaben, aber die menschliche und politische Substanz bleibe die gleiche. Die politische Ideenlosigkeit sei auch für die anderen NSDAP-Führer typisch; Robinsohn nannte als Beispiele den ehemaligen Amtshauptmann Frick (jetzt Reichsinnenminister), die lediglich organisatorisch leistungsfähigen Offiziere a. D. Röhm (SA-Stabschef) und Göring (Reichsminister und preußischer Ministerpräsident), den Demagogen Goebbels (Reichspropagandaminister), den Pornographen Streicher (NSDAP-Gauleiter von Franken und Reichstagsabgeordneter), den brutalen Fememörder Heines (Stellvertreter Röhm und Polizeipräsident von Breslau) und den einstigen Agent provocateur Freisler (Leiter der Personalabteilung im preußischen Justizministerium).¹¹⁷ Eine Führung derart niedriger Qualität dürfe das Schicksal des deutschen Volkes nicht bestimmen, da sie die Probleme »trotz aller Erfolge« nicht lösen könne: »Denn der Erfolg ist zwar entschei-

dend in der Politik; aber was ein politischer Erfolg ist, entscheidet sich erst nach langer Zeit.« (S. 14) Eine Ausnahme macht Robinsohn nur bei Gregor Straßer, der aber wegen seiner Kaltstellung einflußlos sei. Zwar sei auch das geistige Niveau allzu vieler Parlamentarier der Weimarer Republik mittelmäßig gewesen, jedoch verbiete sich eine Gleichsetzung bei der Bewertung dieses Phänomens wegen der Unterschiedlichkeit der Systeme. Der »selbstregulative« Parlamentarismus gleiche die menschlichen Schwächen durch eingebaute Kontrollen wie Mißtrauensvoten und Neuwahlen aus, während der »leitregulative« Faschismus dieser automatischen Korrektur entbehre. Der Ausgleich von Fehlern werde hier zu einer Führungsfrage; eben deshalb sei die Frage nach der menschlichen und geistigen Substanz der nationalsozialistischen Führung von maßgeblicher Bedeutung.

Im III. Kapitel behandelte Robinsohn die nationalsozialistische Ideologie. Als Liberaler lehnte er die totalitäre Volksgemeinschaft, die das gesamte Volksleben dem Staat unterwirft, ebenso kategorisch ab wie diesen allmächtigen Staat und seine diktatorische Führung. Wenn die Führung angeblich genau das tue, was das Volk ohnehin wolle, verberge sich dahinter ein biologistisches Ganzheitsdenken, das die Führerschaft als natürlichen Kopf des Volksganzen anerkenne. Das Denken in »Ganzheiten« orientiere sich an abstrakten Begriffen, wie Robinsohn am Beispiel der Wirtschaft belegte. *Die* Wirtschaft werde doppelt untergliedert in Sektoren (*die* Landwirtschaft, *den* Handel, ...) und in Gebiete, wodurch man schließlich etwa bei *dem* »Nordbarmbeker Kolonialwarenhandel« oder *dem* »Pinneberger Handwerk« anlange. Tatsächlich hätten aber nicht nur die einzelnen Firmen, ihre Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterschiedliche Interessen, sondern die Wünsche und Interessen der verschiedenen Regionen und Sektoren schlossen sich teilweise gegenseitig aus. Deshalb müßten letztlich staatlich eingesetzte Stellen die entscheidenden Funktionen ausüben. Robinsohn bemerkte dazu: »Die fascistische Wirtschaftsorganisation ist also in Wahrheit nichts anderes als ein Instrument zur Entgegennahme von Befehlen, gedacht, dem Staat die Herrschaft im Bereich des Wirtschaftlichen zu sichern.« (S. 24) Ähnlich begrifflich abstrakt, aber zur Entgegennahme und Übermittlung von Befehlen geeignet seien andere »Fronten« wie *die* Front *des* deutschen Rechts.

Als profaschistisch wertete Robinsohn die Sehnsucht nach dem Fachmann anstelle der Politiker. Fachleute seien auch unterschiedlicher Ansichten, und auch bei ihnen sei für Sachverstand oder für politischen Verstand nicht gebürgt. Hinter dieser Sehnsucht verberge sich in Wahrheit Verantwortungsscheu. Deren Konsequenz, nämlich die Verherrlichung der Einigkeit des Volkes unter der Führung von Fachleuten, sei für die Diktatur noch gefährlicher als für die Demokratie, denn die Diktatur »enthält überhaupt den Verzicht auf jede politische Entwicklung aus dem Volk heraus«.

(S. 29) Dieser kommandierten Einigkeit stellte Robinsohn die höher zu wertende Mannigfaltigkeit von Menschen mit steigendem Bewußtsein und differenziertem Denkvermögen gegenüber. Die nationalsozialistische Ganzheitsvorstellung bewirke daher die Verarmung des Volkslebens und die totale Machtfülle des Staates.

Robinsohn konfrontierte diese faschistische mit der liberalen Staatsvorstellung, die dem Staat begrenzte Mittel zur Sicherung und Gewährleistung des Lebens gibt, die mannigfaltigen individuellen Lebensäußerungen jedoch nicht antastet. Bei politischen Fragen herrsche hier natürlich keine Einigkeit (S. 32): »Die politische Entwicklung ist dann die Resultante aus den zahllosen Komponenten des wirklichen Lebens und nicht die gewaltsam simplifizierende Konstruktion des Reißbrettorganisations. Damit ist von anderer Seite her wieder der Gegensatz zwischen selbstregulativer und leitregulativer Verfassung, zwischen liberaler, vom Menschen ausgehender, den Menschen als Maß aller Dinge auffassender Staatsordnung und autoritärer, nicht vom Leben, sondern von den Begriffen ausgehender konstruierter Staatsordnung erreicht.«

Den »Sinn« des nationalsozialistischen Staates sah Robinsohn in der Steigerung des alle einigenden Nationalgefühls durch den »Wehrgedanken«; der »Sinn« war also »Selbstzweck, in seiner Begründung genau so unwirklich artistisch, so reines L'art pour l'art, wie in seinem Aufbau dogmatisch.« (S. 34) Die langfristige Erhaltung dieses Systems erfolgte durch den Führungsnachwuchs, auf den der Staat sich aber nicht verlassen könne, da es keine Meinungsfreiheit gebe, sondern Gesinnungen geheuchelt werden könnten; zudem zähle die Gesinnung mehr als die Leistung. Damit lasse sich ein Staat auf die Dauer nicht erfolgreich regieren.

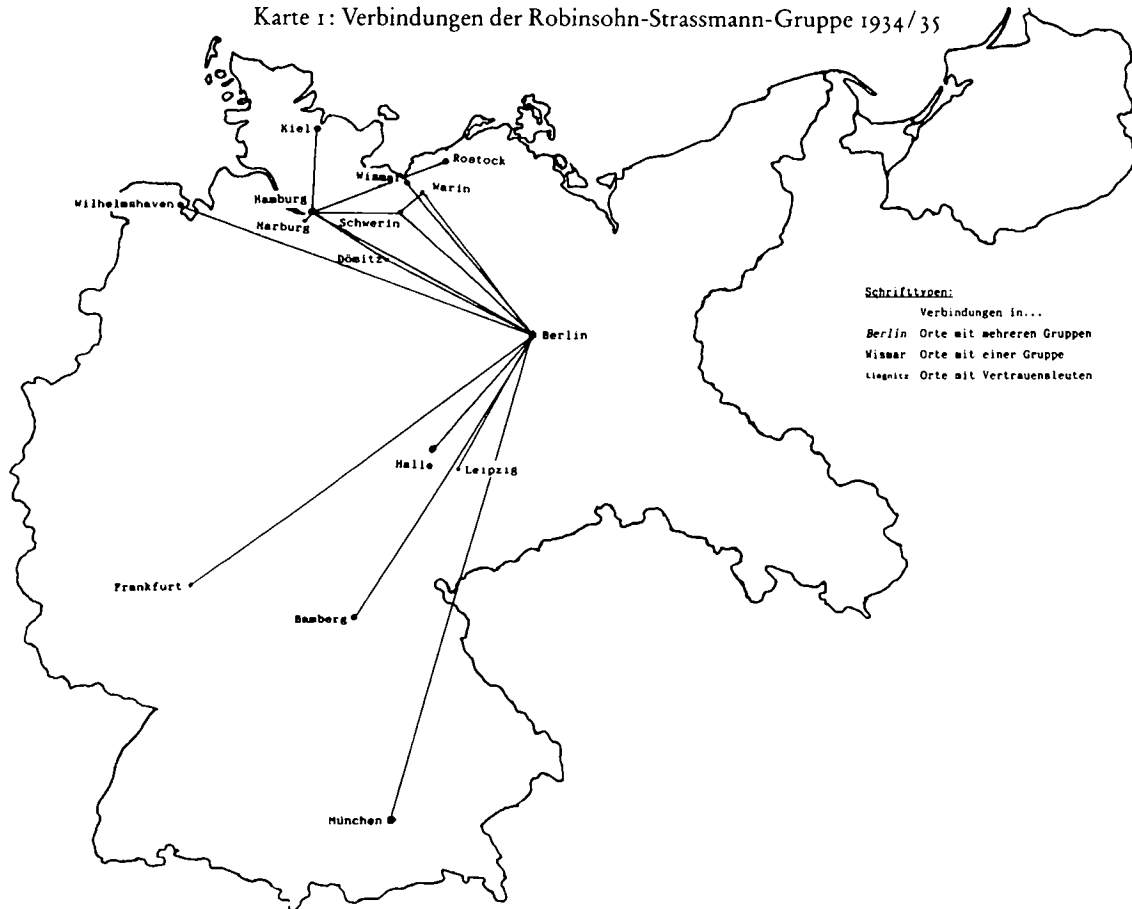
Das Kapitel IV über die Chancen des NS-Staates begann Robinsohn mit den prophetischen Worten (S. 38): »Trotzdem glaube ich an eine lange, jahrelange Herrschaft des Nat[ional]-Soz[ialismus],¹¹⁸ wenn auch nicht an ein glückliches Ende. Meine Gründe hierfür sind die folgenden: 1. Der Fascismus entspricht in vielen Punkten der deutschen Mentalität. 2. Die parlamentarische Demokratie hat sachlich und menschlich versagt. 3. Gegenkräfte sind nicht vorhanden.« Zu den ersten beiden Punkten erübrigen sich nähere Belege. Von Bedeutung ist hier die Frage nach den Gegenkräften. Potentielle Gegner sah Robinsohn in den Opfern der Agrarpolitik der Hitler-Regierung, die sich bisher nach den Wünschen des Landbundes richte, also die Verteuerung des Lebensunterhalts bewirke. Da die Regierung mit den Großagrariern verbündet sei, könne sie die Agrarreform nicht riskieren. »Der Reichspräsident ist machtlos [...] Stahlhelm und deutschnationaler Kampfring stehen unter schärfster Beobachtung.« (S. 47) Die Reichswehr sei zwar noch nicht gleichgeschaltet, aber nicht revolutionär; nur hinter den Kulissen werde sie in ihrem Sinne wirken. Dabei könne auch

sie noch gleichgeschaltet werden, da unter den jüngeren Offizieren schon viele Nationalsozialisten seien. Kommunisten, SPD, Gewerkschaften und Reichsbanner seien auch keine Gefahr für die Hitler-Regierung. »Für die Demokratie schlägt sich niemand, und ohne Machtkampf, ohne daß man sich schlägt, dankt dieses Regime nicht ab.« (S. 48) Robinsohn sah daher bei anhaltender Inflationspolitik und Verarmung der Stadtbewohner erst in vielen Jahren eine Gefahr für den Nationalsozialismus. Weil er aber die geringere Qualität des nationalsozialistischen Systems gegenüber dem parlamentarisch-demokratischen trotz aller seiner Schwächen erkannte, erklärte er im Schlußkapitel die Demokratie als zukünftige herrschende Staatsform für geeignet. (S. 49)

Diese Schlußfolgerung ist um so bemerkenswerter, als Robinsohn sie in einer Zeit zog, in der landauf, landab die Demokratie, die Parteien und der Parlamentarismus diskreditiert waren, während die erklärten Feinde des demokratischen Systems auf der ganzen Linie triumphierten. Insofern ist dieses Dokument ein Beispiel für Charakterstärke und Weitsicht, also für unabdingbare Vorbedingungen des Aufbaus einer Widerstandsgruppe.

Es war keine Frage für Robinsohn, auch als Jude im Reich zu bleiben und um das wirtschaftliche Überleben zu kämpfen; und auch Strassmann, dem sein Vater erst nach dem Berufsbeamtengesetz vom 27. April 1933 seine »arische« Abstammung eröffnete, blieb im Land und im Beruf. Eine Fortführung der Bearbeitung des BGB-Kommentars bis zum Jahresende 1933 konnte er allerdings schon nicht mehr publizieren.¹¹⁹ Vermutlich wäre dadurch die Fülle der diskriminierenden Maßnahmen gegen Juden und politische Gegner zu offensichtlich geworden. Das dritte Gründungsmitglied der Widerstandsgruppe, der Journalist Oskar Stark, konnte es sich damals nicht aussuchen, was er tun wollte. Am Abend des 27. Februar riet er seinem guten Bekannten Carl von Ossietzky angesichts des Reichstagsbrandes vergeblich, nicht nach Hause zu gehen – am nächsten Morgen wurde Ossietzky verhaftet.¹²⁰ Noch am 5. März 1933, dem Tage der letzten halbwegs freien Reichstagswahl, rief er im Berliner Tageblatt dazu auf, gegen Hitler zu stimmen.¹²¹ An demselben Tag hielt er den untergetauchten Chefredakteur des Berliner Tageblatts, Theodor Wolff, ab, in Berlin zur Wahl zu gehen und damit seine Verhaftung zu provozieren, und steckte ihn in einen Zug nach München.¹²² In den nächsten Tagen versuchte er noch, durch Verhandlungen mit konservativen Ministern, dem Reichsaußenminister v. Neurath und dem preußischen Finanzminister Popitz, die Weiterführung des Berliner Tageblatts zu sichern. Doch bereits am Morgen des 21. März 1933, des Tages von Potsdam, wurde er wegen angeblich staatsfeindlicher Gesinnung entlassen.¹²³ Nach der Gleichschaltung des Berliner Tageblatts 1933 blieb er zweieinhalb Jahre lang stellungslos.¹²⁴

Karte 1: Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934/35



Die ersten Vertrauensleute

Nach Gründung der Gruppe zu Pfingsten 1934 kam es darauf an, eine Organisationsstruktur herauszubilden, um allmählich zu einer auch zahlenmäßig relevanten politischen Größe heranzuwachsen. Dabei ging es den Gründern nicht so sehr um die Zahl, sondern um die Qualität der Beziehungen.¹²⁵ Was über die ersten Verbindungen bekannt ist, zeigt immerhin, daß dieses Vorhaben energisch angegangen wurde.

In erster Linie kamen natürlich die politischen Freunde in Frage, die in langjähriger Zusammenarbeit sich bewährt hatten. Hierbei handelte es sich insbesondere um ehemalige Jungdemokraten, um politische Mentoren der Gründungsmitglieder aus der DDP und um Mitglieder des Klubs vom 3. Oktober. In Berlin zählten dazu der aus Wilhelmshaven stammende Bewag-Angestellte und vormalige Bewag-Direktionsassistent Jans Kingma (DDJ);¹²⁶ der im Vorjahr entlassene Greifswalder Arbeitsamtsdirektor Dr. Dr. Paul Pagel, der einst DDP-Vorsitzender von Alt-Strelitz gewesen war;¹²⁷ der leitende Mitarbeiter der Reichskreditgesellschaft Dr. Franz Grüger;¹²⁸ der aus Hamburg übergesiedelte Wirtschaftsjournalist Egon Bandmann (DDJ, SPD, DStP)¹²⁹ und Strassmanns Schwägerin Resi Prestin.¹³⁰ In Hamburg waren die ersten Mitarbeiter Robinsohns der Rechtsanwalt Karl Fritz (DDP),¹³¹ der Arbeitsamtsmitarbeiter Dr. Walter Jacobsen (DDP),¹³² der 1934 gerade erst 26jährige Volksschullehrer Hermann Lange (SPD), seine Frau Margarethe und sein jüngerer Bruder, der Lehrer Bernhard Lange (SPD).¹³³

Außerhalb dieser beiden Städte wurde schon 1934 eine Reihe Verbindungen geknüpft. In Warin, einem Städtchen in der Nähe von Schwerin, gewann die Gruppe den Amtsrichter und entlassenen Schweriner Ministerialbeamten Dr. Hans Lachmund (DDP, SPD),¹³⁴ der als einstiges Landesvorstandsmitglied der DDP in Mecklenburg einen großen politischen Freundeskreis hatte.¹³⁵ In Wismar schloß sich der Rechtsanwalt Wolfgang Lange (SPD) an.¹³⁶ In Wilhelmshaven wurden zwei Reichsbanner-Funktionäre, der Oberdeckoffizier a. D. und Lederwarenhändler Arthur Grunewald sen. und sein Sohn und Mitarbeiter Arthur Grunewald jr. (beide DDP, dann SPD) gewonnen.¹³⁷ Durch Oskar Stark ergab sich eine Verbindung mit dem im Frankfurter Societätsverlag tätigen Journalisten Wilhelm Hollbach (DDJ), der einst führend in der südwestdeutschen und westdeutschen DDJ gewesen war.¹³⁸ Vermutlich führte der aus rassistischen Gründen entlassene Hallenser Professor Ernst Grünfeld (DDP) den Dozenten Dr. Rudolf Hoernigk, ehemals Mitglied des Provinzialvorstandes Halle der DDP/DStP, bei Strassmann ein.¹³⁹ Von den Genannten waren Bandmann, Kingma und Lachmund, zumindest als Gäste, auch im Klub vom 3. Oktober gewesen.¹⁴⁰

Es ist im Nachhinein nicht mit Sicherheit feststellbar, welche weiteren Verbindungen schon in den ersten Monaten des Bestehens der Gruppe geknüpft wurden. Möglicherweise gab es schon zu dieser Zeit Verbindungen mit dem aus politischen Gründen 1933 entlassenen Zweiten Bürgermeister von Berlin Dr. Fritz Elsas (DDP), mit dem Dömitzer Elbschiffer Paul Reichert (DDJ, DDP/DStP), dem 1932 entlassenen Harburger Polizeipräsidenten Erich Wentker (SPD), dem Kieler Malermeister Gustav Krause (parteilos), dem Leipziger Messeunternehmer Richard Pudor (DDP) und dem Münchner Reisebüroinhaber Maximilian Fuchs (DDP).¹⁴¹ Bezeichnend ist, daß die einstigen DDJ- und DDP-Mitglieder in der Frühphase der Republik politisch aktiv gewesen waren und sich schon von damals kannten; so waren im Reichsführerrat der DDJ 1923 neben Strassmann als Vorstandsmitglied Robinsohn, Dehler, Reichert, Hollbach und als Ersatzmann Lachmund vertreten gewesen.¹⁴²

Überblickt man die geographische Verteilung der ersten Vertrauensleute, fällt ein klarer Schwerpunkt in Norddeutschland einschließlich Berlin auf. Weitere Kristallisationspunkte für den Aufbau regionaler Verbindungen gab es außerdem bereits in Mitteldeutschland, in Westdeutschland und in Bayern, während Südwestdeutschland, Westfalen, der Großraum Hannover sowie das gesamte Ostdeutschland noch unberücksichtigt waren.

Bei jeder Erweiterung der Gruppe mußte mit größter Vorsicht vorgegangen werden, damit sie nicht gefährdet wurde. Welcher Methoden die Organisatoren sich dabei bedienten, soll im übernächsten Kapitel im Zusammenhang mit dem Überblick über die Lokalgruppen beleuchtet werden.

2. »Eine Neufundamentierung des liberaldemokratischen Gedankengebäudes«: Die Programmatik der Gruppe

Widerstandsarbeit, die nur in der Organisation einer Gruppe, in der Errichtung einer Struktur, in der Sammlung von Unzufriedenen, also letztlich im »Anti« sich erschöpft, vermag zwar zweifellos in dieser Hinsicht Bemerkenswertes zu leisten, läßt aber eine historische Perspektive, einen höheren Sinn der Anstrengungen vermissen. Mögliche Folgen wären ein bloßer Aktionismus, dessen Konsequenz die Aufdeckung der Gruppe durch die Gestapo gewesen wäre, oder ein letztlich fruchtloser Diskussionskreis, der aufgrund seiner eigenen Unzulänglichkeit, was die Umsetzungsmöglichkeiten der Kritik in politische Arbeit angeht, auf die Dauer austrocknen müßte. Robinsohn macht das in einer drastischen Formulierung klar: ' »[...] diese Intrigen [...] hatten [...] alle nur eine Parole: ›Wir wollen den jetzigen Druck beseitigen und **dann**..., dann wollen wir die *Schweine* rösten, aber stundenlang!‹ Ich habe dazu [...] nur zu sagen, daß man aus ›geröstetem Schweinefleisch‹ keinen neuen Staat bauen kann.«

Da die Führungsgruppe mit einer längerfristigen Etablierung der Hitler-Diktatur rechnete, war es notwendig, der Gruppe ein Grundsatzprogramm zu geben, das unabhängig von allen Einzelmaßnahmen des gegenwärtigen Regimes eine tragfähige Alternative in den wesentlichen Grundzügen formulierte. Dieses Programm, von den Beteiligten »Bibel« genannt, entwickelte die Führungsgruppe »schon sehr frühzeitig«, 1934/35, als »Neufundamentierung des liberaldemokratischen Gedankengebäudes« für »Mit-

glieder aller demokratischen Vereine«. ² Hier zeigen sich Parallelen zu den frühen Bemühungen Strassmanns, der DDJ ein Konzept von »Grundlinien« zu geben und die Ago der DDJ durch eine Schulungswoche zu straffen. Auf rund 40 Schreibmaschinenseiten enthielt die »Bibel« ein relativ detailliertes Programm, und zwar »bis ins einzelne gehende Vorschläge für die Neugestaltung des Staats- und Wirtschaftslebens« sowie »eingehende Grundsätze für die aus so verschiedenartigen politischen Richtungen zusammengesetzte Opposition«. ³

Leider ist die »Bibel« nicht mehr erhalten. Es gab nur fünf maschinengeschriebene Exemplare, von denen die drei Gründungsmitglieder je eines hatten. Ein Exemplar war in Strassmanns Wohnung versteckt; dieses und die anderen in Deutschland verbliebenen Exemplare wurden nach Strassmanns Verhaftung rechtzeitig vor dem Zugriff der Gestapo vernichtet. Ein Exemplar brachte Robinsohn 1936 oder 1937 nach Dänemark, wo Verwandte seiner Frau und politische Freunde lebten, die er aus den internationalen Verbindungen der DDJ kannte. Nach der Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen im April 1940 gab er dieses Exemplar seinem Rechtsanwalt, der es so gut verbarg, daß es nach dem Krieg nicht mehr aufzufinden war. ⁴ Ein Exemplar vernichtete Robinsohns Mutter in Malmö aus Furcht vor einer deutschen Invasion Schwedens. Wenn wir uns dennoch eine ungefähre Vorstellung vom Inhalt der »Bibel« machen können, liegt das daran, daß Robinsohn ihren Inhalt 1939 für den Abschnitt »Ziele« seiner großen Denkschrift »Die Deutsche Opposition« verwendet hat. ⁵

Da nach den vorliegenden Quellen die Programmatik der Gruppe seit der Gründung des Klubs vom 3. Oktober recht konstant geblieben ist, können ergänzend die Jahrbücher des Klubs herangezogen werden. In programmatischer Hinsicht aufschlußreich sind auch berichtartige Briefe Robinsohns an ein nach Mexiko emigriertes Ehepaar aus der Entstehungszeit der »Bibel« sowie eine Denkschrift Robinsohns vom Herbst 1941 über die Vorbereitung einer Nachfolgeregierung des NS-Regimes. ⁶ Demgegenüber enthalten die für Freunde im Ausland bestimmten Berichte Robinsohns aus den Jahren 1937 bis 1939 nur wenige allgemeine Hinweise zur Programmatik. Ein Programmentwurf Stenzels, etwa von 1945, konnte zum Vergleich herangezogen werden. ⁷

Beachtlich ist der Umstand, daß die Gruppe schon ab 1934 ein Grundsatzzprogramm entwickelte, als das NS-Regime sich noch in seiner Konsolidierungsphase befand. Damals verlief die deutsche Außenpolitik noch in einem relativ ruhigen Fahrwasser. ⁸ Die Aufrüstung war zwar schon erkennbar, die Wehrpflicht jedoch noch nicht eingeführt. Die Reichswehr war noch vergleichsweise unabhängig. Die Entrechtung der Juden beschränkte sich noch auf Teilbereiche. Die Phasen der »Machtergreifung«

waren weitgehend abgeschlossen, Hitlers Machtposition war konsolidiert, jedoch war angesichts der Aufrüstungs- und Inflationspolitik sowie aus Hitlers »Mein Kampf« klar, daß die eingeleitete Politik des Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus weiter kulminieren sollte. Vor diesem Hintergrund ist also die frühe Programmatik zu untersuchen, während für die folgenden Jahre die veränderte, radikalisierte NS-Politik in Rechnung zu stellen ist.

Der Sturz des NS-Regimes

Zentrale Voraussetzung aller Planungen war die Überzeugung, daß das NS-Regime nicht mit dem propagierten tausendjährigen Reich identisch, sondern ein transitorisches Phänomen sei. Robinsohn nennt dafür wiederholt mehrjährige Zeiträume: einige Jahre, vier bzw. sieben Jahre.⁹ Dabei setzte die Gruppe darauf, daß der Nationalsozialismus an seinen inneren Widersprüchen scheitern müsse, weil er nicht läuterungsfähig sei, so daß die erste Parole Robinsohns und Strassmanns lautete: ¹⁰ »Die Bremser müssen raus!« Dazu erläutert Robinsohn: »Deshalb [wegen der Unfähigkeit des NS-Systems zur Läuterung] bestand das größte Interesse daran, den Wagen so schnell wie möglich die abschüssige Bahn abrollen zu lassen, um die Führung in die eigene Katastrophe hinein zu treiben, bevor sie wirtschaftlich und militärisch durch die »Engpässe« der Aufrüstung hindurch geschlüpft waren, und bevor sie diplomatisch salonfähig waren, [...] und bevor sie politische Erfolge errungen hatten.«

Der verantwortungslose Umgang der Machthaber mit der Wirtschaft, den Finanzen und der außenpolitischen Stellung Deutschlands, ein Umgang, der sich schon in den Anfangsjahren abzeichnete, gab der Vorstellung Nahrung, daß es zu einer entscheidenden Krise des Systems kommen müsse. Diese Krise konnte außenpolitischer Natur sein, wenn die Westmächte – ähnlich wie Italien anlässlich des Putsches der österreichischen Nationalsozialisten vom Juli 1934 – Hitlers Aufrüstungs- und Expansionspolitik Schranken setzten. Allerdings mußte diese Erwartung aufgrund der britischen Appeasement-Politik schon 1935 begraben werden.¹¹ Die Systemkrise konnte auch auf dem Zusammenbruch der Finanz- und Wirtschaftsordnung beruhen, wenn die Autarkiepolitik zum Verlust der notwendigen Rohstoffimporte führte und in Verbindung mit der hemmungslosen, inflationären Ausgabenpolitik die Wirtschaft und die Währung in eine Sackgasse leitete, in der auch die Aufrüstungswünsche der Militärs nicht mehr finanziert werden konnten. Die Krise konnte aber auch aus den unterschiedlichen politischen Haltungen von Armee und NSDAP, etwa

zur Judenfrage, rühren, wenn die NS-Führer solche Differenzen zur Zersetzung der traditionellen Wehrmacht nutzen sollten.

Für den Fall einer solchen Systemkrise erwartete die Gruppe schon in ihrer Anfangszeit eine Diktatur der politischen Reaktion:¹² »Ich glaube auch nicht, daß eine Reichswehrdiktatur ohne Nazis weniger bekämpfungswert wäre [...]! Die vielleicht kommende reaktionäre Diktatur wird genauso bekämpfungswert sein; sie wird auf sozialem Gebiet viel schauriger vorgehen als die Nazis, aber sie wird ›rationaler‹ sein, mehr auf Berechnung (wenn auch falscher, aber übersehbarer Berechnung) beruhen und weniger auf Launen und Stimmungen eines Kreises von Hysterikern. Sie wird daher auch leichter zu bekämpfen sein. [...] Das reaktionär[e], agrarisch[e], militärisch[e], kapitalistische Nachfolgeregime wird also wahrscheinlich die schlimmsten Fehler vermeiden, die schwersten Schäden ausbessern, aber aus begreiflichen Gründen an die eigentlichen Übel nicht herangehen und darum wird dann der Kampf gehen [...] Dieser Kampf wird dann mit klaren Fronten durchgeführt werden, denn auf der einen Seite stehen lediglich die verschiedenen Sonderinteressen, auf der anderen Seite aber steht die große Mehrheit der um bessere Lebensbedingungen kämpfenden Konsumenten.«

Zu dem prognostizierten Sturz des NS-Regimes durch reaktionäre Kräfte konnte die Gruppe in dieser Zeit nicht beitragen – zum einen wegen der beträchtlichen weltanschaulichen Gegensätze zu den reaktionären NS-Gegnern, zum anderen weil die Gruppe vorläufig viel zu klein war, um einen positiven Beitrag zum Umsturz zu leisten. Als entscheidend galt vielmehr der Kampf gegen die erwartete Nachfolgeregierung:¹³ »Zu mehr als zu dieser Bildung von Charakterinseln im Schlamme des 3. Reiches braucht es nicht zu kommen, denn wenn diese in ausreichender Zahl da sind, wird der Ausgang des Kampfes mit der von selbst kommenden reaktionären Diktatur positiv sein!«

Die notwendigerweise zunächst attentistische Haltung der Gruppe wird nur dieses eine Mal damit gerechtfertigt, daß die reaktionäre postfaschistische Diktatur »von selbst« käme. Mit der Radikalisierung der NS-Politik (Aufrüstung, Intervention in Spanien), der Vergrößerung der Widerstandsgruppe und ihrer Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, darunter auch solchen, mit denen sie eine Zusammenarbeit wegen ihrer reaktionären Haltung anfangs überhaupt nicht in Betracht gezogen hatte, wurde die Haltung der Gruppe aktivistisch, und zwar zunächst – 1937 – im Sinne einer Forcierung der Umsturzbestrebungen der Militärs:¹⁴ »Wie man es auch nimmt, ob Apparat zum Sturz selbst oder Apparat für die Gestaltung der Dinge nach dem Sturz, – ohne Apparat geht es nicht«, wobei mit dem Apparat die Robinsohn-Strassmann-Gruppe gemeint ist. Nach Schachts Rücktritt als Wirtschaftsminister 1937 sah die Gruppe verstärkten Anlaß zum Auf-

bau der Opposition, um bei dem binnen anderthalb Jahren erwarteten wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch des NS-Regimes präsent zu sein.¹⁵

Der Übergang Hitlers zur außenpolitischen Katastrophenpolitik 1938 erlaubte der gewachsenen Gruppe keine abwartende Haltung mehr. Die aktivistische Politik der Gruppe in den Monaten vor Beginn des Zweiten Weltkriegs beschreibt Robinsohn mit den Worten:¹⁶ »Die Revolution kann immer nur von einer Minderheit geführt werden und auf die Sammlung und Vorbereitung dieser Minderheit kommt es an.« Über die Aufgabe, »Hitler von Innen her und ohne Krieg zu beseitigen«, urteilt Robinsohn unzweideutig:¹⁷ »Dies ist jedenfalls die welthistorische Aufgabe der deutschen Opposition.«

Da die Gruppe jede Katastrophenpolitik wegen ihrer unabsehbaren Folgen ablehnte, setzte sie sich entschieden für die Erhaltung bzw. die Wiederherstellung des Friedens ein.¹⁸ Erst als diese Strategie 1940 mit dem Überfall der deutschen Armee auf Dänemark und Norwegen sowie auf Frankreich und die neutralen Benelux-Staaten scheiterte, wünschte die Gruppe den Sturz des NS-Regimes durch den militärischen Zusammenbruch Deutschlands.¹⁹ Das bedeutete nicht unmittelbar den Verzicht auf oppositionelle Arbeit, auf die Bearbeitung der Offiziere und die Vorbereitung des Umsturzes. Allerdings ließ das Versagen der Militärs bei günstigeren Gelegenheiten die Alternative eines Staatsstreiches im Zeichen des Weltkrieges wenig hoffnungsvoll erscheinen.

Patriotismus

Für die eigene Widerstandsgruppe wählte Robinsohn wiederholt die Bezeichnung »Deutsche Opposition«.²⁰ Deutlicher konnte der programmatische Anspruch kaum auf einen Begriff gebracht werden. Der behaupteten Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Deutschtum wurde durch die Opposition, die sich im Attribut als deutsch und nur deutsch bezeichnete, mit aller Entschiedenheit widersprochen. In ihrem Programm machte sie deutlich, daß zumindest ein Teil der Deutschen an eine andere Tradition als die obrigkeitsstaatliche und totalitäre, nämlich die freiheitliche, liberaldemokratische anknüpfte, daß also mit einem späteren Wort Robinsohns ein klarer »Strich zwischen Hitlertum und Deutschtum«²¹ gezogen wurde. Die Bezeichnung »Deutsche Opposition« hatte zudem einen derart umfassenden Geltungsanspruch, daß damit nicht die Realität etwa der Jahre 1935 oder 1939, sondern allenfalls eine Zielvorstellung gemeint sein konnte. Die Hoffnung auf dieses Ziel wuchs bei Robinsohn im Angesicht der Besetzung

des ersten nichtdeutschen Landes durch deutsche Truppen:²² »Und, – wer weiß, ob nicht die Tatsache einer slawischen Opposition in Großdeutschland den Anstoß dazu geben wird, daß die Opposition in Deutschland einen umfassenden nationalen Charakter erhalten wird, ob es sich nicht in [nicht] allzu langer Zeit herausstellen wird, daß es sich bei der deutschen Opposition um eine Opposition der Deutschen gegen eine absolut allem Deutschen entgegengesetzte und fremde Diktatur handelt.«

Deutschtum war für die Gruppe nicht identisch mit dem diskreditierten Nationalismus, eine mystisch überhöhte Deutschtümelei kam für sie nicht in Frage. Entscheidend war vielmehr, die Lebenschancen des deutschen Volkes in einem Europa gleichberechtigter Völker zu sichern. Dieser Einsatz für die Interessen der Deutschen als einem der europäischen Kulturvölker wird am besten als Patriotismus benannt, eine Bezeichnung, die bei Robinsohn nur einmal auftaucht, und zwar in der Denkschrift »Die Deutsche Opposition«, unter deren letzter Randglosse »Für Deutschland!« es heißt:²³ »Um dieses Volkes willen, um seine Zukunft zu sichern und seine Gaben der ganzen Welt mit zu erhalten, führt die Deutsche Opposition den Kampf gegen die Diktatur! Wenn jemals der Patriotismus mehr war als eine ›heroische Schwäche‹, wie Lessing ihn nennt,²⁴ dann gilt dies von der Gesinnung, in der dieser Kampf begonnen und hoffentlich auch erfolgreich beendet wird.«

Die patriotische Zielrichtung der Robinsohn-Strassmann-Gruppe verlangte, alle unvermeidbaren Risiken von dem deutschen Volk fernzuhalten. Hitlers verantwortungslose Außenpolitik mußte ihre logische Fortsetzung in einem europäischen Krieg finden, als dessen Ergebnis die Gruppe die Niederlage Deutschlands erwartete, die gegenüber dem Versailler Vertrag noch einmal erheblich verschärfte Friedensbedingungen zur Folge haben würde. Ziel des Widerstandes mußte es also sein, das NS-Regime bereits vor dem Absturz in den Strudel einer verantwortungslosen Vabanque-Politik zu beseitigen. Noch Anfang 1939 lehnte Robinsohn jede Befürwortung einer Katastrophenpolitik ab, auch wenn dadurch das NS-Regime beseitigt würde:²⁵ »Der Krieg wird natürlich, wenn er von Deutschland verloren wird, die Folge haben, daß damit das Naziregime verschwindet. Aber wahrscheinlich wird damit der politische Begriff Deutschland auch verschwinden. Er ist also nur für diejenigen eine Lösung, die an Deutschland als politischem Organismus nicht interessiert sind, jedenfalls also nicht für deutsche Politiker.«

Ähnlich drückte er es wenige Monate später in seiner großen Denkschrift »Die Deutsche Opposition« aus:²⁶ »Zweifelloos wird ein unglücklicher Krieg die nat[ional]-soz[ialistische] Diktatur beseitigen; – aber was alles wird mit in diesen Untergang verschlungen sein? Mit großer Wahrscheinlichkeit sogar die politische Wirklichkeit ›Deutschland! [...] Ein zerstückeltes Deutschland kann nicht das Ziel sein, das wir heute anstreben.«

Als der Krieg bittere Realität geworden und mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion in sein entscheidendes Stadium eingetreten war, äußerte Robinsohn sich in seiner Denkschrift vom Herbst 1941 unverändert zum Thema: ²⁷ »Jeder Sieg Hitlers ändert zwar nicht das geringste an der sachlich-politischen Wünschbarkeit eines Systemsturzes (Im Gegenteil: er verschärft diesen Wunsch nur noch, weil mit dem Sieg die Kraft zum Bösen im System noch wächst und die Verderbung Deutschlands durch das System nur noch gründlicher geschieht.), aber jeder Sieg befestigt das System nur noch mehr [...] Das nationale Ziel einer Systemänderung wird also nur schwerer zu erreichen sein, wenn man seine Erarbeitung bis nach dem Krieg aufschiebt. Kommt es jedoch zu einer Niederlage, so werden die Friedensbedingungen so schwer sein, daß eine Systemänderung von vornherein um die wesentlichsten Früchte der Änderung selbst betrogen sein wird [...] Je früher dieser Umsturz geschieht, desto größer sind die Chancen für Deutschland.«

Allerdings erwartete die Robinsohn-Strassmann-Gruppe nicht nur von der außenpolitischen Entwicklung katastrophale Folgen für das deutsche Volk, die es abzuwenden gelte. Die entscheidende Krise konnte durch die hemmungslose, allen wirtschafts- und finanzpolitischen Grundsätzen widersprechende Aufrüstung und die deshalb zu erwartende Steigerung der Arbeitslosigkeit, deren Beseitigung der wichtigste Aktivposten der Hitler-Regierung war, ausgelöst werden. Dazu schrieb Robinsohn Anfang 1939: ²⁸ »Der wirtschaftliche Zusammenbruch wird sowohl von unbelehrbaren Kapitalisten wie von d[it]o Sozialisten als Ende des Systems prophezeit [...] In Deutschland sind wir noch weit von dieser Grenze [dem Zusammenbruch] entfernt [...] Im Ganzen gesehen, wird auch von dieser Seite her im wesentlichen ungebremst der Weg zur ›danger-line‹ gegangen.«

Diesen wirtschaftlichen Zusammenbruch erwartete die Gruppe zeitweise für Mitte 1939 bzw. den Winter 1939/40. ²⁹ Mit dem Andauern des Krieges und der Ausplünderung nicht nur der deutschen, sondern der europäischen Reserven blieb die Möglichkeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs im Horizont der Erwartungen. Der Kampf um die Erhaltung Deutschlands erforderte also den besonderen Einsatz der Oppositon, um das NS-Regime zu stürzen, solange der Frieden zu erhalten bzw. wiederherzustellen war und solange der wirtschaftliche Zusammenbruch noch ausstand.

Das Regierungssystem

Die reaktionäre Nachfolgeregierung, auf die die Robinsohn-Strassmann-Gruppe sich in den Anfangsjahren des Dritten Reiches glauben einstellen zu müssen, fand sich nicht, bis die Gruppe von 1938 an selbst auf die Bildung einer Nachfolgeregierung setzte. Wie sollte das Regierungssystem nach Ansicht der Gruppe aussehen, nachdem ein Führungsmitglied die Neufundamentierung des liberaldemokratischen Gedankengebäudes auch damit begründet hatte, daß ein selbstregulatives System dem antiparlamentarischen Prinzip der Nationalsozialisten überlegen sei?

Eine Lehre aus der Weimarer Republik, gleichzeitig aber eine Antwort auf die schweren Probleme, die sich aus der Umstellung auf die Nach-Hitler-Zeit ergeben würden, war die Forderung nach Stärkung der Regierung; Robinsohn spricht dabei von einer »konstitutionelle[n] Demokratie«:³⁰ »Darunter war verstanden ein Rechtsstaat mit allen Garantien der Rechtsgleichheit und der individuellen Freiheit, aber ausgerüstet mit verfassungsmäßigen Organen der Regierung von großer Handlungskraft und Wirkungsstärke. Ausdrücklich waren Sicherungen dagegen gefordert, daß die Demokratie à la Weimarer Verfassung auferstünde, so daß nicht wieder die Volksvertretung zu einer machtlosen Schwatzbude, und die Regierung des ›Volks‹ zu einem Werkzeug der Bürokraten, Militärs und Industriellen samt einiger Gewerkschaftsbonzen würde. Wie diese Sicherungen beschaffen sein sollten, war ausdrücklich und ausführlich beschrieben.«

Leider müssen wir uns mit diesen allgemeinen Hinweisen auf den Inhalt der »Bibel« begnügen.³¹ Stenzel wählte eine ähnliche Formulierung für die Staatsform wie Robinsohn, als er von »a restricted form of representative government« sprach.³² Einer der ersten Mitstreiter der Widerstandsgruppe, der 1933 entlassene Berliner Bürgermeister Fritz Elsas, zitierte in den frühen vierziger Jahren zustimmend die Forderung nach einer Stärkung der Regierung, die er schon Anfang der zwanziger Jahre, so etwa nach dem Mord an Erzberger, erhoben hatte:³³ »[...], nur so, wenn sie stark ist und zur Diktatur der Mitte wird, setzt sich die Regierung durch. Gelingt ihr dies nicht, so ist sie überflüssig.« Die Wiedererrichtung der Monarchie war nicht vorgesehen; allenfalls das englische Muster des machtlosen Monarchen konnte akzeptiert werden.³⁴ Da die erste Regierung nach Hitler nicht vom Volk gewählt sein könne, sondern ihre Legitimation aus einem Umsturz beziehen werde, bleibe ihr als einzige Chance die Bewährung, für die sie wiederum in einer Übergangszeit besondere Vollmachten benötige. Der Umfang der Reformpolitik, den die Gruppe auf den Gebieten der Staatsverfassung, der Sicherheitspolitik, des Rechtsstaates, der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu entfalten plante, erforderte nach einer Angabe Strassmanns eine Übergangsphase von mehreren Jahren.³⁵

Noch Ende 1937 arbeitete die Gruppe auf der Grundlage, »Menschen verschiedenster Herkunft, jedoch unter Ausschaltung der ›politischen und sozialen Reaktion«, zu sammeln.³⁶ Bereits 1938 sah die Planung der Robinsohn-Strassmann-Gruppe nach Vorgesprächen mit führenden Militärs eine »Regierung der ›anständigen Leute‹ aus allen möglichen Lagern«³⁷ vor. Jetzt kam eine Nachfolgeregierung, an der die Gruppe unbeteiligt war, nicht mehr in Frage, wie Robinsohn im Herbst 1941 erklärte:³⁸ »Zu warnen ist [...] vor einer Komplikation des politischen Aufbaus [...] Sie [d. i. eine Systemänderung] so vorzunehmen, daß man sie durch andere, geschobene Kreise machen läßt, sich selbst im Hintergrund hält, um im gegebenen Moment die mittelbare Erbschaft anzutreten, ist von einer derartigen Kompliziertheit, daß die Erfolgchancen auf Null sinken.«

Was die ersten Aufgaben der Nachfolgeregierung angeht, wurde Robinsohn am konkretesten in seiner Denkschrift vom Herbst 1941, in der er drei Phasen für die erste Zeit nach dem Sturz des NS-Regimes vorsah: 1. den Aufbau der Ministerien, 2. den Aufbau der mittleren Verwaltung, 3. die Reorganisation der unteren Verwaltung. Für die ersten beiden Phasen plante er eine Notorganisation im Sinne einer Militärdiktatur:³⁹ »Die gesamte Verwaltungsmacht ist beim Heeresministerium zu konzentrieren. Dort ist eine Sonderstelle einzurichten, die ›Stelle für bürgerliche Verwaltung«, S. B. V. In dem ersten Abschnitt ist die Stelle das zentrale Exekutivorgan der neuen Regierung und ihrer einzelnen Minister. Sie ist also sowohl fachlich zu gliedern als auch als höchste Verwaltungsinstanz [über] den anderen Verwaltungsstellen des Reichs, der Länder, der Städte und der Gemeinden einzurichten.«

Als zentrales Problem erkannte Robinsohn das Überleben einer antifaschistischen Regierung in einer bis dahin nationalsozialistisch geprägten Umwelt. Damit die Nachfolgeregierung nicht isoliert werde, brauche sie Rückhalt in der Bevölkerung, den ihr eine »Freiheitliche Erneuerungsbeziehung« sichern solle.⁴⁰ Bald nach dem Antritt der Nachfolgeregierung solle die Bildung politischer Parteien – auch in Opposition zu der neuen Regierung befindlicher – gestattet werden.⁴¹ Problematisch, aber nicht zu vermeiden war, daß die Parteien und damit das Parlament erst gebildet werden könnten, nachdem die Regierung und ihre Verwaltung schon existierten. Andererseits war die erwartete und gewünschte Bildung von Oppositionsparteien charakteristisch für die Gruppe; schon Mitte der zwanziger Jahre hatte der Klub vom 3. Oktober die ideologische Vielfalt der Parteien angesichts ihrer Aufgaben für notwendig erachtet und ihre Sammlung nur bei einem festen Notprogramm zur Rettung der Republik befürwortet.⁴²

Wahlen sollten erst nach einer Übergangsfrist ausgeschrieben werden.⁴³ Auch dies ist eine Maßnahme, die zunächst die Stellung der Regierung stärkte. Doch auf längere Frist wollte die Gruppe nicht auf das Parlament

als Repräsentanten des Volkswillens verzichten: ⁴⁴ »Unerlässlich für diesen Rechtsstaat ist eine vom Volk gewählte Repräsentativkörperschaft. Bei den Grundsätzen, die für die Wahl und Zusammensetzung dieser Körperschaft entscheidend sind, wird man auf die Grundsätze der Gedankenfreiheit, der Pressefreiheit und des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts zurückgreifen. Man wird jedoch dafür sorgen, daß der Mißbrauch dieser politischen Aktionsrechte, der während der Weimarer Republik zur Regel wurde, sich nicht wiederholt.«

Auf den letzten Satz wird bei der Behandlung der Vorschläge für die Wiederherstellung des Rechtsstaats näher eingegangen. Als Aufgaben des Parlaments nannte Robinsohn, anknüpfend an Max Weber, die Kontrolle der Verwaltung, die Zusammenarbeit mit und die Kritik an der Regierung sowie die Heranbildung des künftigen Führungsnachwuchses. ⁴⁵ Schon im Klub vom 3. Oktober war die Problematik des »Scheinparlamentarismus« ⁴⁶ der reaktionären Regierung Luther analysiert worden. In den »Bemerkungen« von 1925 hatte es geheißen, »daß ein loyaler Parlamentarismus die einzig logische Verwirklichung jenes heute so mehlbreiartigen Ideals der Volksgemeinschaft ist, die in den bislang angestrebten Formen mehr eine Gemeinschaft (der Regierenden) gegen das Volk ist.« ⁴⁷ Diese Art zu regieren, die die klare Gegenüberstellung gegensätzlicher Standpunkte verhindert, hat die Konsequenz: »Der Volksvertreter ist nichts, der Interessenvertreter alles.« ⁴⁸

Die von der nationalsozialistischen Auffassung deutlich unterschiedene Einstellung der Gruppe zur Regierung und zum Parlament entspricht ihrer Einstellung zum Volk als Träger der Staatsgewalt. Das Volk sollte nicht nach der nationalsozialistischen Methode, der organisierten Akklamation zu diktatorisch gefällten Entscheidungen, sondern durch die Selbstverwaltung auf allen Ebenen ⁴⁹ durchgreifend politisiert werden, ⁵⁰ eine Forderung, die mit Moltkes Konzeption der »kleinen Gemeinschaften« korrespondiert. ⁵¹ »Die Selbstverwaltung als Mittel zur Schulung des Volks, in verantwortlicher Weise an der Bestimmung seiner Angelegenheiten mitzuwirken, wird von der Deutschen Opposition sehr hoch veranschlagt.« ⁵² Ausgehend von den Lehren der Weimarer Republik sollte die Selbstverwaltung schrittweise eingeführt werden: Die Freiheit braucht »Erziehungszölle«, ⁵³ damit das Volk ihren Wert erkennt und schützen lernt. Dabei legte Robinsohn Wert auf das Entstehen einer nicht aus einem diktatorischen Lager stammenden Opposition gegen die Nachfolgeregierung: ⁵⁴ »Soweit diese Opposition [...] in verfassungsmäßigem Rahmen bleibt, ist dies unter Umständen auch vorteilhaft, jedenfalls ein sicheres Kennzeichen der Wiederkehr rechtsstaatlicher Verhältnisse.«

Obwohl die Robinsohn-Strassmann-Gruppe eine starke Stellung der postfaschistischen Regierung wünschte, war das frühere Bestreben der

DDP, dem Staat eine unitarische Struktur zu geben, für sie nicht maßgebend. Die Sicherung demokratischer Prinzipien galt auf allen Ebenen, ob nun eine Länderebene hinzukam oder nicht. Der Klub vom 3. Oktober hatte noch die Herbeiführung des Einheitsstaates befürwortet,⁵⁵ nun aber wirkte der nationalsozialistische Zentralstaat als Argument gegen den Unitarismus. Schließlich erschien die föderative Struktur Deutschlands als angemessen, da auch das künftige Europa als Föderation geplant wurde.⁵⁶

Abrüstung

Die militärpolitischen Themen, die schon die Arbeit im Klub vom 3. Oktober gekennzeichnet hatten, blieben auch in der programmatischen Arbeit der Widerstandsgruppe aktuell. Zentrale Aussagen des Klubs waren gewesen: 1. die Abrüstung, 2. die Republikanisierung der Reichswehr und 3. die Umwandlung in eine rein innenpolitische Miliztruppe.⁵⁷ Vor dem Hintergrund der hemmungslosen, friedensbedrohenden Aufrüstung, des Einzugs nationalsozialistischen Ungeistes auch in die Wehrmacht⁵⁸ und des Einsatzes von Truppen jenseits der Reichsgrenzen schon seit 1936 ist die Diskrepanz zwischen den militärpolitischen Bestrebungen des Klubs und des NS-Regimes unüberschbar.

Im Frühjahr 1938 verlangte die Gruppe in der Zeit der Krise um die Wehrmachtsführung und den Anschluß Österreichs eindeutig, »die Aufrüstung und ihre unerträglichen Lasten zu beseitigen«.⁵⁹ Sie war jedoch zu Kompromissen mit oppositionellen Wehrmachtskreisen bereit, da die radikalisierte Außenpolitik des NS-Regimes ein stärkeres Zusammenrücken der Gegner dieses Risikokurses aus den verschiedensten politischen Lagern erforderte. Um eine solche Kooperation zu ermöglichen, wollte die Robinsohn-Strassmann-Gruppe schon Anfang 1938 wesentliche Zugeständnisse machen:⁶⁰ »Hätte das Heer und seine Führung die Verbindung zu einer solchen Opposition gehabt, – der Ausgang der Krise hätte das Ende der Hitlerdiktatur bedeutet. Natürlich kann eine derartige Verbindung [...] nur unter Verzicht auf Vieles [kommen], was man sich als politische Zielsetzung gewünscht hätte.«

Trotz des wiederholten Versagens der Generale beim Versuch, das NS-Regime zu stürzen, äußerte Robinsohn Ende 1939 die »Überzeugung, daß es kaum einen Weg gibt, der so viel Unglück spart, als die von Leuten unseres Kreises beeinflusste Militärdiktatur als Übergang«.⁶¹ Um die hohen Offiziere für die Zusammenarbeit zu gewinnen, war der Verzicht auf bestimmte militärpolitische Forderungen nötig. Auch der Plan, eine »Stelle für bürgerliche Verwaltung« beim Heeresministerium zu schaffen, gehört

in diesen Kontext. Zugleich ist zu berücksichtigen, daß ein von der Wehrmacht ausgeführter Umsturz zunächst nur durch die Wehrmacht selbst gesichert werden konnte. Die Einrichtung der Keimzelle einer neuen Regierung im Schoße der Wehrmacht diene also deren Schutz und effektiven Organisation in der Aufbauzeit. Außerdem hatten die Spitzen der Wehrmacht kein Interesse daran, politische Verantwortung zu übernehmen, wie Robinsohn wiederholt beklagte.⁶²

Sieht man sich die eingangs genannten drei zentralen Forderungen des Klubs vom 3. Oktober an, lassen sich folgende Aussagen über die Ziele der Widerstandsgruppe machen:

1. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe erstrebte die Abrüstung von Anfang an, auch in der Zeit der Zusammenarbeit mit den Militärs und auch in der Kriegszeit, wobei sie im Hinblick auf die deutsche Hochrüstung zu Vorleistungen bereit war.⁶³ Daher verstand die Gruppe sich auch als »Friedensbewegung«,⁶⁴ die zunächst den Frieden gegen Hitlers Risikopolitik zu bewahren und ihn nach Kriegsbeginn wiederherzustellen versuchte. Wenn Strassmann Ende 1939 einen politischen Jugendfreund beschwor, seine Verbindungen in den Dienst der Gruppe zu stellen, um »Hekatomben von Menschen« zu schonen,⁶⁵ fällt die gedankliche Übereinstimmung mit dem Klub vom 3. Oktober (ein moderner Krieg habe »Massenopfer« zur Folge) ins Auge.⁶⁶

2. Die Republikanisierung der Wehrmacht wird in den erhaltenen Dokumenten der Robinsohn-Strassmann-Gruppe nicht ausdrücklich gefordert. Wie aber der Klub vom 3. Oktober die Reichswehr als nur noch innenpolitisch einsetzbaren Arm der Regierung definiert hatte,⁶⁷ so forderte Stenzel, das Militär solle die Verfassung schützen.⁶⁸ Dies wiederum konnte, wie das Weimarer Beispiel gezeigt hatte, nur dann von Dauer sein, wenn die bewaffnete Macht nicht in kritischer Distanz zur Republik blieb, sondern uneingeschränkt hinter ihr stand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe hat sicher nicht angenommen, daß dafür der erwartete Lernprozeß bei den Offizieren allein ausreichen würde, sondern Vorstellungen entwickelt, wie die Republikanisierung der Wehrmacht organisatorisch zu sichern sei. Bezeichnenderweise verfocht Robinsohn noch im Alter das liberale Prinzip des Milizsystems, das den Mißbrauch des Militärs für Überraschungsangriffe ausschließe.⁶⁹

Die Wiederherstellung des Rechtsstaats

Im Jahre 1933 hatte Robinsohn die Notwendigkeit einer Neufundamentierung des liberaldemokratischen Gedankengebäudes mit der antiparlamentarischen Haltung der Nationalsozialisten, der ein selbstregulatives System überlegen sei, und mit der Beschränkung der persönlichen Freiheit durch die NS-Diktatur begründet. Für eine liberaldemokratische Gruppe hatte die Rückkehr zum Rechtsstaat selbstverständlich eine hohe Priorität. Dies zeigen verschiedene Dokumente aus den Jahren 1938 bis 1941. Mitte 1938 lautete die Planung, »[...] Deutschland wieder zu einem Rechtsstaat zu machen, der in Frieden innerhalb der europäischen Gemeinschaft leben könne und solle. [...] Weg mit der Partei, der Gestapo, dem Terror und der Bonzenwirtschaft.«⁷⁰ Ein Jahr später hieß es in der großen Denkschrift »Die Deutsche Opposition« kategorisch: »Die Deutsche Opposition will den deutschen Rechtsstaat.«⁷¹ Im selben Jahr stellte Robinsohn in einem Bericht an Freunde im Ausland fest:⁷² »Immer weniger befriedigt das Regime den sehnlichsten Wunsch der großen Mehrheit der Deutschen: Ruhe zu bekommen, in Ruhe leben und arbeiten zu können und ohne Angst und in der Sicherheit eines Rechtsstaats ihr Leben führen zu dürfen.«

Auch die Denkschrift vom Herbst 1941 setzte einen klaren Akzent auf die »Rückkehr zum Rechtsstaat«.⁷³ Unter dem angestrebten Rechtsstaat verstand Robinsohn die verfassungsmäßige Rechtsbindung der staatlichen Macht und festgelegte Normen, die das Verhältnis von Regierung, Verwaltung, Justiz und Volk regeln. Überraschenderweise wurden die Grundrechte in den Papieren der Gruppe kaum thematisiert⁷⁴ – ihr Stellenwert war für liberale Demokraten wohl allzu offensichtlich. Im Volk sollte Rechtsgleichheit herrschen; die Privatsphäre des einzelnen mußte vor staatlicher Willkür geschützt werden.⁷⁵ Die Unabhängigkeit der Justiz war wiederherzustellen, Sondergerichte und Ausnahmegesetze sollten entfallen.⁷⁶

Der demokratische Rechtsstaat bewährt sich im Pluralismus der Meinungen; dafür gibt es schon in einem Jahrbuch des Klubs vom 3. Oktober zwei bezeichnende Stellen:⁷⁷ »Ein nichts als einiges Volk ist eine gedankenarme Schafherde, von schläfrigen Bürokraten auf abgegrastem Gemeinplätzen geweidet. Ein kräftiges, zukunftssträchtiges Volk ist in sich gespalten, die Fülle der Gedanken, mit denen es ringt, zwingt es zu ständig wechselnder Stellungnahme.« – »Man dient damit [mit dem Zusammenschluß von Parteien] nicht der Demokratie, so einleuchtend es auch scheinen mag, man schädigt sie, indem man die Grundlagen der Demokratie, den Volkswillen, dort, wo er sich am schlagendsten zeigt, abbiegt und abmildert.« An anderer Stelle wird der Zusammenhang mit dem parlamentarischen Regierungssystem hergestellt:⁷⁸ »Der reife Parlamentarismus beruht geradezu

auf der Einsicht, daß stets eine Mehrzahl von Standpunkten möglich ist, und wenn die Mehrheit natürlich auch wünscht, den ihren durchzusetzen, so muß ihr eine klare Darlegung der anderen Argumente durchaus erwünscht sein. Zunächst um die Güte des eigenen Arguments klarer hervortreten zu lassen, ferner, um der letzten Kontrollinstanz, den Wählern, die Möglichkeit zu geben, den Gang der Geschenisse zu verstehen und zu beurteilen.«

Robinson wertete die Mannigfaltigkeit höher als die Einheit.⁷⁹ Die zentrale Bedeutung des Pluralismus wird in einer späteren Äußerung Strassmanns deutlich, in der er 1952 die »Fehlgriffe einer politischen Praxis« beklagt, »die die Demokratie als ein System nicht des Ringens, sondern der Vertuschung der Gegensätze [...] handhabt«.⁸⁰

Tatbestände wie Verleumdung und »Irreführung der öffentlichen Meinung« sollten durch »außerordentlich empfindliche Geldstrafen neben evtl. Haftstrafen« gehandelt werden – offenbar ein Reflex auf die demütigenden Erfahrungen des Reichspräsidenten Ebert und anderer demokratischer Politiker mit der nationalistischen Presse und mit der Justiz.⁸¹ Auch hier gibt es bezeichnende Parallelen zum Klub vom 3. Oktober, der die Zurücksetzung der Republikaner durch die Exekutive der Republik kritisierte:⁸² »Man sage nicht, unsere Aufgabe sei Toleranz, es ist vielmehr an uns, der Masse der nicht mit Glücksgütern Gesegneten das Leben tolerabel zu machen. Toleranz gegen Unduldsame wäre hier Hohn.«

Durchgängig erscheint in den Dokumenten der Gruppe die Forderung, daß die politischen Freiheiten nicht sofort restlos gewährt, sondern über eine längere Zeit schrittweise eingeführt werden sollten, eine Forderung, die Robinson auf Friedrich Lists treffenden Begriff von den »Erziehungszöllen«⁸³ gebracht hat. So heißt es in der Denkschrift »Die Deutsche Opposition« Mitte 1939, die politischen Rechte der Gedanken- und Pressefreiheit sowie des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts sollten beschränkt werden, damit mit ihnen nicht wieder derselbe Mißbrauch wie in der Weimarer Republik getrieben werde⁸⁴ – aus der Feder von liberalen Demokraten eine unerwartete Forderung, die sich nur durch die schwere Enttäuschung über das Scheitern der Weimarer Republik und die Etablierung der Hitler-Diktatur erklären läßt. In seiner Denkschrift vom Herbst 1941 präzisierte Robinson, die NSDAP und ihre Gliederungen seien zu liquidieren, die Zensur solle sich »im wesentlichen« auf militärische und außenpolitische Fragen beschränken, die Vereinsfreiheit solle in Etappen wiederhergestellt werden.⁸⁵

Diese taktisch restriktive Haltung im Umgang mit den bürgerlichen Freiheiten zeigt sich auch in den Vorschlägen zur Behandlung der Juden:⁸⁶ »Wiederherstellung der Rechtsgleichheit [...] ist wesentlich proklamatorischer Natur. Die Hauptprobleme treten dort im Zusammenhang mit der

Stellung der Juden auf. Nach der Propaganda dürfte es für die neue Regierung zweckmäßig sein, auch hier das Steuer unbeschadet aller prinzipieller Erwägungen nicht zu stark herumzureißen. Es ist wahrscheinlich, daß sich Stimmen genug erheben werden, die von der Regierung verlangen werden, auch auf diesem Punkt ihrer programmatischen Ankündigung von der Rechtsgleichheit die Praxis folgen zu lassen. Dann dürfte die taktische Lage besser sein.« An dieser Stelle wird deutlich, wie die Forderung nach Erziehungszöllen zu verstehen ist. Durch die Beschränkung von Rechten sollten die Bürger dazu gebracht werden, ihren Wert zu erkennen, die vorenthaltenen Rechte einzufordern und sie zu erkämpfen. Die politischen Rechte sollen also nicht von einer Regierung, von oben gegeben, sondern von unten erstritten werden. Damit orientierte die Gruppe sich, zugespitzt formuliert, am Bild des kämpferischen Bürgers der Revolution von 1848!

Im übrigen waren einige Restriktionen von Grundrechten durch den Kriegszustand und die Unwägbarkeiten der innenpolitischen Lage nach dem Sturz des NS-Regimes bestimmt:⁸⁷ »Die Zensur von Briefen, Telefon und Telegrammen bleibt bestehen, um weitere Sicherungen in der allerersten Zeit zu schaffen.«

Ein Feld, in dem der Rechtsstaat sich zu bewähren hatte, war sein Umgang mit den Nationalsozialisten. Daß die NSDAP nicht bestehen bleiben durfte, war in Anbetracht ihres diktatorischen Charakters und ihrer dem liberalen und demokratischen Rechtsstaat feindlichen Grundsätze unbestritten. Welche Konsequenzen hatte das aber konkret für die Partei, ihr Führungspersonal und das Millionenheer ihrer Mitglieder? Wenig aufschlußreich ist eine Formulierung aus der Jahresmitte 1938:⁸⁸ »Weg mit der Partei«. Konkreter wird Stenzel 1940: Nicht gegen die Masse der Parteimitglieder, sondern nur gegen führende Nationalsozialisten sollten Schritte unternommen werden, dann würde der Nationalsozialismus bald von der Szene verschwinden.⁸⁹ Zusätzliche Klarheit verschafft die Denkschrift Robinsohns vom Herbst 1941:⁹⁰ »Der allgemeine Grundsatz bei der Liquidierung des Nationalsozialismus, d. h. der Partei und ihrer Gliederungen, muß sein: sofortiges Verbot der Tätigkeit, aber nicht Verbot und Auflösung der Organisationen, sondern Abbau der Organisationen. Bei der Tatsache, daß diese Organisationen sich über das ganze Volk erstrecken und in allen Berufsgruppen herrschend sind, würde eine einfache Auflösung nur zur Folge haben, daß eine amorphe Masse entsteht und über zahllose Dinge, die zur seelischen Liquidierung der Diktaturzeit sowie zum wirksamen Aufbau, besonders was die Personalpolitik betrifft, [nötig sind], niemals später irgend welche zuverlässigen Aufklärungen zu schaffen sein würden. Es besteht jedoch das dringendste Interesse daran, erstens soweit es möglich ist, die Akten dieser Organisationen zu bewahren, zweitens sich ein Bild über die Tätigkeit vieler der in diesen Organisationen tätigen Menschen machen

zu können, drittens unter Umständen sich die Organisationsarbeit zu Nutze zu machen, die dort geleistet ist. [...] Der weitere Verlauf ist in der Regel der, daß zunächst die Mitglieder ohne Funktionen aus der Mitgliedschaft entlassen werden, dann die unteren Funktionäre, u. s. f. Bei dieser Gelegenheit wird sich herausstellen, wo evtl. Strafverfolgungen nötig sind, um dem Rechtsbewußtsein des Volkes Genüge zu tun.«

Über die Frage, was gegen die führenden Vertreter des Nationalsozialismus unternommen werden sollte, geben die Dokumente der Gruppe keinen Aufschluß. Allerdings hat Strassmann sich darüber gegenüber seinen Freunden und Mitstreitern geäußert. Danach sollte gegen Hitler und Genossen ein einfaches Schwurgerichtsverfahren vor irgendeinem Landgericht wegen Freiheitsberaubung, Mord und ähnlicher Verbrechen eingeleitet werden. Das Verfahren sollte also weder vor einem Sondergericht noch unter der Anklage eines Staatsverbrechens stattfinden, um aus Hitler und der NS-Führungsriege keine Märtyrer zu machen.⁹¹ Es war ein rechtsstaatliches Verfahren geplant, obwohl Gegnern des NS-Regimes oft keine rechtsstaatliche Behandlung vor Gericht, bei der Gestapo oder in Konzentrationslagern widerfahren war.

Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

Die unsolide Wirtschafts- und Finanzpolitik der Nationalsozialisten, die an eine falsche, weil an den Interessen der Wirtschaftsverbände orientierte Politik der Vorgängerregierungen anknüpfte, erforderte ein umfassendes Reformprogramm, das das sachlich Notwendige mit sozialer Gerechtigkeit verband. In einem Brief, der die Gedanken der »Bibel« zu diesem Thema kurz referieren dürfte, nannte Robinsohn Mitte 1935 Beispiele für eine Reform der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik:⁹² »Der Kampf um Neubau der Landwirtschaft, um Reform der Außenhandelspolitik (Zölle), der Kampf um die Senkung der inneren Vorbelastung in Gestalt zu hoher Steuern, Mieten, Lebensmittelpreise, überteuerten Benzins, zu hoher Preise für Licht und Kraft und Verkehrsmittel. Dieser Kampf wird dann mit klaren Fronten durchgeführt werden.« Damit sind bereits eine ganze Reihe von Themen benannt. Wie sah das Reformprogramm der Gruppe konkret aus? Darüber können Aussagen zu den Bereichen der Agrar-, Industrie-, Handels-, Finanz- und Sozialpolitik gemacht werden.⁹³

Die Stoßrichtung der Agrarreform wird deutlich, wenn auf ältere Aussagen von Angehörigen der Widerstandsgruppe zurückgegriffen wird. So monierte Robinsohn in seiner grundlegenden Studie »Der Nationalsozialismus« schon 1933, daß das Bündnis der Nationalsozialisten mit den

Großagrariern die Agrarreform verhinderte.⁹⁴ Aufgrund ihrer Struktur­mängel sei die deutsche Landwirtschaft um Generationen hinter die der fortgeschrittenen Nationen zurückgefallen.⁹⁵ Bereits der Klub vom 3. Oktober hatte die Notwendigkeit der Reformpolitik erkannt, da nur ein geringer Teil der Landwirtschaft Vorteile von Schutzzöllen habe, die Industriearbeit aber mehr Konsum von Fleisch, Milch, Butter, Käse erfordere; die Produktion solcher landwirtschaftlichen Edelfabrikate werde aber durch Schutzzölle erschwert.⁹⁶ In seiner Denkschrift »Die Deutsche Opposition« betonte Robinsohn ausdrücklich die Notwendigkeit, hier zu einer Umstellung zu kommen, Schutzzölle und Subventionen zu streichen und die Produktion landwirtschaftlicher Veredelungsfabrikate zu fördern.⁹⁷ Die landwirtschaftlichen Strukturschwächen würden die wirtschaftspolitische Handlungsfreiheit der Nachfolgeregierung allerdings vorläufig einschränken.⁹⁸ Trotz dieses Verhaltens wird deutlich, daß sich die Agrarreformpolitik der Robinsohn-Strassmann-Gruppe gegen die ostelbischen Landjunker und ihre Interessenverbände richtete. Stenzel forderte auch die Angleichung des Einkommens von Landarbeitern an das der Industriearbeiter.⁹⁹

Wie im landwirtschaftlichen Sektor, so erstrebte die Gruppe auch für die Industrie das Ende der Autarkiepolitik in Form einer »Wirtschaftsreform [...] mit Anschluß an den Welthandel« und »Förderung der Veredelungsproduktion«.¹⁰⁰ In seiner Denkschrift »Die Deutsche Opposition« ergänzte Robinsohn 1939: Sondervorteile wie Subventionen, Errichtungssperren und Zollvorteile sollen entfallen, damit wieder ein natürliches Preisgefüge entstehen kann; Freizügigkeit und freie Berufswahl werden garantiert.¹⁰¹ Während Robinsohn an diesen Zielen zunächst keine Abstriche machte, schrieb er etwa 1941, daß der angestrebte Freihandel in der Industrie nicht als Sofortmaßnahme zu verwirklichen sei. Von den drei dafür zu erfüllenden Bedingungen: einer leistungsfähigen Produktion, einer geordneten Währung sowie großen Kapitalreserven, sei nur die erste erfüllt. Hingegen müsse die Kriegsproduktion (im Falle eines Friedensschlusses) sofort eingestellt und die Subvention der Ersatzstoffindustrie gestrichen werden.¹⁰²

Daraus folgt, daß die Robinsohn-Strassmann-Gruppe gewillt war, sich mit den mächtigen Konzernen der Montan- und chemischen Industrie anzulegen, die schon in der Weimarer Republik durch die Bekämpfung des Achtstundentages, die Kartellpolitik, die »Reform« des Schlichtungswesens und die Unterstützung republikfeindlicher Kräfte gegen die liberale Demokratie und den sozialen Ausgleich gearbeitet hatten.¹⁰³ Dieses Motiv läßt sich mehrfach belegen. In der Denkschrift »Die Deutsche Opposition« heißt es:¹⁰⁴ »Der Staat kann nicht seine Reformabsichten durch das Dogma einer angeblichen ›Freiheit der Wirtschaft‹ gefährden lassen und so zum Tummelplatz egozentrisch bestimmter Machtkämpfe wirtschaftlicher Art

werden.« In seinen wirtschaftspolitischen »Vornotizen« formulierte Robinsohn etwa 1941, »daß der wirtschaftliche Neuaufbau nur im engen Anschluß an staatliche Richtlinien vor sich gehen kann und eine eigenwillige Konzernpolitik, wie sie vor 1933 die Regel war, unter keinen Umständen wieder auftreten darf.«¹⁰⁵

Die Absicht, die Macht der Privatwirtschaft einzuschränken, findet sich auch nach 1945 in programmatischen Aussagen von Gruppenmitgliedern. Stenzel fordert in seinem Entwurf von 1945, die Wirtschaftsmagnaten, die ihre »Macht aus Feigheit, Dummheit oder Verrat den Nazis auslieferten, [...] zur Verantwortung« zu ziehen und das Bankwesen, die Energiewirtschaft sowie das Transportwesen zu nationalisieren.¹⁰⁶ Strassmann kritisierte 1952 die Fehlentwicklung, »die die Demokratie [...] zur zügellosen Betätigung des Erwerbssinnes unter Berufung auf die politische Freiheit handhabt.«¹⁰⁷

Die Finanzpolitik einer künftigen Regierung hatte eine Antwort zu geben auf die hemmungslose Ausgaben- und Inflationspolitik des NS-Regimes und auf die Verschleierung der tatsächlichen Staatsausgaben, insbesondere für die Aufrüstung. Schon 1935 plante die Gruppe, den Lebensstandard der breiten Massen durch Verringerung der Staatseinnahmen aus den allgemeinen Tarifen zu heben:¹⁰⁸ »Reform der Außenhandelspolitik (Zölle), [...] Senkung der inneren Vorbelastung in Gestalt zu hoher Steuern, Mieten, Lebensmittelpreise, überteuerten Benzins, zu hoher Preise für Licht und Kraft und Verkehrsmittel.« Die Forderung nach sozial gerechten Steuertarifen erscheint auch in einem Papier von 1945.¹⁰⁹ Ähnlich äußerte Robinsohn sich in seiner großen Denkschrift »Die Deutsche Opposition«: Die Werkstarife von Bahn, Post und anderen staatlichen Unternehmungen sollten zugunsten der Kunden bereinigt werden.

Diese Vorhaben waren eingebettet in ein differenziertes finanzpolitisches Programm. Die beabsichtigte Finanzreform sollte sich in erster Linie gegen die Inflationspolitik der Regierung durch die heimliche, d. h. im Reichsetat nicht ausgewiesene Aufrüstung richten. Gefordert wurden ein vereinfachtes Steuerwesen und übersichtliche Etats auf allen staatlichen Ebenen. Ein moderner Zentralrechnungshof sollte die wirtschaftspolitische Tätigkeit der Regierung laufend kontrollieren.¹¹⁰ Unter Kriegsbedingungen ergaben sich einige Änderungen und Ergänzungen dieses Programms. In seinen »Vornotizen« forderte Robinsohn etwa 1941 erneut eine geordnete Währung und einen soliden Etat. Dabei seien die Staatsschulden und Staatsanleihen zu streichen, allerdings sollten Inhaber kleinerer Staatsanleihen in gewisser Weise entschädigt werden.¹¹¹ In der Denkschrift vom Herbst 1941 wird die Etatfrage näher behandelt. Danach war der Staatshaushalt auf verschiedene Etappen bzw. Sachgebiete aufzuteilen: a) das Weiterlaufen des letzten Etats der Hitler-Regierung für etwa vier bis sechs

Wochen, in denen die Vorarbeit für die folgenden Etats zu leisten ist; b) ein Notetat für etwa ein Vierteljahr, um die Regierung im angestrebten Übergang zum Frieden und zu geordneten Verhältnissen nicht längerfristig zu binden; c) ein Kernetat, alle zivilen Ausgaben betreffend, für ein Jahr; d) getrennt vom Notetat und vom Kernetat der Heeresetat, der die gesamten Kriegsausgaben enthält.¹¹²

Eine andere finanzpolitische Frage, die Robinsohn in seiner Denkschrift vom Herbst 1941 thematisierte, ist die Entschädigung für die Kriegsverwüstungen. Diese Frage war um so drängender, als einerseits der Krieg eindeutig durch die nationalsozialistische Aggression bedingt war und andererseits dem deutschen Volk schon nach dem Ersten Weltkrieg im Versailler Vertrag enorme Entschädigungssummen aufgebürdet worden waren, die den Anlaß zu heftiger und wirkungsvoller nationalistischer Agitation geboten hatten. Nach Robinsohn war die Schadensregelung im Versailler Vertrag ein Ausnahmefall, Kriegsentschädigung könne nicht in Form privatrechtlicher Schadenersatzleistungen gewährt werden. Die neue Regierung solle jedoch ihr Möglichstes tun, um die Wunden der vom Krieg überzogenen Völker zu heilen, könne aber keine Forderung auf Erstattung jeglichen Schadens akzeptieren. Deutschland sei in der Lage, einen namhaften Beitrag zum Aufbau Europas zu leisten; dafür müsse aber ein Minimum an Produktionsmitteln in Deutschland bleiben. Die Schadensregulierung stellte Robinsohn sich in Form eines europäischen Aufbauplans vor: Eine internationale Europa-Aufbau-Gesellschaft sollte aus den am Krieg beteiligten Ländern gebildet werden, die nach einem festgelegten Schlüssel ihre Beiträge an diese Gesellschaft zu leisten hätten.¹¹³

Das sozialpolitische Programm der Gruppe nimmt einen besonderen Rang ein. Bisher erwähnte Maßnahmen wie die Senkung der Steuern, der Schutzzölle und der Tarife haben eine sozialpolitische Dimension, da sie die Massenkaufkraft heben und durch verschärfte Konkurrenz für einen Preiskampf um die Verbraucher sorgen. Insofern konnte Robinsohn Ende 1937 zu Recht schreiben, daß »die politische Zielsetzung der Opposition [...] eine Wirtschaftsreform und Sozialreform erstrebt mit [...] energischer Hebung des Lebensstandards der breiten Massen«. ¹¹⁴ In seiner Denkschrift »Die Deutsche Opposition« stellte Robinsohn unter der Randglosse »Das soziale Problem – Hebung des Lebensstandards der großen Massen der Bevölkerung!« eine alternative Sozialpolitik gegenüber der nationalsozialistischen dar. Die Organisation des Mangels im NS-Staat, die insbesondere durch die enorme Aufrüstung bedingt war, sollte zugunsten einer Lösung des sozialen Problems beseitigt werden: ¹¹⁵ »Die erste Etappe auf diesem Wege bedeutet, den Lebensstandard des deutschen Volkes, d.h. seiner breiten Massen, zu heben. Der Abstand zwischen der Lebensführung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter, Angestellten, Bauern

und unteren Beamten zu der Lebensführung des begüterten Mittelstandes soll auf diese Weise verringert werden.«

Ziel war das soziale Gleichgewicht zwischen Begüterten und der breiten Masse; in diesem Zusammenhang wandte Robinsohn sich ausdrücklich gegen die nationalsozialistische Umorientierung von der Konsumwirtschaft zur Wehrwirtschaft – »Butter statt Kanonen« könnte das Motto der Widerstandsgruppe lauten. Die starke Orientierung auf die Lebensinteressen der großen Bevölkerungsmehrheit blieb auch in den folgenden Jahren erhalten. So forderte Robinsohn in seinen »Vornotizen« etwa 1941 den Aufbau des Wohlstandes von unten.¹¹⁶ In seiner Denkschrift vom Herbst 1941 machte er für die Übergangszeit konkrete Vorschläge für die Sicherung der Volksernährung und der Arbeit. Zur Sicherung der Volksernährung plante er die vorläufige Fortsetzung der Rationierung; die Bahn sollte nach Möglichkeit mehr Kapazität für Lebensmitteltransporte zur Verfügung stellen. Der Reichsnährstand sollte vom Reichsernährungsministerium übernommen werden, wobei eine personelle Erneuerung besonders der Zentrale vorzunehmen sei. Die Sicherung der Arbeit sollte zunächst durch die Weiterarbeit an öffentlichen und halböffentlichen Aufträgen erreicht werden, wovon die NSDAP, ihre Nebenorganisationen und ihre leitenden Personen auszunehmen seien. Das stufenweise Ausscheiden der Kriegsgefangenen und anderer ausländischer Arbeitnehmer aus ihren Beschäftigungsverhältnissen sollte ebenfalls für die Sicherung von Arbeitsplätzen. In den ersten 14 Tagen nach dem Sturz des NS-Regimes sah Robinsohn den Kündigungsstopp für alle Beschäftigten vor.¹¹⁷

Daß der Einsatz für die sozial Benachteiligten keine bloße Sozialkosmetik war, zeigt Strassmanns empörte Qualifikation eines »Wohltätigkeitsfest[es] bei Krupp mit François Poncet und 700 schlemmenden Teilnehmern zu Gunsten der ›Armen‹« als den »Geist von ›vor 1914‹«.¹¹⁸

Für ihre Legitimation benötigte die Nach-Hitler-Regierung besondere Vollmachten, die sich insbesondere auf das weite Feld der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik beziehen sollten. Da die Maßnahmen in diesen Bereichen nicht schlagartig, sondern schrittweise und in Abstimmung aufeinander eingeführt werden mußten, kalkulierte Strassmann für diese Übergangsphase mehrere Jahre ein.¹¹⁹ Im Gegensatz zum Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 waren aber zweifellos handfeste Sicherungen geplant, damit sich aus der starken Übergangsregierung keine neue Diktatur entwickeln konnte.

Europäische Verständigung

Wie am Beispiel des Patriotismus schon deutlich wurde, war die Gruppe weit entfernt von nationalistischer Überheblichkeit. Sie schloß damit an die Vorarbeiten des Klubs vom 3. Oktober an, der es bereits in der Mitte der zwanziger Jahre zur Aufgabe der Politiker erklärt hatte, das Deutschland 1950 im Europa 1950 geistig vorzubereiten.¹²⁰ Es ist nur folgerichtig, daß Robinsohns Lagebeschreibung vom April 1936 für Leute bestimmt war, die »sich noch etwas Glauben für Europa als Gesamtheit erhalten haben«. ¹²¹ Wie in einem Brief aus dem Jahre 1935 deutlich wird, verstand Robinsohn unter Europa nicht nur einen geographischen Begriff, sondern die westeuropäische Demokratie und Zivilisation:¹²² »[...] auch jetzt wird in Deutschland immer noch vielfach gesagt: ›Wenn Hitler geht, kommt der Kommunismus; dann lieber Hitler.‹ Um aus dieser Situation herauszukommen, sind Menschen notwendig, die nicht Kommunisten sind, aber dennoch den oben erwähnten Kampf gegen die Reaktionsdiktatur führen können, die, im Gegensatz zur K.P.D. eben wissen, was aus Deutschland und seinen Menschen *innerhalb* von Europa (und nicht mit Rußland zusammen außerhalb von Europa) werden soll!«

Aufgrund dieser europäischen Identität der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung trat die Gruppe Ende 1937 für eine gesamteuropäische Außenpolitik ein.¹²³ Mit der Radikalisierung der nationalsozialistischen Außenpolitik rückte das Motiv der Friedenssicherung immer mehr in den Mittelpunkt. So propagierte die Gruppe im März 1938 den Sturz der europäischen Diktatoren, um den Frieden zu sichern:¹²⁴ »Nur von innen und unter Zuhilfenahme der dem Frieden und der Freiheit aller Nationen zugewandten Massen in *allen* Völkern, auch den von der Diktatur unterjochten, kann es gelingen, ein neues Europa zu schaffen und den Krieg zu verhindern. [...] Das ist die welthistorische Bedeutung der deutschen Opposition, daß sie von innen her dazu beiträgt, ein System zu stürzen, das [...] das größte Hindernis für die Wiederkehr geordneter europäischer Zustände darstellt.«

Ein Jahr später, im März 1939, hatte die Risikopolitik Hitlers insofern Früchte getragen, als Deutschland sich einige Territorien hatte angliedern können. Da kein Ende dieser Expansionspolitik abzusehen war, hing das Gespenst des Krieges jedoch immer drohender über Europa. In dieser Situation schrieb Robinsohn unmittelbar nach der Besetzung des tschechischen Kernlandes durch deutsche Truppen:¹²⁵ »Die Erhaltung des Friedens im Interesse der deutschen Opposition und einer vernünftigen Rekonstruktion der europäischen Verhältnisse ist zu verteidigen. [...] Das Ziel kann nur in der Richtung liegen [...], daß das Ergebnis der erfolgreichen Nazipolitik jede Nachfolgeregierung zwingen wird, eine Politik eines

großen, förderativ gegliederten Mitteleuropa einzuleiten.« Wie sehr Robinsohn jedem Nationalismus und Chauvinismus abgeneigt war, zeigt die Tatsache, daß er sofort an »die für die Praxis ungeheuer wichtige Frage der gemeinsamen Arbeit der deutschen und der slawischen Opposition zugunsten eines gemeinsamen Ziels« dachte.¹²⁶ Die Gruppe strebte nach friedlichen Beziehungen und nach einem System der internationalen Zusammenarbeit. »Das Ziel dieser Bewegung ist, Deutschland so schnell wie möglich in ein internationales System der Zusammenarbeit friedlicher und die Rechte aller Nationen wahrer Art einzugliedern.«¹²⁷

In seiner Denkschrift »Die Deutsche Opposition« machte Robinsohn Mitte 1939 nähere Angaben über die außenpolitischen Vorstellungen der Gruppe. Vom Nationalismus distanzierte er sich durch die Forderung, Europa als politische, kulturelle und wirtschaftliche Einheit zu verstehen:¹²⁸ »Die Auffassung Europas als einer kulturellen und wirtschaftlichen Einheit wird die politische Haltung der neuen deutschen Regierung in allen Tagesfragen bestimmen.« Insbesondere dachte die Gruppe an eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland.¹²⁹ Die Denkschrift gipfelte in der Formulierung:¹³⁰ »Die Deutsche Opposition [...] glaubt daher an ihre *Europäische Sendung*«.

Nach dem deutschen Überfall auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs war es um so wichtiger, den Friedenswillen und die Ausgleichsbereitschaft der Nachfolgeregierung zu erhärten. Damals machte ein Vertreter der Gruppe, Stenzel, Angaben über die Regelung der europäischen Grenzfragen, in denen er als Verhandlungsposition der deutschen Opposition den Verbleib Österreichs beim Reich forderte. Polen sollte als kleiner Staat wiederhergestellt werden, und auch die Tschechoslowakei sollte wiedererstehen; die Grenzen der beiden Länder sollten durch internationale Vereinbarung festgelegt werden. Ähnlich wie Robinsohn sah Stenzel die Sowjetunion außerhalb Europas und verlangte, sie zu europäisieren. Für die internationale Zusammenarbeit forderte Stenzel, die Zollgrenzen abzuschaffen, die Rohstoffe allen Ländern zugänglich zu machen und einen internationalen Jugendaustausch zu gründen, damit die Jugend andere Länder kennenlerne und der nationalistischen Agitation nicht mehr ver falle.¹³¹

Etwa zur selben Zeit schrieb Robinsohn Genaueres über das Ziel der europäischen Einigung und den Weg dorthin:¹³² »Sie schreiben, daß nach Ihrer Meinung die Lösung wäre: Keine Grenzen zwischen Weichsel und Pyrenäen. Das unterschreibe ich vollständig, wenn auch noch die südliche Abgrenzung dabei offen gelassen ist. Aber wie dahin kommen, das ist das Problem der praktischen Politik? Nach meiner Ansicht wäre der beste Weg der des »Zollvereins«. Man kann ja doch die Weltwirtschaft des Freihandels nicht wiederherstellen und so scheint es mir besser, wenn statt des Zollchaos in Europa ein paar übersichtliche Gebiete geschaffen würden.

Schließlich kann man auch an Marktregelungsverbände, Produktions- und Absatzkartelle dieser Gebiete denken als ein Mittel, zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik dieses Gebietes zu kommen. Ist die wirtschaftliche Entwicklung erst dazu gekommen, diese ganzen Länder (Polen, die Ostseeländer, soweit sie selbständig bleiben,¹³³ Deutschland, Tschechoslowakei, Österreich und einiges andere) als eine Einheit zu behandeln, so wird es selbst den Souveränitätsvorstellungen nicht mehr gelingen, sie gegeneinander in Bewegung zu bringen, genau wie dies beim deutschen Zollverein der Fall war.«

Robinsons Denkschrift vom Herbst 1941 schließt an die früheren Ausführungen an. Erneut tritt er für die Beseitigung des deutsch-französischen Gegensatzes als Grundlage für die Schaffung eines föderativ gegliederten Europa ein, wofür Deutschland eine Folge von vertrauensbildenden Maßnahmen ergreifen sollte.¹³⁴ Angesichts des fortgeschrittenen Krieges, in dem die deutschen Truppen vor Moskau und Leningrad standen, verdient die vorgeschlagene Regelung der Grenzfragen besondere Beachtung. Als Verhandlungsbasis schlägt er den Gebietsstand Deutschlands vom 31. Dezember 1938 zuzüglich Memels vor; außerdem hält er Korrekturen der Ostgrenze (Danzig, der »Korridor«, Oberschlesien) für denkbar. Diese Verhandlungsbasis muß mit dem Verhandlungsergebnis keineswegs übereinstimmen. Vielmehr macht Robinson folgende Vorschläge:

Österreich bleibt ein Teil Deutschlands, wie es auch der republikanischen Politik vor 1933 entsprach. Es erhält weitgehende Autonomie, und fünf Jahre nach dem Friedensschluß findet eine Volksabstimmung über das staatliche Schicksal Österreichs statt.

Das *Sudetenland* erfährt eine entsprechende Behandlung wie Österreich, wobei die mehrheitlich tschechischen Gebiete aufgegeben werden und ein gegenseitiger Minderheitenschutzvertrag angeboten wird. Aber Robinson geht weiter, denn er stellt fest, »daß das Verbleiben dieser Gebiete bei Deutschland nicht lebenswichtig ist«, so daß man »schließlich, ohne Aufgabe wesentlicher deutscher Interessen auch die Wiederherstellung des Zustandes vor München konzedieren« kann.¹³⁵

Obwohl Robinson im Falle *Danzigs* eine »Fehlkonstruktion« und des *Korridors* »Mängel« der deutsch-polnischen Grenzziehung erkennt, tritt er für die Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen ein:¹³⁶ »So, wie die Dinge augenblicklich liegen, ist nicht damit zu rechnen, daß irgend eine Änderung der Vorkriegsgrenzen Polens erfolgen kann, denn das würde so aussehen, als ob gewissermaßen doch eine Prämie auf den Angriffskrieg Hitlers gesetzt worden wäre, und die deutsche Regierung muß sich hüten, eine Haltung einzunehmen, die ihr als doppeldeutig vorgeworfen werden kann: in der Theorie gegen die Hitlerpolitik, in der Praxis aber für deren Ergebnisse oder Ziele.« Auch hier geht Robinson noch einen Schritt weiter. Er

gibt zu bedenken, »ob man nicht im Interesse eines gedeihlichen deutsch-polnischen Zusammenlebens Danzig an Polen gelangen lassen soll, unter der Voraussetzung, daß Gdynia nicht wieder aufgebaut wird und daß ein gegenseitiger Minoritätenschutzvertrag mit internationalen Garantien abgeschlossen wird.« Die Alternative, Danzig und den »Korridor« Deutschland anzugliedern und Polen in einem modifizierten Jagellonen-Staat mit Litauen einen Zugang zur Ostsee zu verschaffen, verwirft Robinsohn mit Rücksicht auf die nationalen Interessen Litauens und auf internationale Probleme. Allerdings soll Deutschland in den Friedensverhandlungen »nur sehr vorsichtig die Fragwürdigkeit« der deutschen Ostgrenze »in grundsätzlicher Beziehung« andeuten.¹³⁷

Das *Memelgebiet* sollte zwar bei Deutschland bleiben. Diese Frage sollte aber untergeordnet behandelt werden; sie sei nicht wichtig genug, um ihr einen annehmbaren Frieden zu opfern.

Diese Friedensbedingungen, die Robinsohn auf dem Höhepunkt der deutschen Machtentfaltung im Zweiten Weltkrieg formulierte, markieren deutlich den Gegensatz zwischen dem europäisch eingebetteten Patriotismus der Widerstandsgruppe und dem maßlosen Chauvinismus der Nationalsozialisten.

Zusammenfassung

Charakteristisch für die Robinsohn-Strassmann-Gruppe ist der Versuch, die Planungen streng an dem sachlich Nötigen und Möglichen zu orientieren und nicht in ferne ideale Utopien zu entfliehen. Schon im Klub vom 3. Oktober hatte die »Sachpolitik« die Arbeit bestimmt.¹³⁸ Auch die Widerstandsgruppe berief sich auf die menschliche Vernunft.¹³⁹ Das Durchführbare¹⁴⁰ sollte im Sinne einer »konstruktiven Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur«¹⁴¹ in die Tat umgesetzt werden. Daß das Konstruktive, das sachlich Mögliche und Durchführbare keine kleinmütige Politik beinhalten muß, zeigt die oben skizzierte Programmatik der Gruppe.

Dabei läßt sich differenzieren zwischen gleichbleibenden programmatischen Zielen in den verschiedenen Phasen der Gruppenarbeit und charakteristischen Veränderungen bestimmter Einzelheiten. Ein zentraler Punkt ist die Bildung der Nachfolgeregierung des NS-Regimes: Hatte die Gruppe zunächst zwei Phasen erwartet – eine zu bekämpfende reaktionäre Nachfolgeregierung, dann eine progressive Regierung –, so setzte sie sich angesichts der Risikopolitik Hitlers über ihre früheren Bedenken hinweg und entschied sich für die Regierungsbeteiligung in der ersten Phase, also die Zusammenarbeit mit als reaktionär eingeschätzten Kräften. In der ur-

sprünglich rein liberaldemokratischen und sozial ausgewogenen Programmatik mußte nun ein stärkerer Kompromißcharakter hervortreten, um das Militär und dessen politische Repräsentanten für eine breit angelegte Sammlungsregierung zu gewinnen. Ganz anders läßt sich erklären, daß die Gruppe ab 1940 nicht mehr auf Friedenssicherung, sondern auf den militärischen Zusammenbruch Deutschlands setzte. Das Versagen der Militärs bei günstigeren Gelegenheiten und die Ausweitung des Krieges ließen jede andere Erwartung als illusorisch erscheinen.

Konstante Übereinstimmung in der Programmatik zeigt sich bei der Forderung nach einer konstitutionellen Demokratie mit einer starken Regierung und nach einem zunächst mit »Erziehungszöllen« belegten Rechtsstaat. Die durchgreifende Wirtschafts- und Finanzreform wurde vorrangig von den Interessen der breiten Massen geleitet. Außenpolitisch stehen die Abrüstung und die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsförderung gleichberechtigter Nationen durchweg fest.

Sieht man das Programm im Zusammenhang, so ergeben sich liberal- und sozialdemokratische Ziele, die jedoch teilweise durch die »Erziehungszölle« der Übergangsregierung gehemmt werden. Als liberaldemokratische Ziele sind zu werten: der Rechtsstaat, die Gewaltenteilung, die Grundrechte und hier besonders der Pluralismus, die Selbstverwaltung, die wirtschafts-, handels- und finanzpolitischen Reformen, die internationale Friedensorientierung der Politik. Als typisches sozialdemokratisches Ziel kommt die Hebung des Lebensstandards der breiten Volksmasse hinzu; allerdings befand die Gruppe sich damit auch in der Tradition des angelsächsischen Sozialliberalismus, den schon der Klub vom 3. Oktober rezipiert hatte.¹⁴² Autoritäre Vorstellungen wie die starke Regierung mit besonderen Vollmachten, die Einschränkung von Grundrechten und die nur schrittweise Gewährung von Selbstverwaltungsrechten, wohl von der Gemeindeebene aus bis zur Staatsebene hinauf, schränken die sozialliberale Zielsetzung zunächst stark ein. Andererseits ist zu bedenken, daß gerade diese restriktive Handhabung der politischen Freiheiten einem liberaldemokratischen Grundgedanken entspringt, nämlich die Bürger zum Kampf um ihren Staat zu bewegen, damit sie sich mit ihm identifizieren und ihn nicht wieder seinen Feinden in die Hände fallen lassen. Zudem sollten durch die Reformmaßnahmen der Nachfolgeregierung entscheidende traditionelle Machtgruppen, die einer liberalen und sozialen Entwicklung hemmend im Wege gestanden hatten, wie die großagrarische und schwerindustrielle Interessenvertretung, nachhaltig geschwächt werden – eine Politik, die sich im Gefolge der gescheiterten linksliberalen Anstrengungen im deutschen Kaiserreich befand.¹⁴³

Das Programm der Gruppe zielte also nicht einfach auf eine Neuauflage der Weimarer Republik, aber auch nicht auf einen revolutionären Umsturz

mit völligem Neuaufbau, sondern es handelte sich um den Versuch, unter Vermeidung der Fehler der Weimarer Verfassung und der ungleich schwereren Fehler des NS-Staates, abseits von vorgeformten Theorien und Ideologien, ein neues System zu errichten, das eine demokratische Entwicklung auf lange Frist garantierte, indem es national stabile demokratische Verhältnisse und international stabile friedliche Verhältnisse sicherte. Solche Stabilität sollte gerade durch das in sich geschlossene Programm der »Bibel« für eine Übergangsperiode erreicht werden.¹⁴⁴

Die Gruppe wandte sich gegen eine Diktatur von Wehrmachsgenerälen und Fachleuten, die sie zwar als konservative Antwort auf das NS-Regime erwartete, in der sie aber nur eine Klärung der Fronten zwischen Reaktion und Fortschritt sah. Nur aufgrund der radikalisierten NS-Politik war sie bereit, eine vorübergehende Militärdiktatur zu unterstützen, die durch Einbeziehung der demokratischen Linken eine demokratische Entwicklung erwarten ließ.

Wie schon Robinsohns Referat »Der Nationalsozialismus« vom Sommer 1933 zeigen auch die Programmaussagen der Gruppe, daß sie keine partiellen Reformen am NS-System anstrebte, sondern in Fundamentalopposition zu ihm stand.¹⁴⁵ Die von Hans Mommsen konstatierte »fundamentale Hilflosigkeit des bürgerlichen Antifaschismus«,¹⁴⁶ die sich in der Anpassung der Sprache und der Programmatik der wesentlichen Widerstandsgruppen an den Nationalsozialismus und im »explizit antiliberalen Grundzug des oppositionellen Denkens« zeige, läßt sich in der Programmatik der Robinsohn-Strassmann-Gruppe offensichtlich nicht ausmachen.

3. »Bildung von Charakterinseln«: Der innere Aufbau der Gruppe bis 1937

Die Dreiergruppe Robinsohn-Strassmann-Stark war sich von Beginn an darüber im klaren, daß sie eine Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus gründete. Solange sie noch klein war und sich nur auf ein dünnes Netz von Vertrauensleuten stützen konnte, war der Widerstand zwar sicher politische Absicht, aber noch keine praktische Realität. Das Jahr 1937 bietet sich als Abschluß für dieses Kapitel über den inneren Aufbau der Gruppe an, weil der organisatorische Aufbau die Arbeitskraft der Gründergruppe bis dahin größtenteils beanspruchte. Zwar ging der Auf- und Ausbau auch danach kontinuierlich weiter, aber »bis etwa 1937 war dieser Arbeit kein praktisch politisches Ziel gesetzt, wie etwa Revolution oder Sturz Hitlers. Das wäre eine lächerliche Überschätzung unserer Kräfte gewesen.«¹

Die Arbeitshypothesen und das Organisationsschema

Die wesentliche Arbeitshypothese der Gruppe war, das von den Nationalsozialisten und ihren Mitläufern gern gepflegte Klischee zu zerstören, es gebe keine Alternative zur nationalsozialistischen Herrschaft, es sei denn den Kommunismus. Die Gruppe wollte eine demokratische Auffangorga-

nisation bilden, die im Falle des Zusammenbruchs des NS-Regimes antreten sollte, um den politischen Leerraum zwischen NSDAP und KPD auszufüllen.² Eine Zusammenarbeit mit Kommunisten kam für sie aus zwei Gründen von vornherein nicht in Frage. Ein unüberwindlicher Gegensatz trennte sie von den kommunistischen Zielen im wirtschaftlichen und politischen Bereich (Sozialisierung der Wirtschaft, Räte- oder Parteidiktatur). Außerdem wäre die Sicherheit der Gruppe nicht mehr gewährleistet gewesen: Keine andere Partei, von den Nationalsozialisten abgesehen, die nun aber selbst am Ruder saßen, war schon von der politischen Polizei in der Weimarer Republik und nun noch verstärkt von der Gestapo so genau ausgespäht worden wie die KPD.³ Indem die Gruppe für den »Tag danach« arbeitete, brauchte sie sich nicht auf eine bestimmte Form des Machtwechsels festzulegen.

Eine zweite Arbeitshypothese ging von der Notwendigkeit der geistigen Überwindung des Nationalsozialismus noch vor seinem Sturz aus. Eine bloße Beseitigung der Diktatur würde zu einem Auswechseln der Machthaber führen, die politische Richtung aber nicht grundlegend ändern.⁴ Dies war ein pädagogisches Ziel: In langjähriger Arbeit sollten die illegalen Mitarbeiter auf das demokratische Nach-Hitler-Deutschland hin geschult werden.

Drittens hielt die Gruppe es für angemessen, eine kleine, hoch motivierte und hoch qualifizierte Elite zu sammeln, die in der Lage sein würde, zur gegebenen Zeit ihren Einfluß zu potenzieren. Daß die illegalen Massenorganisationen ein Irrweg waren, zeigten die permanenten Verhaftungswellen der Jahre 1933 bis etwa 1935.⁵ Es lag ohnehin auf der Hand, daß es einer in der Illegalität arbeitenden Gruppe nicht möglich sein würde, eine zahlenmäßig der NSDAP und den ihr angeschlossenen Verbänden gleichwertige oder überlegene Organisation aufzubauen; dieser Versuch hätte nur in der frühzeitigen Aufdeckung der Gruppe enden können. Vielmehr sah die Gruppe auch auf Seiten der NSDAP nur eine kleine, zum Handeln entschlossene Führungsschicht, der die Masse der Mitglieder und Anhänger mehr oder weniger willig folgte. Dieses Modell glaubte sie nur umkehren zu müssen: War die NS-Diktatur beseitigt, würde eine hinreichend große Masse zunächst einer Organisation folgen, die eine stabile Alternative versprach.⁶ Dieser kritischen Übergangsphase bis zur Etablierung der neuen Machthaber sollte dann die schon früher erwähnte Bewährungsprobe folgen.

Wie war nun die Organisation aufgebaut, die für sich beanspruchte, den demokratischen Widerstand im Deutschen Reich zu vereinheitlichen?⁷ Die politische Leitung der Gruppe saß in Berlin; sie wuchs im Laufe der Zeit auf etwa zwölf Personen an, von denen jedoch nur ein Teil aus Berlin stammte. Die Zentrale hatte als Hauptarbeitsgebiete die technische Führung der Organisation, die Beobachtung der politischen Entwicklung hin-

sichtlich der Zielsetzung der Opposition und »die politische Führung der Opposition zu immer größerem Einfluß«. ⁸ Die technische Leitung beinhaltete die Kontrolle der Zuverlässigkeit und Eignung der Mitarbeiter, ihre Anregung und Unterstützung bei der Erweiterung der Gruppe, ihre inhaltliche Schulung und die Abgrenzung der Arbeitsgebiete. Programmatische Zuarbeit in politischen und wirtschaftlichen Sachfragen leisteten einzelne Experten, die mit der übrigen Organisation nicht vertraut waren. ⁹ Die Führung zu größerem Einfluß war in der Aufbauphase eher eine Wunschvorstellung, die jedoch von etwa 1937 an Gestalt gewann.

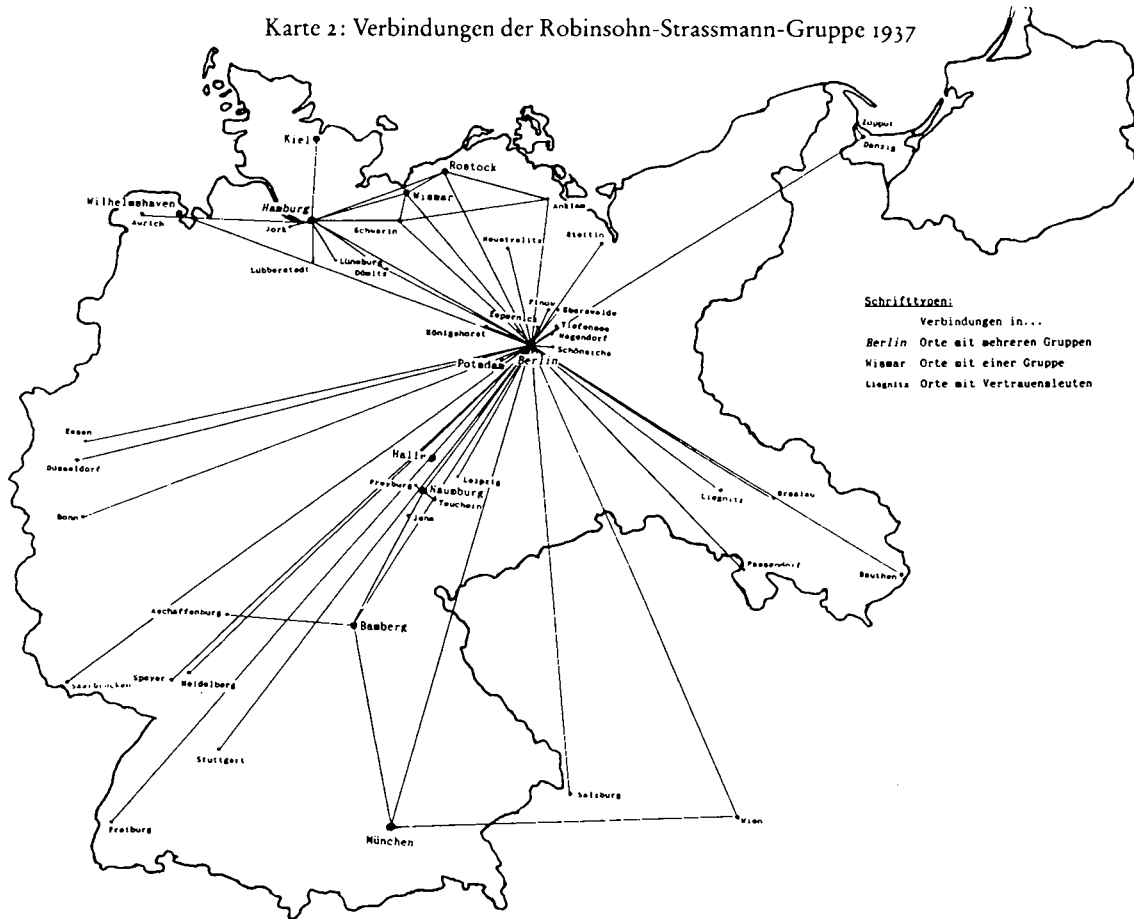
Der Ausbau der Gruppe in Großstädten wie Berlin (Strassmann) und Hamburg (Robinson) bereitete technisch keine Schwierigkeiten. Bei der Auswahl der Mitarbeiter wurden jedoch strengste Maßstäbe angelegt; es genügte nicht, wenn ein potentieller neuer Mitarbeiter ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus war. Neben seiner politischen Einstellung und seinem Sachverstand spielten auch seine Charakterstärke, seine nervliche Belastungsfähigkeit, seine finanzielle und seine familiäre Lage eine Rolle. ¹⁰

Schwieriger war der Ausbau der Gruppe im Reich, der jedoch unverzichtbar war, wenn die Organisation mehr als lokale Bedeutung gewinnen wollte. Hier galt es zunächst geeignete Vertrauensleute zu finden, die sich häufig aus dem Klub vom 3. Oktober und der DDP rekrutierten. Dafür war eine umfangreiche Reisetätigkeit erforderlich, da jede neue Verbindung von der Berliner Zentrale persönlich geknüpft werden mußte. So unternahmen Strassmann und Robinson nach der Besetzung des Rheinlandes im April 1936 eine zweiwöchige Tour durch Mittel- und Süddeutschland, um Informationsgespräche mit politischen Freunden aus der Deutschen Demokratischen Jugend zu führen, etwa mit dem einstigen Vorstandsmitglied des Reichsbunds der Deutsch-Demokratischen Studenten und der DDP, dem Marburger Professor Wilhelm Mommsen. Außerdem bemühten sie sich, neue Mitstreiter zu gewinnen. ¹¹

Bis 1937 dürfte die Zentrale mindestens 40 Vertrauensleute gehabt haben, ¹² mit denen sie über Kurierere verbunden war. Die Mitgliedschaft wurde nach dem Schottensystem in kleinen Gruppen organisiert, die »durch sorgfältige Auswahl der Mitarbeiter und hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Einzelnen eine beträchtliche politische Schlagkraft gewährleistet[en]«. ¹³ Dieses System bedeutete die gegenseitige Abschottung der Gruppenmitglieder; jeder kannte möglichst nur zwei weitere Mitstreiter, so daß die Verbindung linear oder aus der Sicht der Gruppenleitung spinnennetzartig verlief.

Mit dem Wachsen der Widerstandsgruppe und der Langfristigkeit ihrer Zielsetzung war ein Problem verbunden, das revolutionäre oder terroristische Gruppen so nicht kennen: die tödliche Gefahr des Leerlaufs. Daher mußte die Leitung ständig darauf bedacht sein, die Gruppe insgesamt sinn-

Karte 2: Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1937



voll arbeiten zu lassen, und dies war neben der Schulung besonders durch die Sammlung von Nachrichten möglich, was angesichts der nationalsozialistischen Presselenkung immerhin eine wesentliche Voraussetzung zur korrekten Lagebeurteilung darstellte.¹⁴

Daß die Gruppe 1937 in eine neue Phase ihrer Wirksamkeit eintrat, wird auch an den nun einsetzenden größeren Treffen der Vertrauensleute auf Reichsebene deutlich.¹⁵ Diese Treffen brachten erhebliche Vorteile mit sich: Die Übermittlung von Anweisungen wurde vereinfacht, da weniger Kuriere eingesetzt werden mußten und die Sachdiskussionen effektiver waren. Als ausgesprochen motivierend muß darüber hinaus gewertet werden, daß die Vertrauensleute aus der Provinz, die sonst nur ihren lokalen Kreis und einzelne Vertreter der Zentrale kannten, eine Vorstellung vom Grad der Organisation und damit vom Sinn ihrer Arbeit gewannen. Eines der ersten dieser Treffen war die Feier zu Ernst Strassmanns 40. Geburtstag am 27. November 1937 in der Ludendorff-Straße in Berlin-Steglitz, auf der Robinsohn ein nüchternes kleines Referat zur politischen Lage hielt, das manchen Teilnehmern nicht radikal genug war.¹⁶ Wenn die Gruppe auch keine massenhafte Organisierung des Widerstandes anstrebte, ist es doch von Bedeutung, wohin sie im Reichsgebiet Beziehungen unterhielt und wie umfangreich diese waren; denn bei aller Betonung von Qualität und zentralen beruflichen Stellungen benötigt eine Gruppe, die am »Tag danach« die zivile Kontrolle zu übernehmen gedenkt, mehr als nur ein paar ausgesuchte Persönlichkeiten. Aufgrund vielfacher Aussagen von Zeitzeugen, aufgrund einzelner Angaben aus der ersten Zeit nach 1945 und schließlich mittels einer zwischen 1960 und 1962 angelegten Namensliste von über 60 Personen¹⁷ kann immerhin eine zahlenmäßig beachtliche Größe der Gruppe nachgewiesen werden. Im folgenden soll nun gezeigt werden, wie die einzelnen Gruppen¹⁸ zusammengesetzt waren. Dabei werden sich signifikante Unterschiede ergeben.

Am wichtigsten war zunächst Berlin. Die Reichshauptstadt war 1933 eine Großstadt von 4,24 Millionen Einwohnern. Hier konzentrierten sich die obersten Behörden des Deutschen Reiches und Preußens, die Gesandtschaften der auswärtigen Mächte, aber auch die Wirtschaftszentralen. Nicht nur große Konzerne unterhielten zumindest Zweigstellen in Berlin – die Stadt war ein Umschlagsplatz, auf dem es sich lohnte, präsent zu sein. In dieser Stadt herrschte eine höhere Aktivität als in anderen deutschen Großstädten, wie ein aus Hamburg zugezogenes Gruppenmitglied, dem man den entsprechenden Überblick nicht absprechen kann, bemerkte.¹⁹ Es leuchtet ein, daß das rege Treiben in Berlin schwer zu überwachen war. Nicht zuletzt aus diesem Grund zogen viele von den Nationalsozialisten Verfolgte nach Berlin. Als Wohnort von zwei Gründungsmitgliedern bot es günstige Chancen für den Aufbau der Gruppe.

Die Führungsgruppe

Die Führungsgruppe konnte von ihren drei Gründern, dem Landgerichtsrat Dr. Ernst Strassmann und dem arbeitslosen Journalisten Dr. Oskar Stark aus Berlin sowie dem Hamburger Textilkauflmann Dr. Hans Robinsohn, nach Pfingsten 1934 schnell erweitert werden. Die Initiatoren konnten immerhin auf vielfältige politische und private Beziehungen aus der Zeit vor 1933 zurückgreifen. Die etwa zwölf Personen, die Robinsohn im Frühling 1939 zum Führungskreis der Gruppe zählte,²⁰ können jedoch nicht einfach mit dem Führungskreis der Zeit bis 1937 gleichgesetzt werden. Trotz einer großen Kontinuität bei den Leitungspersonen gab es auch eine Fluktuation, die in der Regel beruflich bedingt war. So schied Stark nach seiner Wiedereinstellung bei der Frankfurter Zeitung und dem damit verbundenen Umzug nach Frankfurt am Main im Oktober 1935 für die Arbeit der Gruppe aus. Spätere Versuche, ihn noch einmal zu aktivieren, scheiterten an dem für ihn vorrangigen Ziel, die Existenz dieser vergleichsweise unabhängigen Zeitung nicht zu gefährden.²¹ Wegen des frühen Ausscheidens des dritten Gründers einerseits und wegen der engen Freundschaft und intellektuellen Brillanz der verbleibenden beiden Gründer andererseits liegt es nahe, die Gruppe bis zur Emigration Robinsohns als Robinsohn-Strassmann-Gruppe zu bezeichnen.²²

Neben den drei Gründern sind bis 1937 Jans Kingma, Rudolf Hoernigk, Paul Pagel, Fritz Elsas, Erich Wentker und Walter Dudek zum Führungskreis hinzuzuzählen. Was für Persönlichkeiten waren sie, und welche Verbindungen brachten sie mit in die Gruppe?

Jans Kingma hatte Hans Robinsohn und Ernst Strassmann Mitte der zwanziger Jahre in Hamburg näher kennengelernt und war auch in den Klub vom 3. Oktober eingeladen worden. Er entstammte einer mennonitischen Familie aus Wilhelmshaven, deren Vorfahren in den Niederlanden ansässig gewesen waren, wo es weitere Zweige der Familie gab und gibt. Er war ein Mensch mit Familiensinn, den sein Stolz auf die Herkunft aus dem freien Stamm der Friesen prägte. Vor Gewalt zu weichen, kam für ihn nicht in Frage: »Es ist ein Vorzug bei uns, daß wir im Bedarfsfalle unser eigener Schupo sein können«, schrieb ihm sein Bruder Otto.²³ Als besonderes Charakteristikum der Friesen betrachtete Jans Kingma neben dem Humor die Verschwiegenheit. In Berlin wurde er Mitglied des Ostfriesischen Vereins. Seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert machte die Familie vom Recht auf Kriegsdienstverweigerung Gebrauch, das den Mennoniten vom Staat zugestanden wurde. Kingma erlebte die Revolution von 1918 als 18jähriger Gymnasiast, und im Gegensatz zu fast allen Mitschülern hatte er Verständnis für sie. Nachdem er Vorsitzender eines Schülerkameradschaftsbundes gewesen war, wurde er 1919 Vorsitzender der Wilhelmshavener Jungde-

mokraten. Während des Studiums arbeitete er im Demokratischen Studentenverband mit und wurde 1925 zum Vorsitzenden des Hamburger AStA gewählt. Nach dem Diplom als Volkswirt vermittelte Strassmann ihm eine Stellung als Direktionsassistent bei dem Bewag-Direktor Dr. Robert Kauffmann, einem linksliberalen Politiker, der seit 1920 DDP-Vorstandsmitglied war. Dort hatte Kingma einen Beruf, der ihm kaum Freizeit ließ, ihm aber in der Bewag einen optimalen wirtschaftlichen Überblick und gesellschaftlich wertvolle Beziehungen einbrachte. Zudem betätigte er sich bei den Berliner Jungdemokraten. Die Stellung als Direktionsassistent bzw. in der kaufmännischen Verwaltung mußte Kingma nach dem aus sog. »rassischen« Gründen erzwungenen Ausscheiden Dr. Kauffmanns im November 1933 aufgeben; er wurde auf einer unbedeutenden Position in einer Außenstelle, dem Rechnungsbüro Lichtenberg, kaltgestellt. Die folgenden Jahre nutzte er, um sich wissenschaftlich weiter zu qualifizieren, was ihm mit einer Dissertation über ein energiewirtschaftliches Thema 1936 glückte. Daraufhin wurde er in das Hauptrechnungsbüro übernommen. Soweit bekannt, brachte Kingma in die Gruppe besonders seine Beziehungen nach Wilhelmshaven und zu Bewag-Mitarbeitern ein.²⁴

Gemeinsame Freunde führten Strassmann um 1934 einen jungen Mann zu, der über gute Beziehungen zu namhaften DDP-Mitgliedern aus der Provinz Sachsen und zu Professoren und Praktikern des Genossenschaftswesens verfügte: Rudolf Hoernigk, fünf Jahre jünger als Jans Kingma, der aus einer teils evangelisch-lutherischen, teils mennonitischen Danziger Familie stammte. Seine Eltern zogen früh nach Berlin; 1922 siedelte die Familie nach Naumburg um, wo der Vater, von Beruf Polizeioffizier, an den Folgen seiner Kriegsverletzungen schon 1923 starb. An den nahe gelegenen Universitäten Leipzig und Halle studierte Rudolf Hoernigk Volkswirtschaft und Geschichte, wobei er sich besonders für das Genossenschaftswesen interessierte. Bis 1933 war er Mitglied des Provinzialvorstandes Halle der DDP/DStP. Als Assistent des 1933 entlassenen Direktors des Seminars für Genossenschaftswesen Professor Ernst Grünfeld (DDP/DStP), eines Österreicherers jüdischen Glaubens, arbeitete er an der Universität Halle, gab 1937 aber seine Dozentur und seine Habilitation auf, um dem NSDAP-Beitritt zu entgehen. Im Juli 1937 siedelte er nach Berlin über, um als Syndikus beim Brandenburgischen gewerblichen Genossenschaftsverband zu arbeiten. Schon vor der Verbindungsaufnahme mit Strassmann half Rudolf Hoernigk – wie auch sein Bruder Frank – Verfolgten bei der Flucht ins Ausland; auch gab er illegale Schriften an Vertrauenspersonen weiter.²⁵

Paul Pagel, Jahrgang 1894, war gebürtiger Mecklenburger, der sich in diesem durch den Großgrundbesitz und die bis 1918 bestehende, historisch überholte landständische Verfassung geprägten, für reaktionäre Parteien

anfälligen Land als Jungdemokrat und DDP-Mitglied engagierte. Seinen Neigungen entsprechend, studierte er Rechtswissenschaft und Landwirtschaft und machte in beiden Fächern seinen Doktor. Als gläubiger lutherischer Christ hatte er wesentliche Beziehungen zur Kirche. Außer wegen seiner demokratischen Haltung war er den Nationalsozialisten auch wegen seiner Ehe mit einer sog. »Nicht-Arierin« ein Dorn im Auge, weshalb er, seit 1929 Greifswalder Arbeitsamtsleiter, trotz seiner Beliebtheit bei den Mitarbeitern entlassen wurde. Pagel, der schwedisch sprach und schwedische Familien kannte, konnte nach seinem Umzug nach Berlin die Verwaltung schwedischen Grundbesitzes übernehmen. In den folgenden Jahren sondierte er Auswanderungsmöglichkeiten in die USA; um die Kinder nicht zu gefährden, wurden sie 1936 nach England geschickt. Vor allem aber waren Pagels Verbindungen in die Kirche für die Gruppe von Bedeutung.²⁶

Fritz Elsas war Robinsohn und Strassmann durch den gemeinsamen Versuch bekannt, die DDP zu radikalisieren. Er ist der einzige aus dem Berliner Führungskreis, der aus Süddeutschland stammt. Hier verbrachte der studierte Jurist des Jahrgangs 1890 seine ersten politischen Jahre seit 1915 in der Stadtverwaltung Stuttgarts, für die er auch an Ausschusssitzungen des Deutschen Städtetages teilnahm, und von 1924 bis 1926 zusätzlich als Landtagsabgeordneter der DDP, zu deren linkem Flügel er zählte. Eine neue Aufgabe, die seine Verbindungen entscheidend erweiterte, war 1926 das Amt des Vizepräsidenten des Deutschen Städtetages. In dieser Funktion lernte er nicht nur zahlreiche namhafte Kommunalpolitiker kennen und schätzen, wie z. B. Carl Goerdeler, sondern hatte auch mit der landes- und reichspolitischen Ebene zu tun, etwa im Ausschuß des Städtetages für Verfassungs- und Verwaltungsreform. Anschließend kam er 1931 mit der Wahl zum Zweiten Bürgermeister von Berlin in eine nicht weniger bedeutende Stellung. Im Gegensatz zu Robinsohn und Strassmann schloß Elsas sich 1930 der DStP an. Als demokratischer Politiker einerseits, als sog. »Rassenjude« andererseits war er für die nationalsozialistischen Machthaber nicht mehr tragbar und wurde 1933 entlassen. Zunächst arbeitete er auf Anregung Edmund Stinnes' im Büro eines Bekannten, bis er 1934 ein eigenes, zentral gelegenes Beratungsbüro für Auswanderungswillige am Pariser Platz eröffnete, in dem er seine vielfältigen Kenntnisse und Beziehungen aus der Weimarer Republik nutzen konnte. Dieser Einsatz führte 1937 zu einer Verhaftung; nach einigen Monaten wurde das Verfahren aus Mangel an Verdachtsmomenten eingestellt und Elsas gegen eine Kaution entlassen.²⁷

Ein anderer Kommunalpolitiker in der Gruppe war Erich Wentker, Jahrgang 1890, der aus einem sozialdemokratisch-atheistischen Milieu kam. Ursprünglich Volksschullehrer, wurde er Stadtverordneter, dann Bürger-

worthalter (= Stadtverordnetenvorsteher) in Wandsbek, wodurch er an den Tagungen des schleswig-holsteinischen und des Deutschen Städtetages teilnahm. Zeitweilig war er auch schleswig-holsteinischer Provinziallandtagsabgeordneter. Ab 1927 bewährte er sich als Polizeipräsident in Harburg, so daß seine Behörde für Fachbesichtigungen ausgewählt wurde. Sein besonderes Augenmerk galt der Überwachung der nationalsozialistischen und der kommunistischen Aktivitäten. Nach Papens Preußenschlag 1932 wurde Wentker schon vor der nationalsozialistischen Gleichschaltung abgesetzt. Nun mußte er sich mit seiner großen Familie als Vertreter kümmerlich durchschlagen. 1934 verzog er nach Hamburg, wo er sofort Anschluß an sozialdemokratische Widerstandsgruppen fand. Wichtig ist seine Mitgliedschaft, zeitweise als Meister vom Stuhl, im Freimaurerbund zur Aufgehenden Sonne, einem monistisch orientierten, von der offiziellen Freimaurerei als irregulär angesehenen Bund, der 1933 über rund tausend Mitglieder verfügte, darunter die namhaften Linksdemokraten Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky. Mit seiner intimen Kenntnis des Polizeiapparates und seinen Verbindungen in der norddeutschen SPD und zu Reformfreimaurern war Wentker eine wertvolle Bereicherung der Gruppe.²⁸

Walter Dudek, als Angehöriger des Jahrgangs 1890 einer der älteren, ist erst 1937 zu der Robinsohn-Strassmann-Gruppe gestoßen.²⁹ Er war Sozialdemokrat und brachte eine reiche kommunalpolitische Erfahrung mit, die der Jurist als Oberbürgermeister in Fürstenwalde 1919, Stadtrat und Dezernent für Wohlfahrtswesen in Dortmund 1921 und schließlich Oberbürgermeister in Harburg 1925 (seit 1927 Harburg-Wilhelmsburg) gesammelt hatte. In diesen Ämtern hatte er sich als Politiker mit Augenmaß und Tatkraft, Durchsetzungsvermögen und sozialem Verantwortungsbewußtsein erwiesen. Seinen Polizeipräsidenten Erich Wentker sollte er an Strassmanns 40. Geburtstag 1937 wieder treffen. Im Februar 1933 wurde Dudek von den Nationalsozialisten aus dem Amt des Oberbürgermeisters gedrängt, woraufhin er nach Berlin übersiedelte und zusammen mit einem Partner eine Textilhandlung übernahm. Wegen der Geschäftsverbindungen des Hauses mußte er viele Reisen, vor allem nach Nord- und Mitteldeutschland, unternehmen, die sich hervorragend als Kurierfahrten nutzen ließen. Ursprünglich evangelisch, konvertierte er nach langem religiösen Ringen 1933 zum Katholizismus. Seit seiner Fürstenwalder Zeit unterhielt Dudek freundschaftliche Beziehungen zu den Quäkern. Mit seiner reichen kommunalpolitischen Erfahrung, seiner genauen Kenntnis der SPD in Harburg und Umgebung und seinen Geschäftsverbindungen war er eine nützliche Ergänzung für die Gruppe.³⁰

Die Führungsgruppe bestand also ursprünglich aus neun Personen, von denen sieben der DDP angehört hatten und zwei der SPD. Dabei ist aufschlußreich, daß sie auf dem linken, entschieden demokratischen Flügel der

DDP und auf dem rechten, revisionistischen Flügel der SPD beheimatet waren. Geht man weiter davon aus, daß Dudek erst 1937 zur Gruppe stieß, so ist in der Aufbauphase eine klare linksliberale Dominanz im Führungspersonal der Gruppe erkennbar. Beruflich waren vor 1933 drei Mitglieder der Zentrale kommunalpolitisch exponiert (Elsas, Dudek, Wentker); vier waren Juristen (Strassmann, Elsas, Pagel, Dudek), drei waren Angestellte (Stark, Kingma, Hoernigk); einer arbeitete als selbständiger Kaufmann (Robinson). Alle Führungsmitglieder hatten unter dem NS-Staat berufliche Nachteile hinnehmen müssen bis hin zur Entlassung (Stark, Pagel, Elsas, Wentker, Dudek). Wenn sie sich nun nicht darauf beschränkten, finanziell ins reine zu kommen, sondern langfristig Kraft, Zeit und Geld in die Organisation des Widerstands investierten, ohne dessen Chancen absehen zu können, spricht daraus ein hohes politisches Bewußtsein und Verantwortungsgefühl.

Von der Führungsgruppe gingen die Fäden zu den einzelnen Gruppen in Berlin und im Reich aus. In der Reichshauptstadt gab es mehrere dieser Gruppen.

Die Berliner Gruppen

Die Elsas-Gruppe

Fritz Elsas taucht in der Literatur über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus bisher fast ausschließlich im Zusammenhang mit seiner Hilfe für den polizeilich gesuchten Goerdeler sowie in der Liste der Opfer des 20. Juli 1944 auf, beiläufig auch als Teilnehmer am Solf-Kreis, einem breiten informellen Kreis oppositionell denkender Intellektueller, einem Diskussionszirkel, keinem Widerstandskreis im engeren Sinne.³¹ Daß diese Darstellung der Tätigkeit Fritz Elsas' im NS-Staat zu sehr verkürzt ist, soll nun nachgewiesen werden.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten blieb Elsas, ohnehin ein organisatorisches Talent,³² in stetiger Fühlung mit seinen politischen Freunden aus der DDP/DStP, aus der Berliner Kommunalpolitik und aus dem Deutschen Städtetag. Unter den Berliner Kommunalpolitikern sind insbesondere der Syndikus Ernst Richard Schubert, geb. 1877, zu nennen, der seine Vornamen »E. Rich.« abkürzte, was ihm die Kompilation »Erich« eintrug.³³ Dieser Linksliberale aus Friedrich Naumanns National-Sozialem Verein, Berliner Stadtverordneter 1920 bis 1933, Mitglied des Preußischen Staatsrates, gehörte zu denjenigen Vertrauten Elsas', die immer bereit waren, sich für besondere Aufträge aktivieren zu lassen. Eben-

falls zum Berliner kommunalpolitischen Freundeskreis zählte Theodor Heuss, Jahrgang 1884, ein Schwabe wie Elsas, der in der Weimarer Republik nicht nur Reichstagsabgeordneter, sondern auch langjähriger Stadtverordneter bzw. Bezirksverordneter von Berlin-Schöneberg gewesen war. Obwohl er innerhalb der DDP eher rechts stand, wie sich etwa an seiner positiven Einstellung zu Gesslers Politik der Schein-Neutralisierung der Reichswehr oder zum Külzschens Schmutz- und Schundgesetz von 1927 zeigte, blieb er Elsas freundschaftlich verbunden.³⁴ Allerdings war Heuss eher ein Mann der Kontemplation und Reflexion, weniger des Tatendranges; darin unterschied er sich von seinem 1910 geborenen Sohn Ernst-Ludwig Heuss, der der Sozialistischen Studentengruppe angehört hatte, durch seinen Vater mit Elsas bekannt geworden war und sozialistische Freunde in den Kreis mit einbringen konnte.³⁵

Eine wesentliche Bereicherung erfuhr der Kreis um Fritz Elsas durch den vormaligen Geschäftsführer sowohl des Hansa-Bundes für Handel, Gewerbe und Industrie als auch des DDP- bzw. DStP-Ausschusses für Handel, Gewerbe und Industrie, Dr. Hans Reif, Jahrgang 1899, der Fritz Elsas als seinen »Vor-Mann« im Widerstand bezeichnete. Nach der Auflösung der DStP und des Hansa-Bundes arbeitete Reif als Wirtschaftsberater in Berlin. Daneben gründete er eine kleine hektographierte Korrespondenz, den »Industriedienst Dr. Reif«, der nicht der Zensur unterlag, wöchentlich erschien und bei einem Bezugspreis von fünf Reichsmark monatlich bis zu hundert Abonnenten hatte. Sein Büro machte er in einem rückwärtigen Raum des »Lesesaals des Westens« auf, den zwei deutsche Juden, der ehemalige Pressechef des Oberpräsidenten in Königsberg und Schneidemühl, Gustav Richter (DDP), und Ernst Zahn nach einer mit Wilhelm Leuschner und Carlo Mierendorff im Konzentrationslager getroffenen Absprache 1934 auf dem Kurfürstendamm eröffnet hatten. In einer Zeit der geistigen Reglementierung war der »Lesesaal« mit 500 Zeitungen aus allen Kontinenten ein ungeheures Informationspotential, das von zahlreichen Oppositionellen, so auch von Hans Reif, genutzt wurde.³⁶ Bei der Herstellung des »Industriedienstes« halfen ihm seine Frau Margarethe sowie seine Freunde Dr. Karl Hoffmann (DVP, DStP, später Mitglied des Bundestages), Wilhelm Rexrodt (ehem. Generalsekretär der DDP) und die »Nicht-Arier« Dr. Laser (DDP) und Ottokar Tichauer (DDP), die beide vor Kriegsbeginn emigrierten.³⁷ Die Abonnenten des »Industriedienstes Dr. Reif«, darunter namhafte Unternehmer wie Robert Bosch, Hugo Junkers, Ernst Leitz, Philipp Reemtsma und der ehemalige DStP-Fraktionsvorsitzende im Reichstag August Weber, stammten aus den Kreisen des Hansa-Bundes und des analogen DDP-Fachausschusses. Daneben beteiligte sich Reif an einem kleinen, aber hochqualifizierten Kreis, dem der Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichskreditgesellschaft, Franz Grüger, der Berliner

Vertreter der Firma Krupp, Robert Zapp, und der Naturwissenschaftler und »Edelkommunist« Robert Havemann angehörten.³⁸

Unter den Verbindungen Fritz Elsas' aus der Zeit seiner Vizepräsidentschaft im Deutschen Städtetag ragen seine sehr guten Beziehungen zu zwei zivilen Mitgliedern des Kreises vom 20. Juli 1944 hervor: zu dem bis 1937 im Amt verbliebenen Oberbürgermeister von Leipzig Carl Goerdeler und dem 1934 abgelösten Leipziger Stadtkämmerer Ewald Löser.³⁹ Aus seiner Stuttgarter Zeit ist außerdem die Verbindung mit dem alten Liberalen Robert Bosch (Bosch-Konzern) von Bedeutung, der Goerdelers Widerständigkeit ab 1937 finanzierte, während die Strassmann-Gruppe sich nicht von finanziellen Zuwendungen aus der Großindustrie abhängig machen wollte.⁴⁰ Wie aus Elsas' 1940 bis 1943 verfaßten Erinnerungen hervorgeht, hatte er in seiner Stuttgarter Zeit wiederholt mit Vertretern des Bosch-Kreises, vor allem mit Theodor Bäuerle, zusammengearbeitet.⁴¹

Im allgemeinen ist es schwer nachzuweisen, zu welchen Persönlichkeiten die Gruppe Verbindungen angeknüpft hat; noch schwieriger ist der Nachweis vergeblicher Bemühungen darum. Im Falle von Fritz Elsas orientiert uns eine Biographie des späteren Bundesministers Eberhard Wildermuth darüber. Als Elsas in Stuttgart aktiver DDP-Politiker war, trat Wildermuth als Vorsitzender des Landesverbandes Württemberg der DDJ in sein Gesichtsfeld. Bald nach Elsas' Übersiedlung nach Berlin wurde Wildermuth 1928 Vorstandsmitglied der Berliner Bau- und Bodenbank. Im Jahre 1932 versuchten sie durch die Gründung des assoziationsreichen Deutschen Nationalvereins gemeinsam mit anderen eine Brückenorganisation zum Zusammenschluß der liberalen Mittelparteien zu schaffen.⁴² Obwohl beide in einem kontinuierlichen politischen und persönlichen Austausch blieben, gelang es Elsas nach der NS-Machtübernahme nicht, den skeptischen Wildermuth, der 1932 eine entschiedene Abwehr Hitlers durch das Bürgertum vermißt hatte, für die Widerstandsgruppe zu gewinnen.⁴³

Die Bewag-Gruppe

Eine Verbindung zwischen der Bewag und dem ehemaligen Berliner Bürgermeister Fritz Elsas ergibt sich aus dessen Mandat im Aufsichtsrat der Bewag-Muttergesellschaft BKL, weshalb er in sachlicher und, was die Führungspositionen angeht, in personeller Hinsicht als in Bewag-Angelegenheiten kompetent gelten muß. Mit Schreiben vom 23. März 1933 legte er unter nationalsozialistischem Druck sein Aufsichtsratsmandat nieder. Der Vorstand der BKL und der Bewag richtete an Elsas ein ausgesprochen freundliches Abschiedsschreiben.⁴⁴

Die Berliner Städtische Elektrizitätswerke AG (Bewag) ist das Stromver-

sorgungsunternehmen der Stadt Berlin. Mit der Neugründung der Berliner Kraft- und Licht-AG (BKL) im Mai 1931 durch die Stadt Berlin, zwei Elektro-Aktiengesellschaften und zwei Großbanken wurde die Bewag deren Tochtergesellschaft, bis aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung beide Gesellschaften 1934 in der Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft verschmolzen. Allein der Anlagewert der Bewag betrug 1931 560 Millionen Reichsmark.⁴⁵ Anfang 1934 hatte das Unternehmen fast 7000 Mitarbeiter, 3078 Angestellte und 3690 Arbeiter.⁴⁶ Es handelte sich also um eine zahlenmäßig und als Stromversorger für ganz Berlin auch strukturell bedeutendes Unternehmen, in dem es einen Zweig der Strassmann-Gruppe gab.⁴⁷ Diese Gruppe nahm ihren Ausgangspunkt von Jans Kingma, der als ehemaliger Direktionsassistent bei dem 1933 emigrierten Dr. Robert Kauffmann⁴⁸ besonders die kaufmännische und die juristische Abteilung kennengelernt hatte. Neben Jans Kingma war seit 1931 auch sein jüngerer Bruder Otto Bewag-Mitarbeiter. Sie konnten in der Bewag trotz aller nationalsozialistischen Personalpolitik auf ein politisch günstiges Umfeld setzen. Bei den Betriebsratswahlen im März/April 1933 verbuchte die freigewerkschaftliche Liste 3034 Stimmen der Arbeiter (RGO 156, NSBO 83, andere 47) und 1916 Stimmen der Angestellten (RGO -, NSBO 443).⁴⁹ Offenbar als Reaktion darauf wurden im selben Jahr rund 1200 Mitarbeiter aus politischen Gründen entlassen und durch Nationalsozialisten ersetzt.⁵⁰

Nicht nur Jans, sondern auch sein Bruder Otto Kingma machte schlechte Erfahrungen mit der NSDAP. Otto hatte sich 1932 durch seine engagierte Mitwirkung an der Unterschriftenaktion zugunsten der Begnadigung Carl von Ossietzkys in der Bewag exponiert.⁵¹ Nachdem die Bewag gleichgeschaltet war, wurde er, wie sein Bruder ein stattlicher 1,90-Meter-Mann, »wegen angeblicher Mitgliedschaft in der Liga für Menschenrechte von einem Betriebszellengericht vernommen und dabei mit Revolvern bedroht, so daß von dieser Zeit an ein schwerer Herzfehler herrührt«. ⁵² Er weigerte sich wiederholt, der NSDAP beizutreten, und blieb als Bezirksbuchhalter im Rechnungsbüro Neukölln von jeder Beförderung ausgeschlossen. Otto Kingma führte der Gruppe, in die er seit 1934 einbezogen war, wertvolle Kräfte zu.

Aus ihrem politischen Freundeskreis, aus ihrer Heimatstadt oder unter ihren Mitarbeitern konnten die Brüder Kingma weitere Mitsreiter für die Bewag-Gruppe gewinnen. Dies waren der von Jans Kingma in die Bewag geholte, 1905 geborene blinde Jurist Dr. Georg Bark, früher Mitglied des Deutschen Demokratischen Studentenbundes, der in der Personalabteilung arbeitete und 1934 die Pensionskasse der Bewag gründete und seither leitete;⁵³ der wie die Brüder Kingma aus Wilhelmshaven stammende, schon ältere Angestellte Fritz Glöge, Jahrgang 1886, Sozialdemokrat;⁵⁴ der aus

Rumänien stammende, seit 1926 bei der Bewag tätige Oberingenieur Michael Oppert, Jahrgang 1901, der wegen seines angeblich jüdischen Aussehens im Frühjahr 1933 entlassen, nach Beschaffung seiner Abstammungsurkunden aus Rumänien im Netzbüro wiedereingestellt, aber nicht mehr befördert wurde;⁵⁵ der wie Jans Kingma im Hauptrechnungsbüro tätige Sozialdemokrat Arno Ullrich, geboren 1900.⁵⁶ Unter den ersten uns bekannten illegalen Mitarbeitern der Bewag-Gruppe waren drei ehemalige DDP- und zwei SPD-Mitglieder sowie ein Parteilooser; alle sechs waren Angestellte, was für die soziologische Zusammensetzung der Gesamtgruppe wiederum bezeichnend ist.

1937 erfuhren die Bewag-Gruppe und mit ihr die Führungsgruppe eine entscheidende Erweiterung. In diesem Jahr gewann Otto Kingma einen Mitarbeiter seines Rechnungsbüros Neukölln für die Gruppe, der über exzellente Beziehungen in der Sozialdemokratie verfügte: Erwin Bennewitz, geboren 1902, ehemals Mitglied des 1933 aufgelösten freigewerkschaftlichen Zentralverbands der Angestellten, durch dessen Vermittlung er ausgerechnet am 30. Januar 1933 in die Bewag eintreten konnte.⁵⁷ Nach der Machtübernahme der Hitler-Regierung hielt er illegale sozialdemokratische Kreise aufrecht. Zu Bennewitz' Bewag-Kreis gehörten wenigstens vier namentlich bekannte Sozialdemokraten.⁵⁸ Ob aus diesem Kreis auch die gelegentlichen Mitteilungen über die Bewag in den »Deutschland-Berichten« der Exil-SPD stammen, ist nicht bekannt.⁵⁹ Auf die beträchtliche personelle, soziologische und sachliche Erweiterung, die die Gruppe durch die Zusammenarbeit mit Repräsentanten des typischen sozialdemokratischen Milieus erfuhr, soll im folgenden eingegangen werden. Dem Ziel der Verbreiterung und Vereinheitlichung des Widerstandes war die Bewag-Gruppe im Jahre 1937 erheblich näher gerückt.

Die Bennewitz-Gruppen

Über Erwin Bennewitz' weitgespannte Verbindungen im sozialdemokratischen Widerstand haben wir leider keine Aufzeichnungen von ihm selbst.⁶⁰ Von Mitstreitern aus den Widerstandsgruppen gibt es jedoch genügend Berichte, um eine Vorstellung von seinen Beziehungen zu gewinnen. Sie umfaßten neben der Bewag-Gruppe Zirkel der ehemaligen SAJ, des Reichsbanners und der Naturfreunde, Mitarbeiter des ehemaligen Arbeitskreises Stadt und Land, Mitbewohner seines sozialdemokratisch geprägten Wohnviertels Grünau und namhafte SPD-Parteivorstandsmitglieder.

Von besonderer Bedeutung ist der Arbeitskreis Stadt und Land, der in der Endphase der Weimarer Republik gegründet wurde, um durch republikanische Landagitation die gerade im ländlichen Raum bedrohliche Stärke

der NSDAP zugunsten der Verfassungsparteien zu kompensieren. Gründer dieses Arbeitskreises war der junge Mitarbeiter der Schlesischen Landgesellschaft Artur von Machui, ein energischer Befürworter der Agrarreform. Machui war als Vorsitzender der Schlesischen Jungmannschaft, des Zusammenschlusses der Vorsitzenden und älteren leitenden Mitarbeiter der freien schlesischen Jugendbünde, maßgeblich an der Gründung des Volkshochschulheims Boberhaus in Löwenberg/Schlesien beteiligt gewesen, in dem sich eine Reihe der späteren Mitglieder des Kreisauer Kreises kennenlernten. Den Arbeitskreis Stadt und Land beschreibt Machui wie folgt:⁶¹ »Zusammenschluß mit meist sozialistischen jungen Arbeitern und Studenten, insgesamt über 100 Mann, mit Gruppen in Leipzig, Berlin und Breslau. Aufgabe des Kreises: Geistiger Brückenbau und namentlich Verständigung in den sozialen Problemen zwischen den jungen Menschen der Stadt und des Landes. Politische Arbeit dabei: gründliche Gegenwirkung gegen den Nationalsozialismus. Erarbeitung eigenen unterrichtenden Materials durch den Arbeitskreis, insbesondere von Stehfilmen. Planmäßige Fahrten zur Veranstaltung von Dorfabenden in bestimmte politisch kritische Gegenden. Große Erfolge, auch ablesbar an den Wahlziffern, in schlesischen, sächsischen und grenzmärkischen Kreisen längs der Oder. Schwere Mißerfolg im großbäuerlichen Oldenburg.«

Leiter der Berliner Gruppe dieses Arbeitskreises war Erwin Bennewitz, zu seinen Mitarbeitern zählte der Gründer der Sozialistischen Studentengruppe an der landwirtschaftlichen Abteilung der Universität Berlin, Günther Heinrich. Bennewitz brachte in die Robinsohn-Strassmann-Gruppe seine landwirtschaftlichen Verbindungen ein, zu denen sowohl Artur von Machui, damals Leiter des Lehrdorfs Königshorst, einer landwirtschaftlichen Umschulungsstelle im Havelland, als auch der Landwirt Günther Heinrich gehörten. Da der Arbeitskreis Stadt und Land von der preußischen Regierung gefördert worden war, bestanden bis 1933 Verbindungen zu führenden Persönlichkeiten der zuständigen Ministerien, zu Minister Severing, Staatssekretär Abegg, dem Ministerialbeamten Walter Kolb und dem zu den Nationalsozialisten übergelaufenen Oberregierungsrat Diels aus dem Innenministerium (1933/34 erster Gestapochof) sowie dem Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Hans Krüger.⁶²

Durch Günther Heinrich gab es frühe Kontakte Bennewitz' zur Potsdamer SPD. Als deren Zweiter Vorsitzender betreute Heinrich an Stelle des Vorsitzenden Georg Spiegel,⁶³ der von Juni bis August 1933 in das KL Oranienburg verschleppt worden war, vorübergehend den Aufbau der illegalen Potsdamer SPD-Gruppe. Seit August 1933 konnte er jedoch nur noch sporadischen Kontakt nach Potsdam halten, da er eine Bauernstelle und die Geschäftsführung einer örtlichen Landwirtschaftsgenossenschaft östlich von Berlin übernahm.⁶⁴ Zu Georg Spiegels Gruppe gehörten prominere

Sozialdemokraten wie der ehemalige Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, Hermann Maaß, und der ehemalige Brandenburgische Provinziallandtagsabgeordnete, dann Landrat von Osterholz-Scharmbeck, Dr. Otto Stegemann (DDP/DStP).⁶⁵ Der 1897 in Bromberg geborene, in Stettin aufgewachsene Hermann Maaß, zu dessen Vorfahren der mecklenburgische Dichter Fritz Reuter zählte, war von Beginn an ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. In seinem Idealismus und seiner Kompromißlosigkeit wurde er von seiner Frau Eva unterstützt. Otto Stegemann ging im Hause Maaß ein und aus, wobei er mit Hermann Maaß Schach spielte, um die gemeinsamen politischen Gespräche zu tarnen.⁶⁶ Ein entschiedener, stadtbekannter Hitlergegner und häufiger Gesprächspartner von Maaß war auch der Redakteur der »Rundschau deutscher Technik« und Schriftsteller Eugen Diesel, Sohn des Erfinders Rudolf Diesel.⁶⁷ Als Eugen Diesel erfuhr, daß Robert Bosch und seine Firmenleitung gleichermaßen besorgt über die politische Entwicklung wie Goerdeler waren, leitete er 1936 das erste Treffen von Vertretern des Bosch-Konzerns mit Goerdeler in die Wege.⁶⁸ Mit Maaß einerseits und dem Hauptmann Ludwig Gehre von der Abwehr andererseits stand ein bedeutender Wirtschaftsverleger, der Potsdamer bzw. Nowaweser Zentrumsmann Theodor Merten, in Verbindung.⁶⁹ Auch Ernst Strassmann und Erwin Bennewitz waren zu Gast im Hause Maaß.⁷⁰

Zu den nun illegalen SAJ-Gruppen, die Bennewitz nach dem Verbot der SPD weiter betreute, zählten kleine Gruppen um Otto Eichberg und den nicht mit ihm verwandten Fritz Eichberg, wodurch sich auch Verbindungen zu den Naturfreunden, zu Reichsbannerleuten und zu Mitgliedern des Jungen Chores ergaben. Bennewitz war bis 1933 der nicht gewählte, aber geistige Leiter der aus etwa 30 bis 40 Mitgliedern bestehenden SAJ-Gruppe Berlin-Falkenberg. Sieben Falkenberger Mitglieder bildeten die philosophische Plauderstunde »Philoplau«, in der aktuelle Vorgänge theoretisch diskutiert wurden. Wenigstens vier von ihnen, Bennewitz, Otto Eichberg, Rudi Rietdorf und Werner Tartsch, arbeiteten nach 1933 im Widerstand zusammen.⁷¹

Wie solche Verbindungen von Bennewitz, ab 1937 von Strassmann über Bennewitz weiterverliefen, läßt sich am Beispiel Otto Eichbergs zeigen. Die Treffen Eichbergs mit Bennewitz fanden in dessen Wohnung oder bei dem dritten aus der Runde, dem Bewag-Angestellten Arno Ullrich, statt. Otto Eichberg wirkte nach Auflösung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes durch die NS-Regierung wie viele andere Sozialdemokraten in der von Rudolf Bartel geleiteten Musikgemeinschaft Neukölln mit. Außerdem war er Mitglied im Jungen Chor des Arbeiter-Sängerbundes, der sich 1933 in »Berliner Singe-Gemeinschaft« umbenennen mußte. Diese Gruppe trat auch in der NS-Zeit öffentlich auf, verzichtete aber völlig auf nationalsozia-

listisches Liedgut. In die Programme wurden kleine Vertonungen aufgenommen, die das vorwiegend sozialdemokratische Publikum als Bestärkung gegen den Nationalsozialismus auffassen mußte. Berichten zufolge hat »bei Konzerten dieses Chors mitunter eine gewaltige Stimmung durch entsprechende Liedauswahl« geherrscht.⁷² Der Chorleiter Professor Heinz Tiessen, von Beruf Komponist, berichtet, die Berliner Singe-Gemeinschaft sei von der NSDAP ständig bespitzelt worden.⁷³ Es wäre verfehlt, den Chor in eine Widerstandsgruppe umzudeuten, aber ganz offensichtlich leistete er einen Beitrag dazu, die Standhaftigkeit, Charakterstärke und Ausdauer seiner Hörer gegenüber dem NS-Regime zu unterstützen.

Weitere Verbindungen hatte Bennewitz in der Rüstungsfirma Bergmann-Borsig, mit einer Gruppe von Sozialdemokraten in Berlin-Kreuzberg, an der auch sein Schwager beteiligt war, sowie mit den Buchdruckern Rackow und Otto Steinke. Diese beiden Sozialdemokraten waren bei der Preußischen Druckerei- und Verlags-AG beschäftigt, in der Druckaufträge der einzelnen preußischen Behörden ausgeführt wurden. Steinke, ein unerschrockener Mann, der 1918 im örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat aktiv gewesen war und sich 1920 mit der Flinte in der Hand an der Abwehr des Kapp-Putsches in Berlin-Falkenberg beteiligt hatte, versorgte die Gruppe mit Abzügen der aktuellen Fahndungslisten politisch Verfolgter, die über Bennewitz, Strassmann und weitere Kuriere auch ins Ausland gebracht wurden.⁷⁴

Nach dieser mit Sicherheit lückenhaften Darstellung der Verbindungen von Erwin Bennewitz wird klar, wieso Strassmann seine Mitarbeit so schätzte.⁷⁵

Andere Verbindungen

Über die beschriebenen Kontakte hinaus hatte jedes Mitglied der Robinsohn-Strassmann-Gruppe seinen persönlichen Freundes- und Bekanntenkreis, in dem Informationen ausgetauscht wurden, über deren Herkunft die Beteiligten aus Sicherheitsgründen keine Auskunft gaben. Von solchen Kreisen wird hier abgesehen; vielmehr geht es um bedeutende Verbindungen der Gruppe in Berlin.

Hier ist zunächst ein Kreis von Liberaldemokraten zu nennen, mit denen Strassmann Mitte der dreißiger Jahre in Fühlung blieb. Dazu zählte der ehemalige Reichsfinanzminister unter Brüning und letzte DStP-Vorsitzende Hermann Dietrich, der nun in Berlin eine Anwaltskanzlei unterhielt und sich mit prominenten demokratischen Politikern traf.⁷⁶ Strassmann führte in die Diskussionen der Führungsgruppe gelegentlich die Ansichten Dietrichs ein.⁷⁷ Rudolf Hoernigk, der vorübergehend die Verbindung

zwischen Strassmann und Dietrich hielt, brachte nach Berlin gezogene DDP-Mitglieder aus der Provinz Sachsen mit Strassmann in Fühlung, so den ehemaligen Landeshauptmann Erhard Hübener, den früheren Regierungspräsidenten von Merseburg Ernst von Harnack und den Hallenser Professor Max Fleischmann.⁷⁸ Zum Kreis der Demokraten zählte auch der Diplomat Dr. Friedrich-Wilhelm von Prittwitz und Gaffron, der als einstiger Jungdemokrat während seines Heimaturlaubs zu Veranstaltungen des Klubs vom 3. Oktober herangezogen worden war; er hatte als Botschafter in Washington 1933 als einziger deutscher Diplomat aus politischen Gründen demissioniert und arbeitete nun als Wirtschaftsberater in Berlin.⁷⁹ Auch mit dem liberalen Albrecht Graf von Bernstorff, der bis 1933 als Botschaftsrat in London gewesen und nun in Berlin als Bankier tätig war, hielt Strassmann Verbindung.⁸⁰

Als Berliner Geschäftspartner der Firma Gebr. Robinsohn trat der Sozialis der Textilhandelsfirma Lise Zwicker, Kurt Stenzel, in die Gruppe ein.⁸¹ Er unterhielt ausgedehnte Geschäftsbeziehungen im Deutschen Reich und im Ausland, interessierte sich für vielfältige politische Fragen, unter anderem für die Agrarreform, stellte seine Wohnung für Zusammenkünfte zur Verfügung und trug zur Finanzierung der Gruppe bei.⁸²

Zahlreiche Verbindungen bestanden zwischen jeweils nur zwei Personen oder im kleinsten Kreis, weshalb sie kaum noch zu verifizieren sind. Einen solchen Kontakt gab es zwischen dem Landgerichtsrat Strassmann, seinem Kollegen Dr. Gerhard Erdsiek und dem Bankier Ernst Heinzelmann. Zwar kamen sie aus politisch höchst unterschiedlichen Lagern – Strassmann DDP, Erdsiek Deutsche Vaterlandspartei 1917/18, Heinzelmann USPD, dann SPD –, trafen sich aber in ihrer entschiedenen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus. Erdsiek war wie Strassmann am Landgericht II in Berlin tätig; da seine Mutter Jüdin war, zählte er zu den sog. »Mischlingen I. Grades«, was im Zusammenhang mit Strassmanns Abstammungsfrage eine weitere Strebe in ihre Freundschaft einzog. Die Verbindung Heinzelmanns mit Strassmann könnte durch Oskar Stark vermittelt worden sein, mit dem Heinzelmann bis zu seinem Wegzug 1935 oft verkehrte. Durch seine Tätigkeit bei der Preußenkasse, ab etwa 1933 bei der Deutschen Hypotheken- und Genossenschaftsbank besaß Heinzelmann wertvolle Verbindungen im Wirtschafts- und Bankenbereich.⁸³ Heinzelmann wie Erdsiek gehörten vermutlich zu den vielen, mit denen Strassmann in oppositioneller Verbindung stand, ohne sie unmittelbar in die Widerstandsgruppe einzubeziehen.

Eine Verbindung, über deren Art – oppositionelles Bewußtsein, Aussprachebedürfnis oder persönliche Freundschaft – nichts überliefert ist, gab es zu einem Mitglied der Reichswahlleitung von 1936. Für die Reichstagswahl am 29. März 1936, zu der nur die NSDAP-Liste zugelassen war, ver-

kündete sie ein offizielles Ergebnis von 99 % Zustimmung. Robinsohn erfuhr aber von der Fälschung des Ergebnisses:⁸⁴ »Nach ziemlich zuverlässigen Angaben aus der Gegend der Reichswahlleitung sollen zwischen 9 und 12 Millionen weiße, ungültige und gegnerische Stimmzettel abgegeben worden sein.« Das entspricht rund 20 % bis 27 % Enthaltungen, ungültigen und Nein-Stimmen – nach einem ungeheuren Propagandaaufwand, bei Wahlzwang, einer außenpolitischen Fragestellung (Remilitarisierung des Rheinlandes) und dem Fehlen einer zugelassenen Opposition; »das ist kein Erfolg und kein Mißerfolg, das spricht nur für Gleichgültigkeit«.⁸⁵

Die Hamburger Gruppen

Zwischen Berlin und Hamburg gab es zwar in den dreißiger Jahren keine Autobahn – das 1934 geplante Grundnetz sah auch keine vor –, dafür aber eine schnelle Eisenbahnverbindung, durch die die beiden Städte nicht mehr als 2 1/2 Stunden voneinander entfernt waren.⁸⁶ Für einen zügigen Kurierdienst und den regelmäßigen, auch kurzfristigen Nachrichtenaustausch zwischen den Wohnorten der beiden Gründer Robinsohn und Strassmann sowie des übrigen Führungspersonals herrschten also technisch günstige Voraussetzungen.

In die Zeit der Aufbauphase der Gruppe fällt die Gründung Groß-Hamburgs am 1. April 1937. Dabei wurde Hamburg mit den preußischen Städten Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg vereinigt, während es seinerseits einige Exklaven, insbesondere Cuxhaven, an Preußen abgeben mußte. Vor der Vereinigung umfaßte die Freie und Hansestadt knapp 1,2 Millionen, nach der Bildung Groß-Hamburgs rund 1,65 Millionen Einwohner.⁸⁷ Hamburg war durch seinen Hafen Deutschlands Tor zur Welt; 40 % der hanseatischen Bevölkerung waren im Handel beschäftigt.

Sowohl das ursprüngliche Hamburg als auch seine später eingemeindeten Nachbarstädte waren vor 1933 Hochburgen der Sozialdemokraten gewesen, die in diesen Städten bis zur Gleichschaltung 1933 mitregiert hatten. Hamburg war zugleich eine Hochburg der linksliberalen DDP gewesen und auch nach der Umgründung zur DStP (1930) geblieben, weil es hier keinen nennenswerten Zugang von rechts (Jungdeutscher Orden, DVP) gegeben hatte, so daß die Partei auch in der Weltwirtschaftskrise einen entschieden republikanischen, demokratischen und sozialen Kurs steuern konnte. Während die DStP im Reichsgebiet 1930 bis 1933 zur hoffnungslosen Splitterpartei verkam, hielt sie sich bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg als respektable Mittelpartei.⁸⁸ In Hamburg herrschten also gün-

stige strukturelle Voraussetzungen für den Aufbau demokratischer und sozialistischer Widerstandsgruppen.⁸⁹

Obwohl es eine umfangreiche, wissenschaftlichen Maßstäben allerdings meist nicht genügende Literatur über den Hamburger Widerstand gibt, bleibt die Robinsohn-Strassmann-Gruppe darin bisher unerwähnt.⁹⁰

Die Robinsohn-Gruppe

Als Robinsohn-Gruppe soll die hanseatische Dachorganisation der Robinsohn-Strassmann-Gruppe bezeichnet werden. Sie bestand nach 1934 aus je drei ehemaligen DDP- bzw. SPD-Mitgliedern, von denen außer Robinsohn kein einziges aus dem Klub vom 3. Oktober stammte. Ein Grund dafür mag die völlige Entfremdung zwischen Robinsohn und dem Leiter des Klubs, Heinrich Landahl (DStP), gewesen sein, nachdem die Hamburger Staatspartei trotz des Ausscheidens der SPD-Senatoren zunächst in dem nun mit Nationalsozialisten besetzten Senat geblieben war und Landahl selbst als einer der fünf DStP-Reichstagsabgeordneten dem diktatorischen Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 zugestimmt hatte. Robinsohn war aus einem anderen Holz geschnitzt; er sah im taktischen Zurückweichen gegenüber der NSDAP kein Mittel zur Rettung der Republik, sondern setzte immer auf konsequente Opposition.⁹¹

Ehemalige Mitglieder der DDP waren neben Hans Robinsohn der Rechtsanwalt Karl Fritz und der Psychologe Dr. Walter Jacobsen. Karl Fritz, Jahrgang 1904, trat 1937 der NSDAP bei, ein Schritt, der offenbar aus Tarnungsgründen erfolgte, da Robinsohn ihm weiterhin uneingeschränkt vertraute.⁹²

Den anderen ehemaligen Demokraten, Walter Jacobsen, lernte Robinsohn erst nach der nationalsozialistischen Machtübernahme kennen. Er hatte schon eine bewegte Lebensgeschichte hinter sich. Jacobsen, 1895 in Altona geboren, war Offizier im Ersten Weltkrieg gewesen, hatte – gewissermaßen als Vorübung für seine künftige Mitarbeit in der Widerstandsgruppe – 1917 in Berlin wegen seiner norwegischen Sprachkenntnisse eine Ausbildung für den Geheimdienst mitgemacht und nach dem Ersten Weltkrieg als Freiwilliger im Baltikum für dessen Unabhängigkeit von dem revolutionären Sowjetrußland gekämpft. Die Jahre 1920 bis 1926 verbrachte er, wie schon einen Teil seiner Jugend, in Kristiania (= Oslo), um im väterlichen Uhrenimportgeschäft zu arbeiten. Nach dessen Verkauf studierte er in Hamburg Psychologie. Er promovierte bei dem jüdischen Professor William Stern noch im Jahre 1933 in dessen Privatwohnung als einer seiner letzten Studenten. Seit 1926 war er Mitglied der Hamburger DDP, wo er sich besonders mit zwei Freiberuflern, Alass und Levy, befreundete, de-

ren Widerstandsgruppen er im Dritten Reich betreute. Ähnlich wie Wentker hatte Jacobsen es schwer, sich in der NS-Zeit finanziell zu behaupten. Zunächst arbeitete er als Berufsberater an den Arbeitsämtern Hamburg, Harburg und 1934 Rostock, wurde aber 1935 als angeblicher Kommunist entlassen. In den Jahren 1934/1935 fuhr er als Kurier zu Strassmann (Berlin), zu Dehler (Bamberg) und nach München. Nach seiner Entlassung mußte er sich mit Gelegenheitsarbeiten durchschlagen. So entschloß er sich 1937, als Arbeitsemigrant nach Stockholm zu ziehen, von wo er nur noch losen Kontakt mit der Widerstandsgruppe hatte.⁹³ Allerdings stellte er dort im Zweiten Weltkrieg wichtige Verbindungen für die Gruppe her.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Robinsohn-Gruppe waren der 1932 abgesetzte Polizeipräsident von Harburg-Wilhelmsburg, Erich Wentker, und zwei Volksschullehrer, die Brüder Hermann und Bernhard Lange. Schon vor Gründung der Robinsohn-Strassmann-Gruppe zu Pfingsten 1934 wirkte Erich Wentker an anderen Gruppen mit. Obwohl er mit seiner großen Familie finanziell einen schweren Stand hatte, setzte er sich mit ganzer Kraft für den Widerstand ein. Aus einem typischen sozialdemokratischen Milieu stammend, kamen dafür in erster Linie ehemalige Sozialdemokraten sowie die Reformfreimaurer der Aufgehenden Sonne in Frage, die in Hamburg allein mit fünf Logen vertreten waren. Darüber hinaus fuhr er als regelmäßiger Kurier nach Kiel, Rostock und Schwerin. Seine langjährige Tätigkeit als Harburger Polizeipräsident verschaffte der Gruppe den Zugang zu wesentlichen Informationen aus dem hanseatischen Polizeiapparat.⁹⁴

Die Brüder Hermann und Bernhard Lange, geboren 1908 bzw. 1911, hatten schon im Sozialistischen Studentenbund mitgearbeitet. Während Hermann Lange 1930 als Volksschullehrer in den Schuldienst eintrat, hatte sein Bruder in der NS-Zeit Schwierigkeiten, als Lehrer eingestellt zu werden, was aber schließlich 1936 glückte. Hermann Lange und seine christlich geprägte Frau Margarethe, die damals noch Lehramtsstudentin war, lernten Robinsohn und bald darauf Strassmann zu Beginn des Jahres 1934 kennen, wobei dieser sie als erstes im taktisch geschickten Verhalten bei Polizeiverhören schulte. Des öfteren nahmen Strassmann oder Robinsohn Hermann Lange auf Kurierfahrten mit, so nach Berlin, Wilhelmshaven, Wismar und Rostock. Gelegentlich unternahm er auch allein Bahnfahrten; nach Möglichkeit wurde das aber vermieden, da bei seinem schmalen Gehalt als Volksschullehrer häufige Reisen auffallen konnten. Seine erste Reise nach Berlin fand zu Strassmanns 40. Geburtstag am 27. November 1937 statt.⁹⁵

Spätestens 1937 trat in die Robinsohn-Gruppe ein weiterer Lehrer ein, der vor 1933 stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens gewesen war, Karl

Hoffmann, Jahrgang 1895. Er war zwar in der Weimarer Republik parteilos gewesen, war aber überzeugter Sozialist, begeisterter Anhänger des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, dessen illegale Organisation 1936/37 reichsweit aufgedeckt wurde, und der Volksheim-Bewegung. In Hamburg leitete er die Versuchsschule Berliner Tor, bis er 1933 zum einfachen Lehrer herabgestuft wurde. Als entschiedener Gegner des Nationalsozialismus war er zu keinen Kompromissen mit dem NS-Staat bereit.⁹⁶

Die Zusammensetzung der Hamburger Führungsgruppe war charakteristisch für die Robinsohn-Strassmann-Gruppe insgesamt, wie sich in den folgenden Kapiteln noch zeigen wird. Das lag teilweise auch daran, daß wesentliche Impulse für die Organisation dieser Widerstandsgruppe auf Reichsebene von Hamburg ausgingen. Sie hatte hier Verbindungen zu ehemaligen Mitgliedern der DDP, der SPD und des Freimaurerbundes zur Aufgehenden Sonne.

Die Ablaß-Gruppe

Walter Jacobsen war bis 1937 der Verbindungsmann zwischen der Robinsohn- und der Ablaß-Gruppe. Wer dem Hamburger Rechtsanwalt Dr. Friedrich Ablaß begegnete, hätte in ihm kaum eine der fähigsten Führungsfiguren des Hamburger Widerstandes vermutet. Die Tochter eines Mitarbeiters seines Anwaltsbüros berichtet:⁹⁷ »Ablaß war nach einem Sturz, den sein Kindermädchen verschwiegen hatte, seit dem ersten Lebensjahr schwer körperbehindert durch einen Buckel und einen zum Brustbein hin deformierten Brustkorb. Seinem Gesicht sah man die ständigen Leiden an. Andererseits zeigte die Energie seiner wachen, pfiffigen Augen, daß dieser geschundene Mann sein Leben nicht aufgegeben hatte.«

Friedrich Ablaß war seit 1913 Mitglied linksliberaler Parteien, konnte wegen seiner Behinderung aber keine publikumswirksame Rolle spielen. Obwohl er als verantwortlicher Redakteur 1928–1933 die Zeitschrift »Der Demokrat an der Wasserkante« leitete und zeitweilig Vorsitzender des Bezirksverbandes Hohenfelde und Mitglied des Landesvorstandes der DDP war, kannte Robinsohn ihn nicht näher.⁹⁸ Charakteristisch für Ablaß ist sein geharnischtes Protestschreiben an den Parteivorsitzenden Dr. Dietrich anlässlich der taktisch begründeten Mitarbeit eines Parteifreundes im gleichgeschalteten Hamburger Senat. Darin heißt es:⁹⁹ »M. E. kann die vielleicht sogar geschichtliche Mission unserer Partei nur die sein, gegenüber den jetzt herrschenden faschistischen Gedanken die Grundrechte des Deutschen Volkes so, wie wir sie aus unserer klaren liberalen und demokratischen Einstellung her kennen, ohne irgendwelche Einschränkungen und Konzessionen, zu vertreten. Daraus ergibt sich für mich die Notwendigkeit

eindeutiger Opposition, die nicht durch irgendein Kompromiß belastet werden darf [...]. Ich mache mir jetzt die größte Sorge über den Fortgang des Betriebes unserer Partei in Hamburg und habe deshalb den Wunsch, mit den Freunden im Reich zu erörtern, welche Stellung dort eingenommen wird, ob [...] eine Politik der Opportunität getrieben werden soll, oder ob man unter klarer Herausstellung unserer Gedanken in eine zwar sachliche, aber äußerst scharfe Opposition zum gegenwärtigen System treten will.« Die Antwort durch den persönlichen Referenten des Parteivorstehenden war ausweichend.¹⁰⁰ Angesichts dieser klaren Haltung des Rechtsanwalts Dr. Ablass war sein Anschluß an den Widerstand nur konsequent.

Die Gruppen, an denen Ablass beteiligt war, tauchen in der Literatur bzw. in den Angaben Beteiligter als Gruppe Q, Verein der Hafendreunde, Gruppe Ablass und Gruppe Freies Hamburg auf. Die letzteren beiden Bezeichnungen meinen wohl dieselbe Gruppe, nämlich alle unter Ablass' Führung stehenden Oppositionellen; dabei ist die Bezeichnung Gruppe Freies Hamburg offensichtlich erst nachträglich als Analogie zu dem aus der Ablass-Gruppe 1945 hervorgegangenen Bund Freies Hamburg gewählt worden.¹⁰¹ Auf die anderen beiden Gruppen soll genauer eingegangen werden.

Der Verein der Hafendreunde war ein eingetragener Verein, der im Hamburger Adreßbuch erstmals 1934 und letztmals 1936 erschien.¹⁰² Dieser Verein, dem hauptsächlich ehemalige DDP-Mitglieder angehörten, darunter der Großkaufmann Wilhelm H. Lindemann, diente nach außen hin wirtschaftlichen Zwecken, intern aber dem oppositionellen Zusammenhalt und der politischen Diskussion. Möglicherweise wurde er in direkter Nachfolge des DDP-Bezirks Hamburg-Freihafen gegründet, dessen Mitglied Ablass zeitweise war.¹⁰³ Über seine zahlenmäßige Größe kann wegen der schmalen Quellenbasis nur mit Zurückhaltung gesprochen werden; immerhin werden die Namen von fast 20 Beteiligten genannt. Etwa zehn seiner Mitglieder waren gleichzeitig in der Gruppe Q, traten dann aber aus dem Verein der Hafendreunde aus, um eine zusätzliche Gefährdung durch die Doppelorganisation zu vermeiden. Obwohl der Vorsitzende aus Tarnungsgründen NSDAP-Mitglied war, mußte der Verein nach einigen Jahren aufgelöst werden.¹⁰⁴ Vermutlich führten die Beteiligten nach der Auflösung des Vereins ihre oppositionelle Zusammenarbeit fort.¹⁰⁵

Waren im Verein der Hafendreunde eher selbständige Kaufleute und kaufmännische Angestellte vertreten, so war in der Gruppe Q eine stärkere Mischung aus Angestellten, Beamten, Einzelhändlern und anderen Freiberuflern aus Hamburg und Harburg-Wilhelmsburg versammelt.¹⁰⁶ Diese Gruppe, auch Abteilung Q genannt, ein Scherzname ohne tiefere Bedeutung, entstand noch vor 1933 als Freundschaftsklub, als Wander- und Ge-

selligkeitskreis innerhalb der Hamburger DStP, der nach der Auflösung der DStP erhalten blieb und nun unter dem harmlosen Deckmantel von Ausflügen der politischen Diskussion und der Hilfe für Verfolgte diente. Die Altersstruktur war gemischt, jedoch stammten von den gut zwanzig Mitgliedern zwei Drittel aus den Jahrgängen 1892 bis 1902, der Rest war älter. Drei Mitglieder waren nach den nationalsozialistischen Kriterien sog. »Halbjuden«. Die etwa monatlichen Treffen fanden anfangs im Café Nobeling statt, später aus Tarnungsgründen in wechselnden Lokalen oder im Grünen auf dem Geesthachter Sandrücken oder in Langenrehm, Kreis Harburg. Einige Mitstreiter der Gruppe Q, so der ehemalige Parteisekretär der Hamburger DDP und DStP, Martin Plat, wurden wiederholt verhaftet oder anderen Schikanen ausgesetzt. Politisches Material, das man nicht vernichten, aber vor der Gestapo sichern wollte, wurde auf dem Geestrücken bei Bergedorf so gut vergraben, daß es nach dem Krieg nicht mehr gefunden wurde.¹⁰⁷ Durch weitere (ehemalige) Mitgliedschaften ergaben sich Verbindungen zu anderen Organisationen; soweit es noch rekonstruierbar ist, waren aus der Gruppe Q vier im Freimaurerbund zur Aufgehenden Sonne, je zwei in der SPD, im Hamburger Bürgerverein und in der humoristischen Vereinigung Schlaraffia (in ihr war ferner ein Harburger Verbindungsmann) sowie einzelne in weiteren republikanisch-pazifistischen Organisationen gewesen.¹⁰⁸ Die Verbindung mit dem Harburger Teil der Gruppe hielt offenbar der als DDP-Mitglied entlassene Harburger Polizeiangeestellte Bruno Schmachtel.¹⁰⁹

Die Wentker-Gruppen

Ähnlich wie Ablast führte Erich Wentker, als er sich vor 1937 der Widerstandsgruppe Robinsohn-Strassmann anschloß, dieser bereits bestehende illegale Verbindungen zu.¹¹⁰ Er verfügte über reichhaltige, sich teils überschneidende Beziehungen im Bereich der SPD, des Freimaurerbundes zur aufgehenden Sonne und der Polizei. Ein Teil davon wurde auch der Exil-SPD bekannt, wie aus einer Kurzbiographie hervorgeht, die ein Freund Wentkers, der ehemalige Pressereferent Severings im preußischen Innenministerium, Hans E. Hirschfeld, nach 1939 im Exil verfaßte:¹¹¹ »Wentker, früher Polizeipräsident in Harburg, Sozialdemokrat. Jetzt Hamburg, als Vertreter für Schreibmaschinenfirmen tätig, hielt enge Beziehungen mit den älteren Polizeibeamten, die ihn aus seiner Tätigkeit als Polizeiverwalter in Wandsbek u. Altona kannten. Viele Informationen, die auch in illegaler Arbeit verwendet wurden.«

Noch weiter gespannte Beziehungen unterhielt Wentker im sozialdemokratischen Milieu. Seine Familie wurde Kunde bei Sozialdemokraten, die

1933 entlassen worden waren und sich nun andere Verdienstmöglichkeiten erschließen mußten: bei der Bäckerei der ehemaligen Reichstagsabgeordneten (1920–1933) Louise Schröder, in den Zigaretengeschäften des früheren Leiters einer Behindertenwerkstätte Rehberg und des entlassenen Stader Lehrers Sietas, in der Gaststätte Onken, bei dem einstigen Schulrat Max Zelck, der nun als Kaffeeverkäufer tätig war, und anderen. Kontakte bestanden weiterhin zu führenden sozialdemokratischen Mitarbeitern der Behörden, die ihm während seiner Polizeipräsidentschaft in Harburg bekannt geworden waren.¹¹²

Aufgrund seiner Mitgliedschaft im Freimaurerbund zur Aufgehenden Sonne, in dem er eine Zeitlang Meister vom Stuhl gewesen war, wahrte Wentker auch mit ehemaligen Reformfreimaurern Zusammenhalt, so mit dem Meister vom Stuhl der Loge »Wahrheit und Recht«, Wilhelm Bock,¹¹³ der ebenso wie Wentker Verbindungen nach Kiel und von dort nach Kopenhagen unterhielt. Damit war Wentker einer Organisation von zum Teil ehemals führenden Sozialdemokraten angeschlossen, die Informationen an die Sopade lieferte und illegale Druckschriften von dort bezog.¹¹⁴

Weitere Hamburger Verbindungen

Weitere Verbindungen bestanden durch den Lehrer Hermann Lange insbesondere im Bereich der Gesellschaft der Freunde des vaterstädtischen Schul- und Erziehungswesens, einer sozialdemokratisch und auch linksdemokratisch orientierten Gewerkschaft vorwiegend der Volksschullehrer. Nach der NS-Machtübernahme traf sich alle zwei Wochen ein politischer Stammtisch von etwa einem Dutzend ehemaligen Landesvorstandsmitgliedern dieses Lehrerverbandes, als Skatklub getarnt, in wechselnden Lokalen.¹¹⁵ Ein persönliches Verhältnis zu dem letzten Vorsitzenden Gustav Küchler gewann Lange, als er ihm 1934 ein maschinengeschriebenes Exemplar des Berichtes des ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Gerhart Seger über seine Inhaftierung im KL Oranienburg für einen Tag überließ; Lange hatte den Bericht von seinem ehemaligen SPD-Distriktsführer Fritz Born erhalten.¹¹⁶ Eine Selbstverständlichkeit war es, Sozialdemokraten zu unterstützen, die sich nach ihrer Entlassung durch die Nationalsozialisten mit dem Verkauf von Kaffee (Volkshochschuldirektor Kurt Adams) oder Kohlen (Polizeischulingenieur Bauch) durchschlagen mußten.¹¹⁷

Bei der Reichstagswahl vom 29. März 1936 konnten Hermann und Margarethe Lange die Beobachtung machen, daß ihre eigenen weißen Stimmzettel als Ja-Stimmen gewertet wurden, da das betreffende Wahllokal eine Zustimmung von 100% meldete – eine Feststellung, die aus allen Teilen Deutschlands bestätigt wurde.¹¹⁸ Darüber hinaus wurde offenbar in und

um Hamburg eine gezielte Wahlbeobachtung betrieben, was zu aufschlußreichen Ergebnissen führte:¹¹⁹ »In einzelnen Stimmbezirken Hamburgs war das Ergebnis für Hitler nur 40–50 % der abgegebenen Stimmen; trotzdem waren diese Bezirke in der Zusammenstellung mit 90–92 % für Hitler angegeben!« In einem Wahllokal wurden beispielsweise ein Zettel mit dem Sowjetstern, einer mit den drei Reichsbanner-Pfeilen und einer mit herausgerissenen Stimmkreis als gültig gezählt.¹²⁰ Aber selbst auf dem Lande mußte die NSDAP schwere Schlappen einstecken. In Jork, einem Dorf in der rein bäuerlichen Gegend des Alten Landes im Kreis Stade, gab der örtliche Wahlvorstand im amtlichen Aushangkasten am Wahlabend ein Ergebnis von etwa 570 Stimmen für und etwa 350 gegen Hitler an, was am folgenden Morgen durch rund 920 Ja-Stimmen und rund 10 Enthaltungen verfälscht wurde.¹²¹ Diese Information gelangte wahrscheinlich über den einstigen Jorker SPD-Vorsitzenden Wilhelm Geerken zu Wentker.¹²² Solche Beobachtungen, systematisch zusammengestellt, ergaben ein Bild von der Haltlosigkeit offizieller Verlautbarungen auch über das Wahlergebnis hinaus.

Eine Verbindung bestand auch mit der Lehrerin Elisabeth Flügge, die bis 1938 an der Privaten Realschule für Mädchen von Ria Wirth tätig war und der Gesellschaft der Freunde des vaterstädtischen Schul- und Erziehungswesen angehört hatte. Elisabeth Flügge hatte in einem »Meckerkreis« linker Pädagoginnen mitgewirkt, wozu die ursprünglich als Lehrerin tätige Reederin Lucy Borchard (DDP) und die Lehrerinnen Klara Deppe (SPD, dann führend im ISK, die Schwägerin Walter Jacobsens), Dr. Anna Stein¹²³ (ISK) und Frau Weidemann zählten. Über die Art der Verbindung mit Elisabeth Flügge ist nichts bekannt. Allerdings setzten zwei Frauen des »Meckerkreises« sich nachdrücklich für verfolgte Juden ein, Elisabeth Flügge¹²⁴ selbst und die Jüdin Lucy Borchard, die Glaubensgenossen in ihrer Fairplay-Reederei Arbeitsstellen verschaffte.¹²⁵

Der Rechtsanwalt Karl Fritz aus der Robinsohn-Gruppe hatte eine gute Verbindung in die Hamburger Kreisorganisation des Reichsnährstandes, woraus die Gruppe zumindest Informationen über die Stimmung in der Landwirtschaft ziehen konnte.¹²⁶

Mit dieser Ergänzung ist das Netz der hanseatischen Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe, soweit bekannt, ziemlich vollständig wiedergegeben. Allein an der Größe und der Gliederung zeigt sich, daß dem Hamburger Zweig im Reichsmaßstab ein erhebliches Gewicht zukam.

Liberaldemokratische und sozialdemokratische Gruppen in Norddeutschland

Die in Norddeutschland außerhalb Hamburgs gebildeten regionalen und lokalen Widerstandsgruppen schlossen sich durchweg, wenn auch in unterschiedlicher Gewichtung, an das Muster der liberaldemokratischen, sozialdemokratischen und reformfreimaurerischen Gruppen in Hamburg an. Bezeichnend sind die Verbindungen in die Rüstungsindustrie der Hafenstädte.

Die Aufgehende Sonne in Kiel

Kiel war mit seinen 274 000 Einwohnern 1939 die drittgrößte deutsche Hafenstadt an der Ostsee nach Stettin und Königsberg. Als Hauptstadt der preußischen Provinz Schleswig-Holstein hatte es eine herausragende Funktion, die noch durch seine Marinekommandantur für die Ostsee gesteigert wurde. Die Panzerschiffe »Deutschland«, »Admiral Scheer« und »Admiral Graf Spee« hatten in Kiel ihren Standort; weiter waren Kreuzer, Schnellboote, Torpedoboote, Minensuchboote sowie unter dem Kommando des Kapitäns zur See Karl Dönitz U-Boote stationiert. Für den Handel war Kiel ein Sprungbrett nach Skandinavien, fiel aber an Tonnage klar hinter Stettin, Rostock und Königsberg zurück.¹²⁷ Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß der Kieler Widerstand gegen den Nationalsozialismus, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen,¹²⁸ bisher noch nicht erforscht ist. Das gilt erst recht für die Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe nach Kiel.¹²⁹

Durch den Eintritt Erich Wentkers in die Hamburger Robinsohn-Gruppe und in die zentrale Führungsgruppe in Berlin bekam die Widerstandsgruppe Verbindungen nach Kiel zu den nun illegalen Reformfreimaurern der Aufgehenden Sonne, deren Kieler Loge »Freie Nordmark« seit mindestens 1911 bestand. Zwischen den Kieler und den Harburger Reformfreimaurern herrschte ein enges Verhältnis, seit die Kieler Loge bei der Gründung der Harburger Schwesterloge »Zur Erkenntnis« 1914 die Patenschaft übernommen hatte.¹³⁰ Die Angaben über die »Freie Nordmark« beruhen auf einer schmalen Quellenbasis.¹³¹ Danach hatte die Kieler Loge vermutlich kaum mehr als 20 Mitglieder, fast durchweg Freiberufler, aber auch Angestellte und Beamte. Spiritus rector war bis zu seinem Tode 1937 ein linksliberaler Pazifist, der Sanitätsrat und ehemalige Reichstagsabgeordnete Dr. Johannes Leonhart, ein entschiedener NS-Gegner, dessen Weg durch fünf liberale Parteien führte.¹³² Soweit bekannt, waren außer Leonhart nur wenige Kieler Reformfreimaurer parteipolitisch engagiert,

und zwar je zwei in der DDP und der SPD, darunter ein preußischer Landtagsabgeordneter. Charakteristisch ist die enge Verzahnung der »Freien Nordmark« mit der Kieler Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft, mit der Feuerbestattungskasse und der Freireligiösen Gemeinde.¹³³

Wentkers Verbindungsmann in Kiel war Meister der Loge »Freie Nordmark«, der Malermeister Gustav Krause. Er traf sich in der NS-Zeit weiter mit seinen Logenbrüdern, nun unter den Bedingungen der Illegalität, aber ganz öffentlich im Ratskeller, dann im Holst-Hotel. Auf freimaurerische Praktiken mußte dabei verzichtet werden. Der oppositionelle, freigeistige Zusammenhalt war in dieser Form jedoch kontinuierlich gegeben. Nach eigenem Bekunden stand Wentker in regelmäßiger Verbindung mit Krause.¹³⁴

Ein anderer Hamburger Reformfreimaurer, der ehemalige Meister vom Stuhl der Loge »Wahrheit und Recht« Wilhelm Bock, der ebenfalls mit Wentker Kontakt hielt, stand über den Kieler Seemann Oskar Nielsen, den ehemaligen Angestellten des freigewerkschaftlichen Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, mit dem SPD-Grenzsekretär Richard Hansen in Kopenhagen in Verbindung.¹³⁵ Wegen eines Vergehens gegen das Heimtückegesetz mußte Nielsen 1935/36 eine einjährige Gefängnisstrafe verbüßen.¹³⁶ Nach seiner Freilassung engagierte er sich um so mehr im Widerstand und vermittelte 1937 norddeutschen Gegnern des Nationalsozialismus die Teilnahme an einem von Edo Fimmen von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) organisierten Kursus der Internationalen Volkshochschule in Helsingör, Dänemark. Nielsen wurde am 3. März 1938 frühmorgens ins Polizeigefängnis Kiel eingeliefert, um 15 Uhr zur Gestapo in Hamburg gebracht und am 4. März mittags wieder ins Kieler Polizeigefängnis überstellt, wo er, offenbar nach furchtbaren Folterungen, am 5. März morgens erhängt aufgefunden wurde.¹³⁷

Unabhängig von den beiden Sozialdemokraten und Reformfreimaurern Erich Wentker und Wilhelm Bock eröffnete die Naumburger Familie Hoernigk Strassmann die gesuchten Verbindungen in die rüstungsrelevante Werftindustrie. Der Schiffbauingenieur Walter Gemberg, der durch seine Frau Marta geb. Abromeit weitläufig mit der Familie Hoernigk verschwägert war, wurde als Kontaktmann für die Gruppe gewonnen. Nachdem er jahrelang in den Niederlanden, zeitweise auch in der Türkei gearbeitet hatte, war er 1934 nach Kiel gezogen, wo der Spezialist für den U-Boot-Bau bei der zum Krupp-Konzern gehörigen Germania-Werft als Oberingenieur eingestellt wurde.¹³⁸ Alles spricht dafür, daß Gemberg zu den dreißig Ingenieuren und Konstrukteuren gehörte, die, um das Verbot des deutschen U-Boot-Baus im Versailler Vertrag zu umgehen, zum N. V. Inge-

nieurskontor voor Scheepsbouw (IvS) ausgewichen waren, das 1922 von der Germania-Werft, der AG Vulkan und der AG Weser gegründet und 1925 in Betrieb genommen worden war und seither mit Billigung der Marineleitung als deutsches U-Boot-Konstruktionsbüro diente. Ein Teil des IvS-Personals wechselte im Sommer 1934 zur Germaniawerft in Kiel¹³⁹, die neben anderen Kriegsschiffen verschiedene U-Boot-Typen baute.¹⁴⁰ Anfang 1938, als Walter Gemberg zu der Robinsohn-Strassmann-Gruppe stieß, und noch bis in den Zweiten Weltkrieg bestand Uneinigkeit zwischen der Marineleitung (Raeder) und dem Führer der U-Boote (Dönitz) über die Verwendungsmöglichkeit des U-Bootes selbst wie auch über die Rolle des U-Boot-Krieges überhaupt.¹⁴¹ Solche Informationen aus der Rüstungsindustrie waren für die Gruppe allein schon als Basis für eine korrekte Beurteilung der Aufrüstungspolitik bedeutsam.

Sozial- und Liberaldemokratische Gruppen in Mecklenburg

Erstaunlicherweise gelang ausgerechnet in dem agrarischen Mecklenburg der Aufbau einer eigenen Gruppe. Mecklenburg galt traditionell als das rückständigste aller Länder des Deutschen Reiches. Bis zur Novemberrevolution 1918 hielt sich in Mecklenburg-Schwerin als reaktionäres Unikum eine landständische Verfassung, nach der dem regierenden Großherzog der Landtag, bestehend aus der Ritterschaft (den Rittergutsbesitzern) und der Landschaft (den Bürgermeistern), gegenüberstand. Das kleinere Mecklenburg-Strelitz bekam zwar 1870 eine Verfassung, aber erst 1912 trat dort der erste Landtag zusammen. Mit diesen historisch überholten Verhältnissen räumte die Revolution von 1918 auf, während die Besitzverhältnisse an Grund und Boden weitgehend unverändert blieben. Mecklenburg als ganzes war nicht nur ein Agrarland, sondern ein Land des ostelbischen Junkertums; daran änderte auch die nach 1918 betriebene innere Kolonisation nur graduell etwas.¹⁴²

Die DDP unterhielt in Mecklenburg ein schwaches organisatorisches Gerüst: Ein hauptamtlicher Geschäftsführer fehlte im Wahlkreis Mecklenburg über lange Jahre;¹⁴³ in ganz Mecklenburg-Schwerin gab es nur zwölf Ortsgruppen; in einer kreisfreien Stadt (Güstrow) und in zehn Ämtern (Landkreisen) war die DDP lediglich durch Vertrauensleute vertreten, in zwei Ämtern gab es nicht einmal diese. In Mecklenburg-Strelitz hatte die DDP immerhin acht Ortsgruppen in kreisfreien Städten, während drei Städte und die drei Ämter nicht einmal von Vertrauensleuten betreut wurden.¹⁴⁴ Auch die Deutsche Demokratische Jugend war in Mecklenburg organisatorisch schwach und fast nur auf größere Städte beschränkt.¹⁴⁵ Dies war der Boden für beträchtliche Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien in der

Weimarer Republik: Bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 errang die Deutschvölkische Freiheitspartei im Wahlkreis Mecklenburg ihren reichsweit höchsten Stimmenanteil von 20,8 %; bei den mecklenburg-schwerinischen Landtagswahlen von 1924 erhielt die DNVP 19 und die DVFP 13 von 51 Mandaten; eine Regierung kam nur mit Duldung der DVFP zustande. Nachdem die politische Linke 1926 eine Mehrheit gewonnen hatte, führte die Neuwahl 1929 zu einer nationalen Regierung, die auf die Unterstützung der beiden NSDAP-Abgeordneten angewiesen war. Am 13. Juli 1932 errang die NSDAP knapp die Mehrheit im Landtag und stellte, nach Anhalt und Oldenburg, die dritte NSDAP-Alleinregierung vor der »Machtergreifung«. Zum 1. Januar 1934 wurden beide Mecklenburg vereinigt.¹⁴⁶

In der mecklenburgischen Landschaft wirkten Industriestädte wie Fremdkörper, jedoch waren sie für die Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe von besonderer Bedeutung. Soweit bekannt, gilt dies insbesondere für die Seestädte Rostock und Wismar und die Landeshauptstadt Schwerin. Dabei standen die dortigen Gruppen auch untereinander in Kontakt. Sie sind in der bisherigen Literatur über den mecklenburgischen Widerstand nicht erwähnt.¹⁴⁷

Die zentrale Gestalt der Widerstandsgruppe in Mecklenburg war zweifellos der als Schweriner Ministerialrat entlassene, ab Oktober 1933 beim Amtsgericht in Warin tätige Richter Dr. Hans Lachmund. Lachmund, der im Ersten Weltkrieg ein Auge verloren und eine Beinverletzung davongetragen hatte, hatte zunächst noch den Wechsel von der DDP zur DStP mitvollzogen, war aber aufgrund der völligen Bedeutungslosigkeit der DStP 1931 zur SPD übergetreten.¹⁴⁸ Seine neue Wirkungsstätte Warin hatte zwar das kleinste Amtsgericht Mecklenburgs, aber die Kleinstadt mit gerade 2200 Einwohnern lag in geographisch günstiger Lage im Städtedreieck Wismar-Schwerin-Rostock. In Schwerin hatte Lachmund sich einen breiten Freundeskreis aufgebaut. Persönliche Verbindungen bestanden zu ehemaligen Mitgliedern der SPD, der DDP/DStP, der Symbolischen Großloge und ihrer Schweriner Loge »Isis zu den drei Sphinxen« (die bei ihrer Auflösung 1933 rund 70 Mitglieder hatte), der Deutschen Friedensgesellschaft und ihrer Nachfolgeorganisation Allgemeiner Deutscher Friedensbund, zu den Esperantisten, auch zu Kommunisten, die aber nicht in die Widerstandsgruppe einbezogen wurden, und zu evangelischen Christen. Hans Lachmund war trotz seiner Mitgliedschaft in einer monistischen Loge Christ, ein kirchenkritischer Christ zwar, was ihn aber nicht hinderte, im Vorstand des Evangelischen Jugenddienstes mitzuwirken. Ergänzt wurden diese Verbindungen durch das humanitäre Engagement seiner Frau Margarethe Lachmund, die als Quäkerin¹⁴⁹ in solchem Umfang Mittel für politisch und rassisch-religiös Verfolgte aufwandte, daß Hans Lachmund dafür auf manche Annehmlichkeiten verzichten mußte. Sie war es auch, die

in den folgenden Jahren den Kontakt mit den ausländischen Freimaurer- und Quäkerfreunden aufrecht erhielt, und zwar durch Reisen nach Paris (1935, 1938, 1939), nach London (1936) und in die USA (1937). Nach Beseitigung der Justizhoheit der Länder wurde Hans Lachmund Ende 1935 ins pommersche Anklam (16000 Einwohner) versetzt. Dennoch hielt er laufenden Kontakt mit seinen Schweriner Freunden.¹⁵⁰

Da Hans Lachmund sich mit den Mitgliedern der aufgelösten Symbolischen Großloge in der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus einig wußte und einige von ihnen auch zur direkten Mitarbeit in der Gruppe heranzog, soll das Schicksal dieser wenig bekannten Loge bzw. einiger ihrer führenden Mitglieder näher beleuchtet werden. Im April 1933 löste die Großloge sich auf und gab damit auch den Tochterlogen (Johannislogen) das entsprechende Signal. Der letzte Vorstand der Schweriner Loge »Isis zu den drei Sphinxen« beendete die Arbeit mit der ausdrücklichen Erklärung:¹⁵¹ »Die Ideen, die wir vertreten, sind unvereinbar mit dem Nationalsozialismus, so hat unsere Arbeit keinen Raum in einem nationalsozialistischen Staat. Wir schließen darum unsere Pforten, und auf Beschluß der Loge übergeben wir der Regierung unsere vollständige Mitgliederliste.«

Damit wollte die Loge dokumentieren, daß Freimaurer nichts Staatsfeindliches, Geheimbündlerisches betreiben, sondern offen agieren. So führten sie die traditionellen rechtsradikalen Verschwörungstheoreme, die in radikalisierender Tendenz von den Nationalsozialisten verwendet wurden,¹⁵² ad absurdum. Diese Offenheit wurde jedoch mit besonders radikaler Verfolgung der Freimaurer durch die Gestapo und die SA in Mecklenburg beantwortet. Schon 1933 wurde der Großmeister der Großloge, der Berliner Leo Müffelmann, in das KL Sonnenburg bei Küstrin verschleppt, wo er trotz seines Herzleidens schwere Erdarbeiten leisten mußte. Bewacher zerschmetterten seine Kniescheibe. An den Folgen der Konzentrationslagerhaft starb er am 29. August 1934.¹⁵³ Der Meister vom Stuhl der Schweriner Loge, Alfred Dierke, litt unter dem Verlust seiner geistigen Heimat.¹⁵⁴ Als er als Geschäftsführer der Mecklenburgischen Landgesellschaft entlassen wurde, verlor er vollends den Lebensmut, geriet bald in finanzielle Bedrängnis und schied am 29. März 1936 »bewußt und freiwillig« aus dem Leben.¹⁵⁵

War bisher Dierke wiederholt von der Gestapo vernommen worden, hielt sie sich jetzt an Hans Lachmund.¹⁵⁶ Angesichts der Radikalität der mecklenburgischen NSDAP mußte es ihm als fast utopisch erscheinen, eine sachlichere Einstellung gegenüber der Freimaurerei bewirken zu wollen. Um so überraschender ist es, daß er anscheinend Erfolge erzielte. So wurde eine Hetzkampagne, die nach dem Tode Dierkes von Propagandisten der NSDAP ausgelöst wurde, bald nach Lachmunds empörtem Widerspruch abgebrochen.¹⁵⁷ Aufgabe der Freimaurer in der NS-Zeit war nach Lach-

munds Selbstverständnis: »humanitäres Gewissen sein, wirken ohne zu werken, seiendes Ideal gegen eine ganz andere Realität.«¹⁵⁸

Schwerin, eine Stadt von 64 700 Einwohnern (1939), hatte wenig Industrie, war aber aufgrund seiner Funktion als Landeshauptstadt des vereinigten Mecklenburg von Bedeutung. Über die in die Widerstandsgruppe einbezogenen Schweriner ist nur wenig bekannt. Dazu gehörte der im Dezember 1934 als Domprediger nach Schwerin berufene religiöse Sozialist Karl Kleinschmidt,¹⁵⁹ ein Mann mit weitreichenden kulturellen Interessen, die ihn 1933/34 an das Berliner Kabarett »Katakombe« geführt hatten. Als eigenständiger, geistig unabhängiger Kopf war er ein guter Redner und geistreicher Prediger, der sich gern mit den Propheten, den Psalmen und Jesu Ansprachen an die Volksmenge befaßte.¹⁶⁰ Den in Bedrängnis geratenen Christen jüdischer Abkunft half er im Paulusbund oder in Zusammenarbeit mit dem Büro Grüber.¹⁶¹ Die Verbindung mit dem Ehepaar Lachmund muß sehr schnell zustande gekommen sein. Vielleicht um seinen Amtsantritt als Domprediger zu ermöglichen, vielleicht auch aufgrund persönlich guter Beziehungen zu dem Landeskirchenführer Walther Schultz, der zunächst nicht zur radikalen Richtung der Deutschen Christen zählte,¹⁶² wurde Kleinschmidt vorübergehend Mitglied des mecklenburgischen NS-Pastorenbundes, der durchaus unterschiedliche Geister vereinigte. Aber schon 1935 wirkte er im oppositionellen Lutherischen Pfarrerbund mit, der zusammen mit der mecklenburgischen Bekennenden Kirche 1936 einen Vertrauensrat bildete.¹⁶³

Weitere Schweriner Vertrauenleute kamen aus Lachmunds Loge »Isis zu den drei Sphinxen«, insbesondere der Gewerbelehrer, Kunstmaler und Graphiker Erich Venzmer, den Lachmund auch schon aus der DDP und der DFG kannte.¹⁶⁴

Der führende Kopf der Wismarer Gruppe war der Rechtsanwalt und Notar Wolfgang Lange (SPD). Die Seestadt Wismar, eine Industriestadt von 36 000 Einwohnern (1939), war insofern eine Ausnahme unter den mecklenburgischen Städten, als die SPD vor 1933 ausschließlich hier den Oberbürgermeister stellte.¹⁶⁵ Lange stammte aus einer seit Generationen demokratisch gesinnten Familie: Ein Urgroßvater gehörte Anfang des 19. Jahrhunderts zur Burschenschaft Jena auf dem Burgkeller; ein Großvater John Brinkmann, der neben Fritz Reuter bedeutendste mecklenburgische Heimatdichter des vorigen Jahrhunderts, wanderte seiner Überzeugung wegen zeitweise in die USA aus; der andere Großvater Heinrich Lange war schon als Richter in Mecklenburg tätig; der Vater Dr. Christian Lange war als Richter mit sozialem Verantwortungsbewußtsein in Wismar bekannt.¹⁶⁶ Eine solche Familientradition konnte Wolfgang Lange in seinem Widerstand gegen den Nationalsozialismus nur bestärken. Dabei litt er unter den Folgen seines Fronteinsatzes im Ersten Weltkrieg, aus dem er

eine Verletzung am rechten Auge und am rechten Bein davongetragen hatte. Über die Folgen der NS-Machtübernahme für ihn persönlich berichtete Lange: Danach »zog mich der Rat nicht mehr als Prozeßbevollmächtigten und zu Notariatshandlungen zu, und ich verlor meine Nebenämter als Ratssyndikus, als Stadtverwaltungsrichter und als Verwalter der geistlichen Hebungen.«¹⁶⁷ Wegen geringer beruflicher Auslastung forschte er in den Folgejahren über das Wismarsche Recht, das aufgrund der Zugehörigkeit zur Hanse und bis 1803 zu Schweden Besonderheiten gegenüber dem mecklenburgischen bzw. reichsdeutschen Recht aufwies.¹⁶⁸

Die Verbindung zwischen Strassmann und Lange kann durch die Familie seiner Frau, in der einige Sozialdemokraten waren, oder durch das Ehepaar Lachmund hergestellt worden sein. Das Gästebuch Lachmunds vermerkt: »17./18. September [1934] W. Lange – Wismar Abend und Nacht.«¹⁶⁹ Über Langes Kreis Wismarer Sozialdemokraten ist wenig zu ermitteln. Jedenfalls brachte er in die Robinsohn-Strassmann-Gruppe schon eine eigene SPD-Gruppe ein.¹⁷⁰ Dazu gehörten sein Kollege, der Rechtsanwalt und Notar Dr. Simonis, der zugleich einen etwa 100 Hektar großen landwirtschaftlichen Betrieb bei Wismar führte, und ein junger Arbeiter aus der Wismarer Zweigstelle der Triebwagen- und Waggonfabrik Eisenbahn-Verkehrsmittel AG (EVA), eines der größten Industriebetriebe Mecklenburgs.¹⁷¹ Darüber hinaus bestanden offenbar Beziehungen zur Bekennenden Kirche in Wismar. Als Ortsfremder kam der aus Süddeutschland stammende, 1933 nach Wismar gezogene Buchhändler Hermann Rhein schon ab 1934 hinzu, der jedoch außer Lange nur durch Zufall den erwähnten EVA-Arbeiter kennenlernte. Rhein wirkte außerdem gelegentlich als Kurier nach Hamburg und Bamberg.¹⁷²

Wie in Berlin und Hamburg beteiligte sich auch in Wismar die Gruppe an der Beobachtung der Reichstagswahl vom 29. März 1936:¹⁷³ »In Wismar (Mecklenburg) haben die Papierkörbe nicht gereicht, so viele weiße Zettel sind weggeworfen und durch fabrizierte Ja-Zettel ersetzt worden.« Danach scheinen die Wahlergebnisse ähnlich negativ gewesen zu sein wie in den überwachten Hamburger Stimmbezirken.

In der Hafenstadt Rostock mit ihren 121 000 Einwohnern (1939) bestand eine stärker liberaldemokratisch geprägte Gruppe. Langes Studienkollege und bester Freund, der Rechtsanwalt und Notar Dr. Gustav Marsmann, war DVP-Mitglied,¹⁷⁴ und der langjährige Landtagsabgeordnete und mecklenburgische Justiz- und Unterrichtsminister Dr. Richard Moeller, der sich nach seiner Entlassung aus dem Schuldienst 1933 als Schriftsteller und Privatgelehrter betätigte, gehörte der DDP/DStP an; außerdem war er Mitglied in Lachmunds Loge »Isis zu den drei Sphinxen«, die in Rostock mit dem Kränzchen »Zu den drei Rosen« als Vorstufe zum Aufbau einer eigenen Loge vertreten war.¹⁷⁵ Im Oktober 1932 hatte Moeller sich öffent-

lich für »rücksichtslose Opposition gegen die volkszerstörende Hitlerei« ausgesprochen.¹⁷⁶

Ein Sohn des in der DDP, der Friedensbewegung und der Bekennenden Kirche engagierten Rostocker Arzneimittelfabrikanten Friedrich C. Witte, Dr. Siegfried Witte, selbst DDP-Mitglied, war Gastgeber der Treffen der Gruppe.¹⁷⁷ Mit dazu zählte der Amtsrichter Prange.¹⁷⁸ Zwei von auswärts vorübergehend nach Rostock übergesiedelte Leute wurden dagegen nicht in die örtliche Gruppe einbezogen: Dr. Walter Jacobsen, der 1934/35 am Arbeitsamt in Rostock tätig war, dort auch seinen Zweitwohnsitz hatte, aber mit der Hamburger Robinsohn-Gruppe verbunden blieb, und der kaufmännische Direktor der Neptun-Werft (1934–1938), der aus der Danziger Werftunternehmerfamilie stammende Horst Klawitter, der wegen Verbindungen der Gruppe zur Marine für Strassmann von Bedeutung war.¹⁷⁹

Gesichert ist, daß diese Gruppen untereinander Kontakt hielten. Lange und Rhein fuhr nach Schwerin zu Venzmer und nach Rostock zu Witte, Kleinschmidt traf Rhein in Wismar; Lachmund bekam Besuch von Lange und von Logenbrüdern, er selbst fuhr oft nach Schwerin und Rostock. Darüber hinaus gab es eine regelmäßige Verbindung durch den Hamburger Reformfreimaurer Erich Wentker nach Rostock und Schwerin.¹⁸⁰ Die Verbindung zwischen Lachmund (Symbolische Großloge) und Wentker (Aufgehende Sonne) erklärt sich daraus, daß die Schweriner Loge »Isis zu den drei Sphinxen« ursprünglich dem Freimaurerbund zur Aufgehenden Sonne angehört hatte. Das Programm der »Aufgehenden Sonne«, die internationale und pazifistische Orientierung (»internationale Bruderkette«), behielt die Symbolische Großloge bei. Die schonende Form der Abspaltung, die übrigens Lachmund auf der Tagung der Aufgehenden Sonne begründet hatte, erleichterte die Zusammenarbeit in der Opposition gegen das NS-System.¹⁸¹

Zwei Mitstreiter der Mecklenburger Gruppe standen dem von den Nationalsozialisten verfeimten Künstler Ernst Barlach bei: der Rostocker Anwalt Marsmann als Rechtsvertreter Barlachs gegenüber der Preußischen Akademie der Künste, der Wismarer Buchhändler Rhein durch moralische Hilfe und den Versuch finanzieller Unterstützung.¹⁸²

Nachdem Paul Pagel schon 1933 nach Berlin gezogen war, war der Neustrelitzer Kaufmann Martin Maaß (DDP) wohl der einzige Verbindungsmann der Gruppe in Mecklenburg-Strelitz.¹⁸³

Die sozialdemokratische Gruppe in Wilhelmshaven

Wilhelmshaven diente als preußische Stadtgründung aus dem Jahre 1869 von vornherein der Kriegsmarine. 1937 wurde es mit dem benachbarten Rüstringen vereinigt und dem Land Oldenburg zugeschlagen. Wilhelmshaven blieb mit seinen 114 000 Einwohnern (1939) im Schatten der Nachbarstädte Bremen, Bremerhaven und Oldenburg, war aber neben Kiel die bedeutendste deutsche Marinestadt. Während in Kiel der Sitz des Flottenkommandos war, befand sich in Wilhelmshaven das Kommando der Marinestation der Nordsee. Ihm unmittelbar unterstellt war die (Kriegs-)Marinewerft. Die Marinewerft war ein industrieller Großbetrieb, dessen Personal schon vor der NS-Machtübernahme 6000 Arbeiter, Angestellte und Beamte umfaßte, von denen 1933 rund 500 aus politischen Gründen entlassen wurden; aber bereits Ende 1934 beschäftigte die Marinewerft 12 000 Arbeitnehmer. Die Handelsmarine spielte hier eine untergeordnete Rolle; Bremen und Emden hatten einen vielfach höheren Tonnageumschlag als die Stadt am Jadebusen.¹⁸⁴

Die Wilhelmshavener Verbindung der Robinsohn-Strassmann-Gruppe gibt ein Beispiel für die Abschottung, die bis hinein in die Führungsgruppe reichte, um einzelne Mitarbeiter nicht durch unnötige Informationen zu gefährden. So wußte selbst der Hamburger Hans Robinsohn nicht sicher, ob Wilhelmshavener Gesinnungsfreunde, zu denen seit 1934 Kontakte bestanden, in die Gruppe aufgenommen worden waren.¹⁸⁵

Mittelsmann der Verbindung nach Wilhelmshaven war der dort aufgewachsene Bewag-Mitarbeiter Jans Kingma, der wie sein Bruder Otto im Vorstand der Wilhelmshavener Jungdemokraten gearbeitet hatte. Von daher hatten sie enge Beziehungen zu Otto Kingmas Klassenkameraden Ari Grunewald. Seine politische Einstellung wird an einem prägnanten Satz deutlich, den er mit kraftvoller Feder in Jans Kingmas Kommersbuch eingetragen hat:¹⁸⁶ »Demokratie ist Lebensstil.« Die enge Zusammenarbeit mit ihm hielt an, bis er 1926 mit seinem Vater spektakulär von der in der Hafenstadt schwachen DDP zur SPD übertrat. Die daraus folgende Verstimmung war aber bald überwunden. Ari Grunewald arbeitete inzwischen im Lederwarengeschäft seines Vaters mit. Bei einem Besuch Ernst Strassmanns und Hermann Langes im Sommer 1934 konnten Vater und Sohn Grunewald sofort für die Gruppe gewonnen werden.¹⁸⁷

Der Vater Arthur Grunewald war nach einer Charakterisierung durch den oldenburgischen Ministerpräsidenten Theodor Tantzen »ein zuverlässiger Charakter, ein taktvoller Mann«.¹⁸⁸ Er hatte als Deckoffizier an der Novemberrevolution 1918 teilgenommen und sich der neuen republikanischen Regierung zur Verfügung gestellt. 1920 wirkte er an der Bekämpfung des Kapp-Putsches mit und wurde übergangsweise zum Stationschef der

Wilhelmshavener Marinestation Nordsee ernannt. Er war Wilhelmshavener Vorstandsmitglied der DDP bis zu seinem Übertritt zur SPD 1926. Bis 1933 war er Gausekretär und technischer Schutzsportleiter der republikanischen Schutzformation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Gau Oldenburg-Ostfriesland-Osnabrück, außerdem Erster Vorsitzender des Ortsvereins Wilhelmshaven-Rüstringen. Noch 1932 wurde er Vorstandsmitglied des SPD-Bezirksvorstandes.¹⁸⁹ Ähnlich günstige Voraussetzungen für Verbindungsaufnahmen brachte sein Sohn Ari mit, der 1921 Vorsitzender des DDJ-Gaus Weser-Ems und Vorstandsmitglied der DDJ-Arbeitsgemeinschaft Nordwest sowie 1925 Leiter der Hamburger Demokratischen Studentengruppe geworden war. Darüber hinaus war er Jugendführer für den Reichsbannergau Oldenburg-Ostfriesland-Osnabrück.¹⁹⁰

Durch den Anschluß der beiden Grunewalds bekam eine Gruppe Wilhelmshavener Sozialdemokraten, die bei Treffen in wechselnder Zusammensetzung mindestens zwanzig Teilnehmer umfaßt haben dürfte, Anschluß an die Robinsohn-Strassmann-Gruppe. Eine kleine Kerngruppe bestand neben Grunewald senior aus Johann Andreeßen (bis 1933 bei der Marinewerft), Anton Beyer (bis 1933 Betriebsratsmitglied der Marinewerft), Wilhelm Krökel (bis 1933 Bürgervorsteher und Betriebsratsvorsitzender der Marinewerft) und Ernst Landgraf (bis 1933 Bürgervorsteher).¹⁹¹ Die Gruppe verfügte über Verbindungen in die örtliche Rüstungsindustrie,¹⁹² insbesondere in die Marinewerft. Wilhelm Krökel war nach längerer Arbeitslosigkeit ab Anfang 1936 wieder als Schiffbauer im U-Boot-Bau beschäftigt.¹⁹³ Wie in Kiel, Rostock und Wilhelmshaven konnte Strassmann hier Informationen über Art und Umfang der Aufrüstung gewinnen.

Liberaldemokratische und konservative Verbindungen in Mittel- und Süddeutschland

Im Gegensatz zu Norddeutschland, wo die Gruppe neben dem liberaldemokratischen auch das sozialdemokratische Spektrum umfaßte, fehlen in Mittel- und Süddeutschland sozialdemokratische Mitstreiter völlig, während konservative Verbindungen unterschiedlicher Prägung hervortreten.

Liberaldemokraten und Stahlhelmer in Mitteldeutschland¹⁹⁴

Die Stadt Naumburg an der Saale mit 36 300 Einwohnern (1939) war seit 1922 Wohnsitz der aus Danzig und Gumbinnen stammenden, politisch liberal eingestellten Familie Hoernigk. Naumburg war eine Hochburg der DNVP und des Stahlhelms; die DDP hatte dort Mitte der zwanziger Jahre zwar immerhin 80 Mitglieder, war im Landkreis Naumburg organisatorisch jedoch überhaupt nicht vertreten.¹⁹⁵ Bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930, die der NSDAP reichsweit den Durchbruch zur zweitstärksten Partei brachte, wurde die NSDAP im Wahlbezirk Naumburg auf Anhieb die stärkste Partei.¹⁹⁶ Nachdem der Vater, der Polizeimajor Rudolf Hoernigk, 1923 gestorben war, erhielt die Mutter Gertrud Hoernigk Pension, während ihre Schwester Else Leiske als Lehrerin mit für den Unterhalt der Familie sorgte. Beide Schwestern waren Mennonitinnen, jedoch hatte Gertrud evangelisch geheiratet. Beim Machtantritt der Hitler-Regierung habilitierte sich der 27jährige Rudolf Hoernigk beim Nestor des Lehrfachs Genossenschaftswesen, dem Hallenser Professor Ernst Grünfeld, während der 24jährige Frank sein Jurastudium in Königsberg absolvierte.¹⁹⁷

Offenbar bekam Strassmann durch den spätestens 1934 nach Berlin verzogenen Professor Grünfeld Fühlung mit dessen Hallenser Assistenten Rudolf Hoernigk, den er schon früh intensiv einspannte. Da sowohl die Mutter Gertrud Hoernigk als auch die Tante Else Leiske die eindeutige antifaschistische Haltung der Söhne teilten, wurde ihre Wohnung in der Naumburger Lepsiusstraße zum gelegentlichen Treffpunkt für kleinere Zusammenkünfte. Auch auf der Durchreise nach Bamberg und München eignete sich die Naumburger Adresse als Zwischenstützpunkt.¹⁹⁸

Intensiviert wurde die Arbeit in Naumburg, nachdem Frank Hoernigk 1935 in Königsberg sein Studium abgeschlossen hatte. Seine Referendarbildung fand zum größten Teil in Naumburg statt; lediglich zwei Stationen waren außerhalb, nämlich gleich die erste 1935 / 36 beim Amtsgericht in Teuchern, westlich von Naumburg, und eine spätere bei einer landwirtschaftlichen Genossenschaft in Halle. Im Frühjahr 1936 wurde Frank Hoernigk von seinem Bruder Rudolf zu einer Gesprächsrunde in Berlin eingeladen, an der Strassmann, Robinsohn, Dehler und vielleicht ein weiterer Gast teilnahmen. Nachdem sie den jungen Mann auf Herz und Nieren politisch getestet hatten, bezogen sie ihn in die Widerstandsgruppe ein.¹⁹⁹ Noch im selben Jahr unternahm er eine Kurierfahrt nach Bayern. An den Berliner Besprechungen nahm Frank Hoernigk häufig teil.

Aber auch in Naumburg und in der Umgebung verschaffte er der Gruppe neue Verbindungen; dazu zählte der Amtsgerichtsrat Hilmar Pfeiffer in Teuchern, ein kompromißloser NS-Gegner, der sich Mitte der

dreißiger Jahre nicht scheute, lokale NS-Größen zu verurteilen, auch wenn er mit der Revision des Urteils durch höhere Instanzen rechnen mußte. Mehrfach leitete Frank Hoernigk präzise mündliche Lagedarstellungen Pfeiffers über die Justiz im Bereich des OLG Naumburg an Strassmann weiter. Auch der Rechtsanwalt und Notar Ernst Friedrich in Freyburg an der Unstrut ließ sich aktivieren. Er verfügte über berufliche Beziehungen zum grundbesitzenden Landadel der Umgegend. In Naumburg selbst gab es ebenfalls Verbindungen mit Juristen, insbesondere mit dem Rechtsanwalt und Notar Karl Patzschke, der die renommierteste Naumburger Kanzlei führte. Der Gerichtsreferendar Frank Hoernigk war sich aus vielen Gesprächen der oppositionellen Haltung seines Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Sattelmacher bewußt, den er über seine liberaldemokratische Rechtsauffassung nicht im unklaren ließ, ohne ihn jedoch über seine Mitarbeit in einer Widerstandsgruppe zu orientieren.

Auch führende Naumburger Stahlhelmer gewann Frank Hoernigk für die Widerstandsgruppe. Bei dem einstigen Leiter der Fahnenabteilung des Naumburger Stahlhelm, dem Landwirt und Stadtgutpächter Herrnleben,²⁰⁰ und dem Rechtsanwalt Am Wege ist bemerkenswert, daß Strassmann bereit war, sie trotz ihrer Herkunft aus dem nationalistischen Wehrverband in die Gruppe einzubeziehen. Nach Frank Hoernigks Beobachtung war Strassmann bei Stahlhelmern üblicherweise ausgesprochen zurückhaltend; so lehnte er die persönliche Kontaktaufnahme mit dem Naumburger Rechtsanwalt Loewe, der zur Führungsschicht des mitteldeutschen Stahlhelm und der Naumburger DNVP gehört hatte und eng mit Herrnleben und Am Wege zusammenarbeitete,²⁰¹ ab, obwohl Loewe nach Hoernigks Eindruck spätestens nach der Mordaktion 1934 von jeder Hoffnung auf die Nationalsozialisten bekehrt war. Strassmann legte allerdings Wert darauf, daß Hoernigk den Anwalt mit gelegentlichen Informationen versah, um ihn in seiner antinationalsozialistischen Haltung zu bestärken.

Nachdem der Leipziger Messeunternehmer Richard Pudor,²⁰² der über reichhaltige Beziehungen zu deutschen und ausländischen Wirtschaftskreisen verfügte, dem verfolgten Leipziger Professor Gerhard Kessler 1933 in der Übergangszeit zwischen seiner Entlassung und der Emigration in die Türkei Beistand geleistet hatte, stellte Rudolf Hoernigk früh die Verbindung zwischen diesem Kaufmann und Strassmann her. Auch mit dem nach Amsterdam geflohenen Cottbuser Rechtsanwalt Dr. Otto Carstens blieb die Verbindung bestehen.

Die Mutter Gertrud Hoernigk verfügte über Beziehungen nach Danzig, Kiel, Köln und Saarbrücken,²⁰³ die sie für die Widerstandsgruppe fruchtbar machen konnte. Eine zusätzliche nennenswerte Erweiterung der Gruppe durch die Initiative Getrud Hoernigks fand im Jahre 1939 statt.

In Braunschweig, der nördlichsten Region Mitteldeutschlands, versuchte Strassmann um 1936 vergebens, einen ihm aus seiner Zeit im Reichsvorstand der DDJ bekannten Jungdemokraten für die Organisation einer regionalen Gruppe zu gewinnen.²⁰⁴ Auch in Thüringen suchte er damals vergeblich einen Verbindungsmann.

Liberaldemokraten und Katholiken in Bamberg und Nordbayern

Bamberg, eine oberfränkische Mittelstadt mit 54000 Einwohnern (1933), unterscheidet sich soziologisch grundlegend von den bisher genannten Städten, in denen Lokalgruppen der Robinson-Strassmann-Gruppe vertreten waren. Waren die norddeutschen Städte einschließlich Naumburg durchweg protestantisch geprägt, teils alte Hansestädte, teils Hauptstädte, so herrschte im fränkischen Bamberg, Sitz eines Erzbistums, der katholische Glaube zu 85 % vor.²⁰⁵ An wirtschaftlicher und politischer Bedeutung fiel es weit zurück hinter dem doppelt so großen Würzburg (Hauptstadt des NSDAP-Gaues Mainfranken) und dem viermal so großen Nürnberg (Hauptstadt des NSDAP-Gaues Franken); als Sitz der NSDAP-Gauleitung Bayerische Ostmark wurde die kleinere Mittelstadt Bayreuth, wohl wegen ihrer ideologischen Bedeutung als Richard-Wagner-Stadt, der Bamberger Konkurrenz vorgezogen. Wenn in Bamberg dennoch der wichtigste Knotenpunkt der Widerstandsgruppe in Nordbayern entstand, lag das an dem dort ansässigen Rechtsanwalt Dr. Thomas Dehler.

Alle Biographen weisen zu recht darauf hin, daß Dehler ein Politiker aus Leidenschaft war.²⁰⁶ Er hatte ein ausgreifendes Geschichtsbewußtsein und eine harmonische, souveräne Natur, neigte jedoch im Vergleich zu dem kühlen Intellektuellen Ernst Strassmann bei aller geistigen Fülle seiner Gedanken zu Emotionalität. Sein Katholizismus war persönlicher Natur; kirchlich war Dehler nicht zu steuern.²⁰⁷ Zwei Urteile über Dehlers Charakter sind bezeichnend: Der Jurist Willi Geiger rühmt an Dehler »seine Konzilianz, seine juristische Prägnanz, seine Leidenschaft für das Recht, seine gewissenhafte Vorbereitung der übernommenen Verfahren, seine besonnene, aber rückhaltlose Vertretung der Interessen seiner Mandanten.«²⁰⁸ In einem Bericht der Besatzungsmacht hieß es Ende 1945: »Intelligent, mutig, ausgeglichen, würdevoll; hat soziales Bewußtsein; leidenschaftlich interessiert an internationaler Zusammenarbeit; vornehme Manieren, aber sehr bestimmt bei wichtigen Dingen.«²⁰⁹ Alle diese Eigenschaften, vielleicht mit Ausnahme der Emotionalität, zu der Dehler sich auch in potentiell gefährlichen Situationen hinreißen ließ,²¹⁰ weisen ihn als geeigneten Mitstreiter in der Widerstandsgruppe Robinsohn-Strassmann aus.

Der aus dem oberfränkischen Lichtenfels stammende Dehler kannte Bamberg schon aus seiner Zeit als Schüler am dortigen Königlichen Alten Gymnasium 1911 bis 1916. Auch einen Teil seines Rechtsreferendariats hatte er in Bamberg abgelegt. 1923 wurde er Rechtsanwalt in München, bevor er sich 1926 aufgrund der Heirat mit einer nicht weniger engagierten Jungdemokratin, der Jüdin Irma Frank, in Bamberg niederließ.²¹¹ Seine Liebe zu Bamberg dokumentierte er schon 1921:²¹² »O ja, trotz Krummstab und Kutte gab es stets Demokraten in Bamberg; die ›Roten‹ waren sie genannt; schwarz-rot-goldene Farben schmücken seit alters her an Allerseelen ihre Gräber, der Titus, Ultsch, Heinkelmann, Staub. – Zuviel der Worte! Ich bleibe dabei: Bamberg ist Franken. Und wenn Nürnberg mein wäre, möcht' ich's in Bamberg verzehren...«

Fünf Jahre später formulierte Dehler anlässlich des Reichsführertages der DDJ in Bamberg schon erheblich verhaltener:²¹³ »Bamberg, nicht die Bamberger: die haben wenig mit Jugend und Demokratie gemein. Von unerschütterlichem Willen zur Freiheit, von dem Wissen um das Recht des einzelnen auf eigenwillige Entfaltung und um seine Pflicht zum Staate, von leidenschaftlicher, opferwilliger Hingabe an die Gemeinschaft, an das Volk, an die Menschheit, von zukunftsfreudigem Glauben an Fortschritt und Aufstieg, an das Gute und Schöne in der Welt, – von all dem also, was den Geist unserer Arbeit ausmacht, ist bei den Menschen in Bamberg nicht mehr und nicht weniger zu finden als sonstwo in Deutschland. Nicht immer war das so: es gab in Bamberg eine stattliche Schar wackerer 48er Demokraten, die mit ihrem Blut für ihr Freiheitsideal einstanden; es gab in der Folge weitherzige Männer, die den Blick über den Main richteten und bis zur Erfüllung ihres deutschen Einheitstraumes getreue Brückenwacht hielten; in den liberalen Zeiten vor dem Kriege [...] schuf die kulturelle Opposition gegen die klerikale Bevormundung sogar eine fortschrittliche Volksvertretung. Doch diese Aufwallungen sind abgeklungen; Bamberg war in den letzten Jahren völkische Hochburg und Hauptstützpunkt zum Aufmarsch gegen Berlin gewesen, bis die Götzendämmerung an der Feldherrenhalle in München der ›schwarzen Macht‹ wieder zum Übergewicht verhalf. Wir führen jetzt einen zähen Kampf, um Boden zu gewinnen.«

In Bamberg wurde Dehler umgehend Vorsitzender der örtlichen DDP, dann der DSfP bis 1933. Hier trat er 1926 in die Loge »Zur Verbrüderung an der Regnitz« ein, die im Gegensatz zu dem Freimaurerbund zur Aufgehenden Sonne und der später gegründeten Symbolischen Großloge zu der anerkannten humanitären Großloge »Zur Sonne« in Bayreuth gehörte. Daß die geistige Orientierung dieser Großloge auch für Reformfreimaurer akzeptabel war, geht allein schon aus dem Umstand hervor, daß im Jahr von Dehlers Beitritt rund 800 Brüder von der Aufgehenden Sonne unter Führung eines ehemaligen Großmeisters zur Großloge Zur Sonne wechsel-

ten.²¹⁴ Ab 1930 rückte die ursprünglich liberalste deutsche Großloge unter dem Einfluß völkisch orientierter süddeutscher Logen allerdings ins nationale Lager.²¹⁵ Am 18. April 1933 löste sie sich auf. Die Bamberger Loge, die sich stärker an den ursprünglichen humanitären Grundsätzen orientierte, hatte sich zuvor schon aufgelöst, ohne daß in den Folgejahren die freimaurerische Tätigkeit ganz eingestellt wurde.²¹⁶

Über die Frage, ob Dehler maßgeblich in einer Widerstandsgruppe mitgewirkt oder seine Haltung nachträglich stilisiert hat, gibt es geteilte Auffassungen. Die Stilisierungsthese vertritt insbesondere Detlef Rilling in seiner ungedruckten Dissertation über Dehler.²¹⁷ Rilling sieht Dehler in einem Spannungsverhältnis zwischen Widerstand und Loyalität (S. 55). Im Zusammenhang mit Einberufungen Dehlers zur Wehrmacht in der NS-Zeit schreibt Rilling verallgemeinernd: »Dehlers Verhalten zum nationalsozialistischen Regime in diesen Jahren ist durchweg als loyal zu beschreiben.« (S. 63) Rilling streift Hitlers innen- und außenpolitische Erfolge und die angebliche Hoffnung des deutschen Volkes auf eine Niederschlagung der Sowjetunion durch Hitler und folgert: »So muß auch Thomas Dehler gedacht haben« (S. 67). Er meint, erst angesichts der drohenden militärischen Niederlage habe Dehler das Regime in einem anderen Licht gesehen. Nachdem Rilling den liberalen Demokraten und humanitären Freimaurer Dehler auf diese Weise einseitig als einen deutschen Nationalen dargestellt hat, der die Scheinerfolge Hitlers nicht durchschaute, geht er, bezeichnenderweise im Kapitel »1945 – Ausblick und Rückblick« (S. 86–99), näher auf die Frage nach Dehlers Widerstand ein. Er behauptet, »das brauchbare Quellenmaterial« sei »sehr dürftig« (S. 90), läßt aber ausgiebige schriftliche Berichte im Nachlaß Dehler ebenso unberücksichtigt wie etwa den Nachlaß Robinsohn.²¹⁸ Dehlers Einordnung in den Widerstand bezeichnet er als »Legende« (S. 91) und erklärt weiter: »Lebendige, bestätigende Zeugen für diese mutmaßliche Widerstandstätigkeit gibt es nicht.« (S. 92) Dabei beruft er sich auf eine Befragung zweier Bamberger, darunter ausgerechnet eines NS-Blutordensträgers. Tatsächlich gibt es lebende, bestätigende Zeugen für Dehlers Mitarbeit in der Robinsohn-Strassmann-Gruppe, wie in diesem und in folgenden Kapiteln gezeigt wird.²¹⁹

Rilling geht noch weiter und bestreitet, daß es sich bei dieser Gruppe überhaupt um eine Widerstandsgruppe gehandelt habe; als Gründe führt er an, daß Strassmann seine Haft 1942 bis 1945 »schadlos« überlebt habe, daß ihm also »nicht das Geringste nachzuweisen« gewesen oder seine Widerstandsarbeit »von der Gestapo als absolut harmlos [...] eingestuft« worden sei. Entsprechend vermutet Rilling, daß Dehler, »wenn überhaupt, dann nur harmlosen, korrespondierenden Kontakt zu Straßmann [sic] hatte« (S. 97). Auf die Frage nach der Relevanz der Gruppe soll mit den folgenden Kapiteln eine Antwort gegeben werden, die hier nicht vorweggenommen

werden kann. Jedoch soll noch auf einzelne Belege Rillings eingegangen werden. Er zitiert einen Brief des Archivs der Bayerischen Widerstandsbe-
 wegung vom 19. Januar 1948 an Dehler, wonach dieser sich nicht mehr um
 eine Darstellung seiner Widerstandsgruppe zu bemühen brauche, und
 kommentiert, Dehlers und Losgars Unterlagen »vermochten jedoch nicht
 recht, substantiell zu überzeugen« (S. 95). Dabei unterschlägt Rilling, daß
 das Archiv bei Dehler wegen der Erstellung einer Publikation angefragt
 hatte (am 16. Dezember 1947), die inzwischen aufgegeben worden war. Er
 unterschlägt gleichfalls, daß Dehler die Unterlagen mit Schreiben vom
 1. März 1948 nachgeliefert hat. Die erwähnte Verbindung Dehlers mit Los-
 gar ist jedoch von Bedeutung, da dieser von 1932 bis 1934 Kreisrechtsamts-
 leiter der NSDAP in Staffelstein war. Wenn Dehler ihn trotzdem in die
 Gruppe aufnahm, müssen überzeugende Gründe dafür vorgelegen ha-
 ben.²²⁰ Dazu zitiert Rilling aus einem Brief Dehlers an den Staatssekretär im
 Münchner Justizministerium Fritz Koch: »Du siehst aus den Akten, daß
 ich Dr. Losgar in gewissem Umfang wegen seines Verhaltens in der Nazi-
 zeit verpflichtet bin«, und folgert, hierdurch werde »das beiderseitige Ver-
 hältnis nicht klarer [...]. Wenn Dehler und Losgar in einer Widerstands-
 gruppe zusammengearbeitet haben, warum nennt Dehler dann hier, wo es
 gänzlich unverfänglich ist, das Kind nicht beim Namen?« (S. 95 f.) Die Er-
 klärung ist denkbar banal: Koch, bis 1939 Rechtsanwalt in Aschaffen-
 burg, gehörte als Verbindungsmann Dehlers mit zur Strassmann-Gruppe,
 er brauchte nachträglich nicht erst eingeweiht zu werden.²²¹

Weiter moniert Rilling, daß Dehler 1955 nicht unmittelbar auf eine An-
 frage eines Marburger Instituts über seine Widerstandsgruppe geantwortet,
 sondern erst Auskünfte bei Strassmann eingeholt hat. Strassmanns Ant-
 worten übernahm Dehler in seinem Brief an das Institut wörtlich.²²² Auch
 hier ist die Klärung einfach: In einer Gruppe, die konspirativ nach dem
 Schottensystem arbeitet, wäre es leichtsinnig, die Mitarbeiter mehr als not-
 wendig einzuweißen. Wenn Dehler also eine fundierte Auskunft über die
 Arbeit seiner Gruppe geben wollte, mußte er die Arbeit der Berliner Zen-
 trale einbeziehen.

Auf welches oppositionelle Reservoir konnte Dehler in Bamberg zu-
 rückgreifen? Er verfügte über ein beträchtliches privates Beziehungsnetz,
 denn er war, wie der namhafte Jurist Willi Geiger es ausdrückte, in Bam-
 berg zu Hause:²²³ »Seine privaten Beziehungen zu den Menschen der Stadt
 entzog er damals der Kontrolle der Öffentlichkeit. Aber sie waren intensiv
 und weitgespannt. Er verstand sich ganz offensichtlich mit den Häckern
 und Gärtnern ebenso wie mit den Gewerbetreibenden; er traf sich mit dem
 Altbürgermeister Wegmann, mit dem Prälaten Meixner aus dem Domkapi-
 tel. Er war beim Buchhändler Zängerle in der Langen Straße zu sehen,
 pflegte den Umgang mit dem Archivrat Michl Hoffmann und dem Notar

Ritter von Traitteur. Er erfuhr mancherlei durch seine Bekanntschaft mit Bamberger Bürgern aus dem Kreis der Ärzte und aus dem Kreise der Banken. Mit der Bamberger Justiz hatte er angenehme Beziehungen; er war hochgeschätzt. « Der hier genannte Prälat Georg Meixner war als zentrale Figur der BVP – Direktor der bedeutenden katholischen Regionalzeitung »Bamberger Volksblatt« und bayerischer Landtagsabgeordneter bis 1933 – schon 1933 in Schutzhaft genommen worden.²²⁴

Geiger, der 1938 beruflich nach Bamberg kam, schätzte neben Dehlers juristischen Qualitäten »seine menschliche Wärme und Aufrichtigkeit«, die ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis schufen.²²⁵ Ähnliche Kontakte unterhielt Dehler zweifellos vielfach. 1934 oder 1935 schloß er sich der Robinsohn-Strassmann-Gruppe an.²²⁶ Aufgrund seiner guten Kenntnis Frankens²²⁷ und aufgrund seiner vielfältigen Beziehungen, die sich aus seiner Tätigkeit in der DDP/DStP, in der Freimaurerloge und als Anwalt ergaben, war Dehler der geeignete Vertrauensmann für die Region. Wenn er allerdings eine Gruppe von Bedeutung in Bamberg aufbauen wollte, genügte es nicht, sich auf die schmale Basis der verbotenen DStP zu stützen; diese hatte auf ihrem Tiefpunkt bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 in Bamberg gerade 44 von 31 535 Stimmen (0,14 %) erhalten.²²⁸ Vielmehr mußte Dehler Repräsentanten des Bamberger Katholizismus gewinnen. Genau das tat er nach Auskunft eines Berichts der US-Besatzungsbehörden, in dem er als zentrale Figur der demokratischen und katholischen Opposition gegen den Nationalsozialismus im nördlichen Franken bezeichnet wurde.²²⁹ Konkrete Aussagen darüber, wen Dehler bis 1937 für die Bamberger Gruppe gewonnen hatte, sind nicht möglich; im Falle Losgar gibt er als Beginn der Verbindung Ende 1937/Anfang 1938 an.²³⁰ Die Verbindung mit dem einflußreichen Prälaten Meixner dürfte zu dieser Zeit eher mit dem Begriff Opposition getroffen werden.

Dehler bezeichnete später die »Bearbeitung Bayerns« als sein Aufgabenfeld und nannte liberaldemokratische Vertrauensleute in Aschaffenburg, München, Nürnberg und Bad Tölz.²³¹ Die Verbindungen mit München und Aschaffenburg (Rechtsanwalt Fritz Koch)²³² bestanden seit 1935/36, während die beiden anderen Verbindungen erst später zu datieren sind.

Eine kleine Liberaldemokratische Gruppe in München

München, die »Hauptstadt der Bewegung«, wie sie von den Nationalsozialisten offiziell bezeichnet wurde, konzentrierte als Hauptstadt Bayerns alle wichtigen Verwaltungsfunktionen. Mit ihren über 800 000 Einwohnern war sie außerdem ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Zentrum Süd-

deutschlands. Schon in ihrer Anfangsphase versuchte daher die Gruppe, dort Fuß zu fassen. Hans Robinsohn selbst bemühte sich 1935 in München, einen Verbindungsmann zu gewinnen; nachdem die Bearbeitung Münchens in andere Hände übergegangen war, erfuhr er nie, ob daraus mehr wurde.²³³ Zu demselben Zweck fuhr Walter Jacobsen 1935 nach München, nach dessen Erinnerung der Reisebüroinhaber Maximilian Fuchs (DDP) der erste Kontaktmann war.²³⁴

Die Anfänge der Münchner Gruppe lassen sich nur unter Vorbehalt erschließen. Der Privatgelehrte und Antiquitätenhändler Dr. Rudolf Reisert, nach den NS-Kriterien ein sogenannter »Halbjude«, bezeichnet Fuchs als »Centrum eines demokratischen Kreises in München«, dem er spätestens Anfang 1938 beiträt.²³⁵ In einer Dissertation über die Anfänge der bayerischen FDP werden außer Fuchs nur zwei Mitstreiter der Münchner Widerstandsgruppe erwähnt, der Kaufmann Walter Sternfeld und der Richter Otto Bezold.²³⁶

Maximilian Fuchs war ein entschiedener Jungdemokrat, der als Frankfurter AStA-Mitglied nach der Ermordung des Außenministers Walther Rathenau gegen den Willen der Universitätsleitung die Fahne auf Halbmast gesetzt hatte.²³⁷ 1924/25 war er Generalsekretär der südbayerischen DDP.²³⁸ 1928 gründete der eigenwillige Demokrat sein Reisebüro am Münchner Maximiliansplatz mit zunächst zwei, später drei Abteilungen: »Vertretung des deutschen MER (Mitteleuropäisches Reisebüro), Hauptvertretung der französischen Eisenbahnen und Schiffahrtsgesellschaften mit Fahrkartenstock aller west- und südeuropäischen Länder« und ab 1. April 1935 »Hauptvertretung des sich ausschließlich mit der jüdischen Auswanderung befassenden Palestine- & Orient-Lloyd für den gesamten süddeutschen Raum einschl. Rheinhessen und Frankfurt a. Main.«²³⁹ Fuchs und Dehler kannten sich seit 1920 von den Jungdemokraten; beide waren Mitgründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.²⁴⁰ Insofern ist es kein Zufall, daß beide 1935 in die Robinsohn-Strassmann-Gruppe einbezogen wurden. Fuchs präsentiert sich in seinen späteren Schriften als ein bayerischer Demokrat, als Individualist, Nonkonformist und entschiedener Antifaschist,²⁴¹ dem man die standhafte geschäftliche Vertretung jüdischer und ausländischer Interessen abnimmt.

In seinen Niederschriften geht Fuchs bezeichnenderweise nicht auf seine Beteiligung am Widerstand, sondern nur auf seine Verfolgung durch das NS-Regime ein. Zum Glück verfügen wir über eine Quelle, die seine frühzeitige Arbeit im Sinne der Robinsohn-Strassmann-Gruppe belegt, nämlich die Vernehmungsprotokolle des Journalisten und Schriftstellers Dr. Arthur Rutra aus Wien, der eine Verbindung mit Fuchs schon für das Jahr 1936 bestätigt.²⁴²

Vergleich der Lokalstruktur

Vergleicht man die in Berlin, Hamburg, Kiel, Schwerin, Rostock, Wismar, Wilhelmshaven, Potsdam, Naumburg/Halle, Bamberg und München bis 1937 bestehende Lokalgruppen,²⁴³ so fallen zunächst der fortgeschrittene Ausbau der Berliner und der Hamburger Gruppen sowie die Häufung der Gruppen in Norddeutschland auf. Beides hängt eng mit den Wohnsitzen der Gründer zusammen. Die Organisation persönlicher Treffen war in einem begrenzten, verkehrstechnisch ausgebauten Gebiet wie Berlin oder Hamburg vergleichsweise einfach; zudem gab es in beiden Städten eine Fülle ehemaliger Funktionäre, Mitglieder und Anhänger der DDP und der SPD, die zunächst die Hauptansprechpartner der Gründer waren.²⁴⁴ Außerdem konzentrierten sich in beiden Großstädten zugewanderte NS-Gegner, die im Massenbetrieb besser unterzutauchen hofften.

In Mecklenburg verhielt es sich etwas anders. Hier spielte die günstige Erreichbarkeit im Fächer sowohl von Hamburg als auch von Berlin eine Rolle. Am bedeutendsten war aber sicher die hohe Motivation der Führungspersonen. Hinzu kommt, daß das Verbindungsnetz durch ehemalige Mitglieder der DDP, der SPD und der Symbolischen Großloge dreifach geschichtet war, wobei diese Mitgliedschaften sich in Einzelpersonen teilweise überschneiden.

Fast alle Verbindungsleute der Gruppe, die zugleich die Leiter eigener lokaler Gruppen waren, gehörten in der Anfangsphase ehemals der DDJ, der DDP und teilweise auch der DStP an:

Berlin: Strassmann DDJ, DDP; J. Kingma DDJ, DDP; Elsas DDP,
DStP

Hamburg: Robinsohn DDJ, DDP; Ablass DDP, DStP

Mecklenburg: Lachmund DDJ, DDP, DStP

Wilhelmshaven: Grunewald sen. DDP

Halle: Rudolf Hoernigk, DDP/DStP

Bamberg: Dehler DDJ, DDP, DStP

München: Fuchs DDJ, DDP

Von den Genannten wechselten Grunewald 1926, Lachmund 1931 zur SPD über. Aus der SPD traten in chronologischer Folge weitere lokale und überregionale Leitungsmitglieder hinzu:

Hamburg: Hermann Lange 1934

Wismar: Wolfgang Lange 1934

Hamburg: Erich Wentker um 1935

Berlin: Walter Dudek 1937, Erwin Bennewitz 1937

Potsdam: Georg Spiegel 1937

Damit weist die Übersicht über die Leiter der lokalen Einzelgruppen in der Anfangsphase 1934/35 ein deutliches Übergewicht von zehn linksliberalen zu vier sozialdemokratischen Führungsmitgliedern auf (die beiden von der DDP zur SPD Übergetretenen werden bei beiden Parteien mitgerechnet). Dieses Zahlenverhältnis entspricht zu Beginn auch ungefähr dem in der Führungsgruppe,²⁴⁵ wo allerdings die linksliberale Dominanz noch ausgeprägter war. Es entspricht auch der politischen Struktur der einzelnen Gruppen: 1) Rein linksliberal oder weit überwiegend linksliberal waren die Führungsgruppe, die Berliner Elsas-Gruppe, die Hamburger Gruppen Verein der Hafenfrennde und Q, die Rostocker und die Münchner Gruppe, zusammen sechs Gruppen. 2) Rein sozialdemokratisch oder weit überwiegend sozialdemokratisch waren die Berliner Bennewitz-Gruppe, die Hamburger Wentker-Gruppe, die Wismarer, die Wilhelmshavener und die Potsdamer Gruppe, zusammen fünf Gruppen, von denen zwei erst 1937 hinzukamen. 3) Linksliberal-sozialdemokratisch gemischte Gruppen waren die Hamburger Robinsohn-Gruppe, die Verbindung Hermann Langes zum illegalen Führungskreis der Hamburger Lehrgewerkschaft, die Mecklenburger Gruppe (unter Einschluß von Rostock und Wismar), mit Einschränkungen²⁴⁶ auch die Berliner Bewag-Gruppe und die Kieler Gruppe (zusammen fünf Gruppen).

Aus diesem Schema fällt die Bamberger Gruppe heraus. Zwar war auch Thomas Dehler ein entschiedener Linksliberaler, aber darüber hinaus ist die Gruppe eher von der Beteiligung des politischen Katholizismus geprägt (diese Aussage gilt allerdings bis 1937 nur bedingt). Dehlers regionale und überregionale Verbindungen in Franken und ganz Bayern sind wiederum fast ausschließlich linksliberal.²⁴⁷ Auch die Struktur der Naumberger Gruppe mit ihrer starken Stahlhelm-Vertretung unterscheidet sich deutlich von den übrigen Gruppen.

Nach den bisherigen Angaben war der Linksliberalismus das entscheidende Rekrutierungsreservoir für die ersten Verbindungsleute, was sich wiederum prägend auf die einzelnen Gruppen ausgewirkt hat. Sehr deutlich wird auch die Einbeziehung von Sozialdemokraten in Norddeutschland (Hamburg, Wismar, Wilhelmshaven, auch Kiel), die bis 1937 durch Sozialdemokraten aus Harburg (Wentker, Dudek) und durch die Verbindungen von Bennewitz in Berlin und Potsdam eine entscheidende Verstärkung erfuhr. Möglicherweise geht der Satz, die Gruppe müsse die Arbeiterschaft gewinnen, auf dieses Jahr zurück.²⁴⁸

Die parteipolitische Übersicht gibt ein unvollständiges Bild, wenn nicht die Freimaurerverbindungen mit einbezogen werden. Diese lassen sich bisher feststellen in Schwerin (sowie in der Person Hans Lachmunds, der an wechselnden Orten wohnte), in Rostock, Dömitz, Hamburg, Kiel, Stettin und Bamberg. Es handelt sich um Verbindungen zur Symbolischen Groß-

loge (Schwerin, incl. der Wohnorte Lachmunds, Rostock, Dömitz), zur Aufgehenden Sonne (Hamburg, Kiel, Stettin) und zur Großloge zur Sonne (Bamberg). Diese drei humanitären bzw. Reformlogen hatten sich als pazifistisch-demokratische Großlogen im Frühling 1933 aufgelöst, um jedem Anpassungsdruck durch das NS-Regime zu entgehen. Dabei sollte berücksichtigt werden, daß die drei christlich-nationalen Altpreußischen Großlogen 1933 53073 Mitglieder hatten, die sechs humanitären 30737 (davon die Großloge zur Sonne 3583) und die Reformgroßlogen 2350 (Symbolische Großloge 1000, Aufgehende Sonne 1350).²⁴⁹ Die freimaurerischen Mitglieder der Robinsohn-Strassmann-Gruppe rekrutierten sich also, soweit bekannt, aus einer zahlenmäßig kleinen Minderheit der deutschen Freimaurerei.

Soziologisch gesehen repräsentiert die bisher besprochene Führungsschicht der Gruppe durchweg die breite Mittelschicht von Selbständigen, Angestellten und Beamten. Das Führungspersonal der Gruppe läßt sich wie folgt differenzieren:

	Führungsgr. ¹	Robinsohn-Gr.	Lokalgr.-Leiter
<i>Juristen</i>	4	1	7
– davon Richter	(2)	(–)	(2)
– davon Anwälte	(–)	(1)	(3)
<i>Selbständige</i> ²	2	1	3
– davon Handel	(2)	(1)	(2)
– davon Handwerk	(–)	(–)	(1)
– davon Dienstleistung	(–)	(–)	(1)
<i>Angestellte</i>	4	2	3
– davon wiss. Mitarb.	(1)	(–)	(–)
<i>Beamte (nur Lehrer)</i>	–	3	1
<i>1933 entlassene politische Beamte</i>	3	1	4

1. Ohne den Journalisten Oskar Stark, der nur 1934–1935 mitwirkte.

2. Außer Rechtsanwälten.

Arbeiter sind im Führungspersonal überhaupt nicht vertreten; auch unter den übrigen Mitgliedern der Einzelgruppen sind kaum Arbeiter bekannt, wobei numerisch kaum ins Gewicht fallende Ausnahmen bei der Gruppe Q (1 Arbeiter), bei Bocks Verbindung nach Kiel (1), bei Wolfgang Langes Wismarer Gruppe (1) und bei den Bennewitz-Gruppen (6) zu machen sind. Allerdings ist gerade im sozialdemokratischen Bereich der Gruppe eine unbekannte Anzahl von Arbeitern anzunehmen. Die Robin-

sohn-Strassmann-Gruppe insgesamt repräsentiert also, soziologisch gesehen, eine breite Mittelschicht, wobei die Dominanz der demokratisch gesinnten Juristen, die nicht bereit waren, ihre rechtsstaatlichen Prinzipien aus Karrieregründen zu opfern, im Führungspersonal der verschiedenen Gruppen besonders auffällt.

Da der Nationalsozialismus eine aggressive rassistische, insbesondere antisemitische Politik verfolgte, ist die Frage nach den Glaubens- und »Rassejuden«, den sog. »Halb-« und »Vierteljuden« und den jüdisch verheirateten Führungsmitgliedern in den beteiligten Gruppen zu stellen.²⁵⁰ Im Führungspersonal gibt es mit Robinsohn einen Juden, der zwar in religiösen Fragen indifferent war, aber Mitglied der liberalen Hamburger Synagoge blieb.²⁵¹ Auf Strassmanns im rassistischen Sinne unklare Abstammung wurde schon eingegangen; da er von einem Juden adoptiert war, war er den Nationalsozialisten verdächtig. Im rassistischen Sinne »Volljude« war Fritz Elsas, der als junger Mann zum Christentum übergetreten war, in der NS-Zeit aber nur durch seine »privilegierte Mischehe« mit einer Nichtjüdin geschützt wurde.²⁵² Umgekehrt war es bei dem Berliner Führungsmitglied Pagel, einem evangelischen Christen, und dem Bamberger Katholiken Dehler, die beide mit Jüdinnen verheiratet waren. Während Pagel aus Sicherheitsgründen seine Kinder schon ein halbes Jahr nach Erlaß der Nürnberger Rassengesetze und seine Frau ein halbes Jahr nach der Reichspogromnacht nach England emigrieren ließ, selbst aber im Reich zurückblieb, behielt Dehler seine Frau und seine Tochter bei sich. Zwar gelang es Dehler, beide zu schützen, und einige Geschwister seiner Frau konnten rechtzeitig emigrieren, aber andere ihrer Angehörigen kamen in Konzentrationslagern um.²⁵³ Die rassistische NS-Politik schuf auf grausame Weise eine direkte Betroffenheit eines Teils der Führungsmitglieder, hatte aber auch zur Folge, daß viel Kraft und Zeit nicht nur für die Organisation des Widerstands, sondern für die Abwehr antisemitischer Maßnahmen auf Beteiligte aufgewandt werden mußten. Wie bei Robinsohn und Strassmann schon ausführlich dargestellt, weisen die jüdischen Verknüpfungen der Gruppe soziologisch auf die assimilierte Mittelschicht hin.

Ist nun die Gruppe als religiös indifferent anzusehen? Das religiöse Spektrum ist sicherlich beträchtlich. Unter den christlichen Konfessionen sind vertreten: evangelisch-lutherische Personen wie Hans Lachmund, Wolfgang Lange (Wismar), die Brüder Hoernigk (Naumburg); katholische wie Dehler und die Bamberger; Mennoniten²⁵⁴ wie die Brüder Kingma; Quäker wie Margarethe Lachmund. Hinzu kommen indifferente Juden wie Hans Robinsohn; Freidenker, Agnostiker und Atheisten wie Gustav Krause, Erich Wentker und Erwin Bennewitz. Geistliche wie der religiöse Sozialist Kleinschmidt, der Vikar und Pfarrer Robert Lansemann (BK) oder die katholischen Vertrauensleute Thomas Dehlers sind nur selten ver-

treten. Es fällt auf, daß eine Gruppe völlig fehlt, die in den verschiedenen lokalen und überregionalen Darstellungen des Widerstands in der Regel berücksichtigt wird: die Zeugen Jehovas.²⁵⁵ Diese sind gekennzeichnet durch ein fanatisches, doktrinäres und autoritäres Weltbild, das jeglichen liberalen, emanzipatorischen Bestrebungen entgegensteht.²⁵⁶ Dies ist der eigentliche Gegensatz: hier das liberale, weltoffene Selbst-, Welt- und Religionsverständnis bzw. ein ebensolcher Atheismus, dort ein geschlossenes, autoritäres Verständnis.

Aus den Lebensläufen der an der Robinsohn-Strassmann-Gruppe Beteiligten wird deutlich, daß vielen die religiöse Haltung und die Mitgliedschaft in einer bestimmten Glaubensgemeinschaft ein tiefes inneres Bedürfnis war, das ihnen die Kraft für den Widerstand gegen den übermächtig erscheinenden NS-Staat gab. Dies zeigt sich auch an den Übertritten in andere Kirchen: Margarethe Lachmund um 1925 von der evangelischen Kirche zur Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker), Walter Dudek 1933 von der evangelischen Kirche zum Katholizismus. Auch die Dissidenten, die ihre Kirche verließen, ohne sich einer anderen anzuschließen, haben sich zunächst mit Glaubensfragen auseinandersetzen müssen, wobei häufig die deutschnationale, später teils nationalsozialistische Orientierung der evangelischen Kirche eine Rolle spielte.²⁵⁷ Dies gilt besonders für einige Mitglieder der Reformlogen und der SPD.

Als vorläufiges Resümee ist festzuhalten, daß eine liberaldemokratische Widerstandsgruppe sich etablierte, die soziologisch aus dem selbständigen und abhängig beschäftigten Bürgertum stammte; die ein linksliberales und sozialdemokratisches Milieu repräsentierte; die sich konfessionell im religiös-liberalen, agnostischen oder atheistischen Verständnis traf; die bestrebt war, sich reichsweit zu organisieren und für den »Tag danach« zur Verfügung zu stehen. Es etablierte sich mit anderen Worten eine Gruppe, wie sie in der breiten Literatur über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus bisher nicht vertreten ist.

4. »Heroische Oppositionstaten sind jetzt zwecklos«: Beziehungen zu anderen Teilen der Opposition bis 1937

Einer Gruppe, die sich im wesentlichen auf ehemalige DDP-Mitglieder stützte, mußte bei dem geringen gesellschaftlichen Rückhalt dieser Partei in der Endphase der Weimarer Republik eine Breitenwirkung in oppositionellen Volkskreisen versagt bleiben. Daher war der Führungsgruppe daran gelegen, Fäden zu anderen Gruppen zu knüpfen, mit denen sie gemeinsam auf den Sturz des Regimes hinarbeiten konnte. Hinzu kam, daß die potentiell putschbereiten Militärs von der Existenz einer zahlenmäßig und gesellschaftlich relevanten Opposition überzeugt werden mußten. Deshalb begann die Gruppe im Jahr 1937, ihre Außenbeziehungen zu intensivieren, und setzte diese Bemühungen in den folgenden Jahren noch fort.

Sozialdemokratische Führungspersönlichkeiten

Über die engen Beziehungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe zu einzelnen sozialdemokratischen Gruppen und Persönlichkeiten hinaus gab es Verbindungen mit höheren Ebenen des sozialdemokratischen Widerstands. Hier spielt insbesondere ein enger Verbindungsmann des Berliner SAJ-Funktionärs Erwin Bennewitz eine Rolle, der langjährige Angestellte des SPD-Parteivorstandes Fritz Neubecker. Schon als Leiter des Jungban-

ners in Berlin-Kreuzberg und als Kameradschaftsführer des Reichsbanners in Berlin-Tempelhof war Neubecker maßgeblich an der »Bildung einer Widerstandsgruppe mit waffentechnischer Ausbildung« beteiligt gewesen.¹ Nach dem Verbot der SPD 1933 hielt Neubecker direkten Kontakt zu dem illegalen Parteivorstand im Reich, zu dem auch sein Schwiegervater, der frühere »Vorwärts«-Redakteur Franz Kühls, gehörte, fuhr als Kurier nach Kopenhagen und hatte über Mittelsmänner Verbindung mit dem Vorstand der Sopade in Prag. Die Folge war eine zehnmonatige Untersuchungshaft und ein Verfahren vor dem Reichsgericht, in dem Neubecker freigesprochen, sein Schwiegervater und ein ehemaliger Parteisekretär aber zu Haftstrafen von je zwei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt wurden.² Franz Klühs überlebte die Haft nicht, seine Frau Gertrud arbeitete jedoch weiter für den Zusammenhalt der Sozialdemokraten.³

Neubecker hatte auch ständige Verbindung mit dem ehemaligen Reichsvorsitzenden der SAJ und Vorstandsmitglied der SPD Max Westphal, der ebenfalls in Tempelhof wohnte. Als prominenter Sozialdemokrat erhielt Westphal jedoch trotz seiner schweren Verletzung aus dem Ersten Weltkrieg keine Arbeiterlaubnis für körperlich leichte Arbeiten, so daß der Einarmige mit einem Fahrrad und schwer beladenem Anhänger Kunden besuchen mußte, um Kaffee, Tee, Schokolade, Bonbons und Kekse zu verkaufen, was zugleich eine hervorragende Tarnung für seine permanente Kuriertätigkeit innerhalb Berlins war.⁴ Westphal hatte 1933 die Organisierung des sozialdemokratischen Widerstands im Reich durch die emigrierte Sopade abgelehnt, den Führungsanspruch der illegalen SPD-Reichsleitung, die dem Prager Vorstand angeschlossen war, bestritten und sich für den eigenständigen Widerstand der im Reich verbliebenen Sozialdemokraten eingesetzt, um das Entdeckungsrisiko zu vermindern und der NS-Behauptung von der Förderung des Widerstands durch die Feinde Deutschlands zu begegnen – eine Position, die mit der der Robinsohn-Strassmann-Gruppe übereinstimmte. Mit der Emigration bzw. der Verhaftung der Mitglieder der illegalen Reichsleitung 1933/34 wurde dieses Problem im Sinne Westphals entschieden.⁵

Von den vielfältigen Verbindungen, die Max Westphal in der NS-Zeit aufrecht erhielt, sei der »Skatklub« erwähnt, eine harmlos getarnte Runde, zu der neben Westphal das Vorstandsmitglied des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Angestellten und langjährige Tempelhofer und Berliner Stadtverordnete Otto Burgemeister, der aus Schlesien stammende SPD-Funktionär Fritz Ohlig und Erich Broschke zählten. Auf den vierzehntäglichen Treffen tauschten sie Informationen aus und diskutierten die Lage. Zu den Kaffeekunden und dem Freundeskreis Max Westphals gehörten auch der ehemalige hessische Innenminister Wilhelm Leuschner,

der einstige hamburgische Bürgerschaftsabgeordnete Gustav Dahrendorf und die früheren SAJ-Vorstandskollegen August und Lisa Albrecht.⁶

Eine Erweiterung der sozialdemokratischen Verbindungen ergab sich durch den Einsatz der Quäkerin Margarethe Lachmund für politisch Inhaftierte. Sie konnte dabei von dem guten Namen profitieren, den die Quäker durch die Massenspeisungen deutscher Kinder nach dem Ersten Weltkrieg auch in nationalistischen Kreisen gewonnen hatten. Im Sommer 1937 besuchte Margarethe Lachmund für sechs Wochen die USA, um an einem internationalen Quäerkongreß in Swarthmoore teilzunehmen.⁷ Diese Reise nutzte sie für Besprechungen über eine Befreiungsaktion für den seit 1933 im Konzentrationslager festgehaltenen SPD-Reichstagsabgeordneten Carlo Mierendorff. Dafür kamen besonders zwei Sozialdemokraten in Betracht: der Historiker Alfred Vagts, der als einstiges Mitglied des Klubs vom 3. Oktober und als Kommilitone und Freund Mierendorffs besonderes Engagement versprach, und der ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete Wilhelm Sollmann, der gerade erst 1937 aus England in die USA weiteremigriert war, selbst zu den Quäkern gehörte und an einem Quäker-College in Pennsylvania Dozent für Politikwissenschaft und internationale Politik war. Auf Vagts' Anregung unterblieb die Kampagne für Mierendorff aus Vorsicht.⁸

Auf der Rückreise machte Margarethe Lachmund vier Tage in New York Station, wo ein alter Freund ihrer Familie, der Professor Karl Llewellyn, lebte. Über das Treffen am 20. September 1937 vermerkte Vagts in seinem Tagebuch:⁹ »Begegnung mit einer deutschen Quäkerin, von Freunden mir zugewiesen, die dabei sind, die linksbürgerliche Opposition in Dtschld aufzubauen.« Im übrigen schwieg er sich über Mierendorff aus. Dagegen enthalten Hans Robinsohns Briefe aus Kopenhagen an Vagts Andeutungen:¹⁰ »Ich sprach vor einigen Wochen Haubach, der seit einem Jahr frei ist. Es geht ihm gut und ich bewundere seine Elastizität und Standkraft mit ganzem Herzen. Wir sprachen auch über Mierendorff, dessen größtes Unglück die immer wieder für ihn unternommene Moskauer Radiopropaganda ist, die ihn häufig mit Thälmann zusammen als Vorkämpfer gegen den Faschismus feiert. Ihre Hinweise in dieser Sache werden befolgt werden.« (9. Oktober 1937) »Es wird übrigens in der Sache C. M. wieder etwas unternommen, worauf meine Freunde etwas mehr Hoffnung setzen.« (30. November 1937)

Später teilte Margarethe Lachmund Vagts mit, daß sie nach der USA-Reise noch einige Schritte in internationalen Quäerkreisen unternommen hatte, um Mierendorffs Freilassung zu erreichen, dann aber auf weitere Bemühungen verzichten konnte, da er inzwischen entlassen worden war.¹¹ Bei ihrem Einsatz für Mierendorff arbeitete sie 1937/38 mit den prominenten Sozialdemokraten Theodor Haubach, Ernst von Harnack und Julius

Leber bzw. seiner Frau Annedore zusammen. Eine Warnung Annedore Lebers, »daß jeder Schritt in der Öffentlichkeit im Augenblick geradezu verhängnisvoll für Mierendorff sein würde«, konnte Margarethe Lachmund unmittelbar an Vagts und die Quäker weiterleiten.¹² Solche humanitären Aktionen schufen Vertrauen für die eigentliche Widerstandsarbeit Strassmanns mit den Genannten.¹³ Die Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe führten also ab 1937/38 in das Zentrum des sozialdemokratischen Widerstands.

Wie in den Abschnitten über die Hamburger Wentker-Gruppe und die Kieler Reformfreimaurer-Gruppe schon erwähnt wurde, gab es unabhängig von Robinsohns dänischen Kontakten Verbindungen der Hamburger Sozialdemokraten Erich Wentker und Wilhelm Bock über Kieler Stellen nach Dänemark. Wentkers Verbindungsmann, der Malermeister Gustav Krause von der Kieler Loge »Freie Nordmark«, konnte unauffällig im eigenen Personenwagen über die deutsch-dänische Grenze nach Gråsten (Gravenstein) fahren.¹⁴ Der einstige Beisitzer im Landesvorstand der Hamburger SPD, Wilhelm Bock, reiste im Oktober 1937 nach Kopenhagen, wo er seinen Parteifreund und Reformfreimaurerbruder Professor Walter Berendsohn,¹⁵ den Leiter des Grenzsekretariats Kopenhagen der Sopade, Richard Hansen, und Paul Riechert aus Heide traf, der vor seiner Flucht aus Deutschland 1933 pazifistische Literatur verlegt und gedruckt hatte.¹⁶ 1938 wurde Bock verhaftet, 1940 starb er im KL Sachsenhausen.

Insgesamt zeigt sich, daß die Kurierere der Gruppe die Zusammenarbeit mit führenden sozialdemokratischen Emigranten in Dänemark, England und den USA suchten und daß sie dabei besonders nach Dänemark regelmäßige Reisen unternahmen. Die Rolle Richard Hansens als Leiter des Kopenhagener Grenzlandsbüros der Sopade war der Gestapo wohlbekannt.¹⁷ Professor Walter Berendsohn nennen verschiedene Quellen als Adressaten der Kurierere; er war offenbar eine unverdächtigere Anlaufperson als der von NS-Spitzeln überwachte Hansen, so daß er mit Informationen, die für die Veröffentlichung im Ausland bestimmt waren, versorgt wurde.¹⁸

Rückendeckung durch die Abwehr

Die Abwehr mit Admiral Canaris an der Spitze hat einen guten Ruf, was ihre Bedeutung für den deutschen Widerstand angeht. Tatsächlich sind ihre Koordinations- und Deckungsfunktionen für bedeutende Gruppen und Persönlichkeiten nicht hoch genug einzuschätzen; dazu zählen der Kreisauer Kreis, die Gruppe Schulze-Boysen/Harnack (Rote Kapelle), die Goerdeler-Gruppe und Einzelpersonen wie der Theologe Dietrich Bon-

hoeffler, der Industrielle Eduard Schulte und der Rechtsanwalt Josef Müller.¹⁹ Das Bild von der Abwehr würde einseitig verzeichnet, wenn sie als geschlossene Oppositionsgruppe bezeichnet würde; vielmehr verliefen ihre Hauptaktivitäten weiterhin und im Zweiten Weltkrieg verstärkt regimekonform,²⁰ während eine kleine, aber in zentraler Position befindliche Verschwörergruppe innerhalb der Abwehr Widerstandsaktivitäten entfaltete. Die Verschwörer befanden sich insbesondere in der Zentralabteilung, die seit 1938 von Hans Oster geleitet wurde.²¹ Paradoxerweise schuf gerade die systemkonforme Arbeit Freiräume für oppositionelle Aktivitäten.

Je ausgedehnter die Aktivitäten Strassmanns wurden, desto attraktiver wurde die Möglichkeit einer Absicherung durch die Abwehr.²² Abgesehen von allgemeinen Aussagen verschiedener Beteiligter über die Verbindung der Berliner Zentrale mit der oppositionellen Spitze der Abwehr,²³ sind wir über die Frühphase dieses Kontakts nur durch Strassmanns Mitarbeiter Frank Hoernigk informiert, an dessen Glaubwürdigkeit keine Zweifel bestehen.²⁴

Die Verbindung Ernst Strassmanns mit dem Oberstleutnant Hans Oster bestand nach Hoernigks Angaben vielleicht schon im Frühjahr 1936, als er der Robinsohn-Strassmann-Gruppe beitrug, wurde aber spätestens im folgenden Jahr hergestellt. Sie führte dazu, daß Strassmann in den Monaten zwischen der Offenlegung von Hitlers Aggressionspolitik am 5. November 1937 und dem Ende der Österreich- bzw. der Fritsch/Blomberg-Krise im März/April 1938 von Oster verstärkt herangezogen wurde. Dabei kam es schon 1937 zu einem Treffen zwischen Admiral Canaris als Leiter der Abwehr und seinem Mitarbeiter Oster auf der einen und dem Landgerichtsrat Ernst Strassmann sowie dem Rechtsreferendar Frank Hoernigk auf der anderen Seite, außerdem zu verschiedenen Treffen Strassmanns und Hoernigks mit Oster.²⁵ Hoernigk hatte dabei die Funktion eines Adjutanten Strassmanns, war also kein gleichwertig beteiligter Gesprächspartner. Wie schwer Strassmann die Zusammenarbeit mit Canaris gefallen sein muß, geht aus einer Charakterisierung des Abwehrchefs durch Egon Bandmann, Mitgründer des Klubs vom 3. Oktober, als »Liebknechtmörder«²⁶ hervor. Zugleich zeigt sich hier der unbedingte Wille, um der Größe der gesetzten Aufgabe willen auch ungeliebte Koalitionen einzugehen.

Die Verbindung zwischen Strassmann und der Abwehr blieb nicht auf informeller Ebene; vielmehr wurde er von der Abwehr mit Aufträgen versehen, u. a. der Aufnahme von Verbindungen in Österreich in den Monaten vor dessen Anschluß an das Deutsche Reich.²⁷ Strassmann führte der Abwehr Mitarbeiter zu, von deren oppositioneller Einstellung er sich überzeugt hatte, und wurde von Canaris und vor allem Oster beauftragt, bei bestimmten Leuten hinsichtlich ihrer Einsetzbarkeit vorzufühlen.

Wirtschaft: Der Reusch-Kreis

Auf die unterschiedliche Einschätzung der Haltung der Wirtschaft zur NSDAP und zum NS-Staat soll hier nicht eingegangen werden.²⁸ Mit Hans Robinsohn entstammte ein Führungsmitglied der Gruppe selbst den wirtschaftlich tätigen Kreisen der oberen Mittelschicht. Auf die Verbindungen mit dem Stuttgarter Kreis um Robert Bosch (Bosch-Konzern), mit dem Abteilungsleiter der Reichskreditgesellschaft Dr. Franz Grüger,²⁹ mit dem ehemaligen Geschäftsführer des Hansa-Bundes Dr. Hans Reif, mit dem kaufmännischen Direktor der Rostocker Neptun-Werft Horst Klawitter sowie mit dem Hamburger Rechtsanwalt Karl Fritz, der Kontakte in den Reichsnährstand hatte, ist schon eingegangen worden.

Grundlage für die folgenden Ausführungen ist ein elfseitiges Memorandum,³⁰ das Robinsohn etwa 1937/38 an seinen Vertrauensmann in Dömitz, den Elbeschiffer Paul Reichert, gab. Es hat weder Überschrift noch Autorennamen oder Datum. Mit dem Auftauchen von Robinsohns Bericht No. 1 und weiteren Exemplaren der Denkschrift in britischen Archiven³¹ ist nun die Datierung und die Klärung der Verfasserschaft einfacher geworden. In seinem Bericht No. 1 schreibt Robinsohn, das Memorandum stamme »aus einem Kreis von Industriesyndici um die Herren Krupp[,] Bosch (I. G.) und andere herum« und habe »vor einigen Monaten« kursiert.³² Da der Bericht No. 1 als Anlage zu Robinsohns Brief an Vagts vom 9. Oktober 1937 versandt wurde, wird das Memorandum im Frühling dieses Jahres zirkuliert sein.³³

Die Identität des im Bericht No. 1 erwähnten Memorandums mit dem 1937/38 an Reichert gegebenen geht eindeutig aus einem sinngemäßen längeren Zitat in dem Bericht hervor.³⁴ Die Übereinstimmungen im Gedankengang und teilweise sogar in der Diktion beweisen, daß die Denkschrift Textgrundlage für die in Robinsohns Bericht No. 1 zitierte Stelle war.

Auslöser der Denkschrift war General von Fritsch. Da er Görings optimistische Erwartungen im Hinblick auf den Vierjahresplan nicht teilte, wandte er sich an Goerdeler, der ihm eine faßliche Einschätzung versprach. Goerdeler³⁵ orientierte nun seine Freunde in der Schwerindustrie, insbesondere Albert Vögler, der damit einverstanden war, daß die Denkschrift mit Hilfe der Akten aus dem Vorstand und dem Verwaltungsstab der »Association of Heavy Industries«³⁶ ausgearbeitet werde. Vermutlich handelte es sich um das Aktenmaterial der Hauptgruppe IV der Reichsgruppe Industrie mit Sitz in Essen, zuständig für Steine und Erden, Bau-, Holzverarbeitungs-, Glas, keramische und Sägeindustrie, deren Vorsitz Vögler hatte.³⁷ Ein einziges erhaltenes Exemplar des Memorandums trägt den Titel:³⁸ »Stellungnahme der rheinisch-westfälischen Industriellen zur derzeitigen Wirtschaftslage.« Wenn das Memorandum jedoch die Auffassungen der

rheinisch-westfälischen Industriellen wiedergeben sollte, muß es mit Ruhr-industriellen abgestimmt worden sein. Ein Kreis, in dem sich Industriesyndici aus dem Umfeld von Vögler, Carl Bosch/IG Farben und Gustav Krupp von Bohlen und Halbach trafen, war der Reusch-Kreis,³⁹ eine Gruppe von Magnaten aus Industrie und industriell betriebener Landwirtschaft, die in erster Linie wirtschaftlich, ferner aber auch politisch mit Reusch übereinstimmten.⁴⁰ Diese Runde traf sich insbesondere mit zwei, sich teils überschneidenden Kreisen, der Ruhrlade⁴¹ als informellem Klub deutscher Montanindustrieller und der Vereinigung »Industrie und Landwirtschaft«,⁴² die sich seit Mitte der zwanziger Jahre mit der Förderung der Landwirtschaftstechnik befaßte. Wenn Robinsohn von »Industriesyndici« um Krupp und Carl Bosch schreibt, läßt das eher auf die Ruhrlade schließen. Andererseits liegt kein Grund vor anzunehmen, das Memorandum sei nicht auch im Bereich der Großlandwirtschaft bekannt geworden. Die oppositionelle Haltung der Haniel-Gruppe, in der Reusch als Generaldirektor der Gutehoffnungshütte führend tätig war, wurde auch in den Deutschland-Berichten der Sopade vermerkt, was auf eine gemeinsame Quelle mit Robinsohns Angabe schließen läßt.⁴³

Die Denkschrift ist in sieben sehr unterschiedlich lange Teile gegliedert:

I. Deutschlands wirtschaftliche Grenzen sind bestimmt durch den Rohstoffmangel, die nicht ausreichenden Nahrungs- und Futtermittel und den zu kleinen Binnenmarkt.

II. Die Staatskonjunktur der Jahre 1933–1936 hat zu einem Kapitaleinsatz von schätzungsweise 35 bis 40 Milliarden RM geführt.

III. Die Staatskonjunktur bewirkt einen Substanzverbrauch, aus dem Deutschland nur durch einen politischen und wirtschaftlichen Schlußstrich (eine »Bilanz«) herauskommt; dafür muß Deutschland ein Rechtsstaat werden und in ein internationales Vertragssystem eingegliedert sein.

IV. Die Wirtschaftsbilanz erfordert die Wiederherstellung eines geordneten Budgets, was wegen des unbekanntenen Militäretats, der Aufblähung des Beamtenapparates (einschließlich der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen) und der ungewissen Zinslast aufgrund der öffentlichen Verschuldung nicht erreicht werden kann. »Es wird ersichtlich, daß ein ordentlicher Etat für die Staatsverwaltung erst dann aufgestellt werden kann, wenn im Zuge einer Grundentscheidung die endgültige innerpolitische Gestaltung der Staatsverwaltung möglich wird, und der Staat aus einer Wirtschaftsbetätigung in diesem Umfang ausscheidet, und die Privatwirtschaft wieder einschaltet.«⁴⁴

V. Die Instabilität der Staatsfinanzen und des Budgets wird auch durch die labile wirtschaftliche Lage erzeugt. Die Agrarpolitik der letzten vier Jahre, die an der Abhängigkeit von Importen nichts ändern konnte, war

falsch. Deutschlands natürliche Wirtschaftsverfassung erfordert Importe von Nahrungsmitteln und Rohstoffen und Exporte hochwertiger Industrieprodukte. Auch die Ersatzstoffproduktion kann Deutschlands Abhängigkeit von Importen nicht beseitigen, die z. B. bei Erzen im Schnitt 50 % beträgt. Der einzige Entlastungsfaktor dafür ist der Export, der durch die Reglementierung der deutschen Wirtschaft und durch die wirtschaftliche Annäherung dritter Staaten untereinander behindert wird. Die Autarkiepolitik führt zu Exportverlusten, die in Exporte um jeden Preis münden müssen. »Bevor eine Lösung in unserer wirtschaftlichen Zwangslage möglich ist, eine Lösung, die nur auf internationaler Linie liegen wird, muß Deutschland die interne Staatswirtschaft weiterbetreiben mit den nachfolgend gekennzeichneten Wirkungen auf den Kredit und die Währung.« (S. 6)

VI. Die Staatskonjunktur erforderte bisher einen Finanzaufwand an Staatsanleihen und Krediten von etwa 25 Milliarden RM, die weitgehend in unproduktive Investitionen geflossen sind und die Mobilität des Geld- und Kapitalmarkts eingeschränkt haben. Zwar erscheint die Bereitstellung weiteren Investitionskapitals kreditpolitisch lösbar, aber damit wächst die Gefahr für die Notenbank (Inflation) und den Kreditapparat (Aushöhlung des Sparstocks). »Wirtschaftlich bedeutet diese Kreditinflation des Staats eine weitere Überführung der Privatwirtschaft in die Hände des Staats« (S. 7), und zwar besonders bei der Rüstungsindustrie und den Banken. Die kostenintensiven, unrentablen Investitionen des Vierjahresplans werden diese negativen Tendenzen verstärken.

VII. Die deutsche Währung »ist mangels jeder Deckung für das Ausland ein reines Abrechnungsmittel mit der Wertziffer 100 für das Ausland und eine blockierte Valuta« (ebd.). Durch die unproduktiven Ausgaben für Bau- und Rüstungsindustrie, für Agrar- und Rohstoffautarkie, durch den Valutaexport und die Qualitätsverschlechterung hat die Kaufkraft bisher um etwa 40 % nachgelassen. Die Ausgaben für den Vierjahresplan, die Exportverluste und die steigenden Löhne werden die Preise steigen lassen, so daß die Währung in die Gefahrenzone gerät. Eine tragbare Währungsordnung ist unter den gegebenen und fortwirkenden Umständen unmöglich. Die Wiederherstellung einer stabilen deutschen Währung erfordert (1) die Stundung oder Streichung der Auslandsschulden und (2) die Einräumung neuer Auslandskredite zum Bezug von Rohstoffen und (3) zur Schaffung eines Gold- und Devisenfonds als Spitzenausgleich bei Zahlungsbilanzdefiziten. Entscheidende Voraussetzung für den Aufbau der Währung ist (4) der Export, für den große Absatzmärkte bereitstehen müßten. Die Aussichten für die Verwirklichung dieser Voraussetzungen sind gering. Deutschland müßte seine außen- und wirtschaftspolitische Isolationspolitik aufgeben und in ein internationales Vertragssystem eintreten. Als theo-

retisches Lösungsmodell für die Einordnung in ein internationales Währungssystem werden Grundzüge eines Finanz- und Wirtschaftsabkommens zwischen den USA und Deutschland skizziert, das den vier genannten Bedingungen entspricht. »Abgesehen von den politischen Fragen, wie dem Erlaß einer neuen Verfassung, einer Verständigung über die außenpolitischen Vertragsbeziehungen Deutschlands, sind mit dieser Währungsordnung untrennbar verbunden gleichzeitig die Ordnung des Budgets und damit die Überleitung großer Teile der Staatswirtschaft in die Privatwirtschaft.« (S. 11) Für eine Umsetzung dieser Konzeption in praktische Politik sieht das Memorandum keine Möglichkeiten, was indirekt die Frage nach einem Umsturz aufwirft.

Das Memorandum enthält nicht nur in der Frage der Rückkehr zum Rechtsstaat, sondern auch in wirtschafts-, handels- und finanzpolitischen Fragen eine beträchtliche Übereinstimmung mit der Programmatik der Robinsohn-Strassmann-Gruppe. Die Errichtung eines geordneten Budgets, die Rückkehr zu einer stabilen, konvertierbaren Währung, die Revision der Agrarpolitik, der Verzicht auf die Ersatzstoffindustrie und die Öffnung für den Welthandel sind Positionen, die sich im Programm der Gruppe wiederfinden. Was im Memorandum der Industriellen bezeichnenderweise fehlt, ist die soziale Dimension.

Die Forderungen des Memorandums passen in die historische Situation der Jahre 1936/37, als Hjalmar Schacht noch als Wirtschaftsminister fungierte, Göring aber bereits als Beauftragter für den Vierjahresplan amtierte.⁴⁵ Die beiden Politiker repräsentierten gegensätzliche Modelle der Wirtschafts- und Rüstungspolitik. Schacht forderte die Anpassung der Aufrüstung an die monetären Möglichkeiten; dies bedeutete eine Streckung und Beschränkung des Rüstungsprogramms zugunsten eines intensiveren Außenhandels. Göring vertrat mit Rückendeckung aus der Wehrmacht und der Rüstungsindustrie eine von umfassenden Rüstungsplänen bestimmte Aufrüstung,⁴⁶ woran auch ersichtlich ist, daß die Haltung der Rüstungsindustrie keineswegs einheitlich war. Vor allem hatte er aber Hitler auf seiner Seite, der mit seiner Denkschrift über die Aufgaben des Vierjahresplans vom August 1936 die hemmungslose Aufrüstung gefordert hatte:⁴⁷ »Ich stelle damit folgende Aufgabe: I. Die deutsche Armee muß in vier Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muß in vier Jahren kriegsfähig sein.«

Bei der Auseinandersetzung zwischen dem konventionellen Sektor der öffentlichen Wirtschaft und der Wirtschaftsbürokratie einerseits und dem revolutionär neuen Sektor der NS-Parteiwirtschaft andererseits ging es, wie kürzlich nachgewiesen wurde,⁴⁸ nicht um bloße Konkurrenz, sondern um eine diametral gegensätzliche Politik. Die Eisen- und Stahlindustrie wollte sich die Kontrolle der Rüstung gegen die Wehrmacht sichern, was

im Mai 1937 zur Kontingentierung des Eisen- und Stahlverbrauchs führte, woran die hochfliegende Rüstungsplanung der Wehrmacht zu scheitern drohte. Die Folgen dieser Auseinandersetzungen waren auf politischem Gebiet die Entlassung Schachts als Wirtschaftsminister im November 1937, auf wirtschaftlichem Gebiet die verstärkte Förderung der alternativen Grundstoffproduzenten im Rahmen des Vierjahresplanes, insbesondere der I. G. Farben und der Hermann-Göring-Werke, um das Grundstoffmonopol der Schwerindustrie zu brechen.⁴⁹ Die dauernde enge Verbindung der Robinsohn-Strassmann-Gruppe mit maßgeblichen Wirtschaftskreisen⁵⁰ sorgte für eine kontinuierliche Information über diese wirtschafts-, finanz- und rüstungspolitischen Kontroversen.

Die weitere Verwendung der Denkschrift verdient Beachtung. Der Oberbefehlshaber des Heeres General von Fritsch machte gegenüber Göring Gebrauch von den ernährungs-, wirtschafts- und finanzpolitischen Bedenken, aber auch Generalstabschef Beck wird in seiner vorsichtigen Lagebeurteilung bestärkt worden sein.⁵¹ Spätestens im April 1937 gelangte die Denkschrift in die Hände des tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, Dr. Vojtech Mastny, der sie an das Prager Außenministerium sandte.⁵² Offenbar war man dort an der Ausbeutung des Dokuments interessiert, denn es wurde einem inneren Zirkel tschechischer Journalisten bekannt gemacht. Auch die in Prag residierende Sopade nutzte es diskret für ihre Deutschland-Berichte. In den folgenden Tagen gab das Prager Außenministerium die Denkschrift an befreundete Regierungen weiter, so an die britische Gesandtschaft.⁵³ Ende Mai nahm die Zirkulation in Berlin zu.⁵⁴ Im Juli 1937 erhielt der britische Gesandte in Wien, Mack, ein weiteres Exemplar der Denkschrift von dem scheidenden US-amerikanischen Botschafter Messersmith.⁵⁵ Ende 1937 gelangte sogar eine französische Übersetzung an die britische Gesandtschaft in Berlin.⁵⁶ Die Verbreitung der Denkschrift läßt den Wert erkennen, der ihr von seiten des Auslandes beigemessen wurde.

Strassmanns Verbindungen zu Großunternehmern in West- und Mitteldeutschland wurden durch Verbindungen zu schlesischen Industriemagnaten ergänzt. Die Fürsten Pless und Henckel-Donnersmarck zählten um 1928 mit schätzungsweise 100 Millionen Reichsmark Vermögen zu den reichsten Deutschen; noch reicher waren nur der abgedankte Kaiser Wilhelm II., die Ruhrindustrielle Bertha Krupp sowie der Fürst von Thurn und Taxis.⁵⁷ Ein Berliner Verbindungsmann hielt Fühlung mit den oberschlesischen Magnaten Schaffgotsch, und einen losen Draht gab es auch zu der oberschlesischen Industriellenfamilie Tiele-Winckler.⁵⁸ Vielleicht entstanden Kontakte mit schlesischen Magnaten durch Fritz Elsas, der als Teilnehmer am Solf-Kreis auch die mit einem schlesischen Industriellen verheiratete Lagi Gräfin Ballestrem, geborene Solf, kannte.⁵⁹ Bezeichnenderweise

waren zwei Widerständler, die ein Attentat auf Hitler planten, Angestellte des Ballestrem-Konzerns: Nikolas von Halem, Teilnehmer am Solf-Kreis, und Beppo Römer.⁶⁰

Wie die Verbindung zu der Familie Pless sich ergab, ist nicht mehr mit Sicherheit festzustellen.⁶¹ Der Pless'sche Besitz, zu dem 51000 Hektar Land und oberschlesische Kohlengruben zählten,⁶² kam nach dem Versailler Vertrag teilweise an Polen.⁶³ Der 1900 geborene Hans Heinrich XVII. Fürst von Pless versuchte zu verhindern, daß die Direktoren der Pless'schen Kohlenwerke NSDAP-Mitglieder werden mußten. 1939 wanderte er angeblich nach England aus;⁶⁴ kurze Zeit später, nämlich beim Überfall der deutschen Truppen auf Polen, folgte ihm sein 1905 geborener Bruder Alexander, der in Pless die polnischen Besitzungen der Familie verwaltet hatte. Etwa 1936 hatte Frank Hoernigk im Auftrag Strassmanns vergeblich versucht, mit der Familie Pless Kontakt aufzunehmen.⁶⁵ Während Rudolf Hoernigk in seiner Eigenschaft als Syndikus beim Brandenburgischen gewerblichen Genossenschaftsverband Zugang bei Pless bekam, stellte sein Bruder Frank sich 1939 im Konzernbüro vor, da er nach seinem juristischen Assessorexamen nicht in den Staatsdienst eintreten wollte.⁶⁶

Die Bergbauunternehmungen der Großgrundbesitzer- und Industrielienfamilie Henckel-Donnersmarck, deren Vermögen vor 1914 auf 250 Millionen Reichsmark geschätzt wurde, wurden 1921 in The Henckel von Donnersmarck-Beuthen Estates Limited zusammengefaßt.⁶⁷ Auch der Henckel-Donnersmarcksche Besitz lag nach dem Versailler Vertrag teilweise im polnischen Staatsgebiet, und Teile der Familie hatten dort ihren Wohnsitz.⁶⁸ Bereits vor dem Aufstieg der NSDAP in der Weltwirtschaftskrise stand Guidotto Fürst Donnersmarck mit Hitler und Göring in Verbindung.⁶⁹ Zwei Prozesse, in die Familienmitglieder in der NS-Zeit verwickelt waren, lenkten wohl Strassmanns Aufmerksamkeit auf sie. Von Ende 1936 bis zum Frühjahr 1938 lief gegen Valentin Graf Henckel-Donnersmarck und seinen Sohn Alexander ein Verfahren wegen Vergehens gegen das sogenannte Volksverratsgesetz,⁷⁰ das die Anmeldung ausländischer Vermögen bis zum 31. Dezember 1934 verlangte und widrigenfalls eine Haftstrafe von drei bis fünfzehn Jahren androhte. Das Verfahren gegen den Sohn wurde wegen dessen Emigration ausgesetzt, der Vater im Januar 1938 vom Sondergericht Hannover freigesprochen.⁷¹

Noch spektakulärer war ein Prozeß, den Fürst Guidotto gegen den »Stürmer« anstrebte. Dieses antisemitische Schmierblatt hatte 1935 geschrieben, »der Graf Henckel von Donnersmarck habe in Therese Lachmann eine Jüdin geheiratet und sei dadurch seelisch verkommen.«⁷² Das Landgericht Berlin verurteilte den »Stürmer« am 16. April 1937 dazu, diese ehrenrührige Behauptung zu widerrufen – ein Urteil, über das der »Stürmer«-Herausgeber Julius Streicher »außerordentlich empört« war, wes-

halb er den Staatssekretär Schlegelberger bat, seinen Protest dem Justizminister Gürtner vorzutragen.⁷³ In der Revisionverhandlung vor dem 2. Zivilsenat des Kammergerichts in Berlin wurde die Klage der Familie zurückgewiesen.⁷⁴

Ein Kommilitone von Rudolf Hoernigks Frau und enger Freund der Familie Hoernigk, Dr. Ernst Tüscher, war in der Rechtsabteilung und später auch als Vorstandssekretär des Konzerns The Henckel von Donnersmarck-Beuthen Estates Limited tätig.⁷⁵ Mit Tüscher hielt Rudolf Hoernigk in Strassmanns Auftrag Fühlung.

Die Danziger Opposition

Als Folge des von Deutschland verlorenen Ersten Weltkriegs bestimmte der Versailler Vertrag von 1919 die Errichtung eines Freistaates »Freie Stadt Danzig«, der die Städte Danzig und Zoppot sowie drei Landkreise umfaßte und 1920 gegründet wurde. Danzig blieb unter dem Schutz des Völkerbundes, der dort durch einen Hohen Kommissar vertreten war. Die politischen Parteien in Danzig waren denen im Deutschen Reich vergleichbar, aber anders als im Reich errang die NSDAP in Danzig am 28. Mai 1933 eine knappe Mehrheit von 50,03 % der Stimmen. Mit dem Danziger Ermächtigungsgesetz vom 24. Juni 1933, das im Gegensatz zum Reichs-Ermächtigungsgesetz verfassungsändernde Bestimmungen nicht zuließ, sicherte sich die NS-Regierung eine starke Stellung.⁷⁶ Während der nächsten Jahre existierte in Danzig im Gegensatz zum Reich eine legale parlamentarische Opposition, die sich gemeinsam mit dem Hohen Kommissar Sean Lester gegen Bestrebungen der NSDAP wandte, Danzig in eine faschistische Diktatur umzuwandeln.⁷⁷ Dieser Umstand mußte die Aufmerksamkeit der Robinsohn-Strassmann-Gruppe wiederholt auf Danzig lenken, zumal der Landgerichtsdirektor Otto Loening, mit dem Strassmann am Landgericht II in Berlin zusammenarbeitete, bis Mitte der zwanziger Jahre in Danzig als Richter, Hochschuldozent und Vizepräsident des Volkstages tätig gewesen war, in Berlin wie Strassmann in der DDP gearbeitet und mit seiner Hilfe einen Kommentar zum BGB verfaßt hatte.⁷⁸

Auch die Eltern der Brüder Hoernigk stammten aus Danzig. Die Mutter, die viel für die Herstellung neuer Widerstandsverbindungen tat, leitete die Kontaktaufnahme mit einem entfernten Verwandten, dem Danziger Land- und Amtsgerichtsrat Herbert Abromeit, ein, der als seltene Ausnahme unter der Richterschaft bis 1933 SPD-Mitglied war.⁷⁹

Herbert Abromeit geriet durch seine Festnahme im Rahmen einer größeren Verhaftungsaktion 1935 ins Blickfeld der deutschen Opposition. Er

hatte sich an der von dem Landgerichtsdirektor Fritz Zaehle (DNVP) betriebenen Vorbereitung zur Gründung eines Notbundes der Danziger Justizbeamten und an der Gründung des oppositionellen Bundes Nationaler Beamten beteiligt, die unabhängig von dem nationalsozialistisch beherrschten Danziger Beamtenverein sein sollten. Hintergrund waren die Ereignisse des Jahres 1935 in Danzig. Nachdem die NSDAP vergeblich versucht hatte, durch vorgezogene Neuwahlen am 7. April 1934 die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit zu bekommen, was ihr mit 59% der Stimmen trotz massiver Verfassungs- und Rechtsverstöße nicht gelungen war, verspürten ihre politischen Gegner Aufwind. Die für die Danziger NSDAP ungünstige Stimmung war nicht nur bei den Oppositionsparteien SPD, Zentrum und DNVP verbreitet, sondern auch im Haus- und Grundbesitzerverein und in der größtenteils aus der vernationalsozialistischen Zeit stammenden Beamtenschaft. Die Unruhe unter den Beamten kulminierte, als der Danziger Gulden abgewertet wurde.⁸⁰ Als Reaktion auf die Gründung des Bundes Nationaler Beamten verhaftete die Danziger Politische Polizei Anfang Juli 1935 dreizehn führende Gründungsmitglieder, von denen etwa sechs der DNVP (im Danziger Parlament inzwischen unter der Bezeichnung »Gruppe Weise«), drei der SPD und einer der liberalen Partei angehörten. Diese Verhaftungsaktion, die in der Danziger Presse und auf Flugblättern bekannt gegeben wurde, erregte großes Aufsehen, handelte es sich doch um eine Reihe prominenter Persönlichkeiten: Senator a. D. Dr. Curt Blavier, Vorsitzender des Danziger Haus- und Grundbesitzervereins, Konsul Karl Steinbrück, Mitglied des Danziger Volkstages, die Landgerichtsdirektoren Fritz Zaehle und Kuhn, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Hülff.⁸¹ Dazu notierte Zaehle 1935:⁸² »Es ist eine ungeheure Vergewaltigung des Rechts gegen Beamte, die treu ihrem Staate viele Jahre lang gedient und die zum großen Teil für ihr Vaterland gekämpft und geblutet haben.« Zwar wurden die Inhaftierten nach einigen Tagen, auch aufgrund des Drucks des Hohen Kommissars Lester, freigelassen, der Landgerichtspräsident Zaehle wurde jedoch beurlaubt und zum 1. Oktober 1935 in den einstweiligen Ruhestand versetzt, während Abromeit im Amt blieb.⁸³

Spätestens durch diese spektakuläre Aktion der Danziger NSDAP wurde das Augenmerk der Gruppenführung auf die Danziger Opposition gelenkt. Zwar wurde der Richter Abromeit nicht voll in die Robinsohn-Strassmann-Gruppe integriert, aber er konnte wesentliche Hinweise für neue Verbindungen geben. Insbesondere kam durch ihn der Kontakt mit dem erwähnten Landgerichtsdirektor Fritz Zaehle zustande, der als stellvertretender Vorsitzender der Danziger DNVP über hervorragende Beziehungen verfügte. Zaehle ermöglichte auch eine lose Verbindung mit dem 1933 abgelösten Danziger Senatspräsidenten Ernst Ziehm (DNVP),

der wegen seiner bekannten Haltung und seiner Prominenz nicht in den eigentlichen Widerstand einbezogen werden wollte.⁸⁴

Während die Danziger NSDAP, die sich als Vertretung der reichsdeutschen NSDAP verstand, nach der Ersetzung des wachsamen Völkerbundkommissars Sean Lester im Februar 1937 durch seinen weniger energischen Nachfolger Carl J. Burckhardt, dem Verbot der SPD 1936 und des Zentrums 1937 sowie der Selbstauflösung der DNVP 1937 die Danziger Machtpositionen völlig ungeniert in die Hand nahm,⁸⁵ wuchs die Zusammenarbeit der Danziger Opposition, speziell der Sozialdemokraten und Deutschnationalen, mit dem reichsdeutschen Widerstand.

Die österreichische Opposition

Das deutschsprachige Österreich, nach dem Verständnis der großdeutschen Liberalen ein noch nicht integrierter Teil des Deutschen Reiches, war wie das Deutsche Reich eine Verlierermacht des Ersten Weltkrieges, aber durch die Aufteilung der anachronistischen österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie ungleich härter vom Kriegsausgang betroffen. Wiederholte Versuche, den politischen oder wirtschaftlichen Anschluß an das Deutsche Reich unter demokratischen Vorzeichen zu erreichen, blieben aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrages erfolglos. Mit der Machtübernahme des NS-Regimes im Deutschen Reich verschärfte sich die Beziehungen zu Österreich, wo unter dem Bundeskanzler Dollfuß der austrofaschistische Ständestaat etabliert wurde. Das ursprüngliche Zweilager-System, links die SPÖ, rechts die Christlich-Soziale Partei im Bündnis mit der deutschnationalen Großdeutschen Volkspartei, veränderte sich mit dem Verbot der SPÖ 1934 und der an Einfluß gewinnenden, im Juni 1933 verbotenen NSDAP.⁸⁶ Im Krisenjahr 1934 scheiterte zunächst die Februarrevolution des revolutionären Flügels der SPÖ, der Austromarxisten, die zum SPÖ-Verbot führte; nach dem erfolglosen NS-Putsch vom 25. Juli 1934 und der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß sanken die deutsch-österreichischen Beziehungen auf den Nullpunkt. Nur durch den wirtschaftlichen Druck des übermächtigen Deutschen Reiches kam es ab Mitte 1936 zu einer gewissen Regulierung der Beziehungen. Ein Alarmsignal für die deutsche Opposition mußte die Ernennung des NSDAP-Anhängers Arthur Seyß-Inquart zum österreichischen Staatsrat am 17. Juni 1937 sein, zumal Hitler mit diesem Schachzug Schuschnigg in keiner Weise zufrieden war.⁸⁷ Für die Robinsohn-Strassmann-Gruppe galt der Grundsatz, daß Nachgiebigkeit die falsche Methode sei, um die Nationalsozialisten zu beschwichtigen.

Im Falle Österreichs ist wenig über die Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe bekannt. Strassmann selbst hatte als Vorstandsmitglied der Jungdemokraten zu Anfang der zwanziger Jahre auch Kontakte mit österreichischen Gesinnungsfreunden. Reichsjugendtage der DDJ wurden regelmäßig von österreichischen Jungdemokraten besucht, ebenso Reichsparteitage der DDP von Vertretern der von Gustav Stolper mitgegründeten, politisch bedeutungslosen Bürgerlich-Demokratischen (Arbeits-)Partei.⁸⁸ An solche Verbindungen, die sicher eine gewisse gesellschaftliche Relevanz haben mochten, könnte Strassmann in den dreißiger Jahren angeknüpft haben.

Andere Verbindungen wurden durch den 1933 von den Nationalsozialisten entlassenen Hallenser Professor Ernst Grünfeld (DDP) vermittelt. Grünfeld war gebürtiger Österreicher; sein Vater verfügte als Abgeordneter des Mährischen Landtags über namhafte Beziehungen.⁸⁹ Grünfeld konnte die Robinsohn-Strassmann-Gruppe auf geeignete österreichische Ansprechpartner aus der SPÖ, der Christlich-Sozialen Partei, der Heimwehr und der Vaterländischen Front aufmerksam machen.⁹⁰ Eine erste Reise nach Österreich unternahm Rudolf Hoernigk bereits 1934, eine zweite folgte Ende 1937 im Vorfeld der Anschlußkrise. Von der zweiten Reise brachte er die Überzeugung mit, daß die österreichischen Gesprächspartner und mit ihnen die Mehrheit der Österreicher an einem Anschluß an das Deutsche Reich nicht mehr interessiert seien – ein damals verbreiteter Irrtum.⁹¹

Die Richtigkeit der Erinnerung Hoernigks über die Verbindung mit katholischen bzw. nationalistischen Kreisen Österreichs wird bestätigt durch die Prozeßakte des Schriftstellers Dr. Arthur Rutra.⁹² Dieser wurde als Arthur Ernst Samuely 1892 im damals österreichischen Lemberg geboren und war jüdischer Konfession. 1903 zog seine inzwischen geschiedene Mutter mit ihm nach Wien um, wo er zur Schule ging, Jura, Germanistik und Slawistik studierte und seinen Kriegsdienst bei der Landwehr leistete. 1920 wandte Dr. Arthur Rutra, nachdem er sein Schriftsteller-Pseudonym als Familiennamen hatte legalisieren lassen, sich nach München, wo er bei verschiedenen Verlagen arbeitete; daneben verfaßte er Dramen und übersetzte Werke, etwa des Polen Adam Mickiewicz oder des Franzosen Emile Zola, ins Deutsche. Nach der Machtübernahme Hitlers siedelte er im Dezember 1933 nach Wien über, wurde 1934 Mitglied der Vaterländischen Front und 1936 Mitarbeiter ihrer zentralen Propagandastelle, des Heimatdienstes.⁹³

In dieser Funktion mußte er ins Blickfeld der deutschen Gestapo kommen, zumal unter den Mitarbeitern des Heimatdienstes Spitzel der österreichischen NSDAP waren.⁹⁴ Nach dem Einmarsch deutscher Truppen am 12. März 1938 wurde Rutra verhaftet und im Frühling 1938 von der Münchner Polizei, zwei Jahre später von einem Berliner Kriminalbeamten

über seine Verbindungen mit Gegnern des NS-Regimes in Österreich, Deutschland und anderen Ländern vernommen. Dabei verhielt er sich zunächst zurückhaltend, mußte aber aufgrund weiterer Ermittlungen seine Angaben ergänzen und revidieren. In seiner Vernehmung 1938 gab Rutra eine Reise im Sommer 1936 nach München zu, wo er mehrere alte Bekannte getroffen habe, darunter Dr. Maximilian Fuchs.⁹⁵

Zwei Jahre später mußte Rutra eine neue Aussage vor dem Berliner Kriminalsekretär Bartoll machen. Dabei ging es um eine Artikelserie über das Führungspersonal der NSDAP, die seinerzeit in der antifaschistischen Kattowitzer Zeitung »Der Deutsche in Polen« erschienen war. Diese Artikel stellten die menschliche und politische Qualität der NS-Führer und damit auch das Führersystem in Frage; sie gingen also nach genau dem Modell vor, das Robinsohn in seiner ersten schriftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus 1933 vorgegeben hatte. Es war geplant, diese Artikel in einem Buch »Führer des Führers« im Zürcher Oprecht-Verlag, einem Fluchtpunkt der antifaschistischen Emigration in der Schweiz, erneut zu veröffentlichen. Rutra gab nun zu, einen Teil des Materials für die Artikel von den Münchnern Werner Richter und Maximilian Fuchs erhalten zu haben; Richter habe weiteres Material nach Wien gesandt.⁹⁶ Rutras Informanten erfuhren durch diese Aussage zunächst keine Nachteile: Richter war schon 1936 emigriert,⁹⁷ Fuchs blieb vorerst unbehelligt.

Strassmann nennt außerdem eine Verbindung in die Umgebung des ehemaligen Staatskanzlers Karl Renner (SPÖ).⁹⁸ Ein Anhaltspunkt dafür ergibt sich wiederum aus den Beziehungen des Hallenser Professors Grünfeld, der offenbar gemeinsam mit seinem Fakultätskollegen, dem 1930 nach Halle berufenen Staatswissenschaftler und Soziologen Professor Friedrich Hertz (SPD), der »Vereinigung verfassungstreuer Hochschullehrer« und dem 1931 daraus hervorgegangenen »Weimarer Kreis« angehörte.⁹⁹ Der Katholik Hertz hatte sich als entschiedener Gegner der pseudowissenschaftlichen NS-Rassentheorien einen Namen gemacht. Bereits im März 1933 wurde er auf eigenen Wunsch aus dem deutschen Staatsdienst entlassen und kehrte nach Wien zurück, wo er in den Jahren 1919 bis 1930 Beamter im Nationalrat und Abteilungsleiter im Büro des Staatskanzlers gewesen war.¹⁰⁰ Daß die von Strassmann erwähnte Verbindung zu dem einstigen Staatskanzler Renner durch Hertz zustande kam, kann aufgrund dieser Umstände angenommen werden.

Die Reise, die Rudolf Hoernigk Ende 1937 nach Österreich unternahm, führte ihn über die Zwischenstation München, was deren Bedeutung im Hinblick auf Rutra unterstreicht, nach Wien und Salzburg, wo er vor verschiedenen ausgewählten Kreisen sprach, deren Einstellung gegen das nationalsozialistische Deutschland gestärkt werden sollte.¹⁰¹ Rutra arbeitete inzwischen seit Oktober 1936 an der Zeitschrift »Der christliche Stände-

staat«¹⁰² mit; nachdem er 1920 aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten war, ließ er sich 1937 katholisch taufen. Im Januar 1937 war er an der Gründung einer rechts stehenden »Deutschen Front gegen das Hitler-Regime« beteiligt, der die Schwarze Front (Otto Straßer)¹⁰³ und andere Gruppen beitraten. Diese Vereinigung richtete sich gegen die Volksfrontbestrebungen und versuchte, auf konservativ-katholischer Basis eine »Dritte Front« gegen Nationalsozialismus und Kommunismus aufzubauen.¹⁰⁴ Mit der Deutschen Front gegen das Hitler-Regime nahm Rudolf Hoernigk für Strassmann bei seiner Fahrt Ende 1937 Kontakt auf.¹⁰⁵

Da das weitere Schicksal Österreichs sich noch im Winter 1937/38 entschied, soll hier schon auf die Fortsetzung der Bemühungen Strassmanns vor dem Anschluß Österreichs eingegangen werden. Im Februar 1938 erhielt Rutra von einem Mitglied der Münchner Fuchs-Gruppe Besuch, an dessen Namen er sich bei der Vernehmung am 16. Mai 1940 angeblich nicht mehr erinnerte. Er bezeichnet ihn als Schweizer Antiquitätenhändler, »etwa 40 Jahre alt, groß, schlank, markantes gebräunt Gesicht, ruhiges, sicheres Auftreten«.¹⁰⁶ Dieser Mann, der Rutra bis dahin unbekannt war, stellte sich ihm als Bekannter des Reisebüroinhabers Maximilian Fuchs vor. Sein Name habe mit »R.« begonnen, jedoch konnte oder wollte Rutra den von dem vernehmenden Kriminalkommissar Bartoll vorgeschlagenen Namen »Dr. Reitzger« nicht bestätigen.¹⁰⁷ Nach diesen Angaben handelte es sich eindeutig um den Münchner Dr. Rudolf Reissert, der vor 1933 DDP-Mitglied gewesen und 1934 als sog. Halbjude mit seiner Familie in die Schweiz emigriert war, seit 1936 aber aus wirtschaftlichen Gründen allein wieder in München lebte und sich als privater Kunst- und Antiquitätenhändler sein Auskommen sicherte.¹⁰⁸ Zu seinem Glück reichten die Ermittlungen nicht für seine Verhaftung. In seiner Aussage über Reissert wiegelte Rutra so weit wie möglich ab, woraufhin Bartoll die Sache auf sich beruhen ließ. Immerhin konnte er ihm eine Zeugenaussage vorhalten, wonach Rutra das Zusammentreffen mit Reissert als eine »äußerst interessante Zusammenkunft mit einem Herrn aus dem Reich« dargestellt hatte.¹⁰⁹ Rutra räumte lediglich ein, der Besucher habe sich für die Stimmung in Österreich interessiert, woraufhin er ihn mit dem Hauptmann Emil Oswald (Geschäftsführer des »Christlichen Ständestaates« und sein Verbindungsmann zur wichtigsten legitimistischen Organisation, dem »Reichsbund der Österreicher«) und mit dem Journalisten Klaus Dohrn (Mitgründer des Rings deutscher Jungkatholiken und der Deutschen Front gegen das Hitler-Regime) zusammenbrachte. Die ganze Wiedergabe der Verbindung Rutra-Reissert in den Akten des Kriminalsekretärs Bartoll läßt darauf schließen, daß Reissert, ähnlich wie Rudolf Hoernigk, seine Reise nach Wien im Auftrag Strassmanns unternahm, der wiederum im Auftrag Osters handelte, und daß es Rutra gelang, diese Bedeutung

weitestgehend herunterzuspielen. Im Schlußbericht Bartolls über die Ermittlungen gegen Rutra taucht der ganze Komplex Fuchs-Reissert nicht mehr auf.¹¹⁰

Robinsons erste Berichte an Freunde im Ausland

Aus den vorangegangenen Abschnitten über die Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe nach Danzig und nach Österreich wurde das Bemühen deutlich, jeweils möglichst breite Koalitionen oppositioneller Kräfte zu sammeln, die im Falle Danzigs von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen reichten, im Falle Österreichs die Sozialdemokraten einerseits und die katholisch-konservativ-legitimistischen Kräfte andererseits umfaßten. Von diesen deutschsprachigen Ländern abgesehen, verfügte die Gruppe über weitere Verbindungen mit deutschen Emigranten und mit ausländischen Politikern. Dabei war von vornherein klar, daß das Ausland die Arbeit der Gruppe zwar fördern, sie aber nicht als verlängerten Arm einer im Ausland befindlichen Zentrale benutzen durfte, weil die Problematik der oppositionellen Arbeit am besten vor Ort, im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich, beurteilt werden konnte.¹¹¹

Hans Robinsohn mußte als Teilhaber des Modehauses Gebr. Robinsohn zweimal jährlich, manchmal auch öfter, nach Dänemark reisen, wo die Firma mit einem dänischen Unternehmen bei der Bedienung des skandinavischen Marktes kooperierte. Dort verfügte er nicht nur über wirtschaftliche und familiäre Kontakte, sondern über Verbindungen mit politisch Gleichgesinnten aus dem dänischen Gegenstück zur DDJ, der Radikal Ungdom. Als einen Repräsentanten der Radikal Ungdom hatte er schon im Juli 1919 Hermod Lannung kennengelernt.¹¹² Ab 1936 nutzte Robinsohn seine Reisen, um in Dänemark unter einem Pseudonym vor einem ausgewählten Publikum interessierter Politiker über die Verhältnisse im Deutschen Reich und über die deutsche Opposition zu sprechen. Er mußte jedoch die Erfahrung machen, daß auch politisch nahestehende dänische Politiker die Repressionsmaßnahmen der NS-Diktatur als Nebenprodukt des wirtschaftlichen und politischen Aufstiegs Deutschlands hinzunehmen bereit waren. Den Sommerurlaub verbrachte die Familie Robinsohn im Ausland, wo sie den Bedrückungen des NS-Regimes entgehen konnte, und zwar meist in der Schweiz, Hans Robinsohn 1934 drei Wochen in England.¹¹³

1937, als die Aufbauphase der Widerstandsgruppe endete und sie sich auf ein konkretes Ziel einstellte, begann Robinsohn mit seinen Berichten an Freunde im Ausland. Die Erfahrungen auf seinen Auslandsreisen überzeugten ihn von der Notwendigkeit, das Ausland mit regelmäßigen Infor-

mationen aus Deutschland zu versorgen. Margarethe Lachmunds Eindrücke in den USA bestärkten ihn in dieser Auffassung, wie er in seinem Begleitbrief zum ersten Bericht erkennen ließ: ¹¹⁴ »Beiliegend erhalten Sie von mir nun einen ersten Bericht, der sich mit Ansichten auseinandersetzt, die nach meinen Erfahrungen in England, Dänemark und der Schweiz in einem jeder produktiven politischen Erkenntnis sehr hinderlichen Maß verbreitet sind und die scheinbar, wie ich Frau L. verstanden habe, auch in U.S.A. eine Rolle spielen.«

In dem Bericht No. 1, der an Vagts, Dr. Robert Kauffmann, Hans Georg Pauls und an einzelne weitere Emigranten gesandt wurde, räumt Robinson mit Märchen auf, die er unter die Überschriften stellt: »Die ›bolschewistische‹ Gefahr«, »Der ehrliche Hitler«, »Das Deutsche Volk will nichts anderes« und »Die Opposition ist gar nicht da, – wir im Ausland sehen nichts von ihr«. Dabei kommt es ihm besonders darauf an, die prinzipielle Verlogenheit der Hitlerschen Politik zu entlarven.

Als oppositionell eingestellte Teile des Volkes nennt er große Teile der ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten, inzwischen auch der Stahlhelmer, der Volksparteiler und Deutschnationalen, der katholischen und protestantischen Kirchen. Darüber hinaus registriert er Unzufriedenheit unter den Bauern und in der Industrie. Selbst bei der Jugend, die als nationalsozialistisch geprägt angesehen wurde, vermerkt Robinson »eine stark anwachsende Enttäuschung über das menschliche Versagen der Parteiregierung und über das Ausbleiben eines ›deutschen Sozialismus‹«. ¹¹⁵ Daß die Vereinnahmung der Jugend durch die NSDAP nicht im befürchteten Umfang Erfolg gehabt habe, belegt Robinson an einem juristischen Referendarlager Freiburger Studenten und Dozenten im Sommer 1936, in dem das traditionelle liberale Rechtsverständnis glänzend bestanden habe, und an der Schuljugend, auf die »der endlose Drill stark unbefriedigend« wirke. ¹¹⁶

Er warnt dann davor, im Antisemitismus das Wesentliche am NS-System zu sehen; daran zeige sich allerdings die Negation der Prinzipien der Rechtsgleichheit und der Humanität. Das Vorurteil von der nicht vorhandenen Opposition quittiert Robinson mit den klaren Worten: ¹¹⁷ »Heroische Oppositionstaten sind jetzt zwecklos. Der Kampfesmut, der mit solchen Auffassungen verlangt wird, war vor 1933 wichtig. Jetzt ist im Gegensatz zu früher, wo offener Kampf richtig gewesen wäre, die Voraussetzung für jede Opposition eine ganz rigorose Enthaltung von allen Paradekunststücken.«

Robinson bat Vagts in seinem Begleitschreiben um die Information geeigneter Amerikaner über die Verhältnisse in Deutschland und über die Vorstellungen und Möglichkeiten der deutschen Opposition, insbesondere um die Weiterleitung des Berichts an Professor Llewellyn, die Quäkerin

Mary Cary in Baltimore und durch diese an Dr. Fürstenberg.¹¹⁸ In seinem folgenden Schreiben fügte er Mr. Schumann (»Ist mir sehr wichtig. Als besonders interessant geschildert.«¹¹⁹) hinzu. Man muß wohl davon ausgehen, daß Robinsohn im Falle Kauffmanns und anderer Adressaten entsprechend verfuhr.

Noch Ende 1937 folgte der Bericht No. 3 als Reaktion auf die Schacht-Krise:¹²⁰ »Mit Schacht geht der letzte bedeutende ›bürgerliche‹ Minister.« Als Konsequenz sah Robinsohn eine Forcierung der unseriösen Bau- und Rüstungspolitik und ein Anwachsen des Mangels voraus. Aufgabe der Opposition sei die Bereitstellung einer Auffangapparatur für den Fall der Krise.

Robinsohn benutzte für seine Schreiben an Vagts weder seinen Namen noch seine offizielle Kopenhagener Adresse. Sein Pseudonym »Joachim Hansen« läßt sich aus seinem vollen Namen Hans Joachim Robinsohn leicht erklären. Seine Deckadresse war ein ehemaliger Hamburger Jungdemokrat und Vorsitzender des Demokratischen Studentenbundes, der 1930 zur RDP gewechselt war, Dr. Walter Bauer in Kopenhagen; als Jude war er aus Deutschland emigriert und arbeitete in Kopenhagen als Journalist.¹²¹

Verbindungen nach Schweden

Nach Schweden gab es zunächst nur lose Verbindungen. Strassmanns Schwägerin Irma Prestin, die 1934 nach Schweden geheiratet hatte, starb dort schon zwei Jahre später. Der familiäre Kontakt mit dem Schwager blieb aufrechterhalten.¹²² Von größerer Bedeutung war die Emigration eines Hamburger Mitgliedes der Widerstandsgruppe nach Stockholm. Dr. Walter Jacobsen, der nach seiner Entlassung aus dem Arbeitsamt Rostock keine adäquate Arbeit hatte finden können, zog 1937 auf Einladung des großen Fernunterrichtsinstituts »Noréens Korrespondens Institut« (NKI) als »Arbeitsemigrant« in die schwedische Hauptstadt, wo er beim NKI jedoch nur ein kümmerliches Einkommen bezog. Daher gründete er schon im Herbst 1937 das »Institut für praktische Psychologie und Arbeitswahlfragen«, das zunächst Begabungen, anfangs hauptsächlich bei Volksschülern, untersuchte.¹²³ Es handelte sich hierbei um einen in Schweden bisher unbekanntem Arbeitsbereich, was die Konsolidierung des Instituts erschwerte.¹²⁴ Durch gelegentliche Reisen Jacobsens oder seiner Frau blieb ein loser Kontakt mit der Hamburger Gruppe erhalten. Erst später erwies sich Jacobsens Stockholmer Domizil als höchst nützlich für die Gruppe.

Eine von Frank Hoernigk schon 1936 hergestellte Verbindung war die zu

dem Naumburger Fischhändler Nowotnick, einem vormaligen Seemann, der in zwölf Jahren weit herumgekommen war und sich in vielen Ländern gut auskannte; dieser vielseitig gebildete Mann konnte für die Abwehr aktiviert werden, für die er vor dem Krieg und auch im Krieg wiederholt nach Schweden fuhr.¹²⁵ Die Fahndungslisten, die Steinke aus der Preußischen Druckerei- und Verlags-AG beschaffte, wurden nach Schweden und in die Schweiz weitergeleitet.

Hans Lachmunds Freimaurer-Verbindungen

Während die Quäkerin Margarethe Lachmund im Sommer 1937 auf dem internationalen Quäerkongreß in den USA weilte, knüpfte ihr Mann Hans Lachmund im September für die Gruppe Verbindungen mit den französischen Freimaurern an. Da er seine Frau kurz darüber orientierte, konnte Vagts in seinem Tagebuch notieren:¹²⁶ »A propos Freimaurer – feste Nachricht, daß die deutschen BB. [Brüder] die internationalen Verbindungen fester zu knüpfen suchen; solche Anknüpfungen unter dem Deckmantel der Pariser Weltausstellung.«

Schon in den frühen zwanziger Jahren hatte der Freimaurerbund zur Aufgehenden Sonne, dem Lachmund damals angehört hatte, die Aussöhnung mit den Großloggen der Siegermächte des Ersten Weltkriegs, insbesondere Frankreichs, gesucht. Diese von den anderen Großloggen bekämpfte Politik der internationalen Verständigung mit dem Symbol der internationalen Bruderkette hatte die Symbolische Großloge unverändert fortgeführt. Daraus erklären sich Freundschaften, an die Hans Lachmund nun anknüpfen konnte.

Für den Anklamer Juristen war es eine Erlösung, dem bedrückenden politischen Klima des NS-Staates wenigstens zeitweilig auf Reisen zu freimaurerischen Freunden im Ausland entgehen zu können. Bei diesen Besuchen in Paris und Kopenhagen konnte er erstmals seit 1933 wieder an Logensitzungen der französischen bzw. dänischen Schwesterlogen teilnehmen. Die erste Paris-Reise Lachmunds dauerte im September 1937 nur etwa eine Woche; ihr folgten weitere einwöchige Reisen im Juni 1938 nach Paris, im Februar 1939 nach Kopenhagen¹²⁷ und eine längere Reise von Ende Mai bis Ende Juni 1939 nach Paris, von denen er jeweils Freimaurerliteratur und »Zusammenstellungen aus den Archiven der Grande Loge de France oder des Grand Orient in Paris« mitbrachte, und zwar offenbar hauptsächlich über das Verhältnis der Freimaurer zum Katholizismus und zum Versailler Vertrag.¹²⁸ Mit diesem Material konnte er Propagandaphrasen von der Schuld der internationalen Freimaurerei am Ersten Weltkrieg

widerlegen. Den unverbrauchten Rest seiner Devisen ließ er über die französischen Quäker dem republikanischen Hilfsfonds im spanischen Bürgerkrieg zukommen.¹²⁹ Von den Auslandsreisen zurückgekehrt, führte Lachmunds Weg zu Strassmann, dem er einen nach vorher abgesprochenen Gesichtspunkten gegliederten Bericht über seine Auslandserfahrungen abgab.¹³⁰

5. »Allererste Vorbesprechungen zwischen Offizierskreisen und gewissen Linksgruppen«: Ausbau der Robinsohn-Strassmann- Gruppe 1938

Der Stand der organisatorischen Entwicklung der Gruppe läßt sich zum Jahreswechsel 1937/38 folgendermaßen beschreiben: Eine stärkere Differenzierung der Gruppenstruktur existierte in Berlin und Hamburg; eine vergleichbare Situation bestand auch im westlichen Mecklenburg mit Schwerin, Rostock und Wismar. Außerdem läßt sich eine Gruppenbildung im Norden (Kiel) und Nordwesten (Wilhelmshaven), im Raum Naumburg-Halle, in Bamberg und in München feststellen. Die geographische Verteilung war also unterschiedlich und keinesfalls flächendeckend. Über die genannten Orte hinaus gab es jedoch eine Fülle von Einzelbeziehungen. Solche Verbindungen unterhielt die Gruppe auch zu Deutschen im Ausland, die von dortigen nationalsozialistischen Parteien bedroht (Österreich, Danzig) oder aus Deutschland emigriert waren (Österreich, Schweiz, Frankreich, Niederlande, Dänemark, Schweden, Großbritannien, USA, Mexiko). Außenbeziehungen bestanden zur Sozialdemokratie in Deutschland und im Ausland, zu Wirtschaftskreisen im Reich, zu katholisch-konservativen Kreisen in Österreich, zu Freimaurern und Quäkern je diessseits und jenseits der Reichsgrenzen. Hervorzuheben sind auch die Verbindungen in die Rüstungsindustrie (Berlin, Wilhelmshaven, Kiel, Rostock, Stettin). Abgesichert wurde die Führung der Gruppe durch die Zusammenarbeit mit der Abwehr. Der Prozeß der Inselbildung im nationalsozialistischen Staat hatte erhebliche Fortschritte gemacht.

Das Jahr 1938 war nach dem scheinbaren Stillstand des Jahres 1937, in dem tatsächlich die Aufrüstung erstmals die Dimensionen dessen sprengte, was ein rechtsliberaler Wirtschafts- und Finanzpolitiker wie Schacht meinte verantworten zu können, eine Zeitspanne des hektischen innen- und außenpolitischen Aktionismus. Die von Robinsohn in seinem Bericht No. 3 prophezeite Beschleunigung der NS-Politik nahm ihren Lauf. Die Generalskrise, die Ablösung des Reichswehrministers Blomberg, des Oberbefehlshabers des Heeres Werner Freiherr von Fritsch und später des Generalstabschefs des deutschen Heeres Ludwig Beck, die außenpolitische Gewaltpolitik gegenüber Österreich und der Tschechoslowakei (Sudetenkrise) führen zu der Frage, wie sich die Gruppe in dieser Zeit entwickelte.

Innerer Ausbau in Berlin

1938 zog Strassmann von der Steglitzer Straße 27 in Berlin-Steglitz (Südende)¹ in die Sybelstraße 68 in Berlin-Charlottenburg. Von entscheidender Bedeutung war wohl der Umstand, daß der SD, der Nachrichtendienst der SS, in unmittelbarer Nachbarschaft in der Steglitzer Straße 25 eine seiner zehn Berliner Außenstellen einrichtete.² Die große Wohnung im zweiten Stock der Sybelstraße 68 lag zwischen lauter mehrstöckigen Wohnhäusern, während die gegenüberliegende Straßenseite auf breiter Front von der Fürstin-Bismarck-Schule eingenommen wurde. Diese Wohnlage war für konspirative Treffen schon eher geeignet.

Der Ausbau der Berliner Organisation soll an einigen Beispielen gezeigt werden: Während seiner Tätigkeit als Referendar bei der Centralen Ankaufstelle Halle (CAH) wurde Frank Hoernigk mit dem zwei Jahre jüngeren Juristen Ullrich Eiteldinger bekannt gemacht, der seine Ausbildung bereits mit dem Assessorexamen abgeschlossen hatte und als Mitarbeiter in die Deutsche Automobil-Treuhand (DAT) in Berlin eingetreten war. Schnell erwies sich ihre gemeinsame oppositionelle Einstellung, so daß Hoernigk nicht zögerte, ihn Strassmann zuzuführen. Da Eiteldinger ledig war, setzte Strassmann ihn, ähnlich wie die Brüder Hoernigk, häufig für Kurierdienste ein.³

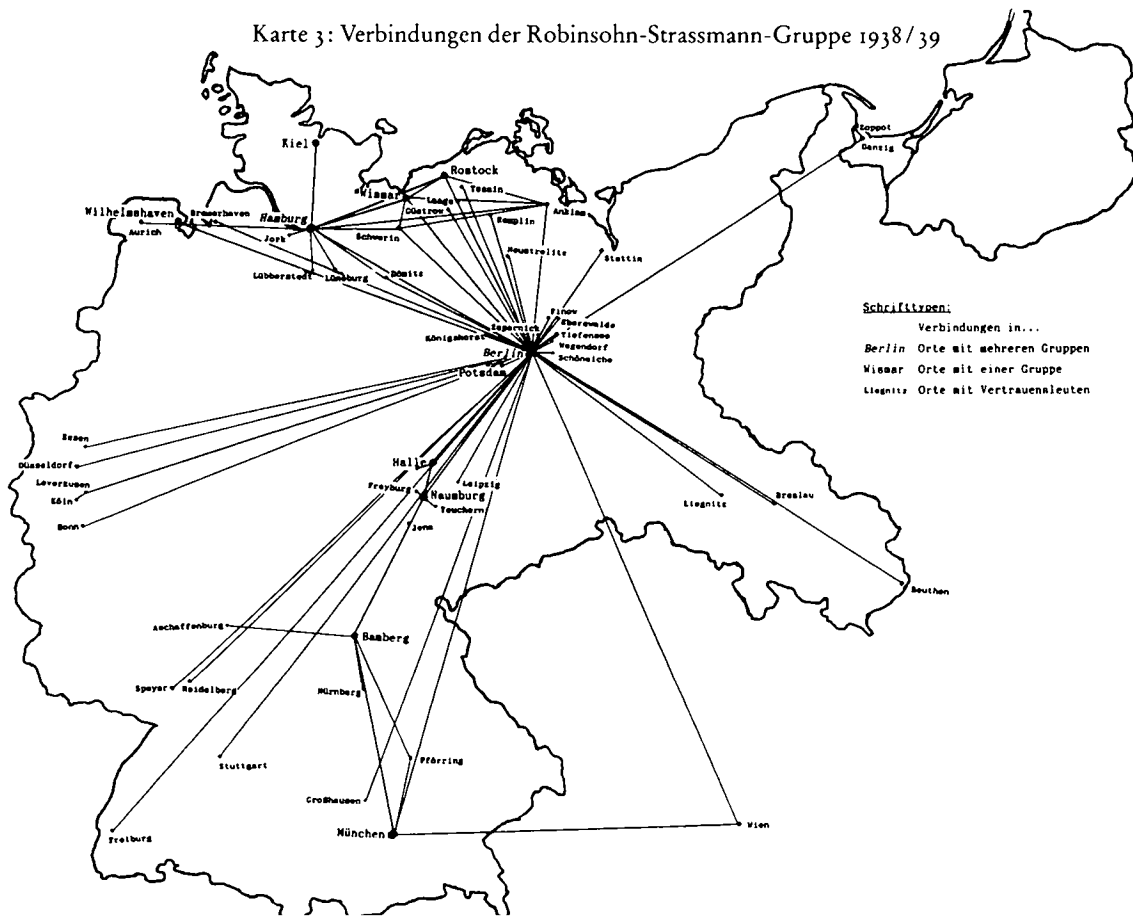
Im Frühjahr 1938 zog der Jurist Dr. Erich Danehl aus Leipzig nach Berlin. Nach Papens Absetzung der preußischen Regierung 1932 hatte er das Amt des Polizeipräsidenten von Harburg-Wilhelmsburg übernommen, nachdem der Sozialdemokrat Erich Wentker entlassen worden war. Danehl, der ebenfalls der SPD angehörte, wurde bereits im Februar 1933 selbst in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Wenn über ihn überhaupt etwas bekannt ist, liegt das an seiner Freundschaft mit Kurt Tucholsky, die bis in

den Ersten Weltkrieg zurückgeht. Nach Kriegsende trafen sie sich gelegentlich zu gemeinsamen Wanderungen und Gelagen. Danehl erscheint literarisch stilisiert – als Karlchen oder Kallchen verfremdet – auch in Tucholskys größtem Auflagenerfolg »Schloß Gripsholm«. ⁴ Wieviel Tucholsky auf Danehl hielt, wird aus einem Brief etwa vom Juli 1934 an Walter Hasenclever deutlich. Dort drückt er seinen Ekel vor den Deutschen aus, die sich von Hitler nicht unterjocht fühlten, sondern diesen Hitler wollten. Daraus folgert er: ⁵ »Was für uns noch kommt? Besinnung, wie mir scheint, aktives Eingreifen sehe ich nicht mehr.« Dann benutzt er die kryptische rhetorische Figur der Aposiopese, die die entscheidende Aussage eines Satzes unterschlägt: ⁶ »Wüßte ich, daß mein Freund Karlchen, der letzten einer, mit denen ich noch etwas zu schaffen habe, mitmachte, so brächte ich. [sic] Er macht übrigens nicht mit.«

Bevor Tucholsky sich Ende 1935 das Leben nahm, bedachte er Danehl in eher symbolischer Weise in seinem Testament. ⁷ Nach diesem persönlichen Verlust mußte die Notwendigkeit des organisierten Widerstands gegen den NS-Staat für Danehl an Bedeutung gewinnen. Die Möglichkeit dazu bekam er durch seinen einstigen Harburger Magistratskollegen, den gleichfalls 1933 abgesetzten Oberbürgermeister Dr. Walter Dudek in Berlin. Da dieser seit 1937 zur Berliner Führungsgruppe zählte und da er in Danehl nicht nur einen alten Parteifreund, sondern auch einen unveränderten Gesinnungsgenossen erkannte, führte er ihn bei Strassmann ein. ⁸ Danehl gehörte zu denjenigen Gruppenmitgliedern, die über die Polizei genau unterrichtet waren. Schon im Ersten Weltkrieg hatte er bei der Bukarester Zentralpolizeistelle des Oberkommandierenden Mackensen gedient; von 1926 bis 1933 war er erneut im Polizeidienst, zuletzt in Führungspositionen in Elberfeld, Gleiwitz und Harburg, tätig gewesen. In der Gruppe traf er auch Erich Wentker wieder, den er schon aus Wandsbek kannte und den er 1932 als Harburger Polizeipräsident abgelöst hatte. ⁹

Eine andere Erweiterung der Gruppe betrifft den agrarischen Sektor. Der Assistent des Seminars für Genossenschaftswesen an der Universität Halle-Wittenberg, Dr. Rudolf Hoernigk, siedelte Mitte 1937 nach Berlin über und trat in die Dienste des Deutschen Genossenschaftsverbandes. Zum Kreis seiner landwirtschaftlichen Beziehungen zählte der 1933 wegen seiner jüdischen Abstammung abgelöste deutschnationale Direktor der Berlin-Brandenburgischen Landwirtschaftskammer Dr. Franz Mendelson. ¹⁰ Dieser war für die Gruppe nicht nur wegen seiner landwirtschaftlichen Kenntnisse und Kontakte von Bedeutung. Familiäre Verbindungen führten auch in die Bekennende Kirche. Seine Brüder, die Pfarrer Paul und Ernst Mendelson, waren in ihr engagiert; ihre Gemeinde war die Dankeskirche am Weddingplatz in Berlin. Schon 1933 wurde Paul Mendelson, ein sozial engagierter Mann, aus sog. »rassischen« Gründen aus dem Kir-

Karte 3: Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1938/39



chendienst entlassen; sein Bruder Ernst setzte aus Verzweiflung seinem Leben ein Ende.¹¹ Darüber hinaus konnte Franz Mendelson an alte Verbindungen anknüpfen, die im Widerstand eine Rolle spielten, so zu seinem Weltkriegskameraden, dem inzwischen zum General aufgestiegenen Friedrich Olbricht, zu dem ehemaligen Landwirtschafts- und Finanzminister Andreas Hermes (Zentrum), nicht zuletzt zu seinem einstigen Kammermitarbeiter Freiherr von Plettenberg, der inzwischen zum Landforstmeister im Reichsforstamt und Preußischen Landesforstamt aufgestiegen war.¹²

An dieser Stelle soll auf eine weitere Arbeitsmethode der Robinsohn-Strassmann-Gruppe eingegangen werden. Ab 1937 kam die Führung mit ihren Vertrauensleuten nicht nur zu Einzeltreffen zusammen, die ein hohes Maß an Absicherung gegen Bespitzelung boten, sondern veranstaltete auch Treffen im größeren Rahmen. Am besten dokumentiert ist die Zusammenkunft zu Strassmanns 40. Geburtstag am 27. November 1937, einem Samstag. Hierzu trafen sich in Strassmanns Wohnung, noch in der Ludendorff-Straße (ehemals Steglitzer Straße), Hans Robinsohn, Erich Wentker, Karl Hoffmann und Hermann Lange aus Hamburg, Hans Lachmund aus Anklam, die Brüder Rudolf und Frank Hoernigk aus Berlin bzw. Naumburg, Thomas Dehler aus Bamberg sowie Walter Dudek und Strassmanns Schwägerin Resi Prestin aus Berlin.¹³ Robinsohn hielt eine Rede auf den Jubilar, Strassmann steuerte ein nüchternes kleines politisches Referat bei, das der leidenschaftliche Dehler mit den Worten »Zu wenig Haß!« quittierte.¹⁴

Möglicherweise war dies nicht das erste größere Treffen. Frank Hoernigk erinnert sich an eine Zusammenkunft von etwa zwölf Personen im Sommer 1937.¹⁵ Zu Strassmanns Geburtstagen scheint es jedenfalls regelmäßig Treffen unterschiedlich zusammengesetzter Kreise gegeben zu haben.¹⁶ Ende November 1938 fand eine größere Zusammenkunft der norddeutschen Vertrauensleute statt.¹⁷ Das größte Treffen der Gruppe, offenbar eine einmalige Ausnahmeerscheinung, war eine Sitzung von etwa 35 Vertrauensleuten im Sommer 1938 in Werder bei Potsdam.¹⁸

Welchen Zweck verfolgten diese größeren Treffen, die immer mit einem erhöhten Risiko verbunden waren? Der wichtigste Aspekt war, daß die einzelnen Vertrauensleute, die sonst außer ihren lokalen Verbindungen und einzelnen Führungspersonen keinen aus der Gruppe kannten und keine Vorstellung von der Entwicklung der Gruppe jenseits ihrer abgeschotteten Lokalgruppe hatten, durch die Fühlungnahme mit anderen Mitstreitern einen Motivationsschub bekamen, der die scheinbare Wirkungslosigkeit der eigenen Arbeit widerlegte. Die fürchterliche, Aktivitäten hemmende Isolation des einzelnen sollte durchbrochen werden.¹⁹ Ein zweiter Vorteil war die erhebliche Vereinfachung des Informationsaus-

tauschs, der normalerweise per Kurier von Person zu Person geleistet werden mußte. Außerdem wurden die Diskussion politischer und wirtschaftlicher Fragen und die Programmarbeit erleichtert.²⁰ Das Risiko, das Schotensystem in gewisser Weise zu durchbrechen, wurde also bewußt in Kauf genommen, um eine erhöhte Motivation für die langfristig angelegte Gruppenarbeit zu gewinnen.

Franken

Es ist nur teilweise möglich, die Einbeziehung von Verbindungsleuten durch den Bamberger Rechtsanwalt Thomas Dehler zeitlich einzugrenzen. Das liegt auch an seinem lakonischen Stil: Briefe selbst an gute Freunde umfassen oft nur wenige Zeilen; in seinen juristischen Schriftsätzen faßte er sich äußerst kurz, ging aber präzise auf den Sachverhalt ein.²¹ Auch hinsichtlich seiner Widerstandsverbindungen machte er immer nur knappe, auf den jeweiligen Fall bezogene Ausführungen. Über das Jahr 1938 lassen sich allerdings einige Angaben machen.

Daß Ende 1937, Anfang 1938 der ehemalige Nationalsozialist Dr. Josef Losgar als inzwischen schwärmerischer Katholik zur Dehler-Gruppe stieß, wurde schon erwähnt. Im Gegensatz zu dem zwar politisch leidenschaftlichen, aber in seiner Widerstandstätigkeit eher vorsichtig organisierenden Dehler stürzte Losgar sich in einen Aktivismus, den die Robinsohn-Strassmann-Gruppe aus Sicherheitsgründen ablehnte. Dazu gehörte die »Tischpropaganda«, bei der er oppositionelle Flugblätter in Gaststätten an seinem Platz für die folgenden Gäste zurückließ.²²

1938 führte Dehler den Nürnberger Lehrer Ludwig Ritter von Rudolph, kurz Lutz Rudolph genannt, in die Gruppe ein.²³ Rudolph war ein weithin bekannter Demokrat, der von Streichers Schmierblatt »Der Stürmer« heftig angegriffen wurde.²⁴ Sein Vater Philipp Rudolph war freisinniger Stadtverordneter in Nürnberg gewesen. Der wegen seiner Tapferkeit an der Westfront 1915 in den persönlichen Ritterstand erhobene Volksschullehrer Ludwig Rudolph, der noch im Frühjahr 1919 als Kompanieführer im Bayerischen Schützenkorps (Freikorps von Epp) und im Freikorps Oberland²⁵ mitgewirkt, aber schon damals die antisemitische Propaganda abgelehnt hatte, schloß sich nach einem politischen Reifeprozess der Deutschen Friedensgesellschaft und im September 1925 der DDP an; von 1931 bis 1933 war er Vorsitzender der Nürnberger DDP-Nachfolgerin Deutsche Staatspartei. Den Haß der nationalistischen und militaristischen Kreise zog er sich durch seine freiwillige Aussage im Münchner Dolchstoßprozess 1925 zu, in dem er als einziger Offizier des Ersten Weltkrieges gegen die Dolch-

stoßlüge, die Heimat sei der unbesiegten Front in den Rücken gefallen, aussagte.²⁶ Als Folge mußte er den Ausschluß aus dem bayerischen Militär-Orden, dem Max-Josephs-Orden, und die gesellschaftliche Ächtung durch die Offizierskreise hinnehmen. Auch in den Folgejahren trat er öffentlich hervor, und zwar durch seine Kandidaturen zum bayerischen Landtag (1928, 1932) und zum Reichstag (1930) sowie durch das pazifistische Kriegsbüchlein »Allerseelen 1914« über drei Schlachttage bei Ypern.²⁷ Es ist kein Wunder, daß Ritter von Rudolph in der NS-Zeit von allen Beförderungen ausgeschlossen blieb. Über seine Verbindungen in Nürnberg waren keine Angaben zugänglich; da die DDP/DStP dort über eine gut ausgebaute Organisation verfügte, sind sie jedoch anzunehmen.²⁸

Damit verfügte Thomas Dehler 1938 in Bayern über Widerstandsverbindungen in Bamberg, Aschaffenburg, Nürnberg und München, wobei die auswärtigen Verbindungen durchweg auf die Jungdemokraten bzw. die DDP/DStP zurückgingen.

Vorläufer des Kreisauer Kreises

»Wie sich von Trotha, von Einsiedel, Waetjen, Furtwängler und Lukaschek erinnerten, entstand um 1938/39 aus den losen Verbindungen und Kontakten Moltkes in Berlin so etwas wie eine Gruppe.«²⁹ Zu diesen Kontakten Helmuth James Graf von Moltke zählte offenbar zu diesem Zeitpunkt auch schon der zehn Jahre ältere Ernst Strassmann. Die Gemeinsamkeiten waren ohnehin groß: Beide waren Juristen, NS-Gegner, interessiert an Verbindungen mit dem Ausland, speziell mit England; Moltke war Schlesier, Strassmann hatte einige Jahre in Schlesien gelebt, studiert und politisch gearbeitet. Er hatte wie Moltke Verbindung mit Lukaschek.³⁰ Moltke war 1936/37 in Berlin im liberalen Schifferkreis aufgetreten,³¹ zu dem es auch eine lose Verbindung der Robinsohn-Strassmann-Gruppe gab.³²

Die ersten Treffen Strassmanns mit Moltke fanden nach Frank Hoernicks Erinnerung während seiner Zeit bei der »Centralen Ankaufsstelle für Landwirtschaftsmaschinen Halle« (CAH) statt, also vom Dezember 1937 bis zum Mai 1938. Diese Stelle bot Hoernick für seine Widerstandstätigkeit wichtige Vorteile, da er über einen Dienstwagen verfügte und Dienstfahrten im Saalekreis unternehmen mußte.³³ Bei einem frühen Treffen, wohl im ersten Halbjahr 1938, berieten Strassmann, Moltke und Frank Hoernick über Goerdelers unzureichende Vorsichtsmaßnahmen, ein anderes Mal begleitete Hoernick den nahezu gleichaltrigen Grafen Moltke zu dem Großlandwirt und Agrarindustriellen Carl Wentzel in Teutschenthal, den er zunächst mit Strassmann zusammengeführt hatte.³⁴

Einmal gibt Strassmann auch eine Verbindung mit dem Syndikus bei der Lufthansa, Rechtsanwalt Klaus Bonhoeffer, an.³⁵ Diese Verbindung wird bestätigt durch Bonhoeffers Schwager Eberhard Bethge.³⁶ Klaus Bonhoeffer war der Bruder des Theologen Dietrich Bonhoeffer, der in der Bekennenden Kirche eine namhafte Rolle spielte und für den politischen Widerstand aus Glaubensgründen eintrat. Eine Datierung dieser Beziehung ist nicht möglich. Sie wird hier jedoch nicht nur aus systematischen Gründen genannt, sondern auch weil Klaus Bonhoeffer um 1938 schon zum Umkreis derjenigen gehörte, die an den Umsturzplanungen mittelbar beteiligt waren.³⁷

Aus ähnlichen Gründen wird hier auch Hans von Dohnányi erwähnt. Dieser war eine kurze Zeit Mitglied des Klubs vom 3. Oktober, kannte also Robinsohn und Strassmann, stand der DDP nahe,³⁸ arbeitete 1933–1938 als persönlicher Referent des Reichsjustizministers Franz Gürtner, legte in Abstimmung mit diesem eine Sammlung der Verbrechen des NS-Regimes an und wurde 1938 an das Reichsgericht in Leipzig versetzt. In engere Fühlung mit Schaltstellen des Widerstands kam er Anfang 1938 im Zusammenhang mit der Blomberg-Fritsch-Krise. Nichts läge näher, als einen solchen Mann frühzeitig für die Arbeit der Gruppe zu gewinnen – als Informanten und als Empfänger von Informationen, als Rückendeckung und als Kenner von Verbindungen. Wenn Strassmann ihn nur im Zusammenhang mit der Abwehr erwähnt, will das nicht viel heißen; ähnlich ungenau ist er auch mit manchen anderen Angaben.³⁹ Aber es gibt auch keinen positiven Beleg für eine Verbindung vor Dohnányis Eintritt in die Abwehr bei Kriegsbeginn.

Die konservative Opposition: Carl Goerdeler

Das Jahr 1938 brachte insofern eine herausragende Veränderung für die Robinsohn-Strassmann-Gruppe, als die Zusammenarbeit mit verschiedenen Teilen der konservativen Opposition begann: mit dem »Kanzler« des Widerstands, Goerdeler, mit den ihm nahestehenden hohen Militärkreisen, allen voran General Beck, und Unternehmern wie dem Agrarindustriellen Wentzel-Teutschenthal.

»Ein Netz entsteht – Ziviler Widerstand« überschreibt Carl Goerdeler Tochter ein Kapitel ihres Bändchens mit Erinnerungen und nachträglich Erfahrenem über ihren Vater,⁴⁰ worin sie die Entstehung dieses zivilen Netzes auf die Anfänge des Zweiten Weltkrieges verlegt. Diese Datierung ergibt sich allein schon aus den langen Auslandsreisen, die Goerdeler offiziell für seinen Arbeitgeber, den Elektrokonzern Bosch, darüber hinaus aber für den deutschen Widerstand unternahm. Nach seinem Rücktritt

vom Amt des Leipziger Oberbürgermeisters am 1. April 1937 war er im Auftrag der Firma Bosch auf folgenden Reisen:⁴¹ 1937 war er vom 4. bis 16. Juni in Belgien, von dort aus bis zum 15. Juli in England; nach einem kurzen Zwischenaufenthalt in Berlin Ende Juli reiste er in die Niederlande, von dort im August nach Frankreich und im selben Monat oder im September nach Kanada und in die USA, im Dezember kehrte er über Paris zurück. 1938 reist er Mitte März bis Mitte April nach England und Frankreich, Anfang August bis 20. Oktober in die Schweiz, von dort aus bis November 1938 nach Italien, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien. 1939 unternahm er Anfang März eine Reise nach Frankreich und Algier, von dort weiter im Mai nach England, Libyen, Ägypten, Palästina, Syrien, in die Türkei und die Schweiz; am 26. August fuhr er nach Schweden, erneut Ende Oktober / Anfang November und Anfang Dezember.

Damit war Goerdeler nach seiner Demissionierung 1937 ein halbes Jahr, 1938 viereinhalb Monate und 1939 bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs etwa sechs Monate im Ausland, stand in dieser Zeit für die Organisation des deutschen Widerstandes also nicht zur Verfügung. Wenn er persönlich diese Aufgabe nicht zu leisten vermochte, stellt sich die Frage, ob andere arbeitsteilig für ihn einsprangen.⁴²

Nun geht aus dem Nachlaß Hans Robinsohns hervor, daß Ernst Strassmann ab Ende 1937 / Anfang 1938 mit Goerdeler zusammenarbeitete.⁴³ Die Datierung wird durch den Deutschland-Aufenthalt Goerdelers vom Dezember 1937 bis zum März 1938 bestätigt. Alle Gruppenmitglieder, die in irgendeiner Weise führend tätig waren, wußten von der Zusammenarbeit mit Goerdeler.⁴⁴ Zwei Beteiligte, der Naumburger Assessor Frank Hoernigk und der Münchner Rechtsanwalt Hermann Schweykart, bestätigen, daß es sich um eine enge Zusammenarbeit gehandelt hat.⁴⁵ Frank Hoernigk hat selbst an einem Treffen im Frühjahr 1938 teilgenommen, bei dem Strassmann Goerdeler beschwor, auf schriftliche Notizen wie Protokolle, Namenslisten, Adressen, Telefonnummern zu verzichten; im übrigen diene dieses Treffen der gegenseitigen Orientierung, um ein Stimmungsbild voneinander zu gewinnen, nicht aber der Erörterung konkreter Vorschläge oder Pläne.⁴⁶ Hergestellt und aufrechterhalten wurde die Verbindung durch das freundschaftliche Verhältnis zwischen Goerdeler und Fritz Elsas, der als einstiger Vizepräsident des Deutschen Städtetages eng mit Goerdeler zusammengearbeitet hatte.⁴⁷

Diese Zusammenarbeit rückt Goerdeler in ein anderes Licht, als es bisher möglich war. Goerdeler war ein konservativer Kommunalpolitiker; seine politische Heimat war die DNVP.⁴⁸ In der NS-Zeit blieb er nicht nur Oberbürgermeister von Leipzig (bis 1937), sondern versuchte, wie schon 1931 / 32 unter Brüning, vom November 1934 bis zum Juli 1935 als Reichspreiskommissar die wirtschaftspolitische Entwicklung zu beeinflussen.⁴⁹ Von

beiden Ämtern trat er aber unter Protest zurück. Goerdelers frühzeitige Kontakte mit der konservativen Militäropposition sind bekannt; seit 1935 stand er mit General Ludwig Beck in Verbindung, der jedoch erst 1938 zum Widerstand vorstieß.⁵⁰ Offenbar erst im August 1939 traf er den im Februar 1938 entlassenen Diplomaten Ulrich von Hassell, der als Konservativer alter Schule (DNVP) sich um die Herstellung von Verbindungen für den Widerstand bemühte.⁵¹ Der Beginn der Zusammenarbeit Goerdelers mit der nichtkonservativen Opposition (Wilhelm Leuschner, Jakob Kaiser) mußte bisher auf Ende 1941 datiert werden.⁵² Die Angaben von Mitarbeitern der Robinsohn-Strassmann-Gruppe machen nun deutlich, daß Goerdeler schon sehr frühzeitig mit einer linksliberal-sozialdemokratischen Widerstandsgruppe kooperiert hat. Der konservativ-nationalliberale Inhalt der Denkschriften Goerdelers⁵³ läßt darauf schließen, daß es sich eher um eine technische Zusammenarbeit als um eine inhaltliche Diskussionsrunde gehandelt hat; Strassmann hat Goerdelers politische Vorstellungen offenbar nicht oder kaum beeinflussen können; ob er es überhaupt versucht hat, ist nicht überliefert.

Strassmanns Zusammenarbeit mit Goerdeler ergibt einen Sinn, wenn man bedenkt, daß beide auf die Notwendigkeit setzten, das NS-Regime zu stürzen. Die Strassmann-Gruppe arbeitete zwar auf den »Tag danach« hin, woraus sich nicht zwingend die Notwendigkeit ergab, einen Staatsstreich zu unternehmen; vielmehr erwarteten wenigstens Teile der Gruppe einen Sturz des NS-Systems durch seinen wirtschaftlich-finanziellen Zusammenbruch. Die gewaltsame Beseitigung des NS-Regimes war theoretisch denkbar durch eine Revolution der Volksmassen oder einen Staatsstreich der Inhaber des staatlichen Gewaltmonopols. Die Organisation einer Revolution schien angesichts des ausgedehnten Spitzelwesens von vornherein zum Scheitern verurteilt zu sein; zudem widersprach dieses Vorgehen der Konzeption der Gruppe, keine Massen, sondern Eliten für den »Tag danach« zusammenzufassen. Sollte also das Ende des NS-Regimes nicht abgewartet, sondern beschleunigt werden, blieb für die Robinsohn-Strassmann-Gruppe wie für Goerdeler nur die Einwirkung auf die Generale übrig.

Die militärische Opposition: General Ludwig Beck

Folgt man der bisherigen Literatur über den Widerstand, fand eine erste Zusammenarbeit zwischen der konservativen Generalität und der Linksoption erst 1939 oder sogar erst 1941 statt.⁵⁴ Diese Angaben, die sich auf Julius Leber (1939) bzw. den Kreis der Gewerkschaftsführer

Leuschner-Kaiser-Habermann beziehen, berücksichtigen nicht die schon früher erfolgte Verbindungsaufnahme durch Strassmann. Das Zusammenwirken einer Widerstandsgruppe, die sich selbst als links definierte, mit den vom alten preußischen Korpsgeist geprägten Generälen war keine Selbstverständlichkeit. In der Weimarer Republik hatten die Militärs vom Kapp-Putsch über die Schwarze Reichswehr und den Panzerkreuzer A bis zu den Regierungswechseln der Präsidialkabinette sich für Republikaner nicht empfohlen. Daß die Robinsohn-Strassmann-Gruppe eine zu erwartende Wehrmachtsdiktatur bekämpfen würde, war unbestritten.⁵⁵

Die Zusammenarbeit mit der Rechtsopposition, insbesondere mit Goerdeler und den Industriellen, war die Voraussetzung für die Verbindungsaufnahme in die höchste Generalität hinein. Sie wurde begünstigt durch die dramatische innen- und außenpolitische Entwicklung, die von der Ersetzung des Kriegsministers General Blomberg und des Oberbefehlshabers des Heeres General Fritsch über die parallele Österreich-Krise zur tschechoslowakischen Krise eilte. Die drohende Kriegsgefahr hatte zur Folge, daß die von der Hitler-Regierung durch die hemmungslose Aufrüstung verwöhnte, allerdings in gradueller Gegnerschaft zum Nationalsozialismus stehende Generalität nun die Verbindung mit linksdemokratischen Oppositionskreisen akzeptierte. Unmittelbar nach dem Höhepunkt der Generalskrise schrieb Robinsohn an Freunde im Ausland:⁵⁶ »Hätte das Heer und seine Führung die Verbindung zu einer solchen Opposition gehabt, – der Ausgang der Krise hätte das Ende der Hitlerdiktatur bedeutet.«

So optimistisch äußerte er sich später nicht mehr. Im folgenden, unmittelbar nach der Besetzung Österreichs geschriebenen Bericht No. 5 geht Robinsohn überhaupt nicht auf die Militäropposition ein. Einer Artikelfolge, die er nach dem gescheiterten Putsch vom 20. Juli 1944 zur Jahreswende 1944/45 in der sozialdemokratischen Zeitung von Malmö, Arbeit, veröffentlichte, ist für die Folgezeit allerdings der Ansatz zur Zusammenarbeit zu entnehmen. Dort heißt es:⁵⁷ »[...] etwa im Vorsommer 1938 waren allererste Vorbesprechungen zwischen diesen Kreisen [den Offizieren] und gewissen Linksgruppen erfolgt.« Mit den erwähnten »Linksgruppen« meinte Robinsohn seine eigene Gruppe, die er durch bewußt unscharfe Formulierungen vor dem Zugriff der Gestapo schützen wollte. Als erste inhaltliche Basis dieser Verbindung wurde vereinbart:⁵⁸ »Die Offiziere sollten eine militärische Erhebung vorbereiten. Die Politiker würden ein politisches Programm für die Nachfolgeregierung schaffen. Die Ideen, die im Anschluß an diese allgemeine Richtlinie entwickelt wurden, gingen auf die Parole heraus, Deutschland wieder zu einem Rechtsstaat zu machen, der in Frieden innerhalb der europäischen Gemeinschaft leben könne und solle. Schluß mit der aktivistischen Außenpolitik. Weg mit der Partei, der Gestapo, dem Terror und der Bonzenwirtschaft. Eine Regierung der ›an-

ständigen Leute aus allen möglichen Lagern sollte an die Stelle des korrupten Hitlersystems gesetzt werden.«

Hier fällt einerseits die Ähnlichkeit mit der Denkschrift aus dem Reusch-Kreis, andererseits der auch von Goerdeler verwendete Begriff des Anstands als Kriterium gegen das NS-System und für die Opposition auf.⁵⁹ Die programmatische und organisatorische Vorbereitung auf den »Tag danach« erwies sich als so tragfähig, daß sie auch in der neuen Situation nach der Entscheidung für den militärischen Staatsstreich ihren Wert behielt. Die bisherige passive Haltung, den Tag des wirtschaftlich-finanziellen Zusammenbruchs des NS-Regimes abzuwarten, wurde durch die aktive Einflußnahme auf das Militär als potentiell entscheidendem Machtmittel abgelöst. Jedoch wurde dem Militär kein ausschlaggebender Einfluß auf die Nachfolgeregierung überlassen, die vielmehr von Politikern gebildet werden sollte; diese Konzeption entsprach dem damaligen Wunsch der Gruppe, eine nicht-nationalsozialistische Wehrmachtsdiktatur zu verhindern.⁶⁰

Aber auch der Zeitpunkt der Verbindungsaufnahme ist charakteristisch. Während der Blomberg-Fritsch-Krise hatte es lediglich eine Zusammenarbeit der militärischen Opposition mit der konservativen politischen Opposition gegeben. In einer abgestimmten Aktion waren am 29. Januar 1938 Oster (Abwehr) zu General Ulex (Hannover), Gisevius (vormals Gestapo) zu General Kluge (Münster), Goerdeler zu General List und seinem Stabschef Olbricht (Dresden), anschließend List und Röhrich zu General Beck gefahren, um sie zu einer koordinierten Aktion zu bewegen.⁶¹ Auch Strassmann wurde in diesem Zeitraum von Oster intensiv eingespannt,⁶² allerdings nicht für die Verbindungen mit den hohen Militärs. Der Beginn dieser Zusammenarbeit war nach Robinsohn im Vorsommer 1938, also im Juni 1938. Unmittelbar vorher war es am 20./21. Mai zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakei zu einer schweren Krise gekommen, die nach der tschechoslowakischen Teilmobilmachung durch diplomatisches Einschreiten Großbritanniens, Frankreichs und Polens mit einer vorläufigen Niederlage Hitlers geendet hatte. Hitler reagierte darauf, indem er die Generäle und Minister am 28. Mai zu einer Besprechung über eine Militäraktion gegen die Tschechoslowakei zusammenrief und am 30. Mai die Weisung über den »Fall Grün« gab:⁶³ »Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit zu zerschlagen. Den politisch und militärisch geeigneten Zeitpunkt abzuwarten oder herbeizuführen, ist Sache der politischen Führung. [...] Die Vorbereitungen sind unverzüglich zu treffen.« General Ludwig Beck, der in der Konferenz vom 28. Mai geschwiegen hatte, formulierte seinen Widerspruch zu dieser verantwortungslosen Vabanquepolitik in zwei Denkschriften vom 29. Mai und vom 3. Juni 1938,⁶⁴ in denen er scharfe Kritik übte, ohne daraus

entsprechend scharfe Konsequenzen zu ziehen. Über Hitlers Absichten orientierte Beck unmittelbar Goerdeler.⁶⁵

Ähnlich wie im Fall Canaris konnte Strassmann bei der Anknüpfung hochrangiger Verbindungen in der Wehrmacht nicht wählerisch sein. Beck hatte als Kommandeur des Ulmer Artillerieregiments 5 seine nationalsozialistischen Leutnants im Reichswehrprozeß 1929/30 gedeckt.⁶⁶ Immerhin bewies sein Rücktritt im Herbst 1938 seinen Sinneswandel. In Anbetracht der Kriegstreiberei Hitlers versuchte die Gruppe, weitere Verbindungen in der Wehrmacht zu knüpfen. Am einfachsten war das im Heer, das, wie Margarethe Lachmund einem emigrierten Freund schon 1937 mitteilte, »mehr noch als berechtigt, als bombensicherer Unterstand der Rechtsopposition« galt.⁶⁷ Schwieriger war es in der Marine, bei der Strassmann über seine Werftenverbindungen (Kiel, Wilhelmshaven, Rostock, Stettin) Anknüpfungspunkte suchte.⁶⁸ Fast aussichtslos waren Bemühungen um Kontaktaufnahme mit der im NS-Staat erst aufgebauten Luftwaffe.⁶⁹ Zwei Beispiele für Verbindungen im Heer können hier genannt werden. Im Frühling 1938 konnte der Hallenser Referendar Frank Hoernigk den ihm seit langem bekannten Major Egbert Hayessen Strassmann zuleiten.⁷⁰ Bei einem Treffen in Dresden erfuhr Hoernigk, daß Strassmann zuvor dem Truppenübungsplatz Königsbrück einen Besuch abgestattet hatte.⁷¹

Daß Strassmann mit General Ludwig Beck in direkter Verbindung stand, wird von verschiedenen Gruppenmitgliedern bestätigt.⁷² Eine einigermaßen genaue Datierung ist außer durch Robinsohn (Vorsommer 1938) auch durch Frank Hoernigk möglich, der sich entsinnt, daß ein Treffen vor dem Münchner Abkommen, aber schon kurz nach Becks zunächst geheimhaltener Entlassung stattgefunden habe.⁷³ Während der Sudetenkrise hoffte die zivile Opposition, bestärkt durch die Indifferenz des Volkes,⁷⁴ auf den militärischen Umsturz. Als er ausblieb, das Münchner Abkommen geschlossen wurde und Hitler zum wiederholten Male mit seiner Gewaltpolitik, die nur neue Gewalt provozieren konnte, sich durchgesetzt hatte, lagen die Verbindungen mit der Militäropposition zunächst brach.⁷⁵ Die Hoffnungen galten nun eher der Sammlung ziviler Oppositionskreise. Aufschlußreich ist eine Eintragung in Hans Lachmunds Tagebuch, die die Stimmung der Berliner Bürger unmittelbar nach dem Abschluß des Münchner Abkommens wiedergibt:⁷⁶ »Bezeichnend, was Eva [am] Sonnabend [1. Oktober 1938] im Kino erlebte: Tosender Beifall bei der Wochenschau für Chamberlain, den zukünftigen] Friedensnobelpreisträger.«

Wentzel-Teutschenthal

Nachdem die Robinsohn-Strassmann-Gruppe schon etwa im Frühling 1937 mit dem Reusch-Kreis deutscher Montanindustrieller sowie Großlandwirte in Verbindung getreten war, ergab sich durch Frank Hoernigks Ausbildungshalbjahr bei der CAH die Verbindung mit dem Agrarindustriellen Carl Wentzel auf Teutschenthal.⁷⁷ Wie bei allen seinen Besuchs-fahrten im Auftrag der CAH fühlte Hoernigk auch in politischer Hinsicht vor, stieß bei erkennbarem Entgegenkommen nach und vereinbarte schließlich, wenn ihm die Verbindung aussichtsreich erschien, den Besuch eines landwirtschaftlich interessierten Juristen aus Berlin.

Die Bedeutung dieser Verbindung läßt sich nur ermessen, wenn man sich das wirtschaftliche Gewicht Wentzels vergegenwärtigt. Er erweiterte die ererbten Güter und Betriebe und war der größte Grundbesitzer in der Provinz Sachsen. Sein Unternehmen war ein landwirtschaftlicher und industrieller Großbetrieb, der Ackerbau, Viehhaltung, Zuckerfabriken, Brennereien, eine Malzfabrik, Getreidemühlen, eine Braunkohlengrube, Tonbetriebe, Schneidemühlen, Werkstätten und Baubetriebe umfaßte.⁷⁸ Der von Carl Wentzel bewirtschaftete Güterverband umfaßte 21 Güter in der Provinz Sachsen mit einer Gesamtfläche von 36026 Morgen; hinzu kam ein Drittel der Anteile an einer Saatzuchtwirtschaft in Hambersleben (1500 von 4500 Morgen).⁷⁹ Das Ausmaß der Betriebsgröße wird klar, wenn man Vergleichszahlen heranzieht. Um 1927 gab es in Deutschland rund fünf Millionen landwirtschaftliche Betriebe, von denen 4792960 jeweils unter 20 Hektar Betriebsfläche hatten. Ganze 183 Betriebe hatten eine Fläche von je über 1000 Hektar, und zwar im Schnitt jeweils 2073 Hektar.⁸⁰ Die Güter Wentzel-Teutschenthals einschließlich Hambersleben umfaßten jedoch rund 9570 Hektar. Zur Bewirtschaftung bediente Wentzel sich der modernsten Methoden, so eines hohen Kunstdüngereinsatzes und eines großen Kraftfahrzeug- und Maschinenparks, was zu überdurchschnittlichen Ernteerträgen führte.⁸¹ Ein enormer Viehbestand von fast 15000 Tieren⁸² wurde völlig aus der eigenen Futterwirtschaft ernährt. Wenn man unter seinen Wirtschaftszweigen einen besonders hervorheben soll, ist es die Zuckerindustrie. Rund ein Fünftel seines bewirtschafteten Bodens verwandte Wentzel für den Zuckerrübenanbau, dessen Ernte in seinen eigenen Werken, einer Zuckerfabrik in Salzmünde und zwei Raffinerien in Halle und Rositz, verarbeitet wurde. Im Jahre 1935 lieferten die Wentzelschen Betriebe für jeden 180. Einwohner des Deutschen Reiches Zucker, was ihm den Beinamen »Zuckerkönig« einbrachte.⁸³ Schließlich sei noch auf Wentzels zwei Braunkohlengruben, ein (gepachtetes) Steinkohlenbergwerk, seine Kalkbrüche sowie seinen Kaolin- und Tonbetrieb verwiesen.⁸⁴ Sein Jahreseinkommen betrug rund eine Million Reichsmark.⁸⁵ Selbst diese bloß

ansatzweise Übersicht verdeutlicht das wirtschaftliche Gewicht und den damit potentiell verbundenen politischen Einfluß Wentzels. Hieran wird auch klar, weshalb Wentzel in dem informellen kleinen Kreis »Industrie und Landwirtschaft« mit den Spitzen der deutschen Montan- und Chemieindustrie zusammenarbeitete und sie wiederholt auf seine Güter einlud.⁸⁶ Die »besondere Art der vertikal gegliederten Wirtschaftsweise der Wentzelbetriebe« und die Veredelungspraxis zogen, wie schon vor dem Ersten Weltkrieg, das Interesse der in- und ausländischen Experten auf Teutschenthal.⁸⁷

Politisch wird Wentzel durch seine Mitgliedschaft in der DNVP und im Stahlhelm charakterisiert.⁸⁸ Jahrzehntlang war er Mitglied des Kreistages und der Gemeindevertretung von Teutschenthal, bis er 1933 auf diese Ämter verzichten mußte, weil er einen Beitritt zur NSDAP ablehnte.⁸⁹ Selbstverständlich war er Mitglied verschiedener landwirtschaftlicher Organisationen, darunter der Landwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft in Berlin, deren Tagungen unter dem Deckmantel des Kundendienstes führenden Agrariern zur politischen Aussprache im Sinne der konservativen Opposition dienten.⁹⁰ Im dreißig Personen umfassenden Halleschen Rotaryclub lernte ihn der linksliberale Landeshauptmann der Provinz Sachsen Erhard Hübener schätzen,⁹¹ was auf eine offene persönliche Haltung Wentzels schließen läßt. Seinen Angestellten und Arbeitern gewährte er in bester patriarchalischer Tradition erhebliche soziale Unterstützung.⁹²

Der Besuch Strassmanns bei Wentzel fand noch während Hoernigks CAH-Zeit, also im ersten Halbjahr 1938, statt, und Strassmann konnte Hoernigk anschließend mitteilen, daß die neue Verbindung geknüpft sei.⁹³ Damit war die persönliche Verbindung zu einem Mitglied des Reusch-Kreises hergestellt, das den modernen Agrarkapitalismus repräsentierte. Zwar waren die Leiter der Robinsohn-Strassmann-Gruppe als Mitglieder der DDP und der SPD wohl Gegner des Großgrundbesitzes und Verfechter einer Bodenreform,⁹⁴ jedoch konnten die modernen und effektiven Produktionsmethoden und der hohe Informationsgrad Wentzels für die Gruppe nur aufschlußreich sein. Jedenfalls betont ein Gruppenmitglied die Bemühungen, »auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Ernährung wahrheitsgemäße und sachlich richtige Aufklärung gegenüber der Nazipropaganda zu erhalten«.⁹⁵

Die völkisch-monarchistische Opposition

Vermutlich in der ersten Hälfte des Jahres 1938 nahm Strassmann mit einem gebürtigen Deutschbalten, dem mecklenburgischen Landwirt Klemens von Henke, Kontakt auf. Der 1902 im russischen Dünaburg geborene Henke, dessen Vater durch die lettische Agrarreform seinen Besitz verloren hatte, übernahm 1930 das Gut Reddershof bei Tessin (Mecklenburg), auf dem er 200 Leute beschäftigte. Politisch stand er auf der republikfeindlichen rechtsradikalen Seite. Henke war 1919 Gründungsmitglied des Deutschnationalen bzw. Großdeutschen Jugendbundes, der von dem Vizeadmiral a. D. Adolf von Trotha geführt wurde, sowie Mitgründer der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP) 1922 bzw. der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung (DVFB) und ihr Mitglied bis 1933.⁹⁶

Politisch stand die DVFP der NSDAP nahe. Sie spaltete sich Ende 1922 von der DNVP ab, als diese nach der Ermordung Walther Rathenaus auf eine gemäßigtere Politik bedacht war. Zu ihren Gründern gehörten der Großagrarier Albrecht von Graefe-Goldebee (bei Wismar), der Antisemit Theodor Fritsch und die völkischen Schriftsteller Ernst Graf von Reventlow, Arthur Dinter und Reinhold Wulle. Programmatisch bekämpfte sie den »unfruchtbaren Parlamentarismus«, die »Judenherrschaft«, den »Börsen-Kapitalismus« und den Marxismus. Die DVFP vertrat den Legitimus, d. h. die Thronfolge des preußisch-deutschen Kronprinzen. Ihr organisatorischer Schwerpunkt war Mecklenburg; weitere Landesverbände entstanden vor allem in Nord- und in zweiter Linie in Mitteldeutschland. Stand die DVFP nach Mitgliederzahl und Organisation anfangs gleichwertig neben der NSDAP, so veränderte sich dieses Verhältnis zunehmend zu Ungunsten der DVFP (DVFB), die als besonders auf Großgrundbesitzer und soziologisch verwandte Schichten gestützte Partei nicht die erforderliche Massenbasis fand.⁹⁷

Es muß schon verwundern, daß der Linksliberale Ernst Strassmann sich mit einem Vertreter der DVFP, der zudem seine Einstellung nicht geändert hatte, im Widerstand zusammenfand. Dennoch kann an dieser Tatsache kein Zweifel bestehen.⁹⁸ Die Verbindung scheint im ersten Halbjahr 1938 zustande gekommen zu sein, weil der geistige Führer der völkisch-monarchistischen Opposition, Reinhold Wulle, mit rund 100 Verbindungsleuten am 14. Juli 1938 verhaftet wurde, Wulle aber an Henke den Auftrag gab, mit Strassmann Fühlung zu nehmen.⁹⁹ Nach dem Verbot der DVFP 1933 existierte der deutschvölkische Gesinnungskreis in der »Gesellschaft Deutsche Freiheit« und im »Geusenbund« weiter; als geistiges Band dienten die von Wulle redigierten, monatlich erscheinenden »Informationsbriefe« und der Nationale Bücherdienst.¹⁰⁰ Wulle war geprägt durch das Preußentum und ein konservatives Luthertum. Noch in der NS-Zeit publizierte er Bü-

cher, denen man zwischen den Zeilen seine Kritik am Nationalsozialismus, insbesondere an der Diktatur, entnehmen konnte.¹⁰¹ Er verfügte über namhafte konfessionelle, konservative und monarchistische Beziehungen: zu den katholischen Bischöfen Graf Preysing (Berlin) und Graf Galen (Münster), dem einstigen Kronprinzen Wilhelm von Preußen, dem Minister a. D. Andreas Hermes, dem Staatssekretär a. D. Erwin Planck sowie dem Oberstleutnant in der Abwehr Hans Oster.¹⁰² Einen Hinweis darauf, daß Wulle und Strassmann persönlich zusammengearbeitet hätten, gibt es nicht. Jedenfalls bat Wulle seinen mecklenburgischen Vertrauensmann von Henke, mit Strassmann Kontakt aufzunehmen, was bald darauf in Berlin geschah.

Daß Strassmann und Henke sich trotz ihrer unterschiedlichen politischen Herkunft auf eine gemeinsame Basis verständigen konnten, hatte verschiedene Gründe. Strassmanns Begabung für Freundschaften reicht als Erklärung sicher nicht aus.¹⁰³ Henke war zwar politisch rechts, gegenüber seinen Arbeitern aber sozial eingestellt und arbeitete landwirtschaftlich nach den neuesten Methoden. Er beurteilte die Menschen mehr nach ihrem Charakter als nach ihrer politischen Einstellung. Gegenüber den Nationalsozialisten machte er keine Kompromisse; auf seinem Hof wurde weder eine Hakenkreuzflagge gehißt noch der Hitler-Gruß verwandt, vier- oder fünfmal gab es Haussuchungen durch die Gestapo. Strassmann, der sich zunächst vorsichtig verhielt, merkte bald, daß Henke und er menschlich zusammenpaßten. In der Notwendigkeit des Sturzes des Hitler-Regimes waren beide sich einig. Beide Gruppen sahen keine Möglichkeit, auf eigene Faust das NS-Regime zu stürzen, sondern erwarteten den Militärputsch. Auf Henkes Vorhalt, nach dem Sturz Hitlers wolle seine Gruppe die Wiederherstellung der Monarchie, wandte Strassmann ein, es komme höchstens eine parlamentarische Monarchie wie in England in Frage; die Zusammenfassung der Opposition müsse Vorrang haben vor einzelnen Gruppen und Grüppchen. Damit konnte auch Henke sich identifizieren. Klemens von Henke verließ Strassmann mit dem Eindruck, einen hervorragenden, außerordentlichen Mann getroffen zu haben.¹⁰⁴

Nach der Verhaftung des Wulle-Kreises folgte im Dezember 1938 das Verbot der Gesellschaft Deutsche Freiheit, des Geusenbundes, des Nationalen Bücherdienstes und der Informationsbriefe.¹⁰⁵ Auf die weitgehende Zerschlagung der völkisch-monarchistischen Opposition reagierte die völkische Seite mit dem Versuch, die intakt gebliebenen Reste zu sammeln. Neuer, nun illegaler Reichsleiter wurde der ostpreußische Gutsbesitzer Hans Zerrath; den Raum Mecklenburg betreute Klemens von Henke. Zwei Beschäftigte auf Henkes Hof fuhren im Notfall per Motorrad als Kuriere in Mecklenburg; zwei Gutsnachbarn, Dr. Albrecht Wendhausen und Eberhard Mierendorff, konnten von Henke auch überregional eingesetzt wer-

den. Zehn weitere Verbindungsleute waren über Mecklenburg verstreut; durch sie konnte nach Henkes Einschätzung ein Potential von zunächst 150 Beteiligten aktiviert werden. Strassmann sollte auf diese neuen Verbindungen mit Klemens von Henke, Albrecht Wendhausen und Eberhard Mierendorff später wiederholt zurückgreifen.¹⁰⁶

Verbindungen zur Polizei

In der Darstellung über den Aufbau und den Ausbau der Gruppen in Berlin, Hamburg und Harburg wurde schon deutlich, daß zur Robinsohn-Strassmann-Gruppe ranghohe ehemalige Polizeibeamte bis hin zu Polizeipräsidenten (Wentker, Danehl) zählten. Verbindungen in die Polizei selbst blieben möglichst wenigen Beteiligten vorbehalten, weil es sich um einen sicherheitsrelevanten Bereich handelte. Im ersten nach seiner Emigration verfaßten langen Brief schreibt Hans Robinsohn an Alfred Vagts von einem »Bekanntem mit sehr guten Beziehungen zur Gestapo in Hamburg und in Berlin«. ¹⁰⁷ Robinsohn erwähnt diese beiden Orte, weil er 1938 hatte nachforschen lassen, ob bei der Gestapo in Berlin (als Zentrale) oder in Hamburg (seinem Wohnsitz) etwas gegen ihn vorliege, was seiner beabsichtigten Emigration im Wege stünde. Der erwähnte »Bekannt« war Strassmann, der als Landgerichtsrat auch Untersuchungsrichter war und daher amtlich mit Polizeidienststellen zu tun hatte; ¹⁰⁸ selbst im Ausland vermied Robinsohn für den Fall, daß der Brief in die falschen Hände geraten sollte, Klarnamen aus der Widerstandsgruppe und ihren Verbindungen. Welche Verbindungen gab es aber zur Gestapo?

Die Verbindungen in Berlin können teilweise namhaft gemacht werden. Sowohl mit dem Polizeipräsidenten Magnus Freiherr von Levetzow (bis 1935) als auch mit seinem Nachfolger Wolf Graf Helldorf hatte Strassmann Fühlung. Levetzow wurde Mitte 1935 entlassen, weil er jüdische Geschäftsleute vor dem NS-Mob in Schutz genommen hatte. ¹⁰⁹ Helldorf war eine schillernde Figur; nachdem er den ererbten Hof heruntergewirtschaftet hatte, machte er in der NSDAP Karriere, wurde schon 1925 preußischer Landtagsabgeordneter und im November 1933 Reichstagsabgeordneter. Da Frank Hoernigk von Helldorfs heimatlicher Mißwirtschaft wußte, erschien ihm diese Verbindung problematisch. Auf seinen Reisen, die er während seiner Ausbildung bei der CAH unternehmen konnte, erfuhr Hoernigk, daß Helldorf als Landwirt und politisch durchweg abfällig beurteilt wurde. Doch Strassmann konnte ihn beruhigen, daß der Polizeipräsident trotz allem für den Widerstand einzuspannen sei. ¹¹⁰ Auch Helldorfs Stellvertreter Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg schloß sich spä-

ter dem Widerstand an, doch war nicht zu ermitteln, ob auch er mit Strassmann Fühlung hatte.¹¹¹

Die Verbindung Erich Wentkers zu einem Kreis Hamburger Polizisten wurde oben schon genannt. Der stellvertretende Polizeipräsident von Harburg-Wilhelmsburg unter den Polizeipräsidenten Wentker und Danehl war der im Frühjahr 1938 nach Potsdam versetzte Dr. Zenke, den Frank Hoernigk im Auftrage Strassmanns besuchte.¹¹² Aber auch mit dem einstigen Potsdamer Polizeipräsidenten Henry von Zitzewitz stellte Strassmann eine Verbindung her. Zitzewitz kannte die Potsdamer Polizei wie seine Westentasche. Er hatte sein Leitungsamt während der gesamten Weimarer Republik inne, obwohl er ein durch und durch konservativer Mann war. Aus dieser Einstellung heraus hatte er sich am »Tag von Potsdam«, dem 21. März 1933, geweigert, die Hakenkreuzfahne, die damals noch nicht zugleich Staatssymbol war, auf dem Potsdamer Polizeipräsidium zu hissen – ein Aufsehen erregender Vorgang, da das Polizeipräsidium in unmittelbarer Nähe der Garnisonskirche lag. Daher wurde Zitzewitz wenige Tage später von seinem Amt abgelöst (sein Nachfolger wurde der eben erwähnte Graf Helldorf) und arbeitete nun als Regierungsrat im Regierungspräsidium von Düsseldorf.¹¹³

Die Liste der entlassenen Polizeipräsidenten, die in der Robinsohn-Strassmann-Gruppe oder in Verbindung mit ihr im Widerstand waren, läßt sich noch erweitern. Nach einer Namensübersicht bestand auch Kontakt mit dem einstigen Breslauer Polizeipräsidenten Fritz Voigt, der die sozialdemokratische Widerstandsgruppe in Schlesien 1934 mitgegründet hatte.¹¹⁴ Auch mit dem einstigen Polizeipräsidenten von Kottwitz, nun Oberregierungsrat im Regierungspräsidium Potsdam, hielt Strassmann Fühlung.¹¹⁵

Diese wahrscheinlich unvollständige Übersicht zeigt immerhin, wie begründet Robinsohns Aussage von den »sehr guten Beziehungen zur Gestapo in Hamburg und in Berlin« ist.

6. »...daß in jeder Herrschergewalt eine ungeheure Dämonie liegen kann«: Widerstand gegen die Judenverfolgung

Die kontinuierliche Verfolgung der deutschen Juden, ihre Entrechtung und ihre zunehmende Ausschaltung aus dem gesamten öffentlichen Leben, der Politik, der Wirtschaft, dem Vereinswesen, blieben auf die Arbeit der Robinsohn-Strassmann-Gruppe nicht ohne Auswirkungen. Verfolgte Juden, die häufig genug aus dem unmittelbaren Freundes- und Bekanntenkreis der Gruppenmitstreiter kamen, bedurften der Hilfe. Von den Gruppenmitgliedern selbst zählten einige für die NS-Rassisten zu diesen besonders gefährlichen Staatsfeinden. Mit Hans Robinsohn gehörte ein zwar nicht praktizierendes Mitglied der jüdischen Gemeinde Hamburgs zur Führungsgruppe. Ernst Strassmann war von einem jüdischen, aber religiös indifferenten Vater erzogen worden. Fritz Elsas war zum evangelischen Christentum konvertiert, was nach der verqueren NS-Logik allerdings nur als Tarnung anzusehen war. Da seine Frau Christin war, lebte er für die Nationalsozialisten in »Mischehe«. Eine Reihe von Gruppenmitgliedern galt nach der NS-Logik als »Halbjuden«, nämlich Egon Bandmann und Erich Gloeden in Berlin, Rudolf Reissert in München sowie die drei Hamburger Alfred Johann Levy, Gustav Sternberg und Eduard Sußmann. Der Berliner Franz Mendelson zählte als »Vierteljude«. Schließlich bleiben noch die jüdisch verheirateten Gruppenmitglieder Thomas Dehler (Bamberg) und Paul Pagel zu erwähnen.¹

Auswirkungen der Judenverfolgung auf führende Mitglieder der Gruppe

Hans Robinsohn hat im nachhinein ausführlich über seinen Versuch, sich geschäftlich zu behaupten, berichtet.² Bis Ende 1937 gab es für das Modehaus Gebr. Robinsohn in der Hamburger Innenstadt »eine zwar paradoxe, aber einigermaßen konstante Situation«, bedingt durch die »starke Bremswirkung« des Wirtschaftsministers Schacht, der auf seinem Fachgebiet die Diskriminierung der Juden zu verhindern versuchte.³ Die Lieferanten und das Bankhaus der Firma Robinsohn verhielten sich in dieser Phase wohlwollend; die Kundschaft war zwar Änderungen ausgesetzt, jedoch blieben die Umsätze zwischen 1933 und 1937 auf einem annähernd gleichen Niveau.⁴ Innerbetrieblich ergab sich jedoch eine paradoxe Situation durch die nationalsozialistische Führerideologie; sie bewirkte, daß der von der nationalsozialistischen Staatsordnung entrechtete Jude als Betriebsführer seines Unternehmens nahezu unumschränkt herrschen konnte, während die bisherigen Mitbestimmungsrechte der Belegschaft auf ein bloßes Anhörungsrecht reduziert wurden.⁵ Da Hans Robinsohn, seit 1933 Teilhaber der Firma Gebr. Robinsohn, mit der inneren Organisation der Firma betraut war, wurde er Betriebsführer.⁶ Er begriff, »daß alle Erfolgchancen davon abhängen, ob man alle Möglichkeiten des Rechtszustandes ausnutzte und völlig ignorierte, daß der tatsächliche machtmäßige Sachverhalt der Rechtslage diametral entgegengesetzt war. Diesen wirklichen Sachverhalt durfte man nie erkennbar werden lassen. Es galt daher, Ruhe und Festigkeit zu zeigen, die Überzeugung zu verbreiten, daß auch im nationalsozialistischen Staat das Gesetz gehalten werden müsse und würde, einerlei ob der Betriebsführer ein Jude oder ein ›Arier‹ war.«

So konnte Robinsohn nach Rücksprache mit dem Betriebsrat⁷ Kündigungen durchsetzen, die zwar in der Regel zu Arbeitsgerichtsprozessen führten, aber sämtlich zugunsten Robinsohns entschieden wurden. Angesichts der Judenverfolgungen gelang es Robinsohn sogar, das Verständnis des von der NSDAP dominierten Betriebsrates für eine Erhöhung des Anteils jüdischer Beschäftigter (1933: 9 Prozent) zu gewinnen.⁸ Der NS-Betriebszelle verweigerte Robinsohn erfolgreich Veranstaltungen in Firmenräumen.⁹ Dennoch herrschte auch vor 1938 ein ständiger Kampf zwischen der Firma und der NSDAP.

Mit dem Abtreten Schachts verschärfte sich die wirtschaftliche Lage des Modehauses. Steuerliche Benachteiligungen, der Boykott der Großhandelsabteilung, der Rückgang des Einzelhandels und Schwierigkeiten bei den Lieferanten ließen den Umschwung so deutlich werden, daß Robinsohn am 25. Mai 1938 aus Kopenhagen an seinen in die USA emigrierten Freund Alfred Vagts schrieb: ¹⁰ »Die Arbeitsmöglichkeiten privater, nicht

politischer Art werden für mich in Hamburg immer problematischer.« Vier Monate später, einen Monat vor der Reichspogromnacht, wurde er schon viel deutlicher: ¹¹ »Ich glaube, daß das Leben der Behauptung, das ich seit 33 geführt habe, zu Ende geht. Das hat nichts mit Entmutigung zu tun, – es handelt sich um ganz brutale Tatsachen, die es wahrscheinlich machen, daß die Firma nicht mehr lange zu halten ist. Danach aber ist auch eine noch so bescheidene oppositionelle Tätigkeit in Deutschland nicht mehr möglich, weil man dazu immer die Deckung eines bürgerlichen Berufs braucht.«

Seit dem 1. Juli 1938 waren Annoncen in den Tageszeitungen verboten; seit Anfang September standen die Firmeninhaber und die Firma unter Sicherungsanordnung; jede Privatentnahme bedurfte der Genehmigung der Devisenstelle.¹² Im Oktober 1938 denunzierte ein anonymer »Tedje ut Hamburg« im antisemitischen Hetzblatt »Der Stürmer« das Modehaus Gebr. Robinsohn als jüdisch; Anfang Oktober hieß es: ¹³ »Der Judenkonfektionsladen Robinsohn am Neuerwall machte zum Saison-Schlußverkauf eine große Prospektprogaganda und bezeichnete sich als »erstes Modehaus«. [...] Macht Schluß mit diesem Judenladen, das wäre für Hamburg ein Vorteil!« Ende Oktober wurden Veröffentlichungen aus der Kundenliste des Modehauses angekündigt und gedroht: ¹⁴ »Sollte diese Judenfirma weiterhin bemüht sein, die verlorengegangene Kundschaft durch solchen Schmus [neutrale Lieferwagen und Einwickelpapiere] zurückzugewinnen, dann werden wir wissen, was wir zu tun haben.«

Nach dieser Hetze wundert es nicht, daß die braunen Terrortrupps in der sog. Reichskristallnacht die Firma zu einem Hauptangriffsziel machten. Der Novemberpogrom vom 9./10. November 1938 markierte das Ende ihrer 46jährigen Geschichte. Robinsohn berichtet darüber: ¹⁵ »Am Morgen des 10. 11. wurde mir telefonierte, daß im Geschäft allerhand zerstört sei. Ich fuhr dann herein und mußte feststellen, daß es bei uns so aussah wie nach einer Artilleriebeschießung – man wunderte sich nur, daß noch die Mauern standen. Durch sämtliche Schaufenster ¹⁶ und deren Rückwände waren um vier Uhr ca. 50 Leute eingedrungen und hatten innerhalb einer Stunde eine Verwüstung ohnegleichen angerichtet. Alles Glas, Tische, Schränke, Lampen und Vitrinen, war zerschlagen; die Splitter lagen etwa 25 Centimeter hoch auf dem Boden. Alle Schränke und Tische waren umgestürzt, die Fahrstuhl Türen eingeschlagen, die Waren heruntergerissen und ausgeschüttet, dann zertreten, zerschrammt und zerdrückt. Messinggeländer an den Kassen auseinandergerissen, die Kassen selbst zerschlagen (aus Eisen), Mobiliar aus dem ersten Stock in das Erdgeschoß geworfen, einige Tische mit Ware in's Fleet geworfen, Schreibmaschinen zertrümmert, die Kartothek zerfetzt und in die Gegend verstreut. Im ersten Stock sah es genau so aus, auch da alle Fenster eingeschlagen und alles zertrümmert. In einem Treppenhaus war vergeblich versucht worden, durch die eisernen Rolljalousien

in den Raum zu kommen; eine Beule von 10 Centimeter Tiefe zeugt von der Kraft der Angreifer und ihrer »spontanen« Empörung. Enttäuscht darüber, daß sie nicht herein kamen, zerschlugen sie dann bis zum 4. Stock alle Toiletten des Treppenhauses, an die sie herankonnten. Das gibt vielleicht einen schwachen Eindruck wieder, aber, wer es nicht gesehen hat, kann sich keine richtige Vorstellung machen.«

Waren im Wert von einer halben Million Reichsmark sollen ins Fleet geworfen oder gestohlen worden sein, ohne daß die bereitstehende Polizei eingriff.¹⁷ Gegen Mittag des 10. November verließ Robinsohn die Firma, nachdem er wegen beginnender Judenverhaftungen eine telefonische Warnung erhalten hatte, und floh nach Berlin, wo er Rat und Hilfe von seinen Freunden erhielt. Einen Monat später folgte er seiner Frau und seinen beiden Kindern ins dänische Exil, das ihm durch die verwandtschaftlichen Beziehungen seiner Frau mit dem dänischen Folketingpräsidenten Carl Theodor Zahle nahestand. Zu seinen widerlichsten Erfahrungen gehörte der Versuch von Trittbrettfahrern, ihn in letzter Minute wegen angeblicher »Rassenschande« zu erpressen.¹⁸

Mit Robinsohns Emigration entfiel einer der führenden Köpfe für die Arbeit der Gruppe im Reich. Aber auch sein bester Freund, der Berliner Richter Ernst Strassmann, blieb von der Judengesetzgebung nicht verschont. Bereits am 27. Mai 1933 unterzeichnete er einen Vordruck, mit dem er seine arische Abstammung versicherte.¹⁹ Mit dieser Erklärung wich Strassmann einer juristischen Klärung seiner Herkunft bewußt aus. Der Sachverhalt war kompliziert genug. Standesamtlich war Ernst Strassmann als Sohn des Kaufmanns Hübner verzeichnet worden; nach der Heirat der Mutter mit dem Arzt Dr. Arnold Strassmann hatte dieser die Änderung der Eintragung erreicht, indem er sich als tatsächlichen Vater bezeichnete. Das ganze hatte sich in den Jahren 1897 bis 1900 abgespielt, zudem war Hübner schon vor der Geburt des kleinen Ernst verschwunden. Ernst Strassmanns Bruder, der Berliner Patentanwalt Reinhard Straßmann, mußte als sogenannter »Halbjude« seinen Anwaltsberuf schon am 1. Oktober 1933 aufgeben;²⁰ sein Vater ermöglichte ihm jedoch den Kauf einer kleinen Eisengießerei im Harz, wodurch er als freier Unternehmer der NS-Rassengesetzgebung zunächst entzogen war.²¹

Ernst Strassmanns Versuch, der juristischen Klärung seiner Abstammungsfrage auszuweichen, scheiterte schon nach wenigen Jahren. Nun ging es immerhin um die Frage, ob er nach rassistischer Logik als rein »deutschblütig« oder als »Mischling I. Grades« anzusehen sei, wobei der Kammergerichtspräsident die letztere Ansicht vertrat:²² »Landgerichtsrat Dr. Strassmann gilt somit nach bürgerlichem Recht als der durch nachfolgende Ehe legitimierte Sohn des jüdischen Sanitätsrats Dr. Arnold Strassmann. [...] Der Richter wäre hiernach Mischling ersten Grades.«

Wie war der weitere Verlauf des Verfahrens? Der Generalstaatsanwalt klagte gegen Strassmann auf Feststellung seiner Eigenschaft als »Mischling«. ²³ Die 41. Zivilkammer des Landgerichts Berlin wies am 18. März 1939 die Klage des Generalstaatsanwalts zurück, »da nicht ein Fall der Anfechtung der Ehelichkeit eines während der Ehe geborenen Kindes, sondern ein Fall des Bestreitens der Legitimation durch nachfolgende Ehe vorliege«. ²⁴ Um eine Revisionsklage zu verhindern, erklärte Ernst Strassmann sich bereit, gegen seinen Vater Arnold auf Feststellung des Nichtbestehens der Vaterschaft zu klagen. ²⁵ Erst Ende Oktober 1939 strengte er diese Klage beim Landgericht Berlin an. Eine Blutgruppenuntersuchung bei Ernst Strassmann und seinem 78jährigen Vater verlief ergebnislos. Da Arnold Strassmann nach einem Unfall zusehends verfiel, ²⁶ wurde das Verfahren beschleunigt. Bereits am 16. Januar 1940 fand die für beide Seiten schmerzliche Urteilsverkündung statt. Das Urteil bestätigte die Rechtsauffassung der beiden Prozeßgegner, wonach nicht Arnold Strassmann, sondern der Kaufmann Hübner als leiblicher Vater anzusehen sei.

In dem Urteil wird ausführlich aus einem Brief Arnold Strassmanns an Ernst vom 25. September 1936 zitiert, der ein bewegendes Zeugnis für die väterliche Fürsorge des Sanitätsrates ablegt: ²⁷ »Du bist nach dem Gesetz mein Sohn, der Abstammung nach aber der Sohn von Alfred Hübner, der Deine Mutter noch vor Deiner Geburt verlassen und sich auch späterhin nie um Dich gekümmert hat. Als wir, Mutter und ich, nach der Scheidung von Hübner vor unserer Verheiratung standen, äußerte Mutter, vor allem in Deinem Interesse, den begreiflichen Wunsch, jeden auch nur entfernten Zusammenhang mit Hübner zu tilgen; Du solltest in keiner Hinsicht mit ihm verbunden sein, auch nicht mit Deinem Namen. Um Mutter diesen Wunsch zu erfüllen und um auch Dich, den ich schon jetzt wie ein eigenes Kind liebte, fest und dauernd mit mir zu verbinden, habe ich, statt Dir lediglich meinen Namen zu geben, Dich in einer gerichtlichen Erklärung als mein eigenes Kind anerkannt. Durch diese objektiv falsche Erklärung habe ich Dich völlig mit mir verbunden und mich im Laufe der Zeit auch als Dein Vater gefühlt. Wenn ich dich jetzt, nach mehr als einem Menschenalter, darüber aufkläre, so geschieht dies lediglich mit Rücksicht auf die die Abstammung betreffenden jetzt geltenden Bestimmungen.«

Nachdem der Feststellungsklage Ernst Strassmanns entsprochen worden und Arnold Strassmann am 17. Januar 1940 verstorben war, ²⁸ verzichteten die Justizbehörden auf ein erbbiologisches Gutachten und schlossen sich der Rechtsauffassung des Landgerichts an. Damit war der Fall für den Richter jedoch nur vorläufig ausgestanden. Der Kammergerichtspräsident erwartete von ihm nun erstens die Personenstandsurkunden für den Kaufmann Hübner zur Prüfung seiner Deutschblütigkeit und zweitens den Antrag auf Änderung des Familiennamens nach Kriegsende. ²⁹

Zuvor hatte ein Mitstreiter Strassmanns, der 1939 aus politischen Gründen aus der Bewag entlassene Otto Kingma, die Vermögens- und Grundstücksverwaltung für den Sanitätsrat Arnold Strassmann übernommen, mußte sie jedoch wegen wiederholter Haussuchungen, Vorladungen vor die Gestapo und Drohungen mit dem Konzentrationslager wieder abgeben.³⁰

Das Führungspersonal der Gruppe war also durch die rassistische Politik des NS-Regimes unmittelbar betroffen und beeinträchtigt. Das beschränkte sich nicht auf die beiden Freunde Robinsohn und Strassmann, auch andere Führungsmitglieder waren unmittelbar betroffen. Fritz Elsas saß 1937 ein halbes Jahr in Untersuchungshaft, weil man glaubte, ihm Verstöße gegen die Devisenbestimmungen nachweisen zu können. In seinem Büro am Pariser Platz beriet er Kunden in finanziellen Angelegenheiten, so auch Juden und insbesondere jüdische Emigranten. Zu seinen Kunden gehörte der Göttinger Chemieprofessor Victor Moritz Goldschmidt, der als gebürtiger Jude 1935 entlassen worden war und nach Norwegen emigrierte.³¹ Mit dem einstigen Berliner Magistratskollegen Bruno Asch, der nach seiner Flucht 1933 in Amsterdam eine Vermögensverwaltungsgesellschaft betrieb, arbeitete Elsas geschäftlich zusammen.³² Als Folge der Haft, aber wohl mehr noch wegen der sinkenden Zahl der Juden, insbesondere der vermögenden Juden, mußte Elsas sein Büro am zentral gelegenen Pariser Platz mit Blick auf das Brandenburger Tor aufgeben und zum Jahresbeginn 1939 in seine Privatwohnung, Patschkauer Weg 41, verlegen.³³ Während Hans Robinsohns Aufenthalt in Berlin nach der Reichspogromnacht, aber auch nach dessen Emigration beriet Elsas die Familie Robinsohn in Fragen der Auswanderung, der Geschäfts- und Grundstücksveräußerung und des – nur in sehr geringem Umfang möglichen – Devisentransfers.³⁴

Aus der Berliner Führungsgruppe war auch Paul Pagel von der Rassen-gesetzgebung unmittelbar betroffen. Er hatte sich schon frühzeitig nach Emigrationsmöglichkeiten erkundigt, die sich jedoch zerschlugen. Um den nach den nationalsozialistischen Begriffen als »Halbjuden« geltenden Kindern Demütigungen in der Schule zu ersparen, wurden sie schon bald nach den Nürnberger Rassegesetzen im Frühjahr 1936 nach England geschickt. Die Mutter, die als Jüdin gleichfalls gefährdet war, folgte ihnen kurz vor Kriegsbeginn nach.³⁵ Auch der Wirtschaftsjournalist Egon Bandmann kümmerte sich um die Emigration seiner Angehörigen.³⁶ Der Münchner Rudolf Reisert hatte seine Familie bereits 1933 in die Schweiz gebracht, mußte aber aus wirtschaftlichen Gründen selbst nach München zurückkehren.³⁷ Mitglieder der aufgelösten Kieler Reformfreimaurerloge »Freie Nordmark« halfen ihrem einstigen Mitglied Berthold Rosenthal bei der Emigration.³⁸

Der mit der Organisation der Widerstandsgruppe in Bayern betraute

Bamberger Anwalt Thomas Dehler war in NS-Kreisen als »Judengenosse« bekannt.³⁹ Zu seinem Freundeskreis zählten Juden wie der bedeutende Bamberger Unternehmer Willy Lessing, der an den Folgen der Mißhandlungen in der Reichspogromnacht starb, während seine Witwe dem bereits 1934 emigrierten Sohn 1939 nach England folgen konnte.⁴⁰ Auch Dehlers Frau Irma, eine geborene Frank, war Jüdin, und es ist überliefert, daß er jederzeit treu zu ihr stand.⁴¹ Einem Teil der Familie Frank gelang es, noch rechtzeitig aus Deutschland zu emigrieren.⁴²

Faßt man diese unmittelbare persönliche Betroffenheit eines Teils der Mitglieder der Robinsohn-Strassmann-Gruppe zusammen, so zeigt sich, daß es sich um Belastungen gehandelt hat, die einerseits Arbeitskraft und Nervenstärke erforderten, andererseits aber gerade als zusätzlicher Antrieb für den Kampf gegen das verbrecherische Regime gewirkt haben dürften.

Unterstützung verfolgter Juden

Zu den Gruppenmitgliedern, die sich für verfolgte Juden einsetzten, zählten der abgesetzte Berliner Bürgermeister Fritz Elsas, die Naumburger Brüder Hoernigk, das Anklamer Ehepaar Hans und Margarethe Lachmund, die Kieler Reformfreimaurer-Gruppe, der Münchner Reiseunternehmer Fuchs und der Bamberger Anwalt Dehler.

Besondere Beachtung verdient eine unermüdliche und couragierte Streiterin für Verfolgte und Bedrängte, die Quäkerin Margarethe Lachmund. Wie die anderen Kirchen hatte auch die Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker) ein Hilfsbüro für verfolgte Juden eingerichtet. In der Reichsvertretung der Juden in Deutschland kümmerte sich ein Mitarbeiter Leo Baecks, Dr. Otto Hirsch, um die Glaubensjuden; das Büro Grüber der Evangelischen Kirche arbeitete für die zum Protestantismus konvertierten, die Katholische Hilfsstelle beim Bischöflichen Ordinariat für die zum Katholizismus übergetretenen Juden. Nicht erfaßt wurden von den genannten Hilfsbüros die konfessionslosen Juden, für die sich niemand zuständig fühlte, bis die Quäker sich ihrer annahmen.⁴³ Das Berliner Internationale Sekretariat der Quäker, das von je einem deutschen, englischen und amerikanischen Quäker geleitet wurde, übernahm diese umfangreiche Tätigkeit, die mit 1135 erfolgreich verlaufenen Auswanderungsfällen nur unzureichend beschrieben wird.⁴⁴

Margarethe Lachmund wurde durch ihren persönlichen Einsatz die Repräsentantin des Hilfsbüros der Quäker in Pommern. Über die Zusammenarbeit mit anderen Hilfsbüros berichtet sie:⁴⁵ »Ich arbeitete in enger Verbindung mit dem Hilfsbüro der jüdischen Gemeinde in Berlin, beson-

ders mit Dr. Hirsch und Dr. Joachim,⁴⁶ bis sie auch verhaftet und deportiert wurden. Gleichzeitig war ich Vertreter des Büros Grüber für die evangelischen Juden in Vorpommern.« Zahlreichen jüdischen und nichtjüdischen Mitbürgern half sie mit Rat, Geld und Bürgschaft, durch die Bemühung um Auswanderungsmöglichkeiten, durch vorübergehende Aufnahme in die Familie, durch Lebensmittelsendungen, durch Unterricht für jüdische oder »halbjüdische« Kinder.⁴⁷ Ihre selbstlose Tätigkeit veranlaßte die Widerstandskämpferin Greta Kuckhoff (Gruppe Schulze-Boysen/Harnack) zu der Bemerkung: Daß Hans Lachmund für das Ziel einer gerechten, sozialen Gesellschaft »auch persönlich zu Opfern bereit war, ergab sich eindeutig aus den Beschränkungen seiner persönlichen Bequemlichkeiten (ich glaube, seine Frau mutete ihm da in ihrer steten Hilfsbereitschaft andern gegenüber recht viel zu).«⁴⁸ Für die zahllosen Hilfstätigkeiten Margarethe Lachmunds gibt es ein eindrucksvolles Beispiel aus dem Jahr 1938.

In diesem Jahr wurden die beruflichen Möglichkeiten für Juden im Deutschen Reich in einem atemberaubenden Tempo eingeschränkt, bis sie nach dem Novemberpogrom fast auf Null gedrückt wurden. Als Folge dieser beschleunigten Entrechtung wurde vielen Juden, die aufgrund der seit 1933 gültigen Ausnahmestimmungen für jüdische Kriegsteilnehmer im Lande geblieben waren, auch von Teilen der Bevölkerung das Leben schwer gemacht.

Besonders schwierig wurde die Lage von Juden in Kleinstädten. In Hagenow, einem westmecklenburgischen Städtchen mit 4860 Einwohnern (1933), wohnte der Arzt Dr. Sommerfeldt, dessen Praxis von der örtlichen NSDAP boykottiert wurde, so daß er nun einen Weg zur Auswanderung suchte. Margarethe Lachmund war so empört darüber, daß die gesetzlichen Zusicherungen nicht eingehalten wurden, daß sie sich beim Reichsstatthalter von Mecklenburg zu einem Gespräch für den 28. Juli 1938 anmeldete. Ohne eine Antwort erhalten zu haben, fuhr sie nach Schwerin. Da der Statthalter für einige Wochen im Urlaub war, wurde sie von dem stellvertretenden Gauleiter Gert von Koerber empfangen. Sie erzählte ihm das Schicksal des Arztes, hatte die eindrucksvolle Liste seiner Weltkriegsschlachten auswendig gelernt und fügte hinzu:⁴⁹ »Und das abgeschossene Bein – an diesem allen, was unser Volk einmal als Opfer angenommen hat, kommen wir doch nicht vorbei, Herr von Körber.«

Auf Anraten Koerbers wandte sich Margarethe Lachmund an das Reichsinnenministerium, bekam aber keinen kompetenten Beamten zu sprechen, so daß sie unverrichteter Dinge wieder zurückkehrte. Nachdem sie nun erfuhr, daß durch die Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. Juli 1938⁵⁰ den jüdischen Ärzten die Ausübung ihres Berufes verboten und die Bestallung entzogen wurde, mußte sie die Aussichtslosigkeit ihrer Bemühungen erkennen. Daher richtete sie nach reiflicher Überlegung

einen langen Brief an Koerber, in dem es heißt: ⁵¹ »Für den Fall Sommerfeldt als Einzelfall um Abänderung zu bitten, war damit ⁵² schon wesenlos geworden. Er ist nun nur ein typischer Fall *des* Schicksals, wie es die große Zahl jüdischer Kriegsteilnehmer und jüdischer Kriegsschwerverletzter erleiden müssen, denen als Gewerbetreibende und Ärzte gesetzlich am kommenden 1. Oktober das Recht auf berufliche Tätigkeit genommen ist oder denen als Geschäftsinhaber langsam der Boden unter den Füßen genommen wird. [...] Ihr Vorgänger, ⁵³ Herr von Körber, sagte mir 1933, wie das Kriegserlebnis, das Kameradschaftserlebnis entscheidend für ihn gewesen sei. Ich spürte dem Ernst und der Leidenschaft seiner Worte an, wie echt dies Gefühl war. Haben Sie Führer Deutschlands dies Kriegserlebnis heute vergessen? Auch für mich im Alter von 17 bis 21 Jahren war das Kriegserlebnis von einschneidender Bedeutung. [...] Da waren alle nur Menschen, – Brüder dem Gewaltigen, dem Tod gegenüber. Da mischte sich das Blut, da klangen die Seufzer verwundeter Deutscher und Juden zusammen, da wurde der jüdische Arzt dem deutschen Soldaten ein Retter, wie der Deutsche es dem Juden werden konnte. [...] Sie sagten mir, sehr geehrter Herr von Körber, Sie als Politiker dürften nicht rechts noch links sehen, Sie dürften nicht Mitleid mit Einzelnen haben, es ginge für Sie jetzt um Größeres, allein um das Volk. [...] Ein Kampf kann doch nur gut sein, wenn er mit reinen Händen und mit reinem Schild geführt wird. Ist unser Schild rein, wenn wir *die* Menschen am tiefsten demütigen, die für unser Land einmal in vorderster Reihe mitstanden? denen die Nation für ihre Opfer, mag sie es wollen oder nicht, doch immer verpflichtet bleibt?«

Nach einer Definition des Begriffs »Volk«, die sich nicht an pseudowissenschaftlichen rassistischen Kriterien, sondern an der Lebens- und Generationengemeinschaft orientierte, forderte Margarethe Lachmund Koerber auf, sich im einfachen Volk umzuhören, wie es über die Entwürdigung der Juden denke. Sie schloß mit folgenden Gedanken: »Sie werden fragen können, Herr von Körber, warum ich Ihnen das alles sage, wo die Gesetze doch nun schon einmal bestehen. Wie ich glaube, daß in jeder Herrschergewalt eine ungeheure Dämonie liegen kann, und wie ich glaube, daß wir durch sie jetzt auf einen falschen Weg abgedrängt sind, so glaube ich aber auch, daß es immer für die wirklichen Staatsmänner ein Zurück geben kann, daß Zugeben und Korrigieren eines Fehlers auf die Dauer gegenüber aller Taktik und allem Unfehlbarseinwollen und allem scheinbaren äußeren Prestigeverlust doch das moralische Übergewicht gibt. [...] Sie sagten mir neulich, daß Sie als Parteimann nichts ändern könnten, ja, diese Fragen gar nicht mehr diskutieren dürften. Ich kann aber nicht glauben, daß die Führer des Reiches in der Partei nur blinden Gehorsam haben wollen und haben, daß sie nicht Nationalsozialisten so tiefer Verantwortung und solchen Mutes haben, die alles, ihre Existenz und ihre Stellung aufs Spiel setzen, wenn eine Erkennt-

nis in ihnen brennt, daß sie einfach sprechen müssen. Leider kommt der Brief später, als er kommen sollte, weil es so starke Arbeit beanspruchte, in Worte zu fassen, was als so schwerer Druck auf mir liegt. Ich habe mit Überlegung keinen andern Menschen von ihm wissen lassen, weil er nur ein Gespräch mit Ihnen sein soll. Daß meine Worte Sie erreichen möchten!«

Was erreichte dieser Brief, in dem Margarethe Lachmund mit Beherztheit und rhetorischem Geschick den stellvertretenden Gauleiter der NSDAP Mecklenburgs zu mobilisieren versuchte, damit er bei den zuständigen Partei- und Regierungsstellen auf eine Änderung der Rassenpolitik drängte? Ihre Post wurde ein Vierteljahr lang überwacht, aber sie wurde trotz oder vielleicht gerade wegen ihres unerschrockenen Einsatzes niemals inhaftiert. In der Reichspogromnacht blieb Dr. Sommerfeldt von der Verhaftung verschont.⁵⁴ Seine Auswanderungspläne verzögerten sich, bis sie im Zweiten Weltkrieg zunichte gemacht wurden; doch erhielt er jetzt die Erlaubnis, mit seiner Familie nach Hamburg umzuziehen, wo er das Kriegsende erlebte.⁵⁵

Wie intensiv der Einsatz Margarethe Lachmunds nach dem Novemberpogrom 1938 für die Juden war, läßt sich zwei Eintragungen im Tagebuch ihres Mannes entnehmen. Hans Lachmund notierte am 20. November 1938, einem Sonntag:⁵⁶ »Grete heute früh auf dringende Bitte der Quäker nach Berlin gefahren. Hoffentlich ist es nichts Schlimmes.« Ungewöhnlich an dieser Eintragung ist der Einschub »auf dringende Bitte«, der der sonst geübten Zurückhaltung widerspricht. Während früher größere Zeiträume zwischen den Fahrten M. Lachmunds nach Berlin vergingen, verzeichnete ihr Mann bereits am 8. Dezember 1938 erneut: »Heute Grete nach Berlin, Quäker.«

Mit Margarethe Lachmund arbeitete der Schweriner evangelische Dompfarrer Karl Kleinschmidt zusammen, der nach seinen eigenen Angaben von dem Berliner Mitarbeiter des Büros Grüber, Pfarrer Werner Sylten, als Vertrauensmann des Büros für Mecklenburg gewonnen wurde, diese Funktion aber wohl erst 1939 übernahm.⁵⁷ Wenn glaubenslose Juden unterstützt werden mußten, wandte Kleinschmidt sich an Margarethe Lachmund, die das Berliner Quäkerbüro informierte.⁵⁸

Zum engen Berliner Freundeskreis des Ehepaars Lachmund zählte der Berliner Gefängnispfarrer Harald Poelchau, der sich unermüdlich für die Häftlinge, insbesondere die Todeskandidaten, in den Anstalten Tegel, Plötzensee und Moabit, in den Wehrmachtsgefängnissen und im Zuchthaus Brandenburg-Görden einsetzte.⁵⁹ Während eines Wochenendes bei Lachmunds, inzwischen in Greifswald, machte das Ehepaar Poelchau in das Gästebuch eine Eintragung, die die Bedeutung ihrer Freundschaft unterstreicht:⁶⁰ »Recht muß doch Recht bleiben! – und es bleibt noch ein anderes: See und Samen und Bäume und Blick und vor allem: Menschen.

Mit herzlichem Dank, daß wir dies hier fanden und nun mit neuem Mut wieder an die Arbeit gehen können. 26. – 28. Juni 1943 Harald Poelchau aus Berlin-Tegel, Dorothee Poelchau.«

Mit ihrer außerordentlichen Einsatzbereitschaft muß Margarethe Lachmund eine belebende Wirkung auf ihre Umgebung gehabt haben. Zweifellos profitierte die Widerstandsgruppe von ihrer persönlichen Ausstrahlung. Dennoch konnte die Gruppe bei weitem nicht in allen Fällen helfen. In Marienwerder (Westpreußen) nahm der aufgrund des »Berufsbemittlungsgesetzes« entlassene Oberlandesgerichtsrat Hirschberg sich etwa 1938 das Leben, obwohl ein Gruppenmitglied versucht hatte, ihm Hoffnung auf die Zeit nach dem Umsturz des NS-Systems zu machen.⁶¹ In Hamburg lebte der 1881 geborene Rechtsanwalt Dr. Max Eichholz, der als Bürgerschaftsmitglied für die DDP/DStP von 1920 bis 1933 ein politischer Mentor Hans Robinsohns gewesen war. Nicht nur als Jude wurde er 1933 politisch kaltgestellt; schon in den 1920er Jahren hatte er in der Bürgerschaft und im Zentralausschuß der Bürgervereine eine offensive Haltung gegenüber der NSDAP und dem Antisemitismus verfochten.⁶² Seine soziale Einstellung kam in seiner Tätigkeit in der Armenpflege und in der Förderung der Volksheim-Bewegung zum Ausdruck.⁶³ Nachdem er kurz vor der Machtübernahme einen Prozeß für das »Hamburger Echo« gegen Hitler und einen weiteren Prozeß gegen den NS-Reichsstatthalter Kaufmann gewonnen hatte, wurde er in den Folgejahren mehrmals verhaftet: 1935 wegen der Teilnahme an einem Philosophiekurs mit befreundeten Intellektuellen, 1936 als Geisel nach einem Attentat auf Göring, 1938 während des Novemberpogroms, schließlich im März 1939. Obwohl seine Frau schon Visa für England hatte, ließ die Hamburger Gestapo ihn nicht mehr frei.⁶⁴

7. »Hitler von innen her und ohne Krieg beseitigen«: Die zunehmende Vernetzung des Widerstandes 1939

Das Jahr 1938 war, gesamtpolitisch gesehen, kein gutes Jahr für den Widerstand gewesen. Das nationalsozialistische System hatte mehrere innen- und außenpolitische Krisen nicht nur überstanden, sondern war gefestigt daraus hervorgegangen. Gerade die außenpolitischen Erfolge wirkten demoralisierend auf den Widerstand. Demgegenüber verstärkte das offensichtliche Unrecht des Novemberpogroms an den wehrlosen Juden die Abwehrbereitschaft mancher Oppositionsgruppen, die sich in ihrem Anspruch, eine moralische Alternative darzustellen, herausgefordert sahen. Die Steuerung der innen- und außenpolitischen Krisensituationen durch den NS-Staat offenbarte dem Widerstand seinen mangelnden Einfluß auf die politische Führung. Wollte er der Radikalisierung der NS-Politik Einhalt gebieten, mußte er seine Anstrengungen zum Ausbau der Gruppen, zur Herstellung von Verbindungen unter den Gruppen und zu Inhabern politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Schlüsselpositionen verstärken.

Die Entwicklung der Strassmann-Gruppe, wie die Gruppe nach Hans Robinsohns Emigration bezeichnet werden soll, hatte 1938 eine beginnende Vernetzung des Widerstandes über das vorher schon gegebene linksliberale, sozialdemokratische und reformfreimaurerische Milieu hinaus mit sich gebracht. Die Verbindung mit dem Deutschnationalen Goerdeler, den Generälen und mit der völkisch-monarchistischen Opposition war vielen Mitgliedern der linksdemokratischen Gruppe ein Dorn im Auge.¹ Insofern

war es nicht nur aus Sicherheitsgründen, sondern auch, um eine erneute Aufsplitterung der Opposition zu vermeiden, ratsam, diese Verbindungen allein über Strassmann bzw. über den engen Führungskreis laufen zu lassen.

Hitlers immer abenteuerlichere Außenpolitik einerseits, die maßlose Judenverfolgung andererseits förderten in den verschiedenen Gruppen des Widerstandes den Willen zur Einigung trotz aller Unterschiede und Gegensätze untereinander. Menschen, die bisher keine Veranlassung gesehen hatten, sich gegen den Nationalsozialismus zu stellen, fanden nun Anschluß an die Opposition. Damit wurden ein weiterer Ausbau der Strassmann-Gruppe wie auch eine Intensivierung der Außenbeziehungen der Gruppe erleichtert. Informationen über diese Entwicklung erreichten Robinsohn in Kopenhagen durch einen Besuch Strassmanns, um den er ihn über eine Zwischenadresse gebeten hatte.² Aufgrund solcher Mitteilungen schrieb Robinsohn am Ende seines Berichtes No. 7 an Freunde im Ausland:³ »Es sind, zum erstenmal, doch allerlei Anzeichen vorhanden, daß die stets vorhanden gewesene Opposition sich zu sammeln beginnt und daß sie auch begreift, welche große positive Aufgabe vor ihr liegt.« In seinem nur für Alfred Vagts bestimmten Begleitbrief formulierte Robinsohn etwas offener, wenn auch immer noch vorsichtig:⁴ »Ich habe hierher zuverlässige Nachricht erhalten, daß die Dinge sich allmählich für die Opposition etwas zu bessern beginnen. Man empfindet bei sehr maßgeblichen Militärs, Verwaltungsfachleuten und Männern aus der Wirtschaft, daß man die Dinge nicht so weiterlaufen lassen darf und daß man auch Beziehung zu den ehemaligen Linkskreisen und den Massen braucht. Da kommt ja nun unser Kreis sehr passend hinzu und einer unserer gemeinsamen Freunde [Strassmann] ist augenblicklich sehr aktiv.«

Welche Verbindungen des Widerstands haben Robinsohn und Strassmann damit gemeint? In den folgenden Abschnitten kann einiges über den Ausbau der Gruppe und ihrer Außenbeziehungen zu den verschiedenen Teilen der Opposition, aber auch zu amtlichen Stellen zusammengestellt werden.

Weiterer Ausbau der Gruppen

Für den Zeitpunkt von Robinsohns Emigration Anfang Dezember 1938 gibt Strassmann rund 60 Vertrauensleute der Gruppe an.⁵ Dabei ist anzunehmen, daß er als Vertrauensleute nur diejenigen Mitarbeiter bezeichnet, die mit dem Führerkreis unmittelbar in Verbindung waren, aber keine Mitglieder der lokalen Einzelgruppen.⁶ Über den Stand der Organisation im

Reichsgebiet notierte Robinsohn im Mai 1939:⁷ »Eine gleichmäßige Ausbreitung des Netzes über das Gesamtgebiet ist bisher nicht erfolgt. Als Bezirke sind ausgebaut: Berlin (mit mehreren Gruppen), Mecklenburg, Hamburg (mit mehreren Gruppen), Mitteldeutschland, Nordbayern, während Stützpunkte in Schlesien, Württemberg, Baden, Schleswig-Holstein, Pommern und Oldenburg/Bremen bestehen. Darüber hinaus bestehen zahlreiche Anknüpfungspunkte in loser Verbindung.« Es gab noch beträchtliche Lücken in der regionalen Organisation der Strassmann-Gruppe, so daß sie nur in Verbindung mit anderen Gruppen in der Lage gewesen wäre, am »Tag danach« die Schaltstellen der Macht zu kontrollieren.

Nach Robinsohns Emigration stand die Hamburger Gruppe vor besonderen Problemen. Es entfiel nicht nur ein intellektueller Vordenker, sondern gewissermaßen der Finanzier. Der permanente Kurierdienst mit Berlin, Schwerin, Rostock und Kiel konnte nur schwer und unter Opfern aufrecht erhalten werden. Lehrer oder einfache Angestellte konnten sich regelmäßige Reisen finanziell nicht erlauben. So verdiente Hermann Lange 1930 als Volksschullehrer 297 RM, 1936 nur noch 130 RM!⁸ Sein Bruder Bernhard schied nach seiner Heirat aus der Gruppe aus.⁹ Der Arbeitsamtsmitarbeiter Walter Jacobsen war schon 1937 nach Schweden emigriert. Der Rechtsanwalt Karl Fritz nahm nur gelegentlich an Treffen teil. Damit fielen vier der acht Mitglieder der einstigen Robinsohn-Gruppe völlig oder weitgehend für die Arbeit aus. Es blieben: der als Lektor für Groschenhefte sich durchschlagende einstige Polizeipräsident Erich Wentker, die beiden Volksschullehrer Karl Hoffmann und Hermann Lange sowie dessen Frau Margarethe. Neu in den Führungskreis traten nun zwei Leute ein, der Rechtsanwalt Dr. Friedrich Ablass und der erst 1937 nach Hamburg gezogene Humorist und Conferencier Carl Stephan.

Stephan war der Sohn des gleichnamigen langjährigen preußischen Landtagsabgeordneten,¹⁰ wie sein Vater Sozialdemokrat, aber 1933 zur NSDAP übergetreten. Als Vorstandsmitglied der Internationalen Artistenloge im ADGB machte er diesen Schritt wahrscheinlich zur Sicherung seiner beruflichen Existenz.¹¹ Vermutlich fand er über den neueröffneten Broncekeller in Hamburg zur Gruppe. Der Broncekeller, eine Art Ableger des Berliner Kabarets der Komiker, war ein Varieté, das mehrere Mitglieder der DDP bzw. der Gruppe Q – zumeist Halbjuden – eingerichtet hatten und leiteten. Sie wußten den Broncekeller, dessen Saal rund hundert Personen faßte, als unauffälligen Treffpunkt mit oppositionellen Künstlern zu nutzen, die vorübergehend in Hamburg gastierten, darunter Lale Andersen, Werner Finck, die berühmte Komikerin Claire Waldoff, Fred Endrikat vom Münchner Simpl; allerdings wurde der Broncekeller wegen seines künstlerischen Programms von der Gestapo überwacht.¹² Carl Stephan,

trat nicht nur im Broncekeller, sondern auch in Berliner Varietés und in anderen größeren Städten auf, so daß er für die Gruppe Kurierdienste leisten konnte.¹³

In Hamburg traf die Gruppe sich meistens im Büro des Rechtsanwalts Dr. Ablass; die Teilnehmer kamen gegen Büroschluß zeitversetzt, um keine Aufmerksamkeit zu erregen, und gingen später entsprechend wieder auseinander. Wenn Strassmann sich anmeldete, fanden die Zusammenkünfte bei dem Ehepaar Hermann und Margarethe Lange statt, wo Strassmann auch übernachtete, um die polizeiliche Anmeldung zu vermeiden. Aufschlußreich ist eine Begebenheit, die sich Mitte April 1939 ereignete. Nach der Verhaftung eines Gruppenmitgliedes besprach eine kleine Runde, nämlich Dr. Ablass, Wentker, Carl Hoffmann und Hermann Lange, die Frage, wie Strassmann schnell gewarnt werden könnte. Lange erbot sich, am dicht bevorstehenden 50. Geburtstag Hitlers, einem Feiertag, nach Berlin zu fahren. Als er bei Strassmann ankam, hatte dieser in einem Zimmer einen Besucher, den Lange nicht zu Gesicht bekam. Strassmann verließ seine Wohnung, in der Lange zurückblieb. Bei der Rückkehr nach etwa einer Stunde sagte er nur: »Schotten dicht.«¹⁴

Die kleine Münchner Gruppe, die unter der Leitung des Reisebürounternehmers Maximilian Fuchs ausschließlich aus ehemaligen DDP-Mitgliedern oder Parteilosen bestand, wurde vor Beginn des Zweiten Weltkrieges um einen der wenigen Nationalliberalen in der Strassmann-Gruppe erweitert. Das war der Rechtsanwalt Hermann Schweykart, der, angezogen von Stresemann, von 1922 bis 1929 Mitglied der DVP gewesen war und auf ihrem linken Flügel gestanden hatte.¹⁵ Durch seine Mitarbeit in der Münchner DVP-Hochschulgruppe und im Münchner AStA war er in »ständige Fühlungnahme« mit Dehler gekommen.¹⁶ 1933 bewarb Schweykart sich um die NSDAP-Mitgliedschaft, wurde aber nur Anwärter; um die reguläre Mitgliedschaft bemühte er sich nicht mehr. Vielmehr half er, angewidert von der NS-Rassenlehre, verfolgten Juden. Maximilian Fuchs zog ihn mit zu seiner Gruppe heran und machte ihn mit Strassmann bekannt. Längere politische Gespräche hatten erhöhte Aktivitäten zur Folge: Schweykart führte Strassmann seinen alten politischen Freund, den einstigen Vorsitzenden des Reichsausschusses der DVP-Hochschulgruppen Kruspi zu, und Schweykart selbst bildete in München eine eigene Zelle.

Eine wertvolle Ergänzung für die Münchner Gruppe war der aus Augsburg stammende, inzwischen in Pförring an der Donau ansässige Tierarzt Dr. Alfons Hildenbrand,¹⁷ der als Jungdemokrat sein politisches und organisatorisches Talent bewiesen hatte. Frank Hoernigk lernte ihn im Sommer 1939 kennen, als er im Auftrag Strassmanns den Luftwaffenoberst Chomton für die Gruppe zu gewinnen versuchte.¹⁸

Haubach, Leber, Leuschner

Vor Kriegsbeginn gelang es Strassmann, mit führenden Vertretern des sozialdemokratischen Widerstands Fühlung aufzunehmen, und zwar mit Theo Haubach, Julius Leber und Wilhelm Leuschner.¹⁹

Theo Haubach war für Ernst Strassmann ein alter Freund und Mitstreiter. Hans Robinsohn bezeichnete ihn als einen Menschen, »dem eine führende Stelle innerhalb jeder freiwilligen Organisation eigentlich wie von selbst zufiel«. ²⁰ Gemeinsam hatten sie im Klub vom 3. Oktober mitgearbeitet, gemeinsam waren sie in der Führung des Hamburger Reichsbanners gewesen. Der Sozialdemokrat Haubach, Freund Carlo Mierendorffs, hatte in den letzten Jahren der Weimarer Republik als Pressereferent im preußischen Innenministerium bzw. als Pressechef im Berliner Polizeipräsidium gearbeitet. Als zweiter Vorsitzender des Reichsbanners setzte er sich für die bewaffnete Abwehr der nationalsozialistischen Machtübernahme ein.²¹ In der NS-Zeit wurde Haubach ein erstes Mal im Sommer 1933 in Darmstadt inhaftiert, von 1934 bis 1936 saß er im Konzentrationslager Esterwegen.²²

Nach Haubachs zweiter Entlassung suchte Hans Robinsohn ihn im Sommer 1937 und vermutlich im Jahre 1938 ²³ auf, um die Frage einer politischen Zusammenarbeit zu prüfen. Obwohl beide ihre Worte sehr vorsichtig wählten, wurde gegenseitig deutlich, daß sie in Widerstandsgruppen arbeiteten.²⁴ Mehr zu veranlassen, hielt Robinsohn damals nicht für ratsam.²⁵ Anfang Juni 1939 jedoch, als er nur noch aus der Emigration heraus die dramatische Entwicklung in Deutschland verfolgen konnte, drängte er Strassmann, die Verbindung zwischen Haubach und Goerdeler herzustellen.²⁶ Dieses Drängen ergibt nur Sinn, wenn Strassmann zu diesem Zeitpunkt nicht nur mit Goerdeler, sondern auch mit Haubach in Verbindung stand.²⁷ In der Verbindung Haubach-Goerdeler sah Robinsohn offenbar eine entscheidende Brücke zwischen Konservativen und Sozialdemokraten, die zu diesem Zeitpunkt noch in Distanz zueinander waren.

Auch die Verbindungsaufnahme Strassmanns mit dem einstigen Reichstagsabgeordneten Julius Leber aus Lübeck läßt sich in etwa rekonstruieren. Während Lebers Gefangenschaft hatte seine Frau Annedore erst in Lübeck und 1935 in Berlin ein gut gehendes Schneideratelier eröffnet. Nach vierjähriger Haft wurde Julius Leber am 5. Mai 1937 entlassen. Seine beiden ersten politischen Besucher waren, noch im Mai 1937, alte Sozialdemokraten, die gleichfalls von außerhalb nach Berlin-Zehlendorf gezogen waren, um in der Großstadt besser untertauchen zu können: Gustav Dahrendorf und Ernst von Harnack.²⁸ Letzterer verwies die Quäkerin Margarethe Lachmund wegen ihrer Hilfsaktion für Mierendorff an Annedore Leber, die sie im März 1938 über die Freilassung ihres Mannes informieren konnte. Beim nächsten Besuch im Sommer 1938 erfuhr Margarethe Lach-

mund auch von der Entlassung Mierendorffs und von seinen Lebensumständen. Im Februar 1939 konnte die Quäkerin an Alfred Vagts keine neuen Einzelheiten senden, da sie aus Vorsicht jeden weiteren Kontakt vermieden hatte, wußte jedoch zu berichten, daß Leber in einem Kohlengeschäft mitarbeitete.²⁹ Dies paßt ebenso zu der Arbeitsmethode Strassmanns, seine Vertrauensleute nur das für ihren Auftrag Notwendige wissen zu lassen, wie zu Lebers Vorgehensweise, der 1938 zuerst zu weiteren Sozialdemokraten (Leuschner, Mierendorff) Beziehungen aufnahm, bevor er im Winter 1938/39 an einem Treffen in größerem Rahmen teilnahm, und zwar an einer Besprechung bei Ernst von Harnack mit Wilhelm Leuschner, Gustav Noske, Otto John, Legationsrat i. R. Richard Kuenzer und Klaus Bonhoeffer.³⁰ Diese Zeitangaben stimmen genau mit derjenigen Frank Hoernigks überein, der sich an eine lebhaftige Zusammenarbeit Strassmanns mit Julius Leber im Winter 1939 erinnert.³¹

Die Verbindung Strassmanns mit dem ehemaligen hessischen Innenminister und stellvertretenden ADGB-Vorsitzenden Wilhelm Leuschner kam überraschenderweise über ehemalige DVP-Mitglieder zustande. Nach zweijähriger Haft im KL Lichtenburg hatte Leuschner als Mitinhaber einer kleinen Berliner Firma, deren Erzeugnisse als kriegswichtig eingestuft wurden, ein gesichertes Einkommen. Die Patente und Gebrauchsmuster der Firma wurden von Dr. Friedrich Kruspi³² verwertet, der mit solchen Vermittlungen seinen Lebensunterhalt verdiente.³³ Kruspi war als DVP-Mitglied (1922–1932) und als Vorsitzender des Reichsausschusses der DVP-Hochschulgruppen nach dem Tode des Außenministers Gustav Stresemann auf dessen politischer Linie geblieben und mit der zunehmenden Rechtstendenz der DVP in Konflikt geraten. So verteidigte er Ende 1931 DVP-Abgeordnete, die die Politik des Reichskanzlers Brüning stützten, während er »Kritik am Verhalten derjenigen Parteifreunde« übte, »die [...] mit Harzburg sympathisierten«.³⁴ Im April 1932 stellte Kruspi schließlich sein Amt zur Verfügung.³⁵ Im Rahmen des im September 1932 gegründeten Deutschen Nationalvereins, dessen Mitglied auch Fritz Elsas war, versuchte Kruspi dann eine Basis für eine breite bürgerliche Mittelpartei zu gewinnen.³⁶

In der NS-Zeit führte seine berufliche Zusammenarbeit mit Wilhelm Leuschner bald zu einem politischen Vertrauensverhältnis. Für Strassmann wurde diese Verbindung wertvoll, als ihn Schweykart etwa 1939 mit Kruspi in Verbindung brachte, der wiederum »die ersten Besprechungen dieser beiden Männer [Strassmann und Leuschner] in seinem Büro [...] unauffällig vermittelte«.³⁷ Möglicherweise existierte jedoch schon vorher eine Verbindung Strassmanns zu Leuschner durch Fritz Elsas, der »oft mit Leuschner selbst zusammentraf«.³⁸ Leuschner verfolgte das 1933 beschlossene Konzept einer Einheitsgewerkschaft weiter, hielt in der illegalen Reichslei-

tung der Gewerkschaften Kontakt insbesondere mit den Leitern des Christlichen Gewerkschaftsbundes und des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, lose auch mit dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsring. Seine Unternehmenstätigkeit ermöglichte ihm eine rege Reisetätigkeit, die er für die Orientierung sozialdemokratischer Freunde nutzte.³⁹ Trotz der Überwachung durch die Gestapo »gewann Leuschners Kontaktnetz den Charakter einer Auffangorganisation, die für den Fall einer innenpolitischen Veränderung hätte wirksam werden können.«⁴⁰ Mit Strassmann erörterte er etwa die Frage, wie die für die Stromversorgung der Reichshauptstadt unerläßliche Bewag im Falle eines Staatsstreiches gesichert werden könnte.⁴¹

Diese bedeutenden sozialdemokratischen Widerstandskämpfer brachten eine erhebliche Intensivierung der Kontakte Strassmanns mit der sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und Reichsbanner-Opposition gegen den NS-Staat. Wie wichtig der Gruppe die Verbindungen gerade zur Sozialdemokratie waren, geht auch aus der Angabe eines Münchner Gruppenmitglieds hervor, der als »Hauptzweck [...] zunächst« die Bildung von »Antizellen in der Arbeiterschaft« bezeichnete.⁴² Wenn überhaupt jemand für die Herstellung eines ausgedehnten zivilen Oppositionsnetzes für die putschenden Militärs in Frage kam, waren es die illegalen Sozialdemokraten.

Generalität und Offizierskorps

Nach der Enttäuschung, die die Strassmann-Gruppe wie der gesamte Widerstand in den Krisensituationen des Jahres 1938 erlebt hatte, als der militärische Staatsstreich unmittelbar bevorzustehen schien, aber durch die abwartende Haltung der Generäle und schließlich durch außenpolitische Erfolge des NS-Regimes verhindert wurde, kam es nun darauf an, alte Verbindungen in der Wehrmacht als dem entscheidenden staatlichen Machtmittel wieder aufzunehmen und neue zu knüpfen. Dafür sollen einige Beispiele gegeben werden.

Im Frühjahr 1939 bekam der mit Klemens von Henke befreundete Landwirt Eberhard Mierendorff von seinem Vetter Dr. Albrecht Wendhausen den Auftrag, mit Strassmann ein Treffen zu vereinbaren.⁴³ Mierendorff und Wendhausen zählten politisch zur Rechten, zum Kreis des inzwischen verurteilten völkischen Schriftstellers Reinhold Wulle, hatten jedoch nicht der DVFP angehört. Der Jurist Wendhausen, 1920 Teilnehmer am Kapp-Lüttwitz-Putsch gegen die Weimarer Republik und für einen Tag als Zivilkommissar mecklenburgischer Regierungschef der Putschisten, bewirtschaftete

das Gut Spotendorf bei Laage. Politisch betätigte er sich als Repräsentant bäuerlicher, konservativer Interessen. Von 1925 bis 1933 war er Vorsitzender des Landbundes in Mecklenburg-Schwerin, 1928–1932 Reichstagsabgeordneter der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolk-Partei,⁴⁴ die er jedoch verließ, um ab dem 28. Dezember 1931 bei der NSDAP zu hospitieren.⁴⁵ Insofern ist die Aussage, Wendhausen habe dem Nationalsozialismus »von Anfang an äußerst kritisch« gegenübergestanden,⁴⁶ nicht zu halten. Vielmehr wirkte er in der 1931 gegründeten, exklusiven »Gesellschaft zum Studium des Faschismus« mit, die sich mit den Möglichkeiten, den italienischen Faschismus auf die Verhältnisse in Deutschland zu übertragen, befaßte.⁴⁷ Nach Auskunft einer damaligen Gutsnachbarin begrüßte Wendhausen anfänglich die Regierung Hitler, änderte seine Haltung aber nach der Röhme-Affäre.⁴⁸

Wendhausens Ablehnung des Nationalsozialismus wurde wohl noch verstärkt durch die Enteignung seines 18 Jahre jüngeren Vetters Eberhard Mierendorff, der dem Typus eines Draufgängers entsprach. Er war in persönlicher Feindschaft zu dem NSDAP-Gauleiter Hildebrandt, seit er ihn in einer Prügelei kurz nach der NS-Machtübernahme zusammengeschlagen hatte.⁴⁹ Nach der Enteignung pachtete Mierendorff 1935 einen Teil von Wendhausens Gut für seine Rennpferdezucht. Zu Pferderennen kam Mierendorff häufig nach Berlin, wo er sich anbot, den verhaßten Hitler während eines seiner Umzüge im offenen Wagen zu erschießen, eine Möglichkeit, die Wulle bei einer Rücksprache etwa 1937 aus politischen und christlichen Motiven heraus ablehnte.⁵⁰

Strassmann stand mit Albrecht Wendhausen bereits in Verbindung, als dieser seinen Vetter Mierendorff Anfang 1939 bat, an seiner Stelle einen Termin mit Strassmann wahrzunehmen. Das Treffen fand etwa im März 1939 in Rostock in einem Nebenzimmer des Hotels Rostocker Hof statt. Der Zweck des Treffens war Strassmanns Absicht, mit dem Artilleriegeneral Alexander Ulex Verbindung aufzunehmen.⁵¹ Vermutlich geschah dies auf Veranlassung des Chefs der Zentralabteilung der Abwehr, Oster; beide kannten sich jedenfalls aus gemeinsamer Dienstzeit im selben Regiment. Auch für den Widerstand war Ulex kein Unbekannter. Oster hatte ihn schon während der Generalskrise Anfang 1938, als Ulex Kommandierender General des XI. Armeekorps in Hannover war, zunächst vergeblich einzubeziehen versucht.⁵² Im Mai 1938 war Ulex aktiv an der Verschwörung beteiligt, als er den befreundeten entlassenen General Fritsch und den Oberbefehlshaber des Heeres Brauchitsch aufsuchte, um sie zum Staatsstreich zu bewegen.⁵³ Als einer der wenigen Generäle war Ulex nach der Fritsch-Krise so konsequent, seinen Abschied einzureichen,⁵⁴ woraufhin er seit April 1939 als Privatmann in Güstrow lebte. Die Anknüpfung der Verbindung über Albrecht Wendhausen bot sich an, weil Ulex' Bruder wie

Wendhausen Alter Herr der Heidelberger Vandalen, eines Studentencorps, war. Mierendorff, der von Strassmanns Persönlichkeit und seiner Informiertheit stark beeindruckt war, leitete dessen Bitte an Wendhausen weiter; ob ein Treffen zustande kam, hat er nicht erfahren.⁵⁵ Es scheint tatsächlich stattgefunden zu haben: Jedenfalls verabschiedete Strassmann sich in seiner Wohnung von dem General Ulex in dem Augenblick, als Frank Hoernigk ihn im Frühjahr 1939 auftragsgemäß besuchte. Hoernigk erinnert sich, daß Strassmann von Ulex' lebhaftem Temperament sprach, das ihn zur Vorsicht in der Weitergabe von Informationen zwingt.⁵⁶ Diesem Treffen mit Ulex sollten weitere folgen.⁵⁷

Im Vergleich mit den anderen Waffengattungen galt die Luftwaffe als für den Nationalsozialismus besonders anfällig. Um so wichtiger war es für den Widerstand, hier Verbündete zu gewinnen. Dafür bekam die Strassmann-Gruppe eine Anregung von außen. Die bei den Quäkern engagierte Berliner Studienrätin Dr. Elisabeth (Elsbeth) Abegg,⁵⁸ die sich in der DDP/DStP betätigt hatte,⁵⁹ machte ihre Studienkollegin und Freundin Gertrud Hoernigk im Frühling 1939 auf einen entfernten Verwandten, Werner Chomton, aufmerksam, der im Stabe des Generals der Flieger und Chefs der Luftwaffe 3 (München),⁶⁰ Hugo Sperrle, arbeitete. Chomton, Freiwilliger des Ersten Weltkriegs, hatte anschließend als Leutnant a. D. eine für einen Offizier eher ungewöhnliche Biographie erlebt. Zunächst wurde er Kunststischler in Worpsswede, dann Mitarbeiter im Bauhaus zu Dessau, wo er seine spätere Frau Elisabeth (Lis) Abegg⁶¹ kennenlernte. Hatte das Ehepaar Chomton die Machtübernahme Hitlers zunächst begrüßt, wandelte es sich nach den Röhm-Morden zu entschiedenen Gegnern. Nach der Enttarnung der deutschen Luftwaffe meldete Werner Chomton sich 1935 als Offizier zum Dienst zurück.⁶²

Nachdem Gertrud Hoernigk den Hinweis auf Chomton erhalten hatte, informierte sie umgehend Strassmann, der sich wiederum mit Oster abstimmte. Den Auftrag, bei Chomton vorzufühlen, erhielt der Naumburger Referendar Frank Hoernigk.⁶³ Im Juni und Juli 1939 fuhr er zweimal über Bamberg, wo er bei Thomas Dehler Station machte, nach München. Dem Ehepaar Chomton war sein Besuch unverfänglich angekündigt worden. Als Hoernigk das Gespräch auf die Beurteilung politischer Fragen lenkte, sprang Lis Chomton zuerst darauf an. Mit Unterstützung der couragierten Frau⁶⁴ gelang es Frank Hoernigk, den bedächtigeren Werner Chomton für den Widerstand zu gewinnen. In der Folgezeit hielt Thomas Dehler die Verbindung.⁶⁵ Sie war besonders interessant, weil Chomtons Befehlshaber, der Fliegergeneral Sperrle, schon 1937 Differenzen mit NSDAP-Dienststellen gehabt und deshalb das Kommando über die im spanischen Bürgerkrieg eingesetzte Legion Condor verloren hatte.⁶⁶ Frank Hoernigk konnte Strassmann nun Stimmungsberichte aus dem Stabe Sperrles liefern.⁶⁷

Eine weitere Verbindung in der Wehrmacht bekam Strassmann kurz vor Kriegsbeginn mit dem Major Henning von Tresckow. Dieser hatte sich nach anfänglicher Zustimmung zum Nationalsozialismus seit den Röhm-Morden zu seinem Gegner entwickelt. Während der Generalskrise 1938 stand er, Hauptmann im Generalstab, auf Seiten Becks. Anfang 1939 war er als Kompaniechef nach Elbing versetzt, am 1. März 1939 zum Major befördert worden. Vermutlich während seiner Besuche Anfang oder Mitte Juli 1939 in Berlin wurde die Verbindung mit Strassmann hergestellt. Dort äußerte Tresckow im Gespräch mit seinem Vetter Fabian von Schlabrendorff:⁶⁸ »Krieg bedeute Wahnsinn und müsse vermieden werden. Der Schlüssel läge bei Hitler. Er bleibe das Unheil. Ihn habe man – und zwar durch Tod – zu Fall zu bringen.« Als einen Mann solcher Offenheit und Entschlossenheit hat ihn auch Strassmann bei mehreren Treffen kennengelernt. In einem kleineren Kreis bei Strassmann, an dem auch Dudek und Rudolf Hoernigk teilnahmen, erlebte Frank Hoernigk Tresckow als weltläufigen, eindrucksvollen, optimistischen Mann mit enormer Tatkraft.⁶⁹ Nach vorhergehenden Enttäuschungen über die Zögerlichkeit der Generale war er durch sein Temperament und seine Einsatzbereitschaft ein wertvoller Partner für die zivile Opposition.

Insofern konnte Hans Robinsohn kurz vor Kriegsbeginn Vagts berichten, die Gruppe unterhalte »nahe Fühlung mit Kreisen des Militärs (bis zu höchsten Rangstufen)«.⁷⁰

Strassmanns Rückendeckung durch einen SS-General

Ein Widerstandskämpfer kann gar nicht genug darauf bedacht sein, für seine illegale Tätigkeit eine »Legende« zu bekommen bzw. Rückhalt bei einflussreichen Persönlichkeiten oder Institutionen zu gewinnen. Hierhin gehört Strassmanns Absicherung durch die Abwehr, die als Untergliederung der Wehrmacht eine gewisse Unabhängigkeit von der nationalsozialistischen Staats- und Parteiführung wahren konnte. Hierhin gehört Thomas Dehlers Schulfreundschaft mit dem NSDAP-Blutordensträger Friedrich Kuhn, der in der NS-Zeit jederzeit bereit war, für Dehler in die Bresche zu springen, ohne natürlich über dessen Widerstandsverbindungen orientiert zu sein.⁷¹ Hierhin gehört auch der Einsatz des Chefs des Persönlichen Stabes Heinrich Himmlers, des damaligen SS-Gruppenführers Karl Wolff, für seinen antifaschistischen Jugendfreund Carlo Mierendorff.⁷² Der einstige Regierungspräsident von Halle-Merseburg, Ernst von Harnack, knüpfte sogar eine neue Verbindung mit dem SS-Oberführer Werner Best vom SD-

Hauptamt, um politisch Verfolgten zu helfen.⁷³ Eine vergleichbare Rückendeckung erfuhr Strassmann durch seiner wohl merkwürdigste Verbindung: mit dem SS-Brigadeführer Franz Breithaupt.⁷⁴

Dieser gehörte seit Ende 1938 als einer von 49 Brigadeführern zur SS-Generalität; sein Dienstgrad entsprach dem Generalmajor in der Wehrmacht. Seine Dienststelle war seit November 1932 das SS-Hauptamt,⁷⁵ wo er in die Entschädigungsfälle der bei der Röhm-Mordaktion 1934 versehentlich Ermordeten eingeschaltet wurde.⁷⁶ Darüber hinaus erfüllte er als SS-Standortführer für die Reichshauptstadt Berlin eine exponierte Aufgabe.⁷⁷ Dieselbe Adresse hatte auch der Reichsführer-SS Heinrich Himmler, unmittelbar benachbart war das Geheime Staatspolizeiamt, dessen Dienstvorgesetzter ebenfalls Himmler als Chef der deutschen Polizei war, und sein berüchtigtes Gefängnis.⁷⁸ In seiner herausgehobenen Position wurde Breithaupt häufig zur Vertretung Himmlers oder von SS-Gruppenführern bei gesellschaftlichen Anlässen bestimmt.⁷⁹ Außerdem war er auch Mitglied des für Kapitalverbrechen wie Landes- und Hochverrat zuständigen, 1934 als zweites oberstes Gericht neben dem Reichsgericht gegründeten Volksgerichtshofs.⁸⁰

Wann und wie Strassmann mit diesem 17 Jahre älteren SS-Führer Kontakt aufnahm, ist nicht mehr mit Sicherheit zu klären. Frank Hoernigk erinnert sich, daß Strassmann sich auf das gemeinsame Kriegserlebnis berufen habe. Tatsächlich war der Major a. D. Breithaupt laut SS-Dienstaltersliste Frontkämpfer.⁸¹ In Strassmanns Infanterieregiment Nr. 54 gab es keinen Offizier dieses Namens. Jedoch war ein Major Breithaupt im Ersten Weltkrieg zeitweise an demselben Frontabschnitt der Westfront eingesetzt wie das I. R. 54,⁸² so daß anzunehmen ist, daß Strassmann und Breithaupt sich 1917 oder 1918 kennengelernt haben. Von welcher tiefgreifender Bindungswirkung das gemeinsame Fronterlebnis über alle weltanschaulichen Einstellungen hinaus war, wird von Kriegsteilnehmern immer wieder berichtet.⁸³

Wahrscheinlich hat Strassmann seinem Gesprächspartner von der SS ebensowenig von seinen Aktivitäten im Widerstand anvertraut wie Dehler dem Blutordensträger Kuhn.⁸⁴ Er konnte diese Verbindung jedoch mehrfach nutzen, um in Einzelfällen gewisse Hilfsmaßnahmen, z. B. für Verfolgte, zu erlangen.⁸⁵ Dabei waren Breithaupts Beziehungen zur Berliner Polizei, speziell zu dem Polizeipräsidenten Graf Helldorf, nützlich.⁸⁶ Darüber hinaus konnte Strassmann gesprächsweise vermutlich Interna aus der SS-Führung und aus dem Volksgerichtshof erlangen, die für den Widerstand von Bedeutung waren. Jedenfalls staunte der Führungskreis, welche Informationen über beabsichtigte Maßnahmen der Sicherheitsbehörden Strassmann von Breithaupt bekam.⁸⁷ Beispielsweise nahm Breithaupt an einer Besprechung über die Behandlung von Hochverrätssachen

am 11. und 12. November 1936 in Berlin teil, auf der über beträchtliche Teile der antifaschistischen Opposition referiert wurde.⁸⁸

Auf Vorhaltungen Hoernigks und Dudeks, sich lieber vor diesem hochrangigen Repräsentanten der SS in acht zu nehmen, reagierte Strassmann mit der Gewißheit, daß das gemeinsame Fronterlebnis ihn hinreichend schütze. Er schilderte Breithaupt als keinen radikalen Nationalsozialisten, sondern als von der militärischen Disziplin und dem Ordnungsdenken der Nationalsozialisten faszinierten alten Militär.⁸⁹

Kirchliche Verbindungen

Bisher ist schon deutlich geworden, daß Strassmann durch Margarethe Lachmund mit einer in Deutschland nur unscheinbar vertretenen Religionsgemeinschaft von etwa 225 Mitgliedern Kontakt hatte, die jedoch als demokratisch organisierte Friedenskirche nicht nur ein hohes Maß an karitativer Tätigkeit entfaltete, sondern zu einer Reihe von engagierten Geistlichen und Einrichtungen insbesondere der Bekennenden Kirche Beziehungen unterhielt. Weitere wesentliche kirchliche Verbindungen eröffnete der 1933 entlassene Greifswalder Arbeitsamtsdirektor Paul Pagel, der inzwischen als Lektor für die IG Farben arbeitete. Strassmanns eigene Angaben über diese Kontakte sind, wie üblich, flüchtig. Eine Verbindung mit dem katholischen Rechtsanwalt Josef Wirmer erwähnt er zweimal, eine mit dem evangelischen Konsistorialrat und Mitarbeiter des Außenamtes der Deutschen Evangelischen Kirche Eugen Gerstenmaier dreimal, jedoch nur einmal Pagel als Verbindungsmann zu beiden.⁹⁰ In seinen Lebenserinnerungen berichtet Eugen Gerstenmaier hingegen relativ ausführlich über den kleinen Kreis Pagel – Strassmann – Wirmer – Gerstenmaier.⁹¹

Eugen Gerstenmaier lernte den bekennenden Protestanten Paul Pagel einige Wochen nach der Auflösung der Tschechoslowakei im Frühling 1939 kennen. Es war für ihn »die erste Fahrt, die mich in den deutschen Widerstand führte.«⁹² Nachdem zwischen beiden Vertrauen herrschte, kamen vom Sommer 1939 an regelmäßig Ernst Strassmann und Josef Wirmer hinzu. Wirmer war Zentrumsanhänger und vor 1933 Syndikus der katholischen Studentenverbände (KV) gewesen.⁹³ Im Frühsommer 1936 stieß er zu dem Widerstandskreis um den christlichen Gewerkschafter Jakob Kaiser, der seinerseits mit Wilhelm Leuschner (ADGB) und Max Habermann (DHV) den Wiederaufbau der Gewerkschaften anstrebte.⁹⁴ Gerstenmaier beschreibt ausführlich, wie aus der oppositionellen Gesprächsrunde, in der er mit 33 Jahren der Jüngste war (Wirmer 38, Strassmann 41, Pagel 45 Jahre), eine Art Widerstandskreis wurde.⁹⁵ Aufschlußreich ist, daß

er von Strassmanns und Pagels bereits bestehender Widerstandsgruppe und ihrer Zusammenarbeit mit anderen zivilen Gruppen und oppositionellen Militärs nichts erfuhr. Jedenfalls bezeichnete Gerstenmaier seinen Kreis weder als Widerstands- noch als Geheimorganisation. Immerhin waren die Gespräche so intensiv, daß Gerstenmaier rückblickend formuliert (S. 115): »In dem kleinen Kreis um Paul Pagel – nicht im sehr viel weiteren der bekennenden Kirche – fand ich seit meiner Rostocker Zeit zum erstenmal wieder im Reiche Adolf Hitlers den Trost und die Stütze, deren nicht mein Glaube, sondern mein politisches Denken bedurfte.«

Der Pagel-Kreis gelangte zu ähnlichen Einsichten wie die Strassmann-Gruppe: daß Hitler beseitigt werden müsse, um den Krieg zu verhindern; daß ein Militärputsch, der die ganze nationalsozialistische Führungsschicht beseitigen solle, wahrscheinlich undurchführbar sei. Die im einzelnen auch in diesem Kreis unterschiedlichen Ansichten führten zu einer Einsicht, die wiederum Gerstenmaiers Nichteinweihung in die Strassmann-Gruppe verrät (S. 116f.): »Wir versanken in Resignation, bis wir auf die Idee kamen, uns systematisch an der Knüpfung eines Netzes von Nichtmilitärs zu beteiligen. Die zum Schlag gegen Hitler entschlossenen Soldaten sollten darauf zurückgreifen können, wann immer sie es wünschten, sei es vor, sei es nach einem Staatsstreich. Jeder von uns begann, sich nach Gesinnungsgenossen umzusehen [...]. Der Übergang in die Welt des politischen Denkens und Handelns hatte für mich begonnen.«

Diese Schilderung aus der Sicht eines außerhalb der Strassmann-Gruppe Stehenden ist insofern ein Glücksfall, als sie zeigt, mit welcher Umsicht die Gruppe vorging, um neue Verbindungen zu knüpfen. Die Absicherung gegenüber der Gestapo, dem SD und dem Heer von Spitzeln besaß immer Priorität.

Daß die Zusammenarbeit des in religiösen Fragen indifferenten Strassmann mit dem praktizierenden Christen Pagel und seinem Kreis nicht unproblematisch war, wird aus zwei Quellen deutlich. Auf seiner etwa 1960 angelegten Namensliste notierte Jans Kingma hinter Pagel: »His Majestys Opp.«, also Strassmanns Opposition.⁹⁶ In Briefen aus dem Jahr 1941 moniert der areligiöse »jüdische Geistesprotz«⁹⁷ und Anhänger Max Webers, Egon Bandmann, Strassmanns Umgang mit Pagel senke sein Niveau.⁹⁸ Diese Angaben werfen ein Schlaglicht auf die Schwierigkeiten der Sammlung eines möglichst breiten antifaschistischen Widerstands. Persönliche Animositäten konnten hier ebenso eine Rolle spielen wie Gegensätze in politischen Grundkonzeptionen oder Detailfragen.

8. »Nach Ansicht der oppositionellen Generäle fehlen die Voraussetzungen für einen Umsturz«: Das Scheitern der Friedensbemühungen

Zentrales Anliegen der deutschen Opposition im allgemeinen und der Strassmann-Gruppe im besonderen war 1938/39 die Verhinderung eines Krieges in Mitteleuropa. Das zivile Netz der Opposition, dessen Qualität letztlich nicht beurteilt werden kann, da es nicht auf die Probe gestellt wurde, war offenbar weitgehend ausgebaut. Die Zentrumsopposition hatte ihr Schwergewicht in den katholischen Gebieten, besonders in Westdeutschland, die sozialdemokratische Opposition war insbesondere in den Industriegebieten stark, die linksliberale Strassmann-Gruppe hatte Zentren in Norddeutschland zwischen Wilhelmshaven und Stettin, in Mitteldeutschland und in Nordbayern, konservative Oppositionsgruppen waren besonders im ländlichen Raum, aber auch in den Führungsetagen der Konzerne stark vertreten, die völkische Opposition scharte sich in Norddeutschland. In Berlin waren alle oppositionellen Strömungen vertreten. Angesichts dieser Breite des Widerstands und der Zusammenarbeit wenigstens auf der Führungsebene scheinen die Erfolgsaussichten für einen Umsturz 1939 nicht ungünstig gewesen zu sein. Das zivile Netz war stark genug, um bei Verhandlungen mit den Generälen und dem Ausland auf dieses Potential zu verweisen.

Einwirkung auf die Generäle

Die Auflösung der Tschechoslowakei und die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren kennzeichneten den Bruch mit der vorgeblich an der Nationalitätenfrage orientierten Politik Hitler-Deutschlands und den Übergang zur imperialen Machtpolitik mit der Unterwerfung fremder Völker. Hans Robinsohn bemerkte dazu in einem noch während des Krieges 1944/45 veröffentlichten Artikel in vorsichtigen Worten: ¹ »Die Vorgänge nach der Erklärung des Protektorats erweckten jedoch bei den Offizieren die alten Bedenken. Man wollte keinen europäischen Krieg und sah ihn immer näher kommen. Aber man wollte natürlich auch keine deutsche Niederlage. Die Bestrebungen wuchsen, aber die Zeit drängte mehr und mehr. Der Krieg kam, ehe die Opposition eine solche Stärke gewonnen hatte, daß sie Hitler hätte stürzen können.«

Mit der Andeutung »Die Vorgänge nach der Erklärung des Protektorats« bezog Robinsohn sich auf die Führerweisung vom 4. April 1939 über die Vorbereitung eines Angriffs auf Polen und auf die Kündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes von 1934 und des deutsch-britischen Flottenabkommens von 1935 in Hitlers Reichstagsrede am 28. April 1939, in der er sich auch weigerte, Roosevelts Verlangen nach einer Nichtangriffsgarantie für dreißig Staaten nachzukommen. In dieser Situation, in der Hitler auf einen Krieg mit Polen zusteuerte, arbeitete die zivile Opposition darauf hin, den Militärs die Alternative schmackhaft zu machen, die in der breiten Koalition der sozialdemokratischen, liberalen, Zentrums- und konservativen Kräfte gegen die Hitler-Regierung und ihre Kriegstreibererci bestand. Als Ziel nannte Robinsohn in dieser Zeit wiederholt, »Deutschland so schnell wie möglich in ein internationales System der Zusammenarbeit friedlicher und die Rechte aller Nationen wahrer Art einzugliedern«.²

Die Strassmann-Gruppe war inzwischen mit einer Reihe von Generälen und Offizieren in Verbindung, die sich in so großem Abstand nur noch unvollkommen ermitteln lassen. Die Verbindungen mit der Abwehr (Canaris, Oster), mit Generaloberst a. D. Beck, General a. D. Ulex, Oberst Chomton, Major Hayessen und Major von Tresckow wurden ergänzt durch Kontakte mit Generaloberst von Brauchitsch,³ General von Witzleben,⁴ General Olbricht,⁵ dem einstigen Londoner Militärattaché Schlabrendorff⁶ sowie dem Vorsitzenden der Offiziersvereinigung des Infanterie-Regiments Nr. 54, in dem Strassmann 1914–1919 gedient hatte, General a. D. Freiherr von Seckendorff.⁷

Ohne Namensnennung geht Hans Robinsohn in seinem Bericht No. 7 an Freunde im Ausland ausführlich auf die Einstellung der Soldaten, nach Rängen getrennt, ein.⁸ Diese Ausführungen gewinnen dadurch an Ge-

wicht, daß sie unmittelbar nach einem Besuch Strassmanns im Februar 1939 abgefaßt wurden.⁹ Die Generalität war nach den wiederholten außenpolitischen Erfolgen Hitlers gedämpfter Stimmung; ihre Kritik bezog sich darauf, daß die Armee in der Sudetenkrise »einem fürchterlichen Risiko ausgesetzt war und daß die Außenpolitik Hitlers immer mehr sich zu einem Riesenazardspiel auswächst«. ¹⁰ Trotz schwerer Sorgen habe die Armee wegen dreier Hemmungen keinen Staatsstreich gewagt: wegen der Frage der Unterstützung des Auslands für eine nicht-nationalsozialistische Nachfolgeregierung; wegen der unklaren Vorstellungen über ein von den Massen zu billigendes Programm für den »Tag danach«; schließlich wegen des Fehlens einer zivilen Organisation, die die politischen Kommandostellen mit fähigen Leuten besetzen, die Meinungsbildung des Volkes fördern und die NS-Organisationen ersetzen könnte. »Das heißt praktisch, nach Ansicht der oppositionellen Generäle fehlen die Voraussetzungen für einen Umsturz.« ¹¹ Darüber hinaus gab es auch Auseinandersetzungen über den richtigen Zeitpunkt und über die Methode des Staatsstreichs.

Über die Stimmung im Kreis der Stabsoffiziere vermochte die zivile Opposition sich nur schwer ein Bild zu machen. Hauptgrund war die starke Arbeitsbelastung, die den Majoren und Oberstleutnants keine Zeit für die Beschäftigung mit der Tagespolitik ließ. Optimistisch klingen hingegen Robinsohns Ausführungen über das niedere Offizierskorps: ¹² »Gerade in dieser Schicht scheint in letzter Zeit sich eine erhebliche Abneigung gegen das Regime zu entwickeln. [...] Man empfindet in einer ganz primitiven Art, daß die Armee allmählich eine große Verantwortung auf sich nimmt, wenn sie immer weiter der innen- und außenpolitischen Entwicklung tatenlos zusieht. [...] Es gibt eine ganze Reihe von Casinos, in denen sich die jüngeren Offiziere auf »den Tag« (nämlich des Endes der Hitlerherrschaft) zutrinken [...]. Diese Offiziere entstammen zum großen Teil einer gesellschaftlichen Schicht, die starken Zusammenhalt in sich hat und die diesen Zusammenhalt auch ganz bewußt pflegt.«

Damit spielte Robinsohn auf den Adel an, der traditionell im Offizierskorps stark vertreten war. Aus seinem Überblick über die Stimmung in der Generalität und im Offizierskorps zog er den Schluß, daß die bisher fehlenden Voraussetzungen jetzt zu schaffen seien. ¹³ Die im Bericht No. 7 wiedergegebene Stimmung in der Wehrmacht wird in nahezu identischer Weise noch einmal in Robinsohns zwischen April und August 1939 entstandener Denkschrift »Die Deutsche Opposition« beschrieben. Inzwischen bemerkte Robinsohn, vielleicht aufgrund von Informationen, die er bei einem Treffen mit Strassmann zu Pfingsten 1939 erhalten hatte, »daß zum mindesten eine beträchtliche Minderheit im gesamten Offizierkorps gegen die Regierung steht«. ¹⁴

Angesichts der geschilderten militärischen Verbindungen wundert die

Aussage Robinsohns von der »nahen Fühlung« der Gruppe mit den Militärs nicht.¹⁵ Im Sommer 1939 konnte Strassmann einem kleinen Kreis von Mitstreitern, darunter Dehler, mitteilen, »daß wir mit anderen Gruppen und Generälen des O. K. W.« einen Staatsstreich planten.¹⁶

Den hohen Militärs genügte eine zivile Auffangorganisation für den »Tag danach« nicht; wohl im Hinblick auf erwartete Schwierigkeiten beim Umsturz, wie z. B. ein regionales Scheitern mit der Folge eines Bürgerkriegs, eine uneinheitliche Haltung der Wehrmacht wie beim Kapp-Putsch, Kämpfe mit SA und SS, Revolutionierungsversuche des kommunistischen Teils der Arbeiterschaft, verlangten sie die außenpolitische Absicherung, um die Ausnutzung des momentanen militärischen Schwächezustandes zu verhindern. Für die Strassmann-Gruppe bedeutete die Zusammenarbeit mit den Offizieren einen zusätzlichen Impuls: ¹⁷ »Jedes Nachlassen unserer Arbeitsintensität würde sofort die Entschlußkraft der militärischen Kreise hemmen, während eine Steigerung unserer Aktivität die Entscheidung dieser Stellen erleichtert und damit beschleunigt.«

Verbindungen mit britischen Behörden vor Kriegsbeginn

Für die Absicherung der Opposition im Ausland hatte die Strassmann-Gruppe einige potentielle Anknüpfungspunkte im Ausland. Emigrierte Mitglieder und Freunde wie Robinsohn (Kopenhagen), Jacobsen (Stockholm) und der einstige Bewag-Direktor Dr. Robert Kauffmann (London) erleichterten die Verbindungsaufnahme mit britischen Regierungsstellen im Jahre 1939. Das entscheidende Treffen Strassmanns mit britischen Vertretern zu Pfingsten 1939 war nur auf der Basis von Vorgesprächen möglich geworden.

Eine erste Fühlungnahme leitete die Gruppe nach dem Novemberpogrom 1938 ein, als die innenpolitische Oppositionsarbeit durch das Münchner Abkommen einen schweren Rückschlag bekommen hatte. Noch vor Hans Robinsohns Emigration fuhr ein Mitarbeiter der Gruppe, der Journalist Egon Bandmann, zur Klärung der Emigrationsmöglichkeiten seiner Tochter im November 1938 nach England. Bandmann erwähnt in seinem Brief vom 19. Dezember 1938 Gespräche mit Walter Robinsohn, einem Vetter von Hans, mit dem jüdischen Ehepaar Hilde und Paul Hamann,¹⁸ einem aus Hamburg stammenden Bildhauer und seiner Frau, und fügt die kryptische Bemerkung an: ¹⁹ »Wenn Du vielleicht Ende Februar eine Reise nach London machen solltest, wäre möglicherweise ein Treffen möglich.« Bei dem ungenannten Partner handelte es sich um den einflußreichen briti-

schen Unterhausabgeordneten und Geheimdienstmitarbeiter Harold Nicolson,²⁹ der am 16. November 1938 den Besuch von Bandmanns Freund Hamann in seinem Tagebuch notierte:²¹ »Paul Hamann comes to see me [...]. He is miserable about his Jewish friends and says he lies awake at night thinking of them hiding in the drenching woods.«

Robinson nahm die von Bandmann angedeutete Chance wahr. Anfang 1939 schrieb er an Alfred Vagts in die USA:²² »Ein Freund von mir, der gut mit Harold Nicolson bekannt ist, versucht, ihn für mich zu interessieren.« Kurze Zeit später war er, vom 19. Januar bis Anfang Februar 1939, in England.²³ Dort sprach er mit dem 1933 emigrierten väterlichen Freund Dr. Robert Kauffmann über englische Geldunterstützung für die Widerstandsgruppe, und Kauffmann verschaffte ihm durch den Journalisten Felix A. Voigt²⁴ Zugang zu Harold Nicolson.²⁵ Dieser notierte am 25. Januar 1939 in sein Tagebuch:²⁶ »Hans Robinson comes to K. B. W. He has escaped from Germany. He says that one of the difficulties is that the Army want[s] power but will not take responsibility. Were there a facade of civilian government behind which they could group themselves, all would be well. But as there is no possibility of creating even a shadow opposition there is little to be done.«

Derselbe Gedankengang findet sich in einem Brief Robinsons an ein befreundetes Emigrantenpaar zehn Tage früher, allerdings mit einer optimistischeren Schlußwendung:²⁷ »Vielleicht, ziemlich sicher würde sich dieser Standpunkt [der Armee] ändern, ließe sich doch ein Weg finden, daß sich eine civile Macht einstellte, die die politische Deckung und Verantwortung zu übernehmen bereit und in der Lage wäre.«

Unmittelbar im Anschluß an seine eben zitierte Tagebucheintragung fährt Nicolson fort: »Go to see Robert Vansittart.« Damit nennt Nicolson einen einflußreichen Politiker, der damals als einer der exponiertesten Gegner von Chamberlains Appeasement-Politik, als Gegner Hitlers, aber nicht des deutschen Volkes, und als Verfechter der britisch-französischen Zusammenarbeit galt.²⁸ Nach seiner Entlassung als Unterstaatssekretär des Foreign Office 1937 war er zum Ersten Diplomatischen Berater ernannt worden. Gute Beziehungen hatte er zu dem konservativen Abgeordneten Winston Churchill. In einer Denkschrift über den britischen Nachrichtendienst vermutete das RSHA Vansittart als Chef des Secret Intelligence Service, während er tatsächlich Nachrichten seiner Informanten für eigene Berichte an die Regierung zusammenstellte.²⁹ Nicolson wird Vansittart über den Wunsch der Strassmann-Gruppe nach direkten Kontakten mit britischen Regierungsstellen unterrichtet haben. Robinson nahm den beunruhigenden Eindruck mit, daß der Secret Service über Deutschland schlecht orientiert sei,³⁰ ein Eindruck, der inzwischen durch das offiziöse Standardwerk über die damaligen britischen Geheimdienste unterstützt wird.³¹

Sofort nach seiner Rückkehr nach Kopenhagen bat Robinsohn um Strassmanns Besuch, um ihm die britischen Bedingungen für eine Verbindungsaufnahme mitzuteilen.³² Die Briten wünschten insbesondere Indizien für die Arbeit der Gruppe zu bekommen; in diesem Falle, hatten sie ihm versichert, lasse sich über eine finanzielle Unterstützung sprechen. Acht Tage später erklärte die Gruppe sich einverstanden. Robinsohn meldete ihre Bereitschaft umgehend nach London, doch auf eine Antwort wartete er vorerst vergebens. Erst nach drei Monaten kam das britische Placet in Form der Einladung eines unverdächtigen Engländers an Strassmann.³³ Inzwischen war Hitler-Deutschland mit der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren in die Phase imperialer Machtpolitik eingetreten und hatte die Appeasement-Politik Chamberlains gründlich desavouiert. Unter diesen Voraussetzungen konnte die Delegation der Strassmann-Gruppe in London auf einiges Entgegenkommen hoffen, wie Robinsohn schon in seinem unmittelbar nach der Besetzung des tschechischen Kernlands verfaßten Bericht No. 8 formuliert hatte:³⁴ »Wenn man [d. h. die britischen Appeasement-Politiker] unter allen Umständen den Krieg mit Deutschland vermeiden will, so hat das nur dann Sinn, wenn man gleichzeitig alles tut, um ohne Krieg die nazistische Diktatur loszuwerden. Die Erhaltung des Friedens im Interesse der deutschen Opposition und einer vernünftigen Rekonstruktion der europäischen Verhältnisse ist zu verteidigen. [...] Dazu kommt die Unterstützung der deutschen Opposition, die in vielfacher Weise möglich ist. Wir warten auf eine derartige Politik.«

Am Samstag vor Pfingsten, dem 28. Mai 1939, landete ein Flugzeug mit Ernst Strassmann, Hans Robinsohn und Paul Pagel auf dem Londoner Croydon Airport.³⁵ Der als viertes Delegationsmitglied vorgesehene Hans Lachmund war wegen einer Reise zu seinen Pariser Freimaurerfreunden ausgefallen.³⁶ Ein bereitstehendes Auto beförderte die Delegation nach London.³⁷ Ein vermutlich unter Tarnnamen auftretender Mr. Crane führte die Gruppe zu einem Treffen, wobei er als hochgewachsener Mann mit Schnurrbart und Sherlock-Holmes-Mütze ebenso auffiel wie durch sein häufiges Sich-Vergewissern, ob die Deutschen ihm noch folgten.³⁸ Pagel nahm nur kurz an den Besprechungen mit britischen Vertretern teil, zu denen auf jeden Fall Vansittart³⁹, vielleicht Nicolson⁴⁰ und Jonah Ustinov,⁴¹ mit Sicherheit ein Bankier gehörten; mit Ausnahme von Vansittart trugen die Engländer Tarnnamen.⁴² Robinsohn berichtete damals an Vagts, es sei »ganz erstaunlich, daß es möglich war, von einem Sonnabendmorgen bis zu einem Donnerstagabend ununterbrochen über die Angelegenheiten zu verhandeln, wobei wir in immer höhere Sphären gelangten und zu immer eleganteren Lunchs eingeladen wurden.«⁴³

Als vordringlich betrachtete die Gruppe eine Darstellung ihrer Organisation, ihrer Pläne und Ziele, wie sich aus Hans Robinsohns Handpapier

vom Mai 1939 ergibt; darin beschreibt er ihre politische Zusammenarbeit, ihren Aufbau innerhalb der Reichsgrenzen, ihre Ziele: internationale Zusammenarbeit, Aufbau des Rechtsstaats und der Demokratie, Überwindung des Nationalsozialismus von innen her. Dieser Weg wurde durch die Schlüsselstellung der Gruppe begünstigt. Nach einem Überblick über das Organisationsprinzip der Gruppe gelangt Robinsohn zu den entscheidenden Punkten:⁴⁴ »5. Nächste Arbeitsziele. Da von militärischer Seite eine möglichst rasche, reibungslose und gleichmäßige Überleitung in ein neues politisches System mit Recht zur Bedingung jeder Aktion gemacht wird, ist der systematische Ausbau des Organisationsnetzes die vordringlichste Aufgabe. Hierzu werden umfangreiche Geldmittel benötigt, da alle Kontakte lediglich durch persönliche Reisen aufgenommen und aufrecht erhalten werden können. 6. Bedeutung für das Ausland. [...] Der Erfolg unserer Tätigkeit würde in der dauernden Befriedung Europas bestehen, einen Abbau der Rüstungslasten und den damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg bringen. Ein Mißerfolg würde zu einer Bolschewisierung Mitteleuropas durch nationalsozialistischen Radikalismus oder durch die Explosivwirkung sozialer Krisen führen, *selbst dann*, wenn der Ausbruch eines europäischen Krieges noch für einige Zeit verhütet werden könnte.«

Mit der Finanzierungsfrage wird ein Thema angesprochen, das die Gruppe schon lange belastete. Bereits Margarethe Lachmund hatte 1937 durch Vermittlung des Historikers Alfred Vagts die finanzielle Förderung der Gruppe seitens deutscher Emigranten in den USA erreichen sollen.⁴⁵ Schon damals hatte Robinsohn geschrieben, daß »uns der Mangel an ausreichenden Geldmitteln manchmal fast zur Verzweiflung bringt.«⁴⁶

Die Bemühungen waren erfolglos geblieben; weder von den in die USA emigrierten deutschen Sozialdemokraten noch von den dortigen Juden war eine materielle Förderung zu bekommen.⁴⁷ Nun wurde also in England ein neuer Versuch gemacht. Die Gruppe dachte an einen Zuschuß von 3000 Pfund Sterling.⁴⁸ Doch die britischen Gesprächspartner zeigten wenig Interesse für die strukturellen Angaben der Gruppe, für ihre Pläne und Ziele; sie wünschten konkrete Anzeichen für die Arbeit der Gruppe: Namen, Umstände, militärische Daten. Namen preiszugeben waren die deutschen Gesprächspartner nicht bereit. Das Drängen nach der Bekanntgabe genauer, nachprüfbarer Aktivitäten der Gruppe kommentierte ein Mitglied der deutschen Delegation schließlich damit, »daß wir keinerlei Unterstützung mehr brauchten, wenn wir erst soweit wären, eine Protestdemonstration auf dem Tempelhofer Feld riskieren zu können, und die verlangten Indizien seien nicht weit von einer derartigen Demonstration entfernt.«⁴⁹

Der »Manie« der britischen Seite bezüglich nachprüfbarer Beweise begegnete die deutsche Delegation mit dem Angebot, »einer Vertrauensperson der Engländer in Deutschland alles zu zeigen, was sie eventuell von

unserer Arbeit überzeugen könnte.«⁵⁰ Dies lehnten die Engländer wegen der Gefährdung der deutschen Oppositionellen ab. Das größte Interesse auf britischer Seite galt dem Stand der deutschen Rüstung:⁵¹ »Ständig wurden sie [Strassmann und Robinsohn] mit Fragen nach Hitlers militärischen Vorbereitungen unterbrochen, wovon sie nur wenig wußten.⁵² Schließlich verlor einer der Deutschen die Geduld. Auf eine Frage nach der Stärke der Luftwaffe griff er irgendeine ihm selbst absurd scheinende Zahl aus der Luft und antwortete: ›Ungefähr zwanzigtausend Maschinen.‹ – ›Aha!‹ rief einer der Engländer aufgeregt. ›So ist es uns erzählt worden, aber wir haben es nicht geglaubt.‹« Tatsächlich lag die Zahl der deutschen Kriegsflyzeuge nur bei rund einem Fünftel!⁵³

Hatte die britische Regierung sich mit der Aufnahme der Verbindung zu der Strassmann-Gruppe viel Zeit gelassen, so wünschte sie nun den Sturz der Hitler-Regierung bis zum August 1939. Die relativ geringe gewünschte Unterstützungssumme mußte die Gruppe mit der Begründung rechtfertigen, man plane keine Waffenkäufe für Putsch wie in Südamerika.⁵⁴ Doch die Hoffnung auf finanzielle Beihilfe, für die es zunächst Aussichten gegeben hatte, zerschlug sich an einer in sachlicher Hinsicht harmlosen Indiskretion.⁵⁵ Ein Grund für dieses negative Ergebnis der Sondierungen lag wohl in der Person Vansittarts, der von anderen ethischen Grundwerten ausging als die deutschen Emissäre. Er erblickte in seinen deutschen Informanten in erster Linie Vaterlandsverräter,⁵⁶ also moralisch wertlose Subjekte. Von dieser Warte aus hatten die deutschen Oppositionellen keine Chance, ihre auf Demokratie und internationale Verständigung abzielenden Motive verständlich zu machen.

Was die unmittelbaren Ziele der Gruppe angeht, war die Reise also ein Mißerfolg. Auf längere Sicht, besonders hinsichtlich des drohenden Krieges, war die Verbindung Strassmanns zu britischen Regierungsstellen jedoch von erheblicher Bedeutung, da sie jederzeit von einer der beiden Seiten her aktiviert werden konnte. Die materielle Frage wurde in gewisser Weise noch vor Kriegsbeginn wenigstens teilweise gelöst, wenn auch nicht ganz im Sinne der Gruppe:⁵⁷ »[...] zum Teil beginnen sie [die finanziellen Mittel] jetzt aus großindustriellen Kreisen zu fließen. Aber gerade darin sehen unser gemeinsamer Berliner Freund [Strassmann] und ich mit einigen anderen Freunden eine große Gefahr, nämlich die der Abhängigkeit von dieser Interessengruppe, eine Abhängigkeit, die soweit gehen kann, daß sie alle Früchte der Arbeit bedrohen kann.«

Dies ist die einzige Quelle, in der Robinsohn, von anderen Gruppenmitgliedern ganz zu schweigen, die Finanzierung durch die Großindustrie erwähnt. Über die Identität der Mäzene kann nur spekuliert werden. Bekannt sind jedenfalls die Verbindungen der Gruppe zum Reusch-Kreis, mit Wentzel-Teutschenthal, zu schlesischen Magnaten und zu Goerdeler, der

als Mitarbeiter der Robert Bosch GmbH sowie von Krupp finanziert wurde.⁵⁸ Zu erwähnen ist auch der Industrielle Dr. Walter Bauer, über dessen Finanzierung von Widerstandsaktivitäten Dohnányi informiert war.⁵⁹ Walter Bauer gehörte seit der Weimarer Republik zum Freundeskreis von Theodor und Ernst-Ludwig Heuss, die beide mit Elsas befreundet waren.⁶⁰ Damit dürfte der Kreis der in Frage kommenden Finanziers umrissen sein – mehr ist nach der Quellenlage nicht möglich. Um die bedrohliche Abhängigkeit von der Großindustrie zu verringern, bat Robinsohn seinen Freund Vagts erneut um den Hinweis »an geeignete Leute [...], daß Beträge zur Finanzierung der Tätigkeit dieser Gruppe dringend erwünscht sind«.⁶¹

Nach Abschluß der Besprechungen kehrten Strassmann und Pagel nach Berlin, Robinsohn nach Kopenhagen zurück, wobei Strassmann Robinsohns beschwörende Worte mitnahm, die Verbindung zwischen Haubach und Goerdeler herzustellen. Robinsohn, der einen neuen Anlauf in seiner Auswanderungssache unternommen hatte, erhielt im August 1939 die zweite Ablehnung für die Einwanderung nach England.⁶²

Die Reise Strassmanns, Robinsohns und Pagels nach London reiht sich ein in eine Fülle von Verbindungen, die Vertreter der deutschen Opposition gerade mit der britischen Regierung herstellten. Hierzu zählen neben Carl Goerdeler die Brüder Kordt, Ewald von Kleist-Schmenzin, der Bankier Albrecht Graf Bernstorff, Adam von Trott zu Solz, Fabian von Schlabrendorff, der vormalige deutsche Militärattaché (bis 1937) Leo Freiherr Geyr von Schweppenburg und andere.⁶³ Neben der Mittelbeschaffung diente die Verbindung mit London dem Ziel, die britische Seite von ihrer nachgiebigen Appeasement-Politik abzubringen, in der die Gruppe 1938 eine wesentliche Ursache für das wiederholte Scheitern der Staatsstreichplanungen gesehen hatte.⁶⁴ Ziel war die Verhinderung des drohenden Krieges gegen Polen durch eine harte Haltung Englands und Frankreichs. Dieses Ziel wurde ebensowenig erreicht wie die frühere außenpolitische Intention, Hitlers Expansionsdrang zu stoppen. Mit dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 23. August 1939 wendete sich das Blatt zugunsten Hitlers.

9. »Wenn aber Hekatomben von Menschen
geschont werden können«:
Widerstandsarbeit unter
Kriegsbedingungen

Mit dem Beginn des Krieges am 1. September 1939 und seiner Ausweitung zum europäischen und zum Weltkrieg scheiterte eine grundlegende Arbeitshypothese des deutschen Widerstands: die Erhaltung des Friedens, verbunden mit dem Sturz Hitlers und des NS-Systems und der internationalen Regelung zwischenstaatlicher Streitfragen. Zu diesen strittigen Problemen gehörte auch die deutsch-polnische Grenze, die nicht nur von den nationalistischen, sondern auch von den demokratischen Parteien abgelehnt wurde.¹ Auch in der Strassmann-Gruppe war der Korridor nicht beliebt.² Die Kriegsverhinderung als Prämisse jeder berechenbaren Politik scheiterte jedoch an Hitlers Risikopolitik des Alles oder Nichts. Unter allen Rückschlägen seit der Generalkrise Anfang 1938 war dies der schlimmste. Die schnelle Eroberung Polens bei ruhigem Verlauf des Sitzkrieges an der Westfront konnte ein vorübergehender, trügerischer Erfolg sein. Wie reagierten führende Gruppenmitglieder auf den Krieg? Einige unmittelbar vor und nach Kriegsbeginn geschriebene Briefe legen Zeugnis davon ab.

Reaktionen auf den Kriegsausbruch

Der Sozialdemokrat und einstige Harburger Oberbürgermeister Walter Dudek schrieb kurz nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages, den die Gruppe als Aufschicbung der antisowjetischen Politik auffaßte,³ an seine Kinder:⁴ »Der polnische Korridor ist eine Schöpfung des Versailler Diktats [...] Seit vielen Jahren ist das niedere Volk dort im Osten immer polnisch oder kassubisch [sic] oder masurisch gewesen, immer war die Herrschicht, also die Gutsbesitzer und die Intelligenz deutsch, oft auch jüdisch, was dort im Osten gleichbedeutend mit deutsch war. [...] Der Zarismus war der geborene und natürliche Feind des nationalen Polen. Den Korridor erstrebten und erhielten die Polen aber auch als freien Zugang zum Meer. [...] Der deutsche Standpunkt ist wahrlich direkt entgegengesetzt. Mit dem Korridor wurde unsere Verbindung nach der rein deutschen Provinz Ostpreußen ganz unterbrochen. Der Verlust des oberschlesischen Reviers wog doppelt schwer in der Zeit unseres wirtschaftlichen Aufschwunges. Hier steht eben der eine staatliche Anspruch, der polnische, gegen den andern, den deutschen! Wir sollen uns über die tatsächliche Lage klar werden, aber können selbstverständlich nur den deutschen Anspruch vertreten. Das Land war deutsch, es gehört also uns, wenn der Feind es uns wegnimmt, so kann es nur Eins geben: Zurückerobern!« Dieser Brief muß enttäuschen, wenn man mehr erwartet als die Betonung des nationalen Standpunktes. Es folgen Überlegungen im Tenor, ein Krieg allein gegen Polen sei schnell zu gewinnen, während das Eingreifen Englands, dem Osteuropa völlig gleichgültig sein könne, die deutsche Lage aussichtslos erscheinen lasse: »Dann ist wahrscheinlich schnell alles zu Ende und dann gnade uns Gott vor den Friedensbedingungen, die dann uns diktiert werden!« Im Nachhinein werden also die nationalistischen Töne durch den Hinweis auf die internationale Verflechtung und deren Folgen relativiert.

Zieht man zum Vergleich einen wenige Tage nach Kriegsbeginn geschriebenen Brief Dudeks heran, werden die Maßstäbe noch weiter zu rechtgerückt:⁵ »Der Gedanke an den Krieg ist für uns Alle schwer zu ertragen! [...] Man muß sich als Mensch und Christ mit diesem Krieg so gut es geht auseinandersetzen: Gott läßt immer in der Welt sehr viel geschehen, was wir nicht verstehen, Unrecht, Gewalt und was sonst alles! Wir haben nicht das Recht zu fragen, warum dies geschieht, denn wir sind kurzsichtige und verblendete Menschen, die nichts erkennen können! Wieviel Unrecht geschah schon in Deutschland seit Beginn der Naziherrschaft, Du weißt es ja! Der Krieg ist nur ein Übel in ganz besonders ungeheuerlichem Maßstab! [...] Nach meiner Überzeugung war er zu vermeiden und der zu gewinnende Korridor und Danzig sind ganz gewiß nicht die Opfer wert, die an Gut und Blut dafür gebracht werden! Aber, auch daran kann man sich

kaputt denken, wie an jedem Krieg, glaube mir, ich habe mich an dem vorigen schon fast verrückt gegrübelt! Das führt zu nichts! Und daher fasse Dich und Dein Herz hart an und zwinge beide zu klarem unsentimentalem Denken, ich möchte fast sagen, zu nüchternem Denken! Dein eigener Standpunkt kann nur sein, in Deinem engen Kreise alles Unrecht zu vermeiden und Dich und Deine Umwelt trotz allem für Recht und Gerechtigkeit offen zu halten! Wir werden alle zusammen furchtbar belogen, darüber kann ich Dir nur mündlich Näheres sagen.«

Dieser zweite Brief Dudeks entlarvt den ersten als Sprachregelung, die seine Kinder angesichts der Kriegsgefahr über den polnischen und den deutschen Standpunkt sowie die internationalen Zusammenhänge orientieren sollte. Vielleicht wollte er ihnen damit helfen, unbedachte Äußerungen in der Öffentlichkeit zu vermeiden, die von Spitzeln und Zuträgern an die Gestapo gemeldet werden konnten. Bemerkenswert sind Dudeks praktische Konsequenzen aus dem Umstand, daß seine Töchter an den gegebenen politischen Verhältnissen nichts ändern konnten: im eigenen Umkreis, im eigenen Einflußbereich Unrecht zu vermeiden und Recht und Gerechtigkeit zu fördern. Dies in die Tat umgesetzt, hieß jenes Klima schaffen, in dem Widerstand gegen den Unrechtsstaat zum inneren Bedürfnis wird.

Hans Robinsohn schrieb, allerdings aus dem Exil in Kopenhagen, an seinen gleichfalls emigrierten Freund Alfred Vagts in den USA, nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages in einem ganz anderen Ton:⁶ »Vorläufig sehe ich keinen Ausweg mehr, der den Frieden erhält. Gott verdamme die Friedensmacher, die soviel neue Konfliktmöglichkeiten geschaffen, aus denen ein geschäftstüchtiger Nationalismus ›weltbewegende Fragen‹ aufblasen kann. [...] Jetzt wird das Unheil über Europa hereinbrechen. Siegen die Westmächte und Polen [...], dann wird wahrscheinlich der nächste Friede noch unmöglichere Zustände als der von Versailles schaffen. [...] Was Europa nach diesem Krieg, wenn er kommt, braucht, ist Einigung und nicht Spaltung. Ein Friede, der etwa Deutschland wieder in Teile verschiedener Staatlichkeit zerreißt, wird aber nur die Wirkung haben, daß die Anziehungskraft dieser Teile zueinander als Sprengmittel der mit einer solchen Regelung geschaffenen Ordnung wirken wird.« Der kurze Auszug aus Robinsohns langem Brief zeigt nicht nur seinen klaren analytischen Blick für die Veränderung der internationalen Konstellation durch den deutsch-sowjetischen Pakt, sondern auch seine Erkenntnis der längerfristigen Konsequenzen, auf die Dudek in seinem ersten Brief gleichfalls anspielte.

Kurz nach Kriegsbeginn schrieb der linksliberale einstige Bürgermeister von Berlin, Fritz Elsas, etwa zeitgleich mit Dudeks zweitem Brief, an Hans Robinsohn. Generell ist zu Elsas' Briefen zu bemerken, daß sie jeweils kurz und sachlich gehalten sind, Emotionen vermeiden und wenig Persönliches anklingen lassen. Das lag zweifellos auch an der Zensur der Auslandspost,

der Elsas keine Möglichkeit zur Beanstandung geben wollte. Elsas, der Hans Robinsohns Angehörige auch zum Zeitpunkt seines Schreibens noch in deren Auswanderungsfrage unterstützte, schrieb:⁷ »In der Zwischenzeit haben sich die großen Fragen der Zeit und des Jahrhunderts zu neuer Lösung in Bewegung gesetzt. Das Schicksal des Einzelnen ist wiederum ganz gebunden an das allgemeine Schicksal – Pläne gehören bei jedem der Vergangenheit an. [...] Onkel Ernst [Strassmann] ist noch hier, ich sehe ihn häufig, ebenso seine Schwägerin [Resi Prestin]. Die große Umstellung auf allen Gebieten ist im Gange. Sie wissen ja aus der Zeit, die wir schon einmal erlebten, wie gewaltig der Umschwung ist. Aber es ist bewundernswert, wie rasch und wie reibungslos die organisatorische Umstellung gelingt, zumal der Wirtschaftsaufbau in der Zwischenzeit andere Formen angenommen hatte. Der Ernst des Erlebnisses ist gewaltig. Man müßte die Sprache eines Sophokles haben, um die Allgewalt des Schicksals zu beschreiben, nicht nur die Sprache, sondern auch die Kunst des Dramatikers, um die innere Gesetzmäßigkeit zu zeigen.«

Fritz Elsas signalisierte mit diesem Brief seinem jüngeren Freund, daß er den Krieg als eine Tragödie, eine Katastrophe klassischen Ausmaßes erfuhr, wie der Bezug auf Sophokles verdeutlicht. Mit dem Hinweis auf die »innere Gesetzmäßigkeit« deutet Elsas vielleicht die Zwangsläufigkeit an, mit der aus dem deutschen Überfall auf Polen ein neuer Weltkrieg entstehen mußte. Er könnte damit aber auch die angebliche historische Notwendigkeit einer neuen Teilung Polens zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion gemeint haben.⁸ Gleichzeitig schob er Informationen über die fortgesetzte und intensive Zusammenarbeit mit Strassmann und über die reibungslose organisatorische Umstellung des öffentlichen Lebens auf die Kriegsbedingungen ein.

Die mangelnde Kriegsbegeisterung aller drei Briefeschreiber entsprach der Stimmung im deutschen Volk.⁹ Gemeinsam war das Verständnis vom Krieg als einer Katastrophe. Die Konsequenz des Widerstandes mußte der Versuch sein, baldestmöglich das Hitler-Regime zu stürzen und Frieden zu schließen, um den internationalen Vertrauensverlust Deutschlands wenigstens ansatzweise auszugleichen. Die Fortführung der Widerstandsarbeit war nun jedoch im In- und Ausland beeinträchtigt.

Erschwerung der Arbeitsbedingungen

Das über fünf Jahre hinweg mühsam geknüpft Netz von Vertrauensleuten wurde durch Einberufungen zur Wehrmacht in Hamburg, Schwerin, Wismar, Eberswalde, Naumburg, Bamberg, Aschaffenburg, Nürnberg und an-

deren Orten erschüttert. Ein echter Verlust war für längere Zeit die Einberufung Thomas Dehlers (Bamberg), der die bayerischen Gruppen und Einzelverbindungen koordiniert hatte. In München wurde außerdem das Reisebüro des dortigen Gruppenleiters Maximilian Fuchs am 4. September 1939 geschlossen, da seine Vertretung des Amtlichen Französischen Reisebüros nicht mehr in die politische Landschaft paßte.¹⁰ Nun entfielen seine Beiträge zur Finanzierung des Widerstands.

Dennoch blieb die personelle Beeinträchtigung der Gruppe zunächst geringer als befürchtet, zumal einzelne Gruppenmitglieder im Reichsgebiet eingesetzt wurden. Der Aschaffener Anwalt Koch kam zu einer Heeresversorgungseinheit in Berlin, so daß ein engerer Kontakt mit Strassmann möglich war. Rudolf Hoernigks Einberufung zur Marine eröffnete eine weitere Verbindung zwischen Berlin und Kiel. Der Pazifist Ritter von Rudolph, der in einem vielbeachteten Prozeß gegen die Dolchstoßlegende aufgetreten war, wurde auf Veranlassung der Gestapo nach drei Wochen aus dem Heer entlassen und künftig nicht wieder eingezogen.¹¹ Damit war er als Nürnberger Verbindungsmann wieder einsatzfähig. Ernst Strassmann wurde nicht zur Wehrmacht einberufen, hatte jedoch gerade Ende 1939 den Prozeß um seine Abstammung zu führen. Zur weiteren Absicherung trat er am 30. September dem Reichsluftschutzbund bei, einer Massenorganisation von 13,5 Millionen Mitgliedern.¹² Mit der Abschaffung der Kollegialkammern aufgrund der Ersten Vereinfachungsverordnung vom 1. September 1939 wurde Strassmann Einzelrichter der Zivilkammer beim Landgericht Berlin und zugleich Einzelrichter am Amtsgericht Berlin-Schöneberg.¹³ Die Verordnung diente insbesondere der Beschleunigung der Verfahren, was für einen gewissenhaften Richter um so mehr Arbeit und Verantwortung mit sich brachte; auch hatte er durch die Abordnung von Richtern in die besetzten Gebiete wohl einen erhöhten Arbeitsanfall.¹⁴

Aber nicht nur die instabile personelle Lage machte der Gruppe zu schaffen. Der verschärfte Einsatz der staatlichen Sicherungsorgane, die erhöhte Gefahr des Denunziantentums erforderten die strikteste Einhaltung konspirativer Schutzmaßnahmen. Widrigenfalls drohte seit dem 5. September 1939 die Volksschädlingsverordnung,¹⁵ deren Paragraph 4 ein Paradebeispiel für die völlig beliebigen, kautschukartigen Generalklauseln des NS-Rechts abgibt: »Wer vorsätzlich unter Ausnutzung der durch den Kriegszustand verursachten außergewöhnlichen Verhältnissen eine sonstige Straftat¹⁶ [außer Plünderung nach Bombenschäden, Verbrechen bei Flugalarm, Brandstiftung] begeht, wird unter Überschreitung des regelmäßigen Strafrahmens mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit dem Tode bestraft, wenn dies das gesunde Volksempfinden wegen der besonderen Verwerflichkeit der Straftat erfordert.«

Andere gesetzliche Bestimmungen, die von strafrechtlicher Relevanz für die Arbeit der Gruppe sein konnten,¹⁷ waren

- die Kriegssonderstrafrechtsverordnung vom 17. August 1938,¹⁸ die erst kurz vor Kriegsbeginn in Kraft trat; ihre berüchtigte Strafvorschrift über »Wehrkraftzersetzung« bedrohte denjenigen mit der Todesstrafe, der »öffentlich den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen« trachtete (§ 5);
- die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939,¹⁹ die das Abhören von Auslandssendern unter Zuchthausstrafe stellte und das Verbreiten dort gehörter Nachrichten bis hin zur Todesstrafe bedrohte;
- das Gesetz zur Änderung von Vorschriften des allgemeinen Strafverfahrens, des Wehrmichtsstrafverfahrens und des Strafgesetzbuchs vom 16. September 1939,²⁰ das beim Verrat von Staatsgeheimnissen oder bei Informationsbeschaffung für diesen Zweck nur noch die Todesstrafe zuließ.

An den genannten Gesetzen fällt neben der weiten Fassung der Straftatbestandsmerkmale die Härte der zu verhängenden Strafen auf. Doch auch hier gilt die Ambivalenz überzogener Gewaltakte: Mitläufer werden abgeschreckt, rechtlich denkende Menschen gehen um so sicherer in das oppositionelle Lager über.²¹ Neben der Gesetzgebung verdient eine organisatorische Veränderung Erwähnung: die Bündelung der staatlichen Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS im Reichssicherheitshauptamt unter der Führung Heydrichs.

Auch die Auslandsverbindungen des Widerstands wurden durch den Kriegszustand beeinträchtigt. Auslandskontakte mußten nun noch vorsichtiger aufrechterhalten werden, und die Knüpfung neuer Kontakte war erst recht erschwert. Das traf besonders für die Kriegsgegner England und Frankreich zu. Die Ausweichrouten über die britischen und französischen Gesandtschaften in den neutralen Staaten waren der Gestapo bekannt; ohnehin galten die Hauptstädte der neutralen Staaten im Krieg als Tummelplätze der Geheimdienste.²²

Die verschärften Arbeitsbedingungen konnten die Gruppe nicht von ihrer Tätigkeit abhalten. Schon wenige Tage nach Kriegsbeginn reiste Strassmann nach Hamburg und Kiel, um sich mit den dortigen Freunden zu treffen. Da die Reaktivierung des Generals Ludwig Beck und seine Betrauung mit einem Kommando erwartet wurde, versuchte er zwei jüngere Lehrer aus der Ablass-Gruppe für Becks Stab zu gewinnen, nämlich den ISK-nahen Karl Hoffmann und den Sozialdemokraten Hermann Lange. Letzterer, der sich ohnehin keine Illusionen machte, was die Putschfreudigkeit der Generale betraf, lehnte das Angebot ab.²³

Auch die Auslandsverbindungen wurden sofort aktiviert. Kurz nach Kriegsbeginn erhielt Hans Robinsohn in Kopenhagen Besuch von einem ihm unbekanntem älteren Herrn Schubert, der sich aufgrund vorher vereinbarter Maßregeln als Abgesandter Strassmanns ausweisen konnte. Dieser Mann, bei dem es sich um den einstigen Berliner Stadtverordneten Ernst Richard Schubert (DDP) handelte, überbrachte Robinsohn den Auftrag der Gruppe, die Verbindung mit Großbritannien wiederaufzunehmen. Insbesondere drängte die deutsche Opposition auf eine Beendigung des Sitzkrieges an der deutschen Westgrenze durch einen französisch-britischen Diversionsangriff. Die Übermittlung dieses Auftrags lehnte Robinsohn jedoch strikt ab,²⁴ da er hoffte, daß der Krieg ohne die Eröffnung der Kämpfe an der Westfront leichter beendet werden könnte, während die Strassmann-Gruppe Hitlers Kalkül durch die Eröffnung der zweiten Front im Westen durchkreuzen und somit seinen Sturz beschleunigen wollte. Robinsohns Ablehnung, den Wunsch nach einem Angriff der Westmächte noch während des deutschen Überfalls auf Polen (und vor dem Einmarsch der Sowjettruppen in Ostpolen) weiterzuleiten, scheint unverständlich, da er selbst sich bis dahin für eine energische britische Politik ausgesprochen hatte, die Hitlers Konzept, seine Gegner auseinanderzuidividieren und nacheinander anzugreifen, vereiteln sollte. Aber die Forderung nach einer unnachgiebigen britischen Außenpolitik hatte auf Kriegsverhütung, auf die Sicherung des Friedens als höchstes Gut gezielt, wie es die Generation des Ersten Weltkrieges gelernt hatte.

Die Verbindungsaufnahme mit der britischen Regierung leitete Robinsohn jedoch sofort ein. Vorsichtshalber wandte er sich nicht an die britische Gesandtschaft in Kopenhagen, sondern telefonisch an den Psychologen Dr. Walter Jacobsen in Stockholm. Dieser bat den dortigen Psychologieprofessor David Katz um Hilfe,²⁵ der nach seiner Emigration aus Deutschland eine Zeitlang in England gewirkt hatte und ihn mit dem befreundeten Presseattaché an der britischen Gesandtschaft Peter Tennant bekannt machte.²⁶ Dabei konnte die Gruppe auf britischer Seite »ein großes prinzipielles Interesse« feststellen, »wenngleich mir dies zunächst noch rein nachrichtentechnischer Natur zu sein scheint.«²⁷ Damit war eine Verbindung zwischen der deutschen Opposition und der britischen Regierung etabliert, die weniger bekannt geworden ist als die über den Vatikan. Jacobsen und Tennant trafen sich von Zeit zu Zeit auf Spaziergängen, um die Chancen für internationale Maßnahmen zur Schädigung Hitlers zu besprechen.²⁸ Unabhängig davon wandte der Kreis, mit dem Strassmann, Robinsohn und Pagel im Juni 1939 in London verhandelt hatten, sich nun an Robinsohn mit der Frage nach neuen Anregungen.²⁹

Die Intensivierung der Beziehungen in die USA

Da die USA bis Ende 1941 keine kriegführende Macht waren, stellte sich eine Verbindung dorthin als vergleichsweise unproblematisch dar. Dennoch vertraute die Strassmann-Gruppe diese Verbindung ihrem ins neutrale Dänemark emigrierten Führungsmitglied Hans Robinsohn an, um die Gefahren der Postzensur zu umgehen.

Mitte September 1939 erhielt der in die USA emigrierte Historiker Dr. Alfred Vagts einen achtseitigen Brief, den Robinsohn zwischen dem 23. und dem 30. August verfaßt hatte. Darin setzte Robinsohn auf die Verbindungen seines Freundes in den USA: ³⁰ »Ich sende Ihnen gesondert eine Schrift zu, die als offiziöser Ausdruck der politischen Auffassungen der in Frage kommenden Gruppe gelten kann und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir eine Reihe von Adressen geben könnten, die für die Übersendung von politischen Berichten über diese Dinge ein ehrliches und vielleicht auch einmal aktiveres Interesse haben würden. Auch schiene es mir sehr vorteilhaft, wenn diese Schrift an geeignete Leute weitergegeben würde, vielleicht mit dem Hinweis darauf, daß Beträge zur Finanzierung der Tätigkeit dieser Gruppe dringend erwünscht sind.«

Tatsächlich verzichtete Robinsohn darauf, die Denkschrift »Die Deutsche Opposition. Tätigkeit und Ziele« abzusenden, weil sie durch den deutschen Überfall auf Polen überholt war.³¹ Auch ist Vagts' Antwort vom 28. September nicht erhalten. Allerdings hat er auf Robinsohns Brief einige potentielle Adressaten der Denkschrift vermerkt, die aufhorchen lassen: die vier Sozialdemokraten Hans Staudinger, Rudolf Katz, Hajo Holborn und Eduard Heimann, die Professoren Abraham Flexner, Felix Frankfurter, Carl J. Friedrich und Siegmund Neumann sowie den berühmten Herzspezialisten Alfred Cohn. Der einstige preußische Staatssekretär Staudinger gehörte der German Labour Delegation in den USA an, deren Generalsekretär Katz war. Der Jurist Staudinger und der Wirtschaftswissenschaftler Heimann lehrten an der New Yorker New School for Social Research,³² der Historiker Holborn an der Yale-Universität, der Jurist Katz als Assistent an der Columbia-Universität. Der Pädagoge Flexner war Begründer und Leiter des Instituts für Advanced Studies in Princeton, wo Albert Einstein seit 1933 und Vagts von 1939 bis 1942 arbeiteten. Der Politikwissenschaftler Neumann lehrte an der Wesleyan University in Middletown/Connecticut. Die politisch bedeutendste Persönlichkeit in diesem Kreis war Frankfurter, der wie Friedrich an der Harvard-Universität lehrte. Er war mit dem US-Präsidenten Roosevelt befreundet, den er in Rechtsfragen beriet, und galt als Mitschöpfer des New Deal. 1939 wurde er als Richter an den Supreme Court der USA berufen.³³ Vagts setzte sich also dafür ein, die Konzeption der Strassmann-Gruppe der Führung der sozial-

demokratischen Emigration in den USA³⁴ und namhaften Professoren und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bis in die Umgebung des Präsidenten Roosevelt zukommen zu lassen.

Hatte Robinsohn die Übersendung der Denkschrift aufgrund des Kriegsbeginns zunächst unterlassen, so schickte er sie im Oktober doch noch ab und fragte, ob es Sinn habe, sie »mit ein paar erklärenden Worten« an einige der von Vagts vorgeschlagenen Adressaten zu senden.³⁵ Vagts beantwortete diesen Brief nicht.

Genau einen Monat später sandte Robinsohn, der gerade wieder Besuch von dem erwähnten Berliner Wirtschaftsberater Ernst Richard Schubert erhalten hatte, an Vagts einen »Bericht aus Deutschland Anfang November 1939«, der auf Angaben von Schubert beruhte.³⁶ Mit Ausnahme eines Vorfalles enthält der Bericht Hintergrundinformationen, die sich nicht zur Veröffentlichung eigneten. Die Ausnahme betrifft die Ermordung von 38 polnischen Juden durch zwei Soldaten eines Artillerieregiments, wobei aber weder das Regiment noch der Ort oder der Zeitpunkt genannt wurden. Robinsohn ergänzte:³⁷ »Es liegt meinen Freunden in Deutschland sehr daran, die Alleinverantwortung Hitlers für derartige Scheußlichkeiten und besonders für deren Systematisierung festzunageln.«

Daran zeigt sich einerseits der Wunsch der deutschen Opposition, sich moralisch vom NS-Regime zu distanzieren, andererseits ihr Bestreben, Interessengegensätze der nationalsozialistischen Führung durch die Betonung der Alleinverantwortlichkeit Hitlers zu vertiefen. Gemäßigte Nationalsozialisten und die noch verbliebenen bürgerlichen Koalitionspartner Hitlers, etwa Justizminister Gürtner, sollten offenbar zu einem Zweckbündnis mit der Opposition gedrängt werden.³⁸ Robinsohn weiter: »Nach wie vor bin ich der Überzeugung, daß es kaum einen Weg gibt, der so viel Unglück spart, als die von Leuten unseres Kreises beeinflusste Militärdiktatur als Übergang.« Dabei hoffte er auf einen Friedensschluß, der bei aller Härte die Zerstückelung Deutschlands³⁹ vermeiden könnte, und auf eine innere Entwicklung Deutschlands, die die allmählich aufzubauenden freiheitlichen Institutionen als demokratische Errungenschaften im Volksbewußtsein verankern sollte.

Die unmittelbare Erwartung eines Staatsstreichs 1939/1940

Gleich nach Kriegsausbruch wurde Strassmann von Oster verstärkt herangezogen, nicht nur um zuverlässige Leute für die Besetzung des Stabes des Generalobersten Beck zu gewinnen, bei der britischen Regierung den Di-

versionsangriff an der deutschen Westfront zu fordern und Verhandlungen mit Wirtschaftskreisen zu führen.⁴⁰ Für die hohe Betriebsamkeit in den Folgemonaten können bezeichnende Beispiele gegeben werden.

Wohl Ende September traf sich der Kreis Gerstenmaier, Pagel, Wirmer und Strassmann, um eine Friedensmission Gerstenmaiers im Auftrag des Auswärtigen Amtes in skandinavischen Kirchen- und Akademikerkreisen zu ventilieren.⁴¹ Das Auswärtige Amt sollte als Auftraggeber nicht in Erscheinung treten, vielmehr der Aktion ein kirchliches Gewand gegeben werden. Gerstenmaier war als Mitarbeiter des Kirchlichen Außenamtes für das Auswärtige Amt uk-gestellt. Die Diskussion in der Runde der Verschwörer drehte sich um die Frage, ob eine erfolgreiche Friedensmission das Regime Hitlers nicht stabilisieren würde. Die Gegenposition setzte sich durch: Ein Krieg im Westen sei das noch größere Übel; zudem sei ein Staatsstreich eher im Frieden als im Krieg erfolgreich zu organisieren, weil die Armee sich im Krieg unmittelbarer mit ihrem Oberbefehlshaber identifiziere als im Frieden. Gerstenmaier fährt in seinen Erinnerungen fort:⁴² »Ich sollte dem [schwedischen] Erzbischof [Eidem] versichern – allerdings nur, wenn er vertrauenswürdig sei –, daß sich in Deutschland mit Sicherheit Männer und Möglichkeiten fänden, Hitler und sein Regime über kurz oder lang zu beseitigen. ›Er muß durch deutsche Hand fallen‹ – das seien wir uns und Deutschland schuldig.«

Gerstenmaiers Reise führte in Begleitung des Direktors der Forschungsabteilung des Ökumenischen Rates, Dr. Hans Schönfeld, zu führenden skandinavischen Bischöfen. Wie sich herausstellte, war der einzige in Frage kommende Mann Bischof Eivind Berggrav (Oslo), der jedoch durch die Friedensfühler die Stärkung des NS-Regimes fürchtete. Das Ergebnis der Reise war immerhin die Bereitschaft Berggravs, nach Beratungen mit skandinavischen Kirchenführern für die Friedensvermittlung zur Verfügung zu stehen.

Etwa zur selben Zeit, Ende September oder Anfang Oktober 1939, fand ein neues Treffen zwischen Strassmann und dem mecklenburgischen Wulle-Anhänger Eberhard Mierendorff in Rostock statt. Wie schon im Frühjahr 1939 sollte er ein Treffen mit dem inzwischen zum Befehlshaber des Wehrkreises X (Hamburg) ernannten General Ulex arrangieren.⁴³ In der Folgezeit gab es energische Proteste Ulex' gegen die Judenverfolgung im besetzten Polen.⁴⁴

Im November reiste Strassmann nach Frankfurt, um sich bei dem Frankfurter Redakteur Wilhelm Hollbach, der ihm noch aus DDJ-Zeiten wohl bekannt war, über die politische Einsetzbarkeit von dessen Freunden zu orientieren. Strassmann informierte ihn über die oppositionelle Haltung bestimmter Generalskreise. Ein weiterer Zweck der Reise war, den FZ-Korrespondenten in Zürich, Hans Georg Pauls, zu veranlassen, eine Verbin-

dung mit Frankreich herzustellen. Hollbach weigerte sich jedoch, an der Aktion mitzuwirken,⁴⁵ so daß Strassmann auf andere Wege ausweichen mußte. Vielleicht überbrachte der Münchner Dr. Rudolf Reissert Nachrichten an Pauls; jedenfalls fuhr Reissert nach Kriegsbeginn im Auftrag Strassmanns wiederholt in die Schweiz.⁴⁶ Strassmanns Besuch in Frankfurt blieb der Gestapo nicht verborgen. Ende November 1939 wurde Theodor Haubach bei Vernehmungen darauf angesprochen. Nach seiner Entlassung aus der einwöchigen Haft warnte er Strassmann und die anderen Betroffenen.⁴⁷

Diese Einzelereignisse ordnen sich zu einem Mosaik, das zeigt, wie intensiv die Strassmann-Gruppe in den ersten Kriegsmonaten für die Herstellung von Verbindungen im In- und Ausland eingesetzt wurde. Am bekanntesten wurde die sogenannte Reichenau-Affäre.⁴⁸ Am 7. November 1939 erhielt Robinsohn von dem Mittelsmann Schubert eine sensationelle Nachricht. Selbst ein dem Nationalsozialismus ausgesprochen gewogener General wie Reichenau wende sich gegen die unverminderte Aggressionslust Hitlers. Reichenau habe in einer Besprechung mit Hitler am 5. November erfolglos gegen dessen Plan opponiert, den Angriff auf Frankreich über die neutralen Staaten Holland und Belgien zu starten. Daher habe er Goerdeler informiert, der sich an Elsas mit der Bitte gewandt habe, die betroffenen Regierungen schleunigst zu unterrichten.⁴⁹ Robinsohn erfuhr von Schubert, »daß damit gerechnet wurde, daß die Truppenkonzentration [an der deutsch-niederländischen und der deutsch-belgischen Grenze] zu diplomatischen Vorstellungen seitens Hollands und Belgiens führen würde, daß man [Hitler] plante, daraufhin durch Ribbentrop eine feierliche Erklärung der Wahrung der Neutralität abgeben zu lassen, und daß unmittelbar danach, wenn eine Entspannung und verminderte Alarmbereitschaft angenommen werden konnte, der Überraschungsangriff erfolgen sollte. Über den Angriff selber kamen mit Schubert noch Einzelheiten darüber, welche Kanäle zuerst forciert [gewaltsam erobert] werden sollten, wie man die Brücken erobern wollte.«⁵⁰

Am Morgen des 8. November rief Robinsohn seinen bewährten Mittelsmann in Stockholm, Jacobsen, mit dem Auftrag an, die britische Regierung möge umgehend einen Vertreter nach Kopenhagen schicken.⁵¹ Während Jacobsen anstelle des abwesenden Tennant dessen Stellvertreter Leadbitter alarmierte, unternahm Robinsohn weitere Schritte. Wegen fehlender persönlicher Beziehungen zur britischen oder niederländischen Gesandtschaft wandte er sich an einen dänischen Politiker, mit dem ihn eine zwanzigjährige Freundschaft verband, den Folketing-Abgeordneten Hermod Lannung, den er im Plenarsaal des Folketing antraf. Gemeinsam mit dem dänischen Außenminister Peter Munch beratschlagten sie über Eventualmaßnahmen. Munch warnte dringend vor der niederländischen Gesandtschaft; von dort

wäre Berlin binnen weniger Stunden orientiert. Er war jedoch bereit, im äußersten Falle selbst in die Bresche zu springen und die nötigen Kontakte herzustellen. Dies erwies sich als unnötig. Leadbitter hatte eine schnelle Reaktion seiner Regierung erwirkt. Bereits am Mittag erhielt Robinsohn, kurz nach Rückkehr in seine Wohnung, einen Anruf. Man verabredete sich in einem Café, das für die Übergabe der brisanten Nachricht allerdings nicht der sicherste Ort war. So lotste Robinsohn den Briten, den er nur unter dem Decknamen »Theodor« kennenlernte,⁵² in den Saferaum seiner Bank, gab ohne Namensnennung Reichenaus Botschaft weiter und erfuhr als Reaktion von dem reservierten Briten, nun werde man ihn erst einmal überprüfen. Als die beiden sich am Vormittag des 9. November erneut trafen, war die Überprüfung positiv ausgefallen. Der Engländer teilte ihm sogar mit, daß die Warnung auch von anderer Seite erfolgt sei.⁵³ Nun konnte Schubert nach Berlin zurückkehren und Vollzugsmeldung erstatten.

Die Einschätzung dieser Aktion kann an das zuvor erwähnte Gespräch Gerstenmaiers mit Pagel, Wirmer und Strassmann anknüpfen. Auch diejenigen Generäle, die gegen den Angriff im Westen opponierten, gingen damit nicht etwa in das Lager des Widerstands über. Nach den Erfahrungen mit dem Stellungskrieg im Ersten Weltkrieg war es nur zu verständlich, daß die Militärs ein erneutes derartiges Hinschlachten vermeiden wollten, zumal der französische Befestigungsgürtel, die Maginot-Linie, als kaum überwindbar galt. Überdies ließ ein Angriffstermin im November einen Herbst- und Winterkrieg erwarten, der weiträumige Vorstöße verhindern würde. Solche Motive, nicht etwa eine prinzipielle Ablehnung des Krieges als Mittel der Politik, dürften die Mehrheit der Militärs bestimmt haben.⁵⁴ In der Absicht der Kriegsverhinderung trafen diese Offiziere sich jedoch sowohl mit den putschwilligen Kollegen als auch mit der zivilen Widerstandsbewegung. Das Argument, im Frieden sei ein Staatsstreich leichter zu bewerkstelligen, galt unverändert. Das andere Argument faßte Strassmann in dieser Zeit in die Worte:⁵⁵ »Wenn aber doch Hekatomben von Menschen dadurch geschont werden können.« Unmittelbares Ergebnis der Warnungen nach dem 5. November war ein Vermittlungsangebot der Könige der Niederlande und Belgiens vom 7. November, durch das sie den Plan Hitlers durchkreuzten. Hitler verschob den Termin der Westoffensive wiederholt, zunächst am 9. auf den 19. November, insgesamt 29mal, bis er schließlich auf den 10. Mai 1940 festgesetzt wurde.⁵⁶

Während der zwei oder drei Tage von Schuberts Besuch hatte Robinsohn reichlich Gelegenheit, Informationen über die Arbeit seines Freundes Strassmann und über die Lage in Deutschland zu sammeln. Offenbar kannte Schubert aber nicht den Befehl des Generalobersten Halder vom 4. November an Oster, die Staatsstreichplanung vom September 1938 zu

aktualisieren, wonach der entscheidende Schlag nun vom Oberkommando des Heeres ausgeführt werden sollte.⁵⁷ Jedenfalls äußerte sich Robinsohn in seinem ersten Brief an Vagts nach Schuberts Besuch skeptisch über die Bereitschaft der Militärs zum Putsch.⁵⁸

Seine Einschätzung der Lage aufgrund der Mitteilungen Schuberts faßte Robinsohn im »Bericht aus Deutschland Anfang November 1939« zusammen, den er offenbar auch seinem britischen Ansprechpartner »Theodor« aushändigte.⁵⁹ Der Bericht ist in folgende sechs Kapitel untergliedert:

1) *Krieg und Wehrmacht*. Die Kriegsvorbereitungen werden als unzureichend gekennzeichnet (zu wenig Uniformen, warme Kleidung, Decken). Die Mobilmachung war unregelmäßig, da teilweise junge Leute zu Hause blieben, ältere und Spezialisten aber eingezogen wurden. Problematisch sei die Disziplin der Soldaten gewesen. Dies habe sich besonders bei eigenmächtigen Judenerschießungen gezeigt. Die Stimmung unter den Soldaten auf Heimaturlaub sei wegen fehlender Lebensmittel schlecht.

2) *Hitler*. Sein Größenwahn sei nicht mehr zu verkennen, wie an mehreren Beispielen belegt wird. Nach zuverlässigen Berichten verstehe sich Hitler jetzt als Feldherr. »Er sagt von sich selbst, der Krieg im Osten sei für ihn neu gewesen, wohingegen er den Krieg im Westen kenne.« (S. 3) Er träume jetzt von der Ablösung des britischen Weltreichs durch das Deutsche Reich, das Holland, das Elsaß und Burgund umschließen sowie »weit, weit nach Osten« ausgreifen solle, »– so weit, daß Hitler vor kurzer Zeit verschiedenen höheren Offizieren gesagt hat, »seine« Offiziere müßten sich darauf einstellen, auch einmal wieder mit der Front gegen Osten zu kämpfen« (S. 4). Ein anderes Beispiel sei die militärisch sinnlose und moralisch verantwortungslose Beschießung Warschaws, die einzig auf Hitlers Befehl zurückgehe. Hinzu komme seine maßlose Umsiedlungs-idee: Ansiedlung Deutscher im Osten, Vertreibung der Polen in ihr Restgebiet, darin Spezialreservate für die Juden mit der Folge, so Robinsohn, daß »die Polen und die Juden sich dort gegenseitig totschießen sollten!« Letzteres ist ein verbürgter Originalausdruck Hitlers«. (S. 5) Die aktuelle Folge von Hitlers Selbstüberschätzung sei der geplante Überfall auf Holland und Belgien, der, wie Robinsohn betont, »auf der ganz *alleinigen* und persönlichen Initiative und Verantwortung Hitlers« beruhe (ebd.). Die Generäle duldeten dies, weil das Volk für einen Umsturz noch nicht reif sei.

3) *Stimmung des Volkes*. Die Haßpropaganda gegen England habe gewirkt. Eine sehr große Schicht des Volkes einschließlich der Gebildeten glaube an die Unbesiegbarkeit Deutschlands, das England binnen weniger Monate schlagen und weltpolitisch sein Erbe antreten werde. Andererseits gebe es auch gegenteilige Stimmungen: Ein monarchistisches Komplott sei in München entdeckt worden, ein Gerücht über einen angeblichen Waffenstillstand habe vorübergehend echte Freude hervorgerufen, die Soldaten

seien im Heimaturlaub bedrückt über die Verdunklung und das Kartensystem für Lebensmittel.

4) *Ernährungslage und Konsumartikel.* Die Korruption und der Schleichhandel blühten. Kaffee koste 12 bis 30 Mark im Schleichhandel. Robinsohn belegt den Warenmangel an vielen Beispielen. Wegen der Versorgungsschwierigkeiten sei das Bezugscheinsystem eingeführt worden. Kinder bekämen statt Fett derzeit Kunsthonig.

5) *Finanzen.* Es gebe »wieder Unterstützungsempfänger in erheblichem Ausmaß« (S. 10). Zum einen seien es Familien eingezogener Soldaten, die 40 Prozent des ehemaligen Verdienstes bekämen (bei einem Verdienst von 250 RM also ganze 100 RM), zum anderen Arbeitslose aus verödeten Geschäften, Werbezentralen, Handelsvermittlungen und auf Friedensbedarf eingestellten Produktionsstätten. Die Zahl der Arbeitslosen werde auf bis über drei Millionen geschätzt. Die Kosten des Krieges gegen Polen werden von einem international renommierten Fachmann auf sechs bis acht Milliarden RM geschätzt, die Kosten des laufenden Krieges auf sechs Milliarden RM monatlich. Die Reichsschuld betrage 67 bis 69 Milliarden RM. Die Folge sei Inflation. Die Preissenkung sei ausgeblieben. Da die Lohnsenkung teils nicht befolgt werde, müsse der gesparte Lohn an das Finanzamt abgeführt werden. Unmutsäußerungen seien selten, da der ganze Parteiapparat als Spitzelsystem ausgebaut sei.

6) *Regierung.* Sie ver falle »allmählich in vollständige Desorganisation« (S. 12). Alles sei auf Hitler abgestellt. Kabinettsitzungen hätten seit Monaten nicht mehr stattgefunden. Die Minister blieben sich selbst überlassen. So habe der Anfang 1939 bestellte Wirtschaftsminister Funk seither noch kein einziges Mal mit Hitler gesprochen. Die Folge seien endlose Ressortstreitigkeiten. Robinsohn schließt (ebd.): »So beschaffen, geht das deutsche Volk unter seinem ›Feldherrn‹ daran, sich die Weltherrschaft von England zu erkämpfen.«

Auffällig an dem Bericht ist einerseits die Fülle an Informationen verschiedenster Art, andererseits die geradezu beschwörend wiederholte Feststellung, daß die Schuld bei Hitler liege. Darin zeigt sich die Absicht, für den Fall eines Staatsstreichs den Kreis der Personen, die aufgrund eigener Verstrickung an der Beibehaltung des NS-Regimes interessiert waren, möglichst klein zu halten. Seine Einschätzung der »Desorganisation« im nationalsozialistischen Regierungssystem verkennt jedoch den gewollten Charakter des Kompetenzwirrwarrs und der Ressortstreitigkeiten; gerade die »Polykratie« auf den nachgeordneten staatlichen Leitungsebenen stärkte die »Monokratie« Hitlers nachhaltig.⁶⁰

Allerdings gelangte Robinsohns Bericht vorläufig noch nicht in die Hände der Engländer; Grund war der sog. Venlo-Zwischenfall, bei dem zwei hohe Repräsentanten des britischen Geheimdienstes, Captain Best

und Major Stevens, sich am 9. November 1939 mit angeblichen Vertretern des deutschen Widerstandes trafen, die sich jedoch als SD-Kommando erwiesen und die Briten sowie einen niederländischen Geheimdienstler überwältigten und in das deutsche Reichsgebiet verschleppten. Nun mußten die Briten ihre Verbindungen zu deutschen Oppositionellen überprüfen, um derartige Fehlschläge zu verhindern. Für diese Überprüfung benötigten die britischen Behörden zwei Monate, bis der Kopenhagener britische Presseattaché O'Leary grünes Licht erhielt, sich wieder mit Robinsohn zu treffen.⁶¹ Bei diesem ersten Treffen übergab Robinsohn ihm ein Dokument,⁶² bei dem es sich nach Lage der Dinge um den »Bericht aus Deutschland Anfang November 1939« handeln muß.

Der Überfall auf Polen, die von den Generälen Ulex und Blaskowitz aufgedeckten bestialischen Ausschreitungen der SS gegen polnische Juden,⁶³ die Unterdrückung der polnischen Bevölkerung,⁶⁴ der fortdauernde Kriegszustand mit England und Frankreich, die Absicht Hitlers, die Neutralität Belgiens und der Niederlande beim Angriff im Westen zu mißachten – dieses Ursachenbündel bewirkte einen Einstellungswandel in Teilen der Berliner Gesellschaft, den auch der konservative Diplomat Ullrich von Hassell bemerkte.⁶⁵ Die Furcht vor den katastrophalen Folgen der Hitlerischen Vabanque-Politik führte zu einer wachsenden Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen des Widerstands⁶⁶ und einem dauernden »Succurs von links und rechts«,⁶⁷ der dem Leiter der Gruppe Strassmann »eine sehr schöne Schlüsselstellung [einbrachte], die sehr große Möglichkeiten in sich birgt«. Insofern sah der zivile Widerstand sich Ende 1939/Anfang 1940 in einer Position, die die völlige Übernahme der Macht durch die Armeechefs binnen 24 Stunden erlaubte.⁶⁸

Die Stenzel-Mission vom Januar 1940

Eine Geschäftsreise des Berliner Textilkaufmanns Kurt Stenzel benutzte Strassmann für den Versuch, die unterbrochenen Verbindungen mit der britischen Regierung nicht nur wiederherzustellen, sondern ein entscheidendes Angebot zu unterbreiten. Stenzel überliefert nur einen Satz darüber: »Nach Kriegsbeginn habe ich selbst Verhandlungen mit dem englischen Presseattaché in Stockholm geführt.«⁶⁹ Die Geschäftsreise dauerte ungefähr von der ersten Januar-Woche 1940 bis Mitte Februar und führte nach Dänemark, Norwegen und Schweden.⁷⁰

Als Stenzel Mitte Januar 1940 in Stockholm eintraf, suchte er den dortigen Verbindungsmann der Gruppe, Dr. Walter Jacobsen, auf, dessen Adresse er zuvor hatte auswendig lernen müssen.⁷¹ Jacobsen traf den briti-

schen Presseattaché Peter Tennant am 18. Januar, einem Donnerstag, um das Treffen mit dem anonym auftretenden Stenzel zu arrangieren. Es wurde noch für denselben Abend vereinbart und zog sich über zweieinhalb Stunden hin. Da über dieses Treffen bisher nur in Tennants eigenen Erinnerungen über seine Stockholmer Jahre berichtet wird,⁷² soll hier näher darauf eingegangen werden.

Zweck des Besuches war es, baldmöglichst ein Treffen zwischen einem Leiter der Widerstandsgruppe und einem Vertreter des Foreign Office zu arrangieren. Als Treffpunkt schlug Stenzel Kopenhagen oder Stockholm vor, erklärte im Hinblick auf den Venlo-Zwischenfall aber die Bereitschaft der Gruppe, jeden anderen von den Briten vorgeschlagenen Ort zu akzeptieren. Die Identität des deutschen Leiters wollte oder konnte Stenzel nicht preisgeben; sie sollte jedoch gelüftet werden, sobald die britische Regierung ihren Unterhändler benannt und ihre Verhandlungsbereitschaft angezeigt habe. Der deutsche Repräsentant sei so prominent, daß die Briten von seiner Vertrauenswürdigkeit überzeugt sein könnten. Als Zweck des Treffens nannte Stenzel die Vereitelung der von Hitler geplanten Frühjahrsoffensive. Offenbar zur Beruhigung Tennants gab Stenzel an, »that their own group would naturally not cooperate with any other group for reasons of security«. Diese Aussage steht im direkten Widerspruch zu Strassmanns Zusammenarbeit mit Goerdeler und mit Sozialdemokraten wie Leber, Leuschner und Haubach. Die Kontakte mit Armeechefs werden dagegen von Stenzel ausdrücklich erwähnt.

Angesichts der Beschreibung des deutschen Unterhändlers als ausgesprochen prominent, vertrauenswürdig und zu Auslandsreisen in der Lage war zweifellos nicht Strassmann gemeint, der als Landgerichtsrat nicht prominent war. Es muß sich also um eine der namhaften oder hochgestellten Persönlichkeiten gehandelt haben, denen Strassmann zuarbeitete, etwa Carl Goerdeler, den einstigen hessischen Innenminister Wilhelm Leuschner, den früheren Generalstabschef Ludwig Beck oder den Leiter der Abwehr Wilhelm Canaris. Von diesen hatte Goerdeler als Vertreter der Firma Bosch nicht nur die Möglichkeit zu Auslandsreisen, sondern er reiste tatsächlich nach Kriegsbeginn wiederholt nach Schweden.⁷³ Insofern kommt Goerdeler, von dessen Zusammenarbeit mit Strassmann auch Stenzel wußte,⁷⁴ als vorgesehener Repräsentant des deutschen Widerstands mit hoher Wahrscheinlichkeit in Betracht.

Tennant gelang es, wie er in seinem Bericht nach London nicht ohne Selbstgefälligkeit bemerkte, weitere Informationen aus seinem anonymen Gegenüber herauszulocken: 1) *Staatsstreich*: Die Gruppe sei so gut ausgebaut, daß sie mit Hilfe der Armeekommandeure binnen 24 Stunden die Macht im Lande übernehmen könne. Die wichtigsten Verwaltungsgebäude – Polizeistationen, Gestapobüros, Telefon-, Telegraphen- und Funkstatio-

nen, SS-Kasernen u. a. – sollten schlagartig besetzt und alle NS-Führer inhaftiert werden. Nur von der SS werde eine ernsthafte Gegenwehr erwartet. Nach den Greueln in Polen seien die Armeeeoffiziere willens, sich der Widerstandsbewegung anzuschließen, und das Volk wolle lieber »Frieden ohne Hitler« als »Hitler und Krieg«. Der Staatsstreich werde jedoch nur durchgeführt, wenn England und Frankreich die zeitweilige Schwäche Deutschlands nicht für eine militärische Aktion ausnutzten. – 2) *Friedensbedingungen*: Österreich sollte beim Deutschen Reich bleiben. Polen sollte als kleiner Staat wiederhergestellt werden, wobei die im Hitler-Stalin-Pakt vereinbarte Ostgrenze erhalten bleiben und die anderen Grenzen durch ein internationales Übereinkommen festgelegt werden sollten. Ein Bevölkerungstransfer sollte nach Wahl der Individuen stattfinden, um ethnographische Spannungen zu vermeiden. Die Tschechoslowakei sollte wiederhergestellt werden, die Festlegung ihrer Grenzen aber einem internationalen Übereinkommen vorbehalten bleiben. – 3) *Sowjetunion*: »Rußland« müsse europäisiert werden und sich der westlichen Zivilisation öffnen. Die Deutschen seien auf einen Kreuzzug gegen die Sowjetunion nicht (?) vorbereitet.⁷¹ – 4) *Internationale Zusammenarbeit*: Die Zollgrenzen sollten abgeschafft werden, die Rohstoffe der Welt allen Ländern zugänglich sein. Ein internationaler Jugendaustausch sollte der Verständigung dienen. Die Jugend solle verantwortliche Positionen einnehmen. – 5) *Regierungssystem*: Die Nach-Hitler-Regierung werde die Fehler von 1919 und 1933 nicht wiederholen, sondern den stufenweisen Übergang von einer Militärdiktatur zu einer verantwortlichen Volksregierung anstreben, wobei das Militär die Verfassung schützen solle. Die Deutschen sollten insofern allmählich zur politischen Freiheit erzogen werden. – 6) *Nationalsozialisten*: Nur gegen führende NSDAP-Vertreter sollten Schritte unternommen werden. Gegen die Masse der Anhänger des NS-Regimes solle keine Vergeltung geübt werden. Mit der neuen Ordnung würden die NS-Abzeichen und Uniformen bald von der Szene verschwinden. – 7) *Wehrmacht*: Die deutsche Armee solle im Rahmen der internationalen Abrüstung verringert werden, aber als Wächter der Verfassung und der individuellen Freiheiten, als Element zur Erhaltung der internationalen Ordnung und als Institution von traditionellem, sozialem und erzieherischem Wert erhalten bleiben. – Hier fährt Tennant ironisch fort, Stenzel habe ihm »sanft« (blandly) versichert, die Armee sei nicht kriegslüstern, wie die Warnung vom 8. November 1939 gezeigt habe.

Vergleicht man die Mitteilungen Stenzels an Tennant mit den bisherigen Positionen der Gruppe, so ergeben sich eine Reihe von charakteristischen Gemeinsamkeiten und Unterschieden. Die Ausführungen über das künftige Regierungssystem mit der starken Stellung der Regierung und den allmählich zu erwerbenden Freiheiten des Volkes standen schon in der frühen

Programmatik der Gruppe. Dasselbe gilt für die internationale friedliche Zusammenarbeit und die Überwindung der wirtschaftlichen Autarkiepolitik. Daß die neue autoritäre Regierung zunächst die Form einer Militärdiktatur haben sollte, verdichtete sich erst seit der Zusammenarbeit Strassmanns mit Goerdeler und den Generälen 1938. Die Art und Weise des Umgangs mit den Nationalsozialisten ist von der Überzeugung gekennzeichnet, daß es sich bei der Masse um fehlgeleitete Idealisten oder um Opportunisten handele, die nach dem Staatsstreich und der Bekanntgabe der Verbrechen des NS-Regimes zur neuen Regierung wechseln würden.

Welche Schritte gegen das NS-Führungspersonal nach dessen Inhaftierung unternommen werden sollten, geht aus Äußerungen Strassmanns hervor. Danach sollten, angefangen bei Hitler, rechtsstaatlich einwandfreie Prozesse vor ordentlichen Gerichten geführt und die Gesetzesverstöße geahndet werden.⁷⁶ Als Grundlage dieser Prozesse sollte offenbar die im Reichsjustizministerium geführte Dokumentation der Rechtsverstöße dienen.⁷⁷ Strassmann »vertrat [...] den Standpunkt, daß man gegen Hitler und Genossen nicht etwa mit einem Verfahren vor einem Staatsgerichtshof oder Sondergericht vorgehen sollte, sondern daß vielmehr ein einfaches Schwurgerichtsverfahren gegen »Hitler und Genossen« bei irgendeinem Landgericht eingeleitet werden sollte, wobei die Anklagepunkte in erster Linie Mord, Freiheitsberaubung und dergleichen sein sollten. Wenn man ein anderes Verfahren einleiten würde, würde man Hitler und Genossen nur zu viel Ehre antun und außerdem die Gefahr schaffen, daß aus ihm ein Märtyrer gemacht würde.«⁷⁸ Tatsächlich verfuhr der spätere Bundesjustizminister Thomas Dehler nachsichtig mit der Masse einstiger Nationalsozialisten,⁷⁹ und auch Goerdeler sprach sich gegen ein Verbot der NSDAP und für die Bestrafung nur der verantwortlichen Führer aus.⁸⁰

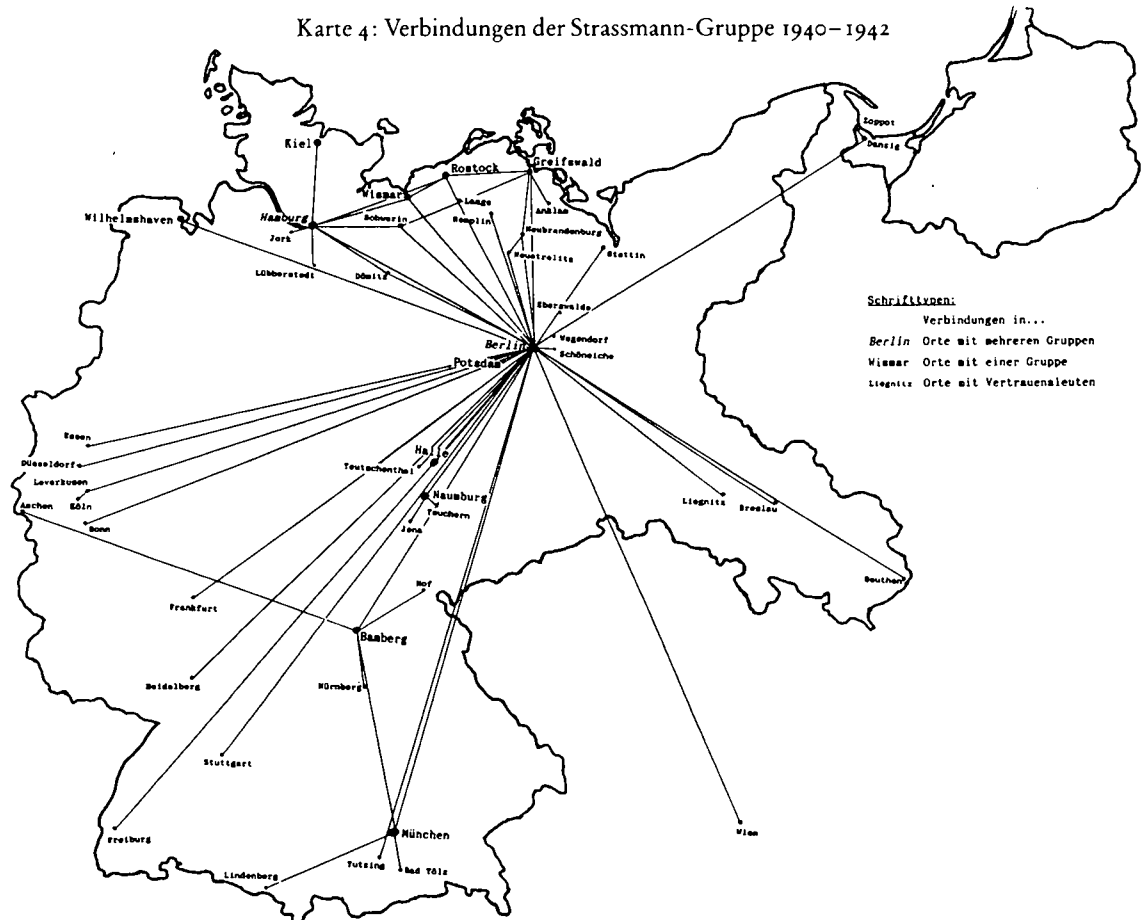
Das Thema eines Friedensschlusses war erst seit dem September 1939 aktuell. Wenn Stenzel dabei den Verbleib Österreichs beim Deutschen Reich ebenso forderte wie die Wiederherstellung der Tschechoslowakei in international festgelegten Grenzen, womit er sich indirekt für den Verbleib des Sudetenlandes beim Deutschen Reich aussprach, ging er weiter als Hans Robinsohn, der die von Hitler – vor Kriegsbeginn – gewaltsam erzwungenen territorialen Zugeständnisse zur Disposition stellte.⁸¹ Daß bei der Wiederherstellung Polens die Curzon-Linie als Ostgrenze angestrebt wurde, lag aus ethnographischen Gründen nahe. Die Grenzregelung mit Deutschland sollte zwar durch internationale Übereinkunft erfolgen, jedoch gingen Stenzel und seine Auftraggeber offenbar von der Angliederung des Korridors und Oberschlesiens an Deutschland aus. Dies entsprach den vergleichsweise maßvollen Plänen führender Gruppenmitglieder bei Kriegsbeginn. Die Lösung der ethnischen Spannungen durch individuell akzeptierten Bevölkerungstransfer ist hingegen ein neues Ele-

ment. Während die deutsche Reichsregierung die Umsiedlung der Balten-, Wolhynien- und Galizien- und Südtiroler vorzugsweise zur »Eindeutschung« eroberten Gebiete nutzte,⁸² kam eine solche »Blut-und-Boden«-Politik für die Widerstandsgruppe nicht in Betracht.

Ganz neu und geradezu schockierend sind die Äußerungen über den Kreuzzug im Osten zur Europäisierung der Sowjetunion – falls diese Lesart zutrifft. Wenn Strassmann und seine Gruppe sich gegen einen Krieg Deutschlands mit England und Frankreich engagierten, um »Hekatomben von Menschen« zu retten,⁸³ mußte dasselbe Argument auch gegen einen Krieg mit der Sowjetunion sprechen. Ob Stenzel nur seine persönliche Auffassung wiedergegeben hat oder nicht, jedenfalls lassen sich verschiedene Gründe für diesen Vorschlag ausmachen. Die Sowjetunion war nach der Westexpansion seit dem September 1939⁸⁴ bei dem einst russischen Finnland auf Widerstand gestoßen und hatte am 30. November 1939 den sowjetisch-finnischen Winterkrieg eröffnet, der die Rote Armee in einem denkbar schlechten Licht erscheinen ließ. Zudem war die Rote Armee durch die umfangreichen »Säuberungen« des Offizierskorps in den Jahren 1937/38 geschwächt worden. Offenbar glaubten die hinter der Gruppe um Goerdeler und Strassmann stehenden Militärs, mit der sowjetischen Streitmacht nun leichtes Spiel zu haben.⁸⁵ Schlagender als durch die Bereitschaft zu einem antisowjetischen Kreuzzug konnte der Riß zwischen der Hitler-Regierung, die ein Bündnis mit der Sowjetunion geschlossen hatte, und der konservativen Wehrmacht nicht untermauert werden. Daneben war diese Nachricht Stenzels wohl auch als Appell an den ausgeprägten Antikommunismus britischer Kreise gedacht; der gemeinsame Antibolschewismus schien *der* »Hebel« zu sein, »um die britische und ebenso die französische Regierung auf die Geleise der Opposition zu dirigieren«.⁸⁶ Jedenfalls zeigt dieser Vorschlag nicht das politische Verantwortungsbewußtsein, das die britische Führung von der Seriosität einer Nach-Hitler-Regierung hätte überzeugen können.

Der Eindruck, daß Stenzel nicht allein im Auftrag der Strassmann-Gruppe unterhandelte, soll durch den Vergleich seiner Vorschläge mit einem annähernd zeitgleichen Dokument überprüft werden. Am 22. und 23. Februar 1940 traf der Diplomat Ulrich von Hassell als Repräsentant der konservativen deutschen Opposition und Vertrauensmann Goerdelers in Arosa den Briten Lonsdale Bryans, der bereit war, als Mittelsmann zwischen dem britischen Außenminister Lord Edward Halifax und der deutschen Opposition zu fungieren.⁸⁷ Damit Bryans seinem Außenminister ein authentisches Dokument vorlegen konnte, notierte Hassell die wesentlichen Vorschläge handschriftlich.⁸⁸ Geht man nach Hassells sieben römischen Punkten vor, ergibt der Vergleich mit Stenzels Vorschlägen folgendes:

Karte 4: Verbindungen der Strassmann-Gruppe 1940-1942



I. Hassells Forderung nach schnellstmöglicher Kriegsbeendigung entspricht Stenzels Drängen, Hitlers Frühjahrsoffensive zuvorkommen. II. und III. Hassell wie Stenzel stellen Europa mit einem starken Deutschland gegen den Bolschewismus; die problematische Lesart des Kreuzzugsplans fehlt bei Hassell. IV. Die dauernde Befriedung Europas findet sich indirekt in Stenzels Umsiedlungsvorschlägen, die zur Beseitigung von Grenzkonflikten führen sollen. V. Hassell fordert den Verbleib Österreichs und des Sudetenlandes beim Deutschen Reich; die deutsche Ostgrenze solle »im wesentlichen« mit der von 1914 übereinstimmen. Damit besteht in der Grenzfrage weitgehende Übereinstimmung, wobei Stenzels Vorschläge bezüglich des Sudetenlandes und der Ostgrenze diplomatischer gehalten sind. VI. und VII. Hassell fordert von allen beteiligten Mächten anerkannte Grundsätze für den Friedensschluß, die er im Punkt VII untergliedert. Hier tritt er für das Nationalitätenprinzip ein und verlangt die Wiederherstellung Polens und »einer tschechischen Republik«,⁸⁹ während Stenzel die Wiederherstellung der Tschechoslowakei vorschlägt. Hassell wie Stenzel verfechten die internationale Abrüstung und die Rückkehr zur internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Zur Anerkennung der von Hassell genannten »Leitmotive« durch die europäischen Staaten (christliche Sittlichkeit, Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit, soziale Wohlfahrt, Kontrolle der Staatsgewalt durch das Volk, Gewissens-, Gedanken- und Wissenschaftsfreiheit) gibt es bei Stenzel keine direkte Parallele. Sein Vorschlag eines stufenweisen Übergangs von der Militärdiktatur zur Volksregierung setzt andere Akzente; immerhin sollte nach einer gewissen Frist die Kontrolle der Staatsgewalt durch das Volk gewährleistet sein. Die Frage der sozialen Wohlfahrt wird von Stenzel berührt, indem er den internationalen Freihandel als Möglichkeit zur Verringerung der Arbeitslosigkeit versteht. Die Prinzipien der Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit, der Gewissens-, Gedanken- und Wissenschaftsfreiheit verstehen sich für eine Widerstandsgruppe liberalen Ursprungs ohnehin, wurden aber von Stenzel nicht erwähnt, zumindest von Tennant nicht notiert. Die religiöse Indifferenz führender Gruppenmitglieder legt den Gedanken nahe, daß Stenzel sich nicht ausdrücklich auf die *christliche* Ethik berief.

Der Vergleich der Niederschrift Tennants über sein Gespräch mit Kurt Stenzel einerseits und der wenig später verfaßten Positionen Ulrich von Hassells andererseits zeigt weitgehende Übereinstimmungen, die sich nicht allein aus der innen- und außenpolitischen Lage Deutschlands ergeben können. Vielmehr kann ein gemeinsamer Zusammenhang vorausgesetzt werden. Da Strassmann und Hassell nicht im persönlichen Kontakt standen,⁹⁰ kann es sich nur um übergeordnete Instanzen des Widerstandes gehandelt haben, für die beide sich einsetzten, insbesondere Carl Goerdeler und die mit ihm verbundenen Generäle und Offiziere einschließlich der

Abwehr. Demnach hat die politische und militärische Leitung des Widerstandes nach Kriegsbeginn mehrere Kanäle zu den Briten geschaffen, und zwar über den Vatikan (Josef Müller),⁹¹ über die Schweiz (Ulrich von Hassell u. a.) und über Dänemark-Schweden (Robinson-Jacobsen u. a.).

Welche Resonanz fand Stenzels Mission in London? Allein der Umstand, daß Tennants Bericht erst einen Monat später in London eintraf,⁹² läßt erkennen, daß er nicht als brisant eingestuft wurde. Der im Foreign Office gerade diensttuende desk officer notierte auf dem Titelblatt der Akte: »Nothing of importance«,⁹³ veranlaßte jedoch die Weiterleitung an Reginald Leeper, der über eine bedeutende Stellung im Foreign Office verfügte. Er hatte Vansittarts profranzösische, antideutsche Haltung auch in der Zeit der Appeasement-Politik vertreten, was ihm im Dezember 1938 die Ablösung vom Amt des Leiters der Pressestelle des Foreign Office eingebracht hatte.⁹⁴ Gleich nach Kriegsbeginn wurde Leeper im September 1939 mit der Leitung des Political Intelligence Department im Foreign Office betraut; damit befand er sich in einer Schlüsselposition, in der er sowohl der politischen Leitung des Foreign Office als auch der Propaganda-Abteilung zuarbeitete.⁹⁵ Ob Stenzels Mission bei Leeper mehr Resonanz erfahren hat, ist nach der Aktenlage nicht zu ermitteln.⁹⁶ Allem Anschein nach hat sich aus Stenzels Mission keine weitere Aktivität ergeben.

Goerdeler fand jedoch auch andere Wege, um mit der britischen Seite in Kontakt zu bleiben.⁹⁷ Noch bevor Tennants Bericht in London eintraf, schrieb Sir Robert Vansittart am 14. Februar 1940 an den Staatssekretär des Foreign Office, um ihm den Wunsch Goerdelers nach einem Gedankenaustausch mit einem britischen Vertreter zu übermitteln. Desillusionierend ist Vansittarts handschriftlicher Zusatz:⁹⁸ »As you know I am not a great believer in Dr. Goerdeler & the Generals. There is always too much ›jam tomorrow‹ about them.« Wenn selbst Goerdeler nicht höher eingeschätzt wurde, nimmt es nicht Wunder, daß ein anonymer Geschäftsmann, der geltend machte, für einen anonymen Repräsentanten des deutschen Widerstandes zu sprechen, kein Gehör fand.

Dennoch waren die Aussichten des deutschen Widerstandes für eine Verständigung mit Großbritannien vorläufig günstig. Die britische Regierung war während des Sitzkrieges im Westen bereit, auf der Basis der ethnographischen Grenzen zu einer Übereinkunft zu gelangen, wie Theo Kordt im November 1939 von einem britischen Mittelsmann erfuhr.⁹⁹ Mitte Februar 1940 trafen sich zwei Vertreter des Foreign Office in Lausanne-Ouchy mit dem ehemaligen Reichskanzler Dr. Josef Wirth, der sich als Mittelsmann Goerdelers zur Verfügung gestellt hatte, und einem in London bekannten Begleiter. Die Briten wiesen sich durch eine noch nicht gehaltene Rede des Premierministers Chamberlain aus, die in einem deutlichen Appell an die deutsche Opposition zum Staatsstreich mündete.¹⁰⁰ Vor allem übergaben

sie ein Angebot, das in fünf Punkten auf die Wünsche der deutschen Opposition einging: ¹⁰¹ »1. Es wird die Versicherung abgegeben, daß die britische Regierung eine vorübergehende Krise, wie sie im Anschluß an eine Aktion der deutschen Opposition entstehen könnte, nicht militärisch zum Nachteil Deutschlands, etwa durch einen Angriff im Westen, ausnützen würde. 2. Die britische Regierung erklärt sich bereit, mit einer neuen deutschen Regierung, der sie ihr Vertrauen schenken kann, zur Sicherung eines dauerhaften Friedens zusammenzuarbeiten und Deutschland die erforderliche wirtschaftliche Hilfe zu gewähren.« In den Punkten 3 und 4 regte die britische Regierung die Einbeziehung Frankreichs in die Verhandlungen an. Im letzten Punkt erklärte sie ihre Bereitschaft zu einem Diversionsangriff, falls die Opposition diesen wünsche.

Damit war die äußere Voraussetzung für einen Staatsstreich gegeben. Wirths Mittelsmann, der ehemalige Reichswehrminister Otto Gessler, sorgte für die Weiterleitung der Information an Goerdeler und Beck. ¹⁰² Doch inzwischen war der Pessimismus der Generäle gewichen. Die Disziplinschwierigkeiten in der Truppe waren geschwunden, die Generäle, unter ihnen auch Reichenau, glaubten wieder an einen Erfolg der Westoffensive, ¹⁰³ mit deren Vorbereitung die Stäbe beschäftigt waren, und das »Unternehmen Weserübung« gegen Dänemark und Norwegen beanspruchte weitere Planungskapazitäten der Militärs. Das Versagen der Wehrmachtsoption in der Anfangsphase des Zweiten Weltkrieges führte zur Fortsetzung der verantwortungslosen Risikopolitik Hitlers, zu erschwerten Arbeitsbedingungen des Widerstands und zu »Hekatomben von Kriegsopfern«.

Es klingt wie eine Ironie der Geschichte, daß am 8. April 1940 nach wiederholtem Drängen Robinsohns endlich ein zu Verhandlungen bevollmächtigter Brite das Gespräch mit dem deutschen Emigranten suchte. Robinsohn, der leider keine Einzelheiten überliefert, schätzte dieses Gespräch als »interessante und vielversprechende Unterhaltung« ein. ¹⁰⁴ Am nächsten Morgen besetzten deutsche Truppen Dänemark – die Chance zu einer weiteren, intensiveren Verbindung zwischen dem deutschen Widerstand und dem Hauptkriegsgegner Deutschlands war vertan.

Umstellung auf den langen Krieg

Mit der Besetzung Dänemarks und der Eroberung Norwegens im April 1940 und der Westoffensive vom Mai 1940 war ein point of no return erreicht. Als Voraussetzung für den Aufbau eines deutschen Rechtsstaats rang sich die Strassmann-Gruppe nun dazu durch, die Niederlage Deutsch-

lands zu wünschen.¹⁰⁵ Als zur Jahreswende 1941/42 Hitler-Deutschland auf dem Höhepunkt seiner militärischen Macht stand, erklärte Strassmann: ¹⁰⁶ »Deutschland hat den Krieg verloren, wird ihn auch dann verlieren, wenn England Ägypten und den Suez-Kanal verliert und Rußland bis an den Ural erobert wird.« Unter diesen Bedingungen erwies sich erneut der Vorteil der Konzeption, für den »Tag danach« zu arbeiten; sie brauchte nicht umgestellt zu werden. Während das Kommen dieses Tags durch Aktivitäten der Gruppe kaum beschleunigt werden konnte,¹⁰⁷ galt es weiterhin, die Bildung antifaschistischer »Charakterinseln« voranzutreiben, die Arbeit fortzusetzen, Verbindungen mit einflußreichen Persönlichkeiten zu knüpfen und die Beziehungen ins Ausland zu sichern.¹⁰⁸

Dabei hatte die Gruppe mit weiteren kriegsbedingten Veränderungen zu tun. Auch der ältere Hoernigk-Bruder, Rudolf, wurde nun zur Wehrmacht eingezogen, war allerdings in Kiel stationiert, wo er mit dem Ingenieur Walter Gemberg von der Germania-Werft Kontakt hielt. Umgekehrt wurde Strassmanns Stützpunkt in Franken, Thomas Dehler, wegen seiner jüdischen Frau, seiner früheren Mitgliedschaft in der DDP/DStP und in der Freimaurerloge »Zur Verbrüderung an der Regnitz« sowie der Vertretung jüdischer Mandanten vor Gericht am 29. April 1940 aus der Wehrmacht entlassen.¹⁰⁹

Einige Gruppenmitglieder fanden eine Tätigkeit in den für die verschiedenen Wirtschaftssparten zuständigen Reichsstellen, die bei Kriegsbeginn aus den Überwachungsstellen gebildet wurden und dem Reichswirtschafts- bzw. Reichsernährungsministerium unterstellt waren. Otto Stegemann arbeitete schon seit 1936 bei der Reichsstelle für Wolle. In der Reichsstelle für Lederwirtschaft waren untergekommen: der Syndikus Ernst Richard Schubert, der bei Kriegsbeginn nach Berlin zurückgekehrte Mitarbeiter der Deutschen Handelskammer in London, Ernst Ludwig Heuss, Sohn von Theodor Heuss, der Wirtschaftswissenschaftler Gert von Eynern, seit Anfang 1940 der vorher in Leipzig tätige Herbert Böhme sowie ab Oktober 1940 der Kulturhistoriker Willi Hintze. Mit Ausnahme von Schubert, der DDP-Mitglied gewesen war, waren alle Sozialdemokraten.¹¹⁰ Durch Ernst Ludwig Heuss und seinen Vater war eine enge Verbindung mit Fritz Elsas und Ernst Strassmann gesichert.¹¹¹ Neu in die Reichsstelle eingetretene Mitarbeiter wurden von den oppositionellen Mitarbeitern auf ihre politische Einstellung überprüft.¹¹² Durch Vermittlung Schuberts gelangte Hans Reif, der nach Kriegsbeginn seinen »Industriedienst Dr. Reif« aufgab, in die Fachuntergruppe Schuhgroßhandel.¹¹³

Ein anderer Verbindungsmann war der Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium Johannes F. Winckelmann, der mit Hans Robinsohn und Egon Bandmann die Bewunderung für den Soziologen Max Weber teilte.¹¹⁴ Durch einen Bewag-Mitarbeiter entstand eine Verbindung mit

dem Einkäufer für Europa des großen amerikanischen Warenhauskonzerns Sears Roebuck & Co., Ernst Gutge, der die Gruppe, wie vorher schon die anderen genannten Wirtschaftsfachleute, 1942 mit Informationen versah: ¹¹⁵ »Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten war er als Generalbevollmächtigter der südwestdeutschen Industrie im Auftrage des Oberkommandos tätig und hat in dieser Eigenschaft unsere Organisation weitgehendst mit wichtigen Nachrichten versorgt.«

Als Walter Jacobsen Ende April 1942 aus Stockholm über Kopenhagen ¹¹⁶ nach Deutschland zurückkehren mußte, weil seine Arbeitserlaubnis in Schweden nicht verlängert wurde, ¹¹⁷ erhielt er eine Anstellung im Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF in Berlin. Er nutzte die Stellung, um für die Öffentlichkeit gesperrte Fachliteratur zu studieren und Strassmann darüber zu orientieren. ¹¹⁸ Ohnehin war die Beschaffung authentischer Nachrichten in einer Zeit der system- und kriegsbedingten Informationsverschleierung eine Voraussetzung für effektive Widerstandsarbeit. So wurde die Gruppe, wie im November 1939, weiterhin über die politisch-militärischen Planungen des Regimes orientiert. ¹¹⁹

Einige Beispiele für neue Verbindungen sollen hier genannt werden. Im Oktober 1940 siedelte der Schriftsteller, Drehbuchautor und Filmproduzent Rudolf Beissel von Berlin, wo er der Widerstandsgruppe um den Zentrumspolitiker und Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser angehört hatte, nach Hamburg über. Dort trat er in einen literarisch bedeutungslosen Roman-Korrespondenz-Verlag für Groschenhefte ein, den der NS-Gegner Fritz Mardicke leitete. ¹²⁰ In diesem Verlag wiederum arbeitete seit April 1940 einer der führenden Hamburger Mitstreiter Strassmanns, der Polizeipräsident a. D. Erich Wentker. ¹²¹ Beissel rückte sehr schnell in die Leitungsebene der Hamburger Widerstandsgruppe auf, wo er auch mit Dr. Ablass und Charlie Stephan zusammenarbeitete und bald Strassmann kennenlernte. ¹²²

Neue Verbindungen entstanden seit dem Sommer 1940 durch Ernst Ludwig Heuss zu dem SAP-Kreis um Fritz Benke, einen seit 1933 im Widerstand bewährten Mann. Auch nach Massenverhaftungen in anderen Berliner SAP-Gruppen hielt er mit seiner Köpenicker Gruppe und seit 1936 als Bezirksleiter für den Berliner Osten durch. ¹²³

Durch den nach Greifswald versetzten Richter Hans Lachmund entstand eine Fülle von Beziehungen in Greifswald, so mit dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Walter Graul, der, obwohl er kein NSDAP-Mitglied war, als Alleingesellschafter der Julius Abel GmbH die Greifswalder Zeitung herausgab, die im Untertitel als »Parteiämliche Zeitung der NSDAP, Gau Pommern« firmierte. ¹²⁴ Als Rechtsanwalt hatte Graul zunächst regen beruflichen Umgang mit Lachmund, der ihm bald durch seine Bemühungen um eine nicht-nationalsozialistische Rechtsprechung auffiel: ¹²⁵ »Bei mei-

ner beruflichen Tätigkeit machte ich die Wahrnehmung, daß Herr Lachmund in jeder Hinsicht bemüht war, den Einfluß des Nationalsozialismus auf die Rechtspflege auszuschalten, und an die Stelle nationalsozialistischen Rechtsdenkens den Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit setzte. [...] Selbst in öffentlichen Gerichtssitzungen hat Herr Lachmund die Kultur-, Wirtschafts- und Rechtsauffassungen des Nationalsozialismus ad absurdum geführt, so daß ich ihn sehr häufig zur Vorsicht mahnen mußte, da mir bekannt war, daß die Geheime Staatspolizei uns aufmerksam beobachtete.« Ab 1941 arbeiteten Lachmund und Graul politisch eng zusammen, ein Jahr später nahm Lachmund seinen Mitstreiter formal in die Strassmann-Gruppe auf.¹²⁶

Die rege Hilfsfähigkeit des Ehepaars Lachmund für verfolgte Juden konnte Graul nicht entgehen. Nachdem schon seit dem Oktober 1939 Juden aus Wien, Prag und Mährisch-Ostrau in das sog. »Judenreservat« Lublin abgeschoben worden waren, kamen als erste Juden aus dem alten Reichsgebiet die vorpommerschen Juden an die Reihe, darunter Menschen, mit denen die Lachmunds persönlich verbunden waren. Die Umstände der Austreibung waren barbarisch. Ohne Vorbereitung wurden die 1300 Stettiner Juden in der Nacht vom 12. auf den 13. Februar 1940 um vier Uhr morgens von SS-Leuten geweckt. Pro Familie durfte schnell nur ein Koffer gepackt werden. Bei eisiger Kälte wurden sie zum Bahnhof getrieben, nach einer Stunde Wartens in Güter- und Viehwagen verladen und in die Lager in Glusk, Belzec und Piaski deportiert.¹²⁷ Margarethe Lachmund organisierte mit fünfzig Quäkern Brief- und Paketsendungen für die Vertriebenen:¹²⁸ »Wir sandten jede Woche länger als drei Jahre in die Ghettos bei Lublin Lebensmittel und Kleidung, auch monatlich Geld, solange das noch bei Eintragung in den Paß möglich war, – später bis Januar 1945 nach Theresienstadt, als aus den Ghettos in Polen keine Antwort mehr kam. Vielleicht bedeutete das Gefühl des Nicht-verlassen-seins mehr als das Materielle, was wir senden und zum Teil nur von unseren Karten uns absparen konnten. Es gelang uns auch, von den norwegischen Quäkern aus dem besetzten Norwegen Lebertran in drei Ghettos zu den verschleppten vorpommerschen Kindern zu bekommen. Jahrelang wurde eine [deportierte] Anklamer Klavierlehrerin mit Büchern, Schulmaterial aller Art, Handarbeitsmaterial versorgt, daß sie jeden Tag alle Kinder zusammenfassen und beschäftigen konnte. Es wandten sich auch jüdische Rabbiner bei der schweren Fleckfieberepidemie ihres ganzen Dorfes an uns. Wir konnten keine Medizin beschaffen, aber durch Sendungen von Reinigungsmitteln aller Art und durch unsere Briefe, Zeichnungen zum Selbsterstellen von Entlausungsöfen etc. gelang es uns, die lethargisch gewordene Bevölkerung des Dorfes zur Selbsthilfe gegen Schmutz und Läuse zu bekommen, was dann die Rettung bedeutete. Wir setzten das Schicken auch fort, als die großen monatlichen Pakete von

30 Pfund alle bei der Reichsbank registriert werden mußten, wir hörten auch nicht damit auf, als Gefängnisstrafe darauf stand.«

Bei vielen Verhandlungen mit Behörden zugunsten der verfolgten Juden war Hans Lachmund seiner Frau ein wertvoller juristischer Berater.¹²⁹ Daß die Quäker keineswegs nur humanitäre Hilfe für Verfolgte, sondern auch geistig-politischen Widerstand leisteten, zeigt ein Ausspracheabend der Berliner Quäker über »Großtyrannen«, den Margarethe Lachmund leitete.¹³⁰ Für Verfolgte war auch die mutige Haltung des Buchdruckers Otto Steinke von Bedeutung, der Fahndungslisten, auch solche für die von deutschen Truppen besetzten Gebiete, verbotswidrig aus der Preußischen Druckerei- und Verlags-AG mitnahm, um sie über Bennewitz und Strassmann ins neutrale Ausland zu senden.¹³¹

In Franken stieß 1940 der Postrat Hanns Hundt zu Dehlers Widerstandskreis, den er über die Bedeutung des Nachrichtenwesens für den Tag des Umsturzes informierte. Neben dem offensichtlichen Einsatz des Rundfunks als Massenkommunikationsmittel galt es, die Funkverbindung für die Koordinierung des Widerstandes am Tage X zu nutzen und umgehend die Netze der NSDAP zu stören. 1941 gelang es Hundt, einen Mitstreiter in eine Schlüsselposition zu lancieren. Dieser Telegraphenwerkmeister Johann Geiger wurde 1941 Vorsteher eines bedeutenden unterirdischen Nachrichtennetzknottes in Nordost-Bayern, der an Größe dem Nürnberger Knoten kaum nachstand. Dort ließ Hundt eine große Antenne bauen, die vorgeblich der Funküberwachung diene, tatsächlich aber »eine Kurzwellen-Sendeantenne mit einem besonderen, nie verwendeten Raum, als Vorbereitung für entscheidende Tage« war.¹³²

Obwohl die Hoffnung auf das Einschreiten der Offiziere nach der Besetzung Dänemarks, Norwegens, der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs und Frankreichs zunichte geworden war, unterhielt Strassmann weiterhin Verbindungen mit ihnen. Dazu gehörte nun auch der General Olbricht, in dessen 24. Infanteriedivision ein Verbindungsmann Strassmanns, der Rechtsanwalt Ernst Friedrich aus Freyburg an der Unstrut, als Major im Polenfeldzug diente, wobei der General und sein Major eine auch menschlich enge Beziehung zueinander gewannen.¹³³ Nachdem Olbricht schon seit 1938 mit General Beck für den Widerstand gearbeitet hatte, gelangte er am 15. Februar 1940 als Chef des Allgemeinen Heeresamtes im OKH in eine Schlüsselstellung, wohin er auch den Major Friedrich holte.¹³⁴

Auch im OKW-Amt Ausland/Abwehr gab es neue Verbindungen. Hatte Strassmann ursprünglich mit Oster direkt zusammengearbeitet, wurde bei Kriegsbeginn 1939 der ihm noch aus dem Klub vom 3. Oktober bekannte Hans von Dohnányi aus Osterns Zentralabteilung sein neuer Partner in der Abwehr.¹³⁵ Nachdem Karl Ludwig Freiherr von und zu

Guttenberg, der sich als Herausgeber der monarchistischen »Weißen Blätter« einen Namen gemacht hatte, Mitte 1941 in Dohnányis Mitarbeiterstab eingetreten war,¹³⁶ übernahm er auch die Kontaktpflege mit Strassmann.¹³⁷ Darüber hinaus traf dieser sich gelegentlich mit einem anderen Abwehr-Mitarbeiter, dem führenden Mitglied des Kreisauer Kreises Helmuth James Graf von Moltke.¹³⁸ Strassmanns engste Verbindung mit dem Kreisauer Kreis lief jedoch über seinen Freund Theo Haubach.¹³⁹

Zur Wahrnehmung von Verbindungen war Strassmann auch in den Kriegsjahren viel unterwegs. Vermutlich durch die Abwehr erhielt er eine Bescheinigung, die ihm den Gebrauch seines Kraftwagens in Kriegszeiten gestattete.¹⁴⁰ Um beweglicher zu sein, legte er seine Sitzungstermine am Landgericht auf Dienstag und Donnerstag.¹⁴¹ Daneben gab es einige Kuriere, die spezielle Aufträge übernahmen. Hans Reif fuhr ab 1940 mehrmals, einmal auch in Begleitung von Otto Stegemann, nach München zu dem einstigen Präsidenten des DIHT, Eduard Hamm, der einen guten Draht zu dem ehemaligen Reichswehrminister Gessler hatte, um Auskünfte über die Verwendbarkeit bestimmter Generäle für den Widerstand einzuholen.¹⁴² Rudolf Beissel hielt nicht nur den Kontakt zwischen Hamburg und Berlin, sondern auch mit Freunden in Wien und anderen Städten.¹⁴³ Franz Grüger, der nach einer Verhaftung im Dezember 1940 in einem Prozeß über Wirtschaftsvergehen freigesprochen worden war, trat gegen Ende 1940 in ein Tarnunternehmen der Abwehr, die Firma Intercommerciale GmbH, als Abteilungsleiter in Paris ein. Diese Firma unterstand offiziell der Außenstelle West des Bevollmächtigten für das Kraftfahrwesen in Frankreich beim Beauftragten für den Vierjahresplan. Die Zentralverwaltung der Intercommerciale war in Berlin, die Zentrale für Frankreich in Paris; weitere Außenstellen gab es in den größeren Städten des besetzten Frankreichs.¹⁴⁴ Seine neue Stellung erlaubte Grüger häufige Reisen zwischen Paris und Berlin, wobei er seine Berliner Gesinnungsfreunde – neben der Strassmann-Gruppe auch die Europäische Union um Dr. Georg Groscurth und Dr. Robert Havemann – über die französische Résistance informierte, mit der er ebenfalls in Verbindung stand.¹⁴⁵

Auf Anregung Strassmanns fand auch Rudolf Reissert bei der Abwehrstelle München Unterschlupf. Sein Führungsoffizier, Hauptmann Karl Süß, betreute u. a. den Rechtsanwalt Josef Müller und den Theologen Dietrich Bonhoeffer. Die Deckung durch die Abwehr erlaubte Reissert, im Auftrag Strassmanns, der 1941 von Schweden keine Einreiseerlaubnis erhielt, mehrere Reisen in die Schweiz zu unternehmen.¹⁴⁶ Als er sich seine Instruktionen in Berlin holte, traf er Strassmann in einem kleinen Kreis mit dem einstigen hessischen Innenminister Wilhelm Leuschner. Reisserts Schweizer Adresse und den Zeitraum seines Aufenthalts gab Strassmann über Stockholm nach London weiter. Dennoch mißlang ein erster Versuch Reisserts, mit der briti-

schen Regierung Kontakt aufzunehmen,¹⁴⁷ aber bald darauf kam eine Vereinbarung mit der dafür zuständigen Elisabeth Wiskemann zustande, die offiziell als Presseattaché bei der britischen Gesandtschaft in Bern arbeitete und bei einem bevorstehenden Urlaub in England Reisserts Angaben überprüfen lassen konnte.¹⁴⁸ Im folgenden Jahr konnte Reissert über Bern wichtige Informationen Strassmanns weiterleiten.¹⁴⁹ Da er sich aber nur sporadisch in der Schweiz aufhalten konnte, gab er Informationen wirtschaftlicher und politischer Art an seinen alten Freund Joachim G. Hahlweg weiter, der sie auf verschiedenen Wegen den Alliierten zukommen ließ.¹⁵⁰

Hahlweg ist eine besonders interessante Erscheinung. Als Sproß einer Industriellenfamilie war er mit beträchtlichem Aktienkapital an der Zeche »Ilse Bergbau AG« in Senftenberg beteiligt, das ihm ein finanziell sorgloses Leben gestattete. Er besaß Wohnungen in München und in Lugano (Schweiz), wo er abwechselnd lebte. Nachdem er als »Halbjude« und entschiedener NS-Gegner liberaler Prägung wiederholt inhaftiert worden war, emigrierte er im Herbst 1939 nach Italien. Bald fand er Anschluß an einen Kreis italienischer Antifaschisten um den Commendatore Emilio Baumbach in Mailand. Verbindungen unterhielt er zu einem alten Freund, dem 1939 aus Deutschland nach Jugoslawien emigrierten Alexander Stewart Treviranus, Bruder des 1936 geflohenen Reichsministers im Kabinett Brüning. In Jugoslawien arbeitete Alexander Treviranus zunächst für die französische Militärmission in Zagreb, nach der französischen Niederlage 1940 für den Secret Intelligence Service in Belgrad. Bereits 1939 informierte Hahlweg die Westmächte durch Treviranus über Agenten der Achsenmächte.¹⁵¹ Nach der Besetzung Jugoslawiens durch deutsche Truppen im Frühjahr 1941 ging die Verbindung von Treviranus auf einen anderen SIS-Mitarbeiter über.¹⁵² Hahlweg lieferte Informationen über Spannungen zwischen deutschen und italienischen Einheiten bzw. italienischen Parteinestern und Sicherheitsbehörden. 95 Fotos eines Judenmassakers in der Nähe von Kiew, die er vom Kommandeur eines italienischen Regiments erhalten hatte, brachte er im Herbst 1942 zur britischen Botschaft beim Vatikan.¹⁵³ Wenig später wurde er verhaftet.

Als Strassmann im Herbst 1941 dringend eine Nachricht nach London senden wollte, wußte Fritz Neubecker, ein enger Mitarbeiter von Erwin Bennewitz, Rat. Er brachte Strassmann mit dem gelernten Funkoffizier Heinz Burgemeister, Sohn eines sozialdemokratischen Widerstandskämpfers aus dem Kreis um Max Westphal, zusammen, der beim Auswärtigen Amt dienstverpflichtet war und kurz vor einer Reise zur deutschen Gesandtschaft in Lissabon stand. Am 6. Dezember 1941 reiste Burgemeister nach Lissabon,¹⁵⁴ wo er im geheimen Chiffrierbüro tätig war.¹⁵⁵ Strassmann bestätigte ihm nach dem Krieg, daß es ihm gelungen sei, die Sendung

nach England abzusetzen.¹⁵⁶ Bürgermeister notierte, die Nachricht sei an Robert Kauffmann¹⁵⁷ gegangen; »eine Bestätigung darüber soll im englischen Rundfunk durch Sir Anthony Eden gegeben worden sein«.

Noch unmittelbar vor seiner Verhaftung bereitete Strassmann eine Reise nach Schweden¹⁵⁸ vor, um mit britischen Stellen zu sprechen; der kurz zuvor von dort zurückgekehrte Jacobsen verhandelte deshalb mit der schwedischen Botschaft in Berlin sowie mit Eugen Gerstenmaier, der ebenfalls für den Widerstand in Schweden gewesen war.¹⁵⁹ Ein führendes Gruppenmitglied aus Hamburg, der Lehrer Karl Hoffmann, reiste etwa 1942 für die Gruppe nach Schweden.¹⁶⁰

Strassmanns umfangreiche organisatorische Arbeit konnte der Gestapo nicht verborgen bleiben. Unklar ist die Verbindung mit einem »jungen Bruhn« oder »Bruhns«, der der Gestapo in die Fänge ging und die Strassmann-Gruppe beinahe auffliegen ließ.¹⁶¹ Ende 1941 und Anfang 1942 fahndete die Gestapo in Wismar nach einem Buchhändler, der mit Strassmann in Verbindung stand. Offenbar hatte sie einen der Teilnehmer an einem Treffen der mecklenburgischen Widerstandsgruppe, das Mitte der dreißiger Jahre in Rostock stattgefunden hatte, gefaßt; nach so vielen Jahren erinnerte er sich aber nicht mehr an den Namen des Buchhändlers. Nun verhörte ein Gestapo-Beamter alle Buchhändler in Wismar, darunter auch den inzwischen bei den Dornier-Werken dienstverpflichteten Mitstreiter des Rechtsanwalts Wolfgang Lange, Hermann Rhein,¹⁶² der sich in den drei Verhören zwar kooperativ gab, damit aber nur seine illegale Betätigung verhüllte. Der Gestapo-Beamte versuchte es mit Überrumpelungstaktik: »Kennen Sie den Landgerichtsrat Strassmann?« Rhein verneinte. Durch seine hinhaltende Vernehmungstaktik erreichte es Rhein, daß der Gestapo-Mann versuchte, ihn einzuschüchtern: »Strassmann ist ein sehr interessanter Fall. Mit diesen Leuten ist nicht zu spaßen. Wir kriegen sie schon.« Und gebrüllt: »Wir kriegen sie alle!« Rhein warnte umgehend Lange, der die Information an Strassmann weiterleitete.

Daß die Gestapo zur Jahreswende 1941/1942 Strassmann auf der Spur war, beweist nicht nur die Aussage Rheins, sondern auch die etwa gleichzeitige Denunziation seines Besuches bei dem Frankfurter Redakteur Wilhelm Hollbach, von der Strassmann erst nach seiner Verhaftung erfuhr.¹⁶³

10. »Organisation zu hochverräterischen
Zwecken«:
Die Verhaftung Strassmanns und die
Endphase der Gruppe

Acht Jahre lang hatte Ernst Strassmann seine Widerstandsgruppe aufgebaut, auf Verhaltensmaßregeln, Arbeitsgrundsätze und Ziele festgelegt, sie mit anderen Gruppen zusammengeführt. Kaum abschätzbar ist das Maß der inneren Anspannung, das mit der Aufgabe verbunden war, über eine so lange Zeit neben einem bürgerlichen Leben ein Leben in der Illegalität zu führen, immer von der Gefahr der Entdeckung bedroht. Wiederholte Verhaftungen blieben auf Einzelpersonen beschränkt, ohne den Zusammenhang der Gruppe aufzudecken, etwa Fritz Elsas (Berlin) 1937, die Verbindung Bock-Finnern-Nielsen (Hamburg/Kiel) zur Sopade in Kopenhagen 1938, Thomas Dehler Ende 1938, ein Hamburger Mitstreiter im April 1939, Max Ernst Dibbern (Hamburg) 1939, Franz Grüger (Berlin) Ende 1940, Maximilian Fuchs (München) im August 1941, ein Teilnehmer an den Rostocker Treffen der Gruppe im Herbst 1941, der Harburger Nervenarzt Fritz Buss Ende 1941.¹ Dennoch kam die eigene Verhaftung für Strassmann völlig überraschend.

Die Umstände der Verhaftung Strassmanns

Am 19. August 1942, einem Mittwoch, wurde Ernst Strassmann um halb zwölf Uhr vormittags in seinem Hotel in Dömitz verhaftet, wo er mit seiner Schwägerin Resi Prestin den Anfang seines Jahresurlaubs verbrachte. Noch am selben Tag wurde er nach Berlin überstellt.² Spätestens bei der Gegenüberstellung mit dem Studenten Fritz Koch³ wurde ihm die Ursache seiner Verhaftung klar. Der 20jährige war erst Anfang Juli durch seinen Vater, den zu einer Berliner Heeresdienststelle eingezogenen Aschaffener Anwalt Fritz Koch, und dessen Bamberger Freund und Kollegen Thomas Dehler bei Strassmann eingeführt worden.⁴ In der Folgezeit hielt Koch jr. sich häufig bei Strassmann auf. Als kurz darauf seine Einberufung zur Wehrmacht bevorstand, beabsichtigte Strassmann, ihn als Kurier zur Ostfront einzusetzen, machte ihn zu diesem Zweck mit begrenzten Angaben über die Organisation, die Verbindungen und die Ziele der Gruppe vertraut und betonte die Notwendigkeit, junge Leute zu gewinnen. Bei einem Besuch in Aschaffenburg traf Koch den vier Jahre älteren Diplomkaufmann Theodor N., der der Gestapo schon früher wegen oppositioneller Äußerungen aufgefallen war⁵ und nun die väterliche Fabrik aus kriegswirtschaftlichen Gründen von der Schließung bedroht sah. In ihm glaubte Koch einen Anknüpfungspunkt für Strassmann zu finden, weihte ihn in groben Zügen in die Organisation und die Absichten der Gruppe ein, nannte ihm Strassmanns Adresse, damit er sich mit ihm in Verbindung setzen könne, und fuhr am selben Tage nach Berlin zurück.

Dieses Treffen zwischen Koch und N. fand am Vormittag des 26. Juli 1942 statt. N. sah nun offenbar eine Möglichkeit, die väterliche Firma zu retten. Jedenfalls berichtete er am Nachmittag dem Ortsgruppenleiter der NSDAP Aschaffenburg-Ost, Fritz Schnackig, von dem Versuch eines ungenannten Bekannten, ihn für die Strassmann-Gruppe zu gewinnen.⁶ Damit begann die Schlinge um Strassmanns Hals sich zuzuziehen. Schnackig schrieb die Angaben des N. sofort nieder und lieferte diesen Bericht am Abend bei der Aschaffener Kriminalpolizei ab.⁷ Noch am selben Abend wurde Theodor N. verhört. Dabei sah er sich genötigt, weitergehende Angaben als die gegenüber Schnackig zu machen:⁸ 1) *Namen*: Neben Strassmann nannte er nun auch seinen Informanten Fritz Koch jr. 2) *Ziele*: Früher habe Strassmann einen Militärputsch angestrebt; jetzt wolle er »bei einem evtl. Zusammenbruch unserer heutigen Kriegsbemühungen versuchen zu retten, was zu retten sei, damit nicht radikale Kräfte die Oberhand gewinnen würden«. 3) *Organisation*: »Vertrauensleiter« und viele Gleichgesinnte gebe es in Hamburg und Breslau, auch in Frankfurt und Würzburg. 4) *Außenverbindungen*: Strassmann stehe in Kontakt mit früheren Gewerkschaftsführern und mit Vertrauensleuten bei Wehrmachts-

stellen und Wehrmachtsämtern. 5) *Aktuelle Tätigkeit*: Eine Feldpostaktion an Frontsoldaten sei »in aller nächster Zeit« geplant. 6) *Werbung*: »Es würde zwischen Frankfurt und Würzburg ein Kurier benötigt und könnte ich [Theodor N.] dies machen.« Diesen Einlassungen sind Schnackigs Angaben hinzuzufügen, daß Strassmann stark auf Kuriere zurückgreife, die mit der Bahn führen; daß versucht werde, Fäden nach Süddeutschland zu spinnen; daß die Gruppe in die Wirtschaft eindringen wolle.⁹

Die Aschaffenburg Polizei unternahm zunächst nichts weiter in der Sache Koch, informierte jedoch am 28. Juli die Staatspolizei-Außenstelle Würzburg. Die Akte enthält zwar keine Angaben über die Weiterleitung der Nachricht, aber nach Lage der Dinge dürfte von Würzburg aus die Staatspolizei-Leitstelle Nürnberg und von dieser die Gestapo in Berlin orientiert worden sein. Erst als am folgenden Wochenende Fritz Koch erneut nach Aschaffenburg kam, nahm die Gestapo-Maschinerie ihren Lauf. Am 1. August, einem Samstag, versuchte Koch sich wieder mit N. zu treffen. Dieser machte Koch jedoch deutlich, daß es in seinem eigenen Interesse liege, sich der Gestapo zu offenbaren. Außerdem informierte N. wiederum den NSDAP-Ortsgruppenleiter Schnackig, der umgehend die Gestapo unterrichtete.¹⁰ Wenig später erschien Fritz Koch selbst bei der Gestapo, wurde aber auf 15 Uhr bestellt, da der Sachbearbeiter abwesend war.

Um 15 Uhr begann eine etwa zehnstündige Vernehmung,¹¹ die sich in zwei Durchgänge gliedern läßt. Im ersten Teil berichtete Koch zunächst ausführlich über Strassmann und seinen Kreis, ging dann auf ergänzende Fragen des Vernehmungsbeamten ein und betonte abschließend die Freiwilligkeit seines Erscheinens vor der Gestapo. Dabei bemühte er sich mit Geschick, die Äußerungen gegenüber N., deren er sich erinnern konnte, abzuschwächen und die Verbindung mit Strassmann als vergleichsweise harmlos darzustellen. Im zweiten Teil der Vernehmung wurden ihm die Angaben des N. vorgehalten, woraufhin er sachlich mehr einräumen mußte, dabei aber ebenfalls um Abschwächung bemüht blieb. Fritz Koch machte folgende Ausführungen zur Sache:

1) *Namen*: Bei Strassmann habe er etwa sechs Personen kennengelernt: dessen Schwägerin,¹² einen Herrn Bennewitz oder Tennewitz bzw. eventuell Dennewitz,¹³ einen Herrn Jacobsen,¹⁴ einen ihm namentlich unbekanntem Assessor.¹⁵ Zweimal sei sein Vater mit bei Strassmann gewesen, den er aus der DDP kenne, aber seit zehn Jahren nicht gesehen habe; sein Vater kenne Strassmann nur gesellschaftlich und habe ihn vor seinem Politisieren gewarnt. Hier gibt es keine Differenzen zwischen beiden Verhördurchgängen.

2) *Ziele*: Was die umstürzlerischen Pläne angehe, habe N. ihn falsch verstanden. Falls das NS-Regime zusammenbreche, solle das Heer intakt bleiben, damit der Bolschewismus nicht nach Deutschland eindringe und eine

eventuelle Zersplitterung verhindert werde. Keine sachlichen Differenzen zwischen beiden Teilen.

3) *Organisation*: Seine Behauptung aus dem ersten Durchgang der Vernehmung, Strassmann habe keine Organisation gebildet, sondern nur vom Fehlen einer solchen Organisation gesprochen, konnte Koch nach den Vorhaltungen der Aussage N.s nicht aufrechterhalten. Im zweiten Teil der Vernehmung nannte er Verbindungen hauptsächlich in Berlin, Hamburg, München und Breslau, äußerte aber die Vermutung, daß es weitere Verbindungen gebe. Den Namen des Verbindungsmannes in Breslau habe er gekannt, erinnere sich aber nicht daran.¹⁶ Auch er selbst gehöre zu der Organisation. Mit der folgenden Äußerung versuchte Koch, der Gruppe eine kurze Dauer, damit einen geringen Grad des Ausbaus und wenig Relevanz beizumessen: »Wie lange die Verbindung schon besteht, weiß ich nicht. Sie dürfte schon bestanden haben, bevor ich nach Berlin kam«

4) *Außenverbindungen*: Koch wisse nur vom Hörensagen über »irgend welche Verbindungen« Strassmanns zu Offizieren oder Wehrmachtsdienststellen. Strassmann habe Freunde in der Wirtschaft und in der Landwirtschaft; auch habe er von Gewerkschaftern gesprochen. Bis auf die Angabe über die Gewerkschafter gibt es keine sachlichen Unterschiede zwischen beiden Vernehmungsteilen. Im zweiten Teil ergänzt Koch: »Schriftlicher Verkehr wird nicht gepflogen. Es findet auch kein eigener Nachrichtenaustausch statt, weil bei den jetzigen Verhältnissen ja nichts zu übermitteln ist.«

5) *Aktuelle Tätigkeit*: Die Feldpostaktion sei nicht in naher Zukunft, sondern für den Fall des Zusammenbruchs des NS-Regimes geplant. Strassmann suche Verbindung in allen Bevölkerungskreisen.

6) *Werbung*: Da Fritz Koch im ersten Vernehmungsdurchgang das Bestehen einer Organisation bestritten hatte, mußte er in ihm auch den Versuch zur Anwerbung von Theodor N. verneinen, den er im zweiten Durchgang zugab. Die Art der Verwendung für die Gruppe hätte Strassmann bestimmen müssen; lediglich auf N.s Drängen und lediglich als Beispiel habe er von Kuriertätigkeit gesprochen. Strassmann habe er bereits über N. berichtet.

7) *Kritik am NS-Regime*: Strassmann sei negativ zum Nationalsozialismus und zur SS eingestellt. Er glaube nicht an einen Sieg Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Er bemängele die Behandlung der Polen und anderer Personen aus den Ostgebieten.¹⁷ Wegen der Massenhinrichtung im Osten könne Deutschland nicht mit einer nachsichtigen Behandlung durch die Alliierten rechnen. »Auch die heutige Rechtsprechung bemängelte er und äußerte sich diesbezügl. über die Rede des Führer[s] bei der letzten Reichstagssitzung, wo der Führer an den Gerichtsurteilen Kritik übte.«¹⁸ Hier stammen alle kritischen Äußerungen aus dem ersten Durchgang, im zweiten spielten sie laut Protokoll keine Rolle mehr.

In seinem Bericht an die Gestapo-Außendienststelle Würzburg notierte

der vernehmende Beamte zufrieden:¹⁹ »Erst als dem Koch unter Bezugnahme auf die früher gemachten Angaben des N[...] eingehender Vorhalt gemacht wurde, bequemte er sich[,] wahrheitsgemäße Angaben zu machen.« So schwerwiegend die Angaben Kochs gegenüber der Gestapo auch waren, verstand er es in der Vernehmung doch, N.s Aussage erheblich abzuschwächen. Damit eröffnete er Strassmann etwas mehr Spielraum, seine Verteidigungsposition zu verbessern.

Noch in derselben Nacht wurde Fritz Koch in Polizeihaft genommen und in das Polizeigefängnis Aschaffenburg eingeliefert.²⁰ Am folgenden Morgen wurde er nach Nürnberg überstellt und am Abend des 5. August um 23 Uhr in das Gefängnis Berlin-Moabit überführt.²¹ Dort saß er noch zwei Wochen, bis Strassmann verhaftet war und die Gegenüberstellung zur Identifizierung erfolgte.

Für Strassmann ging es nun um Leben oder Tod. Er saß im Polizeigefängnis Berlin-Alexanderplatz in Einzelhaft und wurde von jenem inzwischen zum Kriminalkommissar aufgestiegenen Gestapo-Beamten Felix Bartoll²² vom Referat IV A 3²³ verhört, der auch schon den Fall des nach Österreich emigrierten Schriftstellers Arthur Rutra bearbeitet hatte. Nun mußte Strassmann unter belastenden Bedingungen jene Nervenstärke und Selbstdisziplin beweisen, die er schon jahrelang bei der Organisation seiner Widerstandsgruppe gezeigt hatte. Als Richter, der zeitweise auch als Untersuchungsrichter eingesetzt gewesen war, kannte er die Verhörmethoden aus eigener Praxis. Er konnte einschätzen, was er leichten Herzens oder unausweichlich zugeben hatte und wo es besser war, den Unorientierten zu spielen.²⁴ Schon 1934 hatte er Mitglieder seiner Widerstandsgruppe im Überstehen von Verhören geschult.²⁵ Nun konnte er, gestützt durch die Angaben von Fritz Koch jr., geltend machen, er habe angesichts der NS-Propaganda, wonach der Zusammenbruch des NS-Systems zum Chaos führe, an der Bildung einer Auffangorganisation für eben diesen Fall gearbeitet. Diese Argumentation vermochte selbst fanatische Nationalsozialisten zu beeindrucken.²⁶ Sein wichtigster Trumpf war jedoch die Berufung auf das Amt Abwehr beim OKW:²⁷ »[...] selbst die Aussagen von Koch jr., die mich sicher schwer belasteten, reichten wohl nicht aus, meine Verteidigung zu widerlegen, daß ich einen Nachrichtenapparat für die Wehrmacht aufgezogen hätte. Ausnahmsweise fing das OKH, insbesondere Frh. v. Guttenberg [...] diesen Ball auf.«

Bestätigt und ergänzt wird diese Angabe durch drei Verfolger, den Oberstkriegsgerichtsrat Dr. Manfred Roeder, den Leiter des Amtes IVE (Abwehr) im RSHA, Dr. Walter Huppenkothen, sowie Franz Xaver Sonderegger, damals Kriminalsekretär und SS-Untersturmführer, der seit Dezember 1942 mit der Aufklärung eines angeblichen Devisenvergehens der Münchner Abwehr-Offiziere Wilhelm Schmidhuber und Heinz Ick-

rath befaßt war.²⁸ Um eine klarere Vorstellung von der Aktivität der Abwehr zu gewinnen, zog Sonderegger alle erreichbaren Gestapo-Karteiblätter heran, wobei er auf eine Häufung der Namen Dohnányi, Delbrück, Guttenberg und Strüncik stieß. Dann ließ er sich diejenigen Akten kommen, die mit diesen Abwehrleuten in Verbindung zu bringen waren, und stieß auf sechs gravierende Fälle,²⁹ darunter den Fall Strassmann. Darüber machte er folgende Angaben:³⁰ »Strassmann hat sich dem Amt Ausland / Abwehr als Auslandsagent angeboten, wurde aber von Dohnanyi beauftragt, nach Personen Ausschau zu halten, die für eine Opposition gegen das Hitlerregime in Frage kämen. Der von Strassmann zusammengebrachte Kreis wurde später von Guttenberg [sic] kontrolliert.«

Nach Aussagen Huppenkothen lässt sich folgendes ergänzen: Der Gestapo und dem RSHA war etwa seit Anfang 1942 bekannt, daß Strassmann mit seinen Freunden aus dem Klub vom 3. Oktober eine nachrichtendienstliche Verbindung unterhielt, um nach einem Umsturz »für die Übernahme von Ämtern bereitzustehen«.³¹ Nach Angaben Roeders zielten Strassmanns Aktivitäten auch auf die Neubelebung der DDP.³² Auch wußten die Verfolgungsbehörden von Strassmanns Beziehungen über Schweden zu britischen Behörden.³³ Entgegen dem tatsächlichen Ablauf datierten Huppenkothen und Sonderegger die Bildung der Widerstandsgruppe aber erst nach Kriegsbeginn. Von Interesse war für die Gestapo nur der Nachrichtenapparat, wie der Schutzhaftbefehl gegen Strassmann ausweist:³⁴ »Er gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch sein Verhalten den Bestand des Volkes und Staates, indem er³⁵ dadurch, daß er seit längerer Zeit seine früheren politischen Freunde zur angeblichen Erfassung von politischem Informationsmaterial, das im staatsfeindlichen Sinne gehalten war, zusammengefaßt [hat], dringend verdächtig ist, diese von ihm aufgezogene Organisation zu hochverräterischen Zwecken zu mißbrauchen.«

Mit seinem Nachrichtenapparat geriet Strassmann in die Konkurrenz zwischen zwei Sicherheitsorganen der Wehrmacht und der SS. Ständig war das RSHA unter Reinhard Heydrich bemüht, seinen Einfluß auf Kosten des Amtes Ausland / Abwehr zu erweitern.³⁶ Eine Vereinbarung zwischen dem RSHA und der Abwehr vom 1. März 1942 legte fest, daß »die politische Berichterstattung (wozu auch die Stimmungslage im Reich gehört) [...] alleinige Aufgabe der Sicherheitspolizei und des SD« sei.³⁷ Wenn Strassmann sich also darauf berief, seinen Nachrichtenapparat im Auftrag der Abwehr geleitet zu haben, setzte er diese und ihren Amtschef Canaris dem Verdacht aus, die eindeutigen Bestimmungen der »10 Gebote« vom März 1942 nicht einzuhalten. So sah die Gestapo in Strassmann einen »großen Fang«.³⁸ Roeder und Huppenkothen bestätigten das nach dem Krieg:³⁹ »Der Fall brachte daher *erstmalig* die Feststellung, daß sich im Amt Aus-

land/Abwehr offenbar eine Stelle entgegen den zwischen Heydrich und Canaris getroffenen Abreden mit der Beschaffung innerpolitischer Nachrichten befaßte.« Als Guttenberg Strassmanns Angaben bestätigte,⁴⁰ verlagerte sich das Interesse jedoch von ihm weg zur Abwehr. Sarkastisch formulierte Strassmann: ⁴¹ »Die schwarze Meute mußte also ihren ursprünglichen, mir späterhin offenbarten Plan, mich durch den Volksgerichtshof⁴² um Haupteslänge verkürzen zu lassen, aufgeben.«

Für diese für Strassmann günstige Entwicklung gab es eine Reihe von Gründen: Durch sein beherrschtes Auftreten gelang es ihm, den Untersuchungsbeamten für sich einzunehmen:⁴³ »Mein Schweineglück bestand nun darin, daß ich mir offenbar in den wochenlangen Vernehmungen die menschliche Sympathie des sachbearbeitenden Kommissars erworben hatte. Er war ein jugendlicher Fanatiker aus ganz guter Familie mit sporadischen Durchbrüchen von Anstandsgefühl. Dieser Sorte gefiel es, daß man nicht zuckte, sein eigenes Schicksal nicht wichtig zu nehmen schien und Humor behielt in bedrohlicher Lage.« Ein zweiter Grund war die Aufdeckung der Widerstandsgruppe »Rote Kapelle« um den Oberleutnant im Reichsluftfahrtministerium Harro Schulze-Boysen und den einst im Klub vom 3. Oktober mitwirkenden Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium Arvid Harnack; dabei kam es ab Ende August 1942 zu einer Massenverhaftung von über hundert Personen.⁴⁴ Auch hier entdeckte die Gestapo Verbindungen zur Abwehr, was die Aufmerksamkeit wiederum dorthin lenkte.⁴⁵ Ein dritter Grund war Himmlers Respekt vor dem als Meisterspion verehrten Canaris, der so weit ging, daß er alle Hinweise auf den Abwehrchef aus den Akten Verdächtiger entfernen ließ.

Seit dem Herbst 1942 wurde Strassmanns einstiger Verbindungsmann in der Zentralabteilung der Abwehr, Hans von Dohnányi, von vielen Seiten – vom Chef der Kriminalpolizei Nebe, von den Abwehrleuten Guttenberg, Gehre und Moltke, vom Rechtsanwalt Langbehn – vor Überwachungsmaßnahmen der Gestapo gewarnt.⁴⁶ Dem für ihn zuständigen Untersuchungsbeamten, dem Oberstkriegsgerichtsrat Dr. Manfred Roeder, ging es auch darum, den von der Abwehr gedeckten innenpolitischen Nachrichtendienst genauer kennenzulernen. In Dohnányis tagebuchartigen Notizen aus der Haftzeit heißt es: ⁴⁷ »17.6.[1943] 10. Vernehmung Innerpol. Nachrichtendienst / von Oster zugegeben!?!? Protokolle nicht unterschrieben ohne meine Gegenwart diktiert.« Das fällt genau in den Zeitraum, als Guttenberg aus Agram, wohin er inzwischen versetzt worden war, nach Berlin zitiert wurde, um an drei Tagen von Roeder verhört zu werden.⁴⁸ Auch Strassmann wurde – wohl im Mai – in diesem Zusammenhang vernommen: ⁴⁹ »Das Ergebnis dieser meiner Verwendung war aber so negativ, daß man jedes Interesse für mich auf diesem Gebiete verlor.« Als schließlich Oster die Nachrichtenbeschaffung zugab und Canaris diesbezügliche bela-

stende Notizen als im Rahmen der Tätigkeit des Amtes Ausland/Abwehr liegend anerkannte,⁵⁰ war die Gefahr für die Widerstandsgruppe wenigstens in diesem Punkt beseitigt.

Strassmanns Haftbedingungen

Zwei Jahre und acht Monate saß Ernst Strassmann als Schutzhäftling im Gefängnis des Polizeipräsidiums Berlin-Alexanderplatz, in den ersten elf Monaten in Einzelhaft.⁵¹ Das Gebäude war »ein düsterer Kasernenbau in schwärzlichem Ziegelrot«,⁵² das gegenüber dem »arisierten« Warenhaus Hertie lag. Ein ehemaliger Häftling, der als Mitstreiter der »Roten Kapelle« dort zur selben Zeit inhaftiert war, berichtete später:⁵³ »Die Behandlung im ›Alex‹ war ziemlich roh, aber doch unterschied sich die grüne Polizei zu ihrem Vorteil von der SS, SD usw. Körperliche Mißhandlungen kamen vor, waren aber nicht die Regel. [...] Die Ernährung bestand aus zwei dünnen Schnitten Brot und Wassersuppe. Nachts hörte man häufig die Hungernen in ihren Zellen wimmern.«

Als Einzelhäftling durfte Strassmann nicht einmal am Rundgang auf dem Hof während der sog. Freistunde teilnehmen. Doch konnte er schon bald nach der Verhaftung Post und Besuch von seiner Schwägerin Resi Prestin erhalten.⁵⁴ Als Vorwände dienten geschäftliche Verpflichtungen verschiedenster Art, die Resi mit ihrem Schwager abzuklären hatte: die Steuererklärung (21. Oktober), eine Vollmacht für ein Abgeltungsdarlehen (14. Dezember), der Erbschaftssteuerbescheid (23. Januar), die Taxierung und der Verkauf des Wagens (22. Februar, 17. März), eine Hausabrechnung (25. März). Es war wohl für die Augen der Gestapo bestimmt, wenn sie über einen ihrer Besuche bei Strassmann im Polizeigefängnis schrieb:⁵⁵ »Was mich betrübte war nur, daß die Zeit lediglich mit geschäftlichen Dingen ausgefüllt war.« Tatsächlich konnte sie durch ihre häufigen Besuche Strassmanns, die jedesmal genehmigt werden mußten,⁵⁶ die Mitstreiter und Freunde orientieren.⁵⁷

Von Anfang an kümmerten sich Freunde um die Freilassung Strassmanns. Der Landgerichtsrat Dr. Erdsiek informierte erst den noch als Minister ohne Geschäftsbereich amtierenden Hjalmar Schacht, der aber nicht helfen konnte, dann den Rechtsanwalt Dr. Carl Langbehn, der einen Draht zu Himmler hatte, aber inzwischen selbst bei der Gestapo in Verdacht geraten war, so daß er nichts riskieren konnte.⁵⁸ Auch der gemeinsame Freund Ernst Heinzelmann, Vorstandsmitglied der Deutschen Genossenschafts- und Hypothekenbank AG, versuchte – wohl über den Staatssekretär a. D. Erwin Planck – Strassmann freizubekommen.⁵⁹

Mitte September besuchte Resi Prestin Strassmanns Referendar vom Frühjahr 1942, Dietrich Stoecker,⁶⁰ informierte ihn über die Verhaftung und übermittelte ihm Strassmanns Bitte, Guttenberg, Dohnányi, Delbrück, allesamt Mitarbeiter der Abwehr-Abteilung Z, und entweder Moltke oder Olbricht⁶¹ eine Warnung zukommen zu lassen. Im Januar 1943 suchte sie selbst zweimal Guttenberg im Amt auf.⁶² Stoecker wandte sich an seinen Onkel Otto Kiep, der bei der Abwehr tätig war, und eröffnete ihm Strassmanns Bitte. Kiep kannte zwar Strassmann nicht, versprach aber, sich der Sache anzunehmen. Wenige Tage später mahnte er seinen Neffen zur Vorsicht. Im Mai⁶³ 1943 erschien Resi Prestin erneut bei Stoecker und berichtete aufgeregt, Strassmann werde nun von Roeder wegen Dohnányi vernommen. Stoecker setzte sich wieder mit Kiep in Verbindung, informierte ihn und fragte: »Hängt Strassmann mit Dohnányi zusammen?« Darauf antwortete Kiep bezeichnenderweise: »Nein, eher umgekehrt, Dohnányi mit Strassmann.« Kiep⁶⁴ erklärte sich bereit, sich für Strassmann bei Canaris einzusetzen, damit er nicht das Gefühl bekomme, man kümmere sich nicht um ihn. Wenig später, im Mai oder Juni, erfuhr Stoecker von Resi Prestin, daß Strassmanns Vernehmung nun wieder in ruhigeren Bahnen verlaufe.⁶⁵

Auch sonst kümmerte Resi sich um ihren Schwager. Wegen rheumatischer Beschwerden brachte sie ihm eine Pelzjacke mit.⁶⁶ Sie versorgte ihn mit französischen Büchern, damit er seine Sprachkenntnisse aufbessern konnte.⁶⁷ Eine Zeitlang konnte er sogar an seiner Dissertation über den Armenanwalt, die er nach dem Rigorosum 1926 nicht fertiggestellt hatte, wissenschaftlich arbeiten.⁶⁸ Die Quäkerin Margarethe Lachmund half durch Sendungen von Butter.⁶⁹ Der Bankier Ernst Heinzelmann und der befreundete Offizier Wolfgang Stoecker besuchten Strassmann im Gefängnis.⁷⁰

Nachdem Strassmann sich für die Untersuchungen gegen Dohnányi nicht verwenden ließ, wäre eigentlich die Einlieferung in ein Konzentrationslager zu erwarten gewesen.⁷¹ Kommissar Bartoll wußte das aber zu verhindern:⁷² »Kurzum, er versuchte, mich unter Differenzen mit seinen Vorgesetzten zur Entlassung zu bringen und sabotierte dann, als ihm das nicht gelang, das ganze Verfahren dadurch, daß er nicht mehr berichtete und ich dadurch im Polizeigefängnis in Vergessenheit geriet.« Diese Sabotage ging so weit, daß Strassmanns Ermittlungsakte spurlos verschwand, wie ein befreundeter junger Offizier anderthalb Jahre später feststellen konnte. Damals war nur noch eine sog. Retent-Akte vorhanden, die das Schreiben enthielt, mit der die Ermittlungsakte angefordert worden war.⁷³

Um der Einzelhaft zu entinnen, meldete Strassmann sich zur Arbeit. Zunächst wurde ihm die Verwaltung des Häftlingsgepäcks zugeteilt.⁷⁴ Doch mit der Zeit erlangte Strassmann im Gefängnis »eine besondere Stel-

lung [...], die normalerweise andere Gefangene niemals bekommen könnten.«⁷⁵ Strassmann berichtete darüber:⁷⁶ »Ich [...] war schließlich für die Polizei in der Gefängnisverwaltung der Mann für Rat und Auskunft ›in vorkommenden Fällen‹. Das ging so weit, daß ich mit voller Kenntnis des Direktors⁷⁷ Zellen- und Stationsschlüssel hatte, Tag und Nacht frei im Haus herumging, selber mein Essen kochte, unbewacht Besuch empfing, Besorgungen in der Stadt machte⁷⁸ und durch diese Freiheiten viel Gelegenheit hatte, anderen zu helfen. Mit den alten Polizeibeamten Severing-scher Schule, die überwiegend die Bewachung bildeten, bin ich gut ausgekommen und habe dabei gute Freunde unter ihnen gefunden. [...] Mit meiner Tätigkeit im Gefängnis ging übrigens meine Beschäftigung als Dolmetscher für Französisch bei der Gestapo einher, die mir manchen Einblick und manche Erleichterung verschaffte.« Wie Wolfgang Stoecker 1944 von einer Beamtin des Polizeipräsidiiums erfuhr, bestand das angebliche Dolmetschen darin, daß die Untersuchungsbeamten Strassmann die Vernehmung der beschuldigten Franzosen und die Führung des Protokolls überließen.⁷⁹ Hier zahlte sich die französische Lektüre vom Beginn seiner Haftzeit aus.

Sein Kabinettstück lieferte Strassmann nach dem Bombenangriff in der Nacht vom 22. auf den 23. November 1943 auf Berlin, bei dem der Alexanderplatz in Mitleidenschaft gezogen wurde:⁸⁰ »Um den zerstörten S-Bahnhof Alexanderplatz brennen die großen Warenhäuser lichterloh.« Stoecker notierte später den Bericht der erwähnten Beamtin des Polizeipräsidiiums über diesen Bombenangriff:⁸¹ »Damals wurde das Polizeipräsidium und damit das Polizeigefängnis von mehreren Bomben getroffen. Es gab über vierzig Tote und viele Schwerverwundete. Als die ersten Bomben einschlugen und es bereits Tote und Verletzte gab, soll Strassmann mit dem Ruf: ›Alles hört auf mein Kommando‹, die Rettungsaktion in die Hand genommen haben. Selbst das polizeiliche Aufsichtspersonal unterstellte sich seinen Anweisungen und Befehlen. Er habe außerdem den Fremdarbeitern zugeredet, unter keinen Umständen die Möglichkeit einer Flucht auszunützen, weil man sie, wenn sie wieder gefaßt würden, zweifellos an die Wand stellen würde. Sie sollten lieber helfen, das würde ihnen angerechnet werden. Sein Eingreifen und seine Aktion soll, wie mir meine Gesprächspartnerin trotz der von mir geäußerten Zweifel an der Richtigkeit ausdrücklich versicherte, so erfolgreich gewesen sein – das wäre der volle Ernst –, daß man ihn zum Kriegsverdienstkreuz II. Klasse habe vorschlagen wollen!«

Vom mißglückten Putschversuch des 20. Juli 1944, von den unmittelbar danach einsetzenden Verfolgungen engster politischer Mitarbeiter und deren Tod erfuhr Strassmann machtlos im »Alex«. Auch ein Beamter des Polizeigefängnisses war unter den Opfern, der SA-Oberführer und Ober-

stabsarzt Dr. Albrecht Olbertz, der als »Engel vom Alexanderplatz«⁸² politisch Verfolgten etwa durch die Übermittlung von Kassibern half.⁸³

Am fernen Geschützdonner erlebte Strassmann auch in der Haft mit, wie die sowjetischen Truppen sich Berlin näherten. Als sie Ende Februar 1945 nur noch 50 Kilometer vor Berlin standen, setzte Resi Prestin sich auf Strassmanns Rat zu Margarethe Lange nach Bälau, östlich von Hamburg, ab, um nach einer Flucht ihres Schwagers für die Gestapo nicht greifbar zu sein,⁸⁴ während dieser selbst sich auf seine Befreiung vorbereitete. Zu diesem Zweck legte er im Heizungskeller unter den Koksbergen eine Höhle an, in der er von seiner Ration abgesparte Lebensmittel deponierte. Durch seine außergewöhnliche Position begünstigt, gelang es ihm, sich immer wieder von den Listen abzutransportierender Gefangener zu streichen.⁸⁵ Als der letzte Transport bevorstand, versteckte er sich in seiner Höhle und wartete einige Tage ab, bis er am 21. April 1945 – am Vortag hatte die sowjetische Beschießung des Berliner Stadtzentrums begonnen – aus dem Gefängnis floh.⁸⁶ Ein Polizeibeamter stellte ihm einen Entlassungsschein aus, der ihn bei Kontrollen ausweisen sollte.⁸⁷ Sicherheitshalber kehrte Strassmann nicht in seine Wohnung in der Sybelstraße zurück, die wie durch ein Wunder den Bombenkrieg überstanden hatte. Bis zur Kapitulation der deutschen Truppen in Berlin am 2. Mai 1945 hielt er sich bei Freunden verborgen. Während viele Freunde, die in den Staatsstreich vom 20. Juli 1944 involviert waren, umgekommen waren,⁸⁸ hatte er überlebt.

Weitere Verhaftungen

Sieht man sich Strassmanns Gruppe zur Zeit seiner Verhaftung, also im August 1942, an, waren viele unmittelbare Verbindungsleute und ihnen angeschlossene Mitarbeiter von der Verhaftung bedroht. Die Gruppen um Elsas, Bennewitz, Jans Kingma in Berlin, die Hamburger Gruppen um Ablass und Wentker, die Gruppen in Mecklenburg, Hans Lachmunds Verbindungen in Pommern, Dehlers Gruppe in Bamberg und die Gruppe um Schweykart und Reissert in München, um nur einige bedeutende zu nennen, waren in Gefahr, aufgerollt zu werden. Hier waren umgehende Warnungen vonnöten.

Auf Ernst Strassmanns Verhaftung reagierte Resi Prestin, die ihn auf seiner Urlaubsreise begleitet hatte, sofort. Sie kehrte mit nach Berlin zurück, vernichtete das in Strassmanns Wohnung versteckte Exemplar der »Bibel«, des Grundsatzprogramms der Gruppe, und warnte Erwin Bennewitz und wenige Tage später Margarete Lange, die sie in Berlin besuchte.⁸⁹ Bennewitz fing noch am selben Tag Walter Jacobsen vor seiner DAF-Dienststelle

ab.⁹⁰ Außerdem warnte er seine eigene Gruppe; bei einem kleinen Treffen mit Bennewitz erbot sich ein Bewag-Mitarbeiter, zu einem Pfarrer nach Mecklenburg zu fahren, der die dortigen Verbindungen warnen sollte.⁹¹ Während Margarete Langes Besuch in Berlin rief der bei der Marine in Kiel stationierte Rudolf Hoernigk zufällig an, so daß er von Strassmanns Verhaftung erfuhr und die Nachricht nach Naumburg weiterleiten konnte.⁹² Margarethe Lachmund hörte spätestens während einer Quäker-Konferenz in Berlin Anfang September von dem Schlag gegen Strassmann.⁹³ Warnungen erhielten auch Erich Wentker in Hamburg und Thomas Dehler in Bamberg.⁹⁴ Resi Prestin wandte sich außerdem an den Landgerichtsrat Erdsiek,⁹⁵ der wiederum den Bankier Heinzelmann unterrichtet haben wird.

Als Strassmann bemerkte, daß er die Verhörsituation im Griff behielt, wies er über Resi seine Freunde an, in seiner Sache nichts zu unternehmen.⁹⁶ Dietrich Stoecker wurde am 15. September über Strassmanns Verhaftung informiert.⁹⁷ Auch die Freunde in Hamburg und Süddeutschland wurden zügig in Kenntnis gesetzt, ohne daß hier der Informationsweg nachgezeichnet werden könnte.⁹⁸ Vielleicht wurden die Hamburger von dem Dömitzer Elbschiffahrtsunternehmer Paul Reichert benachrichtigt, mit dem Strassmann am Vorabend seiner Verhaftung noch Besprechungen hatte.⁹⁹ Robinsohn wurde im November 1942 von Jacobsen durch eine verschlüsselte Postkarte an eine Verbindungsstelle in Kopenhagen gewarnt, da er im besetzten Dänemark dem Zugriff der Gestapo ausgeliefert war.¹⁰⁰ Schon vorher hatte Egon Bandmann vorsichtshalber seinen Briefwechsel mit Robinsohn eingestellt.¹⁰¹

Die Gruppe war also gewarnt, Verhaftungen konnten sie nicht unvorbereitet treffen. Am meisten gefährdet waren die von Fritz Koch genannten illegalen Mitarbeiter Strassmanns. Resi Prestin hatte er nicht belastet, sondern ausgesagt, sie habe Strassmanns Haushalt geführt und sich nicht an den Gesprächen beteiligt.¹⁰² Namentlich genannt hatte er Jacobsen und Bennewitz. Beides waren in Berlin zwar häufige Namen, aber Strassmann konnte im Verhör die Preisgabe ihrer Identität nicht vermeiden. Kurze Zeit nach Strassmanns Verhaftung wurde Erwin Bennewitz im Polizeigefängnis Berlin-Alexanderplatz in Haft genommen, am 12. September sein Haftbefehl ausgestellt.¹⁰³ Er war nicht nur Strassmanns Verbindungsmann zur Berliner Sozialdemokratie gewesen, sondern hatte auch an zahlreichen Treffen der Berliner Führungsgruppe und von Vertrauensleuten aus dem Reich seit 1937 teilgenommen.¹⁰⁴ Wenn er umfiel, konnte die Gestapo Strassmann und zahlreiche Mitstreiter in Berlin und im Reichsgebiet dem Volksgerichtshof ausliefern. Eine weitere Verhaftung aus Strassmanns unmittelbarem Umkreis erfolgte im November 1942: Ullrich Eiteldinger, der von Koch nicht namentlich genannte Assessor. Sein Schutzhaftbefehl weist als Haftgrund aus, daß er »durch seine Beziehungen zu staatsfeindlichen

Elementen die Belange des Reiches zu schädigen unternimmt«. ¹⁰⁵ Auch Eiteldinger kannte die führenden Mitarbeiter Strassmanns; zudem war er für Verbindungen zu Dohnányi und zu Wirtschaftskreisen eingesetzt worden. ¹⁰⁶ Strassmanns Lage wurde sichtlich bedrohlich. Eine Kette von Verhaftungen schien bevorzustehen.

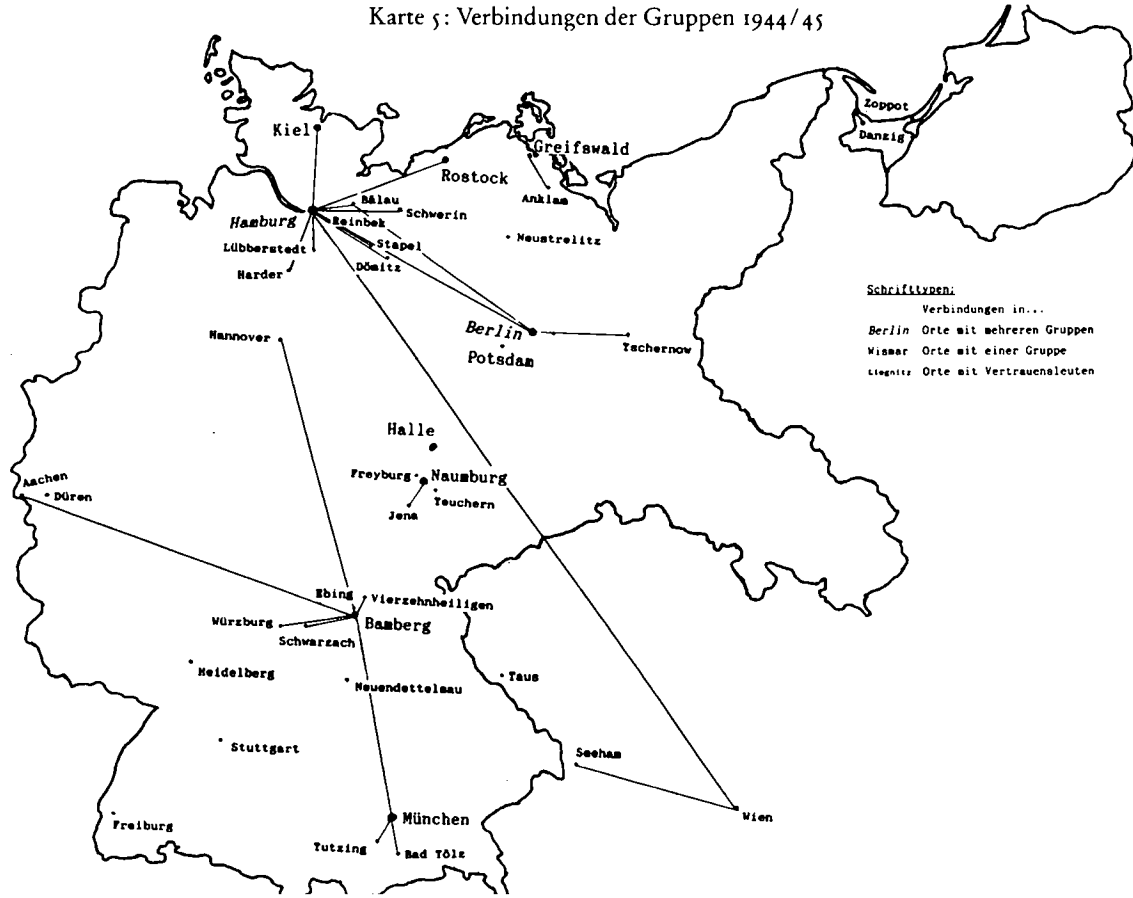
Über diese Entwicklung wurde Strassmann durch Resi verständigt. Eine gewisse Kommunikation blieb auch zwischen den Inhaftierten erhalten, denn Bennewitz erhielt Besuch von seiner Frau im Polizeigefängnis, wobei der zuständige Beamte das Zimmer verließ, ¹⁰⁷ und Eiteldinger wurde im Hausgefängnis der Gestapo, Prinz-Albrecht-Straße 8, von seiner Schwester Doris besucht. ¹⁰⁸ Dabei zeigte sich, daß die Gestapo an Verbindungen mit der gerade aufgedeckten »Roten Kapelle« interessiert war. Doch bei Gegenüberstellungen erwies sich, daß kein Häftling der »Roten Kapelle« Eiteldinger erkannte. ¹⁰⁹

Weitere Gruppenmitglieder wurden Verhören unterzogen. Im Falle des aus Schweden zurückgekehrten Dr. Walter Jacobsen fand das Verhör schon kurz nach Strassmanns Verhaftung statt. Mit einer Verwarnung konnte er die Gestapo-Zentrale verlassen. ¹¹⁰ Kurt Stenzel, der im Januar 1940 für Strassmann den britischen Presseattaché in Stockholm aufgesucht hatte, wurde im Januar 1943 in staatspolizeiliche Untersuchungen verwickelt, aber nicht in Haft genommen. ¹¹¹

In demselben Zeitraum gab es allerdings schon eine erste Erleichterung zu verzeichnen. Nach sechs Wochen, etwa zur Zeit der Verhaftung von Bennewitz, wurde der Student Fritz Koch aus der Haftanstalt Berlin-Moabit entlassen. ¹¹² Sein Vater, der mit seiner Heeresbetreuungsabteilung 7 in den Kaukasus verlegt worden war, war inzwischen, von seiner Frau alarmiert, nach Aschaffenburg gereist. Da die Gestapo Wehrmachtsangehörige nicht verfolgen konnte, sorgte er über Beziehungen zu einem Aschaffener NS-Gegner, dem Zahlmeister für den Standort Aschaffenburg, Karl Weber, ¹¹³ dafür, daß sein Sohn unmittelbar nach der Haftentlassung zu einer Wehrmachtsdienststelle nach Uman (Ukraine) als Dolmetscher eingezogen wurde. Weber stellte nicht nur den gewünschten Marschbefehl aus, sondern setzte auch noch bestimmte Geheimzahlen ein, die den jungen Fritz Koch als Sonderführer auswiesen. Die Folge war, daß die Feldpolizeistreifen von genaueren Kontrollen abzusehen hatten. ¹¹⁴

Am 23. Dezember 1942 wurde auch Erwin Bennewitz entlassen. ¹¹⁵ Er erhielt das Verbot, das Berliner Stadtgebiet zu verlassen, und mußte sich regelmäßig bei der Polizei melden. ¹¹⁶ Wenige Tage später konnte Bennewitz mit rund tausend Freunden an der Beerdigung des führenden sozialdemokratischen Widerstandskämpfers Max Westphal teilnehmen. ¹¹⁷ Als Margarethe Lachmund im Januar 1943 von Quäker-Besprechungen aus Berlin zurückkehrte, notierte ihr Mann beruhigt in sein Tagebuch: ¹¹⁸ »[...]

Karte 5: Verbindungen der Gruppen 1944/45



gute Nachr. endl. von Sybel, dessen Krankh. wenigstens nicht ansteckend.« Charakteristisch ist die verschlüsselte Sprache: Sybel steht für Strassmann, der auf der Sybelstraße wohnte; Krankheit bedeutet Verhaftung, eine ansteckende Krankheit meint eine Verhaftungswelle. Hans Lachmund hatte allen Grund aufzutreten, hätten doch die Freimaurer in der Widerstandsgruppe der Gestapo besonders verdächtig vorkommen müssen.¹¹⁹ Ende März 1943 wurde schließlich auch Ullrich Eiteldinger aus der Schutzhaft entlassen;¹²⁰ wie Bennewitz mußte er sich fortan regelmäßig bei der Polizei melden.¹²¹ Damit konnte Strassmann zufrieden sein; er blieb der einzige langfristig Inhaftierte aus seinem Kreis, erhielt nach der Einzelhaft ungewöhnlich großzügige Haftbedingungen und hatte seine Mitarbeiter aus der eigenen Widerstandsgruppe sowie seine Querverbindungen zu anderen Gruppen erfolgreich abgeschirmt.

Widerstandsarbeit nach Strassmanns Verhaftung

Mit Ernst Strassmann war die zentrale Führungspersönlichkeit der Gruppe ausgeschieden. Keiner hatte einen solchen Überblick über ihre Organisation. Alle zentralen Verbindungen hatte er persönlich aufgenommen. Nach seiner Verhaftung war es keine leichte Aufgabe, die Gruppe wieder einigermaßen zu organisieren. Über diese Phase ihrer Existenz gibt es nur spärliche Informationen. Entgegen der Annahme, Strassmanns Verhaftung habe zum Stillstand der Gruppenarbeit geführt,¹²² war dies nur vorübergehend der Fall.¹²³

Die einzelnen lokalen Gruppen konnten die Arbeit schon bald wieder aufnehmen. Die Hamburger Ablass-Gruppe traf sich regelmäßig, bis Ablass nach dem Flächenbombardement der Hamburger Innenstadt im Juli 1943 für etwa ein Jahr zu seinen Verwandten nach Hirschberg in Schlesien auswich. Da er aber in Hamburg Klienten anwaltlich zu vertreten hatte, stand er sporadisch für seine dortigen Verbindungen zur Verfügung.¹²⁴ Die Wentker-Gruppe blieb bis Kriegsende intakt,¹²⁵ ebenso die Gruppe Q.¹²⁶ Jacobsen übernahm im Juni 1943 die Stelle als Personalchef der Firma Heidenreich & Harbeck, einer Rüstungsfirma, und beteiligte sich wieder an den Hamburger Gruppen.¹²⁷ Verbindungen bestanden in andere norddeutsche Städte, und zwar durch Wentker nach Kiel, Rostock und Schwerin,¹²⁸ durch andere Gruppenmitglieder auch ins Hamburger Umland, wo verfolgte Juden bei befreundeten Antifaschisten versteckt wurden.¹²⁹ Von Hamburg aus unternahm der beruflich bewegliche Beissel den Versuch, die Verbindung zu den Gruppen in Berlin und Wien wiederherzustellen.¹³⁰

In Berlin arbeitete die Bewag-Gruppe Kingmas weiter. Nach Bennewitz'

Freilassung traf sie sich in regelmäßigen Abständen mit ihm.¹³¹ Bennewitz reaktivierte auch seine sozialdemokratischen Verbindungen.¹³² Elsas hielt die Verbindung mit seinem Kreis liberaler und sozialdemokratischer Oppositioneller aufrecht.¹³³ Ein zufälliges Zeugnis für die Wiederaufnahme der Kontakte untereinander ist ein erhaltenes Briefkuvert, auf dem Otto Kingma im Herbst 1943 die Berliner Adresse Walter Dudeks notierte.¹³⁴ Da Otto Kingma wegen seines Einsatzes im Jahr 1932 für Carl von Ossietzky stärker gefährdet war als sein Bruder, wirkte er, von gelegentlichen Kurieraufträgen abgesehen, nur an der Bewag-Gruppe und an der Verbindung mit Bennewitz mit, war also in die Zusammenarbeit mit Dudek bisher nicht eingeweiht.

Die Verbindung Strassmanns mit Dehler in Bamberg war von den gemeinsamen Treffen in Berlin vielen norddeutschen Verbindungsleuten geläufig.¹³⁵ Mit den Berliner Freunden hielt er bis 1943 durch seinen Bamberger Kollegen Josef Losgar Kontakt, der inzwischen als Syndikus in Berlin arbeitete.¹³⁶ In Wien, wohin Beissel weiterhin Beziehungen hatte, arbeitete seit 1941 der Polizeipräsident a. D. Danehl als Steuerberater bei der Treuhand-AG.¹³⁷

Eine Erschwernis für die Arbeit der Gruppen war die Meldung mancher leitender Mitarbeiter zur Wehrmacht, wo sie sich vor der Gestapo in Sicherheit glaubten. Auf diese Weise wurden die Gruppen in Mecklenburg beeinträchtigt. Der Leiter der Wismarer Gruppe, Wolfgang Lange, und sein Anwaltskollege von der Rostocker Gruppe, Gustav Marsmann, wurden um die Jahreswende 1942/43 zur Wehrmacht eingezogen.¹³⁸ Rudolf Hoernigk, der bisher in Kiel stationiert war, meldete sich auf den Zerstörer Z 38, der 1944 nach Nordnorwegen auslief.¹³⁹

Insgesamt zeigt sich, daß die oppositionelle Zusammenarbeit in verschiedenen Zentren der vormaligen Strassmann-Gruppe in der alten Form weiterlief. In Berlin und Hamburg wurde die sozialdemokratisch-liberale, in Franken die katholisch-liberale Kooperation fortgesetzt.

Strassmanns frühe Verhaftung verhinderte, daß er mit dem Aufstandsversuch vom 20. Juli 1944 näher in Verbindung gebracht wurde. In den Kaltenbrunner-Berichten wurde er nur beiläufig im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den Kreisauer Kreis erwähnt: ¹⁴⁰ »Weitere Verbindungen [des Kreisauer Kreises] bestanden zu dem *Rechtsanwalt* von GERSDORF und dem *Landgerichtsdirektor* STRASSMANN, von denen LUKASCHEK ebenso wie Graf MOLTKE wußte, daß sie *für die Abwehr tätig* waren.« Zumindest die Verbindung mit Lukaschek war der Gestapo schon 1942/43 bekannt.¹⁴¹ Da Strassmann seine mangelnde Verwendbarkeit als Zeuge schon im Fall Dohnányi unter Beweis gestellt hatte, wurde er nicht erneut herangezogen. Das schützte zugleich die Gruppe, soweit sie weiter Widerstandsarbeit betrieb. Wenigstens zwei leitende Ber-

liner Gruppenmitglieder waren über den bevorstehenden Staatsstreich informiert gewesen: Fritz Elsas hatte nicht nur Gutachten über wirtschafts- und arbeitsrechtliche Fragen für Goerdeler ausgearbeitet, sondern auch die Proklamation entworfen, mit der dieser nach dem geglückten Attentat an die Öffentlichkeit treten wollte.¹⁴² Es war Goerdelers Absicht gewesen, nach dem geglückten Umsturz wenigstens an zwei zentralen Stellen prominente Liberaldemokraten einzusetzen, nämlich Elsas als Leiter der Reichskanzlei und Theodor Heuss als Pressechef.¹⁴³ Auf sozialdemokratischer Seite hatte Bennewitz von dem geplanten Anschlag gewußt¹⁴⁴ und für den Fall des Gelingens einige zuverlässige Mitsstreiter zu einer bestimmten Uhrzeit zum Führerbunker in die Wilhelmstraße bestellt.¹⁴⁵

Fast zwangsläufig wurden nach der Verhaftung Strassmanns einzelne Zweige der Gruppe isoliert, so daß sie sich anderen Gruppen anschlossen.¹⁴⁶ Dies läßt sich insbesondere an der Greifswalder Gruppe um Hans Lachmund, an der Bamberger Gruppe um Thomas Dehler und an dem in Paris tätigen Wirtschaftssyndikus Franz Grüger zeigen.

Am 4. Juni 1944 gründeten der Angestellte Hugo Pfeiffer, der Pfarrer Gottfried Holtz von der Bekennenden Kirche und der Richter Hans Lachmund in Lachmunds Arbeitszimmer die lokale Spitzenorganisation des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) in Greifswald.¹⁴⁷ Pfeiffer hielt die Verbindung mit Berliner Vertretern der kommunistischen Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. In Greifswald wurde eine beachtliche Organisation aufgebaut: Lachmund hatte Kontakte in die Universität und in die städtische Beamtenschaft.¹⁴⁸ Verschiedene Gruppen wurden gebildet: eine Arbeitergruppe mit Verbindung zu Kriegsgefangenen, eine Jugendgruppe und eine Landgruppe im Kreise Grimmen; weiter gab es Verbindungen in landwirtschaftliche Betriebe und durch Pfarrer Holtz schließlich mit den Fischern.

Da nach der Verhaftung der Berliner NKFD-Gruppe im November 1944 die Verbindung mit Pfeiffer nicht entdeckt wurde, konnte der Greifswalder Kreis in den letzten Kriegsmonaten seine Arbeit intensivieren. Beim Herannahen der Ostfront richtete er alle Bemühungen auf die Verhinderung von Kriegshandlungen in Greifswald. Zweimal veranlaßte Lachmund den Kurator der Universität zu beantragen, daß Greifswald zur Lazarettstadt oder zur offenen Stadt erklärt werden sollte. Während die Anträge bei der NSDAP-Gauleitung liegenblieben, verbreitete die NKFD-Gruppe in der städtischen Bevölkerung das Gerücht, Greifswald sei bereits zur offenen Stadt erklärt worden, um den Druck auf die lokalen Politiker und Militärs¹⁴⁹ zu erhöhen. Die letzten Tage verliefen ganz nach den Vorstellungen des Greifswalder NKFD: ¹⁵⁰ »Am Sonnabend und Sonntag vor der Kapitulation¹⁵¹ wurde stärkster Druck auf die militärischen Stellen ausgeübt nach unmittelbarer Verhandlung mit dem Exekutivkomité der Gruppe mit Ver-

tretern der Universität und der Stadt [sic]. Am Sonntagabend begaben sich diese Vertreter zum Oberst Petershagen¹⁵² und gaben den letzten entscheidenden Anstoß zu der Entschließung auf sofortige Kapitulation.«

Die kampflose Übergabe einer Stadt wie Greifswald war an der Ostfront selten. Mit ihrer gemeinsamen Aktion sicherten das NKFD als Initiator, die Stadtverwaltung und das Militär für Greifswald günstigere Startchancen nach Kriegsende, als sie andere, noch bei den letzten Kämpfen zerstörte deutsche Städte hatten. Strassmanns ursprünglichem Ziel, am »Tag danach« das Machtvakuum auszufüllen, wurde hier in allerdings ganz erheblich modifizierter Form entsprochen.

Anders lagen die Dinge in Bamberg, dem in noch stärkerem Maße als Greifswald eine direkte Verbindung mit Berlin fehlte. Nach Strassmanns Verhaftung hielt Losgar, der seit zwei Jahren als Syndikus in einer Berliner Papierfabrik arbeitete, die Beziehung zwischen Dehler und der Berliner Gruppe aufrecht. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß Dehler nach Losgars Umzug nach Hannover im Juni 1943 weiter Fühlung mit den Berliner Gruppen hatte.

Nun war die aus Katholiken und Liberalen gebildete Bamberger Gruppe auf die katholischen Verbindungen angewiesen, die es tatsächlich in nennenswerter Form gab. In Bamberg wurde Bischof Meixner einbezogen, über Bamberg hinaus stellte Dehler die Verbindung mit dem von der Ostfront zurückgekehrten Tölzer Tierarzt Dr. Alfons Hildenbrand wieder her, der ihm von der Judenvernichtung im Osten berichtete; diese Berichte wurden auch dem Vatikan zugeleitet.¹⁵³ Ferner arbeitete Dehler illegal mit dem Würzburger Juristen Dr. Dr. Georg Angermaier zusammen, Justitiar der Diözese Würzburg und der Erzdiözese Bamberg sowie Rechtsberater aller bayerischen Männer- und Frauennorden.¹⁵⁴ Angermaier hatte den Bamberger Anwalt Hans Wölfel während seiner Referendarzeit kennengelernt; als dieser wegen einer unvorsichtigen Äußerung Ende 1943 verhaftet wurde, hielten Wölfels Frau sowie Dehler den zur Wehrmacht einberufenen Angermaier auf dem laufenden.¹⁵⁵ Wölfel konnte nicht gerettet werden. Eine Befreiungsaktion vor der Überstellung nach Berlin hatte er abgelehnt. Versuche, auf die Belastungszeugin einzuwirken, scheiterten.¹⁵⁶ Wider Erwarten verurteilte der Volksgerichtshof ihn zum Tode; am 3. Juli 1944 wurde er hingerichtet.¹⁵⁷

Trotz dieses Rückschlages konnte die Bamberger Gruppe ihre Arbeit fortsetzen. Nach dem Eintreffen der amerikanischen Truppen bildete sie das »Bamberger Bürgerkomitee« unter Vorsitz Dehlers als Kontrollorgan für den Oberbürgermeister.¹⁵⁸ Auch in diesem Fall wurde das Machtvakuum in gewisser Weise ausgefüllt.

Nur scheinbar anders liegt der Fall bei Franz Grüger. Da er in der Pariser Zweigstelle der Firma Intercommerciale arbeitete, hatte er nur sporadi-

schen Kontakt mit Berlin. Nach Strassmanns Verhaftung arbeitete er nur noch mit der Widerstandsgruppe »Europäische Union« um den Chemiker Robert Havemann und den Arzt Georg Groscurth zusammen. Grüger beschaffte ihr wertvolle Informationen aus Frankreich, wo er in Verbindung mit der Résistance stand.¹⁵⁹ Darüber hinaus hielt er selbständig die Beziehung zu wichtigen Teilgruppen der »Europäischen Union« aufrecht.¹⁶⁰ Wenn Grüger bei der Verhaftungsaktion gegen die »Europäische Union« im September 1943 nicht erfaßt wurde, lag es daran, daß er sich zu dieser Zeit in Paris aufhielt.¹⁶¹ Als nach seiner Verhaftung im Februar 1944 in Paris die Verhöre begannen, waren die meisten Todesurteile gegen Angehörige der »Europäischen Union« schon ausgeführt:¹⁶² »Dieser Tatbestand gab Dr. Grüger die Möglichkeit, seine Verteidigung entsprechend einzurichten. Er mußte daher nach eingehender Verhandlung, deren Vorsitz sich der Präsident des Volksgerichtshofes Dr. Freisler wegen der besonderen Bedeutung der Sache persönlich vorbehalten hatte, mangels ausreichenden Beweises freigesprochen werden.« Nach dem Freispruch am 16. September 1944¹⁶³ wurde er weiterhin in Haft behalten, bis er einen Monat später auf Intervention eines Verwandten aus der Berliner Verwaltungsspitze entlassen wurde. Danach war er, von der langen Haft gezeichnet, nicht mehr zur illegalen Arbeit in der Lage.¹⁶⁴

Schluß: Zusammenfassender Vergleich mit anderen Widerstandsgruppen

Welches ist nun der Stellenwert, der der Robinsohn-Strassmann-Gruppe im deutschen Widerstand zukommt? Ein Vergleich mit Broszats drei Haupttypen des Widerstands – dem kommunistisch-sozialistischen Widerstand des proletarischen Milieus in den Jahren 1933/34, der partiellen Resistenz vor allem kirchlich gebundener Volksschichten in den Jahren 1935 bis 1940/41, der Fundamentalopposition konservativer Eliten ab 1938¹ – zeigt, daß die spezifische Ausprägung der Gruppe sie keinem dieser Haupttypen eindeutig zuordnen läßt. Dies soll zunächst negativ belegt werden.

Die Zuordnung zum heroischen Widerstand der organisierten Arbeiterbewegung in der ersten Phase des NS-Regimes scheidet aus wegen der bürgerlichen Herkunft der Gründungsmitglieder, ihrer bewußten Ablehnung eines opferreichen Heroismus und ihrer relativ geringen Bewertung des Exils, dem nur eine dienende Funktion für den Widerstand im Reich zukommen sollte. Zudem lehnte die Gruppe »heroische« Aktionen mit demonstrativer Signalwirkung prinzipiell ab.

Schwieriger ist es bei Broszats zweitem Ordnungsbegriff, der Resistenz, dessen terminologische Unschärfe er durch Ausdrücke wie »Volksopposition«,² »Formen der Verweigerung, des individuellen oder kollektiven Protests bzw. der Dissens oder Nonkonformität«, »Bezirke relativer Immunität und Selbstbestimmung«³ kennzeichnet. Ein zentrales Kriterium der

Resistenz ist die nur partielle Opposition, die der Wahrung der Autonomie in bestimmten Lebensbereichen dient; demgegenüber war die Opposition der Robinsohn-Strassmann-Gruppe jedoch prinzipieller Natur, weil sie trotz des noch bis 1938 bestehenden Zustandes »relativen Gleichgewichts zwischen den ordnungsstaatlichen und nationalkonservativen Kräften einerseits und der nationalsozialistischen Parteidynamik andererseits«⁴ auf die Überwindung des NS-Systems hinarbeitete. Die Gruppe übte immer Systemkritik, während die Grenzen zwischen Resistenz und systemimmanenter Kritik fließen.⁵

Noch schwieriger wird die Zuordnung zum dritten Ordnungsbegriff, der konservativen Fundamentalopposition, deren Kern Broszat in den Bestrebungen zum Sturz des NS-Regimes und besonders in der Verschwörung vom Juli 1944 lokalisiert. Broszat erklärt diese Opposition konservativer Eliten aus der massiven Steigerung der »zwanghaften, diktatorischen und terroristischen Elemente des Regimes«,⁶ die bei prominenten Vertretern des Widerstands zur enttäuschten Abwendung vom NS-Staat geführt hatte. Die Reaktion der konservativen Eliten und der anderen Widerstandsgruppen auf die Dynamisierung der NS-Politik war die verstärkte Bereitschaft zur Überwindung ihrer Zersplitterung. Zugleich war innerhalb der konservativen Eliten die Integrationsfähigkeit infolge des nationalsozialistischen Elitenrevirements geschmälert worden.⁷

Problematisch an Broszats Argumentation erscheint der Gebrauch des Begriffs: konservative Eliten. Die von ihm selbst vermerkte Zusammenarbeit mit Sozialisten und in Einzelfällen Kommunisten⁸ läßt den Begriff schon fragwürdig erscheinen. Außerdem spricht Broszat davon, daß es »nur kleine Inseln in dem einst stabilen gesellschaftlich-moralischen Gefüge der konservativen Elite«⁹ waren, die zur Opposition gehörten: der Familienverband Bonhoeffer-Dohnányi-von Hase-Schleicher-Leibholz,¹⁰ der Kreisauer Kreis¹¹ und der Solf-Kreis,¹² die allerdings durchweg dem liberalen Spektrum zugeordnet werden müssen. Dessen ungeachtet vermißt er eine der konservativen Fronde »vergleichbare Aufopferungsbereitschaft in der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft«¹³ – welche Mitte ist dann gemeint? Wird der Begriff der konservativen Elite so weit gefaßt, fällt auch die Robinsohn-Strassmann-Gruppe darunter. Angesichts des Selbstverständnisses der Gruppe als Repräsentantin der bürgerlichen Linken und angesichts ihrer Programmatik, nicht einfach wieder die abgewirtschaftete Weimarer Ordnung an die Stelle der NS-Diktatur zu setzen, sondern ein qualitativ neues System zu entwickeln, erscheint die Einstufung als konservativ ebenso unpassend wie für den Kreisauer Kreis. Die liberaldemokratische Fundamentalopposition der Gruppe von Beginn des NS-Regimes an, die Ausrichtung auf ein republikanisch-demokratisches Nachfolgesystem und die enge Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten seit 1934 zeigen deut-

lich die Differenz zum Ansatz der konservativen Fundamentalopposition, unter die die Robinsohn-Strassmann-Gruppe nicht gefaßt werden darf.

Verschiedene Momente machen diese Gruppe zu einer singulären Erscheinung im Widerstand. Dazu gehört die Herkunft eines beträchtlichen Teils des Führungspersonals und der Vertrauensleute aus dem linksliberalen Lager. Eine gewisse stabilisierende Rolle wird bei einigen Führungsmitgliedern die familiäre Herkunft aus dem Judentum gespielt haben; allerdings ist dieser Aspekt nicht hoch zu veranschlagen, denn sämtliche aus rassistischer Sicht »jüdischen« Mitarbeiter waren assimiliert.¹⁴ Die führenden Mitarbeiter waren durchweg entschiedene Republikaner; soweit sie vor 1933 nicht nur die DDP verließen, sondern auch einer anderen Partei beitraten, führte ihr Weg nicht zur nationalliberalen DVP, sondern zur SPD.¹⁵ Insofern ist auch die enge Zusammenarbeit mit ideologisch offenen Sozialdemokraten von Beginn an charakteristisch. Das weltanschauliche Spektrum der Gruppe wird auch durch die numerisch hohe Beteiligung der Reformfreimaurer¹⁶ und der humanitären Freimaurer¹⁷ charakterisiert. Mit Liberalen, Sozialisten, Freimaurern und Juden fanden sich in der Gruppe alle jene Kräfte zusammen, auf die sich die traditionellen, von den Nationalsozialisten neu belebten Verschwörungsgänge in der deutschen Gesellschaft bezogen.¹⁸

Wie bei prominenten Vertretern des Widerstands,¹⁹ so spielten auch bei einigen Mitgliedern der Robinsohn-Strassmann-Gruppe Glaubensfragen gerade in der NS-Zeit eine zentrale Rolle.²⁰ Charakteristisch für die Robinsohn-Strassmann-Gruppe ist wohl weniger die bunte Zusammensetzung aus Atheisten,²¹ Agnostikern, religiös indifferenten Mitgliedern christlicher bzw. jüdischer Gemeinden und engagierten Christen verschiedener Konfession, sondern vielmehr die Mitarbeit von demokratisch-pazifistisch geprägten Christen wie Quäkern,²² Mennoniten²³ und Religiösen Sozialisten.²⁴

Charakteristisch für die Zersplitterung und den Niedergang des deutschen Liberalismus schon vor der Etablierung der Regierung Hitler ist der Beginn des organisierten Widerstands der Robinsohn-Strassmann-Gruppe bei Null. Eine Organisation, auf die die Gründer hätten zurückgreifen können, gab es nicht, auch nicht den Klub vom 3. Oktober, der etwa aus einem privaten Klub in eine illegale Widerstandsgruppe hätte umgewandelt werden können.²⁵ Von den sieben Gründern des Klubs waren zunächst nur zwei (Robinsohn, Strassmann) an der Gruppe beteiligt.²⁶ Später stießen Bandmann und Haubach hinzu, während Vagts als Verbindungsmann in den USA fungierte. Immerhin konnten die Gründer auf den Klub als politischen Vordenker und personelle Reserve zurückgreifen. Daher erklärt sich die frühzeitige Entwicklung eines republikanischen, linksliberalen Programms für die postfaschistische Ära, das keine Neuauflage alter Parteipro-

gramme, sondern eine eigenständige Weiterentwicklung der liberalen Idee war. Damit unterschied die Gruppe sich grundlegend von Teilen des Widerstands aus der Arbeiterbewegung, die nach dem baldigen Zusammenbruch des Hitlerfaschismus die sozialistische Epoche erwarteten. Nicht weniger unterschied die Robinsohn-Strassmann-Gruppe sich von Konservativen, denen erst im Laufe der Jahre die Augen über den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes geöffnet wurden.²⁷

Ein Vergleich des Personals, der politischen Orientierung und der Programmatik der Robinsohn-Strassmann-Gruppe mit anderen Widerstandsgruppen zeigt deutliche Unterschiede zu konservativen Kreisen, etwa den oppositionellen Generälen und dem Kreis um Goerdeler und Hassell, aber auch zu dem weitgehend vom sozialdemokratischen Milieu geprägten SPD-Widerstand.²⁸ Hans Mommsen wies in seiner grundlegenden Studie über »Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands«²⁹ – in der der liberale Widerstand nicht berücksichtigt war – in den Programmen der verschiedenen Gruppen (mit Ausnahme der Kommunisten) bei allen Gegensätzen im Detail eine beträchtliche Übereinstimmung in den Grundzügen nach. Die Ordnungsvorstellungen sind weitgehend gekennzeichnet durch die Ablehnung plebiszitärer und egalitärer Bestrebungen, durch eine Tendenz zur Entpolitisierung des Volkes, durch die Abneigung gegen pluralistische Partikularisierung und durch den Wunsch nach Überwindung des Parteienstaates. Statt dessen zielen diese Programme auf die Einbindung antagonistischer Interessen und sozialer Kräfte in eine organische Gesellschaftsordnung, die dem Leitbild einer konfliktfreien Gesellschaft entspricht, und auf die Führung des Staates durch eine starke Regierung.

Die Forderung nach Stärkung der Staatsführung wurde auch von der Robinsohn-Strassmann-Gruppe erhoben. Die Handlungsfähigkeit der Regierung, das ergab die Erinnerung an das Lavieren der republikanischen Kräfte in der Weimarer Republik und an ihre doppelte Abhängigkeit vom Reichspräsidenten und vom Reichstag, mußte nach der Überwindung der NS-Diktatur gesichert werden.³⁰ Weitreichende Vollmachten sollten jedoch nur für eine begrenzte Übergangszeit gelten. In anderen grundlegenden Fragen der politischen Gestaltung war die Gruppe dagegen moderner. Ein vom ganzen Volk gewähltes Parlament galt als »unerlässlich«,³¹ ein pluralistisches Gesellschaftsbild sollte sich in der freien Bildung unterschiedlicher Parteien – bei Liquidierung der Nationalsozialisten – spiegeln. Allerdings sollte die Regierung auf eine sie unterstützende Volksbewegung zurückgreifen können.³² Konkurrierende Parteien sollten eine »echte Politisierung« des Volkes leisten.³³

Diese Konzeption zeigt, daß die Robinsohn-Strassmann-Gruppe im Gegensatz zur dominierenden Strömung des Widerstandes von einem rea-

listischen, modernen, städtisch-industriell geprägten Gesellschaftsbild ausging, wengleich sie für eine Übergangszeit zu erheblichen autoritären Zugeständnissen bereit war. Von vornherein war ein pädagogischer Impuls angelegt: Über verschiedene Selbstverwaltungsstufen sollte ein Bewußtsein für den Wert der Freiheit geschaffen werden.³⁴ Wenn Hans Mommsen, anschließend an Ralf Dahrendorf,³⁵ von der »antipluralistische[n] und anti-liberale[n] Grundhaltung«³⁶ des Widerstands spricht, die in der Restaurationspolitik der Ära Adenauer und in konservativen Nachkriegsvorstellungen wie Ludwig Erhards Plan einer »Formierten Gesellschaft« fortwirkte, so vertrat die Robinsohn-Strassmann-Gruppe eine liberaldemokratische Gegenkonzeption dazu.³⁷

Was die soziologische Zusammensetzung der Mitarbeiter angeht, lassen sich Ähnlichkeiten mit der »Europäischen Union« und der Gruppe Schulze-Boysen/Harnack (»Rote Kapelle«) ausmachen, die aber wegen der führenden Mitarbeit von Kommunisten politisch-programmatisch als Vergleichsgrößen ausscheiden. Nicht nur personell, sondern auch in der weltanschaulichen Pluralität der Mitarbeiter sind stärkere Parallelen zum Kreisauer Kreis zu ziehen:³⁸ Sein Führungspersonal entstammte der jüngeren Generation, war akademisch gebildet, vertreten waren Juristen, Agrarier, Wissenschaftler, Theologen, Angestellte, in allerdings sehr unterschiedlicher Gewichtung auch Kaufleute.³⁹ Politisch waren die Beteiligten teils christlich-konservativ und teils liberal-demokratisch oder gemäßigt sozialistisch eingestellt. Ein Vergleich der Programme der beiden Gruppen fällt am schwersten, da sie zu verschiedenen Zeiten erarbeitet wurden und von der Robinsohn-Strassmann-Gruppe nur grundsätzliche Aussagen vorliegen, während der Kreisauer Kreis vielfältige Einzelpapiere überliefert hat. Die Charakterisierung des Kreisauer Kreises als sozialliberal⁴⁰ mit christlichem Einschlag macht die Nähe zur Robinsohn-Strassmann-Gruppe deutlich. Dafür spricht auch die hohe Anzahl von Widerstandskämpfern, die in beiden Gruppen mitgearbeitet haben und teilweise als Verbindungsleute fungierten: die Sozialdemokraten Theodor Haubach, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Hans Krüger, Ernst von Harnack, der Zentrumspolitiker Hans Lukaschek, der konservative Mitarbeiter der Bekennenden Kirche Eugen Gerstenmaier und die Abwehr-Mitarbeiter Karl-Friedrich Freiherr von und zu Guttenberg, Hans von Dohnányi und Hans Oster.

Andererseits arbeitete die Robinsohn-Strassmann-Gruppe auch lebhaft mit konservativen Kräften zusammen, wobei Goerdeler und die militärischen Verschwörer um General Beck hervorzuheben sind. Robinsohn äußerte sich später enttäuscht darüber, daß diese Zusammenarbeit zu keinen erkennbaren programmatischen Spuren in Goerdelers Ausarbeitungen geführt hat;⁴¹ lediglich in dessen Bereitschaft zur Einbeziehung der demokra-

tischen Linken in seine Regierung der »anständigen Leute« glaubte er Strassmanns Einfluß erkennen zu können.⁴² Ob diese Einschätzung den Tatsachen entspricht, läßt sich anhand der Quellenlage nicht klären. Die Bedeutung der Zusammenarbeit Goerdeler-Strassmann liegt darin, daß sie zu einem frühen Zeitpunkt, zum Jahreswechsel 1937/38, stattfand, entsprechend auch die Zusammenarbeit Beck-Strassmann ab etwa Juni 1938. In einem Übergangszeitraum, der sich bis in die ersten Monate des Zweiten Weltkriegs erstreckt, war die Robinsohn-Strassmann-Gruppe (bzw. ab Dezember 1938 Strassmann-Gruppe) *die* linksbürgerliche Widerstandsgruppe, die eine Schlüssel- oder Scharnierfunktion zwischen den verschiedenen, durch scheinbar unüberbrückbare ideologische Gegensätze getrennten Widerstandsgruppen übernahm.

Was die Möglichkeiten angeht, den militärischen Staatsstreich von Seiten der zivilen Opposition zu unterstützen, läßt sich nach den Aufbaujahren 1934 bis 1937 in den Berichten Robinsohns und anderen Quellen eine ständig positiver werdende Einschätzung feststellen: Im Frühjahr 1938 beklagte Robinsohn nach der Generalskrise das Fehlen einer organisierten politischen Opposition, die den Militärs die Möglichkeit zum Putsch gegeben hätte. Ein Jahr später sah er erstmals allerhand Anzeichen für die Sammlung der NS-Gegner.⁴³ Im Sommer 1939 teilte Strassmann einem Kreis regionaler Führungsmitglieder der Gruppe mit, der Staatsstreich der Militärs stehe bevor.⁴⁴ Im Herbst 1939 wuchs die Unterstützung der Widerstandszentrale von rechts und links ständig.⁴⁵ Im Januar 1940 erschien die Machtübernahme durch die militärische und zivile Opposition binnen 24 Stunden möglich.⁴⁶ Als die Generäle sich auch zu diesem Zeitpunkt versagten, setzte die Gruppe auf die militärische Niederlage Deutschlands. Aber im Sommer 1942 war sie wieder in die Umsturzplanungen involviert, wie die Mitwirkung an der Flugblattaktion für die Frontsoldaten zeigt.⁴⁷

Angesichts der Tatsache, daß die Robinsohn-Strassmann-Gruppe nach 1945 weithin unbekannt blieb, drängt sich die Frage auf, ob ihre Mitarbeiter – ähnlich wie führende CDU- und SPD-Mitglieder⁴⁸ – positiv auf die deutsche Nachkriegspolitik einwirken konnten und welche Partei dafür zur Verfügung stand, da es sich um eine in erster Linie vom Linksliberalismus der DDP bestimmte Widerstandsgruppe handelte. Bekanntlich läßt die FDP sich nur bedingt als Nachfolgerin der DDP einstufen; die Öffnung der Nachkriegsliberalen nach rechts vertrieb insbesondere einen Teil der Linksliberalen zur SPD oder zur CDU. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei einer Überprüfung des weiteren politischen Wegs der Mitarbeiter der Robinsohn-Strassmann-Gruppe. Von 18 in der Widerstandsgruppe führenden DDP-Mitgliedern (vgl. Anhang 1) haben 14 den Zweiten Weltkrieg überlebt; nur drei traten der FDP bei! Die SPD profitierte am meisten von den DDP-Abgängen: drei Mitglieder schlossen sich vor 1933 der SPD an (von

denen einer zur DStP zurückkehrte), drei folgten 1945, unter ihnen Ernst Strassmann. Robinsohn blieb zwar parteilos, weigerte sich aber, einer FDP beizutreten, die durch einen starken nationalistischen Flügel geprägt wurde; ⁴⁹ statt dessen arbeitete er als Parteiloser für die Stärkung der SPD. ⁵⁰

Dennoch wurde die FDP teilweise durch die Widerstandsgruppe geprägt. Diese Aussage läßt sich mit aller Entschiedenheit für Hamburg treffen, wo ein großer Teil der Mitstreiter der von Ablass geleiteten Widerstandsgruppen im Mai 1945 den Bund Freies Hamburg bildeten, aus dem im September 1945 mit geringen Abstrichen der Landesverband Hamburg der Partei Freier Demokraten hervorging. ⁵¹ Bis in die 60er Jahre hatten Mitstreiter der Hamburger Widerstandsgruppen führende Positionen in der hanseatischen FDP und in der Bürgerschaftsfraktion inne. ⁵² Allerdings nahmen die Hamburger damit eine Sonderposition ein. ⁵³ Lediglich im Falle der Münchner Fuchs-Gruppe zeigt sich gleichfalls eine Neigung zur FDP, die wegen der geringen bekannten Anzahl an Mitstreitern der Münchner Widerstandsgruppe aber kaum ins Gewicht fällt. ⁵⁴

Mit Thomas Dehler gab es jedoch einen einzelnen Politiker, der nicht nur den Landesverband Bayern der FDP prägte, sondern darüber hinaus als dessen Vorsitzender und als Landtagsabgeordneter sich soweit profilierte, daß eine rasche Bundeskarriere folgte. 1948 wurde er Mitglied des Parlamentarischen Rates zur Ausarbeitung des Grundgesetzes; in zweien seiner wichtigsten Ausschüsse, dem Hauptausschuß und dem Redaktionsausschuß, arbeitete er mit. Hier traf er übrigens einen Mitstreiter aus der Widerstandsgruppe wieder, Hermann Lange, der von der GEW delegiert war, um bei der Regelung schul- und beamtenrechtlicher Fragen einen Rückfall hinter die Weimarer Verfassung zu verhindern. ⁵⁵ 1949 wurde Dehler Bundestagsabgeordneter und Bundesminister der Justiz, als welcher er den Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht eröffnete und die Befreiung der Rechtsordnung von nationalsozialistischem Gedankengut vorantrieb. ⁵⁶ Als Dehler 1953 nicht wieder zum Justizminister berufen wurde, versuchte er als Parteivorsitzender in den Jahren 1954 bis 1957 der zwischen einem nationalen und einem liberalen Flügel zerrissenen Partei einen entschieden liberalen Stempel aufzudrücken. ⁵⁷

Die programmatische Entwicklung der FDP wurde durch die von Mitgliedern der Robinsohn-Strassmann-Gruppe beeinflussten Landesverbände mit gestaltet. Als Gegengewicht gegen den Rechtstrend in der FDP, kulminierend in dem nationalistischen »Deutschen Programm« des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, legte der Landesverband Hamburg auf dem Bundesparteitag 1952 ein »Liberales Manifest« vor, das auch die Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern und Berlin unterstützten. ⁵⁸ Für die programmatische Entwicklung der FDP war ferner 1956 die Wahl Rudolf Hoernigks zum Vorsitzenden des Bundesfachausschusses für So-

zialpolitik wichtig.⁵⁹ Die Rechtslastigkeit der FDP ließ eine stärkere Entfaltung der linksliberalen Positionen aus der Widerstandsgruppe nicht zu, deren Vertreter allenfalls ein Gegengewicht zum nationalistischen Flügel bilden konnten, sofern sie die Mitarbeit in der nach rechts gerückten Partei überhaupt mit ihrem Selbstverständnis zu vereinbaren vermochten.

Von Thomas Dehler abgesehen, war kaum ein aus der Widerstandsgruppe hervorgegangener Minister oder Staatssekretär FDP-Mitglied. Ernst Strassmann war von März bis Juli 1947 stellvertretender Leiter des Wirtschaftsamtes der Bizone.⁶⁰ Eine Reihe von Ministern und Staatssekretären der Länder kam aus der Robinsohn-Strassmann-Gruppe. Dies waren der Sozialdemokrat Fritz Koch sen. (Justiz, 1954–1957) und der Freidemokrat Otto Bezold (Handel, 1954–1957 und Inneres, 1957/58)⁶¹ in Bayern, Paul Pagel (CDU) als Volkswohlfahrtsminister (März/April 1947), später als Innen- und Kultusminister (1950–1955 bzw. 1954) in Schleswig-Holstein,⁶² Walter Dudek (SPD) als Finanzsenator (1946–1953) in Hamburg,⁶³ Erich Danehl (SPD) als Staatssekretär im niedersächsischen Innenministerium (1946–1952).⁶⁴ Auch einige Fraktionsvorsitzende kamen aus der Strassmann-Gruppe. Otto Bezold war von 1949 bis 1954, von 1958 bis 1962 und erneut von 1970 bis 1972 Fraktionsvorsitzender der FDP im bayerischen Landtag;⁶⁵ etwa gleichzeitig war Strassmanns Mitstreiter Friedrich-Wilhelm von Prittwitz und Gaffron stellvertretender Vorsitzender der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag,⁶⁶ wo er den liberalen Flügel der CSU repräsentierte. In Kiel war Paul Pagel zeitweise vorläufiger Fraktionsvorsitzender der gemeinsamen Landtagsfraktion von CDU, FDP und DP.⁶⁷

Diese Übersicht zeigt, daß Mitglieder der Robinsohn-Strassmann-Gruppe im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg führende politische Positionen erringen und damit die Nachkriegsentwicklung in ihren Aufgabenbereichen mitbestimmen konnten. Im Falle Hamburgs zeigt sich sogar eine vergleichbare Entwicklung wie in der Sozialdemokratie, bei der es über die sozialdemokratischen Widerstandsgruppen eine relativ breite Kontinuität vor 1933 und nach 1945 gab.⁶⁸ Hier war das bürgerlich-liberale Milieu so gefestigt, daß es eine auch personell vergleichsweise breite Kontinuität DDP – DStP – Robinsohn- und Ablass-Gruppe – BFH – FDP gibt; es handelt sich um eine Entwicklung, die sogar Sozialdemokraten in die FDP gezogen hat.⁶⁹

Der Liberalismus war als politische Idee – trotz seiner organisatorischen Vernichtung in der Endphase der Weimarer Republik und endgültig 1933 – nicht nur zu einer humanitären Reaktion auf die Exzesse des Nationalsozialismus fähig, sondern hielt auch eine theoretische Konzeption im Sinne einer grundlegenden Alternative zum Nationalsozialismus bereit. Diese

Regenerationskraft des demokratischen und sozialen Liberalismus verschaffte den Mitstreitern der Robinsohn-Strassmann-Gruppe die geistige Basis, auf der allein sie den jahrelangen, an Rückschlägen reichen, scheinbar aussichtslosen Kampf gegen das nationalsozialistische System hatten durchhalten können.

Dokumente

In diesem Band können die Zeugnisse der Robinsohn-Strassmann-Gruppe nur in Auswahl abgedruckt werden. Die wichtige Denkschrift »Die Deutsche Opposition« von 1939 wurde nicht aufgenommen, weil sie durch die Edition von Wolfgang Benz in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte¹ bereits leicht zugänglich ist. Im übrigen wurden Dokumente ausgewählt, die in möglichst gedrängter Form Informationen über das Programm, den Aufbau und die Arbeit der Gruppe bieten und die außerdem ihre Positionen zu verschiedenen Zeiten ihrer Widerstandstätigkeit widerspiegeln. Bei den sehr umfangreichen Dokumenten 1 und 12 waren Kürzungen unvermeidlich, die ausgelassenen Passagen werden durch knappe Regesten ersetzt.

Dokument Nr. 1

Verfasser: Hans Robinsohn, hs., 49 Seiten, BA, NL Robinsohn 31.²

Diese Denkschrift wurde vom 25. Mai bis zum 11. Juni 1933 in Ascona/Engelberg in der Schweiz während des Urlaubs geschrieben. Vom Januar 1933 bis zur Zeit der Niederschrift trieb die Regierung Hitler/Hugenberg energisch die Bekämpfung politischer Gegner und die Etablierung der Dik-

tatur voran. Nach dem Wahlsieg der NSDAP und der »Kampffront Schwarz-Weiß-Rot« (DNVP, Stahlhelm) am 5. März 1933 stimmten alle Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der SPD (und der ausgeschlossenen KPD) am 23. März dem »Ermächtigungsgesetz zu. Weitere wichtige Stationen waren die Einrichtung der ersten Konzentrationslager, der erste Judenboykott am 1. April und die Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai. Auf seiten der demokratischen Parteien gab es einerseits eine erste Fluchtwelle in die Emigration, andererseits nicht wenige Überläufer zur NSDAP. – Vgl. Kap. 1.

Der Nationalsozialismus

I.

Eine Betrachtung der politischen Lage Deutschlands, insbesondere in bezug auf die weitere Entwicklung ist besonders dadurch erschwert, daß jeder gezwungen ist, sich in einem Akt der Selbstbesinnung darüber klar zu werden, wo er steht und wieviel er an persönlichen Stimmungen, Gefühlen und vor allem Wünschen abziehen muß, um zu einer der Kritik standhaltenden Erkenntnis zu gelangen. Mehr denn je stehen heute die Objekte der Politik zwischen »Furcht und Hoffnung«, und infolgedessen ist die politische Stellungnahme zum ersten Mal seit langer Zeit ganz offen wieder eine Charakterprobe und nicht nur eine Intelligenzprüfung.

Damit wird nun nicht die Erteilung von Moralzeugnissen verlangt, gewissermaßen von Bescheinigungen für mehr oder minder »tapferes Verhalten vor dem Feind«, obgleich der »Aufstand der Konkurrenz«, der die »nationale Erhebung« begleitete, genügend Veranlassung zu bitteren Betrachtungen gab. Weder das starr dogmatische Beharren auf dem bisherigen Standpunkt, noch die enthusiastische Ekstase des dem Neuen sich Zuwendens sind an sich gesehen moralisch gut oder böse oder gar politisch richtig oder falsch. Die Charakterprobe besteht gerade darin, sich und seine eigene Überzeugung erneut darauf zu prüfen, ob man und sie auch vor den neuen Tatsachen bestehen kann. Diese Prüfung verlangt aber eine weitgehende Abstraktion von den persönlichen Sorgen und Sehnsüchten, und wie schwer das ist, zeigt sich in der von Ressentiments erfüllten Art, mit der auf die deutsche »Revolution« reagiert wird.

Das Problem, das daher leider im Vordergrund steht und daher vieles, sehr viel Wesentlicheres verdeckt, ist die Judenfrage. Es ist erschütternd zu sehen, wie dieser Komplex, der schon in seiner negativen Form als politischer Rassenantisemitismus einer der Gründe des heutigen Zustands ist, jetzt in seiner positiven Form als humanitärer Philosemitismus den Blick

trübt und die Aufmerksamkeit in monopolisierender Art beansprucht, d. h. von anderem ablenkt. Der Antisemitismus war und ist noch heute in seiner spezifisch politischen Bedeutung nichts anderes als eine besondere Ausprägung antiliberaler, antidemokratischer Gesinnung, denn der politische Antisemitismus verlangt politische Differenzierung für Bürger eines Landes, verlangt Rechtsungleichheit bei Pflichtgleichheit. Er ist antiliberal und antidemokratisch deswegen, weil er die politische Rechtsstellung nicht an dem Prinzip der staatsbürgerlichen Leistung, sondern an einem anderen Prinzip, nämlich dem einer – wissenschaftlich durchaus umstrittenen – Rassenzugehörigkeit orientiert. Der politische Antisemitismus ist ferner mit dem Nationalismus verbunden durch die Simplizität, mit der eine außergewöhnliche Mannigfaltigkeit von Einzelzügen in verfälschender, vergrößernder und entstellender Art zu einer Einheitlichkeit gebracht wird, mit der und aus der hinterher die sinnlosesten Behauptungen bewiesen werden sollen. Genauso wie »die Polen« falsch und schmutzig sind, genauso wie der »Franzmann« von welscher Tücke erfüllt ist, genauso wird ein Idealtyp des »Juden« konstruiert, dessen wesentliches Merkmal ist, mit perverser Intelligenz sich alle anderen Völker dienstbar zu machen.

Obwohl also der Standort einer antisemitischen Politik derart klar bestimmt werden kann, ist auf die antisemitische Propaganda seit 1920 von allen Kreisen – jüdischen und nichtjüdischen – falsch reagiert worden. Die Nichtjuden betrachteten den Antisemitismus gewissermaßen als eine Privatangelegenheit der Juden und ließen ihn politisch nur als Werbemittel gelten, ohne die Gefahr zu sehen, die darin lag, daß die mit antisemitischen Argumenten geworbenen Menschen dadurch nicht nur Kämpfer gegen das Judentum wurden, sondern zugleich Anhänger eines antiliberalen, antidemokratischen Gedankens.

Auch bei den Juden selbst wurde dieser Zusammenhang nicht immer erkannt. Aber selbst dann, wenn diese Verbindung begriffen wurde, war es aus taktischen Gründen problematisch, davon zu reden, weil man als Jude in eine schiefe Position kam, wenn man die Nichtjuden vor dem Antisemitismus warnen wollte. Es sah so sehr »pro domo« aus, daß es kaum ernst genommen werden konnte. Zum Teil aber fürchteten die Juden, die Verbindung mit der Demokratie und dem Liberalismus zu offenbaren. Es war eine Art – »grüß mich nicht unter den Linden« – bei der offen blieb, wer nun mit wem mehr kompromittiert wurde, die Juden mit der Demokratie oder der demokratische Gedanke mit den Juden. Schließlich kommt noch hinzu, daß ein großer Teil der deutschen Juden in ihrer Lebensform spießbürgerlich und in ihrem sozialen Denken frühkapitalistisch, d. h. reaktionär sind. Dieser Teil will bestenfalls gar keine politischen Argumente verwenden, sehr häufig aber am liebsten sich irgendwie bei den nichtjüdischen

Kapitalisten und Nationalisten lieb Kind machen und dort unterkriechen, von woher die Bedrohung des gesicherten jüdischen bürgerlichen Lebens kommt. Aus diesem Komplex von vertretbaren und nicht vertretbaren Argumenten, Stimmungen und Instruk[ion]en heraus ergab es sich, daß der Abwehrkampf der Juden »unpolitisch«, nicht willensmäßig durch Machterwerb und Machtausübung, sondern »pädagogisch« durch Aufklärung und mit rationalen Mitteln geführt wurde.

Dieser Kampf wurde verloren, weil die Juden, die ihre Emanzipation durch den liberalen Gedanken, als er siegreich war, geschenkt erhalten hatten, nie hoffen konnten, diese Stellung sich zu sichern, wenn einmal der liberale Gedanke überwunden war. Sie konnten – als die verschwindende Minorität, in der sie lebten, auch nie hoffen, ohne Stütze breiter Volkskreise in diesem Kampf um ihre rechtliche und wirtschaftliche Stellung sich zu behaupten, und sie konnten sich selbstverständlich nur politisch stützen auf die Anhänger des demokratischen und liberalen Gedankens. Wer sich aber stützen will, muß auch bereit sein zu unterstützen. Daß und soweit dies nicht geschehen ist, macht die deutschen Juden mitschuldig an der politischen Entwicklung in Deutschland und auch mitschuldig an ihrem eigenen Schicksal.

Die tragische Ironie aber liegt darin, daß man, genau wie man wegen der antisemitischen Form der Propaganda ihre politisch antidemokratische Richtung übersah, jetzt wegen der allerdings sehr prononzierten jüdischen Opfer das Schicksal der deutschen Demokratie vergißt.

Nach dieser Abschweifung in das speziell jüdische Problem wird aber klar sein, daß die Haltung zum nat[ional-]soz[ialistischen] Deutschland nicht von der Beantwortung der Judenfrage abhängen kann. Höchstens kann man diese Dinge als Symptome für die gesamte Haltung des neuen Systems gegenüber Demokratie und Liberalismus betrachten und für Schlußfolgerungen verwenden. Alle Anteile vom mehr oder minder spezifisch jüdischen Standpunkt aus werden der politischen Problematik Deutschlands nicht gerecht werden können. Sondert man aber den Antisemitismus vom Nat[ional-]Sozialismus, so bleibt der deutsche Faschismus und als Ergebnis seines Sieges das »Dritte Reich«.

Diesem Sieg des Faschismus sind hauptsächlich zwei Reaktionen gegenüber zu beobachten: Einmal das Ressentiment der unterlegenen Gegner und entgegengesetzt dazu der Hoffnungstraum der schwankenden, unentschiedenen Bürger. Was die besiegten Gegner anbetrifft, so wird ihr Gefühl der Niederlage noch akzentuiert durch die Empörung über die Brutalität der neuen Herren und durch die Verzweiflung über ihre völlige Wehrlosigkeit auch gegenüber schlimmsten agitatorischen Verunglimpfungen. Dazu kommt – einerlei, ob man früher an verantwortlicher Stellung stand und sich nun innerlich rechtfertigen muß, oder ob man auch früher schon vor

den Gefahren der offiziellen Politik warnte und daher jetzt den ganzen Zorn des Mitgefangenen-Mitgehangenen auf die unfähigen ehemaligen Verantwortlichen hat –, daß der Faschismus keine Werte repräsentieren darf, weil damit das ganze Gebäude von Gedanken und Handlungen, das man sich in langen Jahren aufgebaut hatte, zusammenbrechen würde. Weil man das Risiko eines derartigen weiteren Trümmerhaufens scheut, deswegen neigt man dazu, möglichst alles zusammenzutragen, was die Schlechtigkeit und Unfähigkeit des neuen Regimes dartut, und alles das zu übersehen, was als positive Leistung oder als Bemühen um eine solche gedeutet werden kann.

Daß es Anzeichen solcher Leistungen oder des Bemühens um Leistung gibt, wird einem von allen *den* Menschen versichert, die, ohne National-Soz[ialisten] oder Deutschnationale zu sein, mit dem Zustand seit 1919 nicht zufrieden waren. Aber diese Menschen sind, auch wenn sie sich bemühen, objektiv zu sein, in der Regel keine zuverlässigen Zeugen. Sie sind halb geblendet von dem Erfolg der neuen Männer und halb betrogen durch ihre Hoffnung auf »bessere Zeiten«. Was den Erfolg der »nationalen Erhebung« angeht, denken sie, daß doch eine ungeheure Leistung in dem Aufbau einer so umfassenden und schlagkräftigen Organisation repräsentiert ist und daß die Karriere des Kanzlers von einem vor 14 Jahren völlig unbekanntem Mann bis zum Diktator mit einer in Deutschland nie gekannten Machtkonzentration Beweis genug für Fähigkeiten und Begabung ist. Da man in Deutschland immer geneigt ist zu glauben, daß, wenn jemand auf irgendeinem Gebiet tüchtig ist, er auch an allen möglichen anderen Stellen zu außerordentlichen Leistungen fähig ist, so werden die organisatorischen Leistungen und propagandistischen Erfolge der National-Soz[ialisten] und ihres »Führers« als starke Indizien für ihre wirkliche politische, wirtschaftliche und kulturelle Führungsqualität angesehen. – Es ist sehr schwer, sich von der Suggestion, die der Erfolg einer Sache oder Person verleiht, freizumachen. Es ist noch schwerer, wenn alle Wünsche dahin gehen, daß dieser Regierung Erfolge beschieden sein mögen. Darüber aber kann kein Zweifel sein: Dem Volk in allen seinen Teilen geht es schlecht, in manchen Teilen geht es ihm hundeschlecht, und andere Teile müssen befürchten, daß es auch ihnen sehr bald sehr schlecht gehen wird. Alle diese Menschen hoffen auf Besserung, teils auf Arbeit und Mehrarbeit, teils auf Mehrumsatz und Mehrgewinn. Alle diese Menschen möchten so gern glauben, daß es nun besser werden soll, nachdem ihnen die »Sozis« mit Hermann Müller³ 1928 und 1929 nicht geholfen haben, das »Frontsoldatenkabinett« von Brüning nur weitere Belastungen für alle brachte und nachdem die »Regierung der Barone« keine Erleichterung verschaffte, von Herrn von Schleicher zu schweigen, der ja gar nicht erst anfangen konnte zu arbeiten. Wenn alle diese Kräfte nichts schaffen konnten, vielleicht – hoffentlich, hoffentlich –

gelingt es dann Hitler. – So kommt ein Seelenzustand zur Herrschaft, in dem jeder kleinste Erfolg die Illusion der totalen Besserung hervorzaubert, in dem alles gläubig hingenommen wird, was auch nur im Entferntesten geeignet sein könnte, der Hoffnung neue Nahrung zu geben, und in dem als größte Objektivitätsleistung der Satz gilt, daß man dem neuen Regime doch Zeit lassen muß zu zeigen, was es kann.

Von allen diesen Stimmungen der Angst und Sorge, der Empörung, der Hoffnung und Bewunderung muß man versuchen sich freizumachen, wenn man der nat[ional-]soz[ialistischen] Regierung eine Prognose stellen will, und es genügt meiner Ansicht auch nicht, nur auf alte Analysen zurückzugreifen, wenn man sie nicht erneut prüft. – An diesem Punkt unterscheide ich mich auch von den Sozialisten verschiedenster Art, die ja alle ihre Theorie haben, die ihnen genügend Halt gibt, solange sie nur genug Glauben aufbringen und an ihr festhalten. Das Dogma der Sozialisten erspart es ihnen, sich und ihre Stellung wirklich zu prüfen. Für sie ist der Nat[ional-]Soz[ialismus] nichts als ein Versuch – ein vorübergehend geglückter Versuch – der herrschenden kapitalistischen Klasse, die Entwicklung zur Weltrevolution und zur Diktatur des Proletariats aufzuhalten. Daher findet man bei ihnen auch Leute, selbst bei bewährten Hamburger Soz[ial-]Dem[okraten], die es für möglich halten, sich irgendwann einmal an die Spitze der nat[ional-]soz[ialistischen] Betriebszellenorganisation zu setzen, um mit diesen »sozialistischen« Kräften gewissermaßen die kapitalistischen »Expropriateure« des Dritten Reichs zu »expropriieren« – eine interessante Analogie zu der Theorie, daß im gegebenen Endzustand der kapitalistischen Wirtschaftsform diese durch einen revolutionären Akt in die sozialistische Wirtschaft »umschlagen« werde.

Für wie wertlos man aber auch das Hantieren mit solchen fix und fertig gebackenen und gebratenen Theorien halten mag – ganz hoffnungslos ist nur der Zustand völliger Hilflosigkeit, in dem sich das liberale Bürgertum befindet. Von den zahlreichen Bewahrern des »liberalen Gedankenguts«, von den Gralsrittern der »liberalen Vereinigung«⁴ findet sich nirgends eine Spur, und gerade sie hätten alle Veranlassung, auf dem Kampfplatz zu erscheinen. Der Nat[ional-]Soz[ialismus] beschränkt sich schon lange nicht mehr auf die Verfemung von Juden und Judengenossen, er hält auch nicht mehr bei der Bekämpfung von Marxisten, sondern er hat die Verwandtschaft von Marxismus und Liberalismus aufgespürt und wendet sich jetzt konsequenterweise gegen den liberalen Gedanken. Da ist es geradezu unverständlich, mit welcher Apathie die bürgerliche Geistigkeit diesem Kampf gegen den »zersetzenden liberalistischen Ungeist« und dieser Zerstörung aller freiheitlich liberalen Institutionen zusieht. – Daher handelt es sich tatsächlich bei der ganzen Umformung Deutschlands viel mehr um eine antiliberale als um eine antisozialistische Bewegung: in der Beschrän-

kung der persönlichen Freiheit, in der antiparlamentarischen Haltung, in der korporativen Form des Wirtschaftslebens begegnet sich die deutsche faschistische Ideenwelt mit sozialistischen Vorstellungen; – eine Neufundamentierung des liberaldemokratischen Gedankengebäudes wäre also die dringendste geistig politische Aufgabe!

Zunächst aber soll noch einmal der bisherige Standpunkt gegenüber dem Nat[ional-]Soz[ialismus] daraufhin überprüft werden, ob und inwieweit durch die Ereignisse vom 31. Januar bis zum 31. Mai 1933 eine Revision dieses Standpunktes erforderlich ist!

II.

Welche Stellung habe ich zum spezifisch »deutschen« Faschismus? Über meine Stellungnahme zum allgemeinen Faschismus brauche in an dieser Stelle nichts weiter zu sagen, als daß ich ihn prinzipiell ablehne und doch anerkennen muß, daß er in Italien seit 11 Jahren ein stabiles und scheinbar lebensfähiges Staatsgebilde geschaffen hat. Abgesehen von der antisemitischen Frage, die ja ausgeschaltet werden soll, unterscheidet sich aber der Nat[ional-]Soz[ialismus] vom Faschismus vor allem in seinen Führern. Das ist mir wesentlich, weil ich von den Führern des Nat[ional-]Soz[ialismus] ein bestimmtes Bild hatte, und ich im Gegensatz zu anderen glaube, daß auch sehr veränderte politische Situationen die eigentliche menschliche Substanz und politische Qualität der Akteure nicht ändern.

Diese Ansicht hat sich bei mir bewährt. Der Jungdeutsche Orden erschien mir um kein Gran gewichtiger, als er sich mit der Dem[okratischen] Partei zur Staatspartei zusammenfand, und die sofortige Scheidung nach den Wahlen von 1930 sowie die Wahlziffern in dem eigentlichen Verbreitungsgebiet des Ordens gaben mir im Gegensatz zu meinen Freunden Recht. – Ich habe auch immer auf dem Standpunkt gestanden, daß ein politisch so naiver Mensch wie Herr v. Papen nicht in der Lage sein wird, mit den verwickelten *politischen* Problemen Deutschlands *geistig* fertigzuwerden. Auch der berühmte Papenplan⁵ mit den Steuergutscheinen war eben doch nur wirtschaftspolitische Technik, und mit dem Rennreitergeist war genausowenig zu schaffen wie mit dem Frontsoldatengeist.

Dagegen hat die politische Naivität Herrn von Papens dazu geführt, mit Hitler und Hugenberg gegen v. Schleicher zu konspirieren und die Regierung Hitler einzusetzen. »Qui mange du Pape, en meurt!«; zu dieser Einsicht hat es bei von Papen nicht einmal gereicht, und das müssen jetzt der Stahlhelm und die Deutschnat[ionale] Partei büßen. Die politische Qualität Papens ist eben die gleiche geblieben, einerlei, ob er Militärattaché in Washington oder Reichskanzler in Berlin war. Dasselbe gilt auch für die Führung der NSDAP. –

Da ist zunächst Hitler selbst. Vor der Zeit seines Regierungsantritts hat er nie ein Programm entwickelt, die Programmlosigkeit war ein wesentlicher Bestandteil seiner politischen Strategie. Seine zahlreichen Reden, vor allen Dingen Wahlreden, enthalten keine sachliche Substanz, sondern bewegen sich meistens um Worte und Begriffe herum, die bei den Hörern an sich schon bestimmte Gefühlsreaktionen ergeben, und er ist ein Meister nicht nur der Regie, sondern auch der rednerischen Leistung. Selbst Leute sehr ruhigen Temperaments, denen Sachlichkeit im Ausdruck und Disziplin des Denkens Stilbedürfnis geworden sind, bezeichnen den Hitler der Jahre 1921–23 als den Typ des gemeinsten, skrupellosesten Demagogen, wobei sie die Demagogie im System der parlamentarischen Demokratie durchaus als notwendig anerkennen. Demagogische Begabung, wirkliches Führercharisma und propagandistischer Instinkt sind die immer wiederkehrenden Züge seines Charakterbildes. Bestätigt wird dieses Bild durch sein berühmtes Buch »Mein Kampf«, dessen interessantestes Kapitel das über Propaganda ist.⁶ Kann ein Mann von dem Bildungsniveau dieses Buches wirklich das deutsche Volk dauernd führen? Nun soll man gewiß weder frühere Bücher noch Wahlreden so furchtbar ernst nehmen – wer würde Hugenberg aufgrund seiner lyrischen Jugendgedichte beurteilen wollen –, aber es muß doch noch mehr da sein, wenn man zu einem anderen Urteil kommen will, und mehr war bis zum 30. 1. 33 bei Hitler nicht zu sehen. Was nachher liegt, gehört in das Kapitel, daß jede Regierung den Weg von der Agitation zur Leistung wenigstens versuchen muß zu gehen, gehört in das Gebiet des »Menschen, der mit seinen höheren Zwecken wächst«. Er wächst, aber die Substanz bleibt die gleiche, wie man aus den Reden ersehen kann, die nicht gerade offizielle Regierungserklärungen sind und die genauso unbestimmt im Sachlichen, genauso auf das Affektmäßige bei den Hörern abgestellt sind wie die früheren, wenngleich sie selbstverständlich durch das Bewußtsein, als Kanzler zu sprechen, in der Tonart modifiziert sind.

Nicht nur für Hitler, auch für die meisten anderen Führer der NSDAP ist die politische Ideenlosigkeit typisch. Wenn man von Feder⁷ und seinen konfusen Geldvorstellungen absieht, bleiben Propagandisten, Organisatoren und Verwaltungsfachleiter, lauter Techniker. Das gilt für Frick,⁸ ehemals Amtshauptmann in Pirna, später in der bayerischen Polizeiverwaltung, dann Minister in Thüringen. Niemals hat er Anzeichen bestimmter politischer Vorstellungen erweckt, genausowenig wie etwa Röhm oder Göring. Daß Offiziere besonders begabt für Politik sind, ist ja ein deutscher Aberglaube seit 1890, aber selbst die klügsten Generalstäbler haben wenig Beweise dafür geliefert. Die manische Verliebtheit der Deutschen in Willensmenschen, ihr Glaube an die ausschlaggebende Funktion des Willens im sozialen Organismus bringt die befehlsgewohnten Offiziere zu nah an das Herrenmenschenideal heran, als daß ihnen nicht auch und gerade

politische Führerschaft zuerkannt werden mußte. Die Leistung aber von Röhm, Göring und vielen anderen war aber keine politische, sondern eine organisatorische, womit sie nicht unterschätzt werden soll. – Es wäre ein Irrtum, nun etwa bei den Nichtmilitärs die politischen Köpfe zu suchen. Der so viel genannte Dr. Goebbels z. B. hat bisher, d. h. bis zum 31. 1. 33, nie eine politische Idee entwickelt, wie Außen- und Innenpolitik etwa im Dritten Reich aussehen sollen oder wie man die Arbeitslosigkeit bekämpfen will. Von den Propagandisten und Organisatoren zweiter und dritter Garnitur soll man lieber schweigen; z. B. von Julius Streicher, der in Nürnberg durch Jahre Herausgeber einer nur pornographisch zu wertenden Zeitung [Der Stürmer] war, oder von Heines,⁹ jetzt Polizeipräsident in Breslau, dessen Karriere als Fememörder einer besonders brutalen Spielart begann, oder von Dr. Freisler, Staatssekretär im preußischen Justizministerium,¹⁰ dessen politische Tätigkeit 1919 als agent provocateur in der Göttinger Studentenschaft anfang. – Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß eine Bewegung mit derartigen Führern, mit einer Presse wie der nat[ional]soz[ialistischen] unmöglich das Volksschicksal prägen kann und daß das politische und geistige Niveau dieser Menschen einfach nicht ausreicht, um auch nur irgendeine wichtige Frage des deutschen Lebens zu lösen. Das ist auch heute noch mein Standpunkt, trotz aller Erfolge und aller Siegesfeiern und aller Überläufer in Parteien und Verbänden aller Art. Denn der Erfolg ist zwar entscheidend in der Politik; was aber ein politischer Erfolg ist, entscheidet sich erst nach längerer Zeit.

Ich habe bisher den Namen von Gregor Strasser¹¹ nicht erwähnt, weil er eine besondere Behandlung verdient. Er ist der einzige, bei dem sich ein politischer Ansatzpunkt, der aus den verschiedenen allgemeinen Ideen der Bewegung stammt, feststellen läßt. Aber er ist auch der einzige, der bei dem allgemeinen Postenverteilen ausgeschlossen ist. Eine Zeitlang wurde er als Leiter eines zu gründenden Gewerkschaftsamts genannt. Dann wurde es davon still, und jetzt hat Herr Dr. Ley sich als Führer der »Deutschen Arbeitsfront« etabliert, nachdem man die Gewerkschaften »gleichgeschaltet« hat. Strasser hatte, soweit man das weiß, Ende 1932 den Plan, eine diktatorische Regierung mit Schleicher zu bilden und ein Block aus allen Arbeitnehmergruppen die Beziehung zum Volk ergeben sollte [sic]. Daß dieses politische Projekt nicht zur Ausführung kam, hatte viele äußere Gründe, bestimmt aber auch den einen inneren, daß nämlich in diesem Projekt der Versuch gemacht wurde, einige der staatlichen und sozialen Vorstellungen des Nat[ional-]Soz[ialismus], die nur unter der Voraussetzung einer 100%[igen] Durchführung einen theoretischen Sinn ergeben können, auf dem Wege einer Kompromißlösung zu realisieren. Strasser wollte die Diktatur (negativ gesagt: er lehnte das parlamentarische Regime ab), aber er wollte die Diktatur vom Volk getragen. Er wollte die Volkseinheit, aber er

sah, ähnlich wie die Sozialisten, in den Arbeiterschichten allein schon das Ganze. Deshalb sein Bemühen um »Querverbindungen« von der Nat[ional-]Soz[ialistischen] Betriebszellen-Organisation zu den christlichen und freien Gewerkschaften, zum GdA¹² und zum D[eu]tsch-nationalen Handlungsgehilfenverband. In seinem Projekt war kein Platz für den Kapitalismus, und der war auch Herrn von Schleicher sehr gleichgültig, darin waren sie sich einig. In dem Projekt war auch kein Platz für den Mittelstand, und das war sehr merkwürdig, denn der vor Verzweiflung gänzlich wahnsinnige Mittelstand war die Hauptquelle der NSDAP; hier waren die fanatischsten Hasser der »jüdischen« Konkurrenz (jeder fähige Konkurrent war ein Jude), hier waren die verzweifelten Gläubigen auf das »Dritte«, auf das »Tausendjährige Reich«. Die Gleichgültigkeit gegenüber dem Kapitalismus ermöglichte es Herrn v. Papen, die Industrie gegen Schleicher-Strasser und für Hitler zu mobilisieren, nachdem Schleicher sich auch mit dem Landbund¹³ verzankt und demgemäß bei Hindenburg kein Vertrauen mehr hatte. Das Paktieren mit den »marxistischen« Gewerkschaften machte Strasser bei dem gewerblichen Mittelstand der Partei unmöglich, und so wurde er bei passender Gelegenheit – nach einem Konflikt mit Hitler – ausgebootet.

Warum ist diese Führerfrage so wichtig? Der Parlamentarismus stand doch, weiß Gott, nicht auf einem hohen geistigen Niveau, und die Volksvertreter waren bestimmt weder an Charakter noch an Bildung oder politischer Begabung eine Auslese der Besten. Soviel Mittelmäßigkeiten, soviel untalentierte »Kuhhändler« hat es wirklich außerhalb der deutschen Reichs- und Länderparlamente selten gegeben und doch noch immer proparlamentarisch? Und doch diese Betonung der charakterlichen Qualität und der geistigen Bedeutung bei der Bewertung des Nat[ional-]Soz[ialismus]? Ist das nicht ungerecht, ein Messen mit zweierlei Maß? – Durchaus nicht, denn man kann nicht an heterogene Dinge den gleichen Maßstab anlegen, und das parlamentarische System und der Faschismus sind konträre Dinge, die jedes für sich nach ihren eigenen Maßstäben beurteilt werden müssen.

Das parlamentarische System ist »selbstregulativ«, das Faschismus »leitregulativ«. Das heißt, daß durch das mehrfach filtrierende Auslese- und Kontrollsystem der Parlamentsverfassung eine Art automatischer Korrektur gegeben ist, die schwerste Fehler von »selbst« ausgleichen kann. Der Faschismus aber ersetzt die Führerauslese infolge von Wahlen von unten durch eine Führerauslese durch Erneuerung von oben; er trägt keine automatische Korrektur in sich, ob Fehler vorkommen oder nicht, ob sie ausgeglichen werden oder nicht, ist Sache der »Leitung«. Ein schlechtes Ministerium im parlamentarischen System ist absetzbar durch Mißtrauensvotum, eine unbrauchbare Volksvertretung ist ersetzbar durch Neuwahlen. Also bedeuten die Menschen im parlamentarischen System zwar sehr vieles, je-

doch nicht alles. In der faschistischen Diktatur aber, in der es neben der »Leitung« nichts gibt, bedeuten die führenden Menschen alles, und der Unterschied zwischen »sehr viel« und »alles« ist genauso groß und unmeßbar wie der zwischen »sehr groß« und »unendlich groß«. Das aber ist die Begründung dafür, daß der Maßstab bei beiden Systemen ein verschiedener sein muß: Der Parlamentarismus rechnet mit den Menschen, wie sie *sind* – deswegen kann man die Menschen in diesem System menschlicher beurteilen. Der Faschismus aber rechnet mit Menschen, wie sie *sein sollen* –, und man kann daran deutlich sehen, daß und warum man bei der Beurteilung der menschlichen und geistigen Substanz faschistischer Führer kaum anspruchsvoll genug sein kann.

Zu welchen Bewertungsergebnissen ich bei den nat[ional-]soz[ialistischen] Führern schon früher gelangt war, habe ich bereits ausgeführt, und ich betone nochmals, daß nach meiner Erfahrung und Ansicht die Tatsache des erfolgreichen Argumentationsaufbaus und Machtkampfes an der Qualität der führenden Personen nichts ändert. Dieser Standpunkt ist angesichts der zahllosen neuen Ereignisse und Pläne nicht leicht aufrechtzuerhalten, um so mehr, als die Form, in der die Regierung ihre Taten und Projekte verkündet, von einer atemberaubenden Großzügigkeit ist und das Tempo, mit dem vieles von den Plänen verwirklicht wird, von einer außerordentlichen Energie zeugt. Es ist daher, um die Ereignisse richtig beurteilen zu können, nötig, noch einen Überblick über die Gedankenwelt des Nat[ional-] Soz[ialismus] zu bekommen, ehe man den sachlich-politischen Tagesfragen näher tritt.

[Das folgende Kapitel III (Seiten 18–37 des Manuskripts) enthält die Darstellung und die Kritik der nationalsozialistischen Ideologie. Hier stellt Robinsohn einen Zusammenhang zwischen den Ganzheitsvorstellungen der Nationalsozialisten und dem totalitären Staat her, in dem die »Masse Mensch« dem Willen des Führers unterworfen sei. Ausgeschaltet werde dabei jedes individuelle Moment und damit auch die Willensbildung von unten. Dieser diktatorische Aufbau wiederholt sich im ständischen Aufbau des Staates. Robinsohn widerspricht dem von der Regierung erweckten Eindruck, die Bildung ständischer Organisationen ermögliche eine Versachlichung der Politik, indem er als Gegensatz zur Sachlichkeit die persönlichen Interessen der Mitglieder in den Ständeorganisationen ins Feld führt. Er bekämpft den Ruf nach dem Fachmann (an Stelle des Politikers) und den Wunsch nach Einigkeit als antidemokratisch und profaschistisch. Entscheidungen von Fachleuten seien oft interessengebunden, schieden aber auf jeden Fall den Volkswillen aus. Der Wunsch nach Einigkeit beinhalte den Verzicht auf jede demokratische politische Entwicklung, weil die verschiedenen Standpunkte nicht mehr zu einer Klärung geführt werden könnten.]

Der Einigkeit setzt Robinsohn die Mannigfaltigkeit gegenüber, die zu einem feineren Unterscheidungs- und Denkvermögen führe. Dem »leitregulativen« Staat der totalen Machtfülle stellt er einen »selbstregulativen« demokratischen Staat gegenüber, der nur ein Minimum an Anforderungen regle und im übrigen der Mannigfaltigkeit individueller Lebensäußerungen Raum gebe.

Nun fragt Robinsohn nach dem Sinn des totalen Staates, den er nicht in materialistischen Ansprüchen, sondern in »heroischen« Gefühlen erkennt, etwa im Nationalgefühl und in der Verherrlichung des Militarismus. Die Armee habe eben diese nationalen Gefühle zu bewahren. Insofern sei der totalitäre Staat letzten Endes Selbstzweck.

Schließlich wendet Robinsohn sich der Führerfrage zu. Da die Regierung eine Fülle von ihr ergebenden, also nationalsozialistischen Beamten benötige, müsse sie sich an deren Gesinnung statt vorrangig an der Leistung orientieren, wodurch der Heuchelei Tür und Tor geöffnet sei. Damit sei gerade die Auslese des Führungsnachwuchses in eine qualitative Sackgasse geraten. Aufgrund der mangelnden geistigen und charakterlichen Qualität der NS-Führungsschicht wie der Unzulänglichkeit der Auswahl des Führungsnachwuchses hält Robinsohn das NS-Regime für nicht geeignet, das Land angemessen zu regieren und aus der schweren Wirtschaftskrise herauszuführen.]

IV.

Trotzdem glaube ich an eine lange, jahrelange Herrschaft des Nat[ional-] Soz[ialismus], wenn auch nicht an ein glückliches Ende. Meine Gründe hierfür sind die folgenden:

1. Der Faschismus entspricht in vielen Punkten der deutschen Mentalität.
2. Die parlamentarische Demokratie hat sachlich und menschlich versagt.
3. Gegenkräfte sind nicht vorhanden.

Ich habe an anderer Stelle schon erwähnt, daß die Verantwortungsscheu und die Sehnsucht nach Einigkeit, die in den Deutschen aus historischen und psychologisch erklärbaren Gründen sehr lebendig sind, für den Faschismus wirken. Dazu kommt die mittelalterliche Romantik mit Ständestaat und Burgfrieden. Weil das System sich fortwährend repräsentieren muß, werden infolgedessen dem Volk in rascher Folge Gedenk- und Feiertage mit den dazugehörigen Rauschgefühlen geboten. Der Antisemitismus ergänzt die nationale Mystik sehr gut und gibt im Judentum dem strahlenden Bild des Dritten Reichs die düstere Folie. Zuletzt: der Faschismus überwindet den Parlamentarismus.

Diese Tatsache wird in Deutschland als große Leistung betrachtet. Selten ist ein System so allgemein verachtet worden wie die parlamentarische Demokratie in Deutschland. Man kann darüber streiten, ob dieses Maß an

Verachtung gerecht ist, aber sicher ist, daß selten ein System so restlos versagt hat. Die Verteidiger der deutschen Spielart des parlamentarischen Systems pflegen stets auf die politische Leistung der Nationalversammlung hinzuweisen, durch die Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet worden sei und eine Verfassung erhalten habe. Nun, die kommunistische Gefahr ist in Deutschland immer überschätzt worden. Wie gering sie augenblicklich war, zeigt der kampflose Zusammenbruch im Februar 1933; im Jahre 1919 ist die Gefahr nicht durch die Reden und Taten der Nationalversammlung, sondern durch das militärisch-politische Bündnis zwischen Ebert und Groener beseitigt worden. Und nun gar die Verfassung! Die war doch nur ein Notdach, das zu einem Gebäude ausgebaut [wurde] und sich als Schutz bewähren sollte. Aber diese Verfassung hat sich eben nicht bewährt, und schon nach knapp 11 Jahren mußte das parlamentarische Dach an allen Ecken und Kanten mit diktatorischen Notverordnungen geflickt werden. Daß das Regime mit der Wirtschaftskrise nicht fertig wurde, ist kein Vorwurf, denn das gelang anderen Regierungssystemen auch nicht, aber daß nicht ein einziges Reformwerk von bleibender Bedeutung hervorgebracht wurde, ist ein politisches Armutszeugnis für eine Regierungsperiode, die reich an lohnenden und dringenden Aufgaben war. (Ich nenne nur Reichsreform, Reform des Strafrechts und Universitätsreform, alles drei Dinge von nicht unmittelbar wirtschaftlichem Charakter.) Zu diesem sachlichen Versagen kommt noch das menschliche Nichtausreichen hinzu. Auch dabei denke ich weniger an Skandalaffären der Republik, weil auch andere Regierungssysteme ihre Skandale haben, sondern ich denke an die Unfähigkeit der parlamentarischen Regierungen, sich durch persönliche Haltung und politische Härte die ihnen zukommende Achtung zu erwerben. Auf die Gründe für dieses Versagen auf der ganzen Linie will ich nicht eingehen. Viel Schuld trägt die unglaubliche, aber wahre Tatsache, daß in Weimar zwar die parlamentarisch-demokratische Verfassung beschlossen wurde, daß aber die Parteien, die für diesen Beschluß verantwortlich waren, d. h. bürgerliche und sozialistische Demokraten vor allem, die politische Praxis dieses Systems kaum kannten, geschweige denn beherrschten. So kam es zu der »Republik ohne Gebrauchsanweisung«, wie Döblin sagt,¹⁴ die schnell zum Hohn und Spott wurde, weil sie sich weder als Herrschaftsform noch sachlich bewährte und deren Beseitigung jetzt als Erfolg der Nat[ional-]Soz[ialisten], als ihre große Tat gilt. Die Frage ist, ob sie sich nun ihrerseits »bewähren« werden.

Die Tätigkeit der Regierung ist propagandistisch, politisch-organisatorisch und wirtschaftspolitisch bestimmt. – Ihre Propaganda will positiv immer die Verbundenheit des »ganzen« Volkes sinnfällig machen und negativ jeden Rest von Sympathie und Achtung für das überwundene Sy-

stem vertilgen. Dazu werden Presse, Film und Rundfunk in Bewegung gebracht, daher werden Feiern über Feiern veranstaltet. Auf Hitlers Geburtstag folgte der 1. Mai als Feiertag der nationalen Arbeit. Dann kam Schlageters Todestag,¹⁵ jetzt ist ein Tag der deutschen Jugend angesetzt,¹⁶ und Anfang August folgt der Tag des deutschen Soldaten. Bei all diesen Gelegenheiten Umzüge und Militärmusik und viele weise Reden, die gleichzeitig durch das Radio verbreitet werden, später in der Presse noch mal erscheinen und die man in den Wochenschauberichten der Kinos neben anderen Momenten aus diesen Feierlichkeiten noch einmal genießen kann. Daneben dann ganz raffinierte Dinge, um die Verworfenheit des alten »Systems« zu verdeutlichen. So wurden in Hbg. [Hamburg] Führungen durch die Büros der sozialistisch geleiteten »Volksfürsorge« nach deren Gleichschaltung veranstaltet, um dem armen Teufel, der sich Arbeit nur in Verbindung mit Schmutz, Lärm und Schweiß vorstellen kann, zu zeigen, daß seine »Genossen« in der sonst so verachteten gepflegten Generaldirektorenatmosphäre gehaust haben. So macht man in Mannheim eine Ausstellung »kulturbolschewistischer« Kunst, wo den Spießern die Werke der Nachkriegskunst, des Expressionismus vor allem, *ohne Rahmen* gezeigt werden, aber mit den Anschaffungspreisen, damit diese Kleinbürger, für die ein Jahreseinkommen von M[ark] 6000,- schon etwas ganz Besonderes ist, sehen können, wie unter der verruchten Marxistenherrschaft für solche Dreckbilder (ohne Rahmen) viele Tausende ausgegeben wurden.

Die organisatorische Arbeit bezweckt den ständischen Reichsaufbau und die Konzentration aller Machtmittel bei der Regierung. Die mit großer Energie durchgeführte Reichsreform ist typisch für die Blendwirkung solcher Aktionen. Diese Reform beschränkt sich nämlich auf nichts anderes als auf die Ausschaltung der nicht nationalsoz[ialistischen] Machtfaktoren. Sachlich ist das Problem der Reichsreform,¹⁷ Stellung und Kompetenzen der Länder, Finanzausgleich etc. gar nicht berührt worden, aber die Lautsprecherenergie täuscht eine große Leistung vor! Diese ganze organisatorische Arbeit geht unter dem Schlagwort »Gleichschaltung« vor sich. Die Gleichschaltung wird aber praktisch vorgenommen unter dem meistens latenten Druck, der auf allen Menschen lastet. Wo sich Widerstand zeigte, wurde eben mit Gewalt gedroht oder Gewalt angewandt. Der Hbg. [Hamburger] Anzeiger¹⁸ ist solange verboten worden, bis ein Nat[ional-] Soz[ialist] Chefredakteur wurde. Robert Kauffmann, der Direktor der Berl[iner] Elektrizitätswerke, wurde verhaftet und erst nach einigen Stunden entlassen. Nachdem man so seine Demission erpreßt hatte.¹⁹ Aber zu diesem ganzen Kapitel ist jetzt, wo fast alles dem Willen der Regierung unterworfen ist, nichts mehr zu sagen. Weder diese Tätigkeit noch die Agitationsarbeit der Regierung sind in meinen Augen geeignet, als politische »Bewährung« zu gelten. Das ist Technik, wichtige und notwendige Tätigkeit, um

dem Politiker das Arbeitsfeld freizumachen und zu ebnen, aber die eigentliche Leistung zeigt sich erst in der Art, wie er mit den sachlichen Problemen fertig wird.

Die Regierung konzentriert ihre ganze Kraft auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Um Zeit für diese Arbeit zu bekommen, darf Hitler sogar außenpolitische Reden von einer solchen Zähmheit halten, die für Brüning etwa sofort Lebensgefahr bedeutet hätten. Die außenpolitische Leistung seit den Wahlen besteht in einer unerhörten Isolierung Deutschlands, die auch durch die Italienreise von Göring und Goebbels²⁰ und den verunglückten Londoner Besuch von Herrn Rosenberg²¹ nicht beseitigt wurde. Hitlers Rede im Reichstag²² mußte die Explosionsgefahr beseitigen, weil sonst der Bestand des ganzen Regimes gefährdet war.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit soll geschehen a) durch den Arbeitsdienst, b) durch Straßenbau und Reparaturen und c) durch Verdrängung der Frauen vom gewerblichen Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsdienst ist keine Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, weil er sich auf junge ungelernete Leute beschränkt und nicht in der Lage ist, Werte zu schaffen. Bei der ganzen Einstellung zur Wehrhaftigkeit wird diese Organisation sich sehr bald von der Urbarmachung von Boden ab- und der Ertüchtigung der Jugend und dem Geländesport zuwenden. Dann ist es lediglich eine Kostenfrage, ob der Arbeitsdienst als Form der Erwerbslosenunterstützung mehr kostet oder weniger als die bisher üblichen Auszahlungen. Auf die sozialpsychologischen und wehrpolitischen Seiten dieser Angelegenheit will ich hier nicht eingehen.

Straßenbau und Hausreparaturen gehören in die Rubrik »Arbeitsbeschaffung«. Die Beurteilung aller dieser sogenannten Arbeitsbeschaffungsprojekte löst sich unter grober Vereinfachung nach folgender Formel auf: Wenn die Erwerbslosenunterstützung von 100000 Menschen pro Jahr $100000 \times 840,- = M[\text{ark}] 84000000$ kostet, so tritt ein volkswirtschaftlicher Nutzen erst dann ein, wenn die Verwaltungskosten des Arbeitsbeschaffungsprojektes sowie die Lohn- und Unterhaltungskosten der dabei beschäftigten 100000 Arbeiter und Beamten unter $M[\text{ark}] 84000000,-$ bleiben, so daß die Differenz für Sachausgaben und insofern für Industrieaufträge verbleibt. In dem Maß, in dem auf diese Weise zusätzliche Industrieaufträge auf Maschinen und Materialien erzielt werden, hilft der Arbeitsbeschaffungsplan, entweder die Rentabilität der Industrie zu steigern und auf diesem Wege Neueinstellungen in Aussicht zu stellen, oder es werden dadurch direkt Mehreinstellungen ermöglicht. Ob das beim Straßenbau möglich ist, weiß ich nicht. Sachlich ist er überflüssig, wenn nicht schädlich, weil die Reichsbahn neue Konkurrenz erhält, die ihr auch auf den bisherigen Straßen schon genug Kummer bereitet. Die Reparaturen scheinen mir gänzlich unkontrollierbare Wirkungen zu haben, weil es ja gar

nicht zu übersehen ist, wieviel Arbeitskräfte dabei überhaupt neu in Arbeit gebracht werden.

Bleibt die Verdrängung von Frauen vom gewerblichen Arbeitsmarkt, die erreicht werden soll durch das Verbot des Doppelverdienens, durch Steuererleichterungen für das Halten von Dienstboten und durch Wirtschaftsbefreiungen für Eheschließungen. Das [erste] Mittel bringt keine Verminderung der Erwerbslosenziffer, sondern ergibt nur eine Umschichtung bei den Berufstätigen, und das zweite wird nicht wesentlich ins Gewicht fallen. Die Ehebeihilfe muß man einmal für ein Jahr schematisch durchrechnen: Wenn der alleinstehende A netto 150,- und die bei den Eltern lebende B netto 100,- verdient, so sollen bei einer Ehe zwischen A und B beide Personen dann mit M[ark] 150,- im Monat auskommen. Davon geht die monatliche Rückzahlung des Darlehens von M[ark] 10,- ab, wohingegen sich der Steuerabzug verringert. Es bleiben rund 141,- statt 250,-, von denen die 2 Personen leben sollen. Es ist fraglich, ob die Verlockung der baren M[ark] 1000,- so groß ist, daß daraufhin viele Mädchen sich zu einer solchen Reduzierung ihrer Lebenshaltung entschließen werden und freiwillig aus dem Beruf ausscheiden. Anders liegt es in den Fällen, wo es sich um Ehepläne mit Beamten handelt, denn da würde die Ehefrau durch die Bekämpfung des Doppelverdieneriums ja sowieso ihren Beruf aufgeben müssen. Nun ist diese zahlenmäßige Verminderung der Arbeitslosigkeit nicht von solcher Bedeutung; entscheidend ist die Gesamtkonsumfähigkeit. A und B konnten für 250,- verzehren, die arbeitslose C aus Unterstützung nochmals M[ark] 60,-, also total M[ark] 310,-. Scheidet B durch Heirat als Doppelverdienerin aus, so bleiben 150,- und wenn C jetzt mit M[ark] 100,- eingestellt wird, zusammen 250,- statt 310,- für Konsumzwecke. Wieviel neue Arbeitslose die Konsumreduzierung verursacht, ist schwer zu schätzen, und ob dabei für den Staat eine wesentliche Ersparnis an Unterstützungsgeldern resultiert, sehr fraglich. Wenn nun die Ehe aufgrund der Ehebeihilfe geschlossen wird, vermindert sich der für Konsumzwecke zur Verfügung stehende Bedarf von 310,- auf 241,-. Dafür [sind] aber plötzlich M[ark] 1000,- für Anschaffungszwecke frei. Auf das Jahr berechnet fehlen nach obiger Rechnung $12 \times 69 = 828,-$, jetzt kommen M[ark] 1000,- hinzu, die Differenz von M[ark] 172,- würde also in Form von Käufen dazu dienen, in Handel und Industrie Mehreinstellungen zu finanzieren. Allerdings würde bei diesem Beispiel der Fiskus zusetzen, denn er würde bei C sparen $12 \times 60,- = 720,-$ und an B zahlen 1000,-. Immerhin zeigt schon dieses nicht optimistisch gewählte Beispiel, daß in dem Plan der Ehebeihilfe eine Chance liegt. Es handelt sich um eine staatliche Konsumfinanzierung, die selbstverständlich auch die Nachteile der privaten Konsumfinanzierungsmethoden hat, aber erheblich billiger ist (Kreditlaufzeit $8 \frac{1}{3}$ Jahr, Zinsen und Amortisation zusammen 12 % per Jahr). Dieser Plan kann einen sehr

kräftigen Anstoß geben, was allerdings nach einem Jahr werden soll, ist schwer zu sagen. – Es gilt hierfür dasselbe, was für das ganze Arbeitsbeschaffungsprogramm gilt: Erfolge sind möglich, wenn die Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen es aushalten und wenn keine weitere Arbeitslosigkeit hinzukommt.

Zu den Finanzen kann ich nichts sagen; Statistiken gibt es nicht mehr, teils sind die Kontrollziffern nicht zugänglich, und über die Etats schweigen sich alle Stellen aus. Die Mehrbelastung durch Pensionierungen, SA-Finanzierung und Arbeitsdienst ist jedenfalls erheblich, und von Mehreinnahmen ist natürlich keine Rede. Es scheint allein aus diesem Grund die Notendruckerei unvermeidlich zu sein. Dazu kommen die anderen Arbeitsbeschaffungspläne und Ehebeihilfen, die auch darauf abzielen, eine Inflation zu ermöglichen, ohne die psychologisch katastrophalen Folgen heraufzubeschwören. Mit Geschick und Glück kann das eine ganze Zeit gut gehen. Durch das Transfermoratorium hat man die äußeren Wirkungen einer Inflation auf alle Fälle gemildert.

Die kritischste Stelle für die Regierung liegt nicht hier, sondern in ihrer Agrarpolitik. Vorläufig geht alles nach den Wünschen des Landbundes. Die Butterpreise steigen, und man versucht, auch die Fleischpreise zu erhöhen. Milch und Fette laufen parallel zum Butterpreis. Die Folge ist eine starke Verteuerung des Lebensunterhalts. Entweder müssen die Löhne und Gehälter steigen, und das würde einen großen Teil der Exportchancen zerschlagen, oder der Konsum wird noch mehr als bisher auf Lebensmittel beschränkt. Für Miete gibt der Arbeitnehmer durchschnittlich 30 % seines Einkommens aus (das ist günstig), für Ernährung ca. 60 % (das hängt von der Familiengröße ab), bleibt für Sonstiges 10 %. Steigen die Lebensmittelpreise um nur 5 %, so bedeutet das einen Rückgang der für Kleidung etc. verfügbaren Mittel von 10 % auf 7 % des Einkommens, also von 30 % in sich. Es liegt auf der Hand, daß 5 % Mehreinnahmen bei der Landwirtschaft nicht entfernt auch nur das an Einstellung von Arbeitskräften schaffen kann, als was ein 30 %-Rückgang in der Textilindustrie z. B. an neuer Arbeitslosigkeit verursacht. Nun kann die Regierung mit Inflationsmaßnahmen auch Lohnerhöhungen vorübergehend finanzieren und also auf diese Weise die Gefahr zusätzlicher Arbeitslosigkeit abwenden, aber dann werden die Industrieprodukte wieder teurer, und das krankhafte Verhältnis zwischen Agrar- und Industrieprodukten bliebe bestehen. Im übrigen würde eine derart gesteigerte Inflation nicht sehr lange durchzuführen sein. Man kann einmal kräftig drücken, man kann jedes Jahr ein bißchen drücken und es lange aushalten, aber man kann nicht jedes halbe Jahr oder öfter große Quantitäten drücken.

Den organisch nötigen Weg, die Agrarreform zu beginnen, kann die Regierung nicht gehen, und sie wird sogar aus ihren eigenen Reihen deswegen angegriffen. Der Gau Ostpreußen z. B. ist radikal antigroßagrarisches, und

die Bauern selbst fordern mehr, als man ihnen von seiten des Landbundes geben kann. Es tauchen ganz extreme Ideen von der Enteignung des Großgrundbesitzes auf, aber die Regierung riskiert den Bruch mit den Großagrariern nicht. Vielleicht kann man sagen, noch nicht, denn sie ist eifrig bemüht, die Machtstellungen der deutschnationalen Großgrundbesitzer auszuhöhlen.

Der Reichspräsident ist machtlos, aber man muß nach außen noch auf ihn Rücksicht nehmen. Immerhin ist die Dotierung von Neudeck aus Osthilfsgeldern ein dunkles Kapitel, mit dem man den alten Herrn erpressen kann.²³ Stahlhelm und deutschnationaler Kampfring stehen unter schärfster Beobachtung. Seldte ist formell sogar Hitler unterstellt, und Duesterberg mußte weniger wegen seines jüdischen Blutes als wegen seiner selbständigen Stahlhelmpolitik gehen.²⁴ Die Rekrutierung von Reichsbannerleuten ist diesen Organisationen gesperrt, weil die Regierung eine derartige Verstärkung der Konkurrenz ihrer SA natürlich nicht dulden kann. Reibereien deswegen und aus anderen Gründen sind an der Tagesordnung, enden aber stets mit dem Sieg der SA und der Verhaftung der anderen. Bleibt als letztes die Reichswehr, die noch nicht gleichgeschaltet ist. Aber die Reichswehr ist nicht revolutionär und wird sich kaum offen gegen die Regierung wenden. Sie wird ihre alte Taktik anwenden, hinter der Bühne das zu erpressen, was sie unbedingt braucht, und zu verhindern, was sie nicht ertragen kann. Dabei kann es ihr passieren, daß sie eines Tages ohne jede Hilfsorganisation ist und dann der »Gleichschaltung« verfällt. Die alten Offiziere sterben ja auch mal und werden pensionsreif, und bei den jüngeren sind schon viel Nat[ional-]Soz[ialisten].

So sehe ich für die Regierung keine akuten Krisengefahren und keine wirklichen Gegner. Mit den Deutschnationalen wird sie mit der Zeit fertig werden, und die Reichswehr wird aus ihrer eigentümlichen seelischen Struktur heraus der Regierung wahrscheinlich die Zeit lassen, sie wird den Absprung zur Revolution nicht riskieren. Andere Gegner hat die Regierung nicht. Der Kommunismus war nie eine Gefahr, und die SPD samt Reichsbanner und Gewerkschaften war, wie man sieht, auch keine. Daher glaube ich, daß die Regierung sich lange halten wird. Im übrigen: wer soll sie ablösen? Für die Demokratie schlägt sich niemand, und ohne Machtkampf, ohne daß man sich schlägt, dankt dieses Regime nicht ab. Selbst viele Sozialisten lehnen jeden Einsatz für die Demokratie ab. Gegen eine sozialistische Diktatur aber stehen alle Bürger und Bauern geschlossen zusammen, und sie repräsentieren noch auf lange Zeit eine große Kraft.

Die wirkliche Gefahr für das Dritte Reich kommt erst in vielen Jahren, wenn der Inflationsweg sich als falsch erwiesen haben wird und die wirtschaftliche Lage der Stadtbevölkerung verzweifelt geworden ist. Was dann aber sein wird, kann niemand wissen. Ob die Parole dann Freiheit heißen

wird oder Sozialismus, ob dann die nat[ional]soz[ialistischen] Betriebszellen mit der proletarischen SA gemeinsam gegen das Regime ziehen werden oder nicht, wo dann die »Marxisten« sein werden und wo die Urgroßväter, die das liberale Gedankengut hüten, kann heute niemand voraussagen.

V.

Ich glaube, daß diese Prognose aufgrund der ausführlichen Beschäftigung mit den Gedanken der Nat[ional-]Soz[ialisten] begründet und richtig ist. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man bekämpfen kann nur das, was man kennt, und daß nichts gefährlicher ist als die aus Unkenntnis stammende Unterschätzung des Gegners. Man kann aber auch nur *für das* erfolgreich kämpfen, was die Auseinandersetzung mit den Gedanken des Gegners erträgt. Weil ich glaube, daß meine Staatsidee auch nach dieser Selbstprüfung bestehen kann, halte ich sie für geeignet, später einmal, vielleicht, die herrschende Staatsidee zu werden. Der demokratische Parlamentarismus verlangt eine große Erfahrung und sehr viel Zeit. Obwohl heute Hitler herrscht, sind die Chancen für die parlamentarische Demokratie nicht vorüber; wahrscheinlich ist die Erfahrung der Diktatur nötig, um die Menschen die Schwächen des parlamentarischen Systems gern ertragen zu lassen.

Dokument Nr. 2

Verfasser: Hans Robinsohn, hs., 10 Seiten, BA, NL Robinsohn 31.

Dieses Referat wurde wenige Wochen nach der Besetzung des durch den Versailler Vertrag entmilitarisierten Rheinlandes durch deutsche Truppen (7. März 1936) und der daran anschließenden Reichstagswahl am 29. März 1936 verfaßt. Am 7. März 1936 hielt Hitler im Reichstag eine Rede, in der er den Bruch des Versailler Vertrages rechtfertigte. Anschließend gab Reichstagspräsident Göring die Auflösung des Reichstages und die Ausschreibung von Neuwahlen für den 29. März 1936 bekannt. Bei dieser »Wahl« stand nur die Liste der NSDAP zur Abstimmung. Offiziell wurde eine Zustimmung von 99% der Wähler behauptet; das schlechteste Ergebnis wurde für den Wahlkreis Hamburg mit 95,8% angegeben. Robinsohn kann in diesem Referat auf Eindrücke zurückgreifen, die er soeben in Mittel- und Süddeutschland gesammelt hatte. Vgl. Kap. 3.

Überblick über die Lage des Nat[ional-]Soz[ialismus] in Deutschland!

(27/4/36)

I.

Dieser Überblick nach drei Jahren Hitlerherrschaft wird aufgrund von zahlreichen Einzelerfahrungen, Pressemeldungen, mehr oder minder nachprüfbareren Informationen und Dutzenden von Gesprächen noch in allerletzter Zeit gegeben. Er ist für Leute bestimmt, die

1. das 3. Reich nicht mit dem tausendjährigen gleichsetzen,
2. die Änderung der Dinge nicht von Ultimo zu Ultimo erwarten und
3. sich noch etwas Glauben für Europa als Gesamtheit erhalten haben.

II.

Auf die kürzesten Formeln gebracht, ist das Ergebnis der Untersuchung das folgende:

1. Hitler und seine nächsten Mitarbeiter sind und handeln – im Großen gesehen – konsequent. Die Gedanken der Kampfzeit aus dem Buch »Mein Kampf« sind maßgebend. Die Substanz dieser »Führer«schicht ist ungeändert seit 1922–1933 und bleibt unveränderlich. Es ist daher mit einer »Mausering« des Systems, d. h. seiner Zählung, strukturellen oder substantiellen Zivilisierung, d. h. Verbürgerlichung, nicht zu rechnen.
2. Das Volk ist, wenn man die Minorität der sogenannten »Gebildeten« ausschaltet und wenn man von den weiteren Minoritäten der politisch entweder pro oder contra *ingeschworenen* Menschen absieht, eindeutig bestrebt, sich möglichst wenig stören zu lassen. Es ist müde und gleichgültig, bereit, auf ziemlich geringen Zwang schon äußerlich zu reagieren – d. h. praktisch reif, sich von jeder Macht regieren zu lassen.
3. Die »Gebildeten« teilen sich in eine starke Minorität bewußter Nazis, eine schwächere Minorität [von] Liberalen, Demokraten, Sozialisten aller Grade und eine Majorität von kulturell, geistig, im persönlichen Freiheitsbedürfnis irgendwie getroffenen und daher antinat[ional]-soz[ialistisch eingestellten] Menschen. Diese Majorität ist inaktiv, wie es der deutschen Tradition entspricht. Die politisch denkende Minorität der Gebildeten ist – soweit es sich um Gegner des Systems handelt – deprimiert, reichlich zu Schlacke verbrannt, aber nicht wirklich resigniert. Etwas mehr Kontakt zwischen ihnen, etwas wie geistige und politische Führung für sie: dann werden sie ein wertvoller, gar nicht entbehrlicher Bestandteil für den Neuaufbau nach dem Zusammenbruch sein.

4. Bei der Masse sind aktiv für die Regierung nur die Funktionäre – und auch diese Schicht ist schon stark mit bewußt eingeschobenen Gegnern durchsetzt, wenn auch hauptsächlich bei Nebenorganisationen, nicht bei der Partei selbst. Dazu kommen Teile der SA und die SS – wovon die letztere nicht zu unterschätzen ist, aber sehr stark aus dem Volksganzen herausgehoben ist. – Aktiv gegen die Regierung sind Reste der Kommunisten und des Reichsbanners, die zum mindesten örtlich fast überall noch Kontakt untereinander haben, aber nur selten zusammenarbeiten. Dagegen sind ferner weite katholische Kreise und die radikale Richtung der protestantischen Bekenntniskirche. – Alles das sind Minderheiten. Die Mehrheit ist »Brei«, »Ton« in jedes Führers Hand.
5. Recht unübersichtlich ist die Haltung der Wehrmacht. Eindeutig für das Regime ist die Luftwaffe, ziemlich deutlich oppositionell die Marine. Das Offizierskorps des Heeres ist ziemlich gespalten. Von der Generalität läßt sich nichts Authentisches sagen. Auffallend ist, daß sowohl Raeder, der Marinechef, als auch Fritsch, der Befehlshaber des Heeres den Ministerrang erhalten haben, also Herrn Göring gleichgestellt sind. Bei den Stabsoffizieren (Major bis Oberst) herrscht eine starke Abneigung gegen die Parteibonzo-krationen und die offizielle Führerschaft, eine Abneigung, die sich aus menschlichen, charakterlichen Unterschieden herleitet. Die Ehrbegriffe dieser Offiziersschicht lassen sich mit der Haltung der vielen großen und kleinen »Führer« nicht in Einklang bringen. Dazu kommen gesellschaftliche Differenzierungen (alter Gegensatz zwischen DNVP, DVP einerseits, Nazis andererseits). Hauptleute und Leutnants sollen stark nazistisch sein. Beim Unteroffizierskorps besteht ein starkes Rivalitätsgefühl gegen SA, SS und ähnliche Formationen. Soweit nicht aus diesen Kreisen Ergänzungen vorgenommen sind, ist das U[n]teroffizierskorps geblieben, wie es war, ein diszipliniertes Instrument der *Heeresleitung*, nicht der Reichsleitung. Über die Mannschaft erübrigt es sich, etwas zu sagen, da es sich nicht mehr um ein Söldnerheer, sondern um eine Armee der allgemeinen Wehrpflicht handelt.

III.

Bevor weitere Ergebnisse zur Gesamtlage oder über die Haltung einzelner Schichten des Volkes oder einzelner Berufe mitgeteilt werden, sollen zunächst – aus Rummangel auf Indizien beschränkt – Belege für die aufgestellten Behauptungen gegeben werden.

1. Was die Konsequenz der Führerkrise anbetrifft:

- a) Den schlagendsten Beweis bildet die äußere Politik. Die ganze Aktion vom 7. 3. 36 ist logisch einzuordnen in die Ideen von »Mein Kampf«. Zunächst muß die Westseite in Angriff genommen werden, dann

kommen die Ostprobleme. Auch psychologisch werden dieselben Rezepte angewandt wie in der Innenpolitik; man versucht, durch ein Phrasentrommelfeuer auf die Auslandsmassen (in England z. B.) zu wirken, um so die Gegenkräfte zu lähmen, wie man durch Massenagitation die in den Parteivorständen noch wirksame Kraft aufgezehrt hatte. Hitler selbst hat im März '36 in München vor den alten Kämpfern ausgeführt, es sei die augenblickliche außenpolitische Lage verblüffend manchen innenpolitischen Situationen aus der Kampfzeit ähnlich, und er wolle nur sagen, daß es in der Innenpolitik immer *dann* am schwersten gewesen sei zu verhandeln, wenn der Partner und Kontrahent tatsächlich und nicht nur scheinbar an die Ehrlichkeit der n[ational]s[ozialistischen] Partei und Hitlers geglaubt habe! Ein Schlaglicht auf die Fairneß und Loyalität Hitlers! (und zugleich auf den Mangel an Einsicht bei den englischen Außenpolitikern).

- b) Eine Kleinigkeit nur: Trotz aller Versicherungen über Nichteinmischung in die Verhältnisse anderer Staaten werden Nazi-Emigranten aus Österreich und der Tschecho-Slowakei Reichstagsabgeordnete. Darüber hinaus, man fördert nicht nur solche »Größen« wie Frauenfeld und Habicht;²⁵ auch die kleinen Leute kommen vorwärts. In München z. B. tut ein Herr Krillinger Dienst als Adjutant des Polizeipräsidenten, und der Presse wird verboten, jemals diesen Namen zu erwähnen, *da* (wörtlich) es sich um einen österreichischen Flüchtling handle.
- c) In der Judenfrage kann man sich auch nicht über Mangel an Konsequenz beklagen. Gewiß, es gibt Pausen in der Entwicklung, aber im ganzen gesehen ist die Liquidierung des jüdischen Einflusses in knapp drei Jahren äußerst rasch und wirksam gewesen. Ausschaltung aus der Beamtenschaft, Zurückdrängung bei Anwälten und Ärzten, fast völlige rechtliche und erst recht faktische Verdrängung von Schul- und Hochschulbildungsmöglichkeiten, Ausschaltung aus Presse, Theater, Kino, Wissenschaft und Kunst, starke faktische Begrenzung beim Handwerk, rechtliche Ausschließung vom Bauerntum und dazu Rassengesetzgebung und Staatsbürgerrecht minderer Art. Ist das konsequent oder zeigt das »Mausering« [?] Dabei geht der Prozeß immer weiter. Apotheker und Architekten führen einen Verzweigungskampf für ihre Stellung. Immer schwerer wird die Berufsausbildung auf handwerklichem und kaufmännischem Gebiet, und auch die Anstellungschancen im Bereich der Wirtschaft werden ständig geringer. Man kann nach diesen drei Beispielen die Vorstellung von der »Mausering« des Nat[ional]-Soz[ialismus] ruhig fallen lassen.
2. Für die Stimmung im Volk ist es bezeichnend, daß auf einer 14tägigen Reise durch große und kleine Städte in Süd- und Mitteldeutschland nicht

ein einziges Mal der Hitlergruß wiederholt wurde, wenn man ihn nicht beim ersten Mal auch so erwiderte. Überall ging man ohne Bedenken oder gar Gerichtheit von dieser Grußform ab! Eine Äußerlichkeit, eine Kleinigkeit vielleicht – aber bezeichnend, wie oberflächlich das Volk nur berührt ist, sonst müßte doch irgendeiner der vielen empört sein, wenn man den Hitlergruß nicht anwendet.

Auch an der Judenfrage – darin stimmen fast alle ruhigen und vor allem die persönlich unbeteiligten Beobachter überein – ist das Volk innerlich unbeteiligt. Der Rassenantisemitismus Hitlers in der Streicher-Virulenz ist den Volksmassen in Deutschland fremd. Darüber dürfen die Fälle organisierter Brutalität, die überall zu erzeugen sind, wenn genügend Macht- und Propagandamittel eingesetzt werden, nicht täuschen. Selbst in der schlimmen Zeit vom Juni–Oktober 1935²⁶ gab es zahlreiche Fälle (in ganz Deutschland), in denen das Unbehagen über diesen Pogromismus selbst unter einem gewissen Risiko bekundet wurde! Auch in dieser Frage wird mit ungeheurem Aufwand versucht, von außen etwas in das Volk zu pressen, was an sich nicht da ist und auch ohne eigentliche Neigung, eher mit Abneigung angenommen wird. Der staatliche und organisatorische Zwang ist hier entscheidend.

Ist das Wahlergebnis ein Indizium gegen die Behauptung, das Volk sei gleichgültig? Keineswegs, denn die *Wahlbeteiligung* wird durch Zwang erzielt, und das *Wahlergebnis* ist so – unkorrigiert – gar nicht ernst zu nehmen. Dazu folgende Einzelheiten:

- a) Nach ziemlich zuverlässigen Angaben aus der Gegend der Reichswahlleitung sollen zwischen 9 und 12 Millionen weiße, ungültige und gegnerische Stimmzettel abgegeben worden sein.
- b) In allen Teilen Deutschlands haben Leute festgestellt, daß ihre weißen Zettel für gültig gerechnet, nämlich nicht als ungültige gezählt worden sind.
- c) In Wismar (Mecklenburg) haben »die Papierkörbe nicht gereicht«, soviel weiße Zettel sind weggeworfen und durch fabrizierte Ja-Zettel ersetzt worden.
- d) In Jork (Kreis Stade, rein bäuerliche Gegend) war am Wahlabend das Ergebnis bekannt gemacht worden mit ca. 570 für Hitler, ca. 350 gegen Hitler. Dieser Zettel im amtlichen Aushangkasten war am nächsten Morgen ersetzt durch eine neue Bekanntmachung, wonach für Hitler ca. 920, ungültig und gegen ca. 10 Stimmen waren.
- e) In einzelnen Stimmbezirken Hamburgs war das Ergebnis *für* Hitler nur 40–50% der abgegebenen Stimmen; trotzdem waren diese Bezirke in der Zusammenstellung mit ca. 90–92% für Hitler angegeben!
- f) Von der Wahlleitung Hamburg sind in *einem* Wahllokal unter anderen folgende Zettel als gültig für Hitler erklärt worden:

1. Ein Zettel mit dem Sowjetstern
 2. Ein Zettel mit drei Pfeilen
 3. Ein Zettel, bei dem der Stimmkreis herausgerissen war.
- h)²⁷ In Braunschweig ist in fast allen Lokalen offen gewählt worden; d[it]o in zahllosen Dörfern, Klein- und Mittelstädten.

Gesamtergebnis: Etwa 20–28 % bewußte Neinstimmen, etwa 80–72 % Zustimmung unter Druck, Bruch des Wahlgeheimnisses und bei einer außenpolitischen Fragestellung, das ist kein Erfolg und kein Mißerfolg, das spricht nur für Gleichgültigkeit. Man vergleiche damit den Aufwand an Propaganda!

Dokument Nr. 3

Erster von acht Berichten Hans Robinsohns an Freunde im Ausland, 6 Seiten, Anfang Oktober 1937, Privatnachlaß Vagts. Bei allen Berichten handelt es sich um engzeilige Typoskripte.

Der Bericht No. 1 ist sichtlich als Einleitung zu den geplanten weiteren Berichten konzipiert. Insofern nimmt er keinen Bezug auf aktuelle politische Ereignisse. Die NS-Herrschaft war etabliert, das Ermächtigungsgesetz um vier Jahre verlängert worden. Die außenpolitische Stellung Deutschlands war trotz der Intervention im spanischen Bürgerkrieg (seit 1936) durch das Flottenabkommen mit Großbritannien (1935) gefestigt. Innenpolitisch galt seit Anfang 1937 ein Vierjahresplan für die Wirtschaft, der zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Sektoren der Wirtschaft sowie zwischen den zuständigen Ministern, dem Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht und dem Beauftragten für den Vierjahresplan, Hermann Göring, führte; vgl. Kap. 4.

Bericht No. 1

Die wenigsten Leute, die eine eigene Ansicht haben, lassen sich überzeugen. Neue Tatsachen, Meldungen und Meinungen werden nur verarbeitet, um sie mit der bereits bestehenden Ansicht in Einklang zu bringen, nicht aber, um sich selbst von etwas Neuem zu überzeugen. Für die wenigen Ausnahmen von dieser Regel werden diese Berichte verfaßt.

1. Als einigermaßen zuverlässige Quelle über Deutschland sind eigentlich nur die Berichte von in Deutschland lebenden, politisch geschulten Deutschen anzusehen. Bei Emigranten und ihren Nachrichtenbringern

überwiegen die Ressentiments, da es ihnen im allgemeinen darauf ankommt, ihre Hauptentscheidung, nämlich die der Emigration, zu rechtfertigen. Die Korrespondenten auswärtiger Zeitungen sind erstens Ausländer, leben also nicht mitten im Volk, sondern am Rand, und sie unterliegen auch zweitens einer weiteren Absonderung, weil sie scharf überwacht werden und daher von Personen, die sich selbst in acht nehmen müssen, also gerade politisch denkenden Menschen, keine Besuche, Berichte und Stellungnahmen erhalten können.

2. Man muß sich im Ausland an die Tatsache gewöhnen, daß alles, was heute in Deutschland geredet und veröffentlicht wird, einzig und allein unter dem Gesichtspunkt der politischen Propaganda zu sehen ist. So schwer es fällt, es zu glauben, es ist nicht wie in anderen Ländern, manches gefälscht, sondern alles. Um diese 100%ige Täuschung durchzuführen, steht dem deutschen Apparat nicht nur positiv die gesamte Presse, das ganze Schrifttum und das Radio zur Verfügung, sondern auch negativ die Möglichkeit, jeden Widerspruch, jede kleinste unerwünschte Abweichung zu verhindern. Dazu kommt die unerhörte, durch ein bis ins Kleinste gehendes Organisations- und Überwachungssystem gesteigerte Machtfülle, die es erlaubt, jede Art von Beweisen zu fabrizieren, Schaustücke von »überwältigender Einigkeit und nationaler Geschlossenheit« und »spontanem Begeisterungsjubel« auf Befehl zu organisieren und der staunenden Welt in Presse, Film und Radio und ausländischen Diplomaten sogar in natura vorzuführen. Auch hier tritt zu der positiven Befehls- und Exekutivgewalt noch die negative Wirkung der Angst vor den Folgen jeder Widerstandsregung oder auch nur jeder Lauheit und Passivität.
3. Zu diesen materiellen Faktoren treten zwei psychologische hinzu. Einmal die Tatsache, daß alle anständigen Menschen von vornherein Vertrauen aufbringen und ohne Mißtrauen alles aufnehmen, was man ihnen entgegenbringt. Auch die Erfahrung, daß in der Politik viel gelogen wird, beseitigt nicht das natürliche Widerstreben, eine Fundamentaltatsache des deutschen Zustandes anzuerkennen, nämlich daß hier die konsequente Lüge als wirksamstes politisches Mittel (von Waffengewalt abgesehen) erkannt und deshalb zum Prinzip erhoben ist. Dazu kommt zweitens die widerspruchslose, ständige Wiederholung immer derselben Behauptungen und Argumente. Durch diese nie abebbende propagandistische Massenflut wird eine Art geistiger Lähmung erzielt, in der die Suggestibilität fast unbeschränkt ist.

Alles zusammen ergibt die Wirkung von »confidence-trics«, bei denen man nach Aufhebung des Schwindels auch nie begreifen kann, warum man hereingefallen ist. Es ist die geschickt geschaffene Atmosphäre, die den anständigen und daher psychisch ungeschützten Menschen einer bestimmten

Suggestion unterwirft und die es bewirkt, daß die tollsten Behauptungen geglaubt werden und zugleich obendrein zur Basis weiterer phantastischer Erfindungen werden.

Diese Bemerkungen sind nötig, weil ohne sie nicht ein gemeinsames Niveau der Verständigung erreicht werden kann und weil damit aus einer evtl. Diskussion die Berufung auf irgendwelches Material aus offiziellen und offiziösen Quellen ausgeschaltet ist. Hiervon ausgehend sollen einige im Ausland immer wiederkehrende Auffassungen besprochen werden, die einer produktiven politischen Betrachtung des Problems Hitlerdeutschland und die Welt entgegenstehen.

Die »bolschewistische« Gefahr

A. Vor 1933

Vielfach wird anerkannt, daß Hitler bei allen seinen Schattenseiten doch das unbestreitbare Verdienst habe, Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet zu haben. Dies ist Hitlers fruchtbarste Lüge, gewissermaßen die Urlügendzelle des Dritten Reichs. Der Bolschewismus war seit Ende 1919 keine große Bedrohung mehr. Das beweisen nicht nur die Stimmziffern, die die Kommunisten von 1919 bis 1933 erhalten haben, sondern auch die Tatsache, daß alle revolutionären Aktionen der Kommunisten seit 1920 stets von Polizei und Reichsbanner allein, also ohne Mithilfe der Armee, niedergeschlagen werden konnten. Die antirevolutionäre Haltung der Sozialdemokratie ist tausendfach bewiesen, so daß sich die ganze Rettung aus der bolschewistischen Gefahr, aus der marxistischen Flut als Kindermärchen erweist, als ein reiner Betrug.

B. Nach 1933

Da das Märchen die Kinder so wirksam geschreckt hat, erscheint es jetzt in neuer Aufmachung, nämlich als Behauptung, es gäbe nur die Wahl zwischen Hitler oder Thälmann. Auch dies ist eine bewußte Zwecklüge, mit der man verhindern will, daß über die Möglichkeit einer anständigen Nachfolgeregierung überhaupt nachgedacht wird. Zugleich offenbart diese Lüge etwas sehr Wichtiges, daß nämlich der Mehrheit des Volkes eine kommunistische Regierung unerträglich erscheint. Wäre es anders, so würde man ja die Antithese gar nicht aufstellen. In Wahrheit ist man in Deutschland der Experimente sehr müde und wäre mit jeder Regierung außer den Nazis und den Sowjets soweit einverstanden, daß man sie erst mal zum mindesten gewähren ließe.

Der ehrliche Hitler

Oft hört man, Hitler sei aber doch wohl »ehrlich«. Das ist völlig außerhalb jeder politischen Problematik. Gewiß ist Hitler ehrlich überzeugt von der Richtigkeit seiner Grundsätze und der Bedeutung seiner politischen Ziele. Damit wird die Situation aber erst recht gefährlich, denn was kann man alles von einem Mann erwarten, der die pseudobiologischen Theorien von Blut und Rasse und die mystischen Lehren von der »deutschen Sendung« ernst nimmt und wirklich daran glaubt! Darin und in der Tatsache, daß man seine schaurige, maniakalische Konsequenz, seinen »tierischen Ernst« unterschätzt, liegt die große Gefahr für die Zukunft.

»Das Deutsche Volk will nichts anderes«

Dieses ist die häufigste Behauptung, und sie begründet eine für die Opposition in Deutschland trostlose Haltung. Damit gibt man ja die Hoffnung auf, daß es je in Deutschland besser werde. Man »schreibt diese Hoffnung ab« und zieht sich auf den Standpunkt zurück, daß mit diesem verrückten Fanatiker Hitler und seinem ihm völlig ergebenen Volk doch nichts anzufangen sei und daß man sich am besten möglichst wenig um die Deutschen kümmert und sich, sofern man sich durch sie bedroht fühlt, durch eine recht energische Aufrüstung vor ihnen schützt.

Diese Auffassung entspricht der Haltung eines Arztes, der nach sehr oberflächlicher Untersuchung jede Behandlung als hoffnungslos ablehnt und für den äußersten Fall nur die blutige Operation empfiehlt. Was würde man zu einer Feuerwehr sagen, die gar nicht erst versucht, das brennende Haus zu löschen, sondern abwartet, bis der ganze Block brennt und dann kein anderes Mittel weiß, als den Stadtteil in die Luft zu sprengen, damit die weitere Umgebung geschützt wird.

Selbstverständlich stimmt auch die Behauptung nicht. In immer wachsendem Maß will das deutsche Volk etwas ganz anderes als die Diktatur, und selbst die Verehrung der Person Hitler nimmt erheblich ab. Wieso man im Ausland zu der irrigen gegenteiligen Ansicht kommt, ist in der Einleitung dieses Berichts erklärt. Schwieriger ist schon der Beweis zu führen, daß in Deutschland die Sehnsucht nach einem Ende der Naziherrschaft dauernd zunimmt.

An Stelle des Buches, das man schreiben müßte, um diesen Beweis in jeder Weise erschöpfend zu erbringen, seien im folgenden mehr aphoristisch eine Reihe von Indizien für diese Behauptung angeführt:

1. Betrachtet man zunächst die ehemals politisch aktiven Schichten, so steht fest, daß große Teile der Sozialisten und Kommunisten nach wie vor unbeirrt und unbekehrt in ihrer Feindschaft gegen das Dritte Reich verharren.

Immer wieder gehen Nachrichten durch die Presse von Verhandlungen und Verurteilungen wegen illegaler Betätigung dieser Kreise. Dabei ist man längst dazu übergegangen, das meiste in dieser Richtung zu verschweigen und nicht jeden Fang von einigen konspirierenden »Marxisten« triumphierend bekanntzugeben, – das könnte ja das Bild der einigen Volksgemeinschaft unwahrscheinlich machen.

Weitgehend bekehrt sind die ehemaligen Stahlhelmer und große Teile der früheren Volksparteiler und Deutschnationalen. Besonders deutliche Zeichen für die Abneigung dieser Kreise kann man gelegentlich aus der Haltung der Gerichte entnehmen. So hat das mecklenburgische Oberverwaltungsgericht Ende 1935 die polizeiliche Schließung eines jüdischen Einheitspreisgeschäftes letztinstanzlich für ungültig erklärt, und die klagende Firma hat auch ihren Betrieb wieder geöffnet. (Typisch ist hieran auch, daß die Schließung im Sommer 1935 wegen antisemitischer »Volkswut« erfolgte und daß mehrere Monate später bei Wiedereröffnung nichts mehr von diesem Zorn vorhanden war.) In einem anderen Fall wurde in einem Beleidigungsprozeß gegen einen mitteldeutschen Kreisleiter der Partei dem Kläger die Publikationsbefugnis des Urteils zugesprochen, etwas, was auch im Anfang der Ära Hitler unmöglich war. Obendrein wurde die Publikation später in den sich weigernden Parteiblättern durch das Gericht erzwungen. Natürlich spielen in der Stellungnahme dieser Kreise neben politischen Gesichtspunkten auch gesellschaftliche und menschliche Aversionen gegen die herrschenden Parteiproleten eine große Rolle.

Bekannt ist im Ausland die oppositionelle Haltung der kirchlichen Kreise, einerlei, ob katholisch oder protestantisch. Nur eine kleine Minorität ist nicht ausgesprochen in der Opposition.

Addiert man allein diese ganzen Schichten, so kommt man schon zu einer ganz beträchtlichen Minderheit. Aber es gibt noch viel deutlichere Anzeichen der Gegnerschaft, die die Schar der Unzufriedenen weiter vergrößern. Da sind vor allen Dingen die Bauern zu nennen, die sich in keiner Weise an die Zwangswirtschaft gewöhnen können. Die Marktordnung für Gemüse hat man z. B. im Gebiet der Kreisbauernschaft Hamburg nicht durchführen können. Die Bauern haben rebelliert, und der Statthalter hat nachgegeben, so daß hier jetzt mit Duldung der höchsten Verwaltungsstelle, die zugleich auch höchste Parteistelle des Gebiets ist, eine Regelung herrscht, die der gesetzlichen schroff widerspricht. Für wie bedenklich man im Reichsnährstand, der staatlichen landwirtschaftlichen Organisation, die Stimmung ansieht, geht aus einem Geheimerlaß hervor, in dem vor einem zu engen Vertrauensverhältnis der unteren Reichsnährstandsbeamten zu den örtlichen Bauernführern und den Bauernschaften überhaupt gewarnt wird und in dem angeordnet wird, daß Beamte, die es

an der nötigen Zurückhaltung in dieser Beziehung fehlen lassen, in einen anderen Bezirk zu versetzen sind. Im Reichsbauernrat²⁸ hat neulich ein Bauer zu einer geplanten Maßnahme gesprochen und diesen Plan rundweg als noch schlimmer als den russischen Agrarbolschewismus bezeichnet, – ein Vorfall, der noch 1936 undenkbar gewesen wäre. Was die Großgrundbesitzer angeht, so gilt für sie das, was über die ehemaligen Deutschnationalen gesagt worden ist.

Wenden wir uns der Industrie zu, dann finden wir auch dort trotz der schönen »Konjunktur« eine tiefgehende Unzufriedenheit. Den interessantesten Ausdruck dafür gibt ein Memorandum, das vor einigen Monaten in vielen Schreibmaschinenexemplaren kursierte und das aus einem Kreis von Industriesyndici um die Herren Krupp, Bosch (I. G.) und andere herun stammt.²⁹ Es enthält eine Zusammenstellung der sehr kritischen Gedankengänge über die sehr kritisch beurteilte deutsche Wirtschaftslage. Wesentlich sind die folgenden, aus dem Gedächtnis zitierten Sätze:

»Der ganze Wirtschaftsaufschwung nach 1933 einschließlich der Überwindung der Arbeitslosigkeit sei nur durch ein Aufzehren der Reserven, durch ein Leben vom Kapital möglich gemacht worden. Man habe Raubbau an Kapital, Menschen und Material getrieben. Diese Linie sei durch die Art der Gesamtpolitik zwangsläufig und jedenfalls nur durch eine Generalbilanz zu ändern. Eine solche Bilanz sei einmal politischer Natur und erst in zweiter Linie wirtschaftlicher Art. Da man sich in diesem Memorandum nur mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen wolle, könne man nur ganz kurz andeuten, in welcher Richtung die politische Bilanz liegen müsse. Sie müsse dazu führen, in Deutschland einen Rechtsstaat zu errichten und es müsse die Wiedereingliederung Deutschlands in ein internationales Vertrags- und Friedenssystem erreicht werden, das Deutschland seine berechtigten Ansprüche sichere.«

Soweit das Memorandum! Man kann nicht sagen, daß das nach Hitlerbegeisterung aussieht. Natürlich ist auch in der Industrie die Abneigung gegen die antiprivatwirtschaftlich akzentuierte Planwirtschaft das vielleicht wichtigste Moment zur Begründung der feindseligen Stimmung. Dazu kommt, daß man der Arbeitsfront allerhand die Betriebe belastende und sie störende Konzessionen machen muß, da man ihr trotz steigender Lebenshaltungskosten keine Lohnerhöhung gewähren kann, ohne die Währung in Gefahr zu bringen. Die Beseitigung der Gewerkschaften hat sich eigentlich nicht gelohnt, wenn man dafür Herrn Dr. Ley und die Arbeitsfront eintauscht.

Nun kann man natürlich sagen, daß das alles unwesentlich sei, weil es nicht auf die ältere Generation ankäme, die in den eben besprochenen Gruppen doch vorherrsche, sondern auf die Jugend. Diese sei aber im stets wachsenden Maß nicht gegen, sondern für Hitler und so würde ziemlich bald mit dem Aussterben der alten Generation und mit dem Heranwachsen

von lauter ausschließlich im Nazigeist erzogenen Jahrgängen eben doch der Satz Wahrheit werden, daß das ganze Volk nichts anderes wolle als Hitler und die Hitlerei.

Kein Zweifel, daß eine Reihe von Jahrgängen überwiegend ihre politische Prägung durch den National-Sozialismus erhalten haben und daß zum Teil diese Menschen erst jetzt und noch in den nächsten Jahren in Berufe kommen, an Einfluß gewinnen und vielleicht auch wieder weitere Kreise beeinflussen. Zweierlei darf man jedoch dabei nicht übersehen, – erstens, daß auch gerade in dieser Schicht eine stark anwachsende Enttäuschung über das menschliche Versagen der Parteiregierung und über das Ausbleiben eines »deutschen Sozialismus« vorhanden ist, und daß zweitens die Vergiftung der noch jüngeren Jahrgänge lange nicht den befürchteten Umfang hat.

Die Erbitterung gerade bei vielen jüngeren »alten Kämpfern« über die moralische Korruption und die schmutzig luxuriöse Lebensführung der Parteispitzen ist nicht zu unterschätzen, und sie wird häufig in Verbindung gebracht mit Ausfällen gegen den Versuch, den »organisierten Straßenbettel« als den ersehnten echten unmarxistischen Sozialismus hinzustellen. Selbst in der Studentenschaft, ehemals wirklich keine Auslese an Geist, erwacht ein elementares Bedürfnis nach echter geistiger Nahrung. So hat z. B. im Sommer 1936 die juristische Studentenschaft Freiburg ein Übungslager mit einigen jüngeren Dozenten veranstaltet mit dem Ziel, die offiziellen Rechtslehren wissenschaftlich zu klären. Dabei ist das Ideal einer »wertfreien« Wissenschaft im Gegensatz zu der Lehre »Recht ist, was dem deutschen Volk nützt« sehr gut weggekommen. Tosender Beifall erklang bei den Schlußausführungen eines jungen Dozenten über die zu erziehende »Richterpersönlichkeit«. Darunter stelle er sich einen Richter vor, der in einem Verfahren wegen Brandstiftung »auch dann und gerade dann, wenn die tobende Volksmenge den Kopf des Angeklagten verlange, ihn freispreche, wenn seine Schuld nicht erwiesen sei«!³⁰ Freiheit vom Schlagwort wird wieder geschätzt, – so konnte ein Historiker im Kolleg mit Beifall sagen, daß »der Historiker, der sich mit dem »ewigen Stirb und Werde« zu beschäftigen habe, mit Begriffen wie dem 1000jährigen Reich nichts anfangen könne«!

Auf die noch jüngere Jugend, z. B. die Schuljugend, wirkt der endlose Drill stark unbefriedigend. Das Strammstehen und Angeschmaltztwerden vor und von fast Gleichaltrigen macht keinen Spaß mehr, und es scheint so, als ob die Chance, mal befördert zu werden und dann auch kommandieren zu dürfen, nicht mehr soviel Reiz hat, seit klargeworden ist, daß immer noch ein Vorgesetzter über dem anderen ist. Gegenüber dem Zwang, der immerfort auf die Jungs und Mädels ausgeübt wird, wächst ein starkes Freiheitsbedürfnis im primitiven Sinn – man will nicht ewig beaufsichtigt sein.

Auch wächst das Gefühl für die Schlechtigkeit eines Zustandes, in dem selbst Kindern die Notwendigkeit der Heuchelei, des Versteckspiels und der Zwecklüge klar wird. – Symptomatisch, wenn auch mit Vorsicht zu beurteilen, ist die Tatsache, daß in einigen Fällen das Verhältnis zu jüdischen Mitschülern, das 1933–1934 überwiegend grausig war, jetzt besser, d. h. mehr selbstverständlich geworden ist. Der Antisemitismus wird der Schuljugend in der Theorie genügend vorgeführt, – in der Praxis setzt sich sehr häufig die eigene Beobachtung der Kinder durch, die zum Resultat gelangt, daß doch wahrscheinlich der eine jüdische Mitschüler, der gerade da ist, nicht gemeint ist. Allerdings werden diese Fälle wegen der immer größer werdenden Auswanderung gerade von jüdischen höheren Schülern immer seltener.

Hier ist auch ein Wort über den Antisemitismus am Platz. Leider wird diese Angelegenheit immer als das Wesentliche am ganzen Nazisystem angegeben. Für die Juden mag das stimmen, denn die Juden hätten sich zweifellos liebend gern gleichschalten lassen, wenn das nur möglich gewesen wäre. Die Juden sind eben auch in dieser Beziehung nicht wesentlich anders als die Nichtjuden, so unangenehm diese Erkenntnis auch für das augenblicklich in manchen Fällen bis zur Hysterie überreizte Selbstgefühl der Juden sein mag. Für Deutschland ist aber das Judenproblem an sich kein Zentralproblem, sondern es liegt am Rande, – da gibt es Wichtigeres! Bedeutungsvoll wird die Judenfrage einmal, weil an ihr überdeutlich wird, wohin man kommt, wenn man die Gedanken der Rechtsgleichheit und der Humanität aufgibt und sich statt dessen der Gewalt verschreibt – und außerdem, weil sich an ihr leicht abmessen läßt, wie tief eigentlich die Wirkung der Nazipropaganda reicht.

Daß es den Juden in Deutschland heute sehr schlechtgeht und daß ein Teil von ihnen unter wirklich unfäßbaren Bedingungen leben muß, ist nicht zu bestreiten. Das ist die Auswirkung der zahlreichen Regierungsgesetze, -verordnungen und -erlasse, die mit schärfster Kasuistik alles aufspüren, was man tun kann, um den Juden das Leben noch mehr zu erschweren. Hierbei wirkt die Parteiführung als Antrieb und als Hilfestellung mit. Zu bestreiten ist aber auf das entschiedenste, daß diese Gesinnung und diese Tätigkeit ein Echo im Volk findet. Sehr häufig findet sich neben der Ansicht, daß es zuviel jüdische Rechtsanwälte (Kassenärzte, Journalisten... beliebig fortzusetzen) gegeben habe, eine schroffe Verurteilung der Schikanen gegen die Juden, manchmal auch eine Verurteilung der Rassengesetze. Vor allem aber ist festzustellen, daß der krasse Antisemitismus stets nur unter Druck vorhanden ist. Ist der Kreisleiter ein rabiatere Antisemit, haben es die Juden dort schlecht. Wird von oben, der Partei, verschärft in Judenhetze gemacht, so zeigen sich sofort die Auswirkungen. Sobald aber dieser Druck nachläßt, kann man kurz danach die Milderung verspüren. Typisch

hierfür sind die Erfahrungen, die man mit dem Boykott des jüdischen Einzelhandels gemacht hat. Wo auch immer diese Hetze stattgefunden hat, da hat sich auch ergeben, daß nach dem Abflauen der Propaganda die Käufer den Weg wieder in die jüdischen Geschäfte gefunden haben. Die gegenteilige Meinung findet soviel Glauben, weil es

1. Gebiete gibt, in denen die örtliche Parteileitung gerade diese Agitation immerfort betreibt (Grund meistens ein unfähiger Konkurrent als Kreisleiter),
2. eine ganze Reihe jüdischer Betriebe den Boykott nicht durchhalten konnten und so gar nicht bis zur Atempause gelangten und also die oben geschilderte Erfahrung nicht machen konnten,
3. irrtümlicherweise jede jüdische Geschäftsaufgabe als Folgeerscheinung des Boykotts gilt, was keinesfalls, gerade in einigen markanten Fällen nicht, stimmt.

Der Rassenantisemitismus nazistischer Art mit seiner aggressiven Feindseligkeit und dem Ziel einer Ausrottung der Juden ist dem deutschen Volk fremd, muß ihm von oben mit Gewalt aufgepfropft werden. Wäre es anders, so hätte man die vielen Maßnahmen gegen die Juden gar nicht gebraucht – dann hätte nämlich das Volk selbst dafür gesorgt, daß es keine Juden mehr in Deutschland gegeben hätte, – genug Freiheit in dieser Beziehung hat man ihm gelassen, und an freundlicher Aufforderung dazu hat es auch nicht gefehlt. Nein, man muß schon feststellen, daß selbst hier auf diesem scheinbar populärsten Propagandagebiet die Stimmung des deutschen Volkes nicht mit Hitler, diesem radikalsten Antisemiten, ist, sondern sich ganz erheblich von seinen Ansichten entfernt. Ein fast rührender Beweis hierfür ist auch das Bemühen vieler einfacher Menschen, »ihren« Hitler von dem Vorwurf der Streicherschen Judenfresserei zu reinigen, wodurch sie sich, meistens völlig unbewußt, in einem sehr erheblichen Punkt von ihrem »Führer« distanzieren.

Zum Abschluß dieser Ausführungen muß noch ein Wort über das Anwachsen der Kritik gesagt werden. Es ist auch schon im Jahre 1934 »gemekert« worden, aber erstens nicht so viel, zweitens nicht so laut und drittens nicht mit so viel allgemeiner Billigung. Das Wichtigste aber daran ist, daß die Kritik sich an den Widerspruch heftet, der zwischen den Worten und den Taten der Nazis aufklafft. Das Versprechen, keine größeren Gehälter als 12 000 Mark im Jahr zu beziehen, wird mit dem Luxusleben der großen und der mittleren Bonzen kontrastiert. Die vielen großen Privathäuser, die Autos und die sonstigen Güter des Lebens, die diese Herrschaft im reichlichsten Maße besitzt, sie fordern immer häufiger das bittere Wort heraus: »Alles erspart in einem Jahr.« Auch an Hitler selbst wagt sich diese Kritik in der letzten Zeit schon heran, der doch lange Zeit für völlig sauber und geradezu asketisch bedürfnislos galt. Allmählich begreift man,

daß ein Mensch Antialkoholiker und Vegetarier sein kann und deswegen trotzdem ungeheuer, ganz anormal anspruchsvoll sein kann. Die Tatsache, daß Hitler dauernd auf dem Obersalzberg ist und daß seinetwegen, weil er nun mal nicht in Berlin leben mag, in Berchtesgaden ein neues, teures Dienstgebäude der Reichskanzlei errichtet werden muß, hat in dieser Beziehung sehr aufklärend gewirkt.

Alles zusammengenommen muß man also sagen, daß die Behauptung, das Volk wolle nun mal Hitler, einen Diktator, den ganzen Pomp und Prunk, völlig falsch ist, – ein Resultat oberflächlicher Betrachtung, eine Folge der Goebbelsschen Propaganda. Auch Berufung auf die jubelnden Menschenmassen bei Aufmärschen usf. ist falsch, – hiervon gilt das Wort Friedrichs des Großen: »Man setze einen Affen auf ein Pferd und führe es durch die Straße, das Volk wird genauso jubeln.«

Trotz alledem ist diese Opposition für das Regime nicht wichtig, denn es fehlt ihr ja jede Macht. Um die zu gewinnen, nützt es nichts, die Unzufriedenheit zu addieren. Man muß sie potenzieren, – nur dann werden sie »potent« sein. Aber das gehört in einen anderen Zusammenhang. Hier schließt sich nur noch eine letzte zu besprechende Auffassung an, nämlich:

Die Opposition ist gar nicht da – wir im Ausland sehen nichts von ihr

Wenn sich nur einer dieser Etappenhelden eine Vorstellung von dem Leben in Deutschland und überhaupt von dem Leben unter einer Diktatur machen könnte, so würde diese Bemerkung nie gemacht worden sein. Heroische Oppositionstaten sind jetzt zwecklos. Der Kampfesmut, der mit solchen Auffassungen verlangt wird, war vor 1933 wichtig. Jetzt ist im Gegensatz zu früher, wo offener Kampf richtig gewesen wäre, die Voraussetzung für jede Opposition eine ganz rigorose Enthaltung von allen Paradekunststücken. Die Aufgaben der politischen Opposition in Deutschland liegen auf ganz anderen Gebieten, – jedenfalls gehört nicht dazu, sich in der Öffentlichkeit zu produzieren, um so endlich von Ausländern auch bemerkt zu werden. Das Leben der Behauptung ist in Deutschland sehr schwer. Es ist nötig, wenn eine Besserung je eintreten soll, und es wäre schön, wenn dieser Bericht und die ihm evtl. folgenden etwas dazu beitragen könnte[n], mehr Verständnis für die deutsche Situation, für die deutschen Menschen und besonders für die schweigende, bewußt schweigende Opposition in Deutschland zu schaffen.

Dokument Nr. 4

Zweiter Bericht Robinsohns an Freunde im Ausland, 4 Seiten, Ende November 1937, Privatnachlaß Vagts

Bericht No. 2

Gegen Schluß des ersten Berichtes ist gesagt worden: »Trotz alledem ist diese Opposition für das Regime nicht wichtig, denn es fehlt ihr ja jede Macht. Um die zu gewinnen, nützt es nichts, die Unzufriedenen zu addieren – man muß sie potenzieren, – nur dann werden sie ›potent‹ sein.« Die folgenden Bemerkungen sollen einiges Material über die Voraussetzungen einer wirksamen Opposition und über ihre möglichen Chancen bringen.

1. Eine politische Opposition ohne Organisation ist unmöglich. Jede gegenteilige Meinung ist eine Kinderei und ein frommer, wenn auch gefährlicher Glaube. Zusammenarbeit, Arbeitsteilung, die beide für jede politische Tätigkeit erforderlich sind, bedingen eine Organisation mit Zentrale, örtlichen Vertrauens- und Arbeitskreisen, eine Kompetenzeinteilung und eine Gliederung in Leitung und Mitarbeiterschaft. Die allgemeine Ansicht geht deswegen auch dahin, daß eine Opposition in Deutschland eben *unmöglich* sei.

Bedenkt man die Umstände in Deutschland, so erscheint es wirklich fast ausgeschlossen, irgendeine organisatorische Tätigkeit zu entfalten. Man kann sich nicht [mit] zu vielen Personen treffen, – höchstens an sehr unauffälligen Orten und auch dann nie mit mehr als ganz wenigen Freunden und ziemlich selten. Man muß alle Beziehungen untereinander entweder gut und harmlos erklären können oder wirksam abdecken und vor allem in seiner ganzen Lebensführung ein unauffälliger, harmloser Mitmensch sein. Die leninistische Theorie, daß im 20. Jahrhundert nur noch der Berufsrevolutionär erfolgreich sein könne, ist grundfalsch unter den deutschen Verhältnissen, denn nur ein möglichst bekannter, ausfüllender Beruf gibt die nötige »Deckung«. Die Benutzung von Telefon und Post ist auf die nichtssagenden Dinge beschränkt und kann in manchen Fällen auch nicht einmal hier angewandt werden.

Man stelle sich einmal ein Leben vor, in dem alle wesentlichen Dinge nur noch mündlich erörtert werden können und wo man jede getroffene Verabredung trotz Beruf, Familie und tausend Zufälligkeiten einhalten muß, weil sonst wertvolle Arbeit ungetan bleibt, wertvolle Zeit verschwendet wird. Die Kritiker am deutschen Volk, die nämlich eine Opposition vermissen, würden sich wahrscheinlich schön umsehen, wenn sie unter solchen Umständen auch nur ganz ungefährliche Arbeiten voll-

enden sollten, weil es ihnen einfach zu unbequem wäre. Die große Gefahr der Entdeckung kommt noch hinzu.

Ganz schrecklich wird die Sache bei jeder über einen Ort hinausgehenden Arbeit. Hier ist das Telefon selbst für an sich ganz unverdächtig klingende Sachen meistens ausgeschlossen. Briefe haben nur Zweck, wenn die darin erhaltenen Mitteilungen einen ganz anderen Sinn verbergen. Das heißt, daß sie nur in sehr kleinem Ausmaß als Benachrichtigungs- und Verständigungsmittel in Frage kommen. Alle wichtigen Dinge *müssen* mündlich erledigt werden, was nicht nur eine fast unvorstellbare zeitliche und technische Hemmung (man muß ja immer eine gute Begründung für seine Reise haben) ergibt, sondern auch eine riesenhafte finanzielle Belastung darstellt.

Wenn trotzdem hier die Behauptung verteidigt wird, es sei dennoch eine auch wirksame politische Opposition möglich, so muß dazu gesagt werden, daß dies nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen gilt, – Voraussetzungen, die auch politische Stellungnahmen beinhalten und politische Konsequenzen entstehen lassen. Wer sich hierzu nicht entschließen kann, wird entweder gar nichts erreichen oder eine so hohe Risikoquote auf sich nehmen, daß der Mißerfolg sicher ist.

2. Da die politische Zielsetzung der Opposition, von der hier weiterhin die Rede ist, antinationalsozialistisch ist, eine Wirtschaftsreform und Sozialreform erstrebt mit Anschluß an den Welthandel, Förderung der Veredelungsproduktion und energischster Hebung des Lebensstandards der breiten Massen, so verfügt diese Opposition zunächst weder über Waffen, die in den Händen von Armee und Regierung – (nicht ganz identisch) – liegen, noch über wirtschaftliche Schlüsselstellungen noch über Geld. Das Aktivum des Verstandes ist nicht in eine solche Berechnung einzusetzen, denn jede politische Gruppe ist der Ansicht, darüber in völlig ausreichendem Maß zu verfügen. Auf die Dauer sind natürlich ohne alle Machtmittel keine politischen Erfolge zu erzielen. In dieser Situation gewinnt die Frage an Bedeutung, ob nicht das Machtmittel der Massen für eine solche Gruppe erreichbar wäre. Es erhebt sich das Problem des Verhältnisses einer politischen Opposition in Deutschland zur Masse.

An diesem Punkt scheiden sich schon rein organisatorisch die Geister. Es gibt immer noch Menschen, die eine Bearbeitung der Massen in Deutschland für die entscheidende Arbeit halten und dieser Tätigkeit alle anderen Gesichtspunkte unterordnen. Das gilt für alle Arbeit, die von den Kommunisten in Deutschland geleistet wird, wie für das, was noch von Resten parteifrommer Sozialdemokraten stammt. Ein besonders unangenehmes Kapitel dabei ist die Tatsache, daß hierbei eine peinliche Art der Risikoverteilung auftritt, – der Stab sitzt im Ausland, verlangt revolutionäre Haltung, und die armen proletarischen »Frontschweine« ha-

ben sich mit Gestapo, Konzentrationslager und anderem auseinanderzusetzen. Davon aber abgesehen ist eine Folge des Arbeitens in der Masse die Festlegung auf radikalste Parolen, die im wesentlichen völlig negativ sind und nachher, – »am Tag danach« – unbedingt und sofort sich als undurchführbar herausstellen, wodurch eine neue Enttäuschung der Massen entsteht mit den schönen Vorwürfen des »Arbeiterverrats«, Entzweiung bei den Siegern und schnellen Chancen für die Besiegten. Schließlich kommt noch die Risikofrage dazu. In den von Spitzeln durchsetzten Betrieben und Arbeiterwohnblocks zu arbeiten, Zettel zu verteilen, Aufschriften nächtlicherweise an Mauern zu bringen mit »Rotfront lebt«, – das alles ist mit einem so irrsinnig hohen Risiko verbunden, daß der Aufwand nicht entfernt den Erfolg lohnt.

Bezeichnenderweise kleben an dieser Methode die beiden politischen Gruppen, die auch schon vor 1933 ihre hoffnungslose Unbegabung unter Beweis gestellt haben. Die KPD ist in nicht geringem Maß für den deutschen Faschismus verantwortlich, und ihre Nachfolger wissen auch jetzt nichts anderes als die Anpreisung der russischen Zustände, obgleich wir ja in Deutschland den Segen der Diktatur und der Planwirtschaft (ohne Plan) nun kennengelernt haben, und verhelfen der Polizei zu billigen Triumphen, ohne daß die armen Opfer auch nur den Märtyrererfolg für sich verzeichnen können. Der alte SP-Vorstand, soweit es ihn noch gibt, scheint in seiner Zielsetzung auch noch nicht über 1929 hinausgekommen zu sein. Die Methoden sind gleichfalls noch immer den Idealen der »Zahlabende« angepaßt. Man steht unter dem Eindruck, als ob in diesen Kreisen ernsthaft daran geglaubt wird, daß nach der Beseitigung der Nazis das Reich des seligen Hermann Müller mit einigen kleinen Verbesserungen wiederkehren würde.

All diesem gegenüber ist festzustellen, daß auch die Gewinnung der Massen in einem späteren Stadium des Kampfes für die deutsche Freiheit nur möglich ist, wenn in dieser jetzigen Periode bedingungslos die Qualität über die Quantität gestellt wird. Aus dieser Grundvoraussetzung leitet sich alles andere ab.

Man kann für die oppositionelle Arbeit nur Menschen werben, wenn man sich selbst über die Zielsetzung ganz klar ist. Man muß schon hierbei mit dem Gedanken der Qualität bei sich selbst anfangen, indem man nicht nur negativ dieses System ablehnt, sondern auch formulieren kann, was man an die Stelle des heutigen setzen will. Erst bei den positiven Forderungen zeigt sich, wer zusammengehört. Es ist ein Irrtum zu glauben, das habe später Zeit, das fände sich ganz von selbst. Handelt man so, dann wird bei der unvermeidlichen politischen Rauferei um die nächsten Ziele am »Tag danach« der Sieg der politischen und sozialen Reaktion gesichert sein. Gerade die ewige Improvisation an Stelle konsequenter

Zukunftsarbeit, das Nur-für-den-Tag-Arbeiten hat den Sieg der Nazis unerhört erleichtert. Diese Haltung aber eignet sich nur für die Arbeit in kleinen ausgewählten Kreisen und nicht für die Agitation in den Massen. Die Hitlerdiktatur ist ganz wesentlich die Folge des Versagens der republikanischen Intelligenz, die sich mit grundlegenden Fragen gar nicht beschäftigt hatte. Daher muß jetzt zunächst die Intelligenz die Vorarbeiten und die eigentlich entscheidende Grundlegung für einen Sturz der Diktatur schaffen. Unter Verzicht auf die äußerlichen und nach außen wirkenden, gefährlichen Plakatierungen – »Wir sind noch da« –, unter Verzicht auf die Befriedigung, große Zahlen hinter sich zu fühlen und sie wohl gar zu leiten, muß alles daran gesetzt werden, eine Elite zu organisieren, die in der Lage ist, die Führung des Kampfes in einem späteren Abschnitt mit dem Recht der größeren Leistung zu übernehmen. Es muß eine Stoßtruppe gebildet werden, die nicht nur politisch, sachlich und programmatisch zu einer auch früher seltenen Klarheit in der Zielsetzung gelangt ist, sondern die auch in der Technik ihres Kampfes sich ganz auf die einzigartigen Bedingungen der heutigen Zustände eingestellt hat.

Außer einer politischen Zentrale, die die Gesamtlinie erarbeitet, gleichzeitig Informationssammelstelle ist und die Arbeitsimpulse gibt, muß ein Netz von Vertrauensleuten geschaffen werden, von denen jeder wieder unter Voranstellung des Qualitätsgedankens ausgewählt worden ist. In allmählicher Verbreiterung wird so die Grundsicht geformt, die den Druck des Kampfes tragen muß und infolge ihrer Auslese und Schulung auch tragen kann.

3. Die Frage, welchen Zweck ein solcher Apparat ohne Waffen, Geld, Wirtschaftspositionen und Massen denn überhaupt haben kann, ist leicht zu beantworten. Zunächst ist heute noch in keiner Weise zu übersehen, welche Entwicklung die deutschen Dinge nehmen werden, wie insbesondere die Armee in dem Moment reagieren wird, in dem sich herausstellt, daß die Autarkie nicht nur nicht geht, sondern noch mehr kostet, als sie einbringt. Wie aber auch immer die Armee dann denken und fühlen mag, sie wird nie die zivile politische Verantwortung selber übernehmen, weil sie – und das wohl mit Recht – ihr Ideal in dem unpolitischen Heer sieht. Mit welcher Legitimation kann aber die Armee in einer solchen Lage von anderer Seite in Anspruch genommen werden, wenn man von der Legitimation der Verwandtschaft und Verschwägerung mit Kreisen der Großlandwirtschaft und Großindustrie absieht. Diese Kreise werden sich nicht drängen, die Erbschaft anzutreten.

Es gibt dann nur noch die Legitimation der sachlichen Qualifikation, bewiesen durch klare Zielsetzung, teilweise bis unmittelbar an die legislatorische Form hin abgestimmt, und weiter bewiesen durch das Vor-

handensein einer politischen zivilen Führungsgruppe und ihres Netzes von Vertrauensleuten.

Aber von diesem Fall abgesehen, der mehr beispielhaften Wert hat, kann man sagen, daß auch dann, wenn diese Organisation einer Elite nichts direkt zum Sturz des Regimes beitragen könnte, sie dennoch für die Zeit danach gar nicht entbehrt werden könnte. In dem Chaos, das dann zunächst entsteht, ist nach allgemeiner Erfahrung der Schwätzer, der die größte Suggestivkraft aufbringen kann, dem Köhner überlegen, – eine wenn auch nur kleine, fest zusammengeschmiedete, nach vorbereiteten Plänen handelnde Gruppe muß aber in solchen Fällen eine sehr große Chance haben, erheblichsten Einfluß zu erhalten. Immer wieder zeigt es sich, daß die Gedanken nicht nur bis zu dem Ziel der Beseitigung der Diktatur gehen dürfen, sondern daß sie gerade dort, mit der gedanklichen Klärung der Entwicklung von diesem Zeitpunkt an, erst recht beginnen müssen.

Wie man es auch nimmt, ob Apparat zum Sturz selbst oder ob Apparat für die Gestaltung der Dinge nach dem Sturz, – ohne Apparat geht es nicht, und mit Massenorganisation geht auch beides nicht.

4. Aufgrund solcher Gedankengänge hat sich ein erster Arbeitskreis in Deutschland zusammengefunden, der den enormen Vorteil ausnutzen will, der in dem Verschwinden der alten Parteien liegt, wodurch eine Sammlung von früher getrennt organisierten Kräften möglich wird. Unter Zurückstellung dogmatischer Formeln wird in diesem Kreis daran gearbeitet, ein klar umrissenes Bild von dem Deutschland nach der Diktatur zu schaffen und Menschen verschiedenster Herkunft, jedoch unter Ausschaltung der »politischen und sozialen Reaktion« zu sammeln. Während immer weiter daran gearbeitet wird, die Zielpunkte, die im wesentlichen klar sind, auch in den Details von allen Verwaschenheiten zu befreien und neben Herausstellung des Gesinnungsmäßigen auch die Probleme der auf die Nazis folgenden Sanierungsperiode in großen Zügen einer Lösung entgegenzuführen, wird gleichzeitig immer weiter der Ausbau des Netzes der Vertrauensleute betrieben. In einigen Orten, in denen mehrere Vertrauensleute gewonnen sind, besteht auch schon wieder eine Zusammenfassung dieser Menschen unter einem örtlichen Leiter, der den Ausbau in der Stadt und ihrer Umgebung vorwärtstreibt und die Verbindung zur Zentrale aufrechterhält.

Die Arbeit geht natürlich unter den geschilderten Bedingungen sehr langsam voran, insbesondere, weil nicht entfernt die nötigen Mittel für eine systematische Tätigkeit vorhanden sind. An Menschen, die nicht nur wirklich sehr gut für diese Tätigkeit geeignet sind, sondern sich auch dafür zur Verfügung stellen, besteht – im Gegensatz zu häufig auftretenden skeptischen Ansichten – nicht der geringste Mangel. Im Gegenteil –

es hat sich an manchen Stellen als notwendig herausgestellt, im Interesse der Risikobeschränkung den Kreis zu schließen. Listen werden selbstverständlich nicht geführt. Desgleichen gibt es fast kein schriftliches Material. Alles Wesentliche muß im Gedächtnis der Mitarbeiter aufbewahrt sein.

5. Die Chancen einer solchen Tätigkeit sind praktisch nicht zu berechnen. Sie liegen zwischen 0 und 100%. Wenn nun deshalb *gar nichts* getan würde, dann würde mit Sicherheit *nichts* herauskommen. Im übrigen kann man nicht erwarten, daß ein Volk zweimal, 1918 und jetzt wieder, seine Freiheit ohne eigenen Einsatz erhält. Immerhin ist ein gutes Netz von qualifizierten Vertrauensleuten mit einem Stab von Fachleuten unter einer politischen Führung, die genau weiß, was sie will, ein politisches Aktivum ersten Ranges, seien die Umstände nun, wie sie wollen, und sei die Entwicklung der Verhältnisse noch so zweifelhaft. Auf dieses Aktivum hinzuarbeiten, es so stark wie nur möglich zu machen, – das ist die Aufgabe einer politischen Opposition in Deutschland, die an die Stelle der Diktatur der Nazis nicht eine andere (Generäle oder Kommunisten) setzen will, sondern einen Rechtsstaat mit einer gesamteuropäischen Außenpolitik, einer die Freiheit des einzelnen und die Kontrolle des Staatsapparates sicherstellenden Verfassung und einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sich um die Schaffung des seit langem gestörten sozialen Gleichgewichts vor allem durch Hebung und Besserung des Lebensstandards der großen Masse bemühen will.

Dokument Nr. 5

Dritter Bericht Robinsohns, 2 Seiten, Ende 1937, BA, NL Robinsohn 31.

Die Auseinandersetzungen um die Rüstungspolitik, die im Sinne des Vierjahresplans enorm forciert wurden, führten zum Rücktritt des Wirtschaftsministers Hjalmar Schacht, den Robinsohn analysiert und auf seine möglichen Folgen hin untersucht.

Bericht No. 3

Nachdem der zweite Bericht einiges über das Wesen und die Chancen und die Arbeitsbedingungen und Aufgaben einer wirksamen deutschen Opposition gesagt hat, soll hier zunächst einiges über die Weiterentwicklung der deutschen politischen Verhältnisse gebracht werden.

In einer Diktatur sind noch mehr als in einer anderen Staatsform persönliche Dinge wichtig. Daher muß bei einer Beurteilung der politischen Situation in Deutschland, soweit es sich um die Ereignisse der letzten Monate [handelt,] von dem Abschied von Schacht³¹ ausgegangen werden. Wichtig hieran sind die folgenden Punkte:

- a) Mit Schacht geht der letzte bedeutende »bürgerliche« Minister. Herr von Neurath, Herr von Schwerin-Krosigk, Herr Gürtner und Herr Seldte³² sowie die paar Reste »fachministerieller« Herrlichkeit³³ spielen keine Rolle. Was Neurath betrifft, so wird die Außenpolitik in Deutschland von vielen anderen Ministern betrieben, aber nicht von ihm. Um aber in der Innenpolitik des Dritten Reichs eine Meinung zu äußern, ein Faktor zu sein, dazu fehlt es diesem sicher nicht dummen Mann, diesem »Charmeur«, an allen wesentlichen schlechten, aber dazugehörigen Eigenschaften. Das Kabinett des »Führers« ist jetzt so autark wie notwendig. Konservative, reaktionäre, bürgerliche, d. h. »sachliche« Gedankengänge haben hier keinen Platz mehr - und es wird jetzt die Phase eintreten, wo es sich erweisen muß, ob die national-sozialistische »Revolution« mehr ist als eine zur Macht gekommene, an Minderwertigkeitskomplexen leidende Kleinbürgerbewegung.
- b) Schachts Abgang bedeutet einen nicht unerheblichen Ausfall an internationalem good-will und an rein sachlichem Können. Merkwürdigerweise hat nämlich das Ausland Herrn Schacht alles das verziehen, was es ihm in den Jahren '33 und '34 vorgeworfen hat, und so war er einer der wenigen Verhandlungspartner, die Deutschland mit Aussicht auf Erfolg zu internationalen Besprechungen schicken konnte. Sein Ausscheiden, insbesondere nach einem evtl. Rücktritt als Reichsbankpräsident,³⁴ wird eine in den letzten Jahren sehr notwendig gewesene und mit Erfolg gehandhabte Bremse am dahinschlitternden Wagen des Dritten Reichs außer Aktion setzen. Der Wagen wird nun zwar schneller fahren, aber natürlich im Gegensatz zu früher besonders an den gefährlichsten Stellen. Das wird die Sicherheit der Passagiere, aber auch der die Fahrt beobachtenden Nachbarn erheblich verringern.
- c) Nach einer längeren »Schachtkrise« folgte der endgültige Rücktritt. Der Zeitpunkt war charakteristisch, weil er nämlich unmittelbar auf die Abreise von Lord Halifax³⁵ folgte. Von diesem Besuch hat man sich offenbar nicht nur in London mehr versprochen, sondern auch in Berlin. Daß er aber so völlig negativ verlief (und damit für England nur eine Wiederholung der Erfahrungen von Eden im Jahre '35 brachte), hat in Berlin scheinbar zu einem Augenblicks- und Stimmungserfolg der radikalen Richtung in der Partei geführt, die in Schacht und seinen Rücksichtnahmen auf internationale Ansichten schon lange ein schweres Hemmnis für ihre Ziele und Methoden sahen. »Wenn Schacht uns in fast fünf Jahren

die Anleihe nicht gebracht hat, dann wird er's überhaupt nicht schaffen, – man sieht ja, daß diese ganze Rücksichtnerei auf's Ausland gar keinen Zweck hat, siehe den wertlosen Halifax-Besuch. Also weg mit Schacht.«

- d) Kennzeichnend war auch, daß die Militärs Herrn Schacht nicht mehr gedeckt haben. Sie waren es satt, sich von diesem »Zivilisten« immerzu finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten vorhalten zu lassen, und so ließen sie ihn fallen. Das hatte noch gefehlt, denn die Goebbels-Darré-Himmler-und-Rosenberg-Clique³⁶ war schon immer gegen ihn, und dazu hatte sich nun auch noch Ley mit der Arbeitsfront gesellt, die dringend einen inneren Feind brauchte. Im übrigen war auch natürlich Göring gegen ihn, also alle, was beinahe schon ein Leumundszeugnis ist!!
- e) Sehr interessant war auch die Tatsache, daß hier zum ersten Mal im Dritten Reich selbst in der Form der Veröffentlichung des Rücktritts von Schacht erkennbar war, daß dieser Rücktritt von Hitler nicht als Ergebnis einer von ihm planmäßig geführten Politik aufgefaßt worden ist, sondern daß er ihn eigentlich gegen seinen Willen entlassen hat. (Wer alles die Entfernung wollte, ist im vorigen Absatz geschildert worden.) Hitler sieht wohl noch heute in Schacht den Mann, der ihm nicht nur versprochen hat, die Inflation zu vermeiden, sondern zugleich auch den einzigen, dem er es zutrauen kann, dieses Versprechen auch zu halten. Das hat den Abschied bitter gemacht, doppelt bitter, weil einer der Hauptgründe Schachts für seinen Rücktritt der Bauwahnsinn eben von Hitler war, was zweifellos Hitler nicht verborgen geblieben sein kann – dafür werden die Gegenspieler schon gesorgt haben.

Was werden die Folgen des Rücktritts sein?

Zunächst wird alles, was begonnen ist, im verschärften Tempo weitergehen. Der cäsarische Bauwahnsinn wird sich weiter austoben können, ganze Städte umgestalten und ohne Rücksichten auf Materialmangel aus dem Vollen schöpfen. Gleichfalls wird das Heer – jetzt ohne kritisches Gemekker über die Kosten – jedes gewünschte Spielzeug bekommen. Die gute Laune wird also erst mal allseitig sein! Es fragt sich nur, wie lange? Und es fragt sich weiter, was dann? Von guter Laune der regierenden Schicht kann Deutschland nicht leben, umgekehrt, von guter Laune des Volkes wäre es schon eher möglich – aber davon ist gar keine Rede.

Das einzige, was ganz bestimmt eintreten wird, ist vergrößerter Mangel und beschleunigtes Anwachsen des Mangels. Es fehlt an allen Ecken und Enden, wenn es auch der angestregten Organisationstätigkeit noch gelingt, die Bedarfsdeckung so zu lenken, daß der Mann in der Straße es nicht so stark fühlt. Auch die Hausfrau empfindet die fraglos eingetretenen Schwierigkeiten nicht so groß, daß sich bei ihr ein dauernder Groll und Zorn auf die Regierung bildete – man schimpft, aber vorläufig ist es noch

weitaus der schmerzlosere Weg, die Dinge hinzunehmen, wie sie sind, als sich etwa gegen die »Macht« aufzulehnen.

Was den Nachfolger des Herrn Schacht betrifft, so ist eines sicher: er wird nicht den Ausweg aus der Situation finden, der gefunden werden muß, wenn die Herrlichkeit des Heeresspielzeugs, wenn die Bauten und Baupläne des höchsten Hausherrn und wenn die ganze Lebensführung der hohen Herren alle miteinander weitergehen soll. Herr Funk³⁷ ist – sicherem Vernehmen nach – ein Vertrauensmann von Göring und nicht, wie man zuerst annahm, ein gelehriger Schüler von Goebbels. Er wird ein Statthalter sein und das vielleicht einzige Gebiet, das man ihm mehr oder minder frei überlassen wird, das wird die Lösung des Themas »Die Juden in der Wirtschaft« sein,³⁸ eine Angelegenheit, die für die Betroffenen unerhört schmerzlich werden kann (vermutlich wird), ohne daß sie für Regierung oder etwa gar Volk irgendwelche Erleichterung mit sich bringen kann.

Es wird nötig sein, gerade die wirtschaftliche Entwicklung genau zu beobachten – wir glauben uns nicht in der Annahme zu täuschen, daß in den nächsten anderthalb Jahren die deutsche Situation sich von dieser Seite her in stark beschleunigtem Tempo zuspitzen wird. – – Um so wichtiger wird es sein, ob es gelingt, in dieser Zeit die Arbeit für eine wirksame deutsche Opposition (siehe Bericht No. 2) so zu fördern und weiterzutreiben, daß man für den Fall einer Krise nicht völlig ohne Auffangapparatur ist.

Dokument Nr. 6

Vierter Bericht Robinsohns, 2 Seiten, Februar 1938, BA, NL Robinsohn 31.

Anfang 1938 nutzte Hitler die Heirat seines Reichskriegsministers, Generalfeldmarschall von Blomberg, mit einer ehemaligen Prostituierten sowie die in Wirklichkeit unzutreffenden Beschuldigungen angeblicher Homosexualität gegen den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Fritsch, um die beiden Generäle zu entlassen und die Wehrmacht stärker an die nationalsozialistische Staatsführung zu binden. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Zusammenarbeit Strassmanns mit Goerdeler bereits begonnen. – Vgl. Kap. 5.

Bericht No. 4

Vorbemerkung. Es kann heute nur ein ganz komprimierter Bericht zur Beurteilung der durch die letzten Ereignisse in Deutschland entstandenen Lage gegeben werden. In einigen Wochen wird es möglich sein, einmal auf die praktische und prinzipielle Bedeutung einzugehen, die eine politische Opposition in Deutschland für Europa und darüber hinaus für die übrige Welt hat.

Die Konfliktausgangsstellung

Der Konflikt zwischen Heer und Partei begann mit gegenseitiger Unzufriedenheit. Das Heer, repräsentiert durch General v. Fritsch und einige andere Generäle, wollte 1.) die Beseitigung des Ministers v. Blomberg, weil er nicht stark genug gegen den radikalen Parteikurs arbeitete. (Man nannte ihn häufig genug »Hitlerjungen Quex«, nach einem Propagandafilmtitel.) Man wollte daneben 2.) einen einheitlichen Oberbefehl wie in Frankreich, so daß auch die Luftwaffe des Herrn Göring diesem militärischen Kommando unterstellt sei. Man wollte 3.) einen Einfluß auf die auswärtige Politik, da man in der einseitigen Bindung an Italien, in der etwaigen Forcierung der spanischen Intervention und in geplanten Abenteuern in bezug auf Österreich und die Tschechoslowakei eine schwere Gefahr erblickte. – Die Partei andererseits wollte 1.) die Zurückdrängung des militärischen Einflusses auf dem Gebiet der Außenpolitik, wo jede aktivistische Unternehmung durch die Generalität gehemmt wurde. Sie wollte 2.) die Ausschaltung innenpolitisch, wo das Heer immer noch in gewisser Weise bremste (wie z. B. in der Frage der Bekenntniskirche), und sie wollte 3.) eine Unterwerfung der Armee unter die Tätigkeit der Geheimen Staatspolizei.

Das Konfliktergebnis

In fast allen Punkten ist das Heer unterlegen. Zwar ist Blomberg gegangen, aber Fritsch und die anderen Frondeure auch. Der neue Kriegsminister heißt Adolf Hitler. Wohl ist der einheitliche Oberbefehl mit Unterstellung auch der Luftwaffe geschaffen worden, aber nicht Herr v. Keitel³⁹ hat das letzte Wort, sondern der ranghöchste Offizier der Armee, und der heißt Feldmarschall Göring. Auch ist das Heer in dem geheimen Kabinettsrat vertreten, aber den entscheidenden Einfluß hat dort die durch Hitler, Göring, Hess und Ribbentrop plus Goebbels vertretene Partei. Wie weit das Heer es sich erlauben kann, in Zukunft noch gewisse Richtungen zu protegiere, die sich noch nicht mit dem totalen Staat abfinden wollen, wird sich zeigen. Sehr weit wird man in dieser Beziehung nicht gehen können, wenn überhaupt. Ob die Gestapo rechtlich nun auch in der Armee schalten und

walten kann, mag zweifelhaft sein, sicher ist, daß sie Verhaftungen vorgenommen hat – und das ist das Entscheidende.

Die Ursache für die Niederlage

In der Strategie nennt man die Entstehung des Konfliktes eine »Begegnungsschlacht«. Sie kam beiden Teilen zeitlich überraschend. Das Heer »schlidderte« aber nach berühmten Vorbildern immer tiefer in die Krise hinein, während die Partei mit ihrem stets bereiten Apparat ihre gewohnte Taktik betrieb: erst bluffen und dann durch Feststellen der Wirkung des Bluffs sich entscheiden, ob Gewaltanwendung oder Kompromiß nötig und richtig ist. Wichtiger aber ist noch, daß die Generäle ohne einen Schimmer von politischem Gefühl, ohne die mindeste Taktik und ohne jede politische Psychologie an die Sache herangingen. Man kann mit der Diktatur nicht von gleich zu gleich diskutieren – eine Seite muß schwächer sein, und die kann nur Vorstellungen erheben, aber nicht wie in einer Demokratie mit Argumenten arbeiten. Wenn nun eine Generalsdeputation in einer Diktatur beginnt, mit der politischen Führung über politische Fragen zu diskutieren, entsteht zwangsläufig die Frage, wer hier denn schwächer ist. Die Generäle sind aber nur dann stärker, wenn sie entschlossen sind, die Waffen anzuwenden. Selbstverständlich kann das Naziregime auch heute noch nicht gegen die zur Waffenanwendung entschlossene Armee regieren. Die Generäle waren aber nicht nur nicht zur Anwendung von Waffengewalt entschlossen – nein, sie waren sich gar nicht im klaren darüber, daß das im Laufe ihrer geplanten Besprechungen notwendigerweise kommen mußte. Sie glaubten, daß es noch so wie im Weltkrieg sei, wo es selbstverständlich in Deutschland war, daß die Ansichten der führenden Generäle befolgt wurden, auch ohne politische Eigenverantwortung. Die Diktatur aber kann sich nicht nach den Ansichten von politisierenden militärischen Fachleuten richten, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Deshalb muß sie eine Generalsdeputation stets als den ersten Schritt zum Militärputsch ansehen und danach handeln, auch wenn die andere Seite, wie jetzt in Deutschland, nicht entfernt an ein Komplott oder an einen Putsch gedacht hat. Mit dem Mut der Verzweiflung hat man die eingebildete Gefahr – und damit die wesentlich kleinere wirkliche Gefahr – beseitigt.

Die tatsächlichen Konsequenzen

Der Sieg der Partei ist nicht so überraschend. In revolutionären Zeiten siegt eine lange Zeit immer der »Berg«. Unter der offiziellen Regierung befindet sich ein offiziöser Radikalismus, und bei jeder ernsthaften Krise treibt dieser noch nicht politisch realisierte Rest ursprünglicher Parteiprogrammatik die Regierung in eine weitere Radikalisierung weiter. Die Partei geht ihren Weg der Loslösung von allen »bürgerlichen« Elementen weiter. Zu Anfang

war es Hugenberg, dann v. Papen, dann (wenn auch unwichtig) Eltz v. Rübenach, zuletzt kam im Herbst nach langer Krise Schacht (siehe Bericht Nr. 3), und jetzt lösen sich Neurath und die reaktionäre und konservative Offiziersschicht von dem Regime ab.⁴⁰ Es tritt nun in weit vergrößertem Maß dasselbe ein wie bei dem Rücktritt von Schacht: die inneren »Bremsen« fallen fort. Der Wagen des Dritten Reichs rollt mit großer progressiver Beschleunigung weiter. Die Hemmungen auf außenpolitischem Gebiet sind beseitigt, und so muß man mit einer Periode stärkerer Aktivität in der Außenpolitik rechnen. Es ist klar, daß man damit in die Zone der akuten Gefahren gerät, wenn nicht die Außenpolitik Englands von außen bremsend eingreift. Nach der bisherigen Haltung Englands ist damit nicht sicher zu rechnen – die Vorstellung einer offiziellen englischen Note mit allerschärfster Warnung vor Unternehmungen nach Südosten scheint uns nicht sehr realisierbar zu sein. Das aber ist die einzige Sprache, die in Hitlerdeutschland verstanden wird und daher hemmenden Einfluß hätte. Da Hitler früher oder später einen außenpolitischen Erfolg aus innenpolitischen Gründen braucht, so muß es irgendwann zu internationalen Verwicklungen kommen – und was dann? Kann aber Hitler diesen Weg nicht gehen, weil von vornherein dabei die Katastrophe so gut wie sicher ist, so kommt es zu einer Serie von inneren Krisen, zu immer weiterer Radikalisierung und zuletzt aus der wirtschaftlichen Notlage zu einer Pseudobolschewisierung, die noch gefährlicher, weil dilettantischer und ressentimentsbetonter ist als der Kommunismus. Die Innenentwicklung führt also geradewegs zu dem Ziel, vor dem Hitler ja die ganze Welt beschützen und retten will.

Die politischen Folgerungen

Das erste politische Ergebnis von prinzipieller Bedeutung ist, daß durch den Verlauf der Krise evident bewiesen worden ist, daß die konservativen, monarchistischen Kreise nicht die genügende politische Begabung haben, um Deutschland von Hitler und den Seinen zu befreien. Es hat sich hinter den Generalen kein politisch konstruktiver Wille gezeigt, obgleich sie selbstverständlich genug Beziehungen zu politischen Kreisen (Herrenklub,⁴¹ usw.) hatten. Das zweite Ergebnis ist, daß gerade der Ablauf dieser Krise zeigt, wie unbedingt notwendig die Herstellung einer organisierten politischen Opposition ist. Ohne eine solche Opposition, die positiv ist, nicht nur weiß, was sie nicht will, sondern auch weiß, was sie an die Stelle des Heutigen setzen will, ist selbst die Armee mit meckernden Offizieren wertlos. Hätte das Heer und seine Führung die Verbindung zu einer solchen Opposition gehabt, – der Ausgang der Krise hätte das Ende der Hitlerdiktatur bedeutet. Natürlich kann eine derartige Verbindung nicht mit dogmatischen Sozialisten zustande kommen, sondern nur unter Verzicht auf vieles, was man sich als politische Zielsetzung gewünscht hätte.

Dokument Nr. 7

Fünfter Bericht Robinsohns, 3 Seiten, März 1938, BA, NL Robinsohn 31.

Dieser Bericht ist der letzte der in relativ dichter Folge geschriebenen: Die ersten fünf Berichte wurden innerhalb von fünf Monaten verfaßt. Er thematisiert die dramatische Entwicklung, die nach einem von Hitler angeheizten Nervenkrieg in Österreich zunächst zum erzwungenen Eintritt von Nationalsozialisten in die Schuschnigg-Regierung, dann zur Besetzung des Landes durch die deutsche Wehrmacht (in deren Gefolge die Gestapo sogleich operierte) und zu dessen Anschluß an Deutschland führte. Möglich wurde diese Entwicklung erst durch Mussolinis Annäherung an Hitler. Noch 1934 hatte Mussolini die Machtergreifung österreichischer Nationalsozialisten durch den Aufmarsch italienischer Truppen am Brenner verhindern helfen; durch Hitlers Unterstützung beim Abessinienkonflikt (1936) und die gemeinsame Unterstützung der Franquisten in Spanien hatte sich eine starke Interessenidentität herausgebildet. Wenige Monate vor Abfassung des Berichts war Italien dem Antikominternpakt beigetreten. – Vgl. Kap. 4 und 5.

*Bericht Nr. 5**1. Österreich*

Es ist unmöglich, in einem notwendigerweise sehr kurzen Bericht die vielfachen Probleme zu behandeln, die durch den vollzogenen Anschluß neu entstanden sind. Deshalb nur die folgenden, mehr andeutenden Bemerkungen:

Wesentlich ist, daß im letzten Augenblick auf jeden Widerstand verzichtet wurde. Mag es immerhin sehr fraglich sein, ob einem sich wehrenden Österreich Hilfe von auswärts geleistet worden wäre, die Legende einer Befreiung der unter einer Diktatur Schuschnigg stöhnenden Österreicher, die jetzt gebildet wird, wäre jedenfalls unmöglich gewesen. – Die explosive Energieentladung Hitlers ist ein neuer Beweis für den politischen Instinkt, was Terminfragen angeht und was die psychologische Einschätzung der Umwelt betrifft. Andererseits ist die ganze Affäre voraussehbar und in ihren Grundzügen berechenbar gewesen. (Es wird auf Bericht No. 4, S[eite] 1, Abs[atz] 2, 3 verwiesen, wo die entsprechende Andeutung steht.) Im Großen ist Hitler immer berechenbar, und er ist insofern kein Betrüger, weil jeder, der lesen und hören kann, seine Politik für die nächste und weitere Zeit kennen kann. Auch anders lautende Versprechungen sind nicht

wirklich betrügerisch, weil er ja ganz offen sich zu dem Grundsatz bekannt hat, daß in der Politik auch das Mittel der Täuschung legitim ist. Wer sich also durch Hitlers Versprechungen beeinflussen läßt, wird nicht durch ihn, sondern durch sich selbst getäuscht. – Der Anschluß ist eine »vollzogene Tatsache«! Man wird geschichtlich damit rechnen müssen. Auch eine andere deutsche Regierung als die der Nazis wird diese Tatsache niemals rückgängig machen können, eine so schwere Belastung Österreich auch für Deutschland sachlich bedeutet. Wenn also nicht aus Österreich selbst stärkste Antriebe zur Trennung kommen, muß die Welt mit diesem geeinten Großdeutschland rechnen. – Schwierigste Frage, was mit der Tschechoslowakei werden soll. Die Autonomie der Sudetendeutschen kann ja nur ein Zwischenzustand sein, weil es dann in einem Land nebeneinander eine Diktatur und eine Demokratie geben würde, was zwangsläufig zur Zerreißung des Staates führt. Was dann? Ein kleines tschechisches Land auf der einen Seite und eine Eingliederung der Deutschen in Großdeutschland auf der anderen Seite erscheint als nächste Folge. Das heißt, die Grenze würde mitten durch Böhmen führen, ein schlagender Beweis für die antihistorische und antikulturelle Wirkung des sturen und konsequenten Nationalitätenprinzips. (Man stelle sich das einmal in der Schweiz fortgeführt vor!) Und was soll in einem solchen Fall nach Beseitigung der Nazis geschehen? Man kann darüber heute höchstens sagen, daß das Resultat der erfolgreichen Nazipolitik jede Nachfolgeregierung zwingen wird, eine Politik eines großen, föderativ gegliederten, weitgehend autonomistisch gegliederten Mitteleuropa einzuleiten. Es liegt auf der Hand, welche geistige Umstellung dafür Voraussetzung wäre. – Die Wirkung des Einmarschs innenpolitisch sind:

- a) stimmungsmäßig ein großer Prestigeerfolg Hitlers, der sich nach einiger Zeit verbrauchen wird, obwohl man die Möglichkeit benutzen wird, mit dieser Tat immer wieder Eindruck auf die Massen zu machen, –
 - b) wirtschaftlich zunächst eine Erleichterung der Devisen- und Rohstofflage, die an sich sehr bedenklich ist. Für später wird die Angliederung eher mehr wirtschaftliche Nachteile als Vorteile bringen.
- Diese Übersicht muß zunächst einmal genügen!

2. Außenpolitische Konsequenzen

Die Haltung der Westmächte, insbesondere Englands, zu den Ereignissen in Mitteleuropa ist überhaupt nicht mehr zu verstehen. Es ist unfasßbar, wie es möglich ist, daß die primitivsten und klobigsten Entwicklungsreihen nicht mehr und gar nicht begriffen werden.

Beginnen wir mit der Entwicklungsreihe »Wettrüsten«! Jede Statistik zeigt deutlich, daß nach einer Zeit relativer Rüstungsruhe und, verglichen mit heute, geringer Rüstungsbreite ab 1934 eine sich in steiler Kurve stei-

gende Aufrüstungsperiode ergibt, deren Ende noch bei weitem nicht abzu-
sehen ist. Es ist gar nicht zu verkennen, daß dies die Folge der deutschen
Entwicklung ist, denn [es] gab im Jahre 1933 keine tiefgehenden außenpoli-
tischen Gegensätze in Europa, deren kriegerischer Austrag hätte befürchtet
werden müssen. Die außereuropäischen Konflikte (Rußland-Japan, Ja-
pan-China)⁴² waren damals gleichfalls nicht sehr ausgeprägt und hätten
auch nie zu dem Wettüsten des heutigen Tempos geführt. Es ist unbe-
streitbar, daß erst die Befestigung der Hitlerdiktatur die Virulenz des
Kriegsbazillus herbeigeführt hat, jene Mischungen panischer Angst und
verzweifelter Tapferkeit, die keinen anderen Ausweg kennt als den der Rüs-
tung, der Flucht in die gepanzerte Isolierhaft der Nationalismen.

Vor 1933 also keine tiefgehenden Gegensätze mit kriegerischer Färbung
– auch nicht zwischen kapitalistischen Mächten und Sowjetrußland, ab
1934 in steigendem Maß Spannungen in und außerhalb Europas, wach-
sende Ohnmacht des internationalen Rechtsgedankens und wachsende
Macht des Gewaltprinzips in internationalen Streitfragen. Zwanzig Jahre
nach Beginn des Weltkrieges fängt die Welt von neuem an, wie vor 1914 in
militärischer Macht und Gewaltanwendung die Mittel zur Regelung ihrer
Beziehungen zu sehen. Unter glorreicher Führung der italienischen und
der deutschen Diktatur, geschickt unterstützt von der russischen Diktatur,
beginnt man, die Weltanarchie in gründlichster Weise zu organisieren. Das
einzig Mittel, das die politischen Leiter der anderen Mächte scheinbar
kennen und das sie bald auch kräftig anwenden, ist die Aufrüstung!

Gab es wirklich gar keine anderen Möglichkeiten? War es unmöglich,
mit etwas Verstand darauf zu kommen, daß, wenn eine Ursache ganz be-
stimmte Wirkungen hat, man die Fortdauer der unerwünschten Wir-
kungen am besten beseitigt, indem man die Ursache entfernt? Hier schufen
die Diktaturen die Rüstungsursachen – was lag näher, als sie zu schwächen
und ihre Beseitigung anzustreben? Statt dessen hat man vor allem in Eng-
land jede Möglichkeit ergriffen, die Hitlerdiktatur zu unterstützen, und am
schlimmsten haben in dieser Beziehung die gutmütigen, aber etwas geistes-
schwachen englischen Ideologen gehandelt, die aus schlechtem Gewissen
über den Versailler Vertrag die Herrschaft Hitlers wie ihre gerechte Strafe
auffaßten, der man sich nicht durch Abwehr entziehen dürfe. Nachdem
man der Weimarer Republik jede anständige Regelung abgelehnt hatte und
sie damit entscheidend für den Kampf mit den deutschen Reaktionären,
Militaristen, Nationalisten und Nazis geschwächt hatte, gab man nun der
deutschen nationalistischen Diktatur mit vollen Händen. Kann man sich
wundern, wenn daraus geschlossen wird, daß *der* im Recht ist, der sich
ohne Rücksicht auf Verträge *nimmt*, was er braucht und will, und daß *der*
ein Idiot und Waschlappen ist, der sich auf internationale Rechtsbindungen
einläßt?

Aber eine wie immer geartete Mithilfe zur Beseitigung der deutschen Diktatur als der aggressivsten und gefährlichsten Herrschaft im Sinn einer gesamteuropäischen Politik wäre doch eine »Einmischung« in die inneren Verhältnisse eines autonomen Staates?? Hier ist wieder eine andere Spielart der oben schon gekennzeichneten unfruchtbaren Ideologie am Werk. Wie ein Staat seine innenpolitischen Verhältnisse ordnet, kann seinen Nachbarn nur solange als nebensächlich und unbeachtlich erscheinen, als es nicht Interessen verletzt oder berührt, die eben die Interessen dieser Nachbarn sind. Solange z. B. ein wesentliches Interesse Italiens an der Unabhängigkeit Österreichs vorlag, wäre der Anschluß in dieser Form unmöglich gewesen, und wenn auch eine Majorität der Österreicher für einen Anschluß votiert hätte. Einem derartigen Selbstbestimmungsakt hätte man stets die Verträge entgegengesetzt. Jetzt will man aber behaupten, daß eine Abwehr der deutschen Einmischung in österreichische Dinge schon eine »Einmischung« sei! Es handelt sich heute darum, wieder Möglichkeiten für eine Gesundung Europas zu schaffen, und da ist ein so vielfach durchlöcherter und von den Diktaturen nie anerkanntes Prinzip wie das der »Nichteinmischung« kein sehr erfreuliches und auch kein brauchbares Mittel, um die eigene Bequemlichkeit und Gedankenfaulheit zu verbergen.

Der Frieden kann nur gesichert sein, wenn in Europa diejenigen Schichten herrschen, die den Frieden und die Zusammenarbeit der Nationen wirklich *wollen*. Der Krieg kann nur vermieden werden, wenn die heutigen Gewaltherrscher verschwinden. Nur von innen und nur unter Zuhilfenahme der dem Frieden und der Freiheit aller Nationen zugewandten Massen in *allen* Völkern, auch den von der Diktatur unterjochten, kann es gelingen, ein neues Europa zu schaffen und den Krieg zu verhindern. Nur so ist es auch möglich, die Aufrüstung und ihre unerträglichen Lasten zu beseitigen und damit vom Weg zur wirtschaftlichen Katastrophe abzubiegen in den Weg zur Erhaltung und zur Besserung des Lebensstandards der breiten Massen der europäischen Bevölkerung.

Das ist die welthistorische Bedeutung der deutschen Opposition, daß sie von innen her dazu beiträgt, ein System zu stürzen, das nicht nur das größte Hindernis für die Wiederkehr geordneter europäischer Zustände darstellt, sondern das gleichzeitig verantwortlich ist für die krankhafte Nervosität der Welt und für die fieberhafte Aufrüstung überall sowie für die aus dem allem resultierende Katastrophenstimmung!

Wer also die Gesundung der internationalen Verhältnisse erstrebt, muß der deutschen Opposition zu helfen versuchen, und wer der deutschen Opposition, von der in früheren Berichten Näheres gesagt ist, hilft, der arbeitet damit zugleich für die edelsten und höchsten Ziele der heutigen und zukünftigen Politik.

Der Bericht No. 6 liegt nicht vor! Wie aus der Einleitung des Berichts No. 7 hervorgeht, wurde der sechste Bericht unmittelbar nach dem Münchner Abkommen vom 29. September 1938 geschrieben, in dem Hitler, Chamberlain, Daladier und Mussolini sich auf die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland einigten. Weiter ergibt sich aus dem Bericht No. 7, daß der vorangegangene Bericht auf die Wirksamkeit der antisemitischen Propaganda einging. Auch das Problem der Vollbeschäftigung bzw. des Arbeitskräftemangels und der Abwerbung von Spezialfachkräften wurde nach dieser Quelle im sechsten Bericht behandelt.

Dokument Nr. 8

Siebter Bericht Robinsohns, 9 Seiten, Februar 1939, BA, NL Robinsohn 31.

Den Bericht No. 7 schrieb Robinsohn nicht nur aus dem Ausland, sondern erstmals als Emigrant. Als jüdischer Betriebsführer einer Textilhandlung hatte er nach dem Novemberpogrom 1938 keine wirtschaftliche Basis mehr, um in Deutschland zu bleiben, und die Verschickung von 30000 Juden in Konzentrationslager machte deutlich, daß auch die persönliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet war. In der nun einsetzenden Auswanderungswelle vermochte nur noch ein Teil der emigrationswilligen Juden, sich in Sicherheit zu bringen. Vgl. Kap. 6. – Ein zweiter Schwerpunkt des Berichts ist die Wirtschaftspolitik, die unter dem Einfluß der rasanten Aufrüstung immer unsolider wurde. In dieser Situation entledigte Hitler sich des noch als Reichsbankpräsident amtierenden Hjalmar Schacht (Januar 1939). Seit der Mitte des Jahres 1938 gab es eine allmählich wachsende Zusammenarbeit mit Generälen. Vgl. Kap. 8.

Bericht No. 7

21. 2. 39

1.

Seit dem Bericht No. 6, der unmittelbar nach dem Münchner Abkommen geschrieben war, ist eine längere Zeit vergangen, und es haben sich inzwischen so viele Dinge innerhalb und außerhalb Deutschlands ereignet, daß im folgenden versucht werden soll, eine Übersicht zu geben, aus der hervorgeht, wie insgesamt einer deutschen Opposition sich die Lage darstellt.

Zunächst jedoch noch eine Vorbemerkung: Wer die Lage für die Opposition in Deutschland am 1. 10. 38⁴³ für absolut hoffnungslos hielt, – und das taten viele, die bisher nicht so pessimistisch gewesen waren, haben sich getäuscht. Wieder einmal; denn dieselbe Welle des Pessimismus ging auch durch die Reihen der Diktaturgegner nach der Saarabstimmung,⁴⁴ nach der Armeekrise von '38 und nach dem Anschluß Österreichs. Es zeigt sich eben, daß die Diktatur bei allen Erfolgen innen- und außenpolitischer Art, die durch alle Art von Machtanwendung erzielt werden, nicht eine wahre Stabilisierung der deutschen Situation herbeiführen kann. Eine solche Stabilisierung müßte in der Beruhigung der Gemüter gesucht werden. Aber das Gegenteil ist der Fall. Immer wieder wird das Volk hochgeputscht: Angst und Schrecken, Zorn und Empörung, Jubel und Begeisterung vermag das Regime zu erwecken – alle Gefühle, die die Seele in Aufruhr bringen, werden durch das Regime selbst oder durch seine Propaganda hervorgerufen. Aber das, wonach in Deutschland am meisten Sehnsucht herrscht, nämlich Ruhe, Frieden und Vertrauen, gibt die Diktatur niemandem.

Das ist kein Zufall, sondern liegt in der Art dieser Diktatur besonders begründet. Nicht umsonst nennt sich die »Partei« stolz eine Bewegung. Das Dynamische um seiner selbst willen wird hier gesucht und gefunden. Das »Erlebnis der Kolonne«, wie es immer genannt wird, spielt eine große Rolle. Dieses seelische Erlebnis enthält alle Elemente des nat[ional]soz[ialistischen] Mitläufers und begeisterten Mitglieds: die Disziplin des »in Reih und Glied«, die straffe Unterordnung, die formal sichtbare und greifbare »Gemeinschaft« und vor allem das »Marschieren«, immer weiter Marschieren, auf Befehl und ohne eigene Verantwortung und auch ohne eigene Kenntnis des Ziels. Das Erlebnis der Kolonne stellt sich als das typische »Ersatzerlebnis« heraus, es verdeckt die eigene Leere und Unruhe und vermag einem sinnlosen Leben den Stempel des Sinnvollen zu geben, wobei es wohl gar die Verborgenheit des Ziels ist, die dem Ganzen einen metaphysischen Abglanz verleiht. Genau dasselbe, was dem einfachen Mitglied der Partei bei diesem Erlebnis der Kolonne entspricht und seinem seelischen Bedürfnis entgegenkommt, gibt die Dynamik der Politik den Leitern der »Bewegung« und insbesondere ihrem Führer. Nur in der Bewegung von Massen, Kräften, Schicksalen wird hier die innere Bestätigung gefunden, und daher muß alles in ständiger Bewegung gehalten werden, rein körperlich in immer neuen Aufmärschen und Paraden, seelisch durch immer neue Krisen. Dabei wird, wie bei allen Süchtigen, die Dosis immer größer, und so finden wir eine stetige Steigerung aller dieser affektbetonten Vorgänge.

Zwei Beispiele:

Zuerst sollte der Parteitag nur alle zwei Jahre stattfinden. Nun ist er jedes Jahr, und sein Umfang nimmt jährlich zu.⁴⁵ Es wachsen die dabei bewegten Massen, es wächst die darauf verwandte Zeit, und es wächst der dafür auf-

gewandte Rahmen. Nicht einmal das Olympiastadion war groß genug, es mußte ein noch viel größeres erbaut werden (was noch nicht fertig ist).⁴⁶

Wenn es früher genügte, die Partei zu führen und zu lenken, so ist es seit '33 das ganze Volk, oder wenigstens die Illusion davon, die unter *einem* Kommando steht. Jetzt aber wird nicht nur die zahlenmäßige Größe dieses Volkes dauernd gesteigert, sondern alles drängt danach, ganz Europa diesem Willen zu unterwerfen. Die Krisen, die vor '33 sich in der Partei und zwischen ihren Führern abspielten, sind seit einigen Jahren das deutsche Schicksal, und seit '38 erschüttern sie ganz Europa.

Beweisbarer als die marxistische Krisentheorie ist die nat[ional]soz[ialistische]: Sie besteht aus dem unersättlichen Geltungsdrang und Bestätigungshunger eines einzigen Mannes, Adolf Hitlers, dem alles übrige, Deutschland, das Volk und der Bolschewismus nur die psychologischen und ideologischen Gerüste und Überbauten sind. Es ist ein historisch fast einzig dastehender Zustand, wie eine ganze Epoche vollkommen abhängig wird von den seelischen Bedürfnissen eines einzigen und dabei noch geistig unausbalancierten Mannes.

2.

Die innere Entwicklung in Deutschland ist durch zwei Ereignisse besonders stark bestimmt worden, nämlich die Pogrome vom 10./11. Nov[ember] und den endgültigen Abgang Schachts. Daneben geht die wirtschaftliche Entwicklung einher, die allmählich einen etwas stärkeren Einfluß auf die Dinge auszuüben beginnt.

Von den Pogromen, ihren vermeintlichen Ursachen und ihren vermutlichen Wirkungen ist soviel geschrieben und geredet worden, daß hier nur von einem zu reden ist, nämlich von der Wirkung in bezug auf die Stärkung der politischen Opposition.

Es ist nach allem nicht richtig, daß sich sofort eine große Empörung im Volk über die Vorgänge gezeigt hätte. Im Gegenteil, an vielen Stellen konnte man grinsende und zufriedene Gesichter sehen. Es sollen auch Lehrer mit ihren Schulklassen sich das Bild der zerstörten Geschäfte angesehen haben. Dabei ist doch wohl kaum damit zu rechnen, daß die Lehrer sich von diesem Anblick eine erzieherische Wirkung in dem Sinn versprochen haben, daß die Kinder sich von solchen Brutalitäten abwenden würden. Es läßt sich nicht beurteilen, wieviel amtlicher Druck in solchen Fällen auf die betreffenden Lehrer ausgeübt wurde. Da aber solche Besuche doch nur vereinzelt stattgefunden haben, ist doch damit zu rechnen, daß es sich um freiwillige Akte gehandelt hat. Welche Wirkung so etwas haben kann, zeigt der folgende kleine Vorfall: Vor einem kleinen wiedereröffneten Modengeschäft in Berlin (die Scheiben waren noch mit Holz verkleidet und nur ein

geschriebener Zettel wies an der Tür auf den Verkauf an Kunden hin) standen zwei Jungs von ca. 11 – 13 Jahren. Der eine sagte zu seinem Kameraden: Was, hat dieser verdammte Judenladen schon wieder auf!! – Das ist ein Kennzeichen, wie weit der Regierungston und die brutale, menschliche Gefühle nie anerkennende Regierungs- und Parteienkart auf die Jugend einwirken kann. Dazu kommt, daß von den wirklichen Vorgängen ja wieder große Massen gar kein oder nur ein sehr unklares Bild bekommen haben, und auch das nur allmählich und Tage später. Die Presse brachte nur Nachrichten von einzelnen Synagogenbränden und eingeschlagenen Schaufensterscheiben. Die zahllosen Gewalttaten, Plünderungen und vor allem die systematische Verhaftung von allen männlichen Juden (Greise und Kinder ausgenommen) blieben weitesten Kreisen der Bevölkerung unbekannt. Wer keine Beziehungen zu Juden oder zu Leuten mit jüdischen Bekannten hat, erfuhr eben nichts davon. Wenn man das bedenkt, muß man allerdings doch wieder zu dem Ergebnis kommen, daß die Reaktion im Volke auf die Ereignisse überraschend stark war und sich eindeutig gegen die Vorgänge richtete. Das stimmt mit der Beurteilung überein, die schon im Bericht No. 6 über die Wirksamkeit der Propaganda und insbesondere über die relative Unwirksamkeit gerade der antisemitischen Agitation gesagt wurde. Es sind viele Einzelfälle von tatkräftiger Hilfe für Juden bekannt geworden, darunter auch solche, wo alte Pgs [Parteigenossen] geholfen haben, und besonders charakteristisch ist der folgende Vorfall, der als nur ein Beispiel berichtet werden soll.

In einem kleinen Ort in Norddeutschland frug ein alter Pastor im Konfirmandenunterricht, ob eigentlich alle Hunde im Ort erschossen würden, wenn einer mal ein Kind beißt. Auf die verneinende Antwort stellte er die Frage, warum denn dann alle Juden verfolgt würden, weil einer einen Deutschen erschossen habe. Die Folge dieser Bemerkung war, daß diesem Pastor ein Schild an die Tür genagelt wurde mit der Aufschrift: »Hier wohnt ein Judenknecht!« Nach einigen Tagen wurde dieses Schild in der Nacht entfernt und zwar von einem Mann, der seit 20 Jahren Vorkämpfer in der völkischen Bewegung war, also bestimmt nicht philosemitisch ist.

An manchen Orten haben sich zur Zerstörung »kommandierte« Leute geweigert, an diesem »Dienst« teilzunehmen, wozu, so selbstverständlich eine solche Ablehnung vom menschlichen Standpunkt erscheinen mag, ein sehr erheblicher Mut gehört. So ist in einer norddeutschen Stadt der ganze »spontane« Zerstörungsakt erst einen Tag später erfolgt, weil am ersten Tag die dazu befohlenen Leute sich geweigert haben. In einer mitteldeutschen Großstadt ist der Brand bei einem jüdischen Geschäftshaus so ungeschickt angelegt worden, daß ernsthafte Gefahr für andere Gebäude entstand. Da die Polizei nicht mit der Masse, die sich dort staute, fertig werden konnte, wurde Militär requiriert, das dann den Platz säuberte. Danach aber gingen

Soldaten mit dem Kolben auf die noch vor dem Gebäude lungern den Brandstifter los. – Einem Juwelier in Berlin, der wegen hohen Alters nicht verhaftet war, kamen bei der »Aktion« einige Brillanten und andere Schmuckstücke abhanden. Er meldete den Vorfall und erhielt den größten Teil von der Polizei zurück mit der Bemerkung, man hätte die Burschen gefaßt, ihnen das abgenommen, was sie bei sich hatten und sie ganz gehörig verprügelt. Diese Geschichte ist nach allen Seiten bezeichnend, weil sie genau zeigt, wie die primitiven Anstandsgefühle noch nicht völlig erstickt sind, wie aber andererseits der Schutz der Regierung selbst den reinen Dieben und Verbrechern zuteil wird, so daß auch die Kriminalpolizei es nicht wagt, gegen diese beordneten Banditen vorzugehen, auch wenn sie, wie in diesem Fall, es gern möchte.

Die Hauptempörung aber entstand, als Herr Goebbels die Verantwortung für die ganze Sache auf das deutsche Volk abladen wollte. Das Trefendste darüber sagte ein Taxichauffeur zu einer versorgten jüdischen Frau, die er nach einem der so häufig gewordenen Abschiede zu fahren hatte: Das war ja nicht das deutsche Volk, das deutsche Volk, das schläft ja nämlich zwischen drei und vier!!

Es schläft leider nicht nur zwischen drei und vier, sondern auch zu anderen Zeiten, aber es beginnt langsam aufzuwachen.

Das Ergebnis dieser Novemberereignisse ist doch eine tiefgehende Beunruhigung in breiten Schichten der Bevölkerung, die sich fragten, zu was eine Regierung wohl fähig ist, die sich solcher Mittel bedient. Es war Tagesgespräch, daß nach den Synagogen wohl demnächst die katholischen Kirchen und die Gotteshäuser der Bekenntniskirche brennen würden. Auch manche Ladenbesitzer sahen voller Grauen die zerstörte und verwüstete Konkurrenz. Dazu dieser Goebbels, dessen private Lebensführung sowieso schon ein öffentlicher Skandal ist,⁴⁷ immer noch als der Hüter der Moral – das wird schwer ertragen! Vor allem aber will man Ruhe und nicht diese ewige Störung des normalen täglichen Lebens. Das Jahr '38 war in dieser Beziehung eine zu starke und angreifende Kur. Erst die Reichswehrkrise, dann Österreich und die Wahlen, dann die Maikrisis wegen der Tschecho-Slowakei. Im Herbst kam die große Kriegsgefahr, die tief in das tägliche Leben eindrang und auf viele Wochen z. B. den gesamten Geschäftsverkehr auf ein lange nicht erlebtes Minimum drückte. Und kaum war das vorüber, kamen die Novemberpogrome mit ihrer weiteren Störung der Wirtschaft. Wahrlich, ein Jahr der rauen, aber lehrreichen Erfahrungen!

Der Schlußpunkt dieser ganzen Entwicklung ist der zweite Abgang von Herrn Schacht.⁴⁸ Es wurde auf die politische Bedeutung von Schachts Scheiden bereits in Bericht No. 3 hingewiesen, als er das Wirtschaftsministerium verließ. Inzwischen hatte er als Reichsbankpräsident immer noch

erheblich mehr Aktivität entwickelt, als man erwartet hatte, und insofern ist seine Verabschiedung die Ursache für eine beträchtliche Nervosität gewesen.⁴⁹ Im übrigen ist es bezeichnend, daß man dieses Mal seitens Hitlers darauf bestanden hat, ihn zu entlassen, statt, wie das vorige Mal, zuzugeben, daß Schacht den Rücktritt selbst wollte. Selbstverständlich hatte auch dieses Mal Schacht selbst die Initiative zum Rücktritt gehabt, aber das durfte nicht sein, sondern es wurde die Form der Entlassung ganz bewußt herbeigeführt, indem man ihm selbst keine Antwort auf das Entlassungsgesuch gab, ihn sehr freundlich behandelte, vom Berghof nach Berlin zurückreisen ließ und ihm dann eben das Entlassungsschreiben sofort nachschickte. Das ist der echte Diktatorenstil!

3.

Die interessanteste Frage ist nun, wie steht eigentlich die Armee zu der Entwicklung seit den Septembertagen?

Sehr interessant sind in dieser Beziehung allmählich häufiger werdende Mitteilungen aus den Kreisen der jüngeren Offiziere. Gerade in dieser Schicht scheint in der letzten Zeit sich eine erhebliche Abneigung gegen das Regime zu entwickeln. Dabei handelt es sich nicht so sehr um starke sachliche oder ideelle Abweichungen (politische Gedankengänge dieser Art liegen wohl nur den wenigsten der jüngeren Offiziere), sondern es besteht eine heftige Abneigung gegen die Methode des Regierens selbst. Man empfindet in einer ganz primitiven Art, daß die Armee allmählich eine große Verantwortung auf sich nimmt, wenn sie immer weiter der innen- und außenpolitischen Entwicklung tatenlos und duldend zusieht. Gerade anläßlich der Judenverfolgung ist vielfach das Gefühl der Beschämung in diesen Kreisen zum Ausdruck gekommen: einmal darüber, daß solche Dinge überhaupt möglich seien, und zweitens darüber, daß die Armee für den Weiterbestand eines solchen Regimes mit verantwortlich sei. Natürlich sieht in dieser Schicht alles nach oben und erwartet das Beispiel von den ranghöchsten Vorgesetzten. Es gibt eine ganze Reihe von Kasinos, in denen sich die jüngeren Offiziere auf »den Tag« (nämlich des Endes der Hitlerherrschaft) zutrinken, und es taucht häufiger als noch vor wenigen Monaten die Frage auf, ob denn nicht endlich mal einer von den älteren Herren den Mut zum Absprung findet. »Wir warten alle auf den Tag, wo wir sie loswerden können«, wird oft wörtlich gesagt, wobei das Wort alle natürlich beileibe nicht wörtlich genommen werden darf. Mit diesem Wort sind natürlich stets nur die jeweiligen engeren Kameraden gemeint.

Diese Offiziere entstammen zum großen Teil einer gesellschaftlichen Schicht, die starken Zusammenhalt in sich hat und die diesen Zusammenhalt auch ganz bewußt pflegt. Dabei ist eben ganz besonders zu beachten,

daß sich dieses nicht auf die Älteren, etwa die ehemaligen Frontkämpfer beschränkt, sondern auch die jüngere Generation betrifft, die heute etwa Dreißigjährigen. Ganz gut organisierte Zusammenkünfte, manchmal in unmittelbarem Zusammenhang mit offiziellen Veranstaltungen, finden statt und geben so Gelegenheit zum Meinungs austausch, zur gegenseitigen Berichterstattung aus den verschiedenen Teilen des Reiches und zur allgemeineren politischen Aussprache. Natürlich spielt auch die monarchische Frage eine große Rolle in diesen Diskussionen. Aber es muß hervorgehoben werden, daß der rein romantische Monarchismus hier nicht vertreten wird, sondern daß politische Zweckmäßigkeitserwägungen ausschlaggebend sind.

Es ist sehr schwer, sich ein Bild von der Stimmung im Kreis der Stabsoffiziere zu machen. Das liegt scheinbar wesentlich daran, daß diese Schicht die Hauptlast der täglichen Arbeit zu tragen hat. Jedenfalls erlebt man es immer wieder, daß Majore, ältere Oberstleutnants und Offiziere im gleichen Dienstbereich derartig stark in Anspruch genommen sind, daß gar keine Zeit zur Beschäftigung mit Tagesfragen übrig bleibt. Auch ist das ganze Interesse völlig vom Dienst in Anspruch genommen, so daß bei der häufigen Abneigung dieser Offiziere gegen die Beschäftigung mit Politik nur selten eine Meinungsbildung in politischen Fragen erfolgt. So passieren ganz groteske Fälle von allgemeiner Unorientiertheit; z. B. wußte ein Oberstleutnant in einer norddeutschen Großstadt im Jahre 1937 noch nichts von den Nürnberger Rassesexualgesetzen und war höchst überrascht, als er von den Einzelheiten erfuhr. Zur Entschuldigung diente in diesem Fall die Bemerkung, er habe keine Zeit zum Zeitunglesen, und es stünde ja sowieso nichts Gescheites in der Presse. Er beschränke sich auf die Fachliteratur. Natürlich ist das ein ganz besonders krasser Fall, aber in dieser Richtung empfinden viele Offiziere dieser Stellung.

Was nun die Generalität anbetrifft, so muß zunächst auf die Ausführungen in den Berichten No. 4 und 6 verwiesen werden, wo das Grundlegende gesagt wurde. Nach den fortdauernden Erfolgen Hitlers und den demnach stets unrichtigen Warnungen der Generäle vor seiner Politik ist natürlich der Ton sehr gedämpft geworden. Andererseits ist trotz des glücklichen Ausgangs der Tschechenkrise ein sehr starkes Gefühl dafür zurückgeblieben, daß die Armee einem fürchterlichen Risiko ausgesetzt war und daß die Außenpolitik Hitlers immer mehr sich zu einem Riesenhazardspiel auswächst. Aber hier bewegt man sich in einem Kreis, der wirklich die Tat erwägen muß und wo die Verantwortlichkeiten deswegen sowohl positiv als auch negativ viel stärker empfunden werden.

Es ist nicht richtig, wenn man behauptet, daß diese Fragen, über das weitere Zusammengehen mit der nat[ional]soz[ialistischen] Diktatur, über den Sturz des Systems und über die Zukunft nach einem solchen Er-

eignis, in diesem Kreise nicht oder nicht ernsthaft genug betrachtet würden. Im Gegenteil, man macht sich um Deutschland und um die Armee schwere Sorgen. Es sind aber drei Hemmungen, die bisher noch immer jeden Entschluß verhindert haben:

Zunächst ist man in diesem Kreis nicht sicher, ob ein Nachfolgeregime auch vom Ausland die nötige Unterstützung bekäme und ob nicht womöglich das Ausland versuchen würde, ein nicht-nationalsozialistisches Deutschland diplomatisch schlechter zu stellen, also gewissermaßen ein Rückfall in die Zeit des Versailler Vertrages käme.

Zweitens hat man das Gefühl, daß man ohne ein Programm, das auch die Massen Deutschlands billigen können, schlecht zum Sturz des Regimes ansetzen könne. Man ist überhaupt unsicher, weil keinerlei klare Vorstellungen über das Nachher bestehen, über das, was am »Tage danach« zu geschehen hätte.

Drittens ist man sich durchaus im klaren darüber, daß *keinesfalls* der gute Ruf der Armee mit den Risiken einer Nachfolgeregierung belastet werden dürfe. Man sieht aber noch nicht die zivile Organisation, die in der Lage wäre, die beiden Aufgaben der ersten Tage danach zu lösen: den politischen Kommandoapparat mit fähigen Leuten zu besetzen und eine politische Organisation aufzustellen, die geeignet wäre, die Meinungsbildung der breiten Volksschichten zu befördern und die zu beseitigenden Naziorganisationen zu ersetzen.

Das heißt praktisch, nach Ansicht der oppositionellen Generäle fehlen die Voraussetzungen für einen Umsturz. Daneben ergeben sich noch andere Schwierigkeiten, von denen man aber nicht sagen kann, ob sie nicht leicht beseitigt würden, wenn nur erstmal die oben erwähnten Unsicherheiten geschwunden wären. Man ist sich nicht einig über den Zeitpunkt, und man streitet über die Methode; beides Dinge, die sich mehr oder weniger von selbst erledigen, wenn der Entschluß einmal gefaßt ist.

Auch in diesem Kreis spielt der monarchische Gedanke eine Rolle, und auch hier sind es vorwiegend Zweckmäßigkeitserwägungen, die außer alten, liebgewohnten Gefühlen für eine Monarchie sprechen. Man verspricht sich von der Monarchie für den gefährlichen ersten Zeitraum des Neuaufbaus eine erhebliche bindende Kraft und sieht weder, woher diese Kraft sonst kommen soll, noch, wie man ohne eine solche durch die Krisenzone kommen soll.

Für die politische Opposition in Deutschland sind die Folgerungen aus diesem Überblick über die Stimmungen in weiten Teilen der Armee eindeutig. Es handelt sich eben darum, die jetzt nach dem, im übrigen richtigen, Eindruck der hohen Offiziere noch fehlenden Voraussetzungen zu schaffen. Dabei werden sich allerhand politische Erörterungen nicht ver-

meiden lassen. Aber es ist richtig, daß man nicht ohne eine gewisse Einigkeit im positiven Ziel vorgehen kann, wenn man Deutschland nicht in noch größere Schwierigkeiten verwickeln will.

4.

Es mag Leute geben, die angesichts der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation sich nicht mehr viel schlimmere Entwicklungen vorzustellen vermögen, als sowieso schon heraufsteigen. Man muß immer wieder vor der Überschätzung der politischen Folgen wirtschaftlicher Schwierigkeiten warnen. Wenn der revolutionäre Wille nicht bei den Minderheiten vorliegt, die macht- und intelligenzmäßig zur Revolution befähigt sind, nützt die schlimmste Wirtschaftskrise nichts.

Im übrigen ist es vorläufig noch nicht so weit in Deutschland. Die Einfuhrdrosselung wirkt sich etwas empfindlicher auf die Konsumentenschichten aus. Ein paar Tage kein Kaffee in den Läden erregt natürlicherweise mehr Aufsehen im Publikum als ein monatelanges Balancieren von Industriefirmen zwischen Arbeiterbeschäftigung und Rohstoffmangel. Die soziale Krise kann erst kommen, wenn wegen des Rohstoffmangels eine Neuerwerbslosigkeit eintritt, von der allerdings die Fachleute als für den Winter 39/40 sicher bevorstehend reden. Dann erst tritt auch eine politische Desavouierung des Systems ein, weil dann der einzige greifbare Massenvorteil verschwindet, den die Diktatur vorzeigen kann.

Was jetzt am Horizont heraufsteigt, ist die zweite entscheidungsvolle Verknappung. Die erste lag am Anfang der Planwirtschaft in Deutschland und war am deutlichsten durch die Butterschlangen (vor den Läden) gekennzeichnet. Man begegnete ihr durch Raubbau und Organisation. Der Raubbau wurde auf allen Gebieten betrieben, und die Organisation ergriff nach und nach sämtliche Wirtschaftszweige. Man hatte außerdem noch große Reserven zur Verfügung in Gestalt noch unausgenutzter Arbeitskraft, industrieller Apparatur und Buchgeldausweitung. Man schlug eine Ernährungsschlacht nach der anderen und siegte sich doch nicht ins Freie. Man schlug jedes Jahr 150 % des normalen Holzschlages aus den Wäldern und reicht trotzdem nicht aus, sondern ist immer wieder auf Einfuhr angewiesen. Man mischte die Stoffe und mischte die Butter, und die Bevölkerung wurde dabei nicht besser gekleidet und gespeist, sondern schlechter. Man organisierte alles in großen und kleinen Verbänden, man verwertete alle Abfälle und sammelte altes Blech, man riß die Eisengitter aus und stoppte den privaten Wohnungsbau fast völlig, man gab Wechsel in Hülle und Fülle, taufte sie mehrfach um und druckte zusätzlich Noten; – – aber das Ergebnis blieb immer das gleiche:

Die Wiese reicht eben nicht aus, um die drei Kühe der Partei, der Armee

und des Volks darauf zu weiden, besonders da die zwei erstgenannten einfach nicht satt zu bekommen sind.

Das Jahr 38 fügte zu den eben genannten Mitteln noch ein für das zwanzigste Jahrhundert erstaunliches Neues hinzu: den offenen Raub. Man eroberte Österreich und mit ihm $\frac{1}{4}$ Milliarde an Gold und Devisen, aber man dachte nicht daran, auch die Passiven mit zu erobern, – die blieb man schuldig. Man eroberte Sudetendeutschland und legte großen Wert auf die Intakt-Erhaltung der dortigen Anlagen. Man kassierte gewiß auch einen Teil der von England gegebenen Anleihe, die den Tschechen zugute kommen sollte, ein und sicherte sich damit Einfluß bei Skoda. Schließlich forderte man von den Juden eine runde Milliarde⁵⁰ und bekam sicher auch einiges.

Aber es rächte sich eben, daß man mit jedem angewandten Mittel zugleich auch zehrende Übel in Kauf nehmen mußte, wenngleich man es nicht wahrhaben wollte. Die Eroberungen waren nur mit schwerster Anspannung der ganzen politischen und militärischen Macht durchzuführen, und die Kosten waren ungeheuer. Mobilisation und Westgrenzbefestigungen, dazu Unsummen für die Propaganda in der Tschechoslowakei und dazu sicher nochmal große Beträge für Bestechungen nach anderer Seite hin, das zählt eben doch. Und schließlich zahlt es sich nicht aus, weil dann doch die Passiven sich bemerkbar machen. Österreich belastet die Handelsbilanz, mit der neuen Provinz Sudetenland ist wirtschaftlich bestimmt kein Staat zu machen, nachdem der Export von dort denselben Hemmnissen unterliegt wie der deutsche. Selbst bei der Judenfrage lohnt sich die ganze Sache nicht, denn man muß ja den angerichteten Schaden von den Summen abziehen, die nachher wirklich eingehen werden. Bei einer einzigen Firma, bei weitem nicht der größten, ist aber der Sachschaden schon mit M[ark] 120000.– beziffert worden. Die meisten Geschäfte auf diesem Gebiet machen die Männer mit »Beziehungen« und die trefflichen Erpresser, die für alle möglichen »Fonds« sammeln, und diese Art von Kassierern benutzen die erbeuteten Gelder bestimmt nicht im Sinne des Vierjahresplans!

Trotz Organisation, trotz Raubbau, trotz Erpressung und Beraubung aber kommt die deutsche Staatswirtschaft und Volkswirtschaft nicht aus dem Mangel und der atembeklemmenden Knappheit heraus. Welche Aushilfen bestehen jetzt noch? Es ist sehr praktisch, sich eine der von Hitler immer wieder verkündeten volkswirtschaftlichen Maximen vor Augen zu halten, wonach die Menge des neu geschaffenen Geldes (Buch- oder Notengeld oder zusätzlicher Kredit) immer im Verhältnis zur Produktionssteigerung bleiben muß. Mag auch fraglich sein, ob bei dieser Proportion jedwede Produktion gleich wiegt, also die Befestigungsanlagen und der neue Vatikan der Reichskanzlei⁵¹ genauso mitgerechnet werden können wie die Erzeugung von landwirtschaftlichen oder industriellen Gütern, so gibt es doch gewisse Grenzen, die nicht überschreitbar sind. Wenn nämlich

gleichzeitig ein Zustand eingetreten ist, in dem alle verfügbaren Produktionsstätten und alle verfügbare Arbeitskraft im vollen Gebrauch sind, kann man über den dann vorhandenen Geldbestand hinaus nicht neue Zahlungsmittel schaffen, ohne in die Gefahrzone der Inflation zu kommen. Dies ist die Auffassung der Nat[ional-]Soz[ialisten], und es ist klar, daß man diese Gefahrenlinie schon erheblich früher überschreitet, wenn man den notwendigen Unterschied zwischen der Erzeugung volkswirtschaftlicher Werte und der Erzeugung toter Dinge macht.

Nun sind wir in Deutschland aber bereits an der Grenze angelangt, die selbst nach der offiziellen Theorie das Risikogebiet von der gefahrlosen Zone trennt, denn der Produktionsapparat ist völlig ausgenutzt, die Arbeitslosigkeit ist verschwunden, und zunächst sind weiter[e] Reserven nicht zu sehen. Auf manchen Gebieten langt der technische Apparat nicht entfernt mehr aus, wie insbesondere das Beispiel der Reichsbahn⁵² zeigt. Dieses Unternehmen, das mit mehr als $\frac{1}{4}$ Milliarde [Mark] liquider Reserven in das dritte Reich hineinging, lebt jetzt unter dauernden Kassenschwierigkeiten. Eine 4 %ige Frachterhöhung hat die Lage nur vorübergehend bessern können. Dabei ist der Güterverkehr dauernd auf dem Höhepunkt, und auch der Personenverkehr müßte rentabel sein, da doch der Massenverkehr mit voll besetzten Zügen (also unter Ausschaltung des Risikos von zu vielen Leerplätzen) einen viel größeren Teil des Personenverkehrs umfaßt als früher. Diese Situation der trotz allem zu geringen Einnahmen hat dazu geführt, daß nicht entfernt genug Neubauten an Wagen, besonders Güterwagen, vorgenommen werden konnten, von anderen wichtigen Arbeiten einmal abgesehen. Das Ergebnis ist, daß nun an zahlreichen anderen Stellen die industrielle Tätigkeit gehemmt wird, daß weiter wirkende Stockungen eintreten. Man hat alle möglichen Aushilfsmittel versucht, Lokomotiven, die auch zu knapp waren, vom Personenverkehr auf den Güterverkehr übernommen unter gleichzeitiger Einschränkung des Personenverkehrs, aber man hat doch teilweise zu den drastischen Maßnahmen der Gütersperre von 10–14 Tagen in einzelnen Bezirken greifen müssen, weil sonst die Ordnung überhaupt nicht wiederherzustellen war. – Ein besonderes Kapitel sind überhaupt die Ausbesserungsarbeiten. Da an vielen Stellen in doppelter und dreifacher Schicht gearbeitet wird und da für die Staatsaufträge durchschnittlich militärisch angesetzte kurze Lieferungsfristen vorgeschrieben sind, durch die stets alle Maschinen in Betrieb gehalten werden, so bleibt häufig keine Zeit für Erneuerungsarbeiten und Instandhaltung. Die Folge sind plötzlich eintretende Stockungen, wenn Maschinen unbedingt aus dem Betrieb gezogen werden müssen, und regelmäßige Verzögerungen durch einen geringen Leistungsgrad der Maschinen als Folge der dauernden Überbeanspruchung. Weitere Folge sind die zu langen Lieferfristen, die besonders in der Maschinenindustrie seit langem die Exporttätigkeit hemmen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt sieht nicht sehr erfreulich aus, wenn man sie nicht vom sozialen, sondern wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet. Es sind keine wesentlichen Reserven an gelernten Arbeitskräften mehr auf dem Markt. Dabei fehlt es bereits an allen Ecken und Kanten, was man aus der Verordnungspraxis gegen das Weg-Engagieren von Spezialarbeitern etc. sehen kann. (In diesem Zusammenhang wird auch auf die Ausführungen von Bericht No. 6 verwiesen.) Nun ist noch die allgemeine Beseitigung der Freizügigkeit dazugekommen, was die Lage grell beleuchtet, weil man sich ja auch bei der Regierung über die Unpopularität dieser Maßnahme nicht im Unklaren sein konnte und sie dennoch für erforderlich hielt. Das Schlimmste aber ist, daß man eben bei den gelernten Arbeitern, selbst wenn man mehr hätte, nicht weiterkommen könnte, weil der Produktionsapparat besetzt ist. Nun wird versucht, dieses Problem durch Ausdehnung der Arbeitszeit zu lösen, was die Arbeitsleistung relativ verschlechtert und die Ausnutzung der Maschinen (den Raubbau auch auf diesem Gebiet) weiter treibt. Für die Vergrößerung des Bestandes an ungelerten Arbeitern aber hat man eine neue Methode erfunden. Man reinigt nämlich Handel und Gewerbe von überflüssigen Betrieben. – Alle Einzelhandelsbetriebe und Handwerksstätten, die weniger als M[ark] 10000 im Jahr umsetzten und alle Großhandelsbetriebe mit weniger als M[ark] 85000 im Jahr werden allmählich geschlossen. Den Inhabern stellt man frei, ob sie sich ein halbes Jahr umschulen lassen wollen, oder man bietet ihnen eine Entschädigung von *einmalig* M[ark] 500,- an. So bekommt man billige Arbeitskräfte und kann gleichzeitig z. B. auf dem Gebiet des Lebensmittelhandels die Handelsspanne noch ein wenig senken, (weil die Betriebe mit größeren Umsätzen eine relativ geringe Unkostenziffer haben) und so den landwirtschaftlichen Betrieben eine kleine Besserung ihrer Erlöse zukommen lassen. Natürlich verdienen die auf solche Weise zu ungelerten Arbeitern gepreßten Menschen viel weniger, als sie vorher gehabt haben, was ihre Stimmung auch nicht gerade verbessern wird.

Alle diese krampfhaften Versuche werden angestellt, weil man eben unter allen Umständen die Produktion heben muß, nicht nur wegen der produzierten Güter und Anlagen, sondern auch um einigermaßen das Gleichgewicht zwischen Zahlungsmittelmenge und Produktionsmenge zu halten. Die normalen Kosten des Jahres 38 waren schon trotz aufs äußerste angezogener Steuerschraube nicht zu decken ohne die Schaffung der sogenannten Lieferschätze, die den Übergang zur geordneten Finanzwirtschaft ermöglichen sollten. Das ist nun durch die außerordentlichen politischen Ansprüche des Jahres völlig unrealisierbar geworden. Man hat den Notenumlauf in den letzten Monaten ganz gewaltig und außerhalb jeden Verhältnisses zur Produktion steigern müssen, und es ist auch noch gar kein Ende abzusehen. – Im Januar hat der Finanzminister, um die Ultimoansprüche erledigen zu können, an allen nur irgend erdenk-

lichen Stellen gepumpt, und trotzdem sind die Nebenbezüge der Offiziere, wie Sattelgelder und ähnliches, nicht ausgezahlt worden. Das ist das erste Mal seit der großen Finanzkrisis von 31, daß Teile der Beamtengehälter nicht voll am Ultimo ausgezahlt werden konnten, sondern um 1/2 Monat herausgeschoben werden mußten.

Zu allen diesen Dingen kommen nun noch die Einfuhrschwierigkeiten hinzu. Diese Dinge sind zu bekannt, als daß es nötig wäre, darüber mehr zu sagen, als daß es eben auch auf diesem Gebiet immer schlimmer wird. Der Export geht mit wachsender Beschleunigung zurück, und auch die Manipulationen mit Wareneinkauf zu überhöhten Preisen im Clearingverkehr und Verkauf unter den Weltmarktpreisen gegen freie Devisen lassen sich ja nur bei dauernder Schrumpfung der gesamten Außenhandelswirtschaft durchführen. Alle diese Auswege sind nichts anderes, als daß die deutsche Wirtschaft eben nicht geradewegs steil in den Abgrund stürzt, sondern den Abhang entlang in immer wilder werdenden Serpentincurven hinuntergleitet. Daß dafür ein Gefühl auch bei den höchsten Stellen vorhanden ist, dafür zeugt die folgende, gut verbürgte Anekdote: Vor ca. drei Wochen besuchte Minister und Reichsbankpräsident Funk in stark angeheitertem Zustand eine Tanzbar im Berliner Westen. Dort verbreitete er sich zu seinem Begleiter über die trotz allen Schwierigkeiten weiter gebaute Via triumphalis⁵³ und ihre Ausschmückung mit Säulen, auf denen oben der Reichsadler angebracht wird. Das sei ganz gut, daß dieser Bau durchgeführt würde, denn da wäre gleich das richtige Symbol dabei, (mit erhobener Stimme): »– da sehen die Pleitegeier eben auf uns herab!« Auf Vorhaltungen seines Begleiters hin erklärte der Minister: »Ach was, – was ich hier sage, das ist doch wenigstens mal wahr!« Für die breite Volksmenge stellt sich die Wahrheit in einem anderen Gewande dar, denn da ist es typischer, wenn die Hausfrau zu Hause sagt: »Also, heute habe ich leider keine Butter und keine Eier bekommen können. Und Kaffee war nicht da, und Kakao habe ich zum Ersatz auch nicht gekriegt!« Gegen die sogenannten Kaffeeschlangen vor den Geschäften, die als nicht zu verbietende illegale Versammlungen der Polizei besonders unangenehm sind, hat sich nun Herr Himmler ein neues Mittel ausgedacht; er schickt junge Leute aus, die die Frauen beschimpfen, die da stehen, sie mit »alte Kaffeetanten« bezeichnen und ihnen das Auf-Kaffee-Warten auf alle Art verleiden wollen. Ob das Erfolg haben wird, weiß man nicht. Die Verärgerung der Frauen hingegen ist gewiß.

Die Regierung wird auf die Dauer nicht um den grundsätzlichen Entschluß herumkommen, entweder auf allen Gebieten zu sparen, oder eine der drei Kühe, von denen oben gesprochen wurde, zu schlachten. Daß dies nicht die Armee sein kann, ist klar. Daß es die Parteikuh nicht sein wird, steht ebenso fest. Es bleibt eben nur die dritte Kuh: das deutsche Volk selbst. Das wird in der Form einer Inflation geschehen. Man wird die Be-

raubung auf allen Seiten vornehmen: durch Steuern und Preiserhöhungen, die schon vorliegen, wird man den Lebensstandard senken. Durch Qualitätsverschlechterungen und durch Mangel an allen möglichen Gütern des täglichen Lebens wird man von einer zweiten Seite her den Standard herabdrücken, und durch eine allmähliche Geldentwertung wird man die Verarmung komplettieren. Zum Schluß wird Deutschland kahl gefressen sein, wie nach der Heuschreckenplage. Dann, wenn der Boden erreicht ist, dann wird die letzte Krisis eintreten, die Krisis, wie diese Regierung versuchen wird, sich der Verantwortung zu entziehen. Wie man diesen Typ von brutalen Gewaltherrschern aus der Geschichte und aus der täglichen Anschauung her kennt, wird er zu allen Verbrechen auch noch das der Feigheit hinzufügen: Man wird einen Zustand des Chaos am besten durch einen Krieg herbeiführen und so, mit einem letzten Hasard und einem Übermaß von Leiden anderer, sich den Abgang verschaffen – und die Verantwortung »vor der Geschichte tragen«, d. h. also gar nicht!

5.

Ist diese Entwicklung unvermeidlich? Ist es unabwendbar, daß dieser Berg an Unrecht und Schlechtigkeit auf ein Volk herniederbricht, das doch trotz aller Dumpfheit und Stumpfheit in politischen Dingen sich ein Maß an primitiver Anständigkeit auch noch unter dieser Herrschaft der Schlechtigkeit bewahrt hat?

Vielleicht braucht man die Hoffnung noch nicht ganz aufzugeben. Es sind, zum ersten Mal, doch allerhand Anzeichen vorhanden, daß die stets vorhanden gewesene Opposition sich zu sammeln beginnt und daß sie auch begreift, welche große positive Aufgabe vor ihr liegt. Darüber Einzelheiten zu geben, wäre falsch gehandelt. Die Hoffnung würde hier nicht ausgesprochen werden, wenn nicht dafür, genau wie für alle anderen hier gemachten Mitteilungen, ganz bestimmte und konkrete Angaben und Beweise vorliegen würden.

26. 2. 39

Dokument Nr. 9

Achter Bericht Robinsohns, 7 Seiten, März 1939, BA, NL Robinsohn 31.

Der Bericht wurde nur drei Wochen nach dem siebten Bericht verfaßt. Der Abtrennung des Sudetenlandes im Münchner Abkommen (Bericht No. 6) folgte ein halbes Jahr später die Angliederung des Protektorats Böhmen und

Mähren. Damit machte Hitler deutlich, daß es ihm nicht mehr um »Heimholung« aller Deutschen ins Reich, sondern um imperialistische Eroberung ging. In der Folge gab Großbritannien seine nachgiebige Appeasement-Politik auf und leistete gemeinsam mit Frankreich Garantien für den Bestand Polens. Vgl. Kap. 8.

Bericht No. 8

17. 3. 39

I.

Das Ende der Tschecho-Slowakei wurde äußerlich veranlaßt durch einen Streit über die Autonomie der Slowaken innerhalb des Gesamtstaates. Akademisch gesprochen, war es ein Streit über die Frage: »Was ist und wozu haben wir eine Autonomie?« Es ist nicht unwichtig, daran zu erinnern, weil damit die virtuos angewandte nazistische Technik der außenpolitischen Arbeit zusammenhängt.

Im Bericht No. 5 war gesagt worden, daß eine Autonomie der Sudeten-deutschen nur ein Zwischenzustand sein könne, weil das Nebeneinander einer diktatorialen und einer demokratischen Organisation innerhalb eines Staates zur Zerreißung dieses Staates führen müsse. Das hat sich nun auch bei dem Nebeneinander von Tschechen und Slowaken bewiesen. Entscheidender aber war die Tatsache, daß die »Autonomie« im Munde der von Deutschland geschulten slowakischen Ultraradikalen etwas ganz Besonderes ist, nämlich, kurz gesagt, die Freiheit einer sogenannten »nationalen Minderheit«, auf Kosten und zu Lasten des Gesamtstaates alles machen zu können, was ihr beliebt, und gleichzeitig das Recht, jede Behinderung dieser Art von Tätigkeit als brutalen Angriff auf die geheiligten Rechte der »nationalen Autonomie« zu denunzieren, und infolgedessen auch das Recht, deshalb mit allen Mitteln des Hochverrats gegen den Gesamtstaat vorzugehen. (Wir haben inzwischen an der Hitler-Proklamation aus Prag⁵⁴ sehen können, was kulturelle Autonomie bedeutet, wenn sie von den Nazis anderen Gruppen gewährt wird. Dann bedeutet sie das Recht, zu schweigen und zuzusehen.)

Nachdem aus der den Tschechen im September abgepreßten Autonomie der Slowaken der slowakische Separatismus geworden war, mußte die Probe auf das Exempel gemacht werden, ob noch ein Zentralstaat da war oder nicht. Es stellte sich heraus, daß er nicht da war, denn der entscheidende Machtfaktor im Leben der neuen Tschecho-Slowakei, nämlich Hitler, stützte das, was die Hlinka-Partei⁵⁵ »Autonomie« und die Prager Regierung »Hochverrat« nannte. Jetzt standen die Tschechen vor der Frage, ob sie die Konsequenzen aus dieser Sachlage der ganzen Welt deutlich ma-

chen sollten oder ob sie, alten und schlechten Vorbildern folgend, »Schlimmeres verhüten« sollten. Sie entschieden sich für den Selbstmord ihres Staates, um das weitere Leben ihrer Nation zu sichern. So ist der Weg nach Berlin aufzufassen, wenn es auch genug Menschen geben wird, die nur die erzwungene Unterwerfung sehen werden. Auch bei dem Gang nach Canossa hat man lange geglaubt, daß es sich nur um die Demütigung des Kaisers handelt, und erst spät erkannt, welche positiven Möglichkeiten für die kaiserliche Politik sich dadurch ergaben.

Daß dieser Gang nach Berlin mit der militärischen Besetzung enden mußte, ergibt sich aus technischen Dingen ganz von selbst. Es mußte ja damit gerechnet werden, daß die Haltung der Prager Regierung von den Tschechen nicht verstanden wurde, um so mehr, als es nicht gut möglich war, die innere Motivierung zu veröffentlichen. Daraus konnten sich starke Unruhen entwickeln und auf Grund dieser Möglichkeit ergab sich die äußere Berechtigung zum militärischen Eingriff. Es mag sein, daß man in Berlin noch versucht hat, zu verhandeln und Hitler zu einem anderen Standpunkt in der Frage einer Prager Gesamtregierung zu bewegen. Da aber Hitler schon früher bestimmte Forderungen an Prag gestellt hatte, die nicht erfüllt waren,⁵⁶ und die jetzt wiederholt wurden, so blieb nichts als die auch nach außen deutlich gemachte Unterwerfung übrig. Dabei ist es gleich, ob Hitler gedroht habe, Prag zu bombardieren oder nicht;⁵⁷ das Resultat entscheidet. Je deutlicher die Tatsache wurde, daß ab September nur noch ein Schattenstaat von Deutschlands Gnaden vorhanden war, desto besser, – und die Deutschen taten ihrerseits schon in den ersten 24 Stunden alles Erdenkliche, um den Charakter des »Protektorates« als einer schrankenlosen Gewaltherrschaft klarzustellen. Das Erste, was geschah, war das Einrücken der Gestapo, das Zweite die Bestellung von zwei Statthaltern, Herrn Henlein für Böhmen, Herrn Bürckel für Mähren. Provocierender konnte man nicht darstellen, wie man die Schutzherrschaft aufzufassen gedachte. Die erste Maßnahme war die Anordnung, daß man rechts fahren muß, statt, wie es aus früheren Zeiten üblich war, links. Das ist beinahe ein Symbol. Der Zentralismus Berlins beginnt sofort und bei offenbar nicht so wesentlichen Dingen, daß nicht erst eine Respektsfrist möglich gewesen wäre. Andererseits liegt hier ein Brauch vor, der noch aus der österreichisch-ungarischen Zeit stammt, also sicherlich unter die »kulturelle Autonomie« gehört.

Es ist überflüssig zu erörtern, ob Prag hätte anders handeln sollen. Interessant ist, ob Berlin hätte anders handeln können, nachdem der Besuch von Hacha⁵⁸ erfolgt war. Prüft man die Lage von diesem Standpunkt aus, so ergibt sich, daß Berlin keine Handlungsfreiheit mehr hatte, sondern nun gezwungen wurde, die Passiven seiner Politik vom Herbst 38 zu übernehmen. Wieviel Aktiven noch in der »Masse« waren, wird noch zu bespre-

chen sein, – daß die Passiven überwiegen, ist sicher, und es ist ungeheuer wichtig, daß allmählich die Unausweichlichkeit des außenpolitischen Wegs der Hitlerdiktatur offenbar wird.

2.

Die wichtigste Konsequenz für Europa ist die Erkenntnis, zu welchen Ergebnissen es führt, wenn man sich dem schematischen Nationalitätenprinzip überläßt. Überall in Europa sind Gruppen am Werk, die, um sich selbst eine Wichtigkeit zu verschaffen und um den Interessen ihrer »Führer« zu dienen, sich als nationale Minderheiten aufspielen. Man betrachte die Ereignisse in Belgien, und man wende den Blick nach Elsaß-Lothringen und auch nach der Bretagne. Es gibt keinen ethnographisch noch so bedeutungslosen Landstrich, daß sich nicht aus ihm eine Pflanzstätte für einen mikrocephalen, aber desto heftigeren Nationalismus machen ließe. Manche europäischen Länder bestehen überhaupt nur aus Minderheiten, wie z. B. die Schweiz, und es werden sich überall Abenteurernaturen, irreführte Idealisten und gekaufte Ehrgeizlinge finden, die als Mitspieler im großen europäischen Machtkampf sich gebrauchen lassen. (Wie steht es mit der Schweiz?)

Das interessanteste Problem ist jetzt Ungarn. Im Augenblick, in dem dies geschrieben wird, ist noch unentschieden, ob die Karpatho-Ukraine zu Ungarn kommt und damit die gemeinsame ungarisch-polnische Grenze erreicht wird.¹⁹ Es läßt sich auch vom augenblicklichen deutschen Standpunkt allerhand dafür sagen: Man befriedigt damit gleich drei Länder, nämlich Ungarn, Polen und Italien. Alle drei brauchen außenpolitische Erfolge, besonders Herr Beck in Polen. Man verpflichtet sich damit etwas Herrn Mussolini, indem man auch einmal in einem Punkt nachgibt. Im übrigen hätte man ja nur den Ausweg, ein drittes Protektorat zu errichten. Vielleicht ist es viel schöner, in Ungarn ein neues, brennendes und kombinationsreiches Minderheitenproblem zu schaffen. Welche Aussichten für eine weitere Anwendung des im September 38 so gut erprobten Verfahrens. In Ungarn gibt es auch Deutsche, die zu befreien sind, und außerdem gehört ja auch Ungarn zum geschichtlichen Bestand des alten deutschen Reichs und liegt im »Strahlungsraum« des neuen Reichs!

Wenn man aber diesen Weg nicht gehen will, kann man sich ja gleich für die Selbständigkeit der Karpatho-Ukrainer einsetzen und damit die ungehinderte Verbindung nach dem Balkan und speziell nach Rumänien behalten. Nicht als ob Ungarn diese Verbindung so sehr behindern könnte!

Es ist sehr charakteristisch, daß dieses Mal gar keine Rede mehr von

internationalen Komplikationen ist. Die Westmächte haben eben nicht mitzureden und sie schweigen auch. Herr Chamberlain »erwägt« gerade, ob er seinen Botschafter abberufen solle.⁶⁰ Warum eigentlich; der ist doch an der Sache nicht schuld und hätte gewiß nichts ändern können. Selbst wenn er die Dinge alle falsch gesehen hat, so bestimmt nicht unrichtiger als sein Chef, der Premierminister. Eine andere Frage ist, wie eigentlich der »secret service« Englands arbeitet, der doch anscheinend weder über die Regierung und ihre Pläne noch über Volk und Opposition in Deutschland unterrichtet ist.

Fest steht, daß die Politik, die nach München geführt hat, gescheitert ist. Falsch ist, wenn jetzt englischerseits von Täuschung und dergleichen geredet wird. Hitler hat immer und immer wieder gesagt, daß er sich an Abreden nur gebunden hält, solange es ihm vom Standpunkt des »deutschen Interesses« aus für richtig erscheint. »Wer auf Versprechungen Hitlers vertraut, wird nicht durch diesen, sondern durch sich selbst getäuscht!« – Das ist ein altes Wort und vielleicht lernen es auch die Engländer nochmal. Menschen, die Schecks indossieren, bei denen der Aussteller sich ausdrücklich vorbehält, ob er zahlen will, können hinterher keine Betrugsanzeige machen, und Leute, die vertragliche Beziehungen eingehen mit Partnern, die sich von vornherein nicht an diese gebunden halten wollen, verdienen nicht das öffentliche Mitleid, sondern öffentliche Prügel.

Fest steht weiter, daß von den zwei Motivierungen, die man als sehr gutgläubiger Mensch – und als sehr gutwilliger – der Chamberlain-Politik geben kann, eine sich jetzt erledigt. Man konnte sagen, es ist besser, es nicht zum Krieg Deutschland gegen die Tschecho-Slowakei kommen zu lassen, weil die Generäle dann nicht an der Grenze des sudetendeutschen Gebietes stehenbleiben werden, und man sollte keinesfalls Hitler den Erfolg eines lokalisierten Krieges lassen. Nun, jetzt hat er den Erfolg ohne Blutopfer doch bekommen, und das einzige, was tröstlich wirken könnte, ist, daß eine halbe Million gesunder tschechischer Männer jetzt mehr für den inneren Kampf gegen die Diktatur da sind.

Die entscheidende Frage wird sein, ob die zweite Motivierung, die man der Politik des »appeasement« geben kann, richtig ist und ausgenutzt wird. Wenn man unter allen Umständen den Krieg mit Deutschland vermeiden will, so hat das nur dann Sinn, wenn man gleichzeitig alles tut, um ohne Krieg die nazistische Diktatur loszuwerden. Die Erhaltung des Friedens im Interesse der deutschen Opposition und einer vernünftigen Rekonstruktion der europäischen Verhältnisse ist zu verteidigen. Die Konsequenz daraus müßte aber auch gezogen werden, indem man nun Hitler etwas den Publizitätswert nimmt, indem man die dauernde Protestmaschinerie der Diplomatie in Bewegung setzt, wozu ja die deutsche Presse und die Führerschaft der Partei genügend Gelegenheit bieten und indem man seinen eige-

nen »nuisance-value« aufbaut. Dazu kommt die Unterstützung der deutschen Opposition, die in vielfacher Weise möglich ist. Wir warten auf eine derartige Politik. Es ist die einzige, die Herrn Chamberlain als Premierminister rechtfertigen kann, und auch die einzige, die einen Botschafterwechsel in Berlin rechtfertigen würde.

3.

Die Lage der Opposition in Deutschland wird durch die letzte Entwicklung entscheidend geändert. Zu allen Erwägungen über Rechtsstaat, Ordnung und Freiheit, Zwangswirtschaft nur für Wehrzwecke und größere Initiative zugunsten einer Versorgungswirtschaft kommt nun die Frage hinzu:

Nationalstaat oder imperialer Herrschaftsstaat!

Die Opposition wird sich darüber klar werden müssen, ob das Deutschland nach Hitler antidiktatorisch nur für die Deutschen sein soll, aber die Herrschaft über Tschechen und Slowaken weiterführen soll, an deren nationaler Opposition ja nicht zu zweifeln ist. Es muß die Frage geklärt werden, ob man ein Deutschland nur von Deutschen und für Deutsche anstrebt oder ob man, wie im alten Österreich-Ungarn, andere Nationalitäten mit im Staatsverband aufnehmen will. Daraus ergibt sich die weitere Frage, wie man, wenn man sich für den Nationalstaat entscheidet, sich die Zukunft der Tschechen, Slowaken und anderer slawischer Nationalitäten denkt. Erst dann, wenn diese Fragen innerhalb der deutschen Opposition geklärt sind, kann die für die Praxis ungeheuer wichtige Frage der gemeinsamen Arbeit der deutschen und der slawischen Opposition zugunsten eines gemeinsamen Ziels entschieden werden. Auch von einem nationalen deutschen Standpunkt aus wird man eine Konsolidierung eines deutschen Herrschaftsstaates mit starken slawischen Minderheiten, die sich ewig unterdrückt fühlen werden, nicht wünschen können. Abgesehen von den innerpolitischen Problemen, die sich ergeben, – man denke nur an eine Art Volksvertretung mit stark slawischem Einschlag⁶¹ – wird auch eine starke außenpolitische Belastung und Verringerung der Manövrierfähigkeit die Folge sein.

Das Ziel kann nur in der Richtung liegen, die schon einmal in diesen Berichten (No. 5) angedeutet wurde, als gesagt wurde, daß das Ergebnis der erfolgreichen Nazipolitik jede Nachfolgeregierung zwingen wird, eine Politik eines großen, föderativ gegliederten Mitteleuropa einzuleiten. Wenn das schon im März 38, nach der Besetzung Österreichs, gesagt wurde, so gilt das natürlich noch viel mehr nach der Annexion der Tschecho-Slowakei. – Zunächst besteht noch keine Übersicht darüber, wie die Ereignisse der letzten Tage auf die deutsche Bevölkerung gewirkt haben, und

natürlich ist noch völlig unklar, wie sich die Offiziere zu dem jetzt eingeschlagenen Kurs stellen. Immerhin wird ihnen ja wohl klar sein, daß die militärische Schlagkraft Deutschlands durch einige Millionen feindlicher Tschechen und Slowaken im Inneren nicht gestärkt wird, und das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg wird wohl noch nicht vergessen sein. Dabei ist die Bindung an das alte Österreich immerhin noch größer gewesen als an das Nazideutschland. Inzwischen haben die Tschechen ihren eigenen Staat gehabt, und die Nazis haben ihn zerstört. Damals haben die Tschechen noch nicht gewußt, daß Träume einer nationalen Selbständigkeit sich erfüllen können; nun wissen sie es. Das alles wirkt als eine große Gefahr im Rücken der kämpfenden Truppen, und so wird es wohl auch den verantwortlich denkenden Offizieren klar sein, welches Risiko mit einer Dauereingliederung von kompakten slawischen Volksteilen verbunden ist.

Klärt sich die Stellung der deutschen Opposition im Sinne der obigen Ausführungen, so ergibt sich eine außerordentliche Stärkung der Opposition und eine ungeheuere Belastung des Regimes. Alles muß daher daran gesetzt werden, der Diktatur auf diesem Gebiet die Politik des *divide et impera* unmöglich zu machen.

Man stelle sich einmal nur die praktischen Schwierigkeiten vor, die sich der Überwachung eines fremdsprachigen Volkes entgegenstellen. Gewiß wird es auch genug käufliche Agenten in der tschechischen und slowakischen Bevölkerung geben, aber damit allein wird es nicht zu machen sein. Man braucht gerade Personal, das diese Agenten kontrollieren kann, sonst ist man den gefährlichsten Fehlschlüssen ausgesetzt. Weiter kommt hinzu, daß in Deutschland immerhin ein gewisser Teil des Volkes wirklich national-sozialistisch und regierungstreu ist, während in den »Protektoraten« wohl mit Ausnahme der gekauften Subjekte die ganze slawische Bevölkerung gegen die deutsche Herrschaft konspirieren wird. Hier liegen ganz andere Verhältnisse sowohl für die Polizei wie für die Opposition vor. Während in Deutschland die Polizei auf viele freiwillige Hilfe rechnen kann und die Opposition sich nur ganz ausgesuchter Mithelfer bedienen darf, wird sich in Böhmen, Mähren und der Slowakei gerade die entgegengesetzte Entwicklung ergeben. Die Opposition, die dort gleichzeitig einen nationalen und freiheitlichen Charakter haben wird, kann auf ungezählte Mithelfer und die ungeteilte Sympathie der Bevölkerung rechnen und die Polizei muß einen erheblichen Posten von Sabotage und passivem Widerstand von vornherein als gegeben annehmen.

Wenn schon Österreich ein noch bei weitem nicht verdauter Bissen für Deutschland ist, – wie schwer werden erst die neu erworbenen Gebiete den augenblicklichen Machthabern im Magen liegen. »Wer Böhmen besitzt, hat den Schlüssel zu Europa«, heißt es. Nun, es wird sich herausstellen, daß der militärische Besitz dabei nicht entscheidet, sondern daß die Tschechen, die

seit vielen Generationen unassimilierbar gewesen sind, auch dann im *Besitz* Böhmens sind, wenn selbst die Hakenkreuzfahne vom Hradschin weht. Der »Zentralismus« Berlins ist schon bei der Verwaltung Österreichs eine schwere Belastung für das Regime. Die nationale Opposition der Slawen wird ein unlösbares Problem darstellen. – Und, – wer weiß, ob nicht die Tatsache einer slawischen Opposition in Großdeutschland den Anstoß dazu geben wird, daß die Opposition in Deutschland einen umfassenden nationalen Charakter erhalten wird, ob es sich nicht in [nicht] allzu langer Zeit herausstellen wird, daß es sich bei der deutschen Opposition um eine Opposition der Deutschen gegen eine absolut allem Deutschen entgegengesetzte und fremde Diktatur handelt.

4.

Die Eroberung der Tschecho-Slowakei ist tatsächlich für Deutschland eine verheerende Niederlage und es ist gar nicht ohne weiteres zu begreifen, warum man diesen Schritt getan hat. Will man nicht die hier angegebene Deutung annehmen, daß es sich um eine Zwangslage gehandelt hat, so muß man schon mit einer außerordentlichen Verblendung bei den politischen Leitern Deutschlands rechnen, um dieses Verhalten irgendwie begrifflich zu machen.

Es liegt auf der Hand, zunächst an die militärische Seite der Sache zu denken. Ist es nicht ein großer Erfolg, das tschechische Heer zu entwaffnen, sich den Feind im Rücken zu beseitigen und noch das ganze Material in die eigenen Magazine zu stecken? Unter den dort geltenden Verhältnissen ist es nur ein Scheinerfolg. Im Falle eines Krieges wird die Lage in den slawischen Gebieten immer sehr schwierig sein, und es ist fraglich, was besser ist, ein im Krieg okkupiertes Land mit geschlagener Armee oder ein bis zwei Millionen wehrfähiger, wenn auch unbewaffneter Feinde in Etappe und Heimat. Die Verwendung von diesen Menschen im Kriegsfall für die Kriegsindustrie, z. B. Munitionsfabriken, dürfte ein sehr zweifelhaftes Experiment sein, und man wird kaum wagen können, sie an die Front zu schicken, während sie als Soldaten in Etappe und im Hinterland nur eine sichere Katastrophe bedeuten würden. Was also mit ihnen tun? Die Bewachung der slawischen Gebiete im Kriegsfall wird immerhin eine sehr große Zahl aktiver Truppen kosten, wenn auch nicht vielleicht soviel wie die militärische Okkupation. Dafür hat man aber die Nachteile der in Großdeutschland frei lebenden Slawen, deren Tätigkeit ja auch noch kontrolliert werden muß. Militärisch gesehen, bleibt also nur die Auffüllung der Magazine mit dem jetzt eroberten Material. Das mag sehr groß sein, aber wiegt nicht die entsetzlichen Nachteile auf, die sich auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet aus der Annexion ergeben.

Im Bericht No. 7 war gesagt worden, daß das Dritte Reich zu den Mitteln der Wirtschaftspolitik auch den Raub rechnet und anwendet, daß man aber mit jedem angewandten Mittel auch zehrende Übel mit in Kauf nehmen muß und daß sich diese Methode nicht auszahle, weil sich schließlich die Passiven doch bemerkbar machen. Dafür liegt nun ein Schulbeispiel vor.

Bei der Einverleibung Sudetendeutschlands hat man im wesentlichen nur die Aktiven übernommen und dem tschechischen Staat die Verluste und die Lasten überlassen. Jetzt muß man diese Restmasse von Verpflichtungen selbst bewirtschaften und sehen, was dabei herauskommt. Da die Lebensfähigkeit der Tschecho-Slowakei nach München sehr fraglich war, ist es jetzt eine schwere Belastung für Deutschland, zu anderen wirtschaftlichen Sorgen auch noch die von Böhmen, Mähren und der Slowakei hinzuzubekommen.

Einen sehr großen Teil der Exportindustrie hat man durch das Abkommen von München erhalten. Es ist kein Zweifel, daß dieser Export rapide zurückgegangen ist, besonders nach den November-Ereignissen. Es war kein Zweifel, daß es der Tschecho-Slowakei nach München sehr schwerfiel, einen für die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung und für die Versorgung der Produktion mit Rohstoffen, Halbfabrikaten und Produktionsmitteln notwendigen Ausgleich der Handelsbilanz zu finden. Jetzt wird das vielfach schwieriger werden. Denn jetzt wird auch der Restexport zusammenschmelzen.

Wo sollen dann nun die Devisen herkommen, die z. B. für die Versorgung der Skoda-Werke mit Material nötig sind? Es ist ja keine Rede davon, daß diese und die Brüner Industrie irgendwie mit den heimischen Erzvorkommen ausgereicht haben. Früher waren zum Ausgleich die Exporte da, in Zukunft werden diese fehlen. So melden sich die »Passiven«!

Gewiß, man hat einiges an Rohstoffen gewonnen, z. B. Stein- und Braunkohle. Man hat auch ein agrarisches Produktionsgebiet erobert, aber beides ist nicht einmal ausreichend, um die augenblickliche Lage in Deutschland zu ändern. An Kohle hat es in Deutschland noch nicht gefehlt, und als Exportartikel unterliegt auch diese Ware den üblichen Hinderungen. Die Agrarproduktion ist jedoch bei weitem nicht groß genug, um aus den Überschüssen eine Erleichterung der deutschen Ernährungslage und damit eine Freisetzung von Devisen für andere Zwecke zu gewinnen. Die Ausfuhr von Agrarprodukten aus der Tschecho-Slowakei war relativ gering und der dortige Lebensstandard in dieser Beziehung nicht so hoch, daß sich aus seiner Senkung irgendwie nennenswerte Überschüsse herauswirtschaften ließen.

Das Einzige, was man erreichen wird, ist eine große Zahl von freien Arbeitskräften, die an ein niedriges Lohnniveau gewöhnt sind und die man, zum mindesten theoretisch, zur Erleichterung der Arbeitsversorgungsnot

verwenden kann. Auch eine ganze Anzahl von Industriebetrieben mit nicht ausgenutzter Kapazität wird vorhanden sein, so daß eine Erhöhung der Produktion gelingen wird. Zugleich werden aber die Kosten des gesamten Wirtschaftsbetriebs unverhältnismäßig steigen. Die Verwaltung dieses »fremdstämmigen« Gebietes wird relativ viel teurer sein, als man gewohnt ist, und die Kosten der Organisationsumstellung werden im voraus einen erheblichen Teil der Produktionswerte verschlingen.

Im übrigen wird es die größten Schwierigkeiten geben, wenn man damit beginnt, die slawische Arbeiterschaft (auch die Landarbeiterschaft) in der Art der Eingeborenen der Kolonien an diejenigen Arbeitsstellen zu verfrachten, wo man sie braucht, von den Gefahren politischer Art zu schweigen. Das aber wird der einzige wirkliche greifbare Vorteil in wirtschaftlicher Beziehung sein, und dieser wird noch nicht einmal ausreichen, um die wirtschaftlichen Nachteile auszugleichen, – geschweige denn die politischen!!

Wie nötig andererseits Deutschland eine Erleichterung auf wirtschaftlichem Gebiet hat, geht mit greller Deutlichkeit aus einem einzigen Beispiel hervor, das aus der Holzwirtschaft stammt und das im Zusammenhang mit der Bauwirtschaft seine verhängnisvolle Bedeutung bekommt.⁶² Die dringlichen Bauvorhaben für 1939 sind doppelt so groß wie das im Jahre 1938 erreichte Bauvolumen. Dieses wird, ohne Westbefestigung, mit 11,5 Milliarden [Mark] angegeben, während es im Jahre 37 9,5 Milliarden betrug. Sehr bezeichnend ist, daß diese Erhöhung von zwei Milliarden nicht eine Zunahme der Bauten darstellt, sondern lediglich die Erhöhung der Baukosten, die auf die drängende Nachfrage und auf den Übergang zu Ersatzbauweisen zurückzuführen ist. Und dies bei angeblich stabilen Preisen und Löhnen! (Die Steigerung beträgt 21 %.) Von diesen für 39 gemeldeten *dringenden* Bauvorhaben kann nur die Hälfte genehmigt werden, d. h., es kann keinesfalls mehr gebaut werden als im Jahre 38. Diese Begrenzung ist aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nötig. Wollte man mehr bauen, so müßte man andere, wichtigere Industrien von Arbeitern entblößen.

Aus Materialgründen ist es aber außerdem ganz unsicher, ob auch nur dieses Bauvolumen erreicht werden kann, denn es ist nach zuverlässigen Schätzungen Bauholz nur für ein Bauvolumen von etwa 7–8 Milliarden [Mark] vorhanden. Dabei wird der Einschlag als nicht erhöht angenommen. Da der Einschlag seit 1934 jährlich 50 % über dem normalen Einschlag liegt, dürfte diese Annahme berechtigt sein. Nun hat man geglaubt, daß Österreich und Sudetenland bei ihrem Waldreichtum doch der deutschen Situation eine Erleichterung bringen würden. Es stellt sich aber heraus, daß diese Gebiete trotzdem eher selbst Zuschüsse an Bauholz brauchen. Nun kommt noch die Tschecho-Slowakei hinzu, bei der ja auch mit

erheblichen Bauvorhaben gerechnet werden muß und deren eines waldreiches Gebiet schon abgetreten war, – wie sollen diese Ansprüche alle befriedigt werden. Es zeigt sich eben, daß allen den scheinbar großen Aktiven der Hitlerschen Eroberungspolitik doch sehr schmerzhaft und real sich auswirkende Passiven gegenüberstehen, um deren Erledigung man sich nicht ewig drücken kann. Eine von sehr autoritativer Seite stammende Auslassung bezeichnete den Holzmangel als so groß, daß unbedingt an Holz gespart werden müsse, selbst auf Kosten des Eisens! Dabei sind die von der Bauwirtschaft besonders benötigten Bleche und Rundeisen auch sehr knapp.

5.

In diesem Bericht ist von der Stimmung in Deutschland nicht die Rede. Sicher ist, daß über die Annexion keine Freude und Zufriedenheit herrschen wird. Man liebt die Slawen nicht und will nichts mit ihnen zu tun haben. Daß man sie nun auch noch mit im Reichsgebiet hat, wird bestimmt als große Last betrachtet. (Ähnliche Gefühle kamen schon beim Anschluß Österreichs zum Ausdruck, – und da handelte es sich doch um Deutsche!) Ganz sicher ist, daß das Gefühl der Beunruhigung über die dramatische Außenpolitik wachsen wird. Die erste Frage in Deutschland war, »was kommt nun?« Dabei ist kein logischer, sondern nur ein psychologischer Grund vorhanden, so zu fragen. Immer weniger befriedigt das Regime den sehlichsten Wunsch der großen Mehrheit der Deutschen: Ruhe zu bekommen, in Ruhe leben und arbeiten zu können und ohne Angst und in der Sicherheit eines Rechtsstaats ihr Leben führen zu dürfen.

Immer mehr wird daher jedes Regime auf vollste Unterstützung rechnen können, das diese Bedürfnisse der Volksmassen berücksichtigt.

18. 3. 39

Dokument Nr. 10

Aufzeichnung von Hans Robinsohn über Entstehung und Struktur seiner Oppositionsgruppe, Mai 1939, 4 Seiten im Kanzleiformat, zweizeiliges Typoskript; die unterstrichenen Stellen erscheinen im Original als gleichfalls unterstrichene Randglossen; Privatnachlaß Vagts.

Das Handpapier entstand im Zusammenhang mit der Reise einer Delegation, bestehend aus Ernst Strassmann, Hans Robinsohn und Paul Pagel,

*Ende Mai/Anfang Juni 1939 nach London. Der erste Satz des Dokuments läßt darauf schließen, daß das Papier auf Wunsch der britischen Verhandlungspartner entstanden ist. Dieser Wunsch könnte sowohl bei Robinsohns London-Reise Ende Januar/Anfang Februar 1939 als auch bei den Gesprächen der Delegation geäußert worden sein. Jedenfalls wurde die Aufzeichnung bereits »bei den Verhandlungen in L[on]d[o]n benutzt«.*⁶³ Vgl. Kap. 8.

1.

Ursprung der Gruppe. Der Anstoß zur Bildung der bereits mündlich dargestellten oppositionellen Bewegung ist von einer Anzahl jüngerer Politiker erfolgt, die auch bereits vor 1933 in politischem Zusammenhang standen und im wesentlichen aus demokratischen, sozialdemokratischen und Zentrumskreisen kommen. Diesem Kreis hat sich im Lauf der Arbeit in den letzten Jahren eine Mitarbeiterschaft angeschlossen, die dem Lager der ehemaligen »Rechten« in Deutschland entstammt.

Ihre Merkmale. Diese Bewegung wird durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet:

1. Im Gegensatz zu fast allen Oppositionsgruppen in Deutschland ist sie nicht durch Emigranten veranlaßt, gestartet oder unterstützt. Infolgedessen muß ihr oppositioneller Wert hoch eingeschätzt werden.
2. Ihre Zielsetzung beschränkt sich nicht auf die Ablehnung des bestehenden politischen Zustands. Die Stärke der Bewegung besteht gerade darin, daß sie die beiden wesentlichen Fragen beantwortet, nämlich, welche Regierungsart an die Stelle der herrschenden Diktatur gesetzt werden soll und welche aktuellen politischen Zielsetzungen diese Regierung haben soll.

2.

Ziele der Bewegung. Das Ziel dieser Bewegung ist, Deutschland so schnell wie möglich in ein internationales System der Zusammenarbeit friedlicher und die Rechte aller Nationen wahrer Art einzugliedern. – Innenpolitisch erstrebt sie die Aufrichtung eines Rechtsstaats, die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten und die Schaffung eines Repräsentativsystems.

3.

Überwindung von innen. Diese Ziele sind nur durch innenpolitische Überwindung des National-Sozialismus und durch die Vernichtung der Diktatur zu erreichen. Der Sturz der n[ational-]s[ozialistischen] Diktatur allein, ohne eine politische Vorarbeit, die zur geistigen Überwindung des Natio-

nal-Sozialismus führt, bedeutet keinen wesentlichen Fortschritt für Deutschland wie für Europa. Ein derartiger Vorgang würde lediglich einen Wechsel der Gewalthaber, nicht aber einen grundlegenden Wechsel der politischen Haltung gewährleisten.

Schlüsselstellung. Dank der Zusammensetzung und der Arbeitsmethoden der Bewegung befindet sie sich in einer Schlüsselstellung, die es ihr ermöglicht, die politische wie die militärische Vorbereitung des Umsturzes durchzuführen. Die politische Zentrale der Bewegung steht dauernd mit aktiven und inaktiven höchsten Offizieren der deutschen Wehrmacht in Verbindung und Meinungs austausch. Es hat sich dabei ergeben, daß im Kreise der Generalität eine beträchtliche Abneigung gegen die NSDAP und ihre Führung, sowie gegen die Innenpolitik, vornehmlich aber gegen die auswärtige Politik der Regierung besteht. Durch die außenpolitischen Ereignisse 38/39 ist die Aktionsbereitschaft im Sinn unserer Ziele erheblich gewachsen.

Stimmungen in Offizierskreisen. Bei dem politisch klar sehenden Teil der Generalität ist die Neigung zum Vorgehen vorhanden, jedoch wird ein endgültiger Entschluß erst dann herbeizuführen sein, wenn auch die politische Durchführung des Umsturzes gesichert ist. Die beiden wesentlichen Bedingungen hierfür, nämlich die Übernahme der politischen Nachfolge und die Herstellung der nötigen Massenbasis, können durch konsequente Fortführung der durch unsere Bewegung begonnenen Arbeiten geschaffen werden. Jedes Nachlassen unserer Arbeitsintensität würde sofort die Entschlußkraft der militärischen Kreise hemmen, während eine Steigerung unserer Aktivität die Entscheidung dieser Stellen erleichtert und damit beschleunigt.

4.

Aufbau der Organisation. Die politische Leitung der Bewegung befindet sich in Berlin. Sie besteht aus einem engeren Mitarbeiterkreis von etwa 12 Personen, denen außerdem noch Sachbearbeiter für einzelne Gebiete der politischen und wirtschaftlichen Planung zur Seite stehen. Die Leitung steht dauernd in enger Verbindung mit maßgebenden Kreisen der deutschen Wirtschaft.

Den Unterbau der Organisation bildet ein Netz von Vertrauensleuten in Deutschland. Eine gleichmäßige Ausbreitung des Netzes über das Gesamtgebiet ist bisher nicht erfolgt. Als Bezirke sind ausgebaut: Berlin (mit mehreren Gruppen), Mecklenburg, Hamburg (mit mehreren Gruppen), Mitteldeutschland, Nordbayern, während Stützpunkte in Schlesien, Württemberg, Baden, Schleswig-Holstein, Pommern und Oldenburg/Bremen bestehen. Darüber hinaus bestehen zahlreiche Anknüpfungspunkte in loser Verbindung.⁶⁴

Organisationsprinzip. Das Organisationsprinzip besteht in der Bildung zahlenmäßig kleiner Gruppen, deren Wirkungsgrad durch sorgfältige Auswahl der Mitarbeiter und hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der einzelnen eine beträchtliche politische Schlagkraft gewährleistet.

Soziale Schichtung. Die Mitarbeiter kommen aus den verschiedensten Kreisen, und zwar sowohl in Bezug auf ihre politische wie auf ihre soziale Herkunft und ihre wirtschaftliche Tätigkeit. Es befinden sich unter ihnen aktive Beamte (Richter, Lehrer), Syndici des Reichsnährstandes und anderer Wirtschaftsorganisationen, Landwirte, aber auch ehemalige Gewerkschaftsbeamte, Kaufleute, Wissenschaftler und Arbeiter.

5.

Nächste Arbeitsziele. Da von militärischer Seite eine möglichst rasche, reibungslose und gleichmäßige Überleitung in ein neues politisches System mit Recht zur Bedingung jeder Aktion gemacht wird, ist der systematische Ausbau des Organisationsnetzes die vordringlichste Aufgabe. Hierzu werden umfangreiche Geldmittel benötigt, da alle Kontakte lediglich durch persönliche Reisen aufgenommen und aufrechterhalten werden können.

6.

Bedeutung für das Ausland. Wenn es sich auch bei diesen Bestrebungen um innerpolitische Angelegenheiten Deutschlands handelt, so ist doch das Interesse des Auslands, insbesondere Englands an der von uns angestrebten konstruktiven Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur nicht zu verkennen.

Der Erfolg unserer Tätigkeit würde in der dauernden Befriedung Europas bestehen, einen Abbau der Rüstungslasten und den damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg bringen.

Ein Mißerfolg würde zu einer Bolschewisierung Mitteleuropas durch nationalsozialistischen Radikalismus oder durch die Explosivwirkung sozialer Krisen führen, *selbst dann*, wenn der Ausbruch eines europäischen Krieges noch für einige Zeit verhütet werden könnte.

Dokument Nr. 11

Bericht Hans Robinsohns von Anfang November 1939, 10 Seiten, einzelnes Typoskript, Privatnachlaß Vagts.

Der Bericht entstand im Anschluß an den Besuch eines Berliner Emissärs der Gruppe bei Robinsohn in Kopenhagen Anfang November 1939. Die Datierung hat Robinsohn durch den handschriftlichen Zusatz »Anfang« November 1939 auf dem im Bundesarchiv befindlichen Exemplar präzisiert. Die politische Lage war gekennzeichnet durch den Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes am 23. August 1939, den deutschen Überfall auf Polen am 1. September und die damit verbundene Auslösung des Zweiten Weltkriegs. Der Krieg mit Polen war nach einem Monat beendet, während er an der Westfront in zunächst verhaltener Form als »Sitzkrieg« andauerte. Am 9. November 1939 fand im Münchner Bürgerbräukeller ein Attentatsversuch eines Einzelgängers, Georg Elser, auf Hitler statt; wichtiger für Robinsohns Verbindungen mit englischen Behörden war der Umstand, daß als Widerstandskämpfer getarnte Gestapo-Leute zwei britische Geheimdienstler aus den Niederlanden über die deutsche Grenze verschleppt hatten (»Venlo-Zwischenfall«), was zur Folge hatte, daß die Briten vorläufig alle Verbindungen mit dem deutschen Widerstand einfroren. So gelangte Robinsohns Bericht erst im Dezember 1939 oder im Januar 1940 in britische Hände. Vgl. Kap. 9.

Bericht aus Deutschland. [Anfang]⁶⁵ November 1939

1.

Eine Schilderung der deutschen Situation beginnt am besten mit den Erfahrungen, die bisher mit der Kriegsorganisation gemacht worden sind. Dazu ist mit Erstaunen festzustellen, daß die Vorbereitungen lange nicht so mustergültig gewesen sind, wie man es angenommen hatte.⁶⁶ An manchen Orten hat es an den genügenden Uniformen gefehlt, warmes Unterzeug ist für die in Polen kämpfenden und für die noch jetzt dort stationierten Truppen nur in ganz unzureichendem Maß vorhanden. Decken haben während des polnischen Feldzugs unangenehm gefehlt, so daß die Erbeutung polnischer Deckenvorräte eine sehr geschätzte Erleichterung für die Soldaten war. Die Tatsache, daß noch lange nicht der ganze Bestand an waffenfähigen Menschen eingezogen ist, scheint verschiedene Ursachen zu haben. Zunächst bestanden drei verschiedene Mobilmachungspläne; keiner von diesen ist tatsächlich in Kraft getreten. Man hat nie den »ersten Tag der Mobilmachung«, auf dem sich die ganzen Kriegsbeorderungen, die den Wehrpflichtigen zugestellt waren, aufbauten, erklärt. Die Folge war, daß alle diese Kriegsorders hinfällig geworden sind. Man wollte eben nicht einen »ersten Tag der Mobilmachung« erklären, um die Kamouflage des Angriffs besser durchführen zu können. An Stelle dieser geregelten Mobilmachungspläne kam nun die unregelte Mobilisierung, bei der in den einzel-

nen Wehrbezirken die Mannschaften heraus»gegriffen« worden sind. Das hat zu den erstaunlichsten Dingen geführt. Junge Leute sind zu Hause, alte sind weg, schwer Entbehrliche sind im Feld, andere sind ohne Arbeit. Es ist einwandfrei festgestellt, daß Spezialarbeiter der Rüstungsindustrie noch heute, vier Wochen nach Abschluß der polnischen Operationen, in Polen mit der Beaufsichtigung von Arbeitskolonnen und landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt sind. So kommt es, daß gleichzeitig Arbeitermangel und Arbeitslose festgestellt werden können. Aus dem Materialmangel an Uniformen und sonstiger Ausrüstung läßt sich auch zum Teil erklären, daß die vielen Kräfte, die durch die Kriegswirtschaft frei geworden sind, nicht sofort von der Armee absorbiert werden konnten, aber es ergibt sich dennoch ein Mangel an organisatorischer Voraussicht oder Durchführung, der überrascht. Ein weiteres Beispiel hierfür: Man hat am Beginn des Krieges in Berlin zahllose Reservelazarette eingerichtet. Die Vorbereitungen waren so wenig durchgearbeitet, daß man nicht über die nötigen Betten verfügt hat. Die Folge war, daß man die Betten zum Teil in den Hotels beschlagnahmt hat. Dann ist festgestellt worden, daß man gar nicht so viele Verwundete hatte, die den Transport von der fernen polnischen Front bis nach Berlin vertragen konnten, so daß man diese Lazarette wieder aufhob und die Schulgebäude wieder für den Unterricht freigeben konnte. Man stelle sich vor, wie unvorbereitet Deutschland im Herbst 1938 während der Sudetenkrisis gewesen sein muß und was durch die Chamberlainpolitik alles verdorben worden ist.

Die Disziplinauffassungen sind auch gegen früher geändert. Das Duzen geht in vielen Fällen herauf von den Mannschaften bis zu den Feldwebeln. Der Ton ist häufig recht locker, auch der Respekt vor den Offizieren ist nicht so vertieft wie Anfang 14. Die Verpflegung von Offizieren und Soldaten ist allerdings sehr viel gleichförmiger als während des Weltkrieges, dagegen an sich sehr ungerecht verteilt. Manche Garnisonen und Truppenteile sind gut versorgt oder jedenfalls sehr viel besser als andere, und das erregt böses Blut.

Im Hinterland hat man sich stark ereifert über die vielen Parteigenossen, die noch nicht an der Front waren. Man hat dann erklärt, im totalen Krieg hätte jeder seinen Posten an der Stelle auszufüllen, an die er gestellt sei, und Front und Heimat hätten gleich wichtige Aufgaben – (wenn auch verschiedene Risiken, was nicht dabeistand!). Man ist auch erheblich verstimmt darüber, daß so viele Waren, die für den Gebrauch der Armee angeblich beschlagnahmt sind, nicht in die Hände der Soldaten gelangen. Kaffee und Schokolade sind zwei Beispiele, aber auch warmes Unterzeug, sanitäre Artikel und anderes mehr.

Ein ernsteres Kapitel ist die Disziplin im Felde. Man hätte erwartet, daß der polnische Krieg als ein »Musterkrieg« geführt worden wäre. In Wirk-

lichkeit ist er in vieler Beziehung nicht anders verlaufen als andere Kriege. Die Soldaten haben in reichlichem Maß »angeschafft«, wie der Fachausdruck schon [19]14 hieß, und verständlicherweise hauptsächlich Lebensmittel nach Deutschland gebracht oder geschickt. Schlimmer war dabei, daß von oben das Beispiel dafür gegeben worden ist. Nicht mehr harmlos ist die Tatsache, daß zahllose Pelzmäntel auf diese Weise ihren Weg nach Deutschland gefunden haben und daß diese Pelze ein beliebtes Geschenk bei Kriegstraungen geworden sind. Manche solcher Mäntel sind für ein paar Mark erworben worden, was die Situation [insofern] verschärfte, als dadurch bewiesen ist, daß man sich über die eigentlichen Besitz- und Rechtsverhältnisse seitens der »Erwerber« ganz klar war. – Man kann vielleicht in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß durch die Art, wie der Eigentumsbegriff in den letzten Jahren gegenüber den Schwächeren (Juden, Staatsfeinden) praktiziert worden ist, die Regierung selbst an dieser moralischen Zerrüttung schuld ist. Sie sorgt auch jetzt für die weitere Verrohung.

So hat sich z. B. folgender Vorfall ereignet. Einem Artillerieregiment in Polen wird ein Arbeitskommando von 40 Juden zugeteilt. Mit dem Sinn für »Humor«, den man in Deutschland für diese Dinge hat, werden sie in der Ortssynagoge untergebracht. In der Nacht erscheinen zwei Artilleristen, die im Friedensverhältnis der SS angehören, und begehen einen Massenmord. 38 Juden sind erschossen, und zwei verbergen sich unter den Leichen. Der Divisionsgeneral empfiehlt die Entwaffnung des Regiments und Zurückführung nach Deutschland. Der Artilleriekommandant ist über die Schmach außer sich und verlangt ein Kriegsgericht über die beiden festgestellten Täter. Urteil etwa zehn Jahre Zuchthaus. Dies Urteil wird als zu mild von der Obersten Heeresinstanz kassiert. Ein zweites Kriegsgericht ermäßigt daraufhin die Strafe. Jetzt wird die Sache an Hitler gebracht, der die Strafe völlig kassiert, mit dem Bemerkten, im Krieg begangene Straftaten gegen Juden hätten straflos zu sein.⁶⁷ (Recht ist, was dem deutschen Volk nützt. Wer denkt nicht an den Lagerkommandanten in Buchenwald, der seine Leute dahin unterrichtet, daß eine Kugel dreizehn Pfennig kostet und daß das gerade genug sei, was man für einen Juden ausgeben könne!! Wie der Herr, so's Gescherr!)

Die Stimmung bei den Soldaten ist uneinheitlich. Der Heimaturlaub wirkt im allgemeinen deprimierend, da sich dabei die Wirkungen der Lebensmittelknappheit besonders deutlich dem Soldaten zeigen und er seine Familie hilflos diesen überlassen muß. Aber auch die Untätigkeit dieses Krieges zehrt sehr an den Nerven der einzelnen. Dazu kommt die sogenannte »Bunkerkrankheit«, hervorgerufen durch den längeren Aufenthalt in den schlecht ventilierten und temperierten Bunkern der Westwall-Stellung. Es spricht sich allmählich herum, daß es mit dem »Krieg vom Sofa«

aus, wie man das in den frischfröhlichen Berichten genannt hat, auch nichts ist. Über die politischen Ansichten der Soldaten ist nichts anders zu sagen wie über die Ansichten des Volks im allgemeinen, auf die noch eingegangen werden [wird].

2.

Bei der Betrachtung der im Volk vorhandenen Stimmungen und Gedanken über die Lage wollen wir voranstellen, was sich nach zuverlässigen Berichten jetzt in Hitlers Geist abspielt. Zunächst hat er eine neue Rolle für sich gefunden. Wenn er z. B. Neville Henderson⁶⁸ gegenüber sich als den reinen Künstler dargestellt hat, dem es hoffentlich bald gegönnt sei, nur der Architektur und Kunst zu leben, so hat er sich inzwischen ganz auf den »Feldherrn« umgestellt. Er sagt von sich selbst, der Krieg im Osten sei für ihn neu gewesen, wohingegen er den Krieg im Westen [kenne], und er bezeichnet sich gewissermaßen als den Fachmann für den Westkrieg.⁶⁹ Inzwischen ist seine politische Konzeption gegenüber seinen Anfängen sehr verwandelt. Ganz ernsthaft träumt er jetzt von der Ablösung des englischen Weltreichs durch Deutschland, wobei die europäische Basis weit über den augenblicklichen deutschen Besitz ausgedehnt werden soll. Holland, Elsaß, Burgund sind Stichworte, die den Gedankengang ungefähr andeuten. Als weitere Charakteristik kommt hinzu, daß dieses »Germanische Reich«, das alles umfassen soll, was »ursprünglich« zu Deutschland gehört hat, weit, weit nach Osten sich vorschieben soll, – so weit, daß Hitler vor kurzer Zeit verschiedenen höheren Offizieren gesagt hat, »seine« Offiziere müßten sich darauf einstellen, auch einmal wieder mit der Front gegen Osten zu kämpfen.⁷⁰

Dies alles ist eine Einstellung, die jedes Maß für die tatsächlichen Verhältnisse entbehrt, wie ja die gesamte Umsiedlungsidee ganz typisch für die Größenwahnvorstellungen sind, bei denen kein Ding mehr unmöglich ist und die sich mit einer Art Rausch verbinden, große Massen zu bewegen und sich selbst stets erneut den Beweis des »Gestalters der Völkerschicksale« zu erbringen. Dazu stimmt auch das immer deutlicher werdende Zurücktreten jeder rationalen Relation zwischen Mitteln und Zwecken. Eines der grausigsten Beispiele hierfür, das im übrigen auch die psychopathische Variante des Zerstörertums (Unterfall zu dem allgemeinen Trieb zur Massenbewegung) aufweist, ist die Beschießung Warschaus.

Zunächst hatte man den Fall Warschaus viel zu früh angekündigt. (Es schien sich ein erneuter wochenlanger Marsch durch die »Vorstädte« wie bei Franko in Madrid abzuzeichnen.) Dann hatten die Fliegerangriffe die Stadt praktisch für eine Verteidigung nachhaltiger Art unbrauchbar gemacht, so daß ein Abwarten von wenigen Tagen im Zusammenhang mit

den Zufuhrschwierigkeiten den Fall Warschau unbedingt gebracht hätten. Aber dieses Abwarten war für Hitler eine psychologische Unmöglichkeit geworden, und er befahl gegen den Rat und gegen die Absichten seiner Generäle die sofortige Beschießung. (Ob bei den Generälen die Materialverschwendung für ihre Haltung entscheidend gewesen ist, entzieht sich unserer Beurteilung.) Die Folgen der Beschießung sind eindeutig und ausschließlich Hitler selbst zur Last zu legen.

Die allgemeine politische Zielvorstellung mit dem großen kontinental sowohl nach Westen wie nach Osten vergrößerten Gebiet als Basis für eine England abgejagte Weltherrschaft prägt sich nun auch in der praktischen Politik aus, soweit es sich um die unmittelbare Frage Polen handelt. Hier werden zweifellos die Grenzen weit nach Osten vorgeschoben, viel weiter nach Osten als die frühere deutsch-russische Grenze verlief. Wieder ein Beispiel für die fortgesetzte krankhafte Sucht nach Steigerung der Massen, Flächen und Größen! Was dabei für ein kümmerlicher Reststaat Polen herauskommt, kann man sich vorstellen, und eine deutliche Ahnung erhält man, wenn einem allen Ernstes gesagt wird, daß erstens alle Polen aus dem deutschen Gebiet ausgesiedelt werden und in das polnische Gebiet einwandern müssen, daß zweitens alle Juden auch in dieses Gebiet und zwar in ein Spezialreservat kommen sollen, und daß bei der dadurch hervorgerufenen großen Bevölkerungsdichte dieses Gebiets »die Polen und die Juden sich dort gegenseitig totschiessen sollen!« Letzteres ist ein verbürgter Originalausspruch Hitlers.

Daß die allgemeine Führung der Politik den »blitzhaften« Eingebungen dieses kranken Gehirns untergeordnet ist, dem die Schmeichler obendrein fortgesetzt die Unfehlbarkeit und die Genialität attestieren, dafür ist ganz charakteristisch, daß neulich alles so weit war, einen Überfall auf Belgien unter dem »persönlichen Oberbefehl Hitlers« zu veranstalten. Wenn, wie es den Anschein hat, ein heimtückischer Angriff auf Holland bald erfolgen wird, so wird auch dies auf der ganz *alleinigen* und persönlichen Initiative und Verantwortung Hitlers beruhen, der sich gern von den »Intimen« mit »Feldherr« anreden läßt, [der] davon träumt, seinen Generälen vorzumachen, wie man Krieg führen soll, und der Holland als einen Teil des »germanischen Reiches« einverleiben will.

Wenn man sich aber fragt, warum seine Generäle alles dieses dulden und wieso nicht auf diese eine ungeheuerlich schwere Mitverantwortung fällt, wenn sie alle diese Streiche schließlich doch immer in der Praxis mitmachen, dann erhält man von der militärischen Seite stets die Antwort, das Volk sei noch für einen militärischen Umsturz des Regimes nicht reif. Wie weit diese Antwort berechtigt ist, soll in den nächsten Absätzen untersucht werden.

3.

Bei jeder Stimmungsanalyse des deutschen Volks sollte man sich ganz klar darüber sein, daß die ganz überwiegende Anzahl aller Menschen keinen klaren und geordneten Standpunkt zu politischen Dingen hat, von dem aus alle Erscheinungen des politischen Lebens beurteilt werden. Auch haben die meisten Menschen nicht ganz überwiegende Gefühle und Vorstellungen, die ihr ganzes Gefühlsleben und alle ihre Reaktionen beherrschen. Im Gegenteil, – bei den meisten Menschen ist so wenig fest geformtes Gehirn und so wenig wirklich kristallisiertes und geformtes Gefühls- und Vorstellungsmaterial vorhanden, daß die verschiedensten und widersprechendsten Dinge, Wertungen und Urteile nebeneinander Platz haben. Fast gleichzeitig kann daher ein »normaler« Mensch gegen die Scheußlichkeit revoltieren, die in der Verhaftung seines Nachbarn oder Kollegen liegt, und dem mit Militärmusik einmarschierenden Führer zujubeln. Das eine stört das andere nicht.

Noch verworrener werden diese Dinge dadurch, daß die Propagandatätigkeit der Regierung stets ganz offen sich zur Lüge als politischem Mittel bekannt hat, wenn dies zum »Besten des deutschen Volks« geschieht. Das Ergebnis ist, daß die naiven und stupiden Menschen nicht mehr unterscheiden können, wann sie eine Lüge übelnehmen müssen und wann sie vor allem eine Lüge [als] gegen sich selbst gerichtet durchschauen müßten. Sie wissen, daß die Regierung oft lügt, aber sie finden es nicht so schlimm, denn die Regierung sagt selbst, daß sie es tut, wenn es politisch nötig ist. Was soll man da glauben? Letzten Endes denken die meisten, daß die Regierung noch immer im Effekt das Richtige getan hat. Hat sie nicht die Arbeitslosigkeit beseitigt, hat sie nicht den Versailler Vertrag zerschlagen, und so fort???

Es kann nicht so verwunderlich sein, daß ein Volk in dieser trüben Verfassung und in der von Wunsch und Hoffnung gesteuerten Neigung, das Beste zu glauben, schließlich in seiner Mehrheit dazu gelangt, der Regierung zwar nicht in allen oder auch nur vielen Einzelheiten zu glauben, aber ihr in den Grundlinien ihrer Propaganda zu folgen und im übrigen zu argumentieren, daß die Regierung, die soviel erreicht hat, die Einzelheiten auch besser verstehen wird als die Kritiker und Meckerer, die da so herumlaufen und einen mit Katastrophenbildern ja nur ängstigen und stören.

So kommt es, daß eine sehr große Schicht bis zu den sogenannten »Gebildeten« hinauf die Hauptparole der Regierung angenommen hat, nämlich, daß es möglich ist, England in wenigen Monaten zu besiegen und das Erbe des britischen Weltreichs anzutreten, soweit dies praktisch und wünschenswert ist. Dazu gehört die zweite These, daß Deutschland unbesiegbar ist, daß die Blockade dank den weisen Vorsichtsmaßnahmen der Regie-

rung nicht wirken wird und daß eine Kapitulation nicht in Frage kommt. Alle Einwendungen in Bezug auf Rohstoffmangel werden mit derselben Gläubigkeit an die Weisheit der Regierung abgewiesen, mit der man im Weltkrieg immer wieder Kritik ablehnte: »Das werden Hindenburg und Ludendorff schon besser wissen als Sie!« So haben Göring und Hitler und Funk sich das heute auch schon alles gedacht und die nötigen Aushilfsmittel vorbereitet. Insbesondere die Haßpropaganda gegen England hat fast völlig gewirkt, ein tragischer Umstand in Anbetracht der großen Opfer, die die Chamberlainpolitik der Befriedung des deutschen Volkes ganz umsonst gekostet hat. Auch die antimonarchistische Propaganda der Regierung ist sehr wirksam – so finden die Beschimpfungen der Staats- und Kriegsführung des Kaiserreichs ein dankbares Echo und wenig Abwehr.

Selbstverständlich gibt es auch Gegenerscheinungen. Zum Beispiel hat man in München vor einigen Wochen ein monarchistisches Komplott entdeckt,⁷¹ in das führende Personen der Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank verwickelt waren, und man hat bei dieser Gelegenheit auch ganz erhebliche separatistische Stimmungen entdeckt. Ein besonders merkwürdiger Ausbruch aus der Regierungsdisziplin wurde aber sichtbar anlässlich der Mystifizierung der Berliner mit einem angeblichen Waffenstillstand. Die ganz echte, dieses Mal wirklich »spontane« Freude über diesen Waffenstillstand, bei dem ja keineswegs klar war, wie der Friede denn aussehen würde, kontrastierte auffällig mit den befohlenen Zeichen der Siegesgewißheit und des Englandhasses. Kenner der Situation versichern, daß die Begeisterung über [das] Kriegsende genau so groß und unkontrollierbar gewesen wäre, wenn gleichzeitig die Räumung Polens und des Protektorats verkündet worden wäre. Die Enttäuschung nach einigen Stunden war sehr, sehr bitter und hat vielen Menschen erst ganz klargemacht, wie stark sie eigentlich unter dem Kriegszustand seelisch leiden.⁷²

Die Soldaten unterliegen den Stimmungen im Augenblick mehr als die Zivilbevölkerung. Das mag seinen Grund darin haben, daß sie den Unterschied zwischen Schein und Wahrheit deutlicher verspüren. Sie waren derart abgeschlossen, daß viele Urlauber nach Abschluß des polnischen Feldzugs höchst erstaunt über die Verdunkelung in solchem Ausmaß und über die weit getriebene Ausbildung des Kartensystems waren. Das hatten sie nicht gewußt und sie zogen sowohl aus den Tatsachen selbst wie aus deren Verheimlichung die entsprechenden Konsequenzen. Dazu kam das Erlebnis, wie unangenehm, ja manchmal entwürdigend ihre Frauen auf den Wohlfahrtsstellen behandelt werden und die Knappheit der Lebensführung selbst.

So kann man sagen, daß bislang die Stimmung der Bevölkerung trotz aller Erfahrungen des täglichen Lebens der Hauptparole der Regierung folgt. Es ist richtig, daß eine tiefe und, weil häufig uncingestanden, desto

wirksamere Friedenssehnsucht im Volk ist. Aber das Volk glaubt, daß dieser Frieden erreicht werden kann auf Grund eines schnellen Sieges über England, und daß die Folgen einer Niederlage nicht befürchtet zu werden brauchen. Die Abschließung von außen ist fast vollkommen, so daß über die eigentliche Lage niemand etwas erfährt. So kann man immer wieder dem deutschen Volk einhämmern, daß die Neutralen gegen England und für Deutschland sind, daß Rußlands unerschöpfliche Rohstoffe und Materialien den Deutschen zur Verfügung stehen, so daß die Blockade nicht wirken kann, wenn man sich auch einschränken muß, daß die italienische Neutralität nur zugunsten Deutschlands ist und so fort. Bestimmt kommen Zweifel auf, z. B. durch die Aufhebung des Waffenausfuhrverbots, aber diese Zweifel werden durch Propaganda auf den eben erwähnten Grundlinien zerstreut. Natürlich könnte man dieses labile Gleichgewicht der Stimmung erheblich stören, wenn man Tatsachen, die nicht verschwiegen werden können, schafft, die gegen die Regierung zeugen. Zum Beispiel würde der Abschluß eines italienisch-französischen Mittelmeerpakts und Freundschaftsvertrages ein derartiges Faktum sein. Langsam werden natürlich auch die Entbehrungen im täglichen Leben eine Rolle spielen, und man ist sich in Regierungskreisen ganz klar darüber, daß man gelegentlich Erleichterungen der Rationierung eintreten lassen muß, so schwer es auch ist, und daß man den Krieg nicht so hinschleppen lassen darf. »Es muß etwas geschehen — — —.« So treibt erst die Spannung der inneren und wirtschaftlichen Lage zum Krieg und jetzt weiter auch zur aktiven Kriegführung trotz der damit verbundenen außenpolitischen und militärischen Risiken.

4.

Es ist schon viel über die Lebensmittelsituation in Deutschland berichtet worden, so daß hier eine eingehende Schilderung unterbleiben kann. Nur ist es vielleicht wichtig, darauf hinzuweisen, daß der Schleichhandel trotz aller Strafen nicht ganz zu unterbinden ist und daß vor allem die »Beziehung« wieder eine ganz große Rolle zu spielen beginnt. Folgender Vorfall ist verbürgt. Ein Betrieb, der mit Lebensmitteln zu tun hat, schickt eines Abends seinen Lieferwagen auch zu einem Freund des Inhabers, um diesem eine kleine Fleischbeihilfe zu bringen. Der Empfänger, hocherfreut, sagt zu dem Fahrer: »Da müssen Sie nun extra ganz hier herauskommen«, worauf er die Antwort erhält: »Nee, ick muß ja noch weiter zum Staatssekretär K.,⁷³ der wohnt ja doch in der Gegend. Ja, un dann muß ick noch zum fetten Funk, was hinbringen.« »Was bringen Sie denn dahin?« »Na, einen Schinken!« So etwas kann nicht unbekannt bleiben und bleibt dann auch nicht ohne Wirkung. Im übrigen stürzt sich alles auf die rationierungsfreien Lebensmittel, wobei eine Bevorzugung der mit Beziehung gesegneten nicht

ausbleiben kann. So zum Beispiel bei dem Bezug von Gänsen. Aber auch bei dem großen Karpfenmord, der neulich um Berlin her stattgefunden hat, mußte man gerade bei dem richtigen Lieferanten in der Kundenliste stehen, denn lange nicht alle hatten die Karpfen im Verkauf. – Kaffee ist beschlagnahmt, aber er liegt zum großen Teil noch in den Kellern der Röstereien versiegelt und unabgeholt. Warum, weiß niemand, denn die Soldaten bekommen ihn, wie gesagt, nicht. Dafür kostet ein Pfund Kaffee im Schleichhandel zwischen 12 und 30 Mark!

Wesentlicher als dieses alles erscheint die allmähliche Aufzehrung sämtlicher anderer Bedarfsgegenstände. Arzneimittel, die Öle und Fette enthalten, alle Cremes (Niveacreme z. B.) sind vom Markt verschwunden. Franzbranntwein gibt es nicht mehr. Watte ist nicht mehr zu haben, angeblich für das Militär beschlagnahmt. Papierservietten sind ausverkauft, d[it]o Klosett-papier und Wachstuch. Von Schreibpapier sind gerade noch die ältesten Ladenhüter wieder hervorgekommen, alles neuere und modernere Briefpapier ist ausverkauft. Anfang September gab es noch Papierkragen. Anfang Oktober oder Mitte Oktober wurde gefragt: »Sind Sie in unserer Kundenliste? (Man denke, bei Papierkragen!) Wenn nicht, dann tragen Sie sich bitte ein!« Dies geschah und der Betreffende konnte *sechs* Papierkragen für einen Monat erstehen.

Bezeichnend ist auch der Schnürbändermangel. Eine Verkäuferin empfahl bei einem derartigen Neinverkauf Bindfaden, der in Tinte geschwärzt ist, als Ersatz zu nehmen. Die Schuster haben für Reparaturen »Annahmetage«, damit sie nicht überlaufen werden. Ein Paar Schuhe oder Stiefel besohlen zu lassen, dauert drei bis vier Wochen. Grund: Materialmangel, und wenn man daraufhin meint, man könne die Schuhe ja hinbringen, sobald der Meister neues Material bekommen habe, ist die Antwort: Hier geht es nach der Reihe und wenn Sie später kommen, bekommen Sie die Schuhe dementsprechend später wieder. Will man aber ein Paar neue Stiefel kaufen (und dasselbe ist auch bei Kleidung, Wäsche etc. der Fall), so muß man mit unendlichen Büroschwierigkeiten einen Bezugschein ergattern. Bei dieser Gelegenheit erscheint eine Person zur Kontrolle des Stiefel- oder sonstigen Bestandes, und, da sie schon einmal da ist, wird unvermutet gleich kontrolliert, ob nicht auch vielleicht Lebensmittel gehamstert worden sind.

Auch ganz besonders unerquicklich ist der Seifenmangel. Die Wäschereien verlangen eigentlich *alle* Abschnitte der Seifenmarken, so daß für die Haus- und Körperwäsche nichts mehr übrig bleiben kann. Andererseits bekommt man lange nicht genug Seife, um nun etwa alles im Haus waschen zu können. (Die Wachstuchknappheit beruht natürlich darauf, daß die Leute an Stelle von Tischtüchern, die gewaschen werden müssen, Wachtücher benutzen wollen.)⁷⁴

Die auffälligste Folge aller dieser Dinge, der Bürokratisierung des ganzen

täglichen Lebens ist die Abhängigkeit aller Menschen von ihren Lieferanten, die allesamt zu kleinen beamteten Machthabern werden, und von den kleinen Beamten auf den verschiedensten Behördenstellen, die alle Zusatzlieferanten werden. Weder mit der einen noch mit der anderen Gruppe und ihren Einzelvertretern darf man sich anlegen, so groß auch manchmal die Dummheit und Tyrannei dieser Wichtigtuer und Gernegroße ist. Was soll man sagen, wenn einer Krankenschwester, die Zusatzseifenkarten verlangt, im barschen Ton des Heimkriegers die Frage vorgelegt wird, warum sie denn sich unterstände und soviel Seife verbrauchen wolle. Erst längere Erklärungen beruhigten den Beamten darüber, daß es sich hier nicht um eine Hamsterei, einen Reinlichkeitsfanatiker mit unsauberen Absichten, einen Schädling der Volksgemeinschaft oder einen Staatsfeind handelte.

Allerletzte Meldung von den Erfindungen der Bürorationierungsstrategen: Kinder erhalten auf die Fettkarte (nicht die Butterkarte) kein Fett mehr, sondern Kunsthonig.⁷⁵

5.

Die Knappheit an Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Rohstoffen hat nun auch eine ganze Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Folgeerscheinungen gezeitigt. Zum erstenmal seit einiger Zeit gibt es in Deutschland wieder Unterstützungsempfänger in erheblichem Ausmaß. Zunächst sind es die Familien der einberufenen Soldaten, die eine Unterstützung beziehen. Diese Rente beträgt 40 % des ehemaligen Verdienstes, so daß eine Familie, deren Verdienner ein Bruttoeinkommen von 250.- Mark hatte, jetzt zusehen muß, wie sie mit M[ark] 100.- im Monat auskommt.⁷⁶ In dieser Unterstützung liegen Mietzuschüsse bereits drin. Verschärft wird diese Situation durch ein seelisches Moment. Man hat sich in Deutschland noch nicht wieder umgestellt und so betrachtet man diese Frauen, die sich ihre Unterstützung abholen, an vielen Orten als eine Abart von Almosenbittlern. An Stelle eines guten Rechts auf Unterstützung, das für die persönliche Abwicklung grundlegend sein müßte, tritt nun die Abfertigung eines lästigen Bittstellers, dem man eine Gnade erweist. Das ist natürlich sehr verbitternd und trägt im Zusammenhang mit der schon erwähnten Abhängigkeit von unzähligen echten und Pseudo-Beamten sehr zur Zersetzung der Stimmung bei, die man eben nur mit aller Aufpeitschung durch Propagandamittel bekämpfen kann.

Die zweite Kategorie von Unterstützungsempfängern ist eine absolute Überraschung, – es sind nämlich Arbeitslose. Die zahllosen Geschäfte, die nichts mehr zu verkaufen, zu verbuchen und einzukaufen haben, die verödeten Werbezentralen, die überflüssig gewordenen Handelsvermittler und die zahlreichen auf Friedensbedarf eingestellten Produktionsstätten

haben zahllose Kräfte freigesetzt, die bisher keine Verwendung gefunden haben. Aus den bereits erwähnten Gründen kann man lange nicht alle einziehen, – teils sind sie auch zu alt oder nicht diensttauglich. Die ursprünglich vermutete Einstellung aller dieser Menschen und sogar aller Frauen, die im Haushalt zu entbehren wären, in Rüstungsbetriebe hat nicht durchgeführt werden können, weil es an den notwendigen Rohstoffen fehlt, um die Betriebe bis zur ursprünglich geplanten Kapazität ausnutzen zu können. Es ist sehr schwer, über die Ziffer der neuen Erwerbslosigkeit brauchbare Angaben zu erhalten; es ist aber charakteristisch, daß urteilsfähige Gewährsleute bis auf über drei Millionen geschätzt haben. Für die politische Wirkung dieser Erscheinung, wenn sie andauert, wäre auch schon die Hälfte ausreichend, denn neben schlecht behandelten Kriegsunterstützungsempfängern auch noch Erwerbslose zu haben, dürfte eine außerordentlich schwere Belastung des Stimmungsapparats bedeuten.⁷⁷

Neben diesen beiden Erscheinungen wirtschaftlicher Notlage und sozialer Unruhe tritt als dritte Ursache für Schwierigkeiten die allgemeine Finanz- und Wirtschaftspolitik direkt auf. Die Kosten des polnischen Krieges werden auf sechs bis acht Milliarden [Mark] geschätzt. Die Kosten des nun weiter laufenden Kriegs werden auf nicht weniger als sechs Milliarden *monatlich* angenommen. Diese Ziffern stammen von einem Fachmann, dessen internationaler Ruf und dessen Einblick in die Verhältnisse gleich groß sind. Natürlich bedeutet das den hoffnungslosen Absturz in die Notendruckerei und Inflation. Die Erscheinungen der Inflation können natürlich bei allgemeinem Materialmangel und bei einer drakonischen Höchstpreisgesetzgebung sich nicht wie in den Jahren 1921–23 zeigen, sondern müssen ein anderes Gesicht annehmen. Die erste Folge der inflationären Politik ist eben, daß man mit allen Mitteln versucht, gegen deren Folgen auf dem Lohn- und Preisgebiet anzukämpfen. Die letzte Maßnahme war eine allgemeine Lohnsenkung zum Zwecke darauf folgender Preissenkungsmöglichkeiten. Nun ist diese Anordnung zur Lohnsenkung in zahlreichen Fällen, wo es sich um Facharbeitskräfte handelte, die trotz Erwerbslosigkeit auf kaufmännischem Gebiet selbstverständlich nicht so leicht zu ersetzen sind, einfach nicht befolgt worden. Die Preissenkung blieb deshalb auch überhaupt aus. Nun hat man angeordnet, daß die Betriebe, da ja die Preissenkung nicht stattfand, die auf dem Papier ersparten Löhne an die Steuerämter abzuführen haben. So hat man wenigstens zugleich mit einer Herabdrückung des Lohnniveaus, die die Inflationsgefahren schwächt, auch noch eine neue Kriegsbesteuerung gefunden. Eine bezeichnende Einzelheit ist aber, daß man diese Lohnersparnisabführung auch rückwirkend verlangt hat, so daß die Betriebe, die der Anordnung aus guten Gründen kaufmännischer und sozialer Art nicht entsprochen hatten, jetzt eine Doppeltzahlung leisten müssen und zum großen Teil Bankkredit dafür in Anspruch nehmen

müssen. Trotz alledem beträgt die Reichsschuld nach Ansicht des angeführten Fachmanns etwa 67 bis 69 Milliarden Mark.⁷⁸

Man kann bis jetzt keine großen Folgen dieser höchst ungesunden finanzpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände feststellen. Da Hitler ja die Gauleiter darauf verpflichtet hat, für die Stimmung zu sorgen und sich einfach jeden Bericht über schlechte Stimmung verboten hat, wird alles getan, um die vorhandene schlechte Stimmung nicht offenkundig werden zu lassen. Dazu ist der ganze Parteiapparat jetzt als Spitzelorganisation umgebaut worden. Der Volksmeldedienst beruht völlig auf der Arbeit der Parteigenossen. Man kann sicher sein, daß in jeder Schlange von Frauen, die vor einem Laden warten, sich zum mindesten eine Frau befindet, die auf Äußerungen des Unmuts hin erklärt, es sei doch nicht so schlimm und für Führer und Vaterland könne man die Unbequemlichkeiten noch die kurze Zeit bis zum Sieg ertragen. Ganz sicher ist auch mindestens eine zweite dabei, die still dabeisteht und sich merkt, wer gar zu sehr meckert. Genauso wird vermieden, irgend welche Nachrichten durchzulassen, die von Arbeitsschwierigkeiten berichten. Daß man geradezu unerhört streng gegen alle sogenannten Arbeitsschwierigkeiten vorgeht, ist bekannt, aber man kann nicht übersehen, welchen Umfang diese Fälle angenommen haben. Ein Schlachtergeselle mit einem bisherigen Wochenlohn von ca. M[ark] 70.– hat bei der Vermittlungsstelle für eine neue Stellung das Angebot erhalten, irgendwo einen Posten für M[ark] 25.– die Woche anzunehmen. Seine Antwort war, bezeichnend mit dem Finger an die Stirn zu tippen, worauf er auf dem Fleck verhaftet und zu neun Monaten Haft verurteilt wurde. Daß es auch nach wie vor bei der Bergarbeiterschaft nicht befriedigend aussieht, dafür gibt es einen schwachen negativen Beweis. Das große Getreide- und Futtermittelgeschäft mit Rußland wurde in Deutschland unter anderem auch mit dem Kommentar versehen, daß nun ja auch wieder jeder Bergarbeiter sein Schwein füttern könne. Die Bergarbeiter sind nicht die einzigen, die nebenbei etwas Schweinezucht betrieben haben, und es deutet auf besondere Schwierigkeiten hin, wenn man so betont in diesem Zusammenhang darauf hinweist, daß sie nun allen Grund zur Zufriedenheit haben.

6.

Über diesem sozial beunruhigten, durch immer neue Propagandaeinsparzungen gerade eben noch in der gewünschten Richtung gehaltenen Volk schwebt eine Regierung, die allmählich in vollständige Desorganisation verfällt. Alles wird auf die Person des Führers und Feldherrn abgestellt. Auch die Verwaltung kommt aus der Ressortordnung heraus und so entstehen natürlich endlose Ressortstreitigkeiten. Bezeichnend ist, daß die polni-

schen Gebiete einem Sonderinstitut Hitlers unterstehen, so daß die ganzen Zentralinstanzen des Reichs nicht direkt, sondern nur über die auf Hitlers Anordnungen direkt arbeitende Sonderorganisationsleitung notwendige Maßnahmen erwirken können.

Kabinettsitzungen finden nicht mehr statt, – seit Monaten ist keine einzige wichtige Angelegenheit mehr im Kabinett besprochen worden. Die Minister sind sich selbst überlassen, soweit sie nicht von dem über allem thronenden und in alles gelegentlich hineinfuschenden Hitler irgend welche abrupten Anordnungen erhalten. Dieser wird mehr abgeschlossen, verkehrt nur noch mit einem engen Kreis, und so kommt es, daß z. B. der Minister Funk noch nicht ein einziges Mal seit seiner Bestallung zum Minister (Anfang 1938)⁷⁹ seinen obersten Chef gesprochen hat. Was er tut, geschieht aus seinem eigenen Kopf heraus, soweit es ihm nicht von Göring oder der Kamarilla aufgezwungen wird.

So beschaffen, geht das deutsche Volk unter seinem »Feldherrn« daran, sich die Weltherrschaft von England zu erkämpfen.

Dokument Nr. 12

Denkschrift Hans Robinsohns, ca. November/Dezember 1941, Typoskript, 40 Seiten im Kanzleiformat, BA, NL Robinsohn 31. Die handschriftlichen Randglossen werden in Kursivschrift in den laufenden Text eingefügt.

Robinsohns Denkschrift trägt auf der ersten Seite den Vermerk: »Dies ist nicht genau zu datieren, – möglicherweise Ende 1943 in Malmö, – aber auch möglich bereits 1942, jedenfalls nach Juni 1941. Hbg., d. 8/5–76«. Tatsächlich läßt die Entstehungszeit sich ziemlich genau eingrenzen. Auf Seite 22 steht am Ende des Kapitels VI zweimal, und zwar sowohl rechts- als auch linksbündig, der Vermerk »abgeschlossen am 7. 12. 41«. Die letzte Seite enthält die Datierung »12 Tage nach Abschluß der Teile I.–VI.«, also den 19. Dezember 1941. Ein gleichmäßiges Arbeitstempo ohne Unterbrechungen vorausgesetzt, hätte Robinsohn seine Denkschrift also etwa am 23. November begonnen und nach vier Wochen abgeschlossen.

Die Denkschrift entstand in einer Lage, als der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 in eine neue Phase getreten war; zugleich war das Scheitern der Blitzkriegskonzeption schon klar zu erkennen, da die deutschen Truppen vor Moskau und Leningrad zum Stehen kamen. In dieser Lage entwarf Robinsohn ein detailliertes Programm, das einer Nach-Hitler-Regierung die ersten Schritte in den ersten Wochen nach dem Umsturz ebnen sollte. Vgl. Kap. 9.

Die Denkschrift ist außerdem zugleich als Schulungsmaterial für das künftige Führungspersonal gedacht, weshalb die Ausführungen wiederholt in »Übungsaufgaben« zusammengefaßt werden.

Keine Improvisation – Vorbereitung. Der Zweck der nachfolgenden Ausführungen ist es, eine Art Bestandsaufnahme aller Punkte zu machen, deren Klärung nötig ist, um einer auf das Hitlerregime folgenden deutschen Regierung einen günstigen Start zu sichern. Die Ausführungen wenden sich also geistig gegen den Hang zur Improvisation, der meistens einem Hang zur Bequemlichkeit entspringt. Wohl ist es unmöglich, alle Verwicklungen der Zukunft, alle denkbaren Situationen im vorhinein zu berechnen und für alle gerüstet zu sein, und insofern wird die Kunst der Improvisation stets zur Begabung der großen und erfolgreichen Staatsmänner und Feldherren gehören, aber genau wie man die Arbeiten des Generalstabs nicht verwirft, weil der Krieg die Heeresleitung vor neue Probleme stellt, genauso sollte man auch politisch die nötigen Vorarbeiten machen, um den Wirrnissen der Praxis leichter einen Weg abzugewinnen. – Aufgeräumte Gehirne, in denen eine Ordnung über Ziele, Zusammenhänge und Mittel herrscht, finden sich auch [in] dem Unerwarteten leichter und sicherer zurecht als die leichtsinnigen Träumer, die auf gut Glück etwas beginnen und sich von *einer* Aushilfshandlung zur nächsten in ein immer dichteres Netz von unbeabsichtigten Folgen verstricken. »Bereit sein« – ist – fast – alles!

Es ist klar, daß eine politische Absicht, für die der Sturz der Nazis am Anfang aller Politik steht und nicht das letzte Ziel, sondern erste Voraussetzung für alle weiteren Ziele ist, auch ihr Handeln bis zum Hitlersturz bereits von den politischen Zielen des »Nachher« lenken lassen muß. Es ist nicht nötig, genauer auf die Haltung und Richtung der Politik der angenommenen nächsten Regierung einzugehen; sie wird sich aus den Zeilen selbst ergeben. Wichtig ist es, folgendes festzuhalten:

Politische Zielsetzung. 1.) Die Ziele der Regierung müssen sich in striktem inhaltlichen und methodischen Gegensatz zum herrschenden System Hitlers halten. Ein Personenwechsel unter Beibehaltung der wesentlichen Attribute der Diktatur und/oder ihrer Ziele kann eine solche Studie kaum rechtfertigen. Nur wenn ganz andere Ziele erstrebt werden und ganz andere Methoden zur Anwendung gebracht werden sollen, ist es nötig, sich um den Start einer derartigen Politik eingehend zu kümmern. Voraussetzung dieser Arbeit ist also eine Nachfolgeregierung, die auf europäische Zusammenarbeit gleichberechtigter Nationen hinauswill und im Inneren Selbstverantwortung und geistige und politische Freiheit anstrebt.

Zur Technik des Umsturzes. 2.) Grundsätzlich können Diktaturen gestürzt werden von: entweder Massenaufständen oder Palastrevolutionen. Beide Typen in ihrer Reinheit können für den vorliegenden Fall nicht in

Frage kommen. Was die Massenempörung betrifft, so ist sie, trotzdem große Massen jetzt Waffen in der Hand haben, unmöglich, da ihre organisatorische Vorbereitung bei den herrschenden Umständen nicht durchführbar ist. Ein Massenumsturz setzt aber, wenn er gelingen soll, ein ziemlich weit vorbereitetes Hand-in-Hand-Arbeiten größerer Kreise voraus. Selbst Sabotagehandlungen oder Attentate verlieren unter den in Deutschland vorliegenden Umständen ihren Sinn für eine Revolution von unten, da sie einfach verschwiegen werden und daher nicht als Fanale und willensbildende Symbole wirken können. – Palastrevolutionen sind dagegen technisch gerade der Typ, der am ehesten zum Erfolg führen kann. Eine Offiziersverschwörung mit einem Kreis von Politikern kann heute Chancen haben, eine neue Regierung nach Sturz der alten zu bilden. Die Offiziere der Armee sind die einzigen, die die Mittel zur Organisation des Umsturzes haben. Daher ist dort einzusetzen, wenn man zu einer Änderung kommen will. Im Gegensatz zu den normalen Palastrevolutionen muß jedoch der Personenkreis, der mit diesen Offizieren zusammenarbeitet, mehr erstreben als lediglich eine Personalumbesetzung (s. o.). Es müssen also die sachlichen Ziele dieses Kreises mit den Wünschen und Interessen der Offiziere abgestimmt werden können.

Umsturz zur Rettung vor der drohenden Katastrophe! 3.) Es erhebt sich die Frage, ob ein Umsturz im Kriege in Erwägung gezogen werden kann oder ob man bis zur Beendigung des Krieges warten muß. Dieser Krieg hat nur zwei praktische Ausgangsmöglichkeiten, solange das Hitlersystem am Ruder bleibt: Sieg oder Niederlage. Auch ein formaler Kompromißfriede zwischen England und Hitler ist ein Sieg für Hitler und wird die entsprechenden innerpolitischen Folgen haben. Jeder Sieg Hitlers ändert zwar nicht das geringste an der sachlich-politischen Wünschbarkeit eines Systemsturzes (im Gegenteil: er verschärft diesen Wunsch nur noch, weil mit dem Sieg die Kraft zum Bösen im System noch wächst und die Verderbung Deutschlands durch das System nur noch gründlicher geschieht), aber jeder Sieg befestigt das System nur noch mehr und bewirkt bei vielen jetzt vielleicht Schwankenden die Stimmung der Apathie, des Fatalismus, der Hoffnungslosigkeit und Angst. Das nationale Ziel einer Systemänderung wird also nur schwerer zu erreichen [sein], wenn man seine Erarbeitung bis nach dem Krieg aufschiebt. Kommt es jedoch zu einer Niederlage, so werden die Friedensbedingungen so schwer sein, daß eine Systemänderung von vornherein um die wesentlichen Früchte der Änderung selbst betrogen sein wird. – Was Deutschland die größten Chancen gibt, ist ein Friede zu einer Zeit, in der die Armee noch ungeschwächt als Machtfaktor bei den Verhandlungen mitrechnen kann, Deutschlands Verhandlungsposition sichert und einen Diktatfrieden verhindert. Solange Hitler regiert, ist ein solcher Friede unmöglich – selbst ein Personenwechsel bei Fortsetzung des Nazi-

systems ist kein Ausweg aus dieser Lage. Der Systemsturz ist das einzige Mittel, um aus der durch Hitler geschaffenen Lage ohne Katastrophe herauszukommen. – Je früher dieser Umsturz geschieht, desto größer sind die Chancen für Deutschland, denn um so weniger wird man den Umsturz als Folge einer Niederlage oder unmittelbar befürchteten Niederlage ansehen. Um so reicher werden auch noch die Möglichkeiten Deutschlands für eine ev[en]t[ue]ll[e] Fortsetzung des Krieges und um so größer wird also sozusagen der »nuisance value« der Armee sein, den die Gegner in ihren Friedensverhandlungen in Rechnung stellen müssen.

Die Grundvoraussetzung. Die Ausgangslage, die Grundvoraussetzung, von der in den folgenden Abschnitten ausgegangen wird, ist daher, daß ein Umsturz des Systems im Kriege erfolgt, wenn die Kraft des Heeres noch ungebrochen ist und noch materialmäßige Möglichkeiten für die Fortsetzung des Krieges vorhanden sind. Die Absichten der Regierung, die die Nachfolge antritt, sind bereits kurz angedeutet; sie gehen jedenfalls weit über einen Personalwechsel hinaus.

Es ist selbstverständlich, daß man ähnliche Inventuraufnahmen der zu klärenden Punkte auch bei anderen Grundannahmen durchführen kann, z. B. für den Fall einer Arbeiterrevolution. Abgesehen aber davon, daß kaum mit einem solchen Ereignis zu rechnen ist, würde auch in einem solchen eintretenden Fall für diejenigen politischen Kräfte, die sich nicht mit einer Arbeiterrevolution identifizieren können, das nachfolgende Gedankengerüst als Wegweiser für ihre Politik ihren Sinn behalten.

Keine Kompliziertheit der Zielsetzung! Zu warnen ist jedoch vor einer Komplikation des politischen Aufbaus. Es liegt nahe zu versuchen, nicht die unmittelbare Erbschaft dieses Systems anzutreten, sondern zu erstreben, erst mittelbar an die Herrschaft zu gelangen, nachdem eine andere Regierung den größten Dreck beseitigt hat und bei der Fortschaffung des Drecks sozusagen in ihm erstickt ist. Von den politischen Konsequenzen einer solchen Haltung soll zunächst ganz abgesehen werden (wahrscheinlich hätten sie einen dauernden Riß zwischen den Anhängern dieser ersten Regierung und den Anhängern der zweiten zur Folge, der unter Umständen absolut lebensgefährlich sein kann) – es ist jedoch schon schwer genug, eine Systemänderung überhaupt durchzuführen. Sie so vorzunehmen, daß man sie durch andere, geschobene Kreise machen läßt, sich selbst im Hintergrund hält, um im gegebenen Moment die mittelbare Erbschaft anzutreten, ist von einer derartigen Kompliziertheit, daß die Erfolgchancen auf Null sinken.

II.

Außenpolitische Linie. Die erste Aufgabe der neuen Regierung ist, den Frieden zustande zu bringen, denn der Friede ist unbedingte Voraussetzung jeder weiteren Politik. Sinnvoll ist jedoch ein Friede nur, wenn er mehr ist als nur Endpunkt des Krieges, nur Fixierung der durch kriegerische Aktionen und Überlegungen gerade nun vorliegenden Situation. Sinnvoll ist der Friede nur, wenn er Ausgangspunkt einer Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen auf ein bestimmtes Endziel sein kann. Will man also über den Frieden verhandeln und ihn nicht lediglich dem anderen aufzwingen oder sich selbst aufzwingen lassen, so müssen diese Verhandlungen im Zusammenhang mit der weiteren Außenpolitik stehen, und diese wieder muß orientiert sein an einer bestimmten Konzeption des Zusammenlebens der Staaten. Als solche Konzeption soll unterstellt sein

das gleichberechtigte und freie Zusammenleben der in Bundes- oder Nationalstaaten vereinten europäischen Völker in und unter einer europäischen Staatenföderation.

Es ist überflüssig, hier zu erörtern, ob, wann und wie dieses Ziel erreicht werden kann. Es ist wahrscheinlich, daß es um so schwerer erreicht wird, wenn man detaillierte Programme aufstellt und/oder sich krampfhaft auf einen einzigen Weg festlegt. Wichtig ist, daß man prüft, welche allgemeinen Voraussetzungen und Verhaltensarten und welche mehr speziellen Bedingungen vorhanden sein müssen, um diesem Ziel Realisierungschancen zu geben. Wichtig ist, daß man sich ernstlichst bestrebt, sich an diesen Bedingungen und Verhaltensarten zu orientieren.

Wandel des Souveränitätsbegriffs. 1.) Es unterliegt keinem Zweifel, daß man den Begriff einer absoluten Staatensouveränität modifizieren muß. Kein Staat Europas kann Mitglied der europäischen Staatenföderation sein und seine uneingeschränkte Souveränität behalten. Es kann keineswegs seinem freien Willen unterliegen, wie lange und unter welchen Bedingungen er dieser Föderation angehören will. Auf der anderen Seite ist es auch unmöglich, eine wirksame Föderation zu bilden, solange jeder Staat sich vorbehält, wieder auszuschcheiden, sowie ihm das angezeigt erscheint. Es hat demnach keinen Sinn, die Föderation zu bilden, bevor ihre mutmaßlichen Mitglieder soweit sind, sich freiwillig einen Verzicht auf ihre schrankenlose Souveränität aufzuerlegen. Durch vorzeitige Gründungen à la Völkerbund diskreditiert man die Sache selbst nur.

Hiermit hängt zusammen, daß man die Idee aufgeben muß, sogenannte »innere Angelegenheiten« eines Staates seien für andere Staaten grundsätzlich unanrührbar. Wenn etwas Schiffbruch erlitten hat, dann ist es der Gedanke der »Nichteinmischungspolitik«. Die geistige, wirtschaftliche und technische Entwicklung Europas der letzten 500 Jahre hat die einzelnen

Völker in einen so engen Wohnzusammenhang gebracht, daß fast jede größere Veränderung innerhalb eines Staatslebens in allen anderen fast unmittelbar gespürt wird. Es gibt natürlich viele Vorgänge, die sich formal lediglich als »innere Angelegenheiten« eines Staates darstellen, aber sie sind es wirklich lediglich *formal*. Es wird daher nötig sein, daß die Föderation zum mindesten alle diejenigen politischen Erscheinungen als ihrer Interessensphäre unterliegend behandelt, die unmittelbar oder mittelbar die Existenz oder Wirksamkeit der Föderation selbst angehen.

Die Idee des Bundesstaats. 2.) Man wird sich an den Gedanken gewöhnen müssen, mehr als in den letzten 100 Jahren die Struktur des Bundesstaates derjenigen des Nationalstaates gleich zu achten oder sie sogar noch höher zu werten. Was die Verträge von 1919/20 so besonders unstabil gemacht hat, war, daß sie von der Idee des Nationalstaates als der einzig legitimen ausgingen. Europa ist aber nicht so zu organisieren. Man kann das ganze Gebiet von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer in nationalstaatliche Formen nur pressen, wenn man zahllose Minderheiten schafft, die die Veranlassung zu einem dauernden Widerspiel zentripetaler und zentrifugaler Tendenzen in den einzelnen Staatsbildungen sind, – ein Störungsfaktor, der fast alle wirklich aufbauenden Kräfte und Vorgänge lähmt. Zahllose wirtschaftliche und soziale Probleme sind von hier aus verschärft worden. Viele Millionen sind deswegen fehlinvestiert, d. h. einfach verschwendet worden. Die Zusammenfassung mehrerer Gebiete mit verschiedenen in ihnen lebenden Völkerschaften zu größeren dauerhaften, wirtschaftlich und sozial lebensfähigen Bundesstaatsgebilden ist eine absolute Voraussetzung, um der europäischen Anarchie ein Ende zu bereiten. Genau wie die Schweiz ihr staatliches Dasein so und offenbar mit Erfolg aufgebaut hat, können auch andere Länder sich organisieren. Vielleicht kann man sagen, daß der Widerstand der Tschechoslowakei elastischer, die Haltung Englands in dieser Frage fester gewesen wäre, wenn man in Prag weniger an der Idee des tschecho-slowakischen Nationalstaates festgehalten hätte und sich mehr in Richtung eines böhmisch-mährisch, slowakisch, deutsch, tschechischen Bundesstaats organisiert hätte. Dasselbe gilt von Jugoslawien, von Polen und anderen Staaten.

Zweckverbände. 3.) Als Vorbereitung für die Zeit, in der die europäische Föderation durch freiwillige Beschränkung der Souveränität der Einzelstaaten verwirklicht sein wird, ist der Gedanke internationaler Zweckverbände zu fördern. Als annäherndes Beispiel mag an den deutschen Zollverein erinnert werden, der zweifellos im Zusammenklang mit den idealen Einheitsbestrebungen verwirklicht wurde, aber faktisch nichts anderes war als ein Zweckverband souveräner Staaten zur besseren Verfolgung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen. Genauso gibt es zweifellos eine ganze Reihe von Fällen, in denen mehrere Staaten – im Geist der europäischen

Solidifizierung – Zweckverbände wirtschaftlichen Charakters gründen. Gemeinsame Interessen sollte man auf diesem Wege immer deutlicher ins Bewußtsein treten lassen, – nicht nur, um den wirtschaftlichen Gewinn zu sichern, sondern auch, um demgegenüber den einstmaligen Verzicht auf die Schrankenlosigkeit der Souveränität vorzubereiten.

4.) Der Gedanke einer europäischen Einheit kann nicht verwirklicht werden, solange nicht zwei sachliche Probleme an Bedeutung und Schärfe wesentlich verloren haben.

Deutschland–Frankreich. a) Das erste ist der deutsch-französische Gegensatz. Solange noch ein großes und intensives Mißtrauen in Frankreich gegenüber Deutschland besteht, kann die deutsche Politik nicht einmal die beste und »europäischste« Politik treiben. Jeder Zweckverband, der von deutscher Seite aus inaugurirt wird, jede Haltung zur Beseitigung der Gegensätze Deutschlands zu anderen Staaten und Völkern wird von einem mißtrauensvirulenten Frankreich lediglich als deutsche Initiative zu neuer Offensive gegen Frankreich, als »Bedrohung der französischen Sicherheit« angesehen werden. Diese Situation wird noch erschwert durch die Tatsache, daß man sich kaum vorstellen kann, wie nach den Erfahrungen von 1919 bis 1939 die Sicherheit Frankreichs gewährleistet werden soll ohne Rückwirkungen in Deutschland, die absolut antieuropäischen Charakter haben.

Es gibt daher kein dringenderes Ziel der deutschen Außenpolitik, als das französische Mißtrauen zu beseitigen, d. h. Schritt für Schritt abzuschwächen und immer wieder Beweise zu bringen, daß dieses Mißtrauen *nunmehr* keine Berechtigung hat. Es ist klar, daß dieser Gedankengang für die Handlungen der neuen Regierung *von der ersten Minute an* von höchster Wichtigkeit ist.

Deutschland und die Westslawen. b) Der Krieg ist im Osten ausgebrochen und hat als erstes Resultat den völligen Zusammenbruch der östlichen Grenzregelungen gebracht. Es ist im Augenblick nicht zu übersehen, wieviel durch die »Umsiedlungen« und ähnliche Maßnahmen an fast unwiderflichen neuen Verhältnissen geschaffen worden ist. Sicher ist, daß die Lösung der deutsch-polnischen Fragen in Versailles und anschließend höchst unglücklich war. Dies gilt insbesondere von dem Danzig-Komprobiß – worüber mit Recht gesagt worden ist, daß ein polnisches Danzig als vollendete Tatsache wahrscheinlich weitaus weniger nationales Ressentiment *wachgehalten* hätte. Wie auch die neue Regelung schließlich sein wird (darüber weiter unten mehr) – Europa kann nicht zu Ruhe kommen, wenn nicht der deutsch-polnische Gegensatz bereinigt wird. Daß dies möglich ist, unterliegt keinem Zweifel. Es hat Perioden in der deutschen und der polnischen Geschichte gegeben, in der die lebhaftesten Sympathien dieser beiden Völker für einander bestanden. Man muß sich in Deutschland dar-

auf einstellen, daß die slawischen Völker alle, und darunter eben auch die Polen, kulturell keineswegs als zweitklassig zu betrachten sind und daß insbesondere gerade zwischen Polen und Deutschland die günstigsten Voraussetzungen wirtschaftlich fruchtbarer Ergänzungen vorliegen. Ein deutsch-polnisches Zusammengehen in wirtschaftlicher Beziehung, die Anerkennung eines dauerhaften polnischen Staates liegt im deutschen Interesse, und die ressentimenthafte Politik der deutschen Republik von 1919–33 mit ihrer geheimen Auffassung von Polen als dem »Saisonstaat« und ihrer öffentlichen und bockigen Politik ökonomischer Obstruktion darf unter keinen Umständen wiederholt werden.

Auch dieser Gesichtspunkt muß bereits vom ersten Augenblick an die Haltung der deutschen Regierung mit bestimmen. Man darf jedoch nicht vergessen, daß dies nicht zur Vertiefung des französischen Mißtrauens führen soll.

III.

Die Passiven der diplomatischen Ausgangslage! Die diplomatische Situation der neuen Regierung wird durch die folgenden Umstände in sehr ungünstiger Weise beeinflusst, die man erst würdigen muß, bevor es möglich ist, sich zu positiven Handlungen zu entschließen.

1. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die national-soz[ialistische] Regierung den deutschen Staat in die Situation des »unprovzierten Angreifers« gebracht hat. Es liegt auf der Hand, welche ungeheuren Folgen sich daraus ergeben. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß durch sie Deutschland nicht nur überall die Kriegshandlungen, die Besetzungsaktionen etc. begonnen hat – die nat[ional]-soz[ialistische] Regierungspolitik hat auch ausnahmslos alle die Krisen, die zu diesen Handlungen führten, entweder selbst geschaffen oder in so ungeheurem Ausmaß verschärft, daß sie dadurch erst in die Explosionsspannung gerieten.
2. Darüber hinaus hat die Hitlerdiktatur einen wesentlichen Bestandteil des Kapitals jeder auswärtigen Politik völlig zerstört, nämlich das Vertrauen. Sie hat in steigendem Maß sich nur auf das Mittel der Macht gestützt, bis zum Schluß ihre Politik ausschließlich in der Anwendung von Gewalt oder in der Drohung mit Gewalt bestand. Daher wird die neue Regierung auf eine feste Mauer eisigsten Mißtrauens stoßen, und es ist wichtig, sich von vornherein über diesen Umstand klar zu sein. Zu lange und zu deutlich sind von der Deutschland repräsentierenden Regierung die Lüge, der Betrug, der Treubruch und der Verrat als legitime Mittel der auswärtigen Politik öffentlich gefeiert worden.
3. Die neue Regierung kann kein Vertrauensaktivum mitbringen. Sie ist international unbekannt und wird bestenfalls auf eine nicht unbedingt

feindliche Reserve rechnen können. Da ihre Mitglieder und Mitarbeiter, wie dies bei dem hier vorausgesetzten Typ einer aus einer »Palastrevolution« hervorgegangenen Regierung unvermeidlich ist, über allerhand persönliche oder berufliche Verbindungen zu der gestürzten Regierung verfügt haben werden, muß man auch damit rechnen, daß dies ihnen als ein zweifelhaftes Moment angerechnet wird. Im Zweifel werden die anderen Regierungen eher zu mißtrauisch als zu vertrauensvoll sich einstellen. Das gilt besonders mit Hinsicht auf die Militärs, die der neuen Regierung zur Verfügung stehen und die notwendigerweise hohe Posten in der den Krieg führenden deutschen Armee bekleiden.

4. Der diplomatische Apparat, den die neue Regierung vorfinden wird, entbehrt zweifellos der sachlichen und politischen Zuverlässigkeit. Die Gefahr, daß die Handlungen der neuen Regierung durch ihre diplomatischen Vertreter im Ausland schlecht, absichtlich falsch gedeutet werden, daß eine planmäßige Sabotage einsetzen wird, ist nicht außer acht zu lassen, wenn man die politische Erziehung und das amtliche Vorleben der einzelnen Vertreter berücksichtigt. Dagegen muß die neue Regierung sich mit aller Kraft zu sichern verstehen.
5. Es fehlt – von anderem ganz abgesehen – an der nötigen Zeit, um die Friedensverhandlungen durch eine vernünftig untermauerte Vermittlungsaktion vorbereiten zu lassen. Eine derartige diplomatische Tätigkeit erfordert Wochen. Die neue Regierung kann aber nicht wochenlang den Krieg einfach weiterführen. Damit würde sie sowohl innerhalb wie außerhalb Deutschlands sich um jede Chance eines zukünftigen Kredits bringen.

Es ist eine reine Sachfrage, ob es dem Regierungskreis gelingen kann, bereits vorher, also noch während der Zeit der Diktatur, entsprechende Vorverhandlungen zu führen, in denen so viel Vertrauen gewonnen worden ist, daß man weitgehend das Vorbereitungsstadium von Friedensverhandlungen überwunden hat.

Wenn dies, wie es wahrscheinlich ist, nicht möglich gewesen sein sollte, bleibt nichts übrig, als unmittelbar in die Verhandlungen einzutreten.

*Kein Waffenstillstand!*⁸⁰ 6.) Ein Waffenstillstand kommt unter keinen Umständen in Frage. Damit erschwert man die Situation geradezu ungeheuerlich. Denn abgesehen von der Entscheidung, ob die Gegenseite überhaupt einen Waffenstillstand abschließen will oder nicht, was von der politischen Leitung beantwortet wird, fallen die ganzen Verhandlungen über die Bedingungen dann in die Kompetenz der Militärs. Dadurch aber werden notwendigerweise Bedingungen gestellt und diskutiert werden müssen, die darauf abzielen, eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten völlig auszuschließen.

Wenn auch die neue Regierung keinen Wunsch nach Fortführung des

Krieges hat, so würde sie damit genötigt, auch das Mittel eine nuisance-value der Armee fallenzulassen, das gegenüber völlig unmöglichen Forderungen, wie z. B. Aufteilung Deutschlands in Protektorate anderer Staaten, doch eine gewisse Sicherung bietet.

Zu bedenken ist auch die schwere innere Belastung, die aus der Parallelität eines schweren Waffenstillstands mit folgenden wehrlosen Friedensverhandlungen zu den Vorgängen [19]18/19 erwächst.

Aus dem Vorstehenden lassen sich einige allgemeine und besondere Konsequenzen ziehen.

Zunächst zur allgemeinen diplomatischen Situation, die sich aus Punkt 1.) ergibt. Wenn man die Tatsache, daß Deutschland, repräsentiert durch Hitler, der Angreifer ist, nicht bestreitet, muß man entweder sich auf die durch den Krieg geschaffenen militärischen Tatsachen berufen, um die Konsequenzen zu vermeiden, die sonst dem Angreifer sicher sind, oder man muß – scheinbar wenigstens die Konsequenzen auf sich nehmen.

Tut man das erstere, wird man bestimmt nicht zum Frieden kommen und, sollte es später zu Verhandlungen kommen, die Situation gewaltig erschwert haben, weil dann die Regierung als nichts anderes gelten wird als eine Fortsetzung des verhaßten Naziregimes mit verändertem Firmenschild. Tut man jedoch das letztere, so ergeben sich so unabsehbare Folgen auf dem Gebiet der Schadenersatzleistung und Wiederherstellung des gewesenen Zustands, daß man diese Lasten nicht auf sich zu nehmen verantworten kann.

Den schmalen Weg aus diesem Dilemma kann man vielleicht anhand der folgenden Argumente finden.

Keine Alleinverantwortung, keine Vollverantwortung! A) Ohne die Verantwortung des Naziregimes für die Entstehung des Kriegs zu bestreiten, muß mit ruhiger Festigkeit abgelehnt werden, eine Alleinverantwortung und Vollverantwortung des deutschen Volks anzuerkennen. Keine Alleinverantwortung, weil erst das Verhalten aller gegnerischen Regierungen von mindestens [19]33 an die zum Kriege führende Entwicklung ermöglicht hat. Das gilt für Polen von 1934, Frankreich und England 33 bis 38, Rußland von 1939. Keine Vollverantwortung, weil durch die Diktatur wesentliche Teile Deutschlands ausgeschaltet waren.

B) Bei den Entscheidungen über den Frieden handelt es sich weder um einen zivilrechtlichen noch einen strafrechtlichen Prozeß, sondern um den Versuch, etwas Besseres an die Stelle des Gewesenen zu setzen. Daß Deutschland verpflichtet ist, bei diesem Versuch die größten Verpflichtungen zu übernehmen, muß anerkannt werden. Dadurch soll es versuchen, nicht nur die Wunden heilen zu helfen, die durch die Entwicklung seit 1939 geschlagen wurden, sondern auch das Vertrauen zu einem Gefühl der Si-

cherheit zu schaffen, das für Gesamteuropa eine unbedingte Voraussetzung für jeden Aufbau ist.

C) Damit aber diese Verpflichtungen wirklich produktiv werden, ist zweierlei nötig. Erstens müssen sie infolge freier Einsicht übernommen werden und nicht infolge eines Drucks mit Gewalt oder in der Form der Strafe oder Sühne. Zweitens müssen sie quantitativ wie auch qualitativ so begrenzt und bestimmt sein, daß sie übersehbar sind und nicht mit Sicherheit schwere, das gesamte Europa erschütternde Krisen nach sich ziehen.

Nicht Wiedergutmachung, sondern: Besser machen. D) Die Verhandlungen über einen Frieden, die zweifellos sich mit dem Problem des deutschen Beitrags zur Beseitigung der Kriegsschäden und Kriegsfolgen beschäftigen, müssen demnach als Verhandlungen zwischen Gleichberechtigten geführt werden und müssen sachlich stets bestimmt werden nicht im Hinblick auf »Wiedergutmachung«, sondern auf »Besser machen«, nicht mit dem Ziel der Wiederherstellung des Gewesenen, sondern des Aufbaus von etwas Neuem.

Strich zwischen Hitlertum und Deutschtum. Wenn eine Politik, die diesen Gedankengängen folgt, irgendeinen Erfolg haben soll, ist es jedoch notwendig, daß die Grundbehauptung der neuen Regierung geglaubt wird, daß es psychologisch überhaupt möglich ist, für sie um Glauben zu werben. Diese Grundbehauptung, daß nämlich ein fundamentaler Unterschied zwischen dem Hitlertum und dem deutschen Volk vorhanden ist, muß daher außer mit den richtigen Worten ständig durch beweiskräftige Handlungen unterstützt werden. Der behauptete Unterschied muß aufs augenfälligste dargestellt werden, und dieser Gesichtspunkt muß die gesamte Politik der neuen Regierung nicht nur beeinflussen, sondern geradezu bestimmen.

Es handelt sich dabei keineswegs um eine sentimentale Reuedeklamation – das wäre stets am Rande der Würdelosigkeit und keineswegs beweiskräftig –, sondern es handelt sich darum, durch Taten zu beweisen, daß die neue, das deutsche Volk vertretende Regierung vertrauenswürdig ist. Es wird nötig sein, zugunsten dieser Politik der Beweisführung selbst augenblicklich wertvolle Sachpositionen aufzugeben, um damit für die Zukunft vorteilhaftere Stellungen zu beziehen.

Daraus folgt weiter: Die Politik der Regierung muß eine Einheit sein. Es darf ihr nicht nachgewiesen werden, daß sie im Inneren ganz anders handelt, als sie nach außen spricht oder verlangt, behandelt zu werden. Die diplomatische Taktik der Regierung muß auf äußerste Klarheit, Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit abgestellt sein. Wo irgend möglich, müssen gleichzeitig mit programmatischen Erklärungen der Regierung die Beweise (Indizienbeweise) geliefert werden, daß es der Regierung mit ihrer Erklärung ernst ist und daß sie sich diese Erklärungen auch etwas kosten läßt.

[Im folgenden Kapitel IV (S. 7–16 des Typoskripts) befaßt Robinsohn sich mit den ersten außenpolitischen Maßnahmen der neuen Reichsregierung. Sie müsse bereit sein, sofort Friedensverhandlungen aufzunehmen und die deutschen Streitkräfte auf Defensivmaßnahmen zu beschränken. Dabei faßt er als deutsche Verhandlungsposition einen Rückzug auf die deutschen Grenzen von 1938 und gegebenenfalls sogar von 1937 ins Auge.⁸¹ Um mit den Kriegsgegnern, die nach zwei von Deutschland ausgegangenen Weltkriegen mißtrauisch seien, zu einem auch für Deutschland tragbaren Modus vivendi zu gelangen, seien höchste Sicherheitsgarantien nötig. Diese seien nicht durch ausländische Kontrollen von Militär und Rüstungsproduktion zu erzielen, sondern durch die freie Zusammenarbeit aller Völker Europas. Konkret schlägt Robinsohn vor, die Rüstungsausgaben auf einen bestimmten Prozentsatz der Staatseinnahmen zu reduzieren, den deutschen Rüstungsprozentsatz um 25 % unter den Anteil der anderen Mächte zu senken und eine internationale Schiedsinstanz zur Kontrolle der Einhaltung dieser Verpflichtungen zu schaffen. Ausgehend von den horrenden Reparationsforderungen, die sich aus dem Versailler Vertrag ergeben hatten, spricht Robinsohn sich gegen Schadenersatzleistungen Deutschlands für die Kriegszerstörungen aus; vielmehr solle Deutschlands ökonomisches Potential genutzt werden, um das Nachkriegseuropa wiederaufzubauen. Dies solle im Rahmen einer Europa-Aufbau-Gesellschaft geschehen, in der alle vom Krieg betroffenen Staaten vertreten seien.

Das V. Kapitel (S. 16–20) erläutert das militärische Defensivverhalten näher. Neben äußerster Zurückhaltung aller Waffengattungen schlägt er die zügige Räumung besetzter und verbündeter Staaten vor, sofern die verbündeten Regierungen dies wünschten bzw. die Kriegsgegner den Rückzug nicht militärisch ausnutzten. Die schwierigsten Bedingungen dafür bestünden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, die Robinsohn möglichst auf das Vorkriegsterritorium beschränken will; für die baltischen Staaten schlägt er eine internationale provisorische Regierung vor.

Es folgen 14 »Übungsaufgaben« (S. 20f.), die sich auf die Kapitel II bis V beziehen.]

VI.

Neue Regierung und Heer. Die Voraussetzung der gesamten hier gemachten Auseinandersetzungen war, daß der Umsturz durch eine Art von »Palastrevolution« erfolgen würde. Daraus folgt, daß er sich im wesentlichsten machtmäßig auf das Heer stützt und daß eine der wesentlichsten Maßnahmen der Regierung sein muß, ihr Verhältnis zum Heer sowie das Verhältnis des Heeres zur Verwaltung zu klären.

Was nun das Verhältnis Regierung–Heer betrifft, so hängt alles dabei von der Art ab, wie es zur Palastrevolution gekommen ist. Das Wesentliche, was auf diesem Gebiet geschehen muß, ist also praktisch festgelegt durch Ereignisse in einer Zeit, die vor dem hier behandelten Abschnitt liegen. Es wäre absolute Spekulation, hierzu weitläufige Ausführungen zu machen. Nur der Vollständigkeit wegen sei auf folgende Fragen hingewiesen: Verteidigung? Verhalten gegen Eidverweigerer? Verhalten gegen regierungsfeindliche Umtriebe, Sabotage und Sabotageversuche in der Armee? Behandlung in der Front, Etappe und Heimat stationierter bewaffneter SS-Verbände (SA-Verbände)? Zusammensetzung der Kriegsgerichte? Aufklärung der Armee über die veränderte Sachlage?

Verwaltung und Heer. Was das Verhältnis zwischen Verwaltung und Armee betrifft, so läßt sich ganz klar sagen, daß die Armee so lange und so weit als Verwaltungsarm der Regierung dient, bis und soweit es der Regierung glückt, sich ein ziviles Verwaltungsinstrument von ausreichender Zuverlässigkeit zu schaffen.

Daraus ergibt sich ganz grob gesagt das folgende: Im Inland wird die gesamte Verwaltung den Militärbehörden unterstellt. Im besetzten Gebiet steht die gesamte Militärgewalt zur Verfügung der von der neuen deutschen Regierung eingesetzten Verwaltungsstellen oder der Verwaltungsstellen, die auf Veranlassung oder mit Billigung der deutschen neuen Regierung dort etabliert sind.

Die militärischen Kommandos in Polen haben sich also den Anweisungen des dortigen neuen Generalgouverneurs zu fügen, diejenigen in Holland, Belgien, Frankreich, Norwegen, Griechenland und Jugoslawien sind den dort zu ernennenden zivilen Verwaltungsspitzen als exekutives Organ beigegeben. In Dänemark, Finnland, Ungarn, Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Italien sind sie den dortigen diplomatischen Vertretern unterstellt und in den ehemaligen Ostseeländern der zu bildenden provisorischen internationalen Regierung.

Es ist absolut notwendig, daß die dementsprechenden Anweisungen von dem höchsten Armeekommando in unmißverständlicher Form an die entsprechenden Kommandeure in den verschiedenen Ländern gegeben werden, damit die diplomatischen Aktionen reibungslos durchgeführt werden

können. Selbstverständlich sind die genannten zivilen Stellen berechtigt, soweit es zweckmäßig ist, ihre Befugnisse teilweise an militärische Stellen zu delegieren.

abgeschlossen

am 7. 12. 41

abgeschlossen

am 7. 12. 41

VII.

Aufbau einer neuen Verwaltung. [Auslassung S. 22]

Da man nicht im Handumdrehen – und schon gar nicht im Krieg und bei dem Typ der Palastrevolution – die gesamte Verwaltung oder auch nur einen erheblichen Teil erneuern kann, handelt es sich um ein stufenweises Vorgehen, zu dessen Durchführung man aber einer Notorganisation bedarf. Die gesamte untere Verwaltung muß im Grundsatz weiter funktionieren, bis man sie reorganisieren kann. Die gesamte mittlere und höhere Verwaltung muß sofort reorganisiert werden. Der Zustand am ersten Tag der neuen Regierung sieht also so aus, daß man eine verantwortliche Regierung hat, die ohne Verwaltungsapparat ist. Um überhaupt zu funktionieren, muß sie sich auf ein Gerippe stützen.

Für die Reorganisation sind folgende Phasen zu unterscheiden:

1. Aufbau der Reichsministerien,
2. Aufbau der mittleren Verwaltung,
3. Reorganisation der unteren Verwaltung.

Notverwaltung: Stelle für bürgerliche Verwaltung. Während der ersten beiden Phasen zum wenigsten ist eine Notorganisation absolut unumgänglich, um das gleichzeitige Funktionieren des Verwaltungsapparats zu garantieren. Von dieser Notorganisation soll zunächst die Rede sein.

Die gesamte Verwaltungsmacht ist beim Heeresministerium zu konzentrieren. Dort ist eine Sonderstelle einzurichten, die »Stelle für bürgerliche Verwaltung«, SBV. In dem ersten Abschnitt ist diese Stelle das zentrale Exekutivorgan der neuen Regierung und ihrer einzelnen Minister. Sie ist also sowohl fachlich zu gliedern als auch als höchste Verwaltungsinstanz über den anderen Verwaltungsstellen des Reichs, der Länder, der Städte und der Gemeinden einzurichten.

Bei jedem Wehrkreis Kommando ist eine Unterabteilung der SBV einzurichten. Diese soll wenigstens die folgenden Stellen enthalten:

- a) allgemeine Verwaltung,
- b) Polizeiangelegenheiten,
- c) Justiz- und Gefängnisfragen,
- d) Versorgung der Bevölkerung.

Wo es erforderlich ist, richten die WKKs [Wehrkreis Kommandos] Unterstellen in einzelnen Städten oder Kreisen ein.

Bis zur Reorganisation der Ministerien gehen alle Anweisungen der Regierung oder der Minister von der Zentrale der SBV aus. In demselben Maß, in dem die Ministerien wieder arbeitsfähig werden, lösen sich die Abteilungen der zentralen SBV entsprechend auf, und die Ministerien verkehren mit den bei den WKKs eingerichteten Unterstellen der SBV.

[Auslassung S. 23]

Die Aufgabe der Dienststellen der SBV ist es, dafür zu sorgen, daß die Anweisungen der Regierung und ihrer Minister, anfangs durch die zentrale SBV, später durch die Ministerien erlassen, von sämtlichen in Frage kommenden Verwaltungsstellen durchgeführt werden. Da einziges Machtmittel der neuen Regierung nur das Heer ist, muß auch das Heer diese Garantie der Exekutive abgeben. Die Stellenleiter der SBV müssen Kommandogewalt haben, daher Offiziere sein und andererseits der militärischen Disziplin unterworfen sein, was auch eine zentrale militärische Stelle nötig macht, die die Anweisungen gibt – letzteres mindestens so lange, bis die Apparatur überall läuft.

[Im weiteren Verlauf des Kapitels VII (S. 23 f.) erörtert Robinsohn die zu erlassenden Verordnungen, die Übernahme der Polizei durch die SBV, den Aufbau der Ministerien und die Besetzung wichtiger Leitungsposten. Ein Satz aus diesem Kapitel verdient zitiert zu werden: »Die SBVs sind keine neuen Teildiktaturen, sondern Vollzugsorgane einer gesetzlichen Regelung einer Rechtsstaatsregierung.«]

VIII.

Soweit nunmehr Probleme erörtert werden, die sich nicht mehr auf das Formale, sondern auf politische Inhalte beziehen, muß auf das Folgende aufmerksam gemacht werden.

Erstens wird in Erinnerung gebracht, daß die Ziele der Regierung sich in striktem inhaltlichen und methodischen Gegensatz zur Hitlerregierung auf die Selbstverantwortung des deutschen Volkes im Innern und auf geistige und politische Freiheit sowie auf den Rechtsstaat richten.

Zweitens ist bei der Behandlung der außenpolitischen Fragen darauf hingewiesen worden, daß die Behandlung innerpolitischer Fragen stets unter dem Gesichtspunkt erfolgen muß, daß diese Behandlung als Beweis für die wesentliche außenpolitische Behauptung der neuen Regierung dienen könne, daß sie nämlich personell, sachlich und ideell eine grundlegend andere Regierung als die gestürzte darstelle.

Drittens ist stets im Auge zu behalten, daß die Einheit der Regierungspolitik eingehalten wird, d. h. es dürfen Maßnahmen in der inneren Politik nicht strikt der außenpolitischen Linie widersprechen.

Aus diesen drei Bedingungen ergibt sich alles Inhaltliche, soweit es im folgenden besprochen wird.

Ordnung halten! Das leitende Prinzip der inneren Politik muß sein: In Ordnung und durch Ordnung zur neuen Staatsordnung! Daher müssen von vornherein isolierte Handlungen in Richtung auf die Reform von Staat und Wirtschaft ausgeschlossen werden, sowie alle Bestrebungen, isoliert und vereinzelt neue Rechtsregeln einzuführen. Die Bewahrung der Ordnung in einem kriegführenden Land ist so absolut vordringlich, daß mit äußerster Schärfe darauf gehalten werden muß, daß alle Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen so lange gelten, bis sie aufgehoben werden. Die Korrektur dazu ist selbstverständlich, daß sofort alle diejenigen Bestimmungen aufgehoben werden, die sich rein auf den Schutz des gestürzten Regimes beziehen.

Im übrigen wird sich die Entwicklung so vollziehen müssen, daß die dem neuen Staat widersprechenden Bestimmungen aufgehoben werden und im Zusammenhang damit die Vorschriften, die dem neuen Staat entsprechen, erlassen werden.

Man kann unterscheiden zwischen den Aufgaben der unmittelbaren Gegenwart und den Aufgaben der nächsten Zukunft, die bereits in der Gegenwart begonnen werden und auf die unmittelbaren Gegenwartsaufgaben einwirken.

Die ersteren sind:

1. Sicherung der allgemeinen Ordnung,
2. Sicherung der Volksernährung,
3. Sicherung der Arbeit und
4. Sicherung des Wirtschaftslebens.

Die weiteren Aufgaben sind:

5. Liquidierung des Nationalsozialismus,
6. Wiederherstellung des öffentlichen Lebens,
7. Rückkehr zum Rechtsstaat und
8. Reorganisation der Wirtschaft.

[S. 25–27. Zur Sicherung der allgemeinen Ordnung hat es oben schon nähere Ausführungen gegeben. Hierhin gehört auch die sofortige Aufhebung aller Bestimmungen, die den nationalsozialistischen Charakter des Staates betreffen. Handlungen, die den Sturz des NS-Regimes herbeigeführt haben, sollten sofort straflos gestellt werden.

Zur Sicherung der Ernährung hätten die Bestimmungen über Rationierung, Preise usw. zunächst weiter zu gelten; die Reichsbahn solle im bisherigen oder im höheren Umfang Transportkapazität zur Verfügung stellen. Der Reichsnährstand sei zunächst nicht aufzulösen, sondern vom Ernährungsministerium zu übernehmen.

Die Sicherung der Arbeit stelle ein besonderes Problem dar, wenn die Kriegsrüstungsproduktion entfalle und die Arbeit an den öffentlichen Prestigebauten des NS-Regimes eingestellt werde. Robinsohn faßt die ersten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie folgt zusammen: »Generelle Verpflichtung zu Weiterzahlung von Löhnen und Gehältern, Kündigungsstopp während der ersten 14 Tage, in welcher Zeit weitere Regelungen zu erwarten resp[ektive] zu treffen sind. Umplacierung der unbedingt freiwerdenden Arbeitskräfte durch stufenweisen Abbau der Arbeit ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangenen.«

Bei der Sicherung des Wirtschaftslebens gehe es vor allem darum, den Stillstand der Produktion und die Erschütterung der Finanzen zu verhindern. Dafür schlägt Robinsohn Einzelmaßnahmen vor wie Auszahlungsbeschränkungen, Börsenruhe, die Erhöhung des Diskontsatzes, ein Verbot des Wertpapier- und des Immobilienhandels (zur Verhinderung der Verschleierung von Besitz- und Eigentumsverhältnissen); vor allem aber solle ein 14tägiges Moratorium erlassen werden, innerhalb dessen Klarheit über die wirtschaftliche Entwicklung gewonnen werden könne. Ein Sonderkommissariat beim Finanzministerium solle Regeln für die Neubestätigung aller öffentlichen und halböffentlichen Aufträge erstellen.]

Die Partei und ihre Gliederungen. 5.) Liquidierung des Nationalsozialismus. Diese sehr verwickelte Aufgabe soll einem Sonderkommissariat übertragen werden. Da diese Institution bereits mehrfach erwähnt ist, soll zunächst umschrieben werden, was damit bezweckt ist. Für Aufgaben, die von großer Dringlichkeit sind und sich gleichzeitig schlecht in eines der bestehenden Ministerialressorts eingliedern lassen sowie wahrscheinlich nur vorübergehender Art sind, sollen besondere Amtsstellen geschaffen werden. Diese Sonderkommissariate haben alle die in ihr Gebiet schlagenden Fragen selbständig zu bearbeiten, und ihre Leiter haben Rang der Staatssekretäre (interimistisch bestallt) und nehmen an Kabinettsbesprechungen teil. Sie können einem oder mehreren Ministerien zuerteilt sein, womit sie zunächst die Verpflichtung haben, ihre Maßnahmen mit diesem oder diesen Ressorts abzustimmen. Sie genießen aber die Rechte selbständiger Ressorts, soweit sie bei Meinungsverschiedenheiten direkt an die Reichsleitung bzw. das Kabinett appellieren können, ohne dazu eine Genehmigung eines Ressortministeriums zu brauchen. Sie sind gleichfalls verpflichtet, sich bei grundsätzlichen Entscheidungen in ihrem Aufgabengebiet sowie über die allgemeine Methode ihrer Arbeit erst durch Vortrag im Kabinett darüber zu vergewissern, daß sie die allgemeine Linie der Regierungspolitik nicht durchkreuzen. Die Reichsregierung ordnet gleichfalls an, wer das Personal für diese Kommissariate und ihre Exekutivhandlungen zu stellen hat.

*[Weiter fordert Robinsohn ein sofortiges Tätigkeitsverbot für die NSDAP und ihre Gliederungen, will aber die Organisationen selbst nicht sofort verbieten, um die Akten zu bewahren, aus denen die Tätigkeit der Funktionsträger beurteilt werden könne. Deshalb habe die Aktensicherung hohe Priorität. Dann sollen schrittweise die Mitglieder und die Funktionäre aus der Mitgliedschaft entlassen werden (S. 28).]*⁸²

Eine ganze Reihe von Verbänden werden eine Sonderregelung erfahren müssen. Dies betrifft zunächst die bewaffneten Verbände. Das ist Angelegenheit der Armee, die die Entwaffnung durchführen muß. Verbot des Waffenbesitzes zur Durchführung des Grundsatzes, daß das Heer der einzige Waffenträger der Nation ist, ist absolut notwendig. Es gehört zu diesen Verbänden auch die HJ, das NSKK und die Fliegerorganisation.⁸³

In diesen Zusammenhang gehören zwei Fragen hinein, die von der Tätigkeit dieses Kommissariats abgetrennt werden sollten: nämlich erstens die Frage der Gestapo und zweitens die Frage der Konzentrationslager.

Gestapo. a) Die Frage der Gestapo muß durch die Z[entrale]SBV geregelt werden. Da dort eine besondere Abteilung für polizeiliche Angelegenheiten besteht, dürfte es am zweckmäßigsten sein, die Abwicklung der Gestapo von dorthier vorzunehmen. Es ist selbstverständlich, daß die vorstehend erwähnten Sicherungsmaßnahmen hier ganz besonders wichtig sind. Gleichzeitig ist im Zusammenwirken mit dem Innenministerium ein Reichspolizeiamt einzurichten, dessen erste Aufgabe die Sicherung der bestehenden Verhältnisse ist.

Konzentrationslager. b) Die Frage der Konzentrationslager hat eine ganz wesentliche politische Bedeutung. Sie sind nämlich im In- und Ausland geradezu ein Symbol der Diktatur geworden. Ihre Auflösung ist genau wie die Aufhebung der Gestapo das deutlichste Zeichen der innenpolitischen Kursänderung – und ein derartiges Zeichen ist sowohl außenpolitisch als auch innenpolitisch absolut notwendig. Worte in dieser Beziehung sind unumgänglich, aber nach den Jahren des allgemeinen Betrugs mit Worten gänzlich wirkungslos und sogar schädlich, wenn sie nicht von Taten begleitet werden. Hier ist ein weiteres Kommissariat unter dem Justizministerium zu schaffen, das die allerschnellste Abwicklung der K.-Lager besorgt. Auch hier wieder ist Aktensicherung und Personensicherung notwendig. Die Regierung wird sich über die ersten Unterstützungsfragen nach Vorschlag des Kommissariats schlüssig werden müssen.

Arbeitsfront. Ganz gegenteilig sind andere Organisationen des Nationalsozialismus zu behandeln. Dies betrifft in erster Linie die Arbeitsfront. Diese Organisation zu zerschlagen, wäre absolute Schildbürgerei. Es ist für die Umbildung der Arbeitsfront ein Unterkommissar zu ernennen, der nach folgenden Richtlinien zu arbeiten hat: Ausscheiden der Arbeitgeber,

die dort völlig deplaciert sitzen und stets eine Korruptionsgefahr in einer so überwiegenden Arbeitnehmerorganisation darstellen, wenn auch vielleicht nicht sind. Verwandlung der freiwilligen Unterstützungschancen in Unterstützungsansprüche. Ersatz des »Führerprinzips« durch auf Wahlen beruhender Selbstverwaltung, Schaffung einer dementsprechend umgeänderten und dem Prinzip des freiwilligen Zusammenschlusses entsprechenden neuen Satzung.

Berufsgruppen. Ähnlich ist mit den übrigen Berufsgruppen zu verfahren. Es sind überall Spezialkommissare einzusetzen, die zunächst das Freiwilligkeitsprinzip einführen und die Verbände unter die Leitung von gewählten Organen stellen sowie ihnen neue Satzungen geben, die eine absolute Selbstverwaltung auf Grund von Wahlkörperschaften garantieren. Über die Presse und einschlägige Fragen wird an anderer Stelle einiges zu sagen sein. Sie sollte dementsprechend aus dem Gebiet dieses Kommissariats ausscheiden.

Jungvolk. Ein Verbot des Jungvolk[s] und der Jungmädelsgruppen wäre unpolitisch und ist staatspolitisch nicht notwendig. Hier aber ist es ganz besonders notwendig, das Freiheitsprinzip zur Anwendung zu bringen. Jede Befehlsgewalt und jeder Gehorsamszwang ist abzuschaffen, damit die echte freiwillige Kameradschaft und Zusammenarbeit sich ausbilden kann. Es sind die zentralen und größeren gebietsmäßigen Organe völlig zu beseitigen und abzuwarten, ob bei den frei weiter wachsenden Jugendgruppen, die sich neue Namen geben können (sollen?), ein Bedürfnis zu größeren Zusammenschlüssen besteht.

[Es folgen 16 »Übungsaufgaben« (S. 29–31).]

IX.

6.) *Wiederherstellung des öffentlichen Lebens.* Wenn man versuchen will, ohne größere Erschütterungen wieder in die Zustände eines Rechtsstaates hineinzukommen, so muß man von vornherein versuchen, auf die fürchterliche Unfreiheit der Diktatur nicht sofort einen Zustand völliger Regellosigkeit folgen zu lassen, sondern für eine gewisse Leitung sorgen. Drei Dinge sind dabei zu behandeln. Erstens handelt es sich um die Schaffung einer Volksbewegung, die im großen und ganzen die Bestrebungen der Regierung in bezug auf Außen- und Innenpolitik unterstützt. Zweitens handelt es sich um die Regelung des Vereinswesens, die sozusagen formale Art, in der sich unter anderem auch das neu entstehende politische Leben abspielt. Drittens handelt es sich um die Frage des Nachrichtenwesens.

»Freiheitliche Erneuerung«. a) Die Regierung kann unter keinen Umständen ohne einen starken Rückhalt in der Bevölkerung auskommen. Mit schweigender oder offener Opposition wird sie auf alle Fälle rechnen müs-

sen. Soweit diese Opposition in verfassungsmäßigem Rahmen bleibt, ist dies unter Umständen auch vorteilhaft, jedenfalls ein sicheres Kennzeichen der Wiederkehr rechtsstaatlicher Verhältnisse.

Dieser Opposition darf die Regierung nicht nur als Regierung entgegen-treten. Ihre Absichten und Ziele müssen gleichfalls aus dem Volk heraus vertreten werden. Nach einiger Zeit der Übergangsregierung muß auch an Wahlen gedacht werden. Auch im Hinblick darauf ist es unbedingt erforderlich, mit einem gewissen Vorsprung in ideeller und organisatorischer Beziehung die Regierungspolitik in die politische Arbeit zu kommen [sic].

Es muß daher eine »Freiheitliche Erneuerungsbewegung« (FEB) vorbereitet sein. Das inhaltliche Programm kann hier nicht erörtert werden. Die Einzelheiten in dieser Beziehung sind nicht so wichtig wie, daß man in Fühlung und auf Veranlassung der Regierung sofort mit folgenden Tatsachen an die Öffentlichkeit kommen kann:

Es hat sich eine FEB gebildet mit einem Hauptvorstand für Deutschland, der sich in einem Aufruf an das Volk wendet und zum Anschluß auffordert. Es müssen selbstverständlich sowohl Programm als auch Organisationsstatut vorliegen, und es ist nötig, daß möglichst in allen wichtigeren Gebieten bereits Gebietsvorstände bestehen, die gleichzeitig an die Öffentlichkeit treten. Die Personen des Hauptvorstands wie auch der Gebietsvorstände müssen sich über ihre ersten Aufgaben völlig im klaren sein.

Organisatorisch wird es sich im wesentlichen um Aufnahme von Mitgliedern und Werbung von Mitgliedern handeln. Daneben kommt es auf die Gründung von Ortsgruppen, Benennung von Ortsgruppenvorständen resp[ektive] Bestätigung solcher an. Bei diesen Fragen wird es wichtig sein, mit den Einzelstellen des Kommissariates für Liquidierung des NS zusammenzuarbeiten, um Spitzel und andere ungeeignete Elemente fernzuhalten.

Propagandistisch werden sich die Themen aus der Situation ergeben. Eine Verbindung mit staatlichen Stellen wird da unvermeidlich sein. Was die Frage einer besonderen Presse der FEB betrifft, so wird darüber bei dem Abschnitt »Nachrichtenwesen« noch etwas zu sagen sein.

Es ist absolut wünschenswert, daß die Gebietsvorstände bereits vorher in engere Berührung zu in Aussicht genommenen leitenden Beamten ihres Gebiets gebracht worden sind, um ein glatteres Arbeiten in den entscheidenden ersten Wochen zu garantieren.

Vereinsrecht. b) Da aus allgemeinen Gesichtspunkten eine Beibehaltung oder Neufrisierung des »Einparteiensystems« unmöglich ist, fragt es sich, welche Maßnahmen zu treffen sind, um zu einem geregelten und gesitteten politischen Leben zu kommen. Wenn nämlich die Bildung einer amorphen Masse durch einfaches Fortfallen der Zwangsbildungen der Diktatur unerwünscht ist, so ist die Gründung der FEB ja nur ein Teil der nötigen Veränderung. Man wird am besten den Übergang zu normalen rechtsstaatlichen

Verhältnissen finden, wenn man das gesamte Vereinswesen, das ja durch die »Gleichschaltung« in den Diktaturstaat hineingepreßt worden ist, neu regelt.

Vereinsfreiheit in Etappen. Der Grundsatz muß sein, die Vereinsfreiheit in Etappen wieder aufleben zu lassen. Zu diesem Zweck sollen verschiedene Typen von Vereinen unterschieden werden, und es sollen eine ganze Reihe von Sicherungsvorschriften erlassen werden, die allmählich bei fortschreitender Normalisierung aufgehoben werden können.

Als verschiedene Vereinstypen sind zu unterscheiden: Geselligkeitsvereine, Sportvereine, kulturelle Vereine, wirtschaftliche Vereine, religiöse Vereine und politische Vereine.

Als allgemeine Sicherungsvorschriften sind zu nennen: polizeiliche Anmeldung des Vereins und des Vorstands, Einsichtnahme in die Finanzgebaren und die Mitgliederlisten, Revisionsrecht über Finanzen und organisatorische Akten, Verbot, offen oder verschleiert die Tätigkeit irgendwelcher ns. [nationalsozialistischen] Organisationen oder Bestrebungen weiterzuführen, sowie ein Umgehungsparagraph.

Als besondere Sicherungsmaßnahmen sind zu erwähnen: Verbot des korporativen Beitritts von Sportvereinen zu anderen Vereinen und umgekehrt, Verbot der Werbung für politische Zwecke, ausgenommen in satzungsmäßig politisch bestimmten Vereinen, Genehmigungspflicht für Vereinsabzeichen.

Es wird sich empfehlen, mit den mildesten Bedingungen sofort zuzulassen: Geselligkeitsvereine, Sportvereine, kulturelle Vereine. Bei Sportvereinen sollte das Verbot korporativen Beitritts aktiv und passiv ausgesprochen werden. Auch religiöse Vereine, zu denen nicht die anerkannten Religionsgemeinschaften gehören, sollten sofort wieder erlaubt sein. Hier ist nur auf finanzielle Revision einmal im Jahr sowie auf eine Sonderregelung für Jugendliche zu dringen. Wirtschaftliche Vereine, soweit es sich nicht um Branchenvereine oder Vereine handelt, die Löhne und Arbeitsbedingungen zu beeinflussen suchen, sind gleichfalls sofort zuzulassen.

Nach einer Sperrfrist von einigen Wochen, die zugleich der FEB einen organisatorischen Vorsprung sichert, sind auch politische Vereine wieder zuzulassen, jedoch sind dafür besondere Schutzbestimmungen vorzusehen. Als solche gelten: eine Verpflichtung, von jeder Förderung von Diktaturbestrebungen in Theorie und Praxis abzustehen, organisatorisch keinerlei anderes Disziplinarittel zu handhaben oder satzungsmäßig einzuführen außer dem Ausschluß, bürgerlich-rechtlich erlaubten oder gewohnheitsmäßig eingeführten [Mitteln] der Versammlungsdisziplin, Verbot von Sportgruppen, Ordnerscharen und ähnlichen Nebenorganisationen, Verbot von Jugendgruppen und der Aufnahme von Personen unter

18 Jahren, Verbot von Abzeichen ohne besondere Genehmigung. Daneben ist eine jährliche Finanzrevision absolut erforderlich.

Versammlungen! Das Versammlungswesen ist für alle Vereine so zu regeln, daß geschlossene Mitgliederversammlungen nicht genehmigungspflichtig und erlaubt sind. Öffentliche Versammlungen sind genehmigungspflichtig und stehen unter Aufsicht. Redner sind verpflichtet, sich auf Verlangen zu legitimieren. Versammlungen unter freiem Himmel grundsätzlich zunächst verboten.

Scharfes Uniformverbot ist absolut notwendig. Die Unsitte aller möglichen Phantasieuniformen muß beseitigt werden und widerspricht den übrigen Bestimmungen dieser Regelung des Vereinswesens. Die Teilnahme von Heeresangehörigen ist im Verein mit der Heeresleitung zu regeln. Grundsätzlich soll diesen, soweit es sich nicht um Personen des stehenden Heerum Personen des stehenden Heeres handelt, dasselbe Recht zustehen wie allen anderen Personen. Für Angehörige des stehenden Heeres müssen besondere Übergangsregeln gefunden werden. Der Dienst für die Regierung legt besondere Verpflichtungen auf.

c) Auch für die öffentliche Meinung gilt der leitende Grundsatz, daß man nicht aus einem Zustand schärfster Gebundenheit in einen Zustand äußerster Freiheit hineinspringen darf, wenn man nicht das Gemeinwesen größten Gefahren aussetzen will. So handelt es sich auch hier darum, mit Sofortmaßnahmen eine vernünftige Übergangsregelung zu schaffen.

DNB und Rundfunk. Positiv ist es notwendig, die wesentlichen Nachrichtenquellen in Regie der Regierung zu übernehmen. Das betrifft vor allen das DNB [Deutsche Nachrichten-Büro], wo sofort eine neue Leitung eingesetzt werden muß. Weiter handelt es sich um die Reichsrundfunkorganisation, für die dasselbe gilt. In Anbetracht der Tatsache, daß die Umwälzung im Kriege vor sich geht, kann eine Beseitigung der Zensur nicht in Frage kommen. Es muß jedoch genau überlegt werden, wie diese gehandhabt werden soll, um den Wandel der Verhältnisse deutlich zu machen, ohne deutsche Interessen zu verletzen.

Zunächst ist das Gesetz gegen das Abhören ausländischer Sender aufzuheben und alle deswegen anhängigen Verfahren sind niederzuschlagen. (Abgeurteilte Fälle sind zu amnestieren.) Dieses Gesetz ist völlig undurchführbar gewesen und hat daher zur Korruption nur beigetragen. Seine Aufhebung ist eine der wichtigsten Symbolhandlungen der neuen Regierung, die diese nur wenig kostet.

Zensur! Selbstverständlich muß daraus eine andere Handhabung der Zensur hervorgehen. Diese sollte im wesentlichen auf militärische Dinge und auf Fragen der Außenpolitik beschränkt werden und im übrigen nur ein vorbeugendes Mittel sein, um schwerere Schäden für die Regierungspolitik auszuschließen. Selbstverständlich muß die Regierung auch die ge-

setzliche Möglichkeit haben, sowohl durch den Rundfunk als auch durch die Presse ihren politischen Standpunkt zu betonen.

Nachrichtenstelle der Regierung. Sowohl hierfür als auch für die Handhabung der Zensur sowie schließlich für die dauernde Aufrechterhaltung der Fühlung zwischen Regierung und öffentlicher Meinung wird eine neue Regierungsnachrichtenstelle errichtet (RNS). Entsprechend dieser Aufgabenstellung wird sie im wesentlichen eine dauernde und eine vorläufige Abteilung enthalten – erstere als Sprachrohr der Regierung, letztere als Zensurstelle. Die Besetzung der RNS ist besonders in den ersten Stunden und Tagen von höchster Bedeutung, da durch diese das Volk dauernd auf dem laufenden gehalten werden muß über alles, was die Entwicklung der inneren wie äußeren Verhältnisse betrifft. Auch ihre Organisation muß vorbereitet sein, und es erscheint zweckmäßig, schon die wesentlichen Richtlinien für die ersten Aufrufe der neuen Regierung vorher genau zu umreißen.

Presse der Partei! Schließlich ist es notwendig, die Presseverhältnisse selbst zu ordnen. Der größere Teil der deutschen Tageszeitungen ist in den Besitz der Partei übergegangen, würde also logisch durch das entsprechende Sonderkommissariat zu liquidieren sein. Das dürfte höchst unzweckmäßig sein. Mit Ausnahme der politischen Redaktionen handelt es sich um höchst leistungsfähige Organe, die eine wichtige Funktion erfüllen können. Nach der vorläufigen Beschlagnahme sollen diese Organe mit veränderten Titeln und Redaktionen im Zusammenhang mit der FEB weiter erscheinen. Als politische Instrumente sind sie also durch diese Organisation auszunutzen, während sie finanziell zunächst treuhänderisch verwaltet werden, bis eine Regelung der Eigentümerfragen erfolgen kann.

Was die Nichtparteipresse betrifft, so unterliegt sie der allgemeinen Zensur und keinen weiteren Sonderbeschränkungen. Soweit sich neue politische Vereine bilden, ist auch der Anschluß von Zeitungen und Zeitschriften an diese vollkommen freigestellt.

Pressegesetz. Hingegen ist es notwendig, in recht kurzer Zeit eine Ordnung der »Schimpffreiheit« vorzunehmen. Durch außerordentlich empfindliche Geldstrafen neben evtl. Haftstrafen und durch strenge Maßstäbe in bezug auf den Begriff der Verleumdung, üblen Nachrede, Irreführung der öffentlichen Meinung ist für eine Sauberhaltung des öffentlichen Lebens zu sorgen.

Propagandaministerium! Neben diesen positiven Maßnahmen sind auch einige negative notwendig. Dazu gehört vor allem die sofortige Schließung des Propagandaministeriums. Auch dies ist eine der nicht nur nichts kostenden, sondern sogar Ersparnisse bringenden Symbolhandlungen, die für die neue Regierung von größter Wichtigkeit sind. Die Auflösung des Mini-

steriums sowie die Behandlung der verschiedenen Kulturkammern etc. ist dem neuen Kultusministerium zu übertragen.

7.) *Rückkehr zum Rechtsstaat.* Es kann nicht die Aufgabe dieser Ausführungen sein, das ganze Programm einer neuen Regierung hier darzulegen und in all die verschiedenen wichtigen Fragen hineinzusteigen, die mit der Schaffung einer neuen Verfassung zusammenhängen. Nur auf das, was in den ersten Tagen sich als notwendig erweisen wird, ist hier einzugehen. Es muß wiederholt werden, daß auch die Rückkehr zum Rechtsstaat nur etappenweise vorgehen kann. Man muß sich darüber im klaren sein, daß die Diktatur eine große Menge von Voraussetzungen zerstört hat, die für ein normales rechtsstaatliches Zusammenleben notwendig sind. – Mindestens eine halbe Generation hat verlernt, auch nur die primitivsten Formen eines nicht auf Gewalttaten eingestellten öffentlichen Lebens und Zusammenlebens zu beherrschen. Es fehlt großen Schichten nicht nur an der Fähigkeit primitivsten objektiven Denkens, sondern vor allem an dem Willen hierzu. Ohne dieses aber besteht die Gefahr, daß der einzige Gesichtspunkt im öffentlichen Leben nicht das Recht, die Eignung, die Idee, sondern einzig und allein die Gewalt bleibt. – Auch die Methoden echt freiwilliger Zusammenarbeit sind weitesten Kreisen unbekannt geworden, und es wird schwer sein, einer rückhaltlosen egoistischen Privatisierung aller Interessen entgegenzuwirken. Schließlich darf man nicht verkennen, daß sowohl in speziellen Erziehungsanstalten und bestimmten Organisationen, sondern auch durch allgemeine propagandistische und tatsächliche Aktionen eine bewußte Tendenz zur Brutalität, Gewalttätigkeit und Gesetzlosigkeit großgezogen ist.

Freiheit in Etappen! Die neue Freiheit wird also nur sehr schrittweise dem kranken Volkskörper gewährt werden dürfen, und zwar nur in dem Maß, wie die Kräfte zur wirklichen Selbstverantwortung gewachsen sein werden. Diese Gedanken werden bei der praktischen Rückkehr zu rechtsstaatlichen Verhältnissen ausschlaggebend sein müssen. Es ist sehr sorgfältig zu überlegen, wo zuerst sich die Möglichkeiten freier politischer Betätigung finden sollen und wann dies geschehen darf. Jedenfalls ist dringend davor zu warnen, sofort Wahlen auszuschreiben. Das kann man sehr gut motivieren, indem der Regierung erst die Erledigung der größten Arbeiten, Friedensschluß und Überführung des Landes zum Frieden und zur Ordnung gelungen sein muß.

Was aber sofort geschehen muß, das ist die Hebung des Rechtsgefühls im Volk und der Kampf gegen politisches Verbrechen, mit dem bestimmt gerechnet werden muß.

Die folgenden Punkte sind hier zu berücksichtigen:

1. Wiederherstellung der Rechtsgleichheit,
2. Wiederherstellung der Rechtseinheit,

3. Wiederherstellung der Rechtsunabhängigkeit,
4. Ausgleich und Sühne für die Vergangenheit,
5. Festlegung des Beamtenrechts in politischer Beziehung.

Judenfrage. Der erste Punkt ist wesentlich proklamatorischer Natur. Die Hauptprobleme treten dort im Zusammenhang mit der Stellung der Juden auf. Nach der Propaganda der Vergangenheit dürfte es für die neue Regierung zweckmäßig sein, auch hier das Steuer unbeschadet aller prinzipieller Erwägungen nicht zu stark herumzureißen. Es ist wahrscheinlich, daß sich Stimmen genug erheben werden, die von der Regierung verlangen werden, auch auf diesen Punkt ihrer programmatischen Ankündigung von der Rechtsgleichheit die Praxis folgen zu lassen. Dann dürfte die taktische Lage besser sein. Hingegen ist es wesentlich, die Sonderbehandlung der Juden auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung, der öffentlichen Kennzeichnung aufzuheben.⁸⁴ Zu suspendieren sind die Verfahren aus der Sondergesetzgebung gegen Juden (– – bis zur anderweitigen Regelung), und die Staatsanwaltschaften und Polizeiorgane sind darauf hinzuweisen, Anklageerhebungen und andere Amtshandlungen auf Grund der Gesetzgebung zu nächst zu unterlassen.

[Für wesentlich hält Robinsohn die Wiederherstellung der Rechtseinheit durch Beseitigung des Sonderrechts für die verschiedenen Stände und Berufe und durch die Abschaffung der Sondergerichtsbarkeit. Innerhalb einer Übergangsfrist seien die richterlichen Verhältnisse zu ordnen,⁸⁵ dann sei die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Richters zu garantieren. Weiter fordert Robinsohn Regeln für die Strafverfolgung von NS-Verbrechen. Für den Schadenersatz für NS-Unrecht solle aus dem beschlagnahmten Vermögen der NSDAP und der Parteiführer ein Fonds geschaffen werden. Die Beamten sollten sich politisch zurückhalten, entsprechend der stufenweise einzuführenden Freiheit des Volkes. Die Kategorie der politischen Beamten sei neu zu definieren, ihr absoluter Gehorsam sei sicherzustellen.

Bei der Frage nach der Reorganisation der Wirtschaft sei zunächst die Finanzierung der laufenden Geschäfte der neuen Regierung durch die Kooperation der Reichsbank und die Schaffung eines Dispositionsfonds zu sichern. Da ein neuer Etat nicht sofort aufgestellt werden könne, solle der alte vier bis sechs Wochen lang weiterlaufen, ausgenommen Zahlungen etwa an die NSDAP. Weiter sei ein Kernetat zu schaffen, der alle Beamten- und Verwaltungsausgaben umfasse, und ein Notetat, der weitere politisch, sozial oder wirtschaftlich zwingend wichtige Ausgaben enthalte. Ein außerordentlicher Heeresetat zur vorläufigen Weiterführung des Krieges solle getrennt von den anderen Etats laufen. Die neue Regierung müsse sich das statistische Material der verschiedenen Ämter sichern, um einen genauen Überblick über den Stand der Wirtschaft und der Finanzen zu gewinnen.

Ein Sonderkommissariat für die Umformung des wirtschaftlichen Verbandswesens solle alle Wirtschaftsverbände mit Ausnahme des Reichsnährstandes bearbeiten. Dabei sei an der Zwangsmitgliedschaft vorläufig festzuhalten, während die innere Organisation durch gewählte Organe geleitet werden solle. In der ersten Zeit der neuen Regierung müßten die planwirtschaftlichen Regelungen des NS-Regimes bestehen bleiben, jedoch könne die nationale Autarkiepolitik nicht beibehalten werden, sondern es sei auf eine »langsame und friedliche, freiwillige Zusammenschließung zu einer wirtschaftlichen Einheit« Europas hinzuarbeiten (S. 35–38).

Es folgen 18 »Übungsaufgaben« (S. 38f.).

Im kurzen X. Kapitel (S. 39f.) weist Robinsohn darauf hin, daß seine Denkschrift kein Regierungsprogramm enthalte. Vielmehr müsse die neue Regierung sofort Studienausschüsse einsetzen, die die verschiedenen Sektoren der Regierungspolitik im einzelnen zu erarbeiten hätten, um ein geradliniges Handeln der Regierung zu gewährleisten. Der neue Reichskanzler solle sich zur produktiven Arbeit besonders der ersten Tage eine größere, gut besetzte Adjutantur schaffen. Auch solle es von vornherein einen Zeit- und Arbeitsplan geben, um die ersten Maßnahmen aufeinander abgestimmt in Gang zu setzen.

Robinsohn fügt zwei letzte »Übungsaufgaben« an (S. 40).

In einem kurzen Schlußabsatz erklärt er mit Blick auf den inzwischen erfolgten Kriegseintritt der USA die Notwendigkeit, die in der Denkschrift anvisierten Schritte und die Übungsaufgaben laufend zu ergänzen.]

Anhang

1. *Kurzbiographien führender Mitglieder und Verbindungsleute der Robinsohn-Strassmann-Gruppe*

Friedrich **Abllass**,¹ geboren am 22. 5. 1895 in Hamburg; Jurastudium und Promotion; Rechtsanwalt in Hamburg; 1913 FVP, 1918 DDP, 1930 DStP; 1928–1933 leitender Redakteur der Zeitung »Der Demokrat an der Wasserkante«, Vorsitzender der Bezirksverbände Hamburg-Hohenfelde und Hamburg-Freihafen, Mitglied des DDP-Landesvorstandes; 1933 energischer Protest beim DStP-Vorsitzenden gegen jede Anpassungspolitik an die Hitler-Regierung; nach Auflösung der DStP illegale politische Arbeit, Tarnung als »Verein der Hafenfrende« (1934–1936); zugleich Mitglied der Widerstandsgruppe Q; seit 1939 in der Führungsebene der Hamburger Widerstandsgruppen; nach dem großen Feuersturm in der Hamburger Innenstadt im Juli 1943 zu Verwandten nach Hirschberg, dort Betreuung politisch Verfolgter;² bei Kriegsende in Hamburg; am 21. 5. 1945 Leiter der Gründungsversammlung des Bundes Freies Hamburg; am 20. 9. 1945 Leiter der Gründungsversammlung des Landesverbandes Hamburg der PFD (FDP); FDP-Landesvorstandsmitglied; gestorben am 3. 7. 1949.³

Herbert **Abromeit**, geboren am 11. 6. 1899 in Danzig; 1917 Feldartillerist; April 1918 Frontdienst; Jurastudium 1919–1922 in München, Rostock und Königsberg; Referendarausbildung in Königsberg; 1919 SPD; in den zwanziger Jahren Mitglied des SPD-Ortsverbandes in Zoppot; Wahl zum Danziger Land- und Amtsgerichtsrat Ende 1929 und Rückzug aus der aktiven Politik; März/April 1933 Austritt aus der SPD; am 4. 7. 1935 wegen der Beteiligung an der Gründung eines gegen

die NSDAP gerichteten oppositionellen Beamtenbundes einen Tag lang verhaftet; danach Kampf gegen die Entlassung aus dem Justizdienst; im Oktober 1935 an das Amtsgericht versetzt; durch Familie Hoernigk Verbindung mit Strassmann; bei der Eingliederung Danzigs 1939 in den Reichsdienst übernommen; im August 1944 als Notdienstverpflichteter eingezogen;⁴ am 18. 2. 1945 zum Volkssturm einberufen; sowjetische Kriegsgefangenschaft; Niederlassung in Kiel, Richter an einer Spruchkammer zur Entnazifizierung und an verschiedenen Landgerichten; gestorben am 13. 11. 1971.⁵

Egon **Bandmann**, am 13. 3. 1899 als Sohn eines evangelischen Kaufmanns und einer Jüdin geboren; Besuch der Mittelschule; Lehre; Kriegsdienst; gegen Ende des Ersten Weltkrieges Bekanntschaft mit Hans Robinsohn und Mitglied der DDJ; Abitur, Studium der Volkswirtschaft; Soziologe Max Weber (DDP) als Leitbild; 1921/22 stellv. Vorsitzender des RDD; in den frühen zwanziger Jahren Abbruch des Studiums; Journalist; Übertritt zur SPD; Berichte für das Hamburger Weltwirtschaftsarchiv, das Hamburger Echo und andere Zeitungen; Mitgründer des Klubs vom 3. Oktober; im Zusammenhang mit seinem Eintreten für selbständige Kleinhändler Ausschlußverfahren bei der Hamburger SPD, Übertritt zur DStP 1930; Anfang der dreißiger Jahre Übersiedlung nach Berlin; nach 1933 stellungslos; wirtschaftspolitischer Berater der Robinsohn-Strassmann-Gruppe; Publikationsmöglichkeiten durch Henry Goverts (Verleger in Hamburg), John Brech (»Das Reich«), Günter Keiser (»Bank-Archiv«),⁶ Maximilian Müller-Jabusch; monatliche Wirtschaftsberichte für den Stuttgarter Forkel-Verlag; Unterstützung der Emigration seiner Tochter Gundula nach dem Novemberpogrom nach England; wenige Tage nach der sowjetischen Besetzung Berlins als ehemaliger Mitarbeiter der Zeitung »Das Reich« von der NKWD verhaftet und in ein Zwangsarbeitslager nach Orsk/Ural verschickt; dort im September 1945 umgekommen.⁷

Rudolf **Beissel**, am 6. 4. 1894 in Köln geboren; katholisch; Jurastudium an den Universitäten Göttingen, Bonn und Erlangen; 1917 Promotion; freier Schriftsteller in Berlin; 1923–1928 Chefredakteur des Reichsfilmblasses in Berlin; 1926 Generalsekretär des Deutschen Lichtspiel-Syndikats in Berlin, 1931 Direktor der christlichen Internationalen Eidophon-Film M.N.V. in Amsterdam und Berlin, die 1933 geschlossen wurde; in der NS-Zeit Verfasser humoristischer Romane (»Eine Seefahrt, die ist lustig«, 1936), teilweise verfilmt; um 1935 Eintritt in den Widerstandskreis um Anton Stegerwald und Jakob Kaiser; nach Verbot der Verfilmung von fünf Romanen im Herbst 1940 Lektor im Roman-Korrespondenz-Verlag von Fritz Mardicke in Hamburg; Einführung in die Strassmann-Gruppe durch Erich Wentker; nach Mardickes Verhaftung 1941 Schließung des Verlages; Mai 1942 Eintritt in die Kosmos-Filmgesellschaft in Hamburg, Werbe- und Kulturfilme; Nutzung von Geschäftsreisen für Widerstandsverbindungen; nach Schließung der Kosmos-Filmgesellschaft freier Schriftsteller; Mai 1945 Mitgründer des Bundes Freies Hamburg, Oktober 1945 Mitgründer der Hamburger CDU; Schriftsteller und Verlagsdirektor; gestorben am 11. 7. 1986.⁸

Erwin **Bennewitz**, geboren am 5. 6. 1902; 1916 Mitglied der Falken; 1920 SPD, 1924 Reichsbanner; Angestellter; Mitglied im freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten (ZdA); Betreuung der SAJ-Bezirksgruppe Berlin-Köpenick; 1930 Leiter der Berliner Gruppe des Arbeitskreises Stadt und Land, Lichtbildvorträge im Auftrag der preußischen Regierung auf den Dörfern, um die Landbevölkerung für die demokratischen Parteien zu gewinnen; 1933 zur Bewag, Buchhalter im Rech-

nungsbüro Neukölln; nach dem Verbot der SPD illegale Verbindungen zu Einzelpersonen und Gruppen der SPD, der SAJ, der Naturfreunde und des Arbeitskreises Stadt und Land; durch Otto Kingma 1937 Strassmann zugeführt; nach Strassmanns Verhaftung am 12. 9. 1942 festgenommen, am 23. 12. 1942 unter Auflagen entlassen; Fortsetzung der illegalen Arbeit; über Resi Prestin Kontakt mit Strassmann; über das bevorstehende Attentat vom 20. 7. 1944 informiert; 1945 Leiter des Fuhrparks der Bewag; Mitgründer der SPD; Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Treptow; im Oktober 1946 Bürgermeister von Treptow; als Wortführer der Treptower Delegierten im Frühjahr 1946 gegen die Vereinigung der SPD mit der KPD; Amtenhebung als Bürgermeister wegen Differenzen mit der sowjetischen Bezirkskommandantur im Spätsommer 1947; gestorben am 22. 10. 1978 in Barsinghausen.⁹

Erich **Danehl**, geboren am 22. 6. 1887 in Osterburg/Altmark; Jurastudium in Heidelberg, München und Göttingen; Promotion 1913 in Greifswald; 1914 Gerichts-assessor; 1916 als Landsturmpflichtiger zum Heer eingezogen; Kriegsdienst im Reichsgebiet und im Baltikum, im Mai 1917 als Dezernent zur Zentralpolizeistelle beim Oberkommando Mackensen in Bukarest versetzt; dort Freundschaft mit Kurt Tucholsky; SPD; 1919–1926 beim Oberfinanzpräsidium in Hannover; Oktober 1926 bis Februar 1927 beim Polizeipräsidium Halle, anschließend beim Polizeipräsidium Altona bzw. beim Polizeiamt Wandsbek; Februar 1928 beim Polizeipräsidium Elberfeld, stellv. Polizeipräsident; November 1929 kommissarischer Polizeipräsident in Gleiwitz/Oberschlesien, März 1930 endgültige Ernennung; Oktober 1932 nach Attacken von NS-Zeitungen zum Polizeipräsidenten in Harburg-Wilhelmsburg berufen (Nachfolger von Erich Wentker); am 15. 2. 1933 aufgrund des § 3 der Verordnung vom 26. 2. 1919 in den einstweiligen Ruhestand versetzt; selbständige kaufmännische Tätigkeit in Berlin, Hannover, Wuppertal und Leipzig; April 1938 Übersiedlung nach Berlin und Anschluß an Strassmann; 1939–1945 Steuerberater bei der Treuhand-AG in Berlin, ab 1941 in Wien; 1945 Landrat in Überlingen/Baden (französische Zone), November 1945 Landrat in Nordheim, 1946–1952 Staatssekretär im niedersächsischen Innenministerium; gestorben am 23. 12. 1954.¹⁰

Thomas **Dehler**, geboren am 14. 12. 1897 in Lichtenfels/Oberfranken; katholisch; seit 1911 Besuch des Kgl. Humanistischen Alten Gymnasiums in Bamberg; erster Chargierter der verbotenen »Froschverbindung« »Abituria«; 1916 Kanonier im Feldartillerie-Regiment Nr. 12 in Landau; wegen Bronchialasthmas bald Dienst in Reservelazaretten; seit 1916 zugleich Jurastudium in München, Freiburg und Würzburg; 1920 erstes juristisches Examen und Promotion; Referendarausbildung und Studium der Volkswirtschaft in München; 1924 Rechtsanwalt in München; Vorstandsmitglied der DDJ und der DDP in München; 1926 Niederlassung in Bamberg; Vorsitzender der Bamberger DDP/DStP; Mitglied der humanitären Loge Zur Verbrüderung an der Regnitz; 1933 Auflösung der DStP und der Loge; etwa 1935 Anschluß an die Robinsohn-Strassmann-Gruppe und ihr Verbindungsmann für Bayern; Ende 1938 kurze Zeit in Haft; bei Kriegsbeginn zur Wehrmacht eingezogen; im April 1940 entlassen; nach Strassmanns Verhaftung Ausbau der Bamberger und fränkischen Widerstandsverbindungen, insbesondere mit Repräsentanten der katholischen Kirche; Mai 1945 im Bamberger Bürgerkomitee; Gründung der DDP (FDP); Ende 1945 Wiedereröffnung der Loge; Landrat; Dezember 1945 Generalstaatsanwalt für Oberfranken, 1947 Präsident des OLG Bamberg; Mai 1946 Vorsitzender des neugegründeten FDP-Landesverbandes Bayern; Mitte 1946 Mitglied der Bayerischen Verfassungsgebenden Versammlung, Ende 1946 MdL und Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion; Vorstandsmitglied der alle vier Besatzungszonen um-

fassenden Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) 1947/48 und Vorsitzender ihres Verfassungsausschusses; seit Herbst 1948 als Mitglied des Parlamentarischen Rates an der Ausarbeitung des Grundgesetzes beteiligt; 1949 MdB und erster Bundesjustizminister; 1953 Fraktionsvorsitzender und Parteivorsitzender; 1956 Verlust des Vorsitizes der bayerischen FDP, Anfang 1957 auch des Bundes- und des Fraktionsvorsitizes; als Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der FDP Bekämpfung von Adenauers Außen- und Deutschlandpolitik; 1960 Vizepräsident des Bundestages; gestorben am 21. 7. 1967 in Streitberg.¹²

Walter **Dudek**, geboren am 11. 10. 1890 in Altenburg/Thüringen; evangelisch; Jura-studium und Promotion; wegen eines Augenleidens nur kurzer Kriegsdienst; 1917 SPD; 1917 stellvertretender Landrat von Merseburg; 1919 Bürgermeister von Fürstenwalde; 1921 Stadtrat und Wohlfahrtsdezernent in Dortmund, 1925 »Ausweisung durch die französischen Besatzungsbehörden«;¹³ 1925 Oberbürgermeister von Harburg; am 11. 3. 1933 von den Nationalsozialisten aus dem Amt entfernt; Oktober 1933 Konvertierung zum Katholizismus; Übersiedlung nach Berlin; Mitinhaber einer Textilfirma; bei reger Reisetätigkeit als Textilkaufmann Kontaktpflege mit Sozialdemokraten; 1937 Anschluß an die Führungsebene der Robinsohn-Strassmann-Gruppe; am 1. 12. 1942 wegen der kriegsbedingt kontinuierlichen Erschwerung des Textilhandels Wechsel in die Wirtschaftsgruppe Textilindustrie, am 1. 4. 1944 zum regionalen Wirtschaftsbüro in Salzburg; zeitweise Leiter der Wirtschaftsabteilung beim Deutschen Berater für die italienische Provinz Guarnero; 1945 Kreisdirektor der Hamburger Kreisverwaltung 8 (Harburg-Wilhelmsburg); 1946–1954 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft; vom 19. 2. 1946 bis zum 2. 12. 1953 Finanzsenator; 1946–1948 mit der Vorbereitung der Währungsreform befaßter Beauftragter des Deutschen Wirtschaftsrates; September 1947 bis Februar 1950 zusätzlich Leitung der Senatskommission für die Justizverwaltung; 1949–1953 Bundesratsdelegierter des Hamburger Senats; gestorben am 1. 12. 1976 in Hamburg.¹⁴

Ullrich **Eiteldinger**, geboren am 14. 3. 1910 in Hagen; katholisch; Jurastudium; Assessorexamen; Angestellter der Deutschen Automobil-Treuhand (DAT); 1938 Verbindung mit Strassmann durch Frank Hoernigk; Kurierdienste; nach Strassmanns Verhaftung Inhaftierung im November 1942, Haftentlassung im März 1943 unter Auflagen; 1945 Rechtsanwalt; 1947 Vorstandsmitglied der Berliner Anwaltskammer; gestorben am 8. 9. 1958 in Berlin.¹⁵

Fritz **Elsas**, geboren am 11. 7. 1890 in Cannstadt; jüdisch; als Jugendlicher evangelisch; Jurastudium an der Universität München ab 1908, Promotion 1912; Mitglied der Jungliberalen (Jugendverband der Nationalliberalen Partei); 1914 Kriegsfreiwilliger, wegen Kurzsichtigkeit abgewiesen; August 1914 zur Handelskammer Stuttgart, seit Februar 1915 als »Hilfsarbeiter« zur Stuttgarter Stadtverwaltung, bei Kriegsende Leiter des Städtischen Lebensmittelamtes; 1918 DDP; Mitglied der Kommission zur Ausarbeitung einer neuen württembergischen Verfassung; April 1919 Ernennung zum Stuttgarter Rechtsrat mit der Zuständigkeit für Handel, Gewerbe, Presse, Verkehr, Statistik und allgemeine Wirtschaftsfragen; 1925 Ernennung zum Leiter des Personalamtes; 1924–1926 württembergisches MdL, Fraktionssprecher für Wirtschafts- und Sozialpolitik; am 1. 11. 1926 Vizepräsident und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen und Preußischen Städtetages und Übersiedlung nach Berlin; enge Zusammenarbeit mit bedeutenden Kommunalpolitikern wie Carl Goerdeler (Leipzig); 1930 DSStP; April 1931 Zweiter Bürgermeister von Berlin; Versuch, die politische Mitte gegen die NSDAP durch den Deutschen Natio-

nalverein zusammenzufassen; 1933 von den Nationalsozialisten entlassen; Berater für Auswanderungswillige, insbesondere für Juden; 1937 wegen angeblicher Devisenvergehen mehrere Monate in Haft; nach Einstellung des Verfahrens mangels Beweisen entlassen; seit etwa 1934 in der Widerstandsgruppe Robinsohn-Strassmann; hielt die Verbindung mit Goerdeler; während des Krieges Gutachten und Vorschläge über Wirtschafts- und Arbeitsrechtsfragen für Goerdeler; Aufnahme Goerdelers nach dem mißglückten Putsch vom 20. 7. 1944, zweimal, am 27. und 31. 7., mit der Folge der Denunzierung Elsas' und seiner Verhaftung am 10. 8. 1944; Familie in Sippenhaft; Untersuchungsgefängnis Lehrter Straße, Arbeit als Hilfskalfaktor;¹⁶ etwa am 28. 12. in das KL Sachsenhausen überführt; nach dem Morgenappell am 4. 1. 1945 im Industriebhof ohne Gerichtsverfahren erschossen;¹⁷ Meldung des Deutschen Reichsanzeigers vom 18. 1. 1945 über die Einziehung des Vermögens »des Juden Fritz Israel Elsas« zugunsten des Reiches.¹⁸

Maximilian H. Fuchs, geboren am 13. 1. 1898 in Worms; evangelisch; Studium an der Münchner Handels-Hochschule; 1919 DDJ und Teilnahme am ersten DDP-Reichsparteitag in Breslau; verschiedene Berufe, etwa als Assistent der Ullstein-Pressevertretung in Belgrad; Aufgabe der Absicht, Handelshochschullehrer zu werden; 1923/24 DDP-Sekretär im Bezirksverband Süd-Bayern; 1924 Mitgründer der Münchner Ortsgruppe des Reichsbanners; 1925 Eröffnung einer Vertretung des Mitteleuropäischen Reisebüros (MER); 1928 Übernahme des »Amtlichen Französischen Verkehrsbureaus/Reisebureaus der Französischen Eisenbahnen« für Süd- und Mitteldeutschland; jahrelang Werbeleiter der Festspiele des Münchner Staatstheaters für Westeuropa; am 1. 4. 1935 Eröffnung der einzigen Vertretung des mit jüdischer Auswanderung befaßten Palestine & Orient Lloyd in Süddeutschland als neue Abteilung; um 1935 Anschluß an die Robinsohn-Strassmann-Gruppe; Zentrum eines kleinen Kreises von Demokraten in München und Südbayern; Mitte 1936 Verbindung nach Österreich, die sich in der Frühjahrskrise 1938 nutzen ließ; am 4. 9. 1939 Schließung aller Abteilungen seines Reisebüros; Mitte 1941 zur Wehrmacht eingezogen, auf Betreiben der Gestapo bald entlassen und am 8. 8. 1941 in das KL Dachau eingeliefert; Arbeit in der Waffenwerkstätte II; April 1942 im Viehwagen in das KL Sachsenhausen verlegt; mit 12 000 Häftlingen Arbeit bei den Heinkel-Flugzeugwerken; Teilnahme am Todesmarsch von 33 000 Lagerinsassen nach Nordwesten wegen des Nahens der Roten Armee; im Raum Criwitz von sowjetischen Panzertruppen am 2./3. 5. 1945 befreit; Rückkehr nach München; am 30. 11. 1945 Gründung der Liberal-Demokratischen Partei München; erster Vorsitzender bis Mitte 1947; Ende der vierziger Jahre Mitgründer der West-Ost-Arbeitsgemeinschaft für Osthandel und deren Geschäftsführer; im Zeichen des Kalten Krieges unberechtigte Vorwürfe der Rüstungsschiebung und des illegalen Zonenhandels;¹⁹ in den fünfziger Jahren Bestrebungen nationalistischer FDP-Kreise, ihn wegen seiner fortgesetzten Kontakte zum Komitee der Sachsenhausen-Häftlinge in der DDR aus der Partei auszuschließen; 1972 Ehrevorsitzender der Münchner FDP; gestorben am 9. 10. 1974 in München.²⁰

Franz Grüger, geboren am 10. 6. 1898 in Berlin; 1916 Kriegsdienst; Jura-, Philosophie- und Philologiestudium an der Universität Berlin, Promotion 1923; Mitarbeit im Demokratischen Studentenbund;²¹ je zwei Jahre Angestellter der Berliner Filiale der Rotterdamsche Bankvereinigung und Leiter der gewerblichen Betriebschule im Preußischen Statistischen Landesamt in Berlin; als Rockefeller-Fellow 1927/28 Studienreisen nach Großbritannien, Frankreich und in die USA; anschließend wieder im Preußischen Statistischen Landesamt; 1929 als Manager des Ana-

lysis-Departments zur General Motors GmbH in Berlin; 1931 als Direktionsassistent zur Lintas GmbH (Werbeagentur) in Berlin; 1933 zur Reichs-Kredit-Gesellschaft, Archivleiter und Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung; Mitte der dreißiger Jahre Mitarbeit in der Robinsohn-Strassmann-Gruppe; 1936 als Direktionsassistent zur Gesellschaft für elektrische Unternehmungen (GESFÜREL) Ludwig Loewe AG, 1937–1940 Vorstandsmitglied der Tochtergesellschaft Hirsch Kupfer- und Messingwerke AG in Finow/Mark Brandenburg; Dezember 1940 wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen verhaftet, nach seinem Freispruch wegen erwiesener Unschuld im April 1941 aus der Haft entlassen; Ende 1941 im Auftrag des OKW-Amtes Ausland/Abwehr Eintritt in die Intercommercial, Leiter der Abteilung Autoeinkauf in deren Pariser Filiale; Verbindungen zur Résistance, bei Reisen in die Schweiz, nach Spanien und Tanger, angeblich auch zum britischen Geheimdienst;²² Verbindung mit Strassmann und mit der Widerstandsgruppe »Europäische Union« um Georg Groscurth und Robert Havemann; Februar 1944 in Paris verhaftet und über mehrere Zwischenstationen nach Berlin gebracht; in der VGH-Verhandlung vom 16.9.1944, geleitet vom VGH-Präsidenten Roland Freisler, freigesprochen, im Oktober aus der Haft entlassen; wegen eines Nierenleidens arbeitsunfähig; nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen Verhaftung durch die NKWD und Deportierung in die Sowjetunion; verschollen.²³

Arthur **Grunewald**, geboren am 6.5.1873 in Berlin; Wehrdienst bei der Marine in Wilhelmshaven; im Ersten Weltkrieg Oberdeckoffizier; 1918 DDP; Bekämpfung der Spartakisten; Beteiligung an Niederschlagung des Kapp-Putsches; 1920 vorübergehend Chef der Marinestation Nordsee; seit der Entlassung Mitte 1920 Inhaber eines Lederwarengeschäfts in Wilhelmshaven; Mitgründer des Reichsbanners im Bezirk Weser-Ems; stellv. Bezirksvorsitzender des Reichsbanners; Ende 1925 Übertritt zur SPD; 1932 Bezirksvorstandsmitglied Oldenburg–Ostfriesland–Osnabrück der SPD; nach der NS-Machtübernahme vorübergehend in Haft; Zentrum eines sozialdemokratischen Widerstandskreises in Wilhelmshaven; durch seinen Sohn Ari Grunewald²⁴ 1934 Verbindung mit der Robinsohn-Strassmann-Gruppe; nach 1945 SPD-Bezirksvorsitzender und Mitglied des ersten Wilhelmshavener Stadtrats; gestorben am 30.10.1951 in Wilhelmshaven.²⁵

Rudolf **Hoernigk**, geboren am 24.8.1905 als Sohn eines evangelischen Polizeioffiziers und seiner mennonitischen Frau in Berlin; evangelisch; 1922 Umzug nach Naumburg an der Saale; Realgymnasium; 1924–1926 praktische Ausbildung im Buchhandels- und Verlagswesen; 1926–1930 Studium (Nationalökonomie, Geschichte und Jura) an den Universitäten Berlin und Leipzig; Promotion in Geschichte; Habilitationsstudium an der Universität Halle-Wittenberg; 1928 DDP, 1930 DStP; in Halle wissenschaftlicher Assistent des Leiters des Seminars für Genossenschaftswesen, Professor Max Grünfeld (DDP); Herbst 1934 Assistent am Staatswissenschaftlichen Seminar; seit 1935 Durchführung von Übungen und Fortbildungskursen im Seminar für Genossenschaftswesen; am 30.6.1937 wegen politischer Unzuverlässigkeit aus dem Dienst ausgeschieden; etwa 1934 Mitarbeiter der Robinsohn-Strassmann-Gruppe; Juli 1937 Syndikus beim Brandenburgischen Genossenschaftsverband in Berlin; 1939 Abteilungsleiter bei der Kredit- und Sparbank in Berlin; am 1.9.1940 Marinesoldat in Kiel, am 1.10.1942 Wehrmachtsbeamter des höheren Dienstes der Reserve; vom 1.4.1944 bis zum 10.4.1945 auf der Schreibstube des in Nordnorwegen stationierten Zerstörers Z 38, dort Bildung einer kleinen Oppositionsgruppe; 1945 LDPD; Juli 1945 Dezernent bei der Provinzialverwaltung in Merseburg; August Angestellter, September 1945 Leiter der Landesversiche-

rungsanstalt (LVA) Sachsen-Anhalt in Merseburg;²⁶ Juni 1946 stellvertretender Leiter der Abteilung Gesundheitswesen beim Präsidenten der Provinz Sachsen; nach der Gründung des Landes Sachsen-Anhalt im Juni 1947 Ministerialrat im Ministerium für Arbeit und Soziales; 1946–1948 nebenamtlich Lehre des Sozialversicherungswesens an der Universität Halle; unter dem wachsenden Druck der SED im Februar 1948 Umzug nach Frankfurt a. M.; FDP; März 1948 Referent und Abteilungsleiter im Hessischen Ministerium für politische Befreiung; März 1949 Referent bei der Verwaltung für Arbeit in Frankfurt, nach deren Umwandlung im Bundesarbeitsministerium in Bonn; November 1953 Direktor der LVA Hessen; 1956 Vorsitzender des FDP-Bundesfachausschusses für Sozialpolitik; 1957 nebenamtlich Lehrbeauftragter, 1962 Honorarprofessor für Sozialversicherungswesen; gestorben am 18. 5. 1978.²⁷

Frank **Hoernigk**, geboren am 27. 5. 1908 als jüngerer Bruder Rudolf Hoernigks in Berlin; evangelisch; Realgymnasium; 1924–1927 landwirtschaftliche Ausbildung in Thüringen und auf Rügen; erneuter Schulbesuch; 1929–1934 Jurastudium in Leipzig, Königsberg und Halle; DVP-Studentengruppe; Wehrdienst beim Heer in Königsberg; 1936–1939 Referendariat in Naumburg; 1936 von Rudolf Hoernigk in die Robinsohn-Strassmann-Gruppe eingeführt; am 7. 9. 1939 Assessorexamen; Gerichtsassessor beim Landgericht Naumburg; Ende 1939 zur Wehrmacht (Heer) einberufen; Frontdienst in Frankreich und der Sowjetunion; 1943 Hauptmann; nach schwerer Verwundung in Rußland im September 1943 Heimatdienst; amerikanische Gefangenschaft bis Juni 1946; 1946 FDP; August 1946 Referent in der Abteilung Strafrecht des Hessischen Justizministeriums in Wiesbaden; am 3. 5. 1949 Landrat des Landkreises Hersfeld; Mai 1955 Kommunaldezernent beim Regierungspräsidenten in Kassel; 1975 Austritt aus der FDP wegen des Parteitagbeschlusses zur Trennung von Kirche und Staat.²⁸

Walter **Jacobsen**, geboren am 1. 12. 1895 in Altona; evangelisch; 1908 Umzug der Familie nach Kristiania (Oslo); 1910 Rückkehr Walter Jacobsens nach Altona; Maschinenbaustudium an der Technischen Universität in Karlsruhe; August 1914 Kriegsfreiwilliger; Frontkämpfer in Flandern, in den Karpaten und im Baltikum; Lehrgänge in der Heimat; 1917 beim Gardepionierbataillon in Berlin Ausbildung wegen seiner norwegischen Sprachkenntnisse für den Geheimdienst zum Einsatz in Oslo; bei Kriegsende in Hamburg; 1919 Rückkehr nach Kristiania, Übernahme des Uhrenimportgeschäfts seines Vaters; Verkauf des Geschäfts 1926; Psychologiestudium in Hamburg bei dem Psychologen William Stern und Promotion 1933; etwa 1926 DDP; Freundschaft mit Alfred Johann Levy und Rechtsanwalt Friedrich Ablass; ab 1933 in der Hamburger Gruppe Q; 1934 Verbindung mit Robinsohn; Einsatz als Kurier; 1933–1935 Angestellter bei den Arbeitsämtern Hamburg, Harburg und Rostock; Juli 1935 Entlassung unter dem Vorwand kommunistischer Betätigung;²⁹ 1937 Auswanderung als Arbeitsemigrant nach Stockholm; Korrespondenzbüro; dann Gründung eines Arbeitsberatungsinstituts, das Beachtung bei schwedischen Stellen und einigen deutschen Emigranten fand;³⁰ loser Kontakt mit dem Hamburger Widerstand; April 1942 wegen Nichtverlängerung seiner Arbeitserlaubnis Rückkehr über Kopenhagen nach Hamburg; Juni 1942 Anstellung beim Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF und Umzug nach Berlin; nach Strassmanns Verhaftung Verhör bei der Gestapo; Juni 1943 Personalchef bei der Hamburger Rüstungsfirma Heidenreich & Harbeck; 1945 in der Führung des BFH; November 1945 Mitgründer der »Arbeits-Partei Deutschlands in Hamburg« (APD), Beisitzer im APD-Vorstand;³¹ Mitte 1946 SPD; 1946 Mitgründer des Berufsverband-

des Deutschen Psychologen (BDP); 1950 Angestellter der Bundeszentrale für Heimatdienst; 1958 Gründer der Sektion Politische Psychologie im BDP; 1964 deren Ehrenvorsitzender; gestorben am 1. 6. 1986 in Hamburg.³²

Robert Kauffmann, geboren am 9. 1. 1882 in Stuttgart; jüdisch; Jurastudium an den Universitäten München, Lausanne, Berlin und Tübingen, Promotion 1906 in Heidelberg; Assessorexamen 1907; Rechtsanwalt beim OLG in Stuttgart; 1915–1917 Heeresdienst; Ende 1917 Abteilungsdirigent beim Reichskommissar für Kohlenverwertung; vor 1918 Führungspersönlichkeit der Jungliberalen (Nationalliberale Partei); 1918 DDP; wirtschaftspolitisches Grundsatzreferat auf dem ersten Reichsparteitag der DDP 1919; 1922–1930 Mitglied des DDP-Reichsvorstandes; 1924 Vorstandsmitglied der Bewag; Mentor der DDP-Nachwuchspolitiker Ernst Strassmann, Hans Robinsohn und Jans Kingma; 1926 Referat vor dem Klub vom 3. Oktober in Hamburg über »Die Zukunft der Elektrizitätswirtschaft in Deutschland«;³³ 1930 DStP;³⁴ März 1933 Erpressung zum Rücktritt vom Amt des Bewag-Vorstandsmitgliedes; nach der Haftentlassung am 27. 3. 1933 Emigration in die Schweiz, Sommer 1933 nach Paris; Herbst 1934 Übersiedlung nach London; mit einem Briten Aufbau einer Heizkissenfabrik; Kontakt mit den Emigranten Fritz Demuth,³⁵ Oscar Meyer,³⁶ Ernst Jäckh³⁷ und Albert Einstein;³⁸ Einsatz für das Jewish Refugees Comitee; ab 1937 Empfänger der Berichte Hans Robinsohns an emigrierte Freunde; vom November 1938 bis Mitte 1939 Herstellung von Verbindungen mit britischen Stellen für die Widerstandsgruppe (Bandmann Ende 1938, Robinsohn Januar/Februar 1939, Robinsohn, Strassmann und Pagel im Juni 1939); 1939–1941 Auswanderung der in Deutschland verbliebenen Angehörigen, darunter sein Schwager Willy Rosenstein (dem Goering zur Emigration verhalf, weil sie gemeinsam im Ersten Weltkrieg im Geschwader Richthofen gedient hatten) und seine Cousine Thekla Kauffmann, Leiterin der Auswanderungsabteilung der Stuttgarter Jüdischen Gemeinde bis zur eigenen Emigration im April 1941;³⁹ September 1939 Internierung; baldige Freilassung auf Intervention britischer Politiker, aber Rückzug seiner Teilhaberschaft an der Heizkissenfirma wegen Zulieferung zur Royal Army; Ende 1941 Weiterleitung eines Telegramms der Widerstandsgruppe an die britische Regierung; Studium des Rechnungswesens, 1942 erstes Examen; am 11. 3. 1942 Verkehrsunfall; gestorben in der Nacht vom 11. auf den 12. 3. 1942.⁴⁰

Jans Kingma, geboren am 27. 9. 1900 in Bischofshagen bei Löhne/Westfalen; menonitisch; Vorsitzender eines Schülerbundes; Befürwortung des Matrosenaufstandes 1918; Vorsitzender der Wilhelmshavener DDJ; Mitarbeit im Demokratischen Studentenbund und im AStA der Universität Hamburg; durch Ernst Strassmann Eintritt bei der Bewag 1926, Direktionsassistent bei Dr. Robert Kauffmann, später Angestellter in der kaufmännischen Verwaltung; 1933 in das Rechnungsbüro Lichtenberg abgeschoben; Promotionsstudium 1931–1936, Promotion mit einer Elektrizitätswirtschaftlichen Arbeit;⁴¹ seither erneut in der kaufmännischen Verwaltung tätig; 1934 Anschluß an die Robinsohn-Strassmann-Gruppe; zusammen mit seinem Bruder Otto Aufbau einer kleinen Bewag-internen Widerstandsgruppe, die beim Zusammenbruch des NS-Regimes für das reibungslose Funktionieren der Elektrizitätsversorgung sorgen sollte; seit Ende 1944 Soldat; kurz vor Kriegsende Desertion nach Hamburg; Mitgründer des BFH; Einsatz für die Bildung einer Partei der Arbeit rechts von den Kommunisten;⁴² Herbst 1945 Rückkehr nach Berlin; SPD; Europa-Union; 1945–1965 Bewag-Direktor; gestorben am 24. 12. 1968.⁴³

Karl Kleinschmidt, geboren am 26.4.1902 in Hannover; ab 1921 Theologie- und Philosophiestudium in Jena und München; in Jena Mitglied der Studentenvereinigung »Silberne Säue«; Werkstudent im Schacht »Konstantin der Große« in Gerthe bei Bochum; 1927 Pfarrer in Weißbach/Thüringen und Mitglied der Religiösen Sozialisten, bald auch der SPD; 1930 Pfarrer in Eisenberg; 1931 von der Kanzel herab Aufruf zur Mai-Demonstration; thüringischer Landesvorsitzender der Religiösen Sozialisten; Eisenberger SPD-Vorsitzender; für das Zusammengehen der Arbeiterschaft gegen den Nationalsozialismus; Vorträge in Thüringen, Provinz Sachsen und Franken; 1933 wegen Beleidigung Hitlers drei Wochen Schutzhaft, dann vier Wochen Gefängnis; Verdrängung aus seinem kirchlichen Amt;⁴⁴ 1933/34 beim Berliner Kabarett »Katakombe« (geleitet von Werner Finck und Rudolf Platte) zunächst Bühnenbildner und Conférencier, dann Geschäftsführer; Dezember 1934 durch den mecklenburgischen Landesbischof Schultz mit zwei weiteren religiösen Sozialisten (Bruno Theek und Aurelius von Jüchen) als Gegengewicht zu der konservativen Landeskirche nach Mecklenburg geholt; Dompfarrer in Schwerin; Verbindung mit der Quäkerin Margarethe Lachmund und der Robinsohn-Strassmann-Gruppe; 1934 im NS-Pastorenbund; 1935 zum neugegründeten Lutherischen Pfarrerkreis, der sich bald mit der Bekennenden Kirche zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschloß; nach dem Novemberpogrom 1938 Zusammenarbeit zur Rettung der mecklenburgischen Juden als Schweriner Vertrauensmann des Paulusbundes, der Vereinigung der zum Christentum übergetretenen Juden, mit dem Büro Grüber in Berlin; 1939 kirchliches Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung wegen kirchlicher Amtshandlungen an getauften Juden; 1939 Einberufung zur Wehrmacht; Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Juni 1945; erneut Pfarrer am Schweriner Dom; 1945 SPD, 1946 SED; Mitglied des FDGB und des Demokratischen Kulturbundes (DKB), DDR-Präsidiumsmitglied des DKB und stellv. Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern; 1949–1953 Mitglied der Volkskammer; gestorben am 13.8.1978.⁴⁵

Friedrich Karl Koch, geboren am 29.3.1922 in Bad Kissingen als Sohn des Rechtsanwalts Dr. Fritz Koch; evangelisch; Verbindung seines Vaters, einst führender Jungdemokrat, ab etwa 1936 über Thomas Dehler mit Strassmann; drei Trimester Studium der Philosophie und Rechtswissenschaft in Frankfurt; Mitglied der Kameradschaft Freiherr vom Stein des NS-Studentenbundes; als Zuckerkranker Ausgleichsdienst als Ersatz für den Arbeitsdienst; April 1942 nach Berlin zum Slawistikstudium; Verbindung mit Strassmann; Planung des Einsatzes als Kurier zwischen der Ostfront und Berlin; unvorsichtige Äußerungen gegenüber einem Aschaffener Jugendfreund mit der Folge der Polizeihaft (sechs Wochen) und der Verhaftung Strassmanns; nach Entlassung zu einer militärischen Besatzungsbehörde in Uman/Ukraine als Dolmetscher versetzt; später Einsatz in Italien; am letzten Tag der Kampfhandlungen am Gardasee gefallen. – Übrigens fiel auch sein Denunziant Theodor N. im letzten Kriegsjahr.⁴⁶

Gustav Krause, geboren am 13.8.1886 in Kiel; evangelisch, in jungen Jahren ausgetreten; Volksschule; Malerlehre; Gesellenwanderung bis nach Italien; 1910 Meisterprüfung; 1911 Mitarbeiter einer Kieler Firma; noch vor dem Ersten Weltkrieg selbstständig; 1914–1918 Frontsoldat, zuletzt Gefreiter, bei der Infanterie; anschließend Malermeister in Kiel; parteilos; ein Jahr lang Stahlhelm-Mitglied; 1928 Loge Freie Nordmark im FzaS; in der NS-Zeit illegale Aufrechterhaltung der Loge wenigstens bis 1942; durch seinen Freimaurer-Bruder Erich Wentker aus Hamburg Verbindung mit der Robinsohn-Strassmann-Gruppe; Kurierfahrten nach Dänemark; nach

Kriegsende Wiederaufbau seines im Bombenkrieg zerstörten Geschäfts; gestorben am 14. 4. 1948 in Kiel.

Hans **Lachmund**,⁴⁷ geboren am 10. 8. 1892 in Schwerin; evangelisch; 1911 Jurastudium an den Universitäten Marburg, Paris und Halle; in Paris Kontakt mit französischen Pazifisten und Freimaurern; Mitglied der Loge La Portique;⁴⁸ August 1914 in Naumburg erste juristische Staatsprüfung; 1914 Kriegsdienst; 1915 nach dem Verlust des linken Auges und der Beschädigung des rechten Fußes aus dem Heer entlassen; 1916–1920 Referendariat in Magdeburg, Marburg, Kassel und Schwerin; in Marburg Mitarbeit im Volksbund für Freiheit und Vaterland für einen Verständigungsfrieden; Gehilfe des pazifistischen Professors Martin Rade (FVP/DDP) und Schüler des pazifistischen Professors Wilhelm Schücking (FVP/DDP); in Schwerin Mitarbeit in der Leitung des Komitees zur Abwehr des Kapp-Putsches; führend im Schweriner CVJM; 1919 DDP; 1921 DFG; 1924 Reichsbanner; 1925 FzaS; ab etwa 1927 Mitarbeit im Klub vom 3. Oktober; 1930 Mitgründer der Symbolischen Großloge; Vorstandsämter in allen Organisationen; in Schwerin Vorsitzender der DDP 1925–1929, der DFG 1927–1930,⁴⁹ stellv. Vorsitzender des Reichsbanners 1924–1933; Landesvorstandsmitglied der DDP/DStP Mecklenburg-Schwerin 1925–1931; 1931 SPD; bis 1929 Rechtsanwalt und Notar in Schwerin; 1929 unter Justizminister Moeller (DDP) als Oberjustizrat in das Landesjustizministerium; von der NS-Landesregierung im April 1933 aufgrund des Berufsbeamtengesetzes dienstenthoben; Oktober 1933 an das Amtsgericht in Warin; Ende 1935 nach Anklam in Pommern und 1940 nach Greifswald versetzt; 1934 Verbindung zur Robinsohn-Strassmann-Gruppe; Koordinierung ihrer mecklenburgisch-pommerschen Verbindungen; ab 1936 wiederholte Verhöre über die Reformfreimaurerei; Nutzung der Auslandsreisen nach Frankreich und Dänemark für die Robinsohn-Strassmann-Gruppe; seit Mitte der 1930er Jahre Freundschaft mit dem Ehepaar Kuckhoff (Widerstandsgruppe »Rote Kapelle«); nach der Verhaftung Strassmanns Anschluß an die kommunistische Saefkow-Gruppe; Februar 1945 als einziger Richter des Bezirks Greifswald als Magazinarbeiter zum Heeresverpflegungsamt Greifswald kommandiert; vorbereitender Anteil an der freiwilligen Übergabe Greifswalds an die Rote Armee; am 8. 5. 1945 im Einverständnis mit dem Stadtkommandanten der Roten Armee ehrenamtlicher Beigeordneter der Stadt Greifswald;⁵⁰ am 26. 5. 1945 von der NKWD verhaftet, offiziell ohne Begründung, inoffiziell wegen seiner internationalen Freimaurerverbindungen, die er den sowjetischen Behörden jedoch von Anfang an offenbart hatte; zunächst Lager Alt-Strelitz, nach dessen Auflösung Ende 1945 in das Lager Fünfeichen bei Neubrandenburg, Ende 1948 nach Buchenwald; fünf Jahre Lagerhaft ohne Prozeß; vergebliche Bemühungen seiner Frau um seine Freilassung;⁵¹ in einem Kurzprozeß ohne Untersuchung, ohne Verteidiger und ohne Zeugenvernehmung am 9. 5. 1950 von der 8. Großen Strafkammer Chemnitz in Waldheim zu 25 Jahren Zuchthaus und Vermögensverlust verurteilt;⁵² Anstrengungen seiner Frau um Revision des Urteils; März 1951 Eingabe mit 25 Zeugnissen von Antifaschisten an den Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl;⁵³ am 15. 4. 1954 auf dem Gnadenwege aus dem Zuchthaus Waldheim entlassen; in West-Berlin Wiederzulassung als Richter; führende Mitarbeit in der Freimaurerei; gestorben am 4. 9. 1972.

Margarethe **Lachmund**, geborene Grobbecke, geboren am 17. 9. 1896 in Franzka; evangelisch; Hauslehrerin auf Schloß Wedendorf in Mecklenburg; Vermittlung bei Streik zwischen dem konservativen Schloßherrn und den sozialdemokratischen Gutsarbeitern; 1919 DNVP; zum christlich-sozialen Flügel um Samuel Jaeger⁵⁴

zählend, in scharfer Auseinandersetzung mit dem völkischen Flügel; Austritt aus der DNVP wegen deren Billigung des Kapp-Putsches; nach der Ermordung Rathenaus Anschluß an die DFG; Mitte der zwanziger Jahre Mitglied der Quäker; etwa 1927 SPD; 1933 als Ortsvorsitzende der Sozialistischen Kinderfreunde in Aussicht genommen; im Oktober 1933 Umzug der Familie nach Warin; 1934 Mitglied der Robinsohn-Strassmann-Gruppe; Ende 1935 Umzug nach Anklam; wiederholte Verhöre wegen ihrer pazifistischen Gesinnung, ihrer internationalen Quäker-Verbindungen und ihrer Hilfstätigkeit für Juden; 1934 und 1935 Hausmutter im Erholungsheim der englischen Quäker; dort 1934 Bekanntschaft mit Greta Lorke, der späteren Frau Kuckhoff; zahlreiche Auslandsreisen für die Quäker, für die Prüfung von Auswanderungsmöglichkeiten und zur Herstellung internationaler Verbindungen für die Robinsohn-Strassmann-Gruppe (1935 Paris, 1936 London, 1937 USA, 1938 und 1939 Paris); verstärkter Einsatz für die Juden nach dem Novemberpogrom 1938 als Beauftragte des Büros Grüber für Pommern; 1940 Umzug nach Greifswald; im Zweiten Weltkrieg Unterstützung deportierter Juden und inhaftierter Freunde in Konzentrationslagern und Gefängnissen durch regelmäßige Paketsendungen; gleich nach Kriegsende Sonderbeauftragte der Stadt Greifswald für den Wiederaufbau der Wohlfahrtspflege; 1946 Kreissekretärin der Volkssolidarität für die Kreise Greifswald-Stadt und -Land; 1945 SPD; 1946 SED; Mitgründerin des Demokratischen Frauenbundes und seine Greifswalder Vorsitzende, Anfang 1948 Übersiedlung in den amerikanischen Sektor Berlins; bis 1954 Arbeit in dem im sowjetischen Sektor Berlins gelegenen Quäker-Büro als Geschäftsführerin der Deutschen Jahresversammlung der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker); 1948 Austritt aus der SED; in der Verfassungsdiskussion 1948/49 Engagement zusammen mit Vertretern der evangelischen Kirche für das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung; am 14. 10. 1985 in Köln gestorben.

Hermann Lange, geboren am 17. 2. 1908 in Hamburg; evangelisch; 1924 Mitglied des Reichsbanners; 1927 Abitur; 1927 SPD; Studium (Pädagogik, Deutsche Literatur, Psychologie und Philosophie) an der Universität Hamburg, ein Semester in Wien; im Wintersemester 1927/28 Zweiter Vorsitzender, ein Jahr später Vorsitzender des Sozialistischen Studentenverbandes Hamburg; April 1930 erstes Staatsexamen; Lehrer; ab Ostern 1931 Hilfsassistent am Pädagogischen Seminar der Universität Hamburg; 1932 in den Vorstand der Gesellschaft der Freunde des Vaterstädtischen Schul- und Erziehungswesens (»Genitiv-Verein«) gewählt; Anfang 1934 Freundschaft mit Robinsohn, wenige Wochen später mit Strassmann; 1934–1939 Mitglied der Leitungsebene in Hamburg, der Robinsohn-Gruppe bzw. ihrer Nachfolgerin; Verbindungsmann zu einem Kreis ehemaliger Vorstandsmitglieder des Genitiv-Vereins; sporadischer Einsatz als Kurier (1939 auch nach Kopenhagen zu Hans Robinsohn); nach Kriegsbeginn von Strassmann für Verwendung im Stabe Becks vorgeschlagen; Januar 1940 Einberufung zur Wehrmacht; Einsatz in Polen, Frankreich und Norwegen; Beförderung zum Oberleutnant; Sammlung eines kleinen Kreises Oppositioneller in der Wehrmacht; Ende August 1945 Entlassung aus der britischen Kriegsgefangenschaft; Rückkehr nach Bälau bei Mölln, wo seine Frau Margarethe seit 1941 wohnte (sie beherbergte April 1945 bis Juli 1946 Resi Prestin); Schulleiter in Hamburg; 1945 SPD; 1945 GEW (als Nachfolgerin des Genitiv-Vereins); 1948 Hamburger GEW-Vorsitzender; 1948/49 vom GEW-Vorstand zu Verhandlungen mit dem Parlamentarischen Rat über das Beamtenrecht und das Schulwesen (z. B. Konfessionsschulfrage) entsandt; 1949–1953 MdHB, u. a. als Mitglied des Haushaltsausschusses; 1951 Vorstandsmitglied der Debeka; 1952 Vorstandsvorsitzender der Debeka-Krankenversicherung und der Debeka-Lebensversicherung;

1964 zudem stellvertretender Vorsitzender, 1970–1975 Vorsitzender des Verbandes der privaten Krankenversicherungen sowie Präsidiumsmitglied des Verbandes der Versicherungswirtschaft; seit 1976 Vorsitzender der Aufsichtsräte der Debeka-Kranken- und -Lebensversicherung und der Debeka-Bausparkasse, seit 1982 auch der Debeka-Allgemeinen (Sach-) Versicherung.⁵⁵

Wolfgang Lange, geboren am 11.4.1898 in Bad Doberan; evangelisch; nach dem Abitur Kriegsdienst; am linken Auge und am linken Bein schwer verwundet; 1919–1922 Jurastudium in Jena (Burschenschaft Burgkeller), Bonn und Rostock; Juli 1927 in Rostock Assessorexamen; Oktober 1927 in Wismar Rechtsanwalt; etwa 1924 SPD; Syndikus des Rates; 1932 Vorsitzender des Stadtverwaltungsgerichts und Verwalter der geistlichen Hebungen; 1933 Verlust dieser Nebenämter; Boykott seiner Anwalts- und Notariatspraxis, Minderung seines Einkommens auf ein Drittel des Durchschnitts von 1931–1933; intensive rechtshistorische Quellenforschung über Wismar; 1933 Bildung einer eigenen Widerstandsgruppe; 1934 Verbindungsmann der Robinsohn-Strassmann-Gruppe; entwickelte einen Verfassungsentwurf für das »Vierte Reich«, anknüpfend an die britische Rechts- und Staatstradition; 1934 NS-Rechtswahrerbund (NSRB); 1940 wegen hartnäckiger Verweigerung der Beitragszahlung aus dem NSRB ausgeschlossen; am 1.5.1943 zur Luftwaffe eingezogen; Truppschreiber beim Bodenpersonal; zum 28.2.1945 entlassen; 1945 SPD; als einziger Rechtsanwalt in Wismar durch die zunächst britische Militärregierung bestätigt; Mitte 1945 Übersiedlung nach Frankfurt a. M.; Staatsanwalt, dann Richter am Frankfurter Amtsgericht; nach seiner Pensionierung erneut Rechtsanwalt; gestorben am 17.7.1984.⁵⁶

Paul Pagel, geboren am 29.12.1894 in Bredenfelde/Mecklenburg; evangelisch; Abitur in Neustrelitz; Landwirtschafts- und Jurastudium; landwirtschaftliches Diplom; Promotion zum Doktor der Landwirtschaft, dann juristische Promotion; DDP-Vorsitzender der Ortsgruppe Alt-Strelitz; Mitglied des DDP-Reichsausschusses für Landwirtschaft; als Direktor des Arbeitsamtes in Greifswald 1933 aufgrund des Berufsbeamtengesetzes entlassen; am 1.4.1934 in den Ruhestand versetzt;⁵⁷ Übersiedlung nach Berlin; Verwalter schwedischen Grundbesitzes; etwa 1934 Aufnahme in die Robinsohn-Strassmann-Gruppe; landwirtschaftlicher Fachmann der Gruppe; Verbindungen in die Bekennende Kirche; Emigration seiner Kinder 1936 und seiner Frau (getaufte Jüdin) 1939 nach Großbritannien; bis 1939 Besuche bei der Familie in England, dann indirekte Verbindung durch Freunde;⁵⁸ seit 1938 Lektor für die IG Farben; November 1943 Ausbombung;⁵⁹ 1945 Mitgründer der Demokratischen Union bzw. CDU in Schleswig-Holstein; Landrat von Segeberg; Dezember 1946 Mitglied des zweiten ernannten Landtages; ab 1947 verschiedene Ministerämter unter den Ministerpräsidenten Steltzer, Bartram, Lübke und von Hassel: März/April 1947 Landesminister für Volkswohlfahrt, Juli/August 1950 Vorsitzender der CDU/FDP/DP-Fraktion, September 1950 bis Juni 1951 Innenminister und Minister für Volksbildung, Juni/Juli 1951 Innenminister, stellv. Ministerpräsident und geschäftsführender Kultusminister, dann bis 1954 Innen- und Kultusminister, ab November 1953 auch wieder stellvertretender Ministerpräsident, 1954 bis zu seinem Tode am 11.8.1955 Innenminister.⁶⁰

Paul Reichert, geboren am 8.8.1902 in Dömitz; evangelisch; Realgymnasium in Ludwigslust und Rostock; 1920 Volontär; später kaufmännischer Angestellter in der Hamburger Exportfirma Paul Adler; nebenher 1922/23 Studium der Volkswirtschaft an der Universität Hamburg; 1920 DDJ, 1922/23 Hamburger Vorsitzender,

1923 im RDDJ-Vorstand; Mitglied des Akademischen Bundes, der Organisation der republikanischen Studenten in Hamburg; in Dömitz im August 1923 kaufmännischer Angestellter in der väterlichen Elbschiffahrtfirma; Januar 1924 Geschäftsführer der Transport-Genossenschaft vereinigter Mecklenburger Schiffer zu Dömitz eGmbH; Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes der Angestellten in Dömitz; Vorsitzender der DDP/DStP Dömitz bis 1933; Mitgründer und Vorsitzender der Ortsgruppe Dömitz des Reichsbanners bis 1933; 1930 in die Schweriner Loge Isis zu den 3 Sphinxen (Symbolische Großloge) aufgenommen; Referent bei pazifistischen Organisationen;⁶¹ 1934 in die Robinsohn-Strassmann-Gruppe aufgenommen; Juli 1937 Mitinhaber der väterlichen Firma; am 4.9.1939 Dienstverpflichtung zur Dömitzter Fabrik der »GmbH zur Auswertung chemischer Erzeugnisse«; wiederholte Gestapovertreter und Haussuchungen; am Vorabend von Strassmanns Verhaftung Gastgeber Strassmanns; Mai 1944 bis Februar 1945 wieder Betriebsführer seiner Firma; dann Einberufung als Soldat zur Kraftfahr-Ersatzabteilung I nach Dänemark; britische Gefangenschaft; September 1945 Rückkehr nach Dömitz; am 15.10.1945 Leiter der Schiffsstation Dömitz (bis 31.7.1947), danach Geschäftsführer des Frachtausschusses in Schwerin in der Organisation der Binnenwirtschaft; November 1945 Mitgründer und Vorsitzender der Dömitzter CDU; Vorstandsmitglied des CDU-Kreisverbandes Ludwigslust und des Landesverbandes Mecklenburg; 1946–1950 Mecklenburger MdL, außerdem Abgeordneter des Kreistags Ludwigslust und der Stadtvertretung Dömitz; etwa 1951 Flucht nach West-Berlin, dann in die Bundesrepublik; 1952 Ministerialbeamter beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen; Mitglied der West-CDU und der humanitären Loge Globus in Hamburg; gestorben am 20.11.1978 in Hamburg.⁶²

Rudolf Reissert, geboren am 14.7.1890 in Berlin; evangelisch (jüdische Mutter); seit 1907 Jurastudium, 1912 Promotion in Marburg; Banklehre in Berlin; Oktober 1913 Philosophiestudium in München; 1914–1918 Garnison- und Felddienst; Mai 1920 zur Münchner Filiale der Darmstädter Bank; Ende 1921 Leiter der Kreditabteilung des Münchner Bankhauses Schneider und Münzing; Frühjahr 1923 bis Juni 1925 beim Bankhaus H. Aufhäuser; DDP; Freundschaft mit dem südbayerischen DDP-Generalsekretär Maximilian Fuchs; selbständiger Antiquariats- und Kunsthändler; Frühjahr 1926 Mitgründer eines auf Inkunabeln, wertvolle Bücher und Graphiken spezialisierten Antiquariats; 1928 bis Ende 1930 Teilhaber und Geschäftsführer der Fabrik für Heizungs- und Trocknungsanlagen GmbH; 1934 mit seiner Familie Emigration in die Schweiz; November 1934 bis April 1936 stellv. Direktor einer Chemiefirma; 1936 aus Kapitalmangel Rückkehr nach München ohne Familie, Privatgelehrter und privater Kunsthandel; Mitglied der Münchner Widerstandsgruppe um Maximilian Fuchs; Kontakt mit Strassmann; im Februar 1938 zur Knüpfung von Verbindungen mit österreichischen Behörden eingesetzt; in der Folgezeit Hilfe für Juden bei der Emigration; 1940 bis Ende 1943 Einkäufer der städtischen Instrumentensammlung; auf Strassmanns Initiative 1940 zur Abwehrstelle München zwecks Reisen in die Schweiz; wiederholte Warnungen an seinen Abwehr-Vorgesetzten Hauptmann Süß vor SD-Ermittlungen gegen Josef Müller, Kardinal Faulhaber und Süß selbst; 1941 im Auftrag Strassmanns über die britische Gesandtschaft in der Schweiz Verbindung mit der britischen Regierung hergestellt; Frühjahr und Sommer 1944 Ermittlungen wegen des Versuchs, einen niederländisch-britischen Agentenring in den besetzten Niederlanden zu decken; 1944 Eintritt in eine kriegswichtige Privatfirma; vor Kriegsende in der Freiheitsaktion Bayern; 1945 als Abwehr-Angehöriger inhaftiert; erst nach anderthalb Jahren mit Hilfe des britischen Foreign Office frei; 1950 Geschäftsführer eines großen Vereins; gestorben am 23.7.1957 in München.

Hans Joachim **Robinson**, geboren am 2. 3. 1897 in Hamburg; jüdisch; ab 1915 Jura- und Volkswirtschaftsstudium in Berlin, Göttingen, München und Hamburg; 1918 DDP; Gründer ihres Jugendverbandes DDJ; 1919 Freundschaft mit Ernst Strassmann; in München Beteiligung an einem republikanischen Kreis zur Auskundschaftung der Vorhaben der Völkischen; bis 1923 Mitglied des Reichsführerrates des RDDJ, 1921–1930 Vorstandsmitglied der Hamburger DDP; Mitglied einer republikanischen Schutzorganisation, vermutlich »Heimatschutz Groß-Hamburg«;⁶³ 1924 mit Gleichgesinnten aus DDJ und SAJ Mitgründer des republikanischen Klubs vom 3. Oktober; dort heftige Auseinandersetzungen um den Panzerkreuzer A; 1930 (Gründung der DStP) parteilos;⁶⁴ 1922 Bankvolontär; 1923 Angestellter im Modehaus Gebr. Robinson, 1925 Prokurist, 1933 Mitinhaber; 1932 vergeblicher Versuch, mit Strassmann eine Widerstandsgruppe gegen die erstarkte NSDAP zu bilden; Pfingsten 1934 mit Ernst Strassmann und Oskar Stark Gründer der Keimzelle einer demokratischen Widerstandsgruppe; Leben der Behauptung als »Betriebsführer« der Firma Gebr. Robinson; Auseinandersetzung mit dem Vertrauensrat und Prozesse vor dem Arbeitsgericht; auf geschäftlich veranlaßten Auslandsreisen Sendung von Berichten über die politische Lage in Deutschland an emigrierte Freunde; nach dem Novemberpogrom 1938 Flucht nach Berlin; Dezember 1938 Emigration nach Dänemark,⁶⁵ von wo er seine weitere Emigration nach Großbritannien, in die USA, nach Mexiko oder in andere Länder vergeblich betrieb; Knüpfung von Verbindungen für die Widerstandsgruppe in England; Mai/Juni 1939 Besuch einer Delegation in London, u. a. bei Vansittart; nach Kriegsbeginn 1939 Information der Briten, Niederländer und Belgier; Mitte 1940 Arbeitserlaubnis; Mitte 1941 Scheitern im Textilhandel; gelegentliche Verbindung mit der Widerstandsgruppe (verdeckte Post, Besuche); erfuhr von Strassmanns Verhaftung; vor der Deportation der Juden in Dänemark von Mitgliedern der dänischen Widerstandsbewegung versteckt und im Oktober 1943 nach Schweden übergesetzt;⁶⁶ zwei Wochen Internierungslager; in Malmö Mitarbeiter im Verlag der sozialdemokratischen Zeitung *Arbetet*; 1946 Rückkehr nach Kopenhagen; Angestellter in einer Versicherung; gescheiterte Versuche, nach Deutschland zurückzukehren; 1953 Neugründer des Klubs vom 3. Oktober mit Strassmann und anderen; 1958 Rückkehr nach Deutschland; Beibehaltung der 1953 erlangten dänischen Staatsbürgerschaft; vorübergehend Mitglied der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit; gegen die Restauration Bemühungen um die Stärkung der SPD, Mitwirkung im Politischen Arbeitskreis Willy Brandts; 1960–1963 in der Leitung der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg; Versuche der Rekonstruktion der Geschichte seiner eigenen Widerstandsgruppe; Erstellung eines Manuskripts über »Rassenschandefälle« beim Landgericht Hamburg, das zunächst keinen Verleger fand;⁶⁷ 1962 Mitglied der Bürgerrechtsvereinigung Humanistische Union (HU); 1967 im HU-Bundesvorstand; 1973–1975 Bundesvorsitzender; auch nach 1975 publizistische Arbeit für die HU; gestorben am 28. 4. 1981 in Hamburg.⁶⁸

Ernst Richard **Schubert**, geboren am 29. 12. 1877 in Leipzig; bautechnische Ausbildung zum Baumeister; Studium der Volkswirtschaft, Kunstgeschichte und Geschichte an den Universitäten Leipzig, Jena und Berlin; um 1900 Mitglied des National-Sozialen Vereins; 1901–1908 Techniker beim Hochbauamt Leipzig; 1904 Gründer der Neudeutschen Bauzeitung, deren Redakteur bis 1908; 1908 Leitungsmitglied, 1912 Direktor des Deutschen Technikerverbandes, 1910 Chefredakteur der »Deutschen Technikerzeitung«; 1908 Mitglied, dann Vorstandsmitglied der Demokratischen Vereinigung (Vorsitzende: Rudolf Breitscheid 1908–1912; Hellmut von Gerlach 1912–1918); Reichstagskandidat 1912; im Ersten Weltkrieg Soldat;

1918 DDP, 1930 DStP; 1920–1933 Stadtverordneter in Berlin; Abgeordneter im Preußischen Staatsrat; nach 1918 Syndikus von Wirtschaftsverbänden, insbesondere des Wirtschaftsverbandes der Ziegelindustrie 1920–1933; 1933 Verlust seiner politischen und wirtschaftlichen Ämter; Wirtschaftsberater in Berlin; durch Fritz Elsas zur Robinsohn-Strassmann-Gruppe; im September und November 1939 Kurierdienste für den Widerstand zu Hans Robinsohn in Kopenhagen, um die britische Regierung und die neutralen Staaten Belgien und Niederlande zu warnen; 1945 CDU; am 19. 12. 1952 Städtältester von Berlin; Dozent, dann bis zu seinem Tode am 21. 1. 1953 Mitarbeiter der neugegründeten Hochschule für Politik.⁶⁹

Georg Spiegel, geboren am 3. 7. 1895 in Stuttgart; 1908 Leiter der Jugendgruppe der »Freien Turner«; 1910 Vorsitzender der Metallarbeiterjugend Groß-Stuttgart; 1913 SPD; 1918–1921 Jugendsekretär des SAJ-Landesverbandes Württemberg; 1920–1925 Landesvorstandsmitglied der SAJ; 1920–1925 Mitglied des Reichsvorstandes der SAJ; April 1921 Redakteur und Geschäftsführer der Tuttlinger Volkszeitung bzw. Volksstimme Schwenningen; seit 1921 im Gemeinderat Tuttlingen; 1923–1926 Erster Vorsitzender der Tuttlinger SPD; um 1929 Übersiedlung nach Potsdam; dort SPD-Vorsitzender und Stadtverordneter bis 1933; vom 28. 6. 1933 bis zum 15. 8. 1933 KL Oranienburg; illegale Weiterführung der Potsdamer SPD u. a. mit Hermann Maaß; in Berlin Verbindung mit Bennewitz und Leuschner; wegen der Bombenangriffe ab 1943 in Tuttlingen; Verhaftung im Rahmen der Aktion Gewitter am 22. 8. 1944; bis zum 27. 9. 1944 im KL Sachsenhausen; 1945 SPD; 1946 Rückkehr nach Potsdam; 1946 SED; Stadtverordneter und Bürgermeister von Potsdam; gestorben am 21. 10. 1960.⁷⁰

Oskar Stark, geboren am 27. 1. 1890 in Aschaffenburg; Aufnahme in das Maximilianum in München; Jurastudium; 1911 Referendar; 1911–1920 politischer Redakteur der liberalen Münchner Neuesten Nachrichten; 1920 zum Berliner Büro der Frankfurter Zeitung (FZ); 1931 Chef vom Dienst des Berliner Tageblatts; im 15köpfigen Vorstand des Deutschen Demokratischen Pressevereins e. V. (DDP); gelegentliche Zusammenarbeit mit Ernst Strassmann; 1933–1935 stellungslos; Pfingsten 1934 Mitgründer der Widerstandsgruppe mit Hans Robinsohn und Ernst Strassmann; Oktober 1935 zur FZ; Umzug nach Frankfurt; Abbruch der Verbindung mit der Widerstandsgruppe; ab 1938 im Wechsel mit Erich Welter und Benno Reifenberg Leiter der täglichen Redaktionskonferenzen; im Krieg nahezu alleiniger Leiter; bei Schließung der FZ im August 1943 Zuweisung zur Berliner Börsenzeitung; Mitgründer der Nordischen Verlagsgesellschaft; 1945 über Thüringen nach Ravensburg ausgelagert, dort Verlagsauflösung;⁷¹ Januar 1946 in Freiburg Mitgründer der Badischen Zeitung, deren Chefredakteur; gestorben am 12. 12. 1970 in Freiburg.⁷²

Kurt Stenzel, geboren am 14. 12. 1894 in Berlin; durch Heirat mit der Inhaberin einer Berliner Textilfirma seit Anfang der zwanziger Jahre im Textilhandel selbständig; weite Geschäftsbeziehungen im In- und Ausland; spätestens seit den zwanziger Jahren Lieferant des Hamburger Modehauses Gebr. Robinsohn; parteilos; Mitte der dreißiger Jahre Mitglied der Robinsohn-Strassmann-Gruppe; Beteiligung an agrarpolitischen Beratungen; Finanzierung der Gruppe; Januar 1940 auf skandinavischer Geschäftsreise für Strassmann Nachricht an die britische Gesandtschaft in Stockholm; wiederholt Gestapoverhöre; Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz durch die Bombardierung Berlins; 1945 Neuaufbau der Firma; vergebliche Planung einer V. (Volks?) Partei Deutschlands (VPD); parteilos; gestorben am 26. 1. 1972 in Berlin.⁷³

Ernst Karl Otto Strassmann, geboren am 27. 11. 1897 als Sohn der Ottilie Hübner geb. Backhausen; evangelisch; nach Scheidung der Mutter und Wiederverheiratung gerichtliche Feststellung durch den neuen Vater Arnold Strassmann (jüdisch) als leiblicher Vater; zeitweise Privatunterricht, zeitweise Besuch des Friedrich-Gymnasiums in Berlin; Oktober 1914 vor dem Abitur Meldung als Kriegsfreiwilliger; als Fahnenjunker zum I.R. 54; Dienst an der Ostfront; Bauchschuß; in Reservelazarette im Reichsgebiet verlegt, Ende November 1916 in die Privatpflege seines Vaters entlassen; am 30. 6. 1917 Notabitur; dann Dienst beim I.R. 54 an der Westfront in Flandern; Teilnahme am verlustreichen Stellungskrieg; im November 1918 als Leutnant und gewählter Soldatenrat Rückkehr in die Heimat; 1918 DDP; Mitgründer des DDP-Jugendverbandes DDJ; Frühjahr 1919 zum Jurastudium an der Universität Berlin beurlaubt; am 30. 8. 1919 aus dem Heer entlassen; Werkstudent als Kraftfahrer; Juli 1919 auf dem Reichsjugendtag der DDJ Freundschaft mit Hans Robinsohn; 1920 Wahl zum stellvertretenden RDDJ-Schatzmeister; 1920 Tod seiner Mutter; März 1921 Vorsitzender des DDJ-Landesverbandes Brandenburg; Juli 1921 Fortsetzung seines Studiums in Breslau; Oktober 1921 Leiter der Ago zur Unterstützung der im Aufbau befindlichen ostdeutschen DDJ-Landesverbände; persönliche Bekanntschaft mit dem Reichsaußenminister Walther Rathenau; nach dessen Ermordung 1922 gemeinsam mit der SAJ Organisation großer republikanischer Kundgebungen; bis Mai 1923 RDDJ-Vorstandsmitglied; Oktober 1923 erste juristische Staatsprüfung in Breslau; November 1923 Referendariat in Altona; enge politische Zusammenarbeit mit Hans Robinsohn; 1924 Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold; am 3. 10. 1924 Mitgründer des Klubs vom 3. Oktober, dessen Sekretär und Redakteur der »Bemerkungen aus dem Klub vom 3. Oktober«; vergebliche Anstrengungen des Klubs und speziell Strassmanns zur Republikanisierung der Reichswehr; Mitte 1926 Assessor-Examen; am 22. 7. 1927 Heirat mit Hella Prestin; August 1926 Hilfsrichter beim Landgericht II in Berlin; nebenher juristische Kurse an der Bewag-Schule; April 1929 ständiger Hilfsrichter, September 1930 Landgerichtsrat am Landgericht II in Berlin und Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht Berlin-Neukölln; Juni 1929 Wahl in eine Kommission des RDDJ zur Republikanisierung der Reichswehr; nach Gründung der DStP 1930 parteilos; August 1931 Tod Hella Strassmanns; bis 1934 Leitung von Referendarkursen; Mitwirkung an einem BGB-Kommentar; Arbeit an dessen Fortschreibung; am 1. 1. 1932 zusätzlich Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht Berlin-Schöneberg; gescheiterter Versuch, mit Hans Robinsohn schon 1932 eine Widerstandsorganisation gegen den Nationalsozialismus zu gründen; Mai 1933 wegen dienstlicher Erklärung Information über seine rassistische Abstammung; Pfingsten 1934 Mitgründer mit Hans Robinsohn und Oskar Stark der Keimzelle einer Widerstandsgruppe, deren führender Organisator er wurde; am 28. 8. 1934 als Beamter auf den Führer verpflichtet; 1935, 1937 und 1938 wiederholt Erklärungen über seine Abstammung; am 1. 7. 1936 NSRB; 1937 erstes größeres Treffen der Widerstandsgruppe; März 1939 Klage des Generalstaatsanwalts beim Landgericht Berlin zur Anfechtung von Strassmanns arischer Abstammung abgewiesen; Mai/Juni 1939 Reise mit Robinsohn und Pagel nach London wegen politischer und finanzieller Unterstützung des deutschen Widerstands; seit Kriegsbeginn 1939 Einzelrichter; durch Urteil vom 16. 1. 1940 arische Abstammung endgültig bestätigt; 1942 Versuch Strassmanns zur Ausreise nach Schweden; am 19. 8. 1942 Verhaftung im Dömitz; Polizeigefängnis Berlin-Alexanderplatz; zeitweise Vernehmung durch Kriegsrichter Roeder; elfmonatige Einzelhaft; dann Übernahme verschiedener Aufgaben im Gefängnis; über seine Schwägerin Resi Prestin ständiger Kontakt mit seiner Widerstandsgruppe; beim Nahen der sowjetischen Truppen am 21. 4. 1945 aus dem Polizeigefängnis entlassen und bei Freunden unter-

getaucht; Mai 1945 zunächst Kommissar der Stadt Berlin, dann Vorstandsmitglied der Bewag;⁷⁴ 1945 SPD, FDGB und Europa-Union; vom 21. 3. bis zum 29. bzw. 31. 7. 1947 zusätzlich als Vertreter von Victor Agartz stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrates und des Verwaltungsamtes für Wirtschaft der Bizone in Minden;⁷⁵ während der Berlin-Blockade am 4. 12. 1948 vom sowjetischen Kommandanten Berlins von seinem Bewag-Vorstandsamt abberufen, von den westlichen Militärkommandanten aber gehalten;⁷⁶ Mitgründer der Unabhängigen Gewerkschaftsopposition (UGO); DGB und ÖTV; Mitglied des wirtschaftspolitischen Ausschusses des SPD-Landesverbandes Berlin; Mitglied des Ausschusses Öffentliche Wirtschaft beim DGB-Bundesvorstand; nach dem Tode des Berliner Oberbürgermeisters Fritz Reuter als dessen Nachfolger intern im Gespräch;⁷⁷ Hauptausschußmitglied der Europa-Union Berlin; Präsident der Gesellschaft zur Förderung der öffentlichen Wirtschaft; Vorstandsmitglied anderer wirtschaftlicher Vereinigungen; stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Bank für Wirtschaft und Arbeit in Berlin; Aufsichtsratsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, der Ludwig Loewe & Co. AG und der Iduna-Germania-Lebensversicherungsgesellschaft AG; 1954 mit Hans Robinsohn und anderen Neugründung des Klubs vom 3. Oktober zwecks Bekämpfung restaurativer Tendenzen;⁷⁸ nach seinem 60. Geburtstag binnen vier Monaten völliger körperlicher Verfall aufgrund eines Krebsleidens;⁷⁹ gestorben am 11. 3. 1958 in Berlin.

Erich Wentker, geboren am 16. 3. 1890 in Berlin; evangelisch; 1897 Umzug nach Hamburg; Volksschule; 1905–1910 Präparandenanstalt in Bad Oldesloe und Lehrerseminar in Eckernförde; erste Lehrerprüfung 1910; 1914 aus dem Lehramt ausgeschieden; Angestellter im Hauptbüro der genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge; bald leitende Stellung im Organisationsbüro; November 1915 SPD; nach dem Ersten Weltkrieg Stadtverordneter und Stadtverordnetenvorsteher (Bürgerworthalter) der Stadt Wandsbek bei Hamburg; später Provinziallandtagsabgeordneter von Schleswig-Holstein; als Vertreter des Schleswig-Holsteinischen Städtevereins Mitglied des Hauptausschusses des Preußischen Städtetages und stellvertretendes Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages; nach Verstaatlichung der Wandsbeker Polizei 1923 Leiter des neuen Polizeiamtes im Range eines Regierungsrates; am 1. 2. 1927 Polizeipräsident in Harburg; Meister vom Stuhl der Loge Zur wahren Erkenntnis im FzaS; 1930 wegen offenen Einsatzes evangelischer Geistlicher für die NSDAP ohne Gegenmaßnahmen des Landeskirchamtes Austritt aus der Kirche; freireligiös; nach Papens Preußenschlag am 12. 10. 1932 abgesetzt; 1933 nach § 4 des Berufsbeamtengesetzes in den einstweiligen Ruhestand versetzt; am 1. 2. 1934 Umzug nach Hamburg; Beteiligung am sozialdemokratischen Widerstand, bald auch an der Robinsohn-Strassmann-Gruppe; schlechtbezahlte Stellungen als Versicherungsvertreter 1934–1935, als Schreibmaschinenvertreter 1937–1938, als Verlagslektor für Groschenromane 1938–1941, zuletzt als kaufmännischer Angestellter bei der Nordstern-Versicherung; im Februar 1943 dreiwöchige Inhaftierung seiner Frau Dorothea wegen einer offenen Äußerung (»Solang der Schuft da oben lebt, gibt es keinen Frieden«);⁸⁰ 1945 SPD; am 15. 7. 1945 Senatsrat in Hamburg; am 19. 10. 1945 Landrat bzw. nach der Gemeindereform Oberkreisdirektor in Celle; am 12. 10. 1947 Bewerbung um das Amt des Oberkreisdirektors in Wolfenbüttel; auf sechswöchiger Studienreise durch England am 11. 11. 1947 in Amersham gestorben.

Eduard Wilkening, geboren am 24. 4. 1889 in Hamburg; selbständiger Exportkaufmann, vor allem im Papierexport; Reisen in den Fernen Osten und nach Südamerika;

bis 1933 parteilos; 1933 NSKK, Austritt nach drei Monaten; 1933–1935 leitende Mitarbeit im Hansa-Bund für Handel, Gewerbe und Industrie; Mitte der dreißiger Jahre Anschluß an die Abläss-Gruppen Verein der Hafenfrennde und Abteilung Q; im Zweiten Weltkrieg in der Leitungsebene der Hamburger Widerstandsgruppe; Mai 1945 Mitgründer und Vorsitzender des BFH; im September 1945 Mitgründer der Partei Freier Demokraten, stellv. Vorsitzender; 1946–1949 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft und Vorsitzender der FDP-Fraktion; 1949 Austritt aus der FDP wegen der Gründung des Vaterstädtischen Bundes durch CDU, FDP und Deutsche Konservative Partei (DKP);⁸¹ gestorben.

Fritz **Zaehle**, geboren am 5. 6. 1873 in Hoyerswerda; evangelisch; 1895–1898 Jura-studium; 1898 Referendarexamen am Kammergericht in Berlin; 1902 Assessorexamen; an verschiedenen Amtsgerichten des OLG-Bezirks Posen kommissarisch als Assessor tätig; 1906 Amtsrichter in Strelno, dann in Jastrow; 1912 an das Amtsgericht in Bromberg versetzt; bald Landgerichtsrat in Bromberg; Unterrichtung der Referendare; 1914–1918 Offizier an der Westfront, dann an der Ostfront, zuletzt als Hauptmann und Kommandeur eines Infanteriebataillons; parteilos; Mitglied der Danziger Stahlhelm-Führung; 1920 Landgerichtsrat in Danzig; am 3. 8. 1921 Landgerichtsdirektor in Danzig; 1933 wegen der Regierungsübernahme durch die NSDAP in Danzig Beitritt zu einer Oppositionspartei, der DNVP; Mitglied des Danziger Richterwahlausschusses; mit durch Zaehle vorbereitet, aber infolge Urlaubs in seiner Abwesenheit am 30. 6. 1935 versuchte Gründung eines oppositionellen Danziger Beamtenvereins; Verhaftung Zaehles; nach Einspruch des Hohen Kommissars Lester zwei Tage später aus der Haft entlassen; am 1. 10. 1935 Entlassung aus dem Justizdienst; legale Opposition als Mitglied der DNVP bis zu deren Verbot 1937 und als Mitgründer des Bundes Alter Stahlhelmer (nach Verbot des Stahlhelm im Reich Ende 1935); durch Abromeit Verbindung mit der Robinsohn-Strassmann-Gruppe; am 1. 10. 1938 in den Ruhestand getreten; bei Kriegsbeginn 1939 mit der Einrichtung der Amtsgerichte in Preußisch Stargard, Dirschau und Schöneck im besetzten Westpreußen beauftragt; am 1. 1. 1940 Abberufung wegen Nutzung dieses Amtes für rechtlichen Schutz der polnischen Bevölkerung gegen nationalsozialistische Übergriffe;⁸² Versetzung in eine politisch unproblematische Kammer für Ehescheidungssachen am Landgericht in Danzig; Januar 1945 Flucht nach Südbayern; Hilfsrichter beim Amtsgericht Bad Reichenhall; 1945 SPD; Vorsitzender eines Prüfungsausschusses zur Entnazifizierung; Anfang 1946 durch den neu eingesetzten Landrat seines Amtes ohne Begründung enthoben; Protestschreiben an den bayerischen Justizminister;⁸³ 1946–1948 Aufbau und Leitung der Amtsgerichte Bad Reichenhall und Berchtesgaden; gestorben am 21. 1. 1962 in Bayrisch Gmain.⁸⁴

2. Übersicht über Gruppen und Einzelverbindungen

Die Familiennamen der im Anhang 1 vorgestellten Personen sind halbfett gedruckt. Die auswärtigen Mitglieder der Führungsgruppe werden an ihrem jeweiligen Wohnort aufgeführt.

1. Preußen

Berlin

BERLIN: Führungsgruppe: **Bennewitz**, Erwin, 1902–1980, SPD seit 1920, ZdA, 1933–1942 Bewag, 1937 zur Gruppe, September–Dezember 1942 in Haft, 1943–1945 Fa. Henseler, ab 1945 Bewag, Leiter des Bewag-Fuhrparkes. – **Dudek**, Dr. Walter, 1890–1976, seit 1917 SPD, bis 1933 OB Harburg-Wilhelmsburg, 1933–1944 Berlin (Textilhandel), 1937 zur Gruppe, 1944/45 bei der Wirtschaftsverwaltung in Venedig und Salzburg. – **Elsas**, Dr. Fritz, 1890–1945, DDP, DStP, 1931–1933 Bürgermeister Berlin und AR-Vorsitzender Bewag, 1934 zur Gruppe, 1937 einige Wochen in Haft, nach 20. Juli 1944 erneut verhaftet, KL Sachsenhausen, Januar 1945 ohne Verfahren erschossen. – **Hoernigk**, Dr. Rudolf, 1905–1978, DDP, DStP, LDPD, FDP, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Halle, 1934 zur Gruppe, 1937 nach Berlin, Justitiar Brandenburgischer gewerblicher Genossenschaftsverband, 1939 Bank-Abteilungsleiter, 1940 Soldat. – **Kingma**, Dr. Jans, 1900–1968, DDP, 1945 SPD, Bewag seit 1926. – **Pagel**, Dr. Dr. Paul, 1894–1955, DDP, CDU, Arbeitsamtsleiter in Greifswald bis 1933, 1934 nach Berlin, 1938 Lektor IG Farben. – **Prestin**, Resi, 1910–1981, 1945 SPD. – **Stark**, Dr. Oskar,

1890–1970, DDP, bis 1933 Berliner Tageblatt, dann stellungslos, 1934 Mitgründer der Gruppe, 1935 ausgeschieden wegen Mitarbeit FZ, nach Verbot der FZ 1943 Berlin, Nordischer Verlag. – **Strassmann**, Ernst, 1897–1958, DDP, nach 1945 SPD; LGR am Zivilgericht, 1942–1945 in Schutzhaft, 1945 Bewag-Direktor, zusätzlich März–Juli 1947 stellv. Leiter des Wirtschaftsamtes in Minden.

BERLIN: Elsas-Gruppe: **Benke**, Fritz, geboren 1913; 1927 SAJ, 1931 SJV und SAP, nach 1945 SPD-StVO, Schlosser. – **Böhme**, Herbert, geboren 1907, 1925 SPD, bis Januar 1940 Leipzig (Thüringkohle), dann Berlin, Reichsstelle Leder. – **Eynern**, Dr. Gert von, 1902–1987, SPD, Reichsstelle Leder. – **Elsas**, Dr. Fritz, s. Führungsgruppe. – **Gloeden**, Dr. Erich, 1888–1944, DDP, Architekt, im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet. – **Heuss**, Ernst Ludwig, 1910–1967, Sozialistische Studentengruppe, FDP-StVO, 1937/38 Leipzig, 1939 Deutsche Handelskammer London, nach Kriegsbeginn Berlin, Reichsstelle Leder. – **Hintze**, Willi, 1909–1982, SPD, Reichsstelle Leder. – **Kruspi**, Dr. Friedrich-Werner, 1898–1965, 1922–1932 DVP, FDP, bis 1935 Referent im Deutschen Verein von Gas- und Wasserfachmännern, 1940–1945 Abteilungsleiter im Reichsluftfahrtministerium. – **Reif**, Dr. Hans, 1899–1984, DDP, DStP, FDP, Wirtschaftsberatung, Industriedienst, 1940 Fachuntergruppe Hausschuhindustrie, 1943 Soldat. – **Schmidt**, Kurt, 1918–1989, seit 1946 SPD, Sanitätsunteroffizier. – **Schubert**, Ernst Richard, 1877–1955, National-Sozialer Verein, Demokratische Vereinigung, DDP, DStP, CDU, 1920–1933 StVO, Mitglied des Preußischen Staatsrates, Syndikus, 1941–1945 Reichsstelle Leder.

BERLIN: Bewag-Gruppe: **Bark**, Dr. Georg, 1905–1983, seit dem 19. Lebensjahr blind, DDS, Jurist mit den Spezialgebieten Arbeits- und Sozialrecht, 1929 zur Bewag, 1934 Gründer und bis 1945 Geschäftsführer der Bewag-Pensionskasse, nach 1945 stellvertretender Leiter, ab 1948 Leiter der Juristischen Abteilung. – **Bennewitz**, Erwin, s. Führungsgruppe. – **Eichberg**, Fritz, geboren 1902, SPD, 1933 Bewag-Gelderheber, 1942 ins Bewag-Kraftwerk Klingenberg. – **Glöge**, Fritz, 1886–1969, SPD, aus Wilhelmshaven. – **Kaufmann**, Oskar, 1900–1957, SPD, Reichsbanner Neukölln. – **Kingma**, Dr. Jans, s. Führungsgruppe. – **Kingma**, Otto, 1903–1945, DDP, DLM, Bewag-Angestellter im Rechnungsbüro Neukölln 1931–1939, 1940–1944 Vereinigte Aluminiumwerke, 1944/45 dienstverpflichtet im Zuchthaus Sonnenburg bei Küstrin, 1945 von sowjetischen Truppen verschleppt, verschollen. – **Oppert**, Michael, 1901–1970, geboren in Temesvar/Rumänien, seit 1920 in Berlin, NSKK, Dipl. Ing., um 1926 zur Bewag, Oberingenieur, 1933–1939 nicht befördert, 1944 nach Düren. – **Riegert**, Willi, geboren um 1895, gestorben nach 1945, SPD. – **Ullrich**, Arno, 1900–1952, seit 1920 SPD.

BERLIN: Bennewitz-Gruppe: **Bennewitz**, Erwin, s. Führungsgruppe. – **Bennewitz**, Erna, 1905–1981, Ehefrau von Erwin B. – **Burgemeister**, Heinz, 1909–1978, SPD, NSDAP, SPD, Funker für Sonderaufträge im Auswärtigen Amt. – **Eichberg**, Fritz, s. Bewag-Gruppe. – **Eichberg**, Otto, 1905–1992, SPD, ZdA. – **Günther**, Paul, SPD, Buchdrucker, Nachbar von Erwin Bennewitz. – **Karutz**, Dr. Otto, 1902–1972, SPD, bis 1933 Regierungsrat im preußischen Landwirtschaftsministerium, dann Landberatung (ca. 1938 verboten), verschiedene Tätigkeiten; Ende 1940 bis August 1942 in Haft (Gefängnis Lehrter Straße); danach auf Wyk zur Rekonvaleszenz. – **Kluge**, Wilhelm, 1910–1987, SPD, Buchdrucker, zeitweise inhaftiert. – **Krause**, Kurt. – **Neske**, Max, SPD. – **Neubecker**, Fritz, geboren 1903, SAJ, SPD, Kali-Chemie, Hermann-Göring-Werke, Continental, Fa. Henseler/Berlin, ab 1941 Wien. –

Osten, Max, vor 1900 geboren, SPD. – Peters, Max, 1944/45 gestorben, SPD, StVO, in NS-Zeit Stoffhändler. – Rackow, SPD, Buchdrucker, Preußische Druckerei- und Verlags-AG. – Riegert, Willi, s. Bewag-Gruppe. – Rietdorf, Rudolf, SPD. – Rietz, Robert, KPD, Metallarbeiter. – Sielaff, Wilhelm, Schmied. – Steinke, Otto, 1887–1972, SPD, SED, Buchdrucker, bis 1935 Ullstein-Druckerei, dann Preußische Druckerei- und Verlags-AG. – Sternsdorf. – Tartsch, Werner, gestorben 1942, SAJ. – Ullrich, Arno, s. Bewag-Gruppe. – Walter, Otto, geboren um 1895, gestorben nach 1945, SPD, Ingenieur, Bergmann-Borsig.

BERLIN: Hoernigk-Gruppe: Fleischmann, Dr. Max, 1872–1942, DDP, DStP, Professor für Völkerrecht, Universität Halle, 1933 entlassen (Jude, getauft und christlich verheiratet), Übersiedlung nach Berlin, Freitod bei Verhaftung. – Grünfeld, Dr. Ernst, 1883–1938, DDP, DStP, Professor, Direktor des Instituts für Genossenschaftswesen Universität Halle, 1933 entlassen (jüdisch), um 1934 Übersiedlung nach Berlin, 1938 Freitod (wahrscheinlich wegen drohender Aberkennung der Adoption einer »arischen« Tochter). – Hoernigk, Dr. Rudolf, s. Führungsgruppe. – Hübener, Dr. Erhard, 1881–1956, DDP, DStP, LDPD, FDP, Landeshauptmann der Provinz Sachsen, 1933 entlassen, 1936 Übersiedlung nach Berlin. – Jerusalem, Dr. Paul, Zahnarzt. – Mendelson, Dr. Franz, 1879–1964, DNVP, CDU, Direktor der brandenburgischen Landwirtschaftskammer, 1933 entlassen (jüdische Herkunft). – Nagel, Arnold, s. Saarbrücken.

BERLIN: weitere Verbindungen: Bandmann, Egon, 1899–1945, DDJ, 1921/22 stellv. Vorsitzender des RDDs, SPD, DStP, Journalist, »Halbjude«, 1945 in den Ural verschleppt und dort umgekommen. – Bernstorff, Dr. Albrecht Graf, 1890–1945, liberal, 1922–1933 deutscher Botschafter in London, dann Bankier und Gutsbesitzer; im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 hingerichtet. – Danehl, Dr. Erich, 1887–1954, SPD, 1928 stellv. Polizeipräsident in Wuppertal, 1929 Polizeipräsident in Gleiwitz, 1932 Polizeipräsident in Harburg, 1933 entlassen; 1938 nach Berlin, zur Gruppe, 1941 Wien. – Dietrich, Dr. Hermann Robert, 1879–1954, DDP, DStP, RA, 1928–1932 Reichsminister. – Eiteldinger, Ullrich, 1910–1958, Assessor, DAT, 1938 zur Gruppe. – Grüger, Dr. Franz, 1898–1945, DDS, Abteilungsleiter bei der Reichskreditgesellschaft, 1940–1944 Intercommerciale/Paris, 1940 und 1944 inhaftiert, 1944 VGH-Verfahren, Freispruch, 1945 von sowjetischen Einheiten verschleppt, verschollen. – Gutge, Ernst, 1896–1982, KPD-nahe, bis 1941 Einkäufer des US-Handelshauses Sears Roebuck, dann Generalbevollmächtigter der südwestdeutschen Industrie. – Jacobsen, Dr. Walter, 1942/43 in Berlin, s. Hamburg. – Koch sen., Dr. Friedrich (Fritz), 1939–1942 in Berlin, s. Aschaffenburg. – Koch jr., Karl Friedrich (Fritz), 1922–1945, Aschaffenburg, 1942 Studium in Berlin, 1942 zur Gruppe, verhaftet, Wehrdienst in der Ukraine und Italien, 1945 bei den letzten Kampfhandlungen gefallen. – Lange, Margarethe, Mai bis Dezember 1940 in Berlin, s. Hamburg. – Losgar, Dr. Josef, 1940–1943 in Berlin, s. Bamberg. – Machui, Artur von, 1904–1971, seit 1930 SPD, Agrarwissenschaftler, bis 1933 in Breslau, 1933–1947 Gut in Königshorst/Havelland, 1938–1945 Berlin. – Marquardt, Dr. Arthur, 1896–1978, 1932 NSDAP-Anwärter, Agrarwissenschaftler, 1938–1940 zur Gruppe, 1940–1944 im Generalgouvernement, Gut Brachhof bei Opeeln (Opalnice). – Prittwitz und Gaffron, Dr. Friedrich-Wilhelm von, s. Tutzing. – Stenzel, Kurt, 1894–1992, Textilkaufmann. – Winckelmann, Dr. Johannes F., 1900–1985, bis 1936/37 Arbeitsrichter in Hamburg, 1937–1945 im Reichswirtschaftsministerium, 1963 Professor in München (Max-Weber-Spezialist). – Zumstein, Dr. Fritz, 1901–1985, Patentanwalt.

Mark Brandenburg

EBERSWALDE: *Martens*, Dr. Werner, 1896–1973; RA und Notar; ab 1939 Offizier, zuletzt Major, 1940–1944 im OKH.

KÖNIGSHORST: *Machui*, Artur von, 1933–1938 in Königshorst, s. Berlin.

POTSDAM: *Heinrich*, Günther, 2. Vorsitzender SPD Potsdam; bis August 1933 in Potsdam; s. Wegendorf. – *Maaß*, Hermann, 1897–1944, SPD, ab ca. 1937 Geschäftsführer der Firma von W. Leuschner; im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 hingerichtet. – *Spiegel*, Georg, 1895–1968, SPD, SED; 1920–1925 im SAJ-Reichsvorstand; Redakteur Potsdamer Volksblatt bis 1933; 1933 KL Oranienburg; 1944 KL Sachsenhausen; nach 1945 Bürgermeister von Potsdam. – *Stegemann*, Dr. Otto, 1893–1978; DDP, DStP, nach 1945 SPD; Landrat in Osterholz-Scharmbeck 1931–Mai 1933; dann wieder in Potsdam (Nowawes); 1934–1942 Abteilungsleiter bei Überwachungsstelle (später Reichsstelle) für Wolle in Berlin, Anfang 1943 zur Fachgruppe Reißspinnstoffe, September 1943 zur Fachgruppe Bettenindustrie. – *Zitzewitz*, Henry von, bis März 1933 Polizeipräsident von Potsdam; s. Düsseldorf.

SCHÖNEICHE bei Berlin-Köpenick: *Havenstein*, Felix, SPD.

TIEFENSEE: *Reichwein*, Adolf, 1898–1944, SPD, Professor in Halle bis 1933; Dorfschullehrer, 1939 ans Völkerkundemuseum nach Berlin; im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 hingerichtet.

TSCHERNOW: *Kingma*, Otto, 1944/45 in Tschernow; s. Berlin.

WEGENDORF bei Werneuchen: *Heinrich*, Günther, 1907–1986; seit 1929 SPD; Diplom-Landwirt; bis 1933 in Potsdam.

ZEPENICK: *Herzberg*, Ulrich, 1887–1962, Pfarrer, BK, Vetter Poelchau.

Provinz Sachsen

HALLE: *Hoernigk*, Frank, Dezember 1937–Mai 1938 in Halle, s. Naumburg. – *Hoernigk*, Dr. Rudolf, 1905–1978, Assistent und Dozent Universität Halle bis Juni 1937; s. Berlin. – *Guderian*, Heinrich(?), Assessor, Neffe des Generals. – *Oexle*, Polizeipräsident a. D. – *Schreiber*, Dr. Wolfgang, 1884–1958; DDP, DStP; RA und Notar, preuß. MdL 1919–1933, preuß. Handelsminister 1925–1932.

NAUMBURG: *Hoernigk-Gruppe:* *Hoernigk*, Frank, geb. 1908, DVP-Hochschulgruppe; FDP; 1936–1939 Assessor, Ende 1939 Einberufung zum Heer, zuletzt Major. – *Hoernigk*, Gertrud, geb. Leiske, 1885–1968, Mennonitin, Mutter von Frank und Rudolf Hoernigk, Lehrerin, seit 1922 in Naumburg, verwitwet. – *Leiske*, Else, 1879–1966, Mennonitin, Schwester von Gertrud Hoernigk, Sprachlehrerin, seit 1922 in Naumburg. – *Nowotnick*, Ludwig, 1886–1947, ehem. Seemann, Fischhändler. – *Patzschke*, Karl, gestorben 1945, RA und Notar. – *Patzschke*, Rittmeister, Bruder von Karl P. – *Randebrock*, Bernard, 1876–1946, Privatbankier, Mitglied verschiedener Aufsichtsräte.

NAUMBURG: *Naumburger Stahlhelm:* Am Wege, Fritz, Rechtsanwalt, Stahlhelm. – *Herrleben*, Curt, 1891–1949, Leiter der Stahlhelm-Fahnenabteilung, Landwirt, Stadtgutpächter 1927–1941, dann in Zeitz. – *Loewe*, Max, Rechtsanwalt, Vorsitzender des Stahlhelm-Gaues Naumburg; DNVP, vor 1933 StVO-Vorsteher; 1939 als Major einberufen, 1940–1945 in Norwegen stationiert. – *Richards*, Major, Stahlhelm, bis etwa 1940 in Naumburg.

TEUCHERN: *Pfeiffer*, Hilmar, AGR.

FREYBURG a. d. Unstrut: *Friedrich*, Ernst, 1895–1973, RA und Notar, Major, bis 1944 im Stabe General Olbrichts.

Pommern

ANKLAM: *Lachmund*, Hans und Margarethe, 1935–1940 in Anklam, s. Greifswald. – *Peters*, Walter, 1883–1957, DNVP, NSDAP; RA und Notar; Vorsitzender NSRB Anklam, 1939(?)–1945 Soldat.

GREIFSWALD: *Graul*, Walter, 1900–1973, RA, 1940 Notar, 1944 Notariat aberkannt; Verleger der »Greifswalder Zeitung«; 1942(?) zur Gruppe. – *Lachmund*, Dr. Hans, 1892–1972, DDP, DStP, 1931 SPD; evangelisch; Freimaurer (1925 FzaS, 1930 Symbolische Großloge); bis 1933 Ministerialrat in Schwerin, Richter in Warin 1933–1935, Anklam 1935–1940, Greifswald 1940–1945; 1945–1954 in der SBZ bzw. DDR inhaftiert. – *Lachmund*, Margarethe, geb. Grobbecke, 1896–1985, DNVP, SPD, SED bis 1948; DFG; Quäkerin; Ehefrau von Hans L. – *Pagel*, Paul, bis 1933 Leiter AA in Greifswald; s. Berlin.

STETTIN: *Engelbrecht*, Karl, 1896–1968, FzaS; städtischer Angestellter. – *Retzlaff*, Curt, 1900–1982, bis 1933 DVP, 1939–1945 NSDAP; 1931–1934 Angestellter der Ostseewerft in Stettin, 1935–1937 Abteilungsleiter eines Genossenschaftsverbandes, 1938 nach Danzig.

Schleswig-Holstein

KIEL: *FzaS-Gruppe:* *Behrens*, Otto, Versicherungsangestellter. – *Daltrop*, Josef, DDP; Jude in »Mischehe«; RA und Notar, 1938 Rechtskonsulent; inhaftiert, »auf der Flucht erschossen«. – *Förster*, Hans, Dentist. – *Hoffmann*, Max, Töpferei. – *Hüfner*, Robert. – *Krause*, Gustav, 1886–1948; ev., dann konfessionslos; 1 Jahr Stahlhelm, 1928 FzaS; Malermeister. – *Leonhart*, Dr. Johannes, 1865–1937; Freisinnige Partei, FVP, DDP, Schleswig-Holsteinische Landespartei, DDP, RDP; MdR 1907–1912; RDP-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein und Reichsschatzmeister; Arzt, Sanitätsrat. – *Mech*, Otto, 1898–1986, SPD nach 1945; 1925 FzaS; Uhrmachermeister; 1942/43 aus politischen Gründen inhaftiert. – *Ott*, Rudolf, Meister vom Stuhl; DFG. – *Rickers*, Gehrt, 1872–1936, SPD; 1924–1933 preuß. MdL; Konrektor. – *Roos*. – *Rosenthal*, Bertold, jüdisch; Teppichhandlung; Emigration USA. – *Scharnberg*, Karl, DDP; Tiefbauunternehmer. – *Schmidt*, Franz, Kaufmann, Farbengroßhandlung. – *Scholle*, Otto, DFG; Handelsvertreter. – *Strohmeier*, Otto, um 1870 geboren; Rektor; bis 1936/37 in Kiel. – *Wessel*, Rudolf, 1890–1968, SPD; 1933 NSDAP-Aufnahmeantrag (abgelehnt); 1924 FzaS; DFG; Stadtobersekretär. – *Wieler*, Ernst s. Mönkeberg.

KIEL: Kieler SPD: Mech, s. FzaS. – **Nielsen**, Oskar, 1884–1938, SPD; Seemann; Kassierer der Seeleute in der ÖTV; Verbindungsmann zwischen SPD-Hamburg und Sopade-Grenzsekretariat Kopenhagen bzw. ITF (Edo Fimmen); 1935/36 nach Sondergerichtsurteil Altona 1 Jahr Haft; Freitod nach Verhaftung 1938. – **Rickers**, Gehrt, s. FzaS. – **Wessel**, Rudolf, s. FzaS.

KIEL: weitere Verbindungen: Gemberg, Walter, 1886–1945, Ingenieur im U-Bootsbau, bis 1934 in den Niederlanden, dann Kiel, Germania-Werft. – **Gemberg**, Martha, geb. Abromeit, 1885(?)–1946, Frau von Walter G., Schwester von Herbert Abromeit (Danzig). – **Hoernigk**, Dr. Rudolf, 1940–1944 als Stabszahlmeister in Kiel; s. Berlin. – **Neuhaus**, Dr. Wilhelm, 1893–1976, kath.; bis März 1933 Privatdozent Universität Göttingen; dann Heerespsychologe in Kiel bis 1943; 1943/44 arbeitslos; August(?) 1944 Soldat. – **Walther**, Wilhelm, 1902–1979, Bürovorsteher Dr. Ablass/Hamburg, 1939–1945 Soldat in Kiel, Eichhofkaserne (Marine).

MÖNKEBERG bei Kiel: **Wieler**, Ernst, FzaS; Geflügelzüchter und Ingenieur.

BÄLAU bei Mölln: **Lange**, Margarethe, ab 1941 in Bälau; s. Hamburg.

REINBEK: **Achilles**, Richard, ab 1943 in Reinbek; s. Hamburg.

Nordwestdeutschland

BREMERHAVEN: Klawitter, Horst, 1938 nach Bremerhaven; s. Rostock. – **Tevenar**, Horst von, 1939–1944 Kriegsmarine, Bremerhaven, später Cuxhaven; s. Köln.

WILHELMSHAVEN: Andreeßen, Johann, 1888–1962, seit 1912 SPD, Marinewerft bis 1933. – **Beyer**, Anton, 1893–1954, seit 1912 SPD; Marinewerft, Mitglied des Arbeiterrates; ab 1933 Gastwirt. – **Dreier**, Hermann, 1893–1967, seit 1914 SPD, bis 1933 Marinewerft. – **Fooken**, Adolf, 1890–1957, seit 1909 SPD; Bruder von Johann F. – **Fooken**, Johann, 1880–1961, seit 1901 SPD; bis 1933 Senator. – **Frankenberg**, Rudolf, SPD. – **Frerichs**, Fritz, s. Zetel. – **Grunewald sen.**, Arthur, 1873–1951, DDP, 1925 SPD; im I. Weltkrieg Oberdeckoffizier, nach dem Kapp-Putsch März–Mai 1920 Stationschef in Wilhelmshaven; Reichsbanner-Gauführer; Lederwarenhändler. – **Grunewald jr.**, Arthur (Ari), 1902–1985; DDP, 1926 SPD; bis 1940 im elterlichen Geschäft; 1940 zur Luftschutzpolizei eingezogen. – **Ibeling**, Bernhard, 1888–1955, um 1912 zur SPD, 1924–1933 StVO; Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindearbeiter im ADGB; Wachmann bei der Marinewerft bis 1933; SA; Betriebsarbeiter bei der Hafeneisenbahn. – **Janssen**, Gerhard, SPD. – **Krökel**, Wilhelm, 1890–1945, seit 1913 SPD; Schiffbauer; Betriebsratsvorsitzender Marinewerft, 1933 entlassen; ca. 1936 Konstrukteur bei den Norddeutschen Werken; 1945 ins KL Neuengamme. – **Landgraf**, Ernst, 1892–1961, seit 1907 SPD, städtischer Angestellter. – **Ober-Bloibaum**, Friedrich, 1877–1953, DDP, 1929 SPD; Reichsbanner; bis 1933 Stadtoberdesinfektor. – **Prielipp**, Friedrich, 1891–1961, seit 1923 SPD. – **Prulssner**, Heinrich, 1882–1947, SPD, Marinewerft. – **Ralle**, SPD. – **Riefenstabl**, Karl, geboren 1904, seit 1927 SPD, Vorsitzender des Ortsverbandes Neuengroden. – **Sassen**, Hans, geboren 1905, seit 1919 SAJ, dann SPD.

ZETEL/Oldenburger: Frerichs, Fritz, 1882–1944, seit 1907 SPD, MdL; Wilhelmshaven; 1933 nach Zetel; 1944 ins KL Neuengamme, dort umgekommen.

Provinz Hannover

BUXTEHUDE: *Geerken*, Wilhelm, 1881–19.., SPD, Porzellangeschäft; 1919–1933 Mitglied der Stadtvertretung Buxtehude und des Kreistags Jork; Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Jork, stellv. Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Unterelbe; 1944 verhaftet, Arbeitserziehungslager Farge; 1945 Bürgermeister von Buxtehude; 1946–1955 MdL Niedersachsen.

HANNOVER: *Losgar*, Dr. Josef, 1943–1945 in Hannover; s. Bamberg.

HARBURG-WILHELMSBURG (seit 1.4.1937 Hamburg): *Buss*, Dr. Fritz Julius, 1892–1965, FDP; Schlaraffia; Arzt; ab Ende 1941 KZ Sachsenhausen. – *Dannehl*, Dr. Erich, s. Berlin. – *Dudek*, Dr. Walter, s. Berlin. – *Hillmer*, Adolf, 1887–nach 1945, DDP, DStP, 1937 NSDAP, FDP; Rektor. – *Rieckhoff jr.*, Adolf, 1888–1951; DDP, FDP; Reichsbanner; Apotheker; September 1933 von SA schikaniert. – *Schmachtel*, Bruno, 1898–1958, DDP, DStP, FDP; Reichsbanner; FzaS; DLM; Kriminalsekretär bis 1933, dann Zigarettengeschäft; Mitglied des Vereins der Hafendreunde und der Gruppe Q, Hamburg; 1939–1945 Soldat; 1946–1953 MdHB. – *Wentker*, Erich, s. Hamburg. – *Wienecke*, Ernst, s. Lüneburg.

LÜBBERSTEDT/Kreis Winsen an der Luhe: *Petersen*, Albert, 1896–1967, SPD bis 1933; FDP; Vorsitzender des Kreisverbandes Harburg des Hannoverschen Kleinbauernbundes bis 1933; Gemeinderatsmitglied 1924–1932; 1946/47 und 1961–1967 Bürgermeister.

LÜNEBURG: *Wienecke*, Ernst, 1888–1973, DDP, FDP; Handelslehrer in Harburg, im April 1934 aus politischen Gründen strafversetzt nach Lüneburg.

STADE: *Jürgens*, Ludwig, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Stade.

Rheinland

AACHEN: *Griebel*, Georg, geboren nach 1900, gestorben 1958; Zollsekretär; aus Bamberg; ca. 1939 nach Aachen.

BONN: *Kolb*, Dr. Walter, 1902–1956; SPD; 1933 als Landrat von Schmalkalden entlassen; 1934–1941 RA in Bonn; dann Soldat; 1945 Regierungsvizepräsident Düsseldorf, dann OB Düsseldorf, Februar 1946 Oberstadtdirektor Düsseldorf; August 1946 OB Frankfurt a. M.

DÜREN: *Oppert*, Michael, ab Februar 1944 in Düren; s. Berlin.

DÜSSELDORF: *Zitzewitz*, Henry von, 1876–1945; konservativ; 1918–März 1933 Polizeipräsident in Potsdam; ab April 1934 in Düsseldorf als Regierungsrat im Polizeipräsidium, dann im Regierungspräsidium; 1941(?) nach Templin versetzt; beim Einmarsch der Roten Armee getötet.

ESSEN: *Löser*, Ewald, 1888–1970; DVP; bis Sommer 1934 Stadtkämmerer in Leipzig; dann Berlin; 1937–1943 im Direktorium Krupp, Essen; im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 verhaftet.

KÖLN: *Petersen*, Dr. Siegfried, 1910–1979; Chemiker; 1935–1939/40 Köln, dann Leverkusen. – *Tevenar*, Horst von, 1909–1972; Handelsmarine; Kaufmann; 1939 zur Kriegsmarine (Bremerhaven).

SAARBRÜCKEN: *Nagel*, Arnold, 1874–1944(?); DSVP-nahe; 1925 bis März 1933 Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung; ca. 1937 nach Berlin, Tätigkeit im militärischen Pressewesen.

Hessen-Nassau

FRANKFURT a. M.: *Hollbach*, Wilhelm, 1893–1962; DDJ-Landesvorsitzender in Württemberg und im Rheinland; bis 1931 DStP-StVO in Köln; Redakteur des Kölner Stadtanzeigers; 1931 zur Frankfurter Societätsdruckerei. – *Klühs*, Georg, geboren 1904, 1923 SPD; 1935 von Berlin nach Frankfurt gezogen; Verbindung von Fritz Neubecker.

Schlesien

BEUTHEN: *Tüscher*, Ernst, 1903–1959, Jurist; Angestellter der The Henckel-Donnersmarck-Beuthen Estates Ltd.

BRESLAU: *Lukaschek*, Hans, 1885–1960; Zentrum, CDU; 1929–1933 Oberpräsident in Oberschlesien; ab 1933 RA; 1944/45 in Haft. – *Machui*, Artur von, bis 1933 bei Schlesischer Landgesellschaft; s. Berlin. – *Voigt*, Fritz, 1882–1945, SPD; 1919/20 Polizeipräsident Breslau; 1944 verhaftet; hingerichtet. – *Witte*(?),⁸⁵ Dr. Bernhard, 1878–1946; 1938–1944 Präsident der Reichsbahndirektion Breslau.

LIEGNITZ: *Elsner*, Dr. Werner, 1899–1977, DDP, FDP; 1925 Stadtrat, 1933 Erster Beigeordneter (Bürgermeister), 1935–1942 OB; dann Kriegsdienst.

PASSENDORF/Kreis Glatz: *Triebtsch*, Fritz, 1900–1983, SPD; Forstmann; Guhrau, 1936 nach Passendorf bei Wünschelburg/Kreis Glatz, Herbst 1938 nach Rutenau (= Chroschütz)/Kreis Oppeln, März 1939 nach Großhausen/Bayern, 1941(?) nach Rudnik/Generalgouvernement.

2. Hamburg

Robinson-Gruppe: *Fritz*, Karl Christian, 1904–1964, DDP, 1937 NSDAP; 1934 zur Gruppe. – *Hoffmann*, Karl, 1895–1980, ISK(-nahestehend); 1940/41 10 Monate KLV in Rottach-Egern; 1943–1945 KLV in Taus/Protektorat Böhmen und Mähren. – *Jacobsen*, Dr. Walter, 1895–1986, DDP, DStP, 1945 Arbeiterpartei Deutschlands, 1946 SPD; 1933 AA Hamburg, dann Harburg, 1935 AA Rostock, 1935 entlassen; 1937 Emigration nach Stockholm; April 1942 Hamburg, dann Berlin; 1943 Hamburg. – *Lange*, Bernhard, 1911–1942, Vorsitzender aller pädagogischen Fachschaften an den Universitäten Sachsens, Thüringens und Hamburgs; SPD, Reichsbanner; 1936 Lehrer, ab 1939 Soldat, 1942 gefallen; Bruder von Hermann L. – *Lange*, Hermann, geboren 1908; SPD; 1927–1929 2. bzw. 1. Vorsitzender der Sozialistischen Studentengruppe Hamburgs; Volksschullehrer, ab Januar 1940 Soldat. – *Lange*, Margarethe, geborene Buck, geboren 1910; Ehefrau von Hermann L., Mai bis Dezember 1940 Berlin; Dezember 1940–1941 Generalgouvernement; ab

1941 Bälau bei Mölln; Kontakte mit französischen Landarbeitern; April 1945 bis Juni 1946 Aufnahme von Resi Prestin, die sich auf Strassmanns Rat in Sicherheit brachte. – **Robinson**, Dr. Hans, 1897–1981, DDP; Jude; Kaufmann; Dezember 1938 Emigration nach Kopenhagen; Oktober 1943 in Malmö/Schweden. – **Wentker**, Erich, 1890–1947, ab 1915 SPD; Reichsbanner, FzaS, Guttempler; Altona; 1927–1932 Polizeipräsident Harburg, dann arbeitslos; Januar 1934 nach Hamburg; Vertreter, 1938–1941 Lektor, 1941–1945 Versicherungsangestellter.

Hamburger Führungsgruppe ab 1940 (als Ersatz für die Robinson-Gruppe): **Abllass**, Dr. Friedrich, s. Q. – **Beissel**, Dr. Rudolf, 1894–1986; CDU; Autor; 1940 von Berlin zugezogen. – **Fritz**, Karl Christian, s. Robinson-Gruppe. – **Hoffmann**, Karl, s. Robinson-Gruppe. – **Jacobsen**, Dr. Walter, s. Robinson-Gruppe. – **Wentker**, Erich, s. Robinson-Gruppe. **Wilkening**, Eduard, S. Q.

Abllass-Gruppen:

a) Verein der Hafensfreunde (bis ca. 1936/37): **Abllass**, sen., Felix, Rechtsanwalt. – **Abllass**, Dr. Friedrich, s. Q. – **Achilles**, Richard, 1881–1949, CDU; Bildhauer; nach Luftangriff 1943 nach Reinbek. – **Brosius**, Walter, s. Q. – **Buschmann**, Julius, 1896–nach 1945; DDP, FDP; selbständiger Kaufmann. – **Dibbern**, Max Ernst, s. Q. – **Lange**, Otto, s. Q. – **Langhoff**, Wilhelm, 1891–nach 1945; DDP, DStP, FDP; selbständiger Kaufmann im Grundstücks-, Hypotheken- und Wohnungsbauwesen; 1924–1927 Stadtrat in Nordhausen; 1939–1945 Soldat; 1949–1953 MdHB. – **Levy**, Alfred Johann, s. Q. – **Lindemann**, Wilhelm H., 1896–nach 1945; DDP, FDP; Im- und Export-Großkaufmann; 1949–1952 MdHB. – **Luer**, Anton. – **Nehls**, Carl, s. Q. – **Oehding**, Cäsar, 1891–nach 1945; FDP; Spediteur, Im- und Export; 1949–1957 MdHB. – **Plat**, Martin, s. Q. – **Plate**, Ernst, 1900–1973; 1936 NSDAP; FDP; Speditionskaufmann, seit 1926 in der Hamburger Hafen- und Lagerhaus-AG, 1946 deren Direktor, 1953–1957 Senator für Wirtschaft und Verkehr. – **Schmachtel**, Bruno, s. Q. – **Sußmann**, Eduard, s. Q. – **Wilkening**, Eduard, s. Q.

b) Gruppe Q (auch: Abteilung Q): **Abllass**, Dr. Friedrich, 1895–1949, DDP, DStP, FDP; RA; ab 1939 im Führungskreis der Hamburger Widerstandsgruppe. – **Abatz**, Harald, 1893–1954, DDP, DStP, FDP; Friedensbund der Kriegsteilnehmer, FzaS, Mitglied des Reichsausschusses des Republikanischen Reichsbundes; 1949–1954 MdHB. – **Beckmann**, Adolf, 1884–nach 1945, FDP; Strafvollzugsbeamter. – **Brandenburg**, Gerd, 1888–1963, DDP, FDP; Buchhändler. – **Brosius**, Walter, 1902–nach 1970; FDP; Kaufmann; 1953–1957 MdHB. – **Brunckhorst**, Hans, 1883–nach 1945; DDP, FDP; Lehrer, Schulrat. – **Buss**, Dr. Fritz Julius, s. Harburg. – **Dibbern**, Max Ernst, 1889–1972, FDP; 1956–1958 SPD; Kaufmann; wiederholt in politischer Haft (1933, 1939 6 Monate, Anfang 1945); 1949–1953 MdHB. – **Flotow**, Hermann, 1882–1962, SPD; FzaS; Druckerei in Hamburg-Wandsbek; nach dem 20. Juli 1944 einige Monate inhaftiert. – **Gröhn**, Max, 1896–1974, DDP, FDP; selbständiger Kaufmann; FzaS, Vorstandsmitglied des Hamburger Bürgervereins. – **Jacobsen**, Dr. Walter, s. Robinson-Gruppe. – **Lange**, Otto, 1896–1969; DDP, FDP; kaufmännischer Angestellter des Kabarett-Bronckeller; seine Frau Käthe war 1946–1949 MdHB/FDP. – **Levy**, Alfred Johann, 1901–1987, DDP, DStP, FDP; ev., sog. Halb-jude; Elektromeister; FzaS; 1953–1965 MdHB. – **Matz**, Rudolf, gestorben nach 1945; DDP; Arbeiter; KL. – **Nehls**, Carl, 1894–1975; DDP, DStP, 1937 NSDAP, FDP; bis 1933 DStP-Kreisvorsitzender; selbständiger Kaufmann; bis 1933 Vorstandsmitglied des Bundes reisender Kaufleute; MdHB 1949–1953. – **Plat**, Martin, 1899–1959, DDP, DStP, FDP; Parteiangestellter vor 1933 und erneut nach 1945;

nach 1933 Arbeiter, Angestellter, 1939–1945 Marinesoldat. – *Schmachtel*, Bruno, s. Harburg. – *Schönemann*, Ernst, 1901–1966, DStP, FDP; Kaufmann. – *Stephan*, Carl, 1888–1968; SPD, 1933 NSDAP, FDP; Schlaraffia; Vortragskünstler. – *Sternberg*, Gustav, 1902–1981, DDP, DStP, FDP; ab 1939 Geschäftsführer des Kabarett Broncekeller; sog. Halbjude. – *Sußmann*, Eduard, 1896–1965; DDP, DStP, FDP; Geschäftsführer des Kabarett Broncekeller; Vorsitzender des BFH; FDP-Landesgeschäftsführer; 1953–1965 MdHB. – *Süßmilch*, Gustav C.J., 1868–1951, DDP, FDP; Einzelhändler in der Hamburger Altstadt; Vorsitzender des Hamburger Bürgervereins. – *Truckenmüller*, Karl, 1899–nach 1945; DDP, DStP, FDP; kaufmännischer Angestellter. – *Walther*, Wilhelm, 1902–1979, Bürovorsteher RA Ablass, 1939–1945 Soldat in Kiel. – *Wentker*, Erich, s. Robinsohn-Gruppe. – *Wilkening*, Eduard, 1899–nach 1945; FDP; Geschäftsführer des Hansa-Bundes in Hamburg bis 1935; Kaufmann; 1946–1949 MdHB. – *Witte*, Kurt, DDP; Inhaber des Kabarett Broncekeller; im Zweiten Weltkrieg Offizier, in den Niederlanden stationiert; angeblich wegen offener Worte Todesurteil, erschossen.

c) *weitere Verbindungen der Ablass-Gruppen*: *Adam*, Richard, 1893–1967, NSDAP, FDP; Filmverleiher; im Zweiten Weltkrieg zur Gruppe; von Oskar Reher geworben. – *Breymer*, Dr. Thomas, geboren 1910, Jurist; Verbindung mit Walter Jacobsen. – *Diekmann*, Rudolf, 1882–nach 1945; DDP, FDP; Kaufmann; 1943 zur Gruppe. – *Hermes*, Richard, Verleger; 1942 oder 1943 zur Gruppe. – *Mardicke*, Fritz, Verleger; 1940 zur Gruppe; 1941 verhaftet, 1944/45 KL Buchenwald. – *Reher*, Oskar, 1894–1974, DStP, FDP; Kino-Kaufmann. – *Wendt*, Gustav, geboren 1915; 1960 FDP; Vikar und Hilfsprediger; BK; 1940 zur Gruppe; Pfarrer.

Wentker-Gruppe: *Bock*, Wilhelm, 1886–1940, SPD; 1929–1933 Vorstandsmitglied der SPD Hamburg; FzaS-Meister vom Stuhl; Kolonialwarenhändler; verhaftet im März 1938, 15 Monate Gefängnis; KL Sachsenhausen, 1940 dort umgekommen. – *Finnern*, Robert, 1894–1940, SPD; selbständiger Kaufmann; verhaftet im März 1938; 15 Monate Gefängnis; KL Sachsenhausen; 1940 dort umgekommen. – *Meinecke*, gestorben vor 1939; SPD; Versicherungsvertreter. – *Onken*,⁸⁶ SPD; Gastwirt. – *Rehberg*, Heinrich, SPD; bis 1933 Leiter einer Behindertenwerkstätte, dann Zigarettengeschäft. – *Schröder*, Louise, 1887–1957; SPD; 1920–1933 MdR; Bäckerei; 1938 nach Berlin. – *Schwabe*, Oswald, SPD, Lehrer, 1943 nach Mecklenburg. – *Sietas*, Wilhelm, 1899–1945; SPD; Lehrer in Stade; 1929–1933 Bürgervorsteher und SPD-Fraktionsvorsitzender in Stade; Juni 1933 Schutzhaft; nach Entlassung 1933 Umzug nach Hamburg; Zigarettengeschäft; nach dem 20. Juli 1944 zur Wehrmacht; Anfang 1945 vor Breslau gefallen. – *Wentker*, Erich, s. Robinsohn-Gruppe. – *Zelck*, Max, 1878–1965, SPD; FzaS; Schulrat, 1933 entlassen.

Gesellschaft der Freunde des vaterstädtischen Schul- und Erziehungswesens (Genitiv-Verein): *Ballerstedt*, Richard, 1873–1953; SPD; Lehrer, bis 1933 Schulrat, MdHB 1919–1933. – *Herzer*, Albert. – *Hoffmann*, Karl, bis 1933 2. Vorsitzender der Gesellschaft; s. Robinsohn-Gruppe. – *Küchler*, Gustav, 1883–1940, SPD; Vorsitzender der Gesellschaft 1930–1933. – *Lange*, Hermann, s. Robinsohn-Gruppe. – *Niebank*, Gerd, Vorsitzender der Gesellschaft 1926–1929. – *Wiencken*, Herbert, 1895–1949, Lehrer an Versuchsschule, 1933 entlassen. – *Zeidler*, Kurt, Vorsitzender der Gesellschaft 1929/30.

Weitere Verbindungen Hermann Langes: *Adams*, Dr. Kurt, 1892–1944; SPD; MdHB 1924–1933; Lehrer, 1929 Direktor der Volkshochschule Hamburg, nach 1933 Kaffeeverkauf; August 1944 ins KL Buchenwald; dort am 7. Oktober 1944 umgekommen. – *Bauch*, SPD; Polizeischulingenieur; nach Entlassung 1933 Kohlenverkauf. – *Born*, Fritz, SPD-Distriktsvorsitzender Hamburg-Eppendorf.

Freimaurerbund zur aufgehenden Sonne: *Abatz*, Harald, Mutterloge Hansa; s. Q. – *Bock*, Wilhelm, Loge Wahrheit und Recht; s. Wentker-Gruppe. – *Flotow*, Hermann, s. Q. – *Gröhn*, Max, s. Q. – *Hambroer*, Theo, Zahnarzt. – *Levy*, Alfred Johann, Mutterloge Hansa; s. Q. – *Lindenthal*, Berufsschullehrer. – *Maschmann*, Dr. Hans, Lehrer, Versuchsschule. – *Satow*, Louis, 1880–1968; seit 1915 Vorstandsmitglied der DFG Altona, 1930 Vorsitzender der DFG-Arbeitsgemeinschaft Nord; Lehrer, 1933 entlassen. – *Wentker*, Erich, s. Robinsohn-Gruppe. – *Zelck*, Max., s. Wentker-Gruppe. – *Zill*.

3. Mecklenburg

DÖMITZ: *Reichert*, Paul, 1902–1978; DDP, CDU-Ost und -West; Symbolische Großloge; Elbeschiffer; 1946–1950 MdL Mecklenburg; 1950 Flucht in die BRD.

LAAGE: *Mierendorff*, Eberhard, 1898–1989; DVFB; nach 1945 Anhänger Thomas Dehlers; Landwirt, Pferdezüchter.

NEUBRANDENBURG: *Moeller*, Dr. Richard, ab 1942 in Neubrandenburg; s. Rostock.

NEUSTRELITZ: *Maaß*, Martin, 1887–1975; DDP, LDPD; Baustoffhandlung; zeitweise Zweigbüro mit einem Juden in Berlin.

REDDERSHOF bei Tessin: *Henke*, Klemens von, geboren 1902; DVFP, DVFB; Landwirt.

REMLIN bei Malchin: *Rentzow*, Alexander, geboren 1905; Sohn des Gutsverwalters von Schloß Remplin (im Eigentum des Herzogs von Mecklenburg, ab 1938 des Grafen Schulenburg).

ROSTOCK: *Jacobsen*, Dr. Walter, 1935 nach Rostock; s. Hamburg. – *Klawitter*, Horst, 1897–1984; aus Danzig 1934 nach Rostock, kaufmännischer Direktor der Neptun-Werft; 1938 nach Bremen. – *Marsmann*, Dr. Gustav, 1899–1945; DVP; RA und Notar; 1942 Soldat, 1945 vermißt. – *Moeller*, Dr. Richard, 1890–1945; DDP; DStP, LDPD; FzaS; 1926–1929 Justiz- und Unterrichtsminister von Mecklenburg-Schwerin; 1921–1932 MdL; 1933 aus dem Schuldienst entlassen; 1933–1941 freier Schriftsteller und Privatgelehrter; 1942–1945 Lehrer an einem Gymnasium in Neubrandenburg; 1945 Kurator Universität Rostock, dann Ministerialdirektor in der Landesverwaltung in Schwerin; Verhaftung durch NKWD, ins Lager Neubrandenburg-Fünfeichen, dort umgekommen. – *Prange*, Hans, 1897–1985; AGR. – *Witte*, Dr. Siegfried, 1897–1961; DDP, CDU; Mitinhaber Fa. Friedr. Witte, Chemische Fabrik und Drogengroßhandlung; 1946–1950 mecklenburgischer Wirtschaftsminister; 1950 in die BRD geflüchtet.

SCHWERIN: Kleinschmidt, Karl, 1902–1978; 1927 SPD, SED; DFG; Landesvorsitzender der Religiösen Sozialisten Thüringens; 1933/34 am Kabarett »Katakomben« Berlin; Dezember 1934 Domprediger Schwerin; Mitglied NS-Pastorenbund; 1935 Lutherischer Pfarrerkreis; 1939 Verbindung mit Büro Grüber; 1939–1945 Soldat. – **Lachmund**, Hans und Margarethe, bis 1933 in Schwerin; s. Greifswald. – **Venzmer**, Erich, 1893–1975; KPD, 1925–1933 DDP; nach 1945 SPD; DFG; Symbolische Großloge; Gewerbelehrer und Kunstmaler. – **Wittenburg**, Hans, DDP, CDU; Symbolische Großloge; Postinspektor.

SPOTENDORF bei Laage: *Wendhausen*, Dr. Albrecht, 1880–1945; Deutsches Landvolk; Großgrundbesitzer, ab 1925 Vorsitzender des Landvolks in Mecklenburg-Schwerin; MdR 1928–1932; ab 28. Dezember 1931 Hospitant der NSDAP-Fraktion.

WARIN: **Lachmund**, Hans und Margarethe, 1933–1935 in Warin; s. Greifswald.

WISMAR: *Wolfgang-Lange-Gruppe:* **Lange**, Wolfgang, 1898–1984, seit ca. 1921 SPD; RA und Notar; 1934 zur Robinsohn-Strassmann-Gruppe. – **Lansemann**, Robert, gestorben 1951; Vikar und Pfarrer, BK. – **Rhein**, Hermann, 1906–1993; SPD seit 1989; Buchhändler. – **Simonis**, Dr. Hans Ludwig, 1900–1964; SPD, RA und Notar, zugleich Landwirt in Wendorf bei Wismar; 1939–1945 Soldat.

WISMAR: *familiäre Verbindung:* **Prestin**, Irma 1908–1936; Schwägerin Strassmanns; 1934 Heirat nach Schweden.

4. Sachsen

LEIPZIG: *Pudor*, Richard, 1875–1950, DDP, DStP, LDPD; Inhaber von Messehäusern, in der NS-Zeit Gefängnis und KL.

5. Thüringen

JENA: *Jursch*, Dr. Hanna, 1902–1972; Theologin, 1934 habilitiert an der Universität Jena; dort Assistentin, später Privatdozentin am Theologischen Seminar; 1945 Professorin. – *Hübener*, Erhard, s. Berlin.

6. Bayern

Franken

ASCHAFFENBURG: *Koch sen.*, Dr. Friedrich (Fritz), 1896–1967; DDP, 1945 SPD; 1939–1942 Heeresbetreuungsabteilung in Berlin; 1942 an die Ostfront; um 1936 zur Gruppe. – **Koch jr.**, Karl Friedrich (Fritz), s. Berlin.

BAMBERG: **Dehler**, Dr. Thomas, 1897–1967; DDP, DStP, FDP; RA; 1929 Meister der Loge Zur Verbrüderung an der Regnitz. – **Dietz**, Dr. Josef, 1905–1961; KPD; RA. – **Griebel**, Georg, bis ca. 1939 in Bamberg; s. Aachen. – **Heim**, Dr. Johannes, 1891–1969; Lehrer; Vorsitzender des kath. Lehrervereins Oberfranken bis 1933; DMRO. – **Hergenröder**, Anton, geboren 1910; Zentrum-nahestehend, CSU;

Unternehmer. – *Hundt*, Franz, 1907–1981; RA; 1938 zur Wehrmacht; Bruder von Hanns. – *Hundt*, Hanns, 1898–1982; 1933 NSDAP; Oberpostrat; Ende 1934 nach Nürnberg; 1938/39 Frankfurt a. M.; 1939 Bamberg; 1940 zur Gruppe. – *Hundt*, Dr. Max, geboren 1909; Jurist; November 1938 nach Wien; Bruder von Hanns. – *Losgar*, Dr. Josef, 1901–1972; 1932–1934 NSDAP; Jurist; 1937 nach Bamberg, 1940 Berlin, 1943 Hannover; 1940 an der Neugründung des DMRO beteiligt. – *Meixner*, Georg, BVP, CSU; Prälat; bis 1933 Direktor und Redaktionsleiter des Bamberger Volksblatts. – *Neppig*, Andreas, 1891–1954; BVP; 1933 förderndes Mitglied der SS; bis 1933 Direktor des Oberfränkischen Christlichen Bauernvereins. – *Neppig*, Martin, geboren 1918; Sohn von Andreas N.; Bankangestellter; Ende 1943 zur Gruppe. – *Ott*, Franz, kath. Dompfarrer, 1938 nach Bamberg. – *Schneider*, Jupp, kath. Jugendpfarrer. – *Schuberth*, Dr. Margarete, 1902–1985; RA; während des Studiums KPD-nahestehend; später FDP-nahestehend. – *Wölfel*, Dr. Hans, 1902–1944, BVP; SA; 1943 verhaftet, durch VGH zum Tode verurteilt, hingerichtet.

EBING: *Schneiderbanger sen.*, Andreas, Landwirt. – *Schneiderbanger jr.*, Rudolf, Medizinstudent.

NÜRNBERG: *Rudolph*, Ludwig Ritter von, 1890–1966; DDP, DStP, FDP, 1950 SPD; Lehrer, 1944 nach Neucendtelsau; 1949–1953 MdL; 1938 zur Gruppe.

SCHWARZACH: *Liebisch*, Barnabas, 1902–1980; OSB; Pater in Münster-schwarzach.

WÜRZBURG: *Angermaier*, Dr. Georg, 1913–1945; Jurist; Justitiar der Diözese Würzburg und der Erzdiözese Bamberg, Rechtsberater aller bayerischen Männer- und Frauenorden; 1939/40 und ab 1942 Soldat.

Oberpfalz

HOF: *Geiger*, Johann, 1899–1988; 1935 NSDAP; Telegraphenwerkmeister; 1941–1943 Vorsteher eines bedeutenden Nachrichtennetzknötens in Nordost-Bayern; 1943 nach Bayreuth.

Südbayern

BAD TÖLZ: *Hildenbrand*, Alfons, 1940 nach Bad Tölz; s. Pförring.

GROSSHAUSEN/Kreis Aichach: *Triebisch*, Fritz, 1939–1940 in Großhausen; s. Guhrau/Schlesien.

LINDENBERG im Allgäu: *Gessler*, Otto, 1875–1955, FVP, 1918–1927 DDP; 1920–1928 Reichswehrminister.

MÜNCHEN: *Fuchs-Gruppe:* *Bezold*, Dr. Otto, 1899–1984; FDP; Richter; 1946–1966 und 1970–1974 MdL in Bayern, 1954–1958 Minister in Bayern. – *Fuchs*, Maximilian, H., 1898–1974; DDP, FDP; Reisebüro bis 1939; arbeitslos; 1941–1945 KL Dachau bzw. Sachsenhausen; um 1935 zur Gruppe. – *Reissert*, Dr. Rudolf, 1890–1957; DDP; Jurist; sog. Halbjude; um 1938 zur Gruppe. – *Schweykart*, Hermann, um 1900–1968; 1922–1929 DVP, 1933–1942 NSDAP-Anwärter; RA. – *Sternfeld*, Walter, 1901–1965; FDP; selbständiger Kaufmann.

MÜNCHEN: *weitere Verbindungen:* *Chomton*, Alfred Werner, um 1895–1953; Oberst der Luftwaffe, im Stab Sperrles; 1939 zur Gruppe; 1940–1945 in Paris. – *Hamm*, Eduard, 1879–1944, DDP; RA; 1923–1925 Reichswirtschaftsminister; 1925–1933 Vorsitzender des DIHT; im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 verhaftet, Freitod.

PFÖRRING: *Hildenbrand*, Dr. Alfons, 1899–1960, DDP, FDP; Tierarzt in Pforring, 1940 in Bad Tölz; Kriegsdienst in Frankreich 1940 und Rußland 1941–43.

TUTZING: *Prittwitz und Gaffron*, Dr. Friedrich-Wilhelm von, 1884–1955; DDP, CSU; Botschafter in den USA 1928–1933, dann Wirtschaftsberater in Berlin; im Zweiten Weltkrieg Verbindung zum OSS; bis 1951 stellv. Fraktionsvorsitzender der CSU im Münchner Landtag.

7. Württemberg

STUTTGART: *Bosch*, Dr. Robert, 1861–1942; DDP; Industrieller.

8. Baden

FREIBURG: *Eucken*, Dr. Walter, 1891–1950, DDP; Professor der Volkswirtschaft; Verbindung durch Erdsiek.

HEIDELBERG: *Weber*, Alfred, 1868–1958; DDP, SPD; Professor der Soziologie.

9. Ausland (nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937)

Freie Stadt Danzig

ZOPPOT: *Abromeit*, Herbert, 1899–1971; SPD; AGR und LGR; 1935 Mitgründer eines oppositionellen Beamtenbundes, kurze U-Haft. – *Zachle*, Friedrich, 1973–1962; DNVP, Stahlhelm, 1945 SPD; Landgerichtsdirektor bis 1935; an der Gründung eines oppositionellen Beamtenbundes beteiligt, kurze U-Haft. – *Ziehm*, Dr. Ernst, 1867–1962; DNVP; bis 1932 Senatspräsident.

DANZIG: *Retzlaff*, Curt, 1900–1982; 1938–1945 Direktor der Baltischen Spritwerke in Danzig; s. Stettin. – *Rodatis*, Dr. Walter, 1883–1969, Justitiar.

Österreich

SALZBURG: *Hoyer*, Dr., liberal.

SEEHAM bei Salzburg: *Dudek*, Dr. Walter, ab Januar 1944 in Seeham; s. Berlin.

WIEN: *Danehl*, Dr. Erich, 1941–1945 in Wien; s. Berlin. – *Hertz*, Dr. Friedrich, 1878–1964; SPD; Professor Universität Halle; 1933 Emigration nach Wien, 1938 über Prag nach London. – *Hundt*, Dr. Max, seit 1938 in Wien; s. Bamberg. – *Neubecker*, Fritz, ab 1941 in Wien; s. Berlin. – *Piperger*, Alois, geboren 1904; SPÖ.

Schweiz

LUGANO: *Hahlweg*, Joachim G., 1893–1967; 1937 von München nach Lugano gezogen; s. Nervi/Italien.

ZÜRICH: *Pauls*, Hans Georg, gestorben 1949; DDP; Mitglied des Klubs vom 3. Oktober; 1933–1945 als FZ-Korrespondent in Zürich.

Großbritannien

LONDON: *Kauffmann*, Dr. Robert, 1882–1942; vor 1918 nationalliberal; dann DDP, DStP; vor 1918 Vorstandsmitglied der Jungliberalen; 1924–1933 Direktor der Bewag, Berlin; 1933 Emigration über die Schweiz, die Riviera, Paris, Lissabon nach (1934) London; dort Unternehmer.

Niederlande

DEN HAAG: *Carstens*, Dr. Otto, RA in Cottbus; Ende 1933 Emigration nach Belgien, dann in die Niederlande; 1940–1945 im Untergrund.

Dänemark

KOPENHAGEN: *Bauer*, Dr. Walter, DDP, RDP; 1933 Emigration nach Dänemark. – *Berendsohn*, Dr. Walter A., 1884–1984, SPD; FzaS; Literaturwissenschaftler; bis 1933 Privatdozent Universität Hamburg; 1933 Emigration nach Dänemark, 1943 nach Schweden. – *Hansen*, Richard, 1887–1976; SPD; 1933 Flucht nach Dänemark (dort Sopade-Grenzsekretär), 1940 nach Schweden, 1941 Emigration in die USA. – *Robinson*, Dr. Hans, Dezember 1938 bis Oktober 1943 in Kopenhagen; s. Hamburg.

Schweden

MALMÖ: *Robinson*, Dr. Hans, Oktober 1943 Flucht von Kopenhagen nach Malmö; s. Hamburg.

STOCKHOLM: *Jacobsen*, Dr. Walter, 1937–April 1942 in Stockholm; Leiter eines Berufsberatungsinstituts; s. Hamburg.

Frankreich

PARIS: *Chomton*, Alfred Werner, als Major der Luftwaffe im Stabe des Generals Sperrle 1940–1945 in Paris stationiert; s. München. – *Grüger*, Dr. Franz, Ende 1940–Februar 1944 bei der Firma Intercommerciale in Paris; s. Berlin.

Italien

NERVI: *Hahlweg*, Joachim G., 1893–1967; liberal; Rentier, Privatgelehrter; 1937 von München nach Lugano emigriert; Herbst 1939 nach Nervi (Büro in Genua); später nach Pallanza (Büro in Rom); August 1942 nach Mailand; im November 1942 an Gestapo ausgeliefert.

PALLANZA: *Habltweg*, Joachim G., s. Nervi.

USA

CAMBRIDGE/Massachusetts: *Vagts*, Dr. Alfred, 1892–1984, SPD; Ende 1932 Emigration in die USA; 1938/39 Professor in Cambridge, 1939–1942 in Princeton.

Anmerkungen

Vorwort

- 1 Erwähnt sei nur Hjalmar Schacht (DDP), 1934–1937 Wirtschaftsminister, 1937–1943 Minister ohne Geschäftsbereich.
- 2 Robinsohn an Ernst und Marianne Frenk, 27.7.1935, BA, NL Robinsohn 1.

Einleitung

- 1 Freya von Moltke im Gespräch mit Marion Gräfin Dönhoff, *Die Zeit* 44, 1989, Nr. 4.
- 2 Vgl. Walter Grab, *Die jüdische Antwort auf den Zusammenbruch der deutschen Demokratie*. Berlin 1988, S. 14 f.
- 3 Vgl. den Sammelband, der gegenwärtig den besten Überblick über die Bandbreite des Widerstands bietet: Schmäddecke/Steinbach (Hgg.), *Widerstand*.
- 4 Dahrendorf, *Deutschland und die Liberalen 1933 und 1983*. In: *liberal* 25, 1983, S. 227–231, hier S. 227.
- 5 Dahrendorf, *Gesellschaft*, S. 442.
- 6 Hans Mommsen, *Widerstand gegen Hitler*, S. 13; auch in *HZ* 241, 1985, S. 81–104. So argumentiert Mommsen auch in: *Begriff*, wo er allerdings einräumt (S. 18): »Die bürgerlich-liberalen Gruppierungen haben nur begrenzt zum Widerstand gefunden.« Aber auf welche soziologische Gruppierung trafe diese Aussage nicht zu!
- 7 Die Verschüttung des liberalen Widerstands führte zu resignierenden Einschätzungen wie der von Mommsen, *Widerstand gegen Hitler*, S. 14 (Hervorhebung)

- gen vom Verf.): »Es ist nicht leicht, sich einzugestehen, daß der Nationalsozialismus oder doch Teile der Ziele, für die er stand, so tief in das Denken und das Handeln der deutschen Massen eingedrungen waren, daß *nur aus letztlich utopisch bestimmtem und tief religiösem Denken heraus Widerstandskräfte mobilisiert* werden konnten, während *pragmatisch denkende Politiker wie Konrad Adenauer oder Theodor Heuss in Resignation verfielen oder keinen Ansatzpunkt zu realistischem Handeln erblicken* zu können glaubten.«
- 8 Der Versuch der Bildung einer überregionalen Widerstandsgruppe durch den westdeutschen Versicherungsangestellten Hans Albert Kluthe (DDP/DStP) scheiterte schon 1936 mit dessen Flucht ins Ausland: *BHdE* 1. Kluthe an Prof. Franz Haymann, 13. 11. 1944, BA, NL Kluthe 10. – Der Solf-Kreis des 1936 gestorbenen Diplomaten Wilhelm Solf (DDP) und seiner Witwe Hanna war ein loser Gesprächskreis, aber keine organisierte Widerstandsgruppe: Hoffmann, *Widerstand*, S. 51.
 - 9 Jans Kingma an Robinsohn, 28. 2. 1962, BA, NL Robinsohn 5.
 - 10 Vgl. Mommsen, *Begriff*. – Broszat, *Widerstand und Resistenz. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts*. In: Broszat u. a. (Hgg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, 1981, S. 691–709. – Löwenthal, *Widerstand im totalen Staat*. In: Ders./von zur Mühlen (Hgg.), *Widerstand*, S. 11–24. – Broszat, *Sozialgeschichte*.
 - 11 BA, NL Robinsohn 24, 25, 26, 27; in erster Linie Band 24.
 - 12 Robinsohns *Berichte No. 3, 4, 5, 7, 8* und 9 sind im BA, NL Robinsohn 31 und NL Vagts 29, sowie im IfZ, ED 106; sie sind in diesem Band abgedruckt. Im IfZ, ED 106, ist auch Robinsohns ausführliche Denkschrift *Die Deutsche Opposition* von 1939 (abgedr. bei: Benz, *Widerstandsgruppe*). Der Briefwechsel Robinsohn-Vagts ist im BA, NL Robinsohn 8 und NL Vagts 23.
 - 13 Die zusätzlichen *Berichte No. 1* und 2, ein Handpapier vom Mai 1939, ein Exemplar der Denkschrift *Die Deutsche Opposition* sowie weitere Briefe Robinsohns an Vagts sind künftig ebenfalls im BA, NL Vagts einzusehen. Die Berichte und das Handpapier sind in diesem Band abgedruckt.
 - 14 Das *Echo* wurde von Otto Stündt in Nürnberg herausgegeben; es erschien unter wechselnden Titeln vom September 1919 bis zum Januar/Februar 1933 und ist komplett erhalten: 1919 »*Echo*« *der Deutschen Demokratischen Jugendvereinigungen Nordbayerns*; 4/1919 »*Echo*« *der Deutschen Demokratischen Jugendvereinigungen Bayerns*; 1/1921 »*Echo*« *der Deutschen Demokratischen Jugendvereinigungen*; 5/1922 »*Echo*« *der Jungen Demokratie*; 1/1925 *Echo der Jungen Demokratie* (ohne Anführungszeichen); 1/1927 mit Untertitel: *Monatsblatt für sozialrepublikanische Politik*; 1/1930 mit Untertitel: *Unabhängiges Monatsblatt für sozialrepublikanische Politik*; 1/1931 *Echo der Radikalen Demokratie. Unabhängiges Monatsblatt*; 5–6/1932 *Demokratisches Echo. Unabhängiges Monatsblatt*.
 - 15 Der *Herold* wurde 1920 als Jugendbeilage der DDP-Zeitung *Demokratischer Vereinsbote für Ostpreußen* gegründet, 1921 zur eigenen Zeitschrift der DDJ Ostpreußens, dann auch der schlesischen DDJ umgewandelt und seit 1922 als Zeitschrift des Reichsbundes der DDJ geführt. Erhalten sind die Ausgaben Nr. 5 (Januar 1921), Nr. 16 (undatiert, etwa August 1921) im NL Stündt; die Nr. 23 (Februar 1922) im Archiv der deutschen Jugendbewegung, Burg Ludwigstein; die Nr. 30 (September 1922) in der Deutschen Bibliothek, Leipzig; die Nrn. 27/28 (Juli 1922) sowie die vollständigen Jahrgänge 1923–1930 (letzte erschienene Ausgabe: Oktober 1930) in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin.
 - 16 Abshagen, *Canaris*, S. 352. Von den sechs Sätzen stimmt nur einer. Falsch ist die Datierung der Verhaftung Strassmanns auf Anfang 1942; die Titulierung Strass-

manns als Landgerichtsdirektor; die Beschränkung von Strassmanns Gruppe auf Linkskreise und auf Nachrichtenaustausch; die Reaktion des in Wirklichkeit schon verstorbenen Heydrich auf die Verhaftung Strassmanns.

- 17 Brissaud, *Canaris*, S. 427. Außerdem verwechselt er den Richter Ernst Strassmann mit dem Chemiker Fritz Straßmann (S. 258).
- 18 Höhne, *Canaris*, S. 485. Seine Quelle ist die Vernehmung Sondereggers 1950 in der Strafsache Roeder: HStA Hannover, Nds. 721 Lbg. Acc. 69/76, Bd. IX.
- 19 Leithäuser, *Leuschner*, S. 227.
- 20 Jacobsen (Hg.), *„Spiegelbild“*, Bd. 1, S. 388.
- 21 Robinsohn an H. Lachmund, 15. 7. 1960, BA, NL Robinsohn 6.
- 22 Robinsohns Rundschreiben vom 8. 6. 1960: ADL, NL Dehler 1736; eine Antwort Jans Kingmas vom 28. 2. 1962 befindet sich im BA, NL Robinsohn 5.
- 23 Benz, *Widerstandsgruppe*; im Anschluß daran ist Robinsohns Denkschrift *Die Deutsche Opposition* von 1939 abgedruckt.

1. Kapitel

- 1 Vgl. Sell, *Tragödie*, S. 433 f. und 438.
- 2 Jochmann, *Der deutsche Liberalismus und seine Herausforderung durch den Nationalsozialismus*. In: Thadden (Hg.), *Krise*, S. 115–128, hier S. 125; auch in: Jochmann, *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945*. Hamburg 1988, S. 195–206.
- 3 Robinsohn an E. und M. Frenk, 27. 7. 1935, BA, NL Robinsohn 1. – Sell erkennt eine »neue Leuchtkraft« der liberalen Idee, »gerade weil der Nationalsozialismus sie mit Füßen trat«: *Tragödie*, S. 437.
- 4 Jochmann, *Liberalismus* (wie Anm. 2), S. 125 f. Ähnlich Sell, *Tragödie*, S. 438.
- 5 LA Schleswig, Abt. 410 Nr. 290; auch im BA, R 58/1136.
- 6 Vgl. Dok. 2, hier S. 278 f.: Robinsohn, *Überblick über die Lage des Nationalsozialismus in Deutschland!*
- 7 Rundschreiben N. 33590 vom 22. 4. 1936: Nieders. HStA Hannover, Hann 80 Hann II Nr. 756. Abgedruckt in: Erkens/Sassin (Hgg.), *Dokumente*, S. 375 f.
- 8 Boberach (Hg.), *Meldungen*, Bd. 2, S. 7–214; Kapitel Liberalismus S. 64–73, bes. S. 71 f.
- 9 Ebd., S. 71.
- 10 Vgl. W. J. Mommsen, *Idee*, S. 11 f.
- 11 In den nachträglichen Schriften wird oft 1933 als Gründungsjahr angegeben, was aber offensichtlich eine Ungenauigkeit ist. Strassmann nennt in seiner Niederschrift vom 19. 2. 1948, S. 1, mit »Pfungsten 1934« das genaueste Datum (IfZ, ZS 380); in seinem Brief an Dehler vom 25. 4. 1955 (ADL, NL Dehler 1422) schreibt er »Mai 1934« – der Pfungstsonntag fiel auf den 20. 5. 1934. Robinsohn schreibt an Tarnow am 19. 5. 1946 als Gründungszeit »Anfang 1934« (BA, NL Robinsohn 8); Robinsohn, *Personen, von denen ich weiß, daß sie in einer kleinen Widerstandsgruppe zusammengearbeitet haben*, S. 1, 1979, IfZ, ED 166, datiert auf »Frühjahr 1934«.
- 12 Robinsohn, *Personen*, IfZ, ED 166.
- 13 Als Grundlage dieser Ausführungen dient eine Kopie des von Hermann Robinsohn 1906 erstellten Stammbaums, die mir von F. P. und S. Robinsohn freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde. Der 1887 geborene Hermann Robinsohn aus dem Frankfurter Zweig der Familie wurde im Zweiten Weltkrieg nach Łódź (Litzmannstadt) deportiert und ist dort verschollen: *Gedenkbuch. Opfer*

- der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945. Bearbeitet vom BA Koblenz und dem Internationalen Suchdienst Arolsen. Bd. 2. O. O. 1986. – H. J. Robinsohn: vgl. Anhang 1.
- 14 Die Eindeutschung der Familiennamen erfolgte aufgrund der Allerhöchsten Kabinettsordne vom 22. 12. 1833, *Preußische Gesetzessammlung 1834*, S. 3, Nr. 1497; vgl. Dietz Bering, *Der Name als Stigma. Antisemitismus im deutschen Alltag 1812–1933*. Stuttgart 1988, S. 72. – Bestimmungen der Vorläufigen Verordnung wegen des Judenwesens im Großherzogtum Posen vom 1. 6. 1833, nach: Stefi Jersch-Wenzel, *Zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in der Provinz Posen im 19. Jahrhundert*. In: Rhode (Hg.), *Ostmitteleuropa*, S. 73–84, hier S. 79. – Zur Sonderstellung der Juden in der Provinz Posen vor 1848 vgl. Hamburger, *Juden*, S. 15–17.
- 15 Ruben Wolff wurde am 23. 8. 1934 naturalisiert: *The Naturalized Jews*, S. 95.
- 16 Shmuel Ettinger, *Geschichte des jüdischen Volkes*. Hg. von Haim Hillel Ben-Sasson. Bd. 3, München 1980, S. 84. Diese Migration entsprach dem Verhalten der Masse der Posener Juden: 1840 lebten 80000, das waren 40% der preußischen Juden, in der Provinz Posen, 1900 nur noch 26000 Juden: Hamburger, *Juden*, S. 20 und 29.
- 17 Das Textilhaus Gebr. Robinsohn lag an der Zeil: Rachel Neuberger/Helga Krohn, *Hinaus aus dem Ghetto. Juden in Frankfurt am Main 1880–1950*. Frankfurt a. M. 1988, S. 91.
- 18 Robinsohn, *Versuch*, S. 197.
- 19 Mitteilung F. Peter Robinsohn, 29. 7. 1986.
- 20 Robinsohn, *Versuch*, S. 197. Vgl. Kurzbiographie in *BHdE* 1. Hans Robinsohn bezeichnet Skandinavien als Hauptexportgebiet der Firma Gebr. Robinsohn: H. Robinsohn an Senator Dudek/Hamburg, 12. 9. 1949, Durchschrift als Anlage zum Brief von Robinsohn an Dehler, 2. 2. 1950, ADL, NL Dehler 1032.
- 21 Robinsohn, *Versuch*, S. 197. Die Zahl der Mitarbeiter betrug 1923–1933 durchschnittlich 700: BA, NL Robinsohn 33, Lebenslauf vom 22. 2. 1954. – Ein Sopade-Bericht vom Dezember 1938 spricht von der Gegend als »dem schönsten Geschäftsviertel Hamburgs«, in: *Deutschland-Berichte der Sopade*, Bd. 5, 1938, S. 1299–1431, hier S. 1341.
- 22 Interview Holst, 14. 7. 1988.
- 23 Therese Robinsohn geb. Langenbach verfaßte Shakespeare-Übersetzungen und unter dem Pseudonym Karin Delmar Novellen: Auskunft F. Peter und Susi Robinsohn, 25. 7. 1989. – Strassmann schrieb nach ihrem Tode an Hans Robinsohn, 5. 5. 1946: »Sie hat mir den tiefsten Eindruck vermittelt, den ich in meinem Leben von einer Frau ihrer Generation erhalten habe.« (BA, NL Robinsohn 24).
- 24 Zitat aus: Robinsohn, *In memoriam*, S. 5. Im Besitz des Verf.; auch im Bewag-Archiv 84. – Die Charakterisierung folgt neben der Art, wie Robinsohn sich aus seinen Texten erschließt, den Angaben insbesondere von H. und M. Lange, Interview 13. 4. 1984, und von F. Hoernigk, Interview 19. 3. 1986. Vgl. die Rede Gerd Hirschauers bei der Trauerfeier in Hamburg am 8. 5. 1981, abgedruckt in: *Mitteilungen* [der HU] 21, 1981, H. 95 (Juni), S. 16. Vgl. ders., *Hans Robinsohn ist tot*. In: *Vorgänge* 20, 1981, Nr. 51, S. 16–18. – Schon Robinsohns Großvater, der Hutfabrikant Wilhelm Langenbach aus Darmstadt, war sozial gesinnt, wie sich aus seiner 20seitigen Broschüre über die Einführung einer allgemeinen Lebensversicherung für 20 Millionen abhängig Beschäftigte ergibt: *Eine Arbeiter-Lebensversicherung*. Von Kommerzienrat Wilhelm Langenbach, Darmstadt. Darmstadt 1909.

- 25 BA, R 22, Personalakte E. Strassmann. Vgl. Anhang 1.
- 26 Formular: *Mittelstands-Sanatorium »Haus Falkenhagen«*, NL R. Strassmann.
- 27 So Heinrich Strassmann, *Erinnerungen*, S. 172 f. Dagegen erklärt Hans Bahlow, *Deutsches Namenslexikon. Familien- und Vornamen nach Ursprung und Sinn erklärt*. Bindlach 1988, S. 493: »Straßer (obd.) wie Straßmann meint den an der Straße Wohnenden.«
- 28 *Biographisches Lexikon der hervorragenden Ärzte der letzten fünfzig Jahre*, hg. von I. Fischer. 2. u. 3., unveränd. Aufl., München–Berlin 1962, 2. Bd., S. 1524 f. Heinrich Strassmann, *Erinnerungen*, passim. – Heymann Strassmann aus Rawitsch wurde am 30. 9. 1834 naturalisiert: *The Naturalized Jews*, S. 89.
- 29 Dies geht aus einem Vergleich der *Erinnerungen* Heinrich Strassmanns, bes. S. 172, mit dem Lebenslauf Arnold Strassmanns in seiner Dissertation (*Über das Carcinom der männlichen Brustdrüse*, Bonn 1884, S. 39) und dem Schreiben von Ernst Strassmann vom 19. 4. 1930 an den Präsidenten des Landgerichts II in Berlin (BA, R 22, Personalakte E. Strassmann) hervor. – In der Sterbeurkunde für Arnold Strassmann lautet der Vorname seines Vaters (entgegen der Dissertation) Ephraim. – Über Eduard/Ephraim Strassmann berichtet sein Sohn Arnold in seinen Jugenderinnerungen *Allerlei Ostmärkisches*, passim.
- 30 Privat-NL Strassmann mit Zeugnissen vom 3. Quartal 1904 bis Ostern 1914.
- 31 Laut Schreiben des Krankenbuchlagers Berlin vom 23. 7. 1986 wurde Strassmann am 14. 11. 1916 aus dem Reservelazarett Löbau/Sachsen in das Reservelazarett Nauen verlegt und am 29. 11. 1916 in die Privatpflege seines Vaters überführt. Die Verwundung erfolgte vermutlich bei den Stellungskämpfen vor Riga; vgl. Gefechtsstafel des Infanterie-Regiments 54, in: Günther Meinhold, *Das Infanterie-Regiment von der Goltz (7. Pomm.) Nr. 54 im Weltkrieg. 1. Teil: 1914 bis September 1916*. Oldenburg–Berlin 1928, Anhang (ohne Seitenzählung). – Abitur: BA, R 22, Personalakte E. Strassmann.
- 32 Das I. R. 54 wurde im Mai 1917 an die Westfront transportiert: *Ruhmeshalle*, S. 134 f. Die *Ehrenrangliste*, 1926, vermerkt Strassmann als Leutnant a. D. (S. 214). Daß er Soldatenrat war, geht nur aus späteren Informationen hervor: H. und M. Lange, Interview 21. 8. 1986; H. Straßmann an Verf., 19. 4. 1991. Die Wahl von Soldatenräten war nur in der Anfangsphase revolutionär; dann wurde sie, um die Fronttruppen diszipliniert in die Heimat zurückzuführen, durch die OHL vorübergehend sogar verfügt: Wohlfeil, *Heer und Republik*. In: MGfA (Hg.), *Militärsgeschichte*, Bd. 6, S. 47 f. – Der Soldatenrat der 36. Reservedivision, zu der auch Strassmanns I. R. Nr. 54 gehörte, sandte der Regierung der Volksbeauftragten während des Rückmarsches Solidaritätsadressen: BA, R 43 F/2486/15, Bl. 39. – Zum folgenden: *Militär-Wochenblatt*, 104. Jg., Nr. 11, 24. 7. 1919, S. 203; sowie BA, R 22, Personalakte E. Strassmann.
- 33 Loening/Basch/Strassmann, *Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsge-
setz*. Berlin 1931.
- 34 Robinsohn, *In memoriam*.
- 35 Diese Angaben Robinsohns werden von zahlreichen Zeugen belegt. Ernst und Hella Strassmann ließen sich von einem weniger bekannten Künstler (Hennig) malen; beide Porträts existieren noch: Das Porträt Strassmanns hängt in der Ernst-Strassmann-Stiftung, das Hellas ist im Besitz der Familie Meinecke. Schon vor 1933 hatte Strassmann sich Bilder von Nolde, Macke, Renoir, Max Kaus, Manet, Pechstein, Lesser Ury, Adrion, Adolf Lehbruck, Artur Degner, Menzel zugelegt, die nach dem Tod seiner zweiten Frau teilweise in die Bestände der Stiftung Preußischer Kulturbesitz gelangt sind (Archiv der Ernst-Strassmann-Stiftung, Testament Resi Strassmann).

- 36 »Herr Dr. Straßmann ist mir aus der Zeit meiner journalistischen Tätigkeit in Berlin bekannt.« Stark an das Großhessische Staatsministerium für politische Befreiung, 1. 3. 1947, ADL, NL Dehler 947. – Stark: vgl. Anhang 1.
- 37 Heinrich Scharp, *Oskar Stark*. In: FS *Oskar Stark*, S. 11–16, hier S. 11–13. – *Zeitungsman*. Von N. B. In: FAZ vom 27. 1. 1970. – Berliner Tageblatt: Margret Boveri, *Wir lügen alle*, S. 40. Köhler, *Chefredakteur*, bes. S. 141.
- 38 Strassmann redigierte die *Bemerkungen aus dem Klub vom 3. Oktober*, Robinsohn betätigte sich u. a. während seiner Emigrationszeit in Schweden 1943–1946 journalistisch: BA, NL Robinsohn 31.
- 39 Werner Stephan, *Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen*. Düsseldorf 1983, S. 173 f. – Auskunft G. Zimpel, 24. 10. 1987.
- 40 N. B., *Zeitungsman*, in: FAZ v. 27. 1. 1970.
- 41 Zur DDP vgl. vor allem den Quellenband: *Linkliberalismus*; sowie die Darstellungen: Stephan, *Aufstieg*; Schneider *Deutsche Demokratische Partei*; Heß, *»Das ganze Deutschland«*, bes. S. 317–369; Hartmut Schustereit, *Linkliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik*. Düsseldorf 1975, bes. S. 193–206; Thadden (Hg.), *Krise*. – Zu Gessler vgl. dessen Memoiren: *Reichswehrpolitik*; sowie Sassin, *Zum 40. Todestag*. – Zur DDJ: Hans-Otto Rommel, *Die Weimarer Jungdemokraten*. In: *liberal* 13, 1971, S. 915–924.
- 42 Über Starks politische Aktivitäten in der Weimarer Republik ist wenig bekannt. Im *Organisationshandbuch* der DDP von 1926 firmiert er als eines von 15 Vorstandsmitgliedern des Deutschen Demokratischen Pressevereins e. V. (S. 78). – »Wir haben während der Weimarer Republik gelegentlich politisch zusammen gearbeitet im Sinne einer entschieden demokratischen Politik«: Stark an das Großhessische Staatsministerium für politische Befreiung, 1. 3. 1947, ADL, NL Dehler 947. – Vgl. Fritz Sängler, *Das Berliner Büro*. In: FS *Oskar Stark*, S. 29–38, hier S. 31.
- 43 Robinsohn an das LBI New York, 10. 12. 1958, BA, NL Robinsohn 2. – Wilhelm Langenbach (1841–1911) gehörte dem Hessischen Landtag 1902/03 als Vertreter der Darmstädter »freisinnig-sozialdemokratischen Vereinigung« für den Wahlbezirk Darmstadt-Stadt an: StadtA Darmstadt an Verf., 29. 11. 1990.
- 44 Protokoll der Gründungsversammlung des Reichsausschusses für Handel, Gewerbe und Industrie beim Hauptvorstand der DDP vom 16. 10. 1920, S. 76–80, hier S. 79; in: BA, ZSg. 1–27/15 Nr. 1. – Die Informationen über Leo und Walter Robinsohn verdanke ich Herrn Walter Robinsohn, Auskunft vom 10. 4. 1990.
- 45 Heinrich Strassmann, *Erinnerungen*, S. 178.
- 46 Ebd., S. 195 f.
- 47 Hamburger, *Juden*, S. 329. Heinrich Strassmann, *Erinnerungen*, S. 226. Mann u. a., *Biographisches Handbuch*, S. 378. – Johann Jacoby, *Briefwechsel 1850–1877*. Hg. von Edmund Silberner. Bd. 2, Bonn 1978, S. 164 u. ö. – Zielenziger, *Juden*, S. 101.
- 48 H. Strassmann, *Erinnerungen*, S. 197, Anm. 14.
- 49 Ebd., S. 197.
- 50 Ebd., S. 225 f.
- 51 A. Strassmann, *Allerlei Ostmärkisches*, bes. S. 45, 97, 116, 154. Eine dort veröffentlichte Geschichte heißt *Vater wird Stadtrat* (S. 49–99).
- 52 *Organisationshandbuch*, 1926. S. 119 f. Auskunft Hildegard Straßmann, 26. 1. 1988. Reichstagskandidat: *Hb. für den Preussischen Landtag*, 3. Wahlperiode, S. 303.
- 53 Neuberger, *Beitrag*, S. 149.

- 54 Lt. Teilnehmerverzeichnis in: *Bericht des 1. Parteitages* der DDP, S. 403–405, hier S. 405. In seiner Gedenkrede auf Strassmann spricht Robinsohn 1958 von einer fast 40jährigen Freundschaft: *In memoriam*, S. 3.
- 55 Robinsohn, *In memoriam*, S. 5 f.
- 56 Das gedruckte Protokoll, in dem Strassmann nicht erwähnt wird, ist im Parteitagsbericht der DDP (wie Anm. 54), S. 347–359. Das hektographierte Protokoll (43 S.) mit Nennung Strassmanns ist im BA, R 45 III Nr. 28; darin Pressekommission S. 27, Antrag Strassmann S. 29, dessen Annahme S. 27. Der RDDJ-Vorsitzende Max Wießner sprach sich im Sinne Strassmanns auf dem DDP-Parteitag aus: Parteitagsbericht S. 111. – Näheres über den Hintergrund des Antrags enthält der Beitrag: E. Strassmann, *Schülerschaft und politische Jugendorganisation*. In: *Die Demokratische Jugend*, 1, 1919, Nr. 4, vom 25. 11. 1919, S. 68–70, in dem Strassmann ein Zusammenwirken der »überwiegend deutschnational« gesinnten Lehrerschaft mit der deutschnationalen Jugendorganisation moniert und zu den »Waffen des Ideenkampfes gegen die einseitigen und unduldsamen Strömungen in der Schuljugend« ruft. Den Hinweis auf die Zeitschrift und diesen Beitrag sowie weitere wichtige Informationen über die DDJ verdanke ich Herrn Lothar Fuhlrott.
- 57 Walter Würtz, 2. *Reichsjugendtag*. In: *Bericht über die Verhandlungen des 2. ordentlichen Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Nürnberg, 11.–14. Dezember 1920*, S. 292–298, hier S. 294. Vgl. *Echo* 3, 1921, Nr. 1, S. 11. Dasselbe Anliegen verfocht er schon auf dem ersten Jugendtag des DDJ-Landesverbandes Brandenburg am 1. Mai 1920 in Berlin: *Die Demokratische Jugend*, 2, 1920, Nr. 9/10, S. 151 f. – Anträge in: *Der Demokrat* 1, 1920, Nr. 7, S. 118–121.
- 58 *Die Demokratische Jugend*, 2, 1920, Nr. 9/10, S. 151 f. und Nr. 14, S. 201. *Echo* 2, 1920, Nr. 12, S. 123, und 3, 1921, Nr. 3, S. 38.
- 59 *Echo* 3, 1921, Nr. 7/8, S. 101, und Nr. 12, S. 158; *Herold* 3, 1922, Nr. 27–28 (Juli), S. 12 und 20; *Herold* 4, 1923, Nr. 35 (Februar), S. 4; *Herold* 4, 1923, Nr. 36–37 (April), S. 44, *Casseler Tageblatt*, 6. 6. 1922, Abendausgabe.
- 60 *Herold* 36–37 (April) 1923, S. 44. Allerdings bestanden nie sieben Landesverbände. – Ostmark: »2) Zusammenfassender Name für die östl. Gebiete Preußens, die 1919 überwiegend an Polen abgetreten werden mußten«: *Meyers Lexikon*, Bd. 8, 1940.
- 61 Reichsjugendtag Kassel: Aufruf des Mittelschlesischen Gauverbandes der DDJ vom 8. 5. 1922 an DDP-Mitglieder zu Spenden für die Fahrtkosten der schlesischen Teilnehmer am Reichsjugendtag, im Teilnachlaß Strassmann (Ernst-Strassmann-Stiftung); Anna Margarete Kiessner, *Reichsjugendtag in Cassel*, in: *Die Hilfe* 28, 1922, S. 260–262; *Herold* 3, 1922, Nr. 27/28 (Juli), S. 12; *Echo* 4, 1922, Nr. 6/7, S. 99–101; Gustav W. Heinemann, *Wir müssen Demokraten sein. Tagebuch der Studienjahre 1919–1922*. Hg. von Brigitte und Helmut Gollwitzer. München 1980, S. 187–191. – Ago-Tagung: *Herold* 30 (September) 1922, S. 16; *Herold* 4, 1923, Nr. 36–37 (April), S. 44. – Nach dem Abschluß des Aufbaus der Landesverbände wurde die Ago am 10. Januar 1926 aufgelöst: *Herold* 7, 1926, Nr. 62 (Februar), S. 35.
- 62 BA, R 22, Personalakte E. Strassmann.
- 63 Interview H. und M. Lange, 21. 8. 1986.
- 64 Da Strassmann damals 22 Jahre alt war, muß der Parteitag 1920 stattgefunden haben. Dem Protokoll des Reichsparteitages vom Dezember 1920, der zudem drei Wochen nach Strassmanns 23. Geburtstag stattfand, ist kein Redebeitrag von ihm zu entnehmen. Es kann sich jedoch um einen Parteitag auf weniger

- hoher Ebene gehandelt haben. Hinweis auf den Redebeitrag in: Hans Robinsohn, *In memoriam*, S. 6.
- 65 Ebd.
- 66 Grzimek: BA, R 22, Personalakte E. Strassmann. In seinen Memoiren erwähnt er Strassmann nicht: Günther Grzimek, *Grzimeks Menschenleben. Erinnerungen eines Urahns*. Dorheim 1971. Grzimek setzte sich für die DDJ ein, wie seine Teilnahme an deren Reichstagung 1929 in Worms zeigt: *Herold* 10, 1929, Nr. 4. – Kommentar: Loening-Basch-Strassmann zum BGB, 1931.
- 67 Hans Muhle, *Walther Rathenau, Der Politiker*. In: *Herold* 3, 1922, Nr. 23 (20. Februar 1922), S. 13 f., hier S. 14.
- 68 *Herold* 3, 1922, Nr. 23, S. 15 f.; die folgenden Zitate von S. 15.
- 69 Strassmann verwendet den Begriff »Führer« im liberaldemokratischen Sinne nicht als Ruf nach dem starken Mann, sondern als Bezeichnung für den Tüchtigsten, Besten, der zur Führung bestimmt sei: vgl. Heß, »Das ganze Deutschland«, S. 327 unter Berufung auf Theodor Heuss, Emmy Beckmann, Walter Goetz und Friedrich Meinecke.
- 70 E. Strassmann, *Dem Gedächtnis Walther Rathenaus*. In: *Herold* 3, 1922, Nr. 27/28 (Juli), S. 2. – Weder Rathenaus Nachlaß im BA noch sein fragmentarisches Tagebuch (W. Rathenau, *Tagebuch 1907–1922*, hg. von Hartmut Pogge-von Strandmann, Düsseldorf 1967) enthalten Hinweise auf Strassmann. Der größte Teil von Rathenaus Nachlaß ist 1991 in Moskauer Archiven wiederentdeckt worden. Zu Rathenaus Einstellung gegenüber der Jugend vgl. seine Schrift von Ende 1918: *An Deutschlands Jugend*, Berlin 1918; dort heißt es (S. 6f.): »Mit Euch, Deutschlands Jugend, will ich reden. Den Genossen meines Alters habe ich nicht mehr viel zu sagen. [...] Wenn warme Stimmen zu mir drangen, so kamen sie von Einsamen, von Jungen, und von denen, die nicht altern und nicht sterben.« – Lemmer, *Manches war doch anders*, S. 95, berichtet über Rathenau: »Sooft er nur Zeit hatte, lud er etwa ein Dutzend junger Menschen ein [...] und nahm mit großem Interesse ihre Reaktionen auf das Zeitgeschehen zur Kenntnis.« Auch abgedruckt in: W. Rathenau, *Hauptwerke und Gespräche*. Hg. von Ernst Schulin. München-Heidelberg 1977, S. 896f.
- 71 H. Lannung, *Ungdomskonferencen*, S. 58. Bei anderer Gelegenheit war Robinsohn »Président du Comité directoire de la Ligue internationale de la Jeunesse«: Robinsohn an Strassmann, Juni 1946, BA, NL Robinsohn 24. – Die Internationale Jugend-Liga (Ligue internationale de la Jeunesse) wurde im September 1922 in Hamburg gegründet: Heinrich Landahl, *Internationale Jugendarbeit*. In: *Die Hilfe* 30, 1924, Nr. 18, S. 316–318, hier S. 318.
- 72 Büttner, *Gerechtigkeit*, S. 52–59; dies.: *Vereinigte Liberale*; dies.: *Staats- und Wirtschaftskrise*, bes. S. 30–36 und 461–483.
- 73 Robinsohn an Vagts, 15.6.1966, BA, NL Robinsohn 8. In diesem Wehring waren in Berlin auch Theodor Steltzer und Otto Straßer vertreten; vgl. Steltzer, *Zeitgenosse*, S. 70, der den Ring jedoch nicht direkt erwähnt. – Die erwähnte Orgesch faßte nach dem Kapp-Putsch paramilitärische Verbände zusammen, umfaßte eine Million Bewaffnete und mußte auf alliierten Druck 1921 aufgelöst werden: Erwin Könnemann, *Organisation Escherich (Orgesch) 1920–1921*. In: Fricke (Hg.), *Parteien*, Bd. 2, S. 459–463.
- 74 Aufruf zur Kundgebung der republikanischen Jugend Schlesiens in: *Herold* 3, 1922, Nr. 27–28 (Juli), S. 20; gemeinsamer Aufruf des Reichsbundes der DDJ, des Verbandes der Arbeiter-Jugend-Vereine Deutschlands, des Reichsbundes Deutscher Demokratischer Studenten und des Reichsausschusses der Jungsozialisten der SPD in: *Echo* 4, 1922, Nr. 6–7, S. 97f.

- 75 Klub vom 3. Oktober, *Jahrbuch 1925/26*, S. 7 und 33. – Strassmann gibt an, er sei Vorstandsmitglied des Hamburger Reichsbanners gewesen (Magistrat von Groß-Berlin, Abt. für Sozialwesen, Anerkennungsfragebogen für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte, undatierte Durchschrift im Privat-NL Strassmann; ebenso Lebenslauf vom 24. 3. 1947, NL J. Kingma), wofür es in der Halbmonatszeitung *Das Reichsbanner*, Jg. 1924–1926, jedoch keinen Beleg gibt. Auch für eine Leitungsfunktion in der demokratischen Reichsbanner-Kameradschaft 8, deren Leiter Philipp Auerbach (DDJ) war, gibt es keinen Beleg: Jacob Toury, *Jewish Aspects as Contributing Factors to the Genesis of the Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*. In: *LBI Year Book* 37, 1992, S. 237–257, hier S. 244; sowie Mitteilung von Herrn Sielemann/StA Hamburg, 22. 1. 1993.
- 76 Dokumente in: BA, NL Robinsohn 17 und 19; weitgehend übereinstimmend: BA, NL Vagts 26. Vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 437–439; Büttner, *Vereinigte Liberale*, S. 15 f.
- 77 *BHdE* 2. – Gisela Gantzel-Kress, *Das Institut für Auswärtige Politik im Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus (1933 bis 1937)*. In: Krause u. a. (Hgg.), *Hochschulalltag*, Teil 2, S. 912–938, hier S. 931.
- 78 Vgl. Arbeitskreis Lichtwarkschule (Hg.), *Die Lichtwarkschule. Idee und Gestalt*. Hamburg 1979.
- 79 E. Strassmann, Notizen zu einem Vortrag auf dem geplanten Gästebend über *Der Klub vom 3. Oktober und die Politik*, 2. 8. 1954, S. 1, BA, NL Robinsohn 17. – Bandmann war 1921/22 im RDDS-Vorstand: vgl. Anhang 1.
- 80 Dazu heißt es im *Jahrbuch 1924/25* des Klubs vom 3. Oktober, S. 8: »Der farblose Name wurde absichtlich gewählt, um von vornherein alles Theoretisch-Programmatische, das erfahrungsgemäß untaugliche Leute anzieht und zu unfruchtbarer Diskutiererei führt, vom Klub fernzuhalten.« – Die Namensgebung erfolgte offenbar in Analogie zu der 1918 gegründeten Berliner »Gesellschaft vom 16. November«, die geschlossen der DDP beitrug; ihr Mitglied war der Ministerialbeamte im Auswärtigen Amt Dr. Friedrich-Wilhelm von Prittwitz und Gaffron, der 1919/20 in der Berliner DDJ arbeitete, wobei er Strassmann kennenlernte: Prittwitz, *Petersburg*, S. 125–130.
- 81 Der Klub zählte später rund 50 Mitglieder; E. Strassmann, Niederschrift vom 19. 2. 1948, S. 1, IfZ, ZS 380.
- 82 H. Lachmund, Politischer Werdegang, NL Lachmund; Dehler: E. Strassmann, Niederschrift vom 19. 2. 1948, S. 1, IfZ, ZS 380.
- 83 Dies ist der einzige gesperrt geschriebene Satz im einleitenden Beitrag des *Jahrbuchs 1924/25*, S. 11.
- 84 Einige Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete waren dem Klub beigetreten, darunter Max Eichholz (DDP). Von den Gründern waren Landahl seit 1924, Dahrendorf und Haubach seit 1928 MdHB. Auch der später beigetretene Erich Lüth (DDP) wurde MdHB (1928–1930): E. Lüth, *Ein Hamburger schwimmt gegen den Strom*. Hamburg 1981, S. 85. – An einem Gästebend am 2. 10. 1926 nahmen lt. Aufzeichnung von Dr. Lindemann vom 4. 10. 1926 als Gäste teil: »Herr Senator Schönfelder und Herr Senator Eisenbarth, die Bürgerschaftsmitglieder Dr. Stubmann, Landahl, Leuteritz, Biedermann, Podyyn. Ferner aus Altona Oberbürgermeister Brauer, Senator Oelsner und Senator Lamp'l.« (BA, NL Robinsohn 17) Die Mitglieder sollen außer aus der SPD und DDP auch aus dem Zentrum stammen, lt. *Jahrbuch 1924/25* des Klubs vom 3. Oktober, S. 9.
- 85 Klub vom 3. Oktober, *Jahrbuch 1924/25*; ders., *Jahrbuch 1925/26*. Die Jahrbücher waren mit Leineneinband und Goldprägung ansprechend aufgemacht.
- 86 *Bemerkungen aus dem Klub vom 3. Oktober*. Zusammengestellt von Dr. Ernst

- Strassmann. Über den Inhalt der Nrn. 1 (25. 4. 1925) und 2 (8. 7. 1925) informiert das *Jahrbuch 1924/25*, S. 32. Die Nr. 3 (10. 11. 1925) ist als einzige erhalten: BA, NL Robinsohn 17. Weitere Ausgaben sind nicht erschienen (*Jahrbuch 1925/26*, S. 5).
- 87 Robinsohn (über den Klub vom 3. Oktober), *Rückblick auf die Zwanziger Jahre!*, S. 3; Typoskript im BA, NL Robinsohn 19. Ein gedrucktes Einladungsschreiben zu einem gemeinsamen Abendessen mit Ansprache Landahls am 2. 10. 1926 im BA, NL Robinsohn 17.
- 88 Einheitsstaat und Dezentralisierung: *Jahrbuch 1925/26*, S. 17–21; zum Unitarismus auch *Jb 1924/25*, S. 12–14 und 31. – Republikanisierung: *Jb 1924/25*, S. 30; *Jb 1925/26*, S. 9–16. – Pluralismus: *Jb 1925/26*, S. 15 und 30. – Friedenspolitik: *Jb 1924/25*, S. 19.
- 89 Ernst Feder: *Das Diktatargesetz. Eine unmögliche »Vorstudie«*. In: *Berliner Tageblatt* vom 19. 10. 1926. Dieser und weitere Zeitungsausschnitte im BA, NL Robinsohn 17 und NL Vagts 26.
- 90 Sohn des damaligen Reichsinnenministers Wilhelm Külz (DDP).
- 91 Sohn des verstorbenen Reichsinnenministers Hugo Preuß (DDP).
- 92 Robinsohn, *Rückblick* (wie Anm. 87), S. 2. – Interview Robinsohn mit Dr. U. Büttner, 24. 9. 1974, FSt, Fasc. 751–5.
- 93 Sitzung des Parteiausschusses vom 28. 11. 1926, in: *Linkliberalismus*, S. 403–419, hier S. 418. Von etwa 150 Anwesenden lehnten nur 3 die Resolution ab (ebd., S. 417).
- 94 *Auswärtige Politik und Rüstungsfrage*. In: *Jahrbuch 1924/25*, S. 15–20, hier S. 19. Das Referat Strassmanns wurde am 2. 4. 1925 gehalten (ebd., S. 16).
- 95 Ebd., S. 20.
- 96 Strassmann hatte durch Jans Kingma (Berlin) über dessen Bruder Otto (Wilhelmshaven) Fragen bezüglich der Kriegsmarine und des Marineetats an den Oberdeckoffizier a. D. Arthur Grunewald richten lassen, mit dessen Sohn Ari die Brüder Kingma persönlich befreundet und in der DDJ politisch verbunden waren. Jedoch gab es gerade in dieser Zeit ein politisches (Übertritt von Grunewald sen. und jr. zur SPD) und persönliches Zerwürfnis zwischen Otto Kingma und Grunewald jr., so daß die Fragen Strassmanns auf diesem Wege nicht geklärt wurden (O. Kingma an J. Kingma, 16. März 1926; in: NL O. Kingma). Auf eine weitere Anfrage konnte Grunewald jr. am 19. 3. 1926 nur wenige grobe Angaben machen. – Die Beratung im Klub ist zusammengefaßt in dem Beitrag *Die Reichswehr und ihr Etat* im *Jahrbuch 1925/26*, S. 22–27.
- 97 Ebd. S. 23 f.; Zitat S. 24.
- 98 Ebd. S. 27; die Detailkritik S. 24–26.
- 99 Rainer Wohlfeil, *Heer und Republik*. In: MGFA (Hg.), *Militärsgeschichte*, Band 3, Abschnitt 6, S. 5–303, hier S. 182 f. – Schmädeke, *Kommandogewalt*, S. 158.
- 100 J. Kingma an O. Kingma, 12. 11. 1926, NL O. Kingma.
- 101 Sitzung des Parteiausschusses vom 28. 11. 1926: *Linkliberalismus*, S. 403–419, bes. S. 417 f.
- 102 *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des deutschen Reichstages, 3. Wahlperiode 1924–1928*. Bd. 414, Berlin 1927, Drucksache Nr. 3198. – Vgl. Schneider, *Deutsche Demokratische Partei*, S. 120. – Schmädeke, *Kommandogewalt*, S. 158 f.
- 103 Wohlfeil, *Heer und Republik* (wie Anm. 99), S. 184.
- 104 Durchschlag des Schreibens, unterschrieben von Hans Robinsohn, in: BA, NL Vagts 27, Anlage zum Schreiben des Hamburger DDP-Vorsitzenden Stubmann vom 9. 12. 1926 an Anton Erkelenz, Mdr. – Eine in der Sache ganz

- ähnliche Kritik übt Carl von Ossietzky in seinem Artikel *Thoiry und Gessler* in der *Weltbühne*, 22, 1926, Nr. 44 vom 2. 11. 1926, S. 679–682, hier S. 681 f.
- 105 Zum Panzerkreuzer A: Robinsohn, *Rückblick*, wie Anm. 87, S. 2. – Ähnlich zerstritten war die Auffassung innerhalb der DDP über den Panzerkreuzer A: Schneider, *Deutsche Demokratische Partei*, S. 128–132. – Ein Parteitag der Hamburger DDP lehnte den Panzerkreuzer A einstimmig ab, obwohl der DDP-Vorsitzende Erich Koch-Weser und der RDDJ-Vorsitzende Ernst Lemmer zur Verhinderung dieses Beschlusses angereizt waren: Büttner, *Vereinigete Liberale*, S. 20.
- 106 *Herold* 10, 1929, Nr. 6–7, S. 208; Mitglieder des Ausschusses waren außerdem Dr. Hellmuth Jaeger, Ernst Lemmer, Hauptmann Pfannkuch und DDJ-Reichsgeschäftsführer Ernst Reichelt, alle aus Berlin.
- 107 Daß alle Strassmanns der DStP ferngeblieben sind, bestätigt Hildegard Straßmann, 6. 5. 1988. Ernst Strassmann gibt in seiner Personalakte (BA, R 22) während der NS-Zeit regelmäßig an, er sei von 1920 bis zum Frühjahr 1926 Mitglied der »Deutschen Staatspartei« (richtig: DDP) gewesen; andererseits befinden sich darin ein Aktenvermerk über eine mündliche Fürsprache des Rechtsanwalts und Notars Dr. Grzimek MdL vom 13. 2. 1929 und ein Brief von Grzimek vom 29. 12. 1929, in denen er Strassmanns DDP-Mitgliedschaft ausdrücklich erwähnt. Ein weiterer Brief Grzimeks vom 13. 3. 1930 läßt die DDP-Mitgliedschaft unerwähnt. – Zu Robinsohns Austritt aus der DDP 1930 vgl. seinen Erinnerungsbericht über die Umwandlung der Deutschen Demokratischen Partei zur Staatspartei, StA Hamburg; sowie Gespräch von U. Büttner mit Robinsohn vom 24. 9. 1974, in: FSt, Fasc. 751–5.
- 108 Schwarz, Wolff, S. 276, mit Bezug auf Oskar Stark, *Unter dem Ausnahmezustand*. In: *Berliner Tageblatt* 345, 22. 7. 1932.
- 109 H. Robinsohn an Verf., 10. 1. 1980.
- 110 Für die liberalen Parteien hat der Verf. diesen Aspekt in der Ausstellung *Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler 1933–1945* gestreift; vgl. den gleichnamigen Katalog, S. 24–27.
- 111 Von den fünf DDP-Abgeordneten waren in einer internen Vorabstimmung zwei (Theodor Heuss, Hermann Dietrich) gegen, drei (Reinhold Maier, Ernst Lemmer [bis 1930 RDDJ-Vorsitzender], Heinrich Landahl) für die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz gewesen. Im Plenum des Reichstags sollte Geschlossenheit gezeigt werden, so daß die ganze DStP-Gruppe zustimmte; vgl. Heuss, *Fragment von Erinnerungen aus der NS-Zeit*. In: VfZ 15, 1967, S. 1–17.
- 112 Vgl. Dok. 1.
- 113 RDP: Burkard Gutleben, *Radikaldemokratische Partei – aufrechte Linksliberale ohne Erfolg*. In: *liberal* 28, 1986, S. 65–72, hier S. 69–71. DVP: Hans Booms, *Die Deutsche Volkspartei*. In: Matthias/Morsey (Hgg.), *Ende*, S. 523–539, hier S. 534–539; DStP: Matthias/Morsey, *Die Deutsche Staatspartei*. In: ebd., S. 31–97, hier S. 70.
- 114 Bis Mai 1933: *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* vom 7. 4. 1933, RGBl. I, S. 175; *Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft* vom 7. 4. 1933, RGBl. I, S. 188; *Gesetz betr. die Zulassung zur Patentanwaltschaft und zur Rechtsanwaltschaft* vom 22. 4. 1933, RGBl. I, S. 217; *Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen* vom 25. 4. 1933, RGBl. I, S. 215; *Gesetz über die Zulassung von Steuerberatern* vom 6. 5. 1933, RGBl. I, S. 257.
- 115 Ganz ähnlich formulierte das Gruppenmitglied Paul Reichert, *Warum ist ein*

- großer Teil der Jugend reaktionär?, schon 1921: »Was ist denn z. B. der Antisemitismus, zum größten Teil, anderes, als die Illiberalität in Reinkultur, dies Verdammten einer ganzen Rasse, ohne Ansehen des Individuums?!« In: *Die Hilfe* 27, 1921, Nr. 34, S. 543 f., hier S. 544.
- 116 Dies kritisierte auch Oskar Stark in seinem Artikel *Der Ungeist von Boxheim*, in: *Berliner Tageblatt* 559 vom 27. 11. 1931; vgl. Schwarz, Wolff, S. 260 und 265 f.
- 117 Freisler hatte sich 1920 als angeblicher Demokrat mit einigen Freunden in die Gründungsversammlung des Demokratischen Studentenverbandes an der Universität Göttingen eingeschlichen und diese gesprengt: Leserbrief Robinsohns an *Die Welt* vom 5. 9. 1964, Durchschlag im BA, NL Robinsohn 8.
- 118 »Ich selber habe stets mit einer etwa siebenjährigen Dauer gerechnet«, schreibt er später: Robinsohn, *Versuch*, S. 197. In der Sache ebenso: Robinsohn an E. und M. Frenk, 21. 1. 1939, BA, NL Robinsohn 1.
- 119 Die Ergänzung zu dem Kurzkomentar von Loening-Basch-Strassmann, sollte laut *GV 1910–1965* wie folgt erscheinen: Ernst Strassmann, *Rechtsprechung und gesetzliche Änderungen vom Juli 1931 bis Dezember 1933*. (= *Nachtrag...*) München (Beck) 1934. Laut einer Rundfrage in den Zentralkatalogen der BRD ist dieser Nachtrag nirgends vorhanden. Auch eine Anfrage beim Beck-Verlag war vergebens, da »nahezu alle Unterlagen der Vorkriegszeit« durch den Bombenkrieg vernichtet wurden (C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München, an Verf., 28. 1. 1987).
- 120 Kurt R. Grossmann, *Ossietszky. Ein deutscher Patriot*. Frankfurt/M. 1973, S. 264.
- 121 O. Stark, *Die Klammer*. In: *Berliner Tageblatt* 109, 5. 3. 1933; vgl. Schwarz, Wolff, S. 280. In einem Artikel vom 4. 3. 1933 machte Stark die Rechtsparteien für den Niedergang der Weimarer Republik mitverantwortlich: Boveri, *Wir lügen alle*, S. 47.
- 122 Boveri, *Wir lügen alle*, S. 48.
- 123 Ebd., S. 79 f.
- 124 N. B., *Ein Zeitungsmann*, in: FAZ v. 27. 1. 1970.
- 125 Robinsohn, *Die Deutsche Opposition* (Privatnachlaß Vagts), S. 1 und 20.
- 126 O. Kingma an J. Kingma, 3. 10. 1926, NL O. Kingma.
- 127 Strassmann, Niederschrift vom 19. 2. 1948, S. 1, IfZ, ZS 380. *Organisationshandbuch* der DDP, 1926, S. 436.
- 128 Franz M. Grüger jr. an Verf., 12. 9. 1985, 29. 12. 1985 und 31. 1. 1986 über eine Eintragung im Gästebuch des Vaters vom 18. 5. 1934 (Karfreitag). – Nach Auskunft von Hans Reif, 4. 9. 1982, war er DDP-Mitglied.
- 129 Robinsohn, *Personen*, S. 1, IfZ, ED 166. – Egon Bandmann war ursprünglich in der DDJ; Hans Reif lernte ihn zusammen mit Robinsohn und Strassmann auf Tagungen des Demokratischen Studentenverbandes kennen: Interview Reif, 16. 7. 1982. Bandmann verließ die SPD 1930, weil er im Gegensatz zu führenden Hamburger Sozialdemokraten den Mittelstand nicht für zum Untergang verurteilt hielt, sondern für eine aktive Mittelstandspolitik eintrat (Büttner, *Staats- und Wirtschaftskrise*, S. 527, Anm. 266); er schloß sich nach einer Aufforderung Carl Petersens am 8. August 1930 der DStP an (Briefwechsel Petersen–Bandmann in: *Die Freie Stadt* 5 / 1930). Schon vor Gründung des Klubs vom 3. Oktober hatte Bandmann im *Herold* der DDJ 3, 1922, Nr. 30 (September), über *Jugend und Wirtschaft* publiziert (S. 3). Vgl. Anhang 1.
- 130 Sie führte Strassmann den Haushalt und war von Anfang an – jedoch in Grenzen – eingeweiht: R. Prestin an R. Cardell, 19. 6. 1945, BA, NL Robinsohn 4. Interview H. und M. Lange, 13. 4. 1984.

- 131 Robinsohn, *Personen*, S. 2, IfZ, ED 166.
- 132 Interview Jacobsen, 6. 10. 1986. Robinsohn an Vagts, 19. 7. 1969, BA, NL Robinsohn 8.
- 133 Interview H. und M. Lange, 13. 4. 1984.
- 134 Notarielle Erklärung von E. Strassmann, 7. 2. 1946; Abschrift im NL Lachmund.
- 135 *Organisationshandbuch* der DDP, 1926, S. 431 f.
- 136 Undatierte Niederschrift im NL W. Lange.
- 137 Auskunft H. Lange, 3. 5. 1988. – Beide waren leitend im Reichsbanner, Gau Nordwestdeutschland: 2. Gauführer und technischer Gauleiter war Grunewald sen. (Stapostelle Wilhelmshaven an das Gestapa, 14. 3. 1939, BA, R 58/455, Bl. 247). – Der Sohn war Vorsitzender des DDJ-Verbandes Weser-Ems (*Echo* 4, 1923, Nr. 4, S. 65).
- 138 E. Strassmann, Niederschrift vom 19. 2. 1948, IfZ, ZS 380. Auskunft der Tochter E. Hollbach, 12. 4. 1987 und Interview 17. 6. 1987. Hollbach war Landesvorsitzender der DDJ Baden (*Echo* 2, 1920, Nr. 12, S. 123; *Echo* 3, 1921, Nr. 12, S. 157), stellvertretender Beisitzer im RDDJ-Vorstand (*Echo* 3, 1921, Nr. 1, S. 11), nach seinem Umzug nach Köln Vorsitzender der Westdeutschen Arbeitsgemeinschaft der DDJ (*Echo* 7, 1925, Nr. 2, S. 70). Später wurde er Mitglied des Reichsführerrates der DDJ: *Herold* 8, 1927, Nr. 77, S. 102, und Nr. 8 (neue Zählung der Hefte!), S. 173.
- 139 Auskunft aus der Personalakte Dr. Hoernigks von 1945–1948, lt. Schreiben des StA Magdeburg an Verf., 15. 3. 1990.
- 140 Bandmann war Gründungsmitglied; Kingma: O. Kingma an J. Kingma, 3. 10. 1926, NL O. Kingma; Lachmund: *Politischer Werdegang*, NL Lachmund.
- 141 Elsas war einer der politischen Mentoren der Jungdemokraten Robinsohn und Strassmann. Robinsohn erinnert an den gemeinsamen wilden Haß auf Reichswehrminister Gessler (Robinsohn an Pauls, 16. 11. 1945, BA, NL Robinsohn 7) und an den gemeinsamen Versuch, die DDP zu radikalisieren (Robinsohn an Jacobsen, 9. 10. 1952, BA, NL Robinsohn 4; ohne Verfasserangabe auszugsweise auch in: 20. Juli 1944, S. 243–245, hier S. 244). – Reichert: Besuche Reicherts bei Lachmund am 2. 4. 1934 (Ostermontag) und am 8. 7. 1935 sind vermerkt im Gästebuch Lachmund (NL Lachmund). Reichert erwähnt den Anschluß an die Strassmann-Gruppe »bald nach der Machtergreifung«: Lebenslauf, 29. 11. 1948, StA Schwerin, Landtag Mecklenburg 1946–1952, Nr. 300. – Wentker: H. und M. Lange, Interview 16. 8. 1989. – Krause: Wentker, undatiertes Lebenslauf als Anlage zu seinem Schreiben vom 12. 10. 1947 an den Landrat des Kreises Wolfenbüttel, NL Wentker. – Fuchs: Robinsohn, *Personen*, S. 5, IfZ, ZS 380; Jacobsen an Verf., 30. 8. 1985. – Vgl. Karte 1: Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934/35.
- 142 *Herold* 4, 1923, Nr. 35, S. 25.

2. Kapitel

- 1 Robinsohn an Ernst und Marianne Frenk, 3. 8. 1934, BA, NL Robinsohn 1. Unterstreichungen im Original.
- 2 Strassmann, Niederschrift vom 19. 2. 1948, IfZ, ZS 380. Die Bezeichnung als »Bibel« erwähnten Robinsohn (u. a. Brief an W. Jacobsen, 4. 12. 1945, BA, NL Robinsohn 4) sowie Interview H. und M. Lange, 13. 4. 1984. Neufundamentie-

- rung: Robinsohns Denkschrift *Der Nationalsozialismus*, S. 9, (vgl. Dok 1, S. 263), Vereine: Robinsohn an Jacobsen, 4. 12. 1945, BA, NL Robinsohn 4.
- 3 Strassmann, Niederschrift (wie Anm. 2). – 40 Seiten: Interview H. und M. Lange, 16. 8. 1989. – Zu den wohl praktisch gemeinten »Grundsätzen« vgl. Kap. 3.
 - 4 Robinsohn, *Personen*, S. 4, IfZ, ED 166; Strassmann, Niederschrift (wie Anm. 2).
 - 5 Robinsohn, *Personen* (wie vorige Anm.). Die Denkschrift ist im IfZ, ED 166, und im Privatnachlaß Vagts; künftig im BA, NL Vagts. Das Kapitel »Ziele« umfaßt die Seiten 28 bis 37 der Denkschrift *Die Deutsche Opposition*. Außerdem gibt es allgemeine Hinweise auf den Inhalt der »Bibel« in: Strassmann, Niederschrift (wie Anm. 2), und von H. und M. Lange, Interview vom 13. 4. 1984.
 - 6 Robinsohn an Ernst und Marianne Frenk, 9. 5. 1934 (aus Kopenhagen), 3. 8. 1934 (Amsterdam) und 27. 7. 1935 (Saas-Fée), BA, NL Robinsohn 1. – Denkschrift vom Herbst 1941: Dok. 12.
 - 7 Die flüchtige, handschriftliche Niederschrift »Wir stehen am Ende einer Epoche...« (7 beidseitig beschriebene Blätter, NL Stenzel) war offenbar ein erster Entwurf, was sich an der fehlenden Überschrift, den gelegentlichen Einfügungen und an sprachlichen Merkmalen zeigt. Auch Datum, Orts- und Verfasserangabe fehlen, jedoch konnte die Tochter die Handschrift Kurt Stenzels eindeutig identifizieren.
 - 8 In der Mitte des Jahres 1934 war Deutschland durch seinen Austritt aus dem Völkerbund (14. 10. 1933), seine Aufrüstungspolitik und den Putsch österreichischer Nationalsozialisten (25. 7. 1934) außenpolitisch isoliert, woran der Nichtangriffspakt mit Polen (26. 1. 1934) wenig änderte. Erst durch das Flottenabkommen mit Großbritannien (18. 6. 1935) wurde die Isolation durchbrochen.
 - 9 Robinsohn an E. und M. Frenk, 9. 5. 1934, 27. 7. 1935, S. 35, und 15. 1. 1939, S. 13, BA, NL Robinsohn 1.
 - 10 Robinsohn an Jacobsen, 7. 2. 1955, BA, NL Robinsohn 4. Dort auch das folgende Zitat. – Zu den Bremsern zählten neben dem beauftragten Reichswirtschaftsminister Schacht (bis 1926 DDP) der Staatssekretär im Außenministerium Bernhard Wilhelm von Bülow (DDP) und der Chef der Präsidialkanzlei, ab 1937 Reichsminister Otto Meißner (DDP). – Über Schachts problematische Rolle schreibt Helmut Genschel, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*. Göttingen 1966, S. 137, Anm. 84: »Schacht hat, verglichen mit anderen Ministern, ein überdurchschnittliches Maß an Zivilcourage und Grundsatztreue gezeigt [...]. Ebenso hat er gegenüber in- und ausländischen, ja selbst jüdischen Wirtschaftskreisen viel zur Tarnung des Dritten Reiches als eines scheinbar sachlich und konstruktiv arbeitenden Regimes beigetragen.« – Über Bülow, der 1936 im Amt starb, vgl. Peter Krüger/Erich J. C. Hahn, *Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Bernhard Wilhelm von Bülow im Frühjahr 1933*. In: VfZ 20, 1972, S. 376–410; über Meißner dessen Lebenserinnerungen: *Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918–1945, wie ich ihn erlebte*: Hamburg 1950. – Zu den Bremsern gehörten auch der preußische Finanzminister Johannes Popitz (DNVP) und der Präsident des Rechnungshofes des Deutschen Reiches Friedrich Saemisch (DDP). Saemisch hatte das Amt des Rechnungshofspräsidenten 1922 übernommen und übte es bis 1938 aus (Reinhold Borzikowsky, *Finanzkontrolle und Rechnungsprüfungswesen*. In: Jeserich u. a. [Hgg.], *Verwaltungsgeschichte*, Bd. 4, S. 209–218 und S. 883–888, bes. S. 216f.). Außerdem war

Saemisch Reichssparkommissar, Vorsitzender des Reichsschuldenaussschusses und Kommissar für die Notenausgabe: *Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935*. Bd. 1, Berlin 1934, S. 26.

- 11 Robinsohn an E. und M. Frenk, 27.7.1935, S. 7–13, BA, NL Robinsohn 1. Robinsohn, *Von der Opposition in Deutschland*, S. 4 f. BA, NL Robinsohn 31.
- 12 Robinsohn an E. und M. Frenk, 27.7.1935, S. 20 f., 36 f.: BA, NL Robinsohn 1.
- 13 Ebd., S. 40.
- 14 *Bericht No. 2*, November 1937, S. 3, hier Dok. 4.
- 15 Robinsohn, *Bericht No. 3*, hier Dok. 5. Daß Robinsohn damit die Auffassung der Führungsgruppe wiedergab, ergibt sich aus dem Umstand, daß dieser Kreis sich am Tag nach Schachts Rücktritt zu Strassmanns 40. Geburtstag traf, wo die aktuelle Lage erörtert werden konnte.
- 16 Robinsohn an E. und M. Frenk, 15. 1. 1939, S. 17, BA, NL Robinsohn 1.
- 17 Robinsohn an E. und M. Frenk, S. 13, (wie Anm. 16). Ebenso schon im *Bericht No. 5* (März 1938), S. 3, hier Dok. 7, S. 305.
- 18 Robinsohn an E. und M. Frenk, S. 13–15, (wie Anm. 16).
- 19 Strassmann an Dehler, 25.4.1955, ADL, NL Dehler 1465.
- 20 Robinsohn an E. und M. Frenk, 27.7.1935, S. 23, BA, NL Robinsohn 1; *Bericht No. 8* (März 1939), S. 4, hier Dok. 9, S. 324. Robinsohns Denkschrift *Die Deutsche Opposition* (März bis August 1939).
- 21 Denkschrift vom Herbst 1941, S. 7. Über den anderen Teil der Deutschen hatte Robinsohn 1933 geschrieben: »Der Faschismus entspricht in vielen Punkten der deutschen Mentalität.« *Der Nationalsozialismus*, S. 38.
- 22 *Bericht No. 8*, S. 5, vgl. Dok. 9, S. 326.
- 23 *Die Deutsche Opposition*, S. 50, vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 471.
- 24 »Ich habe überhaupt von der Liebe des Vaterlandes (es tut mir leid, daß ich Ihnen vielleicht meine Schande gestehen muß) keinen Begriff, und sie scheint mir aufs höchste eine heroische Schwachheit, die ich recht gern entbehre.« Gotthold Ephraim Lessing an Johann Wilhelm Ludwig Gleim, 14. 2. 1759, in: Lessing, *Werke. Dichtungen, Briefe*. Hg. von Paul Stapf. Bd. 1, Wiesbaden o. J., S. 1082–1084, hier S. 1083.
- 25 Robinsohn an E. und M. Frenk, 15. 1. 1939, S. 15 (wie Anm. 16).
- 26 *Die Deutsche Opposition*; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 465.
- 27 Denkschrift vom Herbst 1941, S. 2, vgl. Dok. 12, S. 347 f.
- 28 Robinsohn an E. und M. Frenk, 15. 1. 1939, (wie Anm. 16), S. 15, 17, 20.
- 29 *Bericht No. 3* (Ende 1937), S. 2; *Bericht No. 7* (Februar 1939), S. 5, hier Dok. 5, S. 297 f. und Dok. 8, S. 314.
- 30 Robinsohn an H. Lange, 26. 4. 1947, BA, NL Robinsohn 6. Das folgende Zitat ebd. – Der Begriff stammt von Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 173. Vgl. auch die Ausführungen von Richard Thoma, *Staat (Allgemeine Staatslehre)*, mit einem Abschnitt: »Der konstitutionelle (gewaltenteilende) republikanische Parteienstaat«, in dem er sich besonders auf die USA und die Weimarer Republik bezieht, in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, hg. von Ludwig Elster/Adolf Weber/Friedrich Wieser, Bd. 7, Jena 4 1926, S. 724–756, hier S. 735–737.
- 31 Hermann Lange erinnert sich nicht, ob das konstruktive Mißtrauensvotum darin enthalten war, jedoch entspricht es nach seiner Erinnerung genau den Intentionen der Gruppe: Interview H. und M. Lange, 21. 8. 1986.
- 32 Tennant an das Foreign Office, 19. 1. 1940, PRO, FO 371/24405, C 2577/89/18.
- 33 Tagebucheintragung vom 30. August 1921, zitiert in: Fritz Elsas, *Erinnerungen*

- aus meinem Leben 1908–1918 (1922). Typoskript, verfaßt zwischen 1940 und 1943, S. 752, NL Elsas. Diese Stelle fehlt in der gedruckten Fassung *Stuttgarter Rathaus*.
- 34 *Bericht No. 7* (Februar 1939), S. 5, vgl. Dok. 8, S. 313. – Kurt Stenzels Entwurf von 1945 fordert eine starke unitarische Republik. – Monarchie: Interview v. Henke, 14. 7. 1987. Schon im Klub vom 3. Oktober galt eine Monarchie als »tragbar [...], wenn sie eine Monarchie von demokratischen Bürgern ist, nicht aber von monarchistischen Untertanen«: Rezension von Emil Ludwigs Biographie *Wilhelm II.*, in: *Bemerkungen aus dem Klub vom 3. Oktober*, Nr. 3 (November 1925), S. 9f., hier S. 10, BA, NL Robinsohn 17.
- 35 Strassmann, Niederschrift vom 19. 2. 1948, IfZ, ZS 380, nennt es »ein eigenes politisches Programm für die ersten Jahre nach dem revolutionären Sturz des Nationalsozialismus«.
- 36 *Bericht No. 2* (November 1937), S. 3, vgl. Dok. 4, S. 294.
- 37 *Von der Opposition in Deutschland*, S. 6, BA, NL Robinsohn 31.
- 38 Denkschrift vom Herbst 1941, S. 2, vgl. Dok. 12, S. 348.
- 39 Ebd., S. 23, hier S. 358.
- 40 Ebd., S. 31, hier S. 364.
- 41 Dieser Gedanke steht zwar nur in der Denkschrift vom Herbst 1941, S. 32f. (»Nach einigen Wochen«); wenn er aber unter den schwierigen Kriegsbedingungen ausgesprochen wird, ist anzunehmen, daß er in Friedenszeiten nicht gefehlt hat.
- 42 Klub vom 3. Oktober, *Jahrbuch 1925/26*, S. 28–33, bes. S. 30f., 33.
- 43 Denkschrift vom Herbst 1941, S. 31, hier S. 364.
- 44 *Die Deutsche Opposition*, S. 29; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 461.
- 45 Ebd. – Die Aufgabenbeschreibung des Parlaments entspricht deutlich der von Max Weber konzipierten plebiszitären Führerdemokratie (Wolfgang J. Mommsen, *Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920*. 2., überarb. u. erw. Aufl. Tübingen 1974, S. 422–427); wohl nicht zufällig bezeichnet Hans Robinsohn ihn in einem Brief an Egon Bandmann vom 14. 10. 1940 als »unser[en] Lehrer Max«: BA, NL Robinsohn 28.
- 46 *Parlamentarismus auf Schleichwegen*, in: *Bemerkungen aus dem Klub vom 3. Oktober*, Nr. 3, 1925, S. 1–4, hier S. 1.
- 47 Ebd., S. 2.
- 48 Ebd., S. 3.
- 49 Für den Ausbau der Selbstverwaltung sprach sich schon das *Jahrbuch 1925/26*, S. 17–21, des Klubs vom 3. Oktober aus.
- 50 *Die Deutsche Opposition* S. 29f.; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 461.
- 51 Moltke, *Die kleinen Gemeinschaften*. Abgedruckt in: G. v. Roon (Hg.), *Moltke*, S. 154–158.
- 52 *Die Deutsche Opposition*, S. 30; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 461. – In Stenzels Entwurf von 1945 (NL Stenzel) heißt es: »Die kommunale Selbstverwaltung wird gefördert werden.«
- 53 Robinsohn an H. Lange, 26. 4. 1947, BA, NL Robinsohn 6, und an Strassmann, 2. 5. 1947, BA, NL Robinsohn 24. – Ebenso Robinsohns Denkschrift vom Herbst 1941, S. 32 und 34, hier: Dok. 12, S. 364f. und 368f.
- 54 Denkschrift vom Herbst 1941, S. 31 bzw. hier S. 363f.
- 55 Klub vom 3. Oktober, *Jahrbuch 1924/25*, S. 6; *Jahrbuch 1925/26*, S. 17–21.
- 56 S. 363f.
- 57 Klub vom 3. Oktober, *Jahrbuch 1924/25*, S. 17–20; *Jahrbuch 1925/26*, S. 22–27.

- 58 Vgl. Michael Salewski, *Die bewaffnete Macht im Dritten Reich 1933–1939*. In: MGFA (Hg.), *Militärsgeschichte*, Teil VII, S. 13–287, hier S. 49–59.
- 59 *Bericht No. 5* (März 1938), S. 3, vgl. Dok. 7, S. 305.
- 60 *Bericht No. 4* (Februar 1938), S. 2, vgl. Dok. 6, S. 301.
- 61 Robinsohn an Vagts, 19. 11. 1939, Privat-NL Vagts.
- 62 Robinsohn an E. und M. Frenk, 15. 1. 1939, S. 14 f. (wie Anm. 16).
- 63 Denkschrift vom Herbst 1941, S. 13.
- 64 Reissert, Schutzschrift vom 28. 5. 1945, NL Reissert.
- 65 Hollbach, Niederschrift vom 23. 2. 1947, ADL, NL Dehler 947.
- 66 Klub vom 3. Oktober, *Jahrbuch 1924/25*, S. 19.
- 67 Ebd., S. 20.
- 68 Tennant an FO, 19. 1. 1940, PRO, FO 371/24405, C 2577/89/18.
- 69 Robinsohn, *Zeitfragen (II): Ist die Bundeswehr tabu?* In: *Vorgänge* 13, 1974, Nr. 9, S. 8–12.
- 70 *Von der Opposition in Deutschland*, S. 6, BA, NL Robinsohn 31.
- 71 *Die Deutsche Opposition*, S. 28; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 460.
- 72 *Bericht No. 8* (März 1939), S. 7, hier: Dok. 9, S. 329.
- 73 Denkschrift vom Herbst 1941, S. 34–36, hier: Dok. 12, S. 367–369.
- 74 Diese werden im Kapitel »Ziele« der Denkschrift *Die Deutsche Opposition* von 1939 (vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 460 f.) zwar nur angedeutet, im Punkt »Ziele der Bewegung« des Handpapiers vom Mai 1939 aber summarisch genannt (»Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten«); ebenso im *Bericht No. 2* (November 1937); vgl. Dok. 10, S. 330 und Dok. 4, S. 295.
- 75 *Die Deutsche Opposition*, S. 28 f. (vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 461).
- 76 Ebd., S. 29 bzw. S. 461.
- 77 *Jahrbuch 1925/26* des Klubs vom 3. Oktober, S. 15 und 30.
- 78 *Parlamentarismus auf Schleichwegen* (wie Anm. 46), S. 2.
- 79 *Der Nationalsozialismus*, S. 30.
- 80 Ernst Strassmann, *Das Vermächtnis des 20. Juli* [Rede zum 20. Juli 1952], BA, NL Robinsohn 27, S. 2.
- 81 Denkschrift vom Herbst 1941, S. 28 f., 33 f., hier: Dok. 12, S. 367.
- 82 *Jahrbuch 1925/1926* des Klubs vom 3. Oktober, S. 16.
- 83 Wie Anm. 53. – Stenzel erklärte, die Gruppe wolle die Deutschen allmählich zur Freiheit erziehen: Tennant an FO, 19. 1. 1940, PRO, FO 371/24405, C 2577/89/18.
- 84 *Die Deutsche Opposition*, S. 29; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 461.
- 85 Denkschrift vom Herbst 1941, S. 32, hier: Dok. 12, S. 366.
- 86 Ebd., S. 34 f. bzw. S. 368 f. – Vgl. Sassin, *Liberals of Jewish Background*, S. 390–393.
- 87 Denkschrift vom Herbst 1941, S. 25 f.; vgl. ebd., S. 33; in diesem Band S. 366.
- 88 *Von der Opposition in Deutschland*, S. 6, BA, NL Robinsohn 31.
- 89 Tennant an FO, 19. 1. 1940, PRO, FO 371/24405, C 2577/89/18.
- 90 Denkschrift vom Herbst 1941, S. 28, hier: Dok. 12, S. 362.
- 91 W. Stoecker, *Dr. Ernst Strassmann*, S. 2 f. Ähnliche Angaben machen: Interviews H. und M. Lange, 21. 8. 1986; Mierendorff, 27. 10. 1987; Mendelson, 5. 8. 1986; D. Stoecker, 26. 8. 1985.
- 92 Robinsohn an E. und M. Frenk, 27. 7. 1935, BA, NL Robinsohn 1. – Fritz Elsas, *Erinnerungen aus meinem Leben* (wie Anm. 33), setzte sich schon Anfang 1919 für einen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit ein (S. 491): »Der 9. November 1918 war kein Ende, sondern ein Anfang – der 30. Januar 1933 war kein Anfang, sondern eine Fortsetzung für eine Entwicklung, die, solange sie nicht

- zu einer Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit geführt hat, nicht beendet sein wird.« Diese Stelle fehlt in der Druckfassung *Stuttgarter Rathaus*, vgl. dort aber S. 90–93.
- 93 Das große Gewicht, das der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik im Abschnitt »Ziele« der Denkschrift *Die Deutsche Opposition*, S. 29 und 34f. (vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 461–464) beigemessen wird, entspricht der ausführlichen Behandlung in Robinsohns Brief an E. und M. Frenk vom 27.7.1935, BA, NL Robinsohn 1, und in der Denkschrift vom Herbst 1941, S. 25–27.
- 94 Robinsohn, *Der Nationalsozialismus*, S. 46f., hier S. 273f.
- 95 Stenzel lt. Tennants Bericht an FO, 19.1.1940, PRO, FO 371/24405, C 2577/89/18.
- 96 Klub vom 3. Oktober, *Jahrbuch 1924/25*, S. 13. Vgl. den Angriff aus das Kabinett Luther, »weil es in der Zollpolitik die Marionette eifriger aber törichter Verbandssyndici ist«: *Bemerkungen aus dem Klub vom 3. Oktober*, Nr. 3, 10.11.1925, S. 2f. – Zum Hintergrund: Stegmann, *Zoll- und Handelspolitik*. Vgl. Dieter Geßner, *Industrie und Landwirtschaft 1928–1930*. In: H. Mommsen u. a. (Hgg.), *Industrielles System*, Bd. 2, S. 762–778, hier S. 766: »Die agrarische Veredlungswirtschaft als modernster Teil einer Agrarwirtschaft war in Deutschland aus Gründen des Kapitalmangels, der hohen Bodenpreise und der damit verbundenen Besitzersplitterung, der mangelnden Betriebsorganisation der Masse der kleinen und mittleren Besitzer, aber vor allem wegen der staatlichen Agrarpolitik der Vorkriegszeit rückständig.«
- 97 *Die Deutsche Opposition*, S. 32f.; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 462.
- 98 *Vornotizen*, ca. 1941, S. 1, BA, NL Robinsohn 31.
- 99 Stenzel, Entwurf von 1945, NL Stenzel.
- 100 *Bericht No. 2* (November 1937), S. 1, hier: Dok. 4, S. 291.
- 101 *Die Deutsche Opposition*, S. 32f.; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 462f.
- 102 *Vornotizen*, S. 2f.
- 103 Vgl. Bernd Weisbrod, *Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise*. Wuppertal 1978, S. 299–501.
- 104 *Die Deutsche Opposition*, S. 35; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 463.
- 105 *Vornotizen*, S. 6.
- 106 Stenzel, Entwurf von 1945, NL Stenzel.
- 107 Ernst Strassmann, *Das Vermächtnis des 20. Juli* [Rede zum 20. Juli 1952], BA, NL Robinsohn 27, S. 2.
- 108 Robinsohn an E. und M. Frenk, 27.7.1935, BA, NL Robinsohn 1.
- 109 Stenzel, Entwurf von 1945, S. 13, NL Stenzel.
- 110 *Die Deutsche Opposition*, S. 31–34; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 463.
- 111 *Vornotizen*, S. 2–5, BA, NL Robinsohn 31.
- 112 Denkschrift vom Herbst 1941, S. 36–38.
- 113 *Ebd.*, S. 14f.
- 114 *Bericht No. 2*, S. 1, hier: Dok. 4, S. 291.
- 115 *Die Deutsche Opposition*, S. 32; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 462.
- 116 *Vornotizen*, S. 6.
- 117 Denkschrift vom Herbst 1941, S. 26, hier: Dok. 12, S. 361.
- 118 Strassmann, *Der Klub vom 3. Oktober und die Politik*, Vortragsnotizen vom 2.8.1954, BA, NL Robinsohn 17.
- 119 Strassmann, Niederschrift vom 19.2.1948, IfZ, ZS 380.
- 120 *Jahrbuch 1924/25* des Klubs vom 3. Oktober, S. 11; erneut zitiert im *Jahrbuch 1925/26*, S. 5.

- 121 *Überblick über die Lage des NatSoz in Deutschland!* (April 1936), S. 1, hier: Dok. 2, S. 276.
- 122 Robinsohn an E. und M. Frenk, 27.7.1935, S. 38, BA, NL Robinsohn 1.
- 123 *Bericht No. 2* (November 1937), S. 4, hier: Dok. 4, S. 295.
- 124 *Bericht No. 5* (März 1938), S. 2 f., hier: Dok. 7, S. 305.
- 125 *Bericht No. 8* (März 1939), S. 3 f., hier: Dok. 9, S. 323 f. – Vgl. Friedrich Naumann, *Mitteleuropa*. Berlin 1915.
- 126 *Bericht No. 8*, S. 4, hier: Dok. 9, S. 324.
- 127 Robinsohn, Handpapier vom Mai 1939, S. 1, hier: Dok. 10, S. 330.
- 128 *Die Deutsche Opposition*, S. 35; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 464.
- 129 Ebd., S. 35 f. bzw. 464. Vgl. Denkschrift vom Herbst 1941, S. 4, hier: Dok. 12, S. 351.
- 130 *Die Deutsche Opposition*, S. 50; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 471.
- 131 Tennant an FO, 19. 1. 1940, PRO, FO 371/24405, C 2577/89/18.
- 132 Robinsohn an Vagts, 19. 10. 1939, Privat-NL Vagts.
- 133 Offensichtlich sind die baltischen Länder gemeint.
- 134 Denkschrift vom Herbst 1941, S. 4, hier: Dok. 12.
- 135 Ebd., S. 9.
- 136 Ebd., S. 10. Dort auch das folgende Zitat.
- 137 Ebd., S. 11.
- 138 Klub vom 3. Oktober, *Jahrbuch 1924/25*, S. 9.
- 139 Robinsohn an E. und M. Frenk, 15. 1. 1939, S. 15 (wie Anm. 16).
- 140 Robinsohn an Vagts, 9. 10. 1937, Privat-NL Vagts.
- 141 Handpapier Mai 1939, S. 4, vgl. Dok. 10, S. 332.
- 142 Klub vom 3. Oktober, *Jahrbuch 1925/26*, S. 20.
- 143 Vgl. die Gründung des Deutschen Bauernbundes (1909) und des Hansabundes für Handel, Gewerbe und Industrie (1909).
- 144 Strassmann kritisierte später gerade die mangelnde programmatische Geschlossenheit des Kreises vom 20. Juli, die »wahrscheinlich das frühzeitige Scheitern der innen- und außenpolitischen Bemühungen einer aus den tragenden Kräften des 20. Juli entstandenen Regierung zur Folge« gehabt hätte: *Das Vermächtnis des 20. Juli* (wie Anm. 107), S. 1.
- 145 Johe, *Im Dritten Reich*, S. 325, bezeichnet das Programm als radikaldemokratisch. Das scheint mir jedoch keine zutreffende Kennzeichnung zu sein, da nicht das Volk als Souverän oder das Parlament, sondern die Regierung gegenüber der Weimarer Verfassung gestärkt werden soll.
- 146 Mommsen, *Widerstand gegen Hitler*, S. 13. Dort auch das folgende Zitat.

3. Kapitel

- 1 Robinsohn an Pauls, 16. 11. 1945, BA, NL Robinsohn 7.
- 2 Ebd.
- 3 So kontrollierte die Gestapo dank ihres Spitzels »Theo« bald die ganze südbayerische KPD und Rote Hilfe, einen Teil ihrer nordbayerischen Verbindungen, Auslandsverbindungen der KPD sowie eine monarchistische und eine SAP-Widerstandsgruppe; vgl. Hartmut Mehringer, *Die KPD in Bayern 1919–1945*. In: Broszat/Mehringer (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Band 5, S. 1–186, hier S. 148–159. – Ablehnung der Zusammenarbeit mit der KPD in Robinsohns Denkschrift *Die Deutsche Opposition* (Privat-NL Vagts), S. 16. Ein führendes Mitglied der Widerstandsgruppe war der Polizeipräsident von Harburg bis

- 1932, Erich Wentker, der über ein höchst effektives Spitzelsystem in der KPD und ihren Nebenorganisationen verfügte; vgl. die Darstellung von Klaus Wernecke, *Die KPD in Harburg-Wilhelmsburg in der Endphase der Weimarer Republik*. In: Ellermeyer u. a. (Hgg.), *Harburg*, S. 420–434, der sich maßgeblich auf die Polizeiberichte stützt. Entsprechend war auch die Überwachung der NSDAP: Dirk Stegmann, *Aufstieg und Herrschaft der NSDAP in Harburg 1922–1937*. In: ebd., S. 449–468.
- 4 Handpapier Robinsohns vom Mai 1939, S. 1 f., vgl. Dok. 10, S. 330 f.; *Die Deutsche Opposition*, S. 12–14 (Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 453 f.).
 - 5 Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, berichten allein aus Hamburg von Massenverfahren gegen bis zu 570 Kommunisten (S. 165–168) und gegen bis zu 94 Sozialdemokraten (S. 122–126). In Hamburg wurden nach derselben Quelle 1933–1939 etwa 8500 KPD-Mitglieder verhaftet, die weitaus meisten davon 1933–1935 (S. 157).
 - 6 *Die Deutsche Opposition*, S. 1 und 20, vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 447 und 456 f. Ebenso in Robinsohns Bericht No. 2 (November 1937), S. 2 f., hier: Dok. 4, S. 292 f.
 - 7 Die folgenden Absätze beruhen, von gekennzeichneten Zusätzen abgesehen, auf Robinsohns Handpapier vom Mai 1939, S. 3, hier: Dok. 1, S. 331 f.
 - 8 *Die Deutsche Opposition*, S. 26; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 459.
 - 9 Ebd.
 - 10 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986.
 - 11 Robinsohn, *Überblick über die Lage des NatSoz in Deutschland!*, hier Dok. 2. – Mommsen: Ders., *Personen*, S. 3, IfZ, ZS 380.
 - 12 Diese Zahl läßt sich daraus schließen, daß Strassmann für den Zeitpunkt von Robinsohns Emigration im Dezember 1938 etwa 60 Vertrauensleute angibt: Niederschrift vom 19. 2. 1948, IfZ, ZS 380.
 - 13 Robinsohns Handpapier vom Mai 1939, S. 4, hier: Dok. 10, S. 332.
 - 14 *Die Deutsche Opposition*, S. 25; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 459.
 - 15 Ebd., S. 27 bzw. S. 459 f.
 - 16 An diesem Treffen nahmen neben Strassmann und Robinsohn teil: Hermann Lange und Erich Wentker (Hamburg), Walter Dudek und Rudolf Hoernigk (Berlin), sein Bruder Frank (Naumburg), Hans Lachmund (Anklam) und Thomas Dehler (Bamberg). Wenigstens für Lange und Dehler war es das erste größere Treffen; Robinsohn an Dehler, 29. 12. 1949, und Antwort Dehlers vom 3. 1. 1950 im ADL, NL Dehler 1032; Interviews H. und M. Lange, 13. 4. 1984; F. Hoernigk, 19. 3. 1986.
 - 17 Namensliste, angelegt von J. Kingma, NL O. Kingma. Die meisten Namen konnten identifiziert werden.
 - 18 Nennenswerte Gruppen scheint es auch in Breslau und Stettin gegeben zu haben (Strassmann, Niederschrift vom 19. 2. 1948, IfZ, ZS 380, S. 2), jedoch konnten sie nicht identifiziert werden. – Für die geographische Verbreitung von Gruppen und Einzelverbindungen vgl. Karte 2: Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1937.
 - 19 Dudek an Emil Strauß, Hamburg, 21. 9. 1934: »Wir denken jedenfalls immer wieder mit großer Sehnsucht daran [an Hamburg] zurück, wenn uns hier das schreckliche Berliner Tempo umbrandet!« (NL Dudek)
 - 20 Robinsohns Handpapier vom Mai 1939, S. 4, hier: Dok. 10, S. 331.
 - 21 Günther Gillessen, *Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich*. Berlin 1986, S. 193 f.; Auskunft G. Zimpel, 12. 6. 1987. Robinsohn, *Personen*, S. 1, IfZ, ED 166. – Daß die scheinbare Unabhängigkeit vom Regime

- gewollt war, zeigt ein Schreiben des RMVP an das Gestapa, 9.7.1936, BA, R 58/1014, in dem es heißt: »Die Schreibweise der ›Frankfurter Zeitung‹ ist absichtlich so gehalten, daß sie im Auslande als oppositionell angesehen gilt, da sie das einzige Blatt ist, mit dessen Hilfe wir mancherlei lancieren können und auch schon lanciert haben. Zur Erfüllung dieser Aufgabe muß man ihr schon eine gewisse Freiheit lassen. Wenn es zu bunt wird [,] schreiten wir jedesmal ein.«
- 22 Ein Berliner Gruppenmitglied geht soweit, Robinsohn als Leiter und Strassmann als seinen Stellvertreter zu bezeichnen, was wohl als vereinschaftete Überzeichnung zu werten ist: Bestätigung von Stenzel an Marquardt, 3.6.1945, Abschrift im NL J. Kingma.
- 23 O. Kingma an J. Kingma, 22.11.1926; NL O. Kingma. – Renate und Jans Kingma jr. erinnern sich, daß ihr Vater in der NS-Zeit nur mit einem schweren Stock spazieren ging: Interview 20.6.1985. – Vgl. Anhang 1.
- 24 Stammbaum: NL J. Kingma. Eine informative und herzliche Charakterisierung J. Kingmas enthält der Brief O. Kingmas vom 26.9.1930 zu dessen 30. Geburtstag, NL O. Kingma. Charakterisierung der Friesen in: J. Kingma an Glöge, 10.11.1959. Mitglied im Ostfriesischen Verein zu Berlin: J. Kingma an O. Kingma, 1.1.1939, NL O. Kingma. Auf Wunsch Kauffmanns stellte Kingma sich dem ehem. preußischen Landwirtschaftsminister Wendorff vor: J. Kingma an O. Kingma, 4.11.1926, NL O. Kingma. Die Versetzung Kingmas am 15.11.1933 ist vermerkt im Direktionsrundsreiben Nr. 85/1933 vom 17.11.1933, Bewag-Archiv 31. Seine Verwendung im Hauptrechnungsbüro geht hervor aus dem Bewag-internen *Alphabetischen Fernsprech-Verzeichnis*, November 1936, Bewag-Archiv. Kingmas gutes Verhältnis zu Strassmann wird durch seine Bezeichnung als dessen »langer Prokurist« illustriert: Bandmann an Robinsohn, 31.7.1940, BA, NL Robinsohn 28.
- 25 F. Hoernigk, *Der Ernst-Strassmann-Kreis*, S. 1. Ders. an Verf., 20.5.1986. Strassmann, Bestätigung für R. Hoernigk, 7.3.1946, beglaubigte Abschrift im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Personalakte R. Hoernigk. Schriftliche Auskunft des StA Magdeburg, 15.3.1990, aus der Personalakte R. Hoernigk. Die Datierung der beruflichen Stationen Rudolf Hoernigks erfolgt nach seinem Lebenslauf (Archiv der Universität Frankfurt a. M.) und den Angaben der LVA Hessen vom 20.11.1989; Rudolf Hoernigks Personalakte bei der LVA Hessen enthält auch eine Bestätigung des seinerzeitigen Rektors der Universität Halle-Wittenberg, Prof. Woermann, vom 31.8.1962 über Hoernigks Gegnerschaft zum Nationalsozialismus. – Über Prof. Grünfeld: *Kürschners Gelehrten-Kalender*. 1928/29; *NDB* 7. Die Entlassung wurde nach Grünfelds Einspruch in die Versetzung in den Ruhestand abgewandelt: Archiv der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg/ Archivleiter Dr. Schwabe an Verf., 22.8.1988. – Vgl. Anhang 1.
- 26 *Hb. des schleswig-holsteinischen Landtages*. 3. Wahlperiode 1954, S. 271. Auskunft der Tochter H. Birn vom 16.7.1988. Der NL Pagel im ACDP ist in dieser Hinsicht unergiebig. – Stubbe-da Luz, *Union der Christen*, S. 141, ordnet Pagel fälschlich einer Greifswalder Gruppe zu. – Vgl. Anhang 1.
- 27 NL Elsas; darin auch das Schreiben von Edmund H. Stinnes an Elsas, 16.10.1933. Stinnes war der älteste Sohn des konservativen Industriellen Hugo Stinnes (Pinner, *Wirtschaftsführer*, S. 37f.), hatte aber mit seiner Familie gebrochen und sich den Quäkern angeschlossen; sein Schwiegervater Gero von Schulze-Gavernitz stellte für den deutschen Widerstand Beziehungen zu den USA her: Robert M. W. Kempner, *Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerun-*

- gen. In Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich. [Taschenbuchausgabe]. Frankfurt a. M. – Berlin 1986, S. 163f. – Laqueur/Breitman, *Schweigen*, S. 62. – Elsas sorgte in Berlin für eine Beruhigung und Versachlichung der Kommunalpolitik: Jeserich, *Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik*. In: Ders. (Hg.), *Verwaltungsgeschichte*, Bd. 4, S. 487–524, hier S. 502. – Sassin: *Zum 40. Todestag*, S. 88–90. – Elsas war an der Transaktion des Vermögens des 1935 nach Oslo emigrierten Göttinger Professors Victor Moritz Goldschmidt beteiligt: Kra-mish, *Greif*, S. 270f. – Vgl. Anhang 1.
- 28 Personalakte Wentker, StA Hamburg, Senatskanzlei, C 501; Personalakte Wentker, HStA Hannover, Hann. 80 Hbg. III Acc. L Nr. 15. – NL Wentker. – Interview Godschalk, 18. 11. 1987; Auskunft F. P. Robinsohn, 22. 10. 1988. – Ossietzky und Tucholsky: Drechsler, *Brüder*, S. 14–17. Zur Freimaurerei in der NS-Zeit vgl.: Neuberger, *Freimaurerei*, Bd. 2; Jürgen Holtorf, *Die verschwiegene Bruderschaft. Freimaurer-Logen: Legende und Wirklichkeit*. München 1983, S. 77–100; auch Wolfgang Fenner/Joachim Schmidt-Sasse, *Die Freimaurer als »nationale Kraft« vor 1933*. In: Koebner (Hg.), *Weimars Ende*, S. 223–244.
- 29 Nach Lüth, *Dudek*, ging Dudek lediglich »in die innere Emigration« (S. 129). Vgl. Anhang 1.
- 30 Dudek, *My Life and Qualifications*, Anlage zu seinem Brief an das 610. Dep. Mil. Gov. in Hamburg-Harburg, 5. 10. 1945. Briefe Dudeks; alles im NL Dudek. – In einer nach 1939 im Exil entstandenen, undatierten Namensliste mit Kurzbiographien notiert H. Hirschfeld (S. 3): »Auf Geschäftsreisen stets Kontakt gehalten mit ehemaligen Parteifreunden, ohne sich politisch hervorzutun«: LA Berlin, NL Hirschfeld Rep. 200 Acc. 2014 Nr. 7 Bd. 3. – Vgl. Jens Flem-ming, *Zwischen Krise und Reform: Kommunalpolitik in Harburg 1918–1933*. In: Ellermeyer u. a. (Hgg.), *Harburg*, S. 353–364; und: Günter Könke, *Arbeiter-schaft und sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Harburg 1918–1933*. In: ebd., S. 403–419.
- 31 Nur als Beispiele: Ritter, *Goerdeler*, S. 405; neuerdings Kwiet/Eschwege, *Selbstbehauptung*, S. 186. Erst Deutsch, *Verschwörung* (1968, deutsch 1969), S. 78f., nennt Elsas im Zusammenhang mit einer Aktion zur Kriegsverhinde-rung Ende 1939; vgl. dazu das Kap. 8 dieser Arbeit. Das Heft von Sandvoß, *Widerstand in Steglitz und Zehlendorf*, S. 103 und 105f., stellt Elsas in einen Kreis liberaler und sozialdemokratischer NS-Gegner.
- 32 Vgl. seine Erinnerungen sowie: Klaus Heger, *Die Deutsche Demokratische Par-tee in Württemberg und ihre Organisation*. Leipzig 1927 [Reprint Leipzig 1970], S. 93.
- 33 Interview Reif, 16. 7. 1982. Als »Erich« verschlüsselt, taucht er auch in einem Brief Robinsohns (Kopenhagen) an Elsas (Berlin) vom 26. 3. 1940 auf, BA, NL Robinsohn 28. Die Verbindung Elsas-Schubert bestätigt auch P. F. Elsas an Verf., 3. 11. 1986, 10. 4. 1989 u. ö. – Vgl. Anhang 1.
- 34 Theodor Heuss, *Erinnerungen 1905–1933*, Tübingen 1963, S. 342–344, 367f. Ders., *Von »Schmutz und Schund«*, in: *Weserzeitung*, 16. 6. 1926; wieder abge-druckt in: R. Dahrendorf/M. Vogt (Hgg.), *Theodor Heuss. Politiker und Publi-zist. Aufsätze und Reden*. Tübingen 1984, S. 166–169. Vgl. Carl von Ossietzky, *Große Woche im Reichstag*, in: *Die Weltbühne* 22, 1926, Nr. 48, S. 385–388, hier S. 387.
- 35 Interviews Benke, 26. 3. 1988, und Böhme, 18. 5. 1988.
- 36 Interview Reif, 16. 7. 1982. G. Richter, Leserbrief in der FAZ, 27. 7. 1956; Rich-ter saß mit dem ehem. hessischen Innenminister Leuschner und dessen Presse-

- chef Mierendorff zusammen im KL Lichtenburg. Vgl. Leithäuser, *Leuschner*, S. 168. – *Amtliches Fernsprechverzeichnis für den Bezirk der Reichspostdirektion Berlin und Umgebung 1934*: »Lesesaal des Westens, Inh. Ernst Zahn, W 15, Kurfürstendamm 36«; desgl. 1935; 1936 mit der Änderung: »Lesesaal des Westens, Ernst Zahn, Inh. Gustav Richter.« Danach ist der Lesesaal nicht mehr verzeichnet. – Ein vergleichbares Unternehmen war die sozialdemokratisch geführte, scheinbar neutrale Wochenzeitung *Blick in die Zeit*, die 1933–1935 eine Auflage von 100000 Exemplaren erlangte, dann aber verboten wurde: Kurt Hermann Mendel, »*Blick in die Zeit*« 1933–1935. Berlin 1983. Peter Lösche/Michael Scholing, *In den Nischen des Systems: Der sozialdemokratische Presse Spiegel »Blick in die Zeit«*. In: Schmäddecke/Steinbach (Hgg.), *Widerstand*, S., 207–224.
- 37 Interview Reif, 16. 7. 1982. Auskunft Reif, 16. 10. 1982. Vgl. Karl Hoffmann, *Parlamentarier in Bonn*. In: *Hans Reif. Erinnerungen und Zeugnisse zu seinem 80. Geburtstag*, zusammengestellt von P. Juling, Bonn 1979, S. 39–43, hier S. 39f.
- 38 Auskünfte Reif, 4. 9. 1982 und 16. 10. 1982; von Reif stammt auch die Bezeichnung Havemanns als »Edelkommunist«. – Grüger war bis 1936 bei der Reichskreditgesellschaft: Angaben der Witwe Frieda Grüger, 6. 7. 1958, LVA Berlin, Akte Franz Grüger. – Havemann stieß wohl erst 1939 zu diesem Kreis: Havemann, Erklärung vom 30. 3. 1947, ebd. – Vgl. Anhang 1.
- 39 Goerdeler: Robinsohn, *Personen*, S. 1, IfZ, ED 166. – Löser: P. F. Elsas an Verf., 18. 9. 1986.
- 40 Beziehung zu Bosch: Kaltenbrunner an Martin Bormann, 9. 10. 1944, in: Jacobsen (Hg.), »*Spiegelbild*«, Bd. 1, S. 461–462, hier S. 461. Böhme, Interview 18. 5. 1988. – Finanzielle Unabhängigkeit der Gruppe: Robinsohn an Vagts, 23. 8. 1939, BA, NL Vagts 23.
- 41 Vgl. [Elsas], *Stuttgarter Rathaus*, S. 65–67 u. ö. (Bosch), S. 86 u. ö. (Bäuerle); in der ausführlichen Typoskriptfassung *Erinnerungen aus meinem Leben*, NL Elsas, werden Besprechungen und Treffen mit Bosch und Bäuerle noch öfter erwähnt, außerdem auch mit Hans Walz (S. 339, 643) und Baurat Albrecht Fischer (S. 784f.).
- 42 DDJ: *Echo* 3, 1921, Nr. 2, S. 20, und Nr. 11, S. 142. Bau- und Bodenbank: Stephan, *Aufstieg*, S. 395. DNV: Jones, *Sammlung*, S. 293.
- 43 Kohlhaas, *Wildermuth*, S. 83, 107.
- 44 Der Oberbürgermeister (von Berlin) an Elsas, 5. 4. 1933 (Bestätigung der Mandatsniederlegung); Vorstand der BKL und der BEWAG an Elsas, 8. 6. 1933; beides im NL Elsas.
- 45 *Die Großunternehmen im deutschen Reich, Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften*. 48. Jg. 1943. Bd. 1. Berlin 1943, S. 369–376, hier S. 369–371.
- 46 Matschoß u. a. (Bearbb.), *50 Jahre*, S. 91.
- 47 Darüber gibt es bisher keine Literatur. Der Ost-Berliner Band *Unsere Kraft*, S. 65–68, berichtet nur über den kommunistischen Widerstand.
- 48 Robinsohn, *Der Nationalsozialismus*, S. 42, BA, NL Robinsohn 31. H.-N. Burkert u. a., »*Machtergreifung*« Berlin 1933. Berlin 1982, S. 160. Der Geschäftsbericht der Bewag für 1932/33 würdigt Dr. Kauffmann im September 1933 wie folgt: »Herr Dr. Kauffmann hat [...] um die Geschäftsleitung unserer Gesellschaft sich große Verdienste erworben; für seine Mitarbeit sagen wir ihm auch hier unseren aufrichtigen Dank.« (Auszug im Bewag-Archiv 84). Über Kauffmanns Aufgabenbereich in der Bewag: *50 Jahre* (wie Anm. 46), S. 53.

- 49 F. J. Furtwängler, *ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft*. Stuttgart 1955, S. 586 (er gibt 3040 Arbeiterstimmen für den ADGB an); Leber u. a., *Gewissen*, S. 259.
- 50 *Deutschland-Berichte der Sopade*, 1936, S., 1502 (Bericht vom November 1936).
- 51 Die Aufrufe *Für Carl von Ossietzky* erschienen in der *Weltbühne* 28, 1. Hj. 1932, S. 762, 800, 840, 869, 907, 948. Die Ausgaben Nr. 23 vom 7. 6. 1932 (S. 869) und Nr. 24 vom 14. 6. 1932 (S. 907) enthalten den Zusatz: »Den besonders von den Betrieben ausgehenden Anforderungen nach immer größeren Sammel listen kann die Liga nicht mehr nachkommen, da ihre Exemplare vergriffen sind. Es wird deshalb vorgeschlagen, im Bedarfsfall eigne Sammel listen mit am Kopf aufgeklebtem Petitionstext herzustellen.« Auf S. 988 wird als letzter Zeichnungstermin der 10. Juli 1932 genannt. *Die Weltbühne* Nr. 27 vom 5. Juli 1932 (2. Hj. 1932) enthält als Zwischenergebnis den Artikel 33 000 *für Carl v. Ossietzky* von W. Karsch (S. 10–12). – Otto Kingmas Beteiligung an der Aktion ist genannt in: Hildegard Kingma an den Senator für Sozialwesen (Berlin), 24. 3. 1952, NL O. Kingma. Die Brüder Kingma waren regelmäßige Leser der linksrepublikanischen Zeitschriften *Die Weltbühne* und *Tagebuch*, vgl. O. Kingmas Briefe an J. Kingma vom 22. 9. 1926, 19. 5., 2. und 11. 7. 1927, NL O. Kingma.
- 52 Erklärung der Ehefrau Hildegard Kingma vom 29. 10. 1945, NL O. Kingma.
- 53 Interview Renate und Jans Kingma jr., 20. 6. 1985. Mitteilung E. Kingma, 17. 3. 1986. Auskunft des Bruders Rudolf Bark, 29. 7. 1985. Nur Persönliches weiß der Sohn Christian Bark, Interview 4. 7. 1985. In einer Erklärung für O. Kingma vom 21. 2. 1952 vermeidet G. Bark jeden Hinweis auf die eigene Beteiligung an der Gruppe (NL O. Kingma). Über Barks 25jähriges Dienstjubiläum bei der Bewag: Bewag-Archiv 27. DDS: J. Kingma an Luise Brinkert, 30. 5. 1958.
- 54 J. Kingma an Grunewald jr., 16. 8. 1946 (NL J. Kingma). Seine Tätigkeit in der Bewag wird bestätigt von seiner Nichte Irma Knoop, Auskunft 18. 4. 1987.
- 55 Interview A. Oppert, 23. 3. 1988. Undatierte Namensliste J. Kingmas, NL O. Kingma. *Alphabetisches Fernsprech-Verzeichnis*, November 1936, Bewag-Archiv.
- 56 Undatierte Namensliste von Jans Kingma, NL O. Kingma. Interview Renate und Jans Kingma jr., 20. 6. 1985. Persönliche Daten in Schreiben der Witwe E. Ullrich vom 7. 9. 1985 und O. Eichberg an Verf. vom 18. 11. 1985.
- 57 In einem Untersuchungsverfahren war Bennewitz wegen des Eintrittsdatums in die Bewag fälschlich der Vorwurf der NSDAP-Mitgliedschaft gemacht worden: Bewag-Archiv, Gruppe 214, Protokoll der Disziplinarkommission vom 15. 9. 1951, S. 2. – Undatierte Namensliste von J. Kingma: NL O. Kingma. Auskunft Elfriede Kingma, 17. 3. 1986. – Vgl. Anhang 1.
- 58 Oskar Kaufmann: Interview F. Eichberg, 25. 3. 1988. Er war auch mit Pagel befreundet: Briefwechsel Pagel-Kaufmann nach 1945, ACDP, NL Pagel I-287-002. – Fritz Eichberg an Verf., 26. 5. 1986, und Interview 25. 3. 1988. – Willi Riegert: F. Eichberg (wie oben). – K.: Interview R. und J. Kingma jr., 20. 6. 1985; F. Eichberg (wie oben). Der Name wurde auf Wunsch der Familie anonymisiert.
- 59 *Deutschland-Berichte der Sopade*, 1934 (Oktober/November) S. 672 über Lohnverschlechterung; 1935 (Januar), S. 95 über Unterschlagungen durch 37 Unterkassierer, sämtlich NSDAP-Mitglieder; 1936 (November), S. 1502f. ausführlich über Verschlechterungen beim Tariflohn, bei Nebenvergünstigungen,

Sozialleistungen und der Arbeitszeit, was auch NSBO- und SA-Leuten mißfiel; dann wörtlich: »Unsere Leute, soweit sie noch im Betrieb sind, sind dagegen zurückhaltend und schicken nach Möglichkeit die anderen vor« (S. 1503); 1937 (Januar), S. 55 über die Verwendung von Aluminiumkabeln anstelle der besseren Kupferkabel.

- 60 Auf seiner undatierten Namensliste vermerkt J. Kingma: »Bennewitz Bericht über Arbeiterschaft« (NL O. Kingma). Dieser Bericht ist verschollen; jedenfalls war er nicht in seinem Nachlaß enthalten: H. Bennewitz an Verf., 5.9.1986. – Hurwitz/Sühl, *Tradierung*, erwähnen die Verbindung Strassmanns mit einem ZdA-Funktionär, offensichtlich Bennewitz (S. 141).
- 61 Undatiertes Lebenslauf von A. v. Machui, Typoskript, ca. 1945, 6 S., hier S. 3, NL Machui. – Vgl. A. v. Machui, *Unsere Verantwortung gegenüber dem Land*. In: *Neue Blätter für den Sozialismus*, 2, 1931, H. 8 (August), S. 380–387. – Zur überproportionalen Stärke der NSDAP im ländlichen Raum vgl. Horst Gies, *NSDAP und landwirtschaftliche Organisation in der Endphase der Weimarer Republik*. In: *VfZ* 15, 1967, S. 341–376.
- 62 Heinrich, Interview mit Dr. Uwe Danker, 17.12.1985. Fritz Eichberg bestätigt, daß Heinrich und Bennewitz sich im AK Stadt und Land kennenlernten: Interview vom 25.3.1988. Vgl. auch Lebenslauf v. Machui (wie Anm. 61). – Über Kolb enthält der Bestand S 2 – Walter Kolb – 60a I im StadtA Frankfurt a. M. zwar Angaben über seine Verfolgung in der NS-Zeit und seine Unterstützung von Juden, nicht aber zum Widerstand.
- 63 Undatierte Namensliste von J. Kingma, NL O. Kingma, wo er unter »Potsdamer Gruppe« vermerkt: »Redakteur der Volksstimme (Vogel?)« Dabei kann es sich nur um Spiegel handeln, vgl. K. Koszyk/G. Eisfeld, *Die Presse der deutschen Sozialdemokratie*. Hannover 1966, S. 154, wonach die Potsdamer Lokalausgabe der *Brandenburger Zeitung* jedoch *Potsdamer Volksblatt* heißt. – Spiegel war von 1922 bis 1928 Mitglied im SAJ-Vorstand: (*Berichte über die Reichskonferenzen des Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands* 1922, 1923, 1924, 1926 und 1928. Berlin 1922ff. Die anderen Funktionen nach: *Handbuch des Vereins Arbeiterpresse* 1927, S. 580; Rat der Stadt Potsdam an Verf., 4.7.1988. – Vgl. Anhang 1.
- 64 KL-Daten: Rat der Stadt Potsdam an Verf., 4.7.1988. – Interview Heinrich (mit Dr. Danker), 17.12.1985.
- 65 Stegemann an H. E. Hirschfeld, 9.12.1954 (in der Anlage: Vorschlag des preuß. Innenministers Severing an die preuß. Staatsregierung, 25.3.1931 [Abschrift], Stegemann zum Landrat von Osterholz zu ernennen), LA Berlin, NL Hirschfeld Rep. 200 Acc. 2014 Nr. 43 Bd. 3. – Stegemann an G. v. Roon, 21.3. und 25.11.1964, IfZ, ZS/A 18,7. Interview mit der Tochter U. Maaß, 5.4.1989. Briefe der Tochter R. Meier geb. Stegemann an Verf., 11.11.1981 und 21.9.1988.
- 66 Stegemann an G. v. Roon, 25.11.1964, IfZ, ZA/A – 18, 7.
- 67 Interview U. Maaß, 5.4.1989. – Eugen Diesel, *Die Macht des Vertrauens*. München 1946, S. 80: »Ich gehörte zur Opposition gegen den Nationalsozialismus.«
- 68 Kopp, *Niederschrift*, S. 98f.
- 69 Merten an Walter Hammer, 7.8.1953, IfZ, ED 106. – Merten wurde Teilhaber des Verlages Roland Hoppenstedt: C.-L. Merten an Verf., 28.6.1990. – Lt. *Wer leitet? 1941/42* war er Inhaber und Betriebsführer der Verlage: Das Spezial-Archiv der Deutschen Wirtschaft Verlag Hoppenstedt & Co., Berlin; Dr. Merten & Hoppenstedt KG, vorm. Verlag für Rechts- und Wirtschaftsliteratur, Berlin.

- 70 Interview U. Maaß, 5. 4. 1989. – Michael Maaß, Niederschrift über seinen Vater Hermann Maaß, IfZ, ED 106.
- 71 Interview O. Eichberg, 7. 8. 1986.
- 72 O. Eichberg an Verf., 30. 10. 1985 und 18. 11. 1985. Die beiden Dichtungen sind in den Programmen der Berliner Singe-Gemeinschaft für die Chor-Konzerte vom 27. 10. 1934 und vom 6. 4. 1935 abgedruckt, nach denen sie auch zitiert wurden. Die Programme hat Herr Otto Eichberg dem Verf., freundlicherweise zur Verfügung gestellt. – Vgl. Hurwitz/Sühl, *Tradierung*, S. 186.
- 73 H. Tiessen, *Wege eines Komponisten*. Berlin 1962, S. 57. Vgl. ders., *Mein Leben bis 1945*. O. O. u. J.
- 74 Interview P. Steinke, 1. 10. 1988. Die von J. Kingma angelegte Namensliste enthält den Vermerk: »Steinke Staatsdruckerei Listen für Schweden Schweiz« (NL O. Kingma). – Jander: *Auskunft Prötz*, 12. 12. 1987.
- 75 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986.
- 76 Luppe, *Mein Leben*, S. 318, nennt als Teilnehmer an Treffen bei dem letzten DStP-Fraktionsvorsitzenden August Weber den nach Brasilien emigrierten, aber bis 1939 jährlich nach Deutschland reisenden ehemaligen Reichsinnenminister Koch-Weser, den ehem. oldenburgischen Ministerpräsidenten Tantzen, Minister Dietrich, Schreiber MdR, Lemmer MdR, Prof. Aereboe, Prof. August Müller, Löbe MdR. – August Weber emigrierte unmittelbar vor Beginn des Zweiten Weltkrieges nach England: Lemmer, *Manches war doch anders*, S. 214; *BHdE* 1.
- 77 Interview F. Hoernigk, 10. 4. 1988.
- 78 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986. Erhard Hübener, *Lebenskreise. Lehr- und Wanderjahre eines Ministerpräsidenten*. Hg. von Thomas Klein. Köln-Wien 1984, erwähnt die Verbindung mit Strassmann nicht. Der renommierte Staatsrechtler Fleischmann, der Preußen gegen Papen vor dem Reichsgerichtshof vertreten hatte, nahm sich Anfang 1943 in der Wohnung des ehem. Reichsjustizministers Eugen Schiffer (DDP) das Leben, als die Gestapo ihn holen wollte: E. Schiffer an W. Hammer, 1. 7. 1954, IfZ, ED 106. Über Fleischmann orientiert am instruktivsten: Hans Wehberg, *Vorkämpfer der Völkerverständigung und Völkerrechtsgelehrte als Opfer des Nationalsozialismus: 5. Professor Max Fleischmann*. In: *Die Friedens-Warte* 46, 1946, S. 381–384.
- 79 Klub vom 3. Oktober: Robinsohn an Strassmann, 11. 8. 1926, BA, NL Robinsohn 24. – DDJ: Prittowitz, *Petersburg*, S. 129–132. – Demissionierung: Durchschlag des Entlassungsgesuchs, 11. 3. 1933, und weiterer Briefverkehr darüber im PA/AA, NL von Prittowitz und Gaffron 5, Bl. 188–192. – Robinsohn-Strassmann-Gruppe: Undatierte Namensliste von J. Kingma, NL O. Kingma.
- 80 F. Hoernigk, *Auskunft* vom 11. 4. 1988.
- 81 Kurt Stenzel an seine Frau Lise, 2. 5. 1927, aus Hamburg über Bestellungen des Modehauses Robinsohn im Wert von 2000 RM; Walter Robinsohn (Vetter von Hans R.) an Lise Stenzel, 23. 8. 1935: »Seit heute früh um 10 Uhr bis jetzt um 7 Uhr bewundere und kaufe ich Ihre Schöpfungen.« Beides im NL Stenzel.
- 82 Bestätigung Strassmanns für Stenzel, 28. 2. 1946, NL Stenzel. Im NL Stenzel befinden sich auch zwei Vorentwürfe von Kurt Stenzel über das »Ende einer Epoche« bzw. von Lise Stenzel über »Herrenmenschen«.
- 83 Erdsiek: BMJ, PA Erdsiek. – Heinzelmänn: *Auskunft* des Sohnes R. Heinzelmänn, 5. 9. 1988.
- 84 Robinsohn, *Überblick über die Lage des NatSoz in Deutschland!*, 27. 4. 1936, S. 9, BA, NL Robinsohn 31, in diesem Band: Dok. 2, S. 279. Offiziell wurden 99 % Ja-Stimmen verkündet.

- 85 Ebd., S. 10 bzw. 280. Vgl. die *Deutschland-Berichte der Sopade*, März 1936, S. 289, die vermerkten, »daß bis weit in die Kreise der früheren Nazianhänger eine gewisse Gleichgültigkeit um sich gegriffen hat.«
- 86 *Meyers Lexikon*, 1936, Bd. 1, Stichwort Autobahnen (S. 810f.). Eisenbahn: *Großdeutschland in Bild und Karte*. 2., veränderte Aufl. Leipzig 1940, Karte 31.
- 87 Johe, *Im Dritten Reich*, S. 342f.
- 88 Über die Hamburger DDP/DStP vgl. Büttner, *Staats- und Wirtschaftskrise*, S. 30–36, 461–477 u. ö. – Die DDP/DStP erzielte bei den Bürgerschaftswahlen 1928 12,8%, 1931 8,7%, 1932 11,3%; demgegenüber sank die DVP von 12,5% über 4,8% auf 3,2%: Büttner/Jochmann, *Hamburg*, S. 79.
- 89 So schreibt P. Grzesinski (Paris) schon am 1. 4. 1935 an Oberst Sonkop (Prag): »In Hamburg scheint die Opposition zum Dritten Reich am stärksten zu sein, dann kommt Berlin.« Durchschlag im LA Berlin, NL Hirschfeld Rep. 200 Acc. 2014 Nr. 28 Bd. 2. – Mitte 1935 wurde jedoch die zweite (und letzte) illegale Leitung der Hamburger SPD aufgedeckt: Ditt, *Sozialdemokraten*, S. 88f.
- 90 Am breitesten angelegt, informativ, aber mit nur wenigen Quellenangaben: Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*. – Eine »Vorstudie zu einer sozialgeschichtlich fundierten Darstellung des Widerstandes in Hamburg« ist: Ditt, *Sozialdemokraten*. – Eine komprimierte Darstellung der bedeutendsten kommunistischen Widerstandsgruppe in Hamburg leistet: Klaus Bästlein, »Hitlers Niederlage ist nicht unsere Niederlage, sondern unser Sieg!« – *Die Bästlein-Organisation. Zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Hamburg und Nordwestdeutschland während des Krieges (1939–1945)*. In: AKENS, *Info* 13, 1988, S. 3–59.
- 91 So berichtet Robinsohn aus dem Jahr 1920, daß er »in einer kleinen Besprechung mit einigen Führern der Deutschen Demokratischen Partei, darunter dem späteren Bürgermeister Petersen, dem damaligen Parteivorsitzenden, entschieden dagegen protestierte, aus wahltaktischen Gründen in das nationalistiche Horn zu tuten. Aber mein Argument, das Trompeteblasen könnten die echten Nationalisten stets besser, verding nicht.« In: Robinsohn, *Selbstmord einer Demokratie. Betrachtungen zu zwanzig Monaten deutscher Geschichte November 1918 – Juni 1920*. (Typoskript 1943), hier Vorwort von 1963, S. 2, BA, NL Robinsohn 29 und 30, hier Bd. 29. Die DDP setzte im Reichstagswahlkampf 1920 auf das Schlagwort von der »nationalen Demokratie«: Heß, »*Das ganze Deutschland*«, S. 325. Robinsohn bezieht sich auf: *Sitzungsbericht über eine Besprechung von Fragen der Jugendbewegung am Dienstag, den 10. August 1920 i. d. Reichsgeschäftsstelle*. Hektographiertes Typoskript, 6 S., NL Stündt. Er wird dort nur mit zwei Sätzen erwähnt (S. 2f.): »Robinsohn betont wie alle anderen Redner, daß eine Loslösung von der Partei nicht in Frage kommt. Es kann sich für uns nicht darum handeln, die große Masse zu gewinnen, sondern Intelligenzen und Köpfe.« Der RDDJ-Vorsitzende Wießner forderte zuvor »in der Jugendbewegung die Betonung des nationalen Gedankens bis an die Grenze des Chauvinismus« (ebd., S. 2), womit er die Mehrheit der anwesenden 12 DDP- und 8 DDJ-Vertreter gegen sich hatte (S. 3).
- 92 Fritz beantragte den Beitritt zur NSDAP am 17. 12. 1937, worauf er rückwirkend zum 1. 5. 1937 aufgenommen wurde: BDC, NSDAP-Mitgliederkartei, Karteikarte Karl Fritz. – Fragebogen, 6. 11. 1948, in: Justizbehörde Hamburg, Anwaltsakte K. Fritz. – Bei einem Treffen der Hamburger Gruppe trug Fritz das NSDAP-Parteiabzeichen, woraufhin Robinsohn den beunruhigten Hermann Lange seiner Zuverlässigkeit versicherte: Interviews H. und M. Lange, 13. 4. 1984 und 16. 8. 1989.

- 93 Interview Jacobsen, 6. 10. 1984; Robinsohn rühmt Jacobsens Bewährung in jeder Situation: Robinsohn an Vagts, 19. 7. 1969, BA, NL Robinsohn 8. Jacobsens wissenschaftliche Beiträge sind im NL Jacobsen (für die Einsichtnahme danke ich Herrn Dr. Helmut Moser). Zu Jacobsens Promotion bei William Stern vgl. Helmut Moser, *Zur Entwicklung der akademischen Psychologie in Hamburg bis 1945. Eine Kontrast-Skizze als Würdigung des vergessenen Erbes von William Stern*. In: Krause u. a. (Hgg.), *Hochschulalltag*, Teil 2, S. 483–518, hier S. 500. – Vgl. Anhang 1.
- 94 Personalakte E. Wentker, StA Hamburg, Senatskanzlei – Personalakten, C 501. – Personalakte (1946/1947) Erich Wentker: HStA Hannover, Hann. 80 Hbg. III Acc. L Nr. 15. – NL Wentker. – Interview Godschalk, 18. 11. 1987. – Vgl. Anhang 1. – Zur Freimaurerei vgl. die Literaturangaben in den Abschnitten über Kiel und Mecklenburg.
- 95 Interview H. und M. Lange, 13. 4. 1984. – H. Lange: vgl. Anhang 1.
- 96 Ebd. – Auskunft J. Hoffmann, 20. 1. 1988. Robinsohn, *Personen*, S. 2; IfZ, ED 166. – Auf ISK-Seite wird Hoffmanns Verbindung mit dem ISK bzw. dem Widerstand nicht bestätigt; in den Memoiren von Curt Bär, *Von Göttingen über Osleb nach Godesberg. Politische Erinnerungen eines Hamburger Pädagogen 1919–1945*. 2., ergänzte Aufl. Hamburg 1981, bleibt er unerwähnt; das einst führend im Hamburger ISK tätige Ehepaar Hellmut und Emma Kalbitzer kennt ihn nicht, lt. Brief an Verf., 20. 8. 1986. In Link, *Geschichte*, erscheint Karl Hoffmann gleichfalls nicht. Zum ISK-Widerstand vgl. auch Ditt, *Sozialdemokraten*, S. 94–99.
- 97 Interview J. Martens, 22. 3. 1989. Über den Sturz hat sie von ihren Eltern erfahren. – F. Ablaß: vgl. Anhang 1.
- 98 Krent an Verf., 15. und 22. 11. 1986. Roth an Verf., 4. 2. 1987. Interviews Levy, 29. 5. 1982; H. und M. Lange, 13. 4. 1984; J. Martens, 22. 3. 1989. – Redakteur: Hermann Schäfer, *Die Aufgabe*, in: *Die Freie Stadt*, 1, 1947, Nr. 1/2 vom 21. 2. 1947, S. 1. – Angaben zur politischen Tätigkeit in: Vorstand of Partei Freier Demokraten Hamburg, undatiert (ca. Dezember 1945), in: PRO, FO 1014/554. – Laut Karl Sievers, *Dem Gedenken an Dr. Friedrich Ablaß*. In: *Die Freie Stadt* 3, 1949, Nr. 11 (November), S. 109, war Ablaß zeitweise auch Mitglied des Bezirks Hamburg-Freihafen.
- 99 Ablaß an Dietrich, 9. 3. 1933, BA, NL Dietrich 142. Auszüge des Briefes zitieren Büttner/Jochmann, *Hamburg*, S. 37.
- 100 Kopie des Briefes vom 28. 3. 1933 in: BA, NL Dietrich 142.
- 101 Diese Bezeichnung u. a. bei Weisenborn, *Aufstand*, S. 408 f., Anm. 18. Von den dort genannten fünf Personen gehörten allerdings Engelhard, Rademacher und Schäfer wohl nicht dieser Gruppe an. Rademacher war nach Angaben Plats in einer gesonderten Widerstandsgruppe: Plat an Weisenborn, 3. 7. 1953, IfZ, ED 106. – Walker, *Die Entstehung der Freien Demokratischen Partei in Hamburg*, Magisterarbeit 1981, nennt sogar zwölf angebliche Gründungsmitglieder der Gruppe Freies Hamburg (S. 10), von denen er eines widerruft (S. 139, Anm. 3). Walkers Hauptquelle ist eine aus dem Stegreif gehaltene Rede Levys auf dem Landesparteitag der FDP, LV Hamburg, vom 12. 1. 1980, die in ihrer ganzen Diktion unklar bleibt. In wiederholten Gesprächen mit dem Verf. hat Levy allein fünf der zwölf angeblichen (Gründungs-)Mitglieder der Widerstandsgruppe Ablaß dementiert: Interview 28. 5. 1982 und weitere Auskünfte. Stubbe-da Luz, *Union der Christen*, S. 142, bezieht sich bei der Angabe von Mitgliedern der Gruppe Freies Hamburg auf Walker und Levy.
- 102 Hamburger Adreßbuch 1934: Verein der Hafenfrenunde e. V., Nordereelbest. 1,

- Hamburg 8; 1935 desgl.; 1936 mit der Namensänderung: Verein der Hafenfremde Hamburg-Altona e. V.
- 103 Sievers, *Dem Gedenken an Dr. Friedrich Ablaß* (wie Anm. 98).
- 104 Interviews Levy, 29. 5. 1982, Wendt, 20. 10. 1988. Robinsohn, *Personen*, S. 2, IfZ, ED 166. E. Plat (Witwe) an Verf., 20. 10. und 3. 11. 1981. – Nach der Eintragung im Adreßbuch zu urteilen, muß die Auflösung 1936 oder 1937 erfolgt sein.
- 105 Ein Mitglied des Vereins der Hafenfremde, das den Übergang zur Gruppe Q nicht mitgemacht hatte, war der Bildhauer Richard Achilles; er blieb bis Kriegsende in der Widerstandsgruppe Ablaß: Interview Wendt, 20. 10. 1988.
- 106 Besonders zu nennen ist hier ein führendes Mitglied der Ablaß-Gruppe, der Exportkaufmann Eduard Wilkening, der als Parteilooser für den Hamburgischen Landesverband des Hansa-Bundes nach der Gleichschaltung bis zu seiner Auflösung 1935 arbeitete: Partei Freier Demokraten, LV Hamburg, an 609 Mil. Gov., Administration and Social Branch, 23. 11. 1945, PRO, FO 1014/554. – Vgl. Anhang 1.
- 107 Interview Levy, 29. 5. 1982. Fragebogen des Military Government of Germany, 31. 5. 1946, und Lebenslauf Martin Plat vom 30. 7. 1946 in: StA Hamburg, Bestand Familie Plat 7. E. Plat an Verf., 1. 7. und 11. 8. 1982. Auskunft Hamann, 21. 10. 1988. Über Plat auch: *VVN-Nachrichten*, Nr. 45/1949. M. Plat an Weisenborn, 3. 7. 1953, IfZ, ED 106.
- 108 Aus dem Hamburger Bürgerverein zählten zwei ehem. Vorstandsmitglieder zur Gruppe Q: der Vorsitzende Süßmilch und der Beisitzer Gröhn (*Vereins-Zeitung des Bürgervereins zu Hamburg*, 8/1931; Auskunft Levy, 9. 4. 1983). Die weiteren Organisationen sind der Reichsausschuß des Republikanischen Reichsbundes, der Friedensbund der Kriegsteilnehmer (in beiden führend Abatz) und die DLM (O. Lange).
- 109 Levy, Auskunft 17. 7. 1982. In seinem nur sporadisch geführten Tagebuch entwickelt Schmachtel in der Phase der NS-Machtergreifung seine Vorstellungen über die Sammlung einer Frontsoldaten-Kameradschaft gegen das NS-Regime (NL Schmachtel, Tagebuch, Eintragungen vom 30. 3. und 9. 4. 1933). – Eine Verbindung zwischen der Gruppe Q und dem Sozialdemokraten Gustav Dahrendorf MdHB (Cartarius, *Opposition*, S. 260), läßt sich nicht nachweisen.
- 110 Wentker, Fragebogen des Mil. Govt. of Germany, 18. 7. 1945; in Personalakte Wentker (1945–1947), HStA Hannover, Hann. 80 Hbg. III Acc. L Nr. 15. Dort gibt er als Beginn der Mitarbeit in Widerstandsgruppen den 1. 2. 1934 an, den Tag seines Umzugs nach Hamburg. Die Datierung des Eintritts auf vor 1937 ergibt sich daraus, daß er nach Angabe verschiedener Beteiligter an der Feier zu Strassmanns 40. Geburtstag am 27. 11. 1937 teilnahm (H. und M. Lange, 13. 4. 1984; F. Hoernigk, 19. 3. 1986), nach Angaben des Hamburger Mitglieds der Robinsohn-Gruppe Hermann Lange aber schon lange vorher bei Treffen dabei gewesen war (Interview H. und M. Lange, 16. 8. 1989). Auch daß eine Tochter Wentkers im April 1936 die Lehre bei der Firma Gebr. Robinsohn begann (lt. PA Wentker im HStA Hannover, s. o.), läßt auf eine vorher erfolgte Verbindungsaufnahme schließen.
- 111 Kurzbiographie (4 S., Ms.) in: LA Berlin, NL Hirschfeld Rep. 200 Acc. 2014 Nr. 7 Bd. 3. Die Datierung erfolgt nach einem rückblickenden Bezug auf dieses Jahr. Die Berufsangabe stimmt allerdings nur vor 1937/38, so daß Hirschfelds Informationen nicht mehr ganz aktuell gewesen sein können. – Wentkers Verbindung mit einem Kreis Hamburger Polizeioffiziere wird bestätigt von E. Godschalk, Interview 18. 11. 1987. – Zur politischen Einstellung der Hamburger Polizei vgl. Danner, *Ordnungspolizei*, passim.

- 112 Interview E. Godschalk, 18.11.1987. Willy Godschalk an den Niedersächsischen Landesauschuß für Sonderhilfesachen, 27.9.1952, NL Wentker.
- 113 Bock war SPD-Distriktsleiter und 1929–1933 Beisitzer im Landesvorstand der Hamburger SPD: Witt, *Hamburger Sozialdemokratie*, S. 41 und 202f. Er bildete mit Robert Finnern und Walter Siering eine Gruppe führender Sozialdemokraten des Distriktes Hamburg-Eppendorf, die 1938 aufgedeckt wurde: Der Oberreichsanwalt beim VGH, Anklageschrift gegen Finnern und Bock, 9.6.1938; Urteil vom 23.8.1938, beides Az. 7J 206/38, beides im IfGA/ZPA, NJ 971 und NJ 15712. – ZStA Potsdam, Gestapo-Kartei. – Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. 132f.
- 114 Interview Godschalk, 18.11.1987. – Bock: Redepenning, *60 Jahre*, S. 9. – VGH-Anklageschrift und Urteil gegen Robert Finnern und Wilhelm Bock vom 9.6.1938 bzw. 23.8.1938, IfGA/ZPA, NJ 971 und NJ 15712. Vgl. dazu auch die Nachweise übereinstimmender Informationen in Robinsohns *Bericht über die Lage des NatSoz in Deutschland*, 27.4.1936, und in den Sopade-Berichten vom 4.5.1936 (s. u.). – Siering war am 2. März 1938 nach Dänemark geflüchtet: ZStA Potsdam, Gestapo-Kartei, Karten E und IS über Siering.
- 115 Interview H. und M. Lange, 13.4.1984. – [Kraus], *150 Jahre*, S. 87.
- 116 Interview H. und M. Lange, 13.4.1984. – Druckfassung des Berichts: Gerhart Seger, *Oranienburg. Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten*. Geleitwort: Heinrich Mann. Karlsbad 1934. – Der Oranienburg-Bericht wurde vermutlich durch den Grenzsekretär Richard Hansen in Kopenhagen über schleswig-holsteinische Verbindungsleute nach Hamburg gebracht: Osterroth, *100 Jahre*, S. 113. – Über Küchler vgl. die Trauerrede von Friedrich Köhne vom 13.4.1940, in: [Kraus], *150 Jahre*, S. 120–123.
- 117 Interview H. und M. Lange, 13.4.1984. – Eine Mitarbeiterin in Adams' Kaffeehandel, Gertrud Mieth, bestätigt, daß Adams viele Lehrer als Kunden belieferte: Jörg Bohn, *Dr. Kurt Adams – Lehrer und Bürgerschaftsabgeordneter in Hamburg*. Handreichung zum 50. Jahrestag der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Hamburg. Hamburg 1982, S. 32.
- 118 Robinsohn, *Bericht über die Lage des NatSoz in Deutschland!*, 27.4.1936, S. 9, in diesem Band: Dok. 2, S. 279f. Vgl. hierzu und zum folgenden: *Deutschland-Berichte der Sopade*, 1936, März (S. 229), April (S. 444–449).
- 119 Robinsohn, *Bericht* (wie Anm. 18). S. 9f. bzw. S. 279.
- 120 Ebd., S. 10 bzw. 279f. Dieselbe Information befindet sich als »3. Bericht« aus Hamburg auch in den *Deutschland-Berichten der Sopade*, April 1936 (abgeschlossen am 4. Mai), S. 448. Auch über Braunschweig liegen nahezu identische Informationen vor; Robinsohn-Bericht: »In Braunschweig ist in fast allen Lokalen offen gezählt worden; d[it]o in zahllosen Dörfern, Klein- und Mittelstädten.« (S. 10 bzw. 280); Sopade: »Die Stadt Braunschweig fügt sich würdig in den Rahmen der unter hartem Terror stehenden Landorte und hatte in den meisten Wahllokalen nur in den ersten Stunden Zellen.« (S. 458).
- 121 Ebd., S. 9 bzw. 279. Ähnliche Ergebnisse gab es in nordwestdeutschen Bauerndörfern: *Deutschland-Berichte der Sopade*, April 1936, S. 473.
- 122 Interview Godschalk, 18.11.1987. – Geerken: *Wer ist wer?* 1951.
- 123 Anna Stein emigrierte 1936 (Link, *Geschichte*, S. 214f.), Klara Deppe schon 1933 (Interview Jacobsen, 6.10.1984).
- 124 Dick, *Lehrerverhalten*, S. 163–178. Interview Holst, 14.7.1988. An die Verbindung erinnert sich H. Lange, Auskünfte vom 30.4., 3.5. und 27.6.1988. Die enge Freundschaft zwischen E. Flügge und K. Deppe bestätigt K. E. Jacobsen, Interview 22.3.1989.

- 125 *BdHE* 1. – Interview Levy, 29. 5. 1982.
- 126 Robinsohn, *Personen*, S. 2, IfZ, ZS 380. Eine Information aus der Hamburger Kreisbauernschaft, eine weitere über einen Geheimerlaß des Landwirtschaftsministers und eine dritte aus dem Reichsbauernrat verwendet Robinsohn in seinem Bericht No. 1 vom Anfang Oktober 1937, S. 2 (Privat-NL Vagts), hier Dok. 3, S. 284 f.
- 127 Handel: *Globus-Jahrbuch 1942/43*, S. 83 (dort Angaben für 1937). Marine: *Hb. für das Deutsche Reich*, 1936, S. 138 f.
- 128 Einzelne Hinweise in Osterroth, *100 Jahre*, S. 111–118. Horst Peters, *Antifaschistischer Widerstand in Kiel: Schwer nachzuweisen – aber es gab ihn*. In: AKENS, *Info* Nr. 6 (August 1985), S. 6–11, konzentriert sich auf die Verfolgungen in der Phase der »Machtergreifung« 1933 und bezieht einige Gestapo-Berichte der Folgejahre ein. Ders., »Zuchthausstrafen für Volksschädlinge.« *Eine Gruppe Kieler Sozialdemokraten im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*. In: Arbeitskreis »Demokratische Geschichte« (Hg.), *Wir sind das Bauvolk. Kiel 1945–1950*. Kiel 1985, S. 11–28. In beiden Beiträgen erwähnt Peters die Lückenhaftigkeit der Materialien. – Die von Peters angelegte Materialsammlung, die er 1987 dem Stadtarchiv Kiel übergeben hat, war leider nicht einsehbar.
- 129 Beiläufig ist sie erwähnt in: Stubbe-da Luz, »Arbeitsgemeinschaft«, S. 23.
- 130 Die Loge »Freie Nordmark« des FzaS erscheint erstmals im *Adreßbuch der Stadt Kiel* von 1911. – Harburg: Redepenning, *60 Jahre*, S. 7.
- 131 Hauptquellen sind eine Sondergerichtsakte über ein »Heimtücke«-Verfahren gegen einen Logenbruder im LA Schleswig, Abt. 358 Nr. 7975, sowie Auskünfte der Tochter eines ehem. Meisters der Kieler Loge, K. Günther, die durch die wenigen zusätzlichen Belege durchweg gestützt werden.
- 132 Leonhart war MdR von 1907–1912, außerdem Kieler Stadtverordneter 1901–1904, unbesoldeter Stadtrat 1910–1916 und erneut StVO 1917–1920 (*KiZ* 2. 12. 1917/M, *Volkszeitung* 14. 7. 1920). Er war zehn Jahre lang Vorsitzender der Kieler DFG (*DZ* 7, 1930, Nr. 3), Mitglied der Freisinnigen Partei (bis 1910), der FVP (bis 1918), der DDP (1918–1920), der liberalen föderalistischen Schleswig-Holsteinischen Landespartei (1920–?), spätestens 1922 wieder der DDP (bis 1930), zuletzt der RDP (ab 1930), deren schleswig-holsteinischer Landesvorsitzender und Reichsschatzmeister er wurde (O. Stündt, *Die neue Linke greift an!* In: *Echo* 12, 1930, Nr. 11/12, S. 161–164, hier S. 162; Notiz vom 1. Parteitag der RDP Schleswig-Holsteins in: ebd., S. 181 f.). Während des Kapp-Lüttwitz-Putsches stellte Leonhart sich als DDP-StVO mit der sozialistischen Linken gegen die Kapp-Regierung und ihren Kieler Exponenten, den Chef der Kieler Marinestation, Konteradmiral Magnus von Levetzow: *Bericht [des Bürgermeisters Dr. Fritz Gradenwitz] über die Ereignisse in Kiel vom 13.–15. März [1920]*, mit vier Anlagen, abgedruckt in: Dirk Dähnhardt/Gerhard Granier (Hgg.), *Der Kapp-Putsch in Kiel. Eine Dokumentation zum 60. Jahrestag der Märzereignisse von 1920*. Kiel 1980, S. 77–86. – Vgl. Helmut Donat, *Johannes Leonhart*. In: ders./Karl Holl (Hgg.), *Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Düsseldorf 1983, S. 250 f.
- 133 Der Kieler Konrektor Gehrt Rickers war MdL 1924–1933 (*Hb. für den Preussischen Landtag* 1932, S. 477). Mindestens vier Freimaurer waren gleichzeitig führend in der DFG; Leonhart war schon vor Gründung des FzaS Vorsitzender des Kieler Vereins für Feuerbestattung (*KiZ* 8. 11. 1901/M); er wird als Redner auf einer Feier der freien religiösen Gemeinde in Kiel genannt (*KiZ* 4. 7. 1919/A).

- 134 Wentker, Lebenslauf, undatiert; Anlage zum Brief Wentkers an den Landrat des Kreises Wolfenbüttel, 12. 10. 1947 (ohne Namensnennung Krauses). Daß es sich um Krause handelt, bestätigen übereinstimmend die Töchter K. Günther geb. Krause (Auskünfte vom 20. und 22. 8. 1988) und E. Godschalk geb. Wentker (Interview vom 18. 11. 1987). – Die Verbindung zwischen Kiel und Hamburg wird auch bestätigt durch einen Brief Gustav Krauses an Ablass vom 6. 6. 1945, in dem er ihn bittet, den Kieler Oberbürgermeister Dr. Max Emcke »auf unseren bestehenden Kieler Kreis aufmerksam zu machen« (StA Hamburg, FDP IA 1). In den in Frage kommenden Akten über den Schriftwechsel Emckes 1945 findet sich weder eine Korrespondenz mit Ablass noch mit Krause: StadtA Kiel, 32839, 33460 bis 33463, 34154. – Gewisse Aufschlüsse über die Beteiligung an dem Freimaurer-Stammtisch ergeben sich aus der Sondergerichtsakte über einen Teilnehmer, LA Schleswig, Abt. 358 Nr. 3300. – Krause: vgl. Anhang 1.
- 135 Bock: Interview Godschalk, 18. 11. 1987 und Auskünfte vom 24. 10. 1987 und 9. 11. 1988; Redepenning, *60 Jahre*, S. 9. – Nielsen: Osterroth, *100 Jahre*, S. 115, bezeichnet ihn als »Kassierer der Seeleute«. Ohne Belege gehen Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. 132 f., auf die Verbindung Bock-Nielsen ein. Vgl. I.A Schleswig, Abt. 358 Nr. 7975.
- 136 LA Schleswig, Abt. 358 Nr. 7975.
- 137 Archiv der Polizeiinspektion Kiel, *Gefangenenbuch A*, Januar 1938 bis Juli 1940, lfd. Nr. 26 und 38. – Osterroth, *100 Jahre*, S. 115.
- 138 Sommer, Interview 21. 7. 1989. – Gästebuch von W. und M. Gemberg. – Auskunft F. Hoernigk, 5. 8. 1989. – Borchert an Verf., 20. 8. 1989. – Visitenkarte von Walter Gemberg (»Oberingenieur bei der Friedr. Krupp Germania-Werft AG«), freundlicherweise mitgeteilt von Herrn Lothar Gemberg-Wiesecke.
- 139 Rössler, *U-Boote*, Bd. 1, S. 74 f. und 108. Zum IvS erstmals Schüssler, *Der Kampf der Marine gegen Versailles 1919–1935*. Hg. vom Oberkommando der Kriegsmarine. Berlin 1937. Als Dokument 156-C erstmals abgedruckt im IMG, Bd. 34, S. 530–607, hier S. 565–578. Vgl. IMG Bd. 2, S. 359–362; Bd. 13, S. 688 f.; Bd. 14 S. 170 f., 334–336. Vgl. auch Höhne, *Canaris*, bes. S. 94 f. – Walter Gembergs Tätigkeit in Rotterdam ergibt sich aus dem 1925–1946 geführten Gästebuch und aus der Hochzeitszeitung zu seiner silbernen Hochzeit 1938 (im Besitz von L. Gemberg-Wiesecke).
- 140 Rössler, *U-Boote*, Bd. 1, S. 108, 111–113 und 117. Vgl. *Deutschland-Berichte der Sopade*, Juli 1937, S. 879, deren Angaben von denen Rösslers (S. 111) differieren. Hauptsächlich mit den U-Boot-Daten befaßt sich Flenker, *Fried. Krupp Germania-Werft Kiel-Gaarden*, 1981 (Typoskript im StadtA Kiel). Vgl. auch Salewski, *Seekriegsleitung*, Bd. 1, S. 22–28.
- 141 Salewski, *Seekriegsleitung*, Bd. 1, S. 73 f.
- 142 Dazu schrieb der mecklenburgische Staatsminister Richard Moeller 1928: »Über 60 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens gehört den Großbetrieben«, in seinem Beitrag *Mecklenburg*, in: Erkelenz (Hg.), *Zehn Jahre*, S. 230–234, hier S. 231. – Zum gesamten Absatz: Anm. 146.
- 143 Schneider, *Deutsche Demokratische Partei*, S. 227 f.
- 144 Eigene Berechnung nach: *Organisationshandbuch der DDP*, 1926, S. 430–437. – Vgl. Schneider, *Deutsche Demokratische Partei*, S. 224.
- 145 »Viele junge Freunde, die innerlich durchaus zu uns gehören, können sich in den kleinen Städten unseres Landes der Gefahr, wegen ihrer demokratischen Überzeugung wirtschaftlich boykottiert zu werden, häufig nicht aussetzen.« Otto Heinrich Greve, *Jungdemokraten in Mecklenburg*. In: *Herold* 7, 1926,

- Nr. 68, S. 160. Dort berichtet er von einer Tagung in Rostock und von Gruppengründungen in Schwerin, Güstrow und Neustrelitz. Im folgenden Jahr konnte die pommersch-mecklenburgische DDJ organisatorische und politische Fortschritte verzeichnen: Ernst Reichelt, *Pommersch-Mecklenburgischer Verbandstag in Stargard*. In: *Herold* 8, 1927, Nr. 77, S. 104.
- 146 G. W. Sante/W. Strecker, *Mecklenburg*. In: *Geschichte der deutschen-Länder, »Territorien-Ploetz«*. Bd. 2, Würzburg 1971, S. 606–623. – Milatz, *Wähler*, S. 116 und Kartenbeilagen. – Moeller (wie Anm. 142), S. 232. – Vgl. die Übersichten mit den Ergebnissen der DNVP, der DVFP und der Arbeiterparteien bei Jan van Husen, *Wahlergebnisse und oekonomische Tatsachen, wie ein Ausländer sie sieht*. In: *Weltbühne* 27 vom 3. 7. 1924, 2. Hj., S. 4–9.
- 147 Jahnke u. a., *Widerstandskampf*, streifen den nichtkommunistischen Widerstand nur. Beste, *Kirchenkampf*, geht nur auf Kleinschmidt ein.
- 148 Hans Lachmund, *Politischer Lebenslauf*, NL Lachmund. Die DDP hatte 1926 im Reichstagswahlkreis Mecklenburg (incl. Lübeck) mit 1314 Mitgliedern (davon 450 in Lübeck) nur ein Prozent ihres reichsweiten Mitgliederbestandes, in Mecklenburg allein also nur etwa 0,6 Prozent: *Organisationshandbuch der DDP*, S. 437–439. Von 1926 bis 1929 sanken die DDP-Mitgliederzahlen von 131000 auf 113000 (Ebd., S. 439 für 1926; *Linkoliberalismus*, Einleitung S. XXXV). M. E. Lüders berichtet von einer Rundreise im Frühjahr 1931, daß die Mitgliederverluste der DStP im Vergleich mit der DDP 30 bis 60% betragen: 4. Bericht an den DStP-Vorsitzenden Hermann Dietrich, 3. 4. 1931, 4 Seiten, hier S. 3, BA, NL Dietrich 245. Daraus läßt sich folgern, daß die Mecklenburger DStP 1931 vermutlich nur noch etwa 400 Mitglieder hatte.
- 149 Die Quäker sind eine pazifistisch-demokratische Friedenskirche. Damals gab es in Deutschland nur etwa 225 Mitglieder der »Deutschen Jahresversammlung der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker)«, vgl. deren Brief an das Reichswehrministerium, 4. 4. 1935, für dessen Überlassung in Abschrift ich Frau Anna Sabine Halle danke. Vgl. Halle, *Haltung*. – In der Untersuchung von Zehrer, *Freikirchen*, werden die Quäker nur marginal erwähnt (S. 68; 156).
- 150 H. Lachmund, *Politischer Lebenslauf*, NL Lachmund. M. Lachmund, Niederschrift vom März 1949, ebd. Interview mit dem Sohn P. Lachmund, 11. 10. 1985. *DZ* 7, 1930, Nrn. 4, 6, 22 und 24.
- 151 M. Lachmund an Werner Koch, 2. 3. 1952, NL Lachmund.
- 152 Rogalla von Bieberstein, *Verschwörung*, S. 189–232, bes. S. 217f.
- 153 Neuberger, *Freimaurerei*, Bd. 2, S. 17–19. Zur Radikalität der Gestapo und der SA in Mecklenburg: ebd., S. 26.
- 154 H. Lachmund, *Dierke*, S. 66. – Dierke muß eine beeindruckende Persönlichkeit gewesen sein. Der mecklenburgische Staatsminister a. D. Richard Moeller schreibt in seinen ungedruckten Lebenserinnerungen, S. 186: »Dem Logenwesen bin ich immer ein wenig fremd geblieben, aber der Meister vom Stuhl, Alfred Dierke, war ein hervorragend gebildeter, geistig und ästhetisch gleich formvollendeter Mensch, der es verstand, jede Logensitzung zu einem kleinen Kunstwerk zu gestalten.«
- 155 H. Lachmund, *Dierke*, S. 67.
- 156 Ebd.
- 157 M. Lachmund, *Hans Lachmund und die Freimaurerei*, S. 3, NL Lachmund.
- 158 Tagebuch Hans Lachmund, Eintragung vom 13. 1. 1939, NL Lachmund. Vgl. Anhang 1.
- 159 Kleinschmidt wurde zum 1. Dezember 1934 probeweise, ein Jahr später endgültig auf die III. Pfarrstelle am Dom zu Schwerin berufen: *Kirchliches Amtsblatt*

- für Mecklenburg, 23/1934 (27. Dezember), S. 196, lfd. Nr. 413, und 15/1935 (24. Dezember), S. 136, lfd. Nr. 263. – Durch die Berufung einer Reihe religiöser Sozialisten wie Kleinschmidt, Aurelius von Jüchen und Bruno Theek wollte der Landesbischof Walther Schultz (DC), der als Student selbst die religiösen Sozialisten verehrt hatte (Auskunft A. v. Jüchen, 12. 10. 1989), offenbar ein Gegengewicht zu der überwiegend konservativen mecklenburgischen Landeskirche setzen: Schnorr, *Vergangenheit*, S. 47; Interview Schnoor, 28. 6. 1989. – Vgl. Anhang 1.
- 160 Interviews Glander, 26. 6. 1989, und Schnoor, 28. 6. 1989.
- 161 Interview Schnoor, 28. 6. 1989 (ohne Bezug auf das Büro Grüber). – K. Kleinschmidt, *Die Predigt nach der »Kristallnacht«*. In: Fink (Hg.), *Stärker als die Angst*, S. 56–70, bes. S. 62–66. Kleinschmidts Arbeit für das Büro Grüber, die bisher nur durch ihn selbst genannt wurde, wird auch von Aurelius von Jüchen, Vertreter des Büros Grüber in Mecklenburg-Strelitz, bestätigt: Auskunft vom 12. 10. 1989. – Vgl. Kap. 5. – Zum Paulusbund vgl. Werner Cohn, *Bearers of a Common Fate? The »Non-Aryan« Christian »Fate-Comrades« of the Paulusbund, 1933–1939*. In: *LBI Year Book* 33, 1988, S. 327–366.
- 162 Er geriet jedoch unter radikalen deutschchristlichen Einfluß: Schnoor, *Vergangenheit* S. 51, Ders., *Notizen zum Kirchenkampf. Die Kirche und das Heute*. In: *SHMKG* 2/1989, S. 12–19. Interview Schnoor, 28. 6. 1989. Vgl. Beste, *Kirchenkampf*, S. 177–183.
- 163 Beste, *Kirchenkampf*, S. 162f.; darin auch eine Entschließung des NS-Pastorenbundes Mecklenburgs vom 30. 10. 1935 mit 150 Unterschriften, darunter Kleinschmidt (S. 290f.). – Schnoor, *Vergangenheit*, nennt als unterschiedliche Geister die Gutgläubigen, die volksmissionarisch Motivierten und die Bilderstürmer (S. 51). – Aus dem NL Kleinschmidt im BPA des SED-Bezirk Schwerin wurden dem Verf. einzelne Abschriften von Dokumenten über Kleinschmidts Verfolgung durch die DC zur Verfügung gestellt, nach der Umwandlung in das Archiv des Bezirksvorstandes der PDS auch ein undatiertes, nach 1945 angefertigter Lebenslauf Kleinschmidts, in dem er den Versuch einer sozialistischen Fraktionsbildung im NS-Pastorenbund erwähnt, der bereits 1935 gescheitert sei. – Eine ganz schmale Personenaakte über Kleinschmidt im StadtA Schwerin ist für die NS-Zeit unergiebig.
- 164 Interview Rhein, 27. 6. 1989. Auskünfte des Sohnes W. Venzmer, 17. 11. 1988 und 4. 9. 1989. Lebenslauf von E. Venzmer, 22. 11. 1945, Abschrift im NL Venzmer.
- 165 Jahnke u. a., *Widerstandskampf*, S. 15; Oberbürgermeister: Stand 1931.
- 166 Interview Krämer, 3. 4. 1989. – Vgl. Anhang 1.
- 167 Konzept (hs. korrigiert) seines undatierten Lebenslaufs (1945 nach Kriegsende), NL W. Lange. Im Fragebogen des Mil. Govt. of Germany (NL W. Lange) gibt er als Einkommen ab 1933 ein Drittel der Vorjahre an.
- 168 W. Lange, Konzept seines Lebenslaufs (wie Anm. 167). Langes Tätigkeit in der NS-Zeit bestätigt auch sein Bürovorsteher 1933–1939 Paul Buck, der den 1936 verbotenen Sieben-Tage-Adventisten angehörte; Lange schottete ihm gegenüber seine Widerstandstätigkeit völlig ab: Interview Buck, 27. 6. 1989.
- 169 Gästebuch: NL Lachmund. – Bescheinigung eines Wismarer Stadtrats (hs. Unterschrift [Karl Moritz?]) vom 26. 6. 1945 über Langes SPD-Mitgliedschaft, NL W. Lange. – Von den acht Geschwistern Prestin stand die 1931 verstorbene Hella verh. Strassmann der SPD nahe, ebenso ihr 1932 verstorbener Bruder Karl-Friedrich: Ch. Schmidt an Verf., 3. 2. 1988; Auskunft Meinecke, 9. 2. 1988. Irma Prestin heiratete 1934 nach Schweden, wo sie 1936 unter ähnlich tragischen

- Umständen starb wie 1931 ihre Schwester Hella; ihre Einbeziehung in die Gruppe deutet Resi Prestin an: Brief an R. Cardell, 19.6.1945, BA, NL Robinsohn 4.
- 170 Konzept seines undatierten Lebenslaufs: NL W. Lange.
- 171 Simonis: Interview mit der Tochter Langes, M. Krämer, 3.4.1989, und mit der Witwe M. Simonis, 3.5.1989. – EVA: Interview Rhein, 27.6.1989. Der Beitrag von Walter Böwe, *Die Waggonfabrik Wismar (1893–1947)*, in: *Wismarer Beiträge* 5, 1988, S. 11–23, erwähnt lediglich den kommunistischen Widerstand (S. 15); desgl. Jahnke u. a., *Widerstandskampf*, S. 233.
- 172 Interviews Rhein, 27. und 29.6.1989. Robinsohn, *Personen*, S. 2, IfZ, ED 166, nennt einen Buchhändler, gibt aber als Ort fälschlich Rostock an. H. Lange erinnert sich an einen Buchhändler aus Wismar: Interview H. und M. Lange, 13.4.1984.
- 173 Robinsohn, *Bericht über die Lage des NatSoz in Deutschland!*, 27.4.1936, S. 9, in diesem Band: Dok. 2, S. 279.
- 174 W. Lemcke an A. Dettweiler (Tochter Marsmanns), 19.2.1989. – Hans Lachmund notierte eine „Besprechung mit Marsmann“ in seinem Tagebuch, Eintragung vom 26.1.1939.
- 175 Bei der Wieden, *Die mecklenburgischen Regierungen*, S. 50f. H. Ch. Moeller (jr.) an Verf., 27.2.1989. – Entlassung Moellers: Beschluß des Mecklenburg-Schwerinschen Ministeriums für Unterricht über die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Moeller vom 30.3.1933 (wegen heftiger Angriffe Moellers gegen die NSDAP und die Regierung Hitler in den *Mecklenburgischen Blättern* der DStP); Beurlaubungsverfügung vom 1.4.1933; beides im NL Moeller. – Interview Rhein, 27.6.1989. – Kränzchen: Redepenning, *60 Jahre*, S. 19 (Stand 1930). – Moellers Mitgliedschaft in der Loge: Ungedruckte Lebenserinnerungen von Richard Moeller, S. 186f., auszugsweise freundlicherweise mitgeteilt von Dr. H. Ch. Moeller.
- 176 In den *Mecklenburgischen Blättern* der DStP Nr. 20/1932; zitiert nach: Disziplinarverfahrensbeschluß (wie Anm. 175), S. 2.
- 177 Interview Rhein, 27.6.1989. – Über S. Witte: Bei der Wieden, *Die mecklenburgischen Regierungen*, S. 98f.; *SBZ-Handbuch*, S. 1058. – F. C. Witte war Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung von Mecklenburg-Schwerin (R. Moeller, wie Anm. 126, S. 231), stellv. Landesvorsitzender der mecklenburgischen DDP (*Organisationshandbuch* der DDP, S. 431), Mitglied der DFG (*DZ* 7, 1930, Nr. 7) und ihrer Nachfolgeorganisation ADFB (*DZ* 10, 1933, Nr. 2) und Mitglied der Bekennenden Kirche (Beste, *Kirchenkampf*, S., 373; vgl. *DZ* 8, 1931, Nrn. 1 und 13, *DZ* 9, 1932, Nr. 9).
- 178 Auskunft F. Hoffmann, 15.10.1989.
- 179 Interview Jacobsen, 6.10.1984. – Klawitter: Auskünfte F. Hoernigk, 30.7.1988 und 23.1.1989. Auskunft J. Klawitter, 23.1.1989. Jahnke u. a., *Widerstandskampf*, S. 215–217, berücksichtigen lediglich zwei Kommunisten und einen Sozialdemokraten auf der Neptun-Werft.
- 180 Interview Rhein, 27.6.1989. Gästebuch Lachmund, Tagebuch Hans Lachmund, beides im NL Lachmund. Interview P. Lachmund, 11.10.1985. E. Wentker, undatiertes Lebenslauf als Anlage zu seinem Brief an den Landrat des Kreises Wolfenbüttel, 12.10.1947, NL Wentker.
- 181 H. Lachmund, *Dierke*, S. 58–68, und die Erinnerungsberichte: Drechsler, *Brüder*, S. 18–35, und Raoul Koner, *Ein Freimaurerleben. Erlebnisse und Betrachtungen*. Bielefeld 1976, S. 18–50. – Eine Dissertation über das Verhältnis von Nationalsozialismus und Freimaurerei geht auf die Reformfreimaurerei (FzaS

- und Symbolische Großloge) nur am Rande ein: Neuburger, *Freimaurerei* (Druckfassung), Bd. 1, S. 276–279 und 283–286, Bd. 2, S. 68–71.
- 182 Rechtsanwälte Dr. Marsmann und Dr. Thormann an den stellvertretenden Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste, Dr. Georg Schumann, 22. 7. 1937, in: Joseph Wulf (Hg.), *Die Bildenden Künste im Dritten Reich. Eine Dokumentation*. Reinbek 1966, S. 385 f. – Rhein, *Meine Barlach-Briefe. In: Marginalien. Blätter der Pirckheimer-Gesellschaft*, H. 23, 1966, S. 3–5.
- 183 Auskünfte A. Maass, 15. und 28. 2. 1989. – Undatierte Namensliste von J. Kingma, NL O. Kingma. – Tagebuch Hans Lachmund, Eintragung vom 20. 5. 1938.
- 184 Appellius/Feuerlohn, *Die braune Stadt*, S. 12. Marine: *Hb. für das Deutsche Reich*, 1936, S. 139. Handel: *Globus-Jahrbuch 1942/43*, S. 82 f.; dort die Angaben für 1937: Umsatz in Bremen 12 299 NRT, Emden 5315 NRT, Wilhelmshaven 1699 NRT. – Zur Marinewerft: Rolf Güth, *Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden*. In: MGFA (Hg.), *Militärsgeschichte*, Bd. 5, S. 263–336, hier S. 320 f. Entlassungen: Appellius/Feuerlohn, *Die braune Stadt*, S. 127. Konjunktur 1934: *Deutschland-Berichte* der Sopade, 1934, Bericht vom November/Dezember, S. 721–849, hier S. 796.
- 185 Robinsohn, *Personen*, S. 2, IfZ, ZS 380.
- 186 Verf. ist Herrn Dr. Rudolf Walter Leonhardt für die freundliche Genehmigung der Einsichtnahme sehr zu Dank verpflichtet. – Die Eintragung trägt das Datum 23. 2. 1922.
- 187 Interview H. und M. Lange, 13. 4. 1984; Auskunft H. Lange, 3. 5. 1988. In der undatierten Namensliste führt J. Kingma den Namen Grunewald in seinem Namensblock auf: NL O. Kingma.
- 188 Tantzen an Gessler, 23. 4. 1920, zit. nach: Granier, *Levetzow*, S. 107, Anm. 332. – Grunewald sen.: vgl. Anhang 1.
- 189 Aufruf an die Bevölkerung von Wilhelmshaven-Rüstringen, 28. 1. 1919 (Flugblatt), unterzeichnet vom 21er Rat, Gewerkschaftskartell, der SPD, dem Bund der Berufssoldaten (BdB), dem Deckoffizierbund (DOB, Grunewald), dem Stationschef, der USPD und dem Arbeiterbataillon, mit der zentralen Aussage: »Die Arbeiter lehnen die Gründung einer neuen Republik ab, ebenfalls die Losagung von Berlin und die Gründung einer roten Garde.« Abgedruckt in: Jörg Berlin, *Die Novemberrevolution in Wilhelmshaven*, Anhang (ohne Seitenzählung). Dort auch ein Flugblatt »Was die Berufssoldaten den Arbeitern zu sagen haben?« vom 11. 1. 1919, »für die Regierung gegen Spartakus!«, unterzeichnet vom DOB und BdB, jeweils ohne Namensnennung. – DDP: *Organisationshandbuch* der DDP, S. 213. – Reichsbanner: Bericht von 1932, Anlage zum Schreiben der Stapostelle Wilhelmshaven, 13. 4. 1939, BA R 58/455, S. 223 und 247. SPD-Bezirksvorstand: Appellius/Feuerlohn, *Die braune Stadt*, S. 169.
- 190 *Echo* 5, 1923, Nr. 4, S. 65; *Echo* 7, 1925, Nr. 2, S. 71. Reichsbanner nach: Appellius/Feuerlohn, *Die braune Stadt*, S. 68. Kapp-Putsch: Brune, *Heimatlexikon*, Bd. 1, Stichworte Grunewald und Kapp-Putsch.
- 191 Von der Gruppe sind 19 Personen namentlich bekannt. Hauptquellen sind Appellius/Feuerlohn, *Die braune Stadt*, S. 136 f., und die GEW-Broschüre *Wilhelm Krökel*. Außerdem Briefe an Verf. von Appellius, 23. 10. 1985 und 2. 2. 1986, von Riefenstahl, 20. 2. 1987, und Carstens, 27. 10. 1989; undatiertes Brief von Nieter an Verf. (Juli 1986); Auskunft Sassen, 9. 4. 1987.
- 192 Ob die Ausführungen über die Marinewerft in den Deutschland-Berichten der Sopade aus der Grunewald-Gruppe stammen, ist ungeklärt; vgl. Bericht vom November/Dezember 1934 (s. o., Anm. 184) und Bericht vom Januar 1935, in:

Deutschland-Berichte, 1935, S. 7–147, hier S. 65: »Auf der großen Marinewerft in Wilhelmshaven sind natürlich alle »führenden Marxisten« entlassen worden. Ihre Zahl ist infolgedessen auffallend gering.«

- 193 GEW Wilhelmshaven, *Wilhelm Krökel* (ohne Seitenzählung). Carstens an Verf., 27. 10. 1989.
- 194 Unter Mitteldeutschland wird die Landschaft verstanden, die vom Thüringer Wald, dem Erzgebirge und der Oberlausitz im Süden, dem Harz im Westen und dem Fläming im Norden flankiert wird; vgl. *Meyers Lexikon*, Bd. 7, 1939, Stichwort Mitteldeutschland.
- 195 *Organisationshandbuch* der DDP, 1926, S. 181. Bei der Reichstagswahl am 7. 12. 1924 errang die DNVP im Wahlkreis Merseburg, zu dem auch Naumburg zählte, mit 29,7% die höchste Stimmenzahl, gefolgt von der KPD, der SPD, der DVP und an fünfter Stelle der DDP (6,9%); vgl. ebd., S. 174. – Mitteldeutschland war eine Hochburg des Stahlhelms; seine beiden Vorsitzenden waren der Magdeburger Seldte und der Hallenser Duesterberg: Volker R. Berghahn, *Der Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten*. Düsseldorf 1966, bes. S. 13–26. *Sechs Jahre Stahlhelm*, passim; für Naumburg bes. S. 142, 146, 152.
- 196 Milatz, *Wähler*, Kartenbeilage 10.
- 197 Interviews F. Hoernigk, 13. 4. 1986 und 5. 9. 1986. Zu Prof. Grünfeld vgl. Kap. 4. – Ungenau ist Prokophs Angabe, es habe in Halle außer von Ende 1922 bis Anfang 1924 keinen Demokratischen Studentenbund gegeben: Prokoph, *Demokratische Bestrebungen*, Diss., S. 63–72. – Über die Mennoniten, die der Vereinigung evangelischer Freikirchen assoziiert waren, gibt es nur marginale Andeutungen in: Zehrer, *Freikirchen*, S. 90 (Anm. 149), 183 f.
- 198 Thomas Dehler bestätigt, daß Frank Hoernigk ihm »Informationen und Verhaltensmaßregeln« von der Berliner Führungsgruppe überbrachte: Bestätigung für F. Hoernigk (hs. korr. Entwurf), 1. Juli 1946, ADL, NL Dehler 373.
- 199 Interview F. Hoernigk, 13. 4. 1986. Für die folgenden Ausführungen werden die schriftlichen und mündlichen Ausführungen Frank Hoernigks gegenüber dem Verf. ohne Einzelnachweis zusammengefaßt; vgl. Quellen- und Literaturverzeichnis, Interviews und Auskünfte – Vgl. Anhang 1.
- 200 Informationen über Curt Herrleben verdanke ich seiner Schwester Sophie Kühne: Briefe an Verf., 28. 5. und 22. 6. 1991.
- 201 Loewe war Führer des Groß-Gaues Naumburg (*Sechs Jahre Stahlhelm*, S. 136), der 1926 fünf Untergaue und 205 Ortsgruppen mit weit über 10000 Mitgliedern hatte (ebd., S. 146f.).
- 202 Richard Pudor (DDP, 1945 LDPD) war Inhaber der Firmen »Meßpalast Handelsstätte Dresdner Hof« und »Meßpalast Hansa-Haus«. – Über den Widerstand der Robinsohn-Strassmann-Gruppe in Mitteldeutschland gibt es noch keine Darstellung. Die Arbeit von Werner Plesse, *Zum antifaschistischen Widerstandskampf in Mitteldeutschland (1939–1945)*, in: *ZfG* 2, 1954, S. 813–943, berücksichtigt nur den kommunistischen Widerstand und seine Verbindungen; die darauf bezogenen Beiträge von Fritz Köhler, *Zur Arbeit von Werner Plesse »Zum antifaschistischen Widerstandskampf in Mitteldeutschland (1939–1945)«*, in: *ZfG* 3, 1955, S. 275–277, und von Fritz Köhler, *Diskussion über den Aufsatz von Werner Plesse »[...]«*, in: *ZfG* 3, 1955, S. 928–933, befassen sich nur mit der mangelnden Einhaltung der SED-Parteilinie. Walter Kirsch, *Der antifaschistische Widerstandskampf in Leipzig von Mitte 1935 bis Mitte 1937*. In: *Wissenschaftliche Mitteilungen der Deutschen Historiker-Gesellschaft* [der DDR] 2/3, 1970, S. 9–33, berücksichtigt nur den kommunistischen und den sozialdemokratischen Widerstand. Auch die Beiträge im *Jahrbuch der Stadt Leipzig 1975*,

- hg. vom Museum für Geschichte der Stadt Leipzig, Leipzig 1975, gehen auf Pudor nicht ein.
- 203 Arnold Nagel, Redakteur der Saarbrücker Zeitung, 1933 entlassen. Über Nagel am ausführlichsten: Ludwig Bruch, *Weg und Schicksal einer deutschen Zeitung*. In: *200 Jahre Saarbrücker Zeitung 1761–1961*. Hg. vom Verlag »Saarbrücker Zeitung«. Saarbrücken 1961, S. 15–67 und 72–203, hier S. 168–177.
- 204 Zwillgmeier an Verf., 21. 6. 1990.
- 205 Bamberg hatte 1933 85,2 % Katholiken, 13,0 % Protestanten und 1,5 % Juden: Ophir/Wiesemann (Bearbb.), *Die jüdischen Gemeinden*, S. 109.
- 206 Henning, Dehler. – K. H. Flach, *Thomas Dehler: Unbeugsam ging er seinen Weg*. Kommentar im *Hessischen Rundfunk* am 21. 7. 1967. Abgedruckt in: ders., *Mehr Freiheit für mehr Menschen*. Baden-Baden 1979, S. 123–125. – Ott, Dehler, S. 95.
- 207 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986.
- 208 Prof. Geiger an Verf., 8. 9. 1985.
- 209 OMG, Kreis Bamberg, Bericht vom 8. 12. 1945, S. 2; in: StadtA Bamberg, OMGBY 9/90–1/3–4. Eigene Übersetzung.
- 210 Interview Padior, 23. 8. 1986.
- 211 *Persönliche Verhältnisse* (Lebenslauf) Dehlers vom 28. 4. 1945; desgl. vom 12. 5. 1945; Fragebogen des Mil. Govt. of Germany, 14. 8. 1945; alles im NL Dehler 694. – Vgl. Anhang 1.
- 212 *Frankengrüße. Lokalausgabe zur Deutschen Demokratischen Jugendwoche in Kronach (Oberfr.). Als Führer herausgegeben von »Jung Kronach«*. [Kronach 1921], S. 3. – Die Jugendwoche fand vom 7. bis 13. August 1921 statt.
- 213 Thomas Dehler, *Willkommen in Bamberg! Bamberg begrüßt die Jungdemokraten*. In: *Der Herold* 7, 1926, Nr. 70, S. 199. – Zu Bamberg als völkischer Hochburg vgl. Rainer Hambrecht, *Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925–1933)*. Nürnberg 1976, S. 50, 57, 69 u. ö. – Auf einer Reichstagung der NSDAP in Bamberg setzte Hitler im Februar 1926 seinen innerparteilichen Führungsanspruch durch: ebd., S. 95. Vgl. *Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26*. Hg. von Helmut Heiber. Stuttgart² 1961, S. 59f.
- 214 Drechsler, *Brüder*, S. 18. – Schon 1917 hatte die Düsseldorfer Loge Theodor zum bergischen Löwen auf der Hauptversammlung der Großloge Zur Sonne vergebens beantragt, die Möglichkeit der Anerkennung des irregulären FzaS zu prüfen: Beyer, *Großloge »Zur Sonne«*, Bd. 3, S. 203–206. Leider reicht dieses Werk nur bis 1918.
- 215 Wolfgang Fenner/Joachim Schmitt-Sasse, *Die Freimaurer als »nationale Kraft« vor 1933*. In: Koebner (Hg.), *Weimars Ende*, S. 223–244, hier S. 224.
- 216 Neuberger, *Freimaurerei*, Bd. 2, S. 74f. Nach Neuberger existierte dann einige Monate ersatzweise eine Gesellschaft für Kultur und Wissen in Bayreuth, die aber schon im September 1933 geschlossen werden mußte. Die Schließung der Bamberger Loge erwähnt Manfred Steffens, *Freimaurer in Deutschland. Bilanz eines Vierteljahrtausends*. Flensburg 1964, S. 378f. – Über die NS-Zeit bemerkt der 1948 gegebene Jahresbericht: »Ganz erloschen ist das m. [maurerische] Leben auch in der verhängnisvollen Zeit von 1933 bis 1945 niemals; denn die Br. [Brüder] hielten, soweit es möglich war, die gegenseitige Föhlung aufrecht.« In: *Mitgliederverzeichnis »Zur Verbrüderung an der Regnitz« im Or. [Orient] Bamberg*, 1948, ohne Seitenzählung, ADL, NL Dehler 793.
- 217 Rilling, *Dehler*, S. 50–99.
- 218 Niederschrift H. Hundt, undatiert (12 S.); Brief Losgar an die Militärregierung Bamberg, 23. 6. 1945 (2 S.); Klageerwiderung Losgar an die Spruchkammer Bam-

- berg II, 15.9.1947 (7 S.); Bericht Losgar, 20.8.1948 (8 S.); alles im ADL, NL Dehler 434.
- 219 F. Hoernigk, *Der Ernst-Strassmann-Kreis*, Typoskript, S. 1. – Interviews Jacobsen, 6.10.1984; Rhein, 27.6.1989; H. und M. Lange, 13.4.1986; Levy, 29.5.1982. – Vgl. bes. Kap. 5 und 7.
- 220 Der Jurist Dr. Josef Losgar war zunächst überzeugter Nationalsozialist; in Staffelstein hatte er auch die Funktion eines Sonderkommissars der SA und wirkte am Verbot der katholischen Jugendverbände im Juni 1933 mit: Karl-Werner Goldhammer, *Katholische Jugend Frankens im Dritten Reich. Die Situation der katholischen Jugendarbeit unter besonderer Berücksichtigung Unterfrankens und seiner Hauptstadt Würzburg*. Frankfurt a. M. 1987, S. 185. – Dehlers Vorsicht bestätigt Hermann Rhein, der Dehler im Auftrag des Wismarer Rechtsanwalts Wolfgang Lange aufsuchte, ohne angemeldet zu sein; Dehler stellte Rhein auf eine schwere Nervenprobe, bevor er ihm traute: Interview Rhein, 27.6.1989; Niederschrift Rhein, *Besuch bei Dr. Thomas Dehler*, Typoskript, 2 S.
- 221 Dehler, Bericht an das Archiv der Bayerischen Widerstandsbewegungen, 1.3.1948, ADL, NL Dehler 434.
- 222 Institut für wissenschaftliche Politik, Marburg, Anfrage vom 15.3.1955, Antwort Strassmanns vom 25.4.1955, Antwort Dehlers vom 24.5.1955, ADL, NL Dehler 1465. Briefwechsel Dehler-Strassmann, ebd. Im NL Dehler liegt nur die Durchschrift der Antworten Dehlers vor; für die Übermittlung des dazugehörigen Fragebogens bin ich Prof. Theo Schiller sehr zu Dank verpflichtet.
- 223 So der spätere Richter am Bundesverfassungsgericht Prof. Willi Geiger, *Begegnungen*, S. 94 f.
- 224 Klaus Schönhoven, *Der politische Katholizismus in Bayern unter der NS-Herrschaft 1933–1945*. In: Broszat / Mehringer (Hgg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 5, S. 541–646, hier S. 612 f.
- 225 Prof. Geiger an Verf., 8.9.1985.
- 226 »Etwa im Jahre 1934«; Strassmann, Bestätigung für Dehler, 13.5.1946, ADL, NL Dehler 615. – 1935: Interview Jacobsen, 6.10.1984; Jacobsen an Verf., 30.6.1985.
- 227 Dehler war Franke mit Leib und Seele: Vgl. seinen Rundfunkvortrag *Lob auf Franken*, abgedruckt in: Dorn / Henning (Hgg.), *Dehler*, S. 22–37.
- 228 Rilling, *Dehler*, S. 87. – 1926 zählte die DDP Bamberg noch 178 Mitglieder: *Organisationshandbuch* der DDP, S. 319. – Dehler räumte in der Landtagsdebatte vom 29.4.1948 das Versagen des Bürgertums 1933 ein: »Ja, Sie haben recht; das Bürgertum war feige; da liegt die geschichtliche Schuld« (Billerbeck, *Die Abgeordneten*, S. 220).
- 229 OMG Kreis Bamberg, Bericht vom 8.12.1945, StadtA Bamberg, OMGBY 9/90 – 1/3–4, S. 1.
- 230 Dehler, Bericht (wie Anm. 221), S. 2.
- 231 Ebd., S. 1. Für Ritter von Rudolph nennt Dehler den Wohnsitz nach 1945 (Ansbach), er lebte jedoch bis 1944 in Nürnberg. Der als Verbindungsmann in Bad Tölz genannte Hildenbrand wohnte bis 1940 in Pförring.
- 232 Aschaffenburg: Interview F. Hoernigk, 13.4.1986.
- 233 Robinsohn, *Personen*, S. 3; IfZ, FD 166.
- 234 Jacobsen an Verf., 30.8.1985. – Vgl. Anhang 1.
- 235 Schutzschrift Reissert, 28.5.1945; diese Schutzschrift faßte er ab, um aus einem US-Lager, in das er als Angehöriger der Abwehr eingeliefert worden war, entlassen zu werden. In seinem Lebenslauf (undatiert, nicht vor 1950) nennt Reissert als Eintrittsjahr 1939; Strassmann gibt in seinem Brief an den bayerischen Staats-

- kommissar Auerbach, 5. 11. 1949 (Durchschlag), 1938 an (alles im NL Reissert). Ein Vernehmungprotokoll des Österreichers Dr. Arthur Rutra vom 16. 5. 1940 (S. 4f.) verlegt die Verbindung Fuchs-Reissert auf 1937, spätestens Anfang 1938 (IfZ, Fa 117/226, Bd. 1, Bl. 125f.). – Reissert: Vgl. Anhang 1.
- 236 Mauch, *Die bayerische FDP*, Druckfassung (1981), S. 19. Mauch hatte Fuchs 1964 persönlich befragt. – Der liberaldemokratische Münchner Widerstand bleibt in der Forschungsliteratur ausgespart. Vgl. Heike Breitschneider, *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933–1945*. München 1968. Vgl. auch das von Martin Broszat u. a. hg. sechsbändige Werk *Bayern in der NS-Zeit*, insbesondere den Band 5, 1983, der den bayerischen Parteien gewidmet ist, aber nur KPD, SPD und BVP berücksichtigt. Nur die Konservativen untersucht: Donohoe, *Hitler's conservative opponents*.
- 237 Monika Rath, *Zur Ehrenmitgliedschaft von Herrn Maximilian Fuchs*. In: *Liberales München* 3/1972, S. 5f.
- 238 Fuchs an Landrat Bauer, Coburg, am 4. 1. 1946; ADL, NL Fuchs 1.
- 239 Fuchs, »*Die abgeschriebenen Demokraten*« – *Geschichte einer Wiedergutmachung*. Typoskript (6S.), München, Juni 1959, zit. S. 1. Die Datierung auf das Jahr 1935 erfolgt nach Fuchs, *Ein »Dummkopf«, der sich den Verhältnissen nicht anpassen wollte*. Typoskript (2S.), hier S. 1. Briefformular des Franz. Reisebüros; alles im Privat-NL Fuchs, den Prof. Paul Rothmund, Konstanz, dem Verf. freundlicherweise zugänglich machte.
- 240 Dehler, Bestätigung für Fuchs, 20. 3. 1951, Privat-NL Fuchs.
- 241 *Ein »Dummkopf«* (wie Anm. 239); »*Die abgeschriebenen Demokraten*« (wie Anm. 239); weitere Schriften im ADL, NL Fuchs.
- 242 Vernehmungprotokolle Rutra: IfZ, Fa 117/226, 2 Bde. – Vgl. die biographischen Angaben über Rutra im *BHdE* 1. – Vgl. Kap. 4.
- 243 Die Versuche von Gruppenbildungen im Rheinland durch Hollbach und in Braunschweig durch Zwilgmeyer waren gescheitert.
- 244 Das *Organisationshandbuch* der DDP, 1926, nennt folgende Mitgliederzahlen der DDP nach Wahlkreisen: Berlin (umfaßt lediglich die Bezirke Mitte, Tiergarten, Wedding, Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Kreuzberg) 8120 Mitglieder; Potsdam II (umfaßt 10 Bezirke im Süden Berlins, dazu außerhalb Berlins die Kreise Teltow und Beeskow-Storkow und den Stadtkreis Nowawes) 8000 Mitglieder; Potsdam I (umfaßt 5 Bezirke und 2 Teilbezirke im Westen, Norden und Osten Berlins sowie außerhalb Berlins 3 Stadtkreise und 16 Kreise im Regierungsbezirk) 3000 Mitglieder; danach wird die Gesamtzahl der Berliner DDP-Mitglieder bei 15 000 gelegen haben (S. 438). – Die Hamburger DDP umfaßte 1926 5000 Mitglieder (ebd. S. 439).
- 245 Strassmann, Robinsohn, Jans Kingma, Elsas, Pagel, Wentker und die regionalen Leiter Dehler, Lachmund, Rudolf Hoernigk.
- 246 In beiden Gruppen waren Linksliberale und Sozialdemokraten vertreten, jedoch ist bei der Mehrheit der Mitglieder die Parteizugehörigkeit unbekannt. – Werner Johes Darstellung, wonach die Robinsohn-Strassmann-Gruppe speziell bürgerlich-liberal gewesen sei, trifft deren politische Bandbreite also nicht: Johes, *Im Dritten Reich*, S. 324f.
- 247 Fritz Koch in Aschaffenburg, Max Fuchs in München, Alfons Hildenbrand in Pförring, alle DDJ und DDP.
- 248 Reissert, Niederschrift vom 28. 5. 1945, NL Reissert.
- 249 *Meyers Lexikon*, Bd. 4, 1938.
1. Ohne den Journalisten Oskar Stark, der nur 1934–1935 mitwirkte. 2. Außer Rechtsanwälten.

- 250 Kwiet / Eschwege, *Selbstbehauptung*, gehen in ihrem Kapitel »Juden im organisierten Widerstand« (S. 61–139) auf die Arbeiterparteien (SPD, SAP, KPO, ISK, Neu Beginnen, KPD) sowie auf den Spanischen Bürgerkrieg, das Exil und die Herbert-Baum-Gruppe, nicht aber auf Robinsohn und seine Gruppe ein, obwohl sie ihn an anderer Stelle mit Bezug auf Benz erwähnen (S. 47).
- 251 Auf seine religiöse Indifferenz bezieht sich Hirschauer, *Robinsohn*.
- 252 Zelzer, *Weg und Schicksal*, S. 91–93.
- 253 Pagel: Auskunft H. Birn, 16. 7. 1988. Dehler: Auskünfte J. Frank, 18. 3. 1986, und E. Schörner, 14. 3. 1986. Vgl. Kap. 6.
- 254 Lichdi, *Mennoniten*, stellt zwar Kontakte zur Bekennenden Kirche (S. 84–87), nicht aber zu Widerstand fest.
- 255 Vgl. Peter Hüttenberger, *Heimtückefälle vor dem Sondergericht München 1933–1939*. In: Broszat u. a. (Hgg.), *Bayern in der NS-Zeit*. Bd. 4, S. 435–526, hier S. 448–450 u. ö. – Gerhard Hetzer, *Ernst Bibelforscher in Augsburg*. In: ebd., S. 621–643. – Erich Schmidt, *Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945*. 2., erw. u. verb. Aufl., Frankfurt 1980, S. 174–178. – Wolfgang Wippermann, *Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit*. Bd. 4: *Der Widerstand*. Frankfurt a. M. 1986, S. 73–76 (nur die Zeugen Jehovas werden hier als Beispiel für die Schicksale kleinerer Glaubensgemeinschaften genannt).
- 256 H. Rothfels, *Deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung*. Neue, erw. Ausg. Frankfurt a. M. 1988, S. 53, bezeichnet die Zeugen Jehovas als »in ihrem Glauben ebenso »totalitär« wie der nationalsozialistische Gegner«.
- 257 E. Wentker schreibt dazu an das Bezirksverwaltungsgericht in Lüneburg, 18. 7. 1947: »Ich bin im Jahre 1930 aus der Kirche ausgetreten, weil damals bereits von verschiedenen Geistlichen eine offene Propaganda für Hitler geführt wurde und das Landeskirchenamt keine Maßnahmen gegen diese Geistlichen unternahm. Es ging gegen mein Gewissen, durch meine Kirchensteuern indirekt den Nationalsozialismus zu fördern.« (Personalakte E. Wentker, HStA Hannover, Hann. 80 Hbg. III Acc. L Nr. 15).

4. Kapitel

- 1 Neubecker, *Politischer Lebenslauf*, 20. / 29. 9. 1976.
- 2 Ebd. Die Anklageschrift vom 10. 2. 1934, eine Abschrift des Urteils vom 20. 6. 1934 und der Beschluß vom 22. 6. 1934, daß Neubecker seine Prozeßkosten selbst zu tragen habe (jeweils Az. 8 J 1694 / 33), befinden sich im Besitz von Fritz Neubecker, der sie mir freundlicherweise zugänglich machte.
- 3 Leber u. a., *Gewissen*, S. 225, 244.
- 4 Interview Neubecker, 6. 8. 1986. Auch der damals noch junge Sohn Heinz Westphal erinnert sich an die regelmäßigen Treffen seines Vaters mit Neubecker: Interview vom 25. 4. 1988. N. N., *Abschied von Max Westphal*. In: *Arbeiter-Jugend. Monatsschrift der SAJ*, 7–8 / 1928, S. 164–166. Vgl. Erich Linstaedt, *Max Westphal*. In: *Der Neue Weg. Mitteilungsblatt der SPD, Bezirk Westliches Westphalen*, Nr. 1 / 1953.
- 5 Fritz Heine, »Illegale« *Reichsleitung der SPD 1933–1934*. In: *Die Neue Gesellschaft* 30, 1983, S. 767f.
- 6 Interview Westphal, 25. 4. 1988.
- 7 Vgl. Carstens (Hg.), *Margarethe Lachmund*, S. 13, 36–38. – Asta Brügelmann an W. Hammer, 17. 1. 1951, IFZ, ED 106.

- 8 M. Lachmund, Niederschrift vom März 1949, Typoskript, 6 S., hier S. 3. Über Sollmann vgl. *BHdE* 1. Andeutungen über ihre Gespräche mit Quäkern in den USA zur Rettung Mierendorffs in: M. Lachmund an A. Leber, 13. 8. 1948, NL Lachmund.
- 9 BA, NL Vagts 1.
- 10 Privat-NL Vagts.
- 11 M. Lachmund »auf der Reise in Lüttich« an Vagts, 13. 2. 1939, StadtA Darmstadt, NL Mierendorff 4137. Der Brief ist komplett abgedruckt in: Cartarius, *Opposition*, S. 136 (Reproduktion der ersten Seite) und 137 (Umschrift des Textes). Dabei sind einige Stellen nicht richtig entschlüsselt: Es heißt nicht »A 25/x«, sondern »A[ntwort] 25/4«, d. h. Vagts hat den Brief am 25. 4. 1939 beantwortet; der Quäker in London heißt nicht Border, sondern Corder Catchpool. Vgl. *Allen Bruder sein. Corder Catchpool (1883–1952), ein englischer Freund in deutscher Not. Ein Lebensbild*, zusammengestellt von F. A. Otto Peetz unter Mitarbeit von M. Lachmund. Berlin–Bad Pyrmont 1963.
- 12 Nur zu diesem Satz: M. Lachmund an A. Leber, 13. 8. 1948, NL Lachmund. Die folgende Anmerkung zum ganzen Absatz.
- 13 Dossier über die Freilassungsaktion von Dr. Alfred Vagts und Prof. Beard für Carlo Mierendorff, darin zwei Briefe von M. Lachmund vom 10. 9. 1937 und 13. 2. 1939, StadtA Darmstadt, NL Mierendorff, Nr. 4137. – M. Lachmund erwähnt die Kontakte in ihrem Brief vom 13. 2. 1939. Haubach hatte in Hamburg zum Klub vom 3. Oktober gehört (BA, NL Robinsohn 19 mit hs. Namensübersicht), zu Harnack bestand auch eine Verbindung durch Rudolf Hoernigk, dessen jüngerer Bruder Frank Hoernigk an Treffen zwischen Strassmann und Leber ca. 1938/39 teilnahm (Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986). – Grundlegend für Mierendorff ist jetzt die Biographie von Albrecht, *Der militante Sozialdemokrat*, hier über den Einsatz der Quäker bes. S. 177 und 182–187. Die Biographie von Beck, *Leber*, erwähnt keinerlei Bezüge zur Robinsohn-Strassmann-Gruppe, die jedoch hergestellt wurden: Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986.
- 14 Auskunft Günther, 31. 5. 1988.
- 15 *BdHE* 1. Wolfgang Bachofer/Wolfgang Beck, *Deutsche und Niedergermanische Philologie. Das Germanistische Seminar zwischen 1933 und 1945*. In: Krause u. a. (Hgg.), *Hochschulalltag*, Teil 2, S. 641–703, hier S. 653–657. Über seine Tätigkeit im PEN-Club orientiert der Katalog von Werner Berthold/Brita Eckert (Bearbb.), *Der deutschen PEN-Club im Exil 1933–1948. Eine Ausstellung der Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main*. Frankfurt 1980, S. 238 f. u. ö.
- 16 Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim VGH gegen Robert Finnern und Wilhelm Bock, 9. 6. 1938, Az. 7 J 206/38, IfGA/ZPA, NJ 971; VGH-Urteil gegen Finnern und Bock, 23. 8. 1938, Az. 7 J 206/38 – 1 H 19/38, IfGA/ZPA, NJ 15712. – Paul Riechert verlegte auch die norddeutsche pazifistische Zeitschrift *Deutsche Zukunft*; die Schaufenster seines Verlages in Heide wurden im Februar 1933 von NS-Fanatikern schon zum fünftenmal zerstört: *DZ* 10, 1933, Nr. 4. Riechert wurde in Schutzhaft genommen: *Friedens-Warte* 45, 1945, S. 233, zit. nach: Guido Grünewald: *Nieder die Waffen! Hundert Jahre Deutsche Friedensgesellschaft 1892–1992*. Bremen 1992, S. 134 f. – Vgl. Kap. 3.
- 17 Aus den Unterlagen der Gestapo Kiel stammt das Heft: *Emigranten-Liste. Nachweisung über emigrierte Personen, die im Bezirk der Stapo Kiel bekannt geworden sind*, 1936, LA Schleswig, Abt. 455 Nr. 9, S. 4 f., wo unter Nr. 22 Richard Hansen aufgeführt ist. »Hansen betätigt sich als Sozialdemokrat gegen Deutschland. Er ist einer der einflußreichsten führenden Emigranten der SPD.

- Ihm untersteht die Organisation der deutschen Emigranten in Dänemark. Die Verbreitung der SPD-Druckschriften nach Deutschland liegt in seiner Hand.«
- 18 Als Adressat genannt im VGH-Verfahren gegen Finnern und Bock (vgl. Anm. 16), von Godschalk, Auskunft 24.10.1987, und von Appel, Auskunft 9.3.1990, dem Hans Robinsohn nach 1945 darüber berichtet hat. – Berendsohn wurde auf dem letzten Großlogentag des FzaS im Jahre 1932 in Nürnberg als Deputierter Großmeister in den FzaS-Bundesvorstand gewählt: Drechsler, *Brüder*, S. 23 f.; nach Berendsohns Emigration gab es Kontakte von FzaS-Mitgliedern zu ihm (S. 31), worüber die Gestapo offenbar nur spekulierte (S. 29).
- 19 Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe: Vernehmung Falk Harnack vom 18.10.1949, in: HStA Hannover, Nds. 721 Lbg. Acc. 69/76, Bd. 10, Bl. 3. – Bethge, *Bonhoeffer*, S. 776 f., 914–917. – Über Schulte: Laqueur/Breitman, *Mann*, bes. S. 81–86. – Müller, *Konsequenz*, bes. S. 12–16.
- 20 H. Höhne, *Canaris und die Abwehr zwischen Anpassung und Opposition*. In: Schmäddeke/Steinbach (Hgg.), *Widerstand*, S. 405–416.
- 21 Das Amt Ausland/Abwehr gliederte sich in die Amtsgruppe Ausland, der die außenpolitisch-militärische Auswertung übertragen war, und im Bereich Abwehr in die Abteilungen Z (Organisation und Verwaltung), I (geheimer Meldedienst), II (Sabotage und Zersetzung) und III (Spionageabwehr und Gegen-spionage). Organisationsschema in Höhne, *Canaris*, S. 654 f.
- 22 Hans Robinsohn war aus Sicherheitsgründen über die Verbindung mit der Abwehr zwar allgemein informiert, wurde aber selbst nicht mit einbezogen. Er blieb ohnehin skeptisch hinsichtlich der Hoffnungen seiner Berliner Freunde auf die Generäle: Robinsohn an F. Tarnow, 19.5.1946, BA, NL Robinsohn 8.
- 23 Interview Godschalk, 18.11.1987, wonach sie die Verbindung mit Canaris durch ihren Vater Erich Wentker nach 1945 erfuhr. Auch Strassmann drückt sich nur allgemein aus, z. B. in seiner Niederschrift vom 19.2.1948, IfZ, ZS 380.
- 24 Verf. hat Herrn Frank Hoernigk im Frühjahr 1986 kennengelernt, mehrere lange Interviews mit ihm geführt und seither im ständigen Gedankenaustausch mit ihm über die Gruppe gestanden. Dabei erwies er sich als zurückhaltender, in keiner Weise aufbausender, in der Sache aber sehr sicherer Gesprächspartner, dessen Angaben in anderen Fällen belegbar sind, was positive Rückschlüsse auf seine Informationen über die Abwehr-Kontakte zulässt.
- 25 F. Hoernigk, Interview 19.3.1986, Auskunft 20.8.1989.
- 26 *Die Eroberung der Republik*. In: Klub vom 3. Oktober, *Jahrbuch 1925/26*, S. 9–16, hier S. 10. Der Beitrag ist anonym verfaßt; Bandmanns Verfasser-schaft geht aber aus Robinsohns Inhaltsverzeichnis des nur als Entwurf vorliegenden *Jahrbuchs 1954–1956* hervor (BA, NL Robinsohn 19). – Tatsächlich geriet Canaris in den Verdacht, für die Morde an den Kommunisten-Führern Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verantwortlich zu sein, weil er das Gerichtsverfahren hintertrieb und Fluchtpläne ins Ausland organisierte: Höhne, *Canaris*, S. 71–76.
- 27 Hoernigk erinnert sich deutlich an Wendungen Strassmanns wie: »Das kann ich mit meiner Legitimation [von Canaris] vereinbaren.« Auskunft F. Hoernigk, 2.1.1989.
- 28 Vgl. etwa Turner, *Großunternehmer*, der in den Großunternehmen bis 1933 keine nennenswerten Förderer der NSDAP erkennt; die Rezension von Reinhard Neebe, in: *HZ* 244, 1987, S. 353–363. – Zusammenfassend: Wippermann, *Faschismustheorien*, S. 58–65.
- 29 Die RKG war die viertgrößte der fünf Berliner Großbanken (Deutsche Bank,

- Dresdner Bank, Commerz- und Privat-Bank, RKG, Berliner Handels-Gesellschaft). Als filiallose Großbank hatte sie ihre über 1000 Angestellten in Berlin konzentriert, was schnelle Entscheidungen ermöglichte: Hofmann, *Private Bank*, bes. S. 9. – Grüger war 1936 zur GESFÜREL Gesellschaft für elektrische Unternehmungen Ludwig Loewe AG, 1937 zur GESFÜREL-Tochtergesellschaft Hirsch Kupfer- und Messingwerke AG, Finow, übergetreten: LVA Berlin, Akte F. Grüger.
- 30 Typoskript im BA, NL Robinsohn 31. – An dieser Stelle sei daran erinnert, daß die durch die genannten Personen repräsentierten Konzerne von der Rüstungspolitik und der Sklavenarbeit im Zweiten Weltkrieg besonders profitierten: Benjamin B. Ferencz, *Lohn des Grauens. Die verweigerte Entschädigung für jüdische Zwangsarbeiter. Ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte*. Frankfurt a. M./New York 1981, bes. Kap. 2 (IG Farben) und 3 (Krupp). Borkin, *I. G. Farben*.
- 31 Je ein deutschsprachiges Exemplar im PRO, FO 371/20727, C 3526/48/18, und FO 371/20728, C 5677/48/18, eine englische Übersetzung im CCAC, NL Vansittart, VNST II 2/13.
- 32 Bericht No. 1, S. 3, Dok. 3, S. 285. Das Memorandum wurde vor dem Mai 1937 verfaßt, da die in diesem Monat eingeführte Kontingentierung des Eisen- und Stahlverbrauchs im Text nicht erwähnt wird; vgl. Geyer, *Rüstungspolitik*, S. 148. – Unwahrscheinlich ist Robinsohns Angabe, es seien auch Syndici aus dem Kreise um Carl Bosch an der Abfassung des Memorandums beteiligt gewesen, da das Memorandum gegen den Vierjahresplan Stellung nimmt, während die IG Farben ihn forcierte und massiv von ihm profitierte: Borkin, *I. G. Farben*, S. 66–71. Die apoletische Biographie von Karl Holtermann, *Im Banne der Chemie. Carl Bosch. Leben und Werk*. Düsseldorf 1954, zeigt Bosch in gewisser Opposition zum NS-Regime.
- 33 Auch die *Deutschland-Berichte* der Sopade konstatieren im Frühling 1937 einen Stimmungsumschwung des Großbürgertums. Im April-Heft 1937 ist ein eigener Abschnitt der »Haltung des Großbürgertums« (S. 463–473) »ausnahmsweise« (S. 464) gewidmet, und im Juni-Heft behandelt gleich das erste Kapitel »Die Beunruhigung der Unternehmer« (S. 597–602).
- 34 Denkschrift, S. 1, BA, NL Robinsohn 31; Bericht No. 1, S. 3f., hier Dok. 3, S. 285.
- 35 Baxter/FO an Pinsent/Berlin, 23.8.1937, PRO, FO 371/20728, C 5677/48/18. Die folgenden Angaben entstammen einem Abschnitt des Briefentwurfs, der gestrichen und durch eine kurze allgemein gehaltene Information ersetzt wurde. – Die Information gab Goerdeler selbst, als er Anfang Juli 1937 Vansittart zum ersten Mal traf: Colvin, *Vansittart*, S. 151. Die Zahlenangaben Colvins, S. 152f. lassen keinen Zweifel, daß seine Quelle die hier untersuchte Denkschrift ist. Colvins Zahlen beziehen sich auf die Abschnitte I, IV, V und VII der Denkschrift.
- 36 Baxter/FO an Pinsent/Berlin, 23.8.1937, PRO, FO 371/20728, C 5677/48/18. – Vansittart schreibt in seinem kurzen Vorwort für das Memorandum, es sei von Mitgliedern der »Association of Heavy Industries in the Rhineland and in Westphalia« Ende 1936 verfaßt worden: CCAC, NL Vansittart, VNST II 2/13, S. 1. – Rose, *Vansittart*, S. 205, schreibt das Memorandum fälschlich dem Langnamverein zu.
- 37 *Hb. für das Deutsche Reich*, 1936, S. 394f. – Gert von Klass, *Albert Vögler. Einer der Großen des Ruhrreviers*. Tübingen 1957, bezeichnet Vögler fälschlich als Leiter der Wirtschaftsgruppe eisenschaffende Industrie (S. 245).

- 38 Es handelt sich um das Exemplar, das von der britischen Gesandtschaft in Wien am 19.7.1937 an das Foreign Office gesandt wurde: PRO, FO 371/20728, C 5677/48/18.
- 39 Teilnehmer waren: Bosch (IG Farben), Bücher (AEG), Löser (Krupp), Otto Meyer (MAN), Reusch (GHH), Siemens (Siemens & Halske), Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Wentzel (agrarisches-industrieller Großbetrieb): Kopp, *Das verschwiegene Gute im Kampf gegen das Hitler-Regime*. In: ders. (Hg.), *Widerstand*, S. 9–73, hier S. 50f. Fast dieselbe Namensliste nennt F. C. von Zitzewitz-Muttrin, Niederschrift vom 19. 3. 1946, IfZ, ED 106, nämlich Reusch, Bücher, Siemens, Bosch, Wentzel, Graf Hardenberg. – Ergänzend, aber für die 1930er Jahre ungenau: Olbrich, *Wentzel*. – Die Gründung des Reusch-Kreises im Jahre 1935 nennt: Parteikanzlei [der NSDAP] Berlin an Reichsleiter Bormann, Fernschreiben, 13. 11. 1944, in: Jacobsen (Hg.), »*Spiegelbild*«, Bd. 1, S. 548–551, hier S. 549.
- 40 Aber auch in diesem Kreis gab es elementare wirtschaftspolitische Gegensätze. Während die Mehrheit international und paneuropäisch orientiert war (Vögler und Bücher waren führend im Deutschen Wirtschaftskomitee der Paneuropa-Bewegung Coudenhove-Kalergis), befürwortete Klöckner die Schutzzollpolitik: Mollin, *Montankonzerne*, S. 56f.
- 41 Die inoffizielle Ruhrlade bestand 1928–1939. Sie umfaßte 1933 Paul Reusch, Carl Bosch, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Fritz Thyssen, Albert Vögler, Karl Haniel (Gutehoffnungshütte), Ernst Poensgen (Vereinigte Stahlwerke), Peter Klöckner, Fritz Springorum (Hoesch), Arthur Klotzbach (Krupp) und Paul Silverberg (Braunkohlenindustrie): Turner, *Faschismus*, S. 114–156, bes. S. 115f. und 154. Ders., *Großunternehmen*, S. 433f. Paul Silverberg mußte wegen seiner jüdischen Abstammung ausscheiden: Turner, *Faschismus*, S. 154. Im Jahr der Denkschrift 1937 nahmen auch Hermann Bücher, Karl Haniel, Carl-Friedrich von Siemens u. a. an der Ruhrlade teil: Haniel-Archiv, NL Paul Reusch, GHH 40010124. Die Ruhrlade brach auseinander, als Krupp sich 1938 über die Kritik an der Korruption von NS-Führern empörte: Louis P. Lochner, *Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer*. Darmstadt 1955, S. 206f.
- 42 Teilnehmer dieses informellen Kreises waren um 1937 von seiten der Industrie: Paul Reusch, C. F. von Siemens, Carl Bosch, Fritz Thyssen, Albert Vögler, Carl Goerdeler; von seiten der Landwirtschaft: Friedrich Karl von Zitzewitz-Kottow (Landwirtschaftliche Treuhandstelle des deutschen Ostens GmbH, Berlin), Freiherr von Hammerstein-Loxten, Richard von Flemming, Arthur Graf von Hardenberg, Tilo Freiherr von Wilmowsky, Carl Wentzel-Teutschenthal: Haniel-Archiv, NL Paul Reusch, GHH 40010124/3, GHH 40010124/4. – Sog. Esplanade-Kreis; vgl. Stegmann, *Zoll- und Handelspolitik*, S. 505f. Dieter Geßner, *Industrie und Landwirtschaft 1928–1930*. In: Mommsen u. a. (Hgg.), *Industrielles System*, Bd. 2, S. 762–778, hier S. 771–778.
- 43 Im April-Heft der *Deutschland-Berichte* der Sopade (abgeschlossen am 8. Mai 1937) heißt es (S. 466): »Seit diese Gefahr [der außenpolitischen Isolierung Deutschlands] sichtbar geworden ist, treten bestimmte Oppositionsgruppierungen in der Bourgeoisie deutlicher hervor [...]. Dazu gehört z. B. der Stahlwerksverband – mit Ausnahme von Thyssen, während Krupps Stellung undurchsichtig ist –, die Hanielgruppe, die Maschinenindustrie [...], ferner die Banken und die Versicherungsgesellschaften.«
- 44 Denkschrift, BA, NL Robinsohn 31, S. 3.
- 45 Vgl. Werner Plümpe, *Unternehmerverbände und industrielle Interessenpolitik*

- seit 1870. In: Wolfgang Köllmann u. a. (Hgg.), *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung*. Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 655–727, hier S. 702f.
- 46 Dokumente zur Auseinandersetzung zwischen Schacht und Göring in: *Ursachen und Folgen*, Bd. 10, S. 562–583.
- 47 Denkschrift Hitlers vom August 1936 über die Aufgaben eines Vierjahresplans. In: *Ursachen und Folgen*, Bd. 10, S. 534–542, hier S. 542.
- 48 Mollin, *Montankonzerne*, S. 77. Dort heißt es: »Eine innere Differenzierung in dieser Schärfe stellt für den NS-Staat des Jahres 1937 ein überraschendes Ergebnis dar.« – Vgl. Wippermann, *Faschismustheorien*, S. 63f., der die wirtschaftspolitische Zäsur des Jahres 1936 hervorhebt.
- 49 Geyer, *Rüstungspolitik*, S. 147–149. Vgl. die Erinnerungen von Hans Kehl, *Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden – 6 Jahre Krieg. Erinnerungen*. 2. korrigierte Aufl. Düsseldorf 1973, bes. S. 103–108 (»Konfrontation mit der Stahlindustrie«).
- 50 Robinsohn, Handpapier vom Mai 1939, hier Dok. 10, S. 331; darin wörtlich: »Die Leitung steht in enger Verbindung mit maßgeblichen Kreisen der deutschen Wirtschaft.«
- 51 Fritsch: Colvin, *Vansittart*, S. 151. – Beck: Müller, *Beck*, S. 236–257 über die erste Jahreshälfte 1937. Daß Beck andere vergleichbare Memoranden bekam, belegt Müller, S. 236f., Anm. 37, mit einer anonymen Denkschrift vom Jahresbeginn 1937, die *auch* auf die Wirtschafts-, Ernährungs- und Finanzlage eingeht, aber viel ausführlicher politisch argumentiert.
- 52 Newton an FO, 11. 5. 1937, PRO, FO 371/20727, C 3526/48/18.
- 53 Hadow an FO, 11. 5. 1937, PRO, FO 371/20727, C 3526/48/18. – Vansittart schrieb am 6. 7. 1937 eine Denkschrift darüber an den britischen Außenminister Eden: PRO, FO 371/20733, C 5933/165/18. Dazu schreibt Rose, *Vansittart*, S. 205: »Why Van minuted his memorandum on the state of German industry ›suppressed by Eden‹ must remain something of a mystery. Perhaps it was the result of some unrecorded quarrel with Eden, scribbled off in a fit of temper. In fact the memorandum was widely circulated, including its secret reports composed by members of the Association of Heavy Industries in the Rhineland (the *Langnamverein*), and a summary of his conversation with Goerdeler.«
- 54 Kirkpatrick an FO, 27. 5. 1937, PRO, FO 371/20727, C 3526/48/18.
- 55 Mack an FO, 19. 7. 1937, PRO, FO 371/20728, C 5677/48/18. Dies wirft auch ein Licht auf den Umstand, daß die Denkschrift eine enge wirtschafts- und finanzpolitische Zusammenarbeit mit den USA vorschlägt.
- 56 Bewley/Treasury Chambers an FO, 17. 12. 1937, PRO, FO 371/20728, C 5677/48/18.
- 57 Rudolf Martin, *Die Großen Vermögen vor und nach dem Kriege in Deutschland*. In: *Westermanns Monatshefte* 73, 1929, H. 873, S. 256–260, hier S. 260.
- 58 Schaffgotsch: Auskunft F. Hoernigk, 6. 2. 1990. Die Grafen Schaffgotsch besaßen 1913 ein Vermögen von 100 Millionen Reichsmark; ihnen gehörten Bergwerke in Oberschlesien (Engelmann, *Reich*, S. 99) und 27000 Hektar Grundbesitz in Schlesien, und zwar »fast die ganze schlesische Seite des Riesen- und Isergebirges« (*Baedeckers Schlesien*, 1938, S. 99 [Zitat] und 117). In der NS-Zeit rundeten sie, »schwer von der Arisierung profitierend«, ihre Anteile an der oberschlesischen Kohlen- und Bergbauindustrie ab: Neumann, *Behemoth*, S. 345. – Tiele-Winckler: Auskunft F. Hoernigk, 19. 2. 1989 und 28. 1. 1990.
- 59 Weisenborn, *Aufstand*, S. 131. Lagi Gräfin Ballestrem-Solf, *Gestapo auf der Teegesellschaft. Erinnerungen aus Deutschlands tiefster Not*. In: *Frauenkorre-*

- spondenz (ohne nähere Angaben), Kopie im IfZ, ED 106. In der NS-Zeit errang der Ballestrem-Konzern die »absolute Kontrolle über die oberschlesische Eisenindustrie«: Neumann, *Behemoth*, S. 345. – Lagi Solf heirateten im Herbst 1940 Hubert Graf Ballestrem: Ballestrem-Solf, *Tea Party*, S. 133. – Die kritische Einstellung der DDJ gegenüber den oberschlesischen Magnaten zeigt der Artikel *Oberschlesischer Brief im Echo* 6, 1924, Nr. 4, S. 82 f.
- 60 Hoffmann, *Widerstand*, S. 50.
- 61 Auskunft F. Hoernigk, 4. 2. 1988 und 12. 2. 1988.
- 62 *Biographisches Wörterbuch der deutschen Geschichte*, 2. Aufl., Sp. 2192 f. Baedeckers *Schlesien*, 1938, S. 157. *Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft*, Bd. 2, S. 1423 f. – Wie ein Mitglied der Sozialisierungskommission für den Kohlenbergbau 1918 mitteilte, betrug das Pless'sche Kohlenreservatfeld im Reichsgebiet (vor der Abtretung eines Teiles von Oberschlesien an Polen) 68042 Hektar von insgesamt 280000 Hektar in Oberschlesien: *Verhandlungen der Sozialisierungskommission über den Kohlenbergbau*, S. 19; vgl. die Tabelle nach S. 406 und die Übersicht über die in Preußen bestehenden Privatbergregale, S. 407–411, hier S. 411.
- 63 Auskunft Graf Hochberg, 8. 3. 1988. Weitere Besitzungen gab es schon in Russisch-Polen: Engelmann, *Reich*, S. 262. Im Jahre 1937 verzichtete Fürst Pless auf einen großen Teil seines polnischen Besitzes, insbesondere auf seinen Grundbesitz: British Vice Consulate, Katowice, an den britischen Botschafter in Warschau, 3. 2. 1938, in: PRO, FO 371/21806. – Über die Veränderungen der Besitzverhältnisse und die Bildung von Syndikaten im oberschlesischen Kohlenbergbau und -handel orientiert für den Zeitraum 1905 bis 1938: Karl Euling, *Die Kartelle im oberschlesischen Steinkohlenbergbau*. Jena 1939, S. 20–26, 33–35, 44–48, 75–78; Arisierungen, die bes. den Kohlenhandel und den Petschek-Konzern betreffen, S. 46 f.
- 64 Laut *Wer leitet? 1941/42*, erschienen im März 1942, war seine Adresse jedoch weiterhin in Fürstenstein/Schlesien.
- 65 Auskunft F. Hoernigk, 9. 3. 1988.
- 66 F. Hoernigk, Auskunft 12. 2. 1988, und Interview 10. 4. 1988.
- 67 *Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft*, Bd. 2, S. 710, Stichw. Lazarus Graf Henckel von Donnersmarck. – Über das Abbröckeln des Henckel-Donnersmarck-Konzerns nach dem Ersten Weltkrieg: Pinner, *Wirtschaftsführer*, S. 85. – Zum Vermögen: Engelmann, *Reich*, S. 103. – Pinner, *Wirtschaftsführer*, S. 85, schätzt das Vorkriegsvermögen auf 300 Millionen Goldmark. Wenzel, *Wirtschaftsführer*, Sp. 911, Stichw. Guidotto Graf Henckel Fürst von Donnersmarck. Vgl. *Übersicht über die in Preußen bestehenden Privatbergregale*. In: *Verhandlungen der Sozialisierungskommission*, S. 407–411, hier S. 410.
- 68 Nämlich Guidotto Graf Henckel-Donnersmarck auf Schloß Neudeck und Kraft Graf Henckel-Donnersmarck auf Schloß Repten bei Tarnowitz (Tarnowskie): Wenzel, *Wirtschaftsführer*, Sp. 912 f.
- 69 So vermittelte er 1928 ein erstes Treffen zwischen seinem Freund Magnus von Levetzow und Hitler: Granier, *Levetzow*, S. 137. – Fürst Guidotto lernte Hitler offenbar durch Ernst (»Putzi«) Hanfstaengl, NSDAP-Mitglied seit Ende 1922, kennen: J[ames] und S[uzanne] Pool, *Hitlers Wegbereiter zur Macht. Die geheimen deutschen und internationalen Geldquellen, die Hitlers Aufstieg zur Macht ermöglichten*. Bern–München 1979, S. 50 f. – Göring: »Gestern frühstückten wir mit Fürst Henckel-Donnersmarck, er ist 40 Jahre alt und im Rollstuhl, gelähmt, es ist so traurig. Er geht zu jeder Versammlung, wo Hermann [Göring] redet.« Carin Göring an ihre Mutter, 28. 2. 1930, in: Mosley, *The Reich Mar-*

- shal, S. 116 (englische Fassung). In der deutschen Übersetzung: Göring, *Eine Biographie*. München 1975, S. 125, fehlt diese Stelle.
- 70 *Gesetz gegen den Verrat der Deutschen Volkswirtschaft* vom 12. 6. 1933, *RGBl.* I, S. 360. Vgl. Gruchmann, *Justiz*, S. 1052 f.
- 71 Das Verfahren richtete sich gegen Valentin Graf Henckel von Donnersmarck, einst Hofmarschall Kaiser Wilhelms II., jetzt Generalbevollmächtigter des Fürsten Lippe-Deimold, und seinen Sohn Alexander: Diensttagebuch des RJM, BA, R 22/721, Eintragungen vom 7. 5. 1937 und 28. 5. 1937; R 22/734, Eintragung vom 27. 12. 1937; R 22/946, Eintragung vom 18. 3. 1938.
- 72 *Der Stürmer* 13, 1935, Nr. 23 (Juni), S. 1–3; zitiert im Diensttagebuch des RJM, BA, R 22/734, Eintragung vom 19. 10. 1937. Gemeint war der unter Wilhelm II. 1901 gefürstete Guido Graf Henckel von Donnersmarck (1830–1916), der die aus der Provinz Posen stammende Therese Marquise de Paiva, geb. Lachmann, in Paris kennenlernte und heiratete. Die Kinder des Grafen stammen jedoch aus zweiter Ehe: *NDB* 8, Sp. 516–519. – Im *Stürmer* 13, 1935, Nr. 26, wurde ein Graf Henckel von Donnersmarck als Jude bezeichnet; in der Nr. 41 wurde das in einer Form »berichtigt«, die als bloße Meinungsäußerung erscheint: »Die Rechtsvertreter des Grafen teilen nunmehr dem Stürmer mit, daß Graf *Donnersmark* [sic] kein Jude ist.« Im *Stürmer* 14, 1936, Nr. 21 erschien eine »Berichtigung« des Artikels über Therese Lachmann, der gleichfalls nur eine Meinungsäußerung darstellt.
- 73 Diensttagebuch des RJM, BA, R 22/734, Eintragung vom 19. 10. 1937.
- 74 Urteil des Kammergerichts Berlin vom 4. 1. 1938, Az. 2 U 3923.37 – 269.0.326.36; Abschrift in: StadtA Nürnberg, Stürmer-Archiv E 9/NW 23/1693. Vgl. Diensttagebuch des RJM, BA, R 22/734, Eintragung vom 11. 12. 1937.
- 75 Auskunft Gorniak, 10. 2. 1990. Laut *Wer leitet?* 1941/42 war Tüscher im Vorstand der Industrieverwaltung der Grafen Henckel von Donnersmarck, Beuthen. Laut Brief von Andreas Graf Henckel von Donnersmarck vom 7. 5. 1990 war Tüscher nicht Mitglied, sondern Sekretär des »board of directors« der Gesellschaft.
- 76 Über die ersten Jahre der Freien Stadt Danzig orientiert: Loening, *Danzig*. Vgl. auch Hans Victor Böttcher, *Die völkerrechtliche Lage der Freien Stadt Danzig seit 1945*. Göttingen 1958, S. 17–25.
- 77 Senatspräsident Rauschnig (NSDAP) wollte nach der Danziger Verfassung regieren, während der NSDAP-Gauleiter Forster eine nationalsozialistische Diktatur anstrebte: Ziehm, *Arbeit*, S. 195.
- 78 Loening, *Danzig*, S. 10. – BGB-Kommentar: vgl. Kap. 1.
- 79 Abromeit, Lebenslauf, 8. 8. 1944; *Der Danziger Vorposten*, 4. 7. 1935; Beglaubigung von Gerhard Korth (Jurist aus Danzig), 4. 8. 1946; alles im NL Abromeit. – Auskunft F. Hoernigk, 10. 2. 1988. – Vgl. Anhang 1.
- 80 Sodeikat, *Nationalsozialismus*, S. 154–161.
- 81 Hülfß hatte sich schon im Frühjahr 1934 geweigert, gegen Zeugen Jehovas Anklage zu erheben; in der Folgezeit ließ er sich in den Bruderrat der BK wählen. Am 12. 5. 1937 wurde er in den Ruhestand versetzt: Hubert Schorn, *Der Richter im Dritten Reich. Geschichte und Dokumente*. Frankfurt a.M. 1959, S. 289–291.
- 82 Zaehle, *Bericht über meine Verhaftung*, Danzig, 10. 7. 1935, 4 S., hier S. 4; NL Zaehle. Ders., *Bericht*, 7. 6. 1945, 8 S., ebd. – Das Flugblatt *Mitbürger von Danzig!* und Zeitungsartikel aus dem *Danziger Vorposten* vom 4. 7. 1935 und der *Danziger Volks-Zeitung* vom 6. 7. 1935 befinden sich im NL Zaehle und teils

- auch im NL Abromeit. – Vgl. Hans L. Leonhardt, *Nazi Conquest of Danzig*. Chicago 1942, S. 178–180. – Vgl. Anhang 1.
- 83 Senat der Freien Stadt Danzig, Justizabteilung, an Zaehle, 13.9.1935; Zaehle, Bericht, 7.6.1945, beides im NL Zaehle. Abromeit, Lebenslauf, 8.8.1944, NL Abromeit.
- 84 Interview F. Hoernigk, 5.9.1986. Vgl. Ziehm, *Arbeit*, S. 198.
- 85 Sodeikat, *Nationalsozialismus*, S. 170–174. Carl J[acob] Burckhardt, *Meine Danziger Mission 1937–1939*. [Taschenbuchausgabe]. München 1962, S. 83 bis 124.
- 86 Wippermann, *Europäischer Faschismus*, S. 80–83.
- 87 Ebd., S. 88f.
- 88 *Linksliberalismus*, S. 45, 135, 400, 424. Toni Stolper, *Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit*. Wien, Berlin, New York. Gustav Stolper 1888–1947. Tübingen 1960, S. 126–129.
- 89 *Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft*, 1930, Bd. 1. NDB 7.
- 90 Interview F. Hoernigk, 13.4.1986. Frank Hoernigk war an dieser Unternehmung allerdings selbst nicht beteiligt.
- 91 Interview F. Hoernigk, 13.4.1986 und 10.4.1988.
- 92 IfZ, Fa 117/226, 2 Bde.
- 93 Ebd., Bd. 1. – Ebneht, *Wochenschrift*, S. 55 f. Vgl. Artikel über Rutra im *BHdE* 1.
- 94 Ebneht, *Wochenschrift*, ebd.
- 95 IfZ, Fa 117/226, Bd. 1, S. 28. Die Reise fand vom 25.7. bis zum 5.8.1936 statt: Ebd., Vernehmung vom 8.6.1940, S. 145. Ebneht, *Wochenschrift*, geht darauf nicht ein.
- 96 Aussage vom 6. Mai 1940, IfZ, Fa 117/226, Bd. 1, S. 118–121.
- 97 *BdHE* 2, Teil 2.
- 98 Strassmann, Niederschrift vom 19.2.1948, IfZ, ZS 380. Renner war 1919–1920 Staatskanzler Österreichs.
- 99 Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Archiv, an Verf., 22.8.1988. Auch F. Hoernigk erinnert sich an einen der SPÖ nahestehenden Professor in Wien, den sein Bruder aufgesucht habe: Interview vom 13.4.1986. – Die Verbundenheit Grünfelds mit der DDJ wird durch seinen Beitrag *Die Magazine des Wissens und die Demokratie* deutlich, den er im *Echo* 5, 1923, 5/6, S. 83 f., veröffentlicht hatte.
- 100 *BHdE* 2, Teil 1. NDB 8.
- 101 Interview F. Hoernigk, 10.4.1988.
- 102 Friedrich Achberger, *Lehrstück Weimar? Österreichische Perspektiven auf den Untergang der Deutschen Republik*. In: Th. Koebner (Hg.), *Weimars Ende*, S. 399–423, hier S. 413, bezeichnet diese Zeitschrift sogar als offizielles Regierungsorgan. Vgl. Ebneht, *Wochenschrift*, S. 179–181.
- 103 Über die langjährige Überschätzung Otto Straßers als Exilpolitiker vgl. Robert H. Keyserlink, *Die deutsche Komponente in Churchills Strategie der nationalen Erhebungen 1940–1942. Der Fall Otto Straßer*. In: *VfZ* 31, 1983, S. 614–645.
- 104 Ebneht, *Wochenschrift*, S. 203–213. Dort auch der Gründungsaufwurf der Deutschen Front gegen das Hitler-Regime, S. 260–262.
- 105 Auskunft F. Hoernigk, 26.9.1989.
- 106 IfZ, Fa 117/226, Bd. 1, S. 125.
- 107 Ebd., S. 125 f.
- 108 Reissert, hs. Schutzschrift vom 28. 5. 1945, NL Reissert.
- 109 IfZ, Fa 117/226, Bd. 1, S. 126.
- 110 Ebd., S. 150–177. – Oswald: Ebneht, *Wochenschrift*, S. 60. Vgl. O. Molden, *Der*

- Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938–1945.* Wien–München 1958, S. 206–208. – Strassmann bestätigt die Zusammenarbeit mit Reissert seit dem Jahre 1938: Strassmann an den Staatskommissar Dr. Philipp Auerbach in München, 5. 11. 1948, Durchschrift im NL Reissert. – Daß Strassmann die Kuriertätigkeit nach Österreich auf Wunsch Osters betrieb, bestätigt F. Hoernigk, Interview 10. 4. 1988.
- 111 Robinsohn, *Die Deutsche Opposition*, S. 44f., Privat-NL Vagts; vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 468.
- 112 Robinsohn an Senator Dudek, 12. 9. 1949, Anlage zu seinem Brief an Dehler, 29. 12. 1949, ADL, NL Dehler 1032. – Lannung, *Ungdomskonferencen*, S. 19.
- 113 Robinsohn an E. und M. Frenk, 3. 8. 1934 (aus Amsterdam nach drei Wochen in England); BA, NL Robinsohn 1.
- 114 Robinsohn an Vagts, 9. 10. 1937, Privat-NL Vagts. Ihre Ferien verbrachte die Familie Robinsohn wiederholt in der Schweiz: F. P. Robinsohn an Verf., 29. 9. 1989.
- 115 Robinsohn, *Bericht No. 1*, S. 4, hier Dok. 3, S. 286. Adressaten waren auch Pauls: Robinsohn an Pauls, 16. 11. 1945, BA, NL Robinsohn 7, ein Emigrant in Mexiko: Robinsohn an Strassmann, 2. 5. 1947, BA, NL Robinsohn 24, und Vagts. In seinem Brief an Bandmann, 4. 4. 1939, bezeichnet Robinsohn den Adressaten in Mexiko als »Sanitätsglockenfreund« und erwähnt Korrespondenten in den folgenden Ländern, ohne daß ein Bezug auf die Berichte mit Sicherheit nachzuweisen wäre: Neu-Seeland (Verwandte), sowie einen kürzlichen Besuch in England: BA, NL Robinsohn 28.
- 116 *Bericht No. 1*, S. 4 bzw. hier S. 286. – Diese Erfahrung machte auch Hans Scholl auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP 1936: »Drill und Uniformierung bis ins persönliche Leben hinein«, so Scholl, *Weißer Rose*, S. 17; vgl. *Hanser, Deutschland zuliebe*, S. 48–51.
- 117 *Bericht No. 1*, S. 6, bzw. hier S. 289.
- 118 Robinsohn an Vagts, 9. 10. 1937 und 30. 11. 1937, Privat-NL Vagts. – Karl Llewellyn war ein renommierter Rechtsprofessor an der School of Law der Columbia-Universität, der sich mit der Frage nach dem Verhältnis zwischen Formal- und Realverfassung befaßte. – Mary Cary war die Witwe des angesehenen Quäkers Richard Cary (1886–1933), der 1919/1920 die Quäkerspeisungen im Ruhrgebiet leitete und 1930–1933 das Amt des amerikanischen Sekretärs im internationalen Sekretariat der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) in Berlin ausübte; vgl. Vorwort zu Elisabeth Rotten, *Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Frieden*. Bad Pyrmont 1963, S. 3. Mary Cary besuchte in der NS-Zeit mehrfach Deutschland, nahm an den Jahresversammlungen der deutschen Quäker teil und steuerte dort wertvolle Beiträge bei: Auskunft Halle, 18. 9. 1989. – Dr. Fürstenberg, Mitarbeiter von Prof. Dr. med. Henry Sigerist (1930 Mitglied des Beirats der *Neuen Blätter für den Sozialismus*), Leipzig, war Sekretär der Roten Hilfe für Spanien: M. Lachmund, Niederschrift vom März 1949, Typoskript, 6 S., hier S. 3.
- 119 Robinsohn an Vagts, 30. 11. 1939, Privat-NL Vagts. Vagts hakte Cary und Schumann ab und notierte hinter dessen Adresse: »27/12 an ihn geschrieben u. Meeting vorgeschlagen.«
- 120 *Bericht No. 3*, S. 1, Dok. 5.
- 121 Robinsohn an Vagts, 9. 10. 1937 u. ö., Privat-NL Vagts. – Über Dr. Bauer vgl. das *Organisationshandbuch* der DDP, 1926, S. 429; *Echo* 7, 1925, Nr. 4, S. 153f.; *Echo* 9, 1927, Nr. 5/6 (Mitglied des Reichsführerrats der DDJ); *Echo*

- 12, 1930, Nr. 10, S. 150; *Echo* 13, 1931, Nr. 4–5, S. 73. Auskunft Lüth, 16. 1. 1989.
- 122 Sandell, an Verf., 19. 4. 1987. Irma Prestin starb bei der Geburt ihrer Tochter.
- 123 Interview Jacobsen, 6. 10. 1984. Im NL Jacobsen befindet sich ein Briefbogen des »Institut för praktisk Psykologi och Yrkesvalsfrågor« mit dem zehnköpfigen Vorstand des Instituts, darunter Prof. Dr. Sten Wahlund, Direktor des städtischen Statistischen Instituts und des Sozialpolitischen Instituts als Vorsitzendem, Instruktor O. P. Maansson, Direktor des Arbeiter-Bildungs-Verbandes, als Stellvertreter. Ruthquist und Jacobsen fungierten als Inhaber, Leiter, Kurs- und Ausbildungsleiter. – M. Ruthquist an Verf., 12. 7. 1987. Am ausführlichsten darüber: Ruthquist, *Dr. phil. Walter Jacobsen*.
- 124 Ruthquist, *Dr. phil. Walter Jacobsen*, S. 1.
- 125 Interview F. Hoernigk, 5. 9. 1986. Über den Zweck dieser Fahrten ist nichts Näheres bekannt.
- 126 Vagts, Tagebuch, Eintragung vom 20. 9. 1937, BA, NL Vagts 1. – Die kurze Benachrichtigung erwähnt M. Lachmund, *Hans Lachmund und die Freimaurerei*. Undatiertes Typoskript, ca. 1949/50, 6 S., hier S. 3.
- 127 Dorthin hatte Lachmund seit der Teilnahme an einer Freimaurer-Delegation nach Kopenhagen 1931 persönliche Kontakte: G. Sjalling an M. Lachmund, 26. 4. 1951, NL Lachmund. Vgl. Lehnhoff/Posner, *Freimaurer-Lexikon*, Sp. 1780f., Stichwort Dänemark (Nachtrag). – Bei seiner Fahrt im Februar 1939 nach Kopenhagen fungierte Lachmund auch als Kurier zu dem im Dezember 1938 emigrierten Hans Robinsohn: Robinsohn, *Personen*, S. 2, IfZ, ED 166.
- 128 Aussage: *Margarethe Lachmund zur Verurteilung ihres Mannes Hans Lachmund*, 29. 9. 1950. Typoskript, 2 S. und 5 S. Anmerkungen, hier S. 1. – Daß diese Fragen die NS-Ideologen beschäftigten, geht auch aus dem *Schulungsbrief* (der NSDAP und der DAF) 7/1939 hervor, der mit einer Auflage von 4,9 Mio. Exemplaren verbreitet wurde; darin ein Kapitel »Freimaurerei – Vatikan«, S. 276f.; über die vorgebliche Schuld der Freimaurer am Versailler Vertrag, S. 267f. und Bildteil-Seite 4. – Die deutschen Freimaurer, auch ihre humanitäre Richtung, hatten sich schon im Ersten Weltkrieg gegen die Verurteilung der deutschen Kriegspolitik durch ausländische (französische, schweizerische, italienische) Freimaurer gewandt; darüber ausführlich Beyer, *Großloge »Zur Sonne«*, S. 89 bis Ende, bes. S. 92, 112, 152–155. – Die Großloge »Grand Orient de France« wurde z. B. im *Stürmer* 13, 1935, Nr. 25, diffamiert.
- 129 M. Lachmund, Niederschrift vom August 1950. Dies bestätigt Gaston Dermine, der den offenbar namhaften Betrag Lachmunds an die Quäker leitete: G. Dermine an das Justizministerium der DDR, 7. 9. 1950, Abschrift im NL Lachmund.
- 130 Strassmann, Niederschrift vom 24. 8. 1948, NL Lachmund.

5. Kapitel

- 1 Dort lokalisiert ihn Sandvoß, obwohl Strassmanns Bedeutung für den Widerstand nach dem Umzug größer ist als zuvor: Sandvoß, *Widerstand in Steglitz und Zehlendorf*, S. 103.
- 2 LA Berlin, Pr. Br. Rep. 57 Nr. 212g. Vgl. Tüchel/Schattenfroh, *Zentrale*, S. 96 und 305.
- 3 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986. – Vgl. Anhang 1.

- 4 Vgl. den Bildband von Soldenhoff (Hg.), *Tucholsky*, bes. S. 184. – Danehl: vgl. Anhang 1.
- 5 In: Tucholsky, *Briefe*, S. 354–358, hier S. 357.
- 6 Ebd., S. 357f. Zu Tucholskys Wertschätzung für Danehl paßt auch die Bemerkung von Hans E. Hirschfeld über Danehl in seiner undatierten Namensübersicht (nicht vor 1939), 4 S., hier S. 3: »Hat gute Haltung bewahrt, ohne besondere Betätigung.« (LA Berlin, NL Hirschfeld, Rep. 200 Acc. 2014 Nr. 7 Bd. 3) Offenbar handelt es sich hierbei um eine veraltete Information.
- 7 Tucholsky, *Briefe*, S. 249.
- 8 Stenzel, Bestätigung für Marquardt, 3. 6. 1945, NL J. Kingma, erwähnt Danehl nur. In den Briefen des Ehepaars Dudek an seine Tochter Ursula wird ein Kaffeeklatsch der Ehefrauen Dudek und Danehl am 10. 8. 1939 und öfter erwähnt (NL Dudek).
- 9 Personalakte Danehl, HStA Hannover, NdS. 100 Acc. 95/88.
- 10 Dr. Franz Mendelson, geb. 1879, und Rudolf Hoernigks Schwiegervater Prof. Karl Steinbrück waren Studienkollegen: Interview Mendelson, 5. 8. 1986.
- 11 Jörg Thierfelder/Eberhard Röhm: *Juden, Christen, Deutsche 1933–1945*. Bd. 1: 1933–1935. Stuttgart 1990, S. 234–239.
- 12 Interview Mendelson, 5. 8. 1986; vgl. *Hb. f. d. Deutsche Reich*, 1936, S. 296.
- 13 Rekonstruiert nach fast völlig übereinstimmenden Angaben von H. Lange, Interview 13. 4. 1984, und F. Hoernigk, Interview 19. 3. 1986. Robinsohn mußte bald darauf emigrieren; vgl. Kap. 6.
- 14 Daran erinnert Hans Robinsohn in seinem Brief vom 29. 12. 1949 an Thomas Dehler, der am 3. 1. 1950 antwortet: »Man hätte damals mit mehr Haß und damit mit mehr Leidenschaft und mit mehr Einsatzbereitschaft kämpfen müssen. Vielleicht wäre dann die erlösende Tat ausgelöst worden.« Beide Briefe im BA, NL Robinsohn 2. – An Robinsohns Rede erinnert sich H. Lange, Interview 13. 4. 1984.
- 15 Interview F. Hoernigk, 10. 4. 1988.
- 16 M. Lachmund, Niederschrift vom März 1949, Typoskript, 6 S., hier S. 3; NL Lachmund. – Auch Wilhelm Leuschner nahm später an Besprechungen mit Strassmann teil, die als Geburtstagsfeiern getarnt wurden: Leithäuser, *Leuschner*, S. 227.
- 17 Robinsohn an Pauls, 16. 11. 1945, BA, NL Robinsohn 7.
- 18 Interview H. und M. Lange, 21. 8. 1986.
- 19 Ebd.
- 20 M. Lachmund, Niederschrift vom März 1949 (wie Anm. 16).
- 21 Geiger, *Begegnungen*, S. 95.
- 22 Dehler an CIC Bamberg, 7. 11. 1945; undatierte Vernehmung H. Hundt (Typoskript, 5 S.), beides am ADL, NL Dehler 434.
- 23 Dehler an das Archiv der Bayerischen Widerstandsbewegungen, 1. 3. 1948, IfZ, ZS 380. – L. Ritter von Rudolph, Lebenslauf, 16. 10. 1948, NL Ritter von Rudolph. In allen anderen Lebensläufen läßt er die Beteiligung am Widerstand unerwähnt, ebenso in seinen Angaben für das *Amtl. Hb. des Bayerischen Landtags*, München 1951, S. 212. Herrn Prof. Herbert Rudolph, der mir die relevanten Privatdokumente freundlicherweise zugänglich gemacht hat, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. – Über Ritter von Rudolph: Petrus Müller, *Ludwig Ritter von Rudolph (1890–1970). Politiker, Schriftsteller und bewußter Christ im 20. Jahrhundert*. In: *liberal* 32, 1990, H. 4, S. 103–113. Vgl. ders., *Der politische Liberalismus in Nürnberg 1918–1945*, in: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg* 78, 1991, S. 231–263.

- 24 In dem Artikel *Nürnberger Judenknechte* hetzt *Der Stürmer* Nr. 20, 1933, gegen Ritter von Rudolph, weil er eine Veranstaltung Julius Streichers am 21. April 1932 im Nürnberger Herkules-Velodrom unter dem Titel *Die Juden sind unser Unglück* vergeblich verbieten lassen wollte.
- 25 Das Bayerische Schützenkorps unter Oberst Ritter von Epp bestand vom Februar bis zum April 1919, das Freikorps Oberland unter Major Ritter von Beckh vom April bis zum Oktober 1919; vgl. Fricke (Hg.), *Parteien*, Bd. 2, Stichwort Freikorps, S. 53–64, bes. S. 60f. und Stichwort »Freikorps und Bund Oberland«, S. 65–68.
- 26 Die WTB-Meldung über Rudolphs Aussage ist wiedergegeben z. B. im *Solinger Tageblatt* vom 13. 11. 1925. – Vgl. dazu auch L. Ritter von Rudolph, *Die Lüge, die nicht stirbt. Der »Dolchstoß« von 1918*. Nürnberg 1958, S. 99–106.
- 27 L. Ritter von Rudolph, *Allerseelen 1914*. Nürnberg 1932. Darin erinnert er auch an einen gefallenen jüdischen Kameraden. Obwohl das Buch von der Rechtspresse totgeschwiegen wurde, erlebte es zwei Auflagen: NL Rudolph, Lebenslauf vom 24. 2. 1946.
- 28 Einen Einblick in den Organisationsgrad der Nürnberger DDP ermöglicht das *Organisationshandbuch* der DDP, 1926, S. 325, wo für den Vorstand genannt werden: 1 Ehrenvorsitzender, 1 Vorsitzender, 3 Stellvertretende Vorsitzende, 2 Schriftführer, 2 Schatzmeister, 1 Bibliothekarin, 1 Geschäftsführer. Unter- bzw. Nebenorganisationen wie Frauenausschuß, DDJ oder Beamtenausschuß sind dort nicht mit aufgeführt. – Ritter von Rudolph bezeichnet die DDP/DStP Nürnberg als die bestausgebaute Parteigliederung in Bayern: Lebenslauf vom 24. 2. 1946, NL Ritter von Rudolph.
- 29 Roon (Hg.), *Moltke*, Einleitung, S. 20. Genauer ders., *Neuordnung*, S. 43. – Vgl. ders., *Der Kreisauer Kreis zwischen Widerstand und Umbruch*. Berlin 1985, S. 5.
- 30 Hans Lukaschek, Rechtsanwalt in Breslau, 1949–1953 Bundesvertriebenenminister.
- 31 Schiffer hatte die Diskussionsleitung in einem von Finanzminister Popitz gegründeten Kreis, dem etwa 60 Herren angehörten, von denen sich alle zwei Wochen etwa 15 bis 20 trafen: Luppe, *Mein Leben*, S. 318. – Fritz Elsas, *Erinnerungen*, Typoskript, S. 275, nahm an, der Kreis sei nach den Nürnberger Rassegesetzen eingeschlafen (diese Stelle fehlt in der Druckfassung). – Otto Liebmann an Kuno Graf Westarp, 3. 6. 1937, in: Roon (Hg.), *Moltke*, S. 146; vgl. ebd., Einleitung, S. 20, wonach zu dem Kreis die Minister a. D. Eugen Schiffer, Otto Gessler, Eduard Hamm, der Staatssekretär a. D. Hans Krüger, die MdR Graf Westarp und Theodor Heuss u. a. zählten.
- 32 »Diese Gesellschaft [die Montagsgesellschaft] ist ein harmloser Altmännerklub, der noch aus der Zeit der Schimpf und Schande von vor 33 stammt und dessen Manager der alte Schiffer ist (einstmals Justizminister).« Robinsohn an Vagts, 7. 1. 1939, BA, NL Vagts 23.
- 33 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986. Strassmann erwähnt wiederholt seine Verbindung mit Moltke, ohne sie näher zu datieren: Strassmann an W. Hammer, 23. 6. 1954, IfZ, FD 106. Strassmann an Dehler, 25. 4. 1955, ADL, NL Dehler 1422.
- 34 Interview F. Hoernigk, 5. 9. 1986.
- 35 Strassmann an Dehler, 25. 4. 1955, ADL, NL Dehler 1422. – Über Klaus Bonhoeffer: Leber u. a., *Gewissen*, S. 110–112.
- 36 Bethge an Verf., 18. 8. 1987.
- 37 Hoffmann, *Widerstand*, S. 124. Er zählte auch zum liberalen Solf-Kreis, wie Hanna Solf, die ihn unter ihren Freunden und Mitarbeitern (»my friends and

- collaborators«) nennt, schreibt: H. Solf an Bischof George Bell, 31. 12. 1946, LPL, Bell Papers, Vol. 47.
- 38 DDP-nahe: Christine von Dohnányi, *Aufzeichnung über Hans von Dohnányi 1929–1934*, S. 1, BA, NL Bonhoeffer A 87,3, Strohm, *Ethik*, S. 238.
- 39 Strassmann, Niederschrift vom 19. 2. 1948, IfZ, ZS 380.
- 40 Meyer-Krahmer, *Goerdeler*, S. 134.
- 41 Ritter, *Goerdeler*, S. 154.
- 42 Ritter, *Goerdeler*, fügt in seinem Nachtrag (S. 610) hinzu: »Die Anwerbung von Verbindungsleuten in der Provinz wurde nicht etwa von Goerdeler allein übernommen. Es waren auch andere beteiligt.« Allerdings bezieht sich diese Aussage etwa auf das Jahr 1943.
- 43 Robinsohn nennt beide Datierungen: Robinsohn an Pauls, 16. 11. 1945 (»1937«); ders. an F. Tarnow, 19. 5. 1946 (»Anfang 1938«); beides im BA, NL Robinsohn 7 bzw. 8.
- 44 Robinsohn (bis 1938 Hamburg) an O. Kauffmann, 20. 8. 1945, BA, NL Robinsohn 5 [u. ö.]. – Dudek (Berlin) an 610. Dep. Mil. Gov., Hamburg-Harburg, 5. 10. 1945, NL Dudek. – Dehler (Bamberg), Bestätigung für F. Hoernigk, 1. 7. 1946, ADL, NL Dehler 373. – Wentker (Hamburg), undatierter Lebenslauf als Anlage zu seinem Brief vom 12. 10. 1947 an den Landrat des Kreises Wolfenbüttel, NL Wentker. – Interview H. Lange, 13. 4. 1984. – Stenzel (Berlin), Bestätigung für Marquardt, 3. 6. 1945, NL J. Kingma. – W. Lange (Wismar), laut Rhein, Interview 27. 6. 1989. – J. Kingma, Namensliste, ca. 1960, NL O. Kingma.
- 45 Nach Schweykart hat Strassmann sich ihm »als engsten Mitarbeiter Dr. Goerdelers« zu erkennen gegeben: »Beilage zum Fragebogen des Rechtsanwalts Hermann Schweykart«, Typoskript, 7 S., hier S. 5; als Anlage zu seinem undatierten Brief an Dehler (Poststempel: 31. 3. 1946), ADL, NL Dehler 448.
- 46 Interview F. Hoernigk, 13. 4. 1986.
- 47 Robinsohn an Pauls, 16. 11. 1945, BA, NL Robinsohn 7. Vgl. Hans Lohmeyer, *Gedenken an Fritz Elsas*. In: *Kommunale Korrespondenz* Nr. 40 vom 27. 12. 1954, S. 1–3, hier S. 2. Goerdelers Tochter nennt Elsas nur summarisch (wie Anm. 40), S. 145. – Charakteristisch ist der Versuch Goerdelers (wie anderer Verschwörer), die Phase der Verschwörung möglichst kurz zu fassen; im Falle Elsas', dessen Einbeziehung in die Staatsstreichpläne Goerdeler gegenüber der Gestapo bestreitet, gibt er immerhin eine Annäherung über geschäftliche Fragen der Firma Bosch ab 1939 zu: E. Kaltenbrunner an M. Bormann, 9. 10. 1944, in: Jacobsen (Hg.), »*Spiegelbild*«, Bd. 1, S. 461–463, hier S. 462. – Die Erinnerungen von Fritz Elsas, deren Abschrift mir sein Sohn Peter F. Elsas freundlicherweise zur Verfügung stellte, enden leider schon mit dem Jahre 1922.
- 48 Goerdelers Einvernahme für den Liberalismus durch Ritter (*Goerdeler*, z. B. S. 274) ist entschieden zu widersprechen.
- 49 Vgl. Michael Krüger-Charlé, *Carl Goerdelers Versuche der Durchsetzung einer alternativen Politik 1933 bis 1937*. In: Schmädke/Steinbach (Hgg.), *Widerstand*, S. 383–404.
- 50 Ritter, *Goerdeler*, S. 75, 168f. Noch in der Fritsch-Krise Anfang 1938 lehnte Beck die »Meuterei« ab: ebd., S. 146.
- 51 In Hassells Tagebüchern, die am 17. September 1938 einsetzen, wird Goerdeler erstmals unter dem 17./ 18. August 1939 erwähnt: *Hassell-Tagebücher*, S. 109.
- 52 E. Nebgen-Kaiser, *Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer*. Stuttgart u. a. 1967, S. 76. Leithäuser, *Leuschner*, S. 191. – Prof. Gerhard Albrecht, der die Zusammenarbeit zwischen dem Gewerkschaftskreis und Goerdeler vermittelte, datiert

- sie sogar auf Frühjahr oder Sommer 1942: Albrecht an Karl Brammer, 22. 12. 1953, Abschrift im BA, NL Kaiser 73.
- 53 Vgl. Goerdelers geheimes Memorandum an die britische Regierung vom 4. 12. 1938, in dem er u. a. die Revision des polnischen Korridors und ein geschlossenes Kolonialgebiet fordert; abgedruckt in: Young, *X-Dokumente*, S. 170–172.
- 54 1939: Eberhard Zeller, *Geist der Freiheit. Der 20. Juli*. 5., durchges. Aufl. München 1965, S. 95. – 1941: Hugo Stehkämper, *Protest, Opposition und Widerstand im Umkreis der (untergegangenen) Zentrumspartei. Ein Überblick. Teil II: Widerstand*. In: Schmädeke/Steinbach (Hgg.), *Widerstand*, S. 888–916, hier S. 899.
- 55 Robinsohn an E. und M. Frenk, 27. 7. 1935, BA, NL Robinsohn 1. – Interview H. und M. Lange, 13. 4. 1984.
- 56 *Bericht No. 4*, S. 2, hier Dok. 6, S. 301.
- 57 Zitiert wird nach dem 8seitigen deutschen Typoskript (hs. korrigiert): *Von der Opposition in Deutschland*, BA, NL Robinsohn 31. Die Zitate von S. 6 des Berichts. Damit wird auch Robinsohns spätere Angabe, die Gruppe habe erst »nach 1939« mit einer Reihe von Offizieren zusammengearbeitet, widerlegt: Robinsohn, *Personen*, 1979, S. 1, IfZ, ED 166.
- 58 *Von der Opposition in Deutschland*, S. 6.
- 59 So in Goerdelers geheimer (für die Generalität bestimmter) Denkschrift vom 26. März 1943 über die Notwendigkeit eines Staatsstreichs, in: Ritter, *Goerdeler*, S. 577–595, hier S. 578. – Harold C. Deutsch berichtet, Goerdeler habe ihm schon im Spätfrühjahr 1936 gesagt: »Das größte Problem des heutigen Deutschland ist die Wiederherstellung des einfachen menschlichen Anstands«: Deutsch, *Verschwörung*, S. 9.
- 60 So Robinsohn an Ernst und Marianne Frenk, 27. 7. 1935, BA, NL Robinsohn 1.
- 61 Thun-Hohenstein, *Verschwörer*, S. 66–69.
- 62 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986.
- 63 Zit. nach: Müller, *Beck*, S. 137.
- 64 Abgedruckt ebd., Dok. 46 und 47, S. 521–537.
- 65 Ritter, *Goerdeler*, S. 168.
- 66 Peter Bucher, *Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehr-offiziere 1929/30*. Boppard 1967, S. 221–226 und 312 f.
- 67 Vagts, Tagebuch, Eintragung vom 20. 9. 1937, BA, NL Vagts 1.
- 68 Auskunft F. Hoernigk, 23. 1. 1989.
- 69 Vgl. Kap. 7.
- 70 Auskunft F. Hoernigk, 8. 5. 1989. Hayessen wurde nach dem 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet: Urteil des VGH, 15. 8. 1944, PA/AA, Sabotage und Attentate 20. Juli 1944, Az. Inland II Geheim, Bd. 59.
- 71 Auskunft F. Hoernigk, 8. 5. 1989.
- 72 Interviews Jacobsen, 6. 10. 1984, und H. u. M. Lange, 13. 4. 1984. – F. Hoernigk, *Der Ernst-Strassmann-Kreis*. S. 2. – Dehler, Bestätigung für Schweykart, Anlage zu seinem Brief an Schweykart vom 26. 3. 1946, ADL, NL Dehler 448. – Robinsohn erwähnt nur allgemein den »Kontakt mit Gördelele und seinen Offiziersfreunden«, ohne Beck namentlich zu nennen: Robinsohn an Pauls, 16. 11. 1945, BA, NL Robinsohn 7.
- 73 Beck bat am 18. 8. 1938 um seine Entlassung, die Hitler am 21. 8. gewährte; aus außenpolitischen Rücksichten blieb der Rücktritt zunächst geheim. Beck wurde zum Oberbefehlshaber der 1. Armee ernannt, am 31. 10. 1938 aber unter Beförderung zum Generaloberst entlassen: Hoffmann, *Widerstand*, S. 107 f.

- 74 »Kriegsbegeisterung jedenfalls nirgendwo.« Das beobachtete Hans Lachmund, der damals in Berlin war: Tagebuch H. Lachmund, Eintragung vom 4. 10. 1938 (rückblickend über die Sudetenkrise), NL Lachmund.
- 75 Robinsohn, *Von der Opposition in Deutschland*, S. 6, BA, NL Robinsohn 31.
- 76 Tagebuch Hans Lachmund, Eintragung vom 4. 10. 1938, NL Lachmund. Eva war Hans Lachmunds Schwester.
- 77 F. Hoernigk, *Der Ernst-Strassmann-Kreis*, S. 2f. – Wilhelm Treue ist im wesentlichen zuzustimmen, wenn er schreibt, es »existiert über den Widerstand in der Landwirtschaft eigentlich gar nichts«: Treue, *Widerstand von Unternehmern und Nationalökonomern*. In: Schmäddeke/Steinbach (Hgg.), *Widerstand*, S. 917–937, hier S. 935.
- 78 Wenzel, *Wirtschaftsführer*, Sp. 2430.
- 79 Tabelle, Stand 1935, in: Olbrich, *Wentzel*, S. 39.
- 80 Theodor Tantzen, *Wie das deutsche Volk ernährt wird (Landwirtschaft, Siedlung, Besitzverteilung, Einfuhr an Lebensmitteln)*. In: Erkelenz (Hg.), *Zehn Jahre*, S. 263–272, hier S. 265; sowie eigene Berechnungen.
- 81 Olbrich, *Wentzel*, S. 42–46 und 49. Die Erträge lagen teils um mehr als 50% über Durchschnittserträgen im Deutschen Reich: ebd., S. 45.
- 82 Stand 1935: 652 Stück Spannvieh, 2308 Rinder, 11 497 Schafe, 357 Schweine: ebd., S. 50f.
- 83 Ebd., S. 45–47, 55, 70.
- 84 Ebd., S. 65. Bei Carlheinz von Brück, *Bürger gegen Hitler. Demokraten im antifaschistischen Widerstand*. Berlin/DDR 1986, S. 151, wird Wentzel als der »mitteldeutsche Braunkohlenkönig« bezeichnet.
- 85 Urteil des Volksgerichtshofs vom 13. 11. 1944, in: Jacobsen, »*Spiegelbild*«, S. 553–559, hier S. 556.
- 86 Vgl. Kap. 4, Reusch-Kreis. – Treffen in Teutschenthal fanden u. a. statt am 1. Juli 1937 (Haniel-Archiv, NL Reusch, GHH 40010124/3b), am 16. Juli 1938 (GHH 40010124/4), am 15. Juni 1942 (GHH 400101290/311).
- 87 Hanns Martin Elster, *Carl Wentzel-Teutschenthal (9. 12. 1876–20. 12. 1944)*. Typoskript, 24 S., hier S. 3, IfZ, ED 106. Elster spricht von 4000 bis 5000 Betriebsbesuchern jährlich (ebd., S. 4).
- 88 SD-Bericht an Bormann, 13. 11. 1944, in Jacobsen (Hg.), »*Spiegelbild*«, S. 548–551, hier S. 549.
- 89 Elster, *Wentzel-Teutschenthal*, S. 11.
- 90 Hannsjoachim von Rohr an Walter Hammer, 29. 6. 1954, IfZ, ED 106.
- 91 Erhard Hübener, *Lebenskreise. Lehr- und Wanderjahre eines Ministerpräsidenten*. Hg. von Thomas Klein. Köln–Wien 1984, S. 270.
- 92 Dazu gehörten eine Pensionskasse für die Angestellten, eine Arbeiterunterstützungskasse, ein Sozialsekretär, eine Warmbadeanstalt und über tausend Werkswohnungen: Elster, *Carl Wentzel-Teutschenthal*, S. 10, IfZ, ED 106.
- 93 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986.
- 94 Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Bodenreformer, Adolf Damaschke, war DDP-Mitglied und 1920 Reichstagskandidat: *Linksliberalismus*, S. 98. Die DDJ verlangte entschiedenen Kampf gegen die Großagrarier: *Auf's Land, Jungdemokraten!* In: *Herold* 8, 1927, Nr. 78, S. 126f. Die SPD verabschiedete auf dem Kieler Parteitag 1927 ein Agrarprogramm mit der Forderung nach Bodenreform: Miller/Potthoff, *Kleine Geschichte der SPD*, S. 119.
- 95 Stenzel, Bestätigung für Marquardt, 3. 6. 1945, NL J. Kingma.
- 96 Interview Henke, 14. 7. 1987. Trotha stellte sich 1920 als Chef der Marineleitung hinter die putschistische Kapp-Regierung: Jost Dülffer, *Die Reichs- und Kriegs-*

- marine 1918–1939. In: MGFA (Hg.), *Militärsgeschichte*, Bd. 5, S. 337–488, hier S. 361–363. – Die DVFP nannte sich 1924 Nationalsozialistische Freiheitspartei, ab Februar 1925 Deutschvölkische Freiheitsbewegung (DVFB).
- 97 Striesow, *Deutschnationale Volkspartei*, Bd. 1, S. 402–447. Manfred Weißbecker, *Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) 1922–1933*. In: Fricke (Hg.), *Parteien*, Bd. 1, S. 765–770. Huber, *Reichsverfassung*, S. 282–285.
- 98 Ernst Strassmann bezeichnet Henke als »illegalen Mitarbeiter«: Brief an Dehler, 30. 3. 1950, ADL, NL Dehler 1037. Margarethe Lachmund hat auf einem Brief der Frau von Henke vom 3. 11. 1946 später notiert: »zum Strassmannkreis geh.[örig]«, NL Lachmund. Auch Klemens von Henke selbst bestätigt die Verbindung mit Strassmann: Interview vom 14. 7. 1987. – In Henkes Gästebuch hat Strassmann sich zweimal eingetragen.
- 99 Interview Henke, 14. 7. 1987. Über Wulles führende Rolle in der DNVP und DFVP: Striesow, *Deutschnationale Volkspartei*, passim. Über den Wulle-Kreis und die Haft Wulles stand mir auch ein 35seitiges Typoskript (ohne Titel) von Paul Braasch zur Verfügung, für das ich Herrn Helmut Borowski danke. – Wulle hatte etwa 1937 Verbindung mit dem Jungdeutschen Orden aufgenommen: Robert Werner, *Der Jungdeutsche Orden im Widerstand 1933–1945*. München 1980, S. 195.
- 100 Dazu schreibt Heinrich Grüber, ab Ende 1938 Leiter des Büros Grüber zur Unterstützung »nichtarischer« Protestanten, in seinen *Erinnerungen*, S. 161: »Aus Berlin kannte ich seine wertvollen Informationsbriefe und auch Wulle persönlich, denn in der Bekennenden Kirche hatten wir Verbindung zu allen Widerstandskreisen.«
- 101 So schreibt Reinhold Wulle in seinem 1937 auf dem Reddershof fertiggestellten Werk *Gold, Götter und Glaube*, Berlin 1937, S. 114: »Die Macht kann wohl einen Diktator schaffen, zum König gehört das Recht; das ist das Geheimnis der Krone.« – Vgl. die Aktennotiz des Geschäftsführers der Reichsschrifttumskammer Wilhelm Ihne vom 12. 9. 1938, abgedruckt in: Joseph Wulf, *Literatur und Dichtung im Dritten Reich. Eine Dokumentation*. Taschenbuchausgabe. Reinbek 1966, S. 215–217. – Über Wulle vgl. auch Rudolf Pechel, *Deutscher Widerstand*. Erlenbach–Zürich 1947, S. 73 f.
- 102 Christa von Puttkammer an Paul Braasch, 5. und 23. 9. 1973, zitiert in dem Typoskript von Braasch über Reinhold Wulle, S. 5.
- 103 Robinsohn, *In memoriam*, S. 5.
- 104 Interview Henke, 14. 7. 1987.
- 105 *Jahreslagebericht 1938 des Sicherheitshauptamtes*. In: Boberach (Hg.), *Meldungen*, Bd. 2, S. 7–214, hier S. 77.
- 106 Interview Henke, 14. 7. 1987. Ders. an Verf., 10. 5. 1988. – Vgl. Kap. 7.
- 107 Robinsohn an Vagts, 7. 1. 1939, BA, NL Vagts 23.
- 108 Auskunft F. Hoernigk, 10. 2. 1988.
- 109 Granier, *Levetzow*, S. 194.
- 110 Auskunft F. Hoernigk, 19. 7. 1988 (Helldorf), 26. 8. 1988 (Levetzow)
- 111 Leber u. a., *Gewissen*, S. 186–188. Vgl. neuerdings die Biographie von Ulrich Heinemann, *Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli*. Berlin 1990.
- 112 Auskunft F. Hoernigk, 10. und 12. 2. 1988, 30. 7. 1988. *Preussisches Staatshandbuch* 1939, S. 221. Datierung von Zenkes Versetzung von Gelsenkirchen nach Potsdam: *Ministerial-Blatt des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern*, 1938, Nr. 15, Sp. 563; zu Kriegsbeginn wurde er nach Olmütz abgeordnet: *Ministerial-Blatt*, 1939, Nr. 35, S. 1779; im November 1939 kam er aus-

- hilfsweise zum Reichskommissar für Preisbildung: *Ministerial-Blatt*, 1939, Nr. 47, Sp. 2336.
- 113 Auskunft F. Hoernigk, 4. 2. 1988. *Hb. über den Königlich Preussischen Hof und Staat 1918; Hbb. über den Preussischen Staat 1919–1933*. Die Bedeutung des Tages von Potsdam wird aus der Wiedergabe im *Meyers Lexikon*, Bd. 8, 1940, Stichw. Potsdam, deutlich: »Durch den feierl. Staatsakt in der Garnisonkirche am 21. 3. 1933, der den 1. Reichstag der Nat.-soz. Revolution eröffnete, bekundete der Nationalsozialismus auch symbolisch seine Wiederanknüpfung an den soldatischen Geist von P.« Im April 1934 wurde Zitzewitz zum Regierungspräsidentium in Düsseldorf versetzt (*Degeners Wer ist's?*, 10. Ausgabe 1935), wo er bis mindestens zum Frühling 1941 blieb (*Hbb. über den Preuß. Staat 1935–1939, Amtliches Fernsprechbuch für den Bezirk der Reichspostdirektion Düsseldorf*, Ausgabe April 1941).
- 114 Undatierte Namensliste von J. Kingma, um 1960 entstanden, NL O. Kingma. Zur SPD-Widerstandsgruppe Schlesien: E. Bodien an Gerhard Schultz-Wituhn, 10. 1. 1946; Wilhelm Winzer an Walter Hammer, 8. 3. 1953; beides im IfZ, ED 106.
- 115 Auskunft F. Hoernigk, 9. 7. 1988. *Preussisches Staatshandbuch 1939*. S. 219.

6. Kapitel

- 1 Zu Robinsohn und Strassmann vgl. Kap. 1. – Elsas: Zelzer, *Weg*, S. 91–93. – Bandmann: Interview H. Bandmann, 5. 8. 1986. – Reissert: Niederschrift vom 28. 5. 1945, NL Reissert. – Levy: Interview Levy, 29. 5. 1982. – Sternberg: Auskunft Lenke, 12. 6. 1990. – E. Sußmann: Auskunft M. Sußmann, 12. 10. 1987. – Mendelson: Interview B. Mendelson, 5. 8. 1986. – Dehler: vgl. Kap. 3. – Gloeden: Fritz Kuphal, *Exposé über meine Mitwirkung am Attentat vom 20. Juli 1944*, 5 Seiten, hier S. 3, IfZ, ED 106. Seine Frau Lilo Gloeden geb. Kusnitzky war wohl sog. Halbjüdin: Jacobsen, »*Spiegelbild*«, Bd. 2, S. 977 (Bericht des SS-Sonderkommandos »20. 7. 1944« vom 25. 9. 1944), obwohl sie an anderer Stelle als Jüdin bezeichnet wird: *Monumenta Judaica. 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein. Handbuch*, hg. von Konrad Schilling. Köln, 2., verb. Aufl. 1964, S. 632. – Pagel: Auskunft M. Pagel, 10. 9. 1987.
- 2 Robinsohn, *Versuch*. Vgl. BA, NL Robinsohn 32.
- 3 Robinsohn, *Versuch*, S. 198.
- 4 Ebd., S. 199f. Wenn Robinsohn vom Gleichbleiben der Umsätze spricht, ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Firma an dem wirtschaftlichen Aufschwung dieser Jahre keinen Anteil nehmen konnte.
- 5 *Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit* vom 20. 1. 1934, *RGBl. I*, 1934, S. 45.
- 6 Robinsohn, *Versuch*, S. 201. – Vgl. *Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit* vom 20. 1. 1934, *RGBl. I*, S. 45, dessen § 1 lautet: »Im Betrieb arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.«
- 7 Die sachliche Zusammenarbeit Robinsohns mit dem Vertrauensrat wird auch durch die Vertrauensratswahl vom 12./13. April 1935 dokumentiert, bei der nach einer Ansprache des Obmanns von anderthalb Minuten und einer Rede Robinsohns von 15 Minuten die Liste (3 Nationalsozialisten, 3 Nichtnationalsozialisten) mit 95 % in geheimer Abstimmung gewählt wurde – das beste Ergebnis in Hamburg-Neustadt: Robinsohn an E. und M. Frenk, 27. 7. 1935,

- BA, NL Robinsohn 1. 1934 hatte die Liste bei 92 % Wahlbeteiligung nur 54 % erhalten: Robinsohn an E. und M. Frenk, 9. 5. 1934, in: ebd. – Kündigungen: *Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit* (Anm. 5), § 20.
- 8 Robinsohn, *Versuch*, S. 202.
- 9 Ebd., S. 203.
- 10 BA, NL Vagts 23. – Von antijüdischen Maßnahmen in der Textilbranche, die besonders von der Arbeitsgemeinschaft deutsch-arischer Fabrikanten der Bekleidungsindustrie e. V. (Adefa) getragen wurden, berichtete auch die Sopade; danach schlossen zum 1. April 1938 vierzig der größten Berliner Konfektionsfirmen bzw. gingen in »arische« Hände über: *Deutschland-Berichte der Sopade*, Februar 1938 (abgeschlossen am 12. März 1938), S. 135–249, hier S. 191 f. – Das »Kesseltreiben« auf das renommierte Berliner Leinenhaus F. V. Grünfeld begann im März 1938: Fritz V. Grünfeld, *Das Leinenhaus Grünfeld. Erinnerungen und Dokumente*. Eingeleitet und hg. von Stefi Jersch-Wenzel. Berlin 1967, S. 116.
- 11 Robinsohn an Vagts, 6. 10. 1938, BA, NL Vagts 23.
- 12 Robinsohn, *Versuch*, S. 204.
- 13 *Ein Brief aus Hamburg. Deutsche Bäckermeister verkaufen koschere Brötchen / Der Rattenfänger von Hamburg / Der arische Jude Jolles / Wie sich Jud Bergl tarnt*. In: *Der Stürmer* 16, 1938, Nr. 40 (erste Oktober-Nr.). Der letzte Satz ist gesperrt gedruckt. – Das Stürmer-Archiv enthält zwei Fotos des Modehauses Robinsohn, auf deren Abdruck der Stürmer verzichtete. Beide sind mit Größenangaben für eine Veröffentlichung sowie Bildunterschriften versehen. Ein Foto zeigt den Eingang des Modehauses, das andere Schaufenster mit davorstehenden Leuten und die Unterschrift: »Jud Robinsohn machte beim Ausverkauf die glänzendsten Geschäfte«: StadtA Nürnberg, E 9/NW 33/756.
- 14 *Ein Brief aus Hamburg. Die Juden freuten sich auf einen Weltkrieg / Sonderbare Rechtsanwälte / Wie Jud Robinsohn Kundschaft sucht / Judenfirmen in Hamburg*. In: *Der Stürmer* 16, 1938, Nr. 43 (letzte Oktober-Nr.). Dieser Satz ist gesperrt gedruckt.
- 15 Robinsohn an Vagts, 7. 1. 1939, BA, NL Vagts 23. Vgl. auch Robinsohn, *Versuch*, S. 204 f.
- 16 Das Modehaus hatte 19 große Schaufenster, von denen vier erst im Sommer 1933 durch Umbau eingesetzt worden waren: Robinsohn, *Versuch*, S. 200.
- 17 Sopade-Bericht vom Dezember 1938, in: *Deutschland-Berichte der Sopade*, Bd. 5, 1938, S. 1299–1431, hier S. 1341.
- 18 Robinsohn an Vagts, 7. 1. 1939, BA, NL Vagts 23. Sein Vater wurde in gleicher Sache erpreßt; als die Sache von seiten der Familie der Polizei übergeben wurde, wurde ein Verfahren gegen ihn wegen »Rassenschande« eröffnet, das kurz vor Kriegsbeginn mit Freispruch endete: Robinsohn an Vagts, 23. 8. 1939 (hier: Postscriptum vom 30. 8. 1939), BA, NL Vagts 23. Insofern war Hans Robinsohn gewissermaßen prädestiniert für seine Untersuchung über die Rechtsprechung des Landgerichts Hamburg in »Rassenschandefällen«: Robinsohn, *Justiz*.
- 19 BA, R 22, Personalakte E. Strassmann.
- 20 Briefwechsel zwischen R. Straßmann und dem Präsidenten des Reichspatentamtes bzw. dem Reichsamt für Rasseforschung beim RMI, 1933, NL R. Straßmann.
- 21 Auskunft H. Straßmann, 26. 1. 1988. Vgl. *Gesetz betr. die Zulassung zur Patentanwaltschaft und zur Rechtsanwaltschaft* vom 22. 4. 1933, *RGBl. I*, 1933, S. 217. Das Patentanwalts-gesetz vom 28. 9. 1933, *RGBl. I*, 1933, S. 669, ist auch abge-

- druckt in: *Taschenbuch des gewerblichen Rechtsschutzes*, hg. vom Reichspatentamt, Berlin 1936, S. 339–355.
- 22 Der Kammergerichtspräsident, i. V. Vizepräsident Spankus, an den Reichsminister der Justiz, 3. 10. 1938, BA, R 22, Personalakte E. Strassmann.
- 23 Anfechtungsklage aufgrund des *Gesetzes über die Änderung und Ergänzung familienrechtlicher Vorschriften und über die Rechtsstellung der Staatsbeamten* vom 12. 4. 1938, *RGBl.* I, S. 380.
- 24 Der Kammerpräsident, gez. Hölscher, an den RMJ, 26. 5. 1939, BA, R 22, Personalakte E. Strassmann; dort auch eine Abschrift des Urteils.
- 25 Der Kammergerichtspräsident, gez. Hölscher, an den RMJ, 5. 6. 1939, BA, R 22, Personalakte E. Strassmann.
- 26 Auskunft H. Straßman, 27. 1. 1988.
- 27 Landgericht Berlin, Urteil vom 16. 1. 1940, Az. 289.R.450/39 LG. Berlin, S. 5 f., BA, R 22, Personalakte E. Strassmann. – Eine ähnliche Situation schildert Arnold Strassmann in seinem Büchlein *Allerlei Ostmärkisches*, S. 158–160 und erneut S. 206, wo er die Bindungswirkung des Blutes wiederholt bestreitet, so S. 160: »Das gemeinsame Leben und Erleben, die freudige Hingabe von Opfern durch die Eltern und die von den Kinder wieder so selbstverständliche, gesund-egoistische Annahme dieser Opfer, die gemeinsame Umwelt mit ihren oft winzigen Kleinigkeiten und Heimlichkeiten, die sind es, die verbinden, und nicht das gemeinsame Blut.«
- 28 Sterbeurkunde Arnold Strassmanns vom 19. 1. 1940, NL Strassmann (Ernst-Strassmann-Stiftung).
- 29 Der Kammergerichtspräsident an den RMJ, 15. 4. 1940; RMJ an den Kammergerichtspräsidenten, 30. 4. 1940; beides im BA, R 22, Personalakte E. Strassmann.
- 30 H. Kingma, Niederschrift vom 20. 5. 1949, NL O. Kingma.
- 31 Kramish, *Greif*, S., 270f.
- 32 P. F. Elsas an Verf., 16. 11. 1987. Über Asch, der 1931–1933 Stadtkämmerer von Berlin war: Dieter Rebentisch, *Bruno Asch – Weggefährte Ludwig Landmanns. Ein preußischer Jude und sozialistischer Stadtkämmerer in Frankfurt am Main*. In: *Frankfurter Rundschau* Nr. 204, 4. 9. 1987.
- 33 Elsas' erster Brief an Robinsohn, in dem die Büroadresse durchge-x-t und dafür die Privatadresse eingesetzt ist, datiert vom 1. 1. 1939; BA, NL Robinsohn 28.
- 34 BA, NL Robinsohn 28. Hans Robinsohns Vater Max und sein Onkel Leo konnten erst kurz vor Kriegsbeginn emigrieren.
- 35 Auskunft Birn, 16. 7. 1988.
- 36 Bandmann an Robinsohn, 5. 1. 1939 u. ö., BA, NL Robinsohn 28.
- 37 Reissert, Niederschrift vom 28. 5. 1945, NL Reissert.
- 38 Auskunft Günther, 29. 11. 1988.
- 39 *Der Stürmer*, 15, 1937, Nr. 4 (Januar), mit dem Beitrag: *Rassenschande in Coburg. Jud Kaufmann erhält 3 Jahre Zuchthaus / Der Judengenosse Dr. Dehler aus Bamberg*, Facsimile in: Sassin, *Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler*, S. 40.
- 40 Lowenthal, *Bewährung*, S. 111f. *BdHE* 1, Stichwort Fred William Lessing. W. Lessing: Ophir/Wiesemann (Bearbb.), *Die jüdischen Gemeinden*, S. 116. – Über die Jüdische Gemeinde in Bamberg heißt es in Ophir/Wiesemann, S. 109–119, hier S. 110: »In der Gemeinde B[amberg] entfaltete sich ein blühendes Kulturleben. [...] Wirtschaftlich zählte die Gemeinde zu den bedeutendsten Deutschlands.« Vorsitzender der jüdischen Gemeinde war 1895–1930 der Anwalt Josef Werner, dessen Sozium Dehler 1926–1930 war (ebd.).

- 41 Auskunft J. Frank, 18. 3. 1986.
- 42 Rilling, *Dehler*, S. 57f. – Familie Frank: Auskunft J. Frank (Schwager Dehlers), 18. 3. 1986.
- 43 Kenworthy, *Quäker*, S. 27–29, vgl. die folgende Fußnote. – Halle, »*Die Gedanken sind frei...*«, S. 12. – Die erst 1933 entstandene Vereinigung der deutschen Juden auf Reichsebene änderte mehrfach ihren Namen: Reichsvertretung der deutschen Juden (1933), Reichsvertretung der Juden in Deutschland (1935), Reichsverband der Juden in Deutschland (1938), schließlich Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (1939), die am 4. Juli 1939 der Sicherheitspolizei unterstellt wurde: Hilberg, *Vernichtung*, S. 132–137. – Hirsch: Leber u. a., *Gewissen*, S. 206–210. – Büro Grüber: Ludwig, *Die Opfer unter dem Rad verbinden*, Diss.
- 44 Halle, »*Alle Menschen sind unsere Brüder...*« *Nahezu unbekannter religiöser Widerstand im »Dritten Reich«*. In: *Widerstand und Exil 1933–1935*. Hg. von der BZpB. Bonn 1985, S. 127–133, hier S. 129. Dies., *Haltung*, S. 2–5. – Zahl der Ausgewanderten: Dies., »*Die Gedanken sind frei...*«, S. 13. In der 3., überarbeiteten Auflage dieser Broschüre weist die Vfn. darauf hin, daß das Wiener Büro der Quäker »tausenden nicht-mosaischen Juden« zur Auswanderung verhalf (S. 13). – Der letzte amerikanische Direktor des Büros hat darüber publiziert: Leonard S. Kenworthy, *An American Quaker inside Nazi Germany. Another Dimension of the Holocaust*. Kenneth Square/Pa. 1982; als auszugsweise deutsche Fassung: *Ein amerikanischer Quäker*.
- 45 M. Lachmund, Niederschrift vom März 1949, NL Lachmund, Typoskript, 10 Seiten, hier S. 5. In ihrem Beitrag für eine Sammlung von Schriften und Predigten Propst Grübers erwähnt sie »engste Zusammenarbeit zwischen dem Quäkerbüro und den anderen Hilfsstellen«: M. Lachmund, [In den Zeiten des Nationalsozialismus...]. In: Günter Wirth/Gottfried Kretzschmar (Hgg.), *Dona nobis Pacem! Gesammelte Predigten und Aufsätze aus zwanzig Jahren von D. Dr. Heinrich Grüber*. Berlin/DDR 1956, S. 22–24, hier S. 22. Vgl. [H. Grüber], *An der Stechbahn. Erlebnisse und Berichte aus dem Büro Grüber in den Jahren der Verfolgung*. Berlin, 3., durchges. u. erw. Aufl. 1960, S. 19.
- 46 Richard Joachim, 1891–1942, SPD, stand »ab Ende 1938 an der Spitze des Ausschusses [der Reichsvertretung der Juden in Deutschland], der die Auswahl der in das Kitchener Camp, das Durchgangslager in Richborough in Südengland, zuzulassenden Verfolgten und die Durchführung aller damit zusammenhängenden technischen Details zur Aufgabe hatte«: Lowenthal, *Bewährung*, S. 83–85, hier S. 85.
- 47 M. Lachmund, Anlage für das Gesuch in Sachen Hans Lachmund, Waldheim, an den Herrn Präsidenten der DDR vom 15. März 1951, hs. korrigiertes Typoskript, 4 Seiten, S. 1f.; sowie zahlreiche Zeugnisschriften darüber, NL Lachmund.
- 48 G. Kuckhoff, [Bestätigung für H. und M. Lachmund], 25. 8. 1945, 2 Seiten, hier S. 1, NL Lachmund. Vgl. Greta Kuckhoffs Memoiren: *Vom Rosenkranz zur Roten Kapelle. Ein Lebensbericht*. Berlin/DDR 1974, S. 248–251.
- 49 M. Lachmund, »*Widersacher*«, S. 14f., Zitat S. 15. – Die Datierung des Besuchs erfolgt nach ihrem Brief an Koerber, 24. 8. 1938, Abschrift im NL Lachmund. Diese Datierung wird bestätigt durch die Eintragung in Hans Lachmunds Tagebuch vom 1. 8. 1938. – Über Koerber: Stockhorst, *5000 Köpfe*, S. 243.
- 50 *RGBl. I*, 1938, S. 969; die Verordnung wurde erst im Reichsgesetzblatt vom 2. August 1938 veröffentlicht, war M. Lachmund bei dem Gespräch mit Koerber also nicht bekannt.

- 51 M. Lachmund an Koerber, 24. 8. 1938, Abschrift (enggeschriebenes Typoskript von 3 Seiten) im NL Lachmund.
- 52 Gemeint ist die 4. VO zum Reichsbürgergesetz, vgl. Anm. 50.
- 53 Otto-Heinrich Drechsler, 1932/33 stellvertretender Gauleiter der NSDAP, Gau Mecklenburg-Lübeck, von 1933 an Bürgermeister und Senatspräsident in Lübeck: Stockhorst, *5000 Köpfe*, S. 112.
- 54 Margarethe Lachmund nahm an, dies sei auf besondere Veranlassung der NSDAP-Gauleitung geschehen: M. Lachmund, *„Widersacher“*, S. 17 f.
- 55 Ebd., S. 18.
- 56 Tagebuch Hans Lachmund, NL Lachmund.
- 57 Kleinschmidt, *Predigt*, S. 62. Als Werbungsdatum nennt er 1937. – In den Rundbriefen des Büros Grüber wird ein anderer Vertrauensmann für Mecklenburg genannt: Ludwig, *Die Opfer unter dem Rad verbinden*, S. 99. – Das Büro Grüber wurde erst Ende 1938 gegründet: Ebd., S. 73–76 u. ö. Grüber bestätigt die Zusammenarbeit mit Margarethe Lachmund: Grüber, *Erinnerungen*, S. 117. Werner Sylten wurde erst Anfang 1939 Mitarbeiter des Berliner Büros: Ebd., S. 181–183.
- 58 Kleinschmidt, *Predigt*, S. 64. In einer Erklärung für Hans Lachmund vom 31. 8. 1945 schreibt Kleinschmidt: »Die Zusammenarbeit mit ihm und seiner Frau Margarethe Lachmund hatte besonders die Fürsorge für verfolgte Juden zum Gegenstand.« NL Lachmund.
- 59 H. Poelchau, *Die letzten Stunden. Erinnerungen eines Gefängnispfarrers*, aufgezeichnet von Alexander Graf Stenbock-Fermor. Berlin 1949, bes. S. 7–14.
- 60 Gästebuch Lachmund, Eintragung vom 26.–28. 6. 1943, NL Lachmund.
- 61 Interview F. Hoernigk, 10. 4. 1988. – Hirschberg war Schriftführer und Schatzmeister der DDP-Ortsgruppe Marienwerder: *Organisationshandbuch der DDP*, S. 100.
- 62 Büttner, *Staats- und Wirtschaftskrise*, S. 429 und 477. Holger Fischer/Gerhard Sandner, *Die Geschichte des Geographischen Seminars der Hamburger Universität im »Dritten Reich«*. In: Krause u. a. (Hgg.), *Hochschulalltag*, S. 1197–1222, hier S. 1202, 1220. In demselben Band: Jürgen Ehlers, *Das Geologische Institut der Hamburger Universität in den dreißiger Jahren*, S. 1223–1244, hier S. 1232.
- 63 Daisy Hamilton-Eichholz an Walter Hammer, 26. 2. 1955, IfZ, ED 106. Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. 249 f.
- 64 D. Hamilton-Eichholz an W. Hammer, 26. 2. 1955, IfZ, ED 106. – Am 11. 1. 1943 wurde er zur Vernichtung nach Auschwitz deportiert: Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. 235. Dort ist er offenbar am 13. 1. 1943 angekommen: Danuta Czech, *Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945*. [Büchergilde]. Frankfurt a. M. – Wien 1989, S. 382.

7. Kapitel

- 1 Interview H. und M. Lange, 13. 4. 1984.
- 2 Robinsohn an Strassmann, 12. 11. 1947: »Februar 1939, als Sie dann schleunigst hier auftauchten« (BA, NL Robinsohn 24). Dazu Bandmann an Robinsohn, 25. 2. 1939: Er habe »sich vorab darauf beschränken müssen, Bunny [d. i. Strassmann] ein paar Wege abzunehmen, um ihn für seine Reise freizumachen« (BA, NL Robinsohn 28).
- 3 *Bericht No. 7* (Februar 1939), S. 9, hier Dok. 8, S. 319.

- 4 Robinsohn an Vagts, 27. 2. 1939, BA, NL Vagts 23.
- 5 Strassmann, Niederschrift vom 19. 2. 1948, IfZ, ZS 380.
- 6 Diese Annahme begründet sich allein schon durch die Größe der angegliederten Gruppen, die in Berlin und in Hamburg die genannte Zahl seinerzeit erreicht, wenn nicht überstiegen haben.
- 7 Robinsohn, Handpapier, S. 3, hier Dok. 10, S. 331. – Vgl. Karte 3: Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1938/39.
- 8 Interview H. u. M. Lange, 16. 8. 1989.
- 9 Interview H. u. M. Lange, 13. 4. 1984.
- 10 *Hb. f. d. Preuß. Landtag*, 1. Wahlperiode. Berlin 1921, S. 308: »Stephan, Carl, Malermeister, Hildesheim. Wahlkreis 16: Hannover-Süd (Regierungsbezirk Hannover, Hildesheim). Sozialdemokratische Partei. Mitgl. der Verfassungg. Preuß. Landesvers. für Hannover-Hildesheim-Lüneburg. Geb. 28. Nov. 1863 zu Harburg (Elbe), lutherische Volksschule. Fortbildungsschule u. Kunstgewerbeschule.« Vgl. *Hb. f. d. Preuß. Landtag*, 4. Wahlperiode. Berlin 1932, S. 491.
- 11 C. Stephan an Dehler, 15. 7. 1951, ADL, NL Dehler 1164. StA Hamburg, FDP 1, Mitgliedskarte C. Stephan.
- 12 Interview Levy, 29. 5. 1982. Sußmann: Auskunft M. Sußmann, 12. 10. 1987. O. Lange: Interview Pietrzik, 12. 7. 1988, und Wichmann, 12. 7. 1988.
- 13 C. Stephan an Dehler, 6. 3. 1951, ADL, NL Dehler 1164.
- 14 Interview H. u. M. Lange, 13. 4. 1984.
- 15 Schweykart an Dehler, o. D. (Kuvert mit Poststempel der Ankunft 21. 3. 1946). Hierzu und zum folgenden auch die Anlage zu diesem Brief: Beilage zum Fragebogen des Rechtsanwalts Hermann Schweykart, ADL, NL Dehler 448.
- 16 Dehler, Bestätigung für Schweykart, o. D., Anlage zu seinem Schreiben an Schweykart vom 26. 3. 1946, ADL, NL Dehler 448.
- 17 Dehler an das Archiv der Bayerischen Widerstandsbewegungen, 1. 3. 1948, IfZ, ZS 380.
- 18 Interview F. Hoernigk, 5. 9. 1986.
- 19 Alle drei Sozialdemokraten sind vermerkt auf J. Kingmas undatierter Namensliste, ca. 1960, NL O. Kingma.
- 20 Robinsohn an Jacobsen, 9. 10. 1952, BA, NL Robinsohn 4; anonym teilweise abgedruckt in: *20. Juli 1944*. Bearb. von Royce u. a., S. 243–245, hier S. 244.
- 21 Leber u. a., *Das Gewissen steht auf*, S. 180–182. Vgl. die Beiträge in: Hammer (Hg.), *Haubach*; Roon, *Neuordnung*, S. 181–188.
- 22 Haubach an Alma de l'Aigle, 1. 10. 1933 und weitere Briefe im BA, NL Alma de l'Aigle 14. – Laut Sistiertenkladde der Berliner Gestapo wurde Haubach am 24. Februar 1934 eingeliefert und am 20. März 1934 »entlassen«, d. h. ins KL Esterwegen überstellt: BA, R 58/742. – Vgl. auch die Berichte eines Ungenannten (E. B. = Egon Bandmann?) über Theo Haubachs Haft vom 20. und 23. Januar 1935 in: StadtA Darmstadt, NL Mierendorff 4137. Die Berichte kommen aus den Beständen von Alfred Vagts. Haubach, Bandmann und Vagts kannten sich von der Hamburger SAJ und aus dem Klub vom 3. Oktober.
- 23 1937: Robinsohn an Vagts, 9. 10. 1937, Privat-NL Vagts (»Ich sprach vor einigen Wochen Haubach«). – Haubach war im September 1938 in Hamburg: Haubach an Alma de l'Aigle, 20. 9. 1938, BA, NL Alma de l'Aigle 14. – Vgl. seinen Brief an Alma de l'Aigle, 30. 10. 1938, ebd., abgedruckt in: Hammer (Hg.), *Haubach*, S. 47. – Margarethe Lachmund sprach mit Haubach im Zusammenhang mit der Freilassungsaktion für Carlo Mierendorff im März 1938: M. Lachmund an Vagts, 13. 2. 1939, StadtA Darmstadt, NL Mierendorff 4137.

- 24 Robinsohn an Jacobsen, 9. 10. 1952, BA, NL Robinsohn 4.
- 25 Dies bestätigt H. Lange, Interview 13. 4. 1984, der Robinsohn die Einbeziehung Haubachs und Dahrendorfs in die Gruppe vorgeschlagen hatte, was von Robinsohn wegen deren Bekanntheitsgrad (zum Schein?) abgelehnt wurde. Strassmann gab Lange jedoch zu verstehen, »man tue, was man könne«.
- 26 Robinsohn an Steltzer, 21. 10. 1964, BA, NL Robinsohn 8.
- 27 Die Verbindung Strassmanns mit Haubach war auch Frank Hoernigk bekannt, der Ende 1939 zur Wehrmacht eingezogen wurde: Interview 19. 3. 1986. – An einer einzigen Stelle wird auch eine Verbindung Strassmanns mit Carlo Mierendorff genannt: Lebenslauf E. Strassmann, 24. 3. 1947; vermutlich für die Bewag von Strassmann oder aufgrund seiner Angaben angefertigt, NL J. Kingma.
- 28 Beck, *Leber*, S. 158–164.
- 29 M. Lachmund an Vagts, 13. 2. 1939 (wie Anm. 23). Am 1. Juni 1939 wurde er Teilhaber des Kohlgengeschäfts: Beck, *Leber*, S. 169.
- 30 Beck, *Leber*, S. 168.
- 31 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986.
- 32 Leuschner an Gestapa, Dienststelle II A 2, 15. 9. 1938, StA Darmstadt, NL Leuschner. Nach Leithäuser, *Leuschner*, S. 197, lernten Leuschner und Kruspi sich kennen, als sie vor dem Krieg einen Gebrauchsmusterprozeß gegeneinander führten.
- 33 Personalakte F. Kruspi, Lebenslauf, Juni 1947, LA Berlin, Rep. 80 Acc. 3392 Nr. 260/2.
- 34 Kruspi an den DVP-Vorsitzenden Dingeldey, 28. 10. 1931, BA, NL Dingeldey 77.
- 35 Kruspi an Dingeldey, 29. 3. 1932; Dingeldey an Kruspi, 5. 4. 1932; Kruspi an Dingeldey, 7. 4. 1932; Dingeldey an Kruspi, 11. 4. 1932; alles im BA, NL Dingeldey 77. – Das Rundschreiben Nr. 3 der DVP-Reichsgeschäftsstelle, Hochschulabteilung, vom 11. 4. 1932 berichtete über die Amtsniederlegung Kruspis, indem es hauptsächlich einen Brief Dingeldeys zitierte: BA, NL Dingeldey 55.
- 36 Niederschrift der Sitzung des Vorstandes des R. d. H. [= Reichsausschusses der Hochschulgruppen der DVP] am 19. 1. 1933, hektographiert, 2 S., hier S. 1, worin auch das »Ausscheiden Dr. Kruspis aus der Partei« erwähnt wird: BA, NL Dingeldey 55. – Zum Deutschen Nationalverein: Kurt Rüss, *Deutscher Nationalverein 1932–1933*. In: Fricke (Hg.), *Parteien*, Bd. 1, S. 497f. Jones, *Sammlung*, S. 292f.
- 37 Schweykart, Beilage zum Fragebogen des Rechtsanwalts Hermann Schweykart, Durchschlag als Anlage zu seinem undatierten Brief an Dehler (Ankunft laut Poststempel Bamberg: 21. 3. 1946), ADL, NL Dehler 448.
- 38 Leithäuser, *Leuschner*, S. 197. – Die Witwe von Fritz Elsas bestätigt die Zugehörigkeit Kruspis zum Goerdeler-Kreis und seine Zusammenarbeit mit ihrem Mann: Marie Elsas, Bescheinigung vom 6. 9. 1945, beglaubigte Kopie im LVA Berlin, Akte F. Kruspi.
- 39 Leithäuser, *Leuschner*, S. 180f. und bes. S. 198f.
- 40 H. Mommsen, *Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944*. In: Büttner u. a. (Hgg.), *Unrechtsregime*, Bd. 1, S. 347–361, hier S. 350.
- 41 Leithäuser, *Leuschner*, S. 227.
- 42 Reissert, Niederschrift vom 28. 5. 1945, NL Reissert.
- 43 Interview F. Mierendorff, 27. 10. 1987.
- 44 Bei der Wieden, *Die mecklenburgischen Regierungen*, S. 66. – Vgl. Kap. 5.
- 45 Werner Methfessel, *Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (CNBL) 1928–1933*. In: Fricke (Hg.), *Parteien*, Bd. 1, S. 241–244. Nach Methfessel löste

- der Übertritt Wendhausens und zweier weiterer führender Mitglieder »eine starke Abwanderung von Anhängern der CNBL.« zur NSDAP aus (ebd., S. 243). Die genaue Datierung nach: Huber, *Reichsverfassung*, S. 171, Anm. 6. – Wendhausen war als führendes Mitglied des Reichslandbundes auch an der Harzburger Front beteiligt: Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik: Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*. Stuttgart–Düsseldorf 1955, S. 409.
- 46 Anonymer Beitrag in: Hammerstein (Hg.), *Gedenkbücher*, S. 24.
- 47 Walter Schmidtke, *Gesellschaft zum Studium des Faschismus (GSF) 1931–1933*. In: Fricke (Hg.), *Parteien*, Bd. 2, S. 174–176. Vorsitzender der GSF war Karl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Mitglieder waren der Kronprinz Wilhelm, Hjalmar Schacht, Fritz Thyssen, Hermann Göring; Mitte 1932 hatte die GSF 96 Mitglieder und 103 Studienmitglieder.
- 48 Auskunft Gräfin Bassewitz, 5.4.1988. Im Gedenkbuch der Heidelberger Vandalen heißt es an der zitierten Stelle weiter, Wendhausen habe dem Nationalsozialismus »bald ausgesprochen feindlich« gegenübergestanden (wie Anm. 46, S. 24).
- 49 Interview E. Mierendorff, 27.10.1987. Ernst Seyfert/Hans Hehner (Bearbb.), *Landwirtschaftliches Adreßbuch der Rittergüter, Güter und Höfe von Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz*. 4., verb. u. stark vermehrte Aufl., Leipzig 1928, S. 27.
- 50 Interviews Henke, 14.7.1987; E. Mierendorff, 27.10.1987.
- 51 Interview E. Mierendorff, 27.10.1987.
- 52 Deutsch, *Komplott*, S. 218. Thun-Hohenstein, *Verschwörer*, S. 66f.
- 53 Deutsch, *Komplott*, S. 326–328. Hoffmann, *Widerstand*, S. 63.
- 54 H. Krausnick, *Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler*. In: Europäische Publikation e. V. (Hg.), *Vollmacht*, S. 175–380, hier S. 300f., Anm. 254. – Deutsch, *Komplott*, S. 343f. – Ulex wurde am 31. März 1939 verabschiedet, am 1. September 1939 reaktiviert: Wolf Keilig, *Das deutsche Heer 1939–1945*. Bad Nauheim 1956ff. (Loseblattsammlung), 3 Bde., hier Bd. 3, S. 345.
- 55 Interview E. Mierendorff, 27.10.1987.
- 56 Auskunft F. Hoernigk, 10.2.1988.
- 57 Das ergibt sich schon daraus, daß Strassmann nach Abschluß des Polen-Feldzuges Mierendorff erneut bat, ein Treffen mit Ulex vorzubereiten: Interview E. Mierendorff, 27.10.1987.
- 58 Sie war die Kusine des am 20. Juli 1932 von Papen entlassenen, 1933 in die Schweiz emigrierten Staatssekretärs im preußischen Innenministerium Dr. Wilhelm Abegg, der Mitglied der DDP und der DStP war: *BdHE* 1.
- 59 Liselotte Pereles, *Die Retterin in der Not*. In: Kurt R. Grossmann (Hg.), *Die unbesungenen Helden. Menschen aus Deutschlands dunklen Tagen*. Berlin 1961, S. 85–93. Danach kannte E. Abegg in Straßburg Albert Schweitzer und Elly Heuss-Knapp, stand dem Naumann-Kreis nahe und betätigte sich später neben ihrem Lehramt in Berlin in der Sozialarbeit Siegmund-Schultzes (S. 87). DDP/DStP: Auskunft F. Hoernigk, 30.1.1990. Vgl. Dick, *Lehrerverhalten*, S. 130 und 231. – Als Studienrätin wurde E. Abegg in der NS-Zeit wegen ihres demokratischen Geschichtsunterrichts von der Luisenschule (Innenstadt) an die Rückerschule (Schöneberg) versetzt, später vorzeitig pensioniert: Provinzki an Verf., 22.1.1990.
- 60 Das deutsche Territorium wurde Anfang 1938 in die drei Luftwaffenkommandos Ost (Berlin), West (Braunschweig) und Süd (München) eingeteilt.

- 61 Lis Chomton geb. Abegg entstammt der württembergischen Linie der Abeggs, während der in die Schweiz emigrierte Staatssekretär a. D. Wilhelm Abegg (DDP) und die Studienrätin Dr. Elisabeth Abegg der Berliner Linie entstammen: Auskunft J. Radbruch, 2. 1. 1990.
- 62 Auskunft J. Radbruch, 11. 3. 1988.
- 63 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986.
- 64 Ihre Zivilcourage bestätigt J. Radbruch, Auskunft 11. 3. 1988.
- 65 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986. J. Radbruch weiß lediglich allgemein, daß in der Familie über Verbindungen der Eheleute Chomton mit dem Widerstand gesprochen wurde: Auskunft 11. 3. 1988.
- 66 *Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte*, Bd. 3, Sp. 2707f.
- 67 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986.
- 68 Scheurig, *Tresckow*, S. 67, wobei er sich auf eine Mitteilung Schlabrendorffs bezieht. Zum Vorhergehenden ebd., S. 42–49, 59–63.
- 69 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986. Tresckow berichtet in einem Brief an seinen Schwager Fritz von Falkenhayn vom 9. 7. 1939 aus Elbing, er habe in Berlin Anfang Juli »mit aller Welt« gesprochen: Scheurig, *Tresckow*, S. 66.
- 70 Robinsohn an Vagts, 23. 8. 1939, BA, NL Vagts 23.
- 71 Rilling, *Dehler*, S. 59f., 74, 89. Der Blutorden wurde 1934 den Teilnehmern am Hitler-Putsch vom 9. November 1923 verliehen.
- 72 Dazu neuerdings: Albrecht, *Der militante Sozialdemokrat*, S. 175, mit näheren Nachweisen. Auch im Adreßbüchlein von Dietrich Bonhoeffer findet sich die Amts- und die Privatadresse Wolffs: BA, NL Bonhoeffer A 6. – Sonderegger sagte aus (Verhör vom August 1948, BA, NL Bonhoeffer A 87,7): »D[ohnányi] bat [nach seiner Verhaftung im April 1943], mit SS-Obergruppenführer Wolff, damals Leiter des persönlichen Stabes des RFSS, zusammengebracht zu werden, dem er alles erklären wollte.« – Rechtsanwalt Langbehn mußte Wolff 1939–1942 laufend über die Aufenthaltsorte und die Tätigkeit von Albrecht Graf Bernstorff informieren: Berichte im IfZ, MA 297.
- 73 Briefe von Harnacks an Best aus den Jahren 1938 bis 1944 in: G.-A. v. Harnack (Hg.), *Ernst von Harnack*, S. 82–92.
- 74 F. Hoernigk, *Der Ernst-Strassmann-Kreis*, S. 2. – Franz Breithaupt, 1880–1945, NSDAP-Mitglied Nr. 602663, SS-Mitglied Nr. 39719, wurde am 1. 12. 1932 SS-Sturmtruppführer, am 31. 7. 1933 Obersturmbannführer, am 9. 11. 1933 Standartenführer, am 9. 11. 1934 Oberführer, am 9. 11. 1938 Brigadeführer, am 15. 8. 1942 Gruppenführer, am 20. 4. 1944 Obergruppenführer: *Dienstaltersliste der Schutzstaffel der NSDAP*, 1938, lfd Nr. 114; *DAL*, 30. 1. 1944; *DAL*, 9. 11. 1944. – Vgl. BA, NS 31/264: Korrespondenz des Brigadeführers Breithaupt.
- 75 Personalübersicht über die SS-Dienststelle SS-Standortführung Berlin, ca. 1935, BA, NS 31/90. *DAL* 1938, S. 14.
- 76 Gruchmann, *Justiz*, S. 479. Vielleicht wurde Strassmann dadurch wieder auf Breithaupt aufmerksam. Andererseits hatte Breithaupt als Führer des Gaues Brandenburg der Deutschen Turnerschaft ein öffentlichkeitswirksames Amt: *8-Uhr-Blatt*, 4. 12. 1935 mit Foto Breithaupts, BA, NS 31/90.
- 77 BA, NS 31/90: Schriftwechsel mit SS-Standortführer Berlin 1935–1939, wonach Breithaupt dieses Amt bereits 1935 innehatte: SS-Standarte 75 an den SS-Standortführer/SS-Oberführer Breithaupt, 17. 6. 1935. Auch BA, NS 31/401: Briefwechsel mit der Stadtführung SS in Berlin 1935–1938. – Ab August 1942 war Breithaupt Chef des Hauptamtes SS-Gericht: Anschriftenverzeichnis (mit Stempel: SS-Ersatzkommando Niederlande, Eingang 14. 8. 1942), BA, NS 31/86; BDC, SS-PA Breithaupt.

- 78 Tuchel/Schattenfroh, *Zentrale*, S. 93 (Stadtplan der unmittelbaren Umgebung), 291, 293.
- 79 BA, NS 31/402 aus dem Zeitraum 1938/1939.
- 80 Breithaupt war VGH-Mitglied von 1934 bis 1945: BDC, SS-PA Breithaupt. – Als Beisitzer nahm er 1943 an wenigstens zwei Prozessen gegen Mitglieder der Widerstandsgruppe Weiße Rose teil: gegen Hans und Sophie Scholl und gegen Christoph Probst am 22. 2. 1943, gegen Alexander Schmorell, Kurt Huber, Wilhelm Graf und elf weitere am 19. 4. 1943; Abdruck der Urteile in: Scholl, *Weiße Rose*, S. 137–157.
- 81 Die Verbindung bestand jedenfalls etwa 1938/1939: Interview F. Hoernigk, 13. 4. 1986; F. Hoernigk an Verf., 20. 5. 1986. – *DAL* 1938, lfd. Nr. 114: Träger des EK I, des Ehrenkreuzes für Frontkämpfer und des Verwundetenabzeichens in Gold.
- 82 *Ehrenrangliste*, 1926, S. 473 und 486, weist zwei Majore a. D. Breithaupt aus: im Feldartillerie-Regiment Nr. 3 und im F. A. R. Nr. 19. Das F. A. R. 19 war der 38. Infanterie-Division unterstellt, das I. R. 54 (mit Strassmann) der 36. Reserve-Division (*Ruhmeshalle*, S. 69). Beide Divisionen wurde 1917/18 an der Westfront in Flandern und Artois sowie bei Ypern-La Bassée eingesetzt (ebd., S. 134 f.). – Breithaupts Angaben in seiner Personalakte (BDC, SS-PA) zufolge war er nicht in den genannten F. A. R., sondern kämpfte im Verband der 238. Infanterie-Division 1917 in Flandern und Artois und nahm anschließend an der Herbstschlacht in Flandern teil (*Ruhmeshalle*, S. 172), beides trifft auch auf die 36. Reserve-Division zu (ebd., S. 134).
- 83 Stellvertretend sei hier auf die Aufzeichnung eines Harburger Gruppenmitgliedes hingewiesen: »Was könnte helfen? Die 3. Revolution in Deutschland wird vielleicht die Revolution der Frontsoldaten sein«; Schmachtel, Tagebuch, Eintragung vom 30. 3. 1933, vgl. auch 9. 4. 1933, NL Schmachtel. In der Frontsoldatenkameradschaft sieht er eine Alternative zu dem charakterlosen NS-System.
- 84 Dazu schrieb Hans Robinsohn in einer gegen Kriegsende verfaßten Artikelfolge für die Malmöer sozialdemokratische Zeitung *Arbetet*: »Die Berichterstattung durch [...] Mitglieder der SS [...] war von höchster Bedeutung. Viele dieser Quellen ahnten nicht, wem sie sich anvertrauten und was mit ihren Indiskretionen geschah«; Robinsohn, *Von der Opposition in Deutschland*, Typoskript, S. 3, BA, NL Robinsohn 31. – Vgl. aber auch die offensichtlich frühzeitige Information der SS incl. Himmler, ohne daß sie gegen die Verschwörer eingeschritten wären: Hedwig Maier, *Die SS und der 20. Juli 1944*. In: *VfZ* 14, 1966, S. 298–316.
- 85 F. Hoernigk an Verf., 20. 5. 1986.
- 86 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986.
- 87 Auskunft F. Hoernigk, 26. 8. 1988.
- 88 Dort referierten SS-Hauptsturmführer Huber über »Die schwarze Front«, Regierungsrat Haselbacher über »Die Bibelforscher«, Regierungsrat Heller über »Die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland«, SS-Sturmbannführer Müller über »Die Komintern« und »Die kommunistische Bewegung in Deutschland«, SS-Gruppenführer Heydrich über »Der Kommunist im polizeilichen Ermittlungsverfahren« und »Die Stellung der Vertrauensmänner der Geheimen Staatspolizei im Strafprozeß«: Der Chef der Sicherheitspolizei, gez. Best, an den RMJ, 16. 10. 1936, mit Anwesenheitsliste, BA, R 22/5004.
- 89 F. Hoernigk, Interview 5. 9. 1986 und Auskünfte 19. 7. 1988, 26. 8. 1988.
- 90 Strassmann, Niederschrift vom 19. 2. 1948, IfZ, ZS 380. – Wirmer und Gerstenmaier werden erwähnt in: Strassmann an Dehler, 25. 4. 1955, ADL, NL Dehler

1422. – Strassmann nennt Gerstenmaier als lebenden Zeugen in: Fragebogen der Stiftung »Hilfswerk 20.7.1944«, Dezember 1953, Kopie im BEWAG-Archiv 84.
- 91 Gerstenmaier, *Streit*, S. 115–117. Dort bezeichnet er ihn als Fritz Straßmann, was der Name des bekannten Chemikers ist, der mit Otto Hahn zusammen die Kernspaltung entdeckte. Auf Anfrage schrieb Gerstenmaier jedoch an Verf., 14. 8. 1985: »Alles was Sie mir über ihn schreiben, spricht für Ernst und nicht Fritz Straßmann. Ich meine auch mich allerdings vage zu entsinnen, daß er eher Landgerichtsrat als Professor der Chemie war.« – In der Biographie: *Im Schatten der Sensation. Leben und Wirken von Fritz Straßmann*. Dargestellt von Fritz Krafft nach Dokumenten und Aufzeichnungen. Weinheim/Durfield Beech/Basel 1981, gibt es keinerlei Bezüge auf Gerstenmaier, Pagel, Wirmer oder Ernst Strassmann.
- 92 Gerstenmaier, *Streit*, S. 115. Die folgenden Ausführungen beruhen, soweit nicht anders angegeben, auf: ebd., S. 115–117.
- 93 Urteil des VGH gegen Goerdeler u. a., in: Jacobsen (Hg.), »*Spiegelbild*«, Bd. 1, S. 533–545, hier S. 542.
- 94 Hugo Stehkämper, *Protest, Opposition und Widerstand im Umkreis der (untergegangenen) Zentrumspartei. Ein Überblick. Teil II: Widerstand*. In: Schmäddeke/Steinbach (Hgg.), *Widerstand*, S. 888–916, hier S. 900. Erst 1941 kam er mit Goerdeler in Kontakt (ebd.).
- 95 Gerstenmaier sprach von Pagel und Wirmer als »meinen damaligen nächsten Freunden im deutschen Widerstand«: E. Gerstenmaier, *Der Kreisauer Kreis. Zu dem Buch Gerrit van Roons »Neuordnung im Widerstand«*. In: VfZ, 15, 1967, S. 221–246, hier S. 243.
- 96 NL O. Kingma.
- 97 O. Kingma an J. Kingma, 10. 10. 1926, NL O. Kingma.
- 98 Bandmann an Robinsohn, 27. 1. 1941, 25. 6. 1941, 30. 10. 1941, BA, NL Robinsohn 28.

8. Kapitel

- 1 Robinsohn, *Von der Opposition in Deutschland*, S. 6, BA, NL Robinsohn 31.
- 2 Robinsohn, Handpapier von Mai 1939, S. 1, hier abgedr. als Dok. 10. Fast gleichlautend in Robinsohns Denkschrift *Die Deutsche Opposition*, S. 35, vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 464.
- 3 Interview D. Stoecker, 26. 8. 1985.
- 4 Beissel, Lebenslauf, undatiert (ca. 1945), 2 S., ACDP, NL Beissel 01–422.
- 5 F. Hoernigk, *Der Ernst-Strassmann-Kreis*, S. 2. – Vgl. Friedrich Georgi, »*Wir haben das Letzte gewagt...*«. General Olbricht und die Verschwörung gegen Hitler. *Der Bericht eines Mitverschworenen*. Freiburg/Br. 1990.
- 6 Auskunft F. Hoernigk, 21. 6. 1989.
- 7 *Die Offiziers-Vereinigungen und Regimentsverbände der alten deutschen Wehrmacht*. Hg. von der Schriftleitung der Zeitschrift »Deutscher Offizier-Bund«, Berlin, 4. Aufl. 1931, S. 16. Die Verbindung mit Strassmann bestätigt F. Hoernigk, 30. 7. 1988.
- 8 *Bericht No. 7*, S. 3–5, Dok. 8.
- 9 Der *Bericht No. 7* wurde zwischen dem 21. und 26. Februar abgefaßt, wie Robinsohn auf der ersten und letzten Seite vermerkt: BA, NL Robinsohn 31. Ende Januar und Anfang Februar 1939 war Robinsohn in England; am 8. Februar

- schreibt er aus Kopenhagen an Bandmann: BA, NL Robinsohn 28. Also muß der Besuch Strassmanns Mitte Februar stattgefunden haben.
- 10 Bericht No. 7, S. 4, hier: Dok. 8, S. 312.
- 11 Ebd., S. 5 bzw. hier S. 313.
- 12 Ebd., S. 4 bzw. S. 311.
- 13 Ebd., S. 5 bzw. S. 313 f.
- 14 *Die Deutsche Opposition*, S. 8–12, Zitat S. 10, vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 451–453.
- 15 Robinsohn an Vagts, 23. 8. 1939, BA, NL Vagts 23. In seinem Handpapier vom Mai 1939 schreibt Robinsohn, S. 2 (hier: S. 331): »Die politische Zentrale der Bewegung steht dauernd mit aktiven und inaktiven höchsten Offizieren der deutschen Wehrmacht in Verbindung und Meinungs austausch.«
- 16 Stephan an Dehler, 16. 1. 1950, ADL, NL Dehler 1164. Der Satz lautet dort weiter: »... das zu tun vorhatten, was andere Gegner der Nazis im Sommer 1944, leider erfolglos, ausführten.« Ähnlich Stephan an Dehler, 6. 3. 1951, ebd. – Die Teilnahme Hoffmanns ist erwähnt in: Stephan an F. Hoernigk, 8. 8. 1946 (von Herrn Frank Hoernigk freundlicherweise zur Verfügung gestellt); dort schreibt Stephan: »Wie wunderbar wäre es gewesen, wenn die Generale im Sommer 39 die Courage aufgebracht hätten, wie mit unseren führenden Freunden vereinbart, mit uns Herrn Hitlers Regime auszutilgen.«
- 17 Robinsohn, Handpapier vom Mai 1939, S. 2, in diesem Band Dok. 10, S. 331.
- 18 Vgl. *BHdE* 2, Teil 1.
- 19 Bandmann an Robinsohn, 19. 12. 1938, BA, NL Robinsohn 28.
- 20 Harold Nicolson (1886–1968), Diplomat, Politiker und Schriftsteller, 1927–1929 in der britischen Gesandtschaft in Berlin, 1935–1945 Member of Parliament der National Labour Party: *Who Was Who 1961–1970*, London 1972.
- 21 BCA, Oxford, Sir Harold Nicolson Diary, 1938, Bl. 84. – In den auszugsweise publizierten Nicolson-Tagebüchern fehlen die hier zitierten Stellen: H. Nicolson, *Diaries and Letters of Harold Nicolson*. London, 3 Bde. 1966–1968 (5 % des Originaltextes); deutsch: ders., *Tagebücher und Briefe 1930–1962*. 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969/71 (erneut gekürzt).
- 22 Robinsohn an Vagts, 7. 1. 1939, BA, NL Vagts 23.
- 23 Cartarius, *Opposition*, S. 153, datiert Robinsohns Besuch in England fälschlich auf März 1939.
- 24 Robinsohn an O. Kauffmann, 20. 8. 1945, BA, NL Robinsohn 5. Ders. an Vagts, 31. 10. 1975, BA, NL Vagts 26. – F. A. Voigt (1892–1957) war nach dem Ersten Weltkrieg Auslandskorrespondent des Manchester Guardian in Berlin, einer der berühmtesten Journalisten seiner Zeit, Vertrauter liberaler und linker Politiker. Schon vor 1933 analysierte er den Nationalsozialismus. Nach seiner Berichterstattung über die Märzahlen 1933 mußte er Deutschland verlassen: E. Wiskemann, *Frederick Augustus Voigt*. In: *DNB 1951–1960*. Oxford 1971, S. 1015 f. Voigt war Mitglied der Independent Labour Party, einer sozialistischen Splittergruppe: Hagen Schulze (Hg.), *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33*. Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 118. Voigt hatte auch Beziehungen zum US-Präsidenten Roosevelt: Kurt R. Grossmann, *Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945*. Frankfurt a. M. 1969, S. 61.
- 25 Voigt war Herausgeber der kleinen politischen Zeitschrift *The Nineteenth Century and after*, deren Aufsichtsrat Harold Nicolson angehörte: BCA, Oxford, Sir Harold Nicolson Diary, 1938, Eintragung vom 17. 6. 1938, Bl. 45. – Voigt vertrat ähnliche Ansichten wie Vansittart: Rose, *Vansittart*, S. 247.

- 26 BCA, Oxford, Sir Harold Nicolson Diary, 1939, Bl. 5. – K. B. W.: Nicolsons Stadtwohnung lag im King's Bench Walk im Londoner Bezirk Inner Temple.
- 27 Robinsohn an E. und M. Frenk, 15. 1. 1939, BA, NL Robinsohn 1.
- 28 Erich Kordt, Kommentar zu einer Erklärung von Lord Vansittart. Typoskript. München 1948, 8 Seiten, hier S. 2, CCAC, Cambridge, NL Vansittart II 1/29.
- 29 *Der britische Nachrichtendienst*. In: BA, R 58/779, Bl. 183–185, hier Bl. 184. – Hinsley spricht ironisch von »Vansittart's »private detective agency«: Hinsley, *Intelligence*, Bd. 1, S. 48. – Über Vansittart: Colvin, *Vansittart*.
- 30 »Eine andere Frage ist, wie eigentlich der »secret service« Englands arbeitet, der doch anscheinend weder über die Regierung und ihre Pläne noch über Volk und Opposition in Deutschland unterrichtet ist.« Robinsohn, *Bericht No. 8* (März 1939), im Anhang Dok. 9.
- 31 Hinsley, *Intelligence*, Bd. 1, S. 45–48. – Bis 1937 konzentrierte der britische Geheimdienst sich insbesondere auf die Sowjetunion und die Komintern. Im Oktober 1937 wies der SIS seine Außenstellen auf »serious gaps« in der Kenntnis der deutschen Spionage hin, und geradezu unglaublich klingt die Angabe: »Before 1939 the SIS and MI 5 [Spionageabwehr] remained unaware even of the name of the German espionage organisation, the Amtsgruppe Auslandsnachrichten und Abwehr, and of the fact that it was headed by Admiral Canaris and subordinated to the Oberkommando der Wehrmacht (OKW).« Hinsley / C. A. G. Simkins, *Intelligence*, Bd. 4, S. 11 f.
- 32 »...die Taten haben sich vorab darauf beschränken müssen, Bunny [Strassmann] ein paar Wege abzunehmen, um ihn für seine Reise freizumachen«: Bandmann an Robinsohn, 25. 2. 1939, BA, NL Robinsohn 28. Später erwähnt Robinsohn den »Februar 1939, als sie [sic] dann schleunigst hier auftauchten«: Robinsohn an Strassmann, 12. 11. 1947, BA, NL Robinsohn 24.
- 33 Robinsohn an Pauls, 16. 11. 1945, BA, NL Robinsohn 7.
- 34 *Bericht No. 8*, S. 3, hier: Dok. 9, S. 323 f.
- 35 Robinsohn an Vagts, 23. 8. 1939, BA, NL Vagts 23. – Eine *Classified List of Berlin Judges and Lawyers* vom 5. 2. 1941 bezeichnet Pagel als »definitely reliable«: PRO, FO 1012/695.
- 36 M. Lachmund, Niederschrift vom August 1950, Typoskript, NL Lachmund.
- 37 Auskunft Birn, 16. 7. 1988.
- 38 Robinsohn an Strassmann, 2. 5. 1947, BA, NL Robinsohn 24. Vgl. Deutsch, *Verschwörung*, S. 80, der diese Episode fälschlich auf Kopenhagen im November 1939 bezieht: Robinsohn an Vagts, 19. 7. 1969, BA, NL Robinsohn 8.
- 39 In seiner Namensliste erwähnt Jans Kingma mit Bezug auf Strassmann »2× in London: Vansittart«, NL O. Kingma.
- 40 Jans Kingma notierte auf seiner nach 1945 angelegten Namensliste: »England: Pfingsten 1939 Nicolson«. – Während des Besuchs Strassmanns, Robinsohns und Pagels in London vom 28. Mai bis zum 2. Juni 1939 war Nicolson in Dover, seinem Landsitz Sittinghurst, in Boulogne und Newhaven. Am 2. Juni fuhr er nach London, um noch am selben Tag nach Portsmouth aufzubrechen: BCA, Oxford, Sir Harold Nicolson Diary, 28. 5. 1939 bis 2. 6. 1939.
- 41 Jonah Ustinov (1892–1962), genannt Klop, war Vertreter des Wolffschen Telegraphenbüros in London, weigerte sich aber 1935, seine arische Abstammung nachzuweisen bzw. nach Berlin zurückzukehren, wurde entlassen, bekam durch Sir Robert Vansittart einen englischen Paß und arbeitete für den britischen Geheimdienst MI 5: Nadia Benois Ustinov, *O diese Ustinovs!* Stuttgart 1973, S. 202–207. Peter Ustinov, *Ach du meine Güte. Unordentliche Memoiren*. Wien u. a. 1978, S. 104–107. Auskunft P. Ustinov, 25. 3. 1988. Leo Geyr von

- Schweppenburg, *The Critical Years*. London 1952, S. 15f. Rose, *Vansittart*, S. 137, schreibt über Vansittarts Quellen: »Peter Ustinov's father [...] was another. His work made him a particularly valuable contact. Ustinov was well acquainted with Sir Vernon Kell, head of the counter-intelligence service, and Van.« Peter Wright/Paul Greengrass, *Spycatcher. Enthüllungen aus dem Secret Service*. Frankfurt a. M.–Berlin 1987, S. 74–76. – Die Verbindung der Strassmann-Gruppe mit J. Ustinov bestätigen F. Hoernigk, Interview 10. 4. 1988 und Auskunft 11. 4. 1988, und Birn, Auskunft 16. 7. 1988.
- 42 Robinsohn an Vagts, 31. 10. 1975, BA, NL Vagts 26.
- 43 Robinsohn an Vagts, 23. 8. 1939, BA, NL Vagts 23.
- 44 Robinsohn, Handpapier vom Mai 1939, S. 3f., hier: Dok. 10, S. 332. Dort erscheinen die Angaben »Nächste Arbeitsziele« und »Bedeutung für das Ausland« als Randglossen und unterstrichen.
- 45 M. Lachmund, Niederschrift vom März 1949, NL Lachmund, Typoskript, 10 Seiten, S. 3f.: »Ich versuchte, ihm [Vagts] die schwierige finanzielle Lage des Straßmann-Kreises klarzumachen und überbrachte ihm die Bitte seiner Freunde um geldliche Unterstützung der Arbeit«. – Robinsohn äußerte im Begleitbrief zu seinem *Bericht No. 1* die Bitte um »Mitarbeit und Hilfe in geistiger und vor allem materieller Beziehung« und fährt fort, beides sei »dringend nötig«: Robinsohn an Vagts, 9. 10. 1937, Privat-NL Vagts.
- 46 Robinsohn an Vagts, 30. 11. 1937, Privat-NL Vagts.
- 47 So faßt Robinsohn Vagts' Auskunft vom 23. 1. 1938 in seiner Antwort vom 21. 2. 1938 zusammen: BA, NL Vagts 23. – Daß auch die Sopade sich um die Finanzierung ihrer illegalen Arbeit in Deutschland seitens US-amerikanischer Geldgeber bemühte, zeigt eine Aktennotiz von Rudolf Katz vom 24. 3. 1939 über ein Gespräch mit dem Direktor des American Jewish Comitee, Morris Waldman, abgedruckt in: Matthias (Hg.), *Gesicht*, S. 390.
- 48 Robinsohn an Vagts, 21. 2. 1938, BA, NL Vagts 23. – Ein Pfund Sterling entsprach im März 1938 12,50 RM (*Meyers Lexikon*, Bd. 5, 1938, Stichwort Großbritannien, Sp. 378), im Durchschnitt des Jahres 1939 11,06 RM (*Globus-Jahrbuch*, S. 63); die Gruppe wünschte also eine Unterstützung von 37500 RM (Stand März 1938) bzw. von 33180 RM (Schnitt des Jahres 1939).
- 49 Robinsohn an Pauls, 16. 11. 1945, BA, NL Robinsohn 7.
- 50 Robinsohn an Tarnow, 19. 5. 1946, BA, NL Robinsohn 8.
- 51 Deutsch, *Verschwörung*, S. 108f.
- 52 Der letzte Halbsatz erklärt sich daraus, daß Deutschs Informant Hans Robinsohn war. Strassmanns Verbindungen im Militär legen den gegenteiligen Schluß nahe.
- 53 Am 26. August 1939 hatte die Luftwaffe 4201 Flugzeuge: Karl Köhler/Karl-Heinz Hummel, *Die Organisation der Luftwaffe 1933–1939*. In: MGFA (Hg.), *Militärgeschichte*, Abschnitt VII, Bd. 4, S. 501–579, Hier S. 570.
- 54 Robinsohn an Pauls, 16. 11. 1945, BA, NL Robinsohn 7.
- 55 Robinsohn an Vagts, 23. 8. 1939, BA, NL Vagts 23.
- 56 So bezeichnete Vansittart seine Besucher von der Strassmann-Gruppe: Interview H. und M. Lange, 21. 8. 1986. So äußerte er sich sogar gegenüber Goerdeler: Kopp, *Niederschrift*, S. 106.
- 57 Robinsohn an Vagts, 23. 8. 1939, BA, NL Vagts 23.
- 58 H. Krausnick, *Goerdeler und Großbritannien 1937–1939*. In: Young, *X-Dokumente* S. 272–326, hier S. 276f. – Deutsch, *Verschwörung*, S. 48, Anm. 17, berichtet aufgrund eines Gesprächs mit Christine von Dohnanyi darüber, daß der Berliner Unternehmer Walter Bauer 1939 Reisen finanzierte, die der Orga-

- nisierung eines Generalstreiks zur Unterstützung des Militärputsches dienen sollten.
- 59 Christine von Dohnanyi, Aufzeichnung über das Leben ihres Mannes, S. 7, BA, NL Bonhoeffer A 87, 3.
- 60 Walter Bauer, Beitrag in: Hans Bott/Hermann Leins (Hgg.), *Begegnungen mit Theodor Heuss*. Tübingen 1954, S. 456–459. – Ders., *Erinnerungen an schwere Zeit*. In: ders. u. a. (Hgg.), *Ich glaube eine heilige Kirche. Festschrift für D. Hans Asmussen zum 65. Geburtstag am 21. August 1963*. Stuttgart–Berlin–Hamburg 1963, S. 87–92.
- 61 Robinsohn an Vagts, 23.8.1939, BL, NL Vagts 23. – Die Bedrohlichkeit der Finanzierung von dieser Seite wird besonders bei einem Vergleich mit dem wirtschaftspolitischen Programm der Gruppe deutlich (Kap. 2).
- 62 Ebd.
- 63 Hoffmann, *Widerstand*, S. 74–94. Leonidas E. Hill, *Alternative Politik des Auswärtigen Amtes bis zum 1. September 1939*. In: Schmädeke/Steinbach (Hgg.), *Widerstand*, S. 664–690. Rainer A. Blasius, *Über London den »großen Krieg« verhindern – Ernst von Weizsäckers Aktivitäten im Sommer 1939*. In: ebd., S. 691–711. Colvin, *Vansittart*, S. 222–227 u. a.
- 64 Interview F. Hoernigk, 19. 3. 1986. – Robinsohn, *Bericht No. 8*, S. 3, hier: Dok. 9, S. 323 f. – Dieses Ziel widersprach der britischen Orientierung an den eigenen Interessen: Klaus-Jürgen Müller, *Der deutsche Widerstand und das Ausland*. Berlin 1986, S. 10–12.

9. Kapitel

- 1 Die DDP verfocht eine internationale Verständigungspolitik, die zu einer Revision der deutschen Ostgrenze führen sollte. Sie strebte jedoch nicht die Grenze von 1914 an, sondern die Rückgabe Danzigs und des »Korridors« sowie Oberschlesiens an Deutschland: Heß, *Das ganze Deutschland*, S. 194–204. – Ähnlich die SPD: Miller/Potthoff, *Kleine Geschichte*, S. 98 f., und das Zentrum: Martin Broszat, *200 Jahre deutsche Polenpolitik*. München 1963, S. 162 und 180.
- 2 Interview F. Hoernigk, 10.4.1988. Robinsohn bezeichnete den Korridor als »Mißgeburt« und zog einen Zugang Polens zum Meer über einen »großpolnischen Bundesstaat« einschließlich Litauens vor: Robinsohn an Vagts, 23./27.8.1939, BA, NL Vagts 23.
- 3 Strassmann an Dehler, 25.4.1955, ADL, NL Dehler 1422.
- 4 Dudek an seine Kinder, 25.8.1939, NL Dudek.
- 5 Dudek an seine Tochter Ursula, 6.9.1939, NL Dudek.
- 6 Robinsohn an Vagts, 23./27.8.1939, BA, NL Vagts 23. Die Auslassungen betreffen u. a. den polnischen Korridor.
- 7 Elsas an Robinsohn, 5.9.1939, BA, NL Robinsohn 28.
- 8 »Der französische Pufferstaat Polen erweckte die Erinnerung an die vorangegangenen Teilungen Polens – mein geopolitisches Denken hielt die Entwicklung zu einer vierten Teilung Polens im selben Augenblick für eingeleitet und geschichtlich bedingt, in dem die gemeinsame Grenze zwischen Deutschland und Rußland fiel.« So Elsas, *Erinnerungen*, S. 592. Diese Passage fehlt in der Druckfassung *Stuttgarter Rathaus*.
- 9 Vgl. den Sopade-Bericht Nr. 8 vom August bis Oktober 1939, in dem es heißt: »Im allgemeinen: nirgends wirkliche Begeisterung.« *Deutschland-Berichte der*

- Sopade, 1939, S. 963–1020, hier S. 978. »Ich fand gar keine Kriegsbegeisterung«: ebd., S. 980. Auch Ulrich von Hassell bemerkte »keine wirkliche Begeisterung«: *Hassell-Tagebücher*, S. 123 (Eintragung vom 10.9.1939).
- 10 Fuchs, »Die abgeschriebenen Demokraten« – *Geschichte einer Wiedergutmachung*. Typoskript, München 1959, 6 Seiten, hier S. 1, Privat-NL Fuchs.
- 11 Lebenslauf vom 24. 2. 1946, NL Rudolph.
- 12 BA, R 22, Personalakte E. Strassmann.
- 13 *Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung und der Rechtspflege vom 1. September 1939*, in: *RGBl. I*, 1939, S. 1658; zur Besetzung der Zivilkammern der Landgerichte mit Einzelrichtern deren § 5, entsprechend zu den Amtsgerichten § 13.
- 14 *Die Meldungen aus dem Reich* (Nr. 41) vom 17. Januar 1940, in: Boberach (Hg.), *Meldungen aus dem Reich*, Bd. 3, S. 652–664, hier S. 662–664, widmen sich der Entwicklung der Zivilrechtspflege seit Kriegsbeginn: Sie stellen einen Rückgang des Geschäftsanfalls von 20 bis 30% im Schnitt in den ersten Kriegsmonaten fest, gefolgt von einem Ansteigen gegen Jahresende 1939. Vgl. auch *Bericht zur innenpolitischen Lage* (Nr. 2) vom 11.10.1939, in: Boberach (Hg.), *Meldungen*, Bd. 2, S. 339–347, hier S. 342f. – Nach einem Bericht des Kammergerichtspräsidenten von Berlin an den Staatssekretär Schlegelberger, 2.7.1941, BA, R 22/3356, waren beim Amtsgericht Berlin 132 von 281, beim Landgericht Berlin »noch nicht die Hälfte der richterlichen Planstellen besetzt«.
- 15 *RGBl. I*, 1939, S. 1679. Dazu Gruchmann, *Justiz*, S. 906–909.
- 16 Hierzu erläutert Gruchmann, *Justiz*, S. 907: »Das konnte theoretisch auch nur eine Übertretung sein«.
- 17 Einen instruktiven Überblick gibt Gruchmann, *Justiz*, S. 901–916.
- 18 *Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz vom 17.8.1938*, veröffentlicht im *RGBl. I*, 1939, vom 26.8.1939 [!], S. 1455.
- 19 *RGBl. I*, 1939, S. 1683. Diese Verordnung wurde nach Gruchmann, *Justiz* S. 902, gegen den Einspruch des Justizministers Gürtner erlassen.
- 20 *RGBl. I*, 1939, S. 1841.
- 21 Robinsohn berichtete, »daß der Succurs von rechts und links dauernd wächst«: Robinsohn an Vagts, 19.11.1939, Privat-NL Vagts.
- 22 Vgl. dazu Jürgen Heideking, *Die »Schweizer Straßen« des europäischen Widerstands*. In: Gerhard Schulz (Hg.), *Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg*. Göttingen 1972, S. 143–187. Darin heißt es (S. 148): »Dem Beispiel der meisten anderen Regierungen folgend, verstärkte auch die britische ihre Gesandtschaft und ihre Kontakte in der Schweiz bei Kriegsbeginn mit Angehörigen des SIS (*Secret Intelligence Service*) unter einem diplomatischen »cover.« Vgl. auch die Übersicht ebd., S. 176f.
- 23 Interviews H. Lange, 13.4.1984 und 21.8.1986.
- 24 Robinsohn an Vagts, 19.10.1939, Privat-NL Vagts. Robinsohn an Jacobsen, 12.10.1952, BA, NL Robinsohn 4. – Deutsch, *Verschworung*, S. 79. – Robinsohns Unverständnis für militärische Fragen unterstreicht auch Hermann Lange, Interview 13.4.1984.
- 25 David Katz, 1884–1953, Jude, 1919–1933 Professor an der Universität Rostock, 1933 Emigration nach Großbritannien, Universität Manchester (1933–1935), Universität London (1935–1937), seit 1937 Professor für Psychologie und Pädagogik an der Universität Stockholm: *BHdE* 2.
- 26 Robinsohn an Vagts, 19.10.1939, Privat-NL Vagts. – Interview Jacobsen, 6.10.1984. – Tennant, *Vid sidan*, S. 196. – Tennant an Verf., 17.5.1987.
- 27 Robinsohn an Vagts, 19.10.1939.

- 28 Interview Jacobsen, 6. 10. 1984.
- 29 Robinsohn an Vagts, 19. 10. 1939.
- 30 Robinsohn an Vagts, 23. 8. 1939, BA, NL Vagts 23.
- 31 Robinsohn an Vagts, 19. 10. 1939.
- 32 Claus-Dieter Krohn, *Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research*. Frankfurt a. M. – New York 1987. Vgl. auch Anm. 33.
- 33 Zu den Adressaten in den USA vgl. *Who Was Who in America?*, BdHE 1 und 2.
- 34 Die German Labour Delegation (GLD) war die Führung der sozialdemokratischen Emigration in den USA. Vagts' Verbindung mit der GLD ist belegt im Sitzungsprotokoll der GLD vom 24. 3. 1939, NL Stampfer, abgedruckt in: Matthias (Hg.), *Gesicht*, S. 420f., wo es heißt (S. 420); »Ferner soll Dr. Alfred Vagts erneut um seinen Beitritt zu diesem Komitee [ein nicht näher bezeichnetes Sponsoren-Komitee] gebeten werden.«
- 35 Robinsohn an Vagts, 19. 10. 1939, Privat-NL Vagts.
- 36 Robinsohn an Vagts, 19. 11. 1939, Privat-NL Vagts. Vgl. Dokument 11. Robinsohn hatte um Schuberts Besuch gebeten: Robinsohn an Elsas, 15. 10. 1939, BA, NL Robinsohn 28.
- 37 Robinsohn an Vagts, 19. 11. 1939.
- 38 Vielleicht dachte man auch an Göring: Stefan Martens, *Hermann Göring. »Erster Paladin des Führers« und »Zweiter Mann des Reiches«*. Paderborn 1985, S. 200–223. – Nach Peter Ludlow, *Papst Pius XII., die britische Regierung und die deutsche Opposition im Winter 1939/40*, in: *VfZ*, 22, 1974, S. 299–341, hier S. 309, war die Alternative Göring in der Gesellschaftsschicht, zu der die Widerstandsgruppe in der Abwehr gehörte, »offenbar in aller Munde«.
- 39 Diese Entwicklung befürchtete Robinsohn bereits nach seinen Gesprächen in London von seiten der britischen Regierung (Robinsohn an Vagts, 23. 8. 1939, BA, NL Vagts 23) und nun auch von seiten Frankreichs (Robinsohn an Vagts, 19. 11. 1939, s. Anm. 36).
- 40 F. Hoernigk *Der Ernst-Strassmann-Kreis*, S. 3.
- 41 Dieser Absatz beruht auf: Gerstenmaier, *Streit*, S. 120–126; das Gespräch mit Pagel, Wirmer und Strassmann ist dort auf S. 121 f. geschildert.
- 42 Ebd., S. 121 f.
- 43 Interview E. Mierendorff, 27. 10. 1987. Die Datierung läßt sich relativ genau bestimmen, da Mierendorff den kurz zurückliegenden Tod des Generalobersten von Fritsch für einen heimtückischen Mord durch das NS-Regime hielt, worauf Strassmann mit der Bemerkung reagiert habe: »Diese Auffassung ehrt Sie, aber er ist tatsächlich im Feld gefallen.« – Die Gerüchte um Fritschs Tod werden auch in den *Deutschland-Berichten* der Sopade wiedergegeben: Bericht vom August-Oktober 1939, S. 962–1020, hier S. 995 f.
- 44 Vgl. Anm. 63.
- 45 Hollbach war Redakteur bei drei Zeitungen der Frankfurter Societäts-Druckerei: der Neuesten Zeitung, dem Illustrierten Blatt und dem FZ-Stadtblatt: Auskunft E. Hollbach, 12. 4. 1987. – Im NL Dehler befindet sich ein zwischen Ernst Strassmann einerseits und Oskar Stark und Wilhelm Hollbach andererseits via Thomas Dehler verlaufener Briefwechsel aus den Jahren 1946 bis 1948, auf dessen Problematik an anderer Stelle eingegangen werden soll (Kap. 10). Während die Datierung des Besuchs unstrittig ist, wird die Verbindungsaufnahme mit Frankreich nur von Hollbach genannt: Hollbach an Strassmann, 2. 3. 1948, ADL, NL Dehler 947.
- 46 Reissert, Niederschrift vom 28. 5. 1945, NL Reissert.

- 47 Haubachs Haft: Haubach an A. de l'Aigle, 7.12.1939, BA, NL Alma de l'Aigle 14, teilweise abgedruckt in: Hammer (Hg.), *Haubach*, S. 47 in Verbindung mit S. 72. Vgl. auch den Beitrag von Kurt Heyd, *Begegnungen. Ein Erinnerungsblatt*. In: ebd., S. 11–14, hier S. 14. – Hollbach, Niederschrift vom 23.2.1947, Anlage zu seinem Brief vom 2.4.1947 an Dehler: Strassmann an Dehler, 30.12.1947, ADL, NL Dehler 947.
- 48 Zuerst dargestellt von Deutsch, *Verschwörung*, S. 75–81. Soweit nicht anders angegeben, wird dieser Darstellung gefolgt. Zum größeren Zusammenhang vgl. dort das 6. und 7. Kapitel (S. 189–356). – Zur Datenfolge vgl. Kurt Sendtner, *Die deutsche Militäropposition im ersten Kriegsjahr*. In: Europäische Publikation e. V. (Hg.), *Vollmacht*, S. 381–523, hier S. 391 f.
- 49 Bei Deutsch, *Verschwörung*, S. 78, dessen Quelle Hans Robinsohn ist, wird es so dargestellt, als habe es ein gemeinsames Treffen zwischen Reichenau, Goerdeler und Elsas gegeben. Aus dem Robinsohn-Nachlaß geht jedoch deutlich hervor, daß es sich um zwei Treffen gehandelt hat, bei denen Goerdeler das Verbindungsglied war: Robinsohn an Jacobsen, 3.12.1952, BA, NL Robinsohn 4.
- 50 Robinsohn an Jacobsen, 30.3.1955, BA, NL Robinsohn 4.
- 51 Cartarius, *Opposition*, S. 154, nennt einen falschen Verbindungsweg.
- 52 Robinsohn an Jacobsen, 30.3.1955, BA, NL Robinsohn 4. Wahrscheinlich handelt es sich dabei um den britischen Presseattaché in Kopenhagen, Major Bernard O'Leary: Bericht von P. Tennant an das Foreign Office, 19.1.1940, S. 1, PRO, FO 371/24405, C 2577/89/18.
- 53 Laut Deutsch, *Verschwörung*, S. 80, erfuhr Robinsohn aus seiner Widerstandsgruppe nach dem Krieg, daß Reichenaus Warnung auch über die Schweiz nach England gelangt sei. Die Akten des Foreign Office enthalten in den Tagen nach dem 5. November eine Fülle von gleichartigen Warnungen: PRO, FO 371/23095 und 23096. Die Niederlande wurden durch Oster, der die Warnung am 7. November an den holländischen Militärattaché Gijsbertus Jacobus Sas weitergab, direkt gewarnt: Thun-Hohenstein, *Verschwörer*, S. 169.
- 54 Der britische Gruppenkapitän Malcolm Graham Christie (1881–1971), der weitgespannte Verbindungen unterhielt und Vansittart regelmäßig unterrichtete, gab in einem Bericht ein Gespräch vom 14.12.1938 mit Max Hohenlohe wieder, in dem dieser Reichenaus Ansicht über das Münchner Abkommen referiert: »Gott sei Dank Krieg vermieden – wir waren noch nicht vorbereitet. Czech Maginot Linie furchtbar stark. Betonpilz MG-Nester unzerstörbar. Hätte 100000 Leben gekostet Durchbruch.« CCAC, NL Christie, CHRS 180/1/28, S. 3
- 55 Hollbach, Niederschrift vom 23.2.1947, ADL, NL Dehler 947.
- 56 Deutsch, *Verschwörung*, S. 82.
- 57 Thun-Hohenstein, *Verschwörer*, S. 164.
- 58 Robinsohn an Vagts, 19.11.1939, Privat-NL Vagts.
- 59 Tennant erwähnt, O'Leary habe Mitte Januar 1940 ein Dokument von Robinsohn erhalten: Tennant an FO, 19.1.1940, PRO, FO 371/24405, C 2577/89/18.
- 60 Robinsohn verkennt den gewollten Charakter des Kompetenzchaos und der Ressortstreitigkeiten, wenn er von »Desorganisation« spricht; die »Polykratie« auf den nachgeordneten staatlichen Leitungsebenen stärkte nachhaltig die »Monokratie« Hitlers: Vgl. Klaus Hildebrand, *Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich*. In: Bracher u. a. (Hgg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945*. Eine Bilanz. Bonn 1983, S. 73–96. Gerhard Hirschfeld/

Lothar Kettenacker (Hgg.), *Der »Führerstaat«: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches*. Stuttgart 1986.

- 61 Zu demselben Zeitpunkt, nämlich am 12. 1. 1940, fand auch die erste Audienz des britischen Gesandten Osborne bei Papst Pius XII. seit dem Venlo-Zwischenfall statt; dabei ging es um den Wunsch der deutschen Opposition nach der Klärung der Friedensbedingungen. Verhandlungspartner von deutscher Seite war der Münchner Rechtsanwalt Josef Müller (V-Mann der Abwehrstelle München) im Auftrag Osters (Abwehr-Zentrale): Müller, *Konsequenz*, passim.
- 62 Tennant an FO, 19. 1. 1940, PRO, FO 371 / 24405, C 2577/89/18.
- 63 Bekannt ist der nachhaltige Einsatz des Generals Ulex, mit dem Strassmann die Verbindung hielt, für die Juden: Der Oberbefehlshaber Ost (Blaskowitz), *Vortragsnotiz für Vortrag Oberost beim Oberbefehlshaber des Heeres am 15. 2. in Spala*, 6. 2. 1940. In: Léon Poliakov/Josef Wulf, *Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente*. Berlin 1956, S. 516–518, bes. S. 518.
- 64 Ein Danziger Verbindungsmann Strassmanns, der Landgerichtsdirektor a. D. Fritz Zaehle, wurde am 7. September 1939 vom Präsidenten des Danziger Obergerichts reaktiviert, um »eine geordnete Justizverwaltung und Rechtsprechung bei den Gerichten in Dirschau, Pr. Stargard, Schöneck in die Wege zu leiten« (Ernennungsurkunde, NL Zaehle). Darüber berichtet Zaehle: »Ich glaubte, in gerechter Weise in diesen Bezirken als Richter auch die Interessen der polnischen Bevölkerung wahrnehmen zu können und sie in rechtlicher Beziehung gegen Übergriffe der nationalsozialistischen Verwaltungsbehörde zu schützen. Ich habe Gelegenheit gehabt, in Prozessen von Polen gegen Deutsche mit Erfolg tätig zu sein, wobei meistens Polen im Recht waren und dies auch fanden. [...] Dieses Eintreten für die berechtigten polnischen Interessen ist mir natürlich von der NSDAP, insbesondere von dem damaligen Landrat und Kreisleiter Jost, derart verübelt worden, daß meine Abberufung zum 1. Januar 1940 erfolgte.« Aus: *Bericht des Landgerichtsdirektors Fritz Zaehle*, 31. 5. 1945, Typoskript, 7 Seiten, hier S. 5f., NL Zaehle. – Vgl. Taschenkalender 1939 seiner Ehefrau Martha Zaehle, Eintragung vom 8. 9. 1939.
- 65 *Hassell-Tagebücher*, Eintragung vom 22. 10. 1939, S. 130f.
- 66 Davon geben die *Hassell-Tagebücher* der ersten Kriegsmonate einen lebhaften Eindruck.
- 67 Robinsohn an Vagts, 19. 11. 1939, Privat-NL Vagts. Dort auch das folgende Zitat. – Christine von Dohnányi bestätigt in einer Aufzeichnung über das Leben ihres Mannes Hans von Dohnányi diese Entwicklung (BA, NL Bonhoeffer A 87,3 S. 7): »Damals im Winter 1939/40 haben die Gewerkschaftler sich bereit erklärt, im Falle eines Militärputsches – falls es zu seiner Unterstützung nötig sein sollte – die Arbeiterschaft zum Generalstreik aufzurufen. Es wurden zu allen wichtigen Zentralen Boten geschickt, um darauf vorzubereiten. Das für diese Vorbereitungen nötige Geld stellte damals der Industrielle Walter Bauer zur Verfügung.«
- 68 Tennant an FO, 19. 1. 1940, PRO, FO 371 / 24405, C 2577/89/18.
- 69 Stenzel an Marquardt, 3. 6. 1945, NL J. Kingma.
- 70 Stenzels Skandinavienreise dauerte vom 7. 1. 1940 bis zum 10. 2. 1940: Reisepaß 1937–1942, NL Stenzel. Die Datierung wird bestätigt durch einen Brief der Tochter Marianne an ihren Vater vom 8. 1. 1940, in dem sie nach dem Verlauf der Überfahrt über die Ostsee fragt, und einen Brief seiner Ehefrau Lise vom 25. 1. 1940, der nach Gotenburg (Göteborg), Schwedens zweitgrößter Stadt, gerichtet war und die Bemerkung enthält: »Gestern kamen Deine Ordres aus Stockholm«.

- 71 Die folgende Darstellung stützt sich auf den Bericht, den Peter Tennant am 19. Januar 1940 für das Foreign Office verfaßte: PRO, FO 371/24405, C 2577/89/18.
- 72 Tennant, *Vid sidan*, S. 198f. Sir Peter Tennant stellte dem Verf. freundlicherweise die englische Fassung des betr. Kapitels zur Verfügung. Tennants Darstellung geht über seinen Bericht vom 19. 1. 1940 nicht hinaus.
- 73 Goerdeler war schon am 26. August 1939 nach Schweden gereist und erneut Anfang November und Anfang Dezember 1939: *Hassell-Tagebücher*, S. 115 (Eintragung vom 27. 8. 1939), 134 (6. 11. 1939), 146 (5. 12. 1939).
- 74 Stenzel an Marquardt, 3. 6. 1945, NL J. Kingma.
- 75 Die im PRO, FO 371/24405, 2577/89/18 vorhandene Abschrift des Tennant-Berichts verneint diesen hier sinngemäß zitierten Satz. Über der Verneinung »not« ist handschriftlich ein Fragezeichen angebracht. Nach Sir Peter Tennants Erinnerung ist die Abschrift hier nicht korrekt: Tennant an Verf., 15. 9. 1987. – Tennant, *Vid sidan*, S. 199.
- 76 Interviews H. und M. Lange, 21. 8. 1986; E. Mierendorff, 27. 10. 1987; B. Mendelson, 5. 8. 1986. Auch Dietrich Stoecker, der Strassmann erst 1940 kennenlernte, als er Referendar bei ihm wurde, äußert sich in diesem Sinne: Interview, 26. 8. 1985.
- 77 Leber u. a., *Gewissen*, S. 90.
- 78 W. Stoecker, *Dr. Ernst Strassmann*, S. 2 f.
- 79 Mauch, *Die bayerische FDP*, S. 84 f. – Billerbeck, *Die Abgeordneten*, S. 168 und 173–175. – Heinrich Senfft, *Richter und andere Bürger. 150 Jahre politische Justiz und neudeutsche Herrschaftspublizistik*. Nördlingen 1988, S. 173.
- 80 Ritter, *Goerdeler*, S. 296.
- 81 »Es ist der Opposition auch durchaus klar, daß die Lösung gewisser Fragen, die durch die Außenpolitik Hitlers eine gewaltsame Lösung erfahren haben, der Prüfstein für die Einstellung der Umwelt zu einer neuen deutschen Regierung sein wird.« Dies formulierte Hans Robinsohn zwischen dem März und dem August 1939 in seiner Denkschrift *Die Deutsche Opposition*, S. 35, vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 464.
- 82 *Deutschland im Kampf*, hg. von A. I. Berndt (MinDir im RMVP) und Oberst von Wedel (OKW), Nr. 4/1939, S. 19 über den deutsch-lettischen Vertrag über die Umsiedlung der Reichs- und Volksdeutschen aus Lettland vom 30. 10. 1939; ebd., Nr. 6/1939, S. 32 f. über das deutsch-sowjetische Abkommen vom 16. 11. 1939 über die Umsiedlung von Volksdeutschen aus der Westukraine und dem westlichen Weißrußland und der ukrainischen, weißrussischen und russischen Bevölkerung aus dem deutsch besetzten Teil Polens. – Über die Umsiedlung der Deutschen berichtete der SD regelmäßig, etwa im *Bericht zur innenpolitischen Lage* (Nr. 20) vom 24. 11. 1939, in: Boberach (Hg.), *Meldungen*, Bd. 3, S. 491–499, hier S. 495 f., Zitat S. 495: »Bis jetzt sind in den Kreisen Greifenhagen, Pyritz, Anklam, Pasewalk, Cammin und Greifswald Baltendeutsche eingewiesen worden.« – Auch die zu Strassmanns Widerstandsgruppe gehörige Familie Lachmund in Anklam beherbergte Ende 1939/Anfang 1940 umgesiedelte Baltendeutsche: M. Lachmund, Niederschrift vom März 1949. Typoskript, 10 Seiten, hier S. 10, NL Lachmund.
- 83 Hollbach, Niederschrift vom 23. 2. 1947, ADL, NL Dehler 947.
- 84 Besetzung Ostpolens seit dem 17. 9. 1939, »Beistandspakte« mit der Einräumung sowjetischer Stützpunkte in Estland (28. 9.), Lettland (5. 10.) und Litauen (10. 10.).
- 85 Dies legt die Denkschrift des Korvettenkapitäns Dr. Franz Liedig von Anfang

- Dezember 1939 nahe, in der es heißt: »Entscheidet sich Deutschland jetzt, ohne Verzug, zum Frieden mit England, zur europäischen Gemeinschaft; vollzieht es zugleich den klaren Bruch mit dem russischen Bolschewismus, stellt es seine mobile bewaffnete Macht dem bedrohten Finnland, damit dem ganzen stammverwandten Norden, damit letztlich Europa selbst zur Verfügung; verhindert es damit auf einen Schlag die russischen Nordwest-Pläne, so kann Deutschland dafür die phrasenlose Bereitschaft Englands zu einem wahrhaft billigen, in weitesten Ausmaßen gerechten Frieden, zu einer dauerhaften, weil ehrlichen und freundschaftlichen Bereinigung aller seit Versailles schwärenden Probleme verlangen und erwarten. [...] England wird sich einem neu-alten Deutschland gegenüber, das mit ihm zusammen die bolschewistische Weltgefahr einzudämmen bereit ist, auch bereit finden lassen, Deutschland die Stellung als kontinentale Vormacht einzuräumen, die ihm gebührt, und Deutschland in seinem deutschstämmigen und deutschsprachigen Raum im vollen gegenwärtigen Ausmaß zu bestätigen.« Aus: [F. Liedig], *Die Bedeutung des russisch-finnischen Zusammenstoßes für die gegenwärtige Lage Deutschlands*. In: Groscurth, *Tagebücher*, Anhang II, S. 509–514, hier S. 513. Liedig war damals Mitarbeiter der Abwehr.
- 86 H. Graml, *Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes*. In: Ders. (Hg.), *Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten*. Frankfurt a. M. 1984, S. 92–139, hier S. 106. Vgl. die Ausführungen über die einseitige Fixierung des britischen Geheimdienstes auf den internationalen Kommunismus bis 1937, Kap. 8. – Auch im deutschen Volk registrierte der SD Befürchtungen über die Ausbreitung des Kommunismus: *Bericht zur innenpolitischen Lage* (Nr. 24) vom 4. 12. 1939, in: Boberach (Hg.), *Meldungen*, Bd. 3, S. 524–534, hier S. 524.
- 87 Gesonderte Aufzeichnung in: *Hassell-Tagebücher*, S. 168–172. – Über den Kontakt Hassell-Bryans vgl. Deutsch, *Verschwörung*, S. 178–182.
- 88 Ein Zweitexemplar behielt er: *Hassell-Tagebücher*, S. 172 (englische Fassung) und S. 504 (deutsche Fassung). Zitiert wird nach der deutschen Fassung.
- 89 Offenbar tritt Hassell damit für die zwei Kleinstaaten Tschechei und Slowakei, aber nicht für die Wiederherstellung eines Staates (ohne das Sudetenland) ein.
- 90 Die *Hassell-Tagebücher* erwähnen Strassmann nicht, und umgekehrt taucht auch in Strassmanns Angaben über seine Verbindungen Hassell nirgends auf.
- 91 Dieser brachte etwa am 1. Februar 1940 den sog. X-Bericht über die britischen Friedensbedingungen mit nach Berlin. Da der X-Bericht nicht erhalten geblieben ist und seine Aussagen nach Angaben verschiedener Beteiligten nicht eindeutig rekonstruiert werden können, bleibt er bei dem hier angestellten Vergleich unberücksichtigt: Deutsch, *Verschwörung*, S. 309–324, bes. Übersicht über die territorialen Bedingungen S. 323.
- 92 Das Treffen Stenzel-Tennant fand am Abend des 18. Januar 1940 statt, Tennant verfaßte seinen Bericht am 19. Januar, sein Dienstvorgesetzter, der britische Gesandte Mallet, sandte den Bericht am 21. Januar, einem Sonntag, weiter. Das Foreign Office vermerkte den Eingang am 19. Februar 1940: PRO, FO 371/24405, C 2577/89/18.
- 93 Ebd.
- 94 Dietrich Aigner, *Das Ringen um England. Das deutsch-britische Verhältnis – Die öffentliche Meinung 1933–1939 – Tragödie zweier Völker*. München–Esslingen 1969, S. 149.
- 95 Howe, *Propaganda*, S. 54. – 1941 wurde Leeper Komiteemitglied der Exekutive für politische Kriegführung (Political Warfare Executive, PWE) und zugleich Leiter der Abteilung Central Headquarters (CHQ), die nach Ländern geglie-

- dert war und einlaufende Berichte der britischen Gesandtschaften für die Kriegführung auswertete: graphische Übersichten im PRO, FO 371/24405; Gesandtschaften: *Paper by Lord Gage on Propaganda Intelligence and sources of informations. Information 15*. PWD/42/95 von H. B. Bremen (?) an David Stephens (PWE), 25.9.1941, PRO, FO 898/37; allgemein: Howe, *Propaganda*, S. 62f.; Charles Cruickshank, *The Forth Arm. Psychological Warfare 1938–1945*. Oxford u. a. 1981, S. 29–43.
- 96 Auf dem Titelblatt der Akte sind lediglich drei Namenskürzel mit den Daten 20. 2., 21. 2. und 24. 2. ohne weitere Zusätze verzeichnet: PRO, FO 371/24405, C 2577/89/18.
- 97 Vgl. *Hassell-Tagebücher*, Eintragung vom 22. 10. 1939, S. 133.
- 98 PRO, FO 371/24405.
- 99 »Halifax hat Kordt sagen lassen: Friede ist noch möglich auf Grund der ethnographischen Grenzen.« Eintragung im Diensttagebuch Helmuth Groscurths vom 15. 11. 1939. In: Groscurth, *Tagebücher*, S. 311. Dr. Theo Kordt war bis zum 3. September 1939 Botschaftsrat an der deutschen Gesandtschaft in London, danach an der deutschen Botschaft in Bern.
- 100 Auszug aus dem Schluß der Rede Chamberlains in: Ritter, *Goerdeler*, S. 254.
- 101 Ebd., S. 253.
- 102 Gerhard Ritter erfuhr zuverlässig von verschiedenen Zeugen, daß die Mitteilung erfolgte: Ebd., S. 495, Anm. 254. – Gessler bestreitet seine Beteiligung an der Vermittlung: Kurt Sendtner, *Der Lebensweg*. In: Gessler, *Reichswehrpolitik*, S. 17–96, hier S. 89.
- 103 Hassell vermerkte am 30. 12. 1939, Reichenau sei schwankend geworden, und am 28. 1. 1940, Reichenau sei für die Opposition völlig ausgefallen: *Hassell-Tagebücher*, S. 155 und 161.
- 104 Robinsohn an Pauls, 16. 11. 1945, BA, NL Robinsohn 7.
- 105 Strassmann an Dehler, 25. 4. 1955, ADL, NL Dehler 1422. – Fritz Koch jr. gab in seiner Gestapo-Vernehmung an, die Gruppe habe erst auf die Offiziere gesetzt, um sich nach Kriegsbeginn auf den militärischen Zusammenbruch Deutschlands vorzubereiten: Vernehmung F. Koch, 1. 8. 1942, StA Würzburg, Gestapostelle Würzburg Nr. 4306.
- 106 Robinsohn, *Von der Opposition in Deutschland*. Typoskript, S. 18. Robinsohn zitiert den Satz als von einem der Oppositionsführer stammend. Da er nur mit seiner eigenen Gruppe in Verbindung blieb, wird der Satz von Strassmann stammen.
- 107 Egon Bandmann hielt den emigrierten Hans Robinsohn verschlüsselt auf dem laufenden: »Bunny [Strassmann] [...] spielt noch immer so gerne Skat und hat seinen alten Stammtisch aufrecht erhalten« (31. 7. 1940). »Der gute Bunny ist nach wie vor sehr innig mit seiner Skatrunde verflochten, mir gefällt es, daß er auch dann nicht die Laune verliert, wenn er mal schlechte Karten hat und ins Minus kommt« (16. 9. 1940). Beides im BA, NL Robinsohn 28.
- 108 Vgl. Karte 4: Verbindungen der Strassmann-Gruppe 1940–1942.
- 109 Mil. Gov. of Germany, Fragebogen Dehler, 14. 8. 1945, ADL, NL Dehler 694. – Dehler an den Kommandeur der Kraftfahrersatzabteilung 13, 29. 4. 1940, von Herrn Otto Schumacher-Hellmold freundlicherweise zur Verfügung gestellt, jetzt ADL, NL Dehler.
- 110 Lutz Heuss ging gleich nach seiner Rückkehr nach Deutschland in die Reichsstelle Lederwirtschaft; auch Schubert arbeitete schon 1939 dort; Böhme wurde Anfang 1940 von Lutz Heuss in die Reichsstelle geholt (Interview Böhme, 18. 5. 1988). Hintze, der vorher stellvertretender Hauptabteilungsleiter in der

- Reichsstelle für Waren verschiedener Art gewesen war, trat im November 1940 in die Reichsstelle Lederwirtschaft über (Zeugnisse v. 31.10.1940 und 16.1.1943, NL Hintze)
- 111 Zu seinem 50. Geburtstag hatte Fritz Elsas Theodor Heuss, Ernst Richard Schubert und Ernst Strassmann (Heuss schreibt versehentlich Strathmann) eingeladen: Heuss an Marie Elsas, 9.7.1950, NL Elsas.
- 112 Interview Böhme, 18.5.1988.
- 113 Interview Reif, 16.7.1982.
- 114 Bandmann an Robinsohn, 31.7.1940, 16.9.1940, 14.12.1940, BA, NL Robinsohn 28. Vgl. Roon (Hg.), *Moltke*, S. 222 f. (Anwesenheitsliste im RJM vom 7.11.1939, u. a. Moltke und Winkelmann).
- 115 K. an Neubecker, 10.7.1945, von Herrn Neubecker freundlicherweise zur Verfügung gestellt. – Einen Eindruck von den dort erhältlichen umfangreichen Informationen vermitteln die Berichte *Geschichte der Rüstungsinspektion V* (= Stuttgart], Heft 2, die den Zeitraum Oktober bis Dezember 1941 und Januar bis Mai 1942 umfassen: BA/MA, RW 20-5/5.
- 116 Robinsohn erwähnt in einem Brief an Jacobsen, 22.7.1947, BA, NL Robinsohn 4, »Ostern 1942, als wir uns das letzte Mal sahen«.
- 117 Ruthquist, *Dr. phil. Walter Jacobsen*, S. 3f. (Zitat S. 4): »Dr. Jacobsen verließ Schweden am 28. April 1942.«
- 118 Interview Jacobsen, 6.10.1984. – Auch Barbara Zaehle, Tochter des Danziger Landgerichtsrats Fritz Zaehle, war als Mitarbeiterin in der Abteilung Preisprüfung des Wirtschaftsrüstungsamtes des OKW (lt. Geschäftsverteilungsplan vom 1.4.1940, BA/MA, RW 19/543) über die wirtschaftliche Lage orientiert, wie Aufzeichnungen im Tagesmerkbuch 1942 ihrer Mutter zeigen (NL Zaehle). Sie hatte direkte Verbindung mit dem Widerstand (Bestätigung von Marie-Elisabeth Lüders, 4.5.1946, NL Zaehle).
- 119 Interview G. Danehl, 11.7.1990; danach berichtete ihm sein Vater zwei bis drei Wochen vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion von dieser Angriffsabsicht, von der beabsichtigten Einrichtung eines Reichskommissariats für die zu besetzenden Gebiete (wahrscheinlich Ostland) und wußte den Namen des vorgesehenen Reichskommissars. – Die Oppositionsgruppen waren vorab über den deutschen Angriff informiert: *Hassell-Tagebücher*, S. 265 (15.6.1941); Ruth Andreas-Friedrich, *Der Schattenmann*. Tagebuchaufzeichnungen 1938–1945. Frankfurt a. M. 1986, S. 81 (15.6.1941); die Widerstandsgruppe »Europäische Union« wußte etwa vier Wochen vor dem Angriff Bescheid: Havemann, *Kommunist*, S. 52. – Tatsächlich wurde Gauleiter Hinrich Lohse schon am 23.4.1941 von Rosenberg (in seiner Funktion als »Beauftragter für die zentrale Bearbeitung der Fragen des osteuropäischen Raumes«, sog. Dienststelle Rosenberg) bevollmächtigt, alle die ehemaligen Republiken Estland, Lettland und Litauen betreffenden Fragen zu bearbeiten. »Offensichtlich wurde schon in diesem Stadium geplant, diese Gebiete demselben Reichskommissar zu unterstellen«: Seppo Myllyniemi, *Die Neuordnung der baltischen Länder 1941–1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik*. Helsinki 1973, S. 55 f., Zitat S. 56.
- 120 Mil. Gov. Fragebögen Beissel, undatiert, mit Anlagen; Erklärung Wentker, 18.5.1947; beides im ACDP, NL Beissel 01-422. – Beissel: vgl. Anhang 1.
- 121 PA Wentker, Mil. Gov. Fragebogen Wentker, 3.7.1945, StA Hamburg, Senatskanzlei-Personalakten, C 501.
- 122 Stephan, Eidesstattliche Erklärung vom 22.4.1947; Wentker, Erklärung vom 18.5.1947; beides im ACDP, NL Beissel 01-422. – Die Angabe bei Stubbe-da

- Luz, »Arbeitsgemeinschaft«, S. 23, Beissel habe seit Ende 1933 mit Strassmann in Verbindung gestanden, beruht offensichtlich auf einem Irrtum. Ähnlich ders., *Union*, S. 142 und 151.
- 123 Berlin war in vier Bezirke aufgeteilt; die Gesamtleitung hatte ein auswärtiger Genosse. Benke unterhielt Kontakte zur Köpenicker SAJ (Erna Aris), zu Neu Beginnen (Georg Müller), zum KJV (Karl Münch), zum Jungbanner (Wilhelm Kluge), zur Gewerkschaftsjugend (Willi und Erna Gabriel) und zur Berliner Bezirksleitung der SAJ. 1933 fuhr er illegal in die Tschechoslowakei, wo er sozialistisches Schulungsmaterial holte, 1936 zu einem SJV-Kongreß in Schweden. 1936/37 traf er Willy Brandt, der sich als SAP-Leiter illegal in Berlin aufhielt (vgl. W. Brandt, *Links und frei. Mein Weg 1930-1950*. Hamburg 1982, S. 171-185, der Benke nicht erwähnt). 1938 mußten die Auslandsverbindungen aufgegeben werden: F. Benke, *Wir erinnern uns!*; Interview Benke, 26. 3. 1988.
- 124 *Deutsches Reichsadreßbuch für Industrie, Gewerbe, Handel*, Bd. 2, Stichwort Greifswald.
- 125 Graul, Niederschrift vom 22. 8. 1946, NL Lachmund.
- 126 Ebd.; Graul gibt als Jahr der Aufnahme 1943 an, was aber unwahrscheinlich ist, da Strassmann zu diesem Zeitpunkt schon verhaftet war.
- 127 Deportationen aus Stettin: Jacob Peiser, *Die Geschichte der Synagogengemeinde zu Stettin. Eine Studie zur Geschichte des pommerschen Judentums*. 2., bearb. u. erw. Aufl. Würzburg 1965, S. 133-135; Schicksal der Deportierten ebd., S. 138-141; darin Grete Peiser: *Die Weiterführung der Stettiner jüdischen Gemeinde in Belzyce durch Frau Kläre Silbermann*, S. 151-153, mit Bezug auf M. Lachmund (ohne Namensnennung), Clara Grunwald. - Else Rosenfeld/ Gertrud Luckner (Hgg.), *Lebenszeichen aus Piaski. Briefe Deportierter aus dem Distrikt Lublin 1940-1943*. München 1968. Vgl. *Deutschland-Berichte* der Sopade, 7, 1940, Nr. 4, S. 219-284, hier S. 266f. - Hans Lachmund notierte am 9. 3. 1940 in sein Tagebuch (NL Lachmund): »Aus einer Mitteilung des Hr. RegPräs. von Stettin: Am 22. 2. 40 haben ca. 1000 Juden die Provinz Pommern verlassen u. sind aus dem Deutschen Reich ausgewandert.« - Vgl. in dem Band *Der faschistische Pogrom vom 9./10. November 1938 - Zur Geschichte der Juden in Pommern* die Beiträge von Wolfgang Wilhelmus, *Der faschistische Pogrom vom 9. November 1938 - Ursachen, Folgen, Aufgaben*, S. 6-18, hier S. 15; ders., *Juden in Greifswald und Wolgast 1933 bis 1935*, S. 98-112, bes. S. 109; Heinz Bemowsky, *Leben und Leiden jüdischer Bürger in Anklam*, S. 126-133, hier S. 131; sowie Gerhard Becker, *Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Anklam*, S. 133f., hier S. 134.
- 128 M. Lachmund, Niederschrift vom März 1949, Typoskript, 10S., hier S. 4, NL Lachmund. Vgl. Egon Larsen, »Und doch gefällt mir das Leben«. *Die Briefe der Clara Grunwald 1941-1943*. Mannheim 1985. - Die dänische Zeitung *Politiken* berichtete am 17. 2. 1940 über die Judendeportation aus Stettin: Gideon Hausner, *Die Vernichtung der Juden. Das größte Verbrechen der Geschichte*. München 1979, S. 63f. - Von den 50 Quäkern, die die Hilfstätigkeit für die Juden organisierten, waren »mehr als 20 Freunde und Freundinnen zeitweise oder lange Jahre [im] Gefängnis oder Zuchthaus«: M. Lachmund an W. Hammer, 11. 1. 1953, IfZ, ED 106.
- 129 M. Lachmund, Niederschrift vom März 1949, S. 5.
- 130 Tagebuch Hans Lachmund, Eintragung vom 13. 3. 1941, NL Lachmund.
- 131 Interview P. Steinke, 1. 10. 1988. Undatierte Namensliste J. Kingma, NL O. Kingma.

- 132 Hanns Hundt, Entwurf eines Berichts, undatiertes Typoskript, 12 S., hier S. 10–12, Zitat S. 12, NL Dehler 434.
- 133 Auskunft Prof. G. Friedrich (jr.), 28. 3. 1988. Interview Hoernigk, 10. 4. 1988.
- 134 Olbricht: Friedrich Georgi, *Soldat im Widerstand. General der Infanterie Friedrich Olbricht*. Berlin–Hamburg 1988, bes. S. 29f. – Auskunft Prof. G. Friedrich (jr.), 28. 3. 1988.
- 135 Strassmann, Niederschrift vom 19. 2. 1948, IfZ, ZS 380.
- 136 Guttenberg, *Zusammenfassung*, mit Anmerkungen seiner Witwe, S. 261–263. – Die Biographie von Anton Ritthaler, *Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg. Ein politisches Lebensbild*. Würzburg 1970, ist lückenhaft.
- 137 Guttenbergs Tagesnotizbuch 1942 notiert Treffen mit Strassmann am 11. und 18. Februar, am 7. März und am 28. Mai: NL Guttenberg.
- 138 Strassmann an Hammer, 23. 6. 1954, IfZ, ED 106. – »Von Dr. Strassmann kann man nicht sagen, daß er Mitglied des Kreisauer Kreises war. Ich erinnere mich nur, daß mir Moltke erzählt hat, daß er mit ihm Besprechungen hatte.« Steltzer an Hammer, 27. 5. 1952, IfZ, ED 106. Steltzer, der im Zweiten Weltkrieg in Norwegen stationiert war und nur gelegentlich nach Berlin kam, lernte Moltke erst im August 1940 kennen: Steltzer, *Zeitgenosse*, S. 148f.
- 139 Strassmann an Hammer, 23. 6. 1954, IfZ, ED 106.
- 140 Interview F. Hoernigk, 10. 4. 1988.
- 141 Interview D. Stoecker, 26. 8. 1985.
- 142 Interview Reif, 16. 7. 1982. – Dazu Stegemann, allerdings ohne Reif zu erwähnen: »Ich [...] führte in einem Park in München eine Unterredung mit [...] Dr. Hamm, [...], um Einiges von der Stimmung in Bayern zu erfahren« (Stegemann an van Roon, 25. 11. 1964, IfZ, ZS/A-18,7). Stegemanns und Reifs Auskünfte stimmen hier exakt überein.
- 143 Anlage 1 zum Fragebogen Dr. Rudolf Beissel, ACDP, NL Beissel 01–422.
- 144 Frieda Grüger, Angaben über die berufliche Tätigkeit Dr. Franz Grügers, 6. 7. 1958, Landesverwaltungsamt Berlin, Akte F. Grüger. – Interview F. M. Grüger, 3. 7. 1985. – Auskunft Roskothen, 23. 11. 1989; vgl. seine Memoiren: Ernst Roskothen, *Groß-Paris 1941–1944. Ein Wehrmachtssrichter erinnert sich*. 3., erweiterte Aufl. Tübingen 1989, die allerdings nichts über die Intercommereiale enthalten.
- 145 R. Havemann, Erklärung vom 30. 3. 1947; Frieda Grüger an das Entschädigungsamt Berlin, 18. 3. 1956; beides im Landesverwaltungsamt Berlin, Akte F. Grüger. – Zur Europäischen Union vgl. R. Havemann, *Fragen Antworten Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Kommunisten*. Sonderausgabe Frankfurt 1972, bes. S. 19–24, 84–94. Ders., *Kommunist*, S. 41–64. Zur Verbindung Grügers mit Strassmann: Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 440.
- 146 Strassmann an den Staatskommissar Dr. Philipp Auerbach in München, 5. 11. 1948, Durchschrift im NL Reissert.
- 147 Reissert, Schutzschrift vom 28. 5. 1945, NL Reissert. Danach wurde die britische Gesandtschaft in der Schweiz offenbar zu spät informiert.
- 148 Elizabeth Wiskemann verließ die Schweiz am 18. April 1941 und kehrte im Oktober 1941 dorthin zurück: Wiskemann, *Europa*, S. 154 und 158. – Über ihre Bedeutung für den SIS orientiert ein Papier von H. B. Bremen (?) an David Stephens, 25. 9. 1941, PRO, FO 898/37, wo sie als Stützpunkt der britischen Auslandsaufklärung genannt wird: »Here [in Bern] C. H. Q. employs Miss Wiskemann.«
- 149 Über den Inhalt gibt es leider keine Aufschlüsse. Sie waren jedoch wichtig genug, daß Elizabeth Wiskemann für Reissert am 8. 8. 1946 eine notariell beglau-

- bigte Erklärung abgab, in der sie versicherte, »that Dr. Rudolf Reissert [...] gave me information useful to the Allied cause in 1942«; in einem Telegramm vom 11. 3. 1946 sprach sie von »valuable information«; beides im NL Reissert.
- 150 Hahlweg an Reissert, 18. 10. 1948, NL Reissert.
- 151 Treviranus, Bestätigung für Hahlweg, 18. 2. 1948, NL Hahlweg.
- 152 Treviranus, Bestätigungen für Hahlweg, 18. 2. 1948 und 29. 3. 1948; Hahlweg an Losgar, 2. 1. 1959; beides im NL Hahlweg.
- 153 Hahlweg an Losgar, 2. 1. 1959; zu den Fotos auch: Erklärung des mit dem Fall befaßten Gestapobeamten, 23. 7. 1949; Treviranus, 18. 2. 1948, bestätigt Hahlweg, »that he had rendered valuable service to the Allied cause«: NL Hahlweg.
- 154 PA/AA (Dr. Biewer) an Verf., 17. 7. 1987.
- 155 Bürgermeister, Lebenslauf, ca. 1950, von Herrn Fritz Neubecker freundlicherweise zur Verfügung gestellt.
- 156 Strassmann, Bestätigung für Bürgermeister vom 31. 10. 1946, von Herrn Fritz Neubecker freundlicherweise zur Verfügung gestellt.
- 157 Hs. Ergänzungen Bürgermeisters vom 22. 1. 1977 auf der Bestätigung Strassmanns. Bürgermeister schreibt irrtümlich Ernest Kauffmann, gibt jedoch die Adresse an, so daß der Adressat klar ist: Liston an Verf., 1. 4. 1987.
- 158 Sie ist offenbar in einen dichten Zusammenhang von Reisen deutscher Oppositioneller nach Schweden einzuordnen: Bonhoeffer im Mai/Juni 1942, Trott im September 1942: Henrik Lindgren, *Adam von Trotts Reisen nach Schweden 1942–1944. Ein Beitrag zur Frage der Auslandsverbindungen des deutschen Widerstandes*. In: VfZ 18, 1970, S. 274–291, bes. S. 274–277.
- 159 Interview Jacobsen, 6. 10. 1984.
- 160 Auskunft Jens Hoffmann, 20. 1. 1988 und 20. 6. 1988.
- 161 Der Name ist nicht gesichert. Robinsohn schreibt (an Strassmann, 12. 6. 1946) »Bruhn«, Strassmann (an Robinsohn, 14. 7. 1946) »Bruhns«: BA, NL Robinsohn 24.
- 162 Dies und das folgende nach Interview Rhein, 27. 6. 1989.
- 163 Vgl. S. 488, Anm. 24.

10. Kapitel

- 1 Stephan an Dehler, 16. 1. 1950, ADL, NL Dehler 1164. Interview H. Buss, 15. 7. 1988.
- 2 Strassmann an Robinsohn, 14. 7. 1946, BA, NL Robinsohn 24. – Abshagen, *Canaris*, S. 352, nennt als Verhaftungstermin fälschlich »Anfang 1942«. Daran anschließend Brissaud, *Canaris*, S. 427.
- 3 Das Folgende beruht weitgehend auf der Ermittlungsakte der Kriminalpolizei Aschaffenburg gegen Fritz Koch jr., StA Würzburg, Gestapostelle Würzburg Nr. 4306. – Koch jr.: vgl. Anhang 1.
- 4 Dehler, Bestätigung für Koch jr., 29. 7. 1946, ADL, NL Dehler 3082.
- 5 Gestapo-Außendienststelle Würzburg an Gestapo Aschaffenburg, 30. 7. 1942, StA Würzburg, Gestapostelle Würzburg Nr. 4306. – Schmittner, »Elemente«, S. 194–196, benutzt Teile dieser Akte, kann sie aber, da sie nur über Aschaffenburg schreibt, nicht angemessen einordnen und spekuliert teilweise.
- 6 Kriminalpolizei Aschaffenburg, Niederschrift vom 27. 7. 1942, in: Gestapostelle Würzburg Nr. 4306. Eine Abschrift der Niederschrift befindet sich im ADL, NL Dehler 1168.
- 7 Ebd.

- 8 Ebd.
- 9 NSDAP-Ortsgruppe Aschaffenburg-Ost an Gestapo, 26. 7. 1942, in: ebd.
- 10 Kriminal-Polizei Aschaffenburg an die Stapo-Außendienststelle Würzburg, Tagebuch-Nr. 3339, 1./2. 8. 1942, in: ebd.
- 11 Anlage zu dem Schreiben in Anm. 10. – »Anders als die meisten Dienststellen der Gestapo hielt das aus der Aschaffener Kriminalpolizei hervorgegangene politische Dezernat offensichtlich an traditioneller Form korrekter Ermittlungsführung weitgehend fest und suchte Sachverhalte tatsächlich zu recherchieren«: Anton Großmann, *Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand am Beispiel ausgewählter Ortsvereine der SPD*. In: Broszat/Mehring (Hgg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 5: *Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand*. München 1983, S. 433–540, hier S. 537.
- 12 Resi Prestin.
- 13 Erwin Bennewitz.
- 14 Walter Jacobsen.
- 15 Wahrscheinlich Ullrich Eiteldinger.
- 16 Anscheinend Lukaschek: Protokoll der Aussage von Dr. Manfred Roeder in Nürnberg vom 9. 5. 1947, in: HStA Hannover, Nds. Lüneburg Acc. 69/76 Bd. 2, Bl. 211. – Kaltenbrunner-Bericht vom 15. 9. 1944. In: Jacobsen (Hgg.), *»Spiegelbild«*, Bd. 1, S. 387–391, hier S. 388.
- 17 Da im Vernehmungsprotokoll »Personen aus den Ostgebieten« steht, ist anzunehmen, daß in Deutschland eingesetzte Fremdarbeiter gemeint sind.
- 18 Koch bezieht sich auf die Reichstagsrede Hitlers vom 26. 4. 1942, auszugsweise abgedruckt in: Martin Hirsch u. a. (Hgg.), *Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften, Gesetze und Gerichtsentscheidungen von 1933–1945*. Köln 1984, S. 507–510. In einem anschließenden Reichstagsbeschluß wurde Hitler zum Obersten Gerichtsherrn ernannt: ebd., S. 510.
- 19 Kriminal-Polizei Aschaffenburg an die Gestapo-Außendienststelle Würzburg, Tagebuch-Nr. 3339, 1./2. 8. 1942, in: StA Würzburg, Gestapostelle Würzburg Nr. 4306.
- 20 Ebd.
- 21 StadtA Nürnberg, Polizeigefängnis Nürnberg, Gefangenenbuch B Nr. 2, laufende Nr. 1595. – H. Koch an Verf., 25. 10. 1985.
- 22 Resi Prestin an Strassmann, 14. 12. 1942, Privat-NL Strassmann. – Im Februar 1942 wurde Bartoll noch als Kriminalsekretär vom RSHA zur Gestapo-Leitstelle Berlin versetzt: *Mitteilungsblatt für die Staatspolizeileitstelle Berlin*, Nr. 9, 27. 2. 1942, S. 38, BA, R 58/1071.
- 23 Das Amt IV des RSHA war die Gestapo, geleitet von dem SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Heinrich Müller. Die Gruppe A, geleitet von Panzinger, befaßte sich mit Gegnern, Sabotage und Schutzdienst. Deren Referat 3, geleitet von dem SS-Sturmbannführer Willy Litzenberg, bearbeitete Reaktion, Opposition, Legitimus, Liberalismus, Heimtücke-Angelegenheiten: Nieders. HStA Hannover, Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Lüneburg, Strafsache gegen Dr. Manfred Roeder, Nds. 721 Lbg. Acc. 69/76, 15 Bde., Bd. 14, Bl. 128f.
- 24 So leugnete er Verbindungen mit Oskar Stark und Wilhelm Hollbach vom Verlag der Frankfurter Zeitung, bis ihm der Vernehmungsbeamte die aufgeschlagene Vernehmungsakte reichte, in der Strassmann, so seine Darstellung, eine von Stark unterschriebene Mitteilung vom Dezember 1941 sah, in der er zugleich auf Veranlassung Hollbachs den Besuch Strassmanns meldete: Strassmann an Dehler, 30. 12. 1947, ADL, NL Dehler 947. Stark und Hollbach erklär-

- ten dazu, es müsse sich um eine Fälschung der Gestapo gehandelt haben (Stark an Strassmann, 15. 3. 1948; Hollbach an Strassmann, 22. 3. 1948; beides ebd.). Stark räumte außerdem die Möglichkeit ein, »daß ein Spitzel aus dem Geschäftshause der ›Frankfurter Zeitung‹ – solche Spitzel gab es, nicht in der Redaktion, aber wohl sicher in ihrem Umkreis – den Besuch Strassmanns [...] verpiffen habe«: Stark an Min. Dir. Knappstein, 1. 3. 1947, in: ebd. – Tatsächlich wäre eine Denunzierung Strassmanns durch zwei Männer, mit denen er in der Weimarer Republik politisch zusammengearbeitet hatte und die sich auch in der NS-Zeit für die Opposition – wenn auch vorsichtiger als Strassmann – und für Verfolgte einsetzen, schwer verständlich.
- 25 Interview H. und M. Lange, 13. 4. 1984.
- 26 Davon berichtet Falk Harnack, der im zweiten Verfahren gegen die studentische Widerstandsgruppe »Weiße Rose« mitangeklagt war, in seinem Erinnerungsbericht, in: Scholl, *Weiße Rose*, S. 180–202, hier S. 195: »Ich entgegnete Freisler [...]: ›Ich befürchte, daß Deutschland den Krieg verliere, und halte es deshalb für notwendig, sich mit den daraus ergebenden Problemen rechtzeitig auseinanderzusetzen. Die nationalsozialistische Propaganda erklärt: Nach dem Zusammenbruch kommt das Chaos. Diese Propagandarichtung halte ich für überaus gefährlich, denn‹ – und jetzt mit erhobener Stimme – ›Deutschland darf nicht untergehen.‹ Durch diesen Salto stand ich plötzlich auf der nationalen Plattform.« – Nach Gerstenmaier, *Streit*, S. 210, schätzte Bartoll ihn und seine Mitstreiter in Verhören nach dem 20. Juli 1944 als Patrioten ein.
- 27 Strassmann an Robinsohn, 14. 7. 1946, BA, NL Robinsohn 24.
- 28 Höhne, *Canaris*, S. 475–485. Schmidhuber und Ickrath wurde im Oktober 1942 verhaftet und Ende November 1942 zum RSHA nach Berlin überstellt.
- 29 Vernehmung Sonderegger am 31. 8. 1950. In: HStA Hannover, Nds. 721 Lbg. Acc. 69/76, Bd. 9, Bl. 244–251. Vgl. Chowaniec, »Fall Dohnanyi«, S. 79, 116.
- 30 Vernehmung Sonderegger (wie Anm. 29), Bl. 249.
- 31 Aussage Huppenkothen, BFst, I.G Mü, X/11, S. 6.
- 32 Protokoll der Aussage von Dr. Manfred Roeder in Nürnberg vom 9. 5. 1947, in: HStA Hannover, Nds. 721 Lg. Acc. 69/76, Bd. 2, Bl. 211.
- 33 Aussage Huppenkothen, BFst, LG Mü, X/11 S. 7.
- 34 Geheime Staatspolizei, Geheimes Staatspolizeiamt, IV C 2 – Haft-Nr. St. 7146, Schutzhaftbefehl vom 6. 10. 1942, Abschrift im Bewag-Archiv 84.
- 35 Hier endet der Formularvordruck.
- 36 Zum Folgenden: Höhne, *Canaris*, S. 447–449.
- 37 *Grundsätze für die Zusammenarbeit der Sicherheitspolizei und des SD und den Abwehrdienststellen der Wehrmacht* vom 1. 3. 1942, IfZ, MA 1498, S. 164.
- 38 Strassmann an Robinsohn, 14. 7. 1946, BA, NL Robinsohn 24.
- 39 Roeder: wie Anm. 32. – Aussage Huppenkothen, BFst, I.G Mü, X/11, S. 6. – Hervorhebung durch Verf.
- 40 Ebd. – Während und nach Strassmanns Verhaftung befand Guttenberg sich im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren und anschließend in Süddeutschland. Erst am 6. September kehrte er nach Berlin zurück. Sein Tagesnotizbuch, für dessen Einsichtnahme ich Frau Dr. Maria Theodora Freifrau von dem Bottlenberg-Landsberg sehr zu Dank verpflichtet bin, enthält keine Angaben über diese Aussage. – Schon Anfang 1942 hatte »die Gestapo ein besonders großes Interesse an Guttenberg«: Fabian von Schlabrendorff, *Offiziere gegen Hitler*. Frankfurt a. M. – Hamburg ²1960, S. 77.
- 41 Strassmann an Robinsohn, 14. 7. 1946, BA, NL Robinsohn 24.
- 42 Die Lageberichte des Oberreichsanwalts beim VGH enthalten keinen Hinweis

- auf Strassmann, sind allerdings auch nicht vollständig erhalten. Auf den Lagebericht vom 1. 8. 1942 folgt der vom 3. 10. 1942. Im Lagebericht vom 3. 2. 1943 heißt es unter *II. Nichtmarxistischer Hochverrat* im Punkt 1 über das Altreich (BA, R 22/3390, S. 126): »Der Eingang von Ermittlungsverfahren, die hochverräterische Umtriebe nichtmarxistischer Personen oder Verbände betreffen, hat in der Berichtszeit keine Steigerung erfahren und hält sich in sehr mäßigen Grenzen.«
- 43 Strassmann an Robinsohn, 14. 7. 1946, BA, NL Robinsohn 24.
- 44 Der Versuch Hans Lachmunds, den ihm seit Mitte der dreißiger Jahre bekannten Adam Kuckhoff (Rote Kapelle) mit Strassmann zusammenzuführen, kam aufgrund der Verhaftungen nicht zustande: M. Lachmund, Niederschrift vom März 1949, S. 3, NL Lachmund. Vgl. Eintragungen im Tagebuch Hans Lachmund über Treffen mit dem Ehepaar Kuckhoff: 20. 5. 1938, 1. 11. 1938 u. ö.
- 45 Vernehmung Falk Harnack, 18. 10. 1949. In: HStA Hannover, Nds. 721 Lbg. Acc. 69/76, Bd. 10, Bl. 3.
- 46 Höhne, *Canaris*, S. 491.
- 47 BA, NL Bonhoeffer A 87,4. – Dohnányi war bereits am 13. 5. 1943, Oster am 19. 5. 1943 über den innenpolitischen Nachrichtendienst vernommen worden: Thun-Hohenstein, *Verschwörer*, S. 249.
- 48 Guttenberg war vom 13. bis 19. Juni 1943 in Berlin: Tagebuch Guttenberg 1943, NL Guttenberg. – Drei Tage: Kommentar der Witwe Therese Freifrau von und zu Guttenberg zu: Guttenberg, *Zusammenfassung*, S. 267, Anm. 15. Vgl. *Hassel-Tagebücher*, Eintragung vom 18. 7. 1943 (S. 375).
- 49 Strassmann an Robinsohn, 14. 7. 1946, BA, NL Robinsohn 24. – Mai: Interview D. Stoecker, 26. 8. 1985.
- 50 Thun-Hohenstein, *Verschwörer*, S. 249f.
- 51 Strassmann an Robinsohn, 14. 7. 1946, BA, NL Robinsohn 24.
- 52 Arnold Bauer, *Potsdamer Platz – Alexanderplatz*. In: Walther G. Oschilewski/Lothar Blanvalet, *Berliner Almanach 1948*. Berlin 1948, S. 117–141, hier S. 127.
- 53 Werner Krauss, *Bericht über meine Beteiligung an der Aktion Schulze-Boysen!* In: HStA Hannover, Nds. 721 Lbg. Acc. 69/76, Bd. 10, Bl. 158–175, hier Bl. 166. – Die ersten beiden Sätze werden von Dahrendorf, *Gesellschaft*, S. 380, verallgemeinernd bestätigt: »Deutsche Gefängnis- und Zuchthausbeamte sind traditionell von preußischer Korrektheit, was vor dem Hintergrund der SS- und Gestapo-Willkür die Lebensrettung bedeuten konnte.«
- 54 Im Privat-NL Strassmann sind 14 Postkarten von Resi Prestin an Strassmann vom Oktober 1942 bis zum Mai 1943 erhalten.
- 55 Resi Prestin an Strassmann, 18. 2. 1943, in: ebd.
- 56 So schreibt sie an Strassmann: »Ich werde morgen deswegen [wegen eines Besuchs] mit Komm. Bartoll sprechen« (14. 12. 1942), und: »Anfang kommenden Woche werde ich die Rücksprache beantragen, aber da es immer ein paar Tage dauert, wird es doch wohl Ende nächster Woche werden, bis ich Dich sehe« (25. 3. 1943, beides ebd.).
- 57 Interviews Neubecker, 6. 8. 1986; D. Stoecker, 26. 8. 1985.
- 58 Interview D. Stoecker, 26. 8. 1985. – Erdsiek wurde in einem Verzeichnis des britischen Geheimdienstes, *Classified List of Berlin Judges and Lawyers* vom 5. 2. 1941, in der Liste A (»definitely reliable«) geführt; außerdem gab es die Listen B (»believed to be reliable«) und C (»unreliable«): PRO, FO 1012/695. Strassmann wird dort nicht erwähnt. – Langbehn hatte z. B. im Sommer 1940 die Befreiung Albrecht Graf Bernstorffs aus dem KL Dachau vermittelt: Stut-

- terheim, *Majestät*, S. 80. – Die Gefährdung Langbehns bestätigt ein Runderlaß Heydrichs vom 16. 1. 1942, in dem er die Zurückweisung sämtlicher Interventionen Langbehns (Runderlaß vom 7. 2. 1941) zwar aufhebt, aber die vorherige Einholung seiner Genehmigung anordnet, »falls Rechtsanwalt Dr. Langbehn sich in Schutzhaftensachen oder in sonstige z. Zt. hier in Bearbeitung genommene Angelegenheiten einzuschalten beabsichtigt«: Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, gez. Heydrich, 16. 1. 1942, Az. IV C 4 c – B.Nr. 8 / 42 n. f. D., BA, R 58 / 1028.
- 59 Auskunft R. Heinzelmann, 5. 9. 1988.
- 60 Dieser Absatz beruht, soweit nicht anders angegeben, auf einem Interview mit D. Stoecker, 26. 8. 1985.
- 61 In diesem Fall erinnert sich D. Stoecker nicht sicher. Theoretisch kommen beide in Frage (vgl. Kap. 5 und 9). Da auch Moltke Mitarbeiter des Amtes Ausland / Abwehr war, allerdings in der Amtsgruppe Ausland, Abteilung für Völkerrechtsfragen, könnte Strassmann ihn genannt haben. General Olbricht leitete das AHA im OKH.
- 62 Tagebuch Guttenberg 1943; unter der Rubrik »Besprechungen im Hause« notierte er am Montag, den 4. 1. um 20.30 Uhr und am Dienstag, den 12. 1. um 19 Uhr: »Schwägerin Str.«; NL Guttenberg.
- 63 Ein Besuch Resi Prestins bei Ernst Strassmann wird durch ihre Postkarte an Strassmann vom 28. 5. 1943 bestätigt (Privat-NL Strassmann).
- 64 Er wurde im Januar 1944 im Zusammenhang mit der Teegesellschaft des Solf-Kreises festgenommen, stand im Juli / August 1944 vor dem Volksgerichtshof und wurde Ende August 1944 hingerichtet: Wolfgang Stoecker, *Bericht über das Verfahren gegen O. C. Kiep vor dem Volksgerichtshof*, passim.
- 65 Dies paßt zeitlich zu Strassmanns Angabe, die Gestapo habe wegen seiner mangelnden Verwendbarkeit gegen Dohnányi das Interesse an ihm verloren. Welche Gründe tatsächlich für die Änderung der Vernehmungstruktur maßgeblich waren, muß offen bleiben.
- 66 Resi Prestin an Strassmann, 23. 1. 1943 und 18. 2. 1943, Privat-NL Strassmann. – Außer den rheumatischen Beschwerden und dem psychischen Druck der Haftjahre machten ihm auch die Folgen der Schußverletzungen aus dem Ersten Weltkrieg zu schaffen.
- 67 Resi Prestin an Strassmann, 6. 2. 1943, in: ebd.
- 68 Interview H. und M. Lange, 21. 8. 1986. Auch gegenüber dem Kriegsgerichtsrat Dr. Manfred Roeder erwähnte Strassmann, »daß er völlig frei wissenschaftlich arbeiten könne«: Protokoll der Aussage von Dr. Manfred Roeder in Nürnberg am 9. 5. 1947, HStA Hannover, Nds. 721 Lbg. Acc. 69 / 76 Bd. 2, Bl. 211. – Ernst Strassmann knüpft mit seinem Dissertationsthema an seinen Großvater Eduard Strassmann an, zu dessen Ressorts als ehrenamtlicher Stadtrat die Raschkower Armenverwaltung gehörte: A. Strassmann, *Allerlei Ostmärkisches*, S. 154. Auch Wolfgang Strassmann MdL in Preußen 1877–1885, setzte sich für die Armen ein als Gründer und Vorsitzender des Berliner Vereins gegen Verarmung und als Vorsitzender des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit: *Biogr. Hb. für das Preuß. Abgeordnetenhaus*, bearbeitet von B. Mann u. a., S. 378.
- 69 M. Lachmund, Niederschrift vom März 1949, S. 3, NL Lachmund. Sie half mit Butter und anderen Lebensmitteln auch anderen Häftlingen: dem Quäker-Geschäftsführer Leonhard Friedrich im KL Buchenwald, Greta Kuckhoff im Zuchthaus Kottbus, Gertrud Luckner vom Caritas-Verband im KL Ravensbrück, versteckt gehaltenen Juden und ins KL eingelieferten norwegischen Stu-

- dentem. – Strassmanns guten Ernährungszustand und seine gepflegte Erscheinung bestätigt für Mitte 1943 Dr. Roeder (wie Anm. 68).
- 70 Auskunft R. Heinzelmann, 5.9.1988. W. Stoecker, *Dr. Ernst Strassmann*, S. 11–14.
- 71 Roeder verlegt Strassmanns Haft fälschlich ins KZ: Protokoll der Aussage von Dr. Manfred Roeder in Nürnberg vom 9.5.1947, in: HStA Hannover, Nds. Lüneburg Acc. 69/76 Bd. 2, Bl. 211.
- 72 Strassmann an Robinsohn, 14.7.1946, BA, NL Robinsohn 24. – Strassmann gab Bartolls Sohn Nachhilfe in Latein und sah ihm die Hausaufgaben nach: W. Stoecker, *Dr. Ernst Strassmann*, S. 14.
- 73 W. Stoecker, *Dr. Ernst Strassmann*, S. 12.
- 74 Strassmann an Robinsohn, 14.7.1946, BA, NL Robinsohn 24. – Im übrigen hatten hauptsächlich Polen die Kalfaktorenstellen inne: Krauss, *Bericht* (wie Anm. 53).
- 75 W. Stoecker, *Dr. Ernst Strassmann*, S. 11.
- 76 Strassmann an Robinsohn, 14.7.1946, BA, NL Robinsohn 24.
- 77 SS-Obersturmbannführer Bock: Vgl. Erinnerungen von Hans Karl Fritzsche, *Jahrgang Vierzehn. Bericht eines Überlebenden*, auszugsweise gedruckt in: Jacobsen (Hg.), *»Spiegelbild«*, Bd. 2, S. 964–972, hier S. 968.
- 78 Nach W. Stoecker, *Dr. Ernst Strassmann*, S. 9, ging Strassmann in Begleitung eines Beamten in Zivil in die Stadt zum Frisör.
- 79 Ebd., S. 8f. – Als Wolfgang Stoecker ihm ein Buch zum Lesen ins Gefängnis mitbrachte, sagte Strassmann, er habe so viel zu tun, daß er nicht zum Lesen komme: Ebd., S. 13.
- 80 Studnitz, *Als Berlin brannte*, S. 143.
- 81 W. Stoecker, *Dr. Ernst Strassmann*, S. 9f. Ders., Interview 5.3.1986. – Vgl. ohne Bezug auf Strassmann: Studnitz, *Als Berlin brannte*, S. 145f. – Zur Beschädigung des U-Bahnhofs Berlin-Alexanderplatz vgl. *SD-Berichte zu Inlandsfragen* vom 29.11.1943 (Weiße Serie). In: Boberach (Hg.), *Meldungen*, Bd. 15, S. 6078–6089, hier S. 6084.
- 82 Margot Olbertz an Walter Hammer, 6.7.1954, IfZ, ED 106. – Olbertz war mit Nebe befreundet, deckte dessen Flucht nach dem 20. Juli 1944 und starb am 20. August 1944 im Gefängnis Lehrter Straße in Berlin.
- 83 Zeugnis Peter Lütches, 1.7.1954, IfZ, ED 106.
- 84 Strassmann an Robinsohn, 5.5.1946, BA, NL Robinsohn 24.
- 85 Einen solchen Häftlingstransport am 18. April 1945 aus dem Polizeigefängnis Alexanderplatz schildert Eugen Hermann-Friede, *Für Freudensprünge keine Zeit. Erinnerungen an Illegalität und Aufbegehren 1942–1948*. Berlin ²1992, S. 143–145. – Auch in den anderen Haftanstalten lösten sich in diesen Tagen die nationalsozialistischen Machtstrukturen auf. So berichtet Detlof von Winterfeldt über die Lage der politischen Gefangenen im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit (zitiert in: Stutterheim, *Majestät* S. 87–89, hier S. 88): »Mit dem Beginn der eigentlichen Kämpfe um Berlin verschwand unser Gestapo-Bewachungskommando und übergab uns der ordentlichen Gefängnisverwaltung, die uns schließlich innerhalb der Anstalt völlige Freiheit ließ.«
- 86 W. Stoecker, *Dr. Ernst Strassmann*, S. 15f. – Zur Kriegslage: Andreas Hillgruber/Gerhard Hümmelchen, *Chronik des Zweiten Weltkrieges*. Frankfurt a. M. 1966, S. 152f.
- 87 Bescheinigung des Polizeigefängnisses Berlin, 21.4.1945, Privat-NL Strassmann.
- 88 Aus dem Klub vom 3. Oktober waren das der Hamburger Rechtsanwalt Max

- Eichholz, der Abwehr-Mitarbeiter Hans von Dohnányi, der Oberregierungsrat im Wirtschaftsministerium Arvid Harnack und der Journalist Theo Haubach (hs. Notizen von Hans Robinsohn, BA, NL Robinsohn 19). In der Nacht vom 23. auf den 24. 4. 1945 wurden Strassmanns letzter Kontaktmann in der Abwehr, Freiherr von Guttenberg, und der Diplomat a. D. und Bankier Albrecht von Bernstorff ermordet: Stutterheim, *Majestät*, S. 88 f.
- 89 Interview H. und M. Lange, 13. 4. 1984.
- 90 Interview Jacobsen, 6. 10. 1984.
- 91 Interview F. Eichberg, 25. 3. 1988. Der Bote war Willi Riegert. Der Pfarrer war wahrscheinlich Karl Kleinschmidt in Schwerin, der jedoch bereits 1939 zur Wehrmacht eingezogen worden war. Seine Frau könnte die Warnungen besorgt haben.
- 92 Interview H. und M. Lange, 13. 4. 1984.
- 93 Tagebuch Hans Lachmund, Eintragungen vom 8. und 9. 9. 1942.
- 94 Wentker: Interview Godschalk, 18. 11. 1987. – Dehler drückte sich etwas martialisch aus: »Dr. Strassmann und mehrere andere Mitglieder der Gruppe wurden verhaftet [...]. Eine Liste, auf der auch mein Name stand, wurde vorgefunden; ich unterlag daraufhin der dauernden Überwachung durch den Sicherheitsdienst.« Dehler, *Persönliche Verhältnisse*, 12. 5. 1945, 5 Seiten, hier S. 2 f., ADL, NL Dehler 694. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß Strassmann, der auf dem Prinzip der Nichtschriftlichkeit bestand und seine Mitstreiter Namen, Adressen und Telefonnummern auswendig lernen ließ, selbst eine solche Liste angefertigt hätte.
- 95 Interview D. Stoecker, 26. 8. 1985. – Erdsiek beantragte aufgrund eines besonderen Führerbefehls, der sich auf seine teilweise »nichtarische« Abstammung bezog, am 9. 10. 1942 die Versetzung an ein Gericht eines kleineren Ortes. Die Vermutung, sein Einsatz für Strassmann könne auf ihn aufmerksam gemacht haben, wird durch die Aktenlage nicht gestützt: Erdsiek an RMJ, 9. 10. 1942; ders. an den Präsidenten des OLG Celle, 25. 8. 1945; beides im BMJ, PA Erdsiek.
- 96 W. Stoecker, *Dr. Ernst Strassmann*, S. 4 f.
- 97 Seine Frau notierte an diesem Tag in ihr Tagebuch: »Nachricht von St.« D. Stoecker an Verf., 4. 9. 1986.
- 98 Beissel, Lebenslauf, ca. Mitte 1945, ACDP, NL Beissel 01–422. Dehler an das Archiv der Bayerischen Widerstandsbewegungen, 1. 3. 1948, IfZ, ZS 380.
- 99 Reichert, Lebenslauf, 29. 11. 1948, StA Schwerin Landtag Mecklenburg 1946–1952, Nr. 300.
- 100 Robinsohn an Strassmann, 28. 1. 1946, BA, NL Robinsohn 24.
- 101 Der letzte erhaltene Brief Bandmanns datiert vom 18. September 1942: BA, NL Robinsohn 28.
- 102 Vernehmungsprotokoll Fritz Koch, 1. 8. 1942, StA Würzburg, Gestapostelle Würzburg Nr. 4306.
- 103 Undatierte Namensliste von J. Kingma, NL O. Kingma. – *Wer ist wer?* 1948.
- 104 Interview Hoernigk, 19. 3. 1986. Bennewitz an Pagel, 11. 9. 1950, ACDP, NL Pagel I-287-002.
- 105 Schutzhaftbefehl gegen Ullrich Eiteldinger, 20. 11. 1942, Gestapa IV C 2, NL Eiteldinger. IV C 2 war das für Schutzhaft zuständige Gestapo-Referat.
- 106 Auskunft Hoernigk, 11. 10. 1988.
- 107 Interview Neubecker, 6. 8. 1986; F. Eichberg, 25. 3. 1988.
- 108 Auskunft Ursula Eiteldinger, 21. 10. 1985.
- 109 Interview M. Eiteldinger, 5. 8. 1986.

- 110 Interview Jacobsen, 6. 10. 1984.
- 111 Stenzel an Marquardt, 3. 6. 1945, NL J. Kingma.
- 112 Koch sen. an Bab, 1. 6. 1946, in: AdK-Archiv, NL Julius Bab.
- 113 Auskunft K. Weber, 9. 6. 1986. Schmittner, »Elemente«, S. 191–198.
- 114 Schmittner, »Elemente«, S. 196.
- 115 Undatierte Namensliste von J. Kingma, NL O. Kingma.
- 116 *Wer ist wer?* 1948.
- 117 Günther Heinrich an Fritz Eichberg, 11. 1. 1943, Durchschlag im Archiv der AGADSH, NL Heinrich.
- 118 Tagebuch Hans Lachmund, Eintragung vom 24. 1. 1943, NL Lachmund.
- 119 Vgl. Rogalla von Bieberstein, *Verschönerung*, S. 189–232.
- 120 Strassmann an Robinsohn, 14. 7. 1946, BA, NL Robinsohn 24.
- 121 Auskunft U. Eiteldinger, 21. 10. 1985.
- 122 Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 444.
- 123 Strassmann an W. Hammer, 23. 6. 1954, IfZ, ED 106.
- 124 Interview Levy, 29. 5. 1982; H. und M. Lange, 13. 4. 1984.
- 125 Wentker, Lebenslauf, Anlage zu seinem Brief an den Landrat von Wolfenbüttel, 12. 10. 1947, NL Wentker.
- 126 Interviews Levy, 29. 5. 1982; Jacobsen, 6. 10. 1982.
- 127 Interview Jacobsen, 6. 10. 1984. – PRO, FO 1014/567, Fragebogen Jacobsen vom 26. 11. 1945.
- 128 Wentker, Lebenslauf (wie Anm. 125).
- 129 Stephan an Dehler, 6. 3. 1951, ADL, NL Dehler 1164. Ders. an Hoernigk, 8. 8. 1946. – Vgl. das Schicksal der u. a. mit Wentker befreundeten christlich-jüdischen Familie Brendel in Hamburg, die wiederholt in Hamburg und der Umgebung Unterschlupf fand: Büttner, *Not*, S. 140f.
- 130 Lebenslauf Beissel, ca. Juni 1945, ACDP, NL Beissel 01–422.
- 131 Auskunft E. Kingma, 17. 3. 1986.
- 132 Interviews F. Eichberg, 25. 3. 1988; O. Eichberg, 7. 8. 1986; Neubecker, 6. 8. 1988; P. Steinke, 1. 10. 1988.
- 133 Interviews Benke, 26. 3. 1988; K. Schmidt, 17. 10. 1987.
- 134 Das Kuvert, das am 1. 9. 1943 in Finnland gestempelt ist und auf dem Otto Kingmas Antwort vom 12. 10. 1943 vermerkt ist, befindet sich im NL O. Kingma.
- 135 Interview Levy, 29. 5. 1982; Rhein, *Besuch bei Dr. Thomas Dehler*.
- 136 Dehler an das Archiv der bayerischen Widerstandsbewegungen, 1. 3. 1948, IfZ, ZS 380. – 1943 verzog Losgar von Berlin nach Hannover, wo er ebenfalls Zellen bildete: Losgar an die Spruchkammer Bamberg II, 15. 9. 1947, ADL, NL Dehler 434.
- 137 Personalakte Danehl, in: Nieders. HStA Hannover, Nds. 100 Acc. 95/88.
- 138 Lange: Fragebogen des Mil. Gov. of Germany, NL W. Lange. Marsmann: Anna Detweiler an Verf., 27. 2. 1989.
- 139 Auskunft Eberhard Prager, 23. 11. 1989.
- 140 Bericht vom 15. 9. 1944. In: Jacobsen (Hg.), »Spiegelbild«, Bd. 1, S. 387–391, hier S. 388. Hervorhebungen im Original.
- 141 Protokoll der Aussage von Dr. Manfred Roeder in Nürnberg vom 9. 5. 1947, HStA Hannover, Nds. 721 Lü Acc. 69/76 Bd. 2, Bl. 211.
- 142 Manfred Schmid, *Fritz Elsas: Eine biographische Skizze*. In: Elsas, *Stuttgarter Rathaus*, S. 9–22, hier S. 19. – Hans Lohmeyer, *Gedenken an Fritz Elsas*. In: *Kommunale Korrespondenz* 40, 1954, S. 1–3, hier S. 3. – Interview Kurt Schmidt, 17. 10. 1987.
- 143 Elsas: Hans Lohmeyer (wie Anm. 142), ebd. – Heuss: Theodor Heuss, *Lebens-*

- lauf (August 1945). In: ders., *Aufzeichnungen*, S. 97–106, hier S. 105; danach waren Heuss und Goerdeler seit 1942 in Kontakt.
- 144 Interview Neubecker, 6. 8. 1986; F. Eichberg, 25. 3. 1986; O. Eichberg, 7. 8. 1986. – Es gibt auch Anhaltspunkte dafür, daß Jans und Otto Kingma informiert waren: Interviews Renate Kingma und Jans Kingma jr., 20. 6. 1985; Juliane Seifert, 7. 8. 1986.
- 145 Interview Neubecker, 6. 8. 1986.
- 146 Vgl. Karte 5: Verbindungen der Gruppen 1944/45.
- 147 Diese Darstellung folgt im wesentlichen dem *Bericht des Nationalkomitês Freies Deutschland in Greifswald*, Typoskript, 3. 5. 1945, unsigniert (vermutlich von Hugo Pfeiffer), 11. S., und Pfeiffers *Bericht an den Genossen Erich Fâhling*, Typoskript, 21. 11. 1945, 2 S.; beides im NL Lachmund.
- 148 Universität: Rektor Engel; Beamtenschaft: Stadtrat Dr. Siegfried Remertz (DDP); beide kamen in sowjetischer Haft um: B. Stumpff (geb. Remertz), *Zur kampflösen Übergabe der Stadt Greifswald Ende April 1945*, S. 1 und 3.
- 149 Bei der Einwirkung auf das Militär ist besonders der Einsatz des Rechtsanwalts Graul hervorzuheben: Pfeiffer, *Bericht an den Genossen Erich Fâhling* (wie Anm. 147), S. 1.
- 150 *Bericht des NKFD in Greifswald* (wie Anm. 147), S. 5.
- 151 Die kampflöse Übergabe Greifswalds erfolgte am Samstag/Sonntag, den 29./30. April 1945. Die hier genannten Vorgänge fanden also am 22./23. April statt. Vgl. dazu von sowjetischer Seite: Joachim Mai (Hg.), *Vom Narew bis an die Elbe. Erinnerungen sowjetischer Kriegsteilnehmer der 2. Belorussischen Front*. Berlin/DDR 1965, S. 56–59, mit Erinnerungsberichten sowjetischer Soldaten S. 225–259.
- 152 Sowohl Oberst Petershagen als auch seine Frau haben Erinnerungen verfaßt, in denen der Oberst als Retter Greifswalds dargestellt wird, während »fragwürdige Personen« und »Figuren wie Hugo Pfeiffer« (Rudolf Petershagen, *Gewissen im Aufruhr*. Berlin/DDR 1961, S. 131) diffamiert werden und behauptet wird, es sei eine »Tatsache, daß es in Greifswald nicht zu einem entsprechenden Zusammmengehen [des Kampfkommandanten mit dem NKFD] kam« (Angelika Petershagen, *Entscheidung für Greifswald. Autobiographie*. Berlin/DDR 1981, S. 149f.). Die DDR-Forschung sah das jedoch differenzierter; vgl. Wolfgang Wilhelmus, *Das Nationalkomitee »Freies Deutschland« wirkte auch in Greifswald*. In: *BzG* 6, 1964, S. 693–695 (ohne Namensnennung Lachmunds); Ernst-Joachim Krüger, *Zum Kampf Greifswalder Antifaschisten in einer Gruppe des Nationalkomitêes »Freies Deutschland« 1944/45*. In: *Greifswald-Stralsunder Jahrbuch* 6, 1966, S. 67–77.
- 153 Gerhart Binder, *Irrtum und Widerstand. Die deutschen Katholiken in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus*. München 1968, S. 332. – Hans Hildenbrand an Verf., 31. 3. 1985.
- 154 Antonie Angermaier, *»Mein Geist sucht Dich in seinem Innern...«*, S. 2.
- 155 Briefe von Else Wölfel an Angermaier, 1943/44, NL Angermaier; Angermaier an Dehler, 26. 11. 1943, ADL, NL Dehler 453; Dehler an Angermaier, 13. 5. 1944, NL Angermaier.
- 156 Dehler, Bestätigung für Pater Barnabas Liebisch in Münsterschwarzach, 1. 4. 1946, Archiv der Abtei Münsterschwarzach, NL Liebisch; Durchschrift im ADL, NL Dehler 452. – Vgl. die theologische Diplomarbeit von Johannes Düring OSB, *Unsere Heimat kann man uns nicht rauben*, 1986.
- 157 Wieban, *Hans Wölfel*, S. 128f.
- 158 StadtA Bamberg, C 2 Nr. HR 310; B. S. 225. ADL, NL Dehler 429. – Peter

- Brandt, *Die deutschen Auftragsverwaltungen*. In: Lutz Nietzhammer u. a. (Hgg.), *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*. Wuppertal 1976, S. 644–662, hier S. 660f.
- 159 Frieda Grüger an das Entschädigungsamt Berlin, 18. 3. 1956, LVA Berlin, Akte F. Grüger. – Dazu und zum folgenden auch: Interview F. M. Grüger, 3. 7. 1985.
- 160 Erklärung von Prof. Dr. Robert Havemann, 30. 3. 1947, in: ebd.
- 161 RA Hoernicke, Bescheinigung, 19. 7. 1945, in: ebd.; Abschrift im NL Grüger.
- 162 Ebd. – Grügers Verbindungsmann Georg Groscurth wurde am 9. Mai 1944 hingerichtet: Weisenborn, *Aufstand*, S. 200. – Grüger wurde am 24. oder 25. 2. 1944 in Paris verhaftet, kam ins Gefängnis Fresnes, dann ins KZ Neuenbrenne bei Saarbrücken, im April in das Gestapogefängnis Prinz-Albrecht-Straße: Frieda Grüger, Eidesstattliche Erklärung, undatiert, LVA Berlin, Akte Grüger.
- 163 Aktenrest in: BA, R 60 I/614.
- 164 Fritz Dylong, Erklärung, 18. 7. 1950, in: LVA Berlin, Akte Grüger.

Schluß

- 1 Broszat, *Sozialgeschichte*, S. 295.
- 2 Ebd.
- 3 Ebd. S. 300. Richard Löwenthal benutzt hier den Begriff »gesellschaftliche Verweigerung«; er unterscheidet zwischen politischer Opposition, gesellschaftlicher Verweigerung und weltanschaulichem Dissens: Löwenthal, *Widerstand im totalen Staat*. In: ders. / von zur Mühlen (Hgg.), *Widerstand*, S. 11–24.
- 4 Broszat, *Sozialgeschichte*, S. 303. Diese Rahmenbedingung dient zusammen mit den Erfolgen des NS-Regimes 1935–1940/41 als Erklärung für den vorherrschenden Widerstandstypus der Resistenz.
- 5 Ebd., S. 304.
- 6 Ebd., S. 305.
- 7 Ebd., S. 306f. – Klaus-Jürgen Müller, *Nationalkonservative Eliten zwischen Kooperation und Widerstand*. In: Schmädeke/Steinbach (Hgg.), *Widerstand*, S. 24–49.
- 8 Beppo Römer, Gruppe Schulze-Boysen/Harnack: Broszat, *Sozialgeschichte*, S. 305f.
- 9 Ebd., S. 307; dort auch die angeführten Beispiele.
- 10 Rüdiger Schleicher war 1919–1923 DDP-Mitglied (Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim VGH gegen Klaus Bonhoeffer u. a., 20. 12. 1944, OJ 57/44 gRs, S. 3, BA, NL Bonhoeffer A 89). Hans von Dohnányi stand der DDP und DStP nahe (Christine von Dohnányi, Niederschrift, BA, NL Bonhoeffer A 87, 3; Strohm, *Ethik*, S. 238). Dietrich Bonhoeffer war von der liberalen Theologie geprägt (Bethge, *Bonhoeffer*, bes. S. 340f. und 997). Sein Bruder Klaus Bonhoeffer stand vor 1933 der DVP nahe (so die genannte Anklageschrift gegen Klaus Bonhoeffer u. a., S. 3). »In [Dietrich] Bonhoeffers Elternhaus herrschte, vor allem vom Vater her, der Geist des Empirismus, der Rationalität und des Liberalismus«: Renathe Bethge, *Bonhoeffers Familie und ihre Bedeutung für seine Theologie*. Berlin 1987, S. 13. Gerhard Leibholz war Mitglied der DStP (Strohm, *Ethik*, S. 83), sein Vater William Leibholz war stellvertretender Vorsitzender der DDP im Berliner Bezirk Wilmersdorf (*Organisationshandbuch der DDP*, S. 108). Falk Harnack zählt die Brüder Bonhoeffer zur »liberalen

- Widerstandsorganisation«: Falk Harnack, Beitrag in: Scholl, *Weißer Rose*, S. 180–202, hier S. 182. – Auch Strohm, *Der Widerstandskreis um Dietrich Bonhoeffer und Hans von Dohnányi. Seine Voraussetzungen zur Zeit der Machtergreifung*. In: Schmädke/Steinbach (Hgg.), *Widerstand*, S. 295–313, lehnt die Einbeziehung dieses Kreises in den nationalkonservativen Widerstand ab.
- 11 »Wenn schon ein Etikett verwendet werden muß, dann müßte es nach meiner Erfahrung ›liberal-sozialdemokratisch‹ heißen.« Christabel Bielenberg, Leserbrief in *Die Zeit* 41, 1986, Nr. 33. – Ähnlich schon Sell, *Tragödie*, S. 439.
- 12 Tatsächlich war der Botschafter a. D. Wilhelm Solf DDP-Mitglied, ebenso vermutlich seine Frau Hanna, die den Kreis nach dem Tod ihres Mannes 1936 leitete und seit dem 5. 7. 1945 Mitglied des LDPD-Hauptvorstandes war: *SBZ-Handbuch*, hg. von Broszat/Weber, S. 559.
- 13 Broszat, *Sozialgeschichte*, S. 308.
- 14 Das einzige Mitglied einer jüdischen Gemeinde, Hans Robinsohn, war religiös indifferent; vgl. Kap. 1.
- 15 So Egon Bandmann, Vater und Sohn Grunewald, Hans Lachmund; Margarethe Lachmund kam sogar von der DNVP zur SPD.
- 16 Symbolische Großloge und FzaS.
- 17 Thomas Dehler von der Großloge zur Sonne mit Sitz in Bayreuth. Ein hervorragender Vertreter des sozialdemokratischen Widerstands, der auch mit Strassmann zusammenarbeitete, war gleichfalls Mitglied einer humanitären Loge, und zwar Wilhelm Leuschner.
- 18 Rogalla von Bieberstein, *Verschwörung*, passim.
- 19 So bei Theodor Haubach.
- 20 Etwa für Walter Dudek und das Ehepaar Lachmund. – Hans Lachmund meldete sich am 21. 11. 1940 als »Freund der Freunde«, also als Freund der Quäker an: Tagebuch Hans Lachmund, NL Lachmund.
- 21 Besonders in der sozialdemokratischen Bennewitz-Gruppe.
- 22 Margarethe Lachmund; ihr Mann als »Freund der Freunde«. – Unter den Gründern der »Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker), Deutsche Jahresversammlung« 1925 waren »engagierte Sozialdemokraten und Liberale«: Halle, *Bemerkungen zu den »Erbgutheften«*, S. 1.
- 23 Jans und Otto Kingma; beide meldeten sich 1939 bei der Berliner Mennonitengemeinde an. Pastor Horst H. Krüger an Verf., undatiert (Dezember 1986). Auch die Familie Hoernigk war mütterlicherseits mennonitisch geprägt. – Die verdienstvolle Studie von Lichdi, *Mennoniten*, vermerkt »Bejahung und Zurückhaltung« gegenüber der Machtergreifung (Kap. 2); »Reagieren und Besinnen« (Kap. 3), »Abkehr vom Zeitgeist« (Kap. 4), aber keinen mennonitischen Beitrag zum Widerstand.
- 24 Karl Kleinschmidt. – Auch mit dem Pfarrer Prof. Wilhelm Völger aus Katzow, einem Religiösen Sozialisten, stand Lachmund von 1936 an in enger Fühlung: Zeugnis Völger für Hans Lachmund, 9. 9. 1945, NL Lachmund. Über Völger: Norbert Bauer, *Stellungnahmen zur »Judenfrage« im Kirchenkreis Wolgast in den Jahren 1934–1940*. In: *Der faschistische Pogrom*, S. 112–122.
- 25 So erscheint es bei Rilling, *Dehler*, S. 93 f.
- 26 Vagts war emigriert, Bandmann verschollen, Haubach und Dahrendorf wurden als zu prominent zunächst nicht angesprochen, Landahl lehnte die Mitarbeit wiederholt ab.
- 27 Etwa General Beck, der seine NSDAP-Leutnants beim Ulmer Reichswehr-

- Prozeß 1930 deckte, oder Stauffenberg, der das NS-Regime 1933 begeistert begrüßte, oder Schulenburg, der 1932 der NSDAP beitrug.
- 28 Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Hermann Maaß oder Theodor Haubach gelten eher als Ausnahmereischeinungen im sozialdemokratischen Widerstand: H. Mommsen, *Gesellschaftsbild*, S. 16.
- 29 Vgl. Anm. 28; die Erstveröffentlichung war 1966.
- 30 Daß auch die langjährige Ausübung eines Ministeramtes keine Stärkung der republikanischen Sache zur Folge haben mußte, zeigte die Amtszeit des Reichswehrministers Gessler (1920–1928); vgl. Kap. 1.
- 31 Robinsohn, *Die Deutsche Opposition*, S. 29, vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*, S. 461.
- 32 Robinsohn nennt diese »Freiheitliche Erneuerungsbewegung« in seiner Denkschrift vom Herbst 1941, S. 31, vgl. hier Dok. 12, S. 463 f.
- 33 *Die Deutsche Opposition*, S. 29. »Echt« steht als Gegensatz zur organisierten Akklamation der NSDAP.
- 34 Zur Forderung von »Erziehungszöllen« vgl. Kap. 2. – Daß man um die Durchsetzung der politischen Überzeugung kämpfen müsse, gehörte zu den Grundanschauungen des Klubs vom 3. Oktober: »Die Republikaner müssen also den Kampf wollen« (*Jahrbuch 1925/26*, S. 16); so kritisierte Robinsohn 1933 in seiner Denkschrift *Der Nationalsozialismus*, S. 48 (vgl. Dok. 1, S. 274.): »Für die Demokratie schlägt sich niemand, und ohne Machtkampf, ohne daß man sich schlägt, dankt dieses Regime nicht ab.«
- 35 Dahrendorf, *Gesellschaft*, S. 442 f.
- 36 H. Mommsen, *Gesellschaftsbild*, S. 90. Ähnlich ders., *Widerstand gegen Hitler*, S. 13–15.
- 37 Vgl. dazu W. J. Mommsen, *Idee*, S. 11: Trotz des liberalen Fiaskos 1933 »blieb der Liberalismus die einzige wirklich zukunftssträchtige Gegenposition gegenüber dem Faschismus, während das Kalkül des Marxismus-Leninismus, daß man der lachende Erbe dieses letzten Rettungsankers des Kapitalismus sein werde, sich bald als gigantische Fehlrechnung erwies.« Mommsen bezieht sich daher auf neoliberale Denker wie Wilhelm Röpke, Friedrich August von Hayek, Hannah Arendt, Carl J. Friedrich und Alexander Rüstow, die jedoch nicht an Widerstandsgruppen beteiligt waren, sondern in der NS-Zeit emigrierten.
- 38 Vgl. die Übersicht über die Teilnehmer an den Besprechungen des Kreisauer Kreises 1940–1944, in: Balfour u. a., *Moltke*, S. 191–193.
- 39 Kaufleute waren in der Robinsohn-Strassmann-Gruppe relativ stark, im Kreisauer Kreis schwach vertreten. – Hans Mommsens Feststellung: »Repräsentanten von Handwerk, Gewerbe und Industrie und der freien Berufe fehlten im Widerstand gänzlich« (*Widerstand gegen Hitler*, S. 14), wird insbesondere durch Hans Robinsohn und die Hamburger Ablass-Gruppen widerlegt. Allerdings bezieht Mommsen sich auf den engeren Kreis führender Verschwörer.
- 40 Vgl. Anm. 11.
- 41 »Selbst das hinterlassene Dokument über Goerdelers geplanten Aufruf für den Fall des gelungenen Attentats zeigt, daß die Einwirkung von unserem Kreis einschließlich der Leuschner, Haubach etc. zu schwach war.« Robinsohn an H. Lange, 26. 4. 1947, BA, NL Robinsohn 6.
- 42 Robinsohn an Tarnow, 19. 5. 1946, BA, NL Robinsohn 8.
- 43 *Bericht No. 4* (Februar 1938), *Bericht No. 7* (Februar 1939), vgl. hier Dokumente 6 und 9.
- 44 Stephan an Dehler, 16. 1. 1950, ADL, NL Dehler 1164.

- 45 Robinsohn an Vagts, 19. 11. 1939, Privat-NL Vagts.
- 46 Tennant an FO, 19. 1. 1940, PRO, FO 371/24405, C 2577/89/18.
- 47 Kriminalpolizei Aschaffenburg, Niederschrift vom 27.7. 1942; Verhör F. Koch Jr., Anlage zum Schreiben der Kriminal-Polizei Aschaffenburg an die Stapo-Außendienststelle Würzburg, Tagebuch-Nr. 3339, 1./2.8. 1942; beides in: Gestapostelle Würzburg Nr. 4306.
- 48 Bei der CDU etwa der Bundesminister Jakob Kaiser, bei der SPD der Vorsitzende Kurt Schumacher. – Trotz wesentlicher Mitarbeit von Sozialdemokraten im Widerstand hat die SPD angesichts der notwendigen Aufbauarbeit dieses Thema jahrzehntelang verdrängt, wie eine sozialdemokratische Historikerin zeigt: Susanne Miller, *Die Behandlung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der SPD nach 1945*. In: Büttner u. a. (Hgg.), *Unrechtsregime*, Bd. 2, S. 407–420.
- 49 Robinsohn an Dehler, 20. 11. 1950, ADL, NL Dehler 1032; Kopie im BA, NL Robinsohn 2.
- 50 Ab 1958 arbeitete er im Politischen Arbeitskreis (PAK) Willy Brandts mit (BA, NL Robinsohn 9 bis 16). Schon früher sah er »kein Hindernis«, der SPD beizutreten, »wenn dies im Interesse einer nützlichen Arbeit läge«: Robinsohn an Gustav Dahrendorf, 1. 2. 1948, BA, NL Robinsohn 28.
- 51 Am ausführlichsten die Magisterarbeit von Walker, *Die Entstehung der Freien Demokratischen Partei in Hamburg*. – In einer frühen Selbstdarstellung bezeichnet der BFH sich ausdrücklich als Nachfolger der Strassmann-Gruppe in Hamburg: *Bund Freies Hamburg*, Typoskript, 2 Seiten, hier S. 1, ACDP, NL Beissel 01–422.
- 52 Aus den Ablass-Gruppen waren 11 Mitglieder MdHB (Abatz, Brosius, Dibbern, Langhoff, Levy, Lindemann, Nehls, Oehding, Schmachtel, Sußmann, Wilkening), und zwar in den Legislaturperioden 1946–1949 2, 1949–1953 7, 1953–1957 5, 1957–1961 und 1961–1965 je 2; vgl. Anhang 2 und die Übersicht »Bürgerschaftsabgeordnete der F. D. P. bis 1978«, in: FDP-Landesverband Hamburg, *Geschäftsbericht 1980/81*, Hamburg 1981, S. 86f.
- 53 Das zeigt auch ein Vergleich der Hamburger Landesverbände von FDP, SPD und CDU. Der starken Repräsentanz der Ablass-Gruppen in der FDP steht eine geringe in der SPD-Führung (Dudek und Hermann Lange) und in der CDU-Führung (Beissel) gegenüber; vgl. Anhang 1.
- 54 Von 5 Mitgliedern der Fuchs-Gruppe gründeten 3 die FDP mit, 2 blieben parteilos (Anhang 2).
- 55 Dies gelang in einigen Fällen: Art. 6 (Elternrecht), Art. 7,3 (Religionsunterricht), Art. 7,6 (Aufhebung der Vorschulen), Art. 141 (Bremer Klausel): Referat von Hermann Lange auf der *Vertreterversammlung der GEW*, 8. 6. 1949 in Marburg, Protokoll S. 62–81.
- 56 Hermann Maassen/Elmar Hucko, *Thomas Dehler als Bundesjustizminister*. In: Dorn/Henning (Hgg.), *Dehler*, S. 69–77.
- 57 Werner Stephan, *Thomas Dehler als Vorsitzender der FDP*. In: ebd., S. 133–142. – Dehler schreibt selbstkritisch (an Friedrich Dessauer, 16. 9. 1958, ADL, NL Dehler 1702): »Mein Versuch, die liberale Partei aus der tödlichen Umklammerung mit der klerikalen Partnerin zu lösen, überstieg meine Kräfte.«
- 58 Theo Rütten, *Der deutsche Liberalismus 1945–1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten*. Baden-Baden 1984, S. 238–247.
- 59 Dehler an R. Hoernigk, 4. 6. 1956, ADL, NL Dehler 1526. – Im Berliner Programm der FDP zur Bundestagswahl 1957 nimmt die Sozialpolitik den breite-

- sten Raum ein. Heino Kaack, *Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei. Grundriß und Materialien*. Meisenheim 1976, S. 77–87, hier S. 79–82.
- 60 *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949*. Hg. vom Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. 2 (Januar–Juni 1947), bearbeitet von Wolfram Werner, München–Wien 1979, S. 384 und 389; Bd. 3 (Juli–Dezember 1947), bearbeitet von Günter Plum. München–Wien 1982, S. 272. – Gerold Ambrosius, *Funktionswandel und Strukturveränderung der Bürokratie 1945–1949: Das Beispiel der Wirtschaftsverwaltung*. In: Heinrich August Winkler (Hg.), *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953*. Göttingen 1979, S. 167–207, hier S. 199.
- 61 *Verzeichnis der Minister von 1799–1970*. In: Max Spindler (Hg.), *Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 1800–1970*. 2. Teilband: *Innere Entwicklung, Land, Gesellschaft, Wirtschaft, Kirche, geistiges Leben*. München 1978, S. 1287–1294. – Glashauser, *Die Entwicklung der bayerischen FDP*, Diss., S. 521–524. Die gekürzte Druckfassung enthält dieses Kapitel nicht.
- 62 *Hb. des Schleswig-Holsteinischen Landtages*, 3. Wahlperiode 1954, S. 186, 190, 207, 224, 227–230.
- 63 Lüth, *Dudek*, S. 125–138, bes. S. 133–137.
- 64 Personalakte Danehl, HStA Hannover, Nds. 100 Acc. 95/88.
- 65 Vgl. Anm. 61. – Bezold war 1946–1966 und 1970–1974 MdL, 1962–1966 Zweiter Vizepräsident des Landtags.
- 66 Prittwitz legte das Amt des stellv. Fraktionsvorsitzenden im August 1951 aus Protest gegen die Wahl des Prälaten Georg Meixner zum Fraktionsvorsitzenden nieder: Alf Mintzel, *Geschichte der CSU. Ein Überblick*. Opladen 1977, S. 286.
- 67 Er wurde am 12. 7. 1950 gewählt: Klaus Albrecht, *Die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU in Schleswig-Holstein. Rückblick auf die Regierungszeit von Ministerpräsident Dr. Walter Bartram (1950/51)*. In: *ZGSHG* 108, 1983, S. 281–317, hier S. 300.
- 68 Für die Sozialdemokraten in der Robinsohn-Strassmann-Gruppe vgl. die Entwicklung bes. der Bennewitz-Gruppe und der Wilhelmshavener Gruppe, Anhang 2.
- 69 So den Conferencier Charlie Stephan und im Hamburger Umkreis den Landwirt Albert Petersen aus Lübbberstedt/Kreis Winsen an der Luhe. – Laut Mitgliederstatistik der FDP vom 31. 12. 1946 hatte sie 6742 Mitglieder, von denen 1481 eine frühere Parteimitgliedschaft angaben; davon waren fast 60% in der DDP, 12,7% in der SPD (!) und 10,4% in der DVP gewesen: Dieter Hein, *Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949*. Düsseldorf 1985, S. 90.

Dokumente

- 1 Vgl. Benz, *Widerstandsgruppe*.
- 2 Eine spätere ms. Abschrift mit der Überschrift *Der Nationalsozialismus* ist im BA, NL Vagts 29, wo Robinsohn sie datiert.
- 3 Hermann Müller, SPD, Reichskanzler 1928–1930, Seine Nachfolger waren Heinrich Brüning (Zentrum) 1930–1932, Franz von Papen (parteilos, vorher Zentrum) Juli–November 1932, Kurt von Schleicher November 1932 bis Januar 1933.

- 4 Die Liberale Vereinigung, 1924–1930, setzte sich aus Mitgliedern der DDP, der DVP und der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) zusammen. Sie erstrebte die Vereinigung der liberalen Parteien bzw. der kleineren verfassungstreuen Parteien.
- 5 Der am 18.8.1932 verkündete Papen-Plan sollte die Selbsthilfe der Unternehmer fördern und in indirekter Weise der Arbeitsbeschaffung dienen. So diente er den Unternehmerinteressen, ohne eine nachhaltige Wirkung zu erzielen.
- 6 Dies ist der erste von vielen Bezügen auf Hitlers »Mein Kampf«. Es verdient Beachtung, daß die Führung der Widerstandsgruppe dieses Buch, das vielen als unlesbar galt, gelesen hatte und daraus Rückschlüsse auf Hitlers Politik zog. Vgl. Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*. Erw. u. überarb. Neuausgabe. Stuttgart 1991, S. 13.
- 7 Gottfried Feder, 1883–1941, Verfasser des »Manifests zur Brechung der Zinsknechtschaft« (1918), 1933–1935 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, dann auf eine Professur an der Technischen Hochschule Berlin abgeschoben.
- 8 Wilhelm Frick, 1930/31 Innen- und Volksbildungsminister in einer bürgerlichen Koalitionsregierung in Thüringen; 1933–1943 Reichsinnenminister.
- 9 Edmund Heines, 1897–1934, MdR, SA-Obergruppenführer, auf Befehl Hitlers ermordet.
- 10 Diese Position übernahm Freisler am 1.6.1933.
- 11 Gregor Straßer, 1892–1934, NSDAP-Reichsorganisationsleiter, Vertreter des »sozialistischen« Flügels in der NSDAP, während der Röhmer-Affäre ermordet.
- 12 Gewerkschaftsbund der Angestellten, 1919–1935, bis 1933 liberale Orientierung. Er unterstellte sich am 3.5.1933 dem NS-»Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit«, nachdem am 2. April die freien (sozialistischen) Gewerkschaften verboten worden waren.
- 13 Reichs-Landbund, 1921–1933 landwirtschaftliche Spitzenorganisation mit deutschnationaler Ausrichtung.
- 14 Döblin, *Der deutsche Maskenball*. In: ders., *Ausgewählte Werke in Einzelbänden*. Bd. 15. Olten 1972, S. 94–105, hier S. 100. Zuerst in: *Die Neue Rundschau* (Mai) 1920, Bd. 1, S. 642–652. Im Zusammenhang lautet die Stelle: »Es gehört zu den wichtigen Aufgaben der Republik, die Monarchisten nicht vor den Kopf zu stoßen, besonders wenn es Militärs sind. Denn, wie gesagt, die Republik war von einem weisen Mann aus dem Auslande ins Heilige Römische Reich gebracht; was man mit ihr machen sollte, hatte er nicht gesagt; es war eine Republik ohne Gebrauchsanweisung.«
- 15 Leo Schlageter, bei einem Attentat gegen eine Bahnlinie im französisch besetzten Ruhrgebiet gefaßt, von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt, starb am 26.5.1923.
- 16 Am 11.6.1933; am 24.6.1933 fand ein »Fest der deutschen Jugend« statt.
- 17 Gemeint ist die Reorganisation der Länder, die höchst ungleichgewichtig waren; neben dem dominierenden Preußen gab es Kleinstaaten wie Lippe.
- 18 Der Hamburger Anzeiger stand bis 1933 der DDP/DStP nahe.
- 19 Vgl. Kap. 3.
- 20 Im April und Ende Mai 1933.
- 21 Alfred Rosenberg, 1933–1945 Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, führender NS-Ideologe (»Der Mythos des 20. Jahrhunderts«, 1930), bewies Anfang Mai 1933 in einem Gespräch mit Lady Oxford (wiedergegeben im News Chronicle) seine Überheblichkeit und seinen Belehrungsdrang.

- 22 Die sog. Friedensrede vom 17. Mai 1933, die von allen noch im Reichstag vertretenen Parteien unterstützt wurde.
- 23 Das Rittergut Neudeck (Westpreußen) war durch eine Sammlung von Industriellen 1927 erworben und zum 80. Geburtstag des Reichspräsidenten Hindenburg dessen Sohn geschenkt worden. Dadurch geriet das Staatsoberhaupt in den Einflußbereich großagrarischer Interessen, was letztlich zu Brünnings Sturz 1932 und zu Schleichers Sturz 1933 beitrug. 1932/33 sammelte der Präsident des DIHT, Dr. Bernhard Grund, erneut 450000 RM bei Industriellen und Großagariern. Vgl. *Sammlung für Hindenburg*. In: *Weltbühne* 23, 1932, Nr. 51, S. 895f.; Hellmuth von Gerlach, *Die Neudecker Luft*. In: ebd., Nr. 52, S. 926–929; ders., *Habe bald und Eilebude*. In: *Weltbühne* 24, 1933, Nr. 6, S. 196–198.
- 24 Franz Seldte: Führer des Stahlhelms bis zu dessen Auflösung 1935, Reichsarbeitsminister 1933–1945; Theodor Duesterberg: 2. Führer des Stahlhelms bis 1933.
- 25 Theo Habicht, Landesinspektor der NSDAP in Österreich bis zum NS-Putsch gegen den österreichischen Bundeskanzler Dollfuß im Juli 1934, und der österreichische Nationalsozialist Alfred Eduard Frauenfeld wurden Mitglieder des am 29. 3. 1936 »gewählten« Reichstags.
- 26 In diese Zeit fallen die Nürnberger Rassengesetze von 15. 9. 1935.
- 27 Ein Buchstabe g fehlt.
- 28 Dem Reichsbauernrat kam theoretisch eine den Reichsbauernführer (Darré) beratende, faktisch aber nur eine propagandistische Funktion zu.
- 29 Zur tatsächlichen Verfasserschaft vgl. Kap. 4.
- 30 Ein »III. Rundbrief« der »Opposition der Deutschen Studentenschaft«, der an die Universität Freiburg gelangte, belegt im März 1938 die Unzufriedenheit der Jura-Studenten gerade mit den Ausbildungslagern: Geoffrey J. Giles, »Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen«. *Die Studenten als Verfechter einer völkischen Universität?* In: Eckhard John u. a. (Hg.), *Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus*. Freiburg–Würzburg 1991, S. 43–56, hier S. 52.
- 31 Hjalmar Schacht war vom August 1934 bis zum 26. November 1937 Reichswirtschaftsminister, blieb aber nach seinem Rücktritt Reichsminister ohne Geschäftsbereich – und bis zum 19. Januar 1939 Reichsbankpräsident.
- 32 Neurath war Außenminister, Schwerin-Krosigk Finanzminister, Gürtner Justizminister, Seldte Arbeitsminister.
- 33 Gemeint ist der Reichskriegsminister Blomberg.
- 34 Vgl. *Bericht No. 7*.
- 35 Lord Halifax besuchte Deutschland vom 17.–20. 11. 1937.
- 36 Mit dem Propagandaminister Goebbels, dem Landwirtschaftsminister und Reichsbauernführer Darré, dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei Himmler und dem Ideologen Rosenberg wird die radikale Richtung in der NSDAP umrissen.
- 37 Walther Funk, bis Anfang 1938 Staatssekretär im Propagandaministerium, dann Reichswirtschaftsminister. Bis 1930 war er Chefredakteur der Berliner Börsenzeitung.
- 38 Vgl. *Bericht No. 7* über den Novemberpogrom 1938.
- 39 General Keitel wurde Chef des neugeschaffenen Oberkommandos der Wehrmacht.
- 40 Es verließen die Regierung Hitler: Hugenberg im Juni 1933, Papen im Juli 1934, Eltz von Rübentach im Februar 1937, Schacht im November 1937, Neurath und Blomberg im Februar 1938.

- 41 Der überparteiliche konservative Deutsche Herrenklub (ab 1933 Deutscher Klub) war eine exklusive Vereinigung führender Unternehmer, Agrarier, Generale und Ministerialbeamten. Zu seinen Mitgliedern zählte Ulrich von Hassell, der im konservativen Widerstand eine bedeutende Rolle spielte.
- 42 Japan führte seit 1932 in China einen Eroberungskrieg. Dadurch geriet Japan auch mit den sowjetischen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen in Konflikt.
- 43 Datum des Inkrafttretens des Münchner Abkommens.
- 44 Im Versailler Vertrag wurde die Lostrennung des Saargebietes vom Deutschen Reich und seine wirtschaftliche Angliederung an Frankreich unter dem Mandat des Völkerbundes festgelegt. In der Volksabstimmung vom 13. Januar 1935 entschieden sich 90,76 % der Wähler für den Anschluß an das Deutsche Reich.
- 45 Seit 1933 fanden die Parteitage jährlich statt.
- 46 Gemeint ist das Reichsparteitagsgelände bei Nürnberg.
- 47 Robinsohn bezieht sich auf Goebbels' Affäre mit der tschechischen Schauspielerin Lida Baarová.
- 48 Am 19. 1. 1939.
- 49 In den Wochen vor seiner Entlassung verhandelte Schacht mit einem britischen Komitee über die Auswanderung der deutschen Juden.
- 50 Verordnung Görings vom 12. 11. 1938 als »Sühne« der Juden für den Mord an dem Diplomaten Ernst vom Rath, dessen Tod der Anlaß für den organisierten Pogrom vom 8. – 10. 11. 1938 gegeben hatte.
- 51 Hitler weihte die neue Reichskanzlei in Berlin nach neunmonatiger Bauzeit am 9. 1. 1939 ein. Ihre Fertigstellung hatte Priorität vor allen anderen Baumaßnahmen.
- 52 Vgl. Hellmuth St. Seidenfus, *Eisenbahnwesen*. In: *Verwaltungsgeschichte*, Bd. 4, S. 924–935.
- 53 Gemeint ist die Ost-West-Achse in Berlin, die Anfang 1939 auf einem sieben Kilometer langen Teilstück zwischen dem Brandenburger Tor und dem Mussoliniplatz fertiggestellt wurde. Mit der städtebaulichen Umgestaltung Berlins war der »Generalinspekteur für die Reichshauptstadt« Albert Speer beauftragt.
- 54 Vom 16. 3. 1939.
- 55 Hlinka-Partei: Die Slowakische Volkspartei, deren Vorsitzender Andreas Hlinka bis zu seinem Tode 1938 war.
- 56 Hitlers Forderungen an Prag betrafen die Übertragung der militärischen und außenpolitischen Hoheit auf das Deutsche Reich: Domarus, *Hitler*, Bd. 2, S. 1045. – Prag hatte schon dem Bau einer exterritorialen Autobahn (November 1938) und der Erklärung von 30 Durchgangsstraßen als exterritorial zugestimmt (Januar 1939): Ebd., S. 1044 f.
- 57 Tatsächlich hat Göring, der auch Oberbefehlshaber der Luftwaffe war, diese Drohung, die Robinsohn im Ausland nicht nachprüfen konnte, ausgesprochen: Domarus, *Hitler*, Bd. 2, S. 1094. Vgl. IMG, *Prozeß*, Bd. 9, S. 341.
- 58 Emil Hácha, 1872–1945, tschechoslowakischer Staatspräsident.
- 59 Bis zum 18. 3. 1939 schloß Ungarn die Besetzung der Karpatho-Ukraine, bisher Territorium der Tschechoslowakei, ab.
- 60 Großbritannien und Frankreich beriefen ihre Botschafter in Berlin am 19. 3. 1939 ab; die USA hatten ihren Botschafter schon nach dem Novemberpogrom 1938 abberufen.
- 61 Robinsohns Annahme, Hitler werde slawische Abgeordnete im Reichstag dulden, war irrig.
- 62 Zur Holzwirtschaft vgl. die *Sopade-Berichte* vom Mai 1939, S. 618–621, vom Dezember 1937, S. 1728–1733, vom November 1938, S. 1213–1215.

- 63 Robinsohn an Vagts, 19. 10. 1939, hs. Zusatz, Privat-NL Vagts.
- 64 Vgl. Karte 3: Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1938/39.
- 65 Handschriftliche Ergänzung Robinsohns, BA, NL Robinsohn 31.
- 66 Die Desorganisation bestätigt Groscurth, *Tagebücher*, Privattagebuch, Eintragungen vom 28. 8., 11. 9., 14. 9., 25. 9. 1939, S. 189f., 203, 205, 209.
- 67 In seinem Brief an Vagts vom 19. 11. 1939 fährt Robinsohn fort: »Als nachher der Kladderadatsch mit der Straffreiheit da war, soll Br[auchitsch] zu dem betreffenden Divisionsgeneral gesagt haben: ›Ja, warum haben Sie denn die beiden Kerle nicht in Ihrem Zimmer mit Ihrer Dienstpistole erschossen?!‹, was mir eine Bemerkung von großer Einsicht zu sein scheint. Aber wo bleibt die Dienstpistole des Herrn v. Br. persönlich??« Damit leitet Robinsohn zur Verantwortungsscheu der Generäle vor einem Staatsstreich über. – Zur Repräsentativität des Falles vgl. Hilberg, *Vernichtung*, S. 138f.; Helmut Krausnick, *Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppen des Weltanschauungskrieges 1938–1942*. Stuttgart 1981, bes. S. 41–43, 62f., 66f. Möglicherweise ist der von Robinsohn notierte Fall der bei Krausnick, S. 66f., geschilderte: Dort geht es um das SS-Artillerieregiment (AR) der Panzerdivision Kempf in der 3. Armee (Oberbefehlshaber General Georg von Küchler). Zwei Angehörige des AR trieben etwa 50 Juden, die zur Ausbesserung einer Brücke bei Rozan (Narew) herangezogen wurden, abends in die Synagoge und erschossen sie. Trotz beantragter Todesstrafe verurteilte das mit SS-Leuten als Beisitzern besetzte Feldkriegsgericht der Panzerdivision einen Wachtmeister der Geheimen Feldpolizei zu 9 Jahren Zuchthaus und einen SS-Sturmmann zu 3 Jahren Gefängnis wegen Totschlags. General Küchler hob das Urteil als zu milde auf. Ein anderes Gericht fällte erneut ein mildes Urteil. Schließlich fielen die Morde unter Hitlers geheimen Amnestieerlaß vom 4. Oktober 1939. – Ähnlich *Hassell-Tagebücher*, Eintragung vom 22. 10. 1939 über den 14. oder 15. Oktober, S. 130: »Wenn aber Leute die in einer Synagoge zusammengetriebenen Juden mit Revolvern zusammenknallen, so kann man sich nur schämen. Ein mildes Kriegsgerichtsurteil gegen solche Halunken ist durch Brauchitsch aufgehoben worden, ein zweites, nochmals mildes, durch die unerhörte allgemeine Amnestie Hitlers für solche Taten erledigt worden.«
- 68 Henderson, 1882–1942, war 1937 bis 1939 britischer Botschafter in Berlin.
- 69 Zwischen dem 25. und dem 28. 10. 1939 beteiligte Hitler sich an der strategischen Planung des Westfeldzugs: Hans-Adolf Jacobsen, *Fall Gelb: Der Kampf um den deutschen Operationsplan zur Westoffensive 1940*. Wiesbaden 1957, S. 39–41.
- 70 Möglicherweise bezieht Robinsohn sich auf Hitlers Ansprache vor Generälen vom 9. 10. 1939, Auszug in: Domarus, *Hitler*, Bd. 2, S. 1394f.
- 71 Komplott: Gemeint ist der Harnier-Kreis: Donohoe, *Hitler's conservative Opponents*, S. 130–146. – Gerücht: Vgl. *SD-Bericht zur innenpolitischen Lage (Nr. 2)*, 11. 10. 1939, in: Boberach (Hg.), *Meldungen*, S. 339–347, hier S. 339.
- 72 Vgl. *Bericht zur innenpolitischen Lage (Nr. 2)* vom 11. 10. 1939. In: Boberach (Hg.), *Meldungen*, S. 339–346, hier S. 339f.
- 73 Dabei kann es sich entweder um den Staatssekretär im Arbeitsministerium, Dr. Johannes Krohn, oder um den Staatssekretär im Verkehrsministerium, Gustav Koenigs, gehandelt haben.
- 74 Die Aktualität dieser Mängelliste zeigt das Protokoll der Lagebesprechung beim Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis III (Berlin) am 30. 10. 1939, datiert Potsdam, 4. 11. 1939, abgedruckt im Anhang von: Groscurth, *Tagebücher*, S. 396–402, das teilweise dieselben Mangelprodukte nennt (Fett, Klei-

- dung, Öle, Seife, Stiefel, Leder für Schuhreparaturen). Vgl. die SD-Berichte vom Oktober/November 1939.
- 75 Auf die mangelhafte Versorgung der Kinder mit Butter gehen auch die SD-Berichte ein: »Neben den zahlreichen Klagen kinderreicher Familien wird von ärztlicher Seite immer wieder auf die Gefahren hingewiesen, die der Gesundheit der Kinder durch eine allzu knappe Fettzuteilung erwachsen, zumal auch die Kindernährmittel kaum noch zu erhalten sind.« Aus: *Bericht zur innenpolitischen Lage* (Nr. 2) vom 11.10.1939, in: Boberach (Hg.), *Meldungen*, Bd. 2, S. 339–347, hier S. 346f. Der *Bericht zur innenpolitischen Lage* (Nr. 22) vom 29.11.1939, in: Boberach (Hg.), *Meldungen*, Bd. 3, S. 505–514, hier S. 510, nennt »die fehlenden Speisefette, die den Kindern bis zu sechs Jahren nach wie vor nicht zugeteilt werden«, was zu einer »wachsenden Mißstimmung« geführt habe und »einer baldigen Lösung« bedürfe.
- 76 Vergleichbare Zahlen bei Groscurth, *Tagebücher*, S. 281.
- 77 Eine steigende Arbeitslosigkeit vermerken, ohne Zahlen zu nennen, zwei andere Quellen: Groscurth *Tagebücher*, S. 208 und 275; *Bericht zur innenpolitischen Lage* (Nr. 7) vom 23. Oktober 1939, in: Boberach (Hg.), *Meldungen*, Bd. 2, S. 388f.
- 78 Tatsächlich lag die Reichsschuld niedriger. Richard Gaettens, *Geschichte der Inflationen. Vom Altertum bis zur Gegenwart*. München 1982, S. 289, nennt für 1939/40 einen Betrag von 47,9 Milliarden RM; etwa denselben Betrag zeigt ein Diagramm in: Friedrich-Wilhelm Henning, *Das industrialisierte Deutschland 1914–1976*. Paderborn 1978, S. 171.
- 79 Robinsohn schreibt irrtümlich »1939«.
- 80 Diese Randglosse ist offenbar später von gleicher Handschrift ergänzt worden (Ergänzungen in Kursivschrift): »Kein förmlicher Waffenstillstand! (aber vielleicht ein stillschweigender de facto W.st.)«
- 81 Vgl. Kap. 2.
- 82 Vgl. Kap. 2.
- 83 Gemeint ist das Nationalsozialistische Fliegerkorps, NSFK.
- 84 Auf den Karten zur Lebensmittelrationierung, die seit dem 27.8.1939 eingeführt wurden, erhielten Juden geringere Rationen als Nichtjuden. – Kennzeichnung: Seit dem 19. September 1941 mußten Juden den gelben Stern tragen.
- 85 Das heißt wohl insbesondere die Absetzung nationalsozialistischer Richter.

Anhang

- 1 Vgl. jeweils die Quellenangaben im chronologischen Teil dieser Arbeit.
- 2 Carl Stahlberg an Mil. Gov. Hannover, 14.7.1949, CCAC, NL Vansittart VNST II, 1/34.
- 3 Krent an Verf., 13.11.1986.
- 4 Abromeit, Lebenslauf, 8.8.1944, NL Abromeit.
- 5 Auskunft Sommer, 14.2.1989. Dies. an Verf., 26.6.1989.
- 6 Günter Keiser war 1930–1933 im Beirat der *Neuen Blätter für den Sozialismus*, 1937–1945 Redakteur des »Bank-Archivs« sowie Leiter der statistischen Abteilung der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe; Ludolf Herbst, *Krisenüberwindung und Wirtschaftsneuordnung. Ludwig Erhards Beteiligung an den Nachkriegsplanungen am Ende des Zweiten Weltkrieges*. in: VfZ 25, 1977, S. 305–340, hier S. 309f.
- 7 H. Bandmann, Auskunft 3.7.1986 und Interview 5.8.1986.

- 8 ACDP, NL Beissel 01-422. – Stubbe-da Luz, *Union*, S. 150-154.
- 9 Fritz Piefke, *Erwin Bennewitz 78jährig gestorben*. In: *Berliner Stimme*, 1. 11. 1980.
- 10 Personalakte Danehl: HStA Hannover, Nds. 100 Acc. 95/88. – Vgl. auch StA Hamburg, Sonderbestand Harburg, 430/74. – Das Todesdatum wird in der Tucholsky-Literatur bisher falsch angegeben (»1952«): Soldenhoff (Hg.), *Tucholsky*, S. 265.
- 11 Hanns Hundt, *Einflüsse in der Schulzeit*. In: Dorn/Henning (Hgg.), *Dehler*, S. 18-21.
- 12 Henning, *Dehler*.
- 13 Erich Lüth, *Dudek*, S. 126.
- 14 Gabrielsson, *Bürgermeister*, S. 46.
- 15 Interview M. Eiteldinger, 5. 8. 1986.
- 16 Seine »tägliche Arbeit bestand vornehmlich in der Entleerung der Zellenkübel, der Reinigung der Treppen und Gänge und in der Essensverteilung«: [Theo Baensch], *Die Erinnerungen des Kalfaktors Theo Baensch*. In: G. A. v. Harnack (Hg.), *Ernst von Harnack*, S. 183-190, hier S. 184.
- 17 Bericht des Blockältesten des Blocks 1, Arthur Reichsritter von Lankisch-Hoernitz, in: Walter Hammer, *Die letzten Tage von Dr. Fritz Elsas, weiland Bürgermeister von Berlin*. Rundschreiben des Archivs Walter Hammer, 23. 10. 1953, NL Kurt Schmidt.
- 18 Manfred Schmid, *Fritz Elsas: Eine biographische Skizze*. In: Elsas, *Stuttgarter Rathaus*, S. 9-22.
- 19 Fuchs an Dehler, 16. 11. 1951 mit Anlage *Berichtigung an das 8-Uhr-Blatt Nürnberg*, ADL, NL Dehler 1065. – Auch ein Mitglied der Hamburger Gruppe »Verein der Hafenfrennde«, Senator Ernst Plate, bemühte sich in der Zeit des Kalten Krieges um die Erweiterung des Osthandels: Arnold Sywottek, *Hamburg seit 1945*. In: Jochmann (Hg.), *Hamburg*, Bd. 2, S. 377-466, hier S. 431 f. Über Plate: Gabrielsson, *Bürgermeister*, S. 64.
- 20 ADL, NL Fuchs 1 und 2; Privat-NL Fuchs; Walter Müller an Verf., 9. 9. 1986.
- 21 Auskunft Reif, 4. 9. 1982.
- 22 Interview F. M. Grüger, 3. 7. 1985.
- 23 Berufe: Frieda Grüger, Angaben über die berufliche Tätigkeit des Dr. phil. Franz Otto Ludwig Grüger, 6. 7. 1958, LVA Berlin, Akte F. Grüger.
- 24 1960 Stadtdirektor, 1968 Bürgermeister, 1972-1976 Oberbürgermeister von Wilhelmshaven.
- 25 Appelius/Feuerlohn, *Die braune Stadt*, S. 169. – Brune, *Heimatlexikon*, Bd. 1.
- 26 Rudolf Hoernigk: Rechts- und Staatswiss. Fakultät der Universität Halle-Wittenberg, gez. Hein, an den Präsidenten der Provinz Sachsen, 16. 3. 1946, beglaubigte Abschrift im Archiv der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, PA Rudolf Hoernigk.
- 27 *Nachrichten der LVA Hessen*, 5/1970, S. 82-86. Nachruf der LVA Hessen.
- 28 Lebenslauf vom 14. 3. 1959, Durchschrift im ADL, NL Dehler 1679.
- 29 Jacobsens Schwägerin Klara Deppe war im ISK, seine Schwester Bertha Fuchs in der KPD: Interview Jacobsen, 6. 10. 1984.
- 30 Zu den deutschen Besuchern zählten der Sopade-Vorsitzende Hans Vogel, die Pazifistin Maud von Ossietzky (Tochter des Nobelpreisträgers) und der Verleger Bermann-Fischer: Interview Jacobsen, 6. 10. 1984.
- 31 PRO, FO 1014/566.
- 32 Dr. Lessing, *Dr. Walter Jacobsen – Nachruf*. In: *Gegenwartskunde* 3/1986.
- 33 Klub vom 3. Oktober, *Jahrbuch 1925/26*, S. 6f.

- 34 Prof. Theodor Eschenburg an Verf., 21. 5. 1987.
- 35 Demuth, 1876–1965, DDP, jüdisch; vor 1933 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates; 1933 Emigration in die Schweiz, 1936 nach England; 1933 Mitgründer der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland: *BdHE* 1.
- 36 Meyer, 1876–1965, DDP, DStP, jüdisch, evangelisch; 1904–1933 Syndikus der Handelskammer Berlin; 1924–1930 MdR; Emigration 1933 in die Schweiz, 1939 Großbritannien, Ende 1939 Rückkehr in die Schweiz, 1940 in die USA: *BdHE* 1.
- 37 Jäckh, 1875–1959, DDP, evangelisch, mit einer Jüdin verheiratet; 1920–1933 Präsident der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin, 1930 Gründer der Friedensakademie Stresemann-Stiftung, 1933 Emigration nach London, diplomatischer Berater des Foreign Office: *BdHE* 1.
- 38 Einstein, 1879–1955, jüdisch; Physiker, Nobelpreisträger, 1933 Emigration in die USA: *BdHE* 2. – Robert Kauffmann war weitläufig mit Albert Einstein verwandt: Liston an Verf., 5. 5. 1987.
- 39 Thekla Kauffmann, 1883–?, Frauenrechtlerin, Sozialarbeiterin, DDP, 1919/20 MdL, 1933–1941 Auswanderungsberatung der Jüdischen Gemeinde bzw. des Hilfvereins der Deutschen Juden in Stuttgart, 1941 Emigration in die USA: Zeller, *Weg*, S. 90f., 152 u. ö. – *BdHE* 1.
- 40 Liston an Verf., 1. 4. 1987 und 5. 5. 1987.
- 41 Johannes Kingma, *Kapitalbedarf und Kapitalbeschaffung in der deutschen Elektrizitätswirtschaft seit dem Kriege*. Diss. phil. Universität Berlin 1936.
- 42 BFH, Bezirk Elbvororte, Niederschrift über die Zusammenkunft vom 28. 8. 1945, S. 2, StA Hamburg, FDP I A 1.
- 43 Vgl. *Unser Vater*, o. Verf. (Jans Kingma jr. und Renate Kingma).
- 44 Um seinem Ausschluss aus dem Pfarramt zuvorzukommen, beantragte er die Entlassung aus dem Kirchendienst unter Verweis auf den Landeskirchentag vom April/Mai 1933, die ihm zum 1. Juli 1933 gewährt wurde: Der Landeskirchenrat der Thüringer evangelischen Kirche an Kleinschmidt, 26. 6. 1933, Einschreiben, Privat-NL Kleinschmidt; Abschrift im BPA/PDS Schwerin, NL Kleinschmidt.
- 45 Bernd Schattinger, *Karl Kleinschmidt. 26. 4. 1902–13. 8. 1978. Vom Degen zur Feder gegriffen*. In: Jürgen Borchardt u. a. (Hgg.), *Kiek in: Mecklenburgische Beiträge zum Literatuerbe. Literatur am Neubeginn*. Schwerin 1986, S. 49–54. – Werner Saling, *Karl Kleinschmidt*. Typoskript, 5 Seiten, undatiert [1946?], BPA/PDS Schwerin, NL Kleinschmidt. – Vgl. *Who's Who in the Soviet Zone of Germany and Berlin*, 2nd Edition, September 1949, S. B 52, BA, RG 260 OM-GUS 7/34–3/1.
- 46 Fritz Koch, Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, an Dehler, 21. 1. 1952, ADL, NL Dehler 1142.
- 47 Über das Ehepaar Lachmund vgl. die Artikelserie von Wolfgang Wilhelmus, *Margarethe und Hans Lachmund*, in: *Ostseezeitung*, Kreisseite Greifswald, 10 Folgen zwischen September und November 1990.
- 48 Er lernte 1913 den katholischen Pazifisten Marc Sangnier und seinen Kreis Jeune République kennen: H. Lachmund, *Noch eine Antwort an Max Barth*. In: Josef Probst/Rio Schneider/Carl Maria Brohl (Hgg.), *Die Tage von Bierville. Der VI. Internationale Demokratische Friedenskongreß verbunden mit Internationalem Freundschaftsmonat der Jugend im Schloß und Park von Bierville bei Paris vom 1. bis 29. August 1926*. Würzburg 1926, S. 177–179, hier S. 177.

- 49 Bei einem Vortrag Lachmunds über den internationalen demokratischen Friedenskongreß in Bierville/Frankreich waren 70 Personen anwesend: *DZ* 5, 1927, Nr. 1. – Vgl. Josef Probst u. a., *Die Tage von Bierville*, S. 177–179 und 247.
- 50 Der Oberbürgermeister an Lachmund, 11. 5. 1945, NL Lachmund.
- 51 So schrieb Greta Kuckhoff (»Rote Kapelle«), Mitglied des Amtes für Ernährung des Berliner Senats, am 25. 8. 1945: »Hans Lachmund vertrat [...] eine ausgesprochen Humanistische Haltung, abhold jedem Terror, allen kriegerischen Auseinandersetzungen. Wir hatten den Eindruck, daß er für einen furchtlosen, kämpferischen Pazifismus stand, geistige Sauberkeit, moralische Lauterkeit waren immer wiederkehrende Grundbegriffe, eine gerecht geordnete, wirklich soziale Gesellschaft sein Ziel. [...] Es ist mir ein persönliches Bedürfnis, darauf hinzuweisen, daß Lachmunds, als sie von unserer Verhaftung hörten und obwohl sie wissen mußten, wie ungeheuer gefährlich es war, irgend etwas für diejenigen zu tun, die im Zusammenhang mit dem Harnack-Schulze/Boysen Prozeß [sic] standen, alles taten, was in ihrer Macht stand, uns zu helfen und insbesondere meinen Eltern mit Rat und Tat beizustehen.« Am 17. 10. 1949 setzte Greta Kuckhoff, inzwischen in der Handelsabteilung des Auswärtigen Amtes der DDR, sich erneut für Hans Lachmund ein. Karl Kleinschmidt bestätigte Lachmunds Zuverlässigkeit am 31. 8. 1945 und, inzwischen Volkskammermitglied, am 8. 8. 1950. Alles im NL Lachmund.
- 52 Über die Waldheimer Prozesse vgl. allgemein: Karl Wilhelm Fricke, *Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation*. Köln 1979, S. 205–215. Lachmunds Darstellung des Verfahrens wird bestätigt ebd., S. 207f. Durch Urteil des Kammergerichts Berlin (-West) vom 15. 3. 1954 wurden die Waldheimer Prozesse insgesamt für nichtig und rechtsunwirksam erklärt: ebd., S. 213f. – Vgl. Thomas Mann, *Ein unbekannter Brief an Walter Ulbricht*. In: *Neue Rundschau* 101, 1990, H. 2, S. 5–11, in dem er um Gnade für die Waldheimer politischen Häftlinge bittet.
- 53 M. Lachmund an den Herrn Ministerpräsidenten der DDR, Herrn Otto Grotewohl, 17. 3. 1951, Durchschrift und Zeugenschriften im NL Lachmund.
- 54 Jaeger, 1864–1927, Pastor an den Bodelschwingschen Anstalten in Bethel, gründete 1924 den Christlich-Sozialen Volksdienst als Vorläufer der gleichnamigen Partei mit: Werner Methfessel, *Christlich-Sozialer Volksdienst (CSVD) 1929–1933*. In: Fricke (Hg.), *Parteien*, Bd. 1, S. 259–263, hier S. 259.
- 55 *Wer ist wer?* 17. Ausgabe 1973.
- 56 Interview M. Krämer, 3. 4. 1989.
- 57 Pagel an Georg Wormit, 26. 9. 1947, ACDP, NL Pagel I-287-003.
- 58 So bekam Dr. Adolf Freudenberg vom Ökumenischen Rat in Genf Sachen von Pagel durch einen Boten überbracht und sandte sie an dessen Frau: Freudenberg an Pagel, 9. 3. 1950, ACDP, NL Pagel I-287-002. – Freudenberg (1894–1977) war bis 1935 Legationsrat im AA, studierte dann Theologie, emigrierte nach London, wurde dort im April 1939 Leiter des Sekretariats für ökumenische Flüchtlingshilfe des Ökumenischen Rates der Kirchen und siedelte mit diesem 1939 nach Genf über: *BdHE* 1.
- 59 Fritz Raumer an Johanna Pantermöller, 4. 11. 1946, ACDP, NL Pagel I-287-003.
- 60 *Hb. des Schleswig-Holsteinischen Landtages*, 3. Wahlperiode 1954, S. 186, 188, 190, 207, 224, 227–230.
- 61 Pazifismus: Reichert referierte im März 1932 vor der Vereinigung Schweriner

- Friedensfreunde, der Nachfolgerin der DFG, über das Thema »Das Ende des Freihandels?« (DZ 9, 1932, Nr. 9).
- 62 Interview Ch. Reichert, 28. 10. 1987. – StA Schwerin, Landtag Mecklenburg 1946–1952 Nr. 300.
- 63 Der Heimatschutz wurde von dem Baurat Lorenz Harms (DDP) geleitet; in ihm waren auch Sozialdemokraten stark vertreten. Von der Hamburger SPD wurde außerdem die Vereinigung Republik gegründet: Büttner, *Gerechtigkeit*, S. 104.
- 64 Nun waren von den sieben Gründern, die laut Klubsatzung besondere Vorrechte hatten, drei in der SPD (Dahrendorf, Haubach, Vagts), zwei in der DStP (Bandmann, Landahl) und zwei parteilos.
- 65 Vgl. die Erinnerungsberichte der beiden Kinder: Susi Robinsohn, *Jeg kan lide mine venner*. In: *Berlingske Tidendes*, 31. 8. 1985. F. Peter Robinsohn, *Nicht nur Fenster wurden zerschlagen / Alle Lehrer wurden gefesselt und abgeführt / Generalkonsul Yde half bei der Flucht nach Dänemark*. In: *Hamburger Abendblatt*, 5. / 6., 7. und 8. 11. 1988.
- 66 Hillberg, *Vernichtung*, S. 391–396.
- 67 Es wurde erst 15 Jahre später publiziert: Robinsohn, *Justiz*, S. 7 (Vorwort).
- 68 Todesanzeige in: *Frankfurter Rundschau*, 5. 5. 1981.
- 69 LA Berlin, *Stadtältestenbuch*, Nr. 112. *Degeners Wer ist's?*, 10. Ausgabe 1935. Zur Demokratischen Vereinigung: Ludwig Elm, *Demokratische Vereinigung (DV) 1908–1918*. In: Fricke (Hg.), *Parteien*, Bd. 1, S. 280–284.
- 70 *Handbuch des Vereins Arbeiterpresse* 1927, S. 580. Rat der Stadt Potsdam an Verf., 4. 7. 1988, Anlage StadtA Tuttlingen an Verf., 21. 3. 1988. *SBZ-Handbuch*, S. 1033.
- 71 Auskunft H. Zimpel, 24. 10. 1987. Benno Reifenberg, *Die Redaktionskonferenz*. In: FS Oskar Stark, S. 18–28, hier S. 27. Zur *Berliner Börsenzeitung* auch: Boveri, *Wir lügen alle*, S. 602.
- 72 Friedrich Werner, *Neuer Anfang in Freiburg*. In: FS Oskar Stark, S. 80–85.
- 73 Weltzien an Verf., 26. 1. 1987. VPD: Manuskript »Wir stehen am Ende einer Epoche«, 15 S., NL Stenzel.
- 74 Für die Zeit nach Kriegsende: Lebenslauf von Ernst Strassmann, 29. 6. 1953; Würdigungen in der Berliner Presse zum 60. Geburtstag; alles im Bewag-Archiv, Gruppe 84.
- 75 Datierung nach: *Handbuch der Institutionen und Organisationen 1945–1949*. Bearbeitet von Heinrich Potthoff/Rüdiger Wenzel. Düsseldorf 1983, S. 181 f.
- 76 Abdruck der Dokumente in: *Berliner Schicksal 1945–1952. Amtliche Berichte und Dokumente*. Zusammengestellt i. A. des Senats von Berlin vom Büro für Gesamtberliner Fragen. Berlin 1952, S. 257 f. – Aus DDR-Sicht: *Unsere Kraft*, S. 98–91 und 102 f.
- 77 Voelker, Auskunft 15. 3. 1986 und Brief an Verf., 8. 12. 1988.
- 78 [Ernst Strassmann], *Notizen zu einem Vortrag auf dem geplanten Gästebend des Klubs über Der Klub vom 3. Oktober und die Politik*. Typoskript, 2 Seiten, 2. 8. 1954, BA, NL Robinsohn 17.
- 79 Jans Kingma an Arthur Grunewald, 3. 4. 1985, Durchschrift im NL J. Kingma.
- 80 Willi Godschalk an den Niedersächsischen Landesausschuß für Sonderhilfesachen, 27. 9. 1952, NL Wentker.
- 81 Hinnerk Fock, *Streiflichter aus der Frühgeschichte der Hamburger Freien Demokraten*. In: *40 Jahre Freie Demokraten in Hamburg*. Hg. von der FDP, Landesverband Hamburg. Hamburg 1985, S. 35–56, hier S. 44.
- 82 In die Literatur ist der Fall des Majors Sahla in Preußisch Stargard eingegangen:

- Schreiben des Stellv. Kommandierenden Generals Bock an Brauchitsch, 18. 11. 1939, abgedruckt in: Groscurth, *Tagebücher*, S. 412 f. – Zaehles Tochter machte sich bei den Recherchen für ihr Buch Notizen über diesen Fall: Notizheft im NL Zaehle.
- 83 Als Nachfolger wurde ein CSU-Mitglied ernannt, so daß die CSU nun drei von fünf Prüfungsausschußmitgliedern stellte: Zaehle an den bayerischen Justizminister, 12. 1. 1946, Durchschrift im NL Zaehle.
- 84 Nachruf in: *Reichenhaller Tageblatt*, 22. / 23. 1. 1962.
- 85 Die undatierte Namensliste von Jans Kingma verzeichnet »Reichsbahnpräs. Breslau«. Da es sich in Breslau um kein Präsidium, sondern um eine Direktion der Reichsbahn handelte, ist anzunehmen, daß es sich um deren Präsidenten handelt. Dafür kommt am ehesten Wille in Betracht, da er in der kritischen Zeit dieses Amt innehatte.
- 86 Das Hamburger Adreßbuch von 1943 vermerkt Heinrich und Hermann Onken für die Gaststätte in Hamburg-Nienstedten. Welcher von beiden Wentkers Verbindungsmann war, konnte nicht geklärt werden.

Abkürzungsverzeichnis

ACPD	Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin
ADFB	Allgemeiner Deutscher Friedensbund
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdK	Akademie der Künste, Berlin
ADL	Archiv des Deutschen Liberalismus, Gummersbach
AGADSH	Arbeitskreis für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Malente
Ago	Arbeitsgemeinschaft Ost der DDJ
AK	Arbeitskreis
AKENS	Arbeitskreis für die Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein
AStA	Allgemeiner Studenten-Ausschuß
Az.	Aktenzeichen
BA	Bundesarchiv, Koblenz
BA/MA	Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg i. Br.
BCA	Balliol College Archives, Oxford
BDC	Berlin Document Center
Bewag	Berliner Elektrizitätswerke AG
BFH	Bund Freies Hamburg
BFst	Bonhoeffer-Forschungsstelle, Heidelberg
BHdE	Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration
BKL	Berliner Kraft- und Licht-Aktiengesellschaft
BPA	Bezirksparteiarchiv (der SED bzw. PDS)
BRD	Bundesrepublik Deutschland

BVP	Bayerische Volkspartei
BzG	Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
BZpB	Bundeszentrale für politische Bildung
CCAC	Churchill College Archives Centre, Cambridge
CDU	Christlich-Demokratische Union
CHQ	Central Headquarters
CIC	Counter Intelligence Corps
CSU	Christlich-Soziale Union
CVJM	Christlicher Verein Junger Männer
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAL	Dienstaltersliste der SS
DC	Deutsche Christen
DDJ	Deutsche Demokratische Jugend (der DDP)
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDS	Deutscher Demokratischer Studentenbund (der DDP)
DFG	Deutsche Friedensgesellschaft
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DLM	Deutsche Liga für Menschenrechte
DNB	Dictionary of National Biography
DNV	Deutscher Nationalverein
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DStP	Deutsche Staatspartei
DSVP	Deutsch-Saarländische Volkspartei
DVFB	Deutschvölkische Freiheitsbewegung
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DZ	Deutsche Zukunft (Zs.)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FO	Foreign Office
FS	Festschrift
Fst	Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg
FZ	Frankfurter Zeitung
FzaS	Freimaurerbund zur aufgehenden Sonne
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GHH	Gutehoffnungshütte
GV	Gesamtverzeichnis des deutschsprachigen Schrifttums
Hb.	Handbuch
Hg., hg.	Herausgeber, herausgegeben
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
HWWA	Hamburger Weltwirtschaftsarchiv
HZ	Historische Zeitschrift
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
IfGA/ZPA	Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung/Zentrales Parteiarchiv (der PDS), Berlin
IMG	Internationaler Militärgerichtshof

I.R.	Infanterie-Regiment
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
JbGMO	Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Osteuropas
KiZ	Kieler Zeitung
KL	Konzentrationslager
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
LA	Landesarchiv
LBI	Leo Baeck Institute
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LG	Landgericht
LPL	Lambeth Palace Library, London
LV	Landesverband
LVA	Landesverwaltungsamt
MdB	Mitglied des Bundestages
MdHB	Mitglied der Hamburger Bürgerschaft
MdL	Mitglied des Landtages
MdR	Mitglied des Reichstages
MGFA	Militärgeschichtliches Forschungsamt, Freiburg
Mil. Govt.	Military Government
NDB	Neue Deutsche Biographie
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NKWD	Narodnij Kommissariat Wnutrennich Džel (sowjetisches Volkskommissariat für innere Angelegenheiten)
NL	Nachlaß
NS, NatSoz	Nationalsozialismus
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei
OKH	Oberkommando des Heeres
OKM	Oberkommando der Marine
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OLG	Oberlandesgericht
OMG	Office of Military Government
OMGBY	Office of Military Government, Bayern
OMGUS	Office of Military Government for Germany, United States
Orgesch	Organisation Escherich
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
PA	Personalakte
PA/AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn
PRO	Public Record Office, Kew (London)
PWE	Political Warfare Executive
RA	Rechtsanwalt
RDDJ	Reichsbund Deutscher Demokratischer Jugend
RDDS	Reichsbund der Deutsch-Demokratischen Studenten
RDP	Radikal-Demokratische Partei
RFSS	Reichsführer-SS
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGO	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition
RJM, RMJ	Reichsjustizministerium, Reichsministerium der Justiz
RMVP	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
RSHA	Reichssicherheitshauptamt

SA	Sturmabteilung (der NSDAP)
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend (der SPD)
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SD	Sicherheitsdienst der SS
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHMKG	Studienhefte zur mecklenburgischen Kirchengeschichte
SIS	Secret Intelligence Service
SJV	Sozialistischer Jugend-Verband (der SAP)
Sopade	Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Exil
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel (der NSDAP)
StA	Staatsarchiv
Stapo	Staatspolizei
StadtA	Stadtarchiv
StVO	Stadtverordneter
uk	unabkömmlich
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VfZ	Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte
VGH	Volksgerechtshof
VO	Verordnung
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WTB	Wolffs Telegraphen-Bureau
ZdA	Zentralverband der Angestellten
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZGSHG	Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte
Zs.	Zeitschrift
ZStA	Zentrales Staatsarchiv, Potsdam

Verzeichnis der Karten

Karte 1: Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934/35	40
Karte 2: Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1937	72
Karte 3: Verbindungen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1938/39	144
Karte 4: Verbindungen der Strassmann-Gruppe 1940–1942	216
Karte 5: Verbindungen der Gruppen 1944/45	240

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv Koblenz

R 22: Reichsjustizministerium 721, 734, 946, 2326, 3356, 3390, 5004, PA Ernst Strassmann

R 43: Reichskanzlei F/2486/15

R 45/III: DDP/DStP 28

R 58: Reichssicherheitshauptamt 232, 235, 455, 742, 779, 1014, 1027, 1028, 1071, 1136

R 60: Volksgerichtshof I Nr. 614

NS 31: SS-Hauptamt 86, 90, 264, 401, 402

RG 260 OMGUS (aus den National Archives, Washington D. C.): Akten der US-Militärverwaltung 7/34-3/1

ZSg. 1: Druckschriften von Parteien und Verbänden 27/15 Nr. 1

Nachlässe:

NL Alma de l'Aigle 14

NL Dietrich Bonhoeffer A 6, A 87, A 89

NL Hermann Dietrich 142, 245

NL Eduard Dingeldey 55, 77

NL Otto Gessler

NL Theodor Heuss 72

NL Jakob Kaiser 73

NL Hans Albert Kluthe 10

NL Walther Rathenau 2

NL Hans Robinsohn 1 bis 34

NL Alfred Vagts 1, 23, 26, 27, 29

Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg

RW 19: OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt 543

RW 20: Rüstungsinspektion im Reichsgebiet 5/5

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn

Inland II Geheim Bd. 59: Sabotage und Attentate 20. Juli 1944

NL Friedrich-Wilhelm von Prittwitz und Gaffron 5

Bundesministerium der Justiz

Personalakte Gerhard Erdsiek

Staatsarchiv Darmstadt

NL Wilhelm Leuschner

Staatsarchiv Hamburg

Senatskanzlei-Personalakte, C 501: PA Wentker

Sonderbestand Harburg:

– 430/74

– Harburg 5 Harburg-Wb. 1195-03, 1501-03

FDP, Landesverband Hamburg: FDP I

Familie Plat 7

Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover

Gestapo, Hann 80 Hann II Nr. 756

Strafsache Dr. Roeder, Nds. 721 Lbg. Acc. 69/76

Personalakte Danehl, Nds. 100 Acc. 95/88

Personalakte Wentker, Hann 80 Hbg III Acc. L Nr. 15

Zentrales Staatsarchiv Potsdam

Gestapo-Kartei

Staatsarchiv Schwerin

Landtag Mecklenburg 1946–1952 Nr. 300

Staatsarchiv Würzburg

Stapostelle Würzburg 4306

Landesarchiv Berlin

Pr. Br. Rep. 57 Nr. 212 g: Stadtpräsident Berlin

Personalakte Fritz Kruspi: Rep. 80 Acc. 3392 Nr. 260/2

NL Hans E. Hirschfeld: Rep. 200 Acc. 2014

Landesarchiv Schleswig

Abt. 358, Nr. 3300, 7975: Sondergericht Altona
Abt. 410 Nr. 290: Stapo Kiel, Lageberichte 1935/36
Abt. 455 Nr. 9: Stapo Kiel, Emigrantenliste

Institut für Zeitgeschichte München

ED 106: Archiv Walter Hammer
ED 166: NL Robinsohn (Teilnachlaß)
FA 117/226: Strafverfahren Rutra
MA 297: Reichsführer-SS, Persönlicher Stab (Kopien aus National Archives/USA)
MA 1498: OKW/Abwehr 1941–1943 (Kopien aus National Archives/USA)
ZS 380: Zeugenschrifttum
ZS/A 18,7: Sammlung van Roon

Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg

Fasc. 751-5: Interview Hans Robinsohn (mit Dr. U. Büttner)

Justizbehörde Hamburg

Anwaltsakte K. Fritz

Landesverwaltungsamt Berlin

Entschädigungsakten Grüger, Kruspi

Bewag-Archiv Berlin

Gruppe 27: Personalien
Gruppe 31: NS-Zeit
Gruppe 84: Direktion
Gruppe 214: Disziplinarkommission

Stadtarchiv Bamberg

B.S. 225: Bürgerkomitee Bamberg 1945
C 2, Nr. HR 310: Bürgerkomitee Bamberg 1945
C 9/64: Pässe für Juden 1937
OMGBY 9/90–1/3-4: Weekly Intelligence Reports for Bamberg 1945–1947

Stadtarchiv Darmstadt

NL Carlo Mierendorff 4137

Stadtarchiv Frankfurt

S 2 – Walter Kolb – 60a I

Stadtarchiv Kiel

Hauptamt, Schriftwechsel des Oberbürgermeisters Dr. Emcke 1945: 32839, 33460, 33461, 33462, 33463, 34154

Flenker, Hans-Heinrich: Fried. Krupp Germaniawerft Kiel-Gaarden. Typoskript, Bilddokumentation. Kiel 1981.

Stadtarchiv Nürnberg

Polizeigefängnis Nürnberg, Gefangenenbuch B Nr. 2

Stürmer-Archiv:

– E 9/NW 23/1693

– E 9/NW 33/756

Stadtarchiv Schwerin

Personenakte Kleinschmidt

Universitätsarchiv Halle-Wittenberg

Personalakte R. Hoernigk

Universitätsarchiv Frankfurt a. M.

Personalakte R. Hoernigk

Universität Heidelberg, Bonhoeffer-Forschungsstelle

Huppenkothen-Akten, Akte BFst, LG Mü, X/11

Archiv der Akademie der Künste, Berlin

NL Julius Bab

Archiv der Polizeiinspektion Kiel

Polizeigefängnis Kiel, Gefangenenbuch A, Januar 1938 bis Juli 1940

Archiv des Deutschen Liberalismus, Gummersbach

NL Thomas Dehler 373, 429, 434, 448, 452, 453, 615, 693, 694, 793, 947, 1032, 1037, 1065, 1142, 1164, 1168, 1422, 1465, 1702, 1736, 3082

NL Maximilian Fuchs 1, 2

Archiv der Ernst-Strassmann-Stiftung, Wallenhorst

NL Ernst Strassmann (Teilnachlaß)

Archiv des Arbeitskreises für die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Demokratie in Schleswig-Holstein, Malente

NL Günther Heinrich

Archiv für Christlich-Demokratische Politik St. Augustin

NL Rudolf Beissel 01-422

NL Paul Pagel I-287-002, -003

Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung / Zentrales Parteiarchiv [der PDS]

VGH-Verfahren gegen R. Finnern u. a., NJ 971

VGH-Urteil gegen R. Finnern u. a., NJ 15712

Bezirksparteiarchiv der SED / PDS Schwerin

NL Karl Kleinschmidt

Haniel-Archiv, Duisburg

NL Reusch, GHH 40010124 / 3, GHH 40010124 / 4, GHH 400101290 / 311

Archiv der Abtei Münsterschwarzach

NL Barnabas Liebisch OSB

Berlin Document Center

NSDAP-Mitgliederkartei

SS-Personalakten

Public Record Office, Kew

Foreign Office:

- FO 371 / 20727, 20728, 20733, 21806, 23095, 23096, 24405

- FO 898 / 37

- FO 1012 / 695

- FO 1014 / 554, 566, 567

Lambeth Palace Library, London

NL George Bell 47

Balliol College Archives, Oxford

NL Harold Nicolson, Tagebuch 1938 / 1939

Churchill College Archives Centre, Cambridge

NL Malcolm Grahame Christie, CHRS 180/1/28

NL Robert Vansittart, VNST II 1/29, 1/34, 2/13

Nachlässe in Privatbesitz (soweit nicht anders angegeben: im Besitz der Familie)

Harald Abatz; Herbert Abromeit; Georg Angermaier (Nachlaßsplitter); Heinz Burgemeister (Fritz Neubecker, Berlin, Nachlaßsplitter); Thomas Dehler (Otto Schumacher-Hellmold, Bonn, Teilnachlaß, jetzt im ADL); Walter Dudek; Ullrich Eiteldinger (Nachlaßsplitter); Fritz Elsas; Maximilian Fuchs (Prof. Paul Rothmund, Konstanz); Franz Grüger (Nachlaßsplitter); Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg; Joachim Hahlweg; Willi Hintze; Walter Jacobsen (Dr. Helmut Moser, Norderstedt); Jans Kingma; Otto Kingma; Karl Kleinschmidt (Nachlaßsplitter); Hans und Margarethe Lachmund; Wolfgang Lange; Alfred Johann Levy; Arthur von Machui (Nachlaßsplitter); Arthur Marquardt (Nachlaßsplitter im Besitz des Verf.); Richard Moeller (Nachlaßsplitter); Rudolf Reissert; Ludwig Ritter von Rudolph; Bruno Schmachtel; Kurt Schmidt; Kurt Stenzel; Walter Sternfeld; Ernst Strassmann (Teilnachlaß); Reinhart Straßmann; Otto Stündt; Fritz Triebtsch (Nachlaßsplitter); Alfred Vagts (künftig im BA); Erich Venzmer (Nachlaßsplitter); Erich Wentker; Max Westphal; Ernst Wienecke; Fritz Zaehle

Aufzeichnungen von Beteiligten und nahestehenden Personen

Angermaier, Antonie: »Mein Geist sucht Dich in seinem Innern...« Stationen im Leben des Bb Dr. Dr. Johann Georg Angermaier (1913–1945). Typoskript, 3 Seiten. O. J.

Benke, Fritz: Wir erinnern uns! Manuskript, 15 Seiten. O. J.

Braasch, Paul: Typoskript über den Wulle-Kreis, 35 S., ca. 1974.

Halle, Anna Sabine: Bemerkungen zu den »Erbgutheften«. Typoskript, 2 Seiten, September 1989.

Hoernigk, Frank: Der Ernst-Strassmann-Kreis. Typoskript, 4 Seiten. Februar/März 1986.

[*Kingma, Jans jr. und Renate*]: Unser Vater (1900–1968). Typoskript, 3 Seiten. O. J.

Rhein, Hermann: Besuch bei Dr. Thomas Dehler. Typoskript, 2 Seiten. O. J.

Ruthquist, Maria: Dr. phil. Walter Jacobsen. 1937–1942, Schweden. Typoskript, 4 Seiten. Juli 1987.

Stoecker, Wolfgang: Bericht über das Verfahren gegen O. C. Kiep vor dem VolksgERICHTSHOF (Juli/August 1944). Typoskript, 19 Seiten, September 1963.

Ders.: Dr. Ernst Strassmann (wie ich ihn erlebte). Typoskript, 17 Seiten. Februar 1986.

Stumpff, Brigitte: Zur kampflosen Übergabe der Stadt Greifswald Ende April 1945. Ein Bericht. Typoskript, 4 Seiten. O. J.

Interviews

- Bandmann, Hedy (Witwe von Egon B.), 5. 8. 1986
 Bark, Christian (Sohn von Georg B.), 4. 7. 1985
 Benke, Fritz, 26. 3. 1988
 Böhme, Herbert, 18. 5. 1988
 Buck, Paul (Bürovorsteher von Wolfgang Lange), 27. 6. 1989
 Buss, Hilke (Tochter von Fritz Julius B.), 15. 7. 1988
 Danehl, Günther (Sohn von Erich D.), 11. 7. 1990
 Eichberg, Fritz, 25. 3. 1988
 Eichberg, Otto, 7. 8. 1986
 Eiteldinger, Marlu (Witwe von Ullrich E.), 5. 8. 1986
 Glander, Hermann (mit Karl Kleinschmidt in der SED und im Demokratischen Kulturbund Deutschlands), 26. 6. 1989
 Godschalk, Erika (Tochter von Erich Wentker), 18. 11. 1987
 Grüger, Franz M. (Sohn von Franz G.), 3. 7. 1985
 Heinrich, Günther (interviewt von Dr. Uwe Danker), 17. 12. 1985
 Henke, Klemens von, 14. 7. 1987
 Hoernigk, Frank, 19. 3. 1986, 5. 9. 1986, 10. 4. 1988
 Hollbach, Elgen (Tochter von Wilhelm H.), 17. 6. 1987
 Holst, Maria (Tochter von Elisabeth Flügge), 14. 7. 1988
 Jacobsen, Ernst Karl (Sohn von Walter J.), 22. 3. 1989
 Jacobsen, Walter, 6. 10. 1984
 Kingma, Renate und Jans (Kinder von Jans K.), 20. 6. 1985
 Krämer, Margarete (Tochter von Wolfgang Lange), 3. 4. 1989
 Lachmund, Peter (Sohn von Hans und Margarethe L.), 11. 10. 1985
 Lange, Hermann und Margarethe, 13. 4. 1984, 21. 8. 1986, 16. 8. 1989
 Levy, Alfred Johann, 29. 5. 1982
 Maaß, Ursula (Tochter von Hermann M.), 5. 4. 1989
 Martens, Jutta (Tochter von Wilhelm Walter), 22. 3. 1989
 Mendelson, Barbara (Tochter von Franz M.), 5. 8. 1986
 Mierendorff, Eberhard, 27. 10. 1987
 Neubecker, Fritz, 6. 8. 1986
 Oppert, Anton (Bruder von Michael O.), 23. 3. 1988
 Padior, Klara (Schwester von Hanns Hundt), 23. 8. 1986
 Pietrzik, Helga (Tochter von Otto Lange), 12. 7. 1988
 Reichert, Charlotte (Witwe von Paul R.), 28. 10. 1987
 Reif, Hans, 16. 7. 1982
 Rhein, Hans, 27. und 29. 6. 1989
 Robinsohn, Hans (interviewt von Dr. Ursula Büttner, FSt, Fasc. 751-5), 24. 9. 1974
 Schmidt, Kurt, 17. 10. 1987
 Schnoor, Werner (Amtsbruder von Karl Kleinschmidt), 28. 6. 1989
 Seifert, Juliane (Tochter von Otto Kingma), 7. 8. 1986
 Simonis, Margarete (Witwe von Hans Ludwig S.), 3. 5. 1989
 Sommer, Felicitas (Tochter von Herbert Abromcic), 21. 7. 1989
 Steinke, Peter (Sohn von Willi St.), 1. 10. 1988
 Stoecker, Dietrich, 26. 8. 1985
 Stoecker, Wolfgang, 5. 3. 1986
 Wendt, Gustav, 20. 10. 1988
 Westphal, Heinz (Sohn von Max W.), 25. 4. 1988
 Wichmann, Erika (Tochter von Otto Lange), 12. 7. 1988

Auskünfte (m = mündlich; s = schriftlich)

Appel, Rolf (Bekannter von Hans Robinsohn), s; Appellius, Stefan (forscht über Wilhelmshaven), s; Bandmann, Hedy, m; Bark, Rudolf (Bruder von Georg B.), m; Bassewitz, Esther Gräfin, m; H. C. Beck-Verlag, s; Bennewitz, Helga (Schwieger-tochter von Erwin B.), m/s; Bethge, Eberhard, s.; Birn, Hanni (Tochter von Paul Pagel), m; Burchert, Rudolf (Verwandter von Herbert Abromeit), s; Carstens, Dieter, s; Dettweiler, Anna, m/s; Eichberg, Fritz, s.; Eichberg, Otto, m/s; Eiteldinger, Ursula (Schwester von Ullrich E.), m; Elsas, Peter F. (Sohn von Fritz E.), s; Eschenburg, Theodor, s; Frank, Julius (Schwager von Thomas Dehler), m; Friedrich, Götz (Sohn von Ernst F.), m; Geiger, Willi (s. Zt. Jurist in Bamberg), s; Gerstenmaier, Eugen, s; Godschalk, Erika (Tochter von Erich Wentker), m; Gorniak, Vera (Tochter von Rudolf Hoernigk), m; Grüger, Franz M. (Sohn von Franz G.), s; Günther, Klara (Tochter von Gustav Krause), m; Hacke, Ursula (Verwandte von Walter Eucken), m; Halle, Anna Sabine (Quäkerin), m; Hamann, M. (Tochter von Alfred J. Levy), m; Heinzelmann, Robert (Sohn von Ernst H.), m; Henckel von Donnersmarck, Andreas Graf (Verwandter des Fürsten Donnersmarck), s; Henke, Klemens von, s; Hildenbrand, Hans (Sohn von Alfons H.), s; Hochberg, Bolko Graf (Verwandter des Fürsten Pless), s; Hoernigk, Frank, m/s; Hoffmann, Fleur (Bekannt von Gustav Marsmann), m; Hoffmann, Jens (Sohn von Karl H.), m; Hollbach, Elgen (Tochter von Wilhelm H.), m; Jacobsen, Walter, s; Jüchen, Aurelius von, m; Kalbitzer, Helmut und Emmi, s; Kingma, Elfriede (von Jans K. geschieden), m; Klawitter, Jörn (Sohn von Horst K.), m; Knoop, Irma (Nichte von Fritz Glöge), m; Koch, Hildegard (Witwe von Fritz K. sen.), s; Krankenbuchlager Berlin, s; Krent, Marion (Tochter von Friedrich Ablass), s; Krüger, Horst H. (Pastor, Berliner Mennonitengemeinde), s; Kühne, Sophie (Schwester von Curt Herrnleben), s; Landesversicherungsanstalt Hessen, s; Lange, Hermann, m; Lemcke, Wolfgang (Verwandter von Gustav Marsmann), s; Lenke, Elisabeth (Tochter von Gustav Sternberg), m; Levy, Alfred Johann, m; Liston, Carole (Tochter von Robert Kauffmann), m/s; Lüth, Erich (Hamburger Jungdemokrat bis 1930), m; Maaß, Anneliese (Tochter von Hermann M.), m; Martin-Luther-Universität Halle, Archiv, s; Meier, Ruth (Tochter von Otto Stegemann), s; Meinecke, Jürgen (Verwandter von Resi Prestin), m; Merten, Cara-Lies, s; Moeller, Hans Christian (Sohn von Horst M.), s; Müller, Walter, s; Nieter, Marta, s.; Pagel, Marga (Witwe von Paul P.), m; Plat, Emma (Witwe von Martin P.), s; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Dr. Biewer), s; Prager, Eberhard (Kriegskamerad von Rudolf Hoernigk), m; Prötz, Renate (Verwandte von Erwin Bennewitz), m; Provinski, Katharina, s; Radbruch, Johanna (Verwandte von Werner Chomton), m; Rat der Stadt Potsdam, s; Reif, Hans, m/s; Riefenstahl, Karl, s; Robinsohn, F. Peter (Sohn von Hans R.), m/s; Robinsohn, Hans, s; Robinsohn, Walter (Cousin von Hans R.), m; Roskothen, Ernst, m; Roth, Gertrud (Cousine von Friedrich Ablass), s; Ruthquist, Maria (Mitarbeiterin von Walter Jacobsen), s; Sandell, Gunilla, s; Sassen, Hans, m; Schmidt, Christa (Nichte von Resi Prestin), s; Schörner, Elisabeth (Tochter von Thomas Dehler), m; Sommer, Felicitas (Tochter von Herbert Abromeit), s; Staatsarchiv Magdeburg, s; Straßmann, Hildegard (Schwägerin von Ernst St.), m; Sußmann, Maria (Witwe von Eduard S.), m; Tennant, Sir Peter, s; Ullrich, Else (Witwe von Arno U.), s; Venzmer, Wolfgang (Sohn von Erich V.), s; Voelker, Alexander (SPD Berlin, Bewag), m/s; Weber, Karl, m; Weltzien, Marianne (Tochter von Kurt Stenzel), s; Zimpel, Gertrud (Tochter von Oskar Stark), m; Zimpel, Helmuth (Schwiegersohn von Oskar Stark), m; Zwilgmeyer, Franz, s.

Ungedruckte wissenschaftliche Arbeiten

- Berlin, Jörg*: Die Novemberrevolution in Wilhelmshaven. Typoskript im Stadtarchiv Köln, O. O. u. J. [Staatsexamensarbeit, Hamburg 1973?].
- Düring, Jonathan, OSB*: Unsere Heimat kann man uns nicht rauben. Die Antwort der Mönche von Münsterschwarzach auf die Verfolgungsmaßnahmen und die Aufhebung ihrer Abtei durch die Nationalsozialisten im Jahre 1941. Theol. Diplomarbeit Universität Würzburg 1986.
- Glashauser, Fritz*: Die Entwicklung der bayerischen F.D.P. Von der Landtagswahl 1950 bis zum Bruch der sozialliberalen Koalition in Bonn und dem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag 1982. Programmatische Politik als Profilierungskonzept einer Landespartei oder Individualperzeption bestimmter Abgeordneter dargestellt am Beispiel der Kultur- und Bildungspolitik der bayerischen Liberalen. Diss. phil. Universität München 1986.
- Ludwig, Hartmut*: Die Opfer unter dem Rad verbinden. Vor- und Entstehungsgeschichte, Arbeit und Mitarbeiter des »Büro Pfarrer Grüber«, Diss. theol. Berlin/DDR 1988.
- Müller, Petrus*: Der politische Liberalismus in Nürnberg 1918–1945. Struktur, Stärke, Programmatik, Persönlichkeiten und politisches Verhalten. Typoskript, Nürnberg 1989.
- Prokoph, Werner*: Demokratische Bestrebungen und faschistischer Ungeist an der Universität Halle-Wittenberg in den Jahren 1929 bis 1934. Phil. Diss. Halle 1967.
- Rilling, Detlef*: Thomas Dehler – Eine politische Biographie. Ein Leben in Deutschland. Diss. phil. Universität Augsburg 1988.
- Stubbe-da Luz, Helmut*: Union der Christen – Splittergruppe – Integrationspartei. Wurzeln und Anfänge der Hamburger CDU bis Ende 1946. Diss. phil. Universität Hamburg 1989.
- Walker, Terry Gene*: Die Entstehung der Freien Demokratischen Partei in Hamburg und ihre Entwicklung bis in die ersten Jahre der Bundesrepublik. Phil. Magisterarbeit Universität Hamburg 1981.
- Wieban, Johannes*: Hans Wölfel – Der Widerstand gegen das »Dritte Reich« in Bamberg. Staatsexamensarbeit Gesamthochschule Bamberg 1976.

2. Zeitgenössische Periodika

- Die Demokratische Jugend, 1–2, 1919–1920.
- Deutsche Zukunft. Halbmonatsschrift der norddeutschen Friedensbewegung, 1–10, 1924–1933 (Jg. 1, 1924, unter dem Titel: Die Brücke).
- Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940. 7 Bde. Reprint Salzhausem/Frankfurt a. M. 1980.
- »Echo« der Jungen Demokratie, 1–14, 1919–1933.
- Hamburger Echo, 50–52, 1924–1926.
- Der Herold, 2, 1921 (Nr. 5 und 16), 3, 1922 (Nr. 23 und 27/28), 4–11, 1923–1930.
- Die Hilfe, 24–30, 1918–1924.
- Kirchliches Amtsblatt für Mecklenburg, 1934–1935.
- Klub vom 3. Oktober, Jahrbuch 1924/25; Jahrbuch 1925/26.
- Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945. Hg. von Heinz Boberach, 17 Bde. Hersching 1984.
- Ministerial-Blatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern, 1938/1939.
- Neue Blätter für den Sozialismus, 1–4, 1930–1933.

- Das Reichsbanner, 1–3, 1924–1926.
 Reichsgesetzblatt, Teil I, hg. vom Reichsministerium des Innern, 1933–1942.
 Der Stürmer. Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit [sic], 13–16,
 1935–1938.
 Die Weltbühne, 14–29, 1918–1933. (Vollständiger Nachdruck der Jahrgänge
 1918–1933, 16 Bde., Königstein 1978).

3. Gedruckte Quellen und Literatur

- Abshagen, Karl-Heinz*: Canaris. Patriot und Weltbürger. Stuttgart 1949.
 AKENS-Info, hg. vom Arbeitskreis für die Erforschung des Nationalsozialismus in
 Schleswig-Holstein, 1984–1990 (ab Nr. 18, 1990, unter dem Titel: Informationen
 zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte).
Albrecht, Richard: Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897–1943.
 Eine Biographie. Berlin/Bonn 1987.
Anonym, Albrecht Wendhausen. In: Christian Frhr. von Hammerstein (Hg.): Ge-
 denklblätter für die im Kriege 1939/45 gebliebenen und vermißten Heidelberger
 Vandalen. Wuppertal 1955, S. 23 f.
Appelius, Stefan und Bernd Feuerlohn: Die braune Stadt am Meer. Wilhelmshavens
 Weg in die Diktatur. Hamburg 1985.
Baedecker, Karl: Schlesien, Riesengebirge, Grafschaft Glatz. Reisehandbuch. Leip-
 zig² 1938.
Balfour, Michael, Julian Frisby und Freya von Moltke: Helmuth James Graf von
 Moltke 1907–1945. München 1984.
Ballestrem-Solf, Lagi Countess: Tea Party. In: Erich H. Boehm (Hg.): We survived.
 The Stories of Fourteen of the Hidden and Hunted of Nazi Germany. Hew Haven
 1949, S. 132–148.
Beck, Dorothea: Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand.
 München 1983.
Bei der Wieden, Helge: Die mecklenburgischen Regierungen 1918–1952. Köln/
 Wien 1978.
Benz, Wolfgang: Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele. Hans Robinsohns
 Denkschrift aus dem Jahre 1939. In: VfZ 29, 1981, S. 437–447.
Beste, Niklas: Der Kirchenkampf in Mecklenburg von 1933 bis 1945. Geschichte,
 Dokumente, Erinnerungen. Berlin/DDR 1975.
Bethge, Eberhard: Dietrich Bonhoeffer. Theologe, Christ, Zeitgenosse. München,
 6., veränderte Auflage 1986.
Beyer, Bernhard: Die Großloge »Zur Sonne« in Bayreuth, Bd. 3. Die Zeit von
 1901–1918. Frankfurt a. M. 1955.
Billerbeck, Rudolf: Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946–1951) und der
 Nationalsozialismus. Düsseldorf 1971.
 Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration. Hg. vom Institut für
 Zeitgeschichte München und von der Research Foundation for Jewish Immigration,
 Inc., New York, unter Gesamtleitung von Werner Röder und Herbert A.
 Strauss. 3 Bde. München u. a. 1980/1983.
 Biographisches Wörterbuch der deutschen Geschichte. Hg. von Karl Bosl. 3 Bde. 2.,
 völlig neu bearb. Aufl. München o. J. [1973]–1975.
Borkin, Joseph: Die unheilige Allianz der I.G. Farben. Eine Interessengemeinschaft
 im Dritten Reich. Frankfurt a. M./New York³ 1981.
Boveri, Margret: Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler. Olten/Frei-
 burg 1965.

- Bracher, Karl Dietrich, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen* (Hgg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz. Bonn 1983.
- Brissaud, André*: Canaris 1877–1945. Frankfurt a. M. 1976.
- Broszat, Martin*: Zur Sozialgeschichte des deutschen Widerstands. In: VfZ 34, 1986, S. 293–309.
- Ders. und Elke Fröhlich* (Hgg.): Bayern in der NS-Zeit. 6 Bde. München 1977–1983.
- Brune, Werner*: Wilhelmshavener Heimatlexikon. 2 Bde. Wilhelmshaven o. J.
- Büttner, Ursula*: Vereinigte Liberale und Deutsche Demokraten in Hamburg 1906–1930. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 63. Hamburg 1977, S. 1–34.
- Dies.*: Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931. Hamburg 1982.
- Dies.*: Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist. Hamburg in der Zeit der Weimarer Republik. Hamburg 1985.
- Dies.*: Die Not der Juden teilen. Christlich-jüdische Familien im Dritten Reich: Beispiel und Zeugnis des Schriftstellers Robert Brendel. Hamburg 1988.
- Dies. und Werner Jochmann*: Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931–1933. 2., durchgesehene Auflage, Hamburg 1983.
- Dies.* (Hg.) unter Mitarbeit von *Werner Johe* und *Angelika Voß*: Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag. 2 Bde. Hamburg 1986.
- Carstens, Heinrich* (Hg.), *Margarethe Lachmund* zum 80. Geburtstag. Ein Lebensbild, zusammengestellt aus ihren eigenen Buchbeiträgen, Briefen und Vorträgen zwischen 1935 und 1973. Bad Pyrmont 1976.
- Cartarius, Ulrich*: Opposition gegen Hitler. Ein erzählender Bildband. München 1984.
- Chowaniec, Elisabeth*: Der »Fall Dohnanyi«. Widerstand, Militärjustiz, SS-Willkür. München 1991.
- Colvin, Ian*: Vansittart in Office. An historical survey of the origins of the second world war based on the papers of Sir Robert Vansittart. London 1965.
- Dahrendorf, Ralf*: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. [Sonderausgabe]. München 1968.
- Danner, Lothar*: Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918 bis 1933. Hamburg 1958.
- Degeners* Wer ist's? Hg. von Herrmann A. L. Degener. 10. Ausgabe. Berlin 1935.
- Deutsch, Harold C.*: Das Komplott oder Die Entmachtung der Generale. Blomberg- und Fritsch-Krise. Hitlers Weg zum Krieg. O. O. [Konstanz] 1974.
- Ders.*: Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939–1940. [Büchergilde]. Frankfurt a. M./Wien/Zürich 1969.
- Deutsches Reichsadreßbuch für Industrie, Gewerbe, Handel. 5 Bde. Berlin 1938.
- Dick, Lutz van*: Oppositionelles Lehrerverhalten 1933–1945. Biographische Berichte über den aufrechten Gang von Lehrerinnen und Lehrern. Weinheim/München 1988.
- Dictionary of National Biography 1951–1960. Oxford 1971.
- Dienstaltersliste der Schutzstaffel der NSDAP. Stand vom 1. Dezember 1938. Bearbeitet von der SS-Personalkanzlei. Berlin 1938.
- Ditt, Karl*: Sozialdemokraten im Widerstand. Hamburg in der Anfangsphase des Dritten Reiches. Hamburg 1984.
- Donohoe, James*: Hitler's conservative opponents in Bavaria 1930–1945. A study of catholic, monarchist and separatist anti-Nazi-activities. Leiden 1961.
- Dorn, Wolfram und Friedrich Henning* (Hgg.): Thomas Dehler. Begegnungen – Gedanken – Entscheidungen. Bonn o. J. [1977].

- Drechsler, Johannes*: Die Brüder vom FZAS. Ein Streifzug durch die Geschichte des Freimaurerbundes Zur Aufgehenden Sonne. Hamburg 1971.
- Ebneth, Rudolf*: Die österreichische Wochenschrift »Der Christliche Ständestaat«. Deutsche Emigration in Österreich 1933–1938. Mainz 1976.
- Ehrenrangliste des ehemaligen deutschen Heeres auf Grund der Ranglisten von 1914 mit den inzwischen eingetretenen Veränderungen. Hg. vom Deutschen Offizier-Bund. Berlin 1926.
- Ellermeyer, Jürgen, Klaus Richter und Dirk Stegmann* (Hgg.): Harburg. Von der Burg zur Industriestadt. Beiträge zur Geschichte Harburgs 1288–1938. Hamburg 1988.
- [*Elsas, Fritz*]: Auf dem Stuttgarter Rathaus 1915–1922. Erinnerungen von Fritz Elsas (1890–1945). Hg. von Manfred Schmid. Stuttgart 1900.
- Engelmann, Bernd*: Das Reich zerfiel, die Reichen blieben. Deutschlands Geld- und Machtelite. [Taschenbuchausgabe]. München 1975.
- Erkelenz, Anton* (Hg.): Zehn Jahre deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik. Berlin 1928.
- Europäische Publikation e. V.* (Hg.): Die Vollmacht des Gewissens. München 1956.
- Der faschistische Pogrom vom 9./10. November 1938 – Zur Geschichte der Juden in Pommern. Kolloquium der Sektionen Geschichtswissenschaft und Theologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald am 2. November 1988. Greifswald 1989.
- Fink, Heinrich* (Hg.), Stärker als die Angst. Den sechs Millionen, die keinen Retter fanden. Berlin/DDR 1968.
- Die freie Stadt. Monatszeitschrift der FDP, LV Hamburg, 1–3, 1947–1949.
- Fricke, Dieter* (Hg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. 2 Bde., Leipzig 1968/1970.
- Gabrielsson, Peter* (Bearb.): Die Bürgermeister und Senatoren der Freien und Hansestadt Hamburg seit 1945. Hg. vom Staatsarchiv Hamburg. Hamburg 1982.
- Geiger, Willi*: Begegnungen mit Thomas Dehler. In: Dorn/Henning (Hgg.), S. 94–103.
- Gerstenmaier, Eugen*: Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht. Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1981.
- Gessler, Otto*: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hg. von Kurt Sendtner. Stuttgart 1958.
- GEW Wilhelmshaven: Wilhelm Krökel, geboren 1890 in Bant, gelitten und gestorben 1945 im KZ Neuengamme. O. O. u. J.
- Geyer, Michael*: Deutsche Rüstungspolitik 1860–1980. Frankfurt a. M. 1984.
- Glashauser, Fritz*: Die Bildungs- und Kulturpolitik der bayerischen F.D.P. Programmpolitik zwischen öffentlicher Darstellung und parteiinterner Willensbildung. München 1988.
- Globus-Jahrbuch des Deutschen Verlages. Die Welt und ihre Länder in politischer und wirtschaftlicher Darstellung. 1942–1943. Berlin o. J. [1942].
- Granier, Gerhard*: Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente. Boppard 1982.
- Groscurth, Helmuth*: Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler. Hg. von Helmut Krausnick und Harold C. Deutsch. Stuttgart 1970.
- Grüber, Heinrich*: Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten. Köln/Berlin 1968.
- Gruchmann, Lothar*: Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner. München 1988.

- Guttenberg, Karl Ludwig Freiherr von und zu*: Zusammenfassung meiner Angaben vor Standartenführer Huppenkothen am 7. Nov[ember] 1944. In: Donohoe: Hitler's conservative opponents, S. 258–267.
- Halle, Anna Sabine*: »Die Gedanken sind frei...« Eine Jugendgruppe der Berliner Quäker 1935–1941. Berlin 1980.
- Dies.*: Haltung und Handeln der Quäker im Dritten Reich. In: Berliner Theologische Zeitschrift 9, 1992, S. 2–14.
- Hamburger, Ernest*: Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918. Tübingen 1968.
- Hammer, Walter* (Hg.): Theodor Haubach zum Gedächtnis. 2., verb. u. erg. Aufl. Frankfurt a. M. 1955.
- Hammerstein, Christian Freiherr von* (Hg.): Gedenkblätter für die im Kriege 1939/45 gebliebenen und vermißten Heidelberger Vandalen. Wuppertal 1955.
- Handbuch für das Deutsche Reich 1936. Hg. vom Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern. 46. Jg. Berlin 1936.
- Handbuch des schleswig-holsteinischen Landtags. 3. Wahlperiode 1954. Kiel 1957.
- Handbuch des Vereins Arbeiterpresse. 4. Folge. Berlin 1927.
- Hanser, Richard*: Deutschland zuliebe. Leben und Sterben der Geschwister Scholl. Die Geschichte der Weißen Rose. München 1980.
- Harnack, Gustav-Adolf von* (Hg.): Ernst von Harnack. Jahre des Widerstands 1932–1945. Pfullingen 1989.
- Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Ullrich von Hassell: Aufzeichnungen vom Andern Deutschland. Nach der Handschrift revidierte und erweiterte Ausgabe, hg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen. Berlin 1988.
- Havemann, Robert*: Ein deutscher Kommunist. Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation. Reinbek 1978.
- Henning, Friedrich*: Thomas Dehler (1897–1967). In: Fränkische Lebensbilder 10, 1982, S. 239–257.
- Heß, Jürgen C.*: »Das ganze Deutschland soll es sein«. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei. Stuttgart 1978.
- Heuss, Theodor*: Aufzeichnungen 1945–1947. Hg. von Eberhard Pikart. Tübingen 1966.
- Hilberg, Raoul*: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Hg. von Ulf Wolter. Berlin 1982.
- Hinsley, F. H. u. a.*: British Intelligence in the Second World War. 4 Bde. London 1979–1990.
- Hirschauer, Gert*: Zum Tode von Hans Robinsohn am 28. April 1981. In: Mitteilungen [der Humanistischen Union] 21, 1981, Nr. 95, S. 16.
- Hochmuth, Ursel und Gertrud Meyer*: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand. Berichte und Dokumente. Frankfurt a. M. 1980.
- Höhne, Heinz*: Canaris. Patriot im Zwielficht. [Taschenbuchausgabe]. München 1978.
- Hoffmann, Peter*: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. 3., neu überarb. und erweiterte Auflage. München 1979.
- Hofmann, Walter*: Private Bank im öffentlichen Besitz. Kleine Geschichte der Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft. Mainz 1980.
- Howe, Ellic*: Die schwarze Propaganda. Ein Insider-Bericht über die geheimsten Operationen des britischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg. München 1983.

- Huber, Ernst Rudolf*: Die Weimarer Reichsverfassung. (= Ders., Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 6). Stuttgart u. a. 1981.
- Hurwitz, Harold und Klaus Sühl*: Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Köln 1984.
- Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg*: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945–1. Oktober 1946. 42 Bde. Nürnberg 1947–1949.
- Jacobsen, Hans Adolf* (Hg.): »Spiegelbild einer Verschwörung«. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. 2 Bde. Stuttgart 1984.
- Jahnke, K. H.* u. a.: Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933–1945. Berlin/DDR 1985.
- Jeserich, Kurt C. A., Hans Pohl und Georg-Christoph von Unruh*: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus. Stuttgart 1985.
- Jochmann, Werner* (Hg.): Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. Bd. 2: Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart. Hamburg 1986.
- Johe, Werner*: Im Dritten Reich 1933–1945. In: Jochmann (Hg.), Hamburg, S. 265–373.
- Jones, Larry E.*: Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik 1930–1933. In: VfZ 25, 1977, S. 265–304.
- Kenworthy, Leonard S.*: Ein amerikanischer Quäker in Nazi-Deutschland. Das Schicksal der »Juden« als tägliche Erfahrung 1940–1941. Bad Pyrmont 1984.
- Kleinschmidt, Karl*: Die Predigt nach der »Kristallnacht«. In: H. Fink (Hg.): Stärker als die Angst, S. 56–70.
- Koebner, Thomas* (Hg.): Weimars Ende. Prognosen und Diagnosen in der deutschen Literatur und politischen Publizistik 1930–1933. Frankfurt a. M. 1982.
- Köhler, Wolfram*: Der Chefredakteur Theodor Wolff. Ein Leben in Europa 1868–1943. Düsseldorf 1978.
- Kohlhaas, Wilhelm*: Eberhard Wildermuth. Ein aufrechter Bürger. Ein Lebensbild. Bonn 1960.
- Kopp, Otto* (Hg.): Widerstand und Erneuerung. Neue Berichte und Dokumente vom inneren Kampf gegen das Hitler-Regime. Stuttgart 1966.
- Ders.*: Die Niederschrift von Hans Walz »Meine Mitwirkung an der Aktion Goerdeler«. In: ders. (Hg.): Widerstand und Erneuerung, S. 98–120.
- Kramish, Arnold*: Der Greif. Paul Rosbaud – der Mann, der Hitlers Atompläne scheitern ließ. München 1987.
- [*Kraus, Friedrich*]: 150 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens. Hamburg 1955.
- Krause, Eckart, Ludwig Huber und Holger Fischer* (Hgg.): Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933–1945. 3 Teile, Berlin/Hamburg 1991.
- Kwiet, Konrad und Helmut Eschwege*: Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945. Hamburg 1986.
- Lachmund, Hans*: In Memoriam Alfred Diercke. In: Die Kette, 7, 1956, S. 58–68.
- Lachmund, Margarethe*: »Mit dem Widersacher auf dem Wege«. In: H. Carstens (Hg.): Margarethe Lachmund zum 80. Geburtstag, S. 5–18.
- Lannung, Hermod*: Ungdomskonferencen for folkeforbond, forsoning og fred på Christiansborg den 20.–23. August 1921. O. O. 1978.

- Laqueur, Walter* und *Richard Breitman*: Der Mann, der das Schweigen brach. Wie die Welt vom Holocaust erfuhr. Frankfurt a. M./Berlin 1986.
- Leber, Annedore, Karl Dietrich Bracher* und *Willy Brandt*: Das Gewissen steht auf. Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand. Neu hg. von Karl Dietrich Bracher in Verbindung mit der Forschungsgemeinschaft 20. Juli e.V. Mainz 1984.
- Lehnhoff, Eugen* und *Oskar Posner*: Internationales Freimaurer-Lexikon. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe 1932. München/Zürich/Wien o. J. [1965].
- Leithäuser, Joachim G.*: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Köln 1962.
- Lemmer, Ernst*: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten. Frankfurt a. M. 1968.
- Liberal*, 7–32, 1965–1990.
- Lichti, Diether Götz*: Mennoniten im Dritten Reich. Dokumentation und Deutung. Weierhof 1977.
- Link Werner*: Die Geschichte des Internationalen Jugendbundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Meisenheim 1964.
- Linkliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933. Hg. von *Lothar Albertin* unter Mitarbeit von *Konstanze Wegner*. Düsseldorf 1980.
- Loening, Otto*: Die Freie Stadt Danzig. In: Dr. Stricker (Hg.): Die politischen Parteien der Staaten des Erdballs 2/3. Münster 1923, S. 3–24.
- [*Loening, Otto, James Basch* und *Ernst Straßmann*]: Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz. Erläutert von Dr. Otto Loening, James Basch und Ernst Straßmann. Stand vom 1. Juli 1931. Berlin 1931.
- Lowenthal, E[rnst] G[ottfried]*: Bewährung im Untergang. Ein Gedenkbuch. Stuttgart 1965.
- Löwenthal, Richard* und *Patrick von zur Mühlen* (Hgg.): Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945. Sonderausgabe. Bonn 1982.
- Luppe, Hermann*: Mein Leben. Hg. vom Stadtarchiv Nürnberg. Nürnberg 1977.
- Lüth, Erich*: Walter Dudek – Erinnerungen an Harburgs letzten Oberbürgermeister. In: Harburger Jahrbuch 1975–79. Hamburg 1980, S. 125–138.
- Mann, Bernhard* (Bearb.): Biographisches Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus 1867–1918. Düsseldorf 1988.
- Matschoß, C., E. Schulz* und *A. Th. Groß* (Bearbb.): 50 Jahre Berliner Elektrizitätswerke 1884–1934. Berlin o. J. [1934].
- Matthias, Erich* (Hg.): Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, ergänzt durch andere Überlieferungen. Düsseldorf 1968.
- Ders.* und *Rudolf Morsey* (Hgg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente. [Taschenbuchausgabe]. Düsseldorf 1979.
- Mauch, Berthold*: Die bayerische FDP. Portrait einer Landespartei 1945–1949. München 1981.
- Meyer-Krahmer, Marianne*: Carl Goerdeler und sein Weg in den Widerstand. Eine Reise in die Welt meines Vaters. Freiburg 1989.
- Meyers Lexikon. 8. Auflage. 9 Bde. Leipzig 1936–1942.
- Milatz, Alfred*: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. Bonn 1965.
- Militärgeschichtliches Forschungsamt* (Hg.): Deutsche Militärgeschichte in sechs Bänden 1648–1939. [Taschenbuchausgabe]. Bde. 3–6. Herrsching 1983.
- Miller, Susanne* und *Heinrich Potthoff*: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1983. 6., durchgesehene Auflage, Bonn 1988.

- Mollin, Gerhard*: Montankonzerne im »Dritten Reich«. Der Gegensatz zwischen Monopolindustrie und Befehlswirtschaft in der deutschen Rüstung und Expansion 1936–1944. Göttingen 1988.
- Mommsen, Hans*: Begriff und Problematik des deutschen Widerstands gegen Hitler in der zeitgeschichtlichen Forschung. In: Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission (Hg.): Widerstandsbewegungen in Deutschland und in Polen während des Zweiten Weltkrieges. X. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker vom 2. bis 5. Juni 1977 in Lancut (Polen). Braunschweig 1979.
- Ders.*: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands. In: Hermann Graml (Hg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt a. M. 1984.
- Ders.*: Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft. In: Schmädeke/Steinbach (Hgg.): Widerstand, S. 3–23.
- Ders., Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod* (Hgg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. 2 Bde. [Taschenbuchausgabe]. Kronberg/Düsseldorf 1974.
- Mommsen, Wolfgang J.*: Die liberale Idee in einer sich wandelnden Gesellschaft. Der deutsche Liberalismus von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 23, 1979, S. 3–14.
- Ders.*: Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920. Tübingen, 2., überarb. u. erw. Aufl. 1974.
- Mosley, Leonard*: The Reich Marshal. A biography of Hermann Goering. London 1984.
- Müller, Josef*: Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit. München 1975.
- Müller, Klaus-Jürgen*: General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933–1938. Boppard 1980.
- N. B.*: Ein Zeitungsmann. Oskar Stark zum 80. Geburtstag. In: FAZ vom 27. 1. 1970.
- The Naturalized Jews of the Grand Duchy of Posen in 1834 and 1835. Compiled by Edward David Luft. Atlanta/Georgia (USA) 1987.
- Neuberger, Helmut*: Freimaurerei und Nationalsozialismus. 2 Bde. Hamburg 1980.
- Ders.*: Der Beitrag des ostdeutschen Judentums zur deutschen Politik. In: Rhode (Hg.), Juden in Ostmitteleuropa, S. 115–150.
- Der Neue Brockhaus. Allbuch in vier Bänden und einem Atlas. Leipzig 1937f.
- Neue Deutsche Biographie. Hg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Bisher 15 Bde. Berlin 1953–1987.
- Neumann, Franz*: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944. Hg. von Gert Schäfer. [Taschenbuchausgabe]. Frankfurt a. M. 1984.
- Olbrich, Hubert*: Carl Wentzel-Teutschenthal (1876–1944). Zum Schicksal eines großen Lebenswerkes im Wandel der spezifisch deutschen Geschichte. Berlin 1981.
- Ophir, Baruch Z[vi] und Falk Wiesemann* (Hgg. und Bearbb.): Die jüdischen Gemeinden in Bayern 1918–1945. Geschichte und Zerstörung. München/Wien 1979.
- Osterroth, Franz*: 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein. Kiel o. J. [1963].

- Ott, Gabriel, Thomas Dehler. Hof 1985.
- Pinner, Felix: Deutsche Wirtschaftsführer. Charlottenburg 1924.
- Prittwitz und Gaffron Friedrich [-Wilhelm] von: Zwischen Petersburg und Washington. Ein Diplomatenleben. München 1952.
- Redepenning, Johannes: 60 Jahre Bestehen der Ger[echten] u[nd] Vollk[ommenen] Loge Zur Erkenntnis 1914–1974. Typoskript O. O. [Hamburg] 1974.
- Reichsband. Adressenwerk der NSDAP mit den angeschlossenen Verbänden des Staates, der Reichsregierung und Behörden und der Berufsorganisationen in Kultur, Reichsnährstand, Gewerblicher Wirtschaft. Hg. unter Aufsicht der Reichsleitung der NSDAP, Hauptorganisationsamt, München, unter Mitwirkung der Gauorganisationsämter mit Lexikon-Wegweiser von A–Z. 3. Auflage 1941/42. Berlin 1943.
- Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei (Hg.): Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919. Bericht über die Tagung der Demokratischen Frauen in Berlin, den 18. und 19. Juli 1919. Bericht über die Tagung des Reichsbundes Deutscher demokratischer Jugendvereine am 18. und 19. Juli 1919 in Berlin. (In einem Band). Berlin o. J.
- Dies. (Hg.): Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei. Berlin 1926.
- Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild. Hg. vom Deutschen Wirtschaftsverlag. 2 Bde. Berlin 1930.
- Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1954.
- Ritthaler, Anton: Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg. Ein politisches Lebensbild. Würzburg 1970.
- Rhode, Gotthold (Hg.): Juden in Ostmitteleuropa. Von der Emanzipation bis zum Ersten Weltkrieg. Marburg 1989.
- Robinson, Hans Joachim: In memoriam Dr. Ernst Strassmann. Worte des Gedenkens von Dr. Hans Robinson am 15. März 1958 im Krematorium Berlin-Wilmersdorf. Sonderdruck, 7 Seiten. O. O. u. J. [Berlin 1958].
- Ders.: Ein Versuch, sich zu behaupten. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 3, 1958, S. 197–206.
- Ders.: Justiz als politische Verfolgung. Die Rechtsprechung in »Rassenschandefällen« beim Landgericht Hamburg 1936–1943. Stuttgart 1977.
- Rogalla von Bieberstein, Johannes: Die These von der Verschwörung 1776–1945. Philosophen, Freimaurer, Juden, Liberale und Sozialisten als Verschwörer gegen die Sozialordnung. Frankfurt a. M. 1976.
- Roon, Ger van: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung. München 1967.
- Ders. (Hg.): Helmuth James Graf von Moltke. Völkerrecht im Dienste der Menschen. Dokumente. Berlin 1986.
- Rose, Norman: Vansittart. Study in Diplomacy. London 1978.
- Rössler, Eberhard: Die deutschen U-Boote und ihre Werften. Eine Bilddokumentation über den deutschen U-Bootbau in zwei Bänden. München 1979/1980.
- Ruhmeshalle unserer alten Armee. O. O. u. J.
- Salewski, Michael: Die deutsche Seekriegsleitung 1933–1945. Bd. 1. Frankfurt a. M. 1970.
- Sandvoß, Hans-Rainer: Widerstand in einem Arbeiterbezirk. Berlin 1983.
- Ders.: Widerstand in Steglitz und Zehlendorf. Berlin 1986.
- Sassin, Horst R.: Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler 1933–1945. Hg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung, Bonn. [Ausstellungskatalog]. Bonn 1983.

- Ders.*: Zum 40. Todestag von Fritz Elsas und zum 30. Todestag von Otto Gessler. In: *liberal* 27, 1985, S. 88–90.
- Ders.*: Liberals of Jewish Background in the Anti-Nazi Resistance. In: *LBI, Year Book* 37, 1992, S. 381–396.
- SBZ-Handbuch*. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Hg. von *Martin Broszat* und *Hermann Weber*. München 1990.
- Scheurig, Bodo*: Henning von Tresckow. Eine Biographie. Oldenburg/Hamburg 1973.
- Schmädeke, Jürgen*: Militärische Kommandogewalt und parlamentarische Demokratie. Zum Problem der Verantwortlichkeit des Reichswehrministers in der Weimarer Republik. Lübeck/Hamburg 1966.
- Ders.* und *Peter Steinbach* (Hgg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. München/Zürich 1985.
- Schmittner, Monika*: »... befindet sich hier eine Anzahl staatsfeindlicher Elemente«. Verfolgung und Widerstand 1933–1945 in Stadt und Land Aschaffenburg. Frankfurt 1985.
- Schneider, Werner*: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930. München 1978.
- Schnoor, Werner*: Die Vergangenheit geht mit. Einige Notizen zum Weg der Kirche in Mecklenburg von Theodor Klieforth bis Heinrich Rathke. O. O. [Schwerin] 1984.
- Scholl, Inge*: Die Weiße Rose. Erweiterte Neuausgabe. Frankfurt a. M. 1982.
- Schwarz, Gotthart*: Theodor Wolff und das »Berliner Tageblatt«. Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906–1933. Tübingen 1965.
- Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland. Hg. vom Stahlhelm, Landesverband Mitteldeutschland. 2., veränderte Auflage, Halle 1926.
- Sell, Friedrich C.*: Die Tragödie des Deutschen Liberalismus. Baden-Baden 1981.
- Sodeikat, Ernst*: Der Nationalsozialismus und die Danziger Opposition. In: *VfZ* 14, 1966, S. 139–174.
- Soldenhoff, Richard von* (Hg.); Kurt Tucholsky 1890–1935. Ein Lebensbild. »Erlebnis und Schreiben waren ja – wie immer – zweierlei«. Berlin 1985.
- [Stark] Oskar Stark zu seinem achtzigsten Geburtstag. [Hg. von Josef Knecht, Heinrich Rombach und Adolf Poppen]. Freiburg 1970.
- Stegmann, Dirk*: Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1924/5–1929 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer und industrieller Interessen. In: H. Mommsen u. a. (Hgg.): *Industrielles System*, Bd. 2, S. 499–513.
- Steltzer, Theodor*: Sechzig Jahre Zeitgenosse. München 1966.
- Stephan, Werner*: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973.
- Stockhorst, Erich*: 5000 Köpfe. Wer war was im 3. Reich. Kiel 1985.
- Strassmann, Arnold*: Allerlei Ostmärkisches. Geschichten und Geschichtchen aus der verlorenen Heimat. Leipzig o. J. [1932].
- Strassmann, Heinrich*: Erinnerungen aus meinem Leben. Niedergeschrieben für meine Kinder. Berlin, Frühjahr 1899. Hg. von Gerhard Masur. In: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 23. Berlin 1984, S. 161–230.
- Striesow, Jan*: Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922. 2 Bde. (Phil. Diss. Hamburg 1981). Frankfurt a. M. 1981.
- Strohm, Christoph*: Theologische Ethik im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Der Weg Dietrich Bonhoeffers mit den Juristen Hans von Dohnanyi und Gerhard Leibholz in den Widerstand. München 1989.

- Stubbe-da Luz, Helmut*: Von der »Arbeitsgemeinschaft« zur Großstadtpartei. 40 Jahre Christlich Demokratische Union in Hamburg (1945–1985). Hamburg o. J. [1985].
- Studienhefte zur mecklenburgischen Kirchengeschichte, 1988–1990.
- Studnitz, Hans Georg von*: Als Berlin brannte. Diarium der Jahre 1943–1945. Stuttgart 1963.
- Stutterheim, Kurt von*: Die Majestät des Gewissens. In Memoriam Albrecht Bernstorff. Hamburg 1962.
- Tennant, Peter*: Vid sidan av kriget. Diplomat i Sverige 1939–1945. Stockholm 1989.
- Thadden, Rudolf von* (Hg.): Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen. Göttingen 1978.
- Thun-Hohenstein, Romedio Galeazzo Graf von*: Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition. [Taschenbuchausgabe]. München 1984.
- Tuchel, Johannes und Reinhold Schattenfroh*: Zentrale des Terrors. Prinz-Albrecht-Straße 8. Das Hauptquartier der Gestapo. [Büchergilde]. Frankfurt a. M./Olten/Wien 1987.
- Tucholsky, Kurt*: Briefe. Auswahl 1913 bis 1935. Hg. von Roland Links. Berlin/DDR 1985.
- Turner, Henry Ashby*: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft. Göttingen 2 1980.
- Ders.*: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers. Berlin 1985.
- Unsere Kraft. Betriebsgeschichte der Bewag. Teil 1: 1884–1949. Hg. von der SED-Betriebsparteiorganisation Bewag. O. O. [Berlin/DDR] 1973.
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hg. von Herbert Michaelis/Ernst Schraepler/Günter Scheel. [Sonderausgabe]. Bd. 10. Berlin o. J.
- Verhandlungen der Sozialisierungskommission über den Kohlenbergbau im Jahre 1918/1919. Berlin 1921.
- Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte, 1–38, 1953–1990.
- Wagner, Walter*: Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat. Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus, Teil 3. Stuttgart 1974.
- Weisenborn, Günther*: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945. 4., verbesserte Aufl. Frankfurt a. M. 1974.
- Wenzel, Georg*: Deutsche Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten. Ein Nachschlagebuch über 13 000 Wirtschaftspersönlichkeiten unserer Zeit. Hamburg/Berlin/Leipzig 1929.
- Wer ist wer? Berlin 1948.
- Wer ist wer? 17. Ausgabe von Degeners Wer ist's? Hg. von Walter Habel. Frankfurt a. M. 1973.
- Wer leitet? Die Männer der Wirtschaft und der einschlägigen Verwaltung einschließlich Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte 1941/42. Berlin 1942.
- Wippermann, Wolfgang*: Europäischer Faschismus im Vergleich. Frankfurt a. M. 1983.
- Ders.*: Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit. 4 Bde. Frankfurt a. M. 1986.
- Ders.*: Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion. 5., völlig neubearb. Aufl. Darmstadt 1989.
- Wiskemann, Elizabeth*: Erlebtes Europa. Ein politischer Reisebericht 1930 bis 1945. Bern/Stuttgart 1969.
- Wismarer Beiträge 1–6, 1984–1989.
- Wistrich, Robert*: Wer war wer im Dritten Reich? Anhänger, Mitläufer, Gegner aus

- Politik, Wirtschaft, Militär, Kunst und Wissenschaft. Überarbeitete Ausgabe. Frankfurt a. M. 1987.
- Witt, Friedrich-Wilhelm*: Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30–1933. Hannover 1971.
- Young, A. R.*: Die X-Dokumente. Die geheimen Kontakte Carl Goerdelers mit der britischen Regierung 1938/1939. Hg. von Sidney Aster. München/Zürich 1974.
- Zehrer, Karl*: Evangelische Freikirchen und das »Dritte Reich«. Göttingen 1986.
- Zelzer, Maria*: Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden. Ein Gedenkbuch. Stuttgart o. J. [1964].
- Ziehm, Ernst*: Aus meiner politischen Arbeit in Danzig 1914–1939. Marburg 1957.
- Zielenziger, Kurt*: Juden in der deutschen Wirtschaft. Berlin 1930.
20. Juli 1944. Hg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst. Bearb. von Hans Royce/Erich Zimmermann/Hans-Adolf Jacobsen. 4., erweiterte Auflage, Bonn 1961.

Personenregister

- Abatz, Harald 397, 399, 499
Abegg, Elisabeth 181, 470
Abegg, Wilhelm 83, 470
Ablass, Friedrich 88, 90-92, 175-176,
221, 237, 253, 371, 397-398
Abromeit, Herbert 130-131, 371, 394,
402
Achilles, Richard 394, 397, 433
Adam, Richard 398
Adams, Kurt 94, 399, 434
Aereboe, Friedrich 430
Albrecht, August 121
Albrecht, Lisa 121
Am Wege, Fritz 393
Andersen, Lale 175
Andreeßen, Johann 104, 394
Angermaier, Georg 244, 401
Asch, Bruno 166
- Baack, Leo 167
Bäuerle, Theodor 80
Ballerstedt, Richard 398
Ballestrem, Lagi 128
Bandmann, Egon 29, 41, 123, 166, 185,
190-191, 220, 238, 249, 372, 391,
416, 509
- Bark, Georg 81, 390
Barlach, Ernst 102
Bartel, Rudolf 84
Bartoll, Felix 134-135, 231, 235
Bauch, J. Heinrich A. 399
Bauer, Walter 138, 195, 403, 476
Beck, Ludwig 128, 142, 148, 150,
152-153, 182, 188, 202, 205, 212,
219, 223, 251-252, 322, 460, 498
Beckmann, Adolf 397
Behrens, Otto 393
Beissel, Rudolf 221, 224, 241, 372, 485,
500
Benke, Fritz 221, 390, 485
Bennewitz, Erna 390
Bennewitz, Erwin 82-85, 113-114,
116, 119, 223, 225, 229, 237-239,
241-242, 372, 389-390, 428
Berendsohn, Walter A. 122, 403, 447
Berggrav, Eivind 206
Bernstorff, Albrecht von 86, 195, 391,
493
Best, Werner 182, 210
Bethge, Eberhard 148
Beyer, Anton 104, 394

- Bezold, Otto 112, 254, 401
 Biedermann, Adolf 413
 Blavier, Curt 131
 Blomberg, Werner von 142, 151,
 298–299, 503
 Bock, Wilhelm 93, 96, 115, 122,
 398–399, 434
 Böhme, Herbert 220, 390, 484
 Bonhoeffer, Dietrich 123, 148, 224,
 497
 Bonhoeffer, Klaus 148, 178, 497
 Borchard, Lucy 94
 Born, Fritz 93, 399
 Bosch, Carl 125, 449
 Bosch, Robert 79–80, 84, 124, 148, 402
 Brandenburg, Gerd 397
 Brauchitsch, Walther von 180, 188
 Brauer, Max 413
 Breithaupt, Franz 183, 471
 Breymeier, Thomas 398
 Brinkmann, John 100
 Broschke, Erich 120
 Brosius, Walter 397, 499
 Brüning, Heinrich 86, 149, 178, 225,
 271, 501
 Brunckhorst, Hans 397
 Bryans, Lonsdale 215
 Bücher, Hermann 449
 Bülow, Bernhard von 418
 Bürckel, Josef 321
 Burckhardt, Carl J. 132
 Burgemeister, Heinz 225, 390
 Burgemeister, Otto 120
 Buschmann, Julius 397
 Buss, Fritz Julius 227, 395, 397
- Canaris, Wilhelm 122–123, 153, 212,
 232–233, 235, 448
 Carstens, Otto 106, 403
 Cary, Mary 138, 454
 Chamberlain, Neville 153, 191–192,
 218–219, 306, 323–324
 Chomton, Alfred Werner 181, 188,
 402, 404
 Chomton, Lis 181, 470
 Churchill, Winston 191
- Dahrendorf, Gustav 29, 121, 177, 413,
 468, 509
 Daladier, Edouard 306
 Daltrop, Josef 393
- Danchl, Erich 142–143, 158–159, 242,
 254, 373, 391, 395, 403, 456
 Darré, Richard Walter 297, 503
 Dehler, Irma 167
 Dehler, Thomas 30, 42, 89, 105,
 107–114, 145–147, 161, 167,
 182–183, 190, 200, 214, 220, 223,
 227–228, 237–238, 242–244,
 253–254, 399, 401, 424
 Delbrück, Justus 232, 235
 Demuth 507
 Deppe, Klara 94
 Dibbern, Max Ernst 227, 397, 499
 Diekmann, Rudolf 398
 Diels, Rudolf 83
 Dierke, Alfred 99, 437
 Diesel, Eugen 84
 Diesel, Rudolf 84
 Dietrich, Hermann 85–86, 90, 391,
 415, 430
 Dietz, Josef 401
 Dinter, Arthur 156
 Döblin, Alfred 269
 Dönitz, Karl 95, 97
 Dohnányi, Hans von 148, 195, 223,
 232–233, 235, 239, 242, 251, 470, 493
 Dohrn, Klaus 135
 Dollfuß, Engelbert 132
 Dreier, Hermann 394
 Dudek, Walter 74, 77–78, 113–115,
 117, 143, 145, 182, 184, 197–199,
 242, 254, 374, 389, 395, 403, 424, 500
- Ebert, Friedrich 56
 Eden, Anthony 225, 296
 Eichberg, Fritz 84, 390
 Eichberg, Otto 84, 390
 Eichholz, Max 171, 413, 493
 Eidem, Erling 206
 Einsiedel, Horst von 147
 Einstein, Albert 204, 507
 Eisenbarth, Heinrich 413
 Eiteldinger, Doris 239
 Eiteldinger, Ullrich 142, 238–239, 241,
 374, 391
 Elsas, Fritz 42, 50, 74, 76, 78–80, 113,
 116, 128, 149, 166–167, 178, 195,
 199–200, 207, 220, 227, 237, 243,
 374, 389–390, 417, 458, 484
 Elsas, Marie 484
 Elser, Georg 333

- Elsner, Werner 396
 Eltz von Rübenach, Paul 301, 503
 Endrikat, Fred 175
 Engelbrecht, Karl 393
 Erdsiek, Gerhard 86, 234, 238, 402, 493
 Erhard, Ludwig 251
 Erkelenz, Anton 24–25
 Erzberger, Matthias 50
 Eucken, Walter 402
 Eynern, Gert von 220, 390
- Feder, Gottfried 264, 501
 Fimmen, Edo 96
 Finck, Werner 175
 Finnern, Robert 434
 Fleischmann, Max 86, 391
 Flemming, Richard von 449
 Flexner, Abraham 204
 Flatow, Hermann 397, 399
 Flügge, Elisabeth 94
 Fooker, Adolf 394
 Fooker, Johann 394
 Förster, Hans 393
 Forster, Albert 452
 Franco Bahamonde, Francisco 336
 François-Poncet, André 62
 Frank, Irma 108
 Frankenberg, Rudolf 394
 Frankfurter, Felix 204
 Frauenfeld, Alfred 278
 Freisler, Roland 36, 245, 265, 416
 Frerichs, Fritz 394
 Freudenberg, Adolf 509
 Frick, Wilhelm 36, 264, 501
 Friedrich, Carl J. 204
 Friedrich, Ernst 106, 223, 393
 Fritsch, Theodor 156
 Fritsch, Werner von 124, 128, 142, 151, 180, 277, 298–299, 479
 Fritz, Karl Christian 41, 88, 94, 124, 175, 396, 432
 Fuchs, Maximilian H. 42, 112–113, 134–135, 176, 200, 227, 375, 401
 Fürstenberg 138, 455
 Funk, Walther 210, 298, 345, 503
 Furtwängler, Wilhelm 147
- Galen, Clemens August von 157
 Geerken, Wilhelm 94, 395
 Gehre, Ludwig 84, 233
- Geiger, Johann 223, 401
 Geiger, Willi 107, 110–111
 Gemberg, Martha 96–97
 Gemberg, Walter 96–97, 224, 394
 Gersdorff, Wolf von 242
 Gerstenmaier, Eugen 184–185, 205–206, 225, 251, 472
 Geßler, Otto 25, 32–33, 79, 219, 224, 401, 417, 458, 483
 Geyr von Schweppenburg, Leo 195
 Gisevius, Hans Bernd 152
 Gloeden, Erich 161, 390
 Glöge, Fritz 81, 390
 Goebbels, Joseph 36, 265, 271, 297–299, 310, 503
 Goerdeler, Carl 76, 78, 80, 84, 124, 147–150, 152–153, 173, 177, 194–195, 207, 212, 215, 217–219, 243, 251–252, 298, 448–449, 458
 Göring, Hermann 36, 124, 127–129, 171, 264–265, 271, 275, 277, 280, 297–299, 339, 345
 Goldschmidt, Victor Moritz 166
 Graefe-Goldebee, Albrecht von 156
 Graul, Walter 221–222, 393
 Griebel, Georg 395, 401
 Gröhn, Max 397, 399
 Groscurth, Georg 224, 245
 Grzimek, Günther 27
 Grüger, Franz 41, 79, 124, 224, 227, 243–245, 375, 391, 404
 Grünfeld, Ernst 41, 75, 105, 133, 135, 391
 Grunewald, Arthur jr. 41, 103–104, 394
 Grunewald, Arthur sen. 41, 104, 113, 376, 394
 Guderian, Heinrich 392
 Günther, Paul 390
 Gürtner, Franz 130, 148, 205, 296, 503
 Gutge, Ernst 220, 391
 Guttenberg, Karl Ludwig von und zu 223, 231–233, 235, 251, 490, 493
 Guttmann, Bernhard 23
- Habermann, Max 184
 Habicht, Theo 278, 502
 Hacha, Emil 321
 Hahlweg, Joachim 224, 403–404
 Halder, Franz 208
 Halem, Nikolaus von 129

- Halifax, Edward 215, 296–297
 Hamann, Hilde 190
 Hamann, Paul 190–191
 Hambroer, Theo 399
 Hamm, Eduard 224, 402, 458
 Hammerstein-Loxten, Adolf von 449
 Haniel, Karl 449
 Hansen, Richard 96, 122, 403, 434, 447
 Hardenberg, Arthur von 449
 Harnack, Arvid 233, 493
 Harnack, Ernst von 86, 121, 177–178, 182, 251
 Hasenclever, Walter 143
 Hassell, Ulrich von 150, 211, 215, 217, 503
 Haubach, Theodor 29, 121, 177, 195, 206, 212, 223, 249, 251, 413, 446, 468, 493, 509
 Havemann, Robert 80, 224, 245, 427
 Hayessen, Egbert 153, 188
 Heim, Johannes 401
 Heimann, Eduard 204
 Heines, Edmund 36, 501
 Heinrich, Günther 83–84, 392
 Heinzelmann, Ernst 86, 234–235, 238
 Helldorf, Wolf von 158–159, 183
 Henckel-Donnersmarck, Alexander von 129
 Henckel-Donnersmarck, Guidotto von 129, 452
 Henckel-Donnersmarck, Kraft von 452
 Henckel-Donnersmarck, Valentin von 129
 Henderson, Neville 336, 504
 Henke, Klemens von 156–158, 179, 399
 Henlein, Konrad 321
 Hergenröder, Anton 401
 Hermes, Andreas 144, 157
 Hermes, Richard 398
 Herrleben, Curt 106, 393
 Hertz, Friedrich 134, 403
 Herzberg, Ulrich 392
 Herzer, Albert 398
 Hess, Rudolf 299
 Heuss, Ernst Ludwig 79, 195, 220–221, 390, 484
 Heuss, Theodor 25, 79, 195, 220, 243, 415, 458, 484
 Heydrich, Reinhard 202, 232–233
 Hildebrandt, Friedrich 180
 Hildenbrand, Alfons 176, 244, 401–402
 Hillmer, Adolf 395
 Himmler, Heinrich 182–183, 233–234, 297, 319, 503
 Hindenburg, Paul von 266, 339, 502
 Hintze, Willi 220, 390, 484
 Hirsch, Otto 167–168
 Hirschberg 171
 Hirschfeld, Hans E. 92
 Hlinka, Andreas 503
 Hitler, Adolf 34, 36, 39, 45, 47–50, 54, 58, 63, 65–66, 69, 80, 94, 109, 123, 127, 129, 132–133, 137, 143, 152–153, 157, 171, 174, 176, 180, 182, 185, 188–189, 191, 194–195, 197, 203, 205–212, 214–215, 219, 249, 262–264, 266, 270–271, 274–275, 278–279, 282–286, 288–289, 297–299, 301–304, 306, 308, 311–312, 320–321, 323–324, 333, 336–337, 339, 344–347, 350, 354
 Hoernigk, Frank 75, 105–106, 116, 123, 129–130, 138, 142, 145, 147, 149, 153–155, 158–159, 167, 176, 178, 180, 182–184, 377, 392, 424
 Hoernigk, Gertrud 105–106, 180, 392
 Hoernigk, Rudolf 41, 74–76, 78, 85, 105–106, 113, 116, 129–130, 133, 135, 143, 145, 147, 167, 182, 201, 220, 238, 242, 253, 376, 389, 391–392, 394, 424
 Hoffmann, Karl 79, 90, 145, 176, 202, 226, 396, 398, 432
 Hoffmann, Max 393
 Hoffmann, Michl 111
 Holborn, Hajo 204
 Hollbach, Wilhelm 41–42, 206, 226, 396, 489
 Holtz, Gottfried 243
 Hoyer 402
 Hübener, Erhard 86, 155, 391, 400
 Hübner, Alfred 21, 164–165
 Hüfner, Robert 393
 Hülff 131, 453
 Hugenberg, Alfred 263–264, 301, 503
 Hundt, Franz 401
 Hundt, Hanns 223, 401
 Hundt, Max 401, 403
 Huppenkothen, Walter 231–232

- Ibeling, Bernhard 394
 Ickrath, Heinz 232
- Jacobsen, Walter 41, 88–90, 94, 102,
 112, 138, 190, 203, 207, 211, 220, 225,
 229, 237–239, 377, 391, 396–399,
 403
 Jacoby, Johann 26
 Jäckh, Ernst 507
 Janssen, Gerhard 394
 Jerusalem, Paul 391
 Joachim, Richard 168, 465
 John, Otto 178
 Jürgens, Ludwig 395
 Junkers, Hugo 79
 Jursch, Hanna 400
- Kaiser, Jakob 150, 221, 499
 Karutz, Otto 390
 Katz, David 203, 478
 Katz, Rudolf 204
 Kauffmann, Robert 75, 81, 137–138,
 190–191, 225, 270, 378, 403
 Kauffmann, Thekla 507
 Kaufmann, Karl 171
 Keiser, Günter 506
 Keitel, Wilhelm 299, 503
 Kessler, Gerhard 106
 Kiep, Otto 235
 Kingma, Jans 41, 74–75, 78, 81–82,
 103, 113, 116, 185, 237, 378, 389–390
 Kingma, Otto 74, 81–82, 103, 116,
 166, 241–242, 390, 392, 428
 Klawitter, Horst 102, 124, 394, 399
 Kleinschmidt, Karl 100, 102, 116, 170,
 379, 400, 438, 493
 Kleist-Schmenzin, Ewald von 195
 Klöckner, Peter 449
 Klotzbach, Arthur 449
 Klühs, Georg 396
 Kluge, Wilhelm 152, 390
 Koch, Friedrich 110–111, 201, 254,
 391, 400
 Koch, Friedrich Karl 228–231,
 238–239, 379, 391, 400, 483
 Koch-Weser, Erich 415, 430
 Koerber, Gert von 168–169
 Kolb, Walter 83, 395
 Kordt, Theo 218, 483
 Krause, Gustav 42, 96, 116, 122, 379,
 393
 Krause, Kurt 390
 Krillinger 278
 Krökel, Wilhelm 104, 394
 Krüger, Hans 83, 251, 458
 Krupp, Bertha 128
 Krupp von Bohlen und Halbach,
 Gustav 125, 449
 Kruspi, Friedrich-Werner 176, 178, 390
 Kuckhoff, Adam 490
 Kuckhoff, Greta 168
 Kückler, Gustav 93, 398
 Kühls, Franz 120
 Külz, Helmut 31
 Külz, Wilhelm 31
 Kuenzer, Richard 178
 Kuhn, Friedrich 131, 182–183
- Lachmann, Therese 129
 Lachmund, Hans 30, 41–42, 98–102,
 113–114, 116, 139–140, 145, 153,
 167–168, 170, 192, 221–222, 237,
 241, 243, 380, 393, 400, 424, 490
 Lachmund, Margarethe 98, 100–101,
 116–117, 121–122, 137, 139, 153,
 167–170, 177, 184, 193, 222, 235, 380,
 393, 400
 Lamp'l, Walther 413
 Landahl, Heinrich 29–30, 34, 88, 413,
 415, 509
 Landgref, Ernst 104, 394
 Langbehn, Carl 233–234, 491
 Lange, Bernhard 41, 89, 175, 396
 Lange, Christian 100
 Lange, Heinrich 100
 Lange, Hermann 41, 89, 93, 103,
 113–114, 175–176, 202, 253, 381,
 396–399, 424, 500
 Lange, Käthe 397
 Lange, Margarethe 41, 90, 93, 176,
 237–239, 391, 394
 Lange, Otto 397
 Lange, Wolfgang 41, 100–102, 113,
 115–116, 226, 242, 382, 400
 Langenbach, Leo 25
 Langenbach, Max 25
 Langenbach, Walter 25
 Langenbach, Wilhelm 25, 408
 Langhoff, Wilhelm 397, 499
 Lannung, Hermod 136, 207
 Lanseman, Robert 116
 Laser 79

- Leadbitter 207
 Leber, Annedore 121, 177
 Leber, Julius 122, 150, 177–178, 212, 251
 Leeper, Reginald 218, 483
 Leibholz, Gerhard 497
 Leibholz, William 497
 Leiske, Else 105, 392
 Leitz, Ernst 79
 Lemmer, Ernst 26, 415, 430
 Leonhart, Johannes 95, 393, 435
 Lessing, Willy 48, 167
 Lester, Sean 130–132
 Leuschner, Wilhelm 79, 121, 150, 177–179, 184, 212, 224, 251, 427, 456, 497
 Leuteritz, Max 413
 Levetzow, Magnus von 158
 Levy, Alfred Johann 88, 161, 397, 399, 499
 Ley, Robert 265, 285, 297
 Liebisch, Barnabas 401
 Lindemann, Wilhelm H. 91, 397, 499
 Lindenthal 399
 List, Friedrich 56
 List, Wilhelm 152
 Llewellyn, Karl 121, 137, 454
 Löbe, Paul 32, 430
 Löser, Ewald 80, 396
 Loening, Otto 130
 Loewe, Ludwig 26
 Loewe, Max 106, 393
 Losgar, Josef 110, 146, 242, 391, 401, 443
 Lüders, Marie-Elisabeth 25
 Luer, Anton 397
 Lüth, Erich 413
 Lukaschek, Hans 147, 242, 251, 396, 457

 Maaß, Eva 84
 Maaß, Hermann 84, 392
 Maaß, Martin 102, 399
 Machui, Arthur von 83, 391, 396
 Mack 128
 Maier, Reinhold 415
 Mardicke, Fritz 221, 398
 Marquardt, Artur 391
 Marsmann, Gustav 101–102, 242, 399
 Martens, Werner 392
 Maschmann, Hans 399

 Mastny, Vojtech 128
 Matz, Rudolf 397
 Mech, Otto 393
 Meißner, Otto 418
 Meixner, Georg 110–111, 244, 401, 500
 Mendelson, Ernst 143, 145
 Mendelson, Franz 143, 145, 391
 Mendelson, Paul 143
 Merten, Theodor 84
 Messersmith, George 128
 Meyer 507
 Mickiewicz, Adam 133
 Mierendorff, Carlo 79, 121, 177–178, 182, 427
 Mierendorff, Eberhard 157–158, 179–181, 206, 399
 Moeller, Richard 101, 399
 Molower, Schmuhl 21, 26
 Moltke, Helmuth James von 52, 223, 235, 242, 491
 Mommsen, Wilhelm 71
 Müffelmann, Leo 99
 Müller, August 430
 Müller, Hermann 261, 292, 501
 Müller, Josef 123, 217, 224, 480
 Munch, Peter 207
 Mussolini, Benito 302, 306, 322

 Nagel, Arnold 391, 396
 Naumann, Friedrich 79
 Nebe, Arthur 233
 Nehls, Carl 397–398, 499
 Neppig, Andreas 401
 Neppig, Martin 401
 Neske, Max 390
 Neubecker, Fritz 119–120, 225, 390, 396, 403
 Neuhaus, Wilhelm 394
 Neumann, Siegmund 204
 Neurath, Konstantin von 39, 296, 301, 503
 Nicolson, Harold 191–192, 473, 475
 Niebank, Gerd 398
 Nielsen, Oskar 96, 394
 Noske, Gustav 178
 Nowotnick, Ludwig 139, 392

 Ober-Bloibaum, Friedrich 394
 Oehding, Casar 397, 499
 Oelsner, Gustav 413

- Oexle 392
 Ohlig, Fritz 120
 Olbertz, Albrecht 237, 492
 Olbricht, Friedrich 145, 188, 223, 235, 491
 O'Leary, Bernard 479
 Onken 398
 Oppert, Michael 82, 390
 Ossietzky, Carl von 39, 77, 81, 242
 Osten, Max 390
 Oster, Hans 123, 135, 152, 157, 180, 188, 208, 233, 251, 479
 Oswald, Emil 135
 Ott, Franz 401
 Ott, Rudolf 393
- Pagel, Paul 41, 74-76, 78, 102, 116, 161, 166, 184-185, 192, 195, 203, 205, 208, 254, 329, 382, 389, 475
 Papen, Franz von 34, 36, 77, 142, 263, 266, 301, 501, 503
 Patzschke 392
 Patzschke, Karl 106, 392
 Pauls, Hans Georg 137, 206, 403
 Peters, Max 390
 Peters, Walter 393
 Petersen, Albert 395
 Petersen, Carl 25, 431
 Petersen, Siegfried 396
 Petershagen 244
 Pfeiffer, Hilmar 106
 Pfeiffer, Hugo 243
 Piperger, Alois 403
 Planck, Erwin 234
 Plat, Martin 92, 397-398
 Plate, Ernst 397
 Pless, Alexander von 129
 Pless, Hans Heinrich von 128-129
 Plettenberg 145
 Podeyn, Hans 413
 Poelchau, Dorothee 171
 Poelchau, Harald 170-171
 Poensgen, Ernst 449
 Popitz, Johannes 39, 419, 457
 Prange, Hans 102, 399
 Prestin, Hella 22
 Prestin, Irma 138, 400
 Prestin, Resi 41, 145, 200, 228, 234-235, 237-239, 397
 Preuß, Hans-Hellmuth 31
 Preuß, Hugo 24
- Preysing, Konrad von 157
 Prielipp, Friedrich 394
 Prittwitz und Gaffron, Friedrich-Wilhelm von 86, 254, 391, 402, 500
 Prulssner, Heinrich 394
 Pudor, Richard 42, 106, 400, 441
 Pulvermann, Heinz 29
- Rackow 85, 391
 Raeder, Erich 97
 Ralle 394
 Randebrock, Bernard 392
 Rathenau, Walther 27-29, 112, 156
 Rauschnig, Hermann 452
 Reemtsma, Philipp 79
 Rehberg, Heinrich 93, 398
 Reher, Oskar 398
 Reichenau, Walter von 207, 219, 479
 Reichert, Paul 42, 124, 238, 382, 399
 Reichwein, Adolf 392
 Reif, Hans 79, 124, 220, 224, 390, 416
 Reif, Margarethe 79
 Reissert, Rudolf 112, 135, 161, 166, 206, 224, 237, 383, 402
 Renner, Karl 134
 Rentzow, Alexander 399
 Retzlaff, Curt 393, 402
 Reusch, Paul 125, 449
 Reuter, Fritz 84, 100
 Reventlow, Ernst von 156
 Rexrodt, Wilhelm 80
 Rhein, Hermann 101-102, 226, 400
 Ribbentrop, Joachim von 207, 299
 Richards 393
 Richter, Gustav 79
 Richter, Werner 134
 Rickers, Gehrt 393-394
 Riechert, Paul 122, 447
 Rieckhoff, Adolf 395
 Riefenstahl, Karl 394
 Riegert, Willi 390-391, 493
 Rietdorf, Rudolf 84, 391
 Rietz, Robert 391
 Rilling, Detlef 109-110
 Robinsohn, Hans Joachim passim
 Robinsohn, Hermann 19, 408
 Robinsohn, Hilde 19
 Robinsohn, Leo 19
 Robinsohn, Max 19
 Robinsohn, Therese 408
 Robinsohn, Walter 190

- Rodatis, Walter 402
 Roeder, Manfred 231–233, 235
 Röhm, Ernst 36, 265
 Röhricht, Edgar 152
 Römer, Beppo 129
 Rönneburg, Heinrich 32
 Roos 393
 Roosevelt, Franklin Delano 188,
 204
 Rosenberg, Alfred 271, 297, 502–503
 Rosenthal, Bertold 393
 Rudolph, Ludwig von 146–147, 201,
 401, 457
 Rudolph, Philipp 146
 Rutra, Arthur 112, 133–136, 231

 Saemisch, Friedrich 419
 Sassen, Hans 394
 Satow, Louis 399
 Sattelmacher 106
 Schacht, Hjalmar 46, 127–128, 138,
 142, 162, 234, 280, 295–298, 301,
 306, 310–311, 418, 502–503
 Schiffer, Eugen 457–458
 Schlabrendorff, Fabian von 182, 188,
 195
 Schlageter, Albert Leo 502
 Schlegelberger, Franz 130
 Schleicher, Kurt von 261, 263,
 265–266, 501
 Schmachtel, Bruno 92, 395–398,
 499
 Schmidhuber, Wilhelm 231
 Schmidt, Franz 393
 Schnackig, Fritz 228–229
 Schneider, Jupp 401
 Schneiderbanger, Andreas 401
 Schneiderbanger, Rudolf 401
 Schönemann, Ernst 398
 Schönfeld, Hans 206
 Schönfelder, Adolph 413
 Scholle, Otto 393
 Schreiber, Wolfgang 392, 430
 Schröder, Louise 93, 398
 Schubert, Ernst Richard 78, 202, 205,
 207–208, 220, 384, 390, 484
 Schubert, Margarete 401
 Schulenburg, Fritz-Dietlof von
 der 158, 498
 Schulte, Eduard 123
 Schultz, Walther 100

 Schulze-Boysen, Harro 233
 Schulze-Gacvernitz, Gero von 426
 Schumacher, Kurt 499
 Schumann 138
 Schuschnigg, Kurt von 132, 302
 Schwabe, Oswald 398
 Schwerin von Krosigk, Johann Lud-
 wig 296, 503
 Schweykart, Hermann 149, 176, 178,
 237, 402
 Seckendorff 188
 Seger, Gerhart 94
 Seldte, Franz 296, 503
 Severing, Carl 83, 92
 Seyß-Inquart, Arthur 132
 Sielaff, Wilhelm 391
 Siemens, Carl-Friedrich von 449
 Siering, Walter 434
 Sietas, Wilhelm 93, 398
 Silverberg, Paul 449
 Simonis, Hans Ludwig 101, 400
 Solf, Hanna 406, 497
 Solf, Wilhelm 406, 497
 Sollmann, Wilhelm 121
 Sommerfeldt 168–170
 Sonderegger, Franz Xaver 231–232
 Sperrle, Hugo 181, 402
 Spiegel, Georg 83, 113, 385, 392
 Springorum, Fritz 449
 Stark, Oskar 18, 23–25, 34, 39, 41, 74,
 78, 86, 116, 385, 389, 410, 489
 Staudinger, Hans 204
 Stauffenberg, Claus Schenk von 498
 Stegemann, Otto 84, 220, 224, 392
 Stein, Anna 94
 Steinbrück, Karl 131
 Steinke, Otto 85, 139, 223, 391
 Steltzer, Theodor 412
 Stenzel, Kurt 44, 50, 57, 60, 64, 86,
 211–213, 215, 217–218, 239, 385, 391
 Stephan, Carl 175, 221, 398
 Stern, William 88
 Sternberg, Gustav 161, 398
 Sternfeld, Walter 112, 402
 Stevens 210
 Stinnes, Edmund H. 76, 426
 Stoecker, Dietrich 235, 238
 Stoecker, Wolfgang 235–236
 Stolper, Gustav 133
 Straßer, Gregor 37, 265–266, 501
 Straßer, Otto 135, 412

- Strassmann, Arnold 21, 26, 33,
164–166
- Strassmann, Chune 21
- Strassmann, Eduard 21, 26
- Strassmann, Emilie 21
- Strassmann, Ernst Karl Otto passim
- Strassmann, Ferdinand 26
- Strassmann, Heinrich 26
- Strassmann, Heymann 21, 25
- Strassmann, Reinhard 21, 33, 164
- Strassmann, Samuel 21, 26
- Strassmann, Wolfgang 25–26
- Streicher, Julius 36, 129, 265, 457
- Stresemann, Gustav 30, 176, 178
- Strohmeier, Otto 393
- Strünck, Theodor 232
- Stubmann, Peter 413
- Stündt, Otto 406
- Süß, Karl 224
- Süßmilch, Gustav C. J. 398
- Sußmann, Eduard 161, 397–398, 499
- Sybel, Heinrich von 241
- Sylten, Werner 170
- Tantzen, Theodor 103, 430
- Tarsch, Werner 84, 391
- Tennant, Peter 203, 207, 211–213,
217–218
- Tevenar, Horst von 394
- Thälmann, Ernst 121, 282
- Thurn und Taxis, Albert Maria
von 128
- Thyssen, Fritz 449
- Tichauer, Ottokar 79
- Tiele-Winckler 128
- Tiessen, Heinz 85
- Traitteur 111
- Tresckow, Henning von 182, 188
- Treviranus, Alexander Stewart 225
- Triebisch, Fritz 396, 401
- Trotha, Adolf von 147, 156
- Trott zu Solz, Adam von 195
- Truckemüller, Karl 398
- Tucholsky, Kurt 77, 142–143
- Tüscher, Ernst 130, 396, 452
- Ulex, Alexander 152, 180–181, 188,
206, 469, 480
- Ullrich, Arno 82, 84, 390–391
- Ustinov, Jonah 192, 475
- Vagts, Alfred 29–30, 121–122, 124,
137–139, 158, 162, 174, 178, 182,
191–193, 195, 199, 204, 208, 249,
280, 290, 332, 404, 478, 509
- Vansittart, Robert 191–192, 218, 449
- Venzmer, Erich 100, 102, 400
- Virchow, Rudolf 26
- Vögler, Albert 124–125, 449
- Voigt, Felix A. 191
- Voigt, Frederick Augustus 474
- Voigt, Fritz 159, 396
- Waetjen, Eduard 147
- Waldorff, Claire 175
- Walter, Otto 391
- Walther, Wilhelm 394, 398
- Weber, Alfred 402
- Weber, August 79, 430
- Weber, Karl 239
- Weber, Max 52, 185, 220
- Wegmann 110
- Weidemann 94
- Wendhausen, Albrecht 157–158,
179–181, 400
- Wendt, Gustav 398
- Wentker, Erich 42, 74, 76–78, 89,
92–94, 96, 102, 113–114, 116, 122,
142–143, 145, 158–159, 175–176,
221, 237–238, 241, 387, 395,
397–399, 424
- Wentzel, Carl 147, 154–155, 449
- Wessel, Rudolf 393–394
- Westarp, Kuno von 458
- Westphal, Max 120, 225, 239
- Wieler, Ernst 393–394
- Wienecke, Ernst 395
- Wiencken, Herbert 398
- Wildermuth, Eberhard 80
- Wilhelm II. 128
- Wilhelm von Preußen 157
- Wilkening, Eduard 387, 397–398, 433,
499
- Wilmowsky, Tilo von 449
- Winckelmann, Johannes 220, 391
- Wirmer, Josef 184, 205, 208
- Wirth, Josef 218
- Wiskemann, Elisabeth 224
- Witte, Bernhard 396
- Witte, Friedrich C. 102
- Witte, Kurt 398
- Witte, Siegfried 102, 399

- Wittenburg, Hans 400
 Witzleben, Erwin von 188
 Wölfel, Hans 244, 401
 Wolff, Karl 182
 Wolff, Ruben 19
 Wolff, Theodor 23, 39
 Wulle, Reinhold 156–157, 179–180

 Zaehle, Barbara 484
 Zaehle, Fritz 131, 388, 402, 480
 Zängerle 110
 Zahle, Carl Theodor 164

 Zahn, Ernst 79
 Zapp, Robert 80
 Zeidler, Kurt 399
 Zelck, Max 93, 398–399
 Ziehm, Ernst 131, 402
 Zill 399
 Zitzewitz, Henry von 159, 392, 395
 Zitzewitz-Kottow, Friedrich Karl
 von 449
 Zola, Emile 133
 Zumstein, Fritz 391
 Zwicker, Lise 86